

Marita Krauss

Nachkriegskultur in München

Münchner
städtische Kulturpolitik
1945-1954

Oldenbourg

Marita Krauss

Nachkriegskultur in München

Münchner
städtische Kulturpolitik
1945-1954



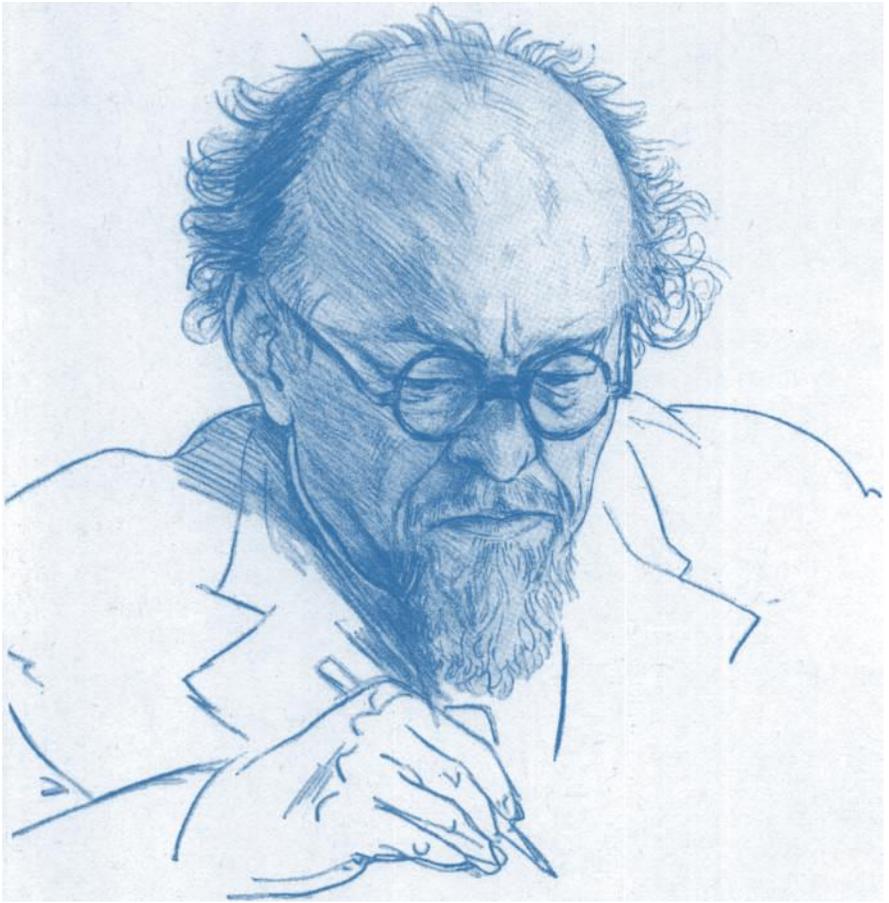
Oldenbourg

Im Mittelpunkt dieser ersten umfassenden Darstellung Städtischer Kulturpolitik der Nachkriegszeit steht der kulturelle Wiederaufbau Münchens zwischen Trümmerzeit und der Konsolidierung der fünfziger Jahre. Die zentrale Persönlichkeit der städtischen Kultur dieser Zeit war Hans Ludwig Held, dessen Wirken dieses Buch gewidmet ist. Mit was beschäftigten sich Kulturpolitiker in diesen Notjahren? Es ging um Fragen wie Wohnung und Zuzug als Prüfstein städtischer Kulturverwaltung, um Kulturpolitik zwischen Kontrolle und Konkurrenz, um die Finanzierung vor allem der institutionalisierten Kultur und die Repräsentation wiederauflebender Tradition.

Münchens Kulturpolitik der Nachkriegszeit: es ging um die Philharmoniker und die Rolle des Kulturfinanziers Rundfunk, um die Förderung des Musiklebens, der städtischen, staatlichen und privaten Theater, um Vergnügungssteuerfragen als Gradmesser des Kulturbegriffs, um Theater für das Volk oder Volkstheater; um Bibliotheksförderung, Wissenschaftspflege, Schriftsteller- und Verlagsbetreuung; um Ausstellungs- und Ankaufspolitik, die Förderung von Galerien und Künstlerorganisationen. Kulturpolitik bedeutet hier also mehr als nur Politik; sie umgreift auch einen großen Teil der kulturellen Initiativen in der Stadt und mit der Stadt.

ISBN 3-486-52501-8

R. Oldenbourg Verlag



Hans Ludwig Held
1885-1954

Marita Krauss

Nachkriegskultur in München

Münchner städtische Kulturpolitik 1945-1954

Mit einem Geleitwort von Oberbürgermeister
Georg Kronawitter

R. Oldenbourg Verlag München 1985

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG Wort

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Krauss, Marita:

Nachkriegskultur in München: Münchner städt. Kulturpolitik 1945-1954 / Marita Krauss. Mit e. Geleitw. von Georg Kronawitter. – München: Oldenbourg, 1985.

ISBN 3-486-52501-8

© 1985 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Funksendung, der Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege sowie der Speicherung und Auswertung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben auch bei auszugsweiser Verwertung vorbehalten. Werden mit schriftlicher Einwilligung des Verlags einzelne Vervielfältigungsstücke für gewerbliche Zwecke hergestellt, ist an den Verlag die nach § 54 Abs. 2 Urh. G. zu zahlende Vergütung zu entrichten, über deren Höhe der Verlag Auskunft gibt.

Satz: R. & J. Blank, Composer- & Fotosatzstudio GmbH, München

Druck und Bindung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-52501-8

Eingescannt mit [ABBYY Fine Reader](#)

Inhalt

Geleitwort	9
Vorwort.....	11
Hans Ludwig Held.....	13
Münchener städtische Kulturpolitik zwischen gestern und morgen	29
Kommunale Kulturpolitik zwischen Kultur und Politik.....	31
München – das unwillige Wunschziel.....	34
Die bürgerlich verwaltete Kultur Münchens	39
München, eine sich selbst repräsentierende Kunststadt	51
Die städtisch «verwaltete Musik»	57
Überblick über die Entwicklung	57
Die Münchner Philharmoniker – das Orchester der Landeshauptstadt München	58
Dirigent und Stadtverwaltung	59
Die Ära Rosbaud.....	59
Die Zeit des «Interregnums» und die Berufung Riegers	65
Die finanziellen Gegebenheiten und ihre Auswirkung auf das Orchester	68
Der Neuanfang 1945	68
Die Situation nach der Währungsreform	69
Die Besoldung der Musiker	71
Einnahmerückgang und Reprivatisierungsüberlegungen	72
Der Rundfunk	76
Die erste Phase: Verhandlungen, Modelle, Überlegungen	77
Die zweite Phase: 1949 bis 1954	81
Die Kulturhilfe – der Rundfunk als Mäzen	82
Der Rundfunk als Arbeitgeber	83
Der Rundfunk als Konkurrent	84
Die Programmgestaltung des Rundfunkorchesters.....	85
Die Förderung des Münchner Musiklebens	88
Die Chormusik	90
Der Philharmonische Chor.....	90

Städtische Förderung der Chormusik	92
Gastkonzerte	93
Private Münchner Orchester	94
Die Volksmusikpflege.....	95
Vereine und Verbände.....	96
Die städtische Theaterarbeit	99
Einleitung und Überblick	99
Die Münchner Kammerspiele	101
Das städtische Volkstheater	102
Die Schauspielschule	102
Das Theater und die Finanzen	103
Zuschussfragen.....	104
Die Städtischen Bühnen	104
Die Staatstheater	106
Die Privattheater	109
Die Vergünstigungssteuer.....	111
«Gemeinnützig» oder «künstlerisch hochstehend»	111
Der Fall «Kleine Komödie»	112
Ausnahmeregelungen und Konfliktfälle.....	115
Die «materielle Basis»	118
Ernährung und Verdienst	118
Heizung und Wohnung	122
Theater für das Volk	126
Das «Münchner Volkstheater».....	128
Die Geschichte des «Münchner Volkstheaters»	128
Projekte und Konzeptionen: «Volkstheater» oder «Theater für das Volk»?	133
Die Münchner Besucherorganisationen	138
Die Volksbühne, bzw. der «Kulturbund».....	140
Die Theater gemeinde	141
Die städtische «Schrifttumspflege» – Büchereiwesen, Wissenschaftspflege und Literaturförderung.....	147
Das städtisch geförderte Bibliotheks- und Büchereiwesen.....	149
Die Institutionen der städtischen Büchereiarbeit	149
Die Stadtbibliothek.....	149
Die städtischen Volksbüchereien	150
Die Probleme der ersten Stunde: «Auskämmung» der Bestände und Rückführung des Ausgelagerten	152
Die Aussonderung	152
Die Rückführung.....	157
Der Büchererwerb in den ersten Nachkriegsjahren	160

Amerikanische Gründungen neuen Zuschnitts in München.....	165
Das Amerikahaus	166
Das Amerikahaus München	168
Die Internationale Jugendbibliothek	171
Die Internationale Jugendbuchausstellung 1946	172
Die ersten Jahre der Jugendbibliothek	173
Die städtische Wissenschaftspflege	176
Das Stadtarchiv	176
Sonstige «Pflege der Wissenschaft»	177
Die Literaturförderung	182
Literarische Gesellschaften, Vereine, Stiftungen	183
Die städtische Hilfe für einzelne Schriftsteller.....	189
Entnazifizierung	189
Hilfe bei wirtschaftlichen Problemen.....	192
Manuskriptbeurteilungen	193
Ehrungen und Feiern.....	194
«Die Stadt der verpassten Gelegenheiten» – Zuzugswünsche von Schriftstellern, Journalisten und Verlegern.....	196
Die Stadt München und ihre bildenden Künstler.....	201
Einführung und Überblick	201
Die städtische Galerie im Lenbachhaus	203
Das Historische Stadtmuseum.....	204
Die Ausstellungs- und Ankaufpolitik der Stadt.....	206
Die Ausstellungen.....	206
Die ersten Ausstellungen nach dem Krieg	206
Behinderungen und Schwierigkeiten städtischer Ausstellungspolitik	208
«Der Blaue Reiter» und Gabriele Münter	211
Die «Grosse Münchner Kunstausstellung» und das Haus der Kunst	212
Die Ankäufe	215
Private und halboffizielle Initiativen: Galerien, Verbände, Organisationen.....	217
Private Galerien	218
Künstlerorganisationen und-verbände.....	219
Neue Gruppe, Münchner Secession und Münchner Künstlergenossenschaft	219
Der Künstlerunterstützungsverein	220
Der Kunstverein München e. V. und der Kunstgewerbeverein.....	221
Die Kunstrunde München.....	222
Der Berufsverband Bildender Künstler und der Schutzverband Bildender Künstler	223
Resümee und Schlussbetrachtung	227

Anmerkungen	231
Bibliographie	369
Ungedruckte Quellen	369
Gedruckte Quellen	370
Zeitungen, Zeitschriften, Amtsblätter	374
Verwendete und weiterführende Literatur	375
Register	387
Personenregister.....	387
Sachregister.....	393
Bildnachweis	403

Geleitwort

Als Stadtrat, als Stadtbibliotheksdirektor, als Vorsitzender der Volkshochschule München und schliesslich als Kulturbeauftragter der Landeshauptstadt München hat Hans Ludwig Held zwischen 1919 und 1953 das kulturelle Leben dieser Stadt entscheidend mitbestimmt; seine Arbeit wurde durch die zwölf Jahre des braunen Ungeists unterbrochen, aber sein vor 1933 geschaffenes Werk konnte nicht zerstört, sein Schaffensmut für den kulturellen Wiederaufbau nach 1945 nicht gebrochen werden. Eine kraftvoll bunte Persönlichkeit, mit ungewöhnlichen Ideen und einem vehementen Durchsetzungsvermögen begabt, nicht nur in der Literatur ganz zu Hause, sondern bewandert in den vielschichtigen Strömungen des kulturellen Aufbruchs – das war Hans Ludwig Held. Wir gedenken seines 100. Geburtstages in Dankbarkeit. Wie könnte dies besser geschehen als durch eine wissenschaftlich fundierte und zugleich plastische Darstellung seiner Person und seiner Arbeit? In der vorliegenden Untersuchung über die Münchner Kulturpolitik nach 1945 begegnet dem Leser Hans Ludwig Held beinahe auf jeder Seite; begegnet ihm in seiner ganzen Vielseitigkeit mit bewundernswerten Leistungen und liebenswerten Schwächen, begegnet ihm als Original und als Gestalter kultureller Grundlagen, auf denen München heute noch aufbaut. Er mag kein «Vollender» gewesen sein, sondern vor allem ein grosser «Anreger» (wie dies Professor Walther Gerlach in einer Gedenkrede sagte). Doch Vieles von dem, was er angeregt hat, ist bereits unter seiner Ägide der Vollendung so nahe gekommen, dass die nach ihm Wirkenden es nur noch zu vollziehen und zu verfestigen brauchten: Das Münchner Bibliothekssystem, das Volksbildungswesen mit der Volkshochschule als Mittelpunkt, die Förderung von Kunst und Kultur in einem freiheitlich demokratischen Gemeinwesen. Manches, was er angeregt hat, ist sicher nur aus seiner eigenen Zeit heraus verständlich und überholt worden von der ungeahnt raschen Entwicklung unserer Stadtgesellschaft, aber er hat so viel an Bleibendem geschaffen, dass die städtische Kultur des 20. Jahrhunderts in München ohne Hans Ludwig Held undenkbar bleibt. Vor allem ist es das Grundmotiv seiner Arbeit, das Bewusstsein gesellschaftlicher Verantwortung in der Kultur, dem der «religiöse Sozialist», als den er sich selber bezeichnet hat, bis zum Ende seiner Tage treu blieb und das auch heute noch die Kulturpolitik dieser Stadt bestimmt: Kultur für die Bürger mit den Bürgern. Wie dies nach 1945 begann, aufbauend auf leidvollen, aber auch wegweisenden Erfahrungen und auf einem unzerstörbaren Optimismus, das ist für jeden an Münchens Geschichte und Gegenwart Interessierten in diesem Buch dokumentiert, das Hans Ludwig Held gewidmet ist.

*Georg Kronawitter
Oberbürgermeister*

Vorwort

Die vorliegende Arbeit versteht sich als Beitrag zu einer Diskussion, die im Zuge der Regionalismus-Bewegung an Bedeutung zugenommen hat, und in der die Stadt als sozialer und kultureller Lebensraum gewissermassen wiederentdeckt wird.

Eine vergleichbare Entwicklung hatte nach dem Zweiten Weltkrieg stattgefunden, als die Besetzung und Teilung Deutschlands eine Art «Zwangs-Regionalisierung» zur Folge hatte. Neben der Bausubstanz lag auch die politische und kulturelle Infrastruktur Deutschlands in Trümmern und musste von Grund auf neu gestaltet werden. Dies war auch die Absicht der amerikanischen Besatzungsmacht, die anfangs nur örtliche Zusammenschlüsse zuließ und damit die Bedeutung der Gemeinden als Zentren politischen und kulturellen Geschehens verstärkte. Kommunikationsschwierigkeiten und Reisebeschränkungen taten ein Übriges, so dass die Stadt oft der einzige Ort für Informationsaustausch und Nachrichtenübermittlung blieb.

München war und ist nun überdies nicht irgendeine Stadt: es gilt als Tor zum Süden, stand lange mit Berlin in Konkurrenz um die politische, wirtschaftliche und kulturelle Führungsrolle in Deutschland und trägt den ehrenden, wenn auch nicht unumstrittenen Beinamen einer «Kunststadt». Das legt die Frage nahe, wie der Neu- oder Wiederbeginn des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens in dieser Stadt nach den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges vor sich gegangen ist. Dies war auch die Grundüberlegung eines Forschungsprojekts, das seit 1980 am Institut für Bayerische Geschichte der Universität München unter der Leitung von Professor Dr. Friedrich Prinz bearbeitet wurde. Unter dem Titel «Trümmerzeit in München – Kultur und Gesellschaft einer deutschen Grossstadt im Aufbruch 1945-1949» mündete diese Untersuchung in eine umfangreiche Publikation und eine vielbesuchte Ausstellung des Münchner Stadtmuseums im Frühjahr 1984.¹ Damit wird die Erschliessung der Münchner Situation fortgesetzt, die mit dem Ausstellungsprojekt «Die zwanziger Jahre in München» begonnen worden war.² Die Brücke zwischen den beiden Projekten bildet die vom Münchner Institut für Zeitgeschichte herausgegebene Publikation über «Bayern in der NS-Zeit»,³ die München als Bayerische Landeshauptstadt in die Untersuchungen einbezieht.⁴ Für den städtischen Bereich sind überdies die Biographien der beiden prägenden Oberbürgermeister Thomas Wimmer⁵ und Karl Scharnagl⁶ wichtig, durch die das Spektrum Münchner Kommunalpolitik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in wichtigen Exponenten vorgeführt wird. Basisarbeit dieser Art ist schon insofern nötig, als die einschlägigen Artikel beispielsweise des «Handbuchs der bayerischen Geschichte» diesen Zeitraum nur sehr lückenhaft erfassen.⁷

Die Mitarbeit der Verfasserin an dem Projekt «Trümmerzeit» war ausschlaggebend für die Wahl des Themas der vorliegenden Arbeit, die im Frühjahr 1983 als Dissertation der Universität München angenommen wurde; dieses Projekt bestimmte aber auch ihre Abgrenzungen: Kommunalpolitik, amerikanische Kulturpolitik, Wiederaufbaufragen, das kommunale Schul-

wesen und vor allem auch die Volkshochschule fanden qualifizierte Bearbeiter, deren Forschungen eine Entlastung der vorliegenden Arbeit von diesen Themen sinnvoll machten.⁸ Die Festlegung des Untersuchungszeitraumes auf die Jahre 1945 bis 1954 ermöglichte es darüber hinaus, die drei grossen Phasen der Entwicklung zwischen Kriegsende und Wirtschaftswunder aufzuzeigen: Die hoffnungsvolle, wenn auch überwiegend ziellose Aktivität bis zur Währungsreform; den Frost, der in der Folge der Währungsumstellung über die gerade wieder erblühte Kultur hinwegging; die Normalisierung und Konsolidierung ab 1951/1952, die 1954/1955 in einen Aufschwung mündete, der neben der Wirtschaft auch der Kultur zu neuer Blüte verhalf.

Für die Münchner Kulturpolitik ist dieser Zeitraum überdies durch die Tätigkeit jenes Mannes markiert, der als «Beauftragter für Kultur» das kulturelle Leben der Stadt entscheidend prägte: Hans Ludwig Held; Helds 100. Geburtstag liess es sinnvoll erscheinen, der eigentlichen Arbeit einen kurzen biographischen Abriss dieses ungewöhnlichen Mannes vorauszuschicken. Seine Aktivitäten in den Nachkriegsjahren bilden den wichtigsten Ausgangspunkt für die vorliegende Untersuchung, die in einigen Teilbereichen auch über die städtischen Massnahmen hinausgreift, um die vielfältigen Verflechtungen und Strömungen des kulturellen Lebens deutlich zu machen.

Als Hauptquellen für die Bearbeitung des Themas dienten städtische Akten. Den zentralen Bestand bildeten dabei die Handakten des Kulturbeauftragten Hans Ludwig Held,⁹ die der Verfasserin in grosszügigster Weise von Richard Lemp und Dr. Helmut M. Hanko zugänglich gemacht wurden. In dieser bisher unbearbeiteten Quelle liegen in konzentriertester Form zehn Jahre Münchner Kulturpolitik beschlossen. Zur Ergänzung und Erweiterung erwiesen sich die Bestände des Stadtarchivs München als überaus nützlich, die Dr. Richard Bauer zur Verfügung stellte.¹⁰

Zur Einordnung in das bayerische und deutsche Gesamtspektrum wurden überdies die Akten der Bayerischen Ministerien herangezogen¹¹ sowie Registratur und Bibliothek des Deutschen Städtetags in Köln.¹² Eine aufschlussreiche Ergänzung dieser Quellengruppen bildeten die Akten der Amerikanischen Militärregierung in Bayern (OMGBY), die im Hauptstaatsarchiv München einsehbar sind.¹³

Für die Anregung und intensive Betreuung der vorliegenden Dissertation sei hier besonders Professor Dr. Friedrich Prinz gedankt, der mit freundlicher Anteilnahme den Fortgang der Arbeit verfolgte und beförderte. Des Weiteren ist hier Dr. Helmut M. Hanko zu danken, dessen Entgegenkommen nicht nur die Benützung der Handakten Hans Ludwig Helds ermöglichte. Immer hilfsbereit und unbürokratisch zeigten sich Manfred Hackl im Stadtarchiv und Karl Modi in der Universitätsbibliothek München, sowie die Belegschaft der Monacensia-Abteilung der Stadtbibliothek, die die Entstehung der Arbeit mit guten Worten und liebevoller Fürsorge begleitete. Finanzielle Unterstützung bei der Drucklegung leisteten neben der Stadt München und der Verwertungsgesellschaft Wort die Firma Siemens und die Dresdner Bank AG. Die teilweise mühselige Arbeit des Korrekturlesens teilten sich Frau Gisela Krauss van Erckelens, Fr. Waltraut Jakob M.A. und Fr. Viktoria Strohbach M.A., bei den Registerarbeiten half Karl-Maria Haertle M.A. Ohne ihre Hilfe wäre eine reibungslose Abwicklung kaum möglich gewesen; ihnen gilt daher ganz besonderer Dank.

München, im März 1985

Hans Ludwig Held

«Die Schrift zeigt die Hand, Das Wort den Verstand, Doch nur im Werk wird das Wesen erkannt», schrieb Stefan Zweig «Hans Ludwig Held, dem Hüter der Schriften, dem Wahrer der Bücher, dem Kameraden der Dichter in herzlicher Sympathie» 1932 in sein Freundschaftsbuch.¹ Versucht man nun, das Wesen dieses ungemein vielschichtigen, «bayerisch-barocken, benediktinisch-buddhistischen, mystisch-aktivistischen, liberal-konservativen Sozialisten», wie ihn der Benediktinerabt Hugo Lang nannte² oder des «kunst- und kulturbeschützenden, gewaltigen mystisch-katholisch-sozialistischen Buddha», wie ihn der Theatermann Wolfgang Petzet beschrieb,³ zu erfassen und es aus seinem Werk zu interpretieren, so steht man bald hilflos vor einer Fülle höchst unterschiedlicher Arbeiten. Soll hier der Religionswissenschaftler und Schriftsteller gewürdigt werden, der sich mit Forschungen zu Angelus Silesius, zur Golem-Thematik und zu Buddha einen Namen gemacht hat?⁴ Oder der sozialistische Kommunalpolitiker der Räterepublik in München, der sich, wie Hugo Lang berichtet, als «religiöser Sozialist ... in der Zeit des Umsturzes sogar an das Predigen christlicher Liebe und eines wahren Sozialismus in wilden Massenveranstaltungen» wagte?⁵ Wird man ihm gerecht, wenn man in ihm den Stadtbibliotheksdirektor und überzeugten Volksbildner sieht, den Begründer des Münchner Volksbüchereiwesens, der Musikbibliothek, der Handschriften- und der Monacensiasammlung der Stadtbibliothek München sowie den langjährigen Vorsitzenden der Münchner Volkshochschule?⁶ Kann man darüber den Münchner Kulturbeauftragten Hans Ludwig Held vergessen, der in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg das Wiederaufleben des Münchner Kulturlebens massgeblich mitbestimmte, der als Ehrenmitglied ungezählter bedeutender Vereinigungen, als Mitglied des Rundfunkrates, Honorarprofessor der Münchner Universität und Mitglied der neugegründeten Akademie der Schönen Künste unablässig und bis an die Grenzen seiner gesundheitlichen Möglichkeiten für seine Stadt München wirkte?⁷ Einen Kulturbeauftragten mit «oft geradezu hahnbüchenem bayerischem Humor»,⁸ ein Münchner Original ersten Ranges, das einen höchst irritierten Besucher mit den Worten begrüßte: «Darf ich um die Ehre Ihrer Anwesenheit bitten – aber wennst länger als fünf Minuten brauchst, fliegst raus»⁹ oder auf das Lob für eine besonders geistvolle Rede zur Eröffnung einer internationalen Gelehrtagung nur antwortete: «Ich kann doch solch erlesenen Zuhörern nicht einen alten Goassbockschwaf servieren!»¹⁰ Wird man dem Wesen dieses Mannes – meist mit Attributen wie «erdhaft», «ungestüm», «dynamisch», «feurig» beschrieben – mit der Nennung solcher Aktivitäten gerecht? Sicherlich nur teilweise. Sie lassen aber erahnen, was der Universitätsrektor Walther Gerlach meinte, wenn er in seiner Gedenkrede nach dem Tode Hans Ludwig Helds fragte: «Wie soll man einen Lebenslauf zeichnen, dem so sehr die Kontinuität fehlt, dass man eher von Sprüngen des Lebens reden sollte als von einem

Gang; man kann auch nicht ein Werk beschreiben, das bar jeder stetigen Entwicklung und einheitlichen Komposition aus einer Unzahl meisterhafter Skizzen besteht.»¹¹

Wer war also Hans Ludwig Held? «Held, Hans Ludwig, Stadtbibliotheksdirektor, Kulturbeauftragter der Stadt München, geboren 1.8.1885 Neuburg an der Donau, gestorben 3.8.1954 München. Nähere Lebensumstände konnten nicht ermittelt werden», heisst es in der neuesten Sammlung bayerischer Biographien.¹² Nun, so einfach kann man es sich nicht machen mit «Haluhe», wie ihn seine engeren Mitarbeiter nannten.¹³ Gerade dieser Mann, an dessen Schicksal sich die Geschichte Münchens in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nachvollziehen lässt, ist einer ausführlicheren Betrachtung würdig.

Hans Ludwigs Vater, der Archivoffiziant Marcellus Held, Jahrgang 1850, stammte von oberbayerischen Bauern ab, seine Mutter Karoline, 1858 geboren, kam aus einer fränkischen Mül-
lersfamilie.¹⁴ Diese Herkunft mag seine Volkstümlichkeit und seinen oft bis zur Derbheit reichenden, deftigen Humor wesentlich mitbestimmt haben, der ihm trotz aller geistigen Ausbildung und Weiterentwicklung sein Leben lang erhalten blieb. Über Helds Eltern und über seine Schwester, die später den Maler Sepp Frank heiratete, ist nicht viel bekannt; wohl aber über eines der prägenden Elemente seiner Jugend: die Musik.

Früh wurde seine musikalische Begabung gefördert; der Organist, Chordirigent und Musiklehrer am Neuburger Gymnasium, Weygand, lebte mit der Familie Held in einem Hause und unterrichtete Hans Ludwig in Klavier, Geige, Bratsche und Orgelspiel. Durch seinen eigenen Lehrer, den Schubertfreund Franz Lachner, hatte sich Weygand eine besondere Kenntnis der Kammermusik Schuberts und Beethovens erworben, die er an seinen Schüler weitergab. Hans Ludwig erwies sich dabei als so begabt, dass Weygand dessen Vater beschwor, den Jungen Musiker werden zu lassen.¹⁵

Nicht so erfolgreich gestaltete sich seine schulische Laufbahn; nach dem Besuch der Volksschule in Neuburg an der Donau¹⁶ und dem Umzug seiner Familie in die Münchner Amlienstrasse quälte er sich ab 1896 durch sieben Klassen des Ludwigsgymnasiums. Gerlach berichtet in seiner Gedenkrede:¹⁷

«Er war ein schwieriger Schüler und man liess es ihn merken, bis er fast zur Verzweiflung getrieben war. Seine trüben Jugenderfahrungen hat er nie vergessen, sein Jugendleid nie überwunden; bitter sprach er über eine Schule, welche ungewöhnliche geistige Anlagen nicht pflegt und hegt, sondern zerstört. Die bittersten Erfahrungen machte er im Mathematikunterricht ... der Zwang zur klaren Entscheidung, zur Beantwortung der Einzelfrage ohne Abschweifung, die Unerbittlichkeit des Materiellen war seinem Wesen fremd.»

Schwere Kopfwehinfälle und Nervenkrisen zwangen ihn dann 1904 zu einem Abbruch seiner Schulausbildung.¹⁸

Sicherlich waren diese negativen Schulerfahrungen an der Entwicklung von Helds späterem Volksbildungskonzept wesentlich mitbeteiligt, ebenso an seinem Drang zur Selbstbestätigung und Angst vor Kritik.¹⁹ So meint die Schriftstellerin Ursula von Mangoldt:

«Aber er war ein in sich gespaltener Mensch. Auf der einen Seite ein grosser Wissender, Mystiker und Magier, der Angelus Silesius herausgab, Buddha-Reden übersetzte und über den Golem schrieb, war er andererseits ängstlich und scheute sich trotz seines grossen Ehrgeizes

vor jeder Veröffentlichung eines neuen Buches, weil es von Wissenschaftlern schlecht kritisiert werden könnte. Erst der Professortitel, den man ihm nach dem Krieg verlieh ... gab ihm Sicherheit und Selbstvertrauen.»²⁰

Berichte von Klassenkameraden des jungen Hans Ludwig Held bestätigen diesen Eindruck von einem bestaunten, ungewöhnlichen und nicht-integrierten Aussenseiter. Siegfried Förtner, der die Parallelklasse Helds besuchte, erzählt:

«Es ist doch wohl so gewesen, dass Held in seiner Klasse auch eine Ausnahmestellung einnahm und für seine Gedanken bei seinen Klassenkameraden nicht immer ganz das Verständnis fand, das gerade für einen jungen Menschen oft nötiger ist als das tägliche Brot. Dass er schon damals mit Ideen und Plänen geladen war, dessen entsinne ich mich noch gut; auch dass mir diese ob ihrer Eigenart, durch die sie ganz aus dem gewohnten Interessenskreise der Schule und ihrer Bezogenheit herausfielen, entschiedenen Eindruck machten.»²¹

Ähnliches berichtet Oskar Gluth, langjähriger Freund Helds:

«Hier in der Schule waren wir uns schon nähergetreten, war er doch sofort als ein Besonderer in unserer Mitte gestanden, bewundert und auch heiter bestaunt, denn als Gymnasiast war er ganz aus der Art geschlagen. Wie ein noch unausgewachsener Gelehrter und Polyhistor stand er unter uns ausgelassenen, ungebärdigen Sechzehnjährigen. Nur der Bart fehlte, die behäbige Füllung der Weste, in seinem äusseren Habitus war er sonst eigentlich schon der Hans Ludwig Held, den heute ganz München kennt.. .»²²

Nach seinem Ausscheiden aus der ungeliebten Schule trat er 1904 seine erste Stellung an: Er schlug die Laufbahn des Mittleren Verwaltungsdienstes der königlichen Haupt- und Residenzstadt München ein, ein Dienstverhältnis, in dem er bis 1911 blieb; im Jahre 1909 legte er dabei die «Stadt- und Marktschreiberprüfung» ab, danach wurde er in den Beamtendienst übernommen.²³ Neben dieser Broterwerbs-Tätigkeit begann Held nun intensiv mit seinen autodidaktischen Studien der Religions- und Kulturgeschichte, der Volks- und der Völkerkunde. Er wohnte weiterhin bei seinen Eltern:

«Schmale, ausgetretene, unsäglich oft gescheuerte Holztreppe, wie sie sich heute nicht einmal mehr in den äussersten Vorstädten finden. Ein engbrüstiges Zimmer, ein viel zu benützter Schreibtisch und hohe Bücherwände. Durchgesessene Stühle, von allzu langem Menschen-dienst erschöpft. Auf ihnen sassen wir jungen Menschen und philosophierten», schreibt Annie Francé-Harrar dazu.²⁴

Held liess es jedoch nicht beim Philosophieren bewenden: Bereits 1906 veröffentlichte er seinen ersten Gedichtband «Dämmerstunden»,²⁵ dem bald weitere lyrische Versuche, eine Tragödie und «vor Lyrik und Bombast strotzende Romane»²⁶ folgten.

Im Jahr 1911 wird Held aus «gesundheitlichen Gründen» in den zeitweiligen Ruhestand versetzt. Ludwig Krafft vermutet, dass Held seine Beamtenlaufbahn selbst beendete, um sich dienstaufsichtliche Folgen der 1912 von ihm herausgegebenen «Hetärengespräche» des Lukian zu ersparen.²⁷ Er ist nun freier Schriftsteller und Mitherausgeber der Zeitschrift «Janus».²⁸ In ihrem Programm spiegelt sich auch eines der Grundbedürfnisse ihres jungen Mitherausgebers: Janus «ist unabhängig in jeder Hinsicht. Unabhängig von irgendeiner politischen und konfessionellen Richtung. Unabhängig vom Kapitalismus. Unabhängig von irgendeiner künst-

lerischen oder literarischen Schule und Clique.» Über die Macht dieses Freiheitsgefühls berichtet ein Bekannter Helds in einem Brief von 1950:

«Wir kamen damals manchmal zusammen, Sie erzählten mir Episoden aus Ihrem Leben. Als Sie von Ihrem Versuch, ein Mönch zu werden, sprachen, und wie Sie den Zorn über die gefühlte Unfreiheit dadurch bezähmten, dass Sie in den Chorstuhl hineinbissen und ihn abnagten, schwellen Ihre Adern auf der Stirn wieder so an, dass es mir schwer fiel, Ihre gemütsgetragene Hingabe an die Musik mit der Wucht Ihres choleralischen Temperamentes als Wesenszüge eines Menschen zu erfassen.»²⁹

Professor Gerlach zeichnet diesen Charakterzug Helds in seiner Gedenkrede so: «Es ist, als ob er sein eigenes Leben in jeder Periode seines Schaffens neu begonnen hätte: in spontanem Entschluss warf er eigene Bindungen – menschliche und geistige – zur Seite, wenn sie seine Entwicklung zu hemmen drohten; und Eigenstes seines Denkens und Schaffens war für ihn erledigt, wenn es für ihn nicht mehr fruchtbar war. Er musste sich frei fühlen, er pochte auf sein Recht auf Freiheit des Denkens und Handelns, die er anderen nicht immer zugestand.»³⁰ In diese «Schwabinger Periode» in Helds Leben fiel auch seine Heirat mit der geschiedenen Photographin Stephanie Ludwig;³¹ diese Verbindung wurde nicht glücklich. Erst seine zweite Ehe mit der 1899 geborenen Tochter eines Schweizer Journalisten, Völkerbundsekretärs und Herausgebers der Züricher Freitag-Zeitung, der begabten Pianistin Margarethe Zurlinden, wurde zu einer dauerhaften Lebensbindung.³²

Mit Helds Weggang von seiner beamteten Stellung beginnt eine Phase der stürmischen Aktivität. Er schreibt Balladen und Chansons für die Diseuse Mary Irber vom «Kleinen Theater», intensiviert seine Studien des Buddhismus, des Judentums, der Mystik, der Theologie und Magie, gründet 1911 zusammen mit Thomas Mann, Frank Wedekind, Karl Henkell und anderen den «Schutzverband deutscher Schriftsteller», dessen ehrenamtlicher Geschäftsführer er bis 1914 bleibt, veröffentlicht die «Urkunden zur deutschen Reformationgeschichte», die «Talmudlegenden», «Buddha, sein Evangelium und seine Auslegung» sowie weitere Schriften zum Buddhismus, er wird Herausgeber des religionswissenschaftlichen Archivs «Religiöse Kultur» sowie der Zeitschrift «Kritische Rundschau» und arbeitet zwischen 1916 und 1918 im Redaktionsstab des christlichen Studentendienstes Berlin mit, betraut mit der Herausgabe mystischer Literatur. Zu seinem Freundes- und Bekanntenkreis gehören Thomas Mann, Bruno Frank, Karl Wolfskehl, Oskar Maria Graf, Kurt Martens, Hugo von Hofmannsthal, der berühmte Kabbalaforscher Gerson Schöler, der jüdische Gelehrte Chaim Bloch und viele mehr.³³ Eine rückblickende Skizze von Dr. Karl Löwenstein über die Entstehung der «Kritischen Rundschau» wirft auch ein helles Licht auf Helds kreativ-chaotische Lebens- und Arbeitsweise:³⁴

«So war ich eines Tages in der Franz-Joseph-Strasse in Schwabing in Ihre Arbeitsstätte gekommen... Die Innenseite Ihres Studierraumes war überfüllt von Büchergestellen, die sich eng aneinanderdrängten und die Menge der Bücher und Broschüren nicht zu fassen schienen. Wie ich das sah, wunderte ich mich, dass dies alles um Sie herumstehen konnte und nicht in einen wirren Haufen zusammenstürzte. Dazwischen also sollte die ‚Kritische Rundschau‘ entstehen. Ich hatte mich als Mitarbeiter gemeldet. Einige literarische und philosophische Bildung war mir eigen und so wurde ich mit etwa 20 anderen jungen Männern mit ähnlicher Vorbildung in

den Stab dieser originellen Zeitung-Zeitschrift aufgenommen. Diese meine Mitjünger waren nun aber gar nicht ‚normiert‘ oder für ein Programm abgestimmt. Es waren schwärmerische Musikantenseelen neben boxsportbegeisterten Mediziner, Hölderlinverehrer neben Flamenfreunden, Franzosenkenner neben Übersetzern nordischer Autoren, Realitätsphilosophen neben Schelerschülern, Expressionisten neben Traditionalisten, Zionisten neben Deutschdemokraten. Bei der Betrachtung dieser Mitarbeiter hatte ich – von der Universität her an Schule und Richtung gewohnt – ähnliche Bedenken wie mit den Büchergestellten in Ihren Arbeitsräumen. Ich dachte, eines Tages würde das alles mit wüsten Auseinandersetzungen enden. Doch dieser kräftige, kleine Mann mit der dunklen Brille, dem unversiegbaren Gedächtnis und der schnellen, sicheren, einprägsamen Entscheidung faszinierte diese jungen Männer so sehr, dass ... die «Kritische Rundschau» ... tatsächlich fortlaufend erschien, während die persönlichen Differenzen wie Schemen im Hintergründe blieben. Es war die angenehme Autorität der Toleranz, die ich damals zum ersten Mal in Ihrer Umgebung spürte. Jeden liessen Sie an seinem Platz gewähren, ohne den Gesamtzusammenbau aus den Augen zu verlieren.»

Noch während der Kriegsjahre versuchte der vom Wehrdienst befreite Hans Ludwig Held, eine «Deutsche Akademie der Dichter und Künstler» sowie eine «Freie Akademie für allgemeine Religionswissenschaft» zu gründen. Das Kriegsende zwang ihn, diese Pläne aufzugeben; die Revolution von 1918 zog ihn und seine Freunde in ihren Bann. Der Schriftsteller Hans Brandenburg sieht in dieser revolutionären Aktivität vieler Künstler und Literaten «Schwabings letzte grosse Tat», nämlich «den Versuch, die Revolutionen von 1918 und 1919 in die Hand zu bekommen und Menschen formen zu helfen, die künftiges Unheil verhüten sollten».³⁵ Held wurde aktiver Politiker und als Vertreter der ganz links stehenden «Unabhängigen Sozialistischen Partei Deutschlands» (USPD), deren Mitglied er bis 1922 blieb, in den Stadtrat gewählt; erst 1924 legte er sein Mandat nieder.³⁶ Oskar Maria Graf schildert diese «Schwabinger Revolution» so:

«Recht gewichtig lief der schmalgesichtige Katzenstein herum, dort sass Karl Wolfskehl; in einer Ecke, sehr bescheiden, lehnte Rilke... Lauter feine, gebildete Leute sah ich hier, bei denen man roch, dass sie nie mit dem Volk was zu tun gehabt hatten. Schon wieder kam mir der Ärger. Ein nicht sehr grosser, fest unterwachsener Klann in pfarrerlässiger Kleidung, mit breitem Gesicht, rotem Vollbart und gefurchter Stirn trat vor. Er schnaubte nervös und schien sehr geladen zu sein. Sehr kritisch sah er auf all diese Leute... «Auf dem Land kümmert sich kein Mensch um die Revolution! Und wenn da einer von den Herren, die hier sind, hinausgeht, lacht man ihn aus!» brüllte ich bissig... ‚Lauter Literaten!‘ ‚Hans Ludwig Held!‘ rief der Versammlungsleiter und jener fest unterwachsene Mann erhob sich und hielt eine mächtige Rede gegen den Intellektualismus. «Mein Vorredner hat recht!» rief er. «Was er über das Landvolk sagt, stimmt! Sie, meine Herren, dürfen sich auf dem Land nicht sehen lassen!» Da und dort entstand entrüstete Unruhe. «An uns liegt’s, meine Herren! Revolution kann nicht aus dem Hirn wachsen, sie muss vom Menschen kommen!» fuhr er fort und fand phantasievolle Ausdrücke über die neue Zeit, kam dann ins Religiöse und zitierte polternd Mystiker. Ich schlich mich unbemerkt davon.»³⁷

Als Vertreter der Revolution und von Sommer 1919 bis März 1920 auch Fraktionsvorsitzender der USDP wurde Held mehrfach verhaftet; er selbst berichtet, er habe 1921 bei einer Denkmalerrichtung dem ermordeten Kurt Eisner die Gedächtnisrede gehalten. Sein Kampf gegen die ideologische Einseitigkeit brachte ihn jedoch bald in Konflikt mit seiner Fraktion.³⁸ Neben dieser politischen Aktivität gründete Held eine «Gesellschaft für neue Erziehung», die ihr Ziel in der «Kartellisierung aller reformpädagogischen Vereinigungen Deutschlands» sah.³⁹ Hans Ludwig Helds Laufbahn als Volksbildner hatte begonnen. Hinzu kam noch eine ehrenamtliche Tätigkeit am Afrika-Archiv von Leo Frobenius, an dessen «Atlas Afrikanus» er mit dem Spezialgebiet «magische Volkskunde» mitwirkte;⁴⁰ die für Helds Leben charakteristische Gleichzeitigkeit höchst unterschiedlicher Tätigkeiten trat hier also bereits deutlich zutage.

Der November 1920 wird für Held zum Beginn einer neuen, wohl mit seiner wichtigsten Lebensphase: Er bewirbt sich um den durch Stadtratsbeschluss vom November 1920 geschaffenen Posten eines Bibliothekars der «Büchersammlung des Münchner Gemeindekollegiums». Seine Bewerbung, die mit einer Fülle von Empfehlungen aus der ganzen deutschen Geisteswelt untermauert ist, wird vom Stadtrat einstimmig angenommen;⁴¹ am 3. Januar 1921 tritt Held seinen Dienst als erster hauptamtlicher Bibliothekar der Stadt München an. Eines der Hauptanliegen des Stadtratsbeschlusses und damit auch einer der wichtigsten Gründe für die Wahl Helds war die Absicht, aus der unsystematisch zusammengekommenen Büchersammlung ein wirkliches städtisches Bibliothekssystem zu schaffen, wobei die Volksbildung im Vordergrund stehen sollte.⁴² Die «Dienstanweisung für den Stadtbibliothekar»⁴³ zeigt, wie vorausschauend die Planung und wie vollständig die Durchführung der Hans Ludwig Held anvertrauten Aufgaben war: So ist hier bereits die Rede von der Einrichtung einer Monacensia-Sammlung, einer wissenschaftlichen Stadtbibliothek sowie eines Volksbibliothekswesens mit Kinderlesestuben und Lesehallen.

Nun geht es Schlag auf Schlag: 1922 geht die einzige Volksbibliothek im Rosental aus der Zuständigkeit des Schulreferats in die der Stadtbibliothek über, 1923 wird die erste Kinderlesehalle in der Türkenschule, 1924 die zweite in der Mariahilfsschule errichtet; in den nächsten Jahren folgen weitere Neugründungen in der Schule an der Schulstrasse, in der Tumblingerschule, in der Kirchenschule, in der Haimhauserschule, in der Pfarrhofschule und in der Fürstenriederschule. Die bisher private Musikbücherei geht in städtischen Besitz über und wird modernisiert, ebenso die Volksbücherei im Rosental. Bald entsteht auch in Schwabing eine Volksbibliothek, man richtet zwei Lesehallen für Zeitungen und Zeitschriften ein und auch die Bücherbestände der wissenschaftlichen Stadtbibliothek werden vervielfacht.⁴⁴

Im Februar 1928 überrascht Hans Ludwig Held die Fachwelt dann mit seiner Wanderbücherei, die in einem umgebauten Strassenbahnwagen «das Buch zum Menschen» bringt; für jede der bald sechs Haltestellen wird ein eigener Buchbestand zusammengestellt, der der Struktur der Bevölkerung des jeweiligen Stadtgebietes Rechnung trägt.⁴⁵ Hans Ludwig Held selbst soll sogar, um seine Wanderbücherei auch buchstäblich lenken zu können, bei den Münchner Verkehrsbetrieben einen Strassenbahnführerschein abgelegt haben; es sei der Phantasie des Lesers überlassen, sich den Stadtbibliotheksdirektor Held, «schon rundlich, mit Brille und krausem Backenbart, halb Geistlicher, halb Schubert», wie ihn Hans Brandenburg beschreibt,⁴⁶

am Steuer «seines» Trambahnwagens vorzustellen! Neben der Wanderbücherei wachsen eine philatelistische Abteilung, die Monacensia-Sammlung mit ausschliesslich münchenerischer Literatur und die Handschriftensammlung, deren Autographenbestände durch Helds gute Beziehungen zu den Grössen des literarischen und künstlerischen München wesentlich erweitert werden können.⁴⁷

Aber Hans Ludwig Held ist nicht nur Stadtbibliothekar und seit 1925 Stadtbibliotheksdirektor; zwischen 1923 und 1932 wirkt er als Gastdozent an den Volkshochschulheimen Dreissigacker und Sachsenburg, 1925 gründet er die bayerische Volksbildungszeitschrift «Volk und Heimat», die er bis 1933 leitet, er richtet Bibliothekskurse ein, in denen er nach eigenen Konzeptionen Bibliothekare ausbildet und wird 1927 erster Vorsitzender der in finanzielle Schwierigkeiten geratenen «Münchner Volkshochschule».⁴⁸ Über seine Zeitschrift «Volk und Heimat» schreibt ihm Thomas Mann:⁴⁹

«Ich liebe Ihr Blatt sehr, das ich regelmässig sehe und an dem ich meine Freude habe. Es ist rechte und echte Volkskost, ausgesucht, gesund und rein. Nie habe ich etwas Dummes, Gemeines, Kindisches in ‚Volk und Heimat‘ gefunden. Ein schöner Glaube an das Verlangen und die Bereitschaft des Volkes, das Gute aufzunehmen, spricht aus dem, was Sie bieten. Ein Hauch von deutschem Idealismus, recht wohltuend in Zeiten wie diesen, weht einem daraus entgegen. Möge Ihre hingebende soziale Arbeit durch immer wachsenden Erfolg belohnt werden.»

Aber nicht nur Helds Schriften zur Volksbildung⁵⁰ stossen auf reges Interesse; auch die von ihm herausgegebene zweite Auflage der Werke von Angelus Silesius sowie seine grosse Studie «Das Gespenst des Golem» von 1927 finden höchste Anerkennung.⁵¹ Er ist inzwischen ein anerkannter Spezialist für alle Phänomene der Magie, des Okkultismus und der Sektenforschung geworden. Oskar Maria Graf berichtet aus dieser Zeit eine Begebenheit, die ebenso für Held, wie für Graf charakteristisch ist:

«Ich ging auf der sonnigen Ludwigstrasse dahin, und mein vielbelesener, in religiös-mystischer Literatur tief beschlagener Freund Hans Ludwig Held, damals Direktor der Städtischen Bibliothek, kam mir mit forschendem Blick entgegen. Mit vorgestrecktem Bauch, die fleischige Hand mit dem brandroten Bart beschäftigt, die Stirn drohend gefaltet, blieb er vor mir stehen und sah mich mit seinen kleinen scharfen Augen durch die blinkenden Brillengläser unverwandt an: ‚Sag mal, ich habe deinen Roman gelesen, sehr anständig; aber sag mal, ich such‘ mir jetzt schon wochenlang meine ganze Bibliothek durch ..., bei welchen Quellen hast du denn deine Sekten ‚Die Sanftem und ‚Lehensbrüder Gottes‘ gefunden?‘ Ganz dumm und baff schaute ich ihn an. Ich musste leicht lächeln. ‚Die? – Wo ich die herhab?‘ antwortete ich lustig. «Quellen hab‘ ich da gar keine gebraucht, die hab‘ ich frei erfunden.. .‘ Mein rundbauchiger Freund starrte ganz kurz, wurde hochrot im Gesicht und schlug seinen Stock ärgerlich auf dem Pflaster auf: «Also da hört sich doch alles auf –! .. .‘ Er zog seinen breiten Bartmund zu einem kleinen freundlichen Lächeln auseinander, wobei seine Mauszähne sichtbar wurden: «Aber, allen Respekt mein Lieber, ausgezeichnet hast du gelogene»

Solchen literarischen und philosophischen Steckenpferden konnte Held jedoch viel zu selten nachgeben. Der Büroalltag frass ihn oft buchstäblich auf. Ernst Wagner, Bekannter aus Helds «Schwabinger Tagen», erinnert sich rückblickend Held gegenüber, wie er erst über dessen in-

zwischen würdiges Auftreten etwas erstaunt war, dieser jedoch plötzlich den Bericht von seiner sozialen und kulturellen Wirksamkeit unterbrach:

«Wie einstens kollerten aus Ihrer Erdtiefe wie Felsblöcke die Worte ‚Ich halt’s nicht mehr aus!‘ Und dann folgte fast verzweifelt der Katarakt der Anklage: Sie seien untreu Ihrer schöpferischen Aufgabe, als beamteter Stadtrat fühlten Sie sich grotesk verkleidet, Sie seien umgeben von Mediokrität, – und dann schrien Sie: ‚Diese Enge, diese Enge ...!‘»⁵³

Helds Ausbruch wird verständlich, zählt man nur einen Teil seiner weiteren Tätigkeiten auf: Er ist seit 1923 zweiter Vorsitzender des «Instituts für Kulturmorphologie», wird 1928 Leiter der Reihe «Mystik und Okkultismus von 1500 bis 1850» in der Sammlung «Die deutsche Nationalliteratur» bei Reclam, 1929 erster Vorsitzender dieser Sammlung; 1928 organisiert er die Ausstellung «Heim und Technik», 1932 die grosse Goethe-Ausstellung in der Münchner Residenz. Er arbeitet mit in den Ausschüssen der Bach- und der Bruckner-Gesellschaft, bei der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung, der Deutschen Akademie, Sektion München, dem Goethe-Institut der Deutschen Akademie, der Goethe-Gesellschaft und im Hauptausschuss sowie im Bibliotheksausschuss des Deutschen Museums.⁵⁴ Daneben und dadurch ist er eng mit dem kulturellen Leben Münchens verbunden und bestimmt auch in einem «Literaturbeirat» über die Vergabe des neu ins Leben gerufenen Münchner Literaturpreises mit.⁵⁵ In dieser Funktion hat er bereits mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, wie sie ihm später, als Kulturbeauftragten der Stadt München, dauernd begegnen.⁵⁶ Zu seinem zehnjährigen Dienstjubiläum übergibt ihm Thomas Mann die Glückwünsche des Literarischen Beirates der Stadt, würdigt seine volksbildnerische Tätigkeit und fügt hinzu:

«Diese sozialen Leistungen sind freilich von Ihrer Persönlichkeit nicht zu trennen, aber im Grunde ist es diese Persönlichkeit als solche und als Ganzes, die wir meinen, und an die wir uns wenden: Der originelle, bedeutende und lebenswerte Mensch Hans Ludwig Held, dem wir Alle eine Gesinnung voll Anhänglichkeit und freudiger Bejahung entgegenbringen. Man handhabt heute gern den kritisch denkbaren und eine ergiebige Antithetik in sich schliessenden Gegensatz von Erde und Geist. Nun, Sie sind in Ihrer Echtheit und hohen Spiritualität, Ihrer Schollenhaftigkeit und Ihrem Universalismus, der wandelnde Beweis, dass das kein notwendiger Gegensatz ist; Sie leben uns seine Versöhnung vor, und das ist vielleicht Ihre grösste ‚Soziale Leistung^‘»⁵⁷

Noch einige wichtige Ehrungen erhält Hans Ludwig Held, bevor er 1933 durch die Nationalsozialisten aus seinem Wirkungskreis entfernt wird: Im Goethejahr 1932 wird ihm für seine Goethe-Ausstellung in der Münchner Residenz und für die von ihm organisierten Goethefeiern, für die er auch ein «Goethe-Spiel» verfasste, die Frankfurter Goethemedaille verliehen.⁵⁸ Darüber hinaus überreicht ihm noch im Januar 1933 Reichspräsident Hindenburg die «Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft».⁵⁹ Der ehrgeizige Autodidakt und unermüdete Arbeiter Hans Ludwig Held, dessen Lebenswerk, das Münchner Büchereiwesen, inzwischen neben der wesentlich erweiterten wissenschaftlichen Stadtbibliothek auf acht Volksbibliothe-

ken, vier Lesehallen, sechzehn Kinderlesestuben, eine Wanderbücherei und eine Musikbibliothek sowie die bereits genannten Spezialsammlungen angewachsen ist,⁶⁰ steht nun im Zenit seines Ruhms.

Umso härter traf ihn die unmittelbar auf die nationalsozialistische Machtübernahme folgende Amtsenthebung und Entlassung aus seinem öffentlichen Wirken. Im März 1933 reiste er, einer Warnung folgend, mit seiner Frau nach Zürich, um dort die Entwicklung in München abzuwarten. Ein Brief des Münchner zweiten Bürgermeisters rief ihn zurück. Trotz schwerer Erkrankung folgte Held dieser Aufforderung, immer noch auf einen guten Ausgang hoffend.⁶¹ Aus taktischen Gründen legte er Ende März den Vorsitz der Volkshochschule nieder und bereitete sich auf seine Verteidigung vor. Viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter Oswald Spengler, die Sektion Bayern des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller mit Josef Ponten, Karl Haushofer, Max Halbe, Gottfried Kölwel, Georg Britting, Richard Billinger und Wilhelm Weigand sowie der spätere Direktor der Bayerischen Staatsbibliothek während der NS-Zeit, Ministerialdirektor Buttman, setzten sich für ihn ein.⁶² So schrieb beispielsweise Buttman an den NS-Oberbürgermeister Fiehler:

«Dass Held, dessen Anfänge gewiss stark im Zeichen Schwabings standen, nach der Revolution auf die linke Seite gefallen war, darf man m.E. einem solchen gänzlich unpolitischen Menschen nicht sein ganzes Leben nachtragen. Held hat nach meiner festen Überzeugung stets das Gute gewollt und der Erfolg seiner Arbeit in München muss ihn m.E. vor dem Schicksal einer Entlassung bewahren.»⁶³

Held suchte um seine Pensionierung nach, die mit dem Hinweis auf seine bevorstehende Dienstentlassung abgewiesen wurde. Kurz vor seiner Vernehmung und Entlassung legte man dem um sein weiteres Schicksal und die Zukunft seines Lebenswerkes Bangenden im August 1933 eine Grussadresse von Schriftstellern an den Reichskanzler, also nicht an Hitler als Führer der NSDAP, zur Unterschrift vor, die unter dem Motto «Friede, Arbeit, Ehre und Freiheit» stand. Held unterzeichnete sie, neben vielen anderen, nach eigener Aussage «um vor allem die gegen mich vorgebrachten Verleumdungen, ich wäre ein Kommunist oder proletarischer Freidenker, damit zu entkräften. Zu dem damaligen Zeitpunkt schienen die dort niedergelegten Ziele den von mir vertretenen Grundsätzen nicht zu widersprechen und die Adresse enthielt keinerlei Verpflichtung gegenüber dem Nationalsozialismus.»⁶⁴

Im September 1933 verhörte man Held genau über seine politische Vergangenheit als USPD- und später SPD-Mitglied; bis zum 6. April 1933 hatte er noch der SPD angehört. Ohne seine Überzeugung zu verleugnen, wehrte sich Held gegen den Vorwurf, Kommunist zu sein und bekannte sich erneut zu seiner Stellung als religiöser Sozialist.⁶⁵ Dennoch entliess man ihn mit Wirkung vom 26.10.1933 aus seinen Diensten als Stadtbibliotheksdirektor, setzte ihn auf drei Viertel des ihm zustehenden Ruhegehaltes und entkleidete ihn seiner Amtsbezeichnung.⁶⁶ Was nun kam, schildert Hans Brandenburg so:

«Auf ein Ruhegehalt gesetzt, das ihm nichts weiter als eine bescheidene Wohnungsmiete sicherte, flüchtete er sich und seine wichtigsten Bücher an die äusserste Peripherie nach Unterhaching, wo die Bücher den Hauptplatz einnahmen und eine Höhle um ihn bildeten. Er gab Nachhilfestunden und seine Frau, die hervorragende Pianistin, Klavierstunden, er legte ausserdem einen Mustergarten an, der unter Fachleuten so berühmt wurde wie zuvor die geistige

Pflanzstätte seiner Stadtbücherei. Dabei waren beide fast immer krank, abwechselnd oder gleichzeitig. Als sie uns eingeladen hatten, räumten sie das Zimmer aus, um uns empfangen zu können. Und als wir einmal in Pontens Auto unangemeldet erschienen, sang Held am Klavier im grünen Gärtnerschurz mit gewaltigem Bass zu unserer Begrüssung: ‚Im tiefen Keller sitz ich hier‘ und ‚Dort, wo im Wald die Schenke ragt‘. Er selbst, der Einsiedler von Unterhaching, besuchte nur wenige, weil die meisten fürchteten, durch den Verkehr mit ihm kompromittiert zu werden.»⁶⁷

Bis 1938 konnte Held wenigstens noch schriftstellerisch arbeiten, obwohl er die Schriftleitung seiner Zeitschrift «Volk und Heimat» bereits 1933 abgeben musste. Vor allem in dem von Wilhelm Hausenstein redigierten Feuilleton der «Frankfurter Zeitung» veröffentlichte er Buchbesprechungen.⁶⁸ Er gab Privatstunden in Latein, Griechisch, Deutsch und Englisch. Obwohl ein strenger Lehrer, knüpfte er mit seinen Schülern doch dauernde Bindungen; er liess sie nach dem Unterricht im Garten spielen und machte sie mit vielen seiner anderen Wissensgebiete vertraut. «Solche Lehrer sollt's halt geben!», wurde in Erinnerung an diese Erziehungsarbeit gesagt.⁶⁹ Stundenlang übte er mit dem Unterhachinger Pfarrer Stemmer auf seinem Harmonium Messen und geistliche Lieder ein. Er besuchte nach eigener Aussage «keine politische oder kulturelle Veranstaltung, kein Theater, keinen Vortrag, keine Versammlung»,⁷⁰ sondern beschäftigte sich mit Studien der Mystiker sowie mit seinen Paracelsus-Forschungen; in München traf man ihn höchstens noch in Antiquariaten an.⁷¹ Gerlach berichtet über diese Zeit in seiner Gedenkrede:

«Manchmal fuhr er mit einem Bauern oder einem Freund hinaus aufs Feld, in den Wald, einer mystischen Liebe zu Baum und Wild sich hingebend. Alle Öffentlichkeit, ja jede Verbindung zum Leben der Welt scheute er; selten war er selbst in wichtigen Fragen und Sorgen bereit zu einer Aussprache; wer kam, wurde gleich angestellt im Garten mitzuhelfen; und als er so einmal gleich dreizehn freiwillige Mitarbeiter solcher Art bekommen hatte, sagte er abends, das sei sein schönster Tag gewesen. Mit strahlendem Lachen und listiger Freude konnte er noch in späteren Jahren von solchen Stunden der Gartenarbeit sprechen.»⁷²

Nach dem Ausschluss aus der Reichsschrifttumskammer und dem Schreibverbot des Jahres 1938⁷³ widmete er sich mit noch grösserer Besessenheit seinem Garten, da er nicht für die Schublade schreiben konnte und wollte. In seinem «Gartenbuch» verzeichnete er neben Angaben verschiedener Sä- und Düngweisen auch akribisch alle Tage, an denen er Pflanzen setzte, von wem er sie geschenkt erhalten hatte und welche weitere Entwicklung sie nahmen. Auch die astrologisch günstigsten Zeiten für Saat und Ernte, für Pflügen und Jäten sind hier erfasst.⁷⁴ In einem anderen Büchlein finden sich etliche homöopathische Rezepte für alle möglichen Krankheiten.⁷⁵

Während sich Held so immer mehr in seine kleine Welt zurückzog, wurde er ständig von der Gestapo überwacht, man führte bei ihm und seinen Freunden mehrfach Hausdurchsuchungen durch und nahm ihm viele seiner wertvollen Bücher weg.⁷⁶ Im Januar 1945 sollte er noch zum Volkssturm eingezogen werden, wurde aber dann doch als untauglich zurückgestellt;⁷⁷ den makabren Scherz, Hans Ludwig Held mit der Panzerfaust Unterhaching verteidigen zu lassen, erlaubte sich die Weltgeschichte nicht. Von einer Italienreise zurückkehrend, vor den Trüm-

mern des berühmten Schwabinger «Café Grössenwahn», erinnerte sich Hans Carossa 1944 des verbannten Freundes:

«... unverkennbar ein Sohn des altbayerischen Stammes, fast mönchisch in seinem schwarzen Rock, aber doch so recht, was Goethe eine Natur genannt hätte. Auf untersetztem Körper ein mächtiger Kopf mit Gnomenbart, hellgrauem Forscherblick und eigenwillig klarer Stirn, das Gesicht voll zurückgehaltener Energie, die aus dem Blute kommt, aber sich unablässig zu vergeistigen strebt, von Gutherzigkeit durchleuchtet. .. Grosser Eingeweihter im Gartenreich der Schriftwerke, hielt er seit Jugendjahren Kindergeschichten, Märchen und Legenden stets der gleichen Pflege wert wie die hohe Dichtung alter und neuer Zeit. Er gemahnt an die elbischen Wesen, die dem Hause Segen bringen, das sie in Ehren hält. Ihr Element ist das heilige Herdfeuer, das nicht ausgehen darf. Wer sie entlässt, den verlässt das Glück.»⁷⁸

Bereits im Mai 1945 konnte Hans Ludwig Held wieder an seinen alten Posten als Stadtbibliotheksdirektor zurückkehren; die neue Zeit nach Kriegsende verlangte wieder gebieterisch nach Menschen wie ihm. Gerlach berichtet dazu:

«Im Mai 1945 fährt ein Auto vor und jemand fragt überrascht den Mann mit dem mächtigen Kopf und der Brille, der im Gartenschurz mit erdverschmutzten Händen da arbeitet: ‚Sind Sie der berühmte Mann?‘ ‚Das werden’s gleich merken, wenn ich anders angezogen bin‘, war die Antwort. Und so plötzlich wie er vor zwölf Jahren aus München verschwunden war, so verschwand er nun in München, in der unübersehbaren Fülle von geistiger und organisatorischer Arbeit.»⁷⁹

Neben der bereits überaus umfangreichen Tätigkeit als Stadtbibliotheksdirektor, bei der er sich um die Rückführung der ausgelagerten Bücher aus ihren Notquartieren, um die Säuberung der übriggebliebenen Bestände von nationalsozialistischer Literatur, um Bestandsaufnahme, Restaurierung und Wiederaufstellung in fast völlig zerstörten Räumlichkeiten kümmern musste, neben all diesen Aufgaben wurde Held im September 1945 noch zum ehrenamtlichen «Beauftragten für Kultur» der Stadt München ernannt. So sehr ihm diese Tätigkeit entsprach und so sehr er auch dafür geeignet war: Wie er es schaffte und woher er die Kraft nahm, all dies zu bewältigen, bleibt ein Rätsel. Es ist wohl nur durch die aufgestaute Energie der zwölf Jahre NS-Herrschaft zu erklären, die diesen unglaublich aktiven Mann von einem Tag auf den anderen zu einem Rentnerdasein verdammt hatte. Nun sass er jedoch wieder im Zentrum des Geschehens, ohne ihn ging nichts mehr in der wiedererstehenden Münchner Kultur. Gerlach beschreibt Helds Arbeitsalltag so:

«Weiter und weiter spannte sich der Kreis seines Wirkens. Sein Zimmer im Rathaus – Wände, Tische, Flügel, Stühle, Fussboden bedeckt mit Bildern und Plastiken, Programmen und Plakaten, mit alter Volkskunst und neuzeitlichen Baumodellen – das Zimmer war kaum eine Viertelstunde ohne Besucher, fast immer mehrere auf einmal, dazwischen seine Helferinnen, denen er diktierte, Anweisungen gab, telephonische Auskünfte und Anfragen, Terminfestlegungen: Im Zentrum des Trubels ruht Hans Ludwig Held mit sonorer Stimme, in wunderbarem Stil, mit gepflegtem breitem bayerischen Dialekt das eben unterbrochene Gespräch – vielleicht wäre besser gesagt den Faden des Monologs – wieder aufnehmend, nur mit kurzen Atempausen, um zugleich die Virginia wieder anzuzünden. Er tastet, bis er fühlt, den Punkt zu haben, an dem er die Menschen packen kann, um dann mit einem Sturmgewitter von Gedanken, unerwarteten Begründungen und grossartig gemal-



Brief von Franziska Bilek an Hans Ludwig Held, undatiert

ten Ausblicken die Zuhörer eher zu überrumpeln, als zu überzeugen.»⁸⁰

Er schien immer in Bewegung, überschlug sich in Rede und Gebärde; sein alter Freund Oskar Gluth schreibt dazu: «Ich sah Menschen lächeln, wenn er in lebhafter Debatte sich im Wort überstürzte und für einen Augenblick das Wort verlor. Sie übersahen nur, dass sich in ihm zehntausend Gedanken drängten und zu Wort meldeten, wo sie nur einen festzuhalten suchten und zu entwickeln.»⁸¹

Noch einmal erlebte Hans Ludwig Held den langen Arm seiner Feinde; in seiner eigenen Erinnerung liest sich dies so:

«Am 6. September 1945 – also nach Abschluss des Krieges – wurden meine Frau und ich nachts um vier Uhr von drei Mordgesellen in unserer Wohnung in Unterhaching überfallen, wobei meine Frau neben mir durch einen Bauchschuss schwer verwundet wurde, sich sieben Operationen auf Leben und Tod unterziehen musste. Am 23. September folgte dann eine Brandstiftung, die einen Teil meiner wertvollen Inkunabeln und frühen Drucke vernichtete. Ich hatte den gesamten Sektor meiner hebräischen Bibliothek neben mehreren anderen politisch anrühigen Abteilungen in der Nähe unseres Hauses in einer grossen Garage vor dem Zugriff der Gestapo ... gesichert. Im Ablauf von drei Stunden war die grosse, wertvolle, zum Teil in ihren hebräischen Bestandteilen unersetzbare Bibliothek ein Haufen von Asche geworden.»⁸²

Dieser Anschlag war jedoch endlich der letzte in Helds Leben; von nun an hatte er keine politische Diffamierung mehr zu befürchten. Als eine Krönung seines Lebens empfand er 1946 die ihm verliehene Ehrendoktorwürde und die Honorarprofessur für «Allgemeine Volksbildung» der Universität München, die ihm endlich auch die lange ersehnte akademische Würdigung zuteil werden liess. Er plante nun Semester für Semester Seminare und Vorlesungen, zu deren Ausführung er jedoch nicht mehr die Musse hatte.⁸³ Der Professortitel bedeutete ihm jedoch viel und verhalf seinen Mitarbeitern endlich zu einer brauchbaren Anredeformel, nachdem sich Held die im zustehende Anrede «Direktor» ausdrücklich verboten hatte: «Einen Direktor gibt es in jedem Flohzirkus!»⁸⁴ Aber nicht nur akademische Würden warteten seiner; er wurde 1946 zum alleinigen Lizenzträger der Münchner Volkshochschule ernannt, deren erster Vorsitzender er auch nach einer Umstrukturierung im Jahre 1949 blieb. Überdies regnete es nun Ehrenmitgliedschaften: Der «Verband Münchner Tonkünstler», die «Arbeitsgemeinschaft deutscher Musikbüchereien», das Kuratorium des «Bayerischen Landesverbandes für freie Volksbildung» und die von Held gegründete «Rudolf Alexander-Schröder-Gesellschaft» sollen hier stellvertretend aufgeführt werden. Die junge «Akademie der Schönen Künste» machte ihn zu ihrem Mitglied, das Goethe-Institut berief ihn zu seinem ersten Vorsitzenden, ebenso der «Münchner Bachverein».⁸⁵ Bei unzähligen anderen Vereinigungen wirkte er als Mitglied oder stiller Förderer mit; bei der ersten Internationalen Jugendbuchausstellung im Haus der Kunst war er helfend beteiligt, die Goethe-Ausstellung des Jahres 1949, die unter dem Titel «Improvisationen zu Goethe» im Rahmen der «Bayerischen Akademie der Schönen Künste» abgehalten wurde, ging auf seine Initiative zurück.⁸⁶

In diesem ganzen Trubel, dieser «Tümmelei»,⁸⁷ nahm sich Held noch die Zeit, seinen alten Freunden helfend unter die Arme zu greifen – was ihm den Spitznamen «der 15. Nothelfer»

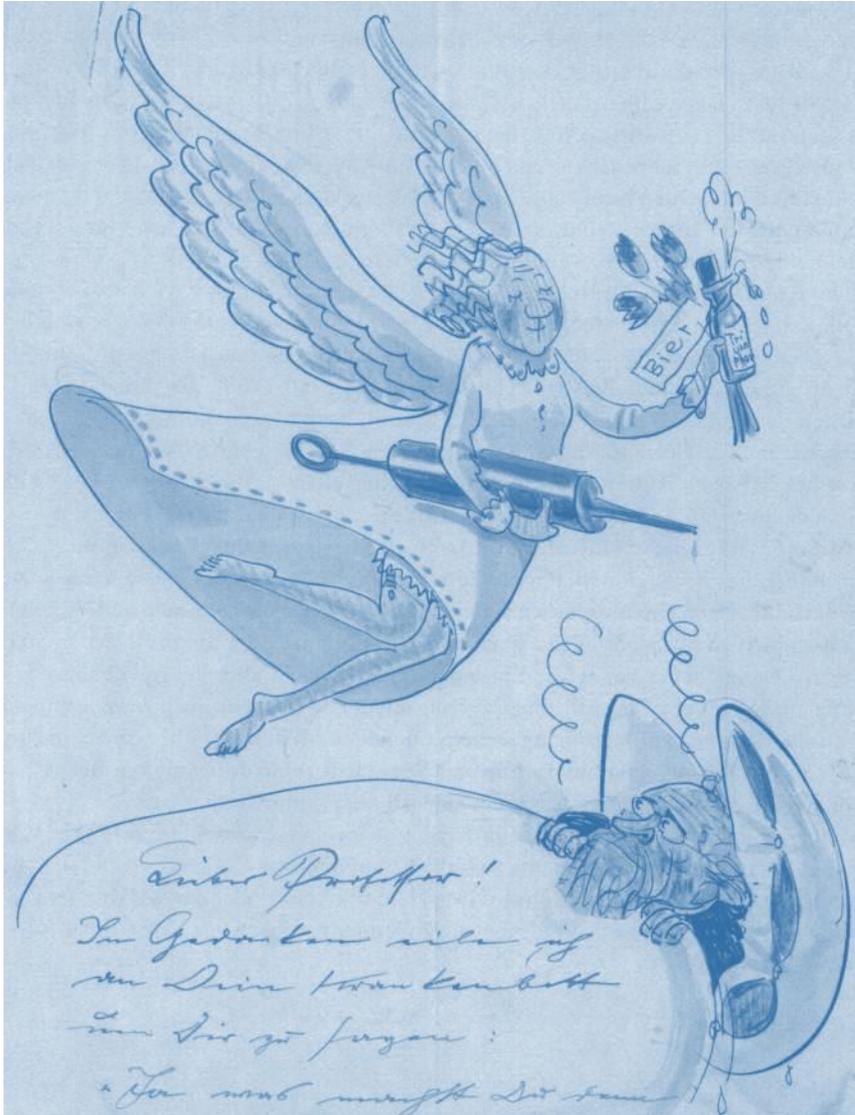
einbrachte – aber auch mit einigen neuen Freunden, so mit der begabten Zeichnerin Franziska Bilek, einen höchst amüsanten Briefwechsel zu führen.⁸⁸ Eugen Roth sandte ihm zum 60. Geburtstag ein langes Gedicht, in dem es am Schluss treffend heisst:

«Mein Lieber, nun genug davon – zum Schluss jetzt auch den heitern Ton! Mit weisser Weste, treuer Freund, von Hitlers Sonne nicht gebräunt, vom Jugendglanz noch leicht gerötet, und von der Schwärze nicht getötet, stehst du nun da, wie einst im Mai, wir sehen's: frisch, fromm, fröhlich, frei.»⁸⁹

Seine jungen Mitarbeiter wussten den Humor des «Alten» ebenfalls zu schätzen; in der Folge der – zeitgemäss – recht improvisierten Goethe-Ausstellung entstand, aufbauend auf Helds Diktum «Das ist keine Improvisation, sondern eine Schlampererei», der «Schlampererverband». Diese «Schlamperer und Schlampinen», unter denen sich auch der spätere Held-Nachfolger Alfons Ott sowie der langjährige Leiter der Puppentheater-Sammlung, Ludwig Krafft, befanden, ernannten natürlich als erstes Held zu ihrem «Ehrenoberschlamperer» und kommentierten unter der Überschrift «Schlampereien zu Joethen» in ebenso witziger, wie aufschlussreicher Weise das Geschehen um den Ausstellungsaufbau.⁹⁰

In einer solchen Atmosphäre konnte sich Helds Originalität natürlich voll entfalten; er war einer aufmerksamen Zuhörerschaft sicher und eifrige Mitarbeiter schrieben manche seiner oft kernigen Sprüche sogar mit.⁹¹ Einige davon sollen hier das Bild dieses ungewöhnlichen Mannes abrunden, der seine ihm durchaus bewusste Originalität wohl oft auch als Maske verwendete, hinter der er seine Empfindlichkeit und Verwundbarkeit verbarg. So tröstete ein sich verabschiedender Besucher den in seiner Gesundheit stark beeinträchtigten Held mit den Worten «Behalten Sie auch weiterhin Ihren guten Humor, Herr Professor!», worauf Held prompt antwortete: «Und Sie Ihre Gesundheit, dann können Sie leicht lustig sein!» Zu einem anderen Besucher, einem älteren Kunstmaler, der, ein Bild unter dem Arm, zaghaft Helds Bürotür öffnete, sagte Held wohlgelaunt: «Geh nur nei, Mander!! Du werst jetzt na glei am Fischbrunnen drunt oghängt», und ein geistlicher Würdenträger musste sich anhören: «Ein fröhlicher Heiliger ziagt vier Wägen, ein trauriger schmeisst scho bei der ersten Reib'n um.» Ein irritierter Mitarbeiter wurde von Held mit der Anweisung zu einer einflussreichen, aber schwer zu behandelnden Dame geschickt: «Verhandeln Sie mit ihr so, dass ihr nach fünf Minuten ein Flaum wächst wie einer Eidergans!» und einen bedauernswerten Volontär, dem ein Schriftstück zu Boden gefallen war, fuhr Professor Held an: «Wennst no amoi a Blattl falln lasst, reiss i dir an Haxn aus, na stehst da wia a Marabu!»

Auch zu modifizierter Selbstkritik war Held fähig – Hauptsache, dass sie kein anderer übe: «I bin immer da, es is nur die Sach', dass i während dem Dasein meistens net da bin, sondern immer wo anders.» Er nahm es aber auch seinen Schützlingen, denen er auf alle mögliche Weise zu ein bisschen Geld zu verhelfen versuchte, nicht übel, wenn sie ihr Geld nicht in den notwendigen Malfarben angelegt hatten: «An Schmarn, vasuffa hat er's», brummte er dann wohl bei einer Rückfrage. Auf die Pünktlichkeit seiner Mitarbeiter legte er jedoch grossen Wert und bemerkte zu einem Zuspätkommer beispielsweise: «Im Paradies kann man länger schlafen, hab ich gehört, allerdings sind Leute für das Hallelujah angestellt, die müssen vierundzwanzig Stunden arbeiten.»



Brief von Franziska Bilek an Hans Ludwig Held, 9.3.1951

Deftig-bayerische «Unhöflichkeiten» nahm er nicht übel; so berichtet der Leiter der Wanderbücherei, er habe nach einem Dienstjubiläum Held an sein Auto begleitet, der ihm noch aus dem Autofenster zurief: «Sog'st an schöna Gruass an dei Oide!», worauf er antwortete «Dankschön, gleichfalls Herr Professor». «Zu spät wurde ich meiner etwas unpassenden Antwort bewusst, ich fuchtelte mit beiden Armen in der Luft herum, um gleichsam die Schwingbewegungen der Luft auszuwischen, aber Hans Ludwig deckte mit dem rechten Arm aus dem Wagenfenster das Gesagte zu.» Wenn man solche Geschichten hört, versteht man auch die Warnung von Helds Frau Margarethe: «Meiden Sie meinen Mann, wenn er Hochdeutsch spricht!» Seine Krankheiten lassen Held nun jedoch nicht mehr los; immer wieder wird seine kontinuierliche Arbeit von langen Pausen völliger Untätigkeit unterbrochen: Herzbeschwerden, rheumatische Schmerzen und Gehbeschwerden machen ihm oft sein Arbeitsprogramm zur Qual. Zu seinem 65. Geburtstag, 1950, erfüllt sich ihm mit der feierlichen Übergabe der ihm gewidmeten Festschrift noch ein Jugendtraum. Dies bildet einen kleinen Ausgleich für die Anfeindungen und Schwierigkeiten, mit denen er sich bei seiner Arbeit als Kulturbeauftragter konfrontiert sieht.⁹² Am 31. August 1953 wird er dann zum zweiten Mal und nun endgültig pensioniert. Gerlach schreibt dazu:

«Als sein Wirken in der Öffentlichkeit durch die formhafte Organisation unserer Zeit ihr natürliches Ende gefunden hatte, brach mit dem Zwang zum Da-sein der letzte Widerstand gegen altes körperliches Leiden zusammen, gleich wie eine Feder zusammenschnurrt, wenn man ihr die spannende Last nimmt. Sein unerbittlichster, stets angstvoll gemiedener Feind, die Einsamkeit, hatte Macht über ihn gewonnen.»⁹³ Offiziell schliesst er zwar noch einen Vertrag mit der Stadt ab, da er auch weiterhin für kulturelle Beratung zur Verfügung stehen soll und er erhält eine Fülle von Schreiben, in denen Persönlichkeiten aus Kultur und Wirtschaft seine Tätigkeit würdigen;⁹⁴ er weiss jedoch, dass auch dieser Abschnitt seines Lebens nun vorüber ist.

Am 1. August 1954, seinem 69. Geburtstag, traf ihn ein Gehirnschlag; zwei Tage später starb Hans Ludwig Held. Walther Gerlach fand in seiner Gedenkrede die richtige Würdigung seiner Tätigkeit: «Hans Ludwig Held war kein Vollender – er war der grosse fruchtbare Anreger. Er glaubte nicht an Vollendung – aber an den Wert einer Herrschaft des Geistes.»⁹⁵

Münchner städtische Kulturpolitik zwischen gestern und morgen

Am Beginn der meisten Reden, Aufsätze oder Bücher, die sich mit dem Thema Kultur in München beschäftigen, findet sich entweder der Hinweis auf die Münchner Kunststadttradition, die Ludwig I. mit seinem Ausspruch begründete, aus München eine Stadt machen zu wollen «die Teutschland so zur Ehre gereichen soll, dass keiner Teutschland kennt, wenn er nicht München gesehen hat»,¹ oder aber man zitiert das bereits zum Topos erstarrte «München leuchtete» Thomas Manns.² Beides wurde viel diskutiert, sei es um die Jahrhundertwende, sei es in den zwanziger Jahren,³ sei es nach dem zweiten Weltkrieg.⁴ Die Standpunkte, hitzig auf die Spitze getrieben, haben meist Bekenntnis-Charakter: Entweder man spricht sich für München aus und anerkennt seinen Kunststadt-Anspruch mit dem Hinweis auf seine Atmosphäre, sein geistiges Klima und seine unbezweifelbare Anziehungskraft für Menschen aus ganz Deutschland – und wird daraufhin heftig von einer Seite angegriffen, die «münchenerisch» gleichsetzt mit konservativ, ja reaktionär, mit rückwärtsgerichtet, kleinbürgerlich und spiessig; oder man bezweifelt Münchens Rolle als Kulturstadt von Weltrang mit dem Hinweis darauf, dass München selbst kaum bedeutende Künstler hervorgebracht hat, dass es wichtige Maler, Bildhauer, Literaten und Gelehrte aus seinen Mauern vertrieben und dem Mittelmass zu viel Raum gelassen hat – und wird als Nestbeschmutzer, als verständnisloser Modernist oder als Ignorant – wahrscheinlich norddeutscher Abstammung – bezeichnet.

In dieser aufgeheizten Atmosphäre, die sich auch nach fast hundertjähriger Diskussion kaum abgekühlt zu haben scheint,⁵ wirkt es fast wagemutig, das Thema «Kultur in München» oder «Kultur und München» aufzugreifen – vor allem, wenn man sich weder auf der einen, noch auf der anderen Seite eindeutig festlegen kann oder will und somit Schelte aus beiden Richtungen zu erwarten hat. Dennoch lässt sich weder Münchens Anziehungskraft leugnen, erkennbar sowohl an dem starken Zuzug nach München seit dem Ende des II. Weltkrieges,⁶ wie daran, dass es kaum ein Deutschland-Rundreiseprogramm gibt, in dem München nicht vertreten wäre,⁷ noch der Hang des Münchners zu beharrlicher Pflege der Tradition und sein Misstrauen gegenüber dem Neuen. Schwarz-Weiss-Malerei führt hier zwar möglicherweise zu griffigen Hypothesen, nicht jedoch zu einer realistischen Sicht der Möglichkeiten und des Verwirklichbaren, die aber keineswegs blind machen soll für Schwächen oder verpasste Chancen. So erweist sich beispielsweise im Zuge der Detailanalyse ein Teil des «Weltstadt»-Images als Illusion; dies soll aber nicht allzu traurig stimmen, nennen doch auch missgünstige Einwohner von Los Angeles die bewunderte Konkurrentin San Francisco das «Rothenburg ob der Tauber der Westküste»! San Franciscos kulturelle Bedeutung wird damit ebenso wenig verleugnet, wie die Münchens durch Berliner, Frankfurter oder Stuttgarter Schelte. Amüsanterweise woh-

nen auch etliche der «Niedergangs-Propheten», die München bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts nur noch von der Abendsonne der Kultur beschienen sehen, ausgerechnet in München – zumindest eine gewisse Inkonsequenz muss man ihnen daher bescheinigen, wenn es auch völlig verfehlt wäre, mit diesem Argument sachlich berechnete Vorwürfe zurückweisen zu wollen. Zu solchen Klagen gehört beispielsweise, dass die Stadt München ihre bildenden Künstler finanziell gegenüber den Theatern und Orchestern schmählich vernachlässigt hat – wahrscheinlich einer der Gründe dafür, warum sich vor allem an der bildenden Kunst die heftigsten Debatten über Münchens Stellung zur Kultur entzündeten. Mit dem Rotstift macht man sich keine Freunde – vor allem dann nicht, wenn auch die sonstige Auftragslage nur wenigen ein sicheres Auskommen ermöglicht, die Konkurrenz gross und das Mittelmass gefragt ist. Wie jedoch auch Kritiker des Münchner Kulturlebens eingestehen müssen,⁸ bietet die Münchner Bierruhe ebenso viele Angriffsflächen für Spott wie sie ihn auch durch ihre Toleranz erst ermöglicht. Die Frage nach der Wechselwirkung zwischen konservativem Bürgertum und dem dadurch überhaupt definierbaren kreativen «Bürgerschreck» schliesst sich an: Ein Publikum, das entweder begeistert jeder neuen Mode folgt, oder sie aber nur gelangweilt zur Kenntnis nimmt, bietet auch keine Gewähr für überragende künstlerische Leistungen und nivelliert den Unterschied zwischen Originalität und Epigonentum nicht weniger als ein konservativ-traditionelles Ambiente.

Hier ist nun der Zeitpunkt gekommen, sich mit den konstituierenden Elementen von «Kultur» zu beschäftigen und so die Frage von Anspruch und Verwirklichung, damit also auch die nach Erfolg oder Misserfolg Münchner Kulturbemühungen zu stellen. Diese ist nicht eindeutig zu beantworten, sondern lässt sich nur differenziert durch konkrete Detailuntersuchung klären. Verwendet man dazu die vorhandene Literatur, so muss man zuerst die jeweiligen Bewertungsmaßstäbe aufschlüsseln: So instruktiv beispielsweise ein Werk wie Wolfgang Petzets Schilderung der Kammerspiele ist,⁹ so wenig kann es seine Subjektivität verleugnen. Ähnliches gilt für die Erinnerungen von Wilhelm Hausenstein¹⁰ oder Werner Egk.¹¹ Die ganz persönliche und legitime Subjektivität dieser Autoren wird jedoch häufig noch übertroffen durch die fachblinde Sicht spezialwissenschaftlicher Untersuchungen, die gewisse Prozesse nur im Fokus eines Theaters,¹² eines Kunstbereichs oder einer ideologischen Position¹³ analysieren und damit Fehlschlüsse vorprogrammieren. Es soll hier nicht einer Ablehnung von Spezialuntersuchungen das Wort geredet werden;¹⁴ man darf vieles jedoch nicht unbesehen übernehmen. Vor allem das Gegensatzpaar «fortschrittlich» und «konservativ» muss hinterfragt werden: Ist «Fortschritt» das, was einer bestimmten Künstlergruppe, einem Theater, einer politischen Richtung am ehesten entgegenkommt oder wird damit ex post eine Vorstellung geschaffen, die sich an der heutigen Entwicklung orientiert und nach der alle Bestrebungen, die in diese Richtung gehen, erst das Prädikat «fortschrittlich» verliehen bekommen? Bedeutet das Attribut «konservativ» automatisch auch «mittelmässig», wie es gerne verwendet wird, oder enthält es vor allem die Wertschätzung des qualitativ Hochstehenden und Erhaltenswürdigen aus der Vergangenheit?

Noch vielschichtiger und schillernder zeigen sich alle die Begriffe, die sich im Umfeld der «Kultur» bewegen, da diesen die unterschiedlichsten Positionen zugrundeliegen. Es ist hier

nicht der Ort, den Kulturbegriff selbst einer ausführlichen Diskussion zu unterziehen, dessen Untersuchung bereits Bibliotheken füllt. Wichtiger erscheint es, sich auf den Begriff der «Kommunalen Kulturpolitik» zu beschränken und diesen anhand der konkreten Münchner Situation zu erläutern. Durch eine kurze Gegenüberstellung mit den Konzeptionen kommunaler Kulturpolitik, die sich im Laufe der letzten Jahre entwickelt haben,¹⁵ lassen sich die Situation der ersten Nachkriegsjahre und die inzwischen vollzogene Richtungsänderung in der kommunalen Kulturpolitik deutlich nachzeichnen.

Kommunale Kulturpolitik zwischen Kultur und Politik

«Kommunale Kulturpolitik» im engeren Sinne konnte sich in Deutschland erst entwickeln, nachdem sowohl die kirchlichen,¹⁶ als auch die fürstlichen Kulturträger, die das kulturelle Leben bestimmt hatten, mit der Revolution von 1918/19 ihre Aufgaben grösstenteils an die Länder und die Gemeinden hatten abgeben müssen.¹⁷ Ihre Wurzeln gehen jedoch zweifellos viel weiter zurück und sie erfuhren durch die Revolutionen verschiedener Trägerschaft und verschiedener Zielrichtung, die seit der Französischen Revolution über Europa gegangen sind, eine zunehmende Intensivierung.¹⁸ Die Schicht, die sich vor allem um die Kultur bemühte, war das Bürgertum. Dies zeichnete die Linie kommunaler Kulturpolitik vor, obwohl die Gemeinden auch das Erbe der Arbeiterbildungsbewegung und der Fürstenhöfe angetreten hatten.¹⁹ Der bürgerliche Kulturbegriff des 19. Jahrhunderts wurde jedoch prägend für die gemeindliche, wie auch für die staatliche Kulturpflege des 20. Jahrhunderts.

Diese Traditionslinie muss man vor Augen haben, wenn man die Inhalte und Zielvorstellungen der städtischen Kulturpolitik in München untersuchen will. Dann fällt auch eine Empfehlung des Bayerischen Städteverbands von 1950 keineswegs aus dem Rahmen gemeindlicher Kulturpflege im Nachkriegsdeutschland, in der den «kulturellen Aufgaben» ein «sehr hoher Rang» eingeräumt wird, «weil sie mit den wertvollsten Eigenschaften des Gemeindebürgers, seinem Sinn für das Wahre, Schöne und Gute, zu tun haben».²⁰ Diese klassische Definition des bürgerlichen Kulturverständnisses hat zwar kein unmittelbares Pendant in den «Leitsätzen zur kommunalen Kulturarbeit» des Deutschen Städtetages von 1952,²¹ aber die Präambel dieser Empfehlungen enthält sinngemäss Ähnliches:

«Die deutschen Städte, in ihrem Willen, für die Wohlfahrt ihrer Bürger zu wirken, in langer Geschichte Hüter und Pfleger deutscher Kultur, fühlen sich verpflichtet, trotz und gerade wegen der materiellen Nöte unserer Zeit ihrer Kulturaufgabe treu zu bleiben. .. Die Pflege der Kultur ist für die Städte eine wichtige und dringliche Aufgabe sowohl um der kulturellen Werte willen, die es zu pflegen gilt und der in dieser Pflege sich zeigenden geistigen Haltung als auch wegen der Bedeutung, die dieser Pflege für das Gemeinschaftsleben zukommt».

Diese «geistige Haltung» kommt auch in den der gemeindlichen Förderung empfohlenen Bereichen zum Ausdruck: Erwachsenen- und Jugendbildung, Büchereien und Schrifttumspflege, Theater, Musik, bildende Kunst, Museen und Denkmalpflege, Heimatpflege und Naturschutz,

Wissenschaftspflege, Film und Rundfunk sowie das Zulassungswesen für kulturelle Berufe und die Stellung von Kulturausschuss und Kulturdezernent.²² Dies entspricht genau den Empfehlungen des Bayerischen Städteverbandes,²³ aber auch den Bereichen, die in Definitionen von Kulturpolitik angeführt sind.²⁴ Als Aufgaben staatlicher Kulturpolitik werden hier jedoch überdies genannt die Schul- und Hochschulförderung, Ausstellungen, Festspielförderung, Sportförderung, das Pressewesen und die Beziehungen zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften sowie die auswärtige Kulturpolitik.

Sinngemäss haben sich diese Aufgaben also bis in die siebziger Jahre fast unverändert erhalten. Erst dann begann der Aufbruch zu einem neuen Verständnis von Kulturpolitik, das jedoch zu grossen Teilen bis heute nur als Forderung besteht; so beschrieb der Dortmunder Kulturdezernent Alfons Spielhoff 1973 die Kultur, mit der sich Kulturpolitik nun zu befassen habe, so:

«Kultur ist nicht nur die Hochkultur, wie sie sich so schön in den künstlerischen Höchstleistungen der Oper, der konkreten Poesie und der Malerei repräsentiert. Kultur ist nicht nur jenes Geflecht von Institutionen wie Theater, Museum und Bibliothek, in dem sich unser kulturelles Leben pulsierend abspielt... Wenn ich von einer Wende in der Kulturpolitik rede, fasse ich diesen Begriff weiter: Kultur ist die Veränderung der Natur durch die Gesamtheit des geistigen Lebens und der schöpferischen Kräfte, die in einer gewissen Stileinheit für ganze Völker oder Kulturkreise formend wirken und das Leben der Menschen bereichern und verändern können. Mit anderen Worten: Kultur ist die Strukturmethode des menschlichen Zusammenlebens. Definiere ich jetzt Politik als methodisches, zielbewusstes Handeln zur Erreichung bestimmter Zwecke, dann haben wir den Komplex Kulturpolitik annähernd treffend definiert..»²⁵

Das erklärte Ziel dieser neuen Kulturpolitik ist also «Kultur für alle»,²⁶ das heisst Kulturteilhabe für wesentlich breitere Schichten der Bevölkerung. Spielhoff betont, es sei wichtig, die verschiedenen «Kulturebenen» miteinander in Beziehung zu setzen und füreinander fruchtbar zu machen: die der «Spezialisten» in Feuilletons und in Hochschulen, die der traditionellen Kulturinstitutionen, die des Kapitals, die der Arbeitswelt und die der Subkultur. Hierin sieht er die einzige Chance für eine lebendige Kommunalkultur.²⁷ Dieser neue Begriff von Kulturpolitik findet sich in einem Grossteil der Veröffentlichungen zu diesem Thema aus den letzten Jahren wieder²⁸ und er kann als repräsentativ für die heutigen Bemühungen um kommunale Kulturpolitik angesehen werden.

Bezeichnend für den Wandel des kulturpolitischen Verständnisses ist auch der Trend zu einer Umwandlung der kommunalen Kulturpflege von einer «freiwilligen Selbstverwaltungsaufgabe» der Gemeinden in eine verfassungsmässige «Pflichtaufgabe» – eine Entwicklung, durch die bewirkt werden soll, dass städtische Sparmassnahmen in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten nicht mehr als erstes den Kulturbereich erfassen.²⁹ Diese Entwicklung soll hier als Vergleichsmodell für die konkrete Münchener Kulturpolitik der ersten zehn Nachkriegsjahre dienen; München zeigt sich dabei keineswegs als reaktionäre Ausnahme innerhalb der entstehenden Bundesrepublik, die bayerischen kommunalpolitischen Empfehlungen entsprachen durchaus dem deutschen kommunalen Selbstverständnis.

Auch in München verstand man also unter Kulturpolitik die Pflege des «Wahren, Guten und Schönen»; der Münchner «Beauftragte für Kultur» Hans Ludwig Held³⁰ und Oberbürgermeister Karl Scharnagl³¹ bekannten sich zur Pflege der Kunst im Geiste christlich-abendländischer Kulturgesinnung. Kultur, für die sie sich mit ganzem Herzen einsetzten, war ihnen ein untrennbarer Bestandteil menschlichen, besonders aber bürgerlichen Lebens. Dies wird auch an dem Vorspruch Hans Ludwig Helds für Oberbürgermeister Scharnagls erste «Hausmusikrunde» deutlich, die Scharnagl zur «Hebung der Kultur» im März 1946 veranstaltete:

«In der ungeheuren Fülle sich drängender geistiger und praktischer Interessen, die, wie alle deutschen Grossstädte, auch unser geliebtes München – gleichsam vulkanisch – erschüttern und erbeben lassen, bekennt sich unser Gastgeber zum Primat kultureller Notwendigkeit über die Tagesförderungen bloss zivilisatorischer Nöte. Innerhalb der geistigen Gesamtbestrebungen wird er spürbar als der Hüter der verpflichtenden Tradition Münchens, einer ehemals weltberühmten Kunststadt... Lange Jahre bitterer geistiger Not liegen hinter uns. Musik und alle anderen Künste seufzten unter dem Diktat der nationalsozialistischen Partei... War es da nicht selbstverständlich, dass mit dem anbrechenden Tag der neuen Zeit einzelne Menschen sowie ganze Gruppen sich wieder dem geistigen Anruf aus den Reichen der dreieeinten idealen Werte zuneigten. .. Sie, die Kunst, erscheint als der tiefere Ausdruck einer Weltanschauung, die unser Persönliches nicht anders wie unsere Stammes- und Volksart oder endlich das Epochenale unserer werdenden europäischen Gemeinschaft formt und gestaltet. Hier aber erkennen wir die Musik in ihrer inneren Gestaltung als eine metaphysische Kraft vornehmsten Ranges.»³²

Hans Ludwig Held, Religionsforscher, Goethespezialist, Bibliothekar und Volksbildner aus Berufung, widmete sich ehrenamtlich, neben seiner Tätigkeit als Stadtbibliotheksdirektor, der Aufgabe des kulturellen Wiederaufbaus der in Trümmern liegenden Stadt München. Zu den Geschäftsaufgaben der von ihm geleiteten «Abteilung für Kultur» gehörten, nach einigen Umstrukturierungen der ersten beiden Nachkriegsjahre,³³ ab 1947 neben der Pflege von Theater,³⁴ Musik,³⁵ bildender Kunst,³⁶ Schrifttum,³⁷ Film,³⁸ Kunstgewerbe,³⁹ Mode⁴⁰ sowie Volks- und Jugendkultur⁴¹ vor allem auch die «Förderung Münchens als Kunst- und Kulturstadt».⁴² Hier sah man die Aufgabe vor allem in der «Gewinnung, Förderung und Unterstützung von kulturell bedeutsamen Persönlichkeiten, Mithilfe in Wohnungsfragen für den umstehend aufgezeigten Kreis und bei Wiederinstandsetzungs- und Neubau-Anträgen für Kulturstätten, Betriebsgebäude und Wohnungen».

Diese Definition ist überaus aufschlussreich für die Konstituenten von «Kultur» in diesen Jahren. Sie ist darüber hinaus ein Schlüssel zu den «Kunststadt»-Fragen der Nachkriegszeit und nimmt so die Diskussionen um die «Kunststadt München» wieder auf, die in den zwanziger Jahren die Gemüter erregte.⁴³

Bevor die Frage nach der «Kunststadt München» in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg en detail zu beantworten ist, muss daher geklärt werden, welche Rolle eine Grossstadt überhaupt für die Kultur in ihrem Stadtgebiet spielen kann, welche Hilfestellungen sie den Künsten geben soll oder muss, um eine kulturelle Atmosphäre, ein künstlerisches Klima zu schaffen. Die Möglichkeiten der Gemeinden werden hier bewusst auf Unterstützung und Förderung be-

schränkt, da von den meisten Kulturpolitikern zugegeben wird, «dass sich die gemeindliche Verwaltung nicht eignet, selbst Kulturwerte zu schaffen, dass kollegiale Gremien nicht in der Lage sind, bestimmend in die Entwicklung der Kultur einzugreifen und damit zu entscheiden, welcher einzelne Künstler der Förderung der öffentlichen Hand bedarf»;⁴⁴

oder, anders ausgedrückt:

«Kein Kollektiv, und so auch die Gemeinde nicht, kann kulturell produktiv sein; das ist der Person vorbehalten. So wird jede kluge Leitung und Verwaltung einer Korporation sich darüber klar sein, dass sie auf diesem Felde letzten Endes nur Hilfen leisten, Wege öffnen, Steine forträumen kann.»⁴⁵

München – das unwillige Wunschziel

Dennoch ist der Ort künstlerischen Geschehens meist kein zufälliger:

«Immer wird die schöpferische Individualität von ihrer Umgebung in einem mehr als nur materiellen Sinne getragen; erst durch sie wird, was der Einzelne hervorbringt, zum örtlich übergreifenden Stil. Nicht jedes künstlerische oder intellektuelle Erzeugnis bedarf der Resonanz und der Kommunikation, aber doch viele; und wohl die meisten schöpferischen Naturen wollen nicht nur zwecklos hervorbringen, sondern wirken.»⁴⁶

In diesem Sinne kann es auch nicht ganz zufällig sein, dass sich in München – wie auch in anderen europäischen Städten, beispielsweise in Wien – Künstlergruppen fanden und finden, dass sich künstlerische Aktivitäten entfalten und dies wiederum eine starke Anziehungskraft auf Personen der verschiedensten Bereiche ausübt. Damit müssen zu den konstituierenden Elementen einer Stadtkultur neben der «materiellen Basis», also Wohnung, Nahrung und Verdienst, auch die Kontaktmöglichkeiten und das kulturelle Ambiente gerechnet werden.

In den ersten Nachkriegsjahren kam dem materiellen Bereich jedoch eine überaus grosse Bedeutung zu. Argumente solcher Art gewannen daher auch eine erhöhte Wichtigkeit in der kulturpolitischen Diskussion. Dies zeigt vor allem die Wohnungs- und Zuzugspolitik, die man in diesen Jahren oft als Gradmesser für das kulturpolitische Interesse einer Stadt bezeichnen muss.⁴⁷ Schneidet München hierbei auch schlecht ab, da sich das Wohnungsamt – entgegen allen Bemühungen des Kulturbeauftragten und des Oberbürgermeisters – einer streng restriktiven Zuzugspolitik verschrieben hatte,⁴⁸ so ist die Anziehungskraft der Stadt doch an den Zuzugswünschen von Künstlern, Gelehrten, Verlagen und Forschungsinstituten eindrucksvoll aufzuzeigen.⁴⁹ München hatte sich demnach, wahrscheinlich mitbedingt durch die Änderung der Rolle Berlins, zu einem Hauptanziehungspunkt und Wunschziel für viele kulturell Tätige entwickeln können. Dies belegen die Briefe von bedeutenden Verlegern, die nach ihrem mehr oder weniger freiwilligen Weggang von Leipzig München zu ihrem Verlagsort wählen,⁵⁰ von Schriftstellern, die selbst unter schlechteren Lebensbedingungen lieber in München als in anderen Städten leben wollten⁵¹ und die Beharrlichkeit von Schauspielern und Regisseuren, die sich auch durch beste Angebote nicht von München weglocken liessen.⁵² So lehnte beispiels-



weise der Intendant der Münchner Kammerspiele, Erich Engel, bis 1947 alle Angebote nach Berlin ab, obwohl ihm dort finanziell mehr als das Dreifache geboten wurde.⁵³ Die Verlage Reclam, Hiersemann, Droemer-Knauer, Langguth, Max Niemeyer und andere versuchten jahrelang, in München Zuzug zu erhalten⁵⁴ und Schriftsteller wie Stefan Andres, der in München vor allem den «reicheren menschlichen Anschluss» suchte,⁵⁵ waren von Münchens Ablehnung sehr enttäuscht. Den Kritikern des Münchner «Kunststadt»-Anspruches gegenüber sei daher die Frage erlaubt, warum nicht Frankfurt, Stuttgart, Hamburg oder Köln solche Leute anzogen, sondern München, obwohl es sich weder in den zwanziger Jahren, noch im Dritten Reich besonders «fortschrittlich» gezeigt hatte und durch seine Ernennung zur «Kunststadt des Deutschen Reiches» und «Hauptstadt der Bewegung» eigentlich eher hätte deklassiert sein müssen. Dennoch erwartete man sich in München, neben guten wirtschaftlichen Möglichkeiten,⁵⁶ offenbar immer noch etwas von dem, was Thomas Mann in seiner berühmten Rede im Zuge der Diskussion des Jahres 1926 um München als Kulturzentrum⁵⁷ formuliert hatte:

«Es war eine Atmosphäre der Menschlichkeit, des duldsamen Individualismus, der Maskenfreiheit sozusagen; eine Atmosphäre von heiterer Sinnlichkeit, von Künstlertum; eine Stimmung von Lebensfreundlichkeit, Jugend, Volkstümlichkeit, jener Volkstümlichkeit, auf deren gesunder derber Krume das Eigentümlichste, Zarteste, Kühnste, exotische Pflanzen manchmal, unter wahrhaft gutmütigen Umständen gedeihen konnte.»

Diese «Definition» der «Kunststadt München» umschließt als Merkmal durchaus auch das bewahrende, beharende Element und fordert nicht die dauernde grundsätzliche Neuerung als Voraussetzung für Schaffensfreude, denn dies – und insofern haben Münchens Kritiker recht – zeichnete München wohl nie aus.

So sehr auch das von Thomas Mann beschworene München der Jahrhundertwende in Trümmern lag, von seiner Atmosphäre war genug übriggeblieben, um die Möglichkeit zu neuem Leben in sich zu bergen. Die Aufbruchsstimmung nach Kriegsende schürte dieses kleine Feuer dann zu hel-

len Flammen. Dies schildert ein anderer Wahlmünchner, Erich Kästner. Am 21. Juni 1945 notiert er in seinem Tagebuch:⁵⁸

«Heute früh waren wir schon wieder in München. Vitalität steckt an. Wir haben uns gestern infiziert. Es handelt sich um einen Anfall von Arbeitsfieber... In den Ruinen geistert nicht die Cholera. Es grassiert die Influenza vitalis, eine kerngesunde Epidemie. Es geht zu wie in Clondyke. Wenn man zu charakterisieren sucht, was man ringsum erlebt, fallen einem ganz, ganz altmodische Wörter ein, wie Hoffnungsschimmers ‚Morgenröte‘, ‚Schaffensfreude‘, ‚Glücksrausch‘ und ‚Lebensmut‘. Der Magen knurrt, doch die Augen blitzen. Trunkenheit ohne Wein‘. Alle miteinander sind um zehn Jahre jünger geworden. Der Kalender verbessert mich: um zwölf Jahre jünger.» Oder, am 20. Juni 1945, über seine Begegnung mit Rudi Schündler und Arthur Maria Rabenalt, die gerade das später so berühmte Kabarett «Die Schaubude» aus der Taufe hoben:⁵⁹

«Ich müsse mitmachen. Dass ich nichts Neues geschrieben hätte, sei bedauerlich, aber reparabel. Sie würden mir ein paar Tage Zeit lassen. Das gehe nicht? Morgen Nachmittag führe ich wieder ins Zillertal? Was ich denn dort oben wolle? So ein Nonsens! Hier in München brähe die Kultur aus, und ich führe in die Himbeeren!»

Man probte, man diskutierte, man organisierte, verfasste Denkschriften, gründete Gesellschaften, Komiteés und Vereinigungen, bemühte sich um Lizenzen, Baumaterialien, Nahrungsmittel und Kohle bei den amerikanischen und den deutschen Stellen, kurz: trotz der Not-situation brach in München wirklich «die Kultur aus».

Im Gegensatz zu diesem Wirbel kultureller Aktivität stand die restriktive Haltung des Wohnungsamtes, das in Anbetracht der Wohnungssituation die Zuzüge auf ein Minimum zu beschränken versuchte. Damit konnte sich eine der – nach Wilhelm Hausenstein – charakteristischsten Fähigkeiten Münchens in vielen Fällen nicht entfalten:

«Die Vollmacht, alles Herankommende, von woher immer es sei, in das Gemeinsam-Münchnerische einzuschmelzen – in ein Münchnerisches, das weltbürgerlich zu sein vermag, ohne im Übrigen seiner starken örtlichen und regionalen Eigentümlichkeiten verlustig zu gehen».⁶⁰

Aber auch die Ablehnung des Hinzukommenden und die Angst vor Überfremdung gehören zu Münchens typischen Eigenschaften; in dieser Hinsicht folgte das Wohnungsamt also nur einer Münchner Tradition. Die Gründe für diese Zurückhaltung zeigen sich mit einem Blick auf die Zusammensetzung der Münchner Bevölkerung schnell: Im Jahre 1872 waren nur 42 Prozent aller Einwohner Münchens in München geboren, 1900 36 Prozent, 1950 wiederum 45 Prozent.⁶¹

«In allen Zeiten hat also die überwiegende Mehrheit ihrer Bürger München zu ihrer Wahlheimat erkoren, wie das bei allen Grossstädten der Welt der Fall ist. Die Stadt ist gut damit gefahren, denn viele ihrer Wahlbürger trugen dazu bei, ihren Glanz und ihr Ansehen im kulturellen und wirtschaftlichen Leben zu wahren und zu erhöhen sowie die Stadt mit der ganzen Welt geistig und wirtschaftlich zu verflechten.»⁶²

Dieses Zitat aus dem sehr klarsichtigen Vortrag des Stadtbaurates Helmut Fischer von 1952, mit dem ein Antrag der Bayernpartei auf Wiedereinführung der Zuzugsbeschränkungen abgeschmettert wurde,⁶³ zeigt, dass man sich auf der oberen Verwaltungsebene und in Kreisen des Stadtrats durchaus über die Problematik im Klaren war. Dies hinderte jedoch nicht, dass sich München in diesen Fragen auf Bundesebene «profilierete»: Bei seinen Bemühungen, zu-

mindest wiederum zum «Brennpunkt des Wohnraumbedarfs» erklärt zu werden, stiess es in Bonn auf Ablehnung und man konstatierte, «nach den Erfahrungen der Bundesministerien sei dieser Wunsch bisher auch nur allein in München aufgetreten».⁶⁴

Münchens gewissermassen «konzentrische» Kulturauffassung wird hieran deutlich: In München fühlte man sich offenbar als Mittelpunkt einer kleinen Welt, in der der Anspruch Pasinger Künstler auf Förderung höher eingeschätzt wurde als beispielsweise die Bedeutung einer Ausstellung der «Sammlung Haubrich».⁶⁵ Sehnsüchtig beschwor daher Hausenstein das «internationalere» München vergangener Jahrhunderte: «Kurz, es ist ein München, in welchem niemand fragt, ob es nicht einen gebürtigen Bayern gebe, der es vielleicht doch beinahe ebenso gut machen würde.»⁶⁶

Diese Meinung vertrat auch Stadtbaurat Fischer, der betonte, München dürfe sich keinesfalls selbst isolieren, «denn in seiner Weltoffenheit wird auch in Zukunft Münchens Kraft und Ruhm begründet sein».⁶⁷ Noch ein weiteres Argument führte Fischer ins Treffen:

«Wenn sich München im Konkurrenzkampf der deutschen Städte und der deutschen Wirtschaft behaupten will, dann darf es seine Freizügigkeit nicht einschränken, nicht zuletzt aus psychologischen Gründen, denn kein Mensch hat ein besonderes Bedürfnis, sich an einem Orte niederzulassen, an dem er wegen seines örtlichen Geburtsfehlers unerwünscht ist. Damit begegne ich u.a. dem erwarteten Einwand, man könne trotz der Zuzugsbeschränkung die wertvollen Kräfte nach München ziehen. Nur die Politik der offenen Tür zieht an, ... während die Aussicht, neben dem überall zu bestehenden Kampf mit dem zuständigen Wohnungsamt sich auch noch in eine Auseinandersetzung mit dem Zuzugsamt einlassen zu müssen, wirklich abschreckend wirken würde, vor allem dann, wenn München allein eine solche Arena wäre. Darunter würde auf Dauer auch der Fremdenverkehr leiden, denn eine ‚Reservatio monacensis‘, also ein Naturschutzpark des Natur- und Ur-Münchener, würde trotzdem nicht so viel zusätzliche Anziehungskraft ausüben vermögen, dass die sonstigen Nachteile einer Abschliessung ausgeglichen würden.»⁶⁸

Wie ein Brief Oberbürgermeister Scharnagl an den bayerischen Ernährungsminister Schlögl aus dem Jahre 1948 zeigt, vertrat man diesen weltoffenen Standpunkt keineswegs an allen Stellen der Stadtverwaltung; Scharnagl kam der Position der Bayernpartei gefährlich nahe, als er Schlögl im Zusammenhang mit Hochschulberufungen schrieb:

«Der Stadt steht es nicht zu, die wirkliche Dringlichkeit und unabwendbare Notwendigkeit der einzelnen Berufungen zu prüfen, wenn nicht, wie dies in verschiedenen Fällen augenscheinlich war, ohne Weiteres darauf verwiesen werden konnte, dass für den betreffenden Aufgabenkreis auch Personen, die hier bereits wohnhaft sind, in Verwendung genommen werden könnten... Es ist dem Herrn Minister zudem nicht unbekannt, wie gerade die Berufungen aus Berlin aus einer Reihe von Gründen grössten Bedenken begegnen.»⁶⁹

Diese Argumentation Scharnagls zeigt, hier anhand eines Konfliktes zwischen Staat und Stadt, eine grundsätzliche Schwäche Münchner, sowie generell städtischer Kulturpolitik auf, eben das, was hier als «konzentrische» Kulturauffassung bezeichnet wurde: Der Gemeinde sind – nicht ganz zu Unrecht! – die Gestaltung eines wichtigen Platzes oder die Förderung ei-

nes «gemeindeeigenen» Künstlers wichtiger, als ihre internationalen Möglichkeiten. Obwohl sich dieses Phänomen auch in München erschreckend oft wiederfindet, bildet es hier dennoch in einiger Hinsicht eine Ausnahme: Sei es seine Tradition als Bayerische Haupt- und Residenzstadt, sei es seine Rolle als Stadt des Fremdenverkehrs – niemand wird Münchens internationales Renommee bestreiten können. Dabei hatte es gegenüber den alten Reichsstädten ein Defizit auszugleichen; dies ist auch Hausensteins Begründung dafür, warum München sein «von Herzogen, Kurfürsten und Königen übernommenes Erbe» nicht ähnlich diesen zu verwalten imstande war: demnach hatte das Münchner Bürgertum nie die «patrizische Kraft des reichsständischen Bürgertums etwa von Augsburg entwickeln können» und sich «angesichts der Krone, des Adels, des Klerus» stets mit einer «eher beiläufigen, ja untergeordneten Existenz» zufriedengeben müssen.⁷⁰

Auf diese historische Situation ist es wohl unter anderem zurückzuführen, dass München in höherem Mass als andere Städte von seinem Umland abhängig und auf sein Umland bezogen war. Dies zeigt sich auch an den Schwierigkeiten, die man bei der Definition des Begriffs «Münchener Künstler» hat: Ist das ein in München geborener Künstler? Oder ein in der Münchener Altstadt Ansässiger? Kann der in Tutzing wohnhafte Wilhelm Hausenstein überhaupt als «Münchener» Literat bezeichnet werden? Ist ein in Glonn evakuierter Maler, der vor der Zerstörung seines Ateliers zwanzig Jahre in München gelebt und gearbeitet hat, ein «Münchener Künstler?» Man neigt dazu, sich in allen diesen Fällen für München zu entscheiden; damit wird jedoch das bayerische Umland kulturell eingemeindet.

Teil dieser Münchener Tradition ist auch die Förderung des Volkstümlichen, und zwar die Förderung des Bayerisch-Volkstümlichen, nicht nur des Münchenerischen. Dies äussert sich sowohl bei der Pflege der Volksmusik,⁷¹ wie auch in den Bereichen des Theaters, der Literatur und der bildenden Kunst: So zeigte sich Held dem «Platzl» oder dem «Bürgertheater» gegenüber grosszügiger als vergleichbaren Institutionen, die sich nicht der Pflege bayerischen Volkstums verschrieben hatten und Autoren wie Josef Maria Lutz oder Marieluise Fleisser konnten seiner persönlichen Unterstützung sicher sein. Dennoch beweist sich Münchens «normale Abnormalität» oder «anormale Normalität» gerade im Theaterbereich daran, dass sich die Stadt ein Theater, nämlich die «Münchener Kammerspiele» leistete, das von der Tradition und dem eigenen Selbstverständnis her einem Stadttheater so unähnlich wie nur möglich war, ja, dessen Intendant sogar ein Stadttheater als den Hort anspruchsloser und mittelmässiger Unterhaltung betrachtete,⁷² von der er sich klar distanzierte. Hier zeigt sich zwar eine gewisse Schizophrenie, dies gehört jedoch auch zu dem Kurs der Kulturpolitik Münchens zwischen Weltoffenheit und Provinzialität, zwischen seiner «Gastlichkeit gegenüber dem Geiste», wie es Karl Wolfskehl ausdrückte⁷³ und der «Gefahr einer lokalistisch-provinziellen Selbstgefälligkeit»,⁷⁴ die Hausenstein zu rügen wusste. Schon 1926 hatte Thomas Mann gemahnt, «München fürchte doch ja nicht, dass es aufhöre, eine deutsche Stadt zu sein, indem es eine Stadt von Welt, von Weite und Freiheit, eine Stadt des Lebens und der Zukunft ist!»⁷⁵ Diese Angst – auch wenn man anstelle von «deutsch» hier wohl «bayerisch» setzen sollte! – geisterte auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch durch München; das von Thomas Mann gerügte Bekenntnis zu «Gemüt und ‚mir san g’sund’»⁷⁶ jedoch hatte im Trümmermünchen kaum noch Vertreter. Hauen-

stein schlug 1947 einen Kompromiss vor, einen Kompromiss zwischen dem «provinzialen (ich sage nicht provinziellen) Zauber Münchens» und «einer künftig zu erneuernden Weltbürgerlichkeit», zwischen alt und jung, zwischen gutem Konservatismus und Modernität. Als «Kompromiss» übersetzte er: «aus gutem Willen ein gemeinschaftliches Versprechen an die Zukunft – mit der Zukunft als Richterin». ⁷⁷ Masst man sich die Entscheidung darüber zumindest für die Jahre 1945 bis 1954 an, so muss man dies als durchaus gelungen bezeichnen: Wenn München auch nicht gerade «weltoffen» wurde, so fiel es doch nicht in die eher reaktionären zwanziger Jahre zurück; wenn auch viele utopische Projekte nicht verwirklicht wurden, so leistete man doch innerhalb dieser zehn Jahre Erstaunliches. Sehr Spektakuläres war in einer Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes kaum zu erwarten: Konservative Kulturpolitik im Zeichen des Rotstiftes mit dem Versuch der – möglichst sparsamen – «Wiedergewinnung des Weltniveaus» der einstigen Kunststadt München musste ja auf Kritik von allen Seiten stossen. Dennoch gilt für einen Grossteil der Bemühungen sowohl der Stadtverwaltung, wie auch ihrer Kritiker, der Satz Thomas Manns, man solle aus solcher Kritik «niemals ein percat heraushören, sondern immer nur ein vivat München». ⁷⁸

Die bürgerlich verwaltete Kultur Münchens

«Kultur in München» oder «Münchner Kultur» ist nicht identisch mit Münchens städtischer Kulturpolitik. So weist bereits der angedeutete Konflikt zwischen Staat und Stadt um Zuzugsfragen auf den staatlichen Beitrag zur Kultur der Landeshauptstadt hin, der oft in Konkurrenz zu den städtischen Initiativen geleistet wurde. Auch die Militärregierung, die bis 1948/49 die faktisch übergeordnete Gewalt innehatte, stand der Kultur nicht uninteressiert gegenüber, obwohl sie sich nur selten in diese «rein deutschen Angelegenheiten» einmischte. Ein deutliches Beispiel für Münchens integrative Wirkung ist dabei ein Brief des amerikanischen Theateroffiziers Gerard van Loon an Oberbürgermeister Scharnagl:

«Wie Sie wohl wissen, stehen wir jetzt in Bayern (ich kann nicht umhin ,bei *uns* in Bayern' zu sagen), vor der Tatsache, dass ausser der Kultur wir nur sehr wenige Industrien wieder auf die Beine werden bringen können. Um München wieder einen Platz an der Weltsonne zu verschaffen, muss München wieder *die* Kunststadt werden, die es früher war. Nur das allerbeste an Theater, Musik und bildender Kunst wird dies fertig bringen... Vielleicht aber eben weil wir keine Berufsbeamten sind, sondern Künstler, die im Augenblick als Behörde walten müssen, haben wir ein tieferes Verständnis für das Menschliche und fühlen nicht, dass wir es nötig haben, uns anderen gegenüber schnöde und ,militaristisch' zu benehmen... Auch ich, obwohl ich nur ein kleiner Hauptmann bin, versuche meinen ,Kunden' zu dienen, denn meine Kunden sind Künstler, und zum Künstler muss man geboren sein. *Kunstbeamter kann jeder werden.*» ¹⁹

Die hier gezeigte kultur- aber auch deutschfreundliche Haltung der Amerikaner ist jedoch kein Einzelfall. So schrieb der ehemalige Münchner Stadtkommandant Eugene Keller nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten an Hans Ludwig Held:

«Als Dr. Scharnagl hier in Amerika ankam, besuchten wir ihn. Es war eine grosse Freude ihn wiederzusehen. . . Oberst McMahon laesst Sie auch recht gruessen. Wir arbeiten zusammen und moechten beide wieder in Muenchen sein. Frau Keller und ich sprechen auch oeffters darueber und es ist unser staerkster Wunsch, dass sich eine Gelegenheit bieten wird, wieder in unsere zweite Heimatstadt zurueckzukehren, natuerlich dienstlich aber sollte sich dies nicht machen lassen, dann zum Besuch. . .»⁸⁰ Diese Stellungnahmen zeigen, dass auch die Amerikaner in den Sog des Münchner Kulturlebens gezogen wurden und sich mit Leib und Seele dessen Wiederaufbau widmeten.

Aber auch viele wieder in der Stadtverwaltung tätige Männer der Weimarer Jahre, oft schon dem Pensionsalter nahe, stürzten sich mit der aufgestauten Energie von zwölf erwarteten Jahren in den Wiederaufbau. Daraus ergab sich zwangsläufig eine personelle Kontinuität mit den zwanziger Jahren; dies bedeutete gleichermaßen Gefahr, wie Chance: Wenn Oberbürgermeister Scharnagl die Weimarer Jahre in einem Fall eindeutig als den wieder anzustrebenden, positiven Normalfall bezeichnete,⁸¹ mag das als eine unzulässige Nostalgie zu bewerten sein. Wenn Hans Ludwig Held bei der Wiedereröffnung eines Teils der Stadtbibliothek ausrief: «Alles für das Wohl unserer Heimat München! Möge sie wieder zu ihrem alten Glanze erstehen, auf dass unsere Kinder und Kindeskinde dereinst sich unserer heutigen Mühen und Nöte mit Stolz erinnern!»,⁸² so mag dies heute pathetisch und rückwärtsgerichtet wirken. Hier sprachen jedoch zwei Männer, deren Lebenswerk brutal unterbrochen worden war und die nun in einem zweiten Anfang darum bemüht waren, Wertvolles neu zu schaffen, ohne die Fehler der Weimarer Jahre zu wiederholen.⁸³ Dennoch lagen der Wiedergeburt der Kultur, die sie erhofften, sicher Wertvorstellungen zugrunde, die die Kriegsgeneration nicht mehr kannte. Ein gutes Beispiel dafür findet sich in Hans Ludwig Helds Vorspruch zu Karl Scharnagls erster Hausmusikrunde:

«Viele Heimstätten, in denen reichstes musikalisches Leben blühte, sind zerfallen, viele Musikfreunde sind ihrer Instrumente beraubt. Da ist es wirklich schwer, einen neuen Anfang zu machen und neue Schritte in das Land unserer Sehnsucht zu setzen. Unsere heutige Abendstunde bedeutet deshalb nicht mehr als eine freundliche Rückkehr zum besten Brauche unserer geliebten Stadt. *Rückwärts schreitend erleben wir das Vorwärtsschreiten einer schöneren Kultur.*»⁸⁴

Hier haben wir es also mit dem Versuch zu tun, ein traditionelles bürgerliches Kulturleben in den Ruinen wieder aufblühen zu lassen. Dem sah sich auch Verwaltungsoberinspektor Josef Rogger, Helds Mitstreiter in der Kulturverwaltung, verpflichtet, wenn er zu den vordringlichsten kulturellen Aufgaben der Stadt neben den Münchner Kammerspielen, den Münchner Philharmonikern und der «mittelbaren und unmittelbaren Förderung der bildenden Künstler» auch die Unterstützung von Vereinigungen wie den «Freunden der Residenz» rechnete, die sich ebenfalls der an eher traditionellen Vorstellungen orientierten Kulturarbeit widmeten.⁸⁵ Dennoch ist es nicht möglich, die Münchner Kulturpolitik nur auf diese bürgerlich-traditionelle Linie festzulegen, war Held doch auch einer der engagiertesten Volksbildner der zwanziger Jahre,⁸⁶ stand als ehemaliges USPD-Mitglied der Gewerkschaftsbewegung sehr nahe und setzte sich intensiv für die «Volksbühne» beziehungsweise den «Kulturbund»,⁸⁷ oder für den «Schutzverband Bildender Künstler in der Gewerkschaft der geistig und kulturell Schaf-

fenden»⁸⁸ ein und versuchte oft auch durch persönliche Ankäufe oder Geldspenden, die er als städtische Massnahmen tarnte, in Not geratenen Künstlern zu helfen.⁸⁹ Obwohl katholisch, hatte er «von seiner protestantischen Mutter wichtige Impulse erfahren»,⁹⁰ stand jedoch auch dem Okkultismus, dem Spiritismus und allen östlichen Religionen offen und interessiert gegenüber.⁹¹ Obwohl befreundet mit einem Grossteil der «konservativen» Literaten Münchens, setzte er sich der Kritik des Kultusministeriums aus, als er der als «kommunistisch unterwandert» bezeichneten jungen Literatengruppe «Die Schublade» seinen Besuch versprach und sie seiner Aufmerksamkeit versicherte.⁹² Gerade das Beispiel Hans Ludwig Helds, von Wolfgang Petzet als «kunst- und kulturbeschützer, gewaltiger mystisch-katholisch-sozialistischer Buddha» bezeichnet,⁹³ sollte also verhindern, dass man sich der Münchner Kulturpflege mit zu vielen vorgefassten Pauschalurteilen oder Schwarz-Weiss-Ansichten nähert und so zu undifferenzierten Schlussfolgerungen kommen muss. Held wird so auch zu einer Symbolfigur für die Münchner Kultur der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Neben Hans Ludwig Held und Karl Scharnagl befassten sich aber auf den verschiedensten Ebenen auch andere mit der Pflege der Kultur in München. Von Seiten des Stadtrates waren hierfür nacheinander Bürgermeister Stadelmayer,⁹⁴ Bürgermeister Lacherbauer,⁹⁵ Oberbürgermeister Scharnagl und Bürgermeister von Miller,⁹⁶ zuständig – ein Zeichen dafür, dass die Kulturpflege verwaltungsmässig nie definitiv verankert war, sondern zwischen den Direktorien hin und her wanderte. Dies spiegelt auch die städtische Geschäftsverteilung wider: Als das Kulturwesen 1925 auf einer Stelle konzentriert worden war,⁹⁷ hatte man es dem Direktorium B, dem zweiten Bürgermeister, unterstellt. Während der NS-Zeit war dann ein «Kulturamt» gegründet worden, das etwa 1937 seine endgültige Form erhalten hatte und das dem Oberbürgermeister unterstand.⁹⁸ Damit war auch das Kulturreferat (Referat vor dem Stadtrat in Kulturfragen) dem Direktorium A zugewiesen worden. Nach dem Krieg machte man dies rückgängig, das Kulturreferat wurde wieder dem Direktorium B und damit dem zweiten Bürgermeister Stadelmayer zugeteilt; dieser wollte sich in enger Zusammenarbeit mit Stadtschulrat Fingerle, also dem Referat 8 (Schul- und Kultusreferat) des Direktorium A, der Kulturverwaltung widmen.⁹⁹ Da sich diese Regelung wegen der Überlastung der beiden Beteiligten als unzweckmässig erwies und auch der kommissarische Leiter des Kulturamtes, Michael Schattenhofer, im Herbst 1945 seinen Posten räumte,¹⁰⁰ wurden diese Aufgaben dem Direktorium C übergeben und der inzwischen ernannte dritte Bürgermeister Carljörg Lacherbauer¹⁰¹ verstärkt zu ihrer Erledigung herangezogen. Dies war auch deshalb nötig geworden, da der Nachfolger des wegen seiner NS-Vergangenheit aus dem Amte geschiedenen Stadelmayer, Bürgermeister Thomas Wimmer, sich nicht besonders für die Kulturverwaltung interessierte.¹⁰² Aber auch Lacherbauer bewährte sich hier nicht und provozierte durch sein Verhalten gegenüber den Theaterleuten Erich Engel und Harry Buckwitz sogar eine ernste Ermahnung des amerikanischen Theateroffiziers Gerard van Loon;¹⁰³ daraufhin zog Scharnagl den Bereich der Kulturverwaltung an sich und unterstellte ihn wiederum dem Direktorium A.¹⁰⁴ Zu diesem Zeitpunkt umfasste der Kulturbereich die Direktion der Städtischen Bibliotheken mit Stadtbibliotheksdirektor Hans Ludwig Held, die Direktion der Städtischen Sammlungen mit Galeriedirektor Arthur Rümman und dem ihm unterstellten Stadtmuseumsdirektor Schiessl sowie das



Der Kulturbeauftragte Hans Ludwig Held



Oberbürgermeister Thomas Wimmer



Bürgermeister Walther von Miller

Städtische Theater- und Musikamt, das von Vitus Königsdorfer geleitet wurde.¹⁰⁵ Dieser war in Zusammenarbeit mit Held für die Münchner Kammerspiele und die Münchner Philharmoniker zuständig.

Nach der Auflösung des Theater- und Musikamtes im Jahre 1947, die vor allem auf Klagen des Dirigenten der Münchner Philharmoniker, Hans Rosbaud, sowie auf eigenmächtiges Verhalten des Leiters des Theater- und Musikamtes, Vitus Königsdorfer, zurückzuführen war,¹⁰⁶ bildete man eine «Abteilung für Kultur» beim Direktorium A,¹⁰⁷ der neben den obengenannten Institutionen auch die Münchner Philharmoniker und die Münchner Kammerspiele direkt zugehörten. Nach Scharnagls Rücktritt als Oberbürgermeister nahm er diese Abteilung in sein Amt als zweiter Bürgermeister und damit zum Direktorium B mit. Dort blieb sie dann auch unter seinem Nachfolger Walther von Miller.¹⁰⁸

Während dieser ganzen Zeit, also von Herbst 1945 bis Herbst 1953¹⁰⁹ war Hans Ludwig Held «Sonderbeauftragter für Kultur», damit unmittelbar dem jeweiligen Kulturreferenten unterstellt und seinerseits der «Abteilung für Kultur» weisungsberechtigt.¹¹⁰ Seine Position sowohl gegenüber den Kulturreferenten, wie auch gegenüber den Kulturinstituten, der sonstigen Kulturverwaltung und auch den Amerikanern, war jedoch aufgrund seiner Tätigkeit während der Weimarer Zeit und seiner festen Verankerung im Münchner Kulturleben so stark, dass man ihm fast völlig freie Hand liess.¹¹¹ Neben dem in diesen ersten Nachkriegsjahren allgemein feststellbaren überparteilichen Konsens der Stadträte dürfte dies auch dazu beigetragen haben, dass die Linie der Münchner Kulturpolitik in dieser Zeit kaum von Parteipolitik beeinflusst wurde. An pointierten Standpunkten mangelte es dabei jedoch durchaus nicht: So profilierte sich vor allem Stadtrat Rudolf Bössl (SPD)¹¹² auf dem linken Spektrum als Vertreter einer Linie, die man mit «Brot statt Spiele» charakterisieren könnte.¹¹³ Treffend wird er als ein «un-anfechtbarer, aufrechter Banause» in Kulturfragen bezeichnet, der bei dem Wort «Kultur» zwar nicht seinen Revolver entsichere, jedoch seinen Geldbeutel zuknöpfte.¹¹⁴ Wohl aus sozialistischer Tradition setzte er sich jedoch für Belange der Volksbildung ein.¹¹⁵ Als Gegenspieler auf der Seite der CSU ist hier beispielsweise Edgar Hanfstaengl zu nennen, der sich zwar etwas zu viel um die «Moral» in der Kunst kümmerte,¹¹⁶ der als Vertreter einer «christlich-abendländischen Kulturgesinnung» jedoch durchaus einen kulturfreundlichen Standpunkt einnahm. Innerhalb der Parteien gingen jedoch die Positionen fast ebenso weit auseinander wie zwischen ihnen: so ähnelten Thomas Wimmers ausgleichend-konservative Ansichten weit eher denen Scharnagls als denen Bössls.¹¹⁷ Diese Situation zeigte sich natürlich auch innerhalb des Kulturausschusses, da die Standpunkte zu Sachfragen meist quer durch die Parteien vertreten wurden. Obwohl sich seine Zusammensetzung nach Neuwahlen änderte,¹¹⁸ hatte dies daher keine spürbare Umorientierung innerhalb des Ausschusses zur Folge.

Unterhalb der Ebene des Kulturbeauftragten und des Kulturreferenten, die weisungsmässig vom Kulturausschuss sowie dem Stadtratsplenum abhängig waren, befand sich die der Leiter der städtischen Kulturinstitutionen. Diese waren meist über ihre unmittelbare Tätigkeit hinaus prägend für die Kulturpolitik der Stadt innerhalb der jeweiligen Kunstbereiche. Das lässt sich vor allem am Beispiel der Musikpflege zeigen: Hans Rosbaud, der Leiter der Münchner Philharmoniker, bewirkte mit seiner positiven Haltung zur Moderne fast drei Jahre lang eine Öffnung des Münchner Kulturlebens für diese Art von Musik. Sein Nachfolger Fritz Rieger zog

sich, mitbedingt durch die finanzielle Krise der Philharmoniker, wieder auf das bewährte klassisch-romantische Programm zurück und sagte sogar eine Teilnahme der Münchner Philharmoniker am «Musica viva»-Zyklus Karl Amadeus Hartmanns ab.¹¹⁹ Beide künstlerischen Leiter konnten sich dabei auf den Abschnitt ihres Vertrages berufen, der dem Dirigenten die Freiheit der künstlerischen Gestaltung zugestand.¹²⁰ Hans Rosbaud hatte man vertraglich sogar die Betreuung «des gesamten Musiklebens der Stadt München soweit die Stadt hierauf Einfluss nimmt»,¹²¹ anvertraut. Die Eingriffsmöglichkeiten der Stadt waren daher vor allem in Bezug auf die Programmgestaltung sehr begrenzt.

Sinngemäss Ähnliches gilt für die Direktionen der Münchner Kammerspiele und der Städtischen Sammlungen; da die Direktoren dieser Institute überdies in den jeweils zuständigen Gremien der Stadt, meistens auch des Staates und der grossen Vereinigungen über Sitz und Stimme verfügten,¹²² spielten sie innerhalb des allgemeinen Münchner oder bayerischen Kulturlebens eine wichtige Rolle.

Waren die Leiter der städtischen Institutionen auch in künstlerischen Fragen relativ frei, so spürten sie in wirtschaftlichen Fragen doch die Kontrolle der Stadt. Der Dirigent der Philharmoniker beispielsweise musste mit dem von der Stadt bestellten Geschäftsführer zurechtkommen, der die wirtschaftlichen Belange des Orchesters gegenüber der Stadtverwaltung vertrat und so indirekt Einfluss auf die künstlerische Gestaltung nehmen konnte.¹²³ Dieser Weg war jedoch keine Einbahnstrasse: Auf der Ebene der – im Falle der Philharmoniker und der Kammerspiele städtisch bezahlten – «Kulturschaffenden» gab es durchaus ebenfalls Möglichkeiten der Einflussnahme. Gerade am Beispiel der Berufung Fritz Riegers lässt sich zeigen, dass auch der Orchestervorstand – sprich: Betriebsrat – kulturelle Entscheidungen der Stadt mitbestimmte.¹²⁴

Betrachtet man dieses Netz unterschiedlicher Interessen und Einflussbereiche, dann erkennt man, wie differenziert eine «städtische Massnahme» im Kultursektor eigentlich gesehen werden muss. An dem Zusammenwirken vieler, oft sehr verschiedener Faktoren zeigt sich aber auch die demokratische Grundstruktur der Kommunalpolitik.

Noch komplexer stellt sich dies dar, bezieht man weitere Mitwirkende dieses Prozesses mit ein, so die unmittelbaren Mitarbeiter des Kulturbeauftragten Held, die meist aus der Bibliotheksverwaltung stammten, von Held jedoch auch zu vielen anderen Aufgaben innerhalb der Kulturverwaltung herangezogen wurden. Dies traf vor allem auf den Leiter der Musikbibliothek, Dr. Alfons Ott und auf den Leiter der Kinderlesestuben, Hans Engl zu, die für Held oft Filme oder Manuskripte beurteilen,¹²⁵ Ausstellungen besuchen¹²⁶ oder Ratsuchende betreuen mussten. Auch Hanns Vogel ist hier zu nennen, der sich vorwiegend des Laienspiels, der Organisation von kulturellen Veranstaltungen und der Beurteilung von Bühnenstücken widmete¹²⁷ sowie Ludwig Krafft, der sich der Puppentheatersammlung annahm.¹²⁸ Die Rolle dieser «Atlanti» darf nicht unterschätzt werden, wirkten sie doch oft bestimmend auf Helds Verhalten ein.¹²⁹

Ein weiterer Personenkreis, der durch Anregungen, Kritik oder Initiativen die städtische «Kulturpolitik» mitbeeinflusste, rekrutierte sich aus den Kreisen des «Kulturellen München» und aus den verschiedenen Kunstbeiräten der Stadt.¹³⁰ Hier sind Namen zu nennen wie Wilhelm Hausenstein, Franz Roh, Erich Kästner, Hans Eckstein, Peter Dörfler, Otto von Taube, Karl Caspar, Josef Haas, Willi Geiger und andere mehr.¹³¹ An etlichen Fällen innerhalb der Einzeluntersuchungen wird deutlich,¹³² dass der Einfluss dieser Persönlichkeiten schwer wog,

vor allem deshalb, weil sie meist in einem Grossteil der verschiedenen künstlerischen oder offiziellen Beratungsgremien mitwirkten und so an vielen Entscheidungen massgeblich beteiligt waren, die man insgesamt als die «Linie» kultureller Aktivitäten bezeichnet.

Ein weiteres entscheidendes Element der Kulturpolitik, das oft fälschlich als neutrales Instrument betrachtet wird, ist die Verwaltung selbst. Erfolg oder Misserfolg einer Initiative wird durch sie häufig bereits vorentschieden. Auch der Komplex «Verwaltung» umfasst ein breites Spektrum menschlicher Einzelreaktionen. Dennoch hat wohl der Dortmunder Kulturdezernent Alfons Spielhoff nicht unrecht, wenn er sie «von ihrer Struktur her statisch und konservativ», nennt.¹³³ Dies hängt wohl auch mit der Vielzahl der mit den einzelnen Vorgängen befassten Personen zusammen.

Neben den unmittelbar in der Kulturverwaltung tätigen Beamten wie Verwaltungsoberinspektor Josef Rogger,¹³⁴ wie dem Geschäftsführer der Münchner Philharmoniker, Emil Waelde, oder dem vor allem mit Theaterfragen beschäftigten Assessor Przemek, spielten nämlich noch andere Amtsstellen eine Rolle: Ausser den Registraturen, der Stadtkanzlei, und den Beschaffungsstellen für Sachbedarf, Einrichtung, Textilien und Kunstgegenstände, die jeweils dem gleichen Referat zugewiesen waren wie die Kulturverwaltung,¹³⁵ hatte beispielsweise das Personalreferat eine gewichtige Stimme bei städtischen Anstellungen,¹³⁶ das Finanzreferat und der Stadtkämmerer sprachen das letzte Wort in Fragen des Haushaltsplanes und damit auch bei Ankäufen oder sonstigen Ausgaben,¹³⁷ und das Zuzugs- und Wohnungsamt spielte eine wich-

H. Beyer

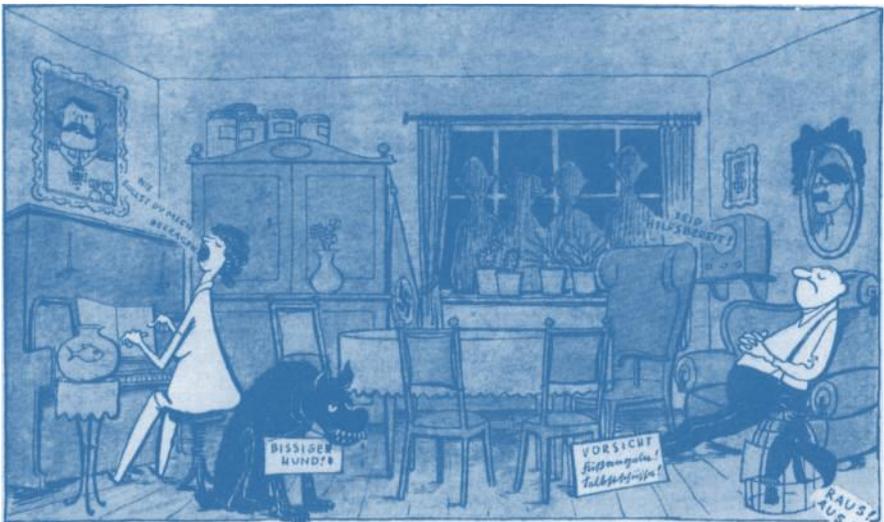


Die Unentschädigten

tige Rolle bei dem personellen Wiederaufbau Münchens. Vor allem am Beispiel der Wohnungs- und Zuzugspolitik der Nachkriegsjahre zeigt sich deutlich, dass es durchaus in der Macht der subalternen Beamten des Zuzugs- und Wohnungsamtes lag, «Kultur» mitzubestimmen – hier, im negativen Fall, zu blockieren.¹³⁸ Dies macht auch einen «Konstruktionsfehler» der Münchner Kulturverwaltung sichtbar: Ein Amtmann des Wohnungsamtes war in der Lage, eine Empfehlung des Oberbürgermeisters zu torpedieren oder einfach zu missachten.¹³⁹ Dies verhinderte zwar, dass Wohnungen nach dem Prinzip der «Vetternwirtschaft» vergeben wurden, es scheiterten daran jedoch auch kulturell überaus interessante Zuzüge, für die sich Scharnagl oder Held einsetzten. Somit kommt der Verwaltung eben doch mehr als die Bedeutung eines neutralen Instruments zu. Gerade im München der Nachkriegsjahre, also in einer Zeit der Mangel-Verwaltung, spielte sie – in der NS-Zeit gestärkt durch den Hang der Machthaber zur Bürokratisierung – oft eine verhängnisvoll wichtige Rolle.

Man würde es sich jedoch zu leicht machen, wollte man die Beschreibung der gehetzten Not-Verwaltung auf subalternes Einverständnis reduzieren. In anderen Bereichen der Verwaltung kann man nämlich durchaus auch positive Kontinuitäts-Brüche feststellen. So zeigte sich beispielsweise die Polizei weit liberaler als Oberbürgermeister Scharnagl oder der CSU-Stadtrat Edgar Hanfstaengl: Sie weigerte sich, eine Theateraufführung der «Kleinen Komödie» wegen ihrer «Unmoral» zu unterbinden. Polizeidirektor Brandl schrieb dem Oberbürgermeister: «Das Polizeipräsidium ist bei ständigen Theatern lediglich zuständig für Aufführungsverbote, falls wegen hervorgerufener Theaterkrawalle die weitere Aufführung eines Stückes aus sicherheits- und ordnungspolizeilichen Gründen nicht mehr geduldet oder wenn Störungsversuchen mit anderen polizeilichen Mitteln nicht wirkungsvoll entgegengetreten werden kön-

H. Beyer



Die Unbeschädigten

nen. Die Voraussetzungen für ein Verbot der kleinen Komödie ‚Cleopatra II.‘ dürften vorerst nicht gegeben sein. Von beabsichtigten Störungen ‚der weiteren Aufführungen ist dem Polizeipräsidium nichts bekannt geworden.›¹⁴⁰

Scharnagl hatte sich in einem Schreiben an das Polizeipräsidium¹⁴¹ «nachdrücklich» gegen diese Komödie ausgesprochen, wobei er die Leistung der Schauspieler zwar anerkannte, jedoch betonte: «Derartige Kleinkunst ist mit unserer Münchner Kulturauffassung nicht vereinbar. Sie stört und zerstört unsere Kulturbegriffe.» Auch der Mitarbeiter in der Dramaturgieabteilung des Theater- und Musikamtes, Hanns Vogel, urteilte:

«Vom stilkritischen Standpunkt aus muss gesagt werden, dass der Vorwurf der Unmoral als durchlaufender Faden berechtigt ist. Die alte Forderung Schillers nach dem Theater als moralische Anstalt – im engsten Sinne gedacht – wird in diesem Lustspiel, das sich im Übrigen witzig und inhaltsleer verhält, auf den Kopf gestellt.»¹⁴²

Dennoch griff hier die Polizei genauso wenig ein wie im Falle einer kirchlichen Beschwerde gegen ein Gastspiel des Kabarets «Die Hinterbliebenen» in den Räumen der «Schaubude». Der Landespräses der Kolpingjugend und Hausherr des katholischen Gesellenhauses von St. Anna, in dem die Schaubude untergebracht war, protestierte zwar schärfstens «gegen diese Verhöhnung des religiösen Empfindens unseres christlichen Volkes», die sich in der Karikatur eines Firmlings und eines Konfirmanden äusserte.¹⁴³ Aber die Stadträte Holzer und Wieninger sowie der Chef des städtischen Informationsdienstes, Ackermann, bewerteten die Aufführung als harmlos,¹⁴⁴ und das Polizeipräsidium betonte, von den kritisierten «groben Verhöhnungen kirchlicher Gebräuche oder antisemitischen Äusserungen» könne nicht gesprochen werden, «Missfallensäusserungen seitens der Zuschauer» habe man nicht wahrgenommen, ganz im Gegenteil, und ein Grund zum polizeilichen Einschreiten sei daher nicht vorhanden.¹⁴⁵ Ein etwas schärferer Wind wehte bei den städtischen Bühnen. Vor allem Stadtrat Hanfstaengl erklärte, «es müsse eine Versittlichung eintreten und die sittliche Neuerziehung des Volkes müsse auch im Spielplan der städt. Bühnen ihren Ausdruck finden».¹⁴⁶ Diese Stellungnahme war insofern bedeutungsvoll, als Hanfstaengl von ihrer Berücksichtigung die Neugenehmigung der Verträge der Bühnenleiter abhängig machen wollte. Das wurde jedoch von Scharnagl abgeblockt, der versicherte, «dass eine Zensur gegenüber den städt. Bühnen nicht ausgeübt werden könnte».¹⁴⁷ In der daraufhin anberaumten Besprechung machte er jedoch die reichlich seltsame Anmerkung,

«dass die Spielplangestaltung der Volksmeinung und den von der grossen Mehrheit des Volkes vertretenen ethischen Grundsätzen entsprechen müsse und deshalb auch ein Theater in dem liberalen Sinne, wie es vor 1933 bzw. während der nationalsozialistischen Zeit bestanden habe, heute nicht mehr möglich sein dürfe. Vielmehr müssten die ethischen Grundsätze, die allein einen Wiederaufbau und eine Wiedererziehung der Jugend gewährleisten, auch im Spielplan ihren Ausdruck finden».¹⁴⁸

Zwar schalteten sich die Stadträte Branz und Kröpelin vermittelnd ein und die Meinungen von Intendant Erich Engel und Direktor Harry Buckwitz wurden ebenfalls gehört, dennoch muss man auch diese nicht unproblematische Auswirkung der «christlich-abendländischen Kultur-

gesinnung» zur Kenntnis nehmen. Im Gegensatz zu den Polizeieinsätzen der zwanziger Jahre blieb es jedoch bei der hier angeführten «Ermahnung», Eingriffe in den Spielplan wurden nicht vorgenommen. Möglicherweise war diese Modifizierung der Methoden auf das Erlebnis des nationalsozialistischen Polizeistaates zurückzuführen; der Einfluss der amerikanischen Militärregierung dürfte ebenfalls eine Rolle gespielt haben: sie setzte das «Theatergesetz», das solche Dinge geregelt hatte, 1945 erst einmal ausser Kraft.¹⁴⁹ Scharnagls Aussagen wirken jedoch vor allem deshalb erschreckend, da er für die NS-Zeit das Wort «liberal» gebrauchte. Gemeint war damit sicherlich Otto Falckenbergs künstlerischer Spielraum bei der Programmgestaltung der Kammerspiele, der von Seiten der Nationalsozialisten kaum beschränkt wurde¹⁵⁰ und ihm auch die Möglichkeit der eigenen Entscheidung über «Moral» oder «Unmoral» eines Stückes zugestand. Diese Entscheidung wollte man nun offenbar lieber dem Stadtrat überlassen.

Neben solchen insgesamt bedenklichen Beispielen bürgerlicher Kulturverwaltung finden sich aber auch durchaus positive Elemente; dazu gehört unter anderem das «soziale Kulturprogramm» der Stadt, mit dem finanziell schwachen Bevölkerungskreisen der Besuch der städtischen Kultureinrichtungen ermöglicht werden sollte.¹⁵¹ Neben der Förderung der Besucherorganisationen «Theatergemeinde» und «Volksbühne» beziehungsweise «Kulturbund München»¹⁵² zählten dazu die städtischen Veranstaltungen mit Preisermässigungen für Jugendliche, für Studenten, Schwerbeschädigte und Erwerbslose. Dieses Programm, das der Münchner Kulturbeauftragte lebhaft unterstützte,¹⁵³ war von der SPD-Fraktion ausgegangen, fand aber auch die Zustimmung der anderen Fraktionen. Held stellte fest: «jeder Dienst an der Kultur dürfe letztlich nicht einem kleinen und soziologisch beschränkten Menschenkreis zugute kommen, sondern müsse auch das Volk in seiner Gesamtheit erfassen».¹⁵⁴ Hieran wird wiederum Helds volksbildnerischer Impetus deutlich, der die gesamte Münchner Kulturpolitik dieser Jahre prägte. Als Aufgabe städtischer Kulturverwaltung hatte Held solche Gedanken bereits seit 1945 vertreten.¹⁵⁵ Seine Unterstützung für die gewerkschaftliche Theater-Besucherorganisation ging auf das nämliche Grundkonzept zurück.

Im Zusammenhang mit diesem Programm taucht bereits das Schlagwort «Kultur für alle» auf,¹⁵⁶ das die kommunale Kulturpolitik vor allem seit den siebziger Jahren kennzeichnet. Will man Begriffe solcher Art überhaupt verwenden, so kann man diese Initiative als «fortschrittlich» bezeichnen, ebenso wie der Versuch der «Versittlichung» des Theaters mit dem Wort «konservativ», wenn nicht gar «reaktionär» belegt werden muss. Auch hier sind wieder einmal beide Elemente nebeneinander vertreten: Janusköpfig blickt die Stadt auf die polizeistaatliche Vergangenheit und in die demokratische und soziale Zukunft.

Die hier angeführten Interessengruppen in der Kulturpolitik unterteilt der Dortmunder Kulturdezernent Spielhoff in einem Vortrag in vier «Institutionen oder gesellschaftliche Gruppen»,¹⁵⁷ mit denen der Kulturpolitiker hauptsächlich befasst sei: Die der Politiker, die der Verwaltung, die der Kulturproduzenten und Kulturreproduzenten und die der Bevölkerung, des «potentiellen Publikums». Obwohl die Versuchung nahe liegt, wäre es an dieser Stelle verfehlt, eine Schuldzuweisung für Unterlassungen in der Kulturpolitik an eine dieser Gruppen zu versuchen. Es wird aber deutlich, dass diese in unterschiedlichem Mass am «Funktionieren» oder am Stagnieren der Münchner Kulturpolitik beteiligt waren. Spannungen und Rei-

bungsmöglichkeiten gab es jedoch bei allen: stritten bereits die Politiker, so setzte sich dies innerhalb der Verwaltung häufig fort; blockierte die Verwaltung, so fühlten sich meist sowohl die Politiker, wie auch die Kulturproduzenten im Stich gelassen. Die Bevölkerung wiederum, zu der man nach dieser Einteilung wohl auch die Presse rechnen muss, war kaum zufriedenzustellen, da sich die verschiedenen grundsätzlichen Haltungen hier natürlich verstärkt wiederfanden. Kurz: Das pluralistische Spektrum demokratischer Politik funktionierte bereits tadellos, wenn auch nicht reibungsfrei. Dies muss nach den in München doch oft recht rückschrittlichen zwanziger und den für ganz Deutschland katastrophalen dreissiger Jahren als Beweis dafür gewertet werden, dass die demokratische «Genesung», die Thomas Mann bereits nach dem Ersten Weltkrieg für München erhoffte,¹⁵⁸ inzwischen begonnen hatte. Dies allerdings allein auf eine freiwillige geistige Erneuerung zurückführen zu wollen, hiesse die Dinge zu positiv sehen. Vor allem die amerikanische Besatzungsmacht setzte in diesen Jahren neue Akzente: In der bereits geschilderten Polizeigesetzgebung, in der Rundfunkpolitik und in der Volksbildungsarbeit. Das amerikanische Grundkonzept kommt deutlich zum Ausdruck bei dem Umgang der Besatzer mit NS-Materialien: die ausgesonderten Gegenstände, Bücher, Bilder und ähnliches wurden keineswegs zerstört, sondern – soweit möglich – als Rohstoff für das Neue, meist programmatisch Demokratische, verwendet. Ein typisches Beispiel dafür ist das Einschmelzen der Druckplatten von Hitlers «Mein Kampf» für die erste Nummer der Süddeutschen Zeitung¹⁵⁹ oder auch die bevorzugte Verwendung von auf diesem Wege gewonnenem Altpapier für die ersten demokratischen Notschulbücher.¹⁶⁰ Übersetzt bedeutet dies: Aus dem alten, undemokratischen und militaristischen Deutschland sollte durch Umformung das neue Deutschland entstehen. Dieser «Umformung» entsprachen die Konzepte der Re-education und der Entnazifizierung.

Obwohl vor allem die Entnazifizierung nicht in ihrer geplanten Gründlichkeit durchgeführt wurde und sicherlich auch viele technische Pannen zeitigte,¹⁶¹ blieb sie doch nicht ohne Einfluss auf die Kommunalpolitik. Es ist in vieler Hinsicht aufschlussreich, wie offen in diesen Jahren persönliche Abneigung mit dem Hinweis auf die NS-Vergangenheit des Betroffenen untermauert wurde und man damit viele Dinge, die sich sonst unter Ausschluss der Öffentlichkeit abspielen, ungehemmt aussprach. Die Hilfe der amerikanischen Kulturoffiziere wurde jedoch meist dankbar angenommen. Neben dem bereits erwähnten Theateroffizier van Loon und seinem Kollegen Walter Behr arbeitete Held auch gut mit dem Musikoffizier Kilenyi zusammen, dem er bei dessen Rückkehr nach Amerika bestätigte,¹⁶² er habe «sich in ausserordentlicher Weise um den musikalischen Wiederaufbau der Landeshauptstadt München verdient gemacht».

Für die Phasen, die das amerikanisch-deutsche Verhältnis durchlief, ist auch die Entwicklung der «Amerikahäuser»¹⁶³ kennzeichnend: Aus einer Hilfsinitiative für das zerstörte Deutschland wurde mit dem Einsetzen des Kalten Krieges ein Propagandainstrument gegen den Kommunismus; etwa 1952/53 entschärfte man dieses kulturpolitische Instrument¹⁶⁴ zu einem Begegnungsort für Amerikaner und Deutsche. Ähnlich entwickelte sich das Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten. Dennoch sind, ausgenommen die Jahre 1945 und 1946, nicht viele unmittelbare Eingriffe der Amerikaner in die «rein deutsche Angelegenheit» der Kulturverwaltung festzustellen. Die Besatzungsmacht konzentrierte sich mehr auf die gesetzgeberischen

Grundlagen des wirtschaftlichen und politischen Neuaufbaus,¹⁶⁵ oder aber auf die konkreten Probleme der Entnazifizierung, Registrierung, Lizenzierung, der Papierzuteilung und der Rohstoffversorgung. Initiativen wie das «Amerikahaus», die «Internationale Jugendbibliothek» oder der «Art Collecting Point» bereicherten und ergänzten jedoch das Münchner Kulturangebot.

Neben der amerikanischen Militärverwaltung war die Stadt überdies mit dem bayerischen Staat, sprich: mit seiner Verwaltung und seinen Institutionen, konfrontiert. Wirkliche Interessenüberschneidungen auf kulturellem Gebiet sind jedoch nur in wenigen Punkten festzustellen: Da ist einmal die Frage der Konkurrenz zwischen den «Münchner Philharmonikern» – dem Orchester der Stadt – und dem Staatsorchester.¹⁶⁶ Dann, ebenfalls auf dem Musiksektor, die Konfrontation zwischen Rundfunk und Stadt, in die der Staat vermittelnd eingriff.¹⁶⁷ Im Theaterbereich ergaben sich Konflikte zwischen Staat und Stadt einerseits um die städtischen Zuschüsse zu den Staatstheatern und um die besseren Möglichkeiten des Staates, Künstler durch hohe Gagen und grosszügige Wohnungspolitik an sich zu binden oder der Stadt abzuwerben.¹⁶⁸ Überdies zeigten sich hier auch strukturelle Schwierigkeiten der städtisch-staatlichen Aufgabenteilung, so etwa im Zusammenhang mit der Vergnügungssteuer.¹⁶⁹ Im Bereich der «Schrifttumspflege» lässt sich eigentlich nur eine Konkurrenz zwischen der Stadtbibliothek und der Staatsbibliothek um die Bestände der ehemaligen NS-Büchereien feststellen.¹⁷⁰ Die Pflege der bildenden Kunst übernahmen manchmal Stadt und Staat gemeinsam, indem sich beide an der Finanzierung von Ausstellungen beteiligten; überdies waren die Direktoren der beiden Galerien, Eberhard Hanfstaengl und Arthur Rümmer, in jeweils beiden Ankaufkommissionen vertreten.¹⁷¹ Bei der Subventionierung kleinerer kultureller Initiativen genehmigte man Unterstützungen meist unter dem Vorbehalt, dass die andere Seite auch subventioniere.¹⁷² So war einerseits zu vermeiden, dass der eine Partner in letzter Minute ausscherete und die Last der Subvention dem anderen überliess, andererseits wurden Vereinigungen, Theater oder Ausstellungen dadurch auf die breite Basis mehrerer Trägerschaften gestellt, was ihnen mehr finanzielle und damit auch ideelle Bewegungsfreiheit liess.

Damit ist das Reizwort in der Beziehung Staat-Stadt bereits genannt: Konflikte entzündeten sich grösstenteils an finanziellen Problemen. Die Kommune fühlte sich gegenüber dem Staat meist im Nachteil, da sie finanziell von ihm abhing. Andererseits konnte sich der Staat nicht gut weigern, im Zuge einer «Bedarfszuweisung» letztendlich doch die Defizite der Stadt mit zu übernehmen. Die Verhandlungen um solche Fragen wurden daher von beiden Seiten geschickt und bauernschlau geführt.¹⁷³

Stuft man die staatlichen Bemühungen um die Kulturpflege, die hier immer ohne das Schulwesen begriffen wird, anhand der Konfliktstoffe ab, so wird sofort die Priorität der Musikförderung deutlich. In diesem Bereich standen Staat und Stadt überdies in starker Konkurrenz, da sich die Münchner Philharmoniker als reines Konzertorchester neben dem durch Operndienst abgesicherten Staatsorchester, das als «Musikalische Akademie» konzertierte, behaupten mussten. Über dieses Problem der divergierenden Interessen verschiedener Bereiche der öffentlichen Hand schrieb die Zeitschrift «Kulturarbeit» 1949 Folgendes:

«Es gibt Stadtverwaltungen, die glauben, alles selbst machen zu müssen. Sie vergessen, dass es nicht darauf ankommt, eine ‚städtische‘ Kunstpflege zu haben, sondern eine Kunstpflege

in der Stadt. Dass es gleich ist, wer trägt und verwaltet, wenn es nur zum Wohle der Kunst und der Einwohner geschieht»;¹⁷⁴

bezüglich der speziellen Schwierigkeiten der Kunst-Verwaltung heisst es dort weiter: «Man soll die Aufgabe der Verwaltung nicht missachten. Natürlich ist sie, die auch sonst eine schwierige Kunst ist, gerade der Kunst gegenüber besonders schwer. Die Aufgabe der Verwaltung ist die Kunst der Ordnung und der Hilfe. Nicht anders in der Kunstpflege. Der Verwalter ist der Helfer der Kunst und des Künstlers... Wer also soll die Theater, Orchester, das Konzertwesen, die Museen, Büchereien, Volkshochschulen, Ausstellungen verwalten? Das Land, die Stadt, die Bürger, die Privatwirtschaft? Jeder, der es kann. Und die vor allem, bei denen die Künste und die Künstler am besten aufgehoben sind.»¹⁷⁵

Damit ist das Optimum von Koordination zwischen Staat, Stadt und Privatinitiative treffend gekennzeichnet. Es ist jedoch anzumerken, dass eine Konkurrenzsituation nicht nur Nachteile in sich birgt, auch wenn beide Seiten von der öffentlichen Hand getragen werden: Für den Bürger bietet dies meist eine Verbesserung von Qualität und Angebot. Die «Kultur in der Stadt» hat dadurch also zweifellos gewonnen, auch wenn die «Kultur der Stadt» dabei zwischenzeitlich vernachlässigt wird.

München, eine sich selbst repräsentierende Kunststadt

Zu dem Aufgabenkreis des Münchner Kulturbeauftragten zählte auch Münchens Selbstdarstellung als Kunst- und Kulturstadt.¹⁷⁶ Bürgermeister Walther von Miller beschrieb diesen Teil städtischer Kulturpflege in einem Vortrag vor dem Deutschen Städtetag so:

«Die Charakterisierung der kulturellen Tradition und Weiterentwicklung erfüllt sich ... auch in der Repräsentation... Eine Stadt repräsentiert sich in mannigfaltiger Weise durch ihr Stadtbild, ihre Wirtschaft, ihre führenden Persönlichkeiten, auf einer höheren Stufe aber durch ihr kulturelles Gesicht. Entsprechend dem Wachstumsgesetz der Kultur wird dieses Gesicht in der Regel durch lange Tradition vorgeformt sein... Diese Tradition gilt es immer wieder mit zeitgerechter Nuancierung zu repräsentieren, das heisst gegenwärtig zu machen und in der Gegenwart diesem Bilde neue, harmonische Züge einzufügen... Zu solcher Repräsentation gehört die Anerkennung kultureller Leistungen in Ausstellungen und Preisen, in Empfängen und Festen. Selbst die traditionellen Volksfeste gehören zu dieser kulturellen Repräsentation... Auch Empfänge und gesellschaftliche Veranstaltungen sollten aus dieser Aufgabenstellung gestaltet und gepflegt werden. Hierin könnte ein nicht unwesentlicher Beitrag der Städte als solcher zur Bildung einer neuen «Gesellschaft in dem vornehmen Sinne früherer Zeiten liegen.»¹⁷⁷

Hiermit sind die wesentlichen Elemente städtischer Selbstdarstellung zwischen wirtschaftlichen und kulturellen Erwägungen angesprochen. Hinzuzufügen wäre jedoch die Repräsentation der Stadt nach aussen, die beispielsweise durch Gastspielreisen der Münchner Philharmoniker, durch die Vorführungen der Münchner Kammerspiele bei der Biennale in Venedig oder durch die Teilnahme des Bayerischen Kunstgewerbevereins an einer grossen internationalen

Ausstellung in New York gegeben war.¹⁷⁸ Dies diente wiederum sowohl der Präsentation von Kultur, wie auch der dadurch erhofften Belebung des Fremdenverkehrs. Wie eng Kultur und Wirtschaft, Repräsentation und Fremdenverkehr, «Atmosphäre» und Einnahmen miteinander verbunden sind, hat bereits Thomas Mann in seiner Rede von 1926 deutlich gemacht.¹⁷⁹ Im München der Nachkriegszeit findet sich dieser Zusammenhang auf mannigfaltige Weise wieder, auch wenn es kurzschlüssig wäre, Münchens Kulturbemühungen nur aus diesem Blickwinkel betrachten zu wollen. München präsentierte sich – natürlich auch zur Hebung seines Rufes und zur Belebung des Fremdenverkehrs – in diesen Jahren in Filmen, in Druckwerken und in Ausstellungen. Neben diesen eher «ideellen» Initiativen ist als zweiter wichtiger Interessenstrang durchaus die Belebung der Wirtschaft, hier also der «Kulturindustrie» zu erkennen. Zu letzterem gehörten beispielsweise die Bemühungen des Oberbürgermeisters und des Kulturbeauftragten um Verlage, auf deren wirtschaftliche Bedeutung immer wieder hingewiesen wurde,¹⁸⁰ oder die Betreuung der Filmindustrie, besonders Geiseltasteigs.¹⁸¹ Lag dem einen die Absicht zugrunde, in der Nachfolge Leipzigs die «Buchstadt» Deutschlands zu werden, so wollte man sich mit der Filmförderung zu einer «Filmstadt» entwickeln.¹⁸² Beides gehört zu den Ingredienzien dessen, was der Begriff «Kulturstadt München» repräsentiert.

Stellt man die Frage nach dem Erfolg dieser Unternehmungen, so zeigt sich, dass das wirtschaftliche Argument eben doch nicht in allen Fällen ausschlaggebend war: Die Zuzugspolitik bietet dafür die besten Beweise. Die Koppelung wirtschaftlicher und kultureller Argumente wurde meist nur vorgenommen, um die Kulturausgaben zu rechtfertigen. Dies kommt auch in einem Bericht der Städtischen Musikbibliothek von 1950 zum Ausdruck:

«Die Verflechtung von Kultur und Wirtschaft hat ihren äusseren Aspekt, unter dem sich die Sache so darstellt, als ob die Wirtschaft die geduldige und mehr oder minder wohlwollende Geldspenderin und Almosengeberin für die bettelarme und kommerziell unfruchtbare Kultur sei. Ich stehe aber nicht an zu behaupten, dass die Kultur ein ebenso bedeutender Wirtschaftsfaktor ist wie jede sogenannte Branche des geschäftlichen Lebens.»¹⁸³

Die wirtschaftliche Bedeutung der Kultur wurde also zur Begründung der Kulturausgaben herangezogen:

«Ganze 4 Prozent beansprucht der eigentliche Kulturetat der Stadt im Gesamthaushalt. Man senke ihn getrost um noch einige Prozente und senke damit München auf das Niveau einer Provinzstadt. Der kleine Mann wird deshalb nicht weniger Steuern bezahlen oder wesentlich mehr beruhigt sein, dass seine Steuergelder nicht unwirtschaftlich verausgabt werden.»¹⁸⁴

Sieht man diesen Begründungszusammenhang, dann relativiert sich auch die für die zwanziger Jahre aufgestellte Behauptung, die Kulturstadt-Diskussion dieser Jahre zeige «nur noch das vergebliche Bemühen einer allein an Umsatz, Fremdenverkehr und Tradition interessierten Stadt, den alten Ruhm noch einmal zu beschwören».¹⁸⁵ Zumindest für die Nachkriegszeit wurden die «Verpflichtungen einer Kunst- und Fremdenstadt» dazu gebraucht, «davor zu warnen, aus falsch verstandener Sparsamkeit ein Kultur-Vakuum zu erzeugen, dessen Folgen die kommende Generation ... zu tragen hätte».¹⁸⁶ Diese der Kultur gegenüber sehr offene Haltung

wurde nicht etwa von progressiven Journalisten vertreten, sie entstammt einem Bericht, den die städtische Kulturverwaltung als Diskussionsgrundlage für die Haushaltsverhandlungen des Jahres 1950 erstellt hat.¹⁸⁷

In diesem Zusammenhang ist nun das oft strapazierte Fremdenverkehrs-Argument zu sehen: Man betrachtete den Fremdenverkehr als gute Möglichkeit, Kultur zu finanzieren und umgekehrt die Präsentation der Kultur in «weitere Kreise anziehenden Feiern und Festlichkeiten» als Erhöhung der Attraktivität der Stadt für die Fremden.¹⁸⁸ Der Mahnung Thomas Manns, München dürfe nicht in den Ruf der «Unwirtlichkeit» kommen,¹⁸⁹ suchte die Stadt also sehr wohl Rechnung zu tragen.

Zu den angesprochenen Feiern und Festlichkeiten, die durchaus auch der Belebung des Fremdenverkehrs dienen sollten, gehörten daneben attraktive Ausstellungen, aber auch die Veranstaltungen im Rahmen des 1946 eingeführten «Münchner Kunstsommers», es gehörten dazu die Verleihungen der städtischen Kunstpreise wie auch die Ehrungen verdienter Münchner Künstler oder die halboffiziellen Veranstaltungen der grossen Münchner Verbände wie der «Vereinigung der Freunde Münchens», der «Vereinigung der Freunde der Residenz», des «Verbandes Münchner Tonkünstler» und anderer. Betrachtet man die Einladungslisten, die zu diesen Gelegenheiten erstellt wurden,¹⁹⁰ so lässt sich daraus das «Kulturelle München» rekonstruieren, dessen wichtige Rolle für die Linie der Münchner Kulturpolitik bereits angedeutet wurde.

Liefen die Kunstwochen des Jahres 1946 noch eher bescheiden ab, so wusste die Münchner Presse 1947 bereits den «Repräsentationscharakter» der sechswöchigen Sommergeveranstaltung zu rügen¹⁹¹ und betrachtete die dafür ausgegebenen Gelder¹⁹² als verschwendet. Das Programm umfasste fast 100 Veranstaltungen: Vorträge, Opern- und Theateraufführungen, Dichterlesungen, Filmvorführungen, Kammermusikabende und Ausstellungen. Oberbürgermeister Scharnagl hatte es als «Inventur» des wiederentstandenen Kulturlebens bezeichnet; dies stiess auf die Ablehnung der Kritiker, die mit diesem «Warenhaus-Vergleich» die Kultur diskreditiert sahen.¹⁹³ Obwohl man Hans Ludwig Held, der die Festwochen organisiert hatte, gute Absicht und grosses Koordinierungsvermögen bestätigte,¹⁹⁴ stiess sein Motto «Jubelnde Überlieferung und frommgläubige Sehnsucht nach dem Neuen», das er auf einem Presseempfang bei Oberbürgermeister Scharnagl ausgesprochen hatte,¹⁹⁵ nicht nur auf Zustimmung; man betrachtete es als zu anspruchsvoll. Die Argumente gegen solche Kunstwochen und die dort präsentierten Programme blieben sich über die Jahre in etwa gleich: man sah darin eine Förderung des rein «Repräsentativen»¹⁹⁶ und damit einer im Grunde un-künstlerischen Veranstaltung.

Fanden diese städtischen «Festspiele» also nicht den ungeteilten Beifall der Presse,¹⁹⁷ so empfand man die Ehrungen «des schöpferischen Geistes»,¹⁹⁸ am Ende der Kunstwochen, nämlich die Verleihungen der Münchner Kunstpreise, durchaus als erfreulich. Diese Ehrungen nahm man nach festen Richtlinien vor:

«Die Preise wurden nicht für einzelne Werke eines Künstlers, sondern in Anerkennung seines Gesamtwirkens verliehen. Nur solche Künstler konnten dabei bedacht werden, deren geistiges Gesamtschaffen vom künstlerischen Wesen Münchens und seiner kulturellen Tradition befruchtet wurden. Die Preisträger mussten deutscher Abstammung und mindestens fünf Jahre in München künstlerisch tätig gewesen. Somit boten die Kunstpreise eine gute Möglichkeit,

«dem Künstler mit Geld zu helfen und ihn repräsentativ herauszustellen».²⁰⁰ München erlaubte es sich mit dieser Form der Preisvergabe, aus dem eigenen Künstlerreservoir zu schöpfen – man zweifelte offensichtlich nicht daran, dass man jedes Jahr preiswürdige Vertreter der Bereiche Malerei oder Graphik, Plastik oder Architektur, Musik oder Literatur finden würde, ohne dabei auf andere als – im obengenannten Sinne – «Münchener» Künstler zurückgreifen zu müssen.²⁰¹ Mit diesen Preisen ehrte also München seine Künstler, es repräsentierte damit aber auch seine eigene kulturelle Bedeutung.

Unter den Preisträgern finden sich kaum «kommende» Künstler; meistens ehrte man verdiente Künstler der zwanziger Jahre.²⁰² Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass hier ein «Gesamtwerk» beurteilt werden sollte; ein solches hatten aber junge Künstler nicht vorzuweisen. In den Richtlinien für die Literaturpreisvergabe heisst es überdies:

«Da es sich bei der Preiszuteilung nicht um die Beurteilung von einzelnen Bewerbungen oder einzelnen Werken handelt, kommt nur ein Dichter in Betracht, dessen Ruf bereits in der zeitgenössischen Literatur begründet ist. Es soll nicht ein bestimmtes Werk, sondern eine dichterische Persönlichkeit ausgezeichnet werden.»²⁰³ Sinngemäss galten für die anderen Bereiche gleiche Auswahlkriterien. München präsentierte sich hierbei also durchaus angemessen in gediegener, traditionsbewusster Konservativität.

Dies nimmt nicht wunder, wenn man die Mitglieder der für die Vergabe zuständigen Kunstbeiräte genauer betrachtet.²⁰⁴ Da die Kandidaten für einen Kunstpreis mindestens zwei Stimmen aus diesen Gremien auf sich vereinigen mussten, um überhaupt in die engere Wahl zu kommen und im zweiten Wahlgang sogar mit 8/11-tel der Stimmen zu wählen waren,²⁰⁵ hing von ihnen dieser Teil Münchner Kulturpolitik im Wesentlichen ab. Es überwog dabei das traditionelle München; Erich Kästner und vor allem Franz Roh stellten jedoch auch die Verbindungsglieder zu Münchens «zweiter Gesellschaft» dar, zu den Kreisen um die «Neue Zeitung» oder den «Ruf»,²⁰⁶ zu avantgardistischen Malern oder anderen neuen Initiativen.²⁰⁷ Gross war der Einfluss dieser Männer – Frauen waren in den Beiräten ebenso wenig vertreten wie in der Kulturverwaltung – nicht, er beschränkte sich meist auf Anregungen. Beide «Gesellschaften» lebten also weitgehend nebeneinander her und hatten im offiziellen Bereich nur wenige Berührungspunkte.

Solche Kontakte waren jedoch bei Feiern oder Empfängen möglich, bei Vorträgen oder anderen öffentlichen Veranstaltungen;²⁰⁸ kulturelle Verbindungen wie die «Vereinigung der Freunde Münchens»²⁰⁹ oder die «Freunde der Residenz»,²¹⁰ der «Verband Münchner Tonkünstler»²¹¹ oder der «Schutzverband deutscher Schriftsteller»²¹² luden ebenfalls zu Veranstaltungen ein, kurz: das Gesamtspektrum der Münchner Kultur ist keinesfalls gleichzusetzen mit der «städtischen Kultur» oder gar der städtischen Kulturpolitik. Die vielfältigen Verflechtungen und Überschneidungen zwischen der Ebene der Kulturpolitiker und der – in sich wiederum sehr differenzierten – Ebene der «Kulturschaffenden», zwischen den grossen Vereinigungen und den öffentlichen Kulturinstitutionen, zwischen den verschiedenen Repräsentanten der städtischen, der staatlichen und der amerikanischen Kulturverwaltung, das «miteinander» oder «gegeneinander» persönlicher Zu- oder Abneigungen – all dies gehört zu dem Gesamtbild der Münchner Kultur, gehört auch zu der Stadtpersönlichkeit Münchens. Betrachtet man

die vielen Namen von Persönlichkeiten, die allein von der Stadt zu ihren Veranstaltungen gebeten wurden, seien diese nun offizieller Natur, wie Staatsempfänge, oder eher offiziösen, halb privaten Charakters wie die Hausmusikabende Oberbürgermeister Scharnagls,²¹³ so entsteht das Bild eines sehr breit gefächerten kulturellen und gesellschaftlichen Unterbaus, der sich aus traditionellen Münchner Familien, aus den wichtigsten – meist etablierten–einheimischen oder «zugereisten» Künstlern, Gelehrten, Technikern und Finanzleuten, aus Kulturpolitikern, aus «Professionellen» wie den Kunstkritikern der verschiedenen Medien, sowie aus Kunstinteressierten aller Schichten und Bildungsgrade zusammensetzte. Welches Gespräch bei welcher Gelegenheit welche kulturpolitische Initiative befördert hat, ist quellenmässig kaum noch nachzuvollziehen; hier begibt man sich in den Bereich der Spekulation. Sicherlich hat jedoch ein Austausch von Ideen und Überlegungen stattgefunden, der zur Meinungsbildung nicht unwesentlich beitrug und ein mitbestimmendes Element der städtischen Kulturpolitik wurde.

Damit ist das «Kulturelle München» aber noch keineswegs erfasst, da das Ausmass der Privatinitiativen ebenfalls nur zu erahnen ist. Betrachtet man jedoch nur das «offizielle München», so kann durchaus von einer «kulturellen Atmosphäre», von einem «kulturellen Klima» geredet werden. Legt man hier einen internationalen Massstab an, wäre es sicherlich vermessend zu behaupten, dass München *die* Kunststadt schlechthin gewesen sei; ihm diesen Beinamen aber ganz abstreiten zu wollen, hiesse die Dinge übertreiben. Eine Kunststadt war München sicherlich, möglicherweise auch eine der bedeutendsten in Deutschland oder Europa. Wenn man gar so weit gehen möchte, den Begriff der «Kunst» auch auf das individuelle Leben jedes einzelnen Bürgers dieser Stadt zu übertragen, so muss hier von einer «Kunst zu leben» des Münchners die Rede sein, die nicht zuletzt die Atmosphäre Münchens mitbestimmt. Diese Atmosphäre wiederum trägt entscheidend bei zur Kultur einer Stadt, einer Kultur, die sich weder herbeireden noch verordnen lässt; «Der Geist weht, wo er will, und wer ihn nicht hat, dem wird man ihn nicht durch ein neues System der Buchhaltung einblasen», wie es der Kölner Oberbürgermeister Ernst Schwing 1955 auf dem internationalen Gemeindegkongress in Rom formulierte.²¹⁴ Ohne daraus auf eine völlige Ohnmacht öffentlicher Kulturförderung schliessen zu müssen, zeigen sich hier doch die Grenzen des Machbaren.

Die Frage nach diesen Grenzen muss also ebenso Thema kulturpolitischer Überlegungen sein, wie die nach den Möglichkeiten der Förderung. Solche Fragen können aber nur en detail und nicht generell beantwortet werden, wiewohl sich Tendenzen durchaus feststellen lassen. Dazu genügt bereits ein Blick auf die Höhe der jeweils ausgegebenen Fördersummen; dies zeigt nämlich, dass die «nachschaaffenden» Künste Musik und Theater sich durch städtische Förderung wesentlich besser betreuen lassen, als beispielsweise die Literaturproduktion oder die bildenden Künste. Mit anderen Worten: Eine gute Reproduktion ist leichter hervorzubringen und zu unterstützen, als eine gute Produktion. Dies schlägt sich einerseits in einem starken Übergewicht der Theater- und Musikförderung durch die Städte und Gemeinden nieder, andererseits in einer Vernachlässigung der sehr individualisierten Bereiche Literatur und bildende Kunst. Dem liegt eine Auffassung zugrunde, die im Zusammenhang mit den Diskussionen um die Münchner Philharmoniker so formuliert wurde:



«Alles nehmen die Burschen mit, nur meine Bilder nicht»

«Während der schöpferische Künstler als ‚Einzelgänger‘ auch mit hungrigem Magen Meisterwerke schaffen kann, verhält es sich bei der machtschaffenden Kunst – dem Theater und den Orchestern insbesondere, wo es sich um grössere Kollektive handelt – ganz anders. Hier werden die besten Künstler immer dorthin streben, wo sie die beste Entlohnung erzielen können – nicht anders als jeder Arbeiter zu dem meistbietenden Brotherrn geht.»²¹⁵

Ob sich dies wirklich so klar auseinanderdividieren lässt, bleibe dahingestellt. Sicher ist jedoch, dass sich ein im engeren Sinne schöpferischer Prozess nur schwer «verwalten» lässt, da er kaum berechenbar ist: Auch ein von der Stadt erteilter Auftrag bürgt ja noch nicht dafür, dass ein Kunstwerk entsteht. Aus diesem Dilemma sucht man meistens einen Ausweg, indem man diesen Auftrag einem bekannten und renommierten Künstler erteilt – so jedoch werden wieder die hoffnungsvollen Talente und die weniger bekannten Aussenseiter benachteiligt. Dieses Spannungsfeld bildet eben auch den Lebensraum der Kulturpolitik, die sich ja nach allen Seiten hin zu verantworten hat und damit unter dauerndem Beweisdruk steht. Was hier im Einzelnen gefördert wurde, was man in München bevorzugte oder zurücksetzte und was für Konsequenzen daraus entstanden, sei anhand der einzelnen Bereiche der städtischen Kulturpolitik dargestellt.

Die städtisch «verwaltete Musik»

Überblick über die Entwicklung

«Die Musik ist ein besonderer Ausdruck deutschen Wesens. Ihr ist daher die Kulturarbeit der Städte in hohem Masse verpflichtet. Die Städte dienen ihr durch Pflege des Liedes, durch Förderung der Laien- und Jugendmusik, durch Veranstaltung oder Unterstützung von Konzerten sowie durch Unterhaltung oder Förderung von Orchestern, Chören und Einrichtungen für den Musikunterricht. Im Rahmen der Musikpflege ist der zeitgenössischen Musik stärkere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Konzerte müssen jedem Freund ernster Musik zugänglich sein; Besuchergemeinden und Jugendkonzerte sind zu fördern... Besteht in einer Stadt ein Staatsorchester, so sollte der Stadt die Möglichkeit einer Mitverantwortung gegeben sein.»¹

Diese Leitlinien städtischer Musikpflege, Teil der «Leitsätze zur kommunalen Kulturarbeit», die der Deutsche Städtetag Anfang 1952 entworfen hatte,² stecken den Rahmen ab für einen Bereich der Kulturpflege, in dem jahrzehntelang die staatlichen, kirchlichen und privaten Initiativen im Vordergrund gestanden hatten. So blieben neben der Staatsoper auch die Operette und die Musikhochschule der staatlichen Förderung überlassen,³ Kirchenchöre errangen grosse Erfolge⁴ und private Vereinigungen und Verbände gaben dem Musikleben seine Vielfalt.⁵ Neben der Arbeit des in den zwanziger Jahren entstandenen «Musikbeirats» der Stadt München,⁶ der Musikpreise verteilte und auch bei Zuschussfragen eine beratende Funktion ausübte,⁷ gab es kaum eigentliche städtische «Musikpolitik», obwohl das «Kaimorchester» bereits regelmässige Unterstützungen erhielt.

Das änderte sich im Dritten Reich, dessen Zentralismus vor der Musik nicht Halt machte. In diese Zeit fällt auch die Übernahme des Kaimorchesters, seit 1908 «Orchester des Konzertvereins e.V.» in die Verantwortung der Stadt: 1943 wurde das Orchester als «Münchner Philharmoniker» von der «Hauptstadt der Bewegung» übernommen, der Konzertverein aufgelöst.⁸ Daneben sollte Clemens Krauss, um Münchens Bedeutung als «Kulturstadt des Dritten Reichs» zu stärken, aus Münchens Staatsopernorchester das grösste Opernorchester Grossdeutschlands machen.⁹ Als 1944 das Orchester der Münchner Philharmoniker stillgelegt wurde, mit dessen Musikern man teilweise die durch Einberufungen entstandenen Lücken im Staatstheater auffüllen wollte, versuchte Krauss sogar, sein «Rumpforchester» auf hundert Musiker zu erhöhen, obwohl es in «normalen Zeiten» nur mit siebzig bis achtzig Mann gespielt hatte.¹⁰

Die 1934 eingeführte Position des «Städtischen Musikbeauftragten» brachte eine für das NS-Regime typische Verbürokratisierung des Musiklebens mit sich. Der Beauftragte wurde als eine Art Kontrollinstanz zwischen die Musikausübenden und die Stadtverwaltung geschoben:

«Der städtische Musikbeauftragte soll eine Persönlichkeit sein, die nach ihren menschlichen und sachlichen Eigenschaften und in politischer Hinsicht das Vertrauen weitester Kreise ... genießt. Er muss vor allem die Fähigkeit haben, mit grosser Autorität über Schwierigkeiten sachlicher und personeller Art zu entscheiden... Der städtische Musikbeauftragte überwacht und regelt das örtliche Konzertleben.. .»¹¹ Diese Kontrollinstanz fand nach dem Krieg ihre Fortsetzung in dem 1945 gegründeten «Theater- und Musikamt», das bis 1947 erhalten blieb und durch die unvermeidbaren Kompetenzüberschneidungen immer wieder Verstimmungen und Schwierigkeiten verursachte.¹² Dies lag in seiner Struktur begründet und geschah entgegen den Bemühungen aller Beteiligten, denn sowohl der erste Leiter dieses Amtes nach dem Krieg, Dr. Michael Schattenhofer, als auch sein Nachfolger, Vitus Königsdorfer, kümmerten sich sehr um die Belange der Musikpflege.¹³

Die grosse Bedeutung der Musik in München wird an dem Umfang städtischer Musikförderung deutlich: neben der umfangreichen Bezuschussung der Münchner Philharmoniker finden sich die Haushaltsstellen «Turmmusik»,¹⁴ «Förderung der Musik und von Chorvereinigungen»¹⁵ sowie «Staatstheater».¹⁶ Ab 1947 kam dann die Förderung des «München Sommer» dazu,¹⁷ dessen Programm auch grossenteils musikalisch war,¹⁸ ab 1949 die «Richard-Strauss-Stiftung»,¹⁹ ab 1952 Unterstützungen für den «Verband Münchner Tonkünstler e.V.»²⁰ den «Kammerkonzerttrng München e.V.»²¹ die «Singgemeinschaft Rudolf Lamy»,²² den «Münchner Sängerbund im Deutschen Allgemeinen Sängerbund»²³ und das «Studio für Neue Musik».²⁴ Darüber hinaus unterstützte die Stadt ihre Musiker durch Empfehlungen, Saalbenutzungsrechte, Bürgschaften und einige Einzelstipendien.

Die grösste Rolle im Rahmen der städtischen Musikpflege spielten jedoch die «Münchner Philharmoniker», die seit 1943 als städtische Dienststelle behandelt wurden.²⁵ Hieran lässt sich die Institutionalisierung der Kulturpolitik sehr gut aufzeigen, eine Entwicklung, die in den zwanziger Jahren eingeleitet, durch die NS-Zeit beschleunigt und in den Nachkriegsjahren fast ungebrochen weitergeführt wurde. Vergleicht man die Zuschusssummen der Stadt zu den einzelnen Bereichen des Musiklebens, so fällt die überdimensionierte Summe für das Orchester ebenso ins Auge wie die Tatsache, dass fast alle übrigen finanziellen Hilfen Verbänden, Vereinen und gesicherten Institutionen zufließen. Einzelunterstützungen blieben die Ausnahme.²⁶ Dies zeigt den Weg der Musikpflege deutlich auf: man hoffte durch Konzentrierung und Institutionalisierung eine Qualitätssteigerung zu erreichen – teilweise sicherlich mit Erfolg; andere Initiativen des Musiklebens mussten dabei jedoch notgedrungen zu kurz kommen.

Die Münchner Philharmoniker – das Orchester der Landeshauptstadt München

Der Stuttgarter Dr. Franz Kaim gründete 1893 als Konkurrenz-Unternehmen zu dem Orchester der Bayerischen Staatsoper²⁷ das «Kaim-Orchester», das schon bald unter der musikalischen Leitung von Hans Winderstein mit Abonnement- und Volkssymphonie-Konzerten Erfolge erzielte.²⁸ Kaim schuf für sein Orchester auch einen Konzertsaal: Die Tonhalle, am Südende der Türkenstrasse gelegen.²⁹ Im Jahr 1908 geriet Kaim in Zahlungsschwierigkeiten, und man gründete den «Konzertvereine e.V.», um das Orchester zu retten. Eine Münchner Bürgerin half mit namhaften Beträgen aus und vermachte dem Konzertverein später ihr Privat-

vermögen;³⁰ auch die Stadt bezahlte grössere Zuschüsse. Dirigenten wie Gustav Mahler, Bruno Walter, Hans Pfitzner, Richard Strauss, Wilhelm Furtwängler und Felix Mottl gaben in diesen Jahren dem Orchester bereits Rang und Ansehen. Während der Dirigentenzeit Sigmund von Hauseggers (1920 bis 1938)³¹ stand man immer wieder vor schweren finanziellen Problemen; daher übernahm die Stadtverwaltung ab 1924 durch hohe jährliche Zuschüsse die Sorge für das Orchester. Die engere Anlehnung an die Stadt zeigte sich auch darin, dass nun der Münchner Oberbürgermeister auch gleichzeitig das Amt des Ersten Vorsitzenden des Konzertvereins innehatte.³² Während dieser Zeit existierte zwar kein fester Vertrag zwischen der Stadt und dem Orchester,³³ wohl aber eine Vereinbarung mit dem Kultusministerium, die der Stadt München zugestand, die Zuschüsse zum Erhalt der Staatsoper zugunsten der Konzertvereinunterstützung zu kürzen.³⁴ Bis 1943 blieb dieser Zustand erhalten; das Orchester erlebte unter seinem neuen Dirigenten, dem Wiener Oswald Kabasta,³⁵ grosse Erfolge. Im Jahr 1943 wurde dann «in einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung unter Leitung des Herrn Oberbürgermeisters Reichsleiter Fiehler» der Konzertverein München aufgelöst und alle seine Einrichtungen «von der Hauptstadt der Bewegung als städtische Kultureinrichtungen übernommen».³⁶ Ab diesem Zeitpunkt behandelte man das Orchester wie eine städtische Dienststelle, Ausgaben und Einnahmen mussten in jährlichen Haushaltsdebatten beraten werden, die Personalangelegenheiten übernahm das städtische Personalreferat;³⁷ ein städtischer Geschäftsführer kümmerte sich um die Verwaltung und fertigte seit 1946 auch monatliche Verwaltungsberichte für Stadtrat und Kulturverwaltung an.³⁸

Dirigent und Stadtverwaltung

Trotz der starken Anbindung an die Stadtverwaltung blieb das Orchester ein Mikrokosmos mit eigenen Gesetzmässigkeiten. Im Rahmen der städtischen Musikpolitik spielen daher die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten des jeweiligen «Künstlerischen Oberleiters» der Philharmoniker eine entscheidende Rolle. Künstlerisch herausragende Musiker können dabei ihren Spielraum oft ungemein ausdehnen und das kulturelle Profil einer Stadt wesentlich mitgestalten.

Die Ära Rosbaud

Die Münchner Philharmoniker hatten an die Ära Sigmund von Hauseggers³⁹ in dieser Hinsicht nicht nur angenehme Erinnerungen und wollten eine Wiederholung der damaligen Situation unter allen Umständen vermeiden, besonders da die Zusammenarbeit zwischen Hauseggers Nachfolger Oswald Kabasta,⁴⁰ und dem Orchester hervorragend funktioniert hatte. So holte sich der Orchestervorstand auch erst bei Kabasta Rat, als ihm von dem amerikanischen Leutnant Kilenyi 1945 als Nachfolger des – zu aller Entsetzen – im Zuge der Entnazifizierung reichlich überhastet entlassenen Kabasta die Dirigenten Herrmann Scherchen, Eugen Papst und Hans Rosbaud zur Wahl gestellt wurden.⁴¹ Kabasta sprach sich für Hans Rosbaud aus, der zuletzt in Strassburg gewirkt hatte⁴² und den die Stadt im Herbst 1945 nach München rief.⁴³

Dies schilderte der Orchestervorstand 1947 so: «Ihm wurde sodann Ende November ein Vertrag mit massgeblichen Kompetenzen gegeben, über den ... wir entsetzt waren, da ein solcher Vertrag von einem Orchesterleiter leicht nach persönlichen Gesichtspunkten ausgelegt wird».⁴⁴

Am Anfang des Vertrages heisst es nämlich:

«Herrn Generalmusikdirektor Hans Rosbaud wird die Gestaltung und Weiterentwicklung des gesamten Musiklebens der Stadt München anvertraut, soweit die Stadtverwaltung darauf Einfluss nimmt. Für diese Tätigkeit ist er allein dem Oberbürgermeister verantwortlich... Generalmusikdirektor Hans Rosbaud wird zum alleinverantwortlichen Künstlerischen Leiter des städtischen Orchesters ‚Die Münchner Philharmoniker und des noch zu bildenden grossen Philharmonischen Chors bestellt.» Diese Überbetonung der Rolle des Künstlerischen Leiters konnte sich auf Dauer nicht bewähren, da sie auf der völligen Übereinstimmung der Interessen der Stadt mit den Interessen des Künstlerischen Leiters der Philharmoniker aufbaute.⁴⁵ Im Laufe der Dienstzeit Hans Rosbauds stellte es sich jedoch heraus, dass beispielsweise die Frage der Engagements von Gastdirigenten immer wieder Reibereien zwischen Rosbaud, der Stadt und dem Orchester entstehen liess.⁴⁶ Überspitzt könnte man behaupten, dass diesem, noch nach dem Muster des NS-»Führerprinzips« ausgearbeiteten Vertrag keine Dauer beschieden sein konnte.⁴⁷ Das Personalreferat vermerkte daher:

«Der Vertrag vom 19.11.45, der unter schwierigsten Verhältnissen des kulturellen Lebens Münchens in kürzester Zeit abgeschlossen werden musste, wird den veränderten Zeitläuften nicht nur in fiskalischer Beziehung nicht mehr gerecht... Es wurde von verschiedenen Seiten, nicht zuletzt aus der Mitte des Orchesters nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, dass auch im kulturellen Leben demokratische Grundsätze Geltung finden müssen...»⁴⁸

In den Hintergrund gedrängt fühlten sich vor allem die Orchestermmitglieder und ihre Vertretung, der Orchestervorstand,⁴⁹ aber auch Oberbürgermeister und Stadtrat, deren Einfluss von Rosbauds Rückzugsmöglichkeit auf seine Alleinzuständigkeit in künstlerischen Belangen sehr eingeschränkt wurde.⁵⁰

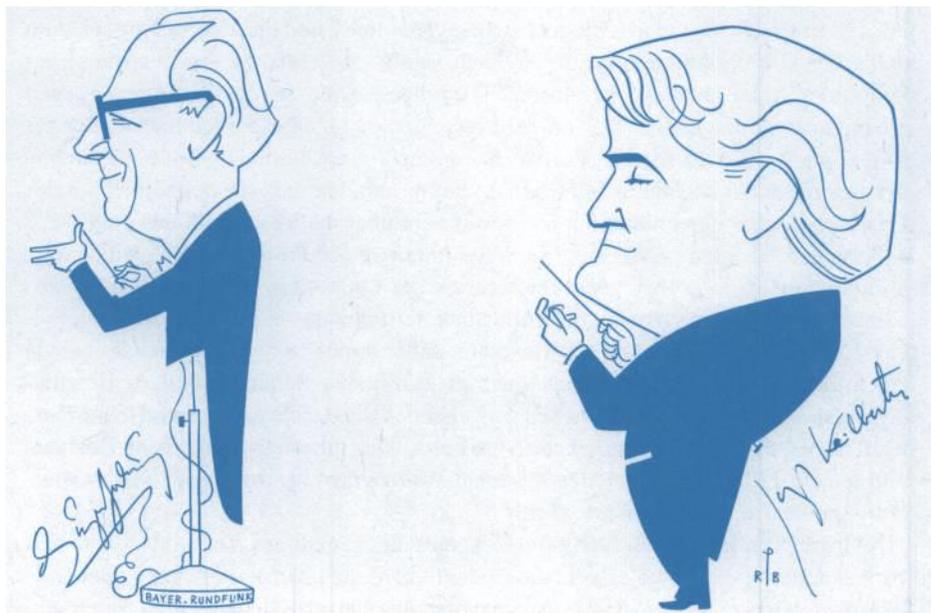
Der Konflikt um Hans Rosbaud schwelte bereits seit Anfang 1947, obwohl er erst 1948 offen zu Tage trat. Die Hauptvorwürfe des Orchestervorstandes gegen Rosbaud, die in den ersten Monaten des Jahres 1947 bei verschiedenen Stellen vorgebracht wurden,⁵¹ präziserte Rosbaud selbst in seinem Rechtfertigungsbericht an Oberbürgermeister Scharnagl so: «Diktatur Rosbaud. Mängel der Programmgestaltung; zu viel moderne Musik. Autokratisches Regime Rosbauds in personellen Orchesterangelegenheiten. Frage der Gastdirigenten.»⁵² Im Juli 1947 kam dann noch die Klage über zu viele Proben hinzu.⁵³

Der Vorgang, der eine Rechtfertigung Rosbauds überhaupt nötig gemacht hatte, war offensichtlich durch eine Kooperation des Orchestervorstandes und des Geschäftsführers der Philharmoniker, Emil Waelde, mit dem Leiter des Theater- und Musikamtes, Vitus Königsdorfer, zustande gekommen. Diese wandten sich an den Musikkritiker der Süddeutschen Zeitung, Dr. Panofsky, an Professor Held, an Oberbürgermeister Scharnagl und andere.⁵⁴ Es wurde sogar von Beschwerden bei einer amerikanischen Dienststelle gemunkelt.⁵⁵ Rosbaud fühlte sich bei diesen Vorgängen, die grösstenteils über seinen Kopf hinweg gingen, nicht unverständlicherweise schlecht behandelt. In einem Bericht an Scharnagl meinte er, dies sei der Versuch eines

kleinen Kreises, «auf eigene Faust» und hinter seinem Rücken «eigene Musikpolitik zu treiben. So erklären sich die Übergriffe jener reinen Verwaltungsbehörde in künstlerische Dinge.. ,»⁵⁶ Rosbaud schloss seinem Bericht eine «Vertrauensfrage» an Oberbürgermeister Scharnagl an;⁵⁷ ausserdem wollte er mit den fraglichen Herren nicht mehr Zusammenarbeiten. Er schlug daher eine Auflösung des «Theater- und Musikamtes» und eine Konzentrierung der Verwaltung der Philharmoniker bei Held vor.⁵⁸ In den Anlagen zu seinem Bericht setzte sich Rosbaud auch mit den gegen ihn erhobenen Vorwürfen auseinander. Über den konkreten Einzelfall hinaus zeigen sich hier Elemente dessen, was man als «Musikpolitik» bezeichnen kann. Viele der dabei angeschnittenen Argumente wurden überdies bei Rosbauds Weggang nach Baden-Baden auch von der Presse nochmals aufgegriffen.⁵⁹

Rosbaud rechtfertigte den kritisierten Mangel an qualifizierten Gastdirigenten, den man seiner Angst vor einem Vergleich zuschrieb, zweifach: Das Orchester sei lange Zeit nicht in «leistungsmässiger Hochform»⁶⁰ gewesen und Dirigenten von Rang und Format wie Furtwängler, Knappertsbusch, Karajan, Keilberth oder Jochum «hatten in der amerikanischen Zone keine Erlaubnis – und die grossen auswärtigen Dirigenten kamen als Angehörige der Vereinten Nationen nach amerikanischen Bestimmungen erst recht nicht in Frage».⁶¹ Jetzt, nachdem Knappertsbusch in der amerikanischen Zone wieder dirigieren dürfe, habe er, Rosbaud, sofort Verhandlungen mit ihm aufgenommen, ebenso mit grossen auswärtigen Dirigenten.⁶²

Rolf Peter Bauer

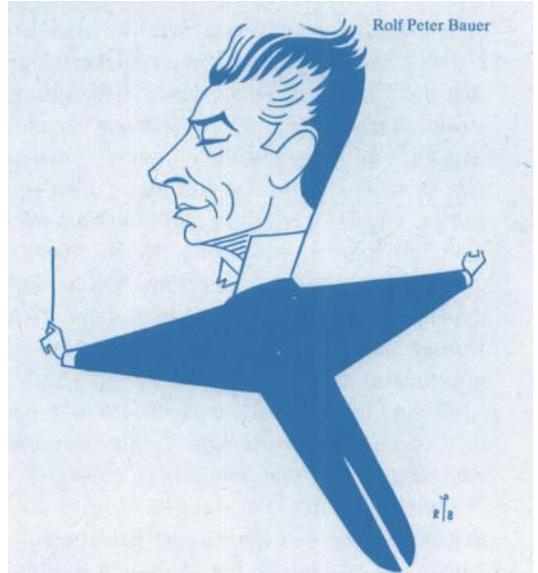


Eugen Jochum

Joseph Keilberth



Karl Amadeus Hartmann



Herbert von Karajan

Aufschlussreich ist auch die Beschuldigung, Rosbaud widme sich zu sehr der Pflege der neuen Musik. Rosbaud verteidigte sich mit dem Hinweis auf den grossen Beethoven- und den Brucknerzyklus, den er dirigiert habe und betonte, dass «das Rückgrat aller Veranstaltungen die Pflege unserer grossen klassischen und romantischen Musik» bilde;⁶³ der auch aus Finanzgründen wichtige Rundfunk und die «Verpflichtung, dem deutschen Hörer Ohr und Herz für das Neue zu öffnen», verlange aber auch einen gebührenden Anteil an moderner Musik.⁶⁴ Die Frage, warum sich das Orchester so gegen die moderne Musik stellte, die von der Presse gerade für München immer wieder gefordert wurde,⁶⁵ lässt sich wohl aus zwei Komponenten erklären: Die Konzerte moderner Komponisten stiessen in München – glaubt man den monatlichen Berichten des Geschäftsführers der Philharmoniker – auf kein übermässiges Publikumsinteresse;⁶⁶ ausserdem verlangten sie von den Musikern umfangreiche Probenarbeit.⁶⁷ Mit der Begründung einer zu grossen «Mehrbelastung» des Orchesters lehnte jedenfalls Rosbauds Nachfolger Fritz Rieger die Teilnahme der Philharmoniker an der «Musica viva»-Reihe K.A. Hartmanns ab.⁶⁸ Man kann daher durchaus daran zweifeln, ob die in einem Zeitungsartikel zu Rosbauds Wechsel nach Baden-Baden formulierte Beschuldigung stimmt, man habe in München von jeher das Neue nicht erkannt und lehne Rosbaud als Vertreter der neuen Art von Musik ab.⁶⁹ Die unmittelbare Kritik an Rosbaud

und seinem Programm kam jedenfalls nicht aus den dort beschworenen «Dienststellen», sondern aus dem Orchester selbst.⁷⁰

Der dritte Kritikpunkt des Orchestervorstands, die «Diktatur» Rosbauds, zeigte sich vor allem darin, dass sich Rosbaud die Endentscheidung über Anstellungen oder Entlassungen vorbehielt und dem Orchestervorstand nicht den gewünschten Spielraum zugestand. Dieser fühlte sich daher übergangen und zurückgesetzt.⁷¹

Nach der Beilegung der unmittelbaren Schwierigkeiten zwischen dem Dirigenten und seinem Orchester versuchten Hans Ludwig Held und Karl Scharnagl, das Musikleben durchaus Rosbauds Vorschlägen gemäss neu zu organisieren, um weitere Konflikte zu vermeiden: Das Theater- und Musikamt wurde aufgelöst,⁷² die Philharmoniker und der Philharmonische Chor der neuen «Abteilung für Kultur beim Direktorium A» und damit Scharnagl und Held dienstlich unmittelbar unterstellt.

Überdies bat Held noch seine Kollegen in Hamburg, Wien, Berlin, Frankfurt, Heidelberg, Leipzig, Köln, Stuttgart und Bamberg «um Bericht über die verwaltungstechnische Konstruktion und den künstlerischen Aufbau Ihres Orchesters (etwaige Verbindungen mit dem Stadtrat, Gliederung der Vorstandschaft des Orchesters, etwaige Betriebsobmänner, Einfluss des Dirigenten auf Zusammensetzung des Orchesters u.ä.)».⁷³ Offensichtlich wollte man sich für weitere Schritte vorsichtshalber absichern.

Die Antworten zeigen, dass es hier keineswegs einheitliche Regelungen gab. So hatte beispielsweise Eugen Jochum in Hamburg eine sehr selbständige und unabhängige Position, sowohl bei der Spielplangestaltung als auch bei Musikeranstellungen, Solisten- und Gastdirigentenverpflichtungen.⁷⁴ Er musste lediglich den städtischen Etatansatz beachten. In Frankfurt und in Heidelberg dagegen waren Orchester und Orchesterleiter eng in die städtische Verwaltung eingebunden. In Heidelberg existierte eine eigene stadträtliche Kommission, «der der Intendant und der städtische Musikdirektor die künstlerischen Pläne und Absichten jeweils vorzulegen haben».⁷⁵ In Frankfurt spielte der Orchestervorstand eine wichtigere Rolle: Er hatte über «soziale und sonstige Belange des Orchesters massgebend mitzubestimmen»; auch «der künstlerische Einfluss des Intendanten» wurde «im Einvernehmen mit dem Orchestervorstand getätigt».⁷⁶ In Berlin und in Bamberg spielte die jeweilige Stadt eine untergeordnetere Rolle: Die Berliner Philharmoniker waren zwar ein städtisches Orchester, der Orchestervorstand aber zusammen mit dem Kapellmeister (Sergiu Celibidache) Lizenzträger und geschäftsführend.⁷⁷ Diese drei Geschäftsführer unterstanden den Weisungen des Magistrats und der amerikanischen Militärregierung.⁷⁸ Der Fall der Bamberger Symphoniker bildet insofern eine Ausnahme, als das Orchester nur einen kleinen Zuschuss von der Stadt Bamberg erhielt und ansonsten von einer «Gesellschaft der Freunde des Orchesters und Theaters» unterstützt wurde.⁷⁹ Auch hier hatte der Orchestervorstand gegenüber dem künstlerischen Leiter das Übergewicht, der «nur das künstlerische Bestimmungsrecht über das Orchester» ausübte. Bei «besonders schwerwiegenden Fragen und Bestimmungen» wurde «das gesamte Orchester befragt».⁸⁰

Bei einer Auswertung dieser Einzelantworten fällt zuerst auf, dass der begehrte Dirigent Jochum sich seine Bedingungen gewissermassen selber stellen konnte. Um ihn zu halten, war die Stadt zu vielen Kompromissen bereit. In anderen Städten hatte aber das Mitbestimmungsrecht des Orchestervorstandes, also das «demokratische» Element, sehr an Bedeutung gewonnen – möglicherweise dienten hier die Berliner Philharmoniker als Vorbild, zu deren Orchestertradition das von Anfang an gehört hatte.⁸¹ Aber auch die Desorganisation des Musiklebens nach dem Krieg und die Absetzung vieler Dirigenten mag dazu beigetragen haben: hierdurch hatten wohl einige Städte ihre Einflussmöglichkeiten auf das Konzertleben vergrössern können.

München war also keineswegs eine reaktionäre Ausnahme, soviel lässt sich anhand dieser Unterlagen mit Bestimmtheit sagen. Daher macht es auch nicht den Eindruck einer Willkürmass-

nahme, dass die Stadt bei der vom Personalreferat geforderten Änderung des Vertrags von Hans Rosbaud (Einfügung einer Währungsklausel)⁸² nun gleich auch seine Rechte und Pflichten durch Geschäftsordnung und Vertrag neu regeln wollte. Eine Anregung dazu mag allerdings ein Brief des Orchestervorstandes der Philharmoniker an Professor Held vom Januar 1948 gegeben haben,⁸³ in dem der Orchestervorstand «den Vorschlag einer teilweisen Neufassung des Vertrages» unterbreitete. Die hier niedergelegten Anregungen wurden grösstenteils dann auch in die neue Geschäftsordnung aufgenommen.⁸⁴ Aber eben nicht alle: der wohl wichtigste Punkt aus den Vorschlägen des Orchestervorstands fehlt in der von der Stadt ausgearbeiteten Geschäftsordnung. Er lautet: «Von besonderer Bedeutung erscheint uns aus naheliegenden Gründen die Aufnahme einer Bestimmung, wonach zeitgenössische Werke im Rahmen der Abonnement-Konzerte nicht mehr als die Hälfte des Programms ausfüllen sollen.»⁸⁵ Die Stadt nahm diese Klausel auch später nicht in den Dirigentenvertrag auf;⁸⁶ das macht deutlich, dass sie der modernen Musik nicht so ablehnend gegenüberstand, wie ihr häufig nachgesagt wurde. Wohl aber wurden die Eingriffsmöglichkeiten für Oberbürgermeister, Stadtrat, Kulturbeauftragten und Orchestervorstand stark auf Kosten der Position des Künstlerischen Leiters erweitert. Die Rolle des Orchestervorstandes blieb dabei vor allem auf «Vertretung nach innen» beschränkt. Er war jedoch berechtigt, «seine Wünsche oder Bedenken jederzeit dem Stadtrat unmittelbar vorzutragen und dessen Entscheidung herbeizuführen». Ausserdem sollte er bei der Auswahl des zweiten Kapellmeisters gehört werden.⁸⁷

Die städtischen Instanzen sicherten sich in dieser Geschäftsanweisung die Entscheidung über auswärtige Konzerte in grösseren Städten, die Verwendung «des Orchesters und des Chores bei Veranstaltungen, an denen die Stadt ein Interesse hat», das Recht, die Programme der Gastdirigenten zu bestimmen und die endgültige Entscheidung «von Streitfragen, die sich etwa über die künstlerische Leistung einzelner Orchestermitglieder und hieraus zu folgernde Leistungen ergeben können». Der Künstlerische Leiter hatte nun Berichts- und Vorlagepflicht gegenüber dem Stadtrat,⁸⁸ und der Stadtrat behielt sich die Verpflichtung von Kapellmeister, Gastdirigenten und Solisten vor, jeweils «auf Vorschlag» oder «nach Absprache» mit dem Künstlerischen Leiter. Der entscheidende Abschnitt findet sich jedoch am Schluss:

«Der Geschäftsführer ist in allen Fragen künstlerischer Art an die Weisungen des Künstlerischen Oberleiters gebunden. In wirtschaftlichen Fragen sind die Richtlinien des Stadtrats massgebend. Über die Frage, ob künstlerische Belange berührt werden, entscheidet bei Meinungsverschiedenheiten der Stadtrat.»⁸⁹

Gerade diese Formulierung schwächte die Position des Dirigenten in Streitfällen erheblich, da der Stadtrat damit die von Rosbaud so gern in Anspruch genommene «künstlerische Kompetenz» unterhöhlen konnte. Hier lag auch wahrscheinlich der Grund für Rosbauds schroffe Ablehnung der Geschäftsordnung.⁹⁰ Sogar Geschäftsführer Waelde räumte 1949 ein, dass die hier enthaltenen Formulierungen möglicherweise etwas zu hart seien.

Geschäftsanweisung und Vertrag waren Rosbaud von Held am 12.6.48 ausdrücklich als Entwürfe, als Verhandlungsgrundlage, vorgelegt worden.⁹² Am 15.6.48 schrieb Rosbaud dann eine entschiedene Ablehnung des Vertragsentwurfes.⁹³ Held hoffte in einer Vormerkung für Scharnagl noch auf Verhandlungen.⁹⁴ Er vermutete allerdings bereits zu diesem Zeitpunkt,

Rosbaud sei «... bereits an anderer Stelle durch einen Vertrag gebunden ..., da, wie ich bereits früher des Öfteren berichtet habe, Gerüchte dieser Art in der Öffentlichkeit Münchens seit Langem umgingen».⁹⁵ Rosbaud wies in seinem ablehnenden Brief tief empört auf seine Leistungen für die Philharmoniker hin;⁹⁶ er sah in dem Vertragsentwurf ein Misstrauensvotum gegen seine Tätigkeit, das ihm eine weitere Arbeit als Künstlerischer Leiter der Münchner Philharmoniker unmöglich mache.⁹⁷

Obwohl die Presse bestürzt reagierte, finden sich auch sachliche Stellungnahmen.⁹⁸ So meinte Panofsky in der Abendzeitung zwar: «Auf den ersten Blick schien es, als hätte hier abermals die Stadt München eine Persönlichkeit von Rang vor den Kopf gestossen, so dass diese, wie so manche andere auch, daraus die Konsequenz eines Weggangs gezogen hätte»,⁹⁹ vermutete dann aber, «... dass es sich hier um seinen eigenen, seit Langem gefassten Entschluss und nicht um die Konsequenz einer augenblicklichen Differenz mit der Stadtverwaltung» handle.

Der «Fall Rosbaud» wurde hier deshalb so ausführlich dargestellt, weil er die Eingriffsmöglichkeiten der Stadt in das Musikleben klarlegt. Bis zu welchem Ausmass die Handlungsfähigkeit des Künstlerischen Leiters durch die neu hinzugekommenen Formulierungen in der Praxis tatsächlich beschnitten worden wäre, ist nicht genau nachzuweisen. Einige Punkte waren nur als Notbremse, nicht als dauernd zu praktizierende Verfahrensweise formuliert;¹⁰⁰ andere Abschnitte versuchten, eine gewisse Ordnung in den Konzertbetrieb zu bringen, die durchaus auch dem Publikum zugutekommen konnte.¹⁰¹ Es darf dabei nicht vergessen werden, dass die Stadtverwaltung vor allem auf die Klagen der Orchestermitglieder eingegangen war, keineswegs von sich aus eine Kampagne gegen Rosbaud gestartet hatte. Die Formulierung, «der Münchner Amtsschimmel» reagiere «nur auf das aufdringliche Peitschengeknall und das willkürliche Getöse der längst versunkenen Aufklärung»,¹⁰² die im Zusammenhang mit dem «Fall Rosbaud» verwendet wurde, trifft also keineswegs zu. Mit Rosbauds Nachfolger Fritz Rieger, der Vertrag und Geschäftsordnung anstandslos anerkannte, gab es in diesen Punkten jedenfalls nie Konflikte. Ob sich allerdings ein Dirigent der ersten Kategorie¹⁰³ mit der gleichen Nachgiebigkeit gebeugt hätte, ist nicht sicher.

Die Zeit des «Interregnums» und die Berufung Riegers

Bis zur Berufung Riegers war es aber noch eine Weile hin. Das nun folgende Konzertjahr bestimmten Gastdirigenten: Hans Knappertsbusch,¹⁰⁴ Wilhelm Furtwängler,¹⁰⁵ Eugen Jochum,¹⁰⁶ Hermann Scherchen,¹⁰⁷ Eugen Papst,¹⁰⁸ Fritz Rieger,¹⁰⁹ Karl Elmendorff,¹¹⁰ Gotthold Ephraim Lessing,¹¹¹ Joseph Keilberth,¹¹² Hermann Abendroth¹¹³ und, als einer der kulturellen Höhepunkte, Paul Hindemith.¹¹⁴ Auch auswärtige Konzerte wurden unter der Leitung von Eugen Papst, Adolf Mennerich und Hans Knappertsbusch abgehalten,¹¹⁵ die Arbeit des Philharmonischen Chors unter der Leitung von Rudolf Lamy war von der Vakanz ohnehin nicht betroffen.¹¹⁶

Die Konzertsaison 1948/49 stellte aber alle Kulturorganisationen vor schwere Probleme, die im Falle der Philharmoniker durch die finanzielle Mehrbelastung mit Gastdirigentenhonorenaren nicht leichter wurden. So blieb von dem Optimismus, den der Stadtrat nach dem Weggang Rosbauds noch zur Schau getragen hatte,¹¹⁷ nicht viel übrig. In einer Kulturausschusssitzung

Ende Juni 1948 stellte man auch bereits die Weichen für das weitere Vorgehen:

«Prof. Held erbat sich die Ermächtigung des Kulturausschusses, einen Dirigenten grössten Formats als ständigen ersten Kapellmeister der Philharmoniker zu suchen und einstweilen nach einem *praeceptor musicae*, also einem weniger genialischen als gewissenhaften, zuverlässigen und selbstverständlich mit solidem musikalischen und dirigertechnischen Können ausgestatteten zweiten Kapellmeister Ausschau zu halten.»

Als ersten Dirigenten brachte Held bereits zu diesem Zeitpunkt Eugen Jochum in Vorschlag.¹¹⁸

Die Dirigentenfrage sollte durch Gastspiele der in Frage kommenden Dirigenten in einer Art Wettbewerb gelöst werden. Parallel dazu begannen jedoch Verhandlungen mit dem Rundfunk über eine mögliche Fusion zwischen dem neugegründeten Rundfunkorchester und den Philharmonikern,¹¹⁹ da die Stadt glaubte, die finanzielle Belastung durch die Philharmoniker auf Dauer nicht mehr bewältigen zu können; das nach der Währungsreform rasch wachsende Defizit des Orchesters trug wesentlich zu dieser nun pessimistischen Sicht der Dinge bei, aber auch die Geldmacht des Rundfunks spielte dabei eine Rolle, dem man sich in einer möglichen Konkurrenzsituation nicht gewachsen fühlte – nicht ganz zu Unrecht, war man doch bereits zu diesem Zeitpunkt auf seine Unterstützung durch Kulturhilfe und Konzertabnahme angewiesen.¹²⁰ Überdies schien die Bildung eines Spitzenorchesters unter der Leitung des vom Rundfunk ebenfalls favorisierten Eugen Jochum mehr als erfolgversprechend.¹²¹ Noch im September 1948 gab Bürgermeister Scharnagl in einem Schreiben an den Rundfunk-Intendanten zu erkennen, dass man auf dieser Basis durchaus in Verhandlungen eintreten könne.¹²² Anfang Oktober änderte sich diese Situation jedoch: Fritz Rieger gastierte in München und «ebenso wie das Publikum und die Presse waren auch das Orchester und der Orchestervorstand vom ersten Augenblick an von Rieger begeistert».¹²³ Die Begeisterung des Orchestervorstands führte zu einer schwerwiegenden Verstimmung mit Jochum: Offenbar um ein *fait accompli* zu schaffen, teilte der Orchestervorstand Jochum mit, das Orchester habe sich für Rieger entschieden und sehe in diesem «die stärkere künstlerische Persönlichkeit».¹²⁴ Als Entschuldigung auf die scharfe Rüge Scharnagls¹²⁵ wies der Vorstand nur darauf hin, «... dass die Lösung der Dirigentenfrage eng mit der Orchestermeinung verknüpft ist... Wenn dieses Vertrauen nicht vorhanden ist, wird über kurz oder lang jeder Dirigent scheitern».¹²⁶ Jochum war auch Versöhnungsversuchen¹²⁷ Scharnagls nicht zugänglich und sagte die für Dezember festgelegten Termine mit den Philharmonikern ab.¹²⁸ Obwohl sogar noch im März 1949, nachdem bereits ausführliche Verhandlungen mit Fritz Rieger stattgefunden hatten, Jochum in Erwägung gezogen wurde, hatte dies wenig Aussicht auf Erfolg. Durch das eigenmächtige Handeln des Orchestervorstands war der Stadt die «Musikpolitik» aus der Hand genommen worden, das Orchester hatte die Oberhand behalten. Da Jochum eine Zusammenarbeit mit Rieger ablehnte,¹²⁹ liefen sich auch die Fusionsverhandlungen mit dem Rundfunk vorläufigig tot.

Anfang April 1949 beschloss man endgültig die Berufung Riegers;¹³⁰ die Stadt München verpflichtete Fritz Rieger «zum Künstlerischen Oberleiter und Ersten Kapellmeister».¹³¹ Diesen Posten hatte er die nächsten siebzehn Jahre inne. Er unterschrieb den Vertrag,¹³² den Rosbaud



Fritz Rieger

zum Anlass seines Weggangs genommen hatte und anerkannte damit auch die Geschäftsordnung, die der Stadt weitestgehende Rechte einräumte. Wie die Praxis der folgenden Jahre zeigte, kam es zu keinen grösseren Schwierigkeiten mit der Stadtverwaltung; diese akzeptierte Riegers Entscheidung für oder gegen Gastdirigenten meist anstandslos, sogar wenn Rieger Musiker ablehnte, die Empfehlungen von so berufener Seite wie von Bruno Walter vorweisen konnten.¹³³ In seinem Absagebrief an den Dirigenten berief sich Held auf die Entscheidung Riegers: «Es ist mir unmöglich, in die Termine und Programme unserer Philharmoniker einzugreifen, so dass ich der Meinung bin, dass Sie gut tun, einen längeren Zeitraum vergehen zu lassen, bis Sie wieder mit einem Antrag an Herrn Rieger herantreten.»¹³⁴ Die Stadt verzichtete also auf ihr in der Geschäftsordnung festgelegtes Entscheidungsrecht über Gastdirigenten.¹³⁵ Auch die moderne Musik verursachte keine Schwierigkeiten, Riegers Vorstellungen deckten sich durchaus mit denen von Orchester, Stadtverwaltung und Publikum.¹³⁶ Nur die Presse war damit nicht ganz einverstanden.¹³⁷ Mit dem Orchester, das sich ja seinen Dirigenten fast erzwungen hatte, scheint es ebenfalls keine Probleme gegeben zu haben und die weitere Zusammenarbeit mit Held lief auf einer herzlichen Ebene ab.¹³⁸

Somit war die Dirigentenfrage zur Zufriedenheit gelöst. Ob ein Dirigent wie Eugen Jochum mit Orchester und Verwaltung so reibungslos zusammengearbeitet hätte, mag dahingestellt bleiben. Die Philharmoniker hatten jedenfalls in Fritz Rieger ihren Dirigenten gefunden und die Stadt war damit dann auch zufrieden, obwohl ihr durch den vorschnellen Brief des Orchestervorstands an Jochum das Heft aus der Hand genommen worden war.¹³⁹ Möglicherweise sah man die Berufung Riegers, der sich ja ursprünglich nur um die zweite Kapellmeisterstelle beworben hatte,¹⁴⁰ auch nicht unbedingt als endgültig letzte Entscheidung an. Der Vorbehalt, Furtwängler das Ehrenpräsidium anzutragen, lässt darauf ebenso schliessen wie die Neuaufnahme der Fusionsverhandlungen mit dem Rundfunk ein Jahr später.¹⁴¹ Es blieb die Stadt jedoch für die nächsten siebzehn Jahre auf ihren «praeceptor musicae» festgelegt.¹⁴²

Die finanziellen Gegebenheiten und ihre Auswirkung auf das Orchester

Der Neuanfang 1945

Die Finanznot der Stadt München hatte 1945 erst einmal alle kulturellen Aktivitäten in Frage gestellt. Wie konnte man auch an den Wiederaufbau der zerstörten Tonhalle,¹⁴³ des Nationaltheaters,¹⁴⁴ des Odeon¹⁴⁵ und der kleineren Konzertsäle denken, wenn 45 Prozent der städtischen Bausubstanz vernichtet und rund 300'000 Menschen obdachlos waren?¹⁴⁶ Auch der politische Wirrwarr der ersten Monate nach Kriegsende wirkte sich hemmend aus: Die Besatzungsmacht hatte bei allen guten Absichten und Bemühungen¹⁴⁷ nicht von Anfang an den nötigen Überblick. So setzte man oft Personen an Positionen oder belieh Amtsträger auf ihren Posten, die einige Monate später als «untragbar» entlassen wurden;¹⁴⁸ entfernte aber kulturelle

Spitzenkräfte wie Otto Falckenberg oder Oswald Kabasta aus ihren Stellungen, die keineswegs Anhänger des NS-Regimes gewesen waren.¹⁴⁹

Ausserdem war es in dieser Anfangsphase schwer, die finanziellen Möglichkeiten und Verpflichtungen der Stadt realistisch vorauszusagen. Dennoch bemühte sich der kommissarische Leiter des städtischen Kulturamts, Dr. Michael Schattenhofer, in Zusammenarbeit mit dem Orchestervorstand der Philharmoniker um Probenräume und Aufführungsmöglichkeiten.¹⁵⁰ Sowohl die Musiker selbst, als auch die zuständigen städtischen Stellen wollten also das erst 1943 endgültig von der Stadt übernommene Orchester¹⁵¹ nicht aufgeben. Dennoch konnte nur knapp eine Fusion mit dem Staats-Orchester verhindert werden,¹⁵² obwohl die Philharmoniker bereits erfolgreich – als erstes Kulturorchester der U.S.-Zone! – konzertiert hatten.¹⁵³

Die Spielzeiten 1946/47 und 1947/48 unter Hans Rosbaud brachten dann den grossen Aufschwung. Konzertbesuche boten in dieser Zeit ein gutes Mittel zur Flucht aus der Wirklichkeit, da Musik nicht im gleichen Masse wie das gesprochene Wort politisch umdeutbar ist. Die Monatsberichte der Philharmoniker sprechen von ausverkauften Konzerten in der Aula der Universität mit Rekorderlösen. So konnte der ohnehin schon bescheiden angesetzte Zuschuss erheblich reduziert werden¹⁵⁴ – eine beachtliche Leistung für ein Orchester, dessen Existenz man noch kurz zuvor in Frage gestellt hatte.

Aber bereits im April 1948 macht sich der städtische Geschäftsführer der Philharmoniker, Waelde, wiederum Gedanken über die Zukunft seines Orchesters:

«Die Zeit nach der Währungsreform wird erfahrungsgemäss für künstlerische Institute eine Notzeit im Gefolge haben, die es vorausschauend zu überbrücken gilt... Die verhältnismässig günstigen Nachkriegshaushalte fussen auf der grossen Kaufkraft des Publikums, die aber eines Tages nicht mehr vorhanden sein wird.»¹⁵⁵

Die Situation nach der Währungsreform

Diese pessimistische Warnung erwies sich als prophetisch: Die Währungsreform vom 20. Juni 48 beendete vorerst einmal die Scheinblüte des Kulturlebens.¹⁵⁶ Die Münchner Philharmoniker waren davon besonders betroffen; zu spüren bekamen die Geldknappheit jedoch auch die Privatorchester. Das Staats- und das Rundfunkorchester befanden sich in einer günstigeren Lage, da zumindest ihre finanzielle Basis nicht in Frage gestellt wurde. Im städtischen Bereich sah es jedoch düster aus: Da das Orchester den Besucher- und damit auch Einnahmenschwund des Sommers 1948 nicht durch Rücklagen auffangen konnte¹⁵⁷ – hatte man doch die Mehreinnahmen der Jahre 1946 und 1947 dankbar zur Reduzierung des Zuschussbedarfs benützt¹⁵⁸ – entstand innerhalb weniger Monate ein Defizit, das die Stadträte erschreckte. Bereits zwischen Juni 1948 und Dezember 1948 waren Mindereinnahmen gegenüber dem noch in Reichsmark aufgestellten Haushaltsplan 1948/49 in Höhe von 131'453,- DM zu konstatieren, die in diesem Zeitraum jedoch noch durch Einsparungen auf faktische 47'452,- DM verringert werden konnten.¹⁵⁹ Zwischen 1. April 1949 und 31. Oktober 1949 blieb «die Summe der Einnahmen um 273'000,- DM hinter dem ... veranlagten Anteil von 560'000,- DM zurück».¹⁶⁰ Trotz weiterer Einsparungen konnte für das gesamte Haushaltsjahr 1949/50 ein Defizit von 252'582,- DM vorausgesagt werden.¹⁶¹

Dies legte der Stadt die Frage nahe, «ob neben dem Staatstheater-Orchester und dem nunmehr auch in der Öffentlichkeit konzertierenden Rundfunkorchester noch Bedarf für das eigene städtische Orchester sein wird».¹⁶² Zum Verständnis dieser Überlegungen muss man wissen, dass München die einzige Stadt Deutschlands war, die sich ein reines Konzertorchester leistete. In allen anderen Grossstädten erfüllten die städtischen Orchester gleichzeitig die Funktion eines Opern- oder Rundfunkorchesters.¹⁶³ München mit seinen nun drei repräsentativen Orchestern bildete also die grosse Ausnahme. Umso optimistischer wirken darum die Stellungnahmen Bürgermeister von Millers und Stadtkämmerer Hielschers im Finanz- und Kulturausschuss, die für einen Erhalt des Orchesters plädierten: «Das Ansehen Münchens als Konzert- und Musikstadt verlangt das finanzielle Opfer eines ausreichenden öffentlichen Zuschusses, ohne den das Orchester nicht existieren kann.»¹⁶⁴

Trotz abwartender Zwischenentscheidungen¹⁶⁵ stand eine endgültige Klärung dieser Situation noch lange aus. So wussten die Philharmoniker von einer Haushaltsdebatte zur anderen nicht, ob ihre Posten dem Rotstift zum Opfer fallen würden. Es liegt auf der Hand, dass dies der Qualität des Orchesters nur abträglich sein konnte, da gute Musiker oft nicht engagiert werden konnten¹⁶⁶ oder zu anderen Orchestern abwanderten.¹⁶⁷

Das finanzielle Desaster bei den Philharmonikern (und bei den Kammerspielen) erbitterte offenbar auch einige Stadträte. So wurde im November 1949 von einem Stadtrat der Antrag gestellt, alle für die Verwaltung der Philharmoniker und der Städtischen Bühnen Zuständigen wegen ihrer schlechten Wirtschaftsführung zu entlassen¹⁶⁸ – ein Antrag, dem vernünftigerweise nicht stattgegeben wurde. Die Währungsreform hatte ja in so gut wie allen Bereichen des öffentlichen Lebens einschneidende Wirkungen und brachte nicht nur das Kulturleben durcheinander. Ohne die Hilfe des Rundfunks hätte die Stadt ihr Orchester aber auf keinen Fall halten können: die 150'000,- DM im Jahr, die der Rundfunk ab dem Rechnungsjahr 1949 als Kulturhilfe bezahlte,¹⁶⁹ halfen über das Schlimmste hinweg. Auch der Konzertbesuch stabilisierte sich wieder.¹⁷⁰

Betrachtet man jedoch die Einnahmen der Jahre 1948 bis 1954 genauer, so wird ein anhaltender Rückgang deutlich. In den Jahren bis zur Währungsreform übertrafen die erzielten Einnahmen alle Erwartungen¹⁷¹ ebenso konstant, wie sie in den folgenden Jahren dahinter zurückblieben.¹⁷² So wird nur zu deutlich, dass das Orchester sich nicht selbst finanzieren konnte. Zur Erweiterung der Einnahmen aus Rundfunkübertragungen, Matineen und Konzertreisen¹⁷³ dehnte man daher ab 1949 die Filmtätigkeit aus und auch Schallplattenaufnahmen gewannen an Bedeutung. Um das Prestige des Orchesters nicht auf das eines Kurorchesters sinken zu lassen,¹⁷⁴ schränkte man die Filmmusik aber bereits 1950 wieder ein. Bei Filmaufnahmen ergaben sich ausserdem immer wieder Schwierigkeiten mit den Orchesterarbeitszeiten, die sich partout nicht mit einem Zehn-Stunden-Studio-Tag in Einklang bringen liessen.¹⁷⁵ Auch aus dem Kulturfonds der Stadt wurden grössere Summen an das Orchester überwiesen; diese verwendete man vor allem für Ausbesserungsarbeiten an der Tonhalle, die man wenigstens provisorisch für Proben wieder herzurichten versuchte.¹⁷⁶ Am meisten schlugen jedoch die wachsenden Personalkosten zu Buche.¹⁷⁷

Die Besoldung der Musiker

Die Bezahlung der Orchestermusiker führte häufig zu Konflikten.¹⁷⁸ Schuld daran waren die unterschiedlichen Besoldungsgruppen: Seit den zwanziger Jahren hatten sich die Philharmonikerhonorare nach der Bayerischen Besoldungsordnung berechnet, die den Musikern Sicherheit und Pensionsanspruch wie städtischen Angestellten garantierte.¹⁷⁹ Im Jahr 1938 war dann – nach preussischem Vorbild – im ganzen Reich die sogenannte «Tarifordnung für Kulturorchester», TO.K., in Kraft getreten.¹⁸⁰ Diese Tarifordnung sah für Orchester von verschiedener Qualifikation auch verschiedene Besoldungsstufen vor.¹⁸¹ Die Philharmoniker waren damals, zusammen mit dem Staatsorchester und anderen grossen Orchestern, in die «Gruppe I» eingeordnet worden.¹⁸² Nur die Berliner Philharmoniker unter Furtwängler erhielten die Besoldung nach der «Sonderklasse».¹⁸³ Nachdem Clemens Krauss jedoch den Auftrag erhalten hatte, das Opernorchester der «Hauptstadt der Bewegung» zum grössten seiner Art im Reich aufzubauen, bekam auch dieses Orchester die «Sonderklasse» zugesprochen – die Philharmoniker hatten das Nachsehen. Schwierig wurde das vor allem, weil die Gefahr der Abwanderung guter Kräfte zum Staatsorchester stieg.¹⁸⁴ So gab es nun in München vier verschiedene Besoldungsarten, da die Musiker, die vor 1938 ihre Verträge bei den Philharmonikern abgeschlossen hatten, in der alten Besoldungsordnung verblieben,¹⁸⁵ und der Rundfunk über die Tarifordnung hinaus bestrebt war, «mehr zu bezahlen ... um für den Aufbau des Orchesters ... Kräfte zu gewinnen».¹⁸⁶

Während des Krieges hatten die Philharmoniker versucht, auch in die Sonderklasse eingereiht zu werden, was ihnen beinahe noch geglückt wäre. So monierten sie dies erfolgreich in den ersten Jahren nach Kriegsende, bestärkt von den steigenden Einnahmen.¹⁸⁷ Nach der Währungsreform wäre es jedoch vielen lieber gewesen, noch einen «alten Vertrag» nach der Bayerischen Besoldungsordnung zu haben, der besonders älteren Musikern mehr Sicherheit versprach. Einige Musiker versuchten sogar, sich dies nachträglich einzuklagen,¹⁸⁸ vor allem auch deshalb, weil die Überlegungen der Städte und der Kultusministerien der Länder nach 1948 ohnehin zu einer Rückführung aller Orchester auf Stufe I der Tarifordnung tendierten.¹⁸⁹ Nur vier Orchester in West-Deutschland sollten davon ausgenommen werden: Zwei in Hamburg und in München das Staatsorchester und das Rundfunkorchester.¹⁹⁰ Damit befand sich die Stadt in einer Zwickmühle: einerseits konnte man sich die Bezahlung nach Sonderklasse nicht mehr leisten,¹⁹¹ andererseits bedeutete eine übermächtige Konkurrenz mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit das Ende des Orchesters.¹⁹²

Wichtig zum Verständnis dieser Situation ist die Ausgabenseite der Philharmoniker: Ein überwiegender Teil der Gesamtausgaben waren «persönliche Zweckausgaben», also Personalkosten;¹⁹³ zu ihnen gehörten auch die Gastdirigenten- und Solisten-Honorare sowie die Pensionskosten.¹⁹⁴ Nun gingen aber mit sinkenden Einnahmen steigende Personalausgaben Hand in Hand.¹⁹⁵ Schwer lasteten dabei auch die Versorgungsbezüge der pensionierten Musiker, die sich zwischen 1946 und 1954 mehr als verdoppelt hatten;¹⁹⁶ die Einnahmen lagen damit unter den Ausgaben für die Pensionslasten. Im Vergleich dazu nehmen sich die «sonstigen Vergütungen» für Gastdirigenten, Solisten und Aushilfsmusiker geradezu bescheiden aus.¹⁹⁷

Ab 1948 wurden die Ansätze für diese Haushaltsstelle geringer;¹⁹⁸ das lag vor allem an der Verminderung der Ausgaben für Aushilfsmusiker. Aufschlussreich ist dies insofern, als diese «Aushilfsmusiker» vorwiegend jene ehemaligen Philharmoniker waren, die 1945 wegen ihrer Zugehörigkeit zur NS-Partei offiziell ausgestellt worden waren, de facto aber als «ständige Aushilfen» weiterbeschäftigt wurden.¹⁹⁹ Hinzu kamen die Musiker, die für noch in Gefangenschaft befindliche Kollegen einspringen mussten.²⁰⁰ Auch die Überstundengelder nahmen ab 1948 rapide ab – wohl vor allem deshalb, weil man nach 1948 nicht mehr so viele Zusatzkonzerte geben musste.²⁰¹

Die Einzelhonorare für Gastdirigenten und Solisten, die ebenfalls zu Buche schlugen, waren recht unterschiedlich: Hervorragende Dirigenten wie Furtwängler, aber auch Hans Knappertsbusch, Hermann Scherchen und in früheren Jahren Eugen Jochum erhielten wesentlich höhere Honorare,²⁰² die durch die grösseren Einnahmen meist mehr als gerechtfertigt waren, während andere sich mit einigen hundert Mark und der Publicity-Wirkung zufrieden geben mussten.²⁰³ Ähnliche Verhältnisse finden sich bei den Solisten; nur wurden hier noch weniger Spitzenhonorare bezahlt.²⁰⁴ Wieweit in einigen Fällen die Anziehungskraft hervorragender Dirigenten oder Solisten reichte, wird klar, wenn man die Gesamteinnahmen eines Konzertmonats mit den Erträgen eines oder mehrerer solcher Konzerte vergleicht: Die unerreichbare Spitze hielt dabei Furtwängler, der bei seinen drei Konzerten im März 1949 (also bereits der Saure-Gurken-Zeit des Konzertlebens!) 41839,50 DM einspielte; hinzu kamen noch 5'000,- DM für die Radio-Übertragung.²⁰⁵ Ihm waren damit fast die gesamten Münchner Einnahmen dieses Monats zu verdanken; rechnet man Einnahmen aus Filmsynchronisation, Theatergemeindegarten und Garderobengebühren hinzu, sind es immer noch mehr als die Hälfte der Monateinnahmen.²⁰⁶ Da erscheint die Spitzengage Furtwänglers von 6'000,- DM nur gerechtfertigt. Knappertsbusch gelangen im April 1947 ähnliche Rekorde.²⁰⁷ Zum Vergleich: Ein Sonderkonzert des zweiten Kapellmeisters der Philharmoniker, Kurt Eichhorn, brachte ebenfalls im April 1947 nur 2'514,- Reichsmark ein,²⁰⁸ ein grosses Konzert des ebenfalls sehr publikumswirksamen Hans Rosbaud 11'022,80 Reichsmark.²⁰⁹ Aber auch Solisten wie Wilhelm Kempf konnten den Konzertsaal bis auf den letzten Platz füllen: Brutto-Einnahmen aus den zwei Abonnement-Konzerten vom November 1950 in Höhe von 2'442,50 DM steht aber allein ein Honorar von 2'100,- DM gegenüber.²¹⁰

Einnahmerückgang und Reprivatisierungsüberlegungen

Anfang der 50er Jahre musste man über das laufende Konzertprogramm hinaus versuchen, die Einnahmen auf andere Weise zu erhöhen. So heisst es in einem Tätigkeitsbericht der Philharmoniker von 1951:

«Neben den laufenden Konzerten wurden gerade in der Zeit bis zum 31. März besonders wirk-same Sonderkonzerte eingelegt, zum Teil mit ausgesprochenen Standardwerken um das End-ergebnis zu verbessern... Es musste aber andererseits dabei die Erfahrung gemacht werden, dass auch den sogenannten Standardwerken gewisse Einnahmegrenzen gesetzt sind durch die starke Konzerttätigkeit in München...»²¹¹ Hier liegt auch einer der Gründe für den Mangel an Moderne: Wenn sogar Knappertsbusch im Dezember 1951 mit einem Richard-Strauss-Son-

derkonzert nur 1119,30 DM einspielte, den Konzertsaal nur zu 31 Prozent füllen konnte und damit «einnahmemässig noch hinter den gesetzten Erwartungen» zurückblieb,²¹² war die Vorsicht bei der Aufführung moderner Werke nicht ganz unverständlich. So konstatierte man von Seiten der Philharmoniker, es «bliebe die betrübliche Tatsache bestehen, dass die symphonischen Werke von ‚Münchens grösstem Sohn‘, wenn sie das Programm ganz ausfüllen, die Konzertbesucher nicht anziehen. Ganz ähnlich verhält es sich mit Reger und Pfitzner..,»²¹³ Die dazu angeführten Besucherzahlen geben dem Recht; bis zu welchem Grade hier auch die bereits erwähnte Abneigung der Musiker, neue Werke einzustudieren, mitspielte, lässt sich schwer klären. Jedenfalls interpretierte man seitens der Philharmoniker auch die Abonnen-tenentwicklung ähnlich: Im Konzertjahr 1948/49 hatte man noch 2'049 Abonnenten, im Konzertjahr 1949/50 (nach dem Währungseinschnitt und dem Weggang Rosbauds) in der ersten Hälfte des Jahres 1'387, in der zweiten Hälfte nur noch 1'173 vorweisen können. Im Konzertjahr 1950/51 (also nach der Berufung Riegers) waren es in der ersten Hälfte 1'595, in der zweiten Hälfte 1'523 Abonnenten; im Konzertjahr 1951/52 musste man dann wieder einen Rückgang auf 1'360 Abonnenten feststellen.²¹⁴ Dazu konstatierte man im Tätigkeitsbericht: «Beim Vergleich mit den Gebühren und Beiträgen des Jahres 1950 und des Jahres 1951 ist ein Rückgang von rund DM 3'000,- zu verzeichnen, der wohl in einem entsprechenden Abonnenten-Rückgang zu suchen ist... Den meisten weggebliebenen Abonnenten ist das Program ‚zu modern.›»²¹⁵ Wenn dies keine Erfindung des Orchesters war, so muss es als deutliches Zeichen für eine Veränderung des Publikumsverhaltens gewertet werden: Rosbaud führte im Vergleich wesentlich mehr Moderne auf als Rieger, dessen Konzertprogramm von der Presse als zu «brav» oder als «stockkonservativ» bezeichnet wurde,²¹⁶ dennoch liefen Rosbaud die Abonnenten deshalb nicht davon.

Die Besucherzahlen an sich waren jedoch in diesen Jahren nicht das Problem, auch konnte Fritz Rieger normalerweise durchaus die Konzertsäle füllen²¹⁷ – die dabei erzielten Einnahmen blieben jedoch weit hinter dem Soll zurück. Das mag wohl auch an den auf Grund der Konkurrenzsituation in München relativ niedrigen Eintrittspreisen gelegen haben,²¹⁸ obwohl teurere Karten womöglich zu einem Besucherrückgang und damit doch wieder zu einem Einnahmeschwund geführt hätten.²¹⁹ Die vielen, von den Philharmonikern im Rahmen des sozialpädagogischen Kulturprogramms der Stadt durchgeführten Konzerte²²⁰ trugen jedoch zu einer Einnahmenverminderung bei, da hier die Karten zu wesentlich verbilligten Preisen abgegeben wurden.²²¹ Auch die von allen möglichen Institutionen angeforderten Freikarten bildeten eine Belastung, obwohl dies an der Gesamtsituation kaum etwas geändert haben dürfte.²²² Eine grössere Bedeutung hatte das Saalproblem: Konnte man im Kongressaal des Deutschen Museum bei vollem Haus 2'344 Plätze für insgesamt 36'046,- DM verkaufen,²²³ so bot die Aula der Universität, die akustisch wesentlich besser zur Durchführung von Konzerten geeignet war, bis 1949 zwar 1'459 Sitz- und 300 Stehplätze, musste dann aber aus feuerpolizeilichen Gründen auf 1'200 Sitzplätze verkleinert werden;²²⁴ allein dies führte zu Mindereinnahmen von fast 850,- DM pro ausverkauftem Konzert.²²⁵ Im neuen Herkules-Saal der Residenz standen von vorneherein nur 1'270 Plätze mit einer Einnahmemöglichkeit (bei ausverkauftem Haus) von 14'266,- DM zur Verfügung. Gerade bei grossen Musikereignissen mussten die Orchester daher in den akustisch wesentlich schlechteren Kongressaal ausweichen, um ein-

nahmemässig auf ihre Rechnung zu kommen. Die Aula war jedoch beim Münchner Konzertpublikum so beliebt, dass keines der Orchester auf diesen Rahmen verzichten wollte,²²⁶ was wiederum zu vielen Querelen Anlass gab.

Aber auch die Saalfrage wurde mit Recht als im Grunde sekundär begriffen. Wichtig war, dass die Einnahmen ständig hinter dem geforderten Soll zurückblieben.²²⁷ Um die wirklichen Gründe für den Einnahmerückgang zu klären und möglicherweise Lösungen in Angriff nehmen zu können, gab die Stadt daher 1953 ein Gutachten in Auftrag, das darüber Aufschluss geben sollte

«ob die Fortführung des städtischen Theaters Münchner Kammerspiele und des städtischen Orchesters Münchner Philharmoniker in städtischer Regie die bestmögliche Lösung darstellt oder ob die Herauslösung dieser Institute durch Gründung einer selbständigen Theater-G.m.b.H, bzw. eines Orchester-Vereins eine rationellere Wirtschaftsführung verspricht...»²²⁸ Das Gutachten²²⁹ und die Stellungnahme der Verwaltung der Philharmoniker dazu²³⁰ rollen nochmals die enge Verquickung kulturpolitischer und wirtschaftlicher Fragen auf. Die ihm gestellte Aufgabe beschreibt der Gutachter Ernst-Eberhardt Moraht, Leiter der Finanzabteilung in der Hamburger Theater- und Orchesterverwaltung,²³¹ so: «... mich gutachtlich über die Wirtschaftlichkeit der derzeitigen Betriebsform und Betriebsführung des Orchesters der Stadt München zu äussern und Vorschläge zur Organisation und Betriebsform des Orchesters für die Zukunft zu machen».²³² Diese wirtschaftliche Fragestellung konnte er aber nicht beantworten, ohne dabei auf die «kulturelle Verantwortlichkeit» oder die «kulturpolitische Bedeutung»²³³ des Orchesters hinzuweisen. Seine Vorschläge für Sparmassnahmen, die selbstverständlich auf die schärfste Kritik von Seiten der Orchesterverwaltung stiessen, hätten de facto eine noch engere Anbindung an die städtische Verwaltung bedeutet: Die Beibehaltung der Regieform²³⁴ und der gleichzeitige Abbau der Orchesterverwaltung sowie ihre Integrierung in die Verwaltung des Kulturamts²³⁵ wären das Ende des selbständigen Spielraums gewesen, der dem Künstlerischen Leiter und dem Orchester noch verblieben war. Die Zusammenlegung von Abonnement- und Kartenverkaufsstellen mit den Schwester-Einrichtungen der Kammerspiele wurde vom Orchester ebenfalls empört abgelehnt, mit dem Argument, dies «müsste, da das Theater in erster Linie an sich selbst denkt, unweigerlich zu einem Absinken der Einnahmen führen. Man lässt z.B. die Gebühren des Schlacht- und Viehhofs auch nicht von der Grossmarkthalle einheben oder umgekehrt. Der Unterschied besteht nur darin, dass es sich in dem einen Falle um geistige und in dem anderen Falle um leibliche Nahrung handelt».²³⁶

Die Furcht vor dem Verlust der Selbständigkeit, die das Gutachten bei den Philharmonikern ausgelöst hatte, wird bereits auf der ersten Seite ihrer Stellungnahme zu dem Gutachten formuliert: «Es muss also eingangs nochmals festgestellt werden, dass die Münchner Philharmoniker ein in sich vollkommen selbständiges Institut darstellen, das mit keinem anderen Betrieb zusammengekoppelt ist».²³⁷ Auch die anderen Sparvorschläge des Gutachters fanden hier keine Zustimmung: die Anregung, acht Orchestermitglieder einzusparen, da man ohnehin selten mit voller Besetzung spiele²³⁸ wurde von Seiten des Orchesters damit abgetan, dass man Ablösungen benötige, um die «künstlerische Leistungsfähigkeit» des Orchesters zu erhal-

ten;²³⁹ ebenso erging es dem Vorschlag, am Chor Geld einzusparen.²⁴⁰ Am Schluss ihrer Stellungnahme konstatierten die Philharmoniker nicht ohne Genugtuung: «Damit haben sich fast alle finanziellen Verbesserungsvorschläge als undurchführbar erwiesen».²⁴¹

Neben den praktischen Einsparungsvorschlägen führte dieses Gutachten auch zu grundsätzlichen Erwägungen über die kulturpolitischen Pflichten einer Stadt wie München:

«Die Stadt München hat 900'000 Einwohner. München ist nicht nur Landeshauptstadt, sondern Kulturzentrum im süddeutschen Raum. Zweifellos ergibt sich für München die Notwendigkeit, zu prüfen und darüber zu beschliessen, ob und in welchem Umfange die Stadt heute als Gemeinwesen angesichts der allgemeinen Finanzlage und mit Rücksicht auf andere möglicherweise dringendere Verpflichtungen in der Lage ist, sich für kulturelle Belange weiter stark einzusetzen, die in der Regel nur einem verhältnismässig kleinen Kreis von Interessenten zugutekommen. Diese Frage berührt die kulturelle Verantwortlichkeit und betrifft auch die Prestigefrage.. .»²⁴² Dieser Stellungnahme der Philharmoniker schloss sich sinngemäss auch Moraht an. Seinen Massstab bildeten dabei Tradition und Erfolg: Die «... völlige ... Abkehr der Beteiligung der öffentlichen Hand auf dem Gebiete des Theater- und Konzertwesens» hielt er für nicht akzeptabel, denn «diese Systeme entsprechen nicht der deutschen Tradition».²⁴³ Eine Abkehr bedeute ausserdem «ein Erliegen der kulturellen Tätigkeit. Diese Entscheidung rückt in den politischen Bereich und entzieht sich letztlich rein rationalen Überlegungen».²⁴⁴ Zur Beurteilung der Erhaltenswürdigkeit eines Kulturinstituts dürfe jedoch

«nicht so sehr die Höhe eines Zuschusses im Mittelpunkt der Entscheidung stehen, sondern in erster Linie die Frage, ob der erzielte Erfolg die Zuschussleistung dem Grunde nach rechtfertigt. Als allgemeines Prinzip wird man herausstellen können, dass die öffentliche Hand heute, wenn überhaupt, eben nur solche Institute tragen oder fördern sollte, die nach ihrer Aufgabenstellung und nach ihrer Leistungsfähigkeit als vorbildlich und richtungsweisend anzusehen sind».²⁴⁵

Die Münchner Philharmoniker erfüllten seiner Meinung nach diese Bedingungen, denn er schlug vor, das Orchester trotz aller Schwierigkeiten zu erhalten.²⁴⁶ Auch der Spielplangestaltung sprach er sein Lob aus, was die Philharmoniker mit Genugtuung registrierten.²⁴⁷ In einem anderen Punkt stellte sich der Gutachter ebenfalls auf die Seite des Orchesters: ihm war aufgefallen, dass die vielen Gratiskonzerte der Philharmoniker bei städtischen Repräsentationsveranstaltungen und die sehr verbilligten Konzerte für die Theatergemeinde, für die Jugend und für die Schaffenden, nicht im Etat auftauchten; er schlug daher vor, hier Pauschalsummen einzusetzen, «um den tatsächlichen Leistungen des Orchesters Ausdruck zu verleihen».²⁴⁸ Ebenfalls im «Interesse der Etatwahrheit»²⁴⁹ plädierte er überdies dafür, die Kulturhilfe des Rundfunks als echten Zuschuss «am Schluss der Haushaltsrechnung auszuweisen, und zwar in der Weise, dass der Gesamtzuschussbedarf dann gedeckt wird durch zwei Stellen, nämlich 1. Stadt München, 2. Bayerischer Rundfunk».²⁵⁰ Dieser Vorschlag, der, wie die meisten anderen des Gutachters auch, nicht auf Zustimmung stiess, legte eine Situation klar, vor der Stadt und Orchester gerne die Augen verschlossen: Der zweite Orchesterträger neben der Stadt war der Bayerische Rundfunk. Seine Bedeutung für die Finanzierung gerade der Kulturorchester

hatte ihm Einflussmöglichkeiten bis hin zur Spielplangestaltung eingeräumt.²⁵¹ Damit war er auch ausserhalb des Funkhauses zu einem Mitgestalter des öffentlichen Kulturlebens und zu einem kulturpolitischen Faktor erster Ordnung geworden, der neben Staat und Gemeinden eine immer wichtigere Rolle spielte: Als Arbeitgeber, als Mäzen, als Werbeträger – aber auch als Konkurrent. Neben den städtischen Finanzierungsproblemen und Einwirkungsmöglichkeiten muss daher auch Rolle und Einfluss des Rundfunks ausführlicher dargelegt werden, will man die städtische Musikpolitik nicht fälschlich als unabhängig und von anderen Einflüssen abgelöst darstellen. Gerade weil sich viele Handlungen im Rahmen der Kulturpolitik anhand der finanziellen Förderungen und des dadurch ausübaren Drucks nachvollziehen lassen, ist die Rolle des finanzkräftigen Rundfunks von grosser Bedeutung, da dieser die Möglichkeiten der städtischen Einflussnahme auf das Orchester wesentlich einschränkte, wenn auch der daneben ausgetragene Kampf zwischen dem Rundfunkorchester und den Münchner Philharmonikern um den Weiterbestand des städtischen Orchesters mit einem Patt endete.

Der Rundfunk

In den Jahren zwischen Kriegsende und Währungsreform war der Rundfunk zum Objekt eines Tauziehens zwischen den verschiedensten politischen Gruppierungen geworden. So versuchten beispielsweise die Alliierten in den Besatzungszonen, ihre jeweiligen medienpolitischen Konzeptionen auf die ihnen unterstellten Rundfunkstationen zu übertragen. Die Voraussetzung dafür hatte man durch die Zerschlagung des «Grossdeutschen Rundfunks» geschaffen – auch in diesem Bereich sollte dem Föderalismus die Zukunft gehören.²⁵²

Die Amerikaner, deren Vorstellungen sich an dem in den USA praktizierten privatwirtschaftlichen Rundfunk-Modell orientierten,²⁵³ stiessen auf heftigen Widerstand von Seiten der deutschen Politiker, die dem Staat die Kontrolle über den Rundfunk nicht ganz entgleiten lassen wollten.²⁵⁴ Diese Kontroverse, die vor allem in Bayern und Baden-Württemberg heftig geführt wurde, verzögerte die Übergabe des Rundfunks in deutsche Hände immer wieder. Der Beginn des Kalten Krieges beschleunigte jedoch die Verhandlungen zugunsten der deutschen Position: als Kompromiss einigte man sich auf die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt; im Januar 1949 wurde der Sender dann endgültig in deutsche Hände überführt.²⁵⁵ Ab diesem Zeitpunkt war der nun konstituierte Bayerische Rundfunk wirklich handlungsfähig: Im Gegensatz zu den durch die Währungsreform stark geschwächten Kommunen verfügte er über ständig steigende Einnahmen aus den Rundfunkgebühren (damals 2,- DM pro Apparat) und war als «gemeinnützig» noch dazu steuerfrei.²⁵⁶ Aus dieser Situation erwuchsen ihm Einflussmöglichkeiten, die weit über seine eigentlichen Sendeaufgaben hinausgingen. Die durch die Währungsreform und die endgültige Etablierung des Rundfunks vollzogene Umverteilung öffentlicher Gelder²⁵⁷ änderte das Gefüge vor allem im Kulturbereich grundlegend: innerhalb von fünf Jahren konnte sich der Rundfunk zu einer bestimmenden Instanz entwickeln.²⁵⁸ Seine Monopolstellung verhalf ihm dazu ebenso wie die Ausschüttung überschüssiger Gelder als

«Kulturhilfe»,²⁵⁹ die allerdings Hand in Hand ging mit massiver Konkurrenz gegenüber den traditionellen Kulturinstituten, deren Weiterbestand durch die Finanznot der öffentlichen Hand schwerstens gefährdet war. So konnte der Rundfunk, gleichzeitig Mäzen, Konkurrent und Arbeitgeber, vor allem im Musikbereich viele Kulturorchester von sich abhängig machen²⁶⁰ – Kulturhilfe und Festabnahme von Konzerten ging Hand in Hand mit der übermächtigen Konkurrenz durch seine finanziell schier unbegrenzten Möglichkeiten. Obwohl die Kulturhilfeleistungen auch Theater einschlossen, konzentrierte sich dieser Prozess doch hauptsächlich auf den Musiksektor. Eine fast zynische Begründung dafür gab Intendant Rudolf von Scholtz:²⁶¹ Bei der Musik wisse man wenigstens, woran man sei, denn «auch für teurere Honorare bekäme man keine besseren Hörspiele».²⁶²

In den ersten Jahren nach Kriegsende bot der Rundfunk den Münchner Philharmonikern vorerst nur ein gern entgegengenommenes «Zubrot».²⁶³ Eine Abhängigkeit des Orchesters gegenüber dem Rundfunk bestand nicht, ebenso wenig eine Konkurrenzsituation. Obwohl das neugebildete Rundfunkorchester bereits am 1.11.1945 zum ersten Mal aufgetreten war,²⁶⁴ stellte es keinen ernstzunehmenden Konkurrenten dar, da es noch relativ unbedeutend und ohne dauernde hochqualifizierte Führung konzertierte.²⁶⁵ Schwierigkeiten gab es in diesen Jahren eher mit dem alten Rivalen, dem Staatsorchester, das als «Musikalische Akademie» laufend hochkarätige Konzerte veranstaltete²⁶⁶ und ebenfalls nach der Sonderklasse der Tarifordnung für Kulturorchester bezahlt wurde.²⁶⁷ Schon im Zusammenhang mit diesem Konflikt betonte man immer wieder, München böte den drei Orchestern nicht genügend Raum – auch Städte mit der doppelten Einwohnerzahl Münchens, nämlich Hamburg und Wien, besäßen nur zwei Orchester.²⁶⁸

Das erste Anzeichen für eine Änderung dieser Auseinandersetzung, die sich durchaus noch in den Bahnen der Jahre vor 1945 – aber auch vor 1933 bewegte, findet sich in einem Brief des Geschäftsführers der Philharmoniker, Waelde, vom April 1948.²⁶⁹ Waelde wies darin auf die möglichen Folgen der bevorstehenden Währungsreform hin und schlug als Lösung der sich anbahnenden Probleme vor, «... zum Rundfunk in ein etwas festeres Verhältnis zu gelangen, sei es durch vertragliche Verpflichtung zu einer Anzahl von Symphonie-Konzerten oder jetzt zusätzlich durch Subventionen».²⁷⁰ Aus dieser und auch aus anderen Stellungnahmen²⁷¹ geht hervor, dass im Jahre 1948 das Verhältnis zum Rundfunk noch freundschaftlich-entspannt genannt werden kann. Diese Phase dauerte bis Ende März 1949: die endgültige Konstituierung des Rundfunks, das Engagement Eugen Jochums und damit der Beginn einer konkreten Macht- und Konkurrenzpolitik des Rundfunks markieren ihr Ende.²⁷²

Die erste Phase: Verhandlungen, Modelle, Überlegungen

In den Verhandlungen dieser ersten Phase ging es – wie auch 1949/1950²⁷³ vor allem um die Frage, zu welchen Bedingungen die Münchner Philharmoniker mit dem Orchester des Bayerischen Rundfunks fusioniert werden könnten – oder, wenn dies nicht geschehe, ob und zu welchen Bedingungen der Rundfunk der Stadt durch Subventionen und Festabnahmen einen Teil der finanziellen Belastung, die das Orchester bildete, abnehmen könnte.²⁷⁴ Den von Seiten der Stadt an den Verhandlungen Beteiligten wäre – wie immer wieder betont wurde – eine Bei-

behaltung des Orchesters als selbständiger Klangkörper am allerliebsten gewesen.²⁷⁵

Es standen mehrere Modelle zur Diskussion; alle beruhten darauf, dass der Rundfunk ein Riesenorchester mit 160 Musikern aufbauen wollte, die finanzielle Basis der Philharmoniker aber gefährdet war. Eine Fusion der beiden Orchester hätte 1948 also durchaus noch eine Anstellungsmöglichkeit für so gut wie alle Musiker des philharmonischen Orchesters bedeutet, und diesem endlich Sicherheit der Arbeitsplätze geboten. Allerdings war beabsichtigt, «... die rd. 120 besten Musiker der beiden Klangkörper zu einem grossen Symphonie-Orchester zusammenzubauen und aus der zwangsläufig übrigbleibenden «zweiten Garnitur» ein grosses Rundfunk-Unterhaltungsortchester zu bilden».²⁷⁶ Diese Teilung bedeutete – und darüber konnten auch schöne Titeleien²⁷⁷ nicht hinwegtäuschen – ein Ende des seit 50 Jahren gewachsenen Orchesters. Diskussionspunkt blieb schon in der ersten diesbezüglichen Sitzung die Frage, ob man eine «Münchner Philharmonische Gesellschaft» gründen könne, die als Trägerin öffentlicher Konzerte der Stadt fungieren und an der sich Stadt und Rundfunk gleichermaßen beteiligen würden.²⁷⁸ Die offizielle Formulierung dafür sollte lauten: «Das Münchner Philharmonische Rundfunkorchester bestreitet die öffentlichen Konzerte der «Münchner Philharmonischen Gesellschaft»²⁷⁹. Diese Gesellschaft, die etwa in dem gleichen Verhältnis zum Rundfunkorchester gestanden hätte wie die «Musikalische Akademie» zum Opernorchester, sollte der Stadt die bittere Pille der Aufgabe des Orchesters versüssen helfen.²⁸⁰ Die spätere Position des Rundfunks deutete sich hier aber, trotz aller Verbindlichkeit, bereits an:

«Herr von Scholtz argumentierte in der Richtung, dass das neugebildete Orchester nach der Fusion und trotz der Fusion eben doch ein Rundfunkorchester sei, dass der Rundfunk die ganze finanzielle Last trage und für ihn also eigentlich kein Anlass bestünde, sich in die künstlerische Verantwortung mit der Stadt zu teilen.»²⁸¹

Diese Überlegung war es wohl auch, die die Stadt noch zögern liess.²⁸² Nach einem Monat des Überlegens modifizierte jedenfalls Bürgermeister Scharnagl die Ergebnisse der Sitzung insofern, als er nochmals auf die Gleichberechtigung der beiden Fusionspartner verwies,²⁸³ die Gültigkeit der stattgehabten Verhandlungen aber weiterhin anerkannte.

Diese Situation veränderte sich im Oktober durch den Alleingang des Orchestervorstands der Philharmoniker, der sich im Zusammenhang mit der Besetzung des Dirigentenpostens der Philharmoniker für Fritz Rieger und gegen Eugen Jochum aussprach²⁸⁴ und Jochum dadurch zutiefst kränkte: «Professor Jochum blieb trotz der unternommenen Versöhnungsversuche ... in der Folge aufs Äusserste reserviert ... und bekundete an einer Fortführung der angebahnten Fusionsverhandlungen kein sichtbares Interesse mehr.»²⁸⁵ Dies und die Schwierigkeiten des Rundfunks bei seinen letzten Verhandlungen mit der Besatzungsmacht vor der Übergabe in deutsche Hände²⁸⁶ führten zu einer Stagnation der Gespräche mit der Stadt. In dieser Zeit entwickelte sich offensichtlich von Seiten der Stadt eine immer grössere Abneigung gegen eine Fusion, wahrscheinlich auch gefördert durch das durchwegs negative Presseecho auf die ersten Indiskretionen zu diesem Thema.²⁸⁷

In einem umfangreichen Artikel zu den Fusionsüberlegungen²⁸⁸ schlug Heinz Pringsheim im November 1948 eine andere Lösung der Fusionsfrage vor: «Wozu denn Einverleihung, Anne-

xion? Warum nicht lieber enge Zusammenarbeit? Warum soll nicht ein gemeinsamer musikalischer Oberleiter die beiden Orchester lenken, warum also nicht Personalunion?» Diese Chance war durch das gespannte Verhältnis zwischen Jochum und den Philharmonikern zwar bereits verspielt; trotzdem wurden die Stimmen der Presse, des Orchesters, der Kulturverwaltung und des Publikums immer lauter, die sich für einen Erhalt der Philharmoniker aussprachen.²⁸⁹ Dies spricht gegen die Aussage eines Artikels in der Neuen Zeitung, in dem pauschalisierend davon die Rede ist, «vor allem die konservativen Kreise der Stadt», widerstreben der Fusionsidee.²⁹⁰ Im Kulturausschuss gingen bei diesem Thema die Fronten quer durch die Parteien; nur die KPD und die FDP plädierten geschlossen für einen Erhalt des Orchesters.²⁹¹ In dieser Situation fand sogar der von Stadtrat Adolf Hieber in die Diskussion gebrachte Vorschlag ein positives Echo, die Philharmoniker wieder in eine privatrechtliche Vereinigung zurückzuverwandeln, an der sich die Stadt, der Rundfunk und grössere Firmen finanziell beteiligen sollten.²⁹² Dieser Vorschlag, der den Erhalt der Philharmoniker als selbständige Institution zu versprechen schien, war dem zur rechtlichen Machbarkeit befragten Stadtrat Seemüller jedoch nicht sehr plausibel:

«Entscheidend dürfte dabei vor allem die Frage der Mittelaufbringung sein, da ja ... Zuschussleistungen der Stadt wohl auch dann notwendig werden, wenn die Münchner Philharmoniker eigene Rechtspersönlichkeit werden. Eine solche Zuschussleistung der Stadt würde anscheinend nur dann entbehrlich, wenn die Finanzierung der Münchner Philharmoniker von dritter Seite sichergestellt wäre..»²⁹³

Seemüller weigerte sich damit, eine Scheinlösung rechtlich abzusegnen. Dennoch blieb dieses Modell noch bis 1954 im Gespräch, stellte es doch die einzige Alternative dar zu entweder rein städtischer Verantwortlichkeit oder Übernahme in eine andere Trägerschaft.²⁹⁴

Vor dem Hintergrund dieser veränderten Position der Stadt, die immer noch nach einem Notanker zur «Rettung» des Orchesters suchte, ist wohl auch die zunehmend unwillige Behandlung des Themas durch den Rundfunk zu sehen; so lehnte es Intendant von Scholtz ab, sich im Falle eines Scheiterns der Fusion Beschränkungen bei öffentlichen Konzerten, bei der Bezahlung und bei der Grösse des zukünftigen Rundfunkorchesters auferlegen zu lassen.²⁹⁵ Aus dieser härteren Gangart zog Held seine Schlüsse und berichtete dem Kulturausschuss «eine Besprechung mit Herrn von Scholtz habe ihn davon überzeugt, dass den Herrn vom Rundfunk die psychologischen Grundvoraussetzungen für eine Fusion inzwischen dünn geworden zu sein schienen».²⁹⁶ Der Kulturausschuss beschloss daraufhin, «die Münchner Philharmoniker mit allen Mitteln (aber nicht um jeden Preis!) zu halten und baldmöglichst einen Künstlerischen Leiter zu verpflichten».²⁹⁷ In dieser Situation konnte sich auch Bürgermeister Scharnagl – trotz einiger Bedenken²⁹⁸ – dem Antrag von Stadtrat Hanfstaengl nicht ganz verschliessen, der ein weiteres Lösungsmodell unterbreitete. Dieses lief darauf hinaus, ein *fait accompli* zu schaffen: «Diese Gestaltung soll auf die unbedingte Festhaltung der Selbständigkeit der Philharmoniker unter dem bestmöglichen Dirigenten, der zu gewinnen ist, hinauslaufen. Damit soll die Möglichkeit gegeben sein, die unbestrittene Qualität des Orchesters so auszuwerten, dass der Rundfunk um die Heranziehung dieses Orchesters für seine Symphoniekonzerte nicht herumkommen kann.»²⁹⁹ Im Grunde genommen entsprang diese Position nicht einem kühl

durchdachten Konzept, sondern eher dem verzweifelten Wunsch der Stadträte, die Zeit werde vielleicht doch noch eine Änderung bringen. Obwohl man auch in den folgenden Jahren weiterhin Verhandlungen führte, setzte sich der diesem Modell zugrunde liegende Gedanke, durch Erhaltung des Status quo die beste Entscheidung zu treffen, immer wieder durch. So ist es nicht verwunderlich, dass dieser Vorschlag auch im Dezember 1948 «die Zustimmung des Kulturausschusses gefunden hatte».³⁰⁰ In den ersten Monaten des Jahres 1949 ruhte das Projekt einer Fusion erst einmal – beide beteiligten Partner verhandelten mit den ins Auge gefassten Dirigenten.³⁰¹ Inzwischen hatte sich auch der Rundfunkrat etabliert,³⁰² dessen mässiger Einfluss in den nächsten Monaten durchaus vonnöten war. Er bildete in dieser Zeit ein Gegengewicht zu der Intendanz und ihren Entscheidungen und viele Initiativen und Verhandlungen wickelten sich nun über ihn ab – auch die erneute Kontaktaufnahme des Rundfunks mit der Stadt im März 1949.³⁰³ Zugunsten dieser Fusionsverhandlungen legte die Stadt nun sogar den bereits genehmigten Vertrag mit Fritz Rieger nochmals zwischenzeitlich auf Eis.³⁰⁴ Dieser März 1949 brachte eine Wende der Verhandlungen: Neben dem für viele bayerische Kulturinstitute wichtigen Beschluss des Rundfunkrats, Gelder als «Kulturhilfe» auszuschütten³⁰⁵ – der auch für die Münchner Philharmoniker neue Hoffnung bedeutete – begann mit dem Engagement Jochums durch den Rundfunk der kometenhafte Aufstieg des «Symphonieorchesters des Bayerischen Rundfunks».

Für die Öffentlichkeit blieb dies im März jedoch noch geheim; im Stadtrat wurde sogar ein Antrag gestellt, erneut mit Jochum über eine «Oberleitung der Münchner Philharmoniker» zu verhandeln,³⁰⁶ da eine anonyme Mitteilung den Verdacht zu verstärken schien, die Verhandlungen des Rundfunks mit Jochum hätten sich festgefahren und man könne zugreifen.³⁰⁷ Obwohl Ende März Vertreter der Stadt, des Rundfunks und des Kultusministeriums in einer Besprechung beschlossen, in den nächsten Tagen ihre Vorstellungen zu präzisieren,³⁰⁸ bestanden bei der Stadt nun bereits Bedenken, «dass man beim Rundfunk die Dinge nicht vom kulturellen Standpunkt aus sehe, sondern dass man die Frage der Fusion zu einer Machtfrage machen wolle».³⁰⁹ Dies bewahrheitete sich auch bald: Schon am 31.3.49 legte der Rundfunk eine «Verhandlungsgrundlage für Besprechung mit der Stadtverwaltung» vor, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig liess.³¹⁰ Sie war der Beginn eines wesentlich härteren Verhandlungstons von Seiten des Rundfunks, der ein verändertes Selbstverständnis anzeigte; der Rundfunk hatte jetzt etwas zu bieten, hatte sich konsolidiert und war nicht mehr auf andere angewiesen.³¹¹ Der endgültige Abschluss der Verhandlungen mit Eugen Jochum zum gleichen Zeitpunkt mag jedoch nicht unwesentlich zu dieser Verschärfung beigetragen haben.³¹²

Erstaunlicherweise griff die Presse, sonst sofort bereit, barsche Töne dieser Art streng zu rügen, den Rundfunk deswegen nicht ernstlich an. Ist das Schweigen des Rundfunkkritikers Pringsheim auch noch verständlich, so verwundert doch die milde Darstellung des Musikkritikers der Süddeutschen Zeitung, Walter Panofsky. Nur die Neue Zeitung schilderte die Situation etwas drastischer.³¹³

In einer Plenumsitzung vom 5.4.49 entschloss sich die Stadt dann, die Philharmoniker doch zu erhalten und Rieger als Chefdirigenten zu engagieren.³¹⁴ Dies bildete den Abschluss der wohl wichtigsten und an Möglichkeiten reichsten Phase der Verhandlungen mit dem zukünftigen «Gegner» Rundfunk. Da hier alle auch in den folgenden Jahren diskutierten Problemlö-

sungsvorschläge für die Münchner Orchesterfrage bereits angesprochen wurden, hat sie an dieser Stelle eine so ausführliche Darstellung gefunden.

Es lassen sich zusammenfassend folgende Modelle herausarbeiten:

1. Der Rundfunk übernimmt das Orchester der Münchner Philharmoniker ganz, mit allen Lasten und Rechten, stellt dafür der Stadt unter gewissen Bedingungen das aus einer Auslese von philharmonischem und Rundfunkorchester gebildete Spitzenorchester zur Verfügung. Dies erfolgt entweder
 - a) durch die Bildung einer philharmonischen Gesellschaft, mit der die Stadt ihre öffentlichen Konzerte und ihre repräsentativen Veranstaltungen weiterhin bestreiten kann oder
 - b) durch eine Ausweitung der öffentlichen Konzertarbeit des «Münchner Philharmonisches Rundfunkorchester» genannten neuen Orchesters.
2. Das Orchester der Münchner Philharmoniker wird reprivatisiert und wieder in das vor 1943 bestehende alte Rechtsverhältnis zur Stadt eingesetzt; die Stadt erklärt sich zur Bezuschussung des Orchesters in gewissem Umfang bereit.
3. Das Orchester bleibt eine städtische Institution, an deren finanziellem Erhalt sich die Stadt und eventuell der Rundfunk beteiligen. Wenn sich der Rundfunk beteiligt, könnte das geschehen
 - a) durch anteilige Übernahme des jährlichen Defizits
 - b) durch gesicherte Abnahme von einer gewissen Anzahl von Konzerten des Orchesters und/oder
 - c) durch Subventionen in der Form der «Kulturhilfe».

Bei den für oder wider diese Modelle vorgebrachten Argumenten ging das Tauziehen sowohl von Seiten des Rundfunks, wie von Seiten der Stadt, um die konkrete Einflussnahme auf Dirigentenbestellung, Spielplangestaltung und Gastdirigatoreinsatz, die sich damit wieder einmal als zentrale Fragen der «Musikpolitik» erwiesen. Der Rundfunk hatte mit dem Engagement Jochums seine erste Feuerprobe als kulturpolitisch Handelnder bestanden und konnte nun, finanziell gut abgesichert durch die ständig wachsenden Gebühreneinnahmen, fachlich repräsentiert durch einen Dirigenten der Weltklasse, beruhigt den Konkurrenzkampf mit den traditionellen Kulturorchestern aufnehmen.

Die zweite Phase: 1949 bis 1954

Die Ausgangsposition des Jahres 1949 war dafür überaus günstig: Die öffentliche Hand, geschwächt durch die Währungsreform, war nicht imstande, finanziell gleichzuziehen, finanzkräftige private Mäzene gab es nicht. Walter Panofsky schrieb dazu, «die gesunde, krisenfeste finanzielle Basis» des Rundfunks schaffe für eine «intensive Kulturpflege völlig neue Voraussetzungen... Er kann einen qualitativen Ausleseprozess durchführen, der etwa kommunalen Institutionen aus finanziellen Gründen verwehrt ist... Von dem Tage an, da der Rundfunk aus dem Stadium der technischen Versuche heraustrat, war es abzusehen, dass er immer stärker zum Träger des kulturellen Lebens werden würde. Und niemand hat das Recht, ihn an der Übernahme dieser Aufgabe ... zu hindern».³¹⁵

Diese Stellungnahme aus dem Sommer 1949 ergänzte er noch mit dem Hinweis: «... schon oft hat einer, dem vordem die Gunst der Massen sicher war, abtreten müssen, wenn ein neuer, stärkerer Konkurrent das Feld betrat. Nicht das Traditions-Reservat, sondern die ständige Bewährung entscheidet...». Dies hört sich an wie das Programm eines «Kultur-Darwinismus» der Finanzkraft,³¹⁶ dessen sich der Rundfunk in den folgenden Jahren dann auch in umfangreicher Masse befeissigte.

Praktischen Anschauungsunterricht darüber konnte die Stadt bereits in den folgenden Monaten nehmen. Die Reibungspunkte lagen – wie auch in späteren Jahren – vor allem in den Bereichen der Kulturhilfe und der Festabnahme von Konzerten zur vertraglichen Sicherung des Orchesters sowie des öffentlichen Konzertierens des Rundfunkorchesters; dabei ging es um die Zahl der öffentlichen Konzerte, um die Frage, ob der Rundfunk ein Abonnement auflagen sollte oder nicht, um die Programmgestaltung und um die Höhe der Eintrittspreise.

Die Kulturhilfe – Der Rundfunk als Mäzen

Die «Kulturhilfe», die in den Rundfunkratssitzungen vom 21.3., 31.3. und 11.4.49 beschlossen und näher bestimmt worden war,³¹⁷ sollte an «Kulturinstitutionen gegeben werden, die durch ihre Tradition und ihre Leistung zu einer repräsentativen Vertretung Bayerns nach innen und aussen befähigt sind»,³¹⁸ sie wurde als «freiwilliger Beitrag des Bayerischen Rundfunks» definiert und sollte zur Leistungssteigerung der bedachten Institutionen dienen.³¹⁹ Die Entscheidungsfreiheit des Rundfunks und damit die Abhängigkeit der beschenkten Institutionen blieb insofern erhalten, als sich «der Rundfunkrat ... bei den jährlichen Zuwendungen nach dem Ablauf der ersten Zuwendungsperiode entscheiden (wird), ob aufgrund der Leistungen die Zuweisungen bleiben oder verändert werden».³²⁰ Dass der Rundfunkrat sich zu diesem Zeitpunkt schon darüber im klaren war, dass diese Gelder zur Etatdeckung und nicht zur Leistungssteigerung verwendet werden würden,³²¹ zeigt sich jedoch ebenfalls bereits hier: «Es bestand Einigkeit, dass die Kulturhilfe sofort einzusetzen hat, da infolge der Einschränkung von Seiten des Staates hohe Gefahr für den Weiterbestand der Institutionen vorliegt.»³²² Den Umfang der Kulturhilfe legte man auf sechs bis acht Prozent der Einnahmen des Rundfunks fest.³²³ Auch die Institutionen, die diese Förderungen erhalten sollten, bestimmte man;³²⁴ aufschlussreich für die Art der Verteilung ist dabei, dass die staatlichen Bühnen Münchens allein mehr als die Hälfte der Gelder erhielten – ein Beweis für den Einfluss des Staates im Rundfunk? Staatssekretär Sattler und andere Vertreter des Staates im Rundfunkrat³²⁵ waren an dieser Aufteilung der Gelder sicherlich nicht ganz unbeteiligt. Doch zurück zur «Politisierung» der Kulturhilfe; bereits in dem Schreiben vom Mai 1949, in dem der Stadt die freudige Botschaft einer Zuwendung aus den Mitteln der Kulturhilfe an die Münchner Philharmoniker mitgeteilt wurde, machte der Rundfunk den Versuch, seine Möglichkeiten auszureizen:³²⁶

«Da die Zuwendungen des Bayerischen Rundfunks an die Stadt München eine ausserordentliche Hilfeleistung bedeuten, hält es der Rundfunk für sinnvoll und angebracht, sie mit einer Auflage zu verknüpfen, das heisst ihre Gewährung davon abhängig zu machen, dass die Stadt München den Bedürfnissen des Rundfunks in Bezug auf Zuzug und Wohnungsbeschaffung

seiner von auswärts anzustellenden Mitglieder tatsächlich und wirkungsvoll entgegenkommt. Ausserdem müssen über die öffentlichen Konzerte des Rundfunks und über die Termine und die Benutzung der Konzertsäle noch für den Rundfunk annehmbare Vereinbarungen gefunden werden.»³²⁷

Diese Formulierung, die verständlicherweise auf heftige Kritik der Stadt stiess, musste der Rundfunk Ende Juni 1949 dann zurücknehmen. So teilte der Rundfunkratsvorsitzende Alois Johannes Lippi nach entsprechenden Debatten im Rundfunkrat der Stadt mit,

«... dass die ... gemachte Auflage nicht als solche zu nehmen ist, sondern als ein Wunsch des Bayerischen Rundfunks gelten soll, dessen wohlwollende Berücksichtigung wir dem Stadtrat der Landeshauptstadt München ans Herz legen... Ich ... möchte ausdrücklich feststellen, dass aufgrund der Meinung des Rundfunkrates die Zuweisung der Kulturhilfe damit in keinen ursächlichen Zusammenhang zu bringen ist».³²⁸

Im Jahr 1954, nachdem der Machtkampf zwischen Rundfunk und Stadt offenbar weitgehend zu Gunsten des Rundfunks entschieden war, vermutete jedoch Generalmusikdirektor Rieger, «dass die Gefahr des Abbröckelns der finanziellen Unterstützung, nachdem man alles erreicht hat, gegeben ist».³²⁹ Vergleicht man das Einlenken des Jahres 1948 mit der selbstbewussten Haltung des Jahres 1954,³³⁰ so wundert man sich nicht über diese Sorge.

Die Kulturhilfe des Rundfunks, sei sie nun mit Auflagen verbunden oder nicht, bildete jedoch ab 1949 das feste Rückgrat der Philharmoniker und erfüllte so den vom Rundfunkrat vorgesehenen Zweck: sie erhielt einen wertvollen Klangkörper, dessen Tätigkeit im Konzertsaal und im Rundfunk zur Bereicherung des musikalischen Lebens beitrug. Wurde die Kulturhilfe – wie 1950 durch die vorgesehene Besteuerung des Rundfunks³³¹ – in Frage gestellt, gerieten die verarmten Kulturinstitute sofort in Existenznot. So musste Bürgermeister von Miller 1950 zugeben, dass die Kulturhilfe ein tragendes Element des bayerischen Kulturlebens geworden war: «Ein Wegfall der Kulturhilfe sei kaum denkbar, da die meisten bayerischen Kulturinstitute damit vor dem Ruin stehen würden»;³³² auch Staatssekretär Sattler betonte, «dass die Kulturhilfe nicht nur für die Philharmoniker sondern für 20 Kulturinstitute in Bayern eine Existenzfrage sei. Wenn die Kulturhilfe wegfalle, stünden diese 20 Institute und damit das gesamte bayerische Kulturleben vor dem Ruin».³³³ Dies nur als Macht-Machination des Rundfunks zu deuten, hiesse die Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Es bleibt aber das Faktum bestehen, dass dem Rundfunk auf diesem Wege innerhalb ganz kurzer Zeit ein überproportional starker Einfluss auf das Kulturleben zufiel, den er auch wohl zu nutzen wusste.

Der Rundfunk als Arbeitgeber

Wichtig für die Sicherung der Orchester war der Rundfunk jedoch nicht nur als Mäzen, sondern auch als Arbeitgeber; die Stadt setzte sich deshalb nachdrücklich für eine garantierte Festabnahme der philharmonischen Konzerte für Rundfunkübertragungen ein. Im August 1949 konnte man dabei durchaus stattliche Erfolge verbuchen: Eine Abnahme von 24 Konzerten wurde den Philharmonikern zugesichert.³³⁴

Auch Bürgermeister von Miller zeigte sich zufrieden: «Es wäre anzuerkennen, dass die Münchner Philharmoniker nunmehr dem Rundfunk gegenüber eine Stellung einnehmen würden, wie sie anderen Orchestern gegenüber einem grossen Rundfunkorchester nicht eingeräumt sei.»³³⁵

Tatsächlich machten vor allem in Berlin und Hamburg die Rundfunkorchester den traditionellen Instituten noch weit gnadenloser Konkurrenz als in München; dort ging die Einschaltung des Rundfunks ins öffentliche Konzertleben weitgehend ohne Kulturhilfe und Konzert-Festabnahmen vor sich.³³⁶ Auch dies ist bei der Beurteilung der damaligen Rolle des Bayerischen Rundfunks wichtig: Er stand durchaus noch im «sozialeren» Lager der Rundfunkanstalten.³³⁷ Andererseits ging man in Bayern nur etwas geschickter vor, denn in den Jahren bis 1954 wurden diese Rechte der Stadt wiederum stark beschnitten: Waren es 1949 noch fest garantierte vierundzwanzig Konzerte gewesen, blieben davon im Vertrag von 1952 nur noch zwanzig, 1954 sogar nur mehr zwölf Programme übrig – wenn auch mit der Hoffnung auf weitere sechs Konzerte.³³⁸ Hinzu kamen allerdings noch Aufnahmen «zum Zwecke der Herstellung von Tonträgern»:³³⁹ 1 9 5 2 dreissig Programme, 1954 nur noch fünfundzwanzig.³⁴⁰ Der Rundfunk hatte sich auf diese Weise zum wichtigsten Finanzier der Philharmoniker gemacht, nur noch zehn Prozent der Einnahmen des Orchesters entfielen 1953 auf die eigentliche Konzerttätigkeit.³⁴¹

Der Rundfunk als Konkurrent

Diese für ein Konzertorchester eigentlich untragbare Situation hatte sich auch aus der öffentlichen Tätigkeit des Rundfunkorchesters ergeben, das so mit den Philharmonikern fast die Rollen tauschte. Die heftige Debatte um diese Konzerttätigkeit wird verständlich, betrachtet man die Gesamtzahl der von drei Orchestern veranstalteten öffentlichen Konzerte, die in dieser geldknappen Zeit auf die Münchner einprasselten: für das Spieljahr 1949/50 waren 80 bis 100 geplant oder in Ausführung.³⁴² Vergleicht man die in den ersten Gesprächen zwischen Rundfunk und Stadt genannte Zahl von sechs bis acht öffentlichen Konzerten ohne Abonnement³⁴³ mit den von Jochum geforderten (und am Ende auch durchgesetzten) zwölf Abonnement-Doppelkonzerten, versteht man die fast hysterische Reaktion der Stadt.³⁴⁴ War im Mai 1949 noch von elf Konzerten mit Vorkonzerten die Rede,³⁴⁵ die Jochum plane, schien sich dies im August 1949 auf acht Konzerte mit Vorkonzerten beschränken zu lassen.³⁴⁶ Bei den erneuten Fusionsverhandlungen im Februar 1950 versteifte sich Jochum jedoch wieder so sehr auf zwölf Abonnement-Doppelkonzerte, dass sogar Intendant von Scholtz ihm in den Rücken fiel³⁴⁷ und die Zahl der Konzerte, aber nicht das Abonnement in den Vordergrund der Bedingungen des Rundfunks stellte.

Am Ende hatte Jochums Hartnäckigkeit jedoch Erfolg: Das Rundfunkorchester führte zwölf Abonnement-Doppelkonzerte durch.³⁴⁸ In dieser Situation ist es nicht verwunderlich, dass von Seiten der Stadt sogar Zweifel an der rechtlichen Grundlage der öffentlichen Rundfunkkonzerte laut wurden:

«§2 des Rundfunkgesetzes vom 10.8.1948 bezeichnet als Zweck des Bayerischen Rundfunks ausschliesslich die Veranstaltung und die Vermittlung von Sendungen über die von ihm betriebenen Anlagen. Darüber hinaus sind also dem Rundfunk irgendwelche musikalischen Auf-

gaben weder gestellt noch erlaubt. Jede Konzerttätigkeit des Rundfunks, die nicht zur Verbreitung über die ihm angeschlossenen Sender dient, ist gesetzwidrig.»³⁴⁹

Besonders erbitternd war für die Stadt dabei die Praxis des finanziell von Konzerteinnahmen nicht abhängigen Rundfunks, in den ersten Jahren einen Grossteil seiner Konzertkarten zu verschenken oder zu Schleuderpreisen abzugeben. Auch hier konnte erst mühsam eine Einigung erzielt werden.³⁵⁰

Die Programmgestaltung des Rundfunkorchesters

Ein weiterer, nicht weniger umstrittener Diskussionspunkt betraf die Programmgestaltung von Philharmonikern und Rundfunkorchester. Besondere Brisanz erhielt er dadurch, dass in der Presse und im Publikum darüber eifrig diskutiert wurde und gerade die Stadt München immer leicht in den Verdacht allzu konventioneller Programme geriet.³⁵¹ In einem Artikel der «Neuen Zeitung» sah man deshalb auch eine der wichtigsten Aufgaben des Rundfunks darin, «in strenger Arbeitsteilung jede Konkurrenz in der Programmgestaltung (zu) meiden, also die öffentlichen Konzerte seines Orchesters der Neuen Musik vor(zu)behalten.»³⁵² Der Bayerische Rundfunk war diesem Anspruch bereits insofern gerecht geworden, als er seit 1947 das Patronat über Karl Amadeus Hartmanns «Musica viva»-Konzertreihe übernommen hatte, die er «durch ideelle, praktische und wirtschaftliche Beihilfe wesentlich förderte.»³⁵³ wie Karl Amadeus Hartmann 1950 schrieb. Auch die Philharmoniker konnten bei derartigen Konzerten, «gerade wenn das Programm etwas ausgefallen» war, fast immer sicher sein, dass diese «ohnehin vom Rundfunk übernommen werden».³⁵⁴ Insofern hatte hier schon ein sanfter Druck auf die Programmgestaltung der Philharmoniker stattgefunden: Finanzielle Ausfälle bei weniger gängigen Stücken wurden vom Rundfunk abgedeckt, Moderne war spielbar geworden. Dies stellt eine ausserordentlich positive Leistung des Rundfunks dar, der für die Moderne Musik zu einem Mäzen bester Art wurde – ganz ohne den negativen Beigeschmack, den der «Mäzen Rundfunk» im Zusammenhang mit seiner Kulturhilfe-Verteilung erhalten hatte.

Ein Blick über die Grenze, nach Österreich, zeigt hierbei ex negativo auf, welche wichtige Bereicherung das musikalische Leben Deutschlands durch diese Aktivitäten des Rundfunks erfahren hatte.³⁵⁵

«Das berufene öffentliche Integrationsmittel neuer und zum Teil auch schwierig fassbarer Ideen, das mit ausreichender finanzieller Dotierung ... darüber wirtschaften könnte, ob die anspruchsvolle Darbietung an einen Hörerkreis von Zehntausenden oder nur an wenige hundert appelliert, ist in Österreich schmachvoll verkümmert: der Rundfunk... Die Zentren lebendiger Diskussion, die sich in Deutschland um die Studios von Köln, München, Hamburg, Baden-Baden, Frankfurt, Stuttgart, Berlin ... gebildet und für die Streuung unkonventioneller Programme auch auf dem Gebiet der Musik erhebliche Bedeutung erlangt haben, fehlen bei uns.»³⁵⁶

Umso erstaunlicher und betrüblicher muss es für die durch Hans Rosbaud und Karl Amadeus Hartmann verwöhnten Freunde der modernen Musik gewesen sein, als sowohl Fritz Rieger,³⁵⁷ wie auch Eugen Jochum³⁵⁸ ihr Programm vorwiegend auf «todsichere Sachen»³⁵⁹ umstellten: Den Philharmonikern sass die Existenzangst im Nacken und Jochum wollte offenbar in dieser

ersten Spielzeit einen möglichst grossen Publikumsandrang erzielen.³⁶⁰ Auch unter günstigeren Umständen wäre aber bei der in München vorliegenden Konkurrenzsituation wohl jede Programmplanung auf der Strecke geblieben. Konkurrenz dieser Art wirkte also bestimmt nicht «belebend» auf das Münchner Konzertleben, wie es ein Optimist erhofft hatte, eher paralysierend.

Die Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Rundfunk, deren wichtigste Diskussionspunkte damit ausführlich dargestellt sind, lassen sich zusammenfassend in folgende Phasen einteilen:

August 1948 bis März/April 1949. Erste Verhandlungen, Entwickeln der möglichen Lösungsmodelle. Abschluss dieser Phase durch die Berufung von Rieger und Jochum und die vorläufige Zusicherung von Kulturhilfe und Konzert-Festabnahmen durch den Rundfunk.

April 1949 bis Februar 1950. Weitere Verhandlungen über eine mögliche Fusion, die aber durch die starre Haltung Jochums und die ablehnenden Stellungnahmen der Presse ebenso erschwert werden, wie durch die zwiespältigen Auffassungen der Stadträte.³⁶¹ Den formalen Abschluss findet diese Phase durch den Vertrag zwischen Rundfunk und Stadt vom 1.4.50,³⁶² über den jedoch durchaus nicht alle Beteiligten glücklich waren. So entwickelte vor allem Staatssekretär Sattler in dieser Zeit noch ein eigenes, ihm machbar erscheinendes Lösungsmodell.³⁶³

April 1950 bis April 1952. Zwischen den Vertragspartnern kommt es zwar zu kleineren Reibereien und Umstrukturierungen, insgesamt scheinen aber beide Parteien nicht unzufrieden.³⁶⁴

April 1952 bis Ende November 1953. Stadtrat Bössl stellt durch seinen Antrag vom 1.4.52 wieder einmal die Existenz der Philharmoniker als städtische Institution in Frage.³⁶⁵ Die Debatte, ob die Philharmoniker re-privatisiert werden sollen oder nicht, dauert bis in den November 1953.³⁶⁶ Um sie entscheiden zu können, holt der Stadtrat im Mai 1953 das Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen ein, den der Deutsche Städtetag empfohlen hatte.³⁶⁷ Der Gutachter plädiert für eine Beibehaltung des Orchesters in städtischer Regie – ein Votum, dem sich der Stadtrat im November anschliesst.³⁶⁸

Dezember 1953 bis Anfang 1954. Zur gleichen Zeit kündigt der Rundfunk sein Vertragsverhältnis mit der Stadt und verlangt eine für ihn günstigere Neufassung, die die Stadt auch zugestehen muss.³⁶⁹ Hier ist zu erkennen, dass inzwischen die eigentliche Phase der Auseinandersetzung bereits vorüber war: Der Rundfunk hatte sich etabliert und wurde als kulturpolitischer Machtfaktor hingenommen. Die Stadt war von ihm auch bereits soweit abhängig, dass sie dem Abbau ursprünglich zugestandener Rechte nicht mehr widersprechen konnte oder wollte.

Ein aufschlussreiches Phänomen ist gewissermassen am Rande der Auseinandersetzung zwischen Rundfunk und Stadt festzustellen: Die Haltung der politischen Parteien war, wie häufig bei kommunalpolitischen Problemen, keineswegs einheitlich. Einzig die KPD-Fraktion und die FDP-Fraktion stellten sich geschlossen gegen eine Fusion der Münchner Philharmoniker mit dem Rundfunkorchester;³⁷⁰ die Presse und die Gewerkschaften (vor allem Max Wöner) unterstützten diese Entscheidung und auch Bürgermeister von Miller und Hans Ludwig Held plädierten für einen Erhalt des Orchesters. Für eine Fusion hingegen sprachen sich die Bayern-

partei und die Fraktion Hollerer (WAV) aus. Innerhalb der entscheidenden grossen Parteien CSU und SPD gab es keine Einigkeit. Beide Fraktionsvorsitzenden teilten zwar mit «sie würden sich dafür einsetzen, die Philharmoniker ‚wenn irgend möglich‘ zu erhalten»,³⁷¹ die CSU hatte in Edgar Hanfstaengl jedoch einen ebenso entschiedenen Gegner wie die SPD in Rudolf Bössl einen entschiedenen Befürworter der Fusion.³⁷² Bössl vertrat diesen Standpunkt auch 1952 in seinem Antrag, die Philharmoniker zu reprivatieren.³⁷³ Als Höhepunkt seiner Kritik an der grossen Zuschusslast für Kulturzwecke schlussfolgerte er:

«Wer dieses Zahlenwerk objektiv prüft, der muss zwangsläufig zu der Erkenntnis kommen, dass die Steuergelder der Münchner Einwohner für ein Orchesterunternehmen in einem Masse beansprucht werden, das auch bei wohlwollendster Einstellung hierzu nicht mehr verständlich erscheint... Diese Erkenntnis wirkt umso bitterer als feststeht, dass von den Veranstaltungen der Münchner Philharmoniker nur ein geringer Teil der Münchner Bevölkerungsschichten angesprochen wird und die Unterhaltung eines solchen Orchesters überhaupt keine gemeindliche Aufgabe darstellt; sie wirkt umso befremdender als feststeht, dass die Stadt München noch vor der Lösung von wirklichen Gemeindeaufgaben steht, die vordringlichster Art sind und auch unter den Begriff ‚Kultur‘ fallen. Zu diesen Aufgaben zählen die Beseitigung aller Elendsfälle auf dem Gebiet des Wohnungswesens, die Erstellung von Schulhäusern bzw. Schulsälen und vor allem die Schaffung eines menschenwürdigen Lebens für die Münchner Einwohner, welche seit Jahren ein Hungerdasein führen müssen.»³⁷⁴ In Kurzfassung brachte Bössl also die Meinung zum Ausdruck: Brot (hier: Wohnungen) statt Spiele. Damit dürfte er auch anderen Stadträten aus der Seele gesprochen haben, die ihr Unbehagen über die hohen Kulturausgaben bei gleichzeitigem Elend nur schwer verbergen konnten. Betrachtet man die Sitzungen des Kulturausschusses so erkennt man, dass auch diese Position quer durch die im Stadtrat vertretenen Parteien Befürworter fand.

All dies bildet aber nur den Hintergrund für die Diskussion um den Rundfunk und seine zukünftige Position gegenüber der Kultur in den Grossstädten. Die negative Rolle, die er neben seiner zweifelsfrei positiven Mäzenatenrolle in diesen Jahren spielte, fasst der Gutachter Moraht 1953 gut zusammen: «Der Rundfunk hat übrigens in dreierlei Hinsicht die Pflege der klassischen Musik durch eigene Kulturorchester der Städte gestört. Einmal durch die Entwicklung des Funks schlechthin, zum anderen durch die mit Hilfe von hohen finanziellen Unterstützungen unnatürlich entwickelte öffentliche Konzerttätigkeit ausserhalb des Funkhauses und letztlich durch eine auf der Grundlage übertriebener Gehälter aufgebaute interne Personalpolitik und Verpflichtung auswärtiger zugkräftiger Solisten.»³⁷⁵

Eine neu entstehende Institution, die vor einem festen Gefüge traditioneller Privilegien und Aufgabenverteilungen steht, muss zwangsläufig in Konflikte geraten, wenn sie ihre Position ausbauen will. Insofern hatte Moraht recht, wenn er die «Entwicklung des Funks schlechthin» verantwortlich machte. In München lief dieser spannende Prozess der Etablierung der «Newcomers» Rundfunk offenbar noch nicht einmal so problematisch ab wie in Hamburg oder Berlin. Doch lässt sich an diesem Beispiel gut der Vorgang einer solchen «Machtergreifung» aufzeigen.

Die Förderung des Münchner Musiklebens

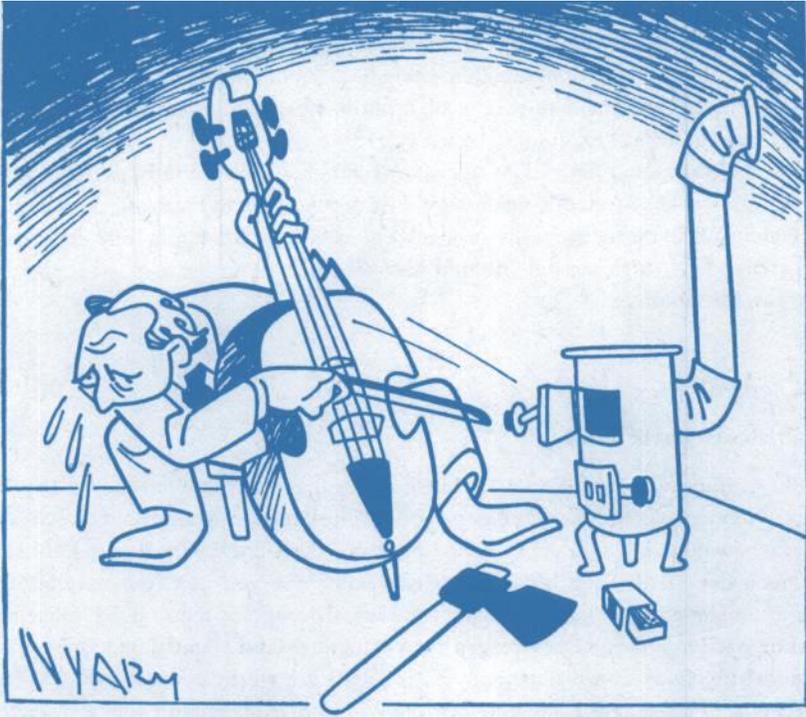
«Deutschland war das grösste Musikland der Welt. Sogar die grössten ausländischen Künstler mussten sich, ehe sie Weltgeltung errangen, in Deutschland ausweisen. Die Laien-Musikpflege ernster Musik war weit verbreitet, das Chorwesen blühte, auch mittlere und kleinere Städte gaben regelmässig Konzerte. Dieser Zustand hat sich bedauerlich verschlechtert. Länder und Städte müssen Massnahmen ergreifen, um ... zurückzugewinnen, was verloren ist...»³⁷⁶

So heisst es am Anfang eines Berichts des Deutschen Städtetags von 1951, der die «Konzertwirtschaft» zum Thema hat. Drei, vier Spitzenleistungen machen noch keine Kultur – auch nicht in der Musik. Der Boden, auf dem Talente und Begabungen, möglicherweise in der Folge sogar Spitzenleistungen,³⁷⁷ wachsen können, ist die «Musikkultur», das breite Spektrum musikalischer Betätigung ausserhalb der grossen Berufsorchester. Hier entwickelt sich auch ein sachverständiges Konzertpublikum, das wiederum die Berufsmusiker zu Höchstleistungen anspornt.

Dieses diffizile Geflecht aus Interesse, Begabung, Organisation und Freude, das ein funktionierendes Musikleben ermöglicht, war durch den Krieg jäh unterbrochen worden. Chorsänger, Laienmusiker und Instrumentalisten ohne gute Beziehungen oder feste Anstellungen wurden zur Wehrmacht eingezogen, Luftangriffe und Kriegselend machten Proben und Aufführungen schwierig oder unmöglich.³⁷⁸ Dennoch war man sich der Bedeutung des Laienmusizierens durchaus bewusst. So stammt eine sehr gute Beschreibung der Rolle und Funktion dieser Ebene des Musizierens von einem der Münchner Musikbeauftragten der NS-Zeit, Carl Ehrenberg:

«Es besteht kein Zweifel, dass gerade die Laienorchester eine wichtige Aufgabe zu erfüllen berufen sind, da sich in ihnen – ohne jede Spekulation auf persönliche materielle Vorteile – musikbegeisterte Menschen zu gemeinsamer Leistung zusammenschliessen und diese Leistung in der Pflege guter Musik erblicken. Dadurch bilden sie eine Brücke zwischen dem Berufsmusiker und dem Publikum, zwischen Ausübenden und Zuhörern, und da sie selbst ausübend sind, bilden sie aus Liebe zur Musik den besten Teil der Zuhörerschaft in den Konzerten, in die sie auch ihren Anhang hineinziehen.»³⁷⁹

Aber nicht nur Laien befinden sich ausserhalb der Gruppe der Musikschaffenden, die als nationale oder internationale Elite bezeichnet werden kann. Auch viele Sänger, Dirigenten, Instrumentalisten und Komponisten müssen sich ihren Lebensunterhalt ausserhalb der doch relativ sicheren kommunalen, staatlichen oder rundfunkeigenen Orchester verdienen, und gehören dabei nicht zu den wenigen Grössen des Musikmarktes, um die sich die Veranstalter reissen. In den Akten der städtischen Kulturverwaltung finden sich oft zu Herzen gehende Briefe, Gesuche und Bewerbungen, die ein grelles Licht darauf werfen, dass der Typus des «armen Künstlers» keineswegs ausgestorben ist.³⁸⁰ Manchmal fiel den Verantwortlichen die Entscheidung schwer, ob in einigen Fällen nicht eher das Sozialamt zuständig wäre; so wandte sich beispielsweise ein Opern- und Konzertsänger an Prof. Held und bat um Unterstützung: «... Der Winter steht vor der Tür und mir fehlen auch die Mittel, um mich mit Heizmaterial versorgen zu können... Ich bin gern bereit, einen eventuell gewährten Unterstützungsbetrag in einer gegebenenfalls von Ihnen vorzuschlagenden Form abzuverdienen...» Der Sänger legte

Largo Lamentoso

«Nun lebe wohles wär' zu schön gewesen –
Es ist so kalt, es hat nicht sollen sein ...!»

einen Zeitungsausschnitt bei, der sich unter der Überschrift «Hamlet vor dem Arbeitsamt» mit der Not vieler Künstler beschäftigte und in dem sein Fall beschrieben wurde:

«Ein Sänger mittleren Alters, langjähriges, bewährtes Mitglied an ost- und mitteldeutschen Bühnen, sitzt heute mit einer vierköpfigen Familie in München. Das Kriegsende, die Schwierigkeiten der Umsiedlung, der Wohnungsbeschaffung ... all das hat ihn für lange Zeit beschäftigt und gegenüber anderen Kollegen ins Hintertreffen gebracht... Die Not zwang ihn, eine schlecht bezahlte Bürostellung anzunehmen. .. Geld für Reisen und Konzerte fehlt. Die Aussicht, ein Engagement zu finden, wird mit jedem Jahr geringer.»³⁸¹

Manchmal halfen in solchen Fällen Empfehlungen oder kleine Unterstützungen über das Schlimmste hinweg.³⁸² Die Zeit nach der Währungsreform traf jedoch vor allem diese Gruppe sehr hart.³⁸³ Der Kulturpolitiker stand dabei oft vor der schwierigen Entscheidung zwischen Qualität und sozialer Notwendigkeit.

Ein Auffangbecken bildeten in dieser Situation teilweise Vereine, Verbände und Gesellschaften, die sich der Musik verschrieben hatten; auch hier findet sich ein breit gefächertes Spek-

trum, das von dem städtisch unterstützten, altherwürdigen «Verband Münchner Tonkünstler» über Volksmusikvereinigungen bis zu Männergesangsvereinen reichte.³⁸⁴ Auch die Stadt hatte dort eher die Möglichkeit, Unterstützungen zu verteilen: Einem eingetragenen Verein, der mit verantwortlichem Geschäftsführer und ordentlichen Jahresberichten überschaubar erschien, waren Förderungen leichter zuzuteilen als Einzelpersonen; vergleichbare Probleme zeigten sich im Bereich der bildenden Kunst, der Malerei und der Literatur.³⁸⁵

Die Frage nach der Möglichkeit oder Notwendigkeit kulturpolitischer Eingriffe in dieses Reservat des «freien Künstlertums» ist durchaus nicht eindeutig zu beantworten. Daher soll an dieser Stelle aufgezeigt werden, wie die Stadt mit den hier sich dennoch stellenden Aufgaben umging und nach welchen Kriterien Unterstützung oder Hilfe gewährt wurde.

Die Chormusik

Der Philharmonische Chor

Für die Aufführung vieler Werke der Musikkultur genügt ein Orchester nicht; Beethovens Neunte Symphonie und die grossen Oratorien oder Requiens sind nicht ohne Chor zu bewältigen. Daher gehörte die Förderung des Chorwesens zu den kulturellen Aufgaben der Stadt. Eine besondere Rolle unter den von der Stadt unterstützten Chorvereinigungen spielte der «Philharmonische Chor»,³⁸⁶ da dieser den Philharmonikern zur Wiedergabe von Chorwerken zur Verfügung stand³⁸⁷ und damit eine wichtige Rolle im Münchner Konzertleben innehatte. Der Chor wurde überwiegend von Laien getragen, sein Kernstück bildete jedoch die von Chorleiter Rudolf Lamy³⁸⁸, gegründete und geleitete «Singgemeinschaft Rudolf Lamy»,³⁸⁹ in der sich vor allem Berufssänger befanden.

Die Vorschriften innerhalb des Chores verpflichteten die Chormitglieder zur strengen Disziplin: Fehlte ein Sänger oder eine Sängerin mehr als zweimal unentschuldigt, wurde er oder sie aus dem Chor ausgeschlossen; Stimmprüfung und Probezeit gingen der Anerkennung als Vollmitglied voraus.³⁹⁰ Dies ist bei einem Laienchor ebenso wie bei einem Laienorchester wohl die notwendige Voraussetzung für den Erfolg, denn nur durch kontinuierliche Arbeit kann eine Leistung erzielt werden, die gegenüber der der Berufsmusiker nicht zu weit abfällt.³⁹¹

Dies mag in Einzelfällen zu Härten geführt haben, da der Chor ja nicht nur eine Sängergemeinschaft war, sondern für seine Mitglieder auch Freizeitgestaltung und geselliges Zusammensein bedeutete; hierin unterschied sich der Philharmonische Chor kaum von anderen Chorvereinigungen. Neben den Proben und Aufführungen fanden sich die Chormitglieder privat zusammen: Sie veranstalteten Faschingsfeste mit «Programm», Ausflüge, Weihnachtsfeiern, gaben zeitweise eine «Chorzeitung» heraus und entwarfen Plakate,³⁹² führten also auch eine Art Club-Leben. Der überwiegende Teil der Chormitglieder bestand aus Frauen;³⁹³ dies ist nicht verwunderlich in jenen Jahren des Frauenüberschusses, als viele der Männer gefallen waren oder sich noch in Kriegsgefangenschaft befanden. Vielen der Sängerinnen und Sänger war in dieser Zeit der Chor zum Lebensinhalt geworden.³⁹⁴

Finanziell brachte die Mitgliedschaft im Philharmonischen Chor keine Erträge; Entschädigungen wurden kaum bezahlt und sogar die Kosten der Strassenbahnfahrten zu den Proben und Aufführungen mussten die meisten Chormitglieder selbst tragen.³⁹⁵ Dennoch setzte sich der Philharmonische Chor aus Musikliebenden aller Bevölkerungsschichten zusammen. Gerade beim Philharmonischen Chor befanden sich im «Gegensatz zum Lehrergesangsverein sehr viele Arbeitslose, Studenten und andere minderbemittelte Kreise»,³⁹⁶ wie es in einem Schreiben von 1953 heisst. Die Erwerbslosen unter den Chormitgliedern erhielten wenigstens ihre Strassenbahnkosten ersetzt.³⁹⁷

Als der 1953 von der Stadt München angeforderte Gutachter, Ernst-Eberhardt Moraht, auch hier Einsparungen verlangte,³⁹⁸ errechneten die Chormitglieder für das Rechnungsjahr 1952/53 einen Posten von 1084,40 DM als Strassenbahnkostenersatz. Nicht ohne Sarkasmus wirkt der dieser Rechnung hinzugefügte Gedanke: «Dieser letzte Betrag erscheint bei den Verkehrsbetrieben wieder als Einnahme. Darüber hinaus bringen die restlichen 180 Chormitglieder während des ganzen Jahres den städtischen Verkehrsbetrieben weitere Einnahmen, die den ganzen Aufwand der Stadt wieder ersetzen, wenn auch in anderer Form.»³⁹⁹ Rechnet man diese «Strassenbahneinnahmen» für die restlichen 180 Mitglieder formal durch, kommt man tatsächlich auf eben die 5'000,- DM, die den Berufssängern des Chors als Aufwandsentschädigung von der Stadt bezahlt wurden.⁴⁰⁰ Bescheiden genug nehmen sich die Honorare dieser Sänger aus: «Aus der Singgemeinschaft Lamy erhalten 20 Herren für die letzten Proben vor einer Aufführung DM 2,- und für die Aufführung selbst DM 6,-.»⁴⁰¹ Hätten die Sänger nicht aus Idealismus und Freude am Gesang im Chor mitgewirkt, wären die wenigen von der Stadt zugestandenen Freikarten für Konzerte der Philharmoniker⁴⁰² bestimmt auch kein Anreiz gewesen.

Umso imponierender wirkt die Erfolgsbilanz aus dem Jahre 1951, die aus Anlass der «5. Wiederkehr des Neugründungstages» veröffentlicht wurde:⁴⁰³ 64 Aufführungen von fünfzehn Werken, weitere sieben Konzerte mit geistlicher Musik, Mitwirkung bei «Musica viva»-Konzerten, bei Rundfunk-, Schallplatten- und Filmaufnahmen. Nicht zu vergessen sind dabei die zwei bis drei Proben, die wöchentlich nötig waren und Lamys grosser persönlicher Einsatz.⁴⁰⁴ Hinzu kam auch in diesem Bereich die Konkurrenz des Rundfunks⁴⁰⁵ und der «Musikalischen Akademie»,⁴⁰⁶ von anderen grossen Münchner Chören einmal ganz abgesehen.⁴⁰⁷ Die Hauptschwierigkeit bestand dabei in der Koordination der verschiedenen, vielmehr allzu gleichartigen Wünsche: Keiner wollte auf die einnahmeträchtigen Aufführungen von Beethovens Neunter Symphonie, der Matthäus-Passion oder der Requien von Mozart, Verdi und Brahms verzichten.⁴⁰⁸ Da für die Aufführung dieser Werke aber vor allem die Feiertage um Allerheiligen und Ostern in Frage kamen, stand man schier unlösbaren Terminproblemen gegenüber,⁴⁰⁹ die nur zu beseitigen waren, indem einer der Beteiligten nachgab oder auswich. Diese Probleme führten-als Notlösung – auch zu den grossen Aufführungen der Matthäus-Passion in Oberammergau durch die Münchner Philharmoniker und den Philharmonischen Chor.⁴¹⁰ Die Spesen für ein solches Arrangement benachteiligten aber selbstverständlich denjenigen, der ausweichen musste – wieder einmal spielten finanzielle Überlegungen für die Stadt eine grosse Rolle.⁴¹¹

Städtische Förderung der Chormusik

Der dem Philharmonischen Chor gewährte Zuschuss von 13'000- DM⁴¹² jährlich bildete allerdings die grosse Ausnahme. Andere Chöre wurden von der Stadt mit wesentlich geringeren Zuschusssummen bedacht, mussten sich dafür aber in ihrer Programmgestaltung nicht nach der Stadt richten. Auch hier hatte offensichtlich eine Konzentrierung der städtischen Zuschüsse stattgefunden: Geht man von einer Zusammenstellung des Jahres 1931 aus,⁴¹³ dann sieht man, dass damals nicht nur die «Konzertgesellschaft für Chorgesang», also die Vorgängerin des Philharmonischen Chors, mit Zuschüssen bedacht worden war, sondern auch der «Münchener Bach verein», der «Chorverein für evangelische Kirchenmusik», der «Münchener Domchor», etliche «Volkschöre» und andere «Sängerkartelle» oder «Sängervereinigungen».⁴¹⁴ In den dreissiger Jahren waren dann ebenfalls 10'000,- DM jährlich zur «Förderung Münchener Chorvereinigungen»⁴¹⁵ angesetzt; die «Zersplitterung des Chorwesens», die Walter Courvoisier bereits in den zwanziger Jahren beklagt hatte,⁴¹⁶ fand erst später ein Ende.

Der Krieg führte hier zu schweren Einbrüchen; auch die Zuschüsse stagnierten. Das bedeutet aber nicht, dass in diesen Jahren nicht viele musikbegeisterte Menschen in Chören gewirkt hätten. Hinweise auf die Zusammensetzung kleinerer Chöre machen dies deutlich: So sangen beispielsweise im Kirchenchor des Münchner Stadtviertels Grosshadern 55, in der unter gleicher Leitung stehenden «Rheinberger Chorvereinigung» 54 Mitglieder. Nur drei Sänger des Kirchenchors und fünf der Chorvereinigung hatten der NS-Partei angehört. Beide Chöre umfassten mehr als die Hälfte geborene Münchner, viele davon gaben als Geburtsort sogar «Grosshadern» an. Beruflich lag der Schwerpunkt bei Schülern, Studenten, Hausfrauen und mittleren Angestellten; im Kirchenchor überwogen dabei die Schüler und Studenten, in der Chorvereinigung die Angestellten. Aber auch Berufe wie Schneiderin, Kaufmann, Kraftfahrer, Gärtner, Kunstmaler, Archivar, Vertreter und sogar Lokomotivführer waren vertreten, von dem unvermeidlichen Pfarrmessner einmal abgesehen. Die Altersschwerpunkte verteilten sich in beiden Chören jedoch sehr unterschiedlich: In der Chorvereinigung sangen fast dreissig Sänger und Sängerinnen der Jahrgänge 1878 bis 1903, im Kirchenchor nur sechzehn, von denen der älteste im Jahr 1893 geboren war. Dafür wies die Chorvereinigung nur vier Mitglieder der Jahrgänge 1924 bis 1934 aus, der Kirchenchor hingegen achtzehn.⁴¹⁷ Die Freude am Chorgesang zog sich also durch die unterschiedlichsten Alters- und Berufsschichten; kulturpolitisch spielte sie jedoch keine wichtige Rolle.

Interessierter, wenn auch nicht vorbehaltlos positiv stand die Stadt dem Auftreten grosser und repräsentativer Chöre von ausserhalb gegenüber. Einerseits bildeten diese eine unerwünschte Konkurrenz,⁴¹⁸ andererseits kosteten sie die Stadt nicht viel und brachten Publicity. So gastierten in München der «Römische Kirchen-Chor», für den die Stadt auch einen Empfang gab,⁴¹⁹ die «Regensburger Domspatzen»⁴²⁰ und der «Liederkranz Milwaukee» (ein deutsch-amerikanischer Sängerbund).⁴²¹ Wenn möglich wurden jedoch Gesuche um Gastspiele abgelehnt,⁴²² auch wenn sie für die Stadt keine finanzielle Belastung bedeuteten hätten.

Gastkonzerte

Ähnlich schwierig gestalteten sich oft auch Gastkonzerte reisender Orchester.⁴²³ Welche Methoden dabei angewandt wurden, zeigt das bereits erwähnte Rundschreiben des Deutschen Städtetages zu dem Thema «Konzertwirtschaft»:⁴²⁴

«Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gelehrt, dass die öffentlichen Konzertinstitutionen sich vielfach über Einnahmeausfälle beklagen, die durch den Zulauf des Publikums zu attraktiven in- und ausländischen Gastspielunternehmungen ... entstehen. Es würde dem Prinzip freier Kunst- und Persönlichkeitsentfaltung und Wettbewerbs widersprechen, wenn hier mit offenen oder versteckten Verboten oder Saal-Entziehungen operiert würde.. »⁴²⁵

Besonders heftig verlief in München die Auseinandersetzung mit den «Bamberger Symphonikern», mit denen die Stadt von Anfang an in schärfster Konkurrenz stand; der Grund dafür lag vor allem darin, dass sich mit den «Bamberger Symphonikern» ein ehemaliges und zukünftiges Weltklasse-Orchester (die Prager Deutsche Symphonie) in Bayern also in unmittelbarer Nachbarschaft der Münchner Philharmoniker etabliert hatte. Da die kleine Stadt Bamberg bei Weitem nicht das ausreichende Einzugsgebiet für die «Bamberger» bot (die sich auch nicht als städtisches Bamberger Orchester verstanden und erst relativ spät Zuschüsse bekamen), lag der Gedanke an Konzerte in der Bayerischen Landeshauptstadt nahe.⁴²⁶ Aber Bürgermeister Scharnagl kam bereits 1948 zu der Einsicht:⁴²⁷

«Ich bin der Meinung, dass wir das Konzertieren der Bamberger in München nicht verhindern können. So sehr ich auch das Konzertieren dieses Orchesters-besonders, wenn es sich wiederholt – als eine unerwünschte Konkurrenz erachte, so glaube ich doch, dass wir durch die Anwendung verschiedener Einsprüche und Mittel, um diese Konzerte zu verhindern, uns eine unfreundliche Stimmung in massgebenden Kreisen schaffen. Eine gewisse Grosszügigkeit dürfte daher am Platze sein...»;

auch Hans Ludwig Held meinte: «... Es ist mir klar, dass wir fremden Orchestern den Eintritt nach München nicht sperren können.. »⁴²⁸

Was der Stadt bei den Bamberger Symphonikern nicht möglich war – die sich ausserdem der Unterstützung des Rundfunks und, was noch wichtiger war, der der Vertriebenenvereinigungen sicher sein konnten – gelang in anderen Fällen sehr wohl. Zugrunde lag diesem Verhalten die von Bürgermeister Scharnagl 1948 deutlich zum Ausdruck gebrachte Meinung der Stadt, «... dass in der Durchführung des Münchner Konzertprogrammes die Stellung der Münchner Philharmoniker von jeher nach der Richtung gefordert und vertreten wurde, dass die Philharmoniker in der Hauptsache berufen sind, dieses Programm zu bestreiten.»⁴²⁹ Fremde Orchester sind in einer solchen Konzeption natürlich nur schwer unterzubringen. An Erwägungen dieser Art scheiterte beispielsweise auch ein Gastspiel des Amsterdamer Concertgebouw-Orchesters. Auf eine Anfrage der Konzertdirektion Winderstein hin meinte Fritz Rieger: «Es ist lächerlich, die Frage überhaupt ernsthaft zu diskutieren in einer Situation, in der die eigenständigen Kulturinstitute um ihre Existenz kämpfen müssen.»⁴³⁰ Ähnlich ungnädig behandelte er die Frage eines Gastkonzerts der Wiener Symphoniker unter Karajan;⁴³¹ auch Bürgermeister von Miller schrieb einen zwar gönnerhaften, aber deutlich ablehnenden Brief an die «Gesellschaft junger Künstler» in Zürich, die um die Möglichkeit eines Gastspiels nachgesucht hatte.⁴³² Eine der

seltenen Ausnahmen bildeten die Gastspiele der Berliner Philharmoniker, die «im Hinblick auf die hohe künstlerische und kulturelle Bedeutung dieses Orchesters» «wärmstens befürwortet» wurden.⁴³³

Private Münchner Orchester

In seiner düsteren Beschreibung der Münchner E-Musik-Szene vom August 1951 erwähnte von Miller auch, dass in München neben den Münchner Philharmonikern, dem Staatsorchester und dem Rundfunkorchester mit ihren jeweils angeschlossenen Kammermusikorganisationen «noch weitere private Orchester» bestünden, «die ebenfalls Symphonien oder Kammermusik veranstalten und hier hart um ihr Dasein ringen».⁴³⁴ Bei diesen Orchestern handelte es sich wohl vor allem um das «Münchner Kammer-Orchester»,⁴³⁵ um den «Kammerkonzerttrupp e. V. (im Bayerischen Volksbildungsverband)»,⁴³⁶ um das Symphonieorchester Kurt Graunke⁴³⁷ und, ab 1949, auch wieder um den Orchesterverein «Wilde Gungl».⁴³⁸ Die daneben noch bestehenden Gruppierungen, von denen sich viele mit Volksmusik befassten,⁴³⁹ waren nicht ganz so stark betroffen.

Ein Grossteil der Schwierigkeiten dieser Orchester hing damit zusammen, dass sie sich, bei der in München ohnehin gespannten Musiksituation, der Konkurrenz der drei grossen Orchester gegenübersehen, finanziell jedoch weder beim Engagement von Musikern, noch bei den laufenden Ausgaben mit hoch subventionierten Unternehmen mithalten konnten. Auch drückten diese die Preise, da sie zu wesentlich geringeren Garantiesummen auftreten konnten als solche Orchester, die sich allein aus ihren Einnahmen finanzieren mussten.⁴⁴⁰ Zwar beschäftigte der Rundfunk manchmal auch die kleineren Orchester⁴⁴¹ und Held kümmerte sich um sie,⁴⁴² ebenso das Kultusministerium⁴⁴³ – im Grunde genommen waren aber alle Beteiligten bereit, sollte ein Opfer nötig werden, eher diese Orchester als ihre eigenen zu opfern. Ein Beispiel dafür findet sich in einer der Besprechungen zwischen Stadt und Rundfunk aus dem Jahre 1950, in der der Rundfunkmann Rudolf Schneider-Schelde darauf hin wies, dass er bei einer Mehrbeschäftigung der Münchner Philharmoniker und der Bamberger Symphoniker keine Möglichkeit mehr sehe, «sonstige Orchester wie z.B. Graunke, weiter zu beschäftigen. Dadurch würden also zu Gunsten der Philharmoniker und der Bamberger Symphoniker andere Orchester zu Grunde gehen».⁴⁴⁴ Dies hatte die Stadt aber offenbar bereits einkalkuliert, jedenfalls bemerkte von Miller darauf nur kühl: «Diese Folge würde aber auch bei der von der Intendanz vorgeschlagenen völligen Übernahme der Münchner Philharmoniker eintreten.»⁴⁴⁵ Dem konnten die Mitglieder solcher Vereinigungen nur ihren Idealismus und ihre Arbeitsfreude entgegenstellen. Ein gutes Beispiel dafür bietet das «Münchner Kammerorchester», das sich am Ende ja auch durchsetzen konnte.⁴⁴⁶ Seine Gründung erfolgte, wie sein Dirigent Christoph Stepp erklärte, als Reaktion auf die Zeitumstände:

«Es gibt heutzutage nur noch wenige Orchester, die wirtschaftlich in der Lage sind, Nachwuchs in ihre Reihen aufzunehmen. Die bittere Erkenntnis, dass trotz aller Mühen und Erfolge eines langen, teuren Studiums, – dass trotz emsigen Fleisses und grossen Könnens keine Existenzmöglichkeit zu finden ist, führte zur Selbsthilfe. Es keimte der Gedanke, in einem eige-

nen Orchester, das nur den besten Nachwuchs in seine Reihen aufnimmt, eine Lebensgrundlage für alle die zu schaffen, die nach Abschluss ihres Studiums ohne eigene Schuld hilflos auf der Strasse stehen, nur weil man sie heute noch nicht braucht».⁴⁴⁷

Stapp erhoffte sich von der Stadt, dem Rundfunk und dem Staat die finanzielle Hilfe, die er zur Aufrechterhaltung des Orchesters brauchte: 3'700,- DM im Monat.⁴⁴⁸ Von Miller lehnte zwar den Zuschuss für das «stadtfremde Orchester» ab;⁴⁴⁹ aber auch er wollte gerne «dem jungen Orchester irgendwie helfen» und schlug «ideelle Hilfeleistung» vor.⁴⁵⁰ Noch konkreter war seine Stellungnahme von 1954:

«Ich musste von Anfang an Herrn Stapp darauf hinweisen, dass ich bei aller Wertschätzung des jungen Orchesters und des Dirigenten keine Möglichkeit einer Förderung durch die Stadt München sehe, weil die Stadt München ja bereits unter grossen Opfern ein eigenes Symphonie- und Kammerorchester unterhält. Die Erhaltung des Münchner Philharmonischen Orchesters ist eine traditionelle Verpflichtung, der sich die Stadt nicht entziehen kann»,⁴⁵¹ schrieb er an Hausenstein, der sich bei ihm für das Orchester verwendete.

An diesem Fall zeigten sich klar die Nachteile des grossen finanziellen Aufwandes, mit dem die Stadt ihr Orchester unterhielt: Andere Initiativen wurden erdrückt und finanziell ausgehungert. Obwohl dadurch möglicherweise die Qualität gewahrt blieb, bot dieses Verhalten keinen guten Nährboden für eine «Musikstadt».⁴⁵²

Die Volksmusikpflege

Auch die Volksmusik kam zu kurz, wurde sie doch erst langsam wieder salonfähig: Die Nationalsozialisten hatten es zu gut verstanden, populäre Volksmusik in ihr «Kulturprogramm» mit einzubeziehen.⁴⁵³ So lautete noch 1951 die ablehnende Stellungnahme des städtischen Verwaltungsbeamten Rogger über den «Festspiellmannszug München»:

«Diese Darbietungen beschworen jedenfalls in der Seele eines früheren Soldaten Reminiszenzen an glanzvolle und durchaus erinnerungswerte Erlebnisse und Tage; sie beschworen aber auch in der Seele eines stark individualistisch ausgeprägten Menschen das doch etwas bedrückende Bild von Paraden, Kolonnen und Feldzeichen; sie erinnerten nicht zuletzt an Tage, an denen von früh bis spät aus den Lautsprechern aller Häuser und öffentlichen Plätze nichts anderes zu hören war als diese teutonischen Klänge, die dann allenfalls ihre fragwürdige Krönung fanden mit der Verlautbarung: ‚Und nun spricht der Führer!‘»⁴⁵⁴

Hier und auch in anderen Fällen zeigte sich, dass die Grenze zwischen Volksmusik im eigentlichen Sinn und deutscher Marschmusik oft nur allzu fließend ist. Besonders bei den Blasmusikkapellen liegt die Gefahr der Überschneidung nahe. Daher wirkt Roggers Anliegen einleuchtend, bei «der evtl. Begründung einer Münchner Stadtmusik» jeden «militanten Charakter» zu vermeiden, «dessen Wiedererweckung im Volk – bei aller vielleicht notwendig werdenden Verteidigungsbereitschaft – kein vordringliches Anliegen einer demokratischen Gemeindeverwaltung sein dürfte.»⁴⁵⁵

Ganz anders als diese Art der «Volksmusikpflege» wirken die Ziele des «Bayerischen Fachverbandes für Volksmusik e.V.» im «Bund deutscher Volksmusikfreunde»,⁴⁵⁶ dessen Protek-

torat Held übernahm.⁴⁵⁷ Held war der Meinung, man dürfe die «Volksmusik unter keinen Umständen sterben lassen».⁴⁵⁸ In einem Gutachten schilderte er die Ziele des Fachverbands so: «Diese Vereinigung setzt sich die kunstgemässe Pflege des Volksinstrumentenspiels zur Aufgabe und will in weitesten Kreisen Freude am Selbstmusizieren wecken. Letzteres Ziel scheint umso dringlicher, als die Wiedergabe von instrumentaler Volksmusik in zunehmendem Masse durch Schallplatten- und durch Tonbandaufnahmen erfolgt.»⁴⁵⁹

Diese musikerzieherische Komponente der Volksmusik war auch bereits in der NS-Zeit entdeckt worden;⁴⁶⁰ nichtsdestoweniger konstatierte der erste Vorsitzende des Verbandes, Professor Max Böhm, in einem Bericht über die Entwicklung des Landesverbandes Bayern im Bund deutscher Volksmusikfreunde, dass es in Bayern keine Dachorganisation für die immerhin bestehenden «1'200 Blasmusikkapellen, 4-5'000 Zither- und Mandolinervereine, ebenso viele Harmonikaklubs und -Orchester und eine ... grosse Anzahl Jodler- und Gesangsgruppen»⁴⁶¹ gebe. Daher ist Helds Unterstützung für diesen Verband durchaus verständlich; sie gedieh aber nicht über moralische Unterstützung hinaus, zu finanziellen Hilfen konnte sich die Stadt nicht durchringen.⁴⁶²

Vereine und Verbände

Ähnlich erging es anderen musikalischen Vereinigungen, wie dem «Sing- und Spielkreis für Barockmusik»,⁴⁶³ dem Verein «Musikfreunde Solln»,⁴⁶⁴ dem «Richard Wagner Verband Deutscher Frauen in München»⁴⁶⁵ und den Josef Haas,⁴⁶⁶ Hans Pfitzner⁴⁶⁷ und Richard Strauss⁴⁶⁸ gewidmeten Gesellschaften. Die Problematik dieser relativ kleinen Vereine bestand, wie Hans Ludwig Held und der Präsident der Hans Pfitzner-Gesellschaft, Professor Heger, feststellten, darin «... dass es in München verschiedene Gesellschaften gebe, die für sich gesehen Splittergruppen im Kulturleben darstellen und zu schwach sind um mit grossen Aufführungen in die Öffentlichkeit zu treten».⁴⁶⁹ Held und Heger plädierten daher für einen Zusammenschluss verschiedener Vereine «bei gegebenen Anlässen».⁴⁷⁰

Nicht alle musikalischen Vereine litten jedoch unter solchen Beschränkungen: der «Verband Münchner Tonkünstler», der im März 1946 neu gegründet wurde,⁴⁷¹ entwickelte sich beispielsweise zu einem wichtigen Zentrum des musikalischen Lebens in München. Besondere Bedeutung erwuchs diesem Verband dadurch, dass er mehr und mehr zum Dachverband der verschiedensten Gruppierungen des Musiklebens wurde und sich auch der Unterstützung von Stadt, Staat und Rundfunk sicher sein konnte.⁴⁷²

«Seinem Wesen nach ist der Verband Münchner Tonkünstler ein Sammelpunkt produktiver und nachschaffender Musiker: Instrumentalisten und Sänger, Dirigenten und Komponisten, Musiklehrer und Musikschriftsteller bilden die Gemeinschaft der aktiven Mitglieder; ihnen schliessen sich verschiedene am Musikleben in besonderem Masse interessierte Persönlichkeiten und Organisationen als fördernde Mitglieder an, die durch Sonderleistungen verschiedener Art, zum Beispiel durch die Überlassung von Räumen für Konzerte, die Ziele des Verbandes verwirklichen helfen.»⁴⁷³

Dieser Tätigkeitsbericht des Verbandes von 1951 wirkt nicht übertrieben, wenn man sich die Anzahl der von ihm durchgeführten Veranstaltungen vor Augen hält: Im Rechnungsjahr 1950/51 waren es beispielsweise 28 Veranstaltungen des Studios für neue Musik,⁴⁷⁴ 49 Hausmusikabende,⁴⁷⁵ fünf Schülerkonzerte⁴⁷⁶ und acht Konzerte im Rathaus. Diese Rathauskonzerte,⁴⁷⁷ die seit Oktober 1950⁴⁷⁸ «in Verbindung mit dem Kulturrat der Stadt München» durchgeführt wurden, dienten ausschliesslich der Präsentation noch lebender Münchner Komponisten.⁴⁷⁹ Für ihre Betreuung war der Leiter der städtischen Musikbibliothek, Dr. Alfons Ott, zuständig; Eintritt wurde nicht verlangt.⁴⁸⁰ Das Ehrenprotektorat einiger Veranstaltungen des Vereins übernahm Hans Ludwig Held,⁴⁸¹ der auch als einer der fünf Bürgen der Tonkünstler im Vereinsregister fungierte.⁴⁸² Der Verband umfasste 1948 bereits 506 aktive, 90 fördernde und drei korporative Mitglieder;⁴⁸³ 1953 waren es 623 Mitglieder. Nach Hans Rosbaud übernahm Professor Heinrich Knappe den Vorsitz, ihm folgte 1950 der Komponist Wolfgang Jakobi.⁴⁸⁴

Die Aktivitäten des Tonkünstlerverbandes beschränkten sich jedoch nicht auf die Veranstaltung von Konzerten; er kümmerte sich auch um Fragen der Altersversorgung der Künstler,⁴⁸⁵ um die Verteilung von kostenlosen Konzertkarten an seine Mitglieder⁴⁸⁶ sowie um Gebührenermässigungen für den Konzertbesuch,⁴⁸⁷ vermittelte musikalische Partnerschaften und Verkäufe von Instrumenten oder Notenmaterial.⁴⁸⁸ Neben seiner umfangreichen konzertanten Tätigkeit, die dem Münchner Musikleben einen breiten Sockel von Veranstaltungen verschaffte und ein Gegengewicht zu dem überwiegend repräsentativen Programm der drei grossen Münchner Orchester bildete,⁴⁸⁹ setzte sich der Verband also auch sehr für die sozialen Belange der Musikschaffenden ein. Dies hebt von Miller in seiner Befürwortung des Zuschussantrages von 1950 besonders hervor: «Durch Unterstützung hilfsbedürftiger Musiker erfüllt der Verein neben diesen praktischen und theoretischen Aufgaben besonders auch eine dringende soziale Mission».⁴⁹⁰ Auch die von dem Verband veranstalteten Konzerte hatten diese Doppelfunktion, boten sie doch die Möglichkeit, wichtige Leute für Künstler zu interessieren.⁴⁹¹ Diese Funktion der Tonkünstlerkonzerte wurde gut genutzt⁴⁹²; ausserdem fragte Hans Ludwig Held bei Einzelbewerbungen manchmal bei dem Tonkünstlerverband um Begutachtung an.⁴⁹³

Obwohl der finanzielle Zuschuss der Stadt zu dem Verband nicht als überragend bezeichnet werden kann, verhalf die Unterstützung der städtischen Kulturverwaltung den Mitgliedern immerhin zu Aufführungsmöglichkeiten. Es lag wohl auch an der Struktur des Vereins, dass er mehr von seinen Mitgliedern als von offizieller Seite getragen wurde, nahm er doch in mancher Hinsicht auch die Funktion einer Interessenvertretung der freischaffenden Künstler gegenüber Staat, Rundfunk und Stadt ein.

Diese Aufgabe hatte besonders in den ersten Nachkriegsjahren eine grosse Bedeutung, denn viele Künstler lebten unter schwierigsten Verhältnissen. Die Bereitschaft der Kulturverwaltung, in Einzelfällen zu helfen, führte zu einer Flut von Bewerbungen und von Hilfsgesuchen.⁴⁹⁴ Die Möglichkeiten der Stadt waren jedoch sehr begrenzt, da sowohl an Gastdirigenten bei den Philharmonikern, wie an Solisten oder an Orchestermusikern strengste Qualitätskriterien angelegt wurden. Deshalb spielten hier soziale oder politische Gründe nur eine untergeordnete Rolle.⁴⁹⁵ In der Kulturverwaltung selbst konnte auch seit der Währungsreform niemand mehr eingestellt werden, da ein Einstellungsstopp verhängt worden war.⁴⁹⁶ So blieb als

einzigem Weg die Bemühung, Musiker an den Rundfunk,⁴⁹⁷ an andere Städte oder an Bekannte weiterzuempfehlen, die möglicherweise ihrerseits helfen konnten.

Unberührt von diesen Problemen blieb der Kulturbeauftragte dabei keineswegs, wie unter anderem einer seiner Empfehlungsbriefe an Generalmusikdirektor Fritz Rieger zeigt:

«Ich habe natürlich bei gewissen Musikern nicht nur das Interesse eines verwaltenden Automaten sondern das eines mitfühlenden musikalischen Mannes, der im Laufe der Dezennien seines unausgesetzt den Künsten gewidmeten Lebens den manchenmal unverstündlich harten Weg eines Künstlers gern einmal mitverantwortlich überschauen möchte. Dies liegt ja wohl in der Aufgabe eines Kulturbeauftragten, der durchaus selbständig und selbstverantwortlich zu den Dingen der Kunst stehen muss».⁴⁹⁸

Dennoch blieb das Spektrum der Möglichkeiten klein gegenüber der Zahl der Hilfesuchenden.⁴⁹⁹ Die Hilfe der privaten Vereinigungen, wie zum Beispiel des Tonkünstlerverbandes, bildete daher oft die einzige Möglichkeit zur Unterstützung eines Künstlers neben der Sozialhilfe. Auch die bei Oberbürgermeister Scharnagl in den Jahren 1946 bis 1948 abgehaltenen Hausmusikstunden⁵⁰⁰ dienten eher der Begegnung zwischen den «für das öffentliche Leben verantwortlichen Personen» mit den «Trägern des Kulturlebens»,⁵⁰¹ also zwischen den Spitzenkräften aus Politik und Kultur; die Beschäftigung arbeitsloser Künstler war nicht der Zweck der Veranstaltung, obwohl sie im Nebenschluss in einigen Fällen erreicht wurde.⁵⁰² Bei der Eröffnung dieser Hausmusikreihe erwähnte Held zwar die Möglichkeit des Mäzenatentums, dieses sollte aber eher darin bestehen

«strebsamen jungen Musikern, die nur Jahre des Grauens hinter sich haben, die köstlichsten Gaben unserer grossen Meister bekannt zu machen, ihnen die Werke der säkularen Gestalten unserer grossen Komponisten zu erschliessen und damit begeisterndes Vorbild zur eigenen Höchstleistung zu geben... Nicht weniger aber liegt uns an der persönlichen Begegnung mit den konzertierenden Künstlern, mögen sie nun längst bekannte Meister ihrer Kunst sein – oder noch jüngere Talente, deren Aufstieg zu Erfolg und Geltung mit die schönste Aufgabe dieser Stunden sei.»⁵⁰³

Diese Hausmusikstunden, die man oft auch in Zusammenarbeit mit dem Verband Münchner Tonkünstler, dem «Kreis für Alte Musik» und anderen Münchner Vereinigungen durchführte,⁵⁰⁴ erfreuten sich offensichtlich guten Besuches;⁵⁰⁵ nach seinem Ausscheiden aus der Stadtverwaltung führte Scharnagl sie noch einige Zeit auf privater Ebene weiter und auch von Miller versuchte, Ähnliches zu veranstalten.⁵⁰⁶ Ihre wichtigste Funktion hatten sie jedoch in den Jahren vor der Währungsreform, als das Kulturleben noch nicht wieder in seinen wohlorganisierten Bahnen lief.

Selbstverständlich gab es neben dieser offiziellen oder halboffiziellen Ebene des Musiklebens noch vieles, was niemals die private Ebene überschritt und sich deshalb auch nicht in dem Katalog städtischer Förderungen finden lässt. Dies ist jedoch nur schwer zu erfassen und war nicht Objekt der Musikpflege der Stadt München.

Die städtische Theaterarbeit

Einleitung und Überblick

«Das Theater dient der Kunst. Es soll lebendiger Vermittler der geistigen Werte der Vergangenheit und Ausdruck der geistigen Strömungen unserer Zeit sein. Der Theaterbesuch muss jedem Bürger möglich sein; Besuchergemeinden und Jugendvorstellungen sind zu fördern. Besteht in einer Stadt ein Staatstheater, so sollte der Stadt die Möglichkeit einer Mitverantwortung gegeben sein... Bei der Auswahl der Intendanten muss auf ihre menschliche und künstlerische Eignung sowie auf ihre Befähigung zur Lösung der Wirtschafts- und Verwaltungsaufgaben geachtet werden. Sie können diese Aufgabe nur erfüllen, wenn ihnen die nötigen Vollmachten eingeräumt werden. ... Das ernsthaft gepflegte Volks- und Laienspiel wird in seiner Bedeutung für die Erweckung des Kunstsinnes und für die Vertiefung der Bildung anerkannt... Künstlerisch geleitete Puppenbühnen sollten durch die Städte gefördert werden.»¹

Diese Gedanken zur städtischen Theaterarbeit, die in den Richtlinien des Deutschen Städtetages von 1952 enthalten sind,² markieren den Weg in einem vieldiskutierten Bereich der Kunstpflege: der kommunalen Theaterarbeit. Etliche Probleme stellen sich hier in ähnlicher Weise, wie auf dem Musiksektor; andere, wie Fragen der Einflussnahme, sind ausgeprägter, da das gesprochene Wort «politischer» wirkt als ein Musikstück.

Wie bei dem Städtischen Orchester handelt es sich bei den Städtischen Bühnen um Institutionen mit Verwaltungsapparat und Zuschussbedarf; daher diskutierte der Stadtrat häufig um die Frage der Finanzierung des laufenden Betriebes, um städtische Einflussnahme auf den Spielplan und um die Besetzung des Intendantenstuhls.³ Grösseres Gewicht erhielten jedoch weltanschauliche Fragen, da sich hier die Bandbreite der Neigungen und Abneigungen nicht nur auf die Chronologie der Musikgeschichte beschränkte, sondern von der Vorliebe für unverfängliche Klassik oder einem präzisen Anspruch an das Theater als «moralische Anstalt» bis zur Brecht'schen Forderung nach politischer Aktion des Theaters reichte. Es stellten sich dem Kulturpolitiker dabei auch Fragen nach der künstlerischen Qualität, die eine unmittelbare Bedeutung für die Existenz gerade kleiner Theater bekommen konnten: künstlerisch hochstehende Veranstaltungen waren von der Vergnügungssteuer befreit, «nur» unterhaltende nicht.⁴ Diese teilweise recht beträchtlichen Abgaben⁵ machten neben feuerpolizeilichen Vorschriften, Materialnöten und Zuschusswünschen die Hauptsorgen der nicht überwiegend staatlich oder städtisch getragenen Theater aus.⁶ In dem nach dem Krieg umfangreichen Bereich der «Kleinkunst», also vor allem der Kabarets, Variétés und Singspielhallen,⁷ ergaben sich ebenfalls ähnliche Probleme.

Wie bereits die Konflikte zwischen Staatsoper und Münchner Philharmonikern gezeigt haben, war der Einfluss der Stadt auf die staatlichen Theater sehr begrenzt. Die Kontakte zum Resi-

denztheater, damals «Theater im Brunnenhof», blieben auf einer eher unverbindlichen Ebene,⁸ die «Münchener Uraufführungsbühne im Theater im Brunnenhof» konnte aber auch auf die Unterstützung der Stadt rechnen, da sich Hans Ludwig Held und Stadtschulrat Fingerle im Beirat dieser Bühne befanden.⁹

Eine wichtige Rolle spielten die stark subventionierten Besucherorganisationen, die den Kreis der Theaterbesucher erweitern helfen sollten: in München also die «Volksbühne» (ab 1947: «Kulturbund München») und die «Theatergemeinde».¹⁰ In den Jahren vor der Währungsreform kam diesen Organisationen vor allem die Aufgabe zu, auch dem «Mann auf der Strasse» Karten zu verschaffen, da die meisten Vorstellungen ausverkauft waren.¹¹ Später verlagerte sich ihre Tätigkeit mehr auf die sozial-pädagogische Ebene, also auf die der Organisation von geschlossenen Vorstellungen beispielsweise für Jugendliche und für die Gewerkschaften.¹² Neben Schauspielschulen und Schauspielstudios¹³ standen allgemeine Theaterfragen im Mittelpunkt der Diskussion – in dieser Zeit vor allem mit den räumlichen und materiellen Nöten der Schauspieler verbunden.¹⁴

Von der Stadt unmittelbar subventioniert wurden die «Städtische Volksspielgemeinschaft»,¹⁵ das «Theatermuseum der Clara Ziegler Stiftung»,¹⁶ die bereits erwähnten Besucherorganisationen, die Staatstheater,¹⁷ das Marionettentheater Hilmar Binters,¹⁸ die städtische Schauspielschule,¹⁹ die Kammerspiele im Schauspielhaus²⁰ und das Volkstheater – letzteres zuerst als Städtische Bühne, dann als selbständiger Verein.²¹ Andere Unterstützungen wurden zunächst als «sonstige Förderung des Bühnenwesens», ab 1949 auch als «Förderung des Schrifttums» ausgegeben.²²

Neben diesen festen Etatposten finden sich auch im Theaterbereich Hilfen für Einzelkünstler durch Empfehlungen; diese wurden nicht, wie im Musikbereich, in grösserem Umfang von einem Verband übernommen, obwohl sich der Deutsche Bühnenverein in vieler Hinsicht um die Betreuung der Schauspieler kümmerte.²³ Die ungemein vielfältige Theaterlandschaft löste hier jedoch einige Probleme leichter als der eingeschränktere Musikmarkt.²⁴

Eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau der Theater nach dem Krieg spielten auch die amerikanischen Kulturoffiziere, die neben ihrer Tätigkeit im Rahmen der Entnazifizierung ihre Aufgabe «weniger in der Kontrolle, als in der Hilfe beim Wiederaufbau ihres Fachbereiches» erkannten; so sah es jedenfalls Wolfgang Petzet, der damalige Dramaturg der Kammerspiele.²⁵ Er fährt fort: «Insbesondere bei der Beschaffung der Manuskripte und Rechte für bisher in Deutschland verbotene oder unbekannte Stücke haben sie die Dramaturgie der Kammerspiele Verständnis- und wirkungsvoll unterstützt.» Dieses neue Element zwischen Stadtverwaltung und Theaterleitung machte sich also durchaus positiv bemerkbar, sei es bei der Materialbeschaffung, bei Theaterplanungen oder bei Personalentscheidungen.²⁶ Auch von Seiten der Stadt musste man dies teils widerwillig, teils anerkennend eingestehen; bei späteren Konflikten fehlte der ausgleichende und entscheidungsfördernde Einfluss der Kulturoffiziere sehr.²⁷ Den Löwenanteil der Förderungen und des Interesses der Stadt nahmen die städtischen Theaterinstitute in Anspruch: Die «Kammerspiele im Schauspielhaus» und – zeitweise – das Volkstheater. Da die Kammerspiele jahrelang zu den wichtigsten Bühnen Deutschlands gehört und auch in der NS-Zeit einen zweifelhaften Ruhm als «des Führers Lieblingstheater»²⁸ errungen hatte, sind sie bereits Objekt umfangreicher Darstellungen germanistischer, historischer und

theaterwissenschaftlicher Forschung geworden. Ein Teil des hier zu behandelnden Zeitraumes wurde vor kurzer Zeit sogar als theaterwissenschaftliche Doktorarbeit bearbeitet; auch die Erinnerungen von ehemaligen Kammerspiel-Mitarbeitern sind bereits zugänglich.²⁹ Da somit ein umfangreiches veröffentlichtes Material zur Verfügung steht, soll diese Institution hier nur gestreift werden; in ihren kulturpolitischen Aspekten gleicht sie überdies der ausführlich dargelegten Situation der Münchner Philharmoniker. Ein Kurzabriss der Geschichte der städtischen Theaterinstitute darf jedoch an dieser Stelle nicht fehlen.

Die Münchner Kammerspiele

Am 11. Oktober 1912 fand die Eröffnung der bis dahin als «Münchner Lustspielhaus», oder, noch früher, als «Universum» bekannten Bühne in der Augustenstrasse 89 unter dem Namen «Münchner Kammerspiele» statt.³⁰ Diese Namensgebung bezog sich vor allem auf die räumlichen Gegebenheiten, aber auch auf die inhaltlichen Tendenzen der Stücke. In den ersten Jahren spielte man bereits Strindberg und Wedekind, später auch die Klassiker.

Seit 1914/15 prägte Otto Falckenberg die Geschichte der Münchner Kammerspiele,³¹ deren künstlerische Leitung er von 1917 bis 1945 innehatte. Unter seiner Ägide spielte man Sternheim, Zoff, Hasenclever, Zuckmayer, Brecht, Bronnen, Barlach und Unruh, daneben jedoch aus finanziellen Gründen auch Unterhaltungsstücke.³² Bedeutende Schauspieler sammelten sich in dem Ensemble Falckenbergs, darunter Kurt Horwitz, Hans Schweikart, Elisabeth Bergner und andere; nach dem Umzug in das «Schauspielhaus» in der Maximilianstrasse im Jahr 1926 kamen aus Hermine Körners Ensemble noch Lina Carstens, Therese Giehse, Robert Forster-Larrinaga und Heinz Rühmann hinzu.

Immer wieder hatte das Theater mit finanziellen Problemen zu kämpfen. Die Stadt München musste hier oft aushelfen;³³ 1939 wurden die Kammerspiele dann endgültig von der Stadt übernommen.³⁴ Während des Dritten Reiches erhielten Otto Falckenberg, dessen Theater sich Hitlers Wertschätzung erfreute, und sein Verwaltungsdirektor Axel Krohn-Waldeck auch persönliche Zuwendungen auf Weisung Hitlers aus dem Fonds des Oberbürgermeisters ausbezahlt.³⁵ So bekam Krohn-Waldeck 10'000,- Reichsmark für «besondere Verdienste», Falckenberg 8'000,- Reichsmark zur Regelung seiner Verbindlichkeiten;³⁶ es war der persönliche Wunsch Hitlers, «Falckenberg nicht mit finanziellen Kleinigkeiten zu belasten», da die Gefahr bestehe, «dass die künstlerische Kraft Falckenbergs eine dauernde Einbusse erleiden würde».³⁷ Hitler war offenbar sehr an dem Erhalt dieser «künstlerischen Kraft» für das Dritte Reich interessiert: Obwohl sich das Theater auf Klassiker und heitere, moderne Stücke zurückzog, hatten die Kammerspiele nämlich gleich Gustav Gründgens «Deutschem Theater» in Berlin eine wichtige Repräsentationsfunktion nach aussen inne, boten jedoch gleichzeitig eine der letzten Zufluchtsstätten für Andersdenkende – eine durchaus ambivalente Position.³⁸ Wegen des Luftkrieges hatten alle Theater 1944 schliessen müssen. Obwohl die Kammerspiele nahezu unversehrt blieben, bereitete ihre Wiedereröffnung 1945 aus mehreren Gründen Schwierigkeiten: Ein Glückwunschtelegramm Falckenbergs an Hitler verhinderte seine Wie-

dereinsetzung, ein unbelasteter Lizenzträger stand nicht zur Verfügung;³⁹ überdies verwendeten die Amerikaner das Theater anfänglich noch zur Truppenbetreuung.⁴⁰ Im August/September spielten dann das Kabarett «Die Schaubude» und das Volkstheater im Haus der Kammerspiele, am 12. Oktober 1945 konnten auch die «Kammerspiele im Schauspielhaus» wieder eröffnen.⁴¹ Der neu ernannte Intendant Erich Engel⁴² führte das Theater erfolgreich durch die ersten beiden Nachkriegsspielzeiten und spielte dank des theaterbegeisterten Publikums auch grosse finanzielle Überschüsse ein, so dass der Stadthaushalt nicht belastet werden musste.⁴³ Erich Engel selber war sehr umworben; 1947 ging er nach Ost-Berlin. Sein Nachfolger in der Intendanz wurde Hans Schweikart, der diese Stelle bis 1963 innehatte.⁴⁴ Während Hans Schweikarts Intendanz kamen auch wieder finanzielle Schwierigkeiten auf das Theater zu: Bereits 1947 mussten die Verantwortlichen einen Einnahmenschwund konstatieren;⁴⁵ die Währungsreform im Juni 1948 beschleunigte diesen Trend noch. Dadurch nahmen auch die Konflikte mit der Stadtverwaltung zu, die sich vor allem in einer Auseinandersetzung zwischen Verwaltungsdirektor Harry Buckwitz und Stadtrat Bössl zuspitzten; dies führte 1951 zu dem Weggang Buckwitz' nach Frankfurt.⁴⁶ Die Kammerspiele konnten ihr künstlerisches Niveau jedoch bis heute bewahren; auch unter Schweikarts Nachfolgern hielten sie ihren Ruf als eines der besten deutschen Theater aufrecht.⁴⁷

Das städtische Volkstheater

Problematischer war die Position des Volkstheaters, das ebenfalls 1939 in städtische Regie übergegangen war.⁴⁸ Die Fusion mit den Kammerspielen im Jahre 1946 erwies sich als ein Fehlschlag, der beiden Ensembles zu schaden drohte. Der durch die Kündigung des Saales im Bayerischen Hof nötig gewordene Umzug in das Haus des Kabarett «Die Schaubude» in der Reitmorstrasse und die Reprivatisierung des Volkstheaters beendeten vorerst sein Verhältnis zur Stadt, obwohl sich die Abwicklung der Verbindlichkeiten noch lange hinzog.

Die Schauspielschule

Neben den «Kammerspielen im Schauspielhaus» und dem «Volkstheater» betrieb die Stadt München seit Sommer 1946 eine Schauspielschule, die zur Ausbildung des Nachwuchses der Städtischen Bühnen dienen sollte.⁴⁹ Zum offiziellen Leiter der Schule, die sich aus den von den Kammerspielen erwarteten Überschüssen finanzieren sollte, wurde Erich Engel bestimmt, die eigentliche Leitung hatte jedoch Paul Günther inne.⁵⁰ Obwohl man von Seiten der Stadt ursprünglich mit Skepsis an die Neugründung herangegangen war,⁵¹ konnte sich diese Institution doch etablieren; zu Ehren des verstorbenen Otto Falckenberg wurde die Schule 1948 nach ihm benannt.⁵² Nachdem sich der Optimismus der Verantwortlichen nicht bewahrheitet hatte, die Schauspielschule aus den Überschüssen der Kammerspiele bezahlen zu können, schuf man 1950 für sie eine eigene Haushaltsstelle, die bis 1952 mit jährlich steigenden Zuschüssen bedacht wurde.⁵³ Als ständige Lehrer wirkten an der Schule, neben einigen Mitgliedern des Ensembles, vor allem Gustav Müller für Stimm- und Sprachbildung, Helge Peters

Pawlinin für Bewegungskunst und Paul Günther für Rollenstudium und szenische Übungen.⁵⁴ Obwohl sich das Gründungs-Kuratorium der Schule aus Oberbürgermeister Scharnagl, Hans Ludwig Held, Stadtschulrat Anton Fingerle und den Stadträten Gottlieb Branz und Edgar Hanfstaengl zusammensetzte, finden sich in den städtischen Akten keine Anzeichen für eine grössere Einflussnahme der Stadt.⁵⁵ Man sah offenbar die Notwendigkeit einer derartigen Schule ein, hatte daran aber kein weiteres kulturpolitisches Interesse.⁵⁶

Das Theater und die Finanzen

«Nichts ist für das Wohl eines Theaters gefährlicher, als wenn die Direktion so gestellt ist, dass eine grössere oder geringere Einnahme der Kasse sie persönlich nicht weiter berührt und sie in der sorglosen Gewissheit hinleben kann, dass dasjenige, was im Laufe des Jahres an der Einnahme der Theaterkasse gefehlt hat, am Ende desselben aus irgendeiner anderen Quelle ersetzt wird. Nun ist zwar nicht zu verlangen, dass ein Theater ... sich selbst erhalten solle und dass kein jährlicher Zuschuss ... nötig sei. Allein, es hat doch alles sein Ziel und seine Grenze... Wäre ich der Grossherzog, würde ich künftig ... als jährlichen Zuschuss ein für allemal eine feste Summe bestimmen. .. Mit dieser Summe müsste man haushalten... Wenn der Direktor mit seinen Regisseuren durch eine kluge und energische Leitung es dahin bringt, dass die Kasse am Ende des Jahres einen Überschuss hat, so soll von diesem Überschuss dem Direktor mit seinen Regisseuren und den vorzüglichsten Mitgliedern der Bühne eine Remuneration zuteil werden. Da solltet ihr einmal sehen, wie es sich regen und wie die Anstalt aus dem Halbschlaf, in welchen sie nach und nach geraten muss, erwachen würde.»⁵⁷

Diese Stellungnahme des Staatsministers und Theaterfachmannes Johann Wolfgang von Goethe schneidet mehrere, auch in der Nachkriegszeit des zwanzigsten Jahrhunderts heiss diskutierte Probleme an: Die Frage nach der Art der Zuschussgewährung, die Stellung von Theaterdirektor, Regisseuren und Bühnengehörigen zu Theater und Geldgeber sowie ihrer Verantwortlichkeit für Gewinn oder Verlust ihres Hauses. Die Entwicklung legte solche Fragen nach dem Kriege nahe, zog sich doch ein tiefer Graben durch die Theaterlandschaft: Auf der einen Seite standen die von Staat oder Stadt subventionierten Bühnen, die sich nicht mit dem Gewinn oder Verlust ihrer Aufführungen beschäftigen mussten, auf der anderen Seite die hart um ihre Existenz ringenden Privattheater. Nicht zu Unrecht klagten die Privattheater, von gesunder Konkurrenz könne nicht mehr die Rede sein.⁵⁸ Auch im Deutschen Bühnenverein vertrat man die Auffassung,

«dass die Privattheater, soweit dies möglich sei, zu unterstützen seien und dass man ihnen vor allem, wenn sie den Anspruch auf künstlerische Führung machen können, Steuerbefreiung gewähren soll. Die öffentlich-subventionierten Theater genossen diese Befreiung und darüber hinaus die Unterstützung durch sehr erhebliche Subventionen.»⁵⁹

Betrachtet man die städtischen Kulturzuschüsse in Deutschland insgesamt, so nehmen die Unterstützungen der städtischen und staatlichen Bühnen darin einen wichtigen Platz ein;⁶⁰ München machte da keine Ausnahme. Steigende Material- und Personalkosten trieben die Ausgaben immer noch weiter in die Höhe. Im europäischen Vergleich stellt dieses subventionierte deutsche Kulturtheater eine grosse Ausnahme dar, was jedoch den so begünstigten Theater-schaffenden nicht immer klar wurde und wird.⁶¹ Die kleineren Bühnen hingegen wussten Unterstützungen bei Raum- und Materialsuche, bei Kostümausleihen und Benzinzuweisungen, in Zuzugsfragen und bei Lebensmittelzuteilungen sehr wohl zu schätzen: Für sie waren oft solche Dinge, neben der Kulanz der Stadt in Steuerfragen, ausschlaggebend für Sein oder Nicht-Sein. Die Animosität gegenüber den gutsituierten städtischen Bühnen ist daher nur zu verständlich.⁶²

Zuschussfragen

Die Städtischen Bühnen

Die Diskussionen des Stadtrats über die Städtischen Bühnen entzündeten sich häufig an deren immensem Zuschussbedarf. In den ersten Jahren nach Kriegsende stellten sich diese Probleme allerdings noch nicht: Die Kammerspiele konnten gute Überschüsse erzielen⁶³ und die Währungsreform nahm ihnen Rücklagen in einer Höhe von immerhin 500'000,- Reichsmark – eine stattliche Summe für ein Repertoiretheater,⁶⁴ das sich nicht der leichten Unterhaltung verschrieben hatte, sondern versuchte, seinem Ruf als das «grosse interessante süddeutsche Theater»⁶⁵ gerecht zu werden. Nach Hans Schweikart wollte es ein Theater sein, «auf dem jede neue Stimme zu hören sein muss, wenn sie nur wirklich gross ist, wenn sie Format hat, wenn sie Anspruch auf allgemeine Beachtung hat – ganz gleich von woher sie kommt, aus welchem Lande und aus welchem Lager». Er betonte überdies, der Schwerpunkt des Theaters beruhe «nicht auf dem Hergebrachten und Gefälligen (welches es in höchst kultivierter Form freilich mitzuservieren hat), sondern auf dem Wagnis im geistigen Sinn, dem Neuen, dem Ungewohnten – ja, hie und da auch auf dem Beunruhigenden und Aufrüttelnden.»⁶⁶

Der Stadt stellte sich also hier das Problem, ein Stadttheater zu finanzieren, das nicht den hergebrachten Vorstellungen eines Stadttheaters entsprach oder entsprechen wollte. Aus der Sicht des Theatermannes Schweikart hatte man von einem – mit leiser Verachtung betrachteten – Stadttheater nicht viel zu erwarten:

«Etwa das uns allen bekannte Stadttheater, dessen Spielplan, dem mittleren Bürgertum verbunden, ohne bestimmten Stil, ohne bestimmte geistige Tendenz, mit Betonung des angenehm und anspruchslos Zerstreuenden, mit bunt gemischtem Spielplan, dem Bedürfnis weitester Besucherschichten zu dienen, bei dem es eindeutig weniger auf die höchstmögliche Qualität, sondern – von einigen Prestigeaufführungen abgesehen – auf die höchste Kasseneinnahme ankommt..»⁶⁷

Demgegenüber war es die von gesundem Selbstbewusstsein getragene Auffassung der für die Kammerspiele verantwortlichen Intendanten, der Stadt müsse ihr besonderes Theater eben auch einen besonderen Preis wert sein. Aus «künstlerischen Gründen» setzten sie sich meist auch über Haushaltsvoranschläge hinweg.⁶⁸ Dies erbitterte einige Stadträte ausserordentlich;⁶⁹

man könnte für die daran anknüpfenden Debatten von einem grundsätzlichen Konflikt zwischen Bürgertum und Künstlertum sprechen: Die Stadträte gingen davon aus, die Städtischen Bühnen seien – genau wie jede andere städtische Dienststelle – an die Beschlüsse des Stadtrates, des Kultur- und des Finanzausschusses gebunden. Die Theaterleute ihrerseits konnten sich dem nüchternen Haushaltsdenken nicht anschliessen, bei ihnen überwogen künstlerische Überlegungen. Beide Seiten schossen in ihren Argumentationen wohl über das Ziel hinaus. Die Stadt hatte, als Rechtsträger des Theaters, sehr wohl das Recht, ja die Pflicht, auch das Geschäftsgebaren unter die Lupe zu nehmen; sie musste die Finanzmittel ja schliesslich dem Bürger gegenüber verantworten.⁷⁰ Da Theater überdies – im Gegensatz beispielsweise zur Wasserversorgung, die jeden betrifft – eine Einrichtung für die Minderheit darstellen,⁷¹ darf die Stadt nicht den Vorwurf der Verschwendung von Steuergeldern für die Spielwiese einer elitären Minderheit auf sich laden. Das Theater seinerseits-besonders die Kammerspiele als von Struktur und Tradition her einem Stadttheater so unähnlich wie möglich – mussten nun damit fertig werden, dass Sicherheit einen Preis kostete. In Hans Schweikarts Intendantenvertrag hiess es daher auch ganz klar: «In seiner künstlerischen Planung und Tätigkeit ist Herr Schweikart insoweit unabhängig, als der den Städtischen Bühnen von der Stadt genehmigte Etat dadurch nicht überschritten wird.»⁷² Bei der allgemeinen Geldknappheit nach der Währungsreform und den dadurch bedingten Kürzungen musste dies notgedrungen Konfliktstoff liefern. So ist es auch durchaus verständlich, dass Harry Buckwitz' Weggang nach Frankfurt 1951 erneut heftige Attacken auslöste.⁷³ Man vermutete nämlich, Buckwitz habe Frankfurt vor allem wegen des Finanzgebarens des Stadtrates München vorgezogen. Der Theaterkritiker Max Christian Feiler schrieb dazu (eine Meinung, der Petzet in seinem Buch «Die Kammerspiele» voll und ganz zustimmt):

«... hier sind wir beim Kern des Themas, nämlich bei der Verbeamtung des Theaters, bei der Herrschaft des Nichtfachmanns über den Fachmann, bei der Geburt des Kulturfeldwebels. Hier gilt es ... darauf hinzuweisen, dass ein Theater nicht denselben Verwaltungsgrundsätzen unterworfen werden darf wie beispielsweise ein Sparkassenbetrieb oder ein städtisches Gaswerk.. »⁷⁴

Ein Körnchen Wahrheit steckte in diesen reichlich überzogenen Vorwürfen, boten doch andere Städte häufig wesentlich bessere Gagen und – nicht unwichtig in diesen Jahren – Ernährungszulagen. Die Schauspieler, die mit ihren Kollegen in Berlin und anderen Grossstädten Informationen austauschten, erfuhren von doppelt so hohen Gagen in Berlin⁷⁵ und ähnlichen Bedingungen in Hamburg, Frankfurt oder Bremen.⁷⁶ Der Zerstörungsgrad dieser Städte lag keineswegs niedriger als der Münchens, sie leisteten sich aber dennoch diese höheren Ausgaben. München hingegen konnte in den Jahren 1946 und 1947 sogar höhere Einnahmen als Ausgaben für seine Theater verbuchen,⁷⁷ bezahlte jedoch niedrigere Gagen. Die Stadt sparte also auf Kosten der Kulturausgaben – ein nicht unüblicher Weg, den Etat zu konsolidieren. Münchens Anreiz als Theaterstadt war aber dennoch offenbar grösser als die Verlockungen der Konkurrenzstädte; vor der Währungsreform jedenfalls sind viele Fälle bekannt, in denen Schauspieler sich nicht durch finanzielle Versprechungen von München wegengagieren liessen.⁷⁸ Ein Ruhmesblatt war diese Situation für die Münchner Stadtverwaltung jedoch nicht.

Die Staatstheater

Umfangreiche Bezuschussung erfuhr traditionsgemäss auch das Staatstheater, das damit ebenfalls ein umstrittenes Thema der Sitzungen des Stadtrats bildete. Die Stadt war sich zwar der Verpflichtung, die Münchner Oper sowie das Staatsschauspiel zu unterhalten oder wenigstens zu unterstützen bewusst,⁷⁹ nahm jedoch die unklare Finanzsituation unmittelbar nach dem Krieg zum Anlass, den Vertrag mit dem Staat zu kündigen; das erklärte Ziel dieser Aktion war es, die Rechte der Stadt gegenüber dem Staat aufzuwerten und sich mehr politischen Einfluss auf Spielplangestaltung, Haushaltsgebarung, Eintrittspreise, Verhandlungen mit den Besucherorganisationen, Freikartenregelungen und Besetzungsfragen zu sichern.⁸⁰

Die fristgerechte Kündigung des Vertrages, der in einer Fassung von 1935 dem Staat umfangreiche Vollmachten einräumte, der Stadt jedoch formal auch bereits einige Rechte zugestand, erfolgte zum März 1946, unter Hinweis auf die schwierige Finanzlage der Stadt.⁸¹ Die anschliessenden Verhandlungen dauerten bis zum Jahr 1948: Erst am 14.5.48 schlossen Staat und Stadt einen neuen Vertrag über die Finanzierungsbeiträge der Stadt zu den Staatstheatern ab.⁸² Im Jahr 1950 plädierte ein Teil des Kulturausschusses (besonders Stadtrat Neumann, KPD) für erneute Verhandlungen mit dem Staat, um sich doch mehr Einflussmöglichkeiten zu sichern. Da dafür wenig Aussichten bestanden, wurde dies jedoch abgelehnt.⁸³ So liefen ab 1948 die Zuschüsse zu den Staatstheatern ungeschmälert, wenn auch nicht in der vom Staat erwünschten Regelmässigkeit. Die Stadt verlieh nämlich ihren Forderungen gegenüber den Staatstheatern durch zeitweise Sperrung dieser Gelder Nachdruck.⁸⁴

In den Jahren 1944/45, in denen auf vielen Gebieten keine Normalität mehr herrschte, schloss die Stadt ihren Haushalt mit Fehlbeträgen ab, «die ihren Grund darin hatten, dass die Leistungen des Reiches oder Staates, die ihr nach den Voranschlägen hätten zukommen müssen, mehr oder minder ausgeblieben waren.»⁸⁵ Die Stadt bezahlte daher 1944 noch eine Million Reichsmark Zuschuss an die Staatstheater und stellte dann ihre Zahlungen ein, vor allem wohl auch, weil das National- und das Residenztheater zerstört, die Staatstheater nicht mehr spielfähig waren.⁸⁶ Der Staat verlangte dennoch nach dem Krieg die nachträgliche Auszahlung der vertraglich festgelegten Staatstheater-Beiträge der Stadt für 1944 und 1945.

Die Stadt stellte sich jedoch auf den Standpunkt, Kultusminister Fendt habe in seinem Schreiben vom Januar 1946, der Antwort auf Scharnagls Vertragskündigung, den Verzicht auf Nachzahlungen ausgesprochen.⁸⁷ Da dieses Schreiben wirklich so interpretiert werden konnte, fürchtete das Kultusministerium offenbar Schwierigkeiten mit dem Finanzministerium, das man nicht zu Rate gezogen hatte.⁸⁸ Darum wies das Kultusministerium auch jede Bitte der Stadt, ihr diese Zahlungen zu erlassen, heftig zurück.⁸⁹ Die Stadt ihrerseits war sich darüber im klaren, dass jede überplanmässige Ausgabe ohnehin durch eine «Bedarfszuweisung»⁹⁰ des Staates würde abgedeckt werden müssen – besonders für die Jahre 1944/45.⁹¹

Im Jahr 1946 hatte der Haushalt günstiger abgeschlossen; Stadtkämmerer Hielscher versuchte dennoch in einer Besprechung beim Finanzministerium auch für 1946 Zuwendungen zu erhalten, die das Finanzministerium jedoch nicht genehmigte; bedauernd stellte Hielscher fest: «offensichtlich war das Finanzministerium darüber orientiert, dass der eigentliche Rechnungsab-

schluss günstiger war, als er sich darstellt». ⁹² Für 1947 ergab sich eine ähnliche Situation. ⁹³ Die generelle Verhandlungstendenz formulierte Hielscher in einer Kulturausschusssitzung vom 23.8.47. Obwohl er betonte, «er könne eine Rechtspflicht nicht sehen ... für die Vergangenheit zu zahlen», so hielt er es für unwesentlich, ob und in welcher Höhe die Stadt für die Vergangenheit bezahle, wenn sie es durch die staatliche Bedarfszuweisung doch wieder ersetzt bekomme. Er schlug also vor, «für die Vergangenheit ‚grosszügig‘ zu verfahren (da es die Stadt effektiv ja doch nichts kostet), für den neuen Vertrag aber im Hinblick auf die mit der Währungsreform erst deutlich werdende Verarmung des ganzen deutschen Volkes jede Grosszügigkeit zu unterlassen». ⁹⁴ Diese Position manifestierte sich in einem Zuschussangebot an den Staat in Höhe von 600'000,- Reichsmark im Jahr. ⁹⁵

Der Kulturbeauftragte beurteilte die Situation anders als der Finanzexperte. Held wies darauf hin, dass ja die Bayerischen Staatstheater

«nur zu einem unverhältnismässig geringen Prozentsatz für die Theaterfreunde des Bayerischen Staates spielen, dass vielmehr an diesem Kulturinstitut effektiv nur die Münchner Bevölkerung teilhat, so dass hieraus für die Stadtverwaltung schon eine sehr erhebliche moralische Verpflichtung erwächst, das Möglichste an Förderung und Unterstützung zu geben». ⁹⁶

Diesen Standpunkt vertraten auch Kultusminister Hundhammer ⁹⁷ und Generalmusikdirektor Solti, ⁹⁸ die beide der Meinung waren, der Stadt München müsse ihre Oper auch etwas wert sein. Hundhammer warnte daher die Stadt, bei mangelndem Entgegenkommen werde er aus Landshut, Augsburg und anderen Städten «bayerische Bevölkerung» mit Omnibussen in die Oper fahren lassen, was den Münchnern bestimmt nicht recht sein werde. ⁹⁹

Neben dieser moralischen Verpflichtung der Stadt München gegenüber dem Staatstheater sprach für Held noch ein weiteres Argument für eine Bezuschussung, das wiederum der Rolle des Geldes in der Kulturpolitik Rechnung trug:

«Es steht... ausser Zweifel, dass der Einfluss der Stadt auf den Betrieb der Staatstheater in unmittelbarem Zusammenhang zur Höhe des städtischen Zuschusses gesehen werden muss und es daher nur der kulturpolitischen Zielsetzung der Stadt dienen kann, wenn sie sich durch eine gewisse Grosszügigkeit in der Frage des Zuschusses ein gesteigertes moralisches Recht sichert, auf den ganzen Komplex der Staatstheater entsprechenden Einfluss zu nehmen. Hieran besteht schon im Hinblick auf das Nebeneinanderlaufen der Städtischen Bühnen und des Staatsschauspiels ein ungeheures künstlerisches Interesse. Bietet sich doch bei einer entsprechend glücklichen Vereinbarung die Möglichkeit, beide Schauspielinstitute künstlerisch weitgehend zu koordinieren und den Spielplan ... in weitschauender Planung so aufeinander abzustimmen bzw. gegeneinander abzugrenzen, dass damit endlich eine einheitliche, nur der Kunst dienende Theaterpolitik gewährleistet wird.» ¹⁰⁰

Helds kulturpolitisch schlüssiges Argument konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Es dachten wohl manche Stadträte wie Stadtrat Holzer, der bemerkte, «dass die von den Staatstheatern bespielten Häuser ja bedeutend kleiner seien wie die früheren nunmehr zerstörten Theater» und der dafür plädierte «nach dem Grundsatz, dass uns das Hemd näher wie der Rock stehe, doch nicht so grosszügig mit den Hunderttausenden herumzuwerfen, wenn wir für Zuschüsse

für die Städtischen Bühnen mit jedem Zehntausender knausern».¹⁰¹

Hinsichtlich des jährlichen Zuschusses gab am Ende der Staat nach: die Höchstgrenze wurde auf 600'000,- Reichsmark festgelegt. Auf die Zuschüsse von je 800'000,- Reichsmark für die Jahre 1946 und 1947 wollte der Staat jedoch nicht verzichten, er machte sogar die Bedarfszuweisung für die Restzahlung aus dem alten Vertrag von dieser Zahlung abhängig.¹⁰² Der Staat kam der Stadt aber insofern entgegen, als er ihr «in allen wichtigen Verwaltungsangelegenheiten der Staatsoper Gelegenheit zur Äusserung» einräumte, ebenso das Recht, Anregungen zu geben und Vorschläge einzureichen.¹⁰³ Auch die dem Vertrag beigefügte «Währungsklausel»¹⁰⁴ rechnete sich die Stadt als Erfolg an, gab sie doch den Weg für weitere Verhandlungen frei, bannte aber die Gefahr von Nachzahlungen nach dem Währungsschnitt. Der Staat erhielt die Zusicherung des jährlichen Zuschusses und räumte der Stadt dafür nur das Mitspracherecht bei der «Aufstellung und Änderung des Haushaltsplanes», der grundsätzlichen «Festlegung des Jahresspielplanes», bei den «Verträgen mit den Besucherorganisationen» und bei der «allgemeinen Regelung des Kartenverkaufs und des Freikartenwesens» ein,¹⁰⁵ also nicht bei Verträgen mit dem festangestellten Personal und bei Gastverträgen.¹⁰⁶ Auch die von der Stadt gewünschte Festlegung der Konzerte des Staatsorchesters und die Höhe der Besoldung des Staatsorchesters wurde nicht Gegenstand des Vertrages.¹⁰⁷

Unmittelbar nach der Währungsreform versuchte die Stadt nochmals, Einfluss auf den Betrieb der Staatstheater zu nehmen: sie bezahlte keine Zuschüsse mehr. Diese Möglichkeit der «Erzwingung» von städtischen Forderungen durch Sperrung der Zuschüsse hatte Stadtrat Berenberg vom Finanzreferat bereits im Januar 1947 vorausgesehen, weshalb auch keine spezielle Klausel über die Kündigung des Vertrages bei Nichteinhaltung der Bestimmungen eingeschaltet worden war.¹⁰⁸ Die Stadt wollte sicherstellen, dass «die Staatsoper bei ihren Künstlern und sonstigen Arbeitnehmern in der Besoldungsfrage dieselben Massnahmen treffe, wie sie die Stadt eingeführt habe» und dass auch sonst Einsparungen durchgeführt würden. Davon machte man die Weiterführung des Zuschusses abhängig.¹⁰⁹

Die für September 1948 fällige Summe von 50'000,- DM überwies die Stadt noch; da sie ihre Forderungen jedoch nicht erfüllt sah, verzögerte sich die Auszahlung der Zuschüsse für Oktober und November.¹¹⁰ Nachdem diese endlich bezahlt worden waren, sperrte man die Zuschüsse für Dezember und Januar.¹¹¹ Im Februar stellte die KPD-Fraktion den Antrag, den Vertrag ganz zu kündigen und neu zu überarbeiten.¹¹² Verhandlungen mit dem Staat folgten. Die Diskussionspunkte blieben dieselben: Die Höhe des städtischen Zuschusses, die Durchführung der nach Meinung der Stadt nötigen Sparmassnahmen, die Verträge mit den Besucherorganisationen und das öffentliche Auftreten des Staatsorchesters.¹¹³ Trotz dieser unverminderten Differenzen zwischen der Stadt und dem Staat und einer Kündigung des alten Vertrages zum März 1950 plädierten die Referenten von Miller und Hielscher dringend für eine Erneuerung des Vertrages, der sich doch grösstenteils bewährt habe.¹¹⁴ Obwohl das Stadtratssplenium¹¹⁵ das genehmigte, versuchte der Kulturausschuss, nochmalige Verhandlungen zu erzwingen. Bürgermeister von Miller lehnte dies in einer erneuten Sitzung der Vollversammlung im Juni 1950 scharf ab, da es «zu unerquicklichen und wenig aussichtsreichen Diskussionen

führen» könnte und «auch in der Öffentlichkeit ... der Wunsch nach einer stärkeren Beteiligung der Stadt an den finanziellen Lasten der Oper ein lebhaftes Echo finden» würde.¹¹⁶ Im Grossen und Ganzen hatte man sich also mit dem Vertrag versöhnt, obwohl die Querelen in den folgenden Jahren – wenn auch mit verminderter Stärke – fortgeführt wurden.

Die Privattheater

Eine ganz andere Welt stellten die Privattheater dar. Bis zur Währungsreform schlugen sie sich offenbar recht gut durch; D-Mark-Mangel und Besucherschwund trafen sie jedoch mit voller Wucht. Die Stadt sah sich in einem Grossteil der an sie herangetragenen Fälle nicht in der Lage, mit Zuschüssen helfend einzuspringen. Die Ablehnungen wurden jeweils «im Hinblick auf die derzeitige Finanzlage der Stadt und das Fehlen entsprechender Mittel im laufenden Haushaltsplan»¹¹⁷ ausgesprochen. Ausnahmen machten nur die Marionettenbühne von Hilmar Binter¹¹⁸ und das «Bürgertheater» von Emil Markgraber.¹¹⁹ Aus der Sicht der Kulturverwaltung, hier des Verwaltungsmannes Joseph Rogger, hatten solche Ablehnungen auch noch einen anderen Zweck; so betonte Rogger:

«Ich habe auch wiederholt die Ansicht vertreten, dass die Neueröffnung eines Theaters unter den derzeitigen Umständen von einem kaum verständlichen Leichtsinne oder aber, wenn ich es toleranter formulieren will, von einem nun einmal nicht begründeten Über-Optimismus zeugt. So ... aufrichtig man es auch bedauern mag, es kann nicht anders sein als dass die jeweiligen Veranstalter die Folgen ihres Fiaskos selbst tragen müssen und sie nicht immer auf den Stadtsäckel abwälzen können; denn – und das muss dabei auch immer berücksichtigt werden – schliesslich und endlich kann es sich der steuerzahlende Einwohner Münchens mit gutem Recht verbitten, dass aus seiner Tasche immer wieder die leichtfertigen und von vornherein zum Scheitern verurteilten Unternehmen einzelner Utopisten finanziert werden... Vielleicht trägt eine solche uns derzeit leider durch die Finanzlage der Stadt aufgezwungene Konsequenz dazu bei, zukünftigen Plänemachern von vornherein die Hoffnung auf ein Einspringen der Stadt als völlig illusorisch erscheinen zu lassen. Wenn dadurch die Gründung immer neuer Theaterunternehmen mit verhindert wird, so hätte unsere Ablehnung sogar noch ihr Gutes.»¹²⁰ Diese strenge Haltung teilten weder Walther von Miller noch Hans Ludwig Held. Beiden wahr sehr wohl bewusst, dass eine solche Einstellung in krassem Widerspruch stand zu dem vielgerühmten «theaterfreundlichen Klima» der Kunststadt München.¹²¹ So nahm Held auch gegen eine Tendenz des Kulturausschusses Stellung, sich auf die Förderung der Städtischen Bühnen zu berufen und damit andere Initiativen zurückzuweisen.¹²² Held betonte in diesem Zusammenhang

«dass die Tätigkeit des Kulturausschusses zwar selbstverständlich zunächst die von der Stadt in eigener Regie übernommenen Kulturaufgaben berücksichtigen müsse, dass andererseits aber sämtliche Fragen von kultureller Bedeutung in allgemeiner und besonderer Hinsicht, also im privaten und im öffentlichen Radius, ein gleiches Interesse des Kulturausschusses erfordern müssten.»

In diesem Sinne sah er zum Beispiel auch im Fortbestehen der «Kleinen Komödie» ein kulturelles Interesse der Stadt München angesprochen.¹²³ Damit versuchte er zweifellos, den Mitgliedern des Kulturausschusses ihren Rückzug auf den Haushaltsplan etwas schwerer zu machen – eine lobenswerte Initiative, wenn auch ein Schwimmen gegen den Strom.¹²⁴ In einigen Fällen konnte Held seinen Schützlingen wenigstens im Spendenausschuss des Rundfunks helfen: So erhielten das Theater «Die kleine Freiheit»¹²⁵, das «Volkstheater e.V.»¹²⁶ und die «Münchener Uraufführungsbühne»¹²⁷ auf seine Anregung hin Gelder aus der Kulturhilfe des Rundfunks.

Da im städtischen Haushaltsplan tatsächlich keine Mittel für diesen Zweck vorgesehen waren, musste man die Förderungsmittel unter der Haushaltsstelle «Förderung des Schrifttums» oder auch des Münchner Kultursommers laufen lassen.¹²⁸ Es gab also, bei bestem Willen der Beteiligten, durchaus Möglichkeiten – wenn auch in sehr beschränktem Umfang. Ungeprüft konnten jedoch auch kleinere Zuschüsse nicht von der Stadt vergeben werden: Das städtische Revisionsamt verlangte eine einwandfreie Buchführung und die Möglichkeit der Einsichtnahme.¹²⁹ Mit dem Leiter des Marionettentheaters kam es deshalb einige Zeit zu «Missverständnissen» und die Stadt musste diese Rechte einfordern:

«Es darf höflichst darauf hingewiesen werden, dass es nicht bloss im privaten wirtschaftlichen Leben üblich ist, dass ein Kreditgeber Einblick in die Geschäftsgebarung seines Kunden nimmt, sondern dass insbesondere bei öffentlichen Stellen, soweit diese Subventionen an Institute vergeben, selbstverständlich Voraussetzung der Gewährung von solchen Zuschüssen ist, dass besonders beauftragte Organe Einblick über die Verwendung dieser Gelder erhalten ...», mahnte Oberrechtsrat Dr. Dr. Keim.¹³⁰

Aber auch diese Überprüfung konnte nicht verhindern, was der Stadtrat so sehr fürchtete: Der Direktor des «Bürgertheaters», Emil Markgraber, kaufte sich ein neues Auto und überliess zwischenzeitlich sein Theater einer «billigen Opernspielgemeinschaft».¹³¹ Aus der Kritik an diesen an sich noch nicht Vertragsbrüchigen Handlungen wird deutlich, dass an die Besitzer von Privattheatern offenbar hohe Ansprüche gestellt wurden; die «Bayerische Landeszeitung» gab dieser Meinung Ausdruck:

«Solange die Schauspieler eines Privattheaters ohne Probengelder arbeiten und Gagen beziehen, die teilweise unter dem Existenzminimum liegen, sollte man mit derartigen Anschaffungen vorsichtiger sein, auch wenn sie aus einer anderen Falte des Familienportemonnaies finanziert werden. Vor allem aber ist es dem Münchner Steuerzahler nicht ganz erfindlich, warum seine Steuergelder für den Privatunternehmer Markgraber festgelegt werden, wodurch aus dessen Einnahmen mehrere tausend Mark für eine überflüssige Wagenanschaffung frei wurden.»¹³²

Diese «festgelegten Steuergelder» umfassten 5'000,-DM,¹³³ eine im Vergleich zu anderen Subventionen nun wirklich relativ niedrige Summe. Das vermittelt einen Eindruck von der ablehnenden Atmosphäre, mit der sich die Privattheater konfrontiert sahen; wie aus anderen Stellungnahmen hervorgeht,¹³⁴ gehörte Emil Markgraber nämlich bestimmt nicht zu den «Ausbeutern», sondern er versuchte durchaus, gutes Theater in einer wirtschaftlich schweren Zeit zu machen – aus Idealismus, nicht aus Gewinnstreben. Zur Beschaffung notwendigster Dinge war jedoch ein Auto für einen Theaterleiter fast unentbehrlich.

Die Vergnügungssteuer

Neben einer unmittelbaren Bezuschussung blieben der Stadt jedoch noch andere Möglichkeiten der Unterstützung. Die konkreteste davon war Erlass, Stundung oder Herabsetzung der von den Privattheatern im Normalfall zu entrichtenden Vergnügungssteuer. Besonders interessant wird diese Vergnügungssteuer dadurch, dass es der Gemeinde – im Einvernehmen mit dem Kultus-, Innen- und Finanzministerium – möglich war, einzelne Betriebe oder Aufführungen wegen ihrer künstlerischen Qualität, ihrer «Gemeinnützigkeit» oder aus anderen Gründen¹³⁵ von der Vergnügungssteuer zu befreien oder diese zumindest herabzusetzen. Aus den so getroffenen Entscheidungen lässt sich in etwa der ihnen zugrunde liegende Kunstbegriff rekonstruieren.

Die gesetzliche Grundlage bildete das Vergnügungssteuergesetz (ein Reichsgesetz) vom Juni 1933.¹³⁶ Neben einigen kleineren Verordnungen, die im Laufe der Jahre hinzukamen,¹³⁷ behielten diese Bestimmungen bis 1958 ihre Geltung.¹³⁸ Als «steuerpflichtige Veranstaltungen» galten demnach, neben Tanzveranstaltungen, Volksbelustigungen, Zirkusvorstellungen und Rundfunkempfangsanlagen auch Kabarets, Puppen- und Marionettentheater, Filmvorführungen, Theatervorstellungen, Konzerte, Vorträge, Vorlesungen und Ballette¹³⁹ – ausser sie dienten mildtätigen Zwecken, dem Unterricht, dem öffentlichen Interesse oder waren «von den Landesregierungen im Interesse der Kunstpflege oder Volksbildung als gemeinnützig anerkannt».¹⁴⁰

Die Ermässigungsmöglichkeiten regelte §22 des Vergnügungssteuergesetzes: «Künstlerisch hochstehende Veranstaltungen ..., deren Geschäfts- und Kassenführung den Anforderungen entspricht, die an kaufmännisch geleitete Unternehmen üblicherweise gestellt werden, werden zu einer Steuer von drei vom Hundert der Roheinnahme herangezogen... Veranstaltungen ..., bei denen der künstlerische oder volksbildende Charakter überwiegt... werden zu einer Steuer von fünf vom Hundert der Roheinnahmen herangezogen..»¹⁴¹

Ein gewisser Spielraum blieb der Stadt überdies durch § 25, der den «Erlass aus Billigkeitsgründen» regelte.¹⁴²

«Gemeinnützig» oder «künstlerisch hochstehend»

Die grossen staatlichen und städtischen Bühnen waren von vorneherein satzungsgemäss («gemeinnützig im Interesse der Volksbildung oder der Kunstpflege»)¹⁴³ vergnügungssteuerfrei; das verschaffte ihnen natürlich einen weiteren, viel beneideten Vorsprung vor den Privattheatern.

Die von der Stadt in beträchtlichem Umfang unterstützte «Münchner Marionettenbühne» von Hilmar Binter¹⁴⁴ war ursprünglich ebenfalls von der Vergnügungssteuer als «gemeinnützig» befreit worden. Sie stellte, laut Entschliessung des Innenministeriums vom Mai 1946¹⁴⁵ «ein künstlerisch hoch zu bewertendes Unternehmen mit bedeutsamem Erziehungswert dar» und ihre Veranstaltungen wurden «im Interesse der Kunstpflege» steuerlich freigestellt. Im Oktober des Jahres 1946 änderte jedoch das Innenministerium diese ursprünglich auf drei Jahre angelegte Befreiung in eine dreiprozentige Besteuerung als «künstlerisch hochstehendes» Unternehmen um.¹⁴⁶ In seiner Bitte um weitere Befreiung ging Binter darauf ein, was sein Un-

ternehmen doch «gemeinnützig» mache: verbilligte oder kostenlose Schülervorstellungen und Freivorfürungen für das Rote Kreuz, die Flüchtlingsfürsorge und den Wiederaufbaufonds.¹⁴⁷ Dies anerkannte auch die Stadt, indem sie anregte, «die Marionettenbühne den städtischen öffentlichen Bühnen in jeder Weise gleichzustellen»,¹⁴⁸ gerade auch im Hinblick auf eine projektierte spätere Übernahme des Theaters durch die Stadt.¹⁴⁹

Die Sonderstellung des Marionettentheaters zeigt sich vor allem im Vergleich mit den anderen privaten Münchner Bühnen: Keiner wurde die «Gemeinnützigkeit» zuerkannt; eine Ermässigung auf drei Prozent Vergnügungssteuer war das Beste, was diese erhoffen konnten. Die Stadt förderte so auch das «Bürgertheater»,¹⁵⁰ das der Unterstützung des Kultusministeriums und des Münchner Kulturbeauftragten sicher sein konnte. Held versprach zumindest seine «moralische Unterstützung» und betonte, er sehe «in seiner Spielplangestaltung ... eine starke Bewegung, die einer Reihe von anderen Münchner Theatern angelegentlichst zu wünschen wäre».¹⁵¹ Auch das Bürgertheater wies, gleich der Marionettenbühne, auf seine niedrigen Eintrittspreise hin, die «gerade den minderbemittelten Volksschichten die Möglichkeit» gäben, das Theater zu besuchen.¹⁵² Das Bürgertheater verstand sich vor allem als Volkstheater.¹⁵³ Held anerkannte zwar die zum – damals noch städtischen – Volkstheater bestehende Konkurrenz, verwies aber auf die vom Bürgertheater vor allem gepflegte «ländliche Komödie», der das Volkstheater keinen so grossen Raum einräume.¹⁵⁴

Die Tatsache, dass Held trotz seiner in anderen Fällen vorgebrachten Einwände gegen die zu «vergnüglichen», weil zu leichten Aufführungen vieler Theater hier eine Ausnahme machte, dürfte wohl vor allem mit dem volkstümlichen Charakter des Theaters zu tun gehabt haben, den er immer wieder hervorhob.¹⁵⁵ Beim Kultusministerium fiel überdies die politische Vergangenheit des Ehepaars Markgraber ins Gewicht: Bei jeder Befürwortung wurde betont, die Markgrabers hätten im Dritten Reich schwer zu leiden gehabt.¹⁵⁶ Hier liegt also ein Fall vor, in dem die zuständigen Behörden eben nicht nach den sonst gern beschworenen «rein künstlerischen Gesichtspunkten»¹⁵⁷ vorgingen. So erhielt das Bürgertheater die Ermässigung der Steuer für ihre «künstlerisch hochstehenden» oder «überwiegend künstlerischen» Veranstaltungen zugesprochen.¹⁵⁸ Überdies lässt sich vermuten, dass die Stadt von ihrem Recht des nachträglichen Erlasses der Steuer ebenfalls Gebrauch machte¹⁵⁹ – eine Möglichkeit, die oft für die Theater der letzte Notanker war, wenn sie mit Verlust abgeschlossen hatten.

Der Fall «Kleine Komödie»

Auch die «Kleine Komödie»¹⁶⁰ versuchte mehrfach, Erleichterungen von der Stadt zu erlangen. Da ihr – aufgrund der immer wieder anerkannten Qualität der Aufführungen – ohnehin bereits die Vergnügungssteuer-Ermässigung auf drei Prozent als «künstlerisch hochstehend» zuerkannt worden war,¹⁶¹ handelte es sich in diesem Falle um die von Direktor Metzner mehrfach beantragte Steuerbefreiung als «gemeinnützig».¹⁶² Alle beteiligten Stellen waren sich darüber einig, dass die «Kleine Komödie» eine wirkliche Bedarfslücke füllte und dass sie «als gehobenes literarisches Theater weit über München hinaus in Fach- und Publikumskreisen als

führende Bühne bekannt» sei, «die neben dem Bayerischen Staatsschauspiel und den Kamerspielen stets ihren eigenen Stil gesucht und gefunden hat.»¹⁶³ Metzner kam bis zur Währungsreform ohne öffentliche Subventionen aus; sein Theater blühte. Erst der Währungseinschnitt führte auch bei ihm zu dem Versuch, weitergehende Erleichterungen von öffentlicher Seite zu erlangen.¹⁶⁴ Seine grundsätzliche Einstellung zur Steuerfrage machte Metzner in einem Schreiben an Held im August 1949 deutlich:

«Es ist vielleicht ein Fehler meiner unkonventionellen Denkweise, dass ich nicht einsehen kann, warum eine steuerrechtliche Gleichstellung der künstlerisch geführten Privat Bühnen mit den Theatern der öffentlichen Hand unmöglich sein soll und das unerfreuliche Bild verschwindet, wie es sich allen Gegnern behördlicher Theaterproduktion darbietet: Auf der einen Seite das Theater, das Steuergelder verschlingt, auf der anderen Seite das Theater, das Steuergelder einbringt. Sie werden mir mit Recht den Spielplan eines sogenannten Kulturtheaters vorhalten, während ich Ihnen versichern darf, dass bei einem geringeren Risiko, das die steuerliche Gleichstellung gewährleisten könnte, sich beispielsweise der Spielplan der ‚Kleinen Komödie‘ auch ganz anders gestalten würde.»¹⁶⁵

Dem ersten Antrag Metzners auf Befreiung von der Steuer konnte 1949 schon deshalb nicht stattgegeben werden, weil die Grundlage einer rechtlich «gemeinnützigen Körperschaft» nicht gegeben war.¹⁶⁶ Man wollte darüber hinaus keinen Präzedenzfall schaffen, der ähnlich gelagerte Fälle nach sich gezogen hätte.¹⁶⁷ Auch der Antrag Metzners auf den rückwirkenden Erlass von Vergnügungssteuer wurde abwartend behandelt.¹⁶⁸ Das Argument des wohlwollenden Stadtrats Wiegele, die «Kleine Komödie» sei ein wichtiger Faktor für den Fremdenverkehr, da im August ausser der «Kleinen Komödie» sämtliche Bühnen Münchens gleichzeitig geschlossen hätten,¹⁶⁹ wurde von Verwaltungsoberinspektor Rogger und vom Stadtsteueramt nur ablehnend zur Kenntnis genommen. Das Stadtsteueramt berechnete, dass der zwischen Juli 1948 und Mai 1949 angefallenen Vergnügungssteuer von 10'014,14 DM ja auch Einnahmen von 323 091,97 DM gegenüber stünden. Die von der Stadt gewährte Ermässigung schlage demnach ohnehin bereits mit 18'000,- DM zu Buche, was einer realen Subvention in dieser Höhe gleichkäme.¹⁷⁰ Rogger argumentierte ähnlich; er ging davon aus, ein Unternehmen, welches monatlich so viel einnehme, könne auch «ohne Beschwer» die Vergnügungssteuer entrichten. «Es muss in diesem Zusammenhang immer wieder gesagt werden, dass die Vergnügungssteuer ja der Besucher trägt und dass ein Theater nicht dadurch wesentlich in seiner Existenz eingeengt oder gar bedroht wird, dass es von 1,- Mark Einnahme 3 Pfennig Vergnügungssteuer zahlt.»¹⁷¹ Auch der Versuch Metzners, von der auf jede Karte erhobenen Wohnungsabgabe befreit zu werden, schlug fehl¹⁷² und die etwas schroffe und ungerechtfertigte Stellungnahme, die Stadt setze ihn durch ihr Verhalten einem Tanzlokal gleich, verärgerte nur das Stadtsteueramt.¹⁷³

Erfolgreicher gestalteten sich Metzners Initiativen 1951: Sowohl Stadtkämmerer Hielscher wie Bürgermeister von Miller schlossen sich seinem Gesuch um die Anerkennung der «Gemeinnützigkeit» der «Kleinen Komödie» an, obwohl der in diesen Dingen durchaus strenge Hans Ludwig Held eine Ablehnung ausgesprochen hatte.¹⁷⁴ Held ging davon aus, dass hier nur künstlerische, nicht wirtschaftliche Argumente oder «solche des Fremdenverkehrs» massgebend sein dürften.

„Eine Gemeinnützigkeit im Interesse der Kunstpflege“ kann doch wohl nicht einem Theater zugesprochen werden, welches ja dafür bekannt ist, dass es auf Grund seines ganzen Stiles und seiner eigenen Zielsetzung nur eine ganz bestimmte Richtung der dramatischen Kunst pflegen kann, nämlich das, was sich mit dem Begriff ‚Salon- und Gesellschaftsstück‘ umreisen lässt. Damit soll gegen diese Gattung nichts gesagt sein, wenngleich nicht zu verkennen ist, dass hier das Verhältnis zwischen dem dichterisch Wertvollen und dem ideell Belanglosen unerfreulicher ist, als in den meisten anderen Richtungen».

Hier zeigt sich wieder einmal, dass im Grunde hinter der Vergnügungssteuer-Einstufung eine ganze Welt- und Theaterauffassung versteckt lag: Held betonte, er könne eine Freistellung der «Kleinen Komödie» nach seiner «Überzeugung» und seinem «künstlerischen Gewissen» nicht verantworten.¹⁷⁵ «Schwerelose Unterhaltung» sei zwar auch eine der Aufgaben des Theaters; eher werde man jedoch «das ‚Theater als moralische Anstalt‘ fördern müssen, als das es seit der Antike seine kulturelle und ethische Funktion im Leben der Völker erfüllt hat und hoffentlich weiter erfüllen wird.»¹⁷⁶ Die hier von Held angeführte «klassische» Theaterauffassung entspricht dem Konzept der «abendländischen Kulturgesinnung», das der Stellungnahme Roggers zufolge allen Entscheidungen und Stellungnahmen zur Besteuerung zugrunde lag.¹⁷⁷ Dies zeigt auch Helds Selbstverständnis als Kulturbbeauftragter, der klar zwischen der «Pflege der Kunst» mit künstlerischem Niveau der Wiedergabe und der Pflege der Unterhaltung durch «Unternehmen wie Simonetti, Deutsches Theater, Kolosseum und Zirkus, die beinahe zahllosen Gastspielformen und die in allen möglichen Gasthaus-Nebensälen aufziehenden ‚Bauerntheater‘, ‚Singspiel-Gruppen‘» unterschied. Er betonte, die Betreuung dieser Gruppierungen könne «selbstverständlich die Sorge des Kulturbefragten (Unterstreichung im Orig., d. Verf.) nicht sein», obwohl diese Unternehmen «wenn nicht eine kulturelle, so doch in vielen Fällen eine soziale Aufgabe» erfüllten, indem sie «dem geistig und künstlerisch anspruchslosen Menschen ... für einige Stunden jene Entspannung von der Arbeit und Ablenkung von den Alltagsorgen» böten, «auf die der einfache Mensch zweifellos denselben Anspruch hat, wie der dafür Empfängliche auf das Erleben wirklicher Kunst.»¹⁷⁸

Stadtkämmerer Hielscher setzte dem in seiner Stellungnahme zu Helds Ablehnung der «Gemeinnützigkeit» der «Kleinen Komödie» ausdrücklich entgegen, er könne dieser «strengen Interpretation des Begriffes der Kunstpflege» nicht beitreten, er sei «vielmehr der Meinung, dass auch durch ein solches Repertoire bei künstlerischer Inszenierung und Darbietung die Kunstpflege gefördert» werde.¹⁷⁹ Held liess sich überzeugen: In einem Gutachten vom August 1951 schloss er sich Hielschers und von Millers Argumenten an.¹⁸⁰

Der Fall der «Kleinen Komödie» macht somit wieder einmal deutlich, wie eng der pragmatisch-wirtschaftliche Aspekt mit dem künstlerisch-weltanschaulichen im Gebiet der amtlichen «Kulturpflege» verbunden ist. Ein Zeichen des demokratischen Pluralismus ist es jedoch, dass keineswegs eine Einheitsmeinung innerhalb des Kreises der Verantwortlichen vorherrschte, sondern dass sich hier ausgerechnet der für den Stadtsäckel verantwortliche Stadtkämmerer kulanter zeigte und einen weniger rigiden Kulturbegriff zugrunde legte als der Kulturbefragte.

Ausnahmeregelungen und Konfliktfälle

Etlliche andere Anträge von Privattheatern auf Vergnügungssteuer-Ermässigung liefen reibungslos: Das «Dramatische Theater» bat um einen Erlass der bereits auf fünf Prozent ermässigten Steuer,¹⁸¹ der «Bayernbühne» in der Donnersbergerstrasse wurde die Vergnügungssteuer zwar nicht ermässigt, aber ein rückwirkender Erlass befürwortet¹⁸² und die «Komische Oper München» erhielt eine Anerkennung als «überwiegend künstlerisch».¹⁸³ Ähnlich mag es in vielen anderen Fällen abgelaufen sein, die nicht mehr aktenkundig sind; betroffen waren davon eben all die Theateraufführungen, Lieder- und Rezitationsabende, Kammermusikvorführungen und Mysterienspiele, deren steuerliche «Betreuung» das Vergnügungssteuergesetz regelte. Die Einnahmen der Stadt konnten dabei in einigen Fällen recht beträchtlich sein, wie eine Aufstellung der vom «Deutschen Theater» an das Stadtsteueramt abgeführten Summen beweist: Von April bis Dezember 1947 machten diese beispielsweise 74'1841,13 Reichsmark aus.¹⁸⁴ Die Stadt schöpfte hier also auch ab und profitierte von ihrer «kulturellen Vielfalt». Neben den nachträglich ausgesprochenen Vergnügungssteuererlassen, die jeweils ihre gesetzliche Grundlage in dem §25 des Vergnügungssteuergesetzes hatten,¹⁸⁵ fand diese Billigkeitsregelung aber auch Anwendung im Falle des Kabarett «Die Schaubude»,¹⁸⁶ dessen hohe Qualität man sehr wohl zu schätzen wusste. Auch Held betonte, dass «die ... gezeigten Programme

«Ein Dichter im Kampf gegen die Dummheit»



Erich Kästner schrieb in den Jahren 1945 bis 1948 Texte und Chansons für das Kabarett «Die Schaubude» (Zeichnung: R.P. Bauer)

der Schaubude mit Recht den Ruf des besten deutschen literarischen Kabarets eingetragen» hätten und ihr Ruf «weit über die Grenzen Münchens und Bayerns sowie der ganzen amerikanischen Zone hinaus» reiche.¹⁸⁷ In den ersten Monaten ihres Bestehens, als die Schaubude noch in den Kammerspielen auftrat, versuchte sie von der Steuerfreiheit des Theaters zu partizipieren; obwohl dies nicht genehmigt wurde,¹⁸⁸ erhielt sie jedoch vorläufig eine Ermässigung auf fünf Prozent. Diese konnte aber nicht aufrecht erhalten werden: Die Steuer wurde auf zehn Prozent erhöht.¹⁸⁹ Damit genoss die Schaubude immer noch eine aussergewöhnliche Bevorzugung gegenüber den anderen Kabarets, die Steuersätze zwischen zehn und 25 Prozent, nach der von der Stadt beschlossenen Erhöhung sogar zwischen 30 und 40 Prozent abführen mussten.¹⁹⁰ Der Versuch der Schaubude, sich als Theater anerkennen zu lassen, wurde von der Stadt abgelehnt, da eben nun einmal nur Theater, die auch Theaterprogramme brächten, als Theater zu gelten hätten; man könne nicht Kabarettveranstaltungen aus Vergnügungssteuergründen als Theaterveranstaltungen ansehen.¹⁹¹

Um die Bildung eines Präzedenzfalles auszuschliessen, der Schaubude jedoch trotzdem die ihrer Qualität entsprechende Hilfe zukommen zu lassen, einigte man sich auf die Ermässigung nach §25, also aus «Billigkeitsgründen», die allerdings für jede Programmfolge erneut beantragt werden musste.¹⁹² Auf diese Weise wollte man verhindern, dass ein neuer steuerlicher Begriff, nämlich das «literarische Kabarett» geschaffen wurde, der etliche Anträge von Unternehmen ähnlicher Art nach sich gezogen hätte.¹⁹³ «Mit Rücksicht auf den hohen künstlerischen und kulturellen Gehalt der Darbietungen des Unternehmens und mit Rücksicht darauf, dass es mit keinem Restaurationsbetrieb verbunden ist», wurde diese Regelung dann auch vom Finanzreferat anerkannt.¹⁹⁴ München wusste also sehr wohl, dass dieses Kabarett qualitativ hochstehend und förderungswürdig war. Leider stellte die Schaubude nicht das einzige Unternehmen dieser Art dar, das die Währungsreform nicht Überstand.

In zwei Vergnügungssteuerfällen entstanden zwischen dem Staat und der Stadt grössere Differenzen. Bei dem komplizierten Anerkennungsverfahren, in den auf Seiten des Staates immerhin drei Ministerien (Kultur-, Innen- und Finanzministerium) und auf Seiten der Stadt ebenfalls der Kulturbeauftragte Held, der Kulturausschuss mit seinem Vorsitzenden von Miller und die Stadtkämmerei eingeschaltet waren, ist es jedoch eher erstaunlich, dass nicht mehr Differenzen aktenkundig wurden. Da ein Steuererlass dem Staat keine finanziellen Einbussen bescherte ist es einleuchtend, dass das Kultusministerium als die in erster Linie zuständige staatliche Stelle in seinen Befürwortungen grosszügiger vorging als die Stadt. So haben beide Streitfälle gemeinsam, dass die Stadt eine Steuererleichterung ablehnte, die der Staat eigenmächtig über den Kopf der städtischen Stellen hinweg gewährt hatte.

Der erste Fall betraf das «Münchner Lustspielhaus» in der Occamstrasse.¹⁹⁵ Dieses Theater führte mit grossem Erfolg Unterhaltungsstücke auf wie «Frau ohne Kuss», «Fräulein mit dem Koffer», «Bezauberndes Fräulein», «Liebe auf den ersten Blick», «Besuch am Abend».¹⁹⁶ Für die Aufführungen von «Peterchens Mondfahrt» und «Die Nacht in Siebenbürgen» ermässigte Willi Cronauer vom Kultusministerium dem Theater eigenmächtig die Steuer auf fünf Prozent, was einer Anerkennung als «überwiegend künstlerisch» entsprach. Diese rückwirkende Ermässigung galt für den Zeitraum vom 15. September 1947 bis zum 31. Mai 1948;¹⁹⁷ die da-

bei angefallenen Vergnügungssteuersummen beliefen sich auf zusammen 29'469,10 Reichsmark.¹⁹⁸ Zum Ärger der Stadt rechnete das Lustspielhaus diese «Überzahlung» von sich aus gegen weitere Vergnügungssteuerschuldsigkeiten auf und hatte Ende April 1948 auf diese Weise bereits 25'000,- Reichsmark ausgeglichen, ohne dass die Stadt sich mit dem Kultusministerium geeinigt hätte.¹⁹⁹ In ausführlichen Gutachten vom 12. und vom 22. März 1948 hatte Held klar gelegt, warum er sich gegen eine Anerkennung als «überwiegend künstlerisch» aussprechen musste. Er betonte überdies, dass für die künstlerische Beurteilung des Theaters nicht ins Gewicht fallen könne, «dass die Inhaber des genannten Theaters, Frau Holm und Herr Värý zu dem durch das nationalsozialistische Regime auf das Schwerste geschädigten Personenkreis gehören».²⁰⁰ Held plädierte deshalb insgesamt dafür, dass «dem Münchner Lustspielhaus auf andere geeignete Weise – etwa durch eine Subvention des Staatskommissariats für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte – die finanzielle Unterstützung zuteil werden könnte, welche sich im Wege der Vergnügungssteuer-Ermässigung ... nicht ermöglichen lässt.»²⁰¹ Die dennoch ausgesprochene Anerkennung des Kultusministeriums, die direkt an das Stadtsteueramt erging, konnte die Stadt jedoch nicht verhindern.²⁰² Deshalb schrieb Held einen geharnischten Brief an Staatssekretär Sattler, in dem er um eine Erklärung bat und mit Nachdruck auf die mangelnde Qualität besonders des Stückes «Die Nacht in Siebenbürgen» hinwies.²⁰³ «Das Ganze kann man wiederum allenfalls als gute, gepflegte Unterhaltung durchaus gelten lassen, wie ich ja überhaupt Sinn und Berechtigung auch leichtester Unterhaltung für den interessierten Publikumskreis niemals angezweifelt habe. Aber für eine Qualifikation als ‚künstlerisch‘ reicht es auch bei wohlwollendster Betrachtung nun einmal nicht aus, wenn anders wir nicht den Begriff der Kunst in gefährlicher Weise abwerten und Präzedenzfälle schaffen wollen, welche ich nicht verantworten möchte.»²⁰⁴

Im zweiten aktenkundig gewordenen Fall geht es um die «Volksoper Pasing», vielmehr um ihre Nachfolgerin, die «Deutsche Bühne im Haus der Volksoper Pasing».²⁰⁵ Das ebenso idealistische wie verhungerte Ensemble dieses Theaters bestand offenbar zu grossen Teilen aus Flüchtlingen, Vertriebenen und Bühneneulingen, die hier ihre einzige Möglichkeit sahen, Fuss zu fassen.²⁰⁶ Unter teilweise äusserst schwierigen Verhältnissen – monatelang spielten alle kostenlos, um das Theater zu erhalten – fand sich in Pasing ein interessiertes Publikum.²⁰⁷ Nach mehreren Umstrukturierungen, die vor allem mit der Person des Direktors zusammenhingen,²⁰⁸ bildete das Ensemble die «Deutsche Bühne». Wohlwollend befürwortete Held eine Ermässigung der Steuer auf fünf Prozent – nur um von einer Ermässigung des Kultusministeriums auf drei Prozent überrascht zu werden.²⁰⁹ Rogger nennt diese Vorgehensweise unverblümt

«... eine Unverschämtheit des Kultusministeriums ..., in erster Linie weil dieses Verfahren eine glatte Anrempelung des Kulturbeauftragten bedeutet, den man in jedem Falle um ein Gutachten bemüht, um es dann je nach Belieben völlig zu ignorieren, andererseits weil man hier grosszügig Gelder verschenkt, die einem nicht gehören, denn dem Stadtsäckel fehlt der Steuerbetrag, den Herr Keim erlässt».²¹⁰

Bei allen Fällen der Kulanz des Kultusministeriums, also beim Bürger-Theater, dem Münchner Lustspielhaus und der Deutschen Bühne fällt auf, dass die betroffenen Theater-Besitzer

oder Schauspieler für sich in Anspruch nehmen konnten, Leidtragende des NS-Regimes zu sein. Die Stadt trug dem nicht Rechnung, sondern bewertete die «künstlerische Qualität»; der Staat versuchte hier offenbar eine Art Ausgleich zu schaffen. Ob dies jedoch einer grundsätzlich positiveren Einstellung des Staates zu den Problemen der politisch Verfolgten entspricht, ist damit nicht gesagt. Bedenkt man den vom Staat nicht aufgegriffenen Vorschlag Helds, im Falle des Münchner Lustspielhauses einen Zuschuss aus dem Etat des Staatskommissariats für politisch und rassistisch Verfolgte zu geben, so fragt man sich, ob sich der Staat hier nicht auf einfache Weise, und zwar auf Kosten der Stadt, von seinen Verpflichtungen loskaufen wollte.

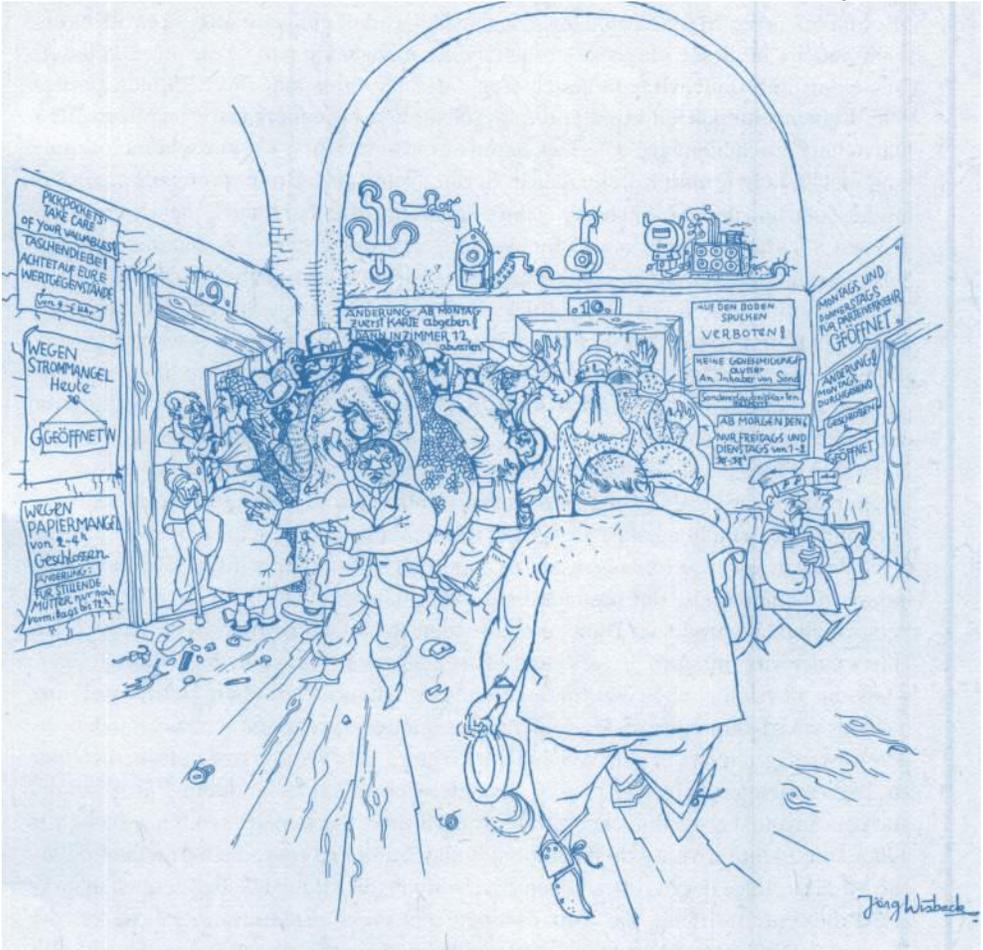
Die «materielle Basis»

Im September 1946 schrieb der Verwaltungsdirektor der Kammerspiele, Harry Buckwitz, an Held:

«Hier in München hat man den Eindruck, dass zwar eine Reihe der leitenden Männer das äusserste Bestreben haben, den kulturellen Führungsanspruch Münchens in die Tat umzusetzen, dass aber der Widerstand verschiedener kurzsichtiger Kreise immer mehr diesen Prozess kompliziert und verlangsamt. Damit wird die Gefahr heraufbeschworen, dass eine Abwendung der besten Künstler nach anderen Städten mehr und mehr eintritt. Die Voraussetzungen einer Stadt wie München müssten zumindest in Fragen der Wohnungsbeschaffung, der Ernährung und der finanziellen Subventionierung den wichtigsten Grossstädten des übrigen Deutschlands entsprechen.»²¹¹ Die Jahre zwischen Kriegsende und der beginnenden Konsolidierung Anfang der fünfziger Jahre waren also zu einem wichtigen Teil von materiellen Schwierigkeiten bestimmt. «Ohne Raum keine Kultur», wie es der Münchner Kulturbeauftragte formulierte,²¹² oder «in der heutigen Zeit ist das Ideelle nicht vom Materiellen zu trennen», wie sich der Berliner Schauspieler Horst Caspar ausdrückte.²¹³ All dies hatte jedenfalls zur Folge, dass die «Kulturschaffenden», in diesem Fall die Theaterleute, in einem – ausser während des Krieges – vorher und nachher nicht gekannten Masse von den staatlichen oder städtischen Zuteilungen abhängig waren. Man konnte nicht einfach ein Theaterchen mieten und zu spielen anfangen; man brauchte erst eine Lizenz der Militärregierung,²¹⁴ Materialbezugsscheine für Einbauten oder auch nur für den Stoff des Bühnenvorhangs,²¹⁵ Zuzugsgenehmigungen für die gewünschten Schauspieler, Bühnenbildner und Regisseure²¹⁶ und musste dann auch noch gewärtig sein, dass die amerikanische Militärregierung den Raum für eigene Zwecke beschlagnahmen könnte.²¹⁷

Ernährung und Verdienst

Eine der am häufigsten von den Theaterleuten beklagten Regelungen bestimmte, dass Schauspieler keine Schwerarbeiterzulage bei der Lebensmittel-Versorgung erhielten. Harry Buckwitz führte auf diese unzureichende Lebensmittelversorgung auch die hohe Krankheitsrate der Schauspieler bei den Kammerspielen zurück. So fielen beispielsweise Friedrich Dornin, Maria Nicklisch, Charles Regnier und andere lange wegen Krankheit aus²¹⁸. Carl Wery musste im Frühjahr 1948 für sechs Wochen wegen eines Leistenbruchs beurlaubt werden,²¹⁹ der auf Ent-



«Dank der vielfachen, übersichtlich angebrachten Hinweise spielt sich nunmehr der Verkehr mit der Behörde reibungslos ab.»

kräftigung zurückzuführen war; er hatte schon 1947 «während der ‚Sturm‘-Vorstellung wiederholt vor Überanstrengung einen Ohnmachtsanfall» erlitten²²⁰. Andere Schauspieler brachen vor Erschöpfung und Entkräftung auf der Strasse zusammen.²²¹ Auch Generalintendant Engel wurde zur ärztlichen Behandlung seiner durch Unterernährung hervorgerufenen Funktionsstörungen in einem Sanatorium behandelt.²²² Diese Ausfälle führten in den Theatern natürlich zu grossen Problemen: etliche Aufführungen mussten abgesagt, andere hastig umbesetzt werden.²²³

Besonders erbitterte die Münchner Schauspieler, dass einige Städte ihren «Kulturschaffenden» in dieser Frage wesentlich mehr entgegenkamen: Gäste aus Hamburg, Düsseldorf und Baden-Baden berichteten, «dass die Intendanz ihrer Bühnen zusätzliche Lebensmittelkarten erhalte, um dieselben den besonders stark beanspruchten Darstellern auszuhändigen».²²⁴ Der bereits erwähnte Horst Caspar wusste von umfangreichen Lebensmittelzuteilungen in Berlin,²²⁵ und auch Bremen, obwohl amerikanische Zone und damit München gleichgestellt, teilte offenbar hohe Lebensmittelzulagen aus.²²⁶ «Leider muss anerkannt werden, dass das grösste Verständnis für jene Schwerarbeit, die der darstellende Künstler tatsächlich leistet, aber in der russischen Zone zu finden ist», klagte Harry Buckwitz.²²⁷ Die schwierige Situation in München zwang die Kammerspiele daher bald, neben Gastspielreisen auch auf Nachmittagsvorstellungen zu verzichten, da die Schauspieler kaum in der Lage waren, ihre Normalpensum zu bewältigen.²²⁸ So brach im April 1948 wegen einer «Massenerkrankung an den Städtischen Bühnen» der Spielplan zusammen; ein Grossteil der Schauspieler war nämlich der Frühjahrs-Grippewelle wegen Unterernährung nicht mehr gewachsen.²²⁹

Neben der Sorge um diese bedauerlichen und untragbaren Verhältnisse findet sich jedoch auch die Bemühung, die Notlage der Bühnenkünstler im Lichte einer Sonderrolle erscheinen zu lassen: «Im Gegensatz zu anderen Grossstädten wird in München noch immer in keiner Weise der besonderen nervlich-körperlichen Belastung und Krankheitsanfälligkeit gerade der Bühnenschaffenden Rechnung getragen», beschwert sich Harry Buckwitz im April 1948²³⁰ und Hans Schweikart bedauert im Oktober 1947, «dass die physiologischen Schwierigkeiten der schauspielerischen Berufsausübung nicht als scharf umgrenzter Sonderfall für sich, sondern im Zusammenhang mit den anderen Berufsgruppen der geistig Schaffenden gewertet» werden und betont, die «hier zu Tage tretenden Schwierigkeiten» fänden «sich in keiner anderen Berufsgruppe auch nur in annähernd ähnlicher Konzentration vor». Schweikart nennt als solche vor allem «die Identität von Arbeitsmaterial und privatem Körper, die hierbei unerlässliche Mindestpflege der berufsmässigen Erscheinung, die strenge Gebundenheit an präzise Produktionstermine, die ganz besondere Nervenkonzentration, welche für die Darstellung der menschlichen Seelenzustände und Erregungen vorauszusetzen ist und anderes mehr».²³¹ «Es ist grotesk, sich vorzustellen, dass zum Beispiel Bühnenarbeiter Schwerarbeiterzulagen erhalten, während ein Hauptdarsteller, der schweissgebadet von der Szene tritt, mit den augenblicklichen Hungerrationen seine Kraft erhalten soll» schreibt Buckwitz zusammenfassend.²³²

Das klingt einleuchtend, trifft jedoch nicht nur für Schauspieler zu: Für Musiker und bildende Künstler gilt sinngemäss Ähnliches. So dürften beispielsweise Bildhauer, Trompeter, Violinisten oder Cellisten ebenso anstrengende Tätigkeiten ausüben wie Schauspieler, Sänger sogar



... neues Leben blüht aus den Ruinen

Fr. Bilek

einer grösseren Belastung ausgesetzt sein.²³³ Diese Berichte von den Städtischen Bühnen stellen jedoch nur die Spitze des Eisberges dar: fest angestellte Stadt- oder Staatsschauspieler standen wohl immer noch besser «im Futter» als die Angestellten der finanziell ungesicherten Privatbühnen, die oft zu wesentlich niedrigeren Gagen auftreten mussten.²³⁴

Auch die Städtischen Bühnen konnten jedoch gegenmässig weder mit den Staatstheatern, noch mit anderen Grossstädten gleichziehen. Die Staatstheater bezahlten um etwa 30 Prozent höhere Mittelgagen und auch die Spitzengagen für prominente Regisseure, Schauspieler und Bühnenbildner lagen weit oberhalb der Möglichkeiten der Kammerspiele.²³⁵ Höchstgagen an den Kammerspielen betragen 1946 1'000,- Reichsmark, in Berlin hingegen erhielt ein überdurchschnittlicher Schauspieler 4'000,- Reichsmark und auch Wien sowie Hamburg bezahlten den Bühnenkünstlern «phantastische Gagen», wie sich Hans Ludwig Held ausdrückte.²³⁶ In einer Zeit der Lebensmittelknappheit und der Wohnungsnot liess sich vieles durch Zulagen und Unterstützungen ausgleichen: aber auch hier bot München nicht so gute Möglichkeiten wie andere Städte oder der Staat²³⁷ – wohl auch ein Merkmal für die grundsätzliche Haltung der Stadt München gegenüber ihren Kulturschaffenden.

Bei der Stadt fehlte es keineswegs an Einsicht in diese Probleme. Hans Ludwig Held setzte sich auch beim Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für eine Verbesserung der Ernährungssituation ein.²³⁸ Von dort erhielt die Stadt jedoch nur den lapidaren Bescheid «die missliche Lage, in der sich die Bühnenschaffenden in der heutigen Zeit befinden, wird voll gewürdigt, jedoch ist für die Beurteilung dieser Frage ausschlaggebend, dass die derzeitige Ernährungslage eine Ausweitung des lebensmittelzulageberechtigten Personenkreises nicht gestattet. Die Miteinbeziehung der Bühnenschaffenden in den Kreis von Lebensmittelzulageempfängern könnte ja nicht allein auf diesen Personenkreis beschränkt bleiben, sondern müsste dann gleichmässig auch auf andere Berufsgruppen, die sich in einer ähnlichen Lage befinden und die mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, ausgedehnt werden.»²³⁹

Heizung und Wohnung

In der angespannten Situation der Nachkriegszeit ergaben sich jedoch nicht nur Probleme mit der Lebensmittelversorgung und dem Verdienst. Auch die Beheizung der Theater- und Probenräume bereitete Schwierigkeiten. Bei der Brennstoffzuweisung wurden die staatlichen und städtischen Theater, eben die «als gemeinnützig anerkannten Bühnen»²⁴⁰ erst einmal bevorzugt. Aber auch andere Theater konnten durch Befürwortung Heizmaterial zugeteilt bekommen, obwohl sich hier ebenfalls die Abstufung nach der künstlerischen Qualität empfahl.²⁴¹ So schrieb Willi Cronauer vom Kultusministerium 1946 an Held, «man müsste es zur Auflage machen, dass kostbarer Brennstoff, ja überhaupt alle anderen Dinge, die die gequälten Menschen unserer Stadt vermissen, nur dann künstlerischen Unternehmungen überantwortet werden sollen, wenn sie die berechtigt zu verlangende künstlerische Verantwortlichkeit beweisen»,²⁴² wenn also ihre künstlerische Qualität diese Sonderbehandlung rechtfertigte. Für solche Entscheidungen schlug Cronauer die Bildung eines Ausschusses vor.²⁴³ Von städtischer

Seite wurde die Meinung laut, die Bevorzugung der «gemeinnützigen Kultureinrichtungen der Stadt und des Staates» sei allein deshalb gerechtfertigt, weil diese der Allgemeinheit zugute kämen, «während die vom erzieherischen Standpunkt und vom künstlerischen Standpunkt weniger bedeutenden Leistungen der Kleinkunstabühnen dem privaten Säckel dienen».²⁴⁴ Gern gesehen war die Brennstoffverteilung an Privattheater auch bei der Militärregierung nicht: Sie hatte die Ausgabe von Brennstoffen für diesen Zweck sogar ausdrücklich verboten. Oberbürgermeister Scharnagl setzte sich jedoch 1946 einfach darüber hinweg und wies das Wirtschaftsamt an, Brennstoffe für die Theater auszugeben. Als das «Neue Münchner Theater» daher auf seinen Plakaten mit einem «geheizten Raum» warb, bat Assessor Przemek erschreckt um die Unterlassung dieser Werbung, da dies die Militärregierung aufmerksam machen könnte.²⁴⁵

Auch die Kammerspiele wurden nur «temperiert»,²⁴⁶ da die Zuteilung der für volle Beheizung notwendigen Brennstoffe nicht möglich war. Die Stadt zeigte sich in diesem Falle ihrem eigenen Theater gegenüber sehr wohlwollend, so dass keine extremen Engpässe entstanden.²⁴⁷ Bühne und Probenräume blieben jedoch unbeheizt und in den Garderoben gab es nur Notöfen. Da die Schauspieler meist auch zu Hause keine Heizung hatten, trug dies wohl ebenfalls zu den häufigen Erkrankungen bei.²⁴⁸

Die für den lebensnotwendigen Wohnungsbau wichtigen Baumaterialien stellten ähnliche Probleme. Auch die Städtischen Bühnen hatten es dabei nicht leicht, immer wieder gerieten die Materiallieferungen ins Stocken und die Ausbesserungsarbeiten mussten unterbrochen werden. Die Lieferung der 9'352 kg Eisen für den eisernen Vorhang der Kammerspiele machte ebenfalls Schwierigkeiten.²⁴⁹ Auf diesem Gebiet brauchten sich auch die Privatbühnen nicht über mangelnde Hilfe der Stadt beschweren;²⁵⁰ manches ging sogar einfacher vonstatten als städtische Bauvorhaben, so die Wiederinstandsetzung der Tonhalle.²⁵¹ In den ersten Jahren blieb jedoch das meiste Stückwerk; durchgreifende Sanierungen oder Theaterneubauten konnten erst nach der Währungsreform in Angriff genommen werden. Mit der Normalisierung des Geldmarktes entspannte sich auch die Versorgungslage, und das Materialproblem verwandelte sich wieder in die Frage nach dem dafür vorhandenen Geld.²⁵²

Anders verliefen die Ereignisse auf dem Raum- und Wohnungssektor. Für Theater geeignete Räume gab es selten. Wenn man welche fand, stellte sich bald die Frage nach der regelmässigen Mietzahlung und den notwendigen Umbauten.²⁵³

Obwohl die Stadt möglichst wenig Dauerverpflichtungen einging, war sie zu entgegenkommender Befürwortung oder Milderung von Härten durchaus bereit. Nach der Währungsreform und mit der beginnenden Konsolidierung verschärfte man auch die feuerpolizeiliche Kontrolle der Theater- und Konzertsäle.²⁵⁴ Sowohl die Aula der St. Anna-Schule, in der das «Junge Theater» gespielt hatte,²⁵⁵ wie auch das «Atelier-Theater» in der Elisabethstrasse mussten aus diesen Gründen geschlossen werden.²⁵⁶

Nicht von allen Seiten wurden die städtischen Hilfsmassnahmen positiv beurteilt. So fand die Bereitwilligkeit der Stadt, ihre Theater wieder aufzubauen, auch nicht die Zustimmung der Militärregierung. Als James H. Kelly im September 1947 erfuhr, dass die Stadt 65'000,- Reichsmark für den Wiederaufbau der städtischen Theater genehmigt hatte, schrieb er empört an Oberbürgermeister Scharnagl, Bürgermeister Wimmer «and all City Councillors»:

«This is indeed a sad reflection on your political acumen. With so many of your schools needing repair and other more essential things required to keep your childrens' body and soul together you appropriate this money for theaters. I am quite sure the visiting US Congressman will take a dim view of this.! Schade!>²⁵⁷

Die unterschiedliche Sicht der Theaterangelegenheiten, die sich innerhalb der deutschen Verwaltung zwischen den Pragmatikern wie Stadtrat Bössl und den Kulturbegeisterten wie Hans Ludwig Held und Bürgermeister von Miller entwickelt hatte, lässt sich also ebenso in der amerikanischen Militärverwaltung feststellen; ihre Repräsentanten sind hier der Verwaltungsmann Kelly gegenüber den Theateroffizieren van Loon, im Privatberuf Tänzer, und Walter Behr, ehemaliger Schauspieler.²⁵⁸ In vielen Dingen bestanden zwischen diesen Gruppierungen innerhalb der Verwaltungen wesentlich grössere Differenzen als zwischen den «Geschwistern im Geiste» beider Nationen. Die Hilfestellung gerade von van Loon und Walter Behr bei allen Nöten und Sorgen der Theater wird daher auch in den Untersuchungen über die Kammerspiele anerkannt.²⁵⁹

Die Zusammenarbeit zwischen Held und den Theateroffizieren funktionierte reibungslos.²⁶⁰ Das gemeinsame Interesse am Wiederaufbau der deutschen Kultur überwog die möglicherweise vorhandenen nationalen Ressentiments. Dies ist kein vereinzelt Phänomen – hat doch die UNESCO als eine der ersten internationalen Organisationen den Deutschen wieder zumindest einen Beobachter-Status zuerkannt.²⁶¹ Die ebenso gebildeten wie intelligenten amerikanischen Kulturoffiziere der «ersten Garnitur» von «US-Civilians» trugen bestimmt nicht unwesentlich zu einer Entkrampfung der Atmosphäre zwischen beiden Völkern bei. Ist Kultur also nicht doch eine «Weltsprache», eine Brücke zwischen sonst gegensätzlichen Polen? Gerade für Deutschland hat diese Frage eine nicht zu unterschätzende, sehr konkrete Bedeutung. Doch zurück zu den Wohnungsproblemen der Nachkriegszeit. Auch hier wurde «Theaterpolitik» gemacht: erhielt ein Schauspieler keine Zuzugsgenehmigung oder keine einigermaßen passable Wohnung, nahm er möglicherweise das Angebot einer kulanteren Stadt an, die ihm bessere Lebensbedingungen bieten konnte. Man hat das Gefühl, dass sich München hier in vieler Hinsicht auf seinen Lorbeeren ausruhte; man glaubte offenbar, sich eine rigide Zuzugspolitik leisten zu können, da ohnehin der Andrang von Künstlern nach München gross war. Dieses Vorgehen der Stadt lehnten sowohl Buckwitz wie Held ab.²⁶² In Denkschriften, Eingaben und Vormerkungen machte der Münchner Kulturbeauftragte seine Meinung zu diesem Thema deutlich.²⁶³ In einer Denkschrift zur Münchner Wohnungssituation vom Juni 1947 betonte er:

«Die Stadt darf durch an und für sich völlig den allgemeinen Richtlinien entsprechende, aber zu wenig von kulturpolitischen Erwägungen getragene Entscheidungen des Wohnungsamtes keine ideellen Verluste erleiden, die in Jahren nicht wieder gut zu machen wären und die zum Teil auch schon in einer grösseren Anzahl von Fällen nachzuweisen sind... Die auf diesen Gebieten entstehenden Streitfragen und Entscheidungen fallen fast ausnahmslos in den Bereich vorausschauender, zielbewusster Kulturpolitik.»²⁶⁴

Held verhehlte auch nicht, dass bei falscher Behandlung dieser Fragen eine Provinzialisierung Münchens zu befürchten stand.

«Die soziologische Wirklichkeit drängt gerade im Zuge neuer Bevölkerungsüberschichtungen zu der Erkenntnis, dass diese Kulturleistung mit allen Kräften gefördert werden muss, da München sonst sich mit den kulturellen Aufgaben blosser Provinzstädte bescheiden müsste, eine Tatsache, die den Tod seiner Tradition und den Verfall seiner internationalen Möglichkeiten bedeuten müsste.»²⁶⁵

Held bezog sich mit dieser Aussage wohl auf die durch die NS-Zeit, den Krieg, die Judenverfolgung und den Flüchtlingszustrom vollzogene Umschichtung der ursprünglichen Münchner Bevölkerung, die gebieterisch eine vorausschauende Kulturpolitik erforderte. Im Zuge dieser «mobilen Gesellschaft» der ersten Nachkriegsjahre bildeten sich daher die neuen kulturellen Zentren der Bundesrepublik.

Obwohl Held auch Erfolge verbuchen konnte – so erhielten zwischen dem 21.9.45 und Ende Juni 47 immerhin 750 Musiker und Bühnenschaffende den befristeten und 44 den unbefristeten Zuzug nach München²⁶⁶ – blieb die Situation dennoch unbefriedigend. Die Stadtverwaltung zeigte keine Neigung, sich dem Werben anderer Städte um kulturell wichtige Persönlichkeiten anzuschliessen.²⁶⁷ Held bemühte sich aber, wenigstens das in dieser Hinsicht Mögliche auch für die kleineren Theater zu tun, die auf zumindest befristete Zuzugs- und Aufenthaltsgenehmigungen für ihre Darsteller angewiesen waren.²⁶⁸ So verliessen sich auch die Repräsentanten der kleineren Theater wie Theo de Maal für die «Volksoper Pasing»²⁶⁹ und Otto Osthoff für das «Neue Haus»²⁷⁰ sehr auf seine Unterstützung.

Die Staatstheater lösten diese Probleme 1949 ganz einfach: Man genehmigte Mittel für den Ausbau von Wohnungen, die man prominenten Darstellern bei Vertragsabschluss anbieten konnte. Buckwitz konstatierte erbittert: «Damit wird das schwierige Problem der Unterbringung von Darstellern, die von ausserhalb kommen, nicht nur mühelos gelöst, sondern darüber hinaus noch ein ganz besonderer Anreiz zu einem Abschluss mit den Staatstheatern ausgeübt.»²⁷¹ Auch vor dem Versuch, Schauspieler der Kammerspiele mit solchen Angeboten abzuwerben, schreckten die Staatstheater nicht zurück.²⁷² Buckwitz glaubte hierbei, der Stadt Vorwürfe nicht ersparen zu können:

«Zusammenfassend kann man feststellen, dass der Staat für seine Theater nicht nur weit grössere finanzielle Mittel auswirft als die Stadt, sondern gerade auch durch eine Kulturpolitik auf lange Sicht Künstler an seine Theater bindet, die in der Stetigkeit und Systematik dieser Bemühungen eine besondere Entfaltungsmöglichkeit für ihre künstlerischen Pläne sehen.»²⁷³ Dieser Stellungnahme schloss sich Held sinngemäss an: «was andere Städte, die ähnlich zerstört sind wie München, auf dem Gebiete des Wohnungsmarktes den erstklassigen Schauspielern bieten können, müsste beim rechten Verständnis der Wichtigkeit allererster Schauspieler in München auch möglich sein.»²⁷⁴

Eine endgültige Entspannung dieser Situation brachte jedoch erst die Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung Anfang der fünfziger Jahre mit sich. Verständlicher, wenn auch nicht entschuldbarer wird die Passivität der Stadtverwaltung, wenn man die traditionell hohe Zahl von in München ansässigen Künstlern in Rechnung stellt. Man befürchtete wohl, ohne einschränkende Massnahmen von einer Welle unterstützungsbedürftiger Künstler überrollt zu werden, die den Stadtsäckel mit Ausgaben belasten könnten.

Theater für das Volk

Anhand des Beispiels «Volkstheater» soll nun modellhaft eine Münchner Theaterspezialität in ihrer Tradition und Kontinuität vorgeführt werden.²⁷⁵ Gerade hier mischen sich allgemeine und spezifische Elemente zu einem schier unentwirrbaren Ganzen, ist «das Volk» doch ein ebenso umstrittener, wie schwer definierbarer, nichtsdestoweniger aber viel gebrauchter Begriff. Ähnlich geht es daher auch dem «Theater für das Volk»;²⁷⁶ da Theater immer für ein Publikum gespielt wird, ist im weitesten Sinne jedes Theaterstück «für das Volk» geschrieben. In früheren Jahrhunderten war hier die Unterscheidung einfacher, da man zwischen dem Adel, vielmehr der höfischen Gesellschaft und dem «einfachen Volk» sehr wohl klare Trennungslinien ziehen konnte. Geht man von dieser Traditionslinie aus, dann liegen die Anfänge des «Volkstheaters» im Zauber- und Ritterstück und der Jahrmaktkomödie, die sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts in der Form des Vorstadttheaters feste Heimstätten schaffen konnten.²⁷⁷ Eine wirkliche «Volkstheatertradition» in diesem Sinne entstand vor allem in Wien und auch in München; für Wien sind dabei das Leopoldstädter Theater, das Theater an der Wieden und das Theater in der Josefsstadt zu nennen, für München das Theater am Isartor, das «Volkstheater am Gärtnerplatz» sowie die Vorstadttheater beispielsweise in der Au oder der Maxvorstadt.²⁷⁸ Die Grenze zwischen dem höfischen und dem Volkstheater war jedoch bereits hier fließend: So wurde Mozarts «Zauberflöte» an einem Wiener Vorstadttheater, nicht an einem Hoftheater aus der Taufe gehoben;²⁷⁹ Mozart und viele andere schöpften aus diesen neuen Quellen der Kreativität. Höhepunkt in der Entwicklung des Volkstheaters bildet das Schaffen von Ferdinand Raimund,²⁸⁰ Johann Nestroy²⁸¹ und Ludwig Anzengruber. Anzengruber führte überdies die Mundart ausserhalb des reinen Volksstückes auch in die Literatursprache ein.²⁸² Diese Entwicklung, die in Ludwig Thoma, Franz Molnar, Josef Ruederer, Ödön von Horvath, Arthur Schnitzler, Marie-Luise Fleisser, Karl Valentin und Jaroslav Hasek weiterlebte, blieb jedoch überwiegend auf den süddeutsch-österreichischen Raum beschränkt.²⁸³ Eine weitere Traditionslinie des «Theaters für das Volk» geht auf das bäuerliche volkstümliche Theater zurück. Im Gegensatz zu dem städtischen Volkstheater, das sich bald zu einer Kunstform entwickelte, blieb das bäuerliche Volksstück meist auf der nicht-professionellen Ebene: Hier wurde «vom Volk» «fürs Volk» gespielt, Laientheater, oft von Passionsdarstellungen und Mysterienspielen ausgehend, teils weiterhin kirchlich betreut, meist jedoch dörfliches Gaudium ohne Kunstanspruch. Wenn dieses «Bauerntheater» professionell betrieben wird, flacht es meist zum mundartlichen Schwank ab, der mit eigentlichem «Volkstheater» nichts mehr zu tun hat.²⁸⁴

Eine Ergänzung des «Volkstheaterrepertoires» im engeren Sinne bilden diejenigen Stücke der «klassischen» Literatur, die für ein Volkstheater geeignet sind, aber auch neue, noch unbekannte Stücke von nicht etablierten Autoren. Ein Volkstheater hat eher die Möglichkeit, «dem Volk aufs Maul» zu schauen, jenseits des Elfenbeinturms, in den sich viele Theater zurückgezogen haben, «Theater für das Volk» zu machen, die Probleme der Zuschauer, ihre Empfindungen, Interessen und Verletzlichkeiten auf der Bühne darzustellen und so dem Theater wieder Leben einzuhauchen. Nicht jede Zeit eignet sich dazu und nicht in jeder Zeitepoche finden

sich wirklich grosse Exponenten dieser Kunst; das dürfte wohl auch der Hauptgrund dafür sein, dass sich Volkstheater schwieriger als anderes Theater «verordnen» oder auch nur «fördern» lässt: Wenn es keinen starken Rückhalt im Publikum oder keinen Mittelpunkt in Form eines darstellerischen und meist auch selbst schreibenden wirklichen «Volksschauspielers» besitzt, ist es auf die Dauer nur schwer zu halten.²⁸⁵ Als Glücksfälle sind für München hier Namen wie Karl Valentin, Liesl Karlstadt, Ida Schuhmacher und Weiss Ferdi zu nennen. Volkstheater ist also per se regional gebunden, auch wenn es über seinen engsten Bereich hinauswirken kann. Seine spezifische Volkstheatertradition lässt München hierbei gewissermassen zur «kleineren Schwester» Wiens werden.²⁸⁶ Da dieser Münchner Sonderfall immer wieder den Stadtrat, die Ausschüsse und das Publikum beschäftigte,²⁸⁷ sollen die Wiederanfänge dieser Theaterform nach dem Kriege im Folgenden geschildert werden.

Es existiert jedoch nicht nur diese Form des «Volkstheaters». Eine weitere Traditionslinie des «Theaters für das Volk» findet sich in der Bewegung der «Volksbühnen»²⁸⁸ und der «Theatergemeinden»,²⁸⁹ deren Ziel es war und ist, das Theater dem Volk näher zu bringen, neue Schichten für das Theater zu begeistern und ihnen den Theaterbesuch durch die Abgabe verbilligter Karten erschwinglich zu machen. Die «sozial-pädagogischen» Programme der Städte und des Staates bilden hierzu eine Ergänzung und werden meist mit den örtlichen Besucherorganisationen koordiniert.²⁹⁰

Gleich dem bereits geschilderten «Volkstheater» sind diese Bewegungen «aus dem Volk» entstanden; vor allem die «Volksbühnen» gehen auf die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts zurück.²⁹¹ Aus dem Bedürfnis der Arbeiterschaft nach kultureller Entfaltung und als Reaktion auf die Verbote naturalistischer Dramen durch die preussische Regierung entstand 1890 die «Freie Volksbühne Berlin», der sich bald ähnliche Initiativen anschlossen.²⁹² Bis 1918/19 blieb die Volksbühnenbewegung jedoch vor allem ein Berliner Phänomen; besonders das kaum industrialisierte Bayern bot keinen guten Boden für diese Bewegung. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte sich die «Volksbühne» in München jedoch gut etablieren, da sie sich mit der Gewerkschaft zu einem «Kulturbund» zusammenschloss. In den überwiegend katholischen Gebieten setzte sich aber bereits in den zwanziger Jahren der «Bühnenvolksbund» stärker durch, der 1916 in Hildesheim gegründet worden war.²⁹³ Er beruhte eher auf christlich-nationalen, als auf sozialistisch-internationalen Grundsätzen.²⁹⁴ Nach dem Zweiten Weltkrieg lebte er als «Bund der Theatergemeinden» vor allem in Bayern und im Rheinland wieder auf.²⁹⁵

Als gemeinsames Credo der beiden Organisationen kann für die Anfangsjahre die Aussage gelten: «Die Theater sind nicht nur für Behörden, Schwarzhändler und Schieber geschaffen.»²⁹⁶ So versuchten also beide, den «Minderbemittelten» und «Schaffenden», die sich nicht für Karten anstellen konnten, Zutritt zu den Theatern zu verschaffen. Die Organisationen standen in scharfer Konkurrenz zueinander; in München kämpften sowohl «Volksbühne» wie «Theatergemeinde» darum, bevorrechtigt bezuschusst und mit Theater- sowie Konzertkarten versorgt zu werden.²⁹⁷ Andererseits hatten die Organisationen mit ähnlichen Problemen zu tun: Beide mussten sich erst wieder etablieren und ihre Mitglieder sammeln, da sie 1933/34 «gleichgeschaltet» worden waren; beide hatten vor der Währungsreform darum zu kämpfen, ausreichend mit Theaterkarten versorgt zu werden, und nach der Währungsreform einen Mit-

gliederschwind zu überwinden; zusammen bildeten beide Organisationen während der Theaterkrise Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre die einzige sichere Stütze der gefährdeten Theater, da sie feste Kartenabnahmen garantieren konnten. Dadurch hatten sie auch Einfluss auf die Spielplangestaltung und wurden somit zu einem weiteren wichtigen kulturpolitischen Faktor in der Theatersituation der Nachkriegsjahre.²⁹⁸

Die Arbeit dieser Organisationen und die Bemühungen der Stadt um die Erschliessung weiterer Kreise, die zur Lösung der Theaterkrise beitragen sollten, erhielten daher eine eminente Wichtigkeit. Harry Buckwitz erklärte auf dem 16. Volksbühnentag in Stuttgart 1954, damals bereits als Intendant in Frankfurt, aus der Tätigkeit der «Volksbühne» könnte einmal wirkliches «Volkstheater» werden.²⁹⁹ Die Aktivitäten der Besucherorganisationen waren auch meist eng mit dem Gedanken eines «Theaters des Volkes» verknüpft. Daher sind diese beiden Ausgangspunkte eines «Theaters für das Volk» hier auch gemeinsam darzustellen und in ihrer Bedeutung und weiteren Wirksamkeit zu erschliessen.

Das Münchner Volkstheater

Entsprechend den verschiedenartigen Vorstellungen von «Volkstheater» sind auch für München mehrere Exponenten des Volkstheaters zu unterscheiden: Das «Münchner Volkstheater», das 1938 von der Stadt übernommen und den Städtischen Bühnen einverleibt wurde, die «Münchner Volksspielgemeinschaft»,³⁰⁰ die vorwiegend das Volksspiel, also eher die «leichte» Seite des Volkstheaters pflegte, die Singspielhallen wie das «Platzl», die eine kommerzialisierte Form des Volkssängertums aufrechterhielten und dann solche Privattheater, die sich durch ihren Spielplan als «Volkstheater» auswiesen. Im Nachkriegsmünchen war dies vor allem das «Bürgertheater», das laut den Worten Helds bemüht war, gutes volkstümliches Theater zu spielen,³⁰¹ aber auch die «Volksoper Pasing».³⁰²

Die Geschichte des «Münchner Volkstheaters»

In seiner Zeit als Privattheater, also in den zwanziger Jahren und während der NS-Zeit, war das «Münchner Volkstheater» immer wieder in Gefahr, aus wirtschaftlichen Gründen auf die allzu «leichte» Seite abzurutschen. Vor seiner Übernahme durch die Stadt wurde ihm daher auch seine Vergnügungssteuer von drei auf fünf Prozent erhöht.³⁰³ Möglicherweise hatte sich der Intendant des Theaters, Ferdinand Dörfler, jedoch nur vor den Forderungen des NS-Regimes in die harmlose Unterhaltung zurückgezogen.³⁰⁴ Er glaubte ausserdem, ein reines «Theater des Volkes» nur mit beträchtlicher öffentlicher Subvention machen zu können.³⁰⁵ Nachdem Dörflers Theater am 27.6.38 von den Kammerspielen, diese 1939 von der Stadt übernommen worden waren³⁰⁶ und Willem Holsboer zusammen mit Leopold Kummer die Direktion erhalten hatten, änderte sich auch die Grundkonzeption:³⁰⁷

«Die neue Führung hält sich für verpflichtet, jeden blossen Unterhaltungsbetrieb mit billigen Mitteln zu vermeiden, sie wird vielmehr die Unterhaltsamkeit als lebenssteigerndes Element betrachten und pflegen. Sie will ferner ein Theater unserer Zeit schaffen, das dem nationalso-

zialistischen Aufbauwillen Rechnung trägt, das jede Verspieltheit samt der Sentimentalität der guten alten Zeit grundsätzlich vermeidet.»³⁰⁸

Dieser Konzeption folgend, die durchaus auch Nestroy, Raimund und Anzengruber miteinschloss,³⁰⁹ sollte jedoch neben einem «Theater der Völker» vorwiegend der «Zusammenhang mit dem Land», die «Fühlung mit dem Urgrund alles völkischen Daseins, nämlich dem Bauerntum» aufrechterhalten und «eine Form gefunden werden, die von dem verjährteten Wesen der Trachtenvereine Abstand nimmt und zugleich eine Gestaltung sucht, die einen bloss massenhaften Einsatz volkstümlicher Kräfte vermeidet».³¹⁰

Die Zensur der Nationalsozialisten verschonte zwar auch dieses Theater nicht, die Unterstützung des NS-Schatzmeisters bot dafür jedoch ein Trostpflaster.³¹¹ Das Volkstheater konnte sich guten Besuchs erfreuen: Im Rechnungsjahr 1942 kamen immerhin 314'470 Besucher zu den 422 Vorstellungen, im Rechnungsjahr 1943 329'833 Besucher zu 461 Vorstellungen. 1942 nahm man 710'677,69 Reichsmark ein, 1943 749'143,99 Reichsmark.³¹² Im Juli 1944 musste das Theater dann schliessen,³¹³ da das Gebäude völlig zerstört war.

In der Geschichte des Theaters bildet das Jahr 1945 keine wesentliche Zäsur:³¹⁴ Willem Holsboer, im Mai 1940 vom NS-Oberbürgermeister Fiehler endgültig zum «Intendanten des Volkstheaters» ernannt,³¹⁵ behielt die Leitung auch nach 1945. Aufgrund seiner Tätigkeit während der NS-Zeit erhielt allerdings nicht er die amerikanische Lizenz für den Spielbetrieb des Volkstheaters, sondern Harry Buckwitz, der zum Verwaltungsdirektor, Regisseur und stellvertretenden Intendanten des Volkstheaters berufen wurde.³¹⁶

Die Situation des Theaters nach Kriegsende war schwierig: Das Theatergebäude zerbombt, der Fundus zerstört, die finanzielle Lage – da nicht sicher war, ob die Stadt das Theater weiterführen würde³¹⁷ – ungeklärt. Nachdem das Volkstheater jedoch im Gebäude der Kammerspiele untergekommen war, eröffnete es – sogar noch vor den Kammerspielen – am 8.9.45 mit der «Hammelkomödie», einem französischen Schwank.³¹⁸ Buckwitz war sich aber sehr wohl bewusst, dass das Theater nun weitgehend von den Kammerspielen abhängig geworden war.³¹⁹ Auf der Suche nach einem eigenen Haus stiess man auf drei geeignete Räumlichkeiten: den Richard-Wagner-Saal im Bayerischen Hof, den Postsaal in Pasing und das Theater in der Schornstrasse.³²⁰ Da das Gebäude in der Schornstrasse von den Amerikanern der Staatsopern zugesprochen wurde,³²¹ konzentrierte man sich auf den Postsaal in Pasing, der nach zähen Verhandlungen von der Löwenbrauerei gepachtet und am 20.11.45 eröffnet werden konnte³²² und auf den Richard-Wagner-Saal, der im März 1946 in Betrieb genommen wurde.³²³ Wie wichtig den Münchnern ihr Volkstheater war, lässt sich daraus ersehen, dass diese Umbauten fast ausschliesslich aus «Spenden der Münchner Wirtschaft und anderer privater Kreise»³²⁴ finanziert werden konnten: Bis Anfang 1946 waren so bereits 61'802,97 Reichsmark zusammengekommen. Die Stadt hatte dafür insgesamt 85'600,- Reichsmark veranschlagt.³²⁵

Eine Lösung der Situation zwischen Sparmassnahmen und Ausgabensteigerung sahen Harry Buckwitz und andere in einer Fusion der beiden städtischen Bühnen, wovon man sich hohe Kosteneinsparungen und rationelleres Arbeiten versprach.³²⁶

Dem Fusionsentwurf Buckwitz' von Anfang 1946, der neben den finanziellen auch die künstlerischen Vorzüge einer solchen Regelung hervorhob,³²⁷ folgten eine fiskalische Ergänzung des Entwurfs³²⁸ und Verhandlungen mit der Militärregierung und der Stadt. Die Amerikaner hatten gegen eine Zusammenlegung der Bühnen nichts einzuwenden, obwohl sie für eine künstlerische Trennung plädierten. Sie machten auch konkrete Besetzungsvorschläge: Willem Holsboer, der bis zu diesem Zeitpunkt noch Intendant des Volkstheaters gewesen war, durfte nicht mehr in leitender Position beschäftigt werden; er wurde zum Oberspielleiter des Volkstheaters ernannt. Hans Zimmermann sollte die technische Leitung beider Theater, Erich Engel die Generalintendanz erhalten, Harry Buckwitz wurde als Generaldirektor und Intendantstellvertreter vorgeschlagen; er behielt überdies die Lizenz für das Volkstheater.³²⁹ Die Stadt folgte diesen Besetzungsvorschlägen;³³⁰ Holsboers Aufgabe blieb jedoch «die unmittelbare Betreuung des Spielplans des Volkstheaters».³³¹

Dem Volkstheater brachte die Fusion nicht den erwünschten Erfolg: Die Bespielung des Pasinger Postsaals war nicht so lohnend wie erwartet, und auch die Aufführungen im Bayerischen Hof führten nicht zu überragenden Ergebnissen.³³² Nachdem der Pasinger Postsaal zeitweise unter der Woche vermietet worden war und das Theater nur am Wochenende dort gastierte, übernahm ab der Spielzeit 1947/48 das «Theater im Schloss Dachau» den Saal.³³³ Dies zog für das Volkstheater aber bereits Kündigungen nach sich, für die Städtischen Bühnen, für die die Vermietung durchaus lukrativ gewesen war, eine Erhöhung des Defizits um 50'000,- Reichsmark.³³⁴ Die Spielzeit 1947/48 verbrachte das Volkstheater noch im Bayerischen Hof. Die Gebrüder Volkhardt meldeten jedoch bereits zu diesem Zeitpunkt bei der Stadt an, dass sie über kurz oder lang den Theatersaal wieder für den Hotelbetrieb in Anspruch nehmen müssten und baten um baldige Räumung.³³⁵ Das Volkstheater musste sich also auf die Suche nach neuen Räumen machen – im zerstörten München dieser Jahre eine fast hoffnungslose Aufgabe.

Vorerst jedoch bemühte sich Harry Buckwitz darum, die ursprünglich mit der Fusion der städtischen Bühnen nicht beabsichtigte künstlerische Verschmelzung wieder rückgängig zu machen.³³⁶ Diese Verschmelzung hatte vor allem das Volkstheater in eine unangenehme Lage gebracht; Buckwitz beschrieb dies so:

«Herr Holsboer fühlt sich durch die Verschmelzung der beiden Ensembles in seinen künstlerischen Ambitionen mit Recht gefesselt, denn auf der einen Seite erwartet man von ihm, dass er der Idealität eines echten Volkstheaters möglichst nahe kommt, auf der anderen Seite ist er in seinem Ensemble- und Repertoireaufbau durch übergeordnete Interessen, die die Gemeinschaft der beiden Bühnen bedingen, sehr behindert.»³³⁷

Ein Teil dieser Behinderung war darauf zurückzuführen, dass für viele Schauspieler das Auftreten im weniger renommierten Volkstheater zu einer lästigen Pflicht geworden war, die man möglichst zu vermeiden suchte.³³⁸ Buckwitz schlug deshalb vor, entweder die beiden Bühnen wieder künstlerisch zu trennen, oder aber ein «Kleines Haus der Kammerspiele» zu schaffen, das ohne den Beigeschmack eines «Volkstheaters» Stücke, die für eine kleinere Bühne geeignet seien, aufführe.³³⁹ Die Auffassung, es lohne sich, das Volkstheater durch künstlerische Eigenständigkeit als münchenerische Spezialität zu erhalten, teilten auch Holsboer, Oberbürgermeister Scharnagl und Hans Ludwig Held.³⁴⁰

Bevor dies jedoch realisiert werden konnte, setzte die Währungsreform andere Prämissen und stellte die Städtischen Bühnen vor grundsätzliche Probleme. Die Diskussionen um die Folgen der Währungsreform, um die zukünftige Theaterpolitik der Stadt und um die vermutlichen Einnahmemöglichkeiten und festen Ausgaben der Bühnen zog sich bis Ende 1948 hin.³⁴¹ Das Volkstheater war besonders gefährdet, wollte man doch die Kammerspiele auf keinen Fall aufgeben.³⁴² Auch der Verzicht der Schauspieler auf 40 Prozent ihrer über 300,- DM hinausgehenden Monatsgagen für die Zusage eines Kündigungsschutzes brachte keine durchgreifende Besserung: Der Zuschussbedarf der Städtischen Bühnen lag im Juli bei täglich 3'000,- DM; die Stadt wusste jedoch, dass ihre finanzielle Erstausrüstung nach der Währungsreform von 25 Millionen DM bereits Ende September verbraucht sein würde und eine jährliche Bezuschussung der Bühnen mit einer Million DM auf keinen Fall in Frage kommen werde.³⁴³ Eingehende Beratungen führten dann zu der Entscheidung, das Volkstheater aus dem Verband der Städtischen Bühnen zu entlassen, ihm die Rechtsform einer G.m.b.H zu geben und es in den Räumen der ehemaligen «Schaubude» in der Reitmorstrasse 7 unterzubringen.³⁴⁴ Dieser Regelung stimmte der Kulturausschuss im Februar 1949 zu.³⁴⁵ Anfang März wurde man mit Rudolf Schündler wegen der Überlassung der «Schaubude» handelseinig,³⁴⁶ im April und Mai fanden die wichtigsten Verhandlungen über die für eine Volkstheater-Gesellschaft interessanten Mit-Gesellschafter der Stadt statt.³⁴⁷ Da dies sich sehr schwierig gestaltete, die Zeit aber drängte, wurde Ende Juli 1949 dann die «Volkstheater GmbH» nur mit der Stadt München und dem Verkehrsverein als Gesellschafter gegründet.³⁴⁸ Das Stammkapital betrug 25'000,- DM, der von der Stadt vorgesehene jährliche Zuschuss 190'000,- DM. Das Theater sollte am 1.9.49 wieder eröffnen und für den Rest des städtischen Haushaltsjahres (also bis März 1950) einen Zuschuss von 110'000,- DM erhalten.³⁴⁹ Ende September hatte das Theater, dessen Geschäftsführung anfänglich Willem Holsboer übernommen hatte, jedoch bereits 57'000,- DM davon in Anspruch genommen, im Oktober mussten weitere 15'000,- DM genehmigt werden.³⁵⁰

Die Stadt entschloss sich zwar noch zum Abwarten, als jedoch auch die Besucherorganisationen nicht in der Lage waren, ihre Mitglieder für das Theater zu interessieren und die durchschnittliche Platzbesetzung unter 50 Prozent blieb,³⁵¹ sah man sich gezwungen, einen Fehlschlag einzugestehen. Trotz etlicher Appelle von Seiten Holsboers, der Presse und des Publikums,³⁵² musste der Betrieb dann zum 31.3.1950 mit einem Defizit von über 230'000,- DM eingestellt werden.³⁵³ Schwierigkeiten ergaben sich, wie bereits bei der Re-Privatisierung des Theaters, mit den Kündigungen der Bühnenangehörigen: Einige hatten sich durch langjährige Zugehörigkeit zu den Städtischen Bühnen einen Kündigungsschutz erworben, der ihnen den Spitznamen eines «Vereines der Unkündbaren» eintrug.³⁵⁴

Mit einem Ende der Münchner Volkstheater-Tradition wollte man sich jedoch nicht abfinden.³⁵⁵ So regten sich schon bald verschiedene Initiativen, die eine Weiterführung anstrebten. Vor allem der «Verein Münchner Volkstheater e.V.», der im April 1950 gegründet wurde, gab als seinen Zweck an: die «Wiedererrichtung des Münchner Volkstheaters in zentraler Lage der Stadt sowie seiner Wiederinbetriebnahme und Weiterführung im Sinne volkstümlicher Tradition».³⁵⁶ Zu seinen Gründungsmitgliedern gehörten der Rundfunkrat und Vorsitzende der

Handwerkskammer Josef Kiefer, die Stadträte Gottlieb Branz, Adolf Hieber und Adelheid Liessmann, der Senator Dr. Franz Weiss, der Schriftsteller Joseph Maria Lutz und Olf Fischer vom Bayerischen Rundfunk.³⁵⁷ Den Stamm des neuen Theaters sollten die ehemaligen Schauspieler des alten Volkstheaters bilden,³⁵⁸ zum künstlerischen Leiter berief man Ludwig Bender, der von 1949 bis 1950 Oberspielleiter des Theaters gewesen war.³⁵⁹ Als Bühne hatte der Verein sich vorläufig den Silbersaal des Deutschen Theaters ausgesucht,³⁶⁰ in dem dann das «Münchner Volkstheater Ensemble» auftrat. Die Stadt trat zwar dem Verein mit einem Beitrag von 500,- DM im Monat bei, lehnte aber einen Mieterlass für das «Deutsche Theater» aus «grundsätzlichen Erwägungen»³⁶¹ ab. Nachdem das Theater jedoch zwischen Oktober 1950 und März 1951 gute Erfolge erzielt hatte, erliess ihm die Stadt doch die Miete³⁶² und übertrug ihm mit Beschluss vom 8.5.1951 sogar den «Mantel der Volkstheater G.m.b.H. samt Gesellschafteranteil und Gesellschaftsvermögen», also Name und Kapital der G.m.b.H.³⁶³ Diese Übertragung fand dann Mitte Juli 1951 statt.³⁶⁴

Auch diesem Volkstheater war jedoch kein langes Leben beschieden. Im Juli 1951 musste es, ebenso wie seine Vorgänger, die Tore schliessen, im September tat es im Zuge eines Vergleichsverfahrens den «letzten Seufzer».³⁶⁵ Zur 800-Jahr-Feier des Jahres 1958 rief man mit Unterstützung des Festvereins, des Staatsschauspiels, der Kammerspiele, des Fernsehens und des Bayerischen Rundfunks kurzfristig ein provisorisches Volkstheater ins Leben, das Queris «Matheis bricht's Eis» und Ludwig Thomas «Schusternazi» zuerst auf der Bühne der Kammerspiele, danach auf verschiedenen kleinen Münchner Bühnen zur Aufführung brachte.³⁶⁶ Im April 1959 bildete sich dann ein «Verein Münchner Volkstheater e.V.», dessen Vorstand sich aus dem Schriftsteller Wilhelm L. Kristl, Paul Schallweg und dem bekannten Volksschauspieler Ludwig Schmidt-Wildy zusammensetzte. Zweck des Vereins war «die Förderung und die Errichtung eines Münchner Volkstheaters zur Pflege von klassischen und zeitgenössischen Stücken abseits der intellektuellen und experimentellen Zeitbühne, zur Pflege ferner der spezifisch bayerisch-österreichischen Theaterdichtung» und die «Pflege von Gastspielen des in den Alpen beheimateten Bauerntheaters.»³⁶⁷ Bevor diese Initiative Erfolge zeitigen konnte, eröffnete am 6.11.1959 Eduard Loibner im Sonnenhof sein Volkstheater mit dem Stück «Ein Ausgangstag» des Dänen Otto L. Fischer. Loibner stellte sich zwei Aufgaben: «einmal soll in meinem Haus das europäische Volksstück' gepflegt werden, zum anderen möchte ich mit der Zeit eine Schar heimischer Autoren dazu ermutigen, die Gegenwart auf die Bühne zu bringen, das heisst Volksstücke unserer Zeit zu schreiben, die uns so sehr fehlen.»³⁶⁸

In den folgenden Jahren spielte Loibner – obwohl unsubventioniert – mit grossem Erfolg Shakespeare, Lope de Vega, Goldoni, Nestroy, Raimund, Bruno Frank, Molnar, Rehfisch und Marieluise Fleisser; Ludwig Thoma kam in tausend Aufführungen auf die Bühne. Zum ersten Mal wandte sich Loibner 1964 mit der Bitte um Bezuschussung an die Stadt; da sein Mietvertrag 1969 auslief, wiederholte er diese Bitte 1969 und bat um eine Unterstützung in Höhe von 200'000,- DM. Ab 1970 stellte ihm die Stadt 120'000,- DM zur Verfügung und auch sein Hausherr einigte sich mit ihm auf einen Drei-Jahres-Mietvertrag. Dennoch sah sich Loibner 1972 nicht mehr in der Lage, wieder einen neuen Mietvertrag abzuschliessen und am 30.9.1972 fiel in seinem Theater der letzte Vorhang.³⁶⁹

Nach einigen erfolglosen Versuchen in den siebziger Jahren schloss sich 1983 der Kreis: Mit massgeblicher Beteiligung der Stadt wurde eine «Volkstheater G.m.b.H.» gegründet, die mit einem kleinen Repertoire und einer Gruppe von Stammschauspielern in der Brienerstrasse ihren Spielbetrieb aufnahm.³⁷⁰

Projekte und Konzeptionen: Volkstheater oder «Theater für das Volk»

Vor allem in den Jahren 1948/49 wurden Aufgaben und Möglichkeiten eines Münchner Volkstheaters ausführlich diskutiert. Eine genauere Aufschlüsselung dieses Materials gibt ein Bild davon, was unter «Volkstheater» verstanden wurde und zeigt auch Projekte auf, die teilweise heute erst wieder im Gespräch sind.

Die ersten, deren Urteil eingeholt wurde, waren die Theaterfachleute, in diesem Falle der Verwaltungsdirektor Buckwitz und der technische Direktor Zimmermann.³⁷¹ Beide entwickelten grossangelegte Konzeptionen, die auf den Bau eines neuen «Theaters des Volkes», einer «Volksbühne» hinausliefen.³⁷²

Buckwitz³⁷³ legte drei Erwägungen zugrunde: Die Frage nach der anzusprechenden Bevölkerungsschicht, die nach der Unternehmensform und diejenige nach den lagemässigen und baulichen Voraussetzungen. Als Zielgruppe setzte er den kleinen Mittelstand an;³⁷⁴ daher wollte er auch das Schwergewicht des Namens mehr «auf die soziologische Zusammensetzung seiner Besucher, als auf die literarische Spezifizierung seines Aufgabengebietes» legen: «Also nicht ‚Volkstheater‘ sondern ‚Theater des Volkes‘». ³⁷⁵ Um tatsächlich ein «Theater der breiten Massen» entstehen zu lassen, ging Buckwitz von einer «sozialen Preiskalkulation» aus: künstlerische Attraktivität, Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Kino-Eintrittspreisen und Ermässigungen für Besucherorganisationen, Jugendliche, Studierende und Kriegsbeschädigte sollten das Theater rentabel machen.³⁷⁶ Die Tätigkeit der Besucherorganisationen bildete eine der Grundlagen von Buckwitz' Kalkulation, denn diese sollten die Hälfte der Plätze täglich fest belegen.³⁷⁷ Ein «künstlerischer Beirat» sollte bei der Spielplangestaltung mitreden, denn dieser müsse «so universell gestaltet sein, dass der Abonnementkreis als Ergänzung seiner künstlerischen Ansprüche nur noch Opern- und Konzertaufführungen verlangt». Buckwitz' Konsequenz, sich nicht nur auf das «reine Volksstück» zu beschränken, ist daher naheliegend. «Auf dieser Bühne wird also die ‚Minna von Barnhelm«, das ‚Käthchen von Heilbronn«, der ‚Götz«, ‚Maria Magdalena«, ‚Die Weber« ebenso ihren Platz haben, wie manches Werk Shakespeares oder die Komödien der süddeutschen Klassiker und Volksstücke von Zuckmayer bis Billinger, und von Molière bis Ludwig Thoma.»³⁷⁸ Mit Ensuite-Spielplan und je 30 Aufführungen wollte er die Kosten einigermaßen niedrig halten. Aufbauend auf der Aktivität der Besucherorganisationen und einem jährlichen Zuschuss der Stadt von 300'000,- DM hoffte er, auch weitere Kreise der Bevölkerung miteinzubeziehen: «Da es ... zu den kulturellen Ehrenpflichten der Stadt gehört, auch die minderbemittelten und armen Schichten der Bevölkerung am begehrtesten kulturellen Gut, am Theater, teilhaben zu lassen, muss die Differenz zwischen Normalpreis und vergünstigtem Preis als Subvention durch die Stadt getragen werden.»³⁷⁹

Buckwitz' Vorstellung ging des Weiteren dahin, dass dieses Theater dazu prädestiniert sei «Gelegenheitsbesucher, die gerade vom Büro oder aus der Werkstatt kommen, anzulocken» –

eine möglicherweise naive, in jedem Falle soziale, heute wieder sehr attraktive Idee. Auch einen Seitenhieb auf die überwiegend in den Bahnen des bürgerlichen Repräsentationstheaters denkenden Stadträte brachte Buckwitz noch unter:

«Zieht man in Betracht, dass die Stadt für die Aufrechterhaltung der Kammerspiele gewillt ist, etwa 500'000,- DM zuzuschüssen, und dass dieses Theater mehr oder weniger dem intellektuellen und wohlhabenden Publikum vorbehalten ist, so besteht eine zumindest gleiche Verpflichtung gegenüber den weit überwiegenden minderbemittelten Bevölkerungskreisen, für diese ein echtes Volkstheater im Sinne eines volkstümlichen Spielplanes und volkstümlicher Preise aufzubauen».³⁸⁰

Dieses Konzept unterscheidet sich grundlegend von den Vorstellungen eines heimatverbundenen, bodenständigen Volkstheaters; bei aller Nähe zum «Volk» sollte hier doch «grosstes Theater» gemacht werden. Buckwitz' Ziel und Ideal war dabei Theater im Sinne der Berliner «Volksbühne».³⁸¹ Seine und auch Zimmermanns gleichlautende Vorstellungen sind also deutlich von sozialistischem, in der Arbeiterbewegung wurzelndem Ideengut getragen. An diesen Idealvorstellungen hielt Buckwitz auch nach seiner Münchner Zeit fest: Auf dem 16. Volksbühnentag in Stuttgart vertrat er die nämlichen Ideen.³⁸² Daraus ist ersichtlich, dass seine Konzeption keineswegs nur auf München zugeschnitten war, dass München vielmehr nur den Anlass, die Gelegenheit bot, ein aufregendes Projekt zu verwirklichen.

Umso erstaunlicher ist es, dass Bürgermeister Scharnagl in einer ausführlichen Vormerkung einen Grossteil dieser Vorschläge übernahm.³⁸³ Obwohl bei ihm der volkserzieherische Gedanke mehr im Vordergrund stand, nahm er doch die Raumgrösse, die Eintrittspreisgestaltung, die erwünschte Lage im Zentrum und den Gedanken eines «Theaters des Volkes» mit Ensuite-Spielplan und künstlerischer Programmgestaltung fast wörtlich auf. Einiges davon hätte Buckwitz jedoch sicherlich nicht gut geheissen, so beispielsweise die Überlegung, dass ein «Theater des Volkes» zwar «der Erfassungskraft, den Wünschen und den Bedürfnissen der breitesten Kreise gerecht werden muss» (dies eine Übernahme aus Buckwitz Expose), dabei jedoch «stets als Massstab die Grundbestimmung des Theaters anzulegen ist, dass es, auch wenn es nur dem Vergnügen dient, nur beste Kunst in erster Qualität bietet und zur Erziehung und Veredelung der Seele des Volkes dienen muss». So taucht aus dem sozialistischen «Ur-schlamm» unversehrt das «Theater als moralische Anstalt» wieder auf! Ähnlich am Anfang von Scharnagls Vormerkung; er betont:

«Gerade die breiten Massen unserer Bevölkerung brauchen in unserer Zeit und in den kommenden Jahren eine starke Aufrüttelung ihres seelischen Lebens und ihrer kulturellen Kräfte. Sind diese Kräfte geweckt, dann müssen sie auch lebendig gehalten werden durch kulturelle Darbietungen, die das kulturelle Leben unseres gesamten Volkes veredeln und auf die höchsten Ziele geistiger und seelischer Einstellung hinführen.»

Und dann, wieder ganz im Sinne von Buckwitz: «Die Kunst der Gesamtheit des Volkes zu bieten, ist daher ein Haupterfordernis aller kulturellen Bestrebungen.»³⁸⁴

Bei allem Werben für ein neues Volkstheater verleugnete Scharnagl jedoch bereits zu diesem Zeitpunkt nicht, dass ihm ein «Musikhaus» für die Münchner Philharmoniker noch mehr am Herzen lag.³⁸⁵ Aus der Erkenntnis der Unerfüllbarkeit dieses Wunsches heraus plädierte er daher für ein gemeinsames «Kunsthause» für Volkstheater und Philharmoniker.³⁸⁶ Seine Be-

wertung der einzelnen Kunstinstitutionen zeigt sich dabei schon in der von ihm vorgeschlagenen Verteilung der Gelder für die «Kunstpflge»: zwei Millionen DM für die gesamte Kunst sollten mit 600'000,- DM auf die Staatsoper, mit 500'000,- DM auf die Münchner Philharmoniker, mit 400'000,- DM auf die Kammerspiele, mit 300'000,- DM auf das Volkstheater und mit 200'000,- DM auf die bildende Kunst verteilt werden.³⁸⁷ Es ist daher verständlich, dass er sich Hans Zimmermanns radikalem Vorschlag, Staat und Stadt könnten ihre Konkurrenz auf dem Sektor der Kunstpflge dahingehend koordinieren, dass der Staat die Musik, die Stadt aber das Schauspiel pflegen solle, nicht anschloss.³⁸⁸ Nach Zimmermanns Vorstellung sollte die Stadt ein grosses Schauspielhaus, eben ein «Volkstheater», eine «Volksbühne», aufbauen sowie die Kammerspiele als ein «avantgardistisches Kammertheater» erhalten, der Staat dagegen seine berühmte Oper «wieder zu altem Ansehen und der einstigen Weltberühmtheit» bringen. Ende Januar 1949 hatte sich Zimmermann jedoch bereits mit dem Gedanken angefreundet, einen gemeinsamen Raum für Konzerte und Theater zu schaffen.³⁸⁹ Er hielt dafür das Deutsche Theater für geeignet, weil der frühere «Münchner Fasching» in der Schwanthalerstrasse «wohl kaum mehr zu beleben» sei, da «der sich vollziehende soziale Strukturwandel jene Erscheinungen und Lebensäusserungen nicht mehr» kenne – eine verständliche, wenn auch krasse Fehleinschätzung des Jahres 1949.

Die Stellungnahmen der Mitglieder des Kulturausschusses vom 8.1.1949 zu diesem Thema lagen so weit auseinander, dass Scharnagl konstatierte, «von einer Linie für die Kulturpolitik auf dem Theatergebiet» könne man nicht mehr sprechen.³⁹⁰ Von Buckwitz' grossen Plänen blieb jedoch dabei nur wenig übrig; Oberbürgermeister Wimmer hielt für den Wiederaufbau des Deutschen Theaters eine Summe von einer Million DM für nötig – diese Summe konnte die Stadt aber nicht aufbringen. Stadtkämmerer Hielscher und die Stadträte Hieber und Hanfstaengl glaubten überdies nicht daran, dass sich ein solches Haus, auch wenn es «Theater des Volkes» heisse, füllen lasse und plädierten für eine Zusammenarbeit mit dem Staat auf diesem Sektor.³⁹¹ Im Gegensatz zu Stadtrat Branz, der meinte, der Begriff des Volkstheaters gehöre der Vergangenheit an und die dazugehörige Bevölkerungsschicht sei zum Film abgewandert,³⁹² glaubte Scharnagl durchaus noch an ein Volkstheaterpublikum, das man nur mobilisieren müsse. Für eine Zusammenarbeit mit dem Staat konnte er sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht erwärmen, er hielt dies für eine Kapitulation der Stadt. Bereits im Januar 1949 schlug er selber jedoch diesen Weg vor.³⁹³ Einigkeit erzielte man mit sieben zu zwei Stimmen am Schluss darin, dass die Verträge der Volkstheaterschauspieler vorsorglich zu kündigen seien – der erste Schritt zur Aufgabe des Theaters war damit getan. Den Mut zu einem – für die damalige Zeit auch wirklich zu gross angelegten – neuen Projekt hatte man nicht aufgebracht.³⁹⁴ Man wollte abwarten, verhandeln und sich weitere Schritte überlegen. Eine wirkliche Bejahung des Volkstheatergedankens, sei es nun in Buckwitz' avantgardistischer oder in der traditionellen Form, lässt sich beim Kulturausschuss nicht finden.

Dies wird auch nicht widerlegt durch die Aktivität des Ausschusses im Februar 1949:³⁹⁵ Zwar beschloss man, das Volkstheater in die ehemalige «Schaubude» zu verlegen, ihm einen Höchstzuschuss von 190'000,- DM zur Verfügung zu stellen und eine Betriebsgesellschaft zu gründen.³⁹⁶ Der Kulturausschuss hoffte zu diesem Zeitpunkt aber noch, genügend Anhänger

des Volkstheaters finden zu können, die der Stadt einen Teil der finanziellen Belastung abnehmen sollten – Anfang 1949 eine entweder naive, oder verzweifelte Hoffnung, da auch die Besucherorganisationen sich bereits deutlich ablehnend geäußert hatten.³⁹⁷

Nicht nur die Stadt, auch der Staat zeigte sich skeptisch. In einem ausführlichen Brief zur Bereinigung anstehender Theaterfragen³⁹⁸ nahm Staatssekretär Sattler eine Position ein, wie sie ähnlich auch im städtischen Kulturausschuss vertreten worden war: Zu dem Buckwitz'schen Konzept eines «Theaters des Volkes» mit vielen, billigen Plätzen bemerkte er, die breite Menge des Volkes sei schon zum Film und auf die Sportplätze abgewandert und nicht mehr für Theater zu begeistern. Die Pflege des Volkstheater-Repertoires hingegen müsse von den vorhandenen öffentlichen Kulturträgern mitübernommen werden.³⁹⁹

Trotz dieser Ablehnungen schloss man den Vertrag mit Rudolf Schündler und der Schaubude ab.⁴⁰⁰ Auf Weisung des Kulturausschusses nahm Held Verhandlungen mit den in Aussicht genommenen Partnern einer Betriebsgesellschaft, nämlich dem Rundfunk, den Besucherorganisationen, der Volkshochschule, der Presse und dem Verkehrsverein auf. Diese Gespräche machten aber bald deutlich, dass keine der Organisationen viel von dem Projekt hielt: Intendant Rudolf von Scholtz zog sich auf das Rundfunkgesetz zurück, das eine Beteiligung des Rundfunks an Wirtschaftsunternehmen untersage.⁴⁰¹ Die Presse (Süddeutsche Zeitung und Münchner Merkur) hielt es für nicht vereinbar, Theaterkritiker und Theater-Mitbesitzer zu sein.⁴⁰² Altstadtrat Georg Mauerer vom «Kulturbund» blieb vorerst in wohlwollender Distanz⁴⁰³ und die Verantwortlichen der Theatergemeinde zeigten sich offen ablehnend, so peinlich es ihnen auch war.⁴⁰⁴ Ihr «Kunstbeirat» nahm sehr deutlich Stellung:⁴⁰⁵

«Es erscheint angesichts der sehr ungünstigen Lage des geplanten neuen Hauses, sowie wegen der in breiten Volksschichten zu erkennenden Unbeliebtheit des Hauses auch hinsichtlich seines Spielplanes nicht ratsam, Geldmittel einer gemeinnützigen Organisation zu riskieren. Eine Zusage grösserer Kartenabnahmen würde Verärgerungen, Austritte und damit Schwächung der Organisation bringen. Die Theatergemeinde fühlt sich aus ihren Erfahrungen mit den breiten Volksschichten sogar verpflichtet, die Stadtverwaltung zu warnen und um ‚gediegene Anlage‘ der hier aufzuwendenden öffentlichen Gelder zu bitten.»

Eine solche bessere Verwendung sah die Theatergemeinde in einer Wiederinstandsetzung der Tonhalle.⁴⁰⁶

Erneute Gespräche mit dem Staat, wie sie in der Sitzung vom April 1949 gefordert worden waren, lehnte Held mit dem Hinweis auf die Verhaltensweise des Staatsintendanten Lippi ab: «Lippi sei der absolute Diktator in Theatersachen, der von zwei mächtigen Ministern und zweifellos auch vom Rundfunk gehalten werde... Die Lippel'sche Theaterpolitik sei eine staatliche Gewaltpolitik. Die Unterstützungen, die die Staatstheater vom Rundfunk bei der ersten Ausschüttung erhalten hätten, seien so gross, dass sich Lippi es leisten könne, der starke Mann zu sein...»⁴⁰⁷

An anderer Stelle erklärte Held in der Sitzung, der Staat wolle das Repertoire des Volkstheaters in dem in Bau befindlichen Staatsschauspiel, also dem Residenztheater, mit übernehmen. «Vor allem bietet auch die Persönlichkeit des Herrn Staatsintendanten Alois Johannes Lippi

für diese wesentliche Aufgabe der öffentlichen Hand volle Gewähr», wie sich Held nun offizieller, wenn auch nicht weniger grimmig ausdrückte.⁴⁰⁸ Damit ist auch die Position des Staates scharf umrissen: Volkstheater – ja, aber im eigenen Haus, unter Federführung Lippis. An einem neuen Volkstheater der Stadt hatte der Staat daher verständlicherweise kein Interesse. Die Stadt versuchte es trotz aller Unkenrufe, wenn auch mit halbem Herzen. Noch in der Kulturausschusssitzung vom Oktober 1949 hielt man dem Volkstheater zwar zugute, «unverschuldete Misslichkeiten» seien an seinen Defiziten schuld,⁴⁰⁹ sah aber bereits ein Ende voraus. Die endgültig ablehnende Stellungnahme des Kulturbundes vom November 1949 versetzte dem Theater dann den Todesstoss.⁴¹⁰ Mitte Dezember konstatierte der Kulturausschuss abschliessend, für ein spezielles Volkstheater-Repertoire sei in München kein Publikum mehr vorhanden⁴¹¹ und schloss sich damit der Aussage Altstadtrats Mauerers vom Kulturbund an, der in seiner Absage meinte, der Krieg habe das «kulturelle Volksgut» zerstreut und «Sinn, Empfänglichkeit und das Urteil für das ‚Volks‘-Theater» habe durch die «furchtbaren Einwirkungen der letzten Jahrzehnte» stark gelitten.⁴¹²

Auch die idealistischen Versuche, das Theater wieder ins Leben zu rufen, die mit Parolen wie «Solange es ein Volk gibt, gibt es auch Volksstücke»⁴¹³ das Banner hoch hielten, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es vor allem das «Volk» war, von dem das Theater im Stich gelassen worden war. Gerade die Besucherorganisationen hätten sich wahrscheinlich gerne dem Willen ihrer Mitglieder gebeugt, wenn der Wunsch und die Nachfrage nach Karten bestanden hätte. Ob mehr Aktivität von Seiten der Stadt, das heisst wirklich neue Impulse im Sinne von Buckwitz' avantgardistischem Konzept eine andere Aufnahme gefunden hätten, ist ungewiss. Das Theater baute jedoch auf einem Programm auf, das vor allem das «süddeutsche Volksstück» und das «Theater der Völker» gepflegt hatte.⁴¹⁴ Daran änderte sich auch nach 1945 nicht viel. Für die Jahre 1945 bis 1948 spielte es «Deutsche Charakterkomödien»,⁴¹⁵ «Volksstücke der Weltliteratur»,⁴¹⁶ «Moderne Volksstücke»,⁴¹⁷ «Bayerische Volksstücke»⁴¹⁸ und «Volksoperetten».⁴¹⁹ Auch die «Volkstheater G.m.b.H.» konnte keine neuen Initiativen entwickeln, selbst wenn sie dazu bereit gewesen wäre: Nach der Eröffnung mit «Einen Jux will er sich machen» von Nestroy wurden noch «Doppelgänger» und «Charley's Tante» aufgeführt, dann musste das Theater bereits wieder schliessen.⁴²⁰ Der «Volkstheater-Verein» unter Ludwig Bender eröffnete ebenfalls mit Nestroy: «Geliebter Lump» wurde über fünfzig Mal im Deutschen Theater gespielt. Die anderen von ihm aufgeführten Stücke boten jedoch auch nichts Sensationelles oder Packendes, was das Publikum wiederum für das Volkstheater hätte gewinnen können.⁴²¹ Vergleicht man damit die Programme des neuen Volkstheaters der 80er Jahre, so finden sich deutliche Parallelen – die in einer anderen Zeit möglicherweise zu anderen Ergebnissen führen mögen: Die fünf Spielplanlinien des neuen Intendanten umfassen die grossen klassischen Autoren der süddeutsch-österreichischen Dialekt-Literatur,⁴²² bereits durchgesetzte zeitgenössische Autoren,⁴²³ ausserdeutsche Volkstheaterautoren,⁴²⁴ die grosse volkstümliche Märchen- und Parabelliteratur⁴²⁵ sowie klassische europäische Komödien.⁴²⁶ Hans Ludwig Held versuchte auf seine Weise, das Volkstheater nicht aussterben zu lassen: Wie bereits im Zusammenhang mit dem «Bürgertheater», der «Volksoper Pasing» und auch dem «Platzl» erwähnt,⁴²⁷ nutzte er jede Möglichkeit, auf der Ebene der Privattheater oder der

Singspielhallen den Volkstheatergedanken weiterleben zu lassen. Vor allem die Befürwortung des «Platzl» zeigt seine Gegensteuerung gegen die offizielle Linie des Kulturausschusses und damit gleichzeitig die Möglichkeiten eines Kulturbeauftragten: Er befürwortete einen Kredit für das «Platzl» mit der Begründung: «Was hier an echter Volkskunst dem einheimischen Volk täglich für billiges Geld geboten wird, begeistert während der Saison auch unzählige Fremde aus allen Erdteilen... Die Pflege der Erhaltung unseres kulturellen bäuerlichen Volkslebens ist daher eine vornehme Pflicht aller hierzu berufenen Stellen...»⁴²⁸ Gegen seine normalerweise strenge Vorstellung von «Kunst», versöhnte Held hier das «Bayerische Brauchtum» offenbar mit der eigentlich zu leichten Unterhaltung, die geboten wurde.

Für das «Bürgertheater» versuchte er bereits 1948, durch Hinweis auf dessen «Bestreben, gutes Volkstheater zu entwickeln»,⁴²⁹ Unterstützung zu erwirken. Im Mai 1949 begründete der Direktor des Bürgertheaters, Markgraber, seinen Unterstützungsantrag an die Stadt ebenfalls damit, dass es «derzeit das einzige volkstümliche Privattheater» sei, das in München noch bestehe.⁴³⁰ Sogar in seiner Verärgerung über eine eigenmächtige Vergünstigungssteuer-Ermässigung des Kultusministeriums betonte Held, das «Bürgertheater» sei als «ein wirkliches Volkstheater» zu sehen, das sich freilich vorwiegend heiteren Stoffen zuwende.⁴³¹ Auch der Fitz-Bühne wollte er, wenn möglich, Unterstützung zukommen lassen: Eine Vereinigung der Ensembles der «Fitz-Bühne» und des «Volkstheater e.V.» schien ihm wünschenswert.⁴³²

Wahrscheinlich ging Held damit den praktikableren Weg: «Volkstheater» muss wohl doch aus dem Volk entstehen. Es umfasst Theater «vom Volk», Theater «für das Volk», Theater, für das sich «das Volk» interessiert und solches, das die Probleme «des Volkes» zum Inhalt hat. Ob das von Buckwitz propagierte «Theater des Volkes» auch zum «Volkstheater» im engeren Sinne zu rechnen ist, kommt auf die Vorstellung an, die man vom «Volk» hat. Der dabei ins Spiel gebrachte soziale Aspekt ist jedoch von unbestreitbarer Aktualität.

Die Münchner Besucherorganisationen

Eine andere Form des «Volkstheaters» betrieben die Besucher Organisationen «Volksbühne» und «Theatergemeinde»: Sie versuchten vor allem den finanziell Schlechtergestellten, den Werk tätigen, den Jugendlichen und anderen Gruppen den Theater- und Konzertbesuch zu ermöglichen.⁴³³ Das organisatorische Prinzip, das beiden Initiativen zugrunde lag, ist ebenso einfach wie plausibel: Eine grössere Gruppe von potentiellen Theater- und Konzertbesuchern schliesst sich zusammen, bezahlt einen festen monatlichen Beitrag und erhält dafür verbilligte Karten; um dies für die Theater ebenfalls annehmbar zu machen, verpflichten sich die Organisationen, bestimmte Mindestkontingente abzunehmen, so dass den Theatern im Ausgleich für die Einnahmenminderung die Sicherung einer Mindesteinnahme geboten wird. Gerade in Krisenzeiten sind daher Theater sehr auf die Besucherorganisationen angewiesen, die sich dann auch nicht scheuen, konkreten Einfluss auf die Spielgestaltung nehmen zu wollen.⁴³⁴ Dabei kommen sowohl weltanschauliche Momente wie auch Fragen des Publikumsgeschmacks zum Tragen. Eine gemeinsame Basis mit der Stadtverwaltung findet sich besonders in Bezug auf

diese sichere Mindestabnahme, aber auch im Zusammenhang mit den sozialen Bestrebungen der Stadt.⁴³⁵

Soweit sind sich also Grundstruktur und Zielvorstellungen der aus der Gewerkschaftsbewegung erwachsenen «Volksbühne», die sich im Nachkriegsmünchen mit den Freien Gewerkschaften zu einem «Kulturbund» zusammenschloss,⁴³⁶ und der christlichen «Theatergemeinde», die vom «Geiste christlicher Gesinnung und abendländischer Tradition»⁴³⁷ getragen wurde, gleich. Diese Ähnlichkeit drückt sich auch in einer programmatischen Denkschrift der Theatergemeinde von 1932 aus, die grösstenteils ebenso von der Volksbühne verfasst sein könnte:⁴³⁸

«Während in der Vorkriegszeit die Scheidung der Gesellschaftsklassen für die deutsche Theatergeschichte charakteristisch war, hat die Epoche der Milieu-Gebundenheit mit Beginn des grossen Weltkrieges ihr Ende gefunden. Gesellschaftliche Oberschichten sind für das Theater verloren gegangen. Mit der Befleissigung der unteren Stände nach wahrhafter Bildung hat sich in diesen Kreisen das Bestreben geltend gemacht, vom Olymp des höfischen Rangtheaters als gleichberechtigter Faktor ins Parkett zu kommen. Die mittleren und unteren Schichten des Volkes wurden unter der geistigen Führung mit dem Theater verbundener Persönlichkeiten zum Träger des Kulturtheaters... Die Theaterbesucher-Organisationen sind so nicht kurzhin Konsumvereine zur Erreichung billiger Theaterplätze, sondern in erster Linie Gesinnungsgemeinschaften, in denen eine grosse Bildungsarbeit geleistet wird, mit dem idealen Ziel, das Verständnis des Volkes für das Kulturtheater zu wecken.»⁴³⁹ Den Volksbühnen-Vereinen spricht die Theatergemeinde an dieser Stelle ebenfalls «das ehrende Wort gemeinnützig» zu, da beide Organisationen ein kulturelles Programm vorzuweisen haben, «jede im Sinne ihrer Weltanschauung.»⁴⁴⁰

Diese grundsätzliche Übereinstimmung führte jedoch nicht dazu, dass eine Vereinigung beider Organisationen zu einer grossen Institution möglich gewesen wäre: An den langwierigen Verhandlungen der Jahre 1945 bis 1948 zeigt sich, dass die konkrete Umsetzung beider Weltanschauungen doch sehr unterschiedlich vor sich ging. In der Satzung des «Kulturbundes» ist als «Zweck des Bundes» zu finden: «Der Bund bezweckt, das Verständnis für Kunst und Kunstwerke im Volke, besonders in den minderbemittelten Kreisen, zu wecken und zu fördern...»⁴⁴¹ Im Satzungsentwurf der «Theatergemeinde» wird angeführt:

«Der Verein will im Geiste christlich-abendländischer Gesinnung in allen Schichten der Bevölkerung das Verständnis für Kunst und Kunstwerke, insbesondere für das Kulturtheater wecken. Um möglichst weiten Kreisen wertvolle Kulturgüter zu erschliessen, werden besonders niedrige Eintrittspreise und andere Vergünstigungen angestrebt.»⁴⁴²

Auch bei der Nennung der zu fördernden Unternehmungen findet sich dieser kleine, aber entscheidende Unterschied: während der Kulturbund nur anführt die «Vorführung von Werken der bildenden Kunst, der Musik und der Dichtung, Rezitationen, Theatervorstellungen, Ausstellungen» (neben der Veranstaltung von Vorträgen, Festen, Unterhaltungen und geselligen Veranstaltungen sowie der «Herausgabe von Druckschriften literarischen Inhalts»), betont die Theatergemeinde auch hier die Teilnahme an «Theatervorstellungen, die aus dem Geiste der christlich-abendländischen Gesinnung zu bejahen sind» (neben Konzerten, Vorträgen, Lese-

abenden, Museumsführungen und ähnlichen Veranstaltungen, Filmvorführungen und der «Verbreitung geeigneter Literatur».⁴⁴³ Dieser Unterschied in der Satzung bestimmte massgeblich das unterschiedliche Verhalten: Während sich der Kulturbund vorwiegend auf die Kartenbeschaffung für Werktätige mit einem Höchstekommen von 300,- Mark beschränkte, versuchte die Theatergemeinde immer wieder, unter Berufung auf ihren christlichen Auftrag den Spielplan mitzubestimmen. Darauf soll später noch genauer eingegangen werden, da es die Abhängigkeiten zwischen Theater, Stadtverwaltung und Besucherorganisationen deutlich aufzeigt.⁴⁴⁴

Der Wiederanfang nach 1945 gestaltete sich für beide Besucherorganisationen nicht einfach. In diesen Jahren des Theaterbooms, der täglich ausverkauften Häuser und der hohen Einnahmen waren weder die Theater noch auch die Stadt sonderlich an der Abgabe vieler verbilligter Karten interessiert. Daher dauerte es auch bis 1947, bis beide Organisationen effektiv zu arbeiten anfangen konnten.⁴⁴⁵

Die Volksbühne – der «Kulturbund»

Die Volksbühne war dabei, wie auch bei ihrer ursprünglichen Gründung Ende des 19. Jahrhunderts, der Theatergemeinde um einige Zeit voraus. Das mag vor allem daran gelegen haben, dass sich ihr alter und neuer Vorsitzender, Altstadtrat Georg Mauerer, der Hilfe seiner Freunde Held und Scharnagl sicher sein konnte⁴⁴⁶ und die Militärregierung seiner Initiative ebenfalls wohlwollend gegenüberstand.⁴⁴⁷ In einem Antrag Mauerers an die Militärregierung vom November 1945 wird auch der Geist der ehemaligen Volksbühne beschworen: Zu den leitenden Männern der Volksbühne gehörten demnach vor 1933 Erhard Auer,⁴⁴⁸ Thomas Mann, Hans Ludwig Held, Stadtrat Anton Weiss und andere.⁴⁴⁹

Dennoch musste auch die Volksbühne den langwierigen Prozess der Lizenzierung durchlaufen,⁴⁵⁰ der sich dadurch verzögerte, dass man von Seiten der Stadt immer noch auf einen Zusammenschluss der beiden Besucherorganisationen hoffte.⁴⁵¹ Im Oktober 1947 traten dann die «Volksbühne» und der Bayerische Gewerkschaftsbund zum «Kulturbund» zusammen: Der Gewerkschaftsbund, immerhin die grösste Organisation Münchens mit etwa 140'000 Mitgliedern,⁴⁵² übergab dabei seiner Abteilung «Kulturbund» die gesamte kulturelle Betreuung der Gewerkschaftsmitglieder.⁴⁵³ Dadurch hatte sich die Volksbühne eine wichtige Hausmacht geschaffen: Neben ihren bisherigen 6'000 Mitgliedern⁴⁵⁴ konnte sie nun auch auf weitere 10'000 korporativ beigetretene Gewerkschaftsmitglieder verweisen.⁴⁵⁵ Bereits im Februar 1948 hatte der Kulturbund daher gute Erfolge vorzuzeigen: 57'000 Karten waren vermittelt worden, darunter allein 26'000 für die Städtischen Bühnen.⁴⁵⁶ Im Mai 1948 genehmigte der Stadtrat den Besucherorganisationen einen Zuschuss von 50'000 Reichsmark für den Bezug von verbilligten Karten bei den Städtischen Bühnen und 10'000,- Reichsmark als Werbezuschuss, um den sich zwischen beiden Organisationen ein erbitterter Streit entzündete. Dem versuchte man ein Ende zu bereiten, indem man den Betrag im Verhältnis 1:1 aufteilte.⁴⁵⁷

Nach der Währungsreform ergaben sich dann Meinungsverschiedenheiten zwischen Harry Buckwitz, dem Kulturbund und der Theatergemeinde, die neben grundsätzlichen Fragen vor allem die Gastspiele von Willy Birgel und Theo Lingen betrafen, für die Buchwitz nicht genü-

gend billige Plätze genehmigen wollte.⁴⁵⁸ Grundsätzlich ging Buckwitz davon aus, die Preisnachlässe der Theater für die Besucherorganisationen seien als reale Zuschüsse zu werten, die sich das Theater in schlechten Zeiten nicht mehr leisten könne,⁴⁵⁹ während die Besucherorganisationen sich als einzige sichere Träger des Kulturtheaters verstanden, dem sie durch ihre zwar verbilligte, aber konstante Kartenabnahme hohe Mehreinnahmen verschafften.⁴⁶⁰ Die vorsichtigen Antworten Buckwitz' lassen darauf schliessen, dass er sich der zukünftigen Bedeutung der Besucherorganisationen durchaus bewusst war. Vor allem gegenüber Mauerer legte er sehr sorgfältig und gewissenhaft seine Gründe dar: Ein um 50 Prozent gesenkter Preis für die Gastspiele bedeute für die Städtischen Bühnen bei der von den Besucherorganisationen geforderten Kartenzahl von über 1'000 Plätzen wöchentlich Verluste in Höhe von 7'000,- DM.⁴⁶¹ Daher stellte Buckwitz dem Kulturbund nur 340 Plätze wöchentlich zur Verfügung.⁴⁶² Nach diesem Streit ergaben sich mit dem Kulturbund jedoch keine ernststen Meinungsverschiedenheiten mehr. Die Stadt und die Theater waren viel zu sehr auf Kartenabnahme angewiesen, um sich grundsätzlich gegen die Wünsche der Organisationen zu stellen. Dem Kunstbeirat gehörten Persönlichkeiten wie der Redakteur Goldschagg, Erich Kästner, Carl Orff, Hans Eckstein, Ernst Penzoldt, Dr. Pringsheim, Stadtrat Pflaum und vor allem Hans Ludwig Held an;⁴⁶³ im Kalenderjahr 1949 konnten vom Kulturbund auch bereits wiederum bei den städtischen Bühnen 24'090 Karten, bei den staatlichen 55'935 Karten und bei Konzerten 5'500 Karten abgenommen werden⁴⁶⁴ – für eine Zeit der Theater- und Finanzkrise eine beachtliche Leistung. Der Kulturbund versuchte offensichtlich auch keine Eingriffe in die Spielplangestaltung, ihm ging es vorwiegend um ausreichende Zuteilung verbilligter Karten.

Die Theatergemeinde

Anders verhielt sich die Theatergemeinde, obwohl auch sie regelmässigen Theater- und Konzertbesuch vermitteln wollte. Bereits im November 1945 wandte sich der ehemalige Leiter der Gemeinde, Ludwig Siemer, an Oberbürgermeister Scharnagl und fragte wegen einer möglichen Neugründung an.⁴⁶⁵ Er formulierte in seinem Schreiben bereits den grundsätzlichen Diszens zu dem Vorgehen der Volksbühne in der Vorkriegszeit:

«Die Theatergemeinde entstand seinerzeit spontan als Konkurrenz zur Volksbühne, weil diese eine politische Tendenz aufwies, die weite christliche Kreise nicht mitzumachen gewillt waren. Das von mir vorgeschlagene und auch angenommene Statut berücksichtigte von vornherein die in einer Vorbesprechung zutage gekommene Absicht, sich nicht nur auf eine Organisation des Theaterbesuchs nach sozialen Grundsätzen zu beschränken, sondern auch einen geistigen Nährboden zu schaffen, um bei allen einschlägigen Kulturbestrebungen mitschaffen zu können ... Ich meine die Zeit wäre da, um eine grosse Münchner Vereinigung nach Art der alten Theatergemeinde wieder aufleben zu lassen.»⁴⁶⁶

Über erste Vorbesprechungen⁴⁶⁷ kam die Initiative Siemers jedoch nicht hinaus, da er im April 1946 verstarb; Scharnagl versicherte Siemers Tochter, die an einer Weiterführung der Gedanken ihres Vaters interessiert war,⁴⁶⁸ zwar weiterhin seiner Aufmerksamkeit, vertröstete sie je-

doch auf einen späteren Zeitpunkt.⁴⁶⁹ Dr. Dr. Keim, damals noch städtischer Oberrechtsrat, erkannte jedoch bereits zu diesem Zeitpunkt die zukünftige Bedeutung der Besucherorganisationen: Er hielt Siemers Vorschlag dadurch für gerechtfertigt, «dass auf Dauer gesehen nur der organisierte Theaterbesuch in vollem Umfang aufrecht zu erhalten ist.»⁴⁷⁰

Trotz vieler Bemühungen etablierte sich die Theatergemeinde dann erst im Juni 1947 unter dem Protektorat Weihbischof Neuhäuslers; Anfang Dezember wurde sie mit Zustimmung der Militärregierung lizenziert.⁴⁷¹ Zum geschäftsführenden Vorsitzenden ernannte man Jakob Baumann, zum Vorsitzenden des Kunstausschusses Dr. Hermann Krings.⁴⁷² Erst ab Dezember 1947 konnte der Verein daher wirklich zu arbeiten anfangen. Obwohl die ersten Bemühungen nur zäh vorangingen,⁴⁷³ lehnte es die Theatergemeinde ab, sich mit dem «Kulturbund» zusammenzutun. Das Begründungsschreiben vom 4. Februar 1948 zeigt bereits deutlich den weiteren Weg der Gemeinde auf: Eine Vereinigung hielt sie nur für möglich, wenn sich der Kulturbund der Theatergemeinde eingliedere. Eine weitere Begründung kam für sie «aus der Durchführung der ihr in der Satzung gegebenen Verpflichtung, nicht dabei stehen zu bleiben, Theaterkarten zu vermitteln nach Art eines Kartenvorverkaufs oder Konsums, sondern eigenschöpferisch alle Aufgaben kulturellen Lebens in christlichem Geiste aufzugreifen und volksbildend durchzuführen und zu wirken. Diese Aufgabe kann eine Organisation nur dann wirksam durchführen, wenn sie sich frei weiss von Bindungen ihr übergeordneter Dachorganisationen. Diese Bestrebungen und Pläne weichen nach unserer Meinung wesentlich von denen des Kulturbundes ab..»⁴⁷⁴ Nach einer abschliessenden Besprechung im Kulturausschuss musste dieses Projekt daher ad acta gelegt werden.⁴⁷⁵

Bis zur Währungsreform stellten sich beiden Besucherorganisationen die gleichen Probleme:⁴⁷⁶ Sie erhielten zu wenig Karten⁴⁷⁷ und mussten immer wieder um ihre Verbilligungen ringen.⁴⁷⁸ Die Besucherorganisationen waren jedoch zu einem wichtigen kulturpolitischen Faktor geworden; das zeigt sich auch daran, wie streng die Stadt darüber zu wachen versuchte, dass ihnen die Staatstheater oder der Bayerische Rundfunk bei Vertragsabschlüssen nicht bessere Bedingungen gewährten als die Stadt.⁴⁷⁹ Die Zeit der leeren Theater brachte diesen Wandel mit sich, wie sehr sich die Theaterleiter auch über die Besucherorganisationen ärgern mochten.⁴⁸⁰

Ein Hauptärgernis war den Theaterleuten verständlicherweise der Versuch der Theatergemeinde, an der Spielplangestaltung mitzuwirken. Die Stadt leugnete zwar bei der Beantwortung eines Fragebogens des Deutschen Städtetages, der sich mit den Besucherorganisationen beschäftigte, einen Einfluss der Theatergemeinde auf die Spielplangestaltung ab,⁴⁸¹ dies entspricht aber nicht ganz den Tatsachen. So stimmte zwar, dass die Besucherorganisationen nicht «an den Beratungen über das Programm des nächsten Jahres beteiligt» wurden, ebenfalls, dass sich «die Besucherorganisationen ... zur Abnahme ziemlich gleichbleibender Kontingente, die sich auf die verschiedenen Stücke des Spielplanes verteilen», verpflichteten.⁴⁸² Auch gab die Theatergemeinde selbst in ihrem Geschäftsbericht zu: «der besonderen Aufgabe der Einflussnahme auf den Spielplan konnte vor der Währungsreform nur wenig Nachdruck verliehen werden».⁴⁸³ Es kam jedoch bereits damals zur Ablehnung einer Aufführung des «Jungen Theaters» und einer der Staatsoper.⁴⁸⁴ Offensichtlich waren die Staatstheater insgesamt weniger abhängig von den Besucherorganisationen als die Stadt,⁴⁸⁵ die deren Unterstüt-

zung bei den Münchner Philharmonikern nicht entbehren konnte; da hier der «Kulturbund» nicht in grösserem Masse interessiert war, blieb dieses Feld vor allem der Theatergemeinde überlassen, was ihren Einfluss nicht unwesentlich verstärkte.⁴⁸⁶ So berichtete die Theatergemeinde:

«Das Wollen der Gemeinde kam zum Ausdruck in der Ermöglichung einer grossen Aufführung des Volkssoratoriums von Prof. Haas ‚Die Legende der heiligen Elisabeth‘ durch die Münchner Philharmoniker und die beiden volkstümlichen Gründungskonzerte mit demselben Orchester... Nach der Währungsreform war es wesentlich leichter, gestaltenden Einfluss zu nehmen, doch ist die eigentliche Absicht dahingehend gerichtet, eigene Aufführungen an bewährten Theatern zu inszenieren. Mit Weihnachtsspielen in diesem Jahr soll diese Aufgabe erste Formen erhalten...»⁴⁸⁷ Weitere Möglichkeiten des Einflusses nahm die Theatergemeinde durch verstärkte Kartenabnahmen, etwa bei «Meier Heimbrecht» von Mostar im Volkstheater wahr.⁴⁸⁸ Sie begründete das so: «Die eingerichteten Preisermässigungen an fast allen Münchner Theatern ermöglichen eine sorgfältige Stückauswahl. Die Auswahl ist, da es für viele Teilnehmer ein Opfer bedeutet, selbst einmal im Monat eine Kulturdarbietung zu besuchen, eine besondere Verantwortung.»⁴⁸⁹ Die Theatergemeinde sah in diesem Verhalten also nicht so sehr eine Bevormundung des Theaters oder ihrer Mitglieder, sondern sie betonte: «Es geht nicht um den Einfluss auf den Spielplan – sondern um die Verantwortung gegenüber den durch die Organisation betreuten Interessenten, die ihre wenigen Beiträge nicht einer Enttäuschung preisgeben wollen und die Theatergemeinde zum Treuhänder hierfür machen...»⁴⁹⁰ Aus dieser Argumentationslinie ergab sich dann auch die «Pflicht» der Theatergemeinde, «von ihrem vertraglichen Recht Gebrauch zu machen, widersprechende Stücke abzulehnen». Eine vorherige Rücksprache hätte sie «dieser Ablehnung und öffentlichen Kritik enthoben» und damit auch «Fehlschläge vermieden, die zu finanziellen Verlusten führen».⁴⁹¹ Damit ist taktvoll umschrieben, dass ein Theater, wenn es ein von der Theatergemeinde möglicherweise ungeliebtes Stück auf den Spielplan setzte oder dort beliess, starke finanzielle Verluste einkalkulieren musste. So lässt sich wiederum der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Finanzierung und der Anfälligkeit für Beeinflussung herstellen.

Die Theatergemeinde bediente sich also der Mittel des Boykotts und der Hilfe, jeweils bezogen auf einzelne Stücke oder Theater, machte jedoch auch den Versuch, Eigenes unter umfangreichen Zusicherungen in den Spielplan zu hieven.

Die zwei neuralgischsten Punkte der Stadt waren für solche Dinge die «Münchner Philharmoniker» und das «Münchner Volkstheater». So sah sich Bürgermeister Scharnagl, als er 1949 die Besucherorganisationen um Anregungen bezüglich des Volkstheater-Spielplans bat, veranlasst, gleichzeitig darauf hinzuweisen,

«dass früher vor 1933 die Spielpläne der staatlichen und städtischen Bühnen auch nicht ausschliesslich nach den Wünschen der Besucherorganisationen aufgestellt wurden, dass vielmehr die Besucherorganisationen ihre Plätze nach Anfall der Aufführungen abnehmen und dass die Mitglieder immer wieder Aufführungen hinnehmen mussten, die sie nicht sonderlich interessierten.»

Er fügte vorsichtig hinzu, dass sich «dies auch in Zukunft nicht völlig ausschliessen» lassen werde.⁴⁹² Wie aber gerade das Volkstheater und der Fall der Münchner Philharmoniker beweist, war es den Besucherorganisationen auch möglich, durch ihr Handeln zu stützen oder zu

stürzen.⁴⁹³ Ein weiteres Beispiel dafür bietet das intensive Eintreten der Theatergemeinde für den Dirigenten Adolf Mennerich, der mit Erfolg immer wieder für Konzerte der Theatergemeinde herangezogen wurde, obwohl er aufgrund seiner Tätigkeit als Dirigent der NS-Volks-symphoniekonzerte sowohl von den Amerikanern, wie auch von der Stadt und den Philharmonikern abgelehnt wurde. Auch der Theatergemeinde gelang es jedoch nicht, ihm die Stelle des zweiten Kapellmeisters der Philharmoniker zu verschaffen, wie sie es immer wieder versuchte.⁴⁹⁴

Über die jeweiligen Begründungen für die Ablehnung eines Stückes gibt ein offener Brief der Theatergemeinde an Stadtrat Seemüller Auskunft, in dem die «Fälle» des Jahres 1949 aufgerollt werden.⁴⁹⁵ Anlass für diesen Brief hatte eine Kritik Seemüllers an der Verfahrensweise der Theatergemeinde gegeben, auf die die Organisation, wie auch in anderen Fällen, übermäßig verletzt reagierte.⁴⁹⁶ Bei den von der Theatergemeinde angegriffenen Stücken handelte es sich um «Der Vater» von Strindberg, um die «Dreigroschenoper» von Brecht und «Die sechste Frau» von Max Christian Feiler. Die Wertung der Theatergemeinde bestand dabei darin, die genannten Stücke nicht im Pflichtaufruf zu bringen, da sie ihren Teilnehmern nicht zugemutet werden könnten. Bei dem Stück «Der Vater» anerkannte die Theatergemeinde Regie und schauspielerische Leistung, betonte aber, das Schauspiel «seiner Ideologie wegen» nicht Vorschlägen zu wollen.

«Der Grund der Ablehnung liegt in der dem Stück eigenen Darstellung der Zerrüttung des Familienbildes, insbesondere christlicher Ehemoral. Wir müssen es ablehnen, unserem infolge der Zeitverhältnisse ohnehin vielfach zerrütteten Familienbild über die Bühne und damit der Aufgabe der Volksbildung eine weitere Schattenseite zu geben, ebenso wie wir es ablehnen ... seichte Possen und Schwänke zu vermitteln..»⁴⁹⁷

Etwas weniger vorsichtig und taktvoll äusserte sich die Theatergemeinde in ihrem Veranstaltungshinweis für April/Mai 1949 über die «Dreigroschenoper»: «Am 26. April kommt im Schauspielhaus wieder die Dreigroschenoper von Bert Brecht zur Aufführung. Die Theatergemeinde hat sich schon 1929 anlässlich der Uraufführung in München von dem Werk distanziert und auch die damalige Spielplangestaltung mit seiner Ost-Orientierung gerügt.» Dies mute seltsam an, «da doch das Theater inzwischen in städtischen Besitz» übergegangen sei. «In allen dem Bolschewismus mehr oder minder verkappt dienenden Werken ist wohl die meist charakteristische, leider schon als Selbstverständlichkeit hingenommene Erscheinung der Umkehrung aller Begriffe. Alle Tugenden echter Männlichkeit, aller Idealismus werden entweder als in Wahrheit trügend oder als dumm gekennzeichnet. Dafür wird der Verbrecher, der Zuhälter, der wurzellose Asphaltmensch im Frack der Zeit als Ideal hingestellt... In Erkenntnis der überragenden Bedeutung, die im Anrennen des Bolschewismus gegen die abendländische Kultur der Bühne zukommt ... hat die Theatergemeinde den Kampf gegen die bolschewistische Verseuchung und Zersetzung der Bühne frühzeitig als ihre vornehmste Aufgabe angesehen.»⁴⁹⁸

Erstaunliche Worte für 1949; wahrscheinlich legte die Terminologie des Kalten Krieges solche Auffassungen wieder nahe, erging doch bereits am 2.8.1950 ein generelles Verbot an die Theater, Brechts Truppe in Westdeutschland auftreten zu lassen.⁴⁹⁹

Neben einer moralischen und einer politischen Ablehnung kommt auch eine religiöse in die Diskussion; in Feilers «Sechster Frau» beanstandete die Theatergemeinde zwei Szenen, die sie «in für ein städtisches Theater untragbarer Weise geschmacklos» empfand:⁵⁰⁰

«Weniger aus religiöser als aus pietätischer Erwägung glauben wir, dass die Einbeziehung und Parodierung von Händels ‚Halleluja‘ nicht notwendig war, während im Religiösen der Vergleich der für einen guten Volksteil in höchstem religiösen Wert stehenden Messe mit Götzendienst sogar verletzen kann. Wir fragen nun: Muss das sein, gab es keine andere Melodie, sollen solche Schönheitsfehler nicht vermeidbar sein?» Ein breites Spektrum von Begründungen; man muss aber zugeben, dass die «Bestrafung», solche Stücke nicht im Pflichtauftrag zu bringen, als vergleichsweise milde anzusehen ist. Dies konnte wahrscheinlich nur Leute vom Theaterbesuch abhalten, die wirklich weltanschaulich gebunden waren und dadurch von solchen Stücken nichts hielten. So entschied die Stadt auch sachlich begründet, dass man von den Besucherorganisationen nicht verlangen könne, «dass sie Stücke, die sie gemäss ihrer weltanschaulichen Einstellung nicht billigen könne, ihren Mitgliedern aufdränge». Die Organisationen stellten in einem Gespräch mit Bürgermeister von Miller selbst fest, dass auch ohne Pflichtauftrag kein weniger umfangreicher Kartenverkauf vor sich ginge.⁵⁰¹ Somit hatte diese Waffe, obwohl nicht ganz ungefährlich, doch mehr eine propagandistische Bedeutung.

Den Anspruch des Publikums auf Mitbestimmung jedoch liess sich die Theatergemeinde nicht abmarkten, sah sie doch in dessen Missachtung einen der Gründe für die Theaterkrise.

«Nicht was der Regisseur oder Theaterleiter gerne zu seiner persönlichen Befriedigung oder nach seinem Gutdünken für richtig hält, sondern was der begeisterte Theaterbesucher sehen will, braucht der Spielplan. Wir halten das durchaus für demokratisch. Es werden nicht seichte Possen und Schwänke verlangt, es können durchaus auch ernste Probleme über die Bühne gehen, aber sie müssen heilen, befreien und erbauen, sonst fallen sie durch.»⁵⁰²

Um dem Bedürfnis des Publikums nach Mitbestimmung Rechnung zu tragen, veranstaltete die Theatergemeinde Befragungen ihrer Mitglieder. Nach einer Umfrage,⁵⁰³ wahrscheinlich aus dem Jahre 1949, stellten die 500 Befragten das Prinzregententheater an erste Stelle der Beliebtheit, gefolgt vom Schauspielhaus, dem Brunnenhoftheater, dem Gärtnerplatztheater und dem Volkstheater. Im Schauspiel gefiel am besten «König Lear» (Brunnenhoftheater) gefolgt von «Des Teufels General» (Schauspielhaus), «Die Geburt» (Eigeninszenierung der Theatergemeinde), «Erste Legion» (Schauspielhaus), «Gespenster» (Junges Theater), «Kabale und Liebe» (Schauspielhaus). In der Oper faszinierte «Bohème», vor «Tosca», «Fidelio», «Puppenfee» und «Hänsel und Gretel». Bei Konzerten stand Knappertsbusch vor Furtwängler und Solti in der Publikumsgunst, gefolgt von Mennerich, Jochum, Rieger, Rosbaud, Pabst und Eichhorn; als Zyklus wünschte sich fast die Hälfte der Befragten (216) «Verschiedene klassische Meister», dann folgten Bruckner (204 Stimmen), Mozart (176 Stimmen), Schubert (164 Stimmen), Brahms (96 Stimmen), Beethoven (80 Stimmen), Wagner (68 Stimmen), Haydn (68 Stimmen), Tschaikowsky (32 Stimmen) und als Schlusslicht der in München damals noch

nicht sonderlich beliebte Richard Strauss mit 16 Stimmen.⁵⁰⁴

Betrachtet man die musikalische Palette, so überrascht vor allem die schlechte Platzierung von Beethoven und Wagner, während bei den Dirigenten auffällt, dass Eugen Jochum erst an fünfter Stelle nach dem offenbar wirklich sehr beliebten Mennerich genannt wird, Rieger sich hingegen sehr schnell eine hohe Beliebtheit hatte erwerben können. Bei den Theatern ist die Stellung des Volkstheaters interessant, das noch vor dem «Dramatischen Theater» und dem «Jungen Theater», die ebenfalls von der Theatergemeinde herangezogen wurden, rangierte – seine Position nach den grossen Ausstattungstheatern ist damit besser als erwartet. Die Kammerstücke kamen offenbar sehr gut an. Klassisches und Religiöses hatte insgesamt die grössten Chancen in der Publikumsgunst; die «Gespenster» im Jungen Theater bilden dabei die Ausnahme von der Regel. Ein hoher Prozentsatz der befragten Mitglieder zeigte sich zufrieden mit den Leistungen der Theatergemeinde: 444 stimmten mit ja, 48 mit teilweise, acht mit nein. Noch grösser war die Zufriedenheit bei den Konzert Veranstaltungen: 488 Ja-, neun Teilweise-, drei Nein-Stimmen wurden registriert.

Ob die angeführte «Umfrage» repräsentativ ist oder nicht, sei hier nicht näher erläutert. Sie gibt zumindest die Meinung von 500 aktiven Theaterbesuchern wieder und reflektiert damit auch einen Teil der Publikumsmeinung. Die Tendenz ist in der Musik wie auf der Ebene des Schauspiels ähnlich: Klassisches fand die meisten Anhänger; «Des Teufels General» muss in diesem Zusammenhang als wirklicher Theatererfolg gewertet werden, da er sich gegen diese Tendenz behaupten konnte.

«Theater für das Volk» – es bietet sich ein breites Spektrum der Möglichkeiten, der Träume und Utopien, des Realisierbaren und Vernünftigen. Auf einen Nenner zu bringen sind die in diesem Bereich vorhandenen Initiativen wohl nicht, ebenso wenig in grösserem Umfang «organisierbar». Die zwei Bereiche, die offenbar «dem Volk» immer interessant bleiben, sind die Oper und das klassische Schauspiel – wahrscheinlich genau so lange, bis aus den verschiedensten theatralischen Elementen, unter Einbeziehung auch der obengenannten, wieder ein wirkliches «Theater des Volkes» und «für das Volk» entsteht, wie es beispielsweise Shakespeares Komödien in ihrer Zeit waren. Da die «Schau-Lust» des Publikums inzwischen aber von vielen anderen Dingen befriedigt wird, ist es fraglich, ob das Theater diesen Weg noch gehen kann, muss doch ein solches Theater von der breiten Masse getragen werden.

Die städtische «Schrifttumspflege» – Büchereiwesen, Wissenschaftspflege und Literaturförderung

Der Bereich des geschriebenen Wortes – und diesen soll hier der Begriff «Schrifttum» umfassen – gehört nicht zu den grossen, repräsentativen Aufgaben städtischer Kulturpolitik. Er stellt sich dem Betrachter überdies relativ heterogen dar, ist er doch im Haushaltsplan verteilt auf die Bereiche «Wissenschaftspflege» und «Volksbildung».¹ Zu den städtischen Institutionen, die hier untersucht werden müssen, gehören die wissenschaftliche Stadtbibliothek, das Volksbüchereiwesen und das Stadtarchiv;² der Bereich der Schrifttumspflege bezieht aber darüber hinaus das Verlagswesen, den Buchhandel, Zeitungen und Zeitschriften, Schriftstellerförderung, Druckkostenzuschüsse und die Pflege von Gesellschaften und Vereinen mit ein, alles Arbeitsbereiche, die sich nur schwer der städtischen Verwaltung einpassen lassen.³ Der Deutsche Städtetag legte in seinen Empfehlungen daher auch das Schwergewicht der kommunalen Kulturpflege in diesem Bereich auf die städtische Büchereiarbeit,⁴ die sich der Stadtverwaltung am problemlosesten einfügt.

Im München der ersten Nachkriegsjahre kam den Büchereien überdies dadurch besondere Bedeutung zu, dass der Kulturbeauftragte Hans Ludwig Held in Personalunion auch das städtische Bibliothekswesen betreute.⁵ Neben der wissenschaftlichen Stadtbibliothek lagen ihm die Volksbüchereien besonders am Herzen, die im Auftrag der amerikanischen Besatzungsmacht vor ihrer Wiedereröffnung von nationalsozialistischen Schriften gesäubert werden mussten. Helds Anweisungen an die Volksbibliothekare zeigen deutlich die Schwierigkeiten dieser geistigen Trümmerräumung nach zwölf Jahren NS-Herrschaft, in denen sich viele früher klarere Grenzen zwischen Qualität und Kitsch verwischt hatten.⁶ Zu den zeittypischen Schwierigkeiten des Bibliothekssektors gehörte auch die oft abenteuerliche Rückführung der während des Luftkriegs ausgelagerten Bücherbestände, die daher exemplarisch für den Bereich der Stadtbibliothek dargestellt werden soll.

Neben den Städtischen Bibliotheken entstanden in diesen Jahren neue Institutionen, die auf amerikanische Initiative zurückgingen: Das Amerikahaus und die Internationale Jugendbibliothek.⁷ Beide konnten sich relativ schnell in das Münchner Kulturleben integrieren und entwickelten sich bald aus Gründungen der Besatzungsmacht zu Münchner Kulturinstituten. Anhand ihrer Geschichte lässt sich auch der Weg der Reeducation-Politik der Amerikaner gut aufzeigen, da vor allem das Amerikahaus durch alle Wechselbäder der politischen Entwicklung ging. Während der McCarthy-Ära⁸ erlebte es eine ebenso strenge Auskämmung seiner Bücherbestände in bezug auf kommunistische Literatur, wie die deutschen Büchereien kurz vorher auf

nationalsozialistische. Es ist also nicht ganz abwegig, für die Jahre zwischen 1933 und 1950 von einer «Zeit der politischen Buchkontrolle» zu sprechen, die nur jeweils anderen Zielsetzungen diene. Allen daran Beteiligten, seien es 1933 die Nationalsozialisten, 1945 die amerikanische Besatzung oder 1947/48 die amerikanischen Anti-Kommunisten, ging es hauptsächlich um den Lesestoff des Volkes; wissenschaftlicher Gebrauch wurde toleriert.⁹ Die Leserquoten der Volksbüchereien, die sich damals wie heute bei etwa zehn Prozent der Bevölkerung bewegen, deuten jedoch daraufhin, dass sowohl die Nationalsozialisten, wie auch die Amerikaner dieses Instrument der Volksbeeinflussung überschätzt haben.¹⁰ Die Zielsetzungen und die Methoden von Propaganda lassen sich daran jedoch sehr klar aufzeigen, wie immer die konkrete Wirkung gewesen sein mag.

Im Rahmen der städtischen Wissenschaftspflege überrascht vor allem, dass die Stadt hier offenbar ihre sonst eifersüchtig verteidigten Einflussmöglichkeiten¹¹ nicht in grösserem Umfang wahrnahm. Jedenfalls findet sich kein Aktenniederschlag dieser Vorgänge.¹² So ist anhand der vorhandenen Materialien nur ein ungefähres Bild der städtischen Prämissen in diesem Bereich zu zeichnen.

Anderen Bedingungen unterlag das engere Feld der Literaturpflege. Von germanistischer Seite wurde der literarischen Nachkriegssituation in Deutschland bereits viel Aufmerksamkeit zuteil.¹³ München stand dabei vor allem im Zusammenhang mit der hier herausgegebenen Zeitschrift «Der Ruf» im Mittelpunkt, aus deren Umfeld sich die für die deutsche Nachkriegsliteratur so prägende «Gruppe 47» entwickelte,¹⁴ oder aber als die Stadt der legendären «Neuen Zeitung», die bei vielen immer noch den Ruf einer der besten deutschen Nachkriegszeitungen geniesst.¹⁵

Diese vorwärtsweisenden Bestrebungen nahm das offizielle München jener Jahre jedoch kaum wahr; man feierte Hans Carossa, Otto von Taube, Gottfried Kölwel, Peter Dörfler, Gertrud von LeFort sowie andere konservative Schriftsteller¹⁶ und integrierte die «kommende Generation» nur mehr als zögernd. So lebten und arbeiteten hier gewissermassen zwei völlig getrennte «Gesellschaften» in einer Stadt, die zu verflechten der Münchner Kulturbeauftragte Held nicht mehr Zeit und Energie hatte. Seine Initiativen in dieser Richtung gingen nicht über tastende Versuche hinaus, obwohl er sich der Unzulänglichkeit der städtischen Massnahmen dabei klar bewusst war.¹⁷ In dieser Hinsicht war Held eben auch ein Mann der Weimarer Zeit, dessen eigener literarischer Freundeskreis einer anderen Generation angehörte. Den Anschluss an die «neue Zeit» nach 1945 fand er daher nicht mehr, obwohl er sich nicht gegen die jungen Künstler verschloss und ihnen durchaus Aufmerksamkeit und Wohlwollen entgegenbrachte.¹⁸ Seine schweren Krankheiten, die ihn oft monatelang ans Bett fesselten, verhinderten jedoch eine kontinuierliche Betreuung.

Held war in diesem Bereich eher mit dem Kampf gegen das Wohnungsamt beschäftigt, das seine «Kulturplanungen»¹⁹ sabotierte; neben dem Zuzug von Schriftstellern wurden hierdurch auch etliche Verlagszuzüge nach München verhindert, durch die sich die Stadt zur Nachfolgerin der Bücherstadt Leipzig hätte entwickeln können. In der Literaturpolitik kann München also durchaus als eine «Stadt der verpassten Gelegenheiten» angesprochen werden, wie es der Münchner Dichterpreissträger Weigand einmal erbittert formulierte.²⁰ Der Vielfalt des kulturellen Lebens in München tat das zwar keinen Abbruch, doch waren diese Erfolge keineswegs auf gezielte städtische Literaturpolitik zurückzuführen.

Das städtisch geförderte Bibliotheks- und Büchereiwesen

Die wissenschaftliche Stadtbibliothek und das Volksbüchereiwesen bildeten die wichtigsten Träger der städtischen Büchereiarbeit. Sie erhielten auch den Löwenanteil der von der Stadt für diesen Bereich ausgeworfenen Summen; aufschlussreich ist dabei vor allem die Steigerung der Zuschüsse für die Volksbüchereien, die sich von einem Zuschuss von 151'274,- Reichsmark im Jahre 1945 auf einen Zuschuss von 628'922,- DM im Jahre 1954 verbessern konnten.²¹ Die Stadtbibliothek erlebte dagegen nur einen mässigeren Anstieg von 295'238,- Reichsmark 1945 auf 537'581,- DM 1954;²² die Volksbüchereien hatten sie bereits 1952 überflügelt. Dies deutet auf eine Wandlung im Verständnis der Büchereiarbeit hin, die sich in diesen Jahren von einem unterprivilegierten Stiefkind der städtischen Kulturpflege zu einer prominenten Lieblingstochter hatte mausern können. Die grossen Lücken, die in den Buchbestand durch Bombenschaden, NS-Anschaffungspolitik und verschiedene Auskämmungen gerissen worden waren, bedurften nach der Konsolidierung der Währung und der Normalisierung des Büchermarktes aber auch dringend einer Aufbesserung, um die Büchereien nicht vollends unmodern werden zu lassen.²³

Neben den städtischen Institutionen erhielten vor der Währungsreform keine Bibliotheken Zuschüsse der Stadt. Ab 1948/49 bezahlte sie jedoch einen regelmässigen Zuschuss an die «Internationale Jugendbibliothek»,²⁴ ab 1951 auch an die Bibliotheken des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Katholischen St. Michaelsbundes und des evangelischen Gustav-Adolf-Vereins.²⁵ Diese Institutionen hatten während der NS-Zeit schwer gelitten: Die gesamte Gewerkschaftsbibliothek von etwa 40'000 Bänden war in Gestapo-Besitz übergegangen und konnte nur in Fragmenten wieder aufgefunden werden;²⁶ im Zusammenhang mit den konfessionellen Büchereien hiess es in der Begründung des städtischen Kulturausschusses bei der Zuschussvergabe:

«Der St. Michaelsbund unterhält in München 71 Volksbüchereien mit einer durchschnittlichen Ausleihe im Monat von 13'140 Büchern. Durch Beschlagnahme im Dritten Reich und Kriegsschäden gingen über 175'000 Bücher verloren. Die sehr niedrig gehaltenen Ausleihgebühren reichen gerade noch für die Erhaltung des Bestandes. Der evangelische Presseverband unterhält 20 Gemeindebibliotheken; der Verlust beträgt 50%. Die Zahl der Ausleihen im Monat betragen etwa 1'000». ²⁷ Eine Bezuschussung dieser Büchereien seitens der Stadt war daher sehr berechtigt. Der Stadtrat nahm jedoch weder auf diese, noch auf die eigenen Büchereien erkennbaren Einfluss und es ergaben sich auch kaum Reibungsflächen. Dies ist wohl einerseits auf die besondere Position des Stadtbibliotheksdirektors und Kulturbeauftragten Held zurückzuführen, andererseits aber auf die Transparenz der in einer Bibliothek anfallenden Verwaltungsprobleme, die für die Stadtverwaltung viel überschaubarer sind als beispielsweise die Ausgaben eines städtischen Theaters.²⁸

Die Institutionen der städtischen Büchereiarbeit

Die Stadtbibliothek

Die heutige Stadtbibliothek München wurde 1843 als Magistratsbibliothek gegründet;²⁹ zwischen 1866 und 1909 stieg ihr Bestand von 6'000 Bänden auf 35'000 Bände an.³⁰ Bis 1879

war sie nur den städtischen Bediensteten zugänglich gewesen;³¹ danach wurde durch ihre dritte Benützungordnung der Besucherkreis erweitert: «Die Abgabe von Büchern etc. an andere Personen kann nur mit Genehmigung des Bürgermeisters stattfinden».³² 1893 änderte sich der Name in «Büchersammlung der städtischen Kollegien», 1921 in «Bibliothek des Stadtrats» und im Jahre 1935 dann in «Stadtbibliothek».³³

Besonders der Initiative des 1921 zum Stadtbibliothekar berufenen Hans Ludwig Held³⁴ ist es zu verdanken, dass aus der ursprünglich auf Rechts-, Staats-, Kommunal- und Volkswissenschaft spezialisierten Büchersammlung eine allgemeine wissenschaftliche Bibliothek wurde.³⁵ Held wurde 1933 von den Nationalsozialisten seines Amtes enthoben; nach vierjähriger Vakanz folgte ihm Hermann Sauter als neuer Direktor.³⁶ Da wissenschaftliche Bibliotheken von dem Säuberungswahn der Nationalsozialisten nicht so stark betroffen waren,³⁷ erging es der Stadtbibliothek während des Dritten Reiches etwas besser als den Volksbibliotheken, die man völlig in den Dienst der Ideologie zu stellen versuchte.³⁸

Das Schicksal der Stadtbibliothek im Zweiten Weltkrieg gleicht dem aller anderen wissenschaftlichen Bibliotheken: Auslagerung der wertvollsten Bestände³⁹ und Zerstörung des Gebäudes durch Fliegerangriffe.⁴⁰ Auch die nicht verlagerten Bestände fielen dem zum Opfer; die Bücherverluste werden allerdings unterschiedlich beziffert. Sie variieren zwischen 80'000 Bänden⁴¹ über einen Gesamtverlust von 117'000 Bänden⁴² oder 80'000 Büchern und 30'000 Zeitschriften⁴³ bis zu 150'000 Bänden.⁴⁴ Held selbst bezifferte den Verlust mit 140'000 Bänden.⁴⁵ Die Verluste entstanden hauptsächlich unter den allgemein-wissenschaftlichen Werken und den Periodika, die gänzlich vernichtet wurden; aber auch Teile einer wertvollen philologischen Bücherei verbrannten. Die Handbibliothek und ein Grossteil der Kataloge dagegen blieben erhalten.⁴⁶ Rückführung, Entnazifizierung und Aufstellung der Bestände gingen nur zögernd voran. Der Wiedereröffnung der Stadtbibliothek standen überdies räumliche Probleme im Weg.⁴⁷

Die der Stadtbibliothek angegliederten Spezialsammlungen konnten jedoch früher wieder zugänglich gemacht werden. So öffnete bereits 1946 im Rathaus die Juristische Abteilung, die sich hauptsächlich aus den Beständen der ursprünglichen Magistratsbibliothek zusammensetzte.⁴⁸ Auch die Musikbibliothek konnte 1946 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.⁴⁹ Sie war nicht so schwer beschädigt worden, von 80'000 Büchern wurden nur 5'000 vernichtet; dafür hatten beide Flügel und die Hälfte der wertvollen Plattensammlung⁵⁰ den Krieg nicht überstanden.⁵¹

Die Monacensia-Abteilung wurde vollständig gerettet und konnte als Notbehelf in einer Privatvilla in der Mandlstrasse untergebracht und zugänglich gemacht werden.⁵² Auch die philatelistische Bibliothek erhielt an der Peripherie der Stadt einige Räume zur Verfügung gestellt.⁵³ Erst 1950 waren alle Abteilungen der Stadtbibliothek wieder benutzbar,⁵⁴ auch ihr Hauptkomplex, den man provisorisch in einer ehemaligen Kaserne an der Infanteriestrasse untergebracht hatte;⁵⁵ in diesem Notquartier war die Stadtbibliothek dann bis zu ihrer Übersiedelung in das neue Kulturzentrum am Gasteig im Jahr 1984 ansässig. Dieses Gebäude musste sie damals sogar noch mit dem Stadtarchiv teilen.⁵⁶

Die städtischen Volksbüchereien

Bereits 1871 befasste sich der Magistrat der Stadt München zum ersten Mal mit dem Gedanken, städtische Volksbüchereien zu errichten.⁵⁷ Am 1. Oktober 1873 wurde die erste derartige Bücherei dann eröffnet.⁵⁸ Im Zuge der Volksbildungsbestrebungen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts⁵⁹ stieg die Zahl der in den Büchereien eingestellten Bücher rasch an. Die 502 Bände des Jahres 1873 reichten natürlich bei Weitem nicht mehr aus für die 6'041 Leser des Jahres 1914,⁶⁰ von denen die meisten Arbeiter waren: Der 1914 erschienene Katalog war bereits ein Buch mit 261 Seiten.⁶¹

Ab 1921 begann eine neue Phase in der Entwicklung der Volksbüchereien: Mit Hans Ludwig Held wurde der erste hauptamtliche Stadtbibliothekar berufen,⁶² der aus den ehemaligen Wohlfahrtsbüchereien bis zu seiner Amtsenthebung durch die Nationalsozialisten 1933 ein gut funktionierendes System von fünf Volksbüchereien, vier Lesehallen, vierzehn Kinderlesehäusern und einer städtischen Jugendbibliothek gemacht hatte.⁶³ Die Idee einer fahrbaren Wanderbücherei in einem Strassenbahnwagen, die im Februar 1928 verwirklicht werden konnte, sicherte auch die Buchversorgung der städtischen Randbezirke; sie war ebenfalls eine Erfindung Helds.⁶⁴

In der nationalsozialistischen Bildungspolitik kam den Volksbüchereien dann eine ganz andere Rolle zu, als sie Held geplant hatte. Die Einflussnahme auf die Volksbüchereien begann bereits 1933, in München mit der Entlassung Helds und der radikalen «Säuberung» von «unerwünschtem Schrifttum».⁶⁵ Dazu eine nationalsozialistische Stellungnahme:

«Aus der Zielsetzung des Nationalsozialismus ergibt sich, dass sich jetzt der deutsche Staat in ganz anderer Weise als bisher um die Entwicklung des Volksbüchereiwesens kümmern wird. Von wesentlicher Bedeutung ist dabei die Zusammensetzung der Bücherbestände in den Volksbibliotheken. Alles was für das Ideengut des Nationalsozialismus von besonderem Wert ist, muss den Kern jeder Volksbücherei bilden. Bücher über deutsche Geschichte, über Rassenkunde, Eugenik, über nationalsozialistische Politik und Kulturarbeit zusammen mit der schönen Literatur unserer nationalen Schriftsteller bilden diesen Kern... Es gibt nur noch einen Willen, ein Ziel, dem auch die Volksbüchereien zu dienen haben: Jeden Deutschen zum Nationalsozialisten zu machen.»

So umreißt Friedrich Prinzhorn die Aufgaben der öffentlichen Bibliotheken in einem Vortrag von 1934.⁶⁶ Der Durchführung dieses Planes wurden die staatlichen Büchereiberatungsstellen verpflichtet, die jede Neuanschaffung genehmigen mussten; die Bücherauswahl der Bibliotheken wiederum erfolgte nur anhand von Anschaffungslisten, auch Geschenke mussten erst geprüft werden, bevor sie eingestellt werden durften.⁶⁷

Die auf diese Weise ausgewählte Literatur stiess offensichtlich auf wenig Gegenliebe bei den Münchnern. Die Ausleihzahlen gingen zurück.⁶⁸ Die Leser übten passiven Widerstand: So wurden ungeliebte Bücher, auch wenn sie mehrfach zur Verfügung standen, nicht entliehen.⁶⁹ Der Bombenkrieg richtete auch bei den Volksbüchereien grossen Schaden an: Die Räume der Büchereien wurden durch Fliegerangriffe im Krieg schwer beschädigt, die Kinderlesehäuser ohne Ausnahme zerstört; nur eine Lesehalle für Erwachsene und mit ihr die Musikbibliothek blieben erhalten.⁷⁰ Das Magazin der Wanderbücherei war ausgebrannt, der Betriebswagen je-

doch gebrauchsfähig.⁷¹ Im Oktober 1945 konnten sieben Büchereien und die Trambahnbücherei dann wieder zugänglich gemacht werden,⁷² nachdem man die NS-Bücher, soweit möglich, entfernt hatte. Die Büchereien verfügten zu diesem Zeitpunkt über 60'000-70'000 Bände; der Leserstrom war so stark, dass bereits im Dezember 1946 keine neuen Leser mehr angenommen werden konnten.⁷³

Lagen die städtischen Zuschüsse zu den Volksbüchereien noch bis 1949 bei etwa der Hälfte der Zuschüsse zur Stadtbibliothek,⁷⁴ so änderte sich dies bald.⁷⁵ Nachdem die schlimmsten Folgen des Zweiten Weltkriegs überwunden waren, erweiterte sich das inzwischen auf «öffentliches Bücherei wesen» umgetaufte⁷⁶ Volksbücherei wesen rapide. In ganz Bayern stieg die Zahl der Büchereien von 1'028 im Jahre 1955 auf 4'580 für 1964 an, die Summe der staatlichen Zuschüsse erhöhte sich von 254'240,- DM (1955) auf 1'426'475,-DM (1964).⁷⁷ Auch in München selbst wuchs bis 1972 das städtische Büchereiwesen auf 25 stationäre, sechs mobile Büchereien, elf Krankenhaus- und sieben Altenheimbüchereien an, in denen 135'926 eingeschriebene Leser 4'869'272 Bücher entliehen. Das entspricht bei einem Buchbestand von 872'352 Bänden einer durchschnittlichen Jahresausleihe pro Leser von 36 Bänden.⁷⁸ Hier zeigen sich deutlich die Unterschiede einer öffentlichen Bibliothek zu einer wissenschaftlichen, bei der die vorhandenen Bestände nur zu einem kleinen Teil benutzt werden;⁷⁹ Archivierung gehört bei den Volksbibliotheken nicht zum Pflichtprogramm, sie sind auf Ausleihe ausgerichtet.

Die Probleme der ersten Stunde: «Auskämmung» der Bestände und Rückführung des Ausgelagerten

Das wichtigste Ziel war für den wieder auf seinen Posten berufenen Hans Ludwig Held die Sicherung, Aufstellung und Benutzbarmachung der noch vorhandenen Buchbestände der Stadtbibliothek und der Volksbüchereien. Darin wusste er sich auch mit den amerikanischen Besatzern einig.⁸⁰ Bevor die Bibliotheken eröffnet werden konnten, mussten sie jedoch von allem nationalsozialistischen und militaristischen Schrifttum gesäubert werden. Die Grundlagen für dieses Vorgehen der Amerikaner finden sich in der Direktive JCS (Joint Chiefs of Staff) 1067 vom Oktober 1945, die generell «the elimination of Nazism and militarism in all their forms» forderte⁸¹ und in dem Militärregierungsgesetz Nr. 191 vom Mai 1945, in dem jegliche Tätigkeit, die mit der Produktion und Verteilung von Druckwerken, Musik- und Theaterstücken oder Filmen zusammenhing, verboten wurde.⁸² Als «Verteiler» von Schriftgut mussten die Bibliotheken daher ebenso wie Verlage, Buchhandlungen und Leihbüchereien ihre Tätigkeit einstellen, soweit sie nicht schon wegen Bombenschadens hatten schliessen müssen.

Die Aussonderung

Noch vor seiner offiziellen Bestallung als neuer Stadtbibliotheksdirektor⁸³ ergriff daher Hans Ludwig Held die Initiative: Er gab eigene Richtlinien für die Auskämmung der Bestände der

Volksbüchereien aus, nach denen sich die Bibliothekare ans Werk machten.⁸⁴ Diese Eigenmächtigkeit war notwendig, da sich die Amerikaner nicht dazu entschliessen konnten, ihrerseits eine Index-Liste herauszugeben. Diese Linie behielten sie auch weiterhin bei, da sie die Deutschen zur Eigenverantwortlichkeit zu erziehen hofften.⁸⁵ Ganz klar scheint dies jedoch 1945 noch nicht gewesen zu sein, da sich der für die Bibliotheken zuständige amerikanische Offizier, Mr. Ubbert, bei seinem Besuch der Volksbücherei Stadt-Mitte Anfang Juli 1945 überrascht erkundigte, «ob den Bibliotheken in diesen Fragen noch keine Anweisungen der Militärregierung zugegangen seien».⁸⁶ Auch eine intern zirkulierende «Illustrative List of National Socialist and Militarist Literature», die offensichtlich dem Personal der Information Control Division zur eigenen Information diente,⁸⁷ wurden den deutschen Stellen nicht zugänglich gemacht.⁸⁸ Sie basierte, ebenso wie die «Liste unerwünschten Schrifttums», die im Auftrag des Nordrhein-westfälischen Kultusministeriums herausgegeben worden war,⁸⁹ auf dem Befehl No. 4 des Alliierten Kontrollrats vom Mai 1946.⁹⁰ Von den sehr allgemein gehaltenen Formulierungen der Direktive JCS 1067 und des Military Government Law No. 191 abgesehen, die überdies die Bibliotheken nicht ausdrücklich erwähnten, bot sich also erst ab Mitte 1946 überhaupt die Möglichkeit, eine konkrete Anordnung umzusetzen. Nicht einmal die in der U.S.-Zone zwar nicht anerkannte, aber umfassende «Liste der auszusondernden Literatur» mit ihren etwa 31*650 Titeln,⁹¹ die die Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der SBZ herausgegeben hatte, wurde rechtzeitig erstellt: auch sie erschien erst im April 1946.⁹² So ist der Schluss naheliegend, man habe einen Grossteil dieser Listen aus der praktischen Erfahrung der Aussonderung erstellt, ähnlich dem in München praktizierten Verfahren, alle Auskämmungs-Listen in einem Index-Heft zusammenzufassen.⁹³ Dieses Index-Heft sollte einerseits die geleistete Arbeit dokumentieren,⁹⁴ andererseits diente es jedoch auch den Buchhändlern als Grundlage für ihre eigenen Auskämmungsarbeiten.⁹⁵ Da die «fraglichen Bücher», die nicht eindeutig als nazistisch oder militaristisch zu bezeichnen waren, die grössten Schwierigkeiten bei der Aussonderung bereiteten,⁹⁶ variierten die angegebenen Listen ebenso wie die Anwendung der allgemeinen Richtlinien im Einzelfall stark.⁹⁷ Verwunderlich ist es daher nicht, dass die Amerikaner bei Kontrollen in Buchhandlungen und Leihbüchereien noch fast bei der Hälfte unerwünschte Literatur fanden, überraschend eher, dass bereits im Sommer 1946 in ganz Bayern nur noch dreizehn Fälle zu melden waren.⁹⁸ Edward C. Breitenkamp nimmt – wahrscheinlich mit Recht – an, dass die ausführliche sowjetische Aussonderungsliste in Deutschland weit verbreitet war und von den Deutschen, auch in anderen Zonen, häufig herangezogen wurde.⁹⁹ Dies zeigt ein Fall, den sowohl Breitenkamp wie auch Hansjörg Gehring nach einem Artikel der Zeitschrift «Spiegel» zitieren und in dem auf die Willkür solcher Aussonderungen hingewiesen wurde. Die dabei als Negativbeispiele angeführten Autoren finden sich fast ausnahmslos auf der sowjetischen Liste wieder, wenn auch meist nur mit einigen ihrer Werke.¹⁰⁰ Die Aussonderung der Münchner Volksbibliotheken ging demgegenüber sehr sorgfältig vor sich und entsprach auch den von den Amerikanern gewünschten Grundsätzen der Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Bibliothekare.¹⁰¹ Am Anfang gab Held Verzeichnisse der NS-Verlage und der NS-Institutionen aus, die zur Einordnung der Autoren hilfreich sein sollten.¹⁰² Daraufhin gingen die Bibliothekare unabhängig von einander die Bestände der einzelnen Bib-

liotheken durch und schlugen die Aussonderung von Büchern vor, die dann in einer Besprechung angenommen oder abgelehnt wurde.¹⁰³ In einer gemeinsamen Sitzung aller Bibliothekare konnte man die Ergebnisse der einzelnen Büchereien wechselseitig überprüfen und korrigieren.¹⁰⁴ Bei «fraglichen Büchern» stimmten die Bibliothekare ab, ob man sie behalten oder aussondern sollte. Held betonte, dabei müsse man besonders vorsichtig verfahren: «Falls 20 positive gegen 4 negative Stimmen stehen, muss wohl den 4 negativen entsprochen werden».¹⁰⁵ Die anfänglichen Richtlinien Helds zielten darauf ab, «reine NS-Literatur, militaristisch-erzieherische Werke» und «rassenkundliche Vereinsliteratur» auszusondern.¹⁰⁶ Eine Ausscheidung «nach rein buchhändlerischen Gesichtspunkten», also die generelle Aussonderung bestimmter Autoren oder Verlagsproduktionen, hielt Held nicht für sinnvoll, da die Möglichkeit bestehe, dass NS-Verlage auch einwandfreie Werke veröffentlicht hätten.¹⁰⁷ Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt stellten sich problematische Unterscheidungsfragen, hier zwischen «militaristisch-erzieherischer» und «rein militärisch-abenteuerlicher» oder «objektiv geschichtlich militärischer» Literatur – am praktischen Beispiel also zwischen Zöberlein, Carossa und Clausewitz. Während Zöberlein entfernt werden musste, konnte Clausewitz bleiben; Carossa blieb fraglich. Bezüglich militaristischer Literatur gab Held zu diesem Zeitpunkt weitere Richtlinien aus: «Wo der Krieg als notwendig bezeichnet, wo die Möglichkeit des Vertrags ausgeschlossen, wo das Recht problematisch wird, da haben wir den Militarismus». Er schloss daran den Vorschlag an, in München eine «Pazifistische Bücherei» einzurichten: «Ist es so unausdenkbar, dass wir in München eine Bibliothek haben könnten, die gar nichts, was auf den Krieg Bezug nimmt, enthielte? In der keine Feldweibel mit allen ihren Hochentwicklungen enthalten seien, sondern nur der anständige demokratisch erzogene und demokratisch lebende Mensch.»¹⁰⁸

Auch «rassenkundlich wichtige Literatur» wollte Held von «rassenkundlicher Vereinsliteratur» unterschieden wissen.¹⁰⁹ Anhand dieser Beispiele wird bereits deutlich, dass sich eine theoretische Begriffsbestimmung schwer finden liess. Diese Erkenntnis lag wohl auch dem demokratischen Ausscheidungsverfahren zugrunde, das sich dann einspielte. Zwei Kriterien blieben für Held jedoch unabdingbar: der «Geist des einzelnen Buches» durfte nicht nationalsozialistisch sein¹¹⁰ und «Hetze» jeder Art musste ausgeschlossen werden.¹¹¹

Je weiter die Auskämmung fortschritt, desto intensiver bezog man auch «scheinbar unbelastete Büchereiteile» mit in das Verfahren ein.¹¹² Darunter fielen Kochbücher, «Gesundheitsbücher», Reiseliteratur, aber auch die Vor- und Nachwörter von Klassikerausgaben und wissenschaftlichen Werken.¹¹³ Ebenso wurde die Prüfung der einzelnen Ausgaben nötig. Held wies darauf hin, «selbst Kleists Prinz von Homburg sei in den vergangenen 12 Jahren so herausgebracht worden, dass er nicht ausgeliehen werden könne».¹¹⁴ Ausführlicher diskutiert wurden Kolbenheyer,¹¹⁵ Ludwig Finckh,¹¹⁶ Friedrich Griese, Hans Grimm,¹¹⁷ Bruno Brehm,¹¹⁸ Karl Aloys Schenzinger,¹¹⁹ August Winning,¹²⁰ Alja Rachmanowa,¹²¹ Isolde Kurz,¹²² H.St. Chamberlain,¹²³ und auch Richard Wagner.¹²⁴ In einigen Fällen sah Held in der Zusammenstellung von «ausgewählten Schriften» eine Lösung, die das Gute bewahren helfe und das Schlechte wegfallen lasse.¹²⁵ Insgesamt hielt der Stadtbibliotheksdirektor die Index-Frage für eine Gewissensfrage, zumindest für die Bibliothekare. Den Buchhändlern gestand er zu, sie müssten auch

an wirtschaftliche Dinge denken, könnten daher nicht ganz so radikal sein.¹²⁶

Ende August 1945 konnte Held das Auskämmungsverfahren als abgeschlossen bezeichnen und sich um die Eröffnung der Büchereien bemühen.¹²⁷ Er glaubte jedoch keineswegs, nun alles Problematische bereits beseitigt zu haben. Noch in der Sitzung vom 8. Oktober, die der Vorbereitung der drei Tage später stattfindenden Eröffnung galt, verlangte er «eine weitere Korrektur und eine unablässige Nachprüfung des Buchbestandes» und nannte die Index-Frage «eine Aufgabe, die niemals als abgeschlossen bezeichnet werden kann» und die «zum Teil bei der Ausleihe noch in verstärktem Masse sichtbar werden» würde.¹²⁸

Die Bibliothekare waren da offensichtlich nicht so besorgt: NS-Bücher hatten sich bereits in den vergangenen Jahren keiner grossen Sympathie bei den Lesern erfreut, obwohl sie oft in mehreren Exemplaren vorhanden waren.¹²⁹ So vermutete man auch zwischen den noch ausgeliehenen Beständen, die man über Rundfunkdurchsage einfordern wollte,¹³⁰ prozentual wenig NS-Literatur.¹³¹ Da die Büchereien überdies nicht nach dem Freihandsystem aufgestellt waren und jede Bestellung durch die Hand der Bibliothekare gehen musste, oft sogar auf deren Beratung hin zustande kam, bot sich hier ein weiteres Regulativ.¹³² Bei der Ausleihe von Geschichtswerken wollte Held sogar eine «Zusammenausleihe» verschiedener Werke zur umfassenden Information der Leser anstreben.¹³³

Etwa 25 Prozent der Volksbüchereibestände hatte man aussondern müssen;¹³⁴ ein Grossteil war im Krieg zerstört worden. So lag die Befürchtung nahe, der grosse Buchmangel werde sich auch hier bald unangenehm bemerkbar machen: «Durch Fliegerschaden in den zurückgestellten Beständen, die gerade die vom vergangenen Regime ausgeschiedene und auch fremdsprachige Literatur enthielt, besteht Gefahr, dass der Buchbestand der Volksbüchereien unmodern geworden ist oder unmodern wird.»¹³⁵ Diese Vermutung blieb, so gerechtfertigt sie im Einzelfall gewesen sein mag, für die nächsten Jahre noch gegenstandslos:¹³⁶ einen wichtigen Teil des Nachholbedarfs deckte dabei wohl die Zeitschriftenliteratur ab, während sich an der sozialen Struktur der Volksbüchereileser kaum etwas änderte.¹³⁷ Eine Konkurrenz mag den Volksbüchereien dabei nicht nur durch die Leihbüchereien erwachsen sein, deren «Unflat» Held bereits im August 1945 kritisierte,¹³⁸ sondern auch durch die amerikanischen «Reading-Rooms», in denen amerikanische Literatur, aber bald auch deutsche Exilliteratur zu benützen war. Grosse Bestände standen dort freilich nicht zur Verfügung: Anfang 1946 handelte es sich bei dem Münchner «Reading-Room» erst um «einige hundert Bücher in englischer Sprache und eine Auswahl amerikanischer Zeitschriften».¹³⁹ Daher machte sich Held auch 1945 noch viele Gedanken über die Ausleihe von Büchern an Ausländer, vor allem an Amerikaner.¹⁴⁰ Er versuchte seinen Bibliothekaren ein klares Bild der Besatzer zu vermitteln, das weder von althergebrachten Vorurteilen, noch von der negativen Beurteilung vieler durchschnittlicher Besatzungssoldaten getrübt war:

«Zur Bücherausleihe an Ausländer bemerkte der Vorsitzende zum wiederholten Male, dass für die Bibliothekarin bei der Betrachtung der ausländischen Psyche grosse Umsicht und Sorgfalt geboten sei. Völlig falsch sei es, hier den ‚guy‘ im Strassenbild als Massstab zu nehmen.

Der Ausländer, der deutsche Literatur lesen wolle, werde von einem weit höheren Durchschnittsniveau sein als der deutsche Leser.»¹⁴¹

Nicht nur als potentielle Büchereibenutzer war Held mit den Amerikanern konfrontiert. Auch die Aussonderungen liefen unter amerikanischer Kontrolle. Befriedigt konnte er feststellen, dass «seine Richtlinien vom ersten Tag an auf Grund genauer Erfüllung mit den amerikanischen Massstäben parallel» gelaufen seien. Er betonte «die strenge kompromisslose Haltung der wohlunterrichteten Amerikaner»: «Wer glaubt, dass er die deutsche Literatur besser beherrsche als die amerikanischen Besatzungsbehörden, der täuscht sich sehr.»¹⁴² Als problematisch bezeichnete Held in diesen ersten Monaten nach Kriegsende vor allem den Wechsel der Referenten, und die «schwierige und zeitraubende Fragenklärung in einzelnen Fällen». Er wies jedoch darauf hin, die Amerikaner seien

«überhaupt in ihren Aufgabestellungen sehr sicher und bestimmt. Wir können nur die Vorschläge unterbreiten, die Entscheidung liegt allein bei ihnen. Die alte deutsche Volksbibliothek vor 1933 ist von ihnen längst bearbeitet. Sie haben also klare und fest umrissene Vorstellungen von dem, was sie uns zur Aufgabe stellen.»¹⁴³

Er versicherte: «Der Linsenschliff der kritischen Brille des Amerikaners ist scharf und genau»,¹⁴⁴ daher werde auch kein Fehler im Katalog oder im Bücherbestand zugelassen.

Held selber war augenscheinlich in den meisten Punkten mit den Amerikanern einig. So beantwortete er auch die heikle Frage einer Bibliothekarin, die Aussonderungs-Richtlinien der Amerikaner stimmten «nicht mit der Freiheit einer wahren demokratischen Auffassung überein», mit einem sehr linientreuen Standpunkt:

«Auch jetzt sei es unendlich schwer, einem lange Zeit hindurch terrorisierten Volke, die Demokratie zu geben; denn der terrorisierte Mensch, gewohnt sich zu ducken und' den anderen für sich denken und handeln zu lassen, müsse erst dazu angehalten werden, selbstverantwortlich zu leben... Die wenigen unter uns, die bereits eine klare Vorstellung der Demokratie zu haben glauben, müssen also froh sein, wenn sie Erziehungsarbeit in Richtung auf die Demokratie hin leisten dürfen. ‚Sie sind immer noch am deutschen Buch und können durch es wirken. Wenn sie die Ausscheidungen für ein Unglück halten, begehen sie Verrat am Friedensvertrag»¹⁴⁵

Dennoch erstrebte Held keinesfalls eine Amerikanisierung, er wollte ein «reines Bild des Wesens der deutschen Kultur vermitteln», sein Ziel war «der zugleich deutsch und weltbürgerlich fühlende Mensch». ¹⁴⁶ Bei den zuständigen Amerikanern stiess dies auf Zustimmung: Mr. Uber war ganz seiner Meinung;¹⁴⁷ Captain Templeton sah die Ausleihe einiger Bücher sogar weniger problematisch als Held; so jedenfalls protokollierte es ein Volksbibliothekar.¹⁴⁸

Zusammenfassend kann man feststellen, dass die Aussonderung des NS-Schrifttums reibungslos vonstatten ging, was wohl mit Hans Ludwig Helds Stellung und Vorgehensweise zusammenhing. Daher war es den Münchner Volksbüchereien möglich, sehr früh zu eröffnen. Dank des Vorhandenseins der wissenschaftlichen Stadtbibliothek mussten die ausgesonderten Bücher nicht als Altpapier eingestampft werden, sondern wurden dort gelagert. In den Kellern des neuen Gebäudes der Stadtbibliothek in der Infanteriestrasse befanden sich daher 1949 etwa

44'000 Bände aus NS-Beständen der Volksbüchereien, Schul- und Amtsbibliotheken, die man dort eingelagert hatte.¹⁴⁹ Hinzu kam die ehemalige Gestapobibliothek mit etwa 15'000 Bänden, die ebenfalls die Stadtbibliothek übernommen hatte.¹⁵⁰ Die aus den Beständen der Stadtbibliothek selbst ausgesonderte Literatur betrug 5'600 Bände.¹⁵¹ Die geringe Bandzahl bestätigt die These, dass die nationalsozialistische Infiltration vor allem die Volksbüchereien, weniger die wissenschaftliche Stadtbibliothek betroffen hatte; dies deckt sich auch mit den selbstgesteckten Zielen der Nationalsozialisten.¹⁵² Die in der Stadtbibliothek gelagerten Bücher sollten für «erzieherische, wissenschaftliche oder historische Zwecke» verwendbar bleiben.¹⁵³ Sonstige ausgesonderte Bücher mussten an die amtlichen Sammelstellen, meistens Papierfabriken,¹⁵⁴ verbracht werden, wo sie als Altpapier eingestampft und einer Wiederverwendung zugeführt werden sollten.¹⁵⁵ Mit diesem Verfahren wollten die Besatzungsbehörden sich so weit wie möglich von den nationalsozialistischen Bücherverbrennungen distanzieren.¹⁵⁶ So hiess es auch in der «Anordnung der Militärregierung von Bayern» vom August 1946: «Unter keinen Umständen soll etwas von dem gesammelten Material verbrannt werden.»¹⁵⁷ Die Wiederverwendung des Alten als Rohstoff für das Neue dürfte nicht nur eine pragmatische Reaktion auf den Rohstoffmangel gewesen sein. Denkt man an die Einschmelzung des Bleisatzes von Hitlers «Mein Kampf», aus dem man die erste Druckplatte der «Süddeutschen Zeitung» herstellte,¹⁵⁸ so lässt sich daraus ein Konzept der amerikanischen Besatzungspolitik ableiten: Das alte Deutschland sollte durch Umformung zum Rohstoff für ein neues Deutschland werden. Ein Mittel dazu war die Umerziehung, die mit der Aussonderung der NS-Literatur durch die Deutschen selbst ihren Anfang nahm.

Die Rückführung

Wie bereits erwähnt, spielte für die wissenschaftliche Stadtbibliothek die Entnazifizierung keine so grosse Rolle wie für die Volksbüchereien. Hier war es eher die Sorge um die Sicherung und Rückführung der ausgelagerten wertvollen Bestände, die die ersten Jahre nach Kriegsende erfüllte. Unersetzliches war bereits durch Kriegseinwirkung verloren gegangen – den Rest wollte man wenigstens erhalten.

Den Zeitumständen entsprechend gestaltete sich dies jedoch nicht einfach. War schon die Auslagerung schwierig genug gewesen,¹⁵⁹ so wurde die Rückführung teilweise zu einem Abenteuer. Einen Grossteil der Rückführungsaktionen leitete die Bibliotheksoberssekretärin Agnes von Krempelhuber, die bereits an der Auslagerung massgeblich mitgewirkt hatte.¹⁶⁰ Ihre Berichte über diese Rückführungsreisen aus den Jahren 1946 und 1947 geben einen guten Überblick über das Spektrum der Schwierigkeiten, mit denen sie konfrontiert war und sind daher eine hervorragende Quelle für die Beschreibung dieser Aktionen.¹⁶¹

Im Jahre 1945 herrschte hier noch ein grosses Durcheinander; so brachte beispielsweise ein Kraftwagen des Internationalen Roten Kreuzes achtzig Kisten mit wertvollen Büchern aus ihrem Auslagerungsort nach München und lieferte sie im Rathaus ab, wo man allerdings vermutete, sie gehörten der Staatsbibliothek.¹⁶² Sicher sagen konnte das aber keiner.

Als die Stadtbibliothek endlich die Genehmigung der Militärregierung für die Rückführung ihrer Bücherbestände erlangt und bis September bereits vierhundert Kisten nach München zu-

rückgeführt hatte,¹⁶³ erfolgte ein Einspruch von anderen amerikanischen Stellen: Die Stadtbibliothek war zwar berechtigt, die Bücher nach München zurückzubringen, nicht jedoch ihre Lager auszuräumen. Da die Beauftragten der Stadtbibliothek vor der Freigabe der Lager an «meist weit abliegende Dienststellen der Militärregierung» verwiesen wurden,¹⁶⁴ was Zeit und Treibstoff kostete, bat Held um eine generelle Erlaubnis zur Rückführung der Stadtbibliotheks-Bestände.¹⁶⁵ Aufgrund des Kompetenzwirrwarrs in der amerikanischen Militärverwaltung konnte dies jedoch nicht endgültig geklärt werden. Noch im April 1946 sah sich Agnes von Krempelhuber im Auslagerungsort Inkofen plötzlich mit Anschlägen der Militärregierung konfrontiert, auf denen das Verbot ausgesprochen wurde, die Bücher ohne Wissen des Treuhänders und ohne Billigung der Militärregierung zu entfernen.¹⁶⁶ Die Stadtbibliotheksbeauftragte berichtet weiter: «Herr Pfarrer hat mir ausserdem erzählt, dass die betr. Herren ihm die uns betr. Schriftstücke abnehmen wollten, er habe sich aber energisch dagegen gewehrt, mit Erfolg.» In einem nahegelegenen Auslagerungsort waren zwar noch keine Anschläge angebracht, die Köchin des Pfarrers sagte jedoch «dass wiederholt Herren das Depot sehen wollten».¹⁶⁷ Ende September 1946 musste Frau von Krempelhuber in einem der Auslagerungsorte feststellen, dass man eine der Kisten auf Befehl der Militärregierung geöffnet hatte, um die Bände zu zählen.¹⁶⁸ In einem anderen Fall hatte die Militärregierung die mit den Stadtbibliotheksbeständen zusammen verlagerten Kisten aus Privatbesitz beschlagnahmt. Dennoch war von einem unbekanntem Mann der Versuch unternommen worden, sie in einem Privatauto abzutransportieren, was jedoch an der hartnäckigen Ablehnung der Pfarrersköchin scheiterte.¹⁶⁹ Ansonsten gab es mit der Militärregierung kaum Schwierigkeiten. Das beruhte wahrscheinlich auch darauf, dass die im April 1945 herausgegebene Direktive JCS 1067 bereits ausdrücklich verlangte: «... you will make all reasonable efforts to preserve historical archives, museums, libraries and works of art».¹⁷⁰ Dies wurde aber sehr unterschiedlich ausgelegt: in einem Fall stellte die Militärregierung den Treibstoff zur Verfügung,¹⁷¹ in einem anderen Fall wollte der zuständige Offizier im Landkreis Roding keine Unterstützung leisten, da die Bibliotheksrückführung «eine rein deutsche Angelegenheit» sei.¹⁷² Daher wäre es sicherlich falsch, hier eine «amerikanische Haltung» konstruieren zu wollen. Man kann höchstens ein «neutrales Interesse» entdecken. Dieses richtete sich jedoch vor allem auf die ordnungsgemässe Erfassung und Entnazifizierung der Bücher. Der normale Vorgang lief so ab: Zuerst holte sich die Stadtbibliotheksbeauftragte den Vermerk des jeweils zuständigen Treuhänders, dann begab sie sich an die Auslagerungsorte, um die Bestände nach München zurückzuführen. Vor allem Anfang 1946 stellten die mangelhaften Transportmittel dabei das grösste Problem dar: Bei einer Verladung mit Lastwagen war kostbarer rationierter Treibstoff zu beschaffen, bei einem Transport mit dem Zug musste man um einen Wagen und eine Transportmöglichkeit vom Auslagerungsort zum Bahnhof kämpfen. Einmal fehlte der zugesagte Anhängewagen,¹⁷³ einmal hatte ein Lastwagen bereits binnen Kurzem eine Panne,¹⁷⁴ einmal überfuhr einer der Wagen ein Stoppschild und wurde von der Militärpolizei mitgenommen.¹⁷⁵ Ein typischer Fall soll hier zitiert werden:

«Um 3 Uhr Abfahrt nach München. Da die Last ca. 200 Ztr. betrug, ohne das Gewicht der Wagen, wurde im 50 km-Tempo gefahren. Kurz vor Wörth a.Isar platzte der linke Vorderreifen und die Maschine drehte sich nach links in die Fahrbahn eines in demselben Tempo ent-

gegenkommenden Lastwagens. Ein schwerer Zusammenstoss wurde durch die Geistesgegenwart der Chauffeure vermieden. Als der Gegenfahrer wieder die Strasse gewonnen hatte, tönte aus der Ferne ein kräftiger Wortwechsel herüber. Es wurde ein Reservereifen gesetzt. Da kein zweiter vorhanden war, konnte man von hier ab nur mehr im 20 km-Tempo fahren. In Freising war Razzia des Mil. Government auf Wagen mit mangelndem Schlusslicht. Da auch unser hinterer Wagen keines hatte, wurde in Freising eine Laterne gesucht und hinten angebunden. Einmal versagte noch kurz die Pressluft der Bremse, aber um 12 Uhr nachts kamen die beiden Wagen doch glücklich in München an und wurden über Nacht ... dem Schutz der Nachtwächter anvertraut.»¹⁷⁶

Auch Transporte mit dem Zug waren nicht einfacher; vor allem bedeuteten sie für die Stadtbibliothekssekretärin lange Fussmärsche über Land,¹⁷⁷ wobei auch oft nur schwer eine Unterkunft in den mit Evakuierten und Flüchtlingen überbelegten Dörfern zu finden war und man nach ihrer Aussage «ein Verständnis bei den Landbürgermeistern, die meistens noch selber im Felde sind», nicht erwarten konnte.¹⁷⁸ Daher wurden überwiegend Lastwagen aus München geschickt.¹⁷⁹ Oft zeigten sich die Pfarrer auch grosszügig und verpflegten die Transporteure, was, wie Frau von Krempelhuber anmerkte, «auf die Stimmung äusserst günstig wirkte».¹⁸⁰ Fuhr sie jedoch mit dem Zug, musste sie oft noch vor Ort Arbeiter und Fahrer organisieren, die die Bücher dann mit Pferdefuhrwerken zu den Bahnhöfen transportierten,¹⁸¹ oder, wie im folgenden Beispiel, zu einem Lastwagen:

«Um ½ 7 Uhr beginnt Landwirt Michael Sperger die Kisten aus der Trinkstube des Schlosses herauszuschaffen und mit seinen drei Söhnen mittels Pferdefuhrwerk den halben Schlossberg herunter durch die Schlosseinfahrt zu fahren. Letztere ist zu niedrig für den Lastkraftwagen. Sperger fuhr ungefähr neunmal auf und ab bis ca. 10 Uhr... Vom Pferdefuhrwerk wurden die Kisten direkt auf das Auto gelegt...»¹⁸² Beschädigungen drohten den Beständen meist durch unsachgemässe Lagerung. Vor allem die Räume in den Pfarrhäusern waren häufig ungesichert¹⁸³ oder feucht,¹⁸⁴ da das Haus völlig überbelegt war, hatte man einmal etwa hundert Zentner Bücher in einem Raum gelagert, dessen Boden Frau von Krempelhuber nicht sehr tragfähig erschien.¹⁸⁵ In einem anderen Fall war von der letzten Einquartierung noch eine «völlige Verwanzung» übriggeblieben,¹⁸⁶ die eine Desinfektion nötig machte. In einem der gravierendsten Fälle legte sich die energische Agnes von Krempelhuber auch mit der Mutter des Pfarrers an.¹⁸⁷ Bei einem späteren Besuch zeigte sich, dass diese Auseinandersetzung wenigstens dazu geführt hatte, dass inzwischen gelüftet wurde.¹⁸⁸

Ein anderer haarsträubender Fall ging relativ glimpflich ab: Es handelte sich um die Lagerung des Ruederer-Archivs.

«Da inzwischen von einer anderen Behörde, vermutlich dem Flüchtlingskommissar, die Möbel des Ruederer-Archivs aus ihrem Raum herausgestellt und hinter und neben die Kisten gezwängt worden waren, war die Arbeit in dieser Enge doppelt mühsam und nicht ungefährlich... Das Mobiliar des Ruederer-Archivs hat natürlich gelitten. Die heutige Lagerung, besonders der Bilder, ist dem Wert keinesfalls entsprechend. So fand ich am Boden ein Stück von einem Goldblatt, vermutlich von der alten vergoldeten Uhr. Von dem gebogenen Eckschränken

sind die feinen Rundleisten über den Gläsern zerstört, die Teile nicht zu finden. Es ist unbedingt nötig, dass das Ruederer-Archiv baldigst weggeholt wird.. .»¹⁸⁹

Erst über ein Jahr später konnten diese Bestände, als letzte der Auslagerungen, nach München gebracht werden:

«Mit Ausnahme der vergoldeten Uhr, von der einige Verzierungen abgebröckelt waren und eines kleinen Bildes, dessen Glas zerdrückt war, kamen die Inventarstücke gut zurück. Sie hatten früher durch die Oberste Heeresleitung in Schierling im April 1945 an der Politur erheblich gelitten.»¹⁹⁰

Von den ursprünglich vorhandenen 21 Auslagerungsorten der Stadtbibliothek¹⁹¹ waren im November 1946 noch sechs Lager nicht geräumt, in denen sich insgesamt 979 Zentner Bücher mit einem Wert von etwa 750'000 Reichsmark befanden.¹⁹² Es hatten dreizehn Pfarrer, vier Schlossbesitzer und sechs sonstige Stellen den Büchern Obdach geboten, darunter ein Bürgermeister, ein Gastwirt, ein Schützenhaus, ein Brauereibesitzer und zwei gemeindliche Dienststellen.¹⁹³ Der Löwenanteil war von Pfarrern in Kapellen, Kreuzgängen, Sakristeien, Orgelemporen und Pfarrhöfen gelagert worden. Im Oktober 1947 räumte Agnes von Krempelhuber dann das letzte Auslagerungsdepot der Stadtbibliothek.¹⁹⁴ Damit war diese gefährliche Phase zu Ende, der Alltag von Aussonderung, Säuberung, Katalogisierung und Aufstellung der Bücher begann.

Die geschilderten Vorfälle, dürften sich in der Zeit nach dem Kriege wohl vielfach wiederholt haben, da die wertvollsten Bücher der meisten grossen Bibliotheken in Pfarrhäusern, Schlössern, Salzminen und Scheunen ausgelagert waren, meist in letzter Minute vor der Zerstörung gerettet, oft nur in offenen Lastwagen transportiert, hastig gestapelt. Kostbarste Handschriften und Inkunablen konnten so vor der Zerstörung gerettet werden.¹⁹⁵ Die Zeitumstände liessen eben keine Gelegenheit für eine umständliche «sachgemässe Lagerung», es ging um die Rettung dieser Kostbarkeiten selbst.

Der Büchererwerb in den ersten Nachkriegsjahren

Unter normalen Verhältnissen können Bibliotheken verschiedene Wege einschlagen, um ihre Bücherbestände zu ergänzen: Sie können Bücher kaufen, eigene Doubletten gegen die gewünschten Bücher einer anderen Bibliothek tauschen oder sich Bücher schenken lassen. Alle diese Wege ging man, soweit möglich, auch in den ersten Nachkriegsjahren. Hinzu kam aber noch eine weitere Möglichkeit, die offenbar von einigen grossen Bibliotheken nicht verschmäht wurde: Eine Art legales Strandräuberwesen an dem «herrenlosen Gut» der NS-Bibliotheken.¹⁹⁶ Da die Besatzungsmacht Bestände aus NS-Besitz unter gesonderte Kontrolle gestellt und von dem normalen Bibliotheksschutz ausgenommen hatte,¹⁹⁷ standen sie als eine Art Selbstbedienungsladen dem offen, der sich ihrer zuerst annahm und die Militärregierung von seinen zeithistorischen Absichten überzeugen konnte. Im Münchner Raum konkurrierten dabei vor allem die Bayerische Staatsbibliothek, die Universitätsbibliothek und die Stadtbibliothek München miteinander.¹⁹⁸ Aber auch die gewerblichen Leihbüchereien versuchten offensichtlich sehr früh, ihre Bestände auf diesem Wege zu ergänzen.¹⁹⁹ Vor allem 1945 und Anfang 1946 war häufig von «Sicherstellung» die Rede,²⁰⁰ später bot man auch den Kauf solcher Bücher an.²⁰¹ Trotz aller Zweifel an derartigen Methoden, die Hans Ludwig Held

selbst teilte, war dies sicherlich öffentlichen Plünderungen vorzuziehen: Für die Städtischen Bibliotheken, so betonte Held, «sei NS-Gut, solange nicht beschlagnahmt, fremdes, zu achtendes Gut» und er distanzierte sich ausdrücklich von diesem «sanktionierten Bücherdiebstahl». ²⁰² Auf beschlagnahmtes Gut bezogen sich diese Skrupel offensichtlich nicht: In einem dringenden Schreiben an Oberbürgermeister Scharnagl zählte Held alle ihm zur Kenntnis gelangten NS-Büchereien auf, um die man sich von Seiten der Stadt bemühen müsse. ²⁰³ Darunter fielen die «NS-Schulungsbüchereien» der ehemaligen Dienststellen der NSDAP, ²⁰⁴ Bücher aus dem «Besitz des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS», die juristische Bücherei aus dem Haus des Deutschen Rechts, deren «Besitz ... für die Ergänzung der juristischen Abteilung der Stadtbibliothek München äusserst erwünscht» war ²⁰⁵ und das Archiv des Professors Troost, das man für Forschungsarbeiten «über die bauliche und ornamentale Entwicklung Münchens während der eben vergangenen Epoche» retten wollte. ²⁰⁶ Held bat Scharnagl, sich bei der Militärregierung um die «Genehmigung zu deren Einreihung in die Stadtbibliothek München» zu bemühen, was Scharnagl in einem Schreiben an die Militärregierung Anfang Juli dann auch tat. ²⁰⁷ Die Militärregierung veranlasste daraufhin Stadtschulrat Fingerle, die genannten Bestände auf ihre Brauchbarkeit für die Schulbüchereien und für die Stadtbibliothek zu überprüfen. ²⁰⁸ Dabei stellte sich heraus, dass andere schneller gewesen waren; Fingerle berichtet:

«Die Besichtigung im Haus des Deutschen Rechts ergab, dass die dort befindliche juristische Bibliothek bereits zum grössten Teil von der Universität abtransportiert worden ist. Ein Teil soll noch im Amtsgerichtsgebäude in Altötting liegen... Die Bestände der SS-Bibliothek Franz-Josef-Strasse 38 sind ebenfalls von verschiedenen Stellen abtransportiert, zum Teil von der FAB (Freiheitsaktion Bayern; Anm. d. Verf.); ein kleiner Rest von etwa 1'000 Büchern und Zeitschriften lagert noch dort... Ich habe an Ort und Stelle angekündigt, dass mit einem Abtransport von Seiten der Stadtbibliothek zu rechnen sei... Über die Büchereien der ehemaligen Ortsgruppen der NSDAP hatte ich bereits vorher Erhebungen angestellt, allerdings mit dem Ergebnis, dass diese Büchereien meist bereits zerstreut sind.» ²⁰⁹

Bei der Bibliothek des Reichskolonialbundes, die der Stadtbibliothek im Januar 1946 angeboten wurde, kam es zu Missverständnissen mit dem Stadtarchiv, das Teile des Bücherbestandes in die Winzererstrasse abtransportieren liess und sie seinen Beständen einverleibte. ²¹⁰ Auch an den ihm angebotenen Beständen der Ordensburg Sonthofen, vor allem an der darin befindlichen Gewerkschaftsabteilung, zeigte sich Held interessiert. ²¹¹ Bei den anderen NS-Bibliotheken, die im Gespräch waren, ist nicht ersichtlich, ob die Stadtbibliothek aktiv wurde. Meist handelte es sich dabei um Bibliotheksbestände aus dem Privatbesitz von Parteiführern, deren Erwerb der Stadtbibliothek möglicherweise zu wenig juristisch gesichert erschien. ²¹²

Ungeschmälert konnte sich die Stadtbibliothek der Bestände, die sie auf solchem Wege erworben hatte, nicht erfreuen. Es dürfte sich jedoch um beträchtliche Buchmengen gehandelt haben, gibt die Bibliothek doch in ihrem Tätigkeitsbericht von 1949 selbst 15'000 Bände aus der ehemaligen Gestapobibliothek, weitere Bücher aus Schul- und Amtsbibliotheken und einen «unkatalogisierten Zugang» von 35'000 Bänden an, ²¹³ der wahrscheinlich aus solchen Unternehmungen stammte. Es war jedoch die Aufgabe der Bibliothek, aus den NS-Beständen

Bände mit Eigentumsvermerk ihren früheren Besitzern zurückzugeben.²¹⁴ Daran musste von Seiten der Gewerkschaftsbibliothek noch 1948 mehrfach in sehr deutlichem Ton erinnert werden.²¹⁵ Möglicherweise hatte man die Gestapo-Bücherei jedoch noch nicht zur Aussonderung aufstellen können, da sie im Leihamt an der Augustenstrasse lange eingelagert war.²¹⁶ Interesse zeigte die Stadtbibliothek an Ankäufen aus der Bibliothek und dem Archiv des von den Amerikanern nicht lizenzierten Langen-Müller Verlages,²¹⁷ sie nahm aber auch die Angebote von Privatleuten an, die ihre Bücher der Stadtbibliothek vermachen wollten, wenn sie die Bestände vor Beschlagnahme oder Plünderung bewahren konnte.²¹⁸ Darüber hinaus gab Held vielen grossen Privatbibliotheken «Bibliotheksschutz».²¹⁹ Dies war vor allem gegenüber dem Wohnungsamt nötig, das die Bibliotheksräume für Einquartierungen beschlagnahmen wollte.²²⁰ Neben dem Erhalt der Bibliotheken selbst versprach sich die Stadtbibliothek davon meist noch weiteren Nutzen für die Öffentlichkeit. In einem seiner Gutachten erläuterte Held dies so:

«Eines der grössten Hindernisse, die dem geistigen Wiederaufbau im Wege stehen, ist die völlige oder teilweise Zerstörung der öffentlichen Bibliotheken. Auch die Stadtbibliothek München, die ihr Gebäude mit dem grössten Teil ihres Bestandes verloren hat, steht vor fast unlösbaren Aufgaben. Da in absehbarer Zeit mit einer ausreichenden Auffüllung der Bestände schon wegen der ungünstigen Verhältnisse in Buchhandel und Verlagswesen nicht gerechnet werden kann, bleibt als einziger Ausweg der Versuch, grosse Privatbibliotheken in den öffentlichen Ausleihverkehr einzubeziehen. .. Ich komme daher zu der Bitte, im dringendsten kulturellen Interesse der Stadt München, das kleine Wohnhaus..., das diesen wertvollen Besitz birgt, nach Möglichkeit von einer Beschlagnahme auszunehmen. Der kulturelle Wert dieser Sammlung ist jedenfalls unendlich grösser als eine weitere Wohnraumnutzung, die im Übrigen bei der derzeit durchaus hinlänglich belegten Wohnung nicht erforderlich erscheint.»²²¹

Meist handelt es sich bei den ähnlich gelagerten Fällen um wissenschaftliche Spezialbibliotheken, bibliophile Buchbestände oder um monacensische Materialien, deren Besitzer die Bibliotheksräume überdies als Arbeitsräume benützten.²²² Vor allem bei den wissenschaftlichen Bibliotheken betonte Held in seinen Begutachtungen für das Wohnungsamt meist das «öffentliche Interesse»,²²³ oder das «Interesse der Fachforschungen an der Universität»²²⁴ sowie das «dringende kulturelle Interesse Münchens»²²⁵ an den Buchbeständen. Der vom Wohnungsamt angewandte Terminus *technicus* hiess «Zweckentfremdung von Wohnraum» und basierte auf einer Verordnung von 1942, die dem kriegsbedingten Wohnungsmangel Rechnung getragen und «die Umwandlung von Wohnungen in Räume anderer Art, z.B. Werkstätten, Dienst-, Fabrik-, Lager- oder Geschäftsräume» verboten hatte.²²⁶ Auch das Alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 18, das Wohnungsgesetz, vom März 1946 gestand den deutschen Behörden zu, sie könnten «Zwecks Vermehrung des vorhandenen Wohnraums ... zweckentfremdete Wohnräume ihrem ursprünglichen Zweck wieder zuführen».²²⁷ Ein Grossteil der Wissenschaftler, Schriftsteller und Verlagsangehörigen, die um Bibliotheksschutz baten, musste Einquartierungen dieser Art erwarten. München als «Brennpunkt des Wohnraumbedarfs» hatte unter der Wohnungsnot besonders zu leiden; dennoch ist beispielsweise die monatelange Verzögerung des bereits ein-

geleiteten Wohnungstausches des Direktors der städtischen Kunstsammlungen, Dr. Arthur Rümman, nicht verständlich, die Held zu einem äusserst deutlichen Brief an das Wohnungsamt veranlasste:

«Dr. Arthur Rümman verfügt in seiner Privatwohnung über eine kostbare und sehr wertvolle Sammlung unersetzlicher Bücher. Diese Bücher laufen wegen der in der Wohnung vorhandenen Nässe Gefahr, vernichtet zu werden. Es ist einfach nicht zu vertreten, dass diese unersetzlichen Werte der Vernichtung preisgegeben werden, weil die seit über einem Jahr währenden Bemühungen des Direktorium A, des Beauftragten für Kultur und der Direktion der städt. Kunstsammlungen auf Umquartierung kein Gehör bei dem zuständigen Wohnungsamt gefunden haben. Da es sich tatsächlich nur um einen Wohnungstausch handelt, kann die Verlagerung ... in eine trockene Wohnung nicht so schwierig sein, wie sich das bis heute dargestellt hat.»²²⁸

Hier lag die Verzögerung offensichtlich beim Wohnungsamt, das sich auch sonst kulturellen Belangen gegenüber nicht gerade aufgeschlossen zeigte.²²⁹ In anderen Fällen gab das Wohnungsamt den Betroffenen jedoch sogar die Empfehlung, sich um eine Befürwortung von Held zu bemühen und damit die Beschlagnahme abzuwenden.²³⁰ Eine durchgängig ablehnende Haltung dieses Amtes kann daher nicht belegt werden, obwohl Held mit seinen Wünschen häufig auf taube Ohren stiess.

Die Haltung der Betroffenen selbst war jedoch häufig auch zu kritisieren. So schrieb einer, der sich seiner Sonderstellung als Intellektueller offenbar sehr bewusst war:

«Wie Sie wissen, besitze ich eine grosse und wertvolle Bibliothek mit vielen Erst- und Widmungsausgaben, Monacensien und Bavaricis... Diese Bücherei ist nun in Gefahr, da nach Ansicht unseres Bürgermeisters kein Unterschied zwischen Nazis und Antinazis oder gar zwischen Intellektuellen und Arbeitern in der Wohnungsfrage zu machen ist. Ich bitte sie daher dringend um Bibliotheksschutz...»²³¹

Das «kulturelle Interesse der Stadt München», das Held bei Befürwortungen seiner Dienststelle stets als Massstab anlegte, deckte sich in manchen der Fälle wohl sehr mit dem Eigeninteresse der Benutzer. Dennoch lässt sich bei all diesen für heutige Verhältnisse teilweise etwas willkürlichen Massnahmen der ersten Nachkriegsjahre durchaus eine kulturpolitische Linie erkennen: Wertvolles Kulturgut sollte erhalten, geschützt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Bedenkt man die Schwierigkeiten, denen die Benutzer wissenschaftlicher Bibliotheken noch bis weit in die 50er Jahre ausgesetzt waren,²³² so erscheinen Helds Aktionen ebenso notwendig wie weitsichtig.

Dennoch wurde im Rahmen der städtischen Sparmassnahmen von 1947 der Bücheranschaffungsetat der Stadtbibliothek radikal gekürzt.²³³ Diese Aktion löste die einzige grössere Debatte des Stadtrats, hier des Finanzausschusses, über das Bibliothekswesen aus.²³⁴ Der sachverständige Stadtrat Hanfstaengl²³⁵ hielt es für unsinnig, das Sechsfache der Bücherbeschaffung für Personalkosten auszugeben – ein an sich einleuchtendes Argument, das auch beim Stadtarchiv²³⁶ und anderen städtischen Institutionen²³⁷ zur Debatte stand. Vor der Währungsreform zwang jedoch das geringe Angebot zur Ausgabenreduzierung. Stadtrat Bössl formulierte die Situation drastisch so: «Wenn wir Bücher beschaffen könnten, dürften wir uns die Finger abschlecken. Ich würde für diesen Zweck sogar vorschlagen, 250'000,- RM anzusetzen, wenn wir Bücher kaufen könnten.»²³⁸

Sogar der Vertreter der Sparkommission, Oberamtmann Ziegler, empfand ähnlich: «... Wir müssen München leben lassen. Wir müssen der Bevölkerung, die gar nichts anderes mehr weiss als Lebensmittelkürzungen, Knappheit an Textilien usw. wenigstens noch ein Buch geben können. Es ist notwendig, die Bevölkerung an das Buch zu fesseln und zu binden. Sie würden dünn vor vielen Dingen aus diesen Kreisen²³⁹ verschont bleiben.»

Dieser Meinung schloss sich auch Bürgermeister Wimmer in beschwörender Rede an.²⁴⁰ Die Kürzungen wurden vom Stadtrat dann zwar nicht widerrufen, man wollte aber für Nachgenehmigungen offenbleiben. Diese insgesamt positive Haltung der Stadträte zeigte sich auch im Krisenjahr 1946, als der Stadtrat die Anstellung eines hauptberuflichen Volksliedersammlers für die Musikbibliothek zwar widerwillig, aber ohne mehr als einige unwillige Kommentare genehmigte: Dr. Walther Hensel²⁴¹ wurde von der Stadt eingestellt.²⁴²

Für die Volksbüchereien eröffnete sich 1947 noch eine weitere Möglichkeit zur Bücherbeschaffung: in Reutlingen sollte eine «Westdeutsche Einkaufszentrale für Büchereien» gegründet werden.²⁴³ Ihre Bestände stammten aus einem Depot des Leipziger Einkaufshauses für Büchereien, das in den letzten Kriegsjahren etliche Bücher nach Reutlingen verlagert und dort eine Verkaufsabteilung für Süd- und Westdeutschland eingerichtet hatte.²⁴⁴ Die Sperrung der Vermögen in der russischen Zone führte dazu, dass das Leipziger Unternehmen als bankrott anzusehen war, da es lediglich über das Restvermögen in Reutlingen verfügte.²⁴⁵ Weil diese Reutlinger Abteilung die Gesamtschulden nicht bezahlen konnte, wurde sie liquidiert und ihre «Naturalien», also die in dieser Zeit unschätzbaren Bücherbestände, in die neuzugründende «Einkaufsgesellschaft für Büchereien» eingebracht. So war auf legalem Wege dieses Bücherlager in westdeutsche Hände übergegangen.²⁴⁶ Der Münchner Stadtrat ergriff diese Chance mit beiden Händen und trat «als Gesellschafter zugunsten der städtischen Bibliotheken» der Einkaufszentrale in Reutlingen bei,²⁴⁷ deren Gesellschafteranteil zwar im Voraus zu bezahlende 10'000,- Reichsmark betrug,²⁴⁸ die jedoch mit ihren mehr als «ein paar hunderttausend Büchern» für die Gesellschafter²⁴⁹ eine reale Chance zur Buchbeschaffung darstellte.

Mit dem Ausland ergaben sich vor 1948/1949 fast unlösbare Schwierigkeiten, da die deutschen Bibliotheken kaum Devisen besaßen. Dies bildete auch oft ein Diskussionsthema im «Unterausschuss für Wissenschaftliche Bibliotheken» des Länderrats der US-Zone, der sich um Erleichterungen bemühte.²⁵⁰ Die Münchner Stadtbibliothek wollte jedoch nicht auf solche Initiativen warten und setzte sich mit einer Stockholmer internationalen Buchhandlung ins Benehmen, die ihr wichtige Literatur zu besorgen versprach, im Ausgleich für deutsche Publikationen.²⁵¹

Aus all diesen Bemühungen ist zu ersehen, dass vor 1948 jegliche regelmässige Bibliotheksarbeit problematisch war. Mit internationalem Buchaustausch oder Buchkauf gab es sogar bis in die 50er Jahre Schwierigkeiten, da die geringen deutschen Exportguthaben meist nicht für Bücher angegriffen werden durften.²⁵²

Im Ausgleich dafür gab es jedoch in den Jahren vor der Währungsreform eine Welle der Hilfsbereitschaft in Europa und den USA, die sich nicht nur in CARE-Paketen für die Befriedigung des leiblichen Hungers niederschlug, sondern die auch in Bücherspenden grösseren Umfanges für die öffentlichen Bibliotheken ihren Ausdruck fand. In dem Tätigkeitsbericht der Stadtbib-

liothek München von 1949 sind allein 7'000 Bände aus Schenkungen und Ankäufen der Schweiz, des Amerikanischen Roten Kreuzes und des «Art Collecting Point» angegeben,²⁵³ hinzu kamen noch Spenden für die Münchner Volksbüchereien und andere Bibliotheken.²⁵⁴ Den wichtigsten Tauschpartner und Bücherspender nach den USA bildete die Schweiz;²⁵⁵ die skandinavischen Bücherspenden flössen vor allem in die osteuropäischen Länder, die ebenso an den Kriegsfolgen zu tragen hatten wie Deutschland.²⁵⁶ Englische und französische Spenden kamen meist den Besatzungszonen zugute, in denen diese Staaten auch ihre eigene Kulturpolitik betrieben.²⁵⁷ Nicht vergessen werden dürfen dabei die von den Amerikanern in ihrer Zone ebenfalls aus Bücherspenden eingerichteten «Reading Rooms», deren Bestände einen beträchtlichen Umfang erreichen und deren Ausrichtung im Folgenden noch ausführlich dargestellt werden soll.

Mit der Normalisierung des Büchererwerbs Anfang der 50er Jahre setzte auch der normale Bibliotheksbetrieb wieder ein. Die Aufregungen der Kriegs- und Nachkriegsjahre waren damit vorüber, wenn auch die hier entstandenen Lücken bis heute schmerzlich spürbar bleiben.

Amerikanische Gründungen neuen Zuschnitts in München

Als ausführende Organe der amerikanischen Kulturpolitik und in Reaktion auf den deutschen Büchermangel entstanden schon bald unter der Ägide der amerikanischen Militärregierung neue Institutionen, die bereits auf das in Deutschland noch nicht praktizierte angelsächsische «Freehand-System» zugeschnitten waren, bei dem die Bücher für den Bibliotheksbenutzer frei zugänglich aufgestellt sind: die «american library», später Amerikahaus,²⁵⁸ die einen Teil des «United States Information Service» (USIS) Programms bildete; ausserdem die Internationale Jugendbibliothek,²⁵⁹ die aus der ersten internationalen Jugendbuchausstellung in München hervorging.²⁶⁰ Beiden war und ist gemeinsam, dass sie nicht nur Bücher verleihen, sondern auch pädagogische und kulturelle Veranstaltungen in ihren Räumen und unter ihrer Schirmherrschaft anbieten.²⁶¹ Mit dieser damals in Deutschland noch nicht üblichen Kombination wurden sie zur Vorform der heutigen Kulturzentren.

Ursprünglich als Hilfsmassnahme konzipiert,²⁶² bezog man mit dem Kalten Krieg und der Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes besonders die Amerikahäuser stärker in die geänderte amerikanische Auslandspropaganda ein;²⁶³ sie dienten nun vor allem der Repräsentation amerikanischer Kultur und des «american way of life».²⁶⁴ Entscheidend ist jedoch der Entwicklungs- und Integrationsprozess dieser Institutionen im Laufe der ersten zehn Jahre ihres Bestehens: Der Weg von einem Instrument amerikanischer Besatzungs- und Umerziehungspolitik zu einer Münchner Kulturinstitution, die Integration einer aggressiven auswärtigen Kulturpolitik in die örtlichen Kulturbestrebungen.

Sehr lange hatte man nicht darauf warten müssen: Bereits 1948/49 nannten die verantwortlichen Amerikaner stolz hohe Besucherzahlen als Zeichen ihres Erfolges.²⁶⁵ Man versuchte, die Programme auf die Besucher abzustimmen und ihr Interesse zu wecken und zog auch Deutsche zur Programmgestaltung heran,²⁶⁶ kurz: man oktroyierte nicht, man warb. In vieler Hin-

sicht unterschied sich damit das Amerikahaus kaum noch von anderen Kulturinstituten. Nur seine rabiaten Methoden der Raumbeschaffung erinnerten noch daran, dass es eigentlich eine Dienststelle der Besatzungsmacht war.²⁶⁷

Anfänglich versuchte man vor allem durch das geschriebene Wort zu wirken; die anderen kulturellen Aktivitäten kamen erst nachträglich, gewissermassen als Beiwerk hinzu. Wahrscheinlich lag einer der Hauptgründe für dieses Vorgehen der Amerikaner darin, dass sie die Wirkung des Buches auf die Deutschen allzu hoch einschätzten. Die hohen Benutzerzahlen der amerikanischen Bibliotheken lassen jedoch erkennen, dass diese von dem deutschen Publikum durchaus angenommen wurden, obwohl die Frage nach dem realen Erfolg ihrer umerzieherischen Wirkung unbeantwortbar bleibt.

Das Amerikahaus

Formal waren die Amerikahäuser der jeweils nächsten Militärdienststelle unterstellt,²⁶⁸ ihre Entwicklung wurde jedoch ziemlich einheitlich von Washington aus gelenkt. Sowohl die Art der Belieferung mit Büchern, als auch die politischen Wechselbäder der ersten Jahre betrafen alle «United States Information Centers» gleichermaßen. Ebenso durchliefen die meisten Ausstellungen alle Amerikahäuser;²⁶⁹ Musiker, Autoren, Wissenschaftler machten «Tourneen» durch Deutschland, von Amerikahaus zu Amerikahaus.²⁷⁰

Im November 1946 gab es in der US-Zone bereits sechzehn «Information Centers»;²⁷¹ daneben existierten zeitweise 137 kleinere «Reading-Rooms» und zwanzig Wanderbüchereien, die «Book-mobiles». Im Juni 1947 hatte sich die Zahl der grossen Zentren bereits auf zwanzig erhöht.²⁷² Die Bibliotheken blieben weiterhin die Mittelpunkte, denen sich im Laufe der folgenden Jahre andere «activities» hinzugesellten: Theater-, Film- und Musikprogramme, Diskussionsrunden und vor allem auch Sprachkurse.²⁷³ Im Rahmen des Re-education Programms kam den Amerikahäusern, wie sie nach einer Umfrage unter der deutschen Bevölkerung genannt wurden,²⁷⁴ dann wachsende Bedeutung zu.²⁷⁵ Erst Mitte des Jahres 1946, nachdem eine Straffung und Koordinierung des Re-education Programms unter der Verantwortlichkeit des amerikanischen War Department vorgenommen worden war,²⁷⁶ wurden die Amerikahäuser durch engen Kontakt mit einer der vier Unterabteilungen der Re-orientation-Branch intensiver mit diesen Aufgaben betraut.²⁷⁷ Sie blieben aber weiterhin der Information Control Division (ICD) unterstellt und nicht, wie fast alle anderen Re-education-Aktivitäten, der «Education and Cultural Relation Branch» (ECR) von OMGUS.²⁷⁸

Der Grundbestand der «American Libraries» rekrutierte sich aus den Armeebibliotheken der abziehenden US-Truppen,²⁷⁹ deren Qualität sehr zu wünschen übrig liess. Auch die Beschaffung der übrigen Bücher ging nicht auf normal-bibliothekarischem Wege vor sich: ein Grossteil der Buchbestände entstammte Sammelaktionen privater Vereinigungen in den USA,²⁸⁰ vor allem der American Library Association und der Rockefeller Foundation. Hinzu kam noch ein Zeitungsverleger aus Raleigh, North Carolina, der das «Tar Heel Book Aid Program» organisierte.²⁸¹

Die Buchgeschenke nahmen so an Umfang zu, dass sie meist nur noch in Tonnen gemessen wurden;²⁸² diese vielen Millionen Titel waren für die Militärregierungsstellen in Deutschland

nicht mehr nach inhaltlichen, politischen oder künstlerischen Kriterien zu erfassen. Deshalb ist es auch verständlich, dass in der McCarthy-Ära plötzlich angeblich kommunistische Bücher in den Amerikahäusern entdeckt wurden, von denen man annahm, sie seien aus amerikanischen Steuergeldern finanziert worden.²⁸³

Zu all diesen Unzulänglichkeiten und Schwierigkeiten kam noch hinzu, dass in den Amerikahäusern oft kein qualifiziertes Bibliothekspersonal verfügbar war, das den Strom hätte in vernünftige Bahnen lenken können;²⁸⁴ auch standen den Benutzern sogar bei den brauchbaren Büchern meist Sprachschwierigkeiten im Wege.²⁸⁵ Ein Teil der Bücher war allerdings auch in deutscher Sprache abgefasst; für 1950 wird die Zahl von 265'556 neuen Büchern genannt, von denen 72'775 deutsch geschrieben gewesen seien.²⁸⁶ Also war nicht das ganze Material unsystematisch zusammengewürfelt oder gar unbrauchbar.²⁸⁷

Besonders die Zeitschriftenliteratur fand das Interesse der deutschen Leser, bot sie doch eine relativ schnelle Überblicksinformation. Jedes Amerikahaus hatte, wenn sein Aufbau abgeschlossen war, etwa 250 amerikanische Periodika und Zeitungen im Abonnement.²⁸⁸

Die Prioritäten im Aufgabefeld der Amerikahäuser veränderten sich mit dem politischen Klima: Gegründet, um der deutschen Bevölkerung nicht-nazistischen Lesestoff zu verschaffen, wurden sie schon bald in den Dienst der Re-education gestellt. Mit der Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen wiederum erwuchs ihnen die Aufgabe, antikommunistische Propaganda in Westdeutschland zu betreiben.²⁸⁹ Damit erhielten die «Information Centers» auch im Rahmen der Aussenpolitik wieder eine grössere Bedeutung.²⁹⁰ So wurden im Oktober 1947 sieben neue Amerikahäuser gegründet;²⁹¹ die Bestände der bereits vorhandenen Häuser mussten eine strenge Kontrolle über sich ergehen lassen, im offiziellen Sprachgebrauch bezeichnet als «to typify the purpose and the material available in each center».²⁹² Auch das Veranstaltungsprogramm wurde antikommunistisch ausgerichtet.²⁹³

Mehr als vier Millionen antikommunistischer Broschüren verteilte man in diesen Jahren auch mit Hilfe der Amerikahäuser an die deutsche Bevölkerung.²⁹⁴ Die rechtliche Grundlage für Aktionen dieser Art entstand erst relativ spät: In dem «Manual for the Control of German Information Service» vom Mai 1945 ist zwar von «information service» die Rede,²⁹⁵ die Errichtung von Bibliotheken wird dabei jedoch nicht erwähnt. Erst der Smith-Mundt-Act vom Januar 1948²⁹⁶ schuf die konkrete Einbindung der Amerikahäuser in die amerikanische Auslandspropaganda. Der grundsätzliche Wandel der offiziellen amerikanischen Politik gegenüber den Deutschen kommt aber bereits in der Directive JCS (Joint Chiefs of Staff) 1779 vom Juli 1947 zum Ausdruck, die die Directive JCS 1067 ablöste.²⁹⁷

Eine Beruhigung auf dem Sektor der Informationspolitik nach Jahren des Kreuzzuges gegen den Kommunismus fand jedoch erst in den Jahren 1952/53 statt;²⁹⁸ mit Wirkung vom 1. August 1953 wurde die «United States Information Agency» (USIA) mit Zustimmung des Kongresses gegründet,²⁹⁹ deren Tätigkeit der amerikanischen Auslandspropaganda ihren allzu politischen und allzu psychologischen Stachel nahm.³⁰⁰ In den darauf folgenden Jahren konsolidierte sich dieses Instrument amerikanischer Aussenpolitik und wurde zu einem Mittel eher positiver Kommunikations- und Informationspolitik.³⁰¹

Das Amerikahaus München

Dieser Entwicklungsprozess, der die normativen Richtwerte der amerikanischen Kulturpolitik in Deutschland widerspiegelt, wirkte sich in jedem der amerikanischen Kulturzentren unterschiedlich aus. Für die Entstehung und die Integration einer solchen Initiative in das ortsansässige Spektrum soll hier die Entwicklung des Münchner Amerikahauses stehen.

Ende 1945 / Anfang 1946 konnte in München der erste «Reading Room» eröffnet werden.³⁰² Obwohl die Bezeichnung «Amerikahaus» für das Münchner Zentrum erst ab 15. Juli 1948 offiziell gültig war,³⁰³ wird das Jahr 1946 als das Gründungsjahr gefeiert.³⁰⁴

Vorab nun erst einmal eine kurze Beschreibung der Situation Ende 1946:³⁰⁵

«Die Amerikanische Bibliothek ist eine Einrichtung der Militärregierung und untersteht der Information Control Division. Gesamtleitung für die 7 in Bayern befindlichen U.S. Information Centers: Dr. R.J. Spahn, US Civilian; Leitung der einzelnen Bibliotheken (ausser München in Augsburg, Bamberg, Erlangen, Nürnberg, Würzburg) durch Deutsche. In München stehen etwa 4'000 Bände aus sämtlichen Wissensgebieten, darunter etwa 300 deutschsprachige, und rund 100 Zeitungen und Zeitschriften zur Verfügung. Die Bibliothek steht jedem Deutschen offen, die Benutzung ist unentgeltlich, ebenso die Bücherausleihe.»³⁰⁶

Zunächst war die «American Library» am Beethovenplatz, im Gebäude der medizinischen Lesehalle der Universität, untergebracht.³⁰⁷ Die ersten Bücher stammten aus der Kongressbibliothek in Washington und aus den amerikanischen Armeebibliotheken. Später kamen durch die Schweizer Bücherspende deutschsprachige Bücher dazu: Emigrantentexte, politische Bücher über die jüngste Vergangenheit und Übersetzungen amerikanischer und europäischer Autoren.³⁰⁸ Beim Umzug in die Von-der-Tann-Strasse 1946 war der Bestand der Bibliothek bereits auf einige Tausend angewachsen. Für die Zeitschriften gab es schon eine eigene Abteilung mit unterhaltenden und wissenschaftlichen Magazinen.³⁰⁹ Im Jahr 1947 zog die Bibliothek in die Sophienstrasse um, im Sommer 1948 richtete sie sich unter dem Namen «Amerikahaus» am Königsplatz ein. Hier wurden auch eine eigene Jugendbibliothek³¹⁰ und ein grosser Leseraum eingerichtet, in dem wissenschaftliche Bücher und Zeitschriften, sowie eine wertvolle Sammlung von Nachschlagewerken zur Verfügung standen. Speziell die medizinische Abteilung fand grossen Zuspruch, da es sonst in München keine Möglichkeit gab, sich über den neuesten Stand der medizinischen Forschung in Amerika zu unterrichten.³¹¹ Als Spezialität des Amerikahauses München kann auch eine Abteilung mit nationalsozialistischer Literatur gelten, die man ausschliesslich zur Benutzung durch US-Offiziere bestimmt hatte.³¹² So positiv man all diese Einrichtungen sehen muss, so hatten sie doch einen Pferdefuss: Die Räumlichkeiten des Amerikahauses wurden deutschen Bibliotheken entzogen. Erst beschlagnahmte die Militärregierung die medizinische Lesehalle am Beethovenplatz,³¹³ dann die ehemaligen «Führerbauten» an der Arcisstrasse. Letztere hatte die Militärregierung ursprünglich der Bayerischen Staatsbibliothek, deren Gebäude fast völlig zerstört war,³¹⁴ zur Verfügung gestellt;³¹⁵ im Herbst 1947 waren dort bereits die allgemeine Verwaltung, die Katalog- und die Erwerbungsabteilung eingezogen,³¹⁶ am 4. Februar 1948 eröffnete ein allgemeiner öffent-

licher Lesesaal mit 7'500 Handbüchern und 150 Arbeitsplätzen, ein Zeitschriftenlesesaal mit 900 Zeitschriften und ein provisorischer Katalogsaal.³¹⁷ Bereits im März 1948 musste dann ein Grossteil der Bibliotheksräume für das Amerikahaus geräumt werden;³¹⁸ nur die Bibliotheksverwaltung der Staatsbibliothek konnte dort verbleiben. Es kann daher nur als ein zweifelhafter Fortschritt angesehen werden, wenn mit dem Argument, den deutschen Benutzern Lesemöglichkeiten zu verschaffen, deutschsprachige Buchbestände gegen überwiegend englischsprachige eingetauscht wurden. Verschiedene Dienststellen der Militärregierung lagen hier offenbar miteinander im Streit; Ergebnis war ein Wirrwarr, der sicherlich nicht den Lesern zugutekam.

Die Währungsreform bedeutete auch für den kontinuierlichen Aufbau der Amerikahäuser eine Zäsur.³¹⁹ Im Herbst 1948 hegte man sogar die Befürchtung, dass der Geldmangel Programm- kürzungen und Entlassungen zur Folge haben könnte, die sicherlich keinen allzu guten Eindruck machen würden.³²⁰ Bald drohte eine neue Gefahr: Am 1. Juli 1949 wurden die Amerikahäuser von der bayerischen Militärregierung (OMGB), an die übergeordnete Zentrale (OMGUS) überstellt.³²¹ Von dieser Übertragung erwartete man eine weitere Verkomplizierung des Verwaltungsapparates und eine erhebliche Verminderung der Zuschüsse.³²²

Um dem entgegenzuarbeiten verfasste man in den ersten Monaten des Jahres 1949 über das Amerikahaus-Programm etliche «Special Reports»,³²³ in denen man auf die Erfolge der bisherigen Arbeit hin wies: «Attention is invited to the continuing progress of the Amerika Haus program in Bavaria as shown by the attendance of 58'849 in March 1948 as compared to the attendance of 349'810 in March of this year.» Über das Verhältnis der Bibliotheksbenutzungen zu anderen Veranstaltungen wurde in demselben Report berichtet: «The March figure represents 23'2301 users of the libraries and 117'509 participants in the reorientation, cultural, and educational activities in the eight (8) Amerika haeuser and sixty-five (65) American Reading Rooms.»³²⁴

Von einer Ablehnung des amerikanischen Kulturangebotes kann also nicht die Rede sein: In einer Zeit, in der die meisten anderen Kulturinstitutionen über Besucherschwund klagten, hatte bei den Amerikahäusern eine Versechsfachung der Benutzer stattgefunden. Es liegt daher durchaus der Schluss nahe, die Abwanderer anderer Institute, bei denen man in D-Mark Eintritt bezahlen musste, seien bei den kostenlosen Amerikahaus-Veranstaltungen wiederzufinden.

Konkrete Vergleiche ermöglicht die Aufschlüsselung der Zahlen für die einzelnen Amerikahäuser Bayerns.³²⁵ Für München ergeben sich dabei zwischen 1. und 25. Januar 1949 51'306 Besucher: 43'891 für die Bibliothek des Amerikahauses, 7'415 für die sonstigen Münchner «Reading Rooms». Hinzu kamen noch 32'006 Besucher der anderen Veranstaltungen von Amerikahaus und «Reading Rooms». München liegt dabei mit grossem Abstand vor Augsburg, Coburg und Nürnberg.

Konfrontiert man diese Zahlen mit den Benutzerzahlen der Städtischen Bibliotheken, so ist die Bedeutung des Amerikahauses unschwer zu erkennen: Im Januar 1949, der auch dem Bericht über das Amerikahaus zugrunde lag, besuchten 12943 Münchner die Städtischen Volksbüchereien;³²⁶ zählt man alle sonstigen Benutzer und Ausleiher der anderen städtischen Bibliotheksabteilungen hinzu, ergeben sich doch nicht mehr als 18902 Besucher.³²⁷ Zu diesem Zeitpunkt existierten aber immerhin schon zwölf Volksbüchereien, die Musikbibliothek, die

die juristische und die philatelistische Abteilung der Stadtbibliothek, der städtische Lesesaal und einige Kinderlesestuben. Mehr als doppelt so viele Besucher fanden also den Weg in die Bibliothek des Amerikahauses als in die städtischen Einrichtungen. Stellt man die 15'218 «aktiven Leser» der Stadtbibliothek im Rechnungsjahr 1948³²⁸ der Summe von 250'000 Besuchern des Amerikahauses München zwischen dem 12. Juli und 11. November 1948 gegenüber,³²⁹ bestätigt sich dies nur allzu deutlich. Eine Auswertung all dieser Zahlen lässt den Schluss zu, dass die Besucher des Amerikahauses weitgehend zum Lesepublikum gehörten.³³⁰ Besondere Aufmerksamkeit verdient auch ein «Monthly Report of the Munich Amerika Haus» über die Zeit vom 12. August bis 11. September 1948, in dem alle Einzelveranstaltungen detailliert aufgezeichnet sind.³³¹ Bei den verschiedenen «Special Events» fanden die kulturellen Programme am meisten Anklang: Die musikalischen Darbietungen zogen 4408 Besucher an, davon eine Aufführung des «International Symphonie Orchestra» am 11.9.1948 allein 1'300. Das Filmprogramm für Erwachsene und besonders auch das für Kinder scheint noch publikumswirksamer gewesen zu sein, da es von 8'560 Gästen besucht wurde. Die Englischkurse und andere Aktivitäten des «Educational Program» lagen mit 2'347 Besuchern vor dem «Démocratisation Program», das mit seinen Vorträgen nur 2'002 Gäste anzog. Schlusslicht bildete das «Informational Program» mit 1'656 Besuchern, das Themen wie «My Experiences as a Forest Ranger»,³³² aber auch «A Way to World in Peace»³³³ bot.

Erwähnenswert sind noch die Namen einiger der Vortragenden: Walter Behr, Theateroffizier in München;³³⁴ Ashley Dukes, Theater- und Musikberater der englischen Militärregierung;³³⁵ James Clark, Direktor der «Information Services Division» von Bayern³³⁶ und etliche andere Professoren und hohe Vertreter der Militärregierung. An den Schluss des zitierten Berichts stellte Mr. Wartena, Direktor des Amerikahauses, dennoch die Befürchtung, dass man dieses Programm nicht mehr werde aufrechterhalten können.³³⁷ Soweit kam es jedoch trotz aller Schwierigkeiten nicht, obwohl einige «Reading Rooms» schliessen mussten.³³⁸ Als Werbewoche veranstaltete man Anfang Mai 1949 eine grosse «Amerika Haus Week»,³³⁹ die am 1. Mai in München eröffnete. Neben einer Ausstellung über das amerikanische Theater³⁴⁰ wurde in diesem Rahmen auch eine Blindenbibliothek mit etwa 1'000 Bänden in Braille-Schrift eröffnet.³⁴¹

Neben Vorträgen über «The Negro in America» und «German-American Understanding»³⁴² standen vor allem musikalische Darbietungen auf dem Programm, die auf viel Resonanz sties- sen.³⁴³ Der Film «Young Thomas Edison» wurde während der ganzen Woche gezeigt und hatte grossen Erfolg: «It is estimated that 2'000 people a day visited this film.»³⁴⁴ Die Gesamtbesucherzahl dieser Werbewoche betrug 41065, was als durchaus respektables Ergebnis gelten kann.³⁴⁵ Für das Amerikahaus Erlangen ist dabei eine Zahl von 3'200, für Nürnberg von 19597 Besuchern angegeben.

Mitverantwortlich für die Erfolge des Amerikahauses München in dieser Zeit war wohl sein Leiter, Mr. Lambertus Wartena. Das geht aus Eingaben hervor, die seine Versetzung an das Amerikahaus Karlsruhe begleiteten.³⁴⁶ Obwohl sie ohne Erfolg blieben, sind sie doch ein Zeichen dafür, dass die Verankerung im Münchner Kulturleben gelungen und das Amerikahaus 1949 bereits zu einer Münchner Institution geworden war, die weit über die Umerziehung³⁴⁷ hinaus Freunde gewonnen hatte.

In den fünfziger Jahren, nach der Übernahme der Verantwortung durch die «United States Information Agency» wurde dieser Prozess auch von Seiten der Amerikaner beschleunigt.³⁴⁸ Die Bildung eines «Deutschen Beratungskomitees», beziehungsweise eines «deutsch-amerikanischen Kuratoriums», markierte diesen Schritt.³⁴⁹ Wichtige Münchner und bayerische Persönlichkeiten hatten auf diese Weise ein Mitspracherecht bei der Programmgestaltung erhalten. Damit konnte das Amerikahaus sich auch über das Ende der Besatzungszeit und der hochkommissarischen Verwaltung Deutschlands hinaus Einfluss und Stimme bewahren, sei es durch den ehemaligen Kultusminister Dr. Franz Fendt, den Direktor der Volkshochschule München Dr. Karl Witthalm und den Stadtschulrat Dr. Anton Fingerle im Bereich der Erwachsenenbildung, durch Staatssekretär Dr. Willi Gutsmuths, durch den Ministerialrat im Kultusministerium Dr. Dr. Walter Keim und andere Persönlichkeiten in der staatlichen Verwaltung, die Stadträte Dr. Helmut Fischer, Dr. Hildegard Brücher und Edgar Hanfstaengl in der städtischen Verwaltung und Vertreter der Kirchen, der Universität, des Rundfunks, des Deutschen Museums.³⁵⁰

In der Praxis zeigte sich die hierdurch betriebene «Kulturpolitik» bei dem Besuch des amerikanischen Schriftstellers Thornton Wilder in München. Thornton Wilder befand sich im Januar 1953 – im Zuge seiner Deutschlandtournee durch die Amerikahäuser – in München. Dies war dem Stadtrat offenbar entgangen, jedenfalls wandte sich Hildegard Brücher protestierend an Bürgermeister von Miller: «Zur Zeit ist der amerikanische Dichter Thornton Wilder in München. Es ist nicht zu verstehen, warum dieser berühmte amerikanische Gast noch nicht im Rathaus willkommen geheissen wurde.»³⁵¹ Die Anfrage und das durch sie ausgelöste Presseecho³⁵² waren dem Stadtrat offenbar sehr peinlich, man entfaltete jedenfalls sogleich eine hektische Aktivität, um diesen Empfang der Stadt nachholen zu können.³⁵³ Weder die Direktorin des Amerikahauses, Mrs. Ellen Taylor, noch Thornton Wilder selber vermochten einen Termin dafür festzulegen, da Wilders Terminplan übervoll war. Er erklärte sich jedoch gerne bereit, bei seinem nächsten Besuch darauf zurückzukommen.³⁵⁴ Das Bemühen Bürgermeister von Millers, seinen Faux-pas möglichst wiedergutzumachen lässt deutlich erkennen, dass man von Seiten der Stadt es sich nicht mit den Amerikanern verderben wollte.

Um die Geschichte des Amerikahauses in diesen Jahren vollständig zu beschreiben, dürfte man sich nicht auf die hier mögliche Seitenzahl beschränken, da diese Institution einen eigenen kulturellen Mikrokosmos bildete. Als Beispiel für Funktion und Wandel dieses Instruments der amerikanischen Aussenpolitik mag das hier Angeführte genügen, findet sich doch ein Teil der grundlegenden Ideen auf andere Weise bei der Internationalen Jugendbibliothek wieder.

Die Internationale Jugendbibliothek

Jugend und Jugendarbeit beschäftigten in den ersten Nachkriegsjahren die verschiedensten Organisationen.³⁵⁵ Sowohl von deutscher wie von amerikanischer Seite war man sich darüber im Klaren, dass vor allem der Jugend neue Perspektiven gezeigt werden mussten, wollte man ihr eine Zukunft möglich erscheinen lassen und die Wirkung der NS-Propaganda vermindern. «Youth activities» machten daher seit dem Anfang der Besatzungszeit einen wichtigen Teil der amerikanischen Politik aus, egal ob es sich dabei um die Wiedereröffnung von Schulen,

um den Druck von Notschulbüchern, den Bau von Sportplätzen, die Eröffnung von Jugendtheatern oder die Errichtung von Jugendbüchereien handelte.³⁵⁶

Die Internationale Jugendbuchausstellung 1946

Aus diesem Gedankenkreis entstand auch die Idee einer internationalen Jugendbuchausstellung sowie einer internationalen Jugendbibliothek. Beidem lag die Initiative der emigrierten Deutsch-Jüdin Jella Lepman zugrunde, die von den Amerikanern 1945 als Beraterin für Jugend- und Frauenfragen angestellt worden war.³⁵⁷ Die Idee, die Jella Lepman nach einer Informationsreise durch die zerstörten Städte der US-Zone und Gesprächen mit massgeblichen deutschen Verlegern, Politikern und Gelehrten³⁵⁸ vor den Offizieren des amerikanischen Hauptquartiers in Bad Homburg entwickelte, beschrieb sie in ihrem Buch «Die Kinderbuchbrücke» so:

«Als eine der Hauptmassnahmen schlug ich eine Ausstellung der besten Kinder- und Jugendbücher verschiedener Nationen vor. ‚Lassen Sie uns bei den Kindern anfangen, um diese gänzlich verwirrte Welt langsam wieder ins Lot zu bringen. Die Kinder werden den Erwachsenen den Weg zeigen.›³⁵⁹

Da die Militärregierung ihr dafür nicht aus vorhandenen Mitteln Geld genehmigen konnte, bat Jella Lepman in Eigeninitiative mit Briefen an zwanzig Nationen um die kostenlose Zusendung von Kinderbüchern aus den jeweiligen nationalen Beständen.³⁶⁰ Wenn man sich die Schwierigkeiten in Erinnerung ruft, mit denen die deutschen Bibliotheken noch Ende 1947, Anfang 1948 zu kämpfen hatten, kann man sich vorstellen, wie unrealistisch Frau Lepmans Idee gewirkt haben muss. Dennoch erreichte sie es, dass ein Grossteil der angeschriebenen Länder Bücher schickte.³⁶¹

Das damals von der US-Army als «Meeting and Eating Place»³⁶² zweckentfremdete «Haus der Deutschen Kunst», das als eines der wenigen grossen Gebäude Münchens den Krieg unbeschadet überstanden hatte,³⁶³ schien ihr auch symbolisch der geeignete Ausstellungsort für eine derartige Büchersammlung «... die internationalen Kinderbücher würden in diesen Heidentempel einziehen und ihre guten Geister die schlimmen verjagen!»³⁶⁴ Am 3.7.1946 war es dann soweit, die Internationale Jugendbuchausstellung konnte ihre Tore öffnen;³⁶⁵ sie war die erste internationale Ausstellung nach dem Zweiten Weltkrieg.³⁶⁶ Die letzte derartige, von so vielen Ländern beschickte Ausstellung, hatte 1929 in Genf stattgefunden.³⁶⁷

Ein besonderes Charakteristikum dieser Ausstellung war es, dass ein Grossteil der Bücher für die Kinder frei zugänglich aufgestellt war.³⁶⁸ Die Jugendbücher der NS-Zeit waren nicht vertreten; in seinem Artikel in der Neuen Zeitung³⁶⁹ bemerkte Erich Kästner dazu:

«Etwas fehlte: Die nationalsozialistische Kinderliteratur, die man vielleicht in einem Kabinett ‚Nur für Erwachsene‘ hätte unterbringen können. Damit die ‚Grossen‘ unter den Besuchern schon durch blosse Anschauung hätten erkennen können, wie weit sich das Dritte Reich vom Wege der übrigen Menschheit entfernt hatte!»

Aber Bücher und Zeichnungen aus vielen Ländern, mit denen sich Deutschland noch etwas über ein Jahr vorher im Kriegszustand befunden hatte waren ausgestellt, ebenso die Anfänge der neuen deutschen Kinderbuchproduktion.³⁷⁰

Nach München³⁷¹ wurde die Ausstellung noch 1946 in Stuttgart, Frankfurt und Berlin³⁷² gezeigt; 1947 wanderte sie dann in die englische Besatzungszone, nach Hamburg und Hannover. Auch in der französischen Zone sollen die Bestände gezeigt worden sein.³⁷³ Die Sowjetunion hatte sich bereits bei der Eröffnung ausgeschlossen;³⁷⁴ Interesse an einer Übernahme für die sowjetische Zone bestand offenbar auch nicht.³⁷⁵ Die Ausstellung kann dennoch als voller Erfolg bezeichnet werden. Der vertrauliche Bericht eines Frankfurter Kinderbuchexperten vom 8. Oktober 1946 zeigt jedoch auch die Schwachstellen dieses idealistisch-ehrgeizigen Unternehmens auf:³⁷⁶ Einerseits war Frau Lepman keine Kinderbuchspezialistin, wodurch ihr unnötige Fehler unterliefen.³⁷⁷ Andererseits wurden Buchauswahl und Buchpräsentation vorwiegend von buchhändlerischen,³⁷⁸ nicht von qualitativen Gesichtspunkten bestimmt.³⁷⁹ So berichtet Hans Ludwig Helds Frankfurter Gewährsmann, der sich wohl von Jella Lepman übergangen fühlte, die ganze Ausstellung sei «zu einer internationalen Orgie der Buntheit geworden, auf der nur der ganz Sachkundige den Sinn herausfindet»³⁸⁰ und beklagte weiterhin: «Die Veranstalter ... haben einfach wirkungsvoll hingestellt, was die Verleger eingesandt haben.»³⁸¹ Solche Mängel wiegen jedoch leicht neben der positiven Gesamtresonanz der Ausstellung.

Die ersten Jahre der Jugendbibliothek

Die Idee der Gründung einer Internationalen Jugendbibliothek lag bereits bei der Eröffnung der ersten Jugendbuchausstellung in München in der Luft;³⁸² der Verwirklichung dieses Planes im Trümmerdeutschland standen jedoch immense Hindernisse im Weg, die ein solches Projekt auf Jahre hinaus in die Schreibtische zu verbannen schienen.³⁸³

In einem Memorandum an OMGUS (Office of Military Government United States) in Berlin,³⁸⁴ wies Jella Lepman auf den Beschluss der Information Control Division vom März 1947 hin, «... eine solche Internationale Jugendbibliothek unter amerikanischen Auspizien zu gründen und die Unterzeichnete, der die Internationale Jugendbuchausstellung von Anfang an unterstand, aufzufordern, einen Plan zur Errichtung einer Internationalen Jugendbibliothek vorzulegen.» Mit den Mitteln der amerikanischen Armee in Deutschland liess sich dieses Projekt jedoch nicht verwirklichen, erst amerikanische Privatinitiative machte es möglich: Die Rockefeller Foundation lud Jella Lepman zu einer Vortragsreise über die internationale Verständigung durch Kinder- und Jugendbücher in die USA ein.³⁸⁵ Hier hoffte Frau Lepman, die finanzielle Unterstützung privater amerikanischer Spender,³⁸⁶ vor allem aber die der Rockefeller Foundation selbst zu erringen.³⁸⁷ Hans Ludwig Held hielt diese Gründung jedenfalls bereits Mitte Mai 1947 für wahrscheinlich: In einer Festsitzung des Stadtratplenums erwähnt er die Bedeutung dieses Projekts für Münchens «internationalen Radius»,³⁸⁸ Mit der Währungsreform³⁸⁹ hatte das Projekt Jugendbibliothek seine ohnehin schwache Basis erst einmal völlig verloren; nur dank Eleanor Roosevelts Intervention³⁹⁰ blieb es bestehen. Trotz dieser schwierigen Lage machte sich Jella Lepman auf die Suche nach einem geeigneten Domizil für die Jugendbibliothek und erreichte schliesslich, dass ihr eine alte Villa in der Kaulbachstrasse, die dem Bayerischen Kultusministerium gehörte, überlassen wurde.³⁹¹ Im Herbst 1948 wurde ein «Verein der Freunde der Internationalen Jugendbibliothek» mit Dr. Franz Stadelmayer an der

Spitze³⁹² gegründet. Dieser Verein war die Voraussetzung für einen «Grant», also finanzielle Hilfe der Rockefeller Foundation.³⁹³ Nach Stadelmayers Berufung zum Oberbürgermeister von Würzburg wurde Dr. Heinrich Lades, damals noch Vorsitzender der Bayerischen Jugendverbände,³⁹⁴ sein Nachfolger. Dieser Verein blieb dann auch im Folgenden die «Vorgesetzte Dienstbehörde»³⁹⁵ des jeweiligen Direktors der Jugendbibliothek und Eigentümer der Bibliothek.³⁹⁶

Im Frühling 1949 genehmigte die Rockefeller Foundation ihre finanzielle Starthilfe: einen zweijährigen Grant in der Höhe von 22'000 Dollar.³⁹⁷ Ein Vergleich aus dem Bibliothekssektor lässt die Bedeutung dieser Summe erahnen: Der den gesamten wissenschaftlichen Bibliotheken der Trizone aus US-Mitteln gestellte Devisen-Kulturfond belief sich Mitte 1948 auf 100'000 Dollar vierteljährlich; auch diese mussten jedoch mit D-Mark bezahlt werden!³⁹⁸

Ausserdem schickten amerikanische Stiftungen und Organisationen, internationale und deutsche Jugendbuchverleger auch unentgeltlich Kinderbücher;³⁹⁹ die Verleger hatten erkannt, dass gerade die nun jährlich stattfindende Internationale Jugendbuchausstellung mit Kinderbüchern aus aller Welt die beste Reklame für ihre Buchproduktion sein würde.⁴⁰⁰ Nach Beendigung der jeweiligen Ausstellung wurden diese Bücher dann dem Bestand der IJB eingegliedert. Am 14. September 1949 öffnete die IJB ihre Tore für die Benutzer.⁴⁰¹

«Bei der Eröffnung der Jugendbibliothek war ein Buchbestand von etwa 8'000 Büchern aus 23 Ländern vorhanden, der sich im Laufe des Jahres auf 12'000 Bände aus 26 Ländern erweitert hat. Alle diese Bücher sind der Internationalen Jugendbibliothek unentgeltlich gestiftet worden ...», heisst es im ersten Jahresbericht der IJB 1950.⁴⁰² Von den später sehr gut ausgearbeiteten Katalogen⁴⁰³ war zu diesem Zeitpunkt erst der Titelkatalog zugänglich.⁴⁰⁴

Neben der Bücheraufstellung nach dem Freihandsystem⁴⁰⁵ fiel die Bibliothek von Anfang an durch ihre vielfältigen anderen Initiativen aus dem Rahmen des bisherüblichen: Studiengruppen, in denen die fremdsprachigen Bücher besprochen wurden, internationale Filme, Schallplatten, Vorlesungen, Vorträge und Diskussionen, Kinder- und Jugendtheater, Buchbesprechungen von Jugendbüchern durch Jugendliche.⁴⁰⁶ Ausserdem veranstaltete man immer wieder Ausstellungen; besonders erwähnenswert sind dabei diejenigen, die man auch im eigenen, der IJB angegliederten Malstudio vorbereitete.⁴⁰⁷

Diese Erfolge der Jugendbibliothek weckten bei den Bibliothekarinnen der städtischen Münchner Kinderlesestuben keine grosse Begeisterung, geriet doch das in den zwanziger Jahren als vorbildlich gepriesene Münchner Kinderlesestubenwesen darüber immer mehr in Vergessenheit.⁴⁰⁸ Im Krieg waren 94 Prozent des Buchbestandes der Kinderlesestuben zerstört worden, mit Mühe hatte man die Bestände von 800 Büchern 1946 auf 4'121 Bücher 1950 vermehren können.⁴⁰⁹ Da musste die erfolgreiche Propaganda der Jugendbibliothek Erbitterung auslösen,⁴¹⁰ vor allem nachdem die Stadt den Etat der IJB aufstockte, die seit 1950 vom Bayerischen Kultusministerium, dem Bayerischen Landesjugendamt, dem Bayerischen Rundfunk und später auch noch von der Bundesrepublik Deutschland Zuschüsse erhielt.⁴¹¹ Möglicherweise begannen die Bibliothekare auch um ihre Existenz zu zittern, kannte man doch die Neigung des Stadtrats zur Einsparung von «überflüssig» gewordenen Einrichtungen.⁴¹²

In den von Hans Ludwig Held Ende 1950 angeregten Berichten über die zukünftige Gestaltung der Kinderlesestuben findet sich daher auch einhellig die Klage über die Jugendbibliothek: «Die Errichtung einer Kinderlesestube im Zentrum der Stadt halte ich gegenwärtig nicht für vorteilhaft, da die amerikanische Jugendbibliothek sich bereits grossen Zustroms erfreut und durch die Art ihrer Reklame – die wir ablehnen – auch in nächster Zeit die Kinder anlocken wird .. .»,⁴¹³

oder eine andere Stellungnahme:

«Die Internationale Jugendbibliothek macht immer so viel Propaganda mit ihren Erzähl- und Vorlesestunden, die nur in kleinem Kreise stattfinden. Durch Einführung der Märchennachmittage der Stadt München im Marionettentheater könnten Sie, hochverehrter Herr Professor, die Gegenseite glänzend schlagen.»⁴¹⁴

Daran sieht man, dass sich die Jugendbibliothek zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz entwickelt hatte. Immerhin ist aufschlussreich, dass sich ein Grossteil der Vorschläge, die die Bibliothekarinnen zur Neugestaltung der Kinderlesestuben entwickelten, an Aufbau und Organisation der IJB orientierten, so vor allem die Forderung nach Ausleihe (statt einer reinen Präsenzbibliothek), nach dem Freihandsystem, nach mehr Rundfunk- und Pressearbeit zu Propagandazwecken und einer «aufgelockerten» Programmgestaltung durch Märchenstunden für die Kinder.⁴¹⁵

Offenbar hatte Jella Lepman nicht Unrecht, als sie einer Münchner Kinderbibliothekarin nicht sehr taktvoll ihre Meinung über solche Bemühungen ins Gesicht sagte, die ihrerseits Held darüber berichtete:

«Und es wäre eigentlich blamabel, wenn Miss Lepman recht behielte mit einer mir gegenüber gemachten Äusserung, wonach wir Deutschen doch nur ‚totgeborene Kinder zur Welt bringen würden bei einem Versuch, uns in ähnlichem Sinn zu betätigen, wie sie es in ihrer «Internationalen Jugendbibliothek’ tut.»⁴¹⁶

Wieweit sich Konkurrenz bereits durch die soziale Schichtung der Lesekinder verbat, lässt sich schwer belegen. Jedenfalls gehörten die Eltern der Lesekinder der städtischen Kinderlesestuben zu 47 Prozent zur Berufsgruppe der Arbeiter, zu 22 Prozent zu der der Angestellten, zu 16 Prozent zu der der selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden, zu zehn Prozent zu der der Beamten und nur zu fünf Prozent zu den freien Berufen.⁴¹⁷ Da in den Volksschulen damals keine Fremdsprachen unterrichtet wurden ist anzunehmen, dass die Jugendbibliothek weniger Arbeiterkinder anzog; diese suchten eher die in ihrem Viertel gelegenen Kinderlesestuben wie die in der Haidhausener Kirchenschule oder der Pestalozzischule auf,⁴¹⁸ was wohl auch den arbeitenden Müttern lieber war als eine Fahrt nach Schwabing in die Jugendbibliothek.

Die Jugendbibliothek wirkte jedenfalls anregend und verbessernd auch auf die Münchner Kinderlesestuben, die sich unter dem Druck der Konkurrenz modernisieren mussten. Inzwischen ist die IJB auf etwa 360'000 Bände in über 100 Sprachen angewachsen, ihr Aufgabenbereich wurde noch erweitert.⁴¹⁹ Zu nennen sind hier die Betreuung der Kinder ausländischer Arbeitnehmer in München,⁴²⁰ die Bereitstellung von Jugendbüchern zu Studienzwecken und die Ausbildung von Bibliothekaren aus aller Welt, die hierher als Stipendiaten entsandt werden.⁴²¹ Ihr Umzug in das Schloss Blutenburg 1983 eröffnete ihr darüberhinaus neue räumliche Möglichkeiten.

Auch diese amerikanische Neugründung wurde also von der Münchner Bevölkerung akzeptiert, und sie integrierte sich mindestens ebenso gut in das Münchner Kulturspektrum wie das Amerikahaus. Aus beiden amerikanischen Initiativen sind, nach der Überwindung der «Kinderkrankheiten», feste Bestandteile des Münchner Kulturlebens geworden.

Die städtische Wissenschaftspflege

«Die Städte tragen oder fördern wissenschaftliche Einrichtungen im Rahmen ihrer Interessen und ihrer finanziellen Möglichkeiten»; so lautet die etwas vage Empfehlung des Deutschen Städtetages zu den Aufgaben der städtischen Wissenschaftspflege.⁴²² Als Ergänzung und zur Abgrenzung gegenüber den staatlichen Aufgaben auf diesem Gebiet ist die Bayerische Verfassung heranzuziehen, die die Errichtung und Verwaltung der Hochschulen zur rein staatlichen Aufgabe erklärt,⁴²³ den Gemeinden jedoch die Förderung von «Kunst und Wissenschaft» und die Unterstützung «schöpferischer Künstler, Gelehrter und Schriftsteller» freistellt.⁴²⁴

Neben dieser sehr allgemein gehaltenen Verfassungsregelung dürfte der praktische Leitfaden für städtische Förderung oder städtische Befürwortung von wissenschaftlichen Institutionen, Gesellschaften, Vereinen oder auch von Gelehrten das «kulturelle Interesse der Stadt München»⁴²⁵ gewesen sein. Dieses Argument findet sich zumindest in etlichen Begründungen für Anträge auf Förderung.⁴²⁶ Im Klartext bedeutet dies: Institutionen, die dem Münchner Kulturleben Glanz und Bedeutung zu verleihen versprochen, konnten der Aufmerksamkeit und der Förderung der Stadt sicher sein. National oder international wichtige Einrichtungen wurden dabei bevorzugt.⁴²⁷

Das Stadtarchiv

Die Stadt selbst unterhielt als «wissenschaftliche Einrichtungen» das Stadtarchiv und die wissenschaftliche Stadtbibliothek. Da die Geschichte der Stadtbibliothek bereits ausführlich dargestellt wurde,⁴²⁸ soll an dieser Stelle nur auf das Stadtarchiv kurz eingegangen werden.

Die Ursprünge des Stadtarchivs gehen bis in das 16. Jahrhundert zurück: die städtischen Urkunden, vor allem die Freiheitsbriefe, mussten an sicherer Stelle aufbewahrt werden.⁴²⁹ Ab dem 18. Jahrhundert wurde eine Ordnung der sich häufenden Aktenbestände in Angriff genommen. Der damals entwickelte Ordnungsplan der «Älteren Registratur» blieb bis 1939 für das Stadtarchiv bestimmend.⁴³⁰ Im Jahr 1777 erhielt zum ersten Mal ein Mitglied des Rates den Titel «Archivarius der Stadt München».⁴³¹ Die städtischen Kollegien übertrugen 1879 die Leitung des Archives Ernst von Destouches;⁴³² in seine Amtszeit fällt auch die Errichtung eines eigenen Archivgebäudes.⁴³³ Die Ausdehnung der Stadt und damit des städtischen Aktenanfalls machte dies auch sehr nötig. Zu den Aufgaben des Stadtarchivars gehörten in dieser Zeit neben der Ordnung der Bestände die Führung der Stadtchronik, die Verwaltung der Gedenktafeln, die Anlage eines Urkundenbuchs und anderes mehr; vor allem war jedoch die Zentralisierung der verstreuten Archivalien nötig.⁴³⁴ Zu Destouches Nachfolger bestimmte die

Stadt 1917 Pius Dirr; damit trat zum ersten Mal ein wissenschaftlich vorgebildeter Mann an die Spitze des Archivs.

Unter Dirr wandelte sich das Gesicht des Stadtarchivs: seine Aufgaben umfassten nun auch die systematische Erforschung der Stadtgeschichte, die Neuanlage der Stadtchronik und Öffentlichkeitsarbeit. Damit wurde das Archiv neben einem Amt der städtischen Verwaltung zu einem wissenschaftlichen Institut. Auch der jährliche Zuschuss der Stadt erhöhte sich drastisch.⁴³⁵ Dieser Prozess ging Hand in Hand mit einer Gesamtaufwertung der bürgerlichen Stadtgeschichte Münchens, das man nun auf die gleiche Stufe mit Nürnberg und Augsburg, den rheinischen und den hanseatischen Städten stellte.⁴³⁶ Dieser neuen Sehweise entsprach der Umzug in das Gebäude Winzererstrasse 68, in dem wesentlich mehr Platz zur Verfügung stand.⁴³⁷

Im Gegensatz zur Stadtbibliothek wurde das Gebäude des Stadtarchivs im Krieg nur leicht beschädigt. Dieser Vorteil war jedoch nur von kurzer Dauer, da das Wohnungs- und das Wohlfahrtsamt einen Grossteil der benützbaren Räume beschlagnahmten.⁴³⁸ Das Archiv musste zusammen mit der Stadtbibliothek in die ehemalige Infanteriekaserne ausweichen. Seine Bestände waren zu diesem Zeitpunkt noch «zum Teil im Nordbad, z.T. im Leihamt und z.T. auswärts untergebracht».⁴³⁹ Auch bei der offiziellen Wiedereröffnung am 3. Mai 1947 war erst 1/7tel der ausgelagerten Archivalien wieder zurückgeführt.⁴⁴⁰ Trotz dieser zögernden Rückführung und der nicht gerade üppigen Bezuschussung, mit der sich Direktor Schaffer behelfen musste,⁴⁴¹ äusserten sowohl Hans Ludwig Held wie Oberbürgermeister Scharnagl ihr Interesse an der Erhaltung des Archivs. Held betonte in einer kulturellen Leistungsbilanz vor dem Stadtrat im Mai 1947 vor allem die Bedeutung der Tageschronik.⁴⁴² Auch Scharnagl versicherte einer besorgten Gruppe von Historikern der Universität München 1947,⁴⁴³ die Existenz des Stadtarchivs sei keineswegs in Gefahr und von einer «Schliessung des Archivs oder ganz allgemein Transferierung oder Beschlagnahmen von Räumen» könne nicht die Rede sein. Die Stadt bemühe sich, «den kulturellen Einrichtungen, die sie besitzt, die weitgehendste Förderung zuteil werden zu lassen»; im Augenblick seien eben «noch manche Regelungen stark behelfsmässig... Die Würdigung, diese zeitgegebenen Schwierigkeiten als eine ungenügende Wertung der Tätigkeit und Aufgaben des Archivs beurteilen zu wollen, überrascht mich».⁴⁴⁴ Ganz so überraschend ist diese Annahme jedoch keineswegs: Vergleicht man das Stadtarchiv mit der Stadtbibliothek, erkennt man eine deutliche Besserstellung der Bibliothek, wiewohl das Archiv von seiner Aufgabenstellung und Tradition her der Stadt durchaus hätte näherstehen müssen. Einzig seine unmittelbare Zuordnung zum Direktorium A und damit dem Oberbürgermeister, kann als Sonderstellung bezeichnet werden.⁴⁴⁵ Gegenüber den für die Münchner Kammerspiele und die Münchner Philharmoniker aufgewendeten Summen fällt es jedoch weit zurück.⁴⁴⁶

Sonstige «Pflege der Wissenschaft»

Die städtischen Förderungen für wissenschaftliche Institutionen, Vereinigungen, Gesellschaften und für Einzelwissenschaftler⁴⁴⁷ lassen sich in verschiedene Gruppierungen aufgliedern. Eine Untergruppe bilden dabei die regelmässigen Mitgliedsbeiträge der Stadt zu wissenschaftlichen Vereinigungen.⁴⁴⁸ Dies sicherte der Stadt einerseits zumindest ein formelles Mitspra-

cherecht und trug überdies dazu bei, das Kulturleben Münchens zu verzahnen und zu homogenisieren, da die Stadt so über wichtige Ereignisse, Erfindungen und auch über den Personalwechsel innerhalb dieser Keimzellen des Kulturlebens informiert wurde, in Notfällen helfend eingreifen oder aber ihrerseits Querverbindungen knüpfen konnte. Die hier aufgewendeten Summen waren nicht hoch, sie stiegen jedoch in den Jahren bis 1954 rapide an.⁴⁴⁹ Dieser Etatposten umfasste die Beiträge zur «Geographischen Gesellschaft», der «Max-Planck-Gesellschaft», der «Deutschen Shakespeare-Gesellschaft», der «Gesellschaft der Freunde und Förderer der Universität», der «Deutschen Gesellschaft für moderne Lehrmittel», der Gesellschaft der «Freunde der Akademie der Wissenschaften», der «Gesellschaft für Auslandskunde» und dem «Germanischen Nationalmuseum» in Nürnberg.⁴⁵⁰ Die jeweiligen Zuwendungen bewegten sich zwischen 10,- RM/DM und 500,- DM.⁴⁵¹ Die Expansion dieser Fördergruppe setzte allerdings erst nach der Währungsreform ein.⁴⁵²

Grössere Summen erhielt die zweite Untergruppe von Institutionen. Zu ihr gehörten zunächst die städtisch geförderten Hochschulen, also das «Händelkonservatorium,» die im Sommer 1950 gegründete «Hochschule für politische Wissenschaften» und die alte «Handelshochschule München», die jeweils Summen zwischen 10'000,- und 20'000,- DM von der Stadt erhielten.⁴⁵³ Sowohl der Zuschuss zu der Handelshochschule wie derjenige an das Händelkonservatorium wurde dabei an die Bezuschussung anderer geknüpft: Die laufenden Kosten der früheren Handelshochschule, die 1910 von der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Technischen Hochschule übernommen worden war und die der «Unterstützung der kaufmännischen Ausbildung dienen sollte», trugen die Stadt, die Wirtschaftskammer und der Handelsverein im Verhältnis von 3 : 2:1,⁴⁵⁴ die Summe für das Händelkonservatorium machte der Stadtrat «abhängig von einem Zuschuss in gleicher Höhe von anderer Seite».⁴⁵⁵

Weitere regelmässige Zuwendungen erhielten das «Studentenwerk München»⁴⁵⁶ und die «Studienstiftung des deutschen Volkes»,⁴⁵⁷ die «Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie»,⁴⁵⁸ das «Institut für Mode, Fachtechnik und Betriebswirtschaft»,⁴⁵⁹ das «Wirtschaftswissenschaftliche Institut für Fremdenverkehr»,⁴⁶⁰ das «Institut für Wirtschaftsforschung»,⁴⁶¹ das «Institut für Bayerische Geschichte an der Universität München» und die «Kommission für Bayerische Geschichte an der Akademie der Wissenschaften»,⁴⁶² der «Internationale Ferienkurs» der Universität,⁴⁶³ die «Pettenkofer-Stiftung»,⁴⁶⁴ die «Entomologische Gesellschaft München»,⁴⁶⁵ die «Zoologische Sammlung des Bayerischen Staates» in München,⁴⁶⁶ das «Alpine Museum München»,⁴⁶⁷ vor allem jedoch das «Deutsche Museum», dessen städtischer Zuschuss von 150'000,- RM im Jahr 1945 auf 350'000,- DM im Jahr 1954 gesteigert wurde.⁴⁶⁸ Einen Teil dieses Zuschusses bezahlte die Stadt in «Naturalien», also in kostenlosem Strom, Dampf, Wasser und Gas; hinzu kam jedoch die «Verzinsung und Tilgung der Aufwendungen für Errichtung des Bibliotheksbaus», die über 50'000,- RM/DM jährlich ausmachten.⁴⁶⁹ Somit erhielt das Deutsche Museum den Löwenanteil der Wissenschaftsförderung der Stadt, die der internationalen Bedeutung dieser Institution damit Rechnung trug.⁴⁷⁰ Neben wissenschaftlichen Gesichtspunkten spielten hier sicherlich auch das Renommee der Stadt und der Fremdenverkehr eine Rolle, bildete doch das Deutsche Museum unzweifelhaft einen der wichtigen kulturellen Anziehungspunkte Münchens. Das Museum zeigte sich der Stadt gegenüber auch



Deutsche Nachkriegs-Forschungsanstalt

insofern erkenntlich, als es den Kongresssaal für Aufführungen der Münchner Philharmoniker zur Verfügung stellte.⁴⁷¹

Entsprechend der Höhe der Zuwendungen war die Stadt auch in dem Ausschuss vertreten, der sich aus den «Freunden des Deutschen Museums» für die Wahl des Vorstandsrats konstituierte. Über diese persönliche Vertretung der Stadt hinaus, die sich auch in weiteren Mitgliedschaften in Vorstandrat und Ausschuss manifestierte⁴⁷² nahm nach den vorliegenden Akten die Kulturverwaltung keinen weiteren Einfluss auf das Museum. Im Jahre 1951 wurde jedoch auch Hans Ludwig Held in den Vorstandrat des Museums gewählt.⁴⁷³ Grössere Schwierigkeiten zwischen der Stadt und dem Museum scheinen nicht aufgetreten zu sein.

Neben dieser Förderung von Institutionen warf die Stadt noch unregelmässig Beträge zur «Sonstigen Pflege der Wissenschaft» aus, die vor allem zur Bezuschussung wissenschaftlicher Veröffentlichungen dienten. Dieser Betrag erhöhte sich im Laufe der Jahre beträchtlich, obwohl er sich wie alle «freien» Förderbeträge nicht mit den Summen für die Institutionsförderung messen konnte.⁴⁷⁴ Neben diesen finanziellen Förderungen bemühte sich die Stadt jedoch auch noch anderweitig um einige wissenschaftliche Vereinigungen und Gesellschaften. Oft beschränkte sich das Interesse auf vorführenden Schriftwechsel,⁴⁷⁵ in anderen Fällen kümmerte sich die Stadt jedoch aktiv um Institutionen oder Wissenschaftler.⁴⁷⁶ Diese Bestrebungen lassen sich wiederum in zwei Untergruppen aufgliedern: in Bemühungen um «kulturellen Zugang», also in Wohnungsprobleme einerseits und in deutlich von den persönlichen Interessen des Kulturbeauftragten geprägte Korrespondenzen und Empfehlungen andererseits.

Es scheint an dieser Stelle nicht angebracht, ausführlich auf die von der Stadt nicht aktiv betreute Gruppe von Institutionen einzugehen, obwohl sich darunter auch sehr zeittypische Initiativen wie die «Frauenhochschule»⁴⁷⁷ und die «Ukrainische Universität»⁴⁷⁸ befinden. Die Grenze zu den für die Stadt interessanteren Gruppierungen ist fliessend, so dass sich eine klare Definition schwer finden lässt: Ist ein positives Gutachten bereits das Zeichen für kulturpolitisches Interesse der Stadt? Deuten mehrere in den Akten enthaltene Mitteilungsblätter bereits auf Aktionen des Kulturbeauftragten hin? Diese Fragen sind wohl eher mit nein zu beantworten, vieles dürfte mehr oder weniger zufällig zusammengekommen sein. Feststellen lässt sich jedoch ein reges Interesse an den wissenschaftlichen und kulturellen Initiativen, die sich in der Stadt entwickelten. Man war offenbar gerne informiert – was nicht mit aktiver Unterstützung zu verwechseln ist.

Anders gestaltete sich dies in Fällen, in denen Hans Ludwig Held persönlich interessiert war, sei es aus sachlichen Gründen oder dank einer privaten Beziehung zu dem Leiter einer dieser Vereinigungen;⁴⁷⁹ seine besonderen Verbindungen, beispielsweise zur Universität, spielten ebenfalls eine Rolle, da er hier von mehreren Seiten um Vermittlungen gebeten wurde.⁴⁸⁰ Umfangreiche neue Erkenntnisse lassen sich daraus kaum gewinnen, eher eine Bestätigung des bereits Festgestellten: Helds Interessenschwerpunkte lagen vor allem bei den Initiativen zur Volksbildung,⁴⁸¹ aber auch bei literarisch ausgerichteten Bestrebungen.⁴⁸² Darüber hinaus faszinierten ihn die Grenzwissenschaften⁴⁸³ und fremden Religionen, vor allem aber der Buddhismus.⁴⁸⁴ In diesen Bereichen bewegt sich daher ein Grossteil der von ihm intensiver betreuten Organisationen. Auch diese «Betreuung» beschränkte sich jedoch meist auf Korres-

pendenz, einige positive Gutachten, möglicherweise eine persönliche Mitgliedschaft⁴⁸⁵ oder vereinzelte Besuche bei Vorträgen und sonstigen Veranstaltungen. Weitergehende Bemühungen sind nur in zwei Fällen festzustellen: Bei den Überlegungen, ob die Sammlung der Modeschule Parish für die Stadt erworben werden sollte⁴⁸⁶ und im Falle der Universität, bei der sich Held für die Immatrikulation von studierwilligen Mitgliedern der Stadtverwaltung sowie der Militärregierung einsetzte.⁴⁸⁷ Auch der Beitritt zur «Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität» wird von Held gegenüber Wimmer als «selbstverständliche Pflicht der Stadt München» bezeichnet.⁴⁸⁸

Wesentlich mehr Aktivität lässt sich im Zusammenhang mit Fragen des «kulturellen Zuzugs» feststellen. Held und Scharnagl waren sich über die Bedeutung dieser Frage für die zukünftige Stellung Münchens im Klaren. Zusammen mit dem Akademischen Wohnungsdienst bemühte sich Held daher sehr um die Beschaffung von Wohnungen für die zu berufenden Professoren. In einem Rechenschaftsbericht vom Dezember 1947 geht er auf einige dieser Fälle ein:⁴⁸⁹

«Zweifellos konnte die Berufung einer Reihe von bedeutenden Hochschullehrern nicht zum Erfolg gebracht werden, da den betreffenden Herren entsprechende Wohnungen nicht zur Verfügung gestellt werden konnten, ja manchenmal nicht einmal ein Zimmer. Ich hatte in mehreren Fällen mich energisch im Interesse der Münchner kulturellen Sendung auf die Seite der fordernden Universität gestellt, konnte aber – mit nur einigen Ausnahmen – wichtigere bejahende Entscheidungen nicht erzwingen, da mir ein direkter Eingriff in die Wohnungsfrage ja nicht genehmigt ist. Die Wohnungsangelegenheit Professor Güldenstubbes ist ein solches Musterbeispiel, um von der misslungenen Berufung Guardinis zu schweigen, die ebenfalls im Versagen des Wohnungsamtes gründet.»⁴⁹⁰

Ähnlich unerquicklich verliefen häufig die Bemühungen um den Zuzug von wissenschaftlichen Institutionen.⁴⁹¹ Da im Zusammenhang mit den Zuzugswünschen von Verlagen noch ausführlicher auf dieses Gebiet eingegangen werden soll, ist hier nur der Fall des «Thesaurus Linguae Latinae» zu nennen; diese Institution blieb bis 1949 im Kloster Scheyern ausgelagert, obwohl sich Held, Scharnagl und andere um ihre Rückführung nach München bemühten⁴⁹² und auch der Abt von Scheyern dringend darum bat. Völlig unerwartet bekam der «Thesaurus», nachdem die Amerikaner die ursprünglich vorgesehenen Räumlichkeiten beschlagnahmt hatten, im Dezember 1948 eine Unterbringungsmöglichkeit in einem Gebäude in der Arcisstrasse⁴⁹³ und konnte endlich, drei Jahre nach dem Beginn der Rückkehr-Bemühungen, nach München zurückkommen.

Zusammenfassend lässt sich bei den städtischen Unternehmungen zur Wissenschaftspflege feststellen, dass auch hier die Förderung von Institutionen die freie Einzelförderung erdrückend überwog. Auffallend ist jedoch, dass die konkrete Einflussnahme der Stadt hierbei nicht im Vordergrund stand, die sonst meist die Voraussetzung für die Gewährung eines städtischen Zuschusses bildete.⁴⁹⁴ Insgesamt war dies wohl eher ein Bereich der gegenseitigen Kenntnisnahme und wohlwollenden Beobachtung als ein kulturpolitisches Arbeitsfeld.

Die Literaturförderung

Von der finanziellen Seite aus betrachtet widmete die Stadt der «Förderung des Schrifttums» im engeren Sinne, also der Förderung von Literaten, Verlagen oder Buchhandlungen nur geringe Aufmerksamkeit.⁴⁹⁵ Dies beruhte vor allem auf der Konzeption städtischer Kulturförderung, nach der eher Institutionen, Gesellschaften und Vereine als Einzelpersonen unterstützt wurden. Städtische «Schrifttumspflege» bedeutete daher vor allem Büchereiarbeit;⁴⁹⁶ dieser Tatsache trugen auch die Richtlinien des Deutschen Städtetags Rechnung. Hier heisst es: «Der Bedeutung des Buches im Geistesleben werden die Städte durch Förderung des Büchereiwesens und Pflege des Schrifttums gerecht.»⁴⁹⁷ Erst nach sechs Paragraphen zur städtischen Büchereiarbeit folgen Hinweise zur Literaturpflege:

«Die Städte sollen das Schrifttum ausser in ihren Büchereien durch Unterstützung von Dichter-Gesellschaften, literarischen Vereinen und gemeinnützigen Vortragsgesellschaften, die für die örtliche Kunstpflege von Bedeutung sind, fördern... Gute Buch- und Kunsthandlungen und Verlage tragen dazu bei, das geistige Gesicht einer Stadt zu formen.»⁴⁹⁸

Dem wurde die Stadt München weniger durch finanzielle Unterstützungen gerecht, als vielmehr durch «ideelle» Hilfen – eine bereits im Zusammenhang mit der Förderung von Musikern beschriebene Form der Kulturpolitik.⁴⁹⁹ Vor allem im Bereich der Literatur zeigten sich dabei die persönlichen Vorlieben des Kulturbeauftragten Held, der von seinem eigenen Werdegang her mit vielen Schriftstellern persönlich befreundet oder bekannt war und daher auch häufig um Gutachten, Befürwortungen oder Wohnungshilfen gebeten wurde.

An der Betreuung von Zeitschriften und Zeitungen war die Stadt nur insoweit interessiert, als es zur Hebung ihres eigenen Ansehens beitragen konnte;⁵⁰⁰ auch Bitten um ein Geleitwort oder einen Beitrag⁵⁰¹ des Kulturbeauftragten wurden meistens erfüllt. Druckkostenzuschüsse gab man schon wesentlich unwilliger.⁵⁰² Wichtig waren der Stadt in diesem Bereich repräsentative Darstellungen, die man möglicherweise als Geschenkgabe für auswärtige Gäste verwenden konnte. So einigte sich die Stadt mit der Zeitschrift «Bayerland» auf die Abnahme eines gewissen Teils der Sondernummer «München» im Jahre 1953,⁵⁰³ die auch aus städtischen Geldern finanziert wurde. Sonst flössen hierfür jedoch kaum grössere Summen.

Auch die Betreuung des Buchhandels beschränkte sich überwiegend auf wohlwollende Stellungnahmen und Absichtserklärungen, obwohl man im Rahmen der «Buchwoche» seit 1948 den Buchhändlern Gelegenheit gab, sich, ihre Bücher und deren Autoren zu präsentieren;⁵⁰⁴ so lasen auf der Buchwoche 1952 Luise Rinser, Erich Kästner, Lore Enderle, Walter von Molo, Paul Alverdes, Ernst Penzoldt und andere aus ihren Werken.⁵⁰⁵ Die Betreuung der Buchhandlungen ging hier aber Hand in Hand mit der Unterstützung für Verlage,⁵⁰⁶ die im Folgenden noch näher beschrieben werden soll. Über die Aktivitäten der Buchhandlungen, der Zeitungen und Zeitschriften war die Stadt zwar gerne informiert, weitere Förderung konnten diese jedoch nicht erwarten.

Literarische Gesellschaften, Vereine, Stiftungen

Die «Unterstützung von Dichter-Gesellschaften, literarischen Vereinen und gemeinnützigen Vortragsgesellschaften» ging ähnlich vor sich wie die Förderung der wissenschaftlichen Vereinigungen: Held erhielt Einladungen zu Vorträgen, die er je nach Interesse und zeitlicher Möglichkeit besuchte oder absagte, etlichen Gesellschaften trat er selber, einigen die Stadt als Mitglied bei, viele schickten ihre Satzungen und Mitteilungsblätter und mit anderen entwickelte sich eine umfangreichere Korrespondenz. Neben der «Herder-Gesellschaft»,⁵⁰⁷ der «Kant-Gesellschaft»,⁵⁰⁸ der «Georg Kaiser-Gesellschaft»,⁵⁰⁹ der «Shakespeare-Gesellschaft»,⁵¹⁰ der «Wilhelm Raabe-Gesellschaft»,⁵¹¹ der «Josef Görres-Gesellschaft»,⁵¹² dem «Freien deutschen Hochstift»,⁵¹³ dem «Dante-Kreis» und der «Dante-Stiftung»⁵¹⁴ als rein literarischen Vereinigungen, wurden von der Stadt auch literarische Gesellschaften mit politischem Hintergrund wie der «Adalbert Stifter-Verein», die «Eichendorffgilde» und die «Kulturvereinigung Gerhardt Hauptmann-Halle» gefördert, die sich als Kulturorganisationen der sudetendeutschen und der schlesischen Heimatvertriebenen etabliert hatten.⁵¹⁵ Dieser Rolle trug die Stadt ab 1950 durch eine jährliche Förderung von 1'500,- DM für den Adalbert Stifter-Verein Rechnung.⁵¹⁶ Darüber hinaus stellte sie 1952 aus den Geldern für «kulturelle Veröffentlichungen und Förderungen» 5'000,- DM, in den folgenden Jahren 7'000,- DM, für die kulturelle Flüchtlingsbetreuung zur Verfügung.⁵¹⁷ Sie unterschied dabei ganz klar zwischen rein literarischer Förderung beispielsweise für das Werk Adalbert Stifters,⁵¹⁸ und der Unterstützung des Adalbert Stifter-Vereins, da dieser nach den Worten Helds «als politischer Verein seine wichtige kulturelle Betreuung innerhalb der sudetendeutschen Flüchtlinge betätigt und wir mit unserer Subvention unser selbstverständliches Interesse an dem Flüchtlingsschicksal bekunden».⁵¹⁹ Dennoch sind die ausgeschütteten Summen eher als Trostpflaster denn als umfangreiche Unterstützung zu werten.

Neben Gesellschaften dieser Art betreute die Stadt auch berufsständische Vereinigungen;⁵²⁰ die wichtigste war dabei der «Schutzverband deutscher Schriftsteller», der schon allein deswegen innerhalb der städtischen Förderung eine Sonderrolle spielte, weil Hans Ludwig Held sich als Mitglied sehr für dessen Belange einsetzte.⁵²¹ Im Zuge seiner Bemühungen um Räume im Rathaus machte Held eindringlich auf die Bedeutung des Verbandes aufmerksam, die er mit der Wichtigkeit des Berufsverbands deutscher Komponisten verglich:⁵²² «Die beiden großen Verbände bedeuten für Münchener Kultur eine nicht zu übersehende Unterkellerung ihrer hierseits geplanten literarischen und musikalischen Aktionen.»⁵²³ Wie diese «Unterkellerung» im Falle des «Schutzverbandes deutscher Schriftsteller» in der Praxis aussah, zeigt sich vor allem in den vom Verband herausgegebenen «Mitteilungsblättern», in denen das Für und Wider der die Schriftsteller betreffenden Dinge dargestellt wird.⁵²⁴ Eine der wichtigsten Initiativen des Verbandes dürfte jedoch die «Stiftung zur Förderung des Schrifttums» gewesen sein, durch die Beiträge des Staates, der Gemeinden, des Rundfunks, Abgaben der Leihbibliotheken und sonstige gemeinnützige Stiftungen⁵²⁵ gesammelt wurden, die dann ein Kuratorium als Literaturpreise, Druckkostenzuschüsse, Subventionen für Dramen, Begabtenunterstützungen und Pensionen an Schriftsteller verteilte.⁵²⁶ Obwohl die Stadt finanziell der Stiftung offenbar

keine nennenswerten Spenden zugehen liess, war sie durch Hans Ludwig Held, hier in seiner Eigenschaft als Mitglied des Volksbundesverbandes, in dem für die Auswahl der Preisträger zuständigen Gremium vertreten;⁵²⁷ Held hatte sich auch im Rundfunkrat sehr für das Zustandekommen der Stiftung eingesetzt.⁵²⁸

Diese Stiftung und ihr Auswahlverfahren ist ebenso interessant wie typisch für die Art der Literaturförderung und wirft ein helles Licht auf die Gründe für den oft beklagten Mangel an geförderten Nachwuchsautoren, denn auch bei anderen Preisvergaben, so bei der Verleihung des städtischen Dichterpriizes, ging man ähnlich vor.⁵²⁹ Ein besonders gutes Beispiel ist die Verteilung der ersten grossen Rundfunkspende im Jahr 1951; es wurde eine Summe von DM 47'500,- an 51 Autoren vergeben.⁵³⁰ Dieser für Literaturförderung ausserordentlich hohe Geldbetrag dürfte wohl der Grund dafür gewesen sein, dass Hans Ludwig Held in geradezu hymnischen Worten von der Stiftung sprach; hieran wird auch deutlich, dass er sich durchaus der Unzulänglichkeit städtischer Förderungen auf diesem Gebiet bewusst war.⁵³¹

Das für die Preisvergabe zuständige Kuratorium bestand aus zwanzig Personen; vertreten waren darin «Mitglieder von vielen bedeutenden kulturellen Organisationen und Gesellschaften».⁵³² Neben Hans Ludwig Held waren dies vor allem etablierte bayerische Schriftsteller wie Peter Dörfler, Amelie von Godin, W.E. Süskind, Otto von Taube oder Max Stell, Vertreter der staatlichen Kulturbelange wie die Staatsintendanten Georg Hartmann und Alois Johannes Lippi, der Rektor der Universität Aloys Wenzel und der Kulturreferent der Bayerischen Staatskanzlei, Kurt Pfister. Dazu kam der Rundfunkintendant Rudolf von Scholtz, der Vorsitzende des Verbands Münchner Tonkünstler, Wilhelm Zentner, und natürlich der Gründer und Präsident der Stiftung, der SdS-Vorsitzende Friedrich Märker und seine Mitstreiter Per Schwenzen, Hermann Rinn, F.X. Wahl und H.J. Hüffer.⁵³³ Diese Kuratoriumsmitglieder wiederum hatten das Recht, je zwei Dramatiker, Lyriker, Essayisten, Erzähler und Hörspielverfasser, darüber hinaus fünf unterstützungsbedürftige Künstler vorzuschlagen.⁵³⁴ Die Werke der Vorgeslagenen wurden dann von Lektoren der Stiftung, die teilweise identisch mit den Kuratoriumsmitgliedern waren, geprüft und begutachtet.⁵³⁵ Die endgültige Entscheidung fiel in einer Kuratoriumssitzung; Mitglieder des Kuratoriums oder Lektoren konnten keine Preisträger werden.⁵³⁶

Die Auswahl der Preisträger ist nach mehreren Seiten hin aufschlussreich. In einem kritischen Zeitungsartikel hiess es dazu:

«Bei 50 Preisträgern ist es selbstverständlich, dass nicht alle das gleiche Niveau haben können. Aber eine durchgehende Linie von den Hauptpreisträgern zu den nur mit ‚Ehrengaben‘ bedachten sollte doch spürbar werden. In bunt gemischter Reihe stehen hier Namen nebeneinander, klangvolle und beinahe unbekannte, bedeutende und unbedeutende. Man sucht ziemlich verzweifelt nach dem Rezept, das diese Mischung zustande brachte... Nach welchen ... Gesichtspunkten hat das Kuratorium die Preisträger ausgewählt? «Literarische und soziale waren bestimmend sagt der Präsident der Stiftung, Friedrich Märker... Literaturpreise galten bisher als Ehrung für künstlerisches Schaffen, nicht als Anerkennung für durchlittene Not! Man glaubte, sozial und mildtätig zu sein, und war doch nur verletzend und – unkünstlerisch! «⁵³⁷ Ganz so willkürlich erscheint die Auswahl der Preisträger nicht mehr, wenn man die Namen näher betrachtet; vor allem wurde die betont münchenerische oder bayerische, überwie-

E. Croissant



*Goethepreisträger gesucht**

gend traditionelle Seite der deutschen Literatur favorisiert. Auch unter den ersten zehn Preisträgern finden sich überdies Schriftsteller, die ungehindert während der NS-Zeit hatten publizieren können.⁵³⁸ Für diese Linie stehen Josef Bernhart,⁵³⁹ Richard Billinger,⁵⁴⁰ Georg Britting,⁵⁴¹ Hedwig Conrad-Martius,⁵⁴² Bernt von Heiseler,⁵⁴³ Gottfried Kölwel,⁵⁴⁴ Ernst Penzoldt⁵⁴⁵ und Eugen Roth.⁵⁴⁶ Ausnahmen bilden nur der Pazifist und Emigrant Leonhard Frank⁵⁴⁷ und die Schriftstellerin Luise Rinser, deren «Gefängnistagebuch» bereits 1946 im Kurt Desch-Verlag publiziert worden war.⁵⁴⁸ Nimmt man «Kindlers Literatur Lexikon» als Massstab für die literarische Qualität und auch noch heute anerkannte Bedeutung eines Autors über die bayerischen Grenzen hinaus,⁵⁴⁹ dann war von diesen zehn Preisträgern immerhin die Hälfte «preiswürdig»: Richard Billinger, Georg Britting, Leonhard Frank, Ernst Penzoldt und Luise Rinser sind dort vertreten.⁵⁵⁰

Deutlich weniger Autoren aus «Kindlers Literatur Lexikon» finden sich unter den Empfängern des zweiten, mit je 1'500,- DM dotierten Preises, bei den mit einer «Ehregabe» von DM 600,- Versehenen bereits überhaupt keiner mehr. Unter den elf Preisträgern des zweiten Preises sind wenigstens noch zwei in Kindlers Literatur Lexikon zu finden: Marieluise Fleisser und Hans Rehberg.⁵⁵¹ Neben Autoren wie Alfons von Czibulka, Max Peinkofer, Peter Scher und Hermann Stahl, die während der NS-Zeit ebenfalls publiziert hatten und bereits seit längerem in Bayern wohnten,⁵⁵² wurden hierbei auch jüngere Schriftsteller wie Hans Egon Holthusen, Walter Kolbenhoff, Inge Westpfahl und Barbara Zaehle bedacht,⁵⁵³ die noch nicht zum etablierten Autorenstamm gehörten. Bemerkenswert ist dabei vor allem der Name Walter Kolbenhoff, von dem einer der Lektoren meinte, er gehöre «zu den begabtesten Mitgliedern der Gruppe 47».⁵⁵⁴ Diese Aussage zeigt, dass die damals noch junge Schriftstellervereinigung «Gruppe 47» bereits durchaus Gesprächsthema der Lektoren war. Ein wichtiger Teil der «Gründungsmitglieder» der «Gruppe 47» kam ebenfalls aus München: Neben Walter Kolbenhoff gehörten dazu Hans Werner Richter, Walter Maria Guggenheimer, Friedrich Minssen, Wolfgang Bächler, Alfred Andersch, Günter Eich und andere.⁵⁵⁵ Von all diesen Namen tauchen unter den Preisträgern nur Walter Kolbenhoff und Luise Rinser auf, die im Herbst 1949 erstmals vor der Gruppe gelesen hatte.⁵⁵⁶ Ansonsten setzten sich die Preisträger aus gutem Münchner Durchschnitt zusammen – nicht weniger, aber auch nicht mehr.

An dieser Stelle bietet sich wiederum ein Vergleich an, da die Liste der von den Kuratoriumsmitgliedern der Stiftung zur Förderung des Schrifttums vorgeschlagenen Autoren vorliegt.⁵⁵⁷ Unter diesen 77 Vorgeschlagenen befinden sich insgesamt sechs Autoren, die dem Kreis der «Gruppe 47», also der «kommenden» Schriftstellergeneration, zuzurechnen sind: Die bereits erwähnten Preisträger Luise Rinser und Walter Kolbenhoff und der ebenfalls hochfavorisierte Günter Eich,⁵⁵⁸ der, ebenso wie Luise Rinser, von drei Kuratoriumsmitgliedern vorgeschlagen worden war; Walter Kolbenhoff konnte sich immerhin noch auf zwei Vorschläge und das bereits erwähnte sehr positive Gutachten eines der Lektoren stützen.⁵⁵⁹ Der Lyriker Wolfgang Bächler und die Schriftsteller Rudolf Krämer-Badoni und Barbara Zaehle, die ebenfalls zu den jungen Talenten der «Gruppe 47» gehörten,⁵⁶⁰ wurden jeweils nur von einem Kuratoriumsmitglied vorgeschlagen und kamen nicht unter die Preisträger.⁵⁶¹

Dieser doppelte Vergleich lässt sich quantitativ dann so fassen: von 77 Vorschlägen bezogen sich sechs auf Autoren der «Gruppe 47», davon wurden zwei mit Preisen bedacht, also zwei von 31 Preisträgern gehörten der «jungen Generation» an. Von den 77 Vorschlägen wiederum finden sich elf Autoren in Kindlers Literatur Lexikon, unter den 31 Preisträgern sind es immerhin noch sieben.⁵⁶² Neben dem dort auch vertretenen Günter Eich blieben dabei ungekürt der von drei Mitgliedern vorgeschlagene Hans Carossa und die von je einem Kuratoriumsmitglied genannten Autoren Waldemar Bonsels und Romano Guardini. Fiel Guardini wohl vor allem wegen seiner gesicherten sozialen Stellung aus,⁵⁶³ so dürfte die Zurücksetzung Bonsels aber auch Carossas auf deren Rolle als Erfolgsschriftsteller während der NS-Zeit zurückzuführen gewesen sein.⁵⁶⁴ Erkennbar wird anhand dieser Vergleiche auch eine zeitbedingte Bevorzugung und Überschätzung Gottfried Kölwels, die allerdings auf Bayern beschränkt geblieben sein dürfte,⁵⁶⁵ ebenso eine Bevorzugung Billingers. Für die junge Generation bildet Walter Kolbenhoff das Beispiel, der sich letztendlich nicht durchsetzen konnte, obwohl er damals bereits Bekanntheit und Anerkennung erreicht hatte.⁵⁶⁶

Marieluise Fleisser hingegen, die grosse bayerische Entdeckung der zwanziger Jahre, war in der Wertung ihrer Zeitgenossen bereits zurückgefallen: Sie wurde nur von zwei Kuratoriumsmitgliedern vorgeschlagen und erhielt auch nur einen zweiten Preis, überrundet von Autoren wie Kölwel und Bernt von Heiseler. Erstaunlich ist dies vor allem deshalb, weil ihr zweites Hauptwerk, «Der starke Stamm», bereits seit 1946 vorlag⁵⁶⁷ und ihre soziale Notlage ebenfalls hinreichend bekannt war.⁵⁶⁸

Nimmt man nun wiederum «Kindlers Literatur Lexikon» zum Massstab, dann befanden sich unter den vorgeschlagenen und ungekürteten Autoren keine unentdeckten Talente.⁵⁶⁹ Held war sich jedoch durchaus darüber im klaren, dass man die kommende Schriftstellergeneration nicht so vernachlässigen durfte. Hatte er noch 1950 eine zwar kenntnisreiche, aber dennoch überwiegend traditionelle Vorschlagsliste vorgelegt, so suchte er ab 1951 den Kontakt mit dem Desch-Verlag und dessen Lektor Hans Josef Mundt, der ebenfalls Autor und geschätzter Gast der «Gruppe 47» war.⁵⁷⁰ Mundt hatte sich im Juni 1951 an Held mit der Frage gewandt, ob Held an der Nennung einiger Autorennamen für die nächste derartige Preisverleihung interessiert sei.⁵⁷¹ Bereits vier Tage später schickte Held ein Antwortschreiben, in dem er Mundt seiner Aufmerksamkeit versicherte:

«Ich bin für jeden derartigen Hinweis dankbar, da es nur so möglich ist, ein wirkliches Gleichgewicht in der Verteilung unserer Spenden herzustellen... Die Kenntnis Ihrer Vorschläge ... erscheint mir vordringlich, so dass ich sie um die baldige Benennung Ihrer Schützlinge ersuche.»⁵⁷²

Offenbar hatte der überlastete Hans Ludwig Held nachträglich auch das Gefühl, seine Vorschläge als Kuratoriumsmitglied hätten nicht das ganze Spektrum abgedeckt. So standen auf seiner Liste neben Gottfried Kölwel, Bernt von Heiseler, Wilhelm Diess, Dorothee von Podewils, Eugen Roth, Oda Schaefer, Friedrich Seebass, Georg Schwarz, Hermann Uhde Bernays, Otto von Taube, Ernst Penzoldt und Ernst Heimeran, also dem traditionell-konservativen Spektrum, zwar auch Namen wie Luise Rinser, Rüdiger Syberberg, Hans Egon Holthusen, Marieluise Fleisser und Hans Rehberg,⁵⁷³ zu den jungen Autoren hatte er jedoch meist keine persönliche Beziehung mehr – nicht aus grundsätzlicher Ablehnung, sondern wohl eher aus beruflicher Überforderung.

Der rege Briefwechsel mit dem Desch-Verlag im August 1951 zeigt, dass er diesem Übel abhelfen wollte. Mundt schickte ihm eine Liste, auf der sich die Namen von Hans Werner Richter, Hans Kades, Hans Helmut Kirst, Burkhard Nadolny, Walter Kolbenhoff und Gunter Groll befanden.⁵⁷⁴ Artur Müller von Deschs Theaterverlag fügte noch die Namen von Charlotte Kaufmann, Curt Langenbeck, Hermann Rossmann, Rüdiger Syberberg, Roland Ziersch, Friedrich Forster und Joseph Maria Lutz hinzu.⁵⁷⁵ Auch Müller betonte, er habe dabei Autoren herausgesucht, die «nach Schaffen einerseits (und das muss immer das Primäre sein) aber auch nach ihrer materiellen Lage eine Förderung besonders nötig haben». Damit akzeptierte er den von der Stiftung eingeschlagenen Kurs, der so viel Kritik ausgelöst hatte, nämlich Literaturpreise nicht nur nach qualitativen Kriterien zu vergeben.⁵⁷⁶ Held wiederum konnte nach Durchsicht dieser Listen erleichtert zurückschreiben: «Die Namen Ihrer Vorschläge sind mir durchwegs alle bekannt, so dass es für mich nicht schwer sein wird, für den Fall einer neuen Ausschüttung, die von Ihnen genannten mit vorzuschlagen» und zur Absicherung gleich hinzuzufügen: «Damit freilich ist noch nichts Entscheidendes geschehen, da es sich bei der Jury ja um eine ganze Reihe von Sachverständigen handelt, deren Meinung das endgültige Resultat bestimmt.»⁵⁷⁷

Leider lässt sich nicht feststellen, ob Held bei einer weiteren Preisverleihung diese Autoren wirklich bevorzugt berücksichtigt hätte, da der Rundfunk im Jahr 1952 seine Grosszügigkeit nicht wiederholte, sondern betonte, eigentlich hätte man nur die Zinsen der zugeteilten 60'000,- DM verwenden dürfen⁵⁷⁸ und seinen Zuschuss auf 10'000,- DM reduzierte.⁵⁷⁹ So konnte das Kuratorium 1952 nur zwei Preise à 1'500,- DM verteilen. Um weiteren Vorwürfen die Spitze abzubrechen, sollten diese Preise von den zehn Preisträgern des Jahres 1951 vergeben werden, wobei den Kuratoriumsmitgliedern jedoch das Vorschlagsrecht erhalten blieb.⁵⁸⁰ Nun rächte sich jedoch die konservative Wahl des Vorjahres: Ganz auf der traditionellen Linie bestimmten diese Schriftsteller den Dichterpreis für Otto von Taube und den Essayistenpreis für Professor Dr. Hanns Braun.⁵⁸¹

Damit schliesst sich der Kreis, der Preisverleihungen solcher Art problematisch macht: Derjenige, der vorschlägt oder wählt, wird dies nach seiner eigenen Kenntnis und seinen Qualitätskriterien tun; die Wirkung einer solchen Wahl geht aber häufig über das rein Individuelle hinaus und trägt zur Etablierung einer bestimmten Linie des Kulturlebens bei.

Die Tendenzen der städtischen Literaturpolitik, die sich in der Vergabe der städtischen Dichterpreise besonders deutlich manifestieren, bestätigen dies. Die von Held und dem Kulturausschuss getroffenen Entscheidungen⁵⁸² sind sogar noch eindeutiger als die des «Kuratoriums zur Förderung des Schrifttums», vor allem, da pro Jahr eben nur ein Preisträger zu bestimmen war: 1945 erhielt den städtischen Literaturpreis Peter Dörfler, 1947 Gertrud von Le Fort, 1948 Ernst Penzoldt, 1949 Georg Schwarz, 1950 Annette Kolb, 1951 Gottfried Kölwel, 1952 Eugen Roth, 1953 Mechthild Lichnowsky, 1954 Wilhelm Hausenstein.⁵⁸³ Erst nach 1954 lockerte sich diese Front der traditionellen Preisverleihungen etwas: 1955 erhielt Erich Kästner den Preis, 1956 Werner Herzog, 1957 Lion Feuchtwanger.⁵⁸⁴

Tradition, die oft nichts anderes ist als das Einfordern ersessener Rechte, erstickt ein lebendiges öffentliches Kulturleben, da sie häufig mit einem Abschotten nach unten verbunden ist.

Zu einer vernünftigen Literaturpolitik gehört aber auch, dass sie solche Positionen aufbricht. Held war wohl, bei allem Verständnis und trotz einiger Initiativen, dazu nicht mehr in der Lage. Möglicherweise fasste er auch Literaturpolitik eher als sein eigenes Hobby auf, dem er durch einen umfangreichen Briefwechsel mit verschiedenen Schriftstellern mehr als genug Zeit widmete.

Die städtische Hilfe für einzelne Schriftsteller

Hält man sich an eine Liste des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller vom August 1947,⁵⁸⁵ so lebten zu diesem Zeitpunkt in München 182 hauptberuflich tätige Schriftsteller, in ganz Bayern 280; von den Münchnern waren dabei 64 nicht im SdS organisiert, von den in Bayern Lebenden 67. Die nebenberuflich schriftstellernden Lehrer, Journalisten, Ärzte, Pensionisten und Privatiers müssen hier noch hinzugerechnet werden; ihre Zahl ist schwer zu schätzen.

Hans Ludwig Held nahm sich dieser Personengruppe besonders an; sieht man von seiner privaten Korrespondenz mit ihm bekannten Schriftstellern einmal ganz ab,⁵⁸⁶ so umfasst allein sein «dienstlicher» Briefwechsel mit literarisch tätigen Personen etwa siebzig Aktennummern.⁵⁸⁷ Weitere Korrespondenz mit Empfehlungen, Begutachtungen, Hilfestellungen und Aufmunterungen ist auch in etlichen anderen Akten enthalten.⁵⁸⁸ Schon im Zusammenhang mit eingesandten Manuskripten der unterschiedlichsten Qualität finden sich weitere sechzig Briefpartner⁵⁸⁹ aus München, aus Bayern und aus dem übrigen Deutschland. Alle baten um Rat oder Hilfe, um Aufmerksamkeit und um gute Ratschläge, beklagten oder bedankten sich. Versucht man eine ungefähre Schätzung der von Held Betreuten, so kommt man allein auf etwa 250 bis 300 Schriftsteller, Journalisten und Verlagsleute.

Da all dies hier kaum in ausführlicher Form dargestellt werden kann, sollen nur die wichtigsten im Rahmen der Korrespondenz anfallenden Probleme auf gezeigt werden. Um einen Überblick zu ermöglichen, seien diese Punkte vorab einmal genannt; sie geben überwiegend das zeitspezifische Spektrum wieder: Entnazifizierungsfragen, wirtschaftliche Existenzprobleme, unzureichende Publikationsmöglichkeiten aufgrund vorsichtiger Verlage und knapper Papierzuteilung, Wohnungsmangel und Zuzugsprobleme. Von Seiten der Stadt finden sich neben ideeller Unterstützung kleinere finanzielle Zuwendungen aus dem städtischen Fonds zur «Förderung des Schrifttums» oder Wohlfahrtsunterstützungen; besonders verdiente Münchner Schriftsteller ehrte man mit Glückwunschschriften, Festgaben, oder Feierstunden zu runden Geburtstagen.

Entnazifizierung

Wurde ein Autor wegen seiner Parteizugehörigkeit oder sonstiger Hinweise von den Amerikanern als Nationalsozialist eingestuft, so bedeutete dies für ihn meist Publikationsverbot.⁵⁹⁰ Schriftsteller, die sich als Journalisten ihr Brot verdienten, sollten entlassen und in allen Bereichen des täglichen Lebens zurückgesetzt werden: bei Lebensmittelzuteilungen, sonstigen Bedarfszuweisungen und vor allem in Wohnungsfragen.⁵⁹¹ So jedenfalls sah es in der theoretischen Konzeption der Amerikaner aus;⁵⁹² in der Praxis gab es sehr viele Möglichkeiten, sich

durch Ehrenerklärungen, die «Persilscheine», über das Schlimmste zu retten. Hans Ludwig Held, der zwar durch den Nationalsozialismus schwer geschädigt worden war, dennoch mehr als ein Mann des Ausgleichs zu bezeichnen ist, wurde häufig um solche politischen Entlastungen gebeten. In einigen Fällen kam er diesen Bitten auch nach oder gab zumindest gute Ratschläge für die beste Vorgehensweise.⁵⁹³ Er versuchte jedoch vor allem, Ungerechtigkeiten zu vermeiden. Ein für diese Zeit typischer Fall ist der Schriftsteller Eugen Roth.⁵⁹⁴ Roth sollte im Sommer 1945 zum Stadtrat berufen werden. Dies scheiterte jedoch daran, dass den Amerikanern, hier Oberst Keller, in einem von Roths Werken ein verhängnisvoller Satz aufgefallen war: «Wer hätte grossartiger und liebender Zeugnis gegeben für diese Stadt als Adolf Hitler, der 1912 ‚endlich‘ nach München kam?»⁵⁹⁵ Ohne den sehr abmildernden Kontext zur Kenntnis zu nehmen,⁵⁹⁶ entliess man Roth wieder aus seinem Amt. In seinem rechtfertigenden Schreiben an Oberbürgermeister Scharnagl vom August 1945 betonte Roth:

«Wer das Glück hatte und hat, nichts schreiben zu müssen, wer nicht diese ständige Belaeuerung jedes Wortes miterlebt hat, der mag jetzt leicht urteilen. Es hat natürlich auch keinen Sinn, um einzelne Zeilen von mir zu streiten, wenn Gegner oder Neider meine Gesamthaltung nicht sehen oder sehen wollen. Dass ich einer der wenigen war, die trotz aller Gefahren nicht geschwiegen haben, was ja immer bequemer ist, sondern versucht, menschlich zu sprechen, ist mir selbst eine Beruhigung, wenn ich auch 1933 dafür geflogen bin und jetzt wieder fliege... Wenn meine ‚Klärung‘ auch zum Erzengel eines Stadtrats nicht gelangt hat, so glaube ich doch, dass sie für einen gewöhnlichen armen Teufel und vielleicht sogar für einen Humoristen genügt. Sie würden mich daher sehr verpflichten, wenn Sie mir bestätigen wollten, dass mein Fragebogen in Ordnung befunden worden ist und dass ich nur über diese paar Zeilen gestolpert bin...»

Scharnagl leistete diesem Wunsch wenig später Folge und gestand nach der Lektüre des textlichen Zusammenhanges Roth gegenüber, dass diese «Darlegung in keiner Weise als Bekenntnis zum Nationalsozialismus gewertet werden kann»;⁵⁹⁸ er sah sich aber nicht in der Lage, die «nun einmal gegebene Einstellung der Militärregierung», die auf der «Voreingenommenheit, die die Amerikaner haben gegen alle Darlegungen und Wendungen, die sich nur auf den Namen ‚Hitler‘ stützen», erfolgreich zu widerlegen. Er schloss seine Darlegungen jedoch mit dem Satz:

«Ich hoffe, dass diese meine Darstellung nicht nur ‚für einen gewöhnlichen armen Teufel‘ genügt, sondern auch für einen wertvollen Menschen, dessen Leistungen es rechtfertigen würden, dass er, selbst mit einem zeitgemässen Schönheitsfehler, mit in der ersten Reihe jener Mitbürger stehen würde, die den Wiederaufbau unseres Kulturlebens zu stützen hatten.»

In einem Brief an seinen Freund Hans Ludwig Held machte Roth dann nochmal seiner Verbitterung Luft:

«Wenn man mit ein paar hinausgegriffenen Sätzen gegen das Lebenswerk eines Menschen arbeitet, ist er leicht in Schlingen zu fangen. ‚Man gebe mir drei Zeilen von einem Mann und ich will ihn an den Galgen bringen!‘ Hat es Fouché gesagt oder sonst wer, stimmen dürfte es heute noch. Thomas soll mir ein Bierbrauer, Bäcker oder Zahnarzt werden, dann muss er nur

das Maul halten und kann an Hitler und an den Amerikanern usw. usw. der Reihe nach Geld verdienen. Si tacuisssem, magistratulus mansissem.»⁶⁰⁰

In den ersten Nachkriegsjahren konnte es jedoch auch passieren, dass ein von den Nationalsozialisten verbotenes Werk weiter verboten blieb – wenn auch aus anderen Gründen. So schrieb der Schriftsteller und Dramatiker Rüdiger Syberberg an Held:

«... Schliesslich schlupften wir in einer möblierten kleinen, sehr scheusslichen Wohnung unter, für die wir 150,- RM Monatsmiete zu zahlen hatten. Dann kamen die Amerikaner – und verboten mein bisher von den Nazis verboten gewesenes damaliges Hauptopus ‚Peter Anemont‘ (wegen angeblich zu unfreundlicher Gesinnung gegen ihren östlichen Alliierten, Stalin; seit 1948 ist der Roman natürlich wieder erlaubt).»⁶⁰¹

Syberberg schaffte jedoch den Sprung in die neue Zeit; für andere kam das Ende der NS-Zeit zu spät. Ein Beispiel dafür ist der Fall einer Schriftstellerin, der Held eine eidesstattliche Erklärung an das Landesentschädigungsamt ausstellte. Hierin heisst es:

«Die Schriftstellerin W. ersucht mich zum Zwecke der Wiedergutmachung um die Feststellung ihrer künstlerischen und damit materiellen Schädigung durch die nationalsozialistische Regierung in den Jahren 1933-45... Diese ist durch die Massnahme des Systems zweifellos schwer geschädigt worden. Ich bin der Meinung, dass die Frau W. verloren gegangenen Jahre 1933-45 von ihr kaum mehr nachgeholt werden können. Sie verdient sich heute durch journalistische Schriftstellerei unter härtesten Bedingungen ihr Leben, ohne wieder in den eigentlichen Fluss der Literatur zurückzufinden. Frau W. darf als selbständige und originelle Schriftstellerin angesprochen werden... Die Entlastungspapiere vermag Frau W. nicht vorzulegen, da sie zweimal ausgebombt wurde und die entsprechenden Papiere mit anderen Dokumenten verbrannt sind.»⁶⁰²

Was den Emigranten der Verlust ihrer Sprache war, erlitten somit auch die im Lande gebliebenen verbotenen Autoren. Sie fassten oft ähnlich schwer wieder im Literaturleben Fuss wie die aus dem Exil rückkehrenden Schriftsteller. Noch ein weiterer zeittypischer Fall soll hier Erwähnung finden, da er die Problematik der Entnazifizierung von einer anderen, nicht weniger wichtigen Seite beleuchtet. Ein Schriftsteller, den Held auch persönlich gut kannte⁶⁰³ und der seit Beginn der NS-Zeit in Verbindung mit kommunistischen Auslandsagenten gegen den NS-Staat gearbeitet hatte und dafür auch in die SA eingetreten war, musste sich wegen nationalsozialistischer Tätigkeit verantworten. Während über zwanzig seiner selbständigen Schriften verboten waren, machte ihm nun eine NS-Jugendschrift, die er zur Tarnung verfasst hatte, zu schaffen, obwohl diese vor der Veröffentlichung von der Gestapo beschlagnahmt und er selbst wegen «Lächerlichmachung der Partei» angeklagt worden war. Einige dieser Broschüren führten jedoch zu seiner Denunzierung als NS-Schriftsteller.⁶⁰⁴ Held stellte hier gerne ein Unbedenklichkeitszeugnis aus, in dem er diesem Schriftsteller seine antifaschistische Grundeinstellung und deren aktive Verbreitung bestätigte. Held fügte dem hinzu:

«Er genierte sich auch nicht, in der Zeit meiner Diffamierung mich in der Trambahn und auf öffentlichen Strassen zu begrüssen und zu begleiten. Ich erinnere mich hier mit Vergnügen

seiner letzten Ausführungen über den zusammenbrechenden Faschismus, was mir von Neuem sein tadelloses Verständnis für die Gegebenheiten der neuen Zeit bewies.»⁶⁰⁵

Diese Schicksale mögen genügen, die Schwierigkeiten der Entnazifizierung von Schriftstellern zu illustrieren. Es gab natürlich weniger janusköpfige Fälle,⁶⁰⁶ auch wurden einige erst nachträglich zu Märtyrern der NS-Zeit, die mehr recht als schlecht in ihr gelebt hatten. Dennoch vertraten Hans Ludwig Held und Karl Scharnagl eher den Standpunkt, dass man zum Helden wohl geboren sein muss – ohne der amerikanischen Linie damit grundsätzlich entgegensteuern zu wollen.

Hilfe bei wirtschaftlichen Problemen

Die schwierige Situation der Trümmerjahre traf die meist unvermögende Gruppe der Schriftsteller besonders hart. Auch hier gab es von selbstverschuldeter Not, die auf Leichtsinns oder falsche Einschätzung der eigenen schriftstellerischen Qualitäten und Möglichkeiten zurückzuführen war,⁶⁰⁷ bis zum tragischen, kaum mehr lösbaren Sozialfall⁶⁰⁸ ein breites Spektrum wirtschaftlicher Bedürftigkeit. Die Möglichkeiten, die der Stadt zur Linderung dieser Probleme zur Verfügung standen, waren äusserst beschränkt; setzt man die Zahl der in München ansässigen Schriftsteller mit den städtischen Fördersummen in Relation, so wird das nur allzu klar: 1945 bis 1947 gab die Stadt – glaubt man dem städtischen Haushaltsplan – gar nichts für die «Förderung des Schrifttums»⁶⁰⁹ oder die «Durchführung von Dichterabenden»⁶¹⁰ aus. Ab 1948 stiegen die Summen dann allmählich an: Auf 1'500,- RM/DM 1948, 3'495,- DM 1949 und etwa 6'000,- DM ab 1950.⁶¹¹ Obwohl auch noch aus anderen Quellen kleinere Summen flossen, so aus den Förderungen der von Hans Ludwig Held ins Leben gerufenen «Rudolf Alexander Schröder-Gesellschaft», die auch vorwiegend von der Stadt finanziert wurde,⁶¹² so blieb dies doch unzureichendes Stückwerk. Literarische Einzelförderung in grösserem Umfang sah die Stadt offenbar nicht als ihre kulturelle Aufgabe an. Die ausgezahlten Beträge hielten sich meist zwischen 50,- und 250,- DM; auch diese niedrigen Summen lösten bei den geförderten Schriftstellern meist grosse Dankbarkeit aus,⁶¹³ die wohl neben der Freude über die vorübergehende Linderung der finanziellen Not vor allem in der psychologischen Rückenstärkung gelegen haben mag.

Diese Fördergaben konnten immer noch als kleine Anerkennung für literarische Qualität gewertet werden.⁶¹⁴ Bei Wohlfahrtsunterstützungen war dies nicht mehr möglich.⁶¹⁵ So wies auch einer von Hans Ludwig Helds Schützlingen, der seine Miete nicht bezahlen konnte und von Held deshalb besonders dringlich an Stadtrat Hamm vom Wohlfahrtsreferat empfohlen worden war,⁶¹⁶ in einem Brief an Held eine fürsorgerische Betreuung heftig zurück:

«Ich bin einigermassen erstaunt über die Wendung, die meiner Wohnungsangelegenheit nunmehr gegeben werden soll. Hatte ich doch wohl annehmen dürfen, dass meine Vaterstadt München, auf Ihre sachlich begründete Anregung und auf Ihre ideelle Bürgerschaft hin, einen signorilen Modus finden werde, mir einen grösseren Betrag für kurze Zeit vorzustrecken... Peinlich berührt wurde ich jedoch, als sich herausstellte, es handle sich hier gewissermassen um einen präparatorischen Fürsorgeakt, in welchen sich mein Anliegen quasi unter der Hand entwickelt hatte..,»⁶¹⁷

Obwohl auch Stadtrat Hamm sich bereit erklärt hatte «in diesem Fall, der mir schon recht nach äusserster Not aussieht»,⁶¹⁸ sein Möglichstes zu tun, waren ihm durch diese Ablehnung die Hände gebunden. Ähnliches spielte sich in einem weiteren Fall ab, in dem das Wohlfahrtsamt ebenfalls «nicht oder doch nur im äussersten Notfall» eingeschaltet werden sollte.⁶¹⁹

Ganz ausserhalb von Helds Einflussmöglichkeiten befanden sich Schriftsteller, die nicht unmittelbar in München, sondern in der näheren Umgebung wohnten. Aus diesem Grunde musste er auch die Förderung von Marieluise Fleisser durch die Stadt ablehnen, um die er von mehreren Seiten gebeten worden war.⁶²⁰ Die Bildung eines «Literarischen Initiativ-Fonds», die ein Schriftsteller angeregt hatte,⁶²¹ scheiterte ebenfalls an technischen Schwierigkeiten; wie der Verwaltungsfachmann Rogger Held mitteilte,⁶²² lief dieser Vorschlag auf die Gewährung von «Darlehen und Krediten, die den Gemeinden auf Grund der Bestimmungen der Gemeindeordnung untersagt ist», hinaus. Obwohl Rogger eine «optische Korrektur» vorschlug,⁶²³ stiess dieses Projekt im Kulturausschuss nicht auf Gegenliebe. Betrachtet man die Idee genauer,⁶²⁴ so wird auch klar warum: Die Stadt sollte hier in die – ungesicherte – Zukunft junger Autoren investieren bevor diese bekannt wurden. Auch wenn die Hilfe «Überbrückungskredit» genannt wurde, musste man doch mit einer hohen Ausfallquote rechnen. Darauf wollte sich die Stadt offenbar nicht einlassen – die Förderung junger Talente blieb daher wiederum ein Projekt für die Schreibtischschublade.

Manuskriptbeurteilungen

Ähnlich erging es einem Grossteil der an Held eingesandten Manuskripte, deren Verfasser meist auf eine städtische Förderung, einen Druckkostenzuschuss, eine Verlagsempfehlung oder oft auch nur auf einen guten Rat und eine Beurteilung von Held hofften.⁶²⁵ Es handelte sich dabei meist um unbekannte, oft auch ziemlich unbegabte Autoren; die beiliegenden Leseproben vermitteln einen guten Eindruck von der Qualität des Eingesandten und machen es verständlich, wenn Held manchmal in reiner Verzweiflung schroffere Antworten schrieb, als es sonst bei ihm üblich war.⁶²⁶

Der städtische Etatposten, um den es hier wohl vor allem ging, umfasste bis 1952 keine grössere Summe: 1945 bis 1947 wurde aus der Haushaltsstelle «Kulturelle Veröffentlichungen und Förderungen» überhaupt nichts ausbezahlt, 1948 bis 1951 schwankte der Betrag zwischen 2'000,- und 3'000,- DM,⁶²⁷ ab 1952 stieg er auf Summen um 15'000,- DM an.⁶²⁸

Von den Bewerbungen kam jedoch kaum jemand in Frage; dies liess sich Held auch noch von jeweils mindestens einem Gutachter bestätigen, dem er die fraglichen Manuskripte zur Beurteilung übergab.⁶²⁹ Seine Gutachter, die grösstenteils auch in den Akten ungenannt bleiben, dürften wohl vor allem Hans Engl und Siegfried Heldwein⁶³⁰ gewesen sein. In Einzelfällen zog er auch andere Fachleute für solche Gutachten heran.⁶³¹

Das Niveau dieser Beurteilungen spricht für die Stadt München, die sich nicht für qualitativ Minderwertiges interessierte;⁶³² davon nahm man weder persönlich bekannte noch bayerische Autoren aus und auch die Aussage, man wolle ein Gedicht der Stadt München widmen, bot keinen Freibrief für einen Druckkostenzuschuss.⁶³³ So fanden hier viele unsägliche Manu-

skripte den verdienten Weg in den Papierkorb.⁶³⁴ Über die Beurteilungskriterien von Engl und Heldwein lässt sich vor allem Lobendes sagen: Sie gingen systematisch an die Texte heran, analysierten sie nach sprachlichen und inhaltlichen Kriterien und fanden zu klaren Stellungnahmen. Vor allem Heldwein gab dabei häufig ebenso bissige wie zutreffende Kommentare ab. Für Förderungen bevorzugte man wissenschaftliche Darstellungen aus der Münchner Geschichte; wenn diese zusätzlich noch interessant geschrieben waren, konnte man auf Begeisterung rechnen.⁶³⁵ Gedichte an München hingegen erfreuten sich keiner hohen Wertschätzung, nicht einmal wenn sie das Oktoberfest zum Thema hatten.⁶³⁶

Abgesehen von dem hohen Beurteilungsniveau kann hier kaum von gezielter Kulturpolitik die Rede sein. Feststellen lässt sich aber immerhin, dass die Stadt sich im Bereich der Literatur zumindest keine nur «münchnerische» Literatur andienen liess.

Ehrungen und Feiern

Ganz anders stellt sich dies im Zusammenhang mit bekannteren und daher auch repräsentativeren Autoren dar. Die von der Stadt übermittelten Glückwunschschriften,⁶³⁷ Geburtstagsgaben⁶³⁸ und vor allem die entsprechenden Feiern sowie die dazu Geladenen⁶³⁹ vermitteln das Bild einer traditionsbewussten und münchenzentrierten Literaturpflege – ein Eindruck, der sich durch die städtische Literaturpreisvergabe nur noch verstärkt.⁶⁴⁰

Diese Feiern hatten entweder den Rahmen von kleineren Festbanketts, zu denen etwa dreissig bis vierzig Gäste geladen waren,⁶⁴¹ oder aber sie entwickelten sich zu grossangelegten Empfängen mit mehreren hundert Gästen.⁶⁴² Bei diesen Feiern traf sich das traditionelle München; die «junge Generation» war kaum vertreten.⁶⁴³ So verständlich dies noch bei den kleineren Festessen zu Ehren von Ernst Penzoldt oder Reinhard Piper wirken mag, zu denen ein Kreis ausgewählter Bekannter und Freunde des Jubilars eingeladen wurde,⁶⁴⁴ so wenig einleuchtend erscheint dies bei den grossen Empfängen zu Ehren von Hans Carossa oder Otto von Taube,⁶⁴⁵ bei denen mehrere hundert Gäste aus allen Bereichen von Kultur, Wissenschaft und Kunst anwesend waren.

Vergleicht man die Namen der verschiedenen Einladungslisten, so können eigentlich nur Erich Kästner und Hans Egon Holthusen als im traditionellen Münchner Kulturmilieu integriert bezeichnet werden.⁶⁴⁶ Gustav René Hocke, Gunter Groll und Bruno Erich Werner verdankten ihre Einladung zu den grösseren Feiern vor allem ihrer Tätigkeit bei der «Neuen Zeitung»;⁶⁴⁷ andere Vertreter der ebenfalls in München wohnenden, der «Neuen Zeitung» oder der «Gruppe 47» nahestehenden Autoren standen nicht auf den Einladungslisten. Ein gutes Beispiel für die aus dem traditionellen Bereich bei diesen Feiern Vertretenen gibt die Einladungsliste zu der Feier anlässlich des 60. Geburtstages von Ernst Penzoldt. Neben Thomas Wimmer, Bürgermeister Walther von Miller, Hans Ludwig Held und dem Staatssekretär im Kultusministerium, Eduard Brenner, waren geladen: Die Verleger Ernst Heimeran, Peter Suhrkamp und Horst Kliemann (Oldenbourg-Verlag), die Schriftsteller Georg Britting, Hans Carossa, Eugen Roth, Hanns Braun, Walter Foitzick, Rudolf Alexander Schröder, Otto von Taube, Hermann Uhde Bernays, Leonhard Frank, Paul Alverdes und Erich Kästner, der Präsident des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller, Friedrich Märker, der Generalsekretär

der Bayerischen Akademie der Schönen Künste, C. Graf Podewils, Rundfunkintendant Rudolf von Scholtz, der Generaldirektor der Bayerischen Staatstheater, Wilhelm Diess, als Vertreter verschiedener Bibliophilen-Gesellschaften Hans Günther Hauffe, C.F.W. Behl und andere.⁶⁴⁸ Bei den grösseren Feiern kamen dann noch etliche Vertreter der Stadt,⁶⁴⁹ des Staates,⁶⁵⁰ der Wissenschaft,⁶⁵¹ der Kirchen,⁶⁵² der Zeitungen⁶⁵³ und der bildenden Künste und Musik⁶⁵⁴ hinzu, von denen ein Grossteil auch auf der Grundliste für die Hausmusikstunden Oberbürgermeister Scharnagls stand und damit als zur Münchner Gesellschaft gehörig betrachtet werden kann.⁶⁵⁵ Im Gegensatz zu der Hausmusik Scharnagls waren die Mitglieder der Militärregierung bei den städtischen Feierstunden jedoch nicht so stark vertreten.⁶⁵⁶ Aufschlussreich sind auch die Namen weiterer Schriftsteller, die zu der Carossa- und der Otto von Taube-Feier eingeladen waren. Die Überschneidungen mit den Kuratoriumsmitgliedern, den Vorgeschlagenen oder Prämierten der «Stiftung zur Förderung des Schrifttums» sind nicht zu übersehen:⁶⁵⁷ Rudolf Bach, Waldemar Bonsels, Hans Brandenburg, Peter Dörfler, Heinz Flügel, Hans Joachim Goltz, Wilhelm Hausenstein, Bernt von Heiseler, Gottfried Kölwel, Josef Maria Lutz, Ursula von Mangoldt-Seibold, Walter von Molo, Reinhold Schneider, Rudolf Schmitt-Sulzthal, Georg Schwarz, Karl Seebass, Ina Seidel, W.E. Süsskind, Regina Ullmann, Ernst Wiechert, Roland Ziersch.⁶⁵⁸ Von den Verlegern kamen noch hinzu Berthold Spangenberg, Franz Ehrenwirth, Carl Hanser und Curt Vinz.⁶⁵⁹

Diese Namen zeigen, wie sehr das Münchner literarische Leben von Schriftstellern der eher traditionellen Linie bestimmt war; fügt man die Münchner Literaturpreisträger hinzu, dann hat man die Hauptprotagonisten dieser Richtung. Erich Kästner, Hans Egon Holthusen und Gunter Groll, die von dieser Gesellschaft akzeptierten Vertreter der «jungen Generation», bildeten dabei kein Gegengewicht, zählten sie doch nicht zu den radikaleren Repräsentanten der neuen Literatur. In München und Umgebung lebten zu dieser Zeit aber auch Alfred Andersch, Hans Werner Richter, Walter Kolbenhoff, Wolfgang Bächler, Ilse Aichinger, Günter Eich, Margarethe Hohoff, Erich Kuby, Hans Josef Mundt, Luise Rinser und andere,⁶⁶⁰ die die deutsche Literatur der fünfziger und sechziger Jahre mitprägten, von der offiziellen Münchner Gesellschaft jedoch kaum zur Kenntnis genommen wurden; beide Gruppen existierten also nebeneinander und hatten wenige Berührungspunkte.

Auch bei der im Juli 1949 zu Ehren von Thomas Manns München-Aufenthalt veranstalteten Feier zeigte sich kaum ein anderes Bild;⁶⁶¹ neben sechs Repräsentanten der amerikanischen Militärregierung, darunter Landdirector Murray D. van Wagoner, Oberst James Kelly, dem Theaterkontrolloffizier Hermann Hahn, Mr. Morgan und Mr. Travis von der Information Control Branch sowie Generalkonsul Sam E. Woods kamen hinzu die Komponisten Karl Amadeus Hartmann und Carl Orff, der Verleger Willi Weismann und Liselotte Enderle von der Neuen Zeitung.⁶⁶² Sonst sind unter den 66 Eingeladenen die bereits genannten Namen zu finden.

Ein krasses Beispiel für die Problematik dieser Art der Literaturpflege bildet die ausgefallene Wedekind-Feier der Kammerspiele zu Wedekinds 90. Geburtstag 1954.⁶⁶³ Die Stadt liess zwar eine Gedenktafel an dem Haus anbringen, in dem Wedekind das letzte Jahrzehnt seines Lebens gewohnt hatte,⁶⁶⁴ Wedekinds Stücke wurden jedoch in den Kammerspielen nicht aufgeführt und eine Gedächtnis-Feier mit Lesung sollte erst Monate nach dem Geburtstag stattfinden.

Wedekinds Familie beklagte sich mit Recht darüber, dass nun nach dem 70. (1934) und dem 80. Geburtstag (1944), die von den Nationalsozialisten toteschwiegen worden waren, auch der 90. Geburtstag fast unbeachtet vorbeigegangen war.⁶⁶⁵ Hans Schweikart versuchte zwar, die an die Adresse der Kammerspiele gerichteten Vorwürfe zu entkräften,⁶⁶⁶ ein unangenehmer Eindruck bleibt jedoch zurück: Für Carossa, Penzoldt oder Otto von Taube, alle durchaus Kontinuitätsfiguren der Münchner Literaturszene, gab man sich wesentlich mehr Mühe als für Frank Wedekind, dem München und die Kammerspiele viel zu verdanken hatten. Ein trauriges Beispiel von Münchner Kulturpolitik.

«Die Stadt der verpassten Gelegenheiten»⁶⁶¹ – Zuzugswünsche von Schriftstellern, Journalisten und Verlegern

Die Wohnungs- und Zuzugspolitik der Stadt gegenüber Schriftstellern, Journalisten und Verlagsleuten unterscheidet sich wenig von ihrer allgemeinen Restriktion auf diesem Gebiet. Der Zuzugsdruck und die schwierige Wohnungslage verhinderten dabei sowohl den Rückstrom evakuierter Münchner Schriftsteller, die häufig weit ab vom literarischen Geschehen daran verzweifeln mussten, wieder Anschluss zu finden, wie den Zuzug wichtiger Autoren aus dem ehemaligen Reichsgebiet oder aus den Ländern der Emigration und die Ansiedelung von Verlagen in München. München schottete sich damit ab gegen neue Elemente, die für eine Regeneration des Kulturlebens überaus notwendig gewesen wären und setzte so die Linie der zwanziger Jahre fort, die bewirkt hatte, dass Münchens Kunst- und Kulturleben zugunsten Berlins vehement zurückfiel.⁶⁶⁸ Dabei war die Nachkriegssituation für München ausnehmend günstig: Das geteilte und unsichere Berlin hatte nicht mehr den Reiz von ehemals und viele Literaten waren ohnehin bereits in den Süden abgewandert, wo sie versuchten, in der relativ toleranten amerikanischen Zone Fuss zu fassen.⁶⁶⁹ München stand dabei an der Spitze der erwünschten Orte, da man sich hier das Flair einer alten Kunststadt erwartete.

Hans Ludwig Held sah die Chance, die sich München hierdurch bot, sehr klar, konnte sich aber gegen die Ablehnung des Wohnungsamtes nicht durchsetzen.⁶⁷⁰ Ein aufschlussreicher Fall ist in dieser Hinsicht der Schriftsteller Stefan Andres, der 1937 von München nach Italien emigriert war, weil seine Frau als Halbjüdin in Deutschland nicht sicher sein konnte.⁶⁷¹ Ab Ende 1948 bemühte sich Andres darum, nach Deutschland zurückzukehren:

«Aus gesundheitlichen Gründen, ferner um seinen Kindern eine vollgültige deutsche Erziehung angedeihen zu lassen und nicht zuletzt, um selbst wieder in Deutschland leben und arbeiten zu können, möchte Stefan Andres noch in diesem Jahr seinen ständigen Wohnsitz wieder in Deutschland aufschlagen. Dabei ist es in erster Linie seine Absicht, in seine Wahlheimat München zurückzukehren.»⁶⁷²

Mit dieser Erklärung und einer umfangreichen Würdigung von Andres' Verdiensten setzte sich der Piper-Verlag für seinen Autor ein.⁶⁷³ Auch Wilhelm Hausenstein bemühte sich, Andres nach München zu holen.⁶⁷⁴ Dennoch schrieb Andres nach einem Besuch in München enttäuscht an Hausenstein:

«Ich bemühte mich sogar um eine Wohnung in München, doch hatte ich den Eindruck, dass ausser Prof. Held und der amer. Militärbehörde niemand von den Regierenden in München

mich besonders gerne dort haben wollte. Ich werde also womöglich an den Rhein ziehen, wo ich ja auch eigentlich hingehöre, in die Nachbarschaft von Bonn z.B., von wo man mich mit einer einzigartigen Herzlichkeit einlud. Vielleicht hätte ich in München reicheren menschlichen Anschluss, aber ich möchte auch nicht als ‚Ausländer innerhalb der deutschen Grenzen angesehen werden.. ‚»⁶⁷⁵

Hausenstein versuchte in einem Antwortschreiben, Andres doch noch zu interessieren: «Einstweilen habe ich in der Bayerischen Akademie der Schönen Künste, deren Mitglied ich bin, über die Situation Bericht erstattet und entschiedene Klage darüber geführt, dass man Ihnen auf offizieller Seite – Professor Held ausgenommen – nicht mehr Interesse zubringt und Entgegenkommen beweist.. ‚»⁶⁷⁶

Auch diese Initiative war erfolglos, obwohl sich Held in dieser Angelegenheit sogar an Innenminister Ankermüller wandte⁶⁷⁷ und noch im Mai 1949 einen Beschluss des Kulturausschusses des Stadtrates erreichte, der lautete:

«Die Rückkehr des emigrierten deutschen Dichters Stefan Andres nach München ist mit allen Mitteln zu fördern. Das Referat 7 – Herr Stadtrat Wüstendörfer – wird ersucht, durch Bereitstellung eines entsprechenden Wohnraums die wesentliche Voraussetzung hierfür zu schaffen.»⁶⁷⁸

Das Referat 7 lehnte im August 1949 jedoch «die bevorzugte Zuweisung einer Wohnung (Sonderfall) an Herrn Stefan Andres in Gleichrang mit Wohnungselendsfällen» ab, mit der Begründung, dies könne mit Blick auf die vielen Wohnungselendsfälle nur «in den dringendsten Fälle erfolgen. Eine derart erhöhte Dringlichkeit kann im Falle Stefan Andres nicht anerkannt werden.»⁶⁷⁹

Dieser Fall zeigt die Vorrang- und sogar Schlüsselstellung des Wohnungsamtes, das in keiner Weise an die Beschlüsse des Kulturausschusses gebunden war. In einem anderen Fall wurde sogar die Aussage eines untergeordneten Wohnungsbeamten kolportiert, «dass er sich um die Meinung des Herrn Oberbürgermeister oder des Kulturbeauftragten überhaupt nicht kümmere, dass nur ausschliesslich er in der Angelegenheit zu bestimmen hätte»⁶⁸⁰ – eine Aussage, die wohl zu Helds sehr dezidiertem Auffassung beigetragen haben mag, «dass an manchen amtli-



E. Croissant: Paragrafenreiter

chen Stellen, die mit kulturellen Belangen zu tun haben, nicht solche Beamte oder Angestellte sitzen, die dem geistigen Umkreis ihrer Aufgaben gewachsen wären».⁶⁸¹

Die beiden hier geschilderten Fälle gingen also gegen die Wünsche des Kulturbeauftragten aus. Nimmt man die Jahre 1948 und 1949 als Beispiel, dann gewährte die Stadt in diesem Zeitraum nur insgesamt zwölf Schriftstellern Zuzug; hinzu kamen siebzehn Journalisten und acht Personen aus dem Bereich des Verlagswesens und des Buchhandels.⁶⁸² Unter dem ohnehin geringen Kontingent von insgesamt 212 Zuzüigen aus kulturellen Gründen war diese Gruppe nur sehr spärlich bedacht worden; einer besonderen Wertschätzung der Stadt erfreute sie sich nicht.

Neben den vielen Einzelschicksalen, die hier nur beispielhaft aufzuzeigen waren, tragen dazu vor allem die fehlgeschlagenen Verlagszuzüge bei. München hätte in diesen Jahren durchaus die Chance gehabt, die Nachfolge Leipzigs als Verlagsstadt anzutreten, da viele Unternehmen gerne nach München gezogen wären.⁶⁸³ Die Gründe, die die Verleger für ihre Zuzugswünsche anführten, liefen neben einer gefühlsmässigen Bevorzugung Münchens⁶⁸⁴ und der Bindung an «Münchner Verlagsobjekte»⁶⁸⁵ meist auf die in München zu erwartenden guten Kontakte mit Druckereien, Papierlieferanten und Verlegern hinaus. Dies führten jedenfalls die Verlage Reclam (Leipzig), Droemer-Knaur (ehemals Leipzig) und Langguth (ehemals Posen) an;⁶⁸⁶ bei dem Antiquariat und Verlag Hiersemann spielten mehrere Gründe eine Rolle, die der Geschäftsführer des Verlages Held gegenüber so erläuterte:

«Eigentlich gehören wir dorthin: Ich selbst als geborener Münchner, unser wissenschaftlicher Verlag an den Sitz einer Universität, und Herr Hiersemann, für den es gefühlsmässig nach Leipzig überhaupt keine andere diskutabile Stadt gibt als München. Sollte er ausserdem einmal Leipzig zwangsweise verlassen müssen, so käme für den Wiederaufbau des Antiquariates ja überhaupt im Westen nur München in Frage.» Ähnlich empfanden auch andere Verleger, die sich um Zuzug und Arbeitsmöglichkeiten in München bewarben. Über die Hälfte dieser Verlage kam aus der SBZ, vor allem aus Leipzig, aber auch aus Jena, Halle/Saale, Posen oder Dresden. Den Grund für die Verlagerung dieser Verlage in den Westen sahen die meisten der Betroffenen in den Verhältnissen der sowjetisch besetzten Zone und den daraus resultierenden schlechten Arbeitsmöglichkeiten für die Verleger.⁶⁸⁷ Einige strebten aber auch nur einen Sitz in Deutschland an und hielten München für besonders geeignet.⁶⁸⁸ Die Besitzer des Theater- und Musik-Verlags Weinberger zum Beispiel hatten von Wien nach London emigrieren müssen, das Unternehmen war im Dritten Reich «arisiert»⁶⁸⁹ und nach Berlin transferiert worden. Da der Verlag in Berlin ausgebombt wurde, verlegte man ihn nach Bad Kissingen/Bayern. Der nach dem Krieg in London wohnhafte Mitinhaber Otto Blau bemühte sich um eine Wiedergründung des Verlages in München oder Wien.⁶⁹⁰ Ebenso der Ullstein-Verlag, der auch mit der Stadt München von London aus Verhandlungen aufnahm.⁶⁹¹

In vielen Schreiben, Gutachten und Befürwortungen versuchte Hans Ludwig Held, diese Verlage nach München zu ziehen.⁶⁹² Umso mehr empörte es ihn, als man ihm seitens des Stadtrats den Vorwurf machte, er habe nicht genug dafür getan. In einem ausführlichen Bericht legte er seine diesbezüglichen Aktivitäten offen.⁶⁹³ Dieser zeigt deutlich auf, dass sich so gut wie alle Probleme der Verlage in dieser Zeit auf die Genehmigung von Zuzug und die Zuteilung von

Wohnungen konzentrierten.⁶⁹⁴ So ist Helds Begründung für sein Scheitern nur zu einleuchtend:

«Meine ständigen Bemühungen, welche seitens der Verlage rückhaltlos und dankbarst anerkannt werden – was ich anhand zahlloser Briefe nachweisen kann, die ich laufend erhalte! – können immer nur von sehr relativem Erfolg sein, da ich ja in allen diesen Dingen kein Entscheidungs- oder Mitbestimmungsrecht habe, sondern mich nur auf wenn auch dringlichste und nachdrücklichste Empfehlungen beschränken muss.»⁶⁹⁵

In einem Schreiben Helds an den für den Zuzug nach München zuständigen Beamten scheinen auch die Vorwürfe auf, die man Held von dieser Seite machte:

«Wenn ich die Zuzugsgenehmigungen für Oktober und November überblicke, fürchte ich mit meinen Kritikern, d.h. also mit jenen Männern, die an meiner Tätigkeit nicht eben sehr verehrungsvoll herumflicken, für die Möglichkeit, die von mir grundsätzlich gewollte Höhe meiner Kulturplanungen zu erreichen. Diese Kulturplanungen sind nicht mein Steckenpferd, sondern stützen sich auf die Gesamtheit der Münchner schaffenden Kulturkreise einerseits sowie auf eine Reihe von Kulturprogrammen und -aussagen, die bei öffentlichen Gelegenheiten von wichtigen amtlichen Stellen zum Ausdrucke gebracht worden sind.»⁶⁹⁶

Vor dem Hintergrund dieser grundsätzlichen Einstellung der zuständigen Behörden muss man den Klagen der Verlage wohl Glauben schenken;⁶⁹⁷ so schreibt einer der Verleger:

«Es ist schwer zu beschreiben, wieviel unnötige Gänge und wieviel Briefwechsel mir durch diese Sache entstanden sind und ich gestehe offen, dass ich mehrfach daran war, das ganze Münchner Projekt fallen zu lassen, da ich das Gefühl hatte, dass meiner Absicht, in München zu arbeiten, von Seiten des Wohnungsamtes nicht das geringste Verständnis entgegengebracht wurde und man es wie eine Gnade darstellte, sich überhaupt mit dem von mir gestellten Antrag zu befassen... Ausserordentlich schmerzlich ... berühren mich die Schwierigkeiten, die im Grunde unnötig sind und einfach aus Unverständnis unsere Arbeitskraft dezimieren.»⁶⁹⁸

Die ablehnende Haltung des Wohnungsamtes ist umso weniger verständlich, als es sich bei diesen Verlagen ja nicht um brotlose Künstler, sondern um florierende Wirtschaftsunternehmen handelte, die München neben Prestige auch noch Steuern einzubringen versprachen.⁶⁹⁹ Obwohl Held diese Bedeutung der Verlage in vielen positiven Gutachten betonte und auch die Bezirksplanungsbehörde seine Meinung teilte,⁷⁰⁰ gelang es nicht, das von Held beklagte «mangelnde Verständnis der zuständigen Sachbearbeiter bei den verschiedenen Dienststellen»⁷⁰¹ zu beseitigen.

Das Rennen machten vor allem Stuttgart, aber auch Wiesbaden und Frankfurt a.M., die sich den Verlagen gegenüber aufgeschlossener und entgegenkommender zeigten.⁷⁰² Stuttgart trat in einigen Fällen in direkte Konkurrenz zu München und bemühte sich mit Erfolg um die von München enttäuschten Verleger. Dies erfuhr man in München bereits 1946 im Zusammenhang mit den Verhandlungen um den Reclam-Verlag. Der Verleger konnte darauf hin weisen, er habe «in Stuttgart alle Wege geebnet bekommen und Stuttgart mache alle Anstrengungen, die Verlage an sich zu ziehen».⁷⁰³ Ähnliches ging im Falle des Verlages Bachem vor sich; so berichtet Held 1947: «Hinter diesem Gesuch steht schon wieder die Stadt Stuttgart, die jederzeit bereit ist, die von uns zurückgewiesenen Gesuchsteller, soweit als sie kulturell oder steu-

erkräftigt bedeutsam erscheinen, in ihren Mauern aufzunehmen»;⁷⁰⁴ auch bei Hiersemann war Stuttgart schneller.⁷⁰⁵ In einem weiteren Fall schrieb Held erbittert an Stadtrat Fischer: «Unser persönliches Tempo entspricht, wie es scheint, mehr dem Tempo der ... Konkurrenzstädte. Dieses kann man von einer Reihe unserer in Betracht kommenden Ämter nicht sagen, die sich eher durch einen verlangsamenden Gang der Geschäfte auszeichnen. Ich bin voll Betrübniß und eigentlich trostlos über eine Reihe von Misserfolgen, die nur durch das mangelnde Verständnis verschiedener unserer Verwaltungsstellen verschuldet sind.»⁷⁰⁶

Allerdings erwies sich die Behauptung eines Betroffenen als unzutreffend, «dass am Stuttgarter Wohnungsamt eine eigene grössere Abteilung ‚Behörden und Verlage‘ existiere, die mit acht bis neun Leuten besetzt sei und in jeder Weise sich bemühe, die Bedeutung Stuttgarts in politischer und kultureller Hinsicht zu fördern».⁷⁰⁷ Auf ein entsprechendes Schreiben an das Stuttgarter Wohnungsamt erhielt Stadtrat Gerstl die Antwort, so viele Leute könnten dadurch nicht ausgelastet werden, man habe jedoch einen Spezialisten für die Raumbeschaffung für Behörden und einen weiteren «für den Raumbedarf für Verlage, Buchhändler und verwandte Gewerbe». Der Sparte «Verlage» widme man allerdings tatsächlich besondere Aufmerksamkeit.⁷⁰⁸

Obwohl später Reclam Held gegenüber behauptete, sein Zuzug nach München sei nicht an dem Wohnungsamt, sondern an der Militärregierung gescheitert,⁷⁰⁹ wird hier ein grundsätzliches Problem klar: Kulturverwaltung ohne Anordnungsbefugnis sowie Verwaltungsstellen ohne Kulturverständnis müssen beide erfolglos bleiben. Das Stuttgarter Modell war deshalb in der Praxis erfolgreicher, weil hier ein Spezialist des Wohnungsamtes gleichermassen die Verhandlungen führte wie anordnungsbefugt war, man diesen Teil der Kulturverwaltung also mit der allgemeinen Verwaltung verzahnt hatte. Diese Anbindung fand in München nicht statt, so dass Held eigentlich auf verlorenem Posten kämpfte, hatte er doch keine wie auch immer geartete Autorität, seinen Wünschen Nachdruck zu verleihen. Die dadurch bewirkte Teilung der Zuständigkeiten hatte zur Folge, dass das Wohnungsamt zu anderen Entscheidungen kam als Held, möglicherweise oft wirklich aus Informationsmangel. Diese Verwaltungs konstruktion trug also nicht unerheblich schuld an dem Scheitern dieser für München so wichtigen Verhandlungen.

Ein gerüttelt Mass an Verantwortung fällt jedoch dabei auch auf die untergeordneten Beamten der Wohnungsbehörden, die sich der Bedeutung ihrer Ablehnungen offenbar in keiner Weise bewusst waren. Die Macht der Wohnungs- und Zuzugsstellen in diesen Jahren dürfte zu der Selbstüberschätzung der subalternen Wohnungsbeamten nicht unwesentlich beigetragen haben, deren Verhalten grossen Schaden anrichtete. Betrachtet man die Liste der zuzugswilligen Verlage, muss man München in diesem Bereich wirklich eine «Stadt der verpassten Gelegenheiten» nennen. Kultur wurde in München offenbar nicht als Teil der kommunalen Aufgaben begriffen, sondern als Aushängeschild, dessen man sich bei repräsentativen Gelegenheiten erinnerte.

Die Stadt München und ihre bildenden Künstler

Einführung und Überblick

«Die Städte pflegen – auch als Ausdruck bürgerschaftlichen Gemeinschaftsgeistes – die bildende Kunst im gesamten Bauwesen durch Ausstellungen und Ankauf von Kunstwerken, durch Denkmäler und Museen sowie durch Unterhaltung oder Förderung von Ausbildungsstätten.»¹ Diese Formulierung des Deutschen Städtetages hätte in München eigentlich auf fruchtbaren Boden fallen müssen, leitete die «Kunststadt München» ihren Ehrentitel doch ursprünglich von ihrer Rolle als Beschützerin der bildenden Künste ab.² Die bildenden Künstler hatten jedoch nicht ganz zu Unrecht das Gefühl, dass dies seitens der Stadt in Vergessenheit geraten war. So schrieb beispielsweise die Ausstellungsleitung des Hauses der Kunst 1949 in einem offiziellen Schreiben an Stadtrat Besold:

«Aus der Veröffentlichung des Haushaltsplanes der Stadt München geht hervor, dass bei der Gesamtsumme von 181 Millionen DM für kulturelle und ähnliche Zwecke 5 Millionen DM vorgesehen sind, von denen ca. 4 Millionen DM auf Theater und Oper entfallen. Den Ruf einer Kunststadt hat München nicht durch Theater und Musik erworben, sondern durch die bildende Kunst, die früher durch die Stadt München nicht nur durch Bereitstellung erheblicher Mittel für organisatorische Zwecke, sondern vor allem auch durch Ankäufe von Werken bildender Künstler gefördert wurde. So wurden in den Jahren vor 1933 im Glaspalast Werke im Werte von 60-80'000 Mark jährlich von der Stadt angekauft... Es ist allgemein bekannt, dass sich die Münchner Künstler in einer Notlage befinden, und sie sind sehr bedrückt, dass die Stadtverwaltung sie so stiefmütterlich behandelt.. ..»³ Ähnliche Vorwürfe wurden auch von der Presse immer wieder erhoben.⁴

Die Wichtigkeit solcher Unterstützung für die bildenden Künste seitens der Stadt und auch des Staates wird deutlich, bedenkt man die wirtschaftliche Lage in diesem Kunstsektor: Grosse Aufträge von privaten Mäzenen waren in der Nachkriegszeit nicht zu erwarten, da viele durch den Krieg selbst alles verloren hatten; eine der wichtigsten Schichten für die private Förderung der bildenden Kunst fiel damit aus. Staat und Stadt hatten zwar viele Bauvorhaben zu erledigen, die eigentlich für die künstlerische Gestaltung eingeplanten Gelder fielen dabei jedoch meist dem Rotstift zum Opfer.⁵ Auch der Rundfunk, die neue Kraft der finanziellen Kulturförderung, hatte – aus seiner Konstitution verständlich – keine besondere Beziehung zur bildenden Kunst. Zwar arbeitete Franz Roh, einer der wichtigsten Kunstkritiker der Nachkriegszeit,⁶ beim Bayerischen Rundfunk und seine «Kommentare zur Kunst»⁷ erregten durchaus Aufsehen und Interesse. Zu finanzieller Förderung sah sich der Rundfunk jedoch nicht beru-

fen. So gab auch Programmdirektor Schneider-Schelde zu, «dass die gesamte bildende Kunst deshalb zugrunde gehen müsse, weil sie nicht in grosser Quantität auftreten und damit keine Hilfsleistungen erreichen könne» und bestätigte, das bisher «vom Rundfunk praktisch im Rahmen der Kulturhilfe keine Mittel für die bildende Kunst bereitgestellt» worden seien.⁸

Die Lage war also durchaus ernst und die Klagen aus Künstlerkreisen dementsprechend heftig. Die in Schneider-Scheldes Diktum angesprochene Problematik traf nämlich auch auf die städtische Förderung zu und machte wiederum den Schwachpunkt dieser Art von Kulturfinanzierung deutlich: Institutionen waren leichter zu unterstützen als Einzelkünstler. Dem trugen auf dem Sektor der bildenden Kunst die vielen grossen und in den ersten Nachkriegsjahren mit umfangreichen Befugnissen ausgestatteten Künstlerorganisationen Rechnung,⁹ auf die sich im Zusammenhang mit der bildenden Kunst der Grossteil der Arbeiten, die die Stadt beispielsweise in den Bereichen Theater und Musik übernahm, verlagerte.¹⁰ Diese erhielten so jedoch auch einen monopolartigen Alleinvertretungsanspruch, der es den Künstlern fast zur Pflicht machte, einer dieser Organisationen beizutreten.¹¹

So war auch die Münchner Kunst- und Künstlerförderung stark auf diese Gruppen ausgerichtet. Sie erhielten aus der ab 1949 wieder besser ausgestatteten Haushaltsstelle «Förderung von Künstlern und Kunstgewerblern»¹² grössere Summen für die von den drei Gruppen beschickte und organisierte «Grosse Münchner Kunstausstellung», einen Teil davon für deren Organisation und einen anderen Teil für Ankäufe aus dieser Ausstellung.¹³ Daneben konnte auch der Kunstgewerbeverein die ihm zugestanden städtischen Förderungen im Laufe der Jahre beträchtlich erweitern: von 978,- Reichsmark im Jahre 1946 auf 35'000,- DM im Jahre 1954.¹⁴ Neben einigen Stiftungen wie der «Prinzregent-Luitpold-Stiftung»¹⁵ und der «Jubiläumstipendienstiftung der Akademie der bildenden Künste»¹⁶ erhielten städtische Zuschüsse vor allem der «Kunstverein München» (ab 1951),¹⁷ die «Deutsche Gesellschaft für Christliche Kunst» (ab 1951)¹⁸ und zwischenzeitlich auch der «Schutzverband Bildender Künstler»,¹⁹ der «Arbeitsring versehrter Künstler»²⁰ und der «Künstlerunterstützungsverein».²¹ Der grösste Teil der städtischen Kunstförderungen fand jedoch den Weg in die städtischen Kunstsammlungen, also die Städtische Galerie, die Lenbachgalerie, das Historische Stadtmuseum und die Puppentheatersammlung.²² Dies machen Stichproben deutlich.²³ Da ein Teil der Summen aus der «Förderung von Künstlern und Kunstgewerblern» ebenfalls für Ankäufe ausgegeben wurden, die den Städtischen Sammlungen zugutekamen, ist der Bereich der bildenden Kunst wiederum ein Negativbeispiel der Institutionsgebundenheit städtischer Kulturförderung. Betrachtet man die Zuschussaufteilung jedoch genauer, lässt sich deutlich eine Abmilderung dieses Trends gegen Mitte der fünfziger Jahre feststellen. Die ausserordentlichen Zuschüsse an die Städtische Galerie in den Jahren 1952/53 hängen vor allem mit dem Wiederaufbau des Lenbachhauses zusammen;²⁴ diese Wiederaufbaugelder sind die einzigen Fördersummen für die bildende Kunst, die sich in etwa mit den Zuschüssen für Theater und Musik vergleichen lassen²⁵ – auch diese flössen jedoch in ein repräsentatives Bauwerk, nicht in die unmittelbare Kunstproduktion.

Die Städtische Galerie im Lenbachhaus

Die Anregungen zur Gründung einer Städtischen Galerie gehen bis zum Jahr 1887 zurück, als der Privatier Ferdinand Leibl seine Bilder der Stadt mit dem ausdrücklichen Wunsch vermachte, sie sollten der Anfang einer zu gründenden Städtischen Galerie werden.²⁶ Obwohl aus Künstlerkreisen diese Idee begeistert angenommen wurde, ging man seitens der Stadt über vorbereitende Diskussionen nicht hinaus. Städtische Ankäufe verteilte man entweder in Amtsräumen oder man vergab sie von vorneherein als Aufträge zur künstlerischen Gestaltung städtischer Bauwerke.²⁷ So wurde die Idee einer Städtischen Galerie vor dem ersten Weltkrieg nicht mehr verwirklicht.

In den zwanziger Jahren wurde die Kunstpflege von der Stadt systematischer und mit mehr Geldmitteln betrieben; dennoch nahm die Gründung einer Städtischen Galerie erst konkrete Formen an, als die Witwe des Malers Franz von Lenbach der Stadt anbot, ihr die Anwesen Luisenstrasse 33 und 35 zu einem niedrigen Preis zu verkaufen und die Galerie Lenbachs als Stiftung dazugeben. Dank der Initiative des zweiten Bürgermeisters Küfner konnte mit dem Ankauf dieser Anwesen durch die Stadt auch die Gründung einer Städtischen Galerie verbunden werden. Daneben hatte dies auch zur Folge, dass 1925 ein kommunaler Kunstbeirat gebildet wurde, und in Eberhard Hanfstaengl ein fachkundiger Leiter für die Städtischen Kunstsammlungen eingesetzt werden konnte; damit erhielt die Kulturverwaltung eine neue Ausrichtung.²⁸

Nach dem Erwerb der 1887/90 von Gabriel Seidl für Lenbach im Stil italienischer Renaissance erbauten Anlage wurde diese der neuen Zweckbestimmung entsprechend in den Jahren 1927 bis 1929 umgestaltet.²⁹ Auf der Grundlage der Lenbach'schen Sammlung versuchte man zunächst eine möglichst umfassende Präsentation der Münchner Malerei des 19. Jahrhunderts mit Spitzweg, den Malern des Leibl-Kreises und Landschaftsmalerei, aber auch mit Lovis Corinth.³⁰ Die aus Künstlerkreisen erhoffte Förderung lebender Künstler blieb dabei vorerst im Hintergrund.³¹

Nach Hanfstaengls Berufung nach Berlin wurde Franz Hofmann Leiter der Galerie, die er gemäss den Richtlinien des Nationalsozialismus «säuberte» – viel «Entartetes» hatte die Galerie jedoch ohnehin nicht auszusondern.³² Bei den grossen britischen Luftangriffen auf München am 9./10. März 1943 wurden die Gebäude schwer beschädigt.³³ Ein Grossteil der Bestände war jedoch bereits in elf Ausweichlagern in Sicherheit gebracht worden und konnte daher über den Krieg gerettet werden. Vor allem die alten bayerischen Adelsfamilien hatten sich dabei Verdienste erworben und ihren Kunstsinn unter Beweis gestellt: Neben Herzog Luitpold in Bayern nahmen unter anderem Graf Emanuel von Montgelas, Graf Carl Th. zu Törring und Gräfin Sofie von Moy Bestände aus den Städtischen Sammlungen in ihren Schlössern auf.³⁴

Nach dem Krieg berief man mit Arthur Rümman wiederum einen hauptberuflichen Leiter der Städtischen Galerie;³⁵ ihm fiel die undankbare Aufgabe zu, die Rückführung und Benutzbarmachung der ausgelagerten Bestände in einem bis zum Keller ausgebrannten Gebäude in die Wege zu leiten, die Kriegsverluste in etwa auszugleichen und mit völlig unzulänglichen Räumlichkeiten die städtische Kunstpflege durch Ausstellungen und Ankäufe wieder in Gang zu bringen. So berichtet Rümman im Dezember 1945 an Bürgermeister Lacherbauer:

«Wenn die Gebäulichkeiten wieder mit Notdächern gegen Schnee und Regen gesichert sind, dann erst besteht die Möglichkeit, an den Rücktransport der Kunstwerke zu denken. Die Bestände als solche sind draussen bis auf wenige Ausnahmen gut durch die Zeit gekommen. Bis zu ihrer Wiederaufstellung müssen nach Möglichkeit behelfsmässige Ausstellungen gemacht werden, wobei die Leitung leider gezwungen ist, bei Privaten um das Gastrecht zu bitten.»³⁶

In seiner zweiten Sitzung im Januar 1946 beschloss dann der Stadtrat, die grössten Flieger- und Frostschäden der Galerie mit 25'000,- Reichsmark beseitigen zu lassen;³⁷ auch private Spenden gingen dafür ein.³⁸ Die Arbeiten erwiesen sich jedoch als sehr schwierig, da es an Bauarbeitern und Baumaterialien fehlte; der Kampf mit solchen Problemen verzögerte eine Eröffnung immer wieder.³⁹ Am 19. Juni 1947 konnte die Galerie endlich mit einer Ausstellung der «Neuen Gruppe» im Rahmen der Münchner Kunstwochen «München Sommer 1947» wenigstens teilweise wieder eröffnet werden.⁴⁰ Dann verlangsamte sich das Tempo der Bautätigkeit erneut. Wie kritisch die Situation war, zeigt ein Antrag der Bayernpartei vom Oktober 1950:⁴¹

«Während der Ausstellung in den vergangenen Monaten, die mehr von auswärtigen als von Münchner Interessenten besucht war, hat beim Durchwandern der Ausstellungsräume in der Städtischen Galerie mancher Besucher, hauptsächlich Ausländer, den Direktor der Städtischen Galerie wegen des verkommenen Ateliergebäudes zur Rede gestellt. Dabei wurden ihm gegenüber oft sehr kräftige Ausdrücke gebraucht, die ihren stärksten Grad in ‚Kulturschande‘ erreichten. Seine Entschuldigungen wegen Geldnot der Stadt München fanden wenig Glauben.»⁴²

Ein Jahr später beantragte die Städtische Galerie erneut 130'000,- DM für Wiederaufbauarbeiten.⁴³ In einem Bericht vom Oktober 1952 ergab sich als Resümee der bisherigen Arbeiten, dass bis zu diesem Zeitpunkt insgesamt bereits 59'900,- RM und 442'276,- DM ausgegeben worden waren.⁴⁴ Ein weiterer Bedarf von 439'400,- DM wurde dabei schon angemeldet, dies sollte zum restlichen Ausbau der Galerie bis zur 100-Jahr Feier des Lenbach-Geburtstages 1954 dienen.⁴⁵

Normaler Ankauf war unter solchen schwierigen räumlichen Umständen ohnehin nicht gegeben; dennoch versuchte Rümmer, durch Ausrichtung auf die Förderung der lebenden Kunst und Betreuung «jüngerer talentvoller Künstler» und Berücksichtigung der «Jungen bzw. noch nicht arrivierten Jungen» mit der vorwiegend rückwärtsgewandten Ankaufpolitik der zwanziger Jahre zu brechen.⁴⁶ Durchgreifende Erfolge konnte er dabei nicht verzeichnen; das gelang erst seinem Nachfolger Hans Konrad Roethel, dessen unablässigen Bemühungen die Städtische Galerie 1957 die bedeutende Gabriele-Münter-Stiftung und 1965 die Bernhard-Koehler-Stiftung verdankt.⁴⁷ Seitdem ist die Kunst des «Blauen Reiter» nirgends so umfassend und lückenlos dokumentiert wie in der Münchner Städtischen Galerie, die sich dadurch Weltgeltung verschaffen konnte.

Das Historische Stadtmuseum

Die Geschichte des Stadtmuseums geht bis zum Jahr 1873 zurück, in dem die gemeindlichen Kollegien beschlossen, ein historisches Stadtmuseum zu gründen.⁴⁸ Bis zu diesem Zeitpunkt

hatte der Magistrat noch geglaubt, die Pflege stadtgeschichtlich interessanter Gegenstände dem Bayerischen Nationalmuseum überlassen zu können, dem es auch kurz zuvor die städtischen Rüstungen, Waffen, Innungszeichen, also die Gegenstände der Landwehr und des Gewerbes, als ständige Leihgaben zur Verfügung gestellt hatte. Vorerst nutzte die Stadt also die Chance nicht, die sich durch die Auflösung der Landwehr (1869) und der Zünfte (1869) ergeben hatte, obwohl sich das ehemalige Zeughaus am St. Jakobsplatz für die Errichtung eines Museums durchaus anbot.⁴⁹

Nach teils widersprüchlichen Entscheidungen des Magistrats trat man dann durch den Erwerb der Maillinger-Sammlung⁵⁰ 1876 in eine konkretere Phase ein: Über fünfzehn Jahre nach dem ursprünglichen Beschluss konnte 1888 das historische Museum eröffnet werden. Unter der Leitung von Ernst von Destouches blieb es jedoch, darin dem Stadtarchiv vergleichbar, unsystematisch geführt. Auch nach Destouches' Tod 1916 übertrug man die (nebenberufliche) Leitung des Museums keinem Fachmann, sondern dem Direktor der städtischen Malschule, Professor Karl Dietl.⁵¹ Seit 1919 stand diesem jedoch bereits Konrad Schiessl zur Seite, der die eigentliche Verwaltungsleitung des Museums, auch nach der Ernennung Eberhard Hanfstaengls zum Leiter der Städtischen Kunstsammlungen im Jahre 1925, in Händen hielt. Neben organisatorischen Verbesserungen und systematischen Inventarisierungsarbeiten formulierte man für das Museum in diesen Jahren auch sein erstes sinnvoll strukturiertes Programm und seinen Sammelauftrag: Die Darstellung der bürgerlichen Vergangenheit Münchens, die bisher hinter der höfischen Geschichte der Stadt zurückgetreten war; das Stadtmuseum sollte durch die Präsentation des spezifisch Münchnerischen ein wirkliches Heimatmuseum werden.⁵²

Da die Raumnot des Museums eine adäquate Erfüllung dieser Aufgaben nicht zuließ, schuf man zwischen 1926 und 1931 etliche Erweiterungsbauten. Damit und durch die systematische Erschließung und Darstellung von Bereichen bürgerlicher Kultur wie Kunstgewerbe, Wohnkultur, Gemeindeverwaltung, Stadtplanung, Bürgerwehr und Zunftwesen wollte die Stadt ein «Denkmal der Münchner Bürgergeschichte» setzen;⁵³ dies ist auch zu verstehen als Schritt in der Entwicklung von einer Residenzstadt zu einer Bürgerstadt und zeigt das neue Selbstverständnis der Münchner Stadtgemeinde.⁵⁴

Während der NS-Zeit verpflichtete man das Museum, weiterhin unter der Leitung von Konrad Schiessl, mehr dem völkischen Ideengut. Im Sommer 1944 wurde es dann bei Luftangriffen schwer beschädigt und geschlossen.⁵⁵ Die Wiederaufbauarbeiten nach dem Krieg gingen, wie bei der Städtischen Galerie, nur schleppend vor sich; auch hier mussten erst der Dachstuhl wiedererrichtet, die Heizung erneuert und einige Räume wieder instandgesetzt werden, bevor man an eine Wiedereröffnung denken konnte.⁵⁶ Bis 1952 hatte man dafür 6'560,- Reichsmark und 263'990,- DM ausgegeben, weitere 253'000,- DM wurden benötigt.⁵⁷

Im März 1953 schied Direktor Konrad Schiessl wegen Erreichens der Altersgrenze nach über vierzig Jahren Tätigkeit im Stadtmuseum aus.⁵⁸ Sein Nachfolger wurde Max Heiss, der bereits seit achtzehn Jahren im Museum beschäftigt war.⁵⁹ Unter Heiss konnte am 24. September 1954 das Museum auch endlich wieder eröffnet werden. Bürgermeister von Miller sagte bei der Eröffnung: «Jeder Münchner freut sich, dass dieses intimste, dieses münchnerischste Museum unserer Stadt wieder ständig zugänglich ist.»⁶⁰

Die Ausstellungs- und Ankaufpolitik der Stadt

Die Bedingungen, unter denen das künstlerische Leben nach 1945 wieder begann, waren denkbar ungünstig; Materialknappheit, zerstörte Ausstellungsräume, Wertlosigkeit des Geldes, mangelnde Kommunikationsmöglichkeiten und Probleme bei den ersten Organisationsversuchen der Künstler erschwerten den Neubeginn. Auch die ersten Ausstellungen litten noch unter vielen Provisorien. So könnte die Städtische Galerie erst wieder ab Sommer 1947 ausstellen, die traditionelle «Grosse Münchner Kunstausstellung» fand dann ab 1949 wieder statt und auch der «Kunstverein München» und andere ehemalige Aussteller mussten sich mit engstem Raum zufrieden geben.⁶¹ In den Jahren vor der Währungsreform waren überdies die Gelder, die für Ankäufe ausgegeben werden konnten, sehr beschränkt, da die Instandsetzungsarbeiten vorgingen.⁶² Gerade in einer solchen Situation, in der man Prioritäten setzen muss, kommen Grundvorstellungen an die Oberfläche, die sonst nicht so deutlich würden. Insofern sind Auswahl und Art der Ausstellungen durchaus aufschlussreich und einer Betrachtung wert.

Die Ausstellungen

Die ersten Ausstellungen nach dem Krieg

Wurden im schwierigen Jahr 1945 noch fast keine Ausstellung veranstaltet,⁶³ so konnte man in München 1946 bereits stolz auf mehr als sechzehn Ausstellungen in Privatgalerien, in der «Neuen Sammlung» und im Kultusministerium hinweisen.⁶⁴ Ab 1947 kam auch die Städtische Galerie wieder als Ausstellungsort in Frage und neben dreizehn Ausstellungen in der Galerie Günther Franke, der Galerie Baudenbach, der Neuen Sammlung und dem Bayerischen Nationalmuseum veranstaltete auch die Stadt bereits wieder vier Ausstellungen.⁶⁵ Drei der städtischen Präsentationen waren den grossen Münchner Künstlergruppen gewidmet: Zuerst stellte die «Neue Gruppe» dort aus, dann die «Münchner Künstlergenossenschaft», zuletzt die «Münchner Secession».⁶⁶ Ausserdem erhielten Otto Geigenberger, Adolf Jutz und Wilhelm Maly Gedächtnisausstellungen.⁶⁷

Dieses Programm zeigt, dass die Städtische Galerie zusehr in Traditionen und Verpflichtungen verstrickt war, um einen wirklichen Neuanfang zu wagen. Im Dezember 1945 hatte Arthur Rümmerich noch andere Vorstellungen: «Die erste Ausstellung soll dann mit den fast ganz geretteten Beständen von Bildern der sogenannten entarteten Kunst gemacht werden.. .»⁶⁸ Die Neue Gruppe wurde diesem Anspruch offenbar nur teilweise gerecht, obwohl sie viele avantgardistische Kräfte aufgesogen hatte. Sie bot verschiedenste künstlerische Richtungen an, von Realistischem und Impressionistischem bis zu Abstraktem und Surrealistischem,⁶⁹ konnte damit aber nicht überzeugen. So heisst es in einem Artikel zu dieser Ausstellung:

«Sieht man aber noch einmal auf das Gesamtbild dieser Schau, dieser ersten repräsentativen Schau der Moderne in München, so bleibt doch der Eindruck eines bunten oberbayerischen ‚Fleckerlteppichs‘, mit mehr oder minder zufälligem Geschmack lose und innerlich unbeteiligt zusammengenäht. Aber sind wir trotz all dieser Einwände nicht verpflichtet, diese Aus-

stellung zu zeigen? Gewiss, wenn wir die innere Gewissenspflicht besitzen, so müssen wir es tun, schon um Klarheit darüber zu gewinnen: wo stehen wir? wohin treiben wir? Kunst war zu allen Zeiten ein vorgeschautes Spiegelbild der gesamten Zeitsituation... Ist diese allzu individuell-eigenwillige Buntfarbigkeit nicht eine bezeichnende Parallele zu der Vielfalt unserer philosophischen Systeme oder der religiösen Sekten? Sei es uns hier ein Trost, dass es überall auf der Welt so geschieht, nicht nur in Deutschland, nicht nur in München.»⁷⁰

Auch die Münchner Künstlergenossenschaft zeigte sich bei ihrer Ausstellung im August 1947 bereits im Vorwort ihres Kataloges als eher rückwärtsgerichtet:

«Heute tritt die neuerstandene Münchner Künstlergenossenschaft ... an die Öffentlichkeit und wir möchten damit eine Tradition der alten Münchner Künstlergenossenschaft aus den Zeiten ihrer massgeblichen Bedeutung wieder versuchen aufzunehmen. Jedoch wollen wir Tradition nicht in einem konservativen, einseitigen Sinne verstanden wissen, sondern als Verpflichtung zur Pflege der selbstverständlichen überzeitlichen wahren künstlerischen Werte, aber in ihrer zeitnotwendigen Lebendigkeit, das echte Gefühl vom problematisch Suchenden bis zum fertigen Ausgereiften umfassend».⁷¹

Auch im ersten Ausstellungskatalog der Münchner Secession suchte man eine Formel zu finden für das Verhältnis von Tradition und Fortschritt: «Die Secession ... bejaht die Notwendigkeit der Neuerung, wie es stets in ihrer Tradition lag.»⁷²

Fr. Bilek



Müde wie Ausstellungsbesucher

Insgesamt begann der Ausstellungsreigen der Städtischen Galerie also unter dem Motto von Tradition und vorsichtiger Neuerung – eine für München seit jeher typische Grundeinstellung.

Behinderungen und Schwierigkeiten städtischer Ausstellungspolitik

Erschwert wurde eine freie Ausstellungsgestaltung der Städtischen Galerie jedoch auch durch die Vielzahl der in München seit Jahren ansässigen Künstler, deren «ersessenen» Rechten gegenüber sich die Stadt nicht verschliessen konnte. Denn nicht zu Unrecht wiesen diese Künstler darauf hin, dass die Stadt ihren Ruhm als Kunststadt ihnen zu verdanken habe, was auch ein Recht auf Förderung impliziere. Hinzu kamen die Bitten, zu runden Geburtstagen Ausstellungen als Ehrung der Jubilare vorzunehmen oder verstorbenen Künstlern Gedächtnisausstellungen zu arrangieren.⁷³ Dies wiederum brachte der Stadt bei Nichtberücksichtigung den Vorwurf ein, sie vernachlässige ihre verdienten Künstler und hatte bei einer Vielzahl solcher Ausstellungen zur Folge, dass sich die Presse klagend über die zu traditionelle Ausstellungspolitik der Stadt äusserte. Dieses Dilemma kommt in vielen Schreiben zwischen Rümman und Held zum Ausdruck. Beispielhaft seien hier einige Fälle angeführt.

Der Maler Willi Geiger, während der NS-Zeit aus seinem Lehramt an der Leipziger Akademie der graphischen Künste entlassen und zwischen 1945 und 1950 Professor an der Hochschule für Bildende Kunst in München,⁷⁴ feierte 1948 seinen 70. Geburtstag. Held hatte ihm versprochen, sich für eine Ausstellung in der Städtischen Galerie einzusetzen, die dann aber nicht mehr 1948, sondern erst im März 1949 als Kollektivausstellung zusammen mit anderen Siebzigjährigen der Neuen Gruppe stattfinden konnte.⁷⁵ Zu seinem 75. Geburtstag versuchte Geiger wiederum, eine Ausstellung seines Lebenswerks in der Galerie zu machen.⁷⁶ In seinem ablehnenden Schreiben an Held verwies Rümman auf die Kollektivausstellung zum 70. Geburtstag und fügte hinzu: «Ich glaube nicht, dass es die anderen Herren als gerecht empfinden würden, wenn heute der Herr Professor Geiger wieder an die Reihe käme.» Held ergänzte diese Aussage Geiger gegenüber so: «Unsere Galerie hat es eben nicht ganz leicht, da wir ja mit lebenden Künstlern rechnen müssen, die die bevorzugte Stellung eines oder zweier Männer immer wieder nicht begreifen wollen.»⁷⁷

In einem anderen Fall ging es um den Maler Stadelmann, für den Altoberbürgermeister Scharnagl eine Gedächtnisausstellung erbeten hatte.⁷⁸ In einem Schreiben an Scharnagl begründete Bürgermeister von Miller seine Absage damit, dass auch Held und Rümman der Auffassung seien, «dass eine Ausstellung dieser liebenswerten, aber doch problemlos gewordenen Kunst in unserer Galerie nicht den gewünschten Erfolg haben würde».⁷⁹ Dies wollte Scharnagl nicht akzeptieren:

«Auf diese Weise distanziert sich die Leitung unserer Kunstsammlungen immer mehr von den Auffassungen des grösseren Teiles des kunstfreudigen Publikums. Meines Erachtens ist dies nicht zum Vorteil der Kunst und ihrer Entwicklung; denn ich habe die Überzeugung, dass diese vom Problematischen freie Auffassung der bildenden Kunst nicht gleich zu setzen ist mit einer Verflachung guten Kunstempfindens oder gar mit einer Vorliebe für Kitsch.»⁸⁰



«Ist das vielleicht alles,
was du den ganzen Tag gemacht hast?»



«Wozu noch drunter schreiben, was jeder Laie einsieht?»

Scharnagl sprach damit einen der Hauptgründe für den vielbeklagten Traditionalismus Münchens an: Neben vielen Künstlern und einem Teil der im städtischen Bereich für die Kunst Verantwortlichen hatte auch das Publikum oft keinen rechten Bezug zu den modernen Kunstströmungen und bevorzugte Traditionell-Gefälliges. Dennoch sah man sich verpflichtet, dem Neuen gegenüber aufgeschlossen zu sein, um nicht von den Kritikern zu scharf angegriffen zu werden.

Dies kommt auch deutlich in einem Briefwechsel zwischen Hans Ludwig Held, Oberbürgermeister Wimmer, Arthur Rümman und dem Bruder eines Malers der sehr konservativen Richtung zum Ausdruck. Letzterer hatte Oberbürgermeister Wimmer gegenüber die Anregung gemacht, eine «begrenzte Ausstellung nur für derartige Künstler alten Stils zu schaffen» und dadurch «nicht nur die alten Künstler, sondern auch viele Menschen, die gern wieder Bilder der alten Richtung sähen», zu grossem Dank zu verpflichten.⁸¹ Rümman nahm dazu so Stellung:

«Eine Ausstellung so ganz konservativer Kunst ist für unser Haus bei der heutigen Einstellung der Münchner Kritiker ein gewagtes Unternehmen, was sogar bei der jetzigen Gedächtnisausstellung wieder sehr zu spüren ist... Das gute Herz findet heute bei der Kritik kein Echo.»⁸² Held schloss sich dieser Aussage gegenüber Oberbürgermeister Wimmer an: «Wenn ich zur Sache selbst mich äussere, so stelle ich fest, dass ein Teil unserer Ausstellungen eine beste Art von konservativer Malerei so sehr berücksichtigt, dass Herr Rümman wiederholt mit ernstesten Kritiken über seine Ausstellungen zu rechnen hatte. Wir halten m.E. – und dies ist die allgemeine Auffassung der Münchner Künstlerschaft – eine gute Mitte zwischen einer mehr konservativ gerichteten und der modernen Malerei, die von uns in Kollektivausstellungen und sorgfältig ausgewählt auch in kleineren Einlagen berücksichtigt wird.»⁸³

In seinem abschliessenden Brief findet sich aber die Formulierung, es sei «sehr schwer, bei der heutigen Situation einen rein konservativen Charakter zu wahren»;⁸⁴ dies impliziert ein leises Bedauern über die Situation, die eine Bevorzugung moderner Kunst erzwang. Held tendierte ebenfalls eher zur gegenständlichen Kunst,⁸⁵ liess aber Rümman meist freie Hand in solchen Dingen und stand der modernen Kunst nicht ablehnend, eher fragend und etwas verständnislos gegenüber.⁸⁶ Er liess sich jedoch durchaus auch von Vertretern der modernen Kunst, wie beispielsweise von Franz Roh, beraten und bei seinen Empfehlungen beeinflussen. Gutes Anschauungsmaterial dafür liefern die Gespräche um die Übernahme der Ausstellung «Extreme Kunst» aus Augsburg.⁸⁷ Roh setzte sich sehr für die Ausstellung ein, die er als wichtigste seit Kriegsende bezeichnete.⁸⁸ Held liess sich davon überzeugen und befürwortete eine Übernahme gegenüber Oberbürgermeister Scharnagl⁸⁹ und Arthur Rümman.⁹⁰ In dem Schreiben an Rümman konnte er sich bereits auf die Unterstützung Scharnagls berufen, wies jedoch auch auf ein Gespräch hin, das er mit Wilhelm Hausenstein und Hans Eckstein gehabt hatte und in dem Eckstein offenbar Bedenken äusserte; Eckstein vertrat die Meinung, man solle nur eine sorgfältige Auswahl der in Augsburg ausgestellten Bilder nach München bringen.⁹¹ So geschah es offensichtlich auch: sechs der Ausgestellten konnten sich in der ersten Ausstellung der Städtischen Galerie als Mitglieder der Neuen Gruppe präsentieren,⁹² vier von diesen auch in der Ausstellung «Bayerische Kunst der Gegenwart», die für die Kunsthalle

Basel zusammengestellt worden war und vorher im Bayerischen Nationalmuseum präsentiert wurde.⁹³ Zwei weitere Teilnehmer der Augsburger Ausstellung hatten 1947 überdies Einzelausstellungen in der Galerie Günther Franke.⁹⁴ Vor einer Gesamtschau scheute man augenscheinlich zurück, obwohl Roh versichert hatte, an dem «schreckhaften Titel» solle es nicht scheitern.⁹⁵ Auch hier schloss man also lieber Kompromisse, bevor man sich der Kritik, diesmal von der anderen Seite, aussetzte.

Der «Blaue Reiter» und Gabriele Münter

Gab es für den oben geschilderten Fall die Entschuldigung, man kenne die in dieser Ausstellung Vertretenen noch zu wenig, so traf dies in einem anderen Fall gewiss nicht zu: bei der Ausstellung des «Blauen Reiter» im Jahr 1948. Hier liess sich die Stadt aus finanziellen Vorbehalten und mangelnder Risikofreude eine wirkliche Chance entgehen, sich international zu präsentieren.

Bereits 1948 hatte der Plan Form angenommen, eine repräsentative Ausstellung der Künstlergruppe «Blauer Reiter» zu veranstalten. Treibende Kraft dafür war vor allem Dr. Ludwig Grote, der dem Kreis des «Blauen Reiter» nahestand.⁹⁶ Es konstituierte sich dann ein Organisationskomitee, bestehend aus Grote und Arthur Rümman, das die Vorbereitungen für eine solche Ausstellung in den Räumen der Städtischen Galerie treffen sollte. Noch im Oktober 1948 konnte Held stolz an das Referat 10 (Wirtschaft und Verkehr) zur Weiterleitung an die Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes melden, dass diese Ausstellung im April/Mai 1949 in der Städtischen Galerie stattfinden und «die Stellung Münchens zur modernen Kunst von der Jahrhundertwende bis heute» darstellen werde. Als Veranstalter wurden der Stadtrat der Landeshauptstadt München und die Städtische Galerie genannt.⁹⁷

Die durch die Währungsreform bedingten Schwierigkeiten des Jahres 1948 brachten diesen Plan offenbar erst einmal zum Scheitern. In seinem Abschlussbericht meint Rümman, dass der Ausstellungsplan «wohl aus Gründen eines Risikos – nicht in die Tat umgesetzt» wurde, weshalb «Herr Dr. Grote sich um Hilfe beim Bayerischen Staat umsehen musste».⁹⁸ Wie einer Kulturausschusssitzung vom August 1949 zu entnehmen ist,⁹⁹ hätte die fragliche Summe, die der Staat dann für die Ausstellung auswarf, 12'000,- DM betragen; hinzu kamen noch 4'000,- DM Vorschuss für die Katalogdruckkosten. Zum Vergleich: 567'763,- DM erhielten 1949 allein die Städtischen Bühnen als Zuschuss von der Stadt, der 47. Teil dieser Summe hätte das Unternehmen «Blauer Reiter» für die Stadt sichern können.¹⁰⁰ So ergriff das Bayerische Kultusministerium diese einmalige Chance und Rümman konnte nachträglich nur erbittert konstatieren:

«Die in dem Begleitschreiben des Herrn Dr. Grote angeführten Besucherzahlen und Verkaufszahlen der Kataloge zeigen allein schon, wie wichtig es gewesen wäre, wenn die Stadt den Mut gehabt hätte, von sich aus diese Ausstellung zu machen. Es wäre aber auch neben dem «klingenden Lohn» ein ausserordentlicher Prestigegegewinn für die Städtische Galerie gewesen, die ja sowieso unter der Verlegung des Kunstaustellungsviertels nach der Prinzregentenstrasse zu leiden hat.»¹⁰¹

Die Erfolgsbilanz der Ausstellung gab dem nur zu Recht: In der Zeit vom 3. September bis zum 15. Dezember 1949 hatten 30'000 Besucher die Ausstellung gesehen, 5'000 Kataloge

waren verkauft worden, man hatte etliche Gesellschaftsfahrten und Volkshochschulführungen veranstaltet und ein internationales Publikum aus Amsterdam, Basel, Bern, Chicago, London, Paris, Rom, Los Angeles, Wien und Zürich nach München geholt. Unter den Museen, die sich um die Ausstellung bewarben, befanden sich neben Düsseldorf, Frankfurt a.M., Stuttgart und Wiesbaden auch die Kunsthalle Basel, das County Museum Los Angeles, das Musée de l'art moderne in Paris, das M.H. Young Memorial Museum in San Francisco und das Wiener Kunstgewerbemuseum¹⁰².

Obwohl sich Grote sehr freundlich für die zum Katalogdruck vorgestreckten und nach Abschluss der Ausstellung zurückgezählten 4'000,- DM aus der Stadtkasse bedankte, bleibt dieser Zuschuss nur das schäbige Feigenblatt einer verpassten Chance.¹⁰³ Dass der Stadt dennoch die Werbewirkung dieser Ausstellung zugutekam,¹⁰⁴ muss als unverdientes Geschenk betrachtet werden – eine Art von Geschenk, die typisch ist für die Münchner «Kunstpolitik»: Widerwillig anerkennend müssen die Kritiker zugestehen, dass München wieder einmal Ruhm erringen konnte, ohne viel dafür tun zu müssen.

Auch Gabriele Münter wurde drei Jahre später nicht viel entgegenkommender behandelt: Rümman bot ihr zwar eine Ausstellung ihrer Werke in der Städtischen Galerie an, jedoch nur als Kollektiv-, nicht als Einzelausstellung. Er führte dies auf die Grösse der Räume der Städtischen Galerie zurück, die Gabriele Münter allein nicht füllen könne und schloss:

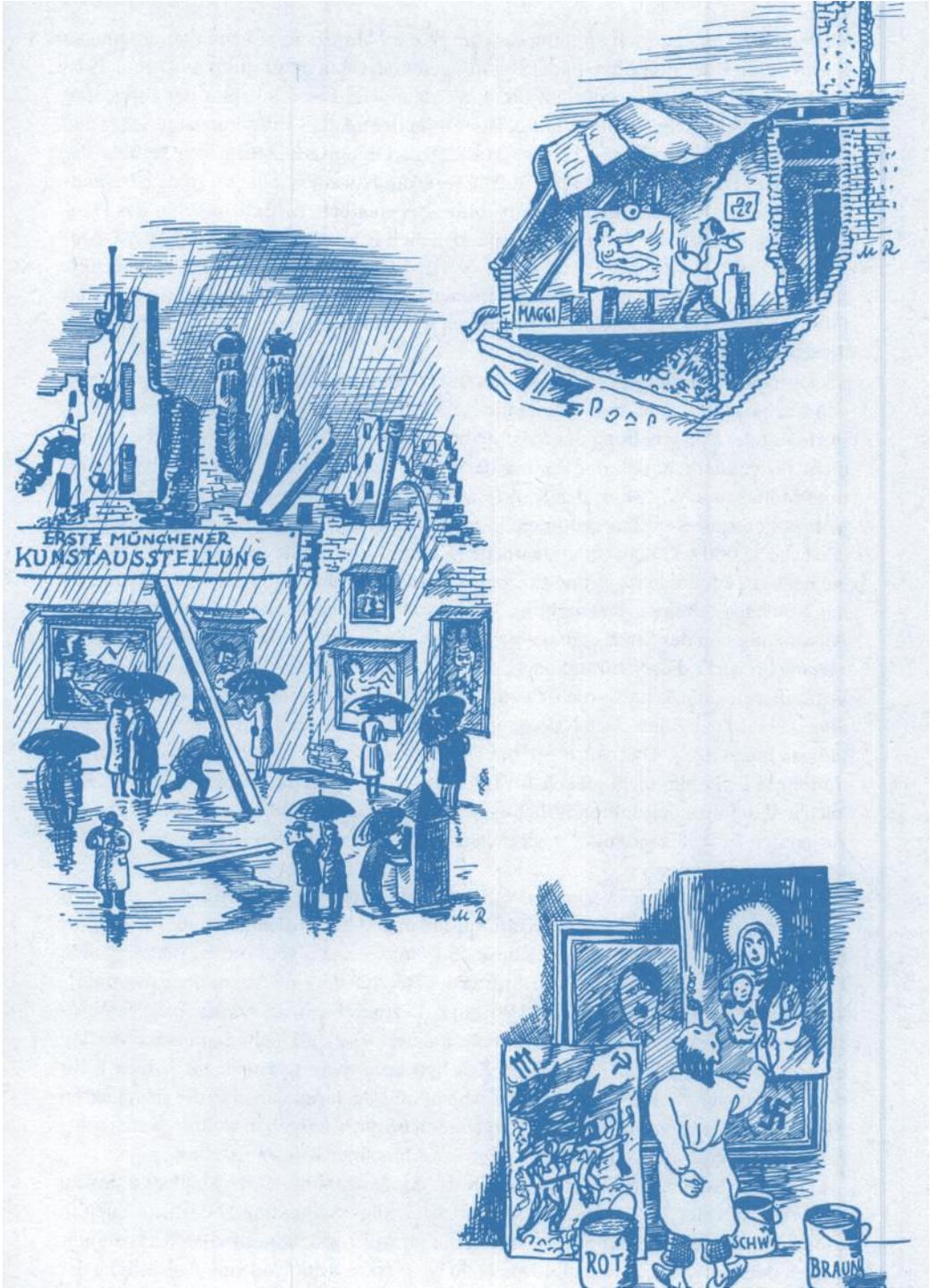
«Die Stadt München gewährt der Städtischen Galerie jährlich einen sehr achtbaren Ausstellungs-Etat, der in liberalster Weise denjenigen Künstlern zur Verfügung gestellt wird, die es als eine besondere Ehre ansehen, hier ausgestellt zu werden, was Frau Münter vor Jahren schon von mir aus angeboten war.»¹⁰⁵

Damit wehrte sich Rümman gegen die von Held auf einen Brief Gabriele Münters hin angelegte Bezuschussung einer Münter-Ausstellung im amerikanischen Art Collecting Point im Mai 1952.¹⁰⁶ Dort stellte Frau Münter auch zusammen mit einem Kollegen aus.¹⁰⁷ Das Amerikahaus stellte zwar die Räumlichkeiten, nicht jedoch bare Zuschüsse für Katalog und Plakatierung zur Verfügung und Frau Münter bat dafür um Unterstützung der Stadt, eventuell auch durch Ankauf eines ihrer Werke.¹⁰⁸ Rümman bemerkte auf diese Anfrage hin nur kühl, es ginge seines Erachtens nicht an, «Städtische Unterstützung für Ausstellungen zur Verfügung zu stellen, die nicht von der Stadt München bzw. der Direktion der Städtischen Kunstsammlungen selbst veranstaltet werden».¹⁰⁹

Verständlich ist dieses Verhalten nur als Produkt einer Verärgerung Rümmanns darüber, dass ihm hier wieder eine wichtige Ausstellung entgangen war; bedenkt man jedoch die grossherzige Schenkung Gabriele Münters im Jahre 1957, muss man wohl eingestehen, dass diese gewiss unter Rümman nicht zustande gekommen wäre.

Die «Grosse Münchner Kunstausstellung» und das Haus der Kunst

Neben der Städtischen Galerie kümmerte sich die Stadt vor allem um die «Grosse Münchner Kunstausstellung», die ab 1949 wieder im Haus der Kunst stattfand.¹¹⁰



Max Radler

Vorläufer dieser Jahresausstellung der drei grossen Münchner Künstlervereinigungen waren deren Präsentationen in der Städtischen Galerie in den Jahren 1947 und 1948 gewesen.¹¹¹ Da sich die Stadt auf diese Weise auch zur Beschützerin der Interessen dieser Vereinigungen gemacht hatte, ist es folgerichtig, dass Bürgermeister Scharnagl sich in einer Besprechung über die zukünftige Organisationsform des Hauses der Kunst im September 1948 deutlich auf die Seite der Künstler stellte und eine Übernahme des Gebäudes durch den Staat ablehnte. Bei staatlicher Kontrolle über das Haus der Kunst befürchtete er vor allem den möglichen Einfluss «parlamentarischer Gruppen und damit politischer Parteien».¹¹² Zur Erhaltung des Hauses für die Künstlerschaft bot er die ideelle und organisatorische Hilfe der Stadt bei der «Übernahme und Führung des Hauses der Kunst» an, die sich wohl auch in finanzieller Förderung niederschlagen werde.

Scharnagls Standpunkt konnte sich durchsetzen und er wurde zusammen mit Herrn von Tücher, Dr. Keim, dem Treuhänder Direktor Ade und dem Präsidenten Dr. Oesterle mit der Ausarbeitung der Satzung betraut.¹¹³ Nach diesem Anfang ist es daher nicht verwunderlich, dass der Antrag der daraufhin konstituierten «Ausstellungsleitung München e.V. – Haus der Kunst» auf städtische Förderung im Kulturausschuss wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde. Dennoch koppelte man eine Zusage für jährliche 15'000,- DM an einen staatlichen Zuschuss von mindestens 10'000,- DM, der auch seitens der Staatsregierung akzeptiert wurde.¹¹⁴ Damit stand der Grossen Münchner Kunstausstellung nichts mehr im Wege; seit 1949 wurde die Organisation dieser Ausstellung von der Stadt regelmässig bezuschusst.¹¹⁵

Dennoch wirkt dieser Einsatz nicht besonders begeistert. Störend ist vor allem die Formulierung, die Stadt werde sich «an dieser ersten grossen Münchner Kunstausstellung im Haus der Kunst nach Kriegsende mit einem namhaften Zuschussbetrag ... beteiligen müssen».¹¹⁶ Das deutet auf ein gehorsames Beugen vor der Bürde von Tradition und Pflicht hin, nicht jedoch auf Interesse und Engagement. Dies bestätigte sich auch in den folgenden Jahren: Pflichtgemäss wurden die Zuschüsse genehmigt und die verlangten Einkäufe getätigt;¹¹⁷ wirklicher Einsatz für die bildende Kunst ist dabei jedoch kaum zu spüren.

Ein Zeichen für die mangelnde «Weltstadtgesinnung» der Stadt München und ihre gewissermassen «konzentrische» Kulturauffassung¹¹⁸ bietet sich ebenfalls im Zusammenhang mit dem Haus der Kunst. So antwortete Held nach umfänglichen Befragungen¹¹⁹ abschlägig auf den Antrag des Herrn Ade, eine Ausstellung des amerikanischen Architekten Frank Lloyd Wright zu bezuschussen, die sich auf das Protektorat des Bundespräsidenten Heuss und des amerikanischen Hochkommissars McCloy berufen konnte.¹²⁰ Held hatte einen Zuschuss befürwortet, war damit jedoch nicht durchgedrungen.¹²¹ Der Grund für die Ablehnung lag darin, dass man die verfügbaren Mittel vorwiegend «zur Förderung Münchner Künstler» ausgeben wollte; damit rechtfertigte man auch den Zuschuss zur «Grossen Münchner Kunstausstellung».

Ähnlicher Provinzialismus zeigt sich in der Stellungnahme eines Stadtsekretärs zu dem Angebot des Professors Dr. Reidemeister, die «Sammlung Haubrich» auch in München zu zeigen. Dieser Stadtsekretär, der im Auftrag der Städtischen Kunstsammlungen den Vorgang für Hans Ludwig Held vormerkte, schloss an eine Aufstellung der von der Städtischen Galerie 1947/1948 veranstalteten Ausstellungen die Aussage an:

«Es ist nicht möglich, die Sammlung Haubrich während dieser Ausstellungsperiode in den Galerieräumen zu zeigen und die Vertreter der Münchner – sowie Oberbayerischen Kunstschaffenden, die Jubilare, Nachlassbesitzer bzw. besonders geschätzte Künstler unseres Gebietes erst zu einem späteren Zeitpunkt zu Wort kommen zu lassen.»¹²²

Er verband damit die Empfehlung, den Direktor der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen auf das Angebot Reidemeisters hinzuweisen.¹²³

So verständlich ein solcher Standpunkt vielleicht aus dem Munde eines Kleinstadt-Bürgermeisters klingen mag, so unverständlich wirkt er bei dem Niveau-Anspruch der Kunstsammlungen einer «Weltstadt» wie München. Anspruch und Realität klaffen hier deutlich auseinander.

Die Ankäufe

«Bei Ausstellungen und Ankäufen von Bildwerken entscheidet der künstlerische Wert des Werkes, nicht die wirtschaftliche Lage des Künstlers.»¹²⁴ Diese Empfehlung des Deutschen Städtetags zeigt die dritte grosse Schwierigkeit der städtischen Ausstellungs- und Ankaufpolitik auf: Nach den Widersprüchen zwischen rein münchenerischer und international anerkannter Kunst und dem Kampf zwischen dem Traditionell-Gefälligen und dem Avantgardistisch-Neuen wurde die soziale Komponente der städtischen Ankäufe ein kunstpolitisches Problem. Neu war diese Schwierigkeit keineswegs; bereits 1924 hatte der Münchner zweite Bürgermeister Kufner in einer Denkschrift gefordert, bei dem Ankauf von Kunstwerken «durchaus nach Gesichtspunkten der Kunst und nicht der Unterstützung» zu verfahren.¹²⁵ Die Stadt sah sich jedoch immer wieder mit Fällen konfrontiert, in denen der Ankauf eines Kunstwerkes die einzige Möglichkeit war, einem Künstler aus seiner wirtschaftlichen Notlage zu helfen. So wurde dies oft als Ersatz für Sozialhilfe angewandt – ein vom künstlerischen Blickwinkel aus fragwürdiges, vom menschlichen Standpunkt jedoch durchaus lobenswertes Verfahren.¹²⁶

Man versuchte, die künstlerischen Gesichtspunkte dabei dennoch nicht ausser Acht zu lassen. So ist auch Rümans Empfehlung für einen Ankauf aus der grossen Kunstaussstellung zu werten:

«Im Nachgang zu der Ankaufliste möchte ich noch dafür plädieren, dass man innerhalb der Secession an B. denkt, von dem ich ein Portrait ... vorschlagen würde, das sehr interessant und ähnlich ist. B. geht es sehr, sehr schlecht und ich glaube, man würde keinen Unwürdigen unterstützen.»¹²⁷

Ähnliches findet sich in einem anderen Schreiben Rümans:

«Ferner möchte ich auf drei Künstler hinweisen, die als Künstler wesentlich sind und in bitterster Not um ihre Existenz kämpfen: H...., der ein ausgezeichneter Stillebenmaler ist, durch einen Gehörfehler in seinem persönlichen Einsatz für sein Werk schwer behindert... Ferner ... M...., der durch seine schwerste Notlage schwere gesundheitliche Störungen erlitten hat und schon lange auf meiner Ankaufliste steht... Frau S.... hat mir das Ihnen auch bekannte ... Bild gebracht, das ich auch schon längst zum Ankauf in Aussicht genommen habe.. .»¹²⁸

Betrachtet man jedoch eine Zusammenstellung der von den Städtischen Kunstsammlungen in den Jahren 1946, 1947, 1948 und 1949 angekauften Kunstwerke, so wird erkennbar, dass zwar nach münchenerischen und sozialen, aber auch nach künstlerischen Kriterien ausgewählt wurde: Neben Werken von Brenninger, Hiller, Röhrig, Lenbach, Samberger, Kaulbauch, Oberländer, Toni Stadler und anderen, die durch Kauf erworben wurden,¹²⁹ erhielt die Galerie auch Werke von Slevogt, Röhricht, Maly, Leo von König und Thiersch geschenkt¹³⁰ und stand wegen der Schenkung von weiteren Lenbach-Portraits und einem Hans Thoma-Bild in Verhandlungen.¹³¹ Die weniger wertvollen, aus sozialen Gründen erworbenen Kunstwerke wurden entweder in der Galerie eingelagert oder aber zu «Repräsentationszwecken», also für offizielle Geschenke, bereitgehalten.¹³² Auch ein Vergleich der Gesamtausgaben der Städtischen Galerie mit den Ausgaben für qualitativ gute Werke zeigt, dass die Relation zu den «sozialen Ankäufen» durchaus vertretbar war.¹³³

Dennoch macht der Schriftverkehr um die Probleme dieser «unteren» Ebene der Kunstförderung einen Grossteil des Aktenniederschlags um die Städtische Galerie aus. Auch aus dem Bereich der übrigen Künstlerförderung, also im Zusammenhang mit dem städtischen Fonds zur «Förderung von Künstlern und Kunstgewerblern», ist Ähnliches zu beobachten.¹³⁴ Es ging hier um Kleinförderungen meist unter 500,- DM, mit denen kleinere Ausstellungen oder verdiente Jubilare ausgezeichnet wurden.¹³⁵

Dies ist aber wohl weniger auf einen Hang des Kulturbeauftragen und seiner Helfer zu Knauerigkeit und Vorsicht zurückzuführen, sondern hängt eng mit den von der Stadt gesetzten Vorschriften für Ankäufe zusammen. In einer Kulturausschusssitzung des Jahres 1949 wird diese Situation aufgerollt:

«In der Haushaltssatzung findet sich bei ... ,Ankauf und Instandhaltung von Kunstwerken und Sammlungsgegenständen die Erläuterung: «Mittelinanspruchnahme vorbehaltlich Beschlussfassung des Kulturausschusses nach Anhörung des Finanzreferats'. In der Praxis hat diese Bestimmung wiederholt zu unliebsamen Erschwerungen und Verzögerungen geführt, vor allem, wenn es sich um zwar wertvolle, dabei jedoch verhältnismässig preiswerte Neuerwerbungen handelte. Die Direktion der Städt. Sammlungen hat daher wiederholt angeregt, von der angeführten Bestimmung wenigstens Ankäufe bis zu einer gewissen Freigrenze auszu-schliessen, um ihr so den Zugriff auf kleinere Gelegenheitskäufe zu ermöglichen.»¹³⁶

Scharnagl beantragte daher für Ankäufe einen Spielraum bis 1'500,- DM. Dies wurde genehmigt mit der Auflage, nachträglich dem Kulturausschuss zu berichten.¹³⁷ Ein Jahr später konnte diese Grenze sogar auf Summen bis 3'000,- DM erhöht werden.¹³⁸ Dies war gewissermassen auch ein Vertrauensbeweis für Rümman, dem der Kulturausschuss mit diesem Verfügungsspielraum ja einen Teil seiner Rechte abtrat. Die Behandlung der Haushaltsstelle «Förderung von Künstlern und Kunstgewerblern» zeigt jedoch, dass der Kulturausschuss hier sein Recht die Ankaufspolitik zu bestimmen eifersüchtig wahrte. Die genehmigungspflichtige Grenze für Ausgaben lag dort bei nur 500,- DM.¹³⁹

Solche Begrenzungen waren einer grossangelegten Kunstpolitik natürlich nicht gerade förderlich; die Ankäufe wirken daher auch eher wie notwendige Pflichtübungen,¹⁴⁰ nicht wie die erfreulichen Erwerbungen einer Weltstadtgalerie. Die selbstgesteckten Ziele und Problemstellungen des Kulturausschusses waren darüber hinaus München zentriert; ein Beispiel dafür ist

ist das Interesse, das der Antrag der «Bezirksverwaltungsstelle Pasing» im Kulturausschuss fand, den Pasinger Künstlern die ihnen in den Zeiten vor der Eingemeindung zugeteilten Summen zur Kunstförderung (etwa 2'000,- Mark) wieder zuzugestehen. Pasing wurde dieser Wunsch erfüllt.¹⁴¹ Obwohl das für die Pasinger zweifellos erfreulich war, so wirkt es doch recht lokalblind.

Neben den Ankäufen, die Rümman selber tätigte, fand das demokratisch-pluralistische Argument seinen Niederschlag in der Bildung einer städtischen Ankaufskommission, der Mitglieder des Stadtrats und Mitglieder der Künstlerorganisationen angehörten.¹⁴² Es gab zwei verschiedene, wenn auch grösstenteils identische Kommissionen dieser Art: Die eine war zuständig für Ankäufe aus der Grossen Münchner Kunstausstellung, die andere für Ankäufe zugunsten der Städtischen Galerie.¹⁴³ Die drei grossen Künstlergruppen entsandten je drei Vertreter, die Stadt ihre beiden Bürgermeister, zwei Stadträte und die Fachleute Rümman und Held. So hatten es also die drei wichtigsten Münchner Künstlerorganisationen geschafft, ihren Einfluss und dadurch ihr Monopol zu festigen und entscheidenden Einfluss auf die Ankaufpolitik der Stadt zu gewinnen. Zieht man den eher konservativen Charakter der Künstlerorganisationen in Betracht, so überrascht auch nicht, dass in einer Kulturausschusssitzung¹⁴⁴ die Förderung der gegenständlichen Kunst derjenigen der abstrakten Kunst vorgezogen wurde. Als Begründung gab man überdies an, abstrakte Kunst wäre «vornehmlich als Zeuge bestimmter Kunstentwicklungen», also gewissermassen aus historischem Interesse, anzukaufen und nur für die Städtische Galerie geeignet.

Private und halboffizielle Initiativen: Galerien, Verbände, Organisationen

Überblickt man die städtischen oder staatlichen Massnahmen der Kunstpflege, so ist es keineswegs übertrieben festzustellen, dass die Pflege der modernen, avantgardistischen Kunst überwiegend der Privatinitiative überlassen wurde. Aufschlussreich ist ebenfalls, dass von der städtischen oder der staatlichen Galerie kein Künstler «entdeckt» wurde, sondern dass neue Entwicklungen erst mit einer Verzögerung von mehreren Jahren wahrgenommen wurden. Ein Beispiel dafür bildet die Gruppe «ZEN 49», deren erste Ausstellung in der Städtischen Galerie 1955 – also sechs Jahre nach ihrer Entstehung – stattfand.¹⁴⁵ Es stellt sich hier aber auch die Frage, ob es nicht im Wesen öffentlich getragener Galerien liegt, eher bewahrend als provozierend zu sein, eine Überlegung, die sich ähnlich bei dem Vergleich eines städtischen mit einem privat-avantgardistischen Theater ergibt.¹⁴⁶ Vor diesem Hintergrund sind daher auch die Aktivitäten der Künstler, der Künstlerorganisationen, der Galeristen und des Berufsverbandes sowie des Schutzverbandes Bildender Künstler zu sehen, die sich in ihrem Eigenleben und ihrer Selbständigkeit durch Eingriffe von städtischer oder staatlicher Seite wohl empfindlich gestört und beeinträchtigt gefühlt hätten:¹⁴⁷ Da umfangreiche finanzielle Absicherung durch eine städtische oder staatliche Stelle meist Hand in Hand mit grösserer Abhängigkeit von den Richtlinien des Geldgebers ging, hätten die Künstlerverbände dadurch sicherlich einen Teil ihres Dispositionsspielraumes eingebüsst. Dies wäre wohl kaum in ihrem Interesse gelegen.

Private Galerien

In der Regel muss man die Beziehungen zwischen der Stadt und den privaten Galerien eher als lose bezeichnen: Der Kulturbeauftragte erhielt Einladungen zu Vernissagen und Kataloge von Ausstellungen,¹⁴⁸ manchmal bat auch ein Galerist um ein unterstützendes Gutachten¹⁴⁹ oder um ein Katalogvorwort.¹⁵⁰ Ein lebhafter Briefwechsel entstand eigentlich nur mit der Galerie Karin Hielscher, für die sich Held einsetzte und deren Ausstellungen er auch regelmässig besuchte;¹⁵¹ ob der erste Kontakt zwischen Held und Frau Hielscher über die Kunst oder über ihren Schwager, den Stadtkämmerer Hielscher, zustande gekommen war, lässt sich nicht mehr genau klären. Frau Hielscher hatte sich jedenfalls durch ihren grossen Einsatz und ihre Begeisterung für die Sache die Hochachtung Hans Ludwig Helds erringen können. So ist es auch nicht verwunderlich, dass eine der wenigen programmatischen Aussagen zu der Rolle privater Galerien innerhalb städtischer Kulturpolitik ebenfalls in Zusammenhang mit der Galerie Karin Hielscher fiel. In einem Gutachten wurden Spenden befürwortet, die der Galerie den notwendig gewordenen Umzug in neue Räume ermöglichen sollten:¹⁵²

«Der Ruf Münchens als Kunststadt wird, soweit die bildende Kunst in Frage steht, entscheidend bestimmt von den Galerien der Stadt. Neben den städtischen und staatlichen Stellen, die nach Massgabe der ihnen zugewiesenen Mittel bestrebt sind, diesen alten Ruf zu verteidigen und zu festigen, sind es nicht zuletzt die wenigen privaten Galerien, die durch persönliche Verbindung und eigene Ideen gerade in den letzten Jahren wesentlich dazu beigetragen haben, den internationalen Ruf Münchens wieder zu begründen. Hier ist in erster Reihe die von Karin Hielscher vor einigen Jahren gegründete Galerie gleichen Namens aufzuführen, die auf diesem Gebiet eine Arbeit geleistet hat, die wohl allgemein als ausserordentlich wertvoll empfunden wurde.»¹⁵³ Zu dieser «ersten Reihe» von Privatgalerien, die sich um die Kunst verdient gemacht hatten, gehörten neben der Galerie Baudenbach und der Galerie Günther Franke auch die Galerie Wimmer und die Galerie Freitag, die vor allem zu der Zeit, in der die städtischen und die staatlichen Sammlungen noch nicht wieder über Ausstellungsmöglichkeiten verfügten, die Präsentation vieler wichtiger Künstler übernahmen.¹⁵⁴ So veranstaltete die Galerie Günther Franke 1946 Ausstellungen von Xaver Fuhr, Max Beckmann und Ernst Wilhelm Nay, 1947 von Emil Nolde, Werner Scholz, Karl Hofer, Willi Baumeister, Werner Gilles, 1948 von Oskar Coester und nochmals Ernst Wilhelm Nay, 1949 eine Ausstellung von Gerhard Mareks, 1950/51 von Xaver Fuhr, Georg Meistermann, Fritz Winter, Ernst Wilhelm Nay und Franz Marc.¹⁵⁵ Die Galerie Baudenbach lud vor allem zu Kollektivausstellungen, genannt «Die Schwabinger ‚Kleine‘ Kunstausstellung» ein¹⁵⁶ und auch die anderen Münchner Galerien stellten «Moderne Graphik» (Galerie Freitag) sowie «Max Unold und andere Münchner Maler» (Galerie Wimmer) aus.¹⁵⁷ Karin Hielscher hingegen setzte sich neben Münchner Nachwuchskünstlern vor allem für französische Maler ein, deren Werk sie oft erstmals in Deutschland präsentierte.¹⁵⁸ Neben den Werken von Picasso, Matisse und Maillol aus der Sammlung Buchheim¹⁵⁹ zeigte sie auch wichtige Ausstellungen mit bisher in Deutschland unbekanntem Werken von Masereel und Maillol;¹⁶⁰ eine bereits vertraglich zugesicherte Ausstellung von Werken Chagalls, die Frau Hielscher durch unermüdliche Verhandlungen mit französischen Stellen, vor allem aber mit Herrn Maeght, erreicht hatte, scheiterte an der Un-

willigkeit der Stadt, eine finanzielle Ausfallbürgschaft dafür zu übernehmen. Man konnte sich nur zu einer Bestätigung durchringen, man befürworte diese Ausstellung und kenne Frau Hielscher als zuverlässig, hatte aber Angst vor einer Bürgschaft, da sich die Stadt «hier auch gegenüber ähnlichen Instituten präjudizieren würde», wie Held sich bedauernd ausdrückte.¹⁶¹ Er selbst stand dem Ganzen durchaus positiv gegenüber, Oberinspektor Rogger hatte sich jedoch dagegengestellt.¹⁶²

Übermässig viel Einsatz seitens der Stadt ist also auf diesem Gebiet nicht zu konstatieren. Held bemühte sich aber immerhin soweit darum, dass er trotz seines übervollen Stundenplans die Diskussionsleitung für ein Gespräch mit Frans Masereel übernahm,¹⁶³ die Galerie Hielscher gerne und oft besuchte und sich von einigen Künstlern sehr angetan zeigte. So begeisterte ihn beispielsweise eine Ausstellung mit Werken Erwin von Kreibigs,¹⁶⁴ aber auch das in der Galerie Baudenbach ausgestellte anti-militaristische Kinderspielzeug Lothar-Günther Buchheims.¹⁶⁵ Zum Katalog der Buchheim-Ausstellung schrieb er sogar ein Vorwort und wurde daher auch wider Willen in den zwischen Baudenbach und Buchheim ausbrechenden Streit verwickelt, der bis zu gerichtlicher Klärung führte.¹⁶⁶ Insgesamt jedoch ging Helds Einsatz in keinem Fall so weit wie bei Schriftstellern oder Musikern.¹⁶⁷

Künstlerorganisationen und -verbände

Eine Positionsbestimmung der Münchner Künstlerorganisationen nach 1945, ihres Standpunktes und ihrer Stellung zu den städtischen Kulturinstitutionen ist insofern schwierig, als sich kaum klare inhaltliche Leitlinien dieser Vereinigungen herausfiltern lassen und überdies die Kontakte zur Stadt beschränkt blieben.¹⁶⁸

«Neue Gruppe», «Münchner Secession» und «Münchner Künstlergenossenschaft»

Wie wenig die Stadt vor der Währungsreform von diesen Gruppen wusste – die immerhin 1947 und 1948 bereits in der Städtischen Galerie ausgestellt hatten!¹⁶⁹ – und wie wenig ausgeprägt andererseits bei diesen Gruppen das eigene historische Bewusstsein war, geht aus einer Rundfrage des Kulturreferats vom Jahre 1949 hervor. Held hatte sich an die grossen Künstlerorganisationen mit der Bitte gewandt, einen kurzen «Lebenslauf» ihrer Vereinigung der Stadt zukommen zu lassen und ihre Satzungen oder vorhandene Propagandaartikel dem beizufügen.¹⁷⁰ Die Antworten der Münchner Secession, der Münchner Künstlergenossenschaft und der Neuen Gruppe blieben sehr unbefriedigend: Die Secession übersandte ihre Statuten und ihren ersten Katalog, konnte jedoch weder ein wirkliches Programm noch einen Abriss ihrer Tätigkeit beifügen.¹⁷¹ Die Neue Gruppe war 1949 eben mit einer Umarbeitung ihrer Statuten beschäftigt und man versprach eine Übersendung der Satzung und eines «Lebenslaufes» zu einem nächstmöglichen Zeitpunkt;¹⁷² dies geschah dann jedoch nicht. Auch die Neue Gruppe konnte nicht auf «Propagandaartikel» zurückgreifen.¹⁷³

Einzig die Münchner Künstlergenossenschaft stellte für Held einen Kurzabriss ihrer Geschichte zusammen, die in etwa auch für die anderen Künstlerorganisationen typisch ist:

«Die Münchner Künstlergenossenschaft wurde, nach ihrer Stilllegung durch das Nazi-Regime (1939), wiederbelebt in der Gründungsversammlung am 12.IV. 1946. Diese Wiederbelebung wurde von der Militärregierung am 4.VI. 1946 durch Erteilung der Lizenz V.51 bestätigt. Die Tätigkeit der Münchner Künstlergenossenschaft seit Kriegsende dokumentierte sich in drei Ausstellungen. Die erste fand im August 1947 in der städt. Galerie München statt. Die zweite ebendasselbst... Die dritte, zusammen mit ‚Secession‘ und ‚Neue Gruppe‘ im Haus der Kunst (Sept.-Nov. 1949).»¹⁷⁴

Auch die Münchner Secession und die Neue Gruppe waren 1946 wieder lizenziert worden und hatten 1947 in der Städtischen Galerie zum ersten Mal wieder ausstellen können.¹⁷⁵ Hiermit endete die Ähnlichkeit zwischen diesen Gruppen jedoch keineswegs, obwohl beispielsweise die Neue Gruppe 1946 als Nachfolgeorganisation der Münchner «Neuen Secession» sowie der «Juryfreien» nicht auf eine durchgehende Tradition zurückblicken konnte wie die beiden anderen Gruppierungen.¹⁷⁶ Alle drei Organisationen hatten jedoch als Zusammenschlüsse von Künstlern mit gemeinsamen inhaltlichen Zielsetzungen begonnen und konzentrierten sich nach dem Zweiten Weltkrieg mehr auf wirtschaftliche Vertretung; Programmatisches blieb vage formuliert. So findet sich in der Satzung der Secession der Satz: «Zweck des Vereins ist es, fortschrittliche Kunst zu pflegen und die künstlerischen Ziele seiner Mitglieder nach jeder Richtung zu fördern... Ordentliches Mitglied kann jeder freischaffende Künstler werden.»¹⁷⁷ Dennoch führten wenn auch nicht künstlerische, so doch ideologische Auseinandersetzungen¹⁷⁸ 1952 zu einer Ablösung der «Gruppe Aigner» unter dem Namen «Neue Münchner Künstlergenossenschaft» von der «Königlich privilegierten Münchner Künstlergenossenschaft von 1868», die seit diesem Zeitpunkt getrennt ausstellte.¹⁷⁹ Obwohl die Stadt seit 1951 mit jährlichen 2'000,- DM die «Deutsche Gesellschaft für Christliche Kunst» unterstützte¹⁸⁰ und auch Mitgliedsbeiträge zu der Gesellschaft der «Freunde der bildenden Künste Münchens» und zur Gesellschaft der «Freunde junger Kunst» bezahlte,¹⁸¹ fanden zwischen diesen Vereinigungen und der Stadt offenbar keine weiteren Kontakte statt. Auch der Künstlerbund «Isar» konnte nicht mehr als höfliches Interesse wecken.¹⁸²

Der «Künstlerunterstützungsverein»

Mehr Aufmerksamkeit fanden der Künstlerunterstützungsverein, der Kunstverein e.V. und der Kunstgewerbeverein. Der Künstlerunterstützungsverein, der eine jährliche Zuwendung von 500,- DM von der Stadt erhielt und auch in dem Krisenjahr 1949 eine Sonderzuwendung von 3'000,- DM zur Verteilung an unterstützungsbedürftige Künstler bekam,¹⁸³ bestand seit 1853 «als rein caritatives Unternehmen». Bürgermeister von Miller berichtete 1949 im Kulturausschuss:

«Der Künstlerunterstützungsverein München ist eine Organisation zur wirtschaftlichen Betreuung der Münchner Künstler. Der Verein ist keine eigentliche Berufsorganisation wie etwa die Künstlergenossenschaft oder die Secession, sondern zählt zu seinen Mitgliedern Künstler aus allen Kreisen. Der Unterstützungsverein möchte den alten, kranken und gebrechlichen bzw. verehrten Künstlern ... eine bescheidene Zuwendung machen..»¹⁸⁴

Neben solchen finanziellen Unterstützungen beschäftigte sich der Künstlerunterstützungsverein auch noch mit dem Bau von Atelierwohnungen für evakuierte Münchner Künstler in dem von ihm geplanten Atelierhaus in der Ainmillerstrasse, um die sich etliche Künstler bewarben¹⁸⁵ und unterhielt ein Künstler-Heim in Neuburg am Inn, eine Stiftung des Prinzregenten Luitpold, in dem kränkelnde Künstler sich erholen konnten.¹⁸⁶ Diese Vereinigung bot also soziale Unterstützung und Hilfe, um notleidende Künstler nicht ausschliesslich der Sozialfürsorge zu über lassen.

Der «Kunstverein München e.V.» und der «Kunstgewerbeverein»

Andere Ziele hatte der Kunst-Verein München e.V.: «Der Verein bezweckt die Förderung und Pflege der bildenden Kunst. Er schafft und unterhält die ihm hierzu nötig und geeignet erscheinenden Einrichtungen und führt die ihm hierzu geeignet erscheinenden Massnahmen durch. Politische Bindungen lehnt er ab. «¹⁸⁷ Auch der Kunstverein konnte auf eine lange Tradition zurückblicken: 1823 im Protest gegen die Münchner Kunstakademie gegründet, widmete er sich im 19. Jahrhundert vorwiegend der Pflege der bürgerlichen Malerei und veranstaltete Ausstellungen, die allen Künstlern «ohne Rücksicht auf Rang, Herkunft und Kunstrichtung offen standen».¹⁸⁸ Während der NS-Zeit wurde er, wie alle anderen Vereinigungen, «gleichgeschaltet». Im Oktober 1943/44 beschädigten Sprengbomben das Vereinshaus schwer;¹⁸⁹ zu den vordringlichsten Zielen bei Kriegsende gehörte es daher, das Vereinsgebäude wiederaufzubauen und so wieder eigene Ausstellungsräume zu gewinnen. Von den dazu notwendigen 160'000,-DM hatte der Verein 1952 bereits 110'000,- DM aufbringen können, die Stadt beteiligte sich ebenfalls an den Kosten des Wiederaufbaus.¹⁹⁰ Aber auch ohne Vereinshaus veranstaltete der Kunstverein Ausstellungen, Musikabende und Dichterlesungen.¹⁹¹ Sein erklärtes Ziel war, durch das Zusammenwirken von Künstlern und Laien Barrieren zwischen beiden abzubauen:

«Dem im Kunstverein zusammengefassten Laientum erwächst eine besondere Aufgabe. Die Kunstfreunde, nicht nur die wirklichen Kunstverständigen, sollen sich auf Grund der sorgfältig gewählten Ausstellungen des Vereins ein Urteil bilden, das sie in Stand setzt, über all das vielleicht noch befremdlich wirkende Neue aber Echte von dem verwirrenden Mitläufertum zu unterscheiden.»¹⁹²

Dieses Programm des Kunstvereins wurde von Seiten der Stadt durchaus gewürdigt. Sowohl Oberbürgermeister Scharnagl wie auch Held und von Miller sprachen sich lobend über die Tätigkeit des Vereins aus,¹⁹³ der neben dem Mitgliedsbeitrag der Stadt auch mit einem jährlichen Zuschuss rechnen konnte.¹⁹⁴ Held äusserte dazu:

«Ich selber halte jede nur mögliche Unterstützung des Kunstvereins für wünschenswert, da dieser Verein in verschiedenen Etappen seiner Geschichte von grundsätzlicher Bedeutung für die Münchner Malerei gewesen ist. In den letzten Jahren hat sich der Kunstverein dankenswerterweise der Pflege moderner Malerei zugewandt».¹⁹⁵

In einer Kulturausschusssitzung von 1951 lobte man besonders, «dass angesichts eines gewissen Gruppenkampfes der Münchner Künstlerschaft die richtungsfreien Ausstellungen des Münchner Kunstvereins zunehmende Bedeutung gewannen».¹⁹⁶ Die Art der Auswahl solcher Ausstellungen zeigt beispielsweise eine Graphik-Ausstellung von 1950: Karl Caspar, Oskar

Coester, Erich Loewe, Josef Mader, J.K. Nerud, Remigius Netzer, Rudolf Schlichter, Max Unold und andere waren hier vertreten;¹⁹⁷ Surrealismus, Expressionismus, Neue Sachlichkeit und «Münchener Schule» konnten dabei also durchaus nebeneinander existieren. Der Kunstverein versuchte, Brücke zu sein einerseits zwischen den Künstlern untereinander, andererseits aber auch zwischen den Künstlern und dem Publikum – eine Initiative, die ganz auf der Linie der städtischen Kunstpolitik lag.

Weniger künstlerisch, mehr wirtschaftlich orientiert zeigte sich der Kunstgewerbeverein. «Sein Zweck ist die ideelle und wirtschaftliche Förderung der bayerischen Handwerks- und Gewerbestunde», wie es in der Satzung heisst.¹⁹⁸ Er versuchte, ähnlich dem Kunstverein, in den ersten Jahren nach Kriegsende sein altes Vereinshaus wieder aufzubauen und so den Kunstgewerblern Ausstellungsmöglichkeiten zu schaffen.¹⁹⁹ Nach der Zerstörung des eigenen Hauses in den Jahren 1944 und 1945 fristete der Kunstgewerbeverein sein Dasein erst einmal im Haus der Kunst; nach der Währungsreform war das beträchtliche Vermögen des Vereins auf 45'000,- DM zusammengeschmolzen und der geplante Wiederaufbau des Kunstgewerbehauses musste warten.²⁰⁰ Trotz dieser Behinderungen und den daraus entstandenen ungenügenden Arbeitsmöglichkeiten wurde der Verein 1949 eingeladen, sich an der ersten Nachkriegsausstellung des Kunstgewerbes in New York zu beteiligen. Die Stadt genehmigte dafür einen Zuschuss von 1'600,- DM, der die Miete für zwei Quadratmeter Standfläche abdeckte.²⁰¹ Der Referent rechtfertigte dieses Entgegenkommen der Stadt in dem schwierigen Jahr 1949 so:

«Es bedarf wohl kaum einer besonderen Begründung dafür, dass es nicht nur wirtschaftlich, sondern in jedem Sinne erfreulich sein kann, wenn das bayerische Kunsthandwerk im überseeischen Ausland zeigen kann, welche Qualitätsarbeit es heute schon wieder zu leisten imstande ist. Auch dass der Beteiligung an dieser Ausstellung eine gewisse Werbekraft innewohnt, steht ausser jeder Frage.»²⁰²

In Anerkennung der Tatsache, dass der Kunstgewerbeverein «nicht nur eine wertvolle kulturelle, sondern auch eine bedeutende wirtschaftliche Funktion» innehatte und so «nicht unwesentlich» dazu beitrug, «das echte bodenständige Kunsthandwerk in seinem Fortbestand zu sichern»,²⁰³ wurden ihm bereits in den Jahren 1946 bis 1949 von der Stadt Zuschüsse gewährt.²⁰⁴ Ab 1950 steigerten sich diese dann erst auf 16'000,- DM, bis 1954 sogar auf 35'000,- DM.²⁰⁵ Hierbei dürfte wohl vor allem die wirtschaftliche Rolle des Vereins wichtig gewesen sein;²⁰⁶ Held trat dem Vorstand 1949 bei²⁰⁷ und setzte sich auch für die Erhöhung der Zuschüsse ein.²⁰⁸

Der Kunstgewerbeverein erfüllte die Funktion eines Verkaufs- und eines Berufsverbandes gleichzeitig. So trug die Bezuschussung der Stadt der Bedeutung des gesamten Kunstgewerbes für die Münchner Wirtschaft und den Fremdenverkehr Rechnung.

Die «Kunstrunde München»

Im Gegensatz zu diesen etablierten und traditionsbewussten Vereinigungen, die selber bereits zu Institutionen des Münchner Kulturlebens geworden waren, stand eine Initiative, die sich eher an amerikanischen Vorbildern orientierte: die Kunstrunde München. Der Münchner

Gründung waren bereits «Kunstrunden» in Hamburg und Gross-Berlin vorausgegangen.²⁰⁹ Der Hamburger Beauftragte erklärte die Zielsetzung dieser Vereinigung so:

«Es handelt sich hier um geistig-künstlerisch interessierte Menschen, die sich zunächst in Hamburg zusammengefunden hatten, um dort Raum für Kunstausstellungen zu schaffen, die sich nicht so sehr der Pflege einheimischer, als gerade auswärtiger Kunst widmen, um so der einheimischen Künstlerschaft und dem einheimischen Publikum über das Ziel allgemeiner Kunstpflege hinaus Anregung und Vergleichsmöglichkeiten insbesondere auf dem Gebiet zeitgenössischer Malerei und Bildhauerei zu verschaffen.²¹⁰

Das Neue an dieser Gründung war jedoch, dass sich neben den Repräsentanten der städtischen Kunstpflege und den Vertretern aus allen Bereichen der Kunst²¹¹ vor allem der Hertie-Konzern an diesen Kunstrunden beteiligte, die Räume stellte, den Galeriedirektor entlohnte und die Transportkosten und Versicherungsspesen bei Ausstellungen bezahlte.²¹² Dies entsprach amerikanischen Vorbildern, bei denen sich auch finanzkräftige Unternehmen oder Privatleute zu Mäzenen der Kunst machten und sich so Werbung und Nachruhm gleichzeitig sichern konnten.²¹³ Nicht zufällig wollte die Kunstrunde München daher auch ihre Eröffnung mit der Ausstellung der «Sammlung Haubrich» aus Köln feiern, die ebenfalls durch privates Mäzenatentum entstanden war.²¹⁴

Dieser «Kunstrunden»-Gedanke, der in Hamburg Leute wie den Verleger Ernst Rowohlt mobilisieren konnte,²¹⁵ fand auch in München grosse Resonanz. Neben Arthur Rümman, dem Kunsthistoriker und Rundfunkkritiker Franz Roh, den Journalisten Erich Kästner, Luise Enderle und Bruno Erich Werner gehörten auch Verleger wie Kurt Desch und Ernst Heimeran, die Schauspielerin Luise Ullrich, der Intendant Rudolf Bach, Pater Prof. Hugo Lang O.S.B., Dr. Günther Pechmann, Franz Hartmann, Adolf Hartmann und andere dieser Runde an²¹⁶ und auch Held interessierte sich sehr dafür.²¹⁷ Wie so viele Gründungen dieser Jahre konnte sich die Kunstrunde jedoch nicht endgültig etablieren; zumindest verliert sich seit 1947 ihre Spur in den Akten.

Die Idee der Kunstrunde war insofern neu, als hier eine Alternative zu den etablierten «Kunstinstitutionen» durch die Weckung privaten Mäzenatentums versucht wurde, nicht ohne dabei diese Institutionen miteinzubeziehen. Das Aufgebot illustrierender Namen zeigt, dass es an Interesse hierfür durchaus nicht fehlte.

Der «Berufsverband Bildender Künstler» und der «Schutzverband Bildender Künstler»

Weniger auf Privatisierung, eher auf Konzentrierung und Institutionalisierung des Kunstmarktes waren der «Berufsverband Bildender Künstler»²¹⁸ und der «Schutzverband Bildender Künstler in der Gewerkschaft Kunst» ausgerichtet.²¹⁹ Der Berufsverband kann als Dachorganisation der drei grossen Münchner Künstlerorganisationen bezeichnet werden. Er verstand sich als berufsständische Vertretung der Künstler gegenüber Staat und Stadt und sah sein Ziel darin, die Künstler wirtschaftlich und rechtlich zu vertreten.²²⁰ Daher fühlte sich der Berufsverband auch durch den Schutzverband (also die Gewerkschaft) von Anfang an angegriffen, vor allem da sich die Gewerkschaften – die neben den politischen Parteien von amerikanischer

Seite mit grösster Unterstützung rechnen konnten²²¹ – auch in Vorgänge der Materialzuteilung und sonstiger «wirtschaftlicher Interessenwahrung gegenüber den staatlichen Stellen», die der Berufsverband als sein ureigenstes Recht betrachtete, einschalteten.²²² Ausserdem ging es um Fragen der Erfassung und Lizenzierung, aber auch der qualitativen Einordnung von Künstlern, die besonders im Zusammenhang mit Arbeitseinsatz und Materialzuteilung virulent wurden. Die Frage des Arbeitseinsatzes dürfte vielen Künstlern besonders wichtig gewesen sein: anerkannte man sie nicht als Künstler, wurden sie als arbeitslos eingestuft und damit beispielsweise verstärkt zu Trümmerräumungsarbeiten herangezogen. Der Berufsverband Bildender Künstler hatte sich deshalb im September 1945 an die Stadt gewandt, «um zu verhindern, dass einerseits Unbefugte sich als Künstler ausgeben, um einem Arbeitseinsatz zu entgehen, andererseits begabte Künstler, bzw. Studierende durch Arbeitseinsatz ihrem künstlerischen Schaffen entzogen werden» und schlug als *Procedere* vor, durch eine Jury zu entscheiden, «welcher Künstler auf Grund seiner Leistungen bzw. welcher Kunststudierende auf Grund seiner Begabungen vom Arbeitseinsatz befreit werden soll».²²³ Das Landesarbeitsamt erklärte sich mit dieser Regelung einverstanden;²²⁴ das ist insofern bemerkenswert, da somit dem Berufsverband die vollgültige Stellung einer Berufsvertretung zugestanden wurde. Diese wollte man sich durch den Schutzverband natürlich nicht streitig machen lassen.

Um diese schwebende Situation zu klären, baten die Vertreter der beiden Verbände 1946 um eine Besprechung mit Oberbürgermeister Scharnagl und Hans Ludwig Held,²²⁵ die im Oktober 1946 dann auch stattfand.²²⁶

Der grundsätzliche Unterschied beider Vereinigungen, der dabei sichtbar wurde, bestand in der Auffassung vom bildenden Künstler: für den Berufsverband war er ein freiberuflich Tätiger, weder Arbeitnehmer noch Arbeitgeber.²²⁷ Für den gewerkschaftlichen Schutzverband war der Künstler ein schöpferisch Schaffender:

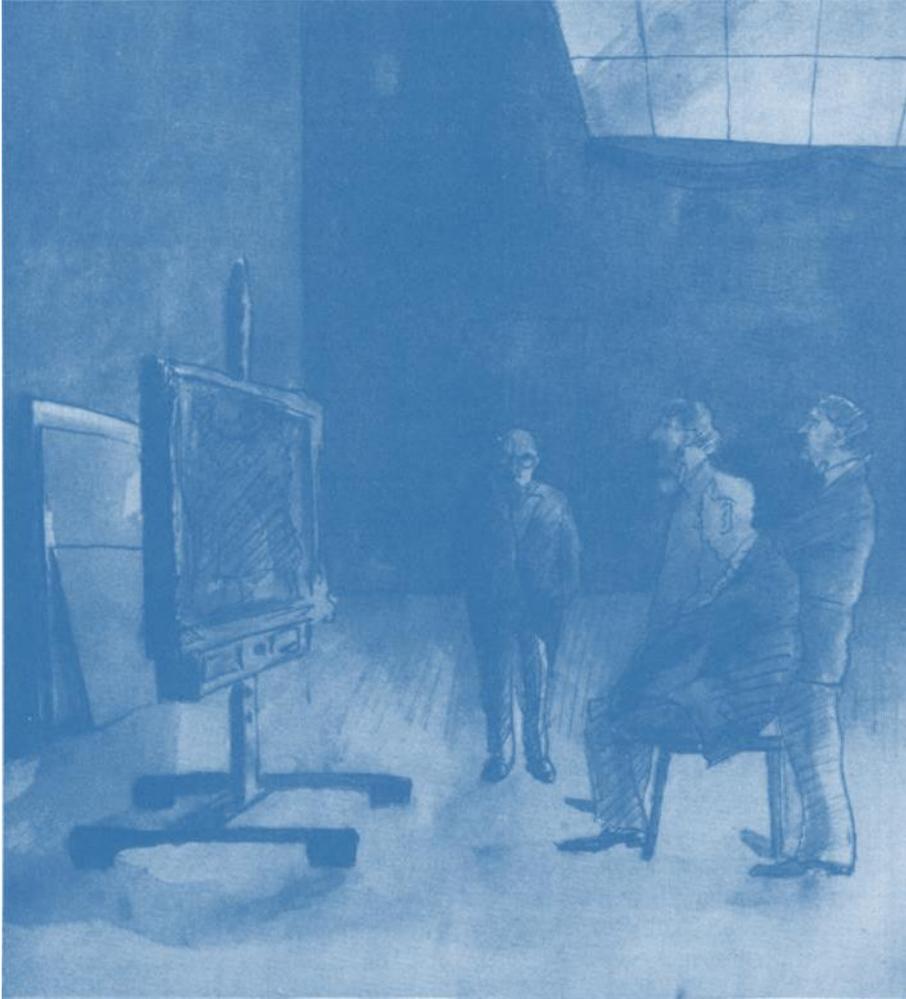
«Nicht der Bohemien ist der Künstler unserer Zeit, sondern der, der sein Werk im Sinne Rodins als schöpferische Arbeit begreift. Das Gefühl der Verantwortung für das eigene Schicksal und das Bewusstsein der Abhängigkeit vom Schicksal aller ist es, was uns bindet an den Deutschen Gewerkschaftsbund..,»²²⁸

In der Besprechung bei Oberbürgermeister Scharnagl im Jahre 1946 bestanden die Gewerkschaftsvertreter auf ihrem Recht, die Künstlerschaft zu organisieren, «um sie so an die schaffende Bevölkerung heranzubringen und eine politische Erziehung im gewerkschaftlichen Sinne zu gewährleisten».²²⁹ Man anerkannte zwar, dass die Künstler keine eigentlichen Arbeitnehmer seien, «aber das grosse politische Ziel würde verlangen, dass der Gewerkschaftsgedanke auch in dem Sektor der Kunst weitergebildet würde».²³⁰

Bereits im März 1946 hatte die «Gruppe Kunst, Wissenschaft und Erziehung der geistig und kulturell Schaffenden» dem Berufsverband ihre umfassenden Ziele mitgeteilt:²³¹

«Einschaltung der Künstler in den Wiederaufbau ... Arbeitsraumbeschaffung durch Überprüfung des vorhandenen Atelierbestandes und Einschaltung in das Bauprogramm der Stadt ... Gründung einer Material-Einkaufsgenossenschaft mit Hilfe internationaler Gewerkschaftsfreunde ... Festsetzung von Richtpreisen, deren Unterschreitung als unlauterer Wettbewerb gewertet wird. Für Entwurfsarbeiten, Gebrauchsgraphik usw. Schaffung einer gewerkschaftli-

Nagel



«Gekonnt, wirklich sehr gekonnt, lieber Kollege. Aber so lange Sie Ihren Beitrag für den Berufsverband nicht bezahlt haben, können wir das Bild natürlich nicht ausstellen!»

chen Verkaufsorganisation und einer Käuferorganisation ... Stiftung eines gewerkschaftlichen Kulturpreises in Form einer Einladung zum Besuch ausländischer Gewerkschaftskollegen ... Massgebliche Beteiligung an der baldmöglichsten Wiederherstellung des Lehrbetriebes der Staatl. Akademie der bildenden Künste» und ähnliches.

Dieses Programm erinnert sehr an die Initiativen des «Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands» der SBZ, der dann ohne grosse Schwierigkeiten in staatliche Regie übernommen werden konnte.²³²

Obwohl es dem Schutzverband durch massiven Einsatz gelang,²³³ seinen Münchner Ortsgruppenleiter Heinzinger in die Ankaufkommission der Stadt zu hieven,²³⁴ konnten seine umfassenden Ziele nicht verwirklicht werden. In Münchens mässigendem Klima setzte sich die bereits in der Sitzung bei Oberbürgermeister Scharnagl vorgeschlagene Lösung der friedlichen Kooperation des Berufsverbandes und des Schutzverbandes²³⁵ durch. Berufsverband sowie Schutzverband konnten auf die Hilfe der Stadt rechnen; im Laufe einiger Jahre wurde aus dem Schutzverband eine ganz normale Institution, die Künstlerhilfe und Ausstellungen in ihrem Programm stehen hatte. Man veranstaltete einen Malermarkt²³⁶ im Alten Botanischen Garten und bat die Stadt um finanzielle Hilfe bei Ausstellungen;²³⁷ man liess sich von Held positive Gutachten ausstellen, die die eigene Arbeit erleichtern sollten;²³⁸ man erbat sich städtische Zuschüsse für den Druck kleiner Kataloge.²³⁹

In einem Brief an Alfred Kubin erläuterte Held, aus einer seiner Eröffnungsansprachen zitierend, die Entwicklung des Schutzverbandes so:

«Wir feiern heute zum dritten Male die Eröffnung einer Ausstellung des ‚Schutzverbandes Bildender Künstler der ursprünglich aus zweckbedingter wirtschaftspolitischer Willenssphäre erwachsen ist. Der im grossen Kreis der Gewerkschaften eingegliederte Bund hat sich indessen zu einer Gemeinschaft entwickelt, die jenseits aller nur politischen Doktrinen einer wahrhaft freien geistigen Form zustrebt. Indem dieser Bund mehr und mehr jeder einseitigen Dogmatik der wirtschaftlichen Zwecke entsagte und sich tendenziöser Zielsetzungen entkleidete, begab er sich auf jene höhere Ebene des Wirkens, von der aus er sich heute als offene und allseitig ausstrahlende Vertretung aller wahrhaft künstlerischen Belange bekennen darf.»²⁴⁰

Die «Domestizierung» des Schutzverbandes war also bereits 1950 vollzogen. Aber auch der Berufsverband hatte keine Schwierigkeiten mit der Stadt, sondern stellte mit seinen drei künstlerischen Gruppierungen mehrfach in der Städtischen Galerie aus.²⁴¹

Die Konkurrenzsituation zwischen beiden Gruppen dürfte dazu beigetragen haben, monopolistische Konzentrierung einzuschränken und beide Gruppen zu höherer Aktivität anzuspornen. Insofern hatte die Münchner Künstlerschaft an Einfluss hinzugewonnen, da sie sich jetzt auch der Gewerkschaften bis zu einem gewissen Grade bedienen konnte. Dennoch blieb die bildende Kunst das Stiefkind Münchner Kulturförderung, wiewohl sich an ihr die entscheidenden Debatten um Münchens kulturelle Rolle entzündeten. Diese Diskussionen hätten wohl durch finanzielle Kompensationen grösstenteils entschärft werden können, der Zwang zum Erhalt der städtischen Institutionen «Kammerspiele» und «Philharmoniker» schränkte den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt hier jedoch stark ein. Ob damit der Kunst oder der Stadt München ein Gefallen getan wurde, muss man bezweifeln.

Resümee und Schlussbetrachtung

Um einen ungefähren Überblick über das verwirrend vielfältige Spektrum kulturpolitischer Bestrebungen und kultureller Initiativen zu ermöglichen, scheint es an dieser Stelle angebracht, einige übergreifende Ergebnisse zusammenzustellen.

In allen untersuchten Bereichen ist eine Tendenz zur Institutionalisierung und zur Konzentrierung festzustellen; die Institutionen «Münchener Philharmoniker», «Münchener Kammerspiele» und «Münchener Volkstheater», die während der NS-Zeit von der Stadt übernommen worden waren, beanspruchten einen Grossteil der städtischen Gelder im Kulturbereich. Besonders die Personalkosten schlugen dabei zu Buche; sie waren auch für den unkontrollierbaren Anstieg der Kulturausgaben verantwortlich. Diese Entwicklung hatte zwangsläufig zur Folge, dass andere Initiativen abgebaut oder nicht erweitert wurden. Der Stadtrat kam nämlich immer wieder in die Zwangslage, Gelder nachgenehmigen zu müssen, die er ursprünglich nicht hatte verantworten wollen. Daran zeigt sich, dass die Stadt ihre formalen Rechte kaum wahrnahm und sich von den Kulturinstituten mit dem Qualitätsargument immer wieder quasi erpressen liess. Im Musikbereich führte dies zwar einerseits zu einer Qualitätssteigerung, durch die die Münchener Philharmoniker ihr gutes Niveau halten und erweitern konnten, brachte jedoch auch die Gefahr einer Austrocknung der kulturellen Vielfalt mit sich. Dies lag jedoch insofern im Zuge der Zeit, als die Verbreitung von Spitzenaufnahmen durch Tonträger dem Mittelmass ohnehin immer weniger Chancen einräumte. Der künstlerische Nachwuchs sah sich so einem ständig steigenden Qualitätsanspruch gegenüber, der leicht zu Resignation führen konnte. Insgesamt fand die Musik nach Kriegsende begeisterten Zuspruch, möglicherweise wegen ihres unpolitischen Charakters, der die Menschen in den Nachkriegsjahren seelisch entlastete und von ihren Alltagsorgen vorübergehend befreite. Diesem Bedürfnis kam auch der Rundfunk entgegen, der sich durch die nach dem Krieg vollzogene Umverteilung öffentlicher Gelder im Besitz umfangreicher Mittel befand. Das ermöglichte ihm die Übernahme vieler gemeindlicher Aufgaben und sicherte ihm Einfluss auf das gesamte Kulturleben.

Auch im Theaterbereich erwies sich immer wieder die Bedeutung des Finanziellen; hieran entzündeten sich viele Konflikte, die Prioritäten und Wertmassstäbe sichtbar machten. Obwohl kaum konkrete städtische Eingriffe in den Spielplan festzustellen sind, offenbart sich ein grundsätzlicher Konflikt zwischen Stadtverwaltung und Theatern, zwischen Bürgertum und Künstlertum, der den im Grunde anti-staatlichen Charakter der Kunst unserer Zeit deutlich macht. Vor allem die Münchener Kammerspiele waren mit der christlich-abendländischen Kulturauffassung der Stadträte oft schwer in Einklang zu bringen; die Auffassung vom «Theater als moralische Anstalt» wurde dabei manchmal allzu eng ausgelegt. Die Theaterleute ihrerseits konnten nur schwer überzeugt werden, dass der Preis für Sicherheit notwendigerweise eine

gewisse Abhängigkeit mit sich brachte, die von beiden Seiten Kompromissbereitschaft erforderte. Bedenkt man diese Situation, so muss man der Stadtverwaltung sehr viel guten Willen bestätigen. Sie empfand die Erhaltung der Kammerspiele als eine ihrer wichtigsten Verpflichtungen. Überdies zog sie die Qualität dem nur «Volkstümlichen» vor und baute trotz des an sich legitimen Wunsches, die Münchner Volkstheater-Tradition nicht untergehen zu lassen, in Reaktion auf das mangelnde Publikumsinteresse die Förderung des Volkstheaters ab. Die Rettung in ein «Theater für das Volk», das mit sozialistischen Vorzeichen in die Wege geleitet werden sollte, blieb jedoch für München unannehmbar. Hier neigte man eher zur Integration der betroffenen Schichten in den bürgerlichen Kulturbetrieb; dies kam durchaus auch den Wünschen der gewerkschaftlich unterstützten Besucherorganisation entgegen, die sich immer wieder gegen eine «Gettoisierung» ihrer Mitglieder in Sondervorstellungen zur Wehr setzte.

Probleme dieser Art gab es im Bereich des städtischen Büchereiwesens nicht, da die Volksbüchereien gerade in der bücherarmen Zeit nach dem Krieg von allen Schichten frequentiert wurden. Hier zeigt sich jedoch die Rolle des Mediums «Buch», dessen sich nacheinander die Nationalsozialisten und die Amerikaner annahmen. Man befürchtete oder erhoffte sich von ihm eine Beeinflussung der Volksmeinung – eine, wie aufgezeigt wurde, überzogene Vorstellung. Die Schriftsteller waren davon jedoch stärkstens betroffen, gerieten sie doch in jedem Fall in das Schussfeld. Das lässt sich auch dadurch erklären, dass die politische Tendenz von Theateraufführungen sehr viel schwieriger nachzuweisen ist als die auch nachträglich noch genau analysierbarer Werke der Literatur. Da die Schriftsteller überdies als Freischaffende von der Not der Zeit besonders erfasst wurden, ist ihre Situation der der bildenden Künstler nicht unähnlich. Andererseits fing das vielfältige Medienspektrum einiges auf und verhalf vielen wenigstens zu einem Existenzminimum.

Dies gestaltete sich im Bereich der bildenden Kunst schwieriger. Zwar hatte man eine Menge Wohnanlagen, Kirchen und öffentliche Gebäude wieder aufzubauen, die wirtschaftliche Notlage liess für die künstlerische Ausgestaltung jedoch nicht viel Geld übrig. Durch die akute Not vieler Künstler wuchs der städtischen Ankaufpolitik überdies eine soziale Komponente zu, die der Qualität nicht unbedingt zugute kam. Fügt man dem noch den grundsätzlich eher bewahrenden, «konservierenden» Charakter öffentlicher Sammlungen hinzu, die schon von ihrer Grundstruktur her nicht «provozieren» wollen, dann war die «konservative» Tendenz der städtischen Förderung der bildenden Kunst bereits vorgezeichnet. So traten neue Initiativen meist erst mit einer Verzögerung von mehreren Jahren in den Bereich städtischer Förderung. Nicht unbeteiligt an dieser Entwicklung waren jedoch die dominierenden Münchner Künstlervereinigungen, die die «Kunstpolitik» grösstenteils bestimmten. Durch sie erhielten die Künstler zwar auch Ausstellungsmöglichkeiten, ihre Monopolstellung sicherte ihnen jedoch einen relativ freien Spielraum bei der Ablehnung oder Anerkennung eines Kunstwerkes zu. Ein Künstler, der sich keiner Organisation oder Richtung zugehörig fühlte, musste daher bereits im Vorfeld mit Problemen und Schwierigkeiten rechnen, sich gewissermassen gegen das Establishment behaupten. Diese Situation mag zu der relativ indifferenten Haltung der Stadt beigetragen haben, die erst einmal den Ausgang der jeweiligen Richtungskämpfe abwar-

tete, bevor sie in das Förderungskarussell einstieg.

Hieran zeigen sich strukturelle Probleme der städtischen Kulturförderung, da die «nachschaufende» Kunst der Musik und des Theaters leichter berechenbar und daher auch leichter förderbar ist als die «schaffenden» Künstler des Literatur- und des Kunstsektors; Wettbewerbe und Preise bieten hier oft die einzige Möglichkeit städtischer Hilfe. Dennoch rechnet man einer Stadt meist gerade Erfolge auf diesem Gebiet als ihren Beitrag zur Kulturentwicklung an. Ein gemeindeeigener «Stadtkünstler» ist jedoch ohnehin anachronistisch im Zuge der Internationalität der mobilen Gesellschaft der Nachkriegszeit.

Die Entwicklung verlief in mehreren Phasen: von 1945 bis 1947/48 lebte man gewissermassen von der Hand in den Mund, immer mit dem Damoklesschwert einer Währungsreform über den Häuptern. Diese kann jedoch nicht als der einzig entscheidende Grund für den Umschwung von einer kulturfreudigen Haltung der Bevölkerung zu einer vorwiegend am Konsum orientierten bundesrepublikanischen Gesellschaft gewertet werden, klagten doch bereits 1947 die Theater über Besucherrückgang. In jedem Fall setzte der Währungseinschnitt neue Akzente und beendete die Phase, in der alles möglich schien, in der alles offen – wenn auch nicht erreichbar, weil nicht bezahlbar – vor den Zeitgenossen lag. Bis 1950/51 dauerte es dann, bis man durch abwartendes Taktieren die Geldumwertung verkräftet hatte. Erst 1951/52 konsolidierte sich die Situation. In diese Zeit der «Normalisierung» fiel jedoch in München auch der Weggang wichtiger Initiatoren vor allem des Theaterbereichs; Münchens Lage hatte sich also auch in dieser Hinsicht, wenn auch nicht zu ihrem Vorteil, «normalisiert». Ab etwa 1954 lassen sich dann bereits in grossen Zügen die Strömungen feststellen, die bis Ende der sechziger Jahre vorherrschend blieben. Erst danach fand ein Wandel statt, der auch den bürgerlichen Kulturbegriff selbst relativierte und die bis dahin meist vernachlässigte «Alltagskultur» und die «Kultur für alle» stärker in den Vordergrund treten liess.

Diese war, sieht man von zaghaften Anfängen einmal ab, in den ersten Nachkriegsjahren kaum Objekt der städtischen Kulturpolitik. Auch das private Spektrum von Initiativen wurde zwar ideell, aber kaum finanziell gefördert. Hier muss man jedoch die Frage anschliessen, ob «Kultur» sich durch irgendeine Unterstützung herbeilocken lässt, ob Finanzmittel oder auch «Atmosphäre» allein in der Lage sind, die Basis für kulturelle Leistung zu schaffen. Das Beispiel der lebendigen und kreativen, wenn auch kaum subventionierten englischen Theaterszene spricht dagegen, das Beispiel des finanzstarken Rundfunks und seiner Erfolge dafür. Dennoch bleibt kulturelle Hochleistung in jedem Fall ein Geschenk, das sich nicht erzwingen lässt. Da Kunst von Künstlern hervorgebracht wird, spielt das Geflecht persönlicher Beziehungen, Vorlieben und Begegnungen hier wohl eine ungleich grössere Rolle. Warum sich zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort diese verschiedenen Elemente zu «Kunst» zusammenfinden, entzieht sich dabei letztlich der vorherbestimmenden menschlichen Einflussnahme. Bedenkt man jedoch nicht nur diese Seite, durch deren Überbewertung man die Möglichkeiten von Kulturpolitik unzulässig einschränken würde, so kann man nur mit Theodor Heuss hoffen: «Mit Politik kann man keine Kultur machen; vielleicht kann man mit Kultur Politik machen.»

Anmerkungen

Anmerkungen zur Vorbemerkung

- ¹ *Friedrich Prinz* (Hrsg.), *Trümmerzeit in München. Kultur und Gesellschaft einer deutschen Grossstadt im Aufbruch 1945-1949*, München 1984.
- ² *Christoph Stölzl* (Hrsg.), *Die zwanziger Jahre in München*, Katalog zu einer Ausstellung im Münchner Stadtmuseum, München 1979.
- ³ *Martin Broszat, Elke Fröhlich u.a.* (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit*, München, Wien 1977ff.
- ⁴ Dazu vor allem die Aufsätze von *Helmut M. Hanko*, *Kommunalpolitik in München 1933-1935*, ebd., Bd. 3, München, Wien 1981, S. 329 ff. und von *Friederike Euler*, *Theater zwischen Anpassung und Widerstand, Die Münchner Kammerspiele im Dritten Reich*, ebd., Bd. II, München, Wien 1979, S. 91 ff.
- ⁵ *Helmut M. Hanko*, *Thomas Wimmer 1887-1964, Entwicklung und Weg eines sozialdemokratischen Kommunalpolitikers*, München 1977.
- ⁶ Die politische Biographie Karl Scharnagls entsteht gerade als Dissertation von *Hans H. Wacker* am Institut für Bayerische Geschichte der Universität München.
- ⁷ *Max Spindler* (Hrsg.), *Handbuch der bayerischen Geschichte*, München ²1979ff., hier vor allem Bd.IV/2.
- ⁸ *Hans H. Wacker*, *Nachlassverwaltung oder demokratische Erneuerung? Münchner Kommunalpolitik nach 1945*, in: *Friedrich Prinz* (Hrsg.), *Trümmerzeit in München*, München 1984, S. 39 ff.; *Claus-Dieter Schwab*, *Kultur zwischen Kontrolle und Kleiner Freiheit – amerikanische Kulturpolitik am Beispiel der Information Control Division*, in: *Prinz*, *Trümmerzeit*, S.60ff.; *Nina A. Krieg*, *München, leuchtend und ausgebrannt ... Denkmalpflege und Wiederaufbau in den Nachkriegsjahren*, in: *Prinz*, *Trümmerzeit*, S. 69 ff.; *Johannes Timmermann*, *Schule und Jugend in der Trümmerzeit*, in: *Prinz*, *Trümmerzeit*, S. 168ff.; *Bernhard Schossig*, *Volksbildung. Modernität aus Tradition*, in: *Prinz*, *Trümmerzeit*, S. 161 ff. Zu dem gesamten Themenkomplex wesentlich *Friedrich Prinz*, *Münchner Kultur – Kultur in München 1945/49. Nature morte oder Musica Viva?*, in: *Prinz*, *Trümmerzeit*, S. 9ff. sowie *Marita Krauss*, *Provinzialität und Weltbürgertum – Münchner städtische Kulturpolitik 1945 bis 1949*, in: *Prinz*, *Trümmerzeit*, S. 21 ff. Zu weiteren Spezialgebieten wie Bildhauerei, Malerei, Graphik, Kunstgewerbe, Kirchen, Universität, Musik, Theater, Literatur etc. vgl. ebd. Das Alltagsleben dieser Jahre findet besondere Berücksichtigung ebd., *Kaleidoskop des Trümmeralltags*, S. 283 ff.
- ⁹ Die Handakten (HAH) und der Nachlass (NLH) Hans Ludwig Helds befinden sich in der Handschriften-Sammlung der Stadtbibliothek München.
- ¹⁰ Hier vor allem die Bestände «Bürgermeister und Rat» (B.u.R.) und «Kulturamt» sowie die Ratsprotokolle der Stadt München (RP) und die Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1945-1956, die im Stadtarchiv im Bestand «Stadtkämmerei», in der Monacensia-Sammlung als «Haushaltssatzungen» zu finden sind. Für Spezialfragen waren darüber hinaus Materialien des Schulreferates, des Wohnungsamtes, des Statistischen Amtes sowie die Zeitungsausschnittsammlung des Stadtarchivs aufschlussreich.
- ¹¹ Diese Akten sind im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München (BayHStA) unter den Signaturen MWi, MArb, MInn und MA zugänglich.
- ¹² *Deutscher Städtetag in Köln*, Registratur, vor allem Einzelplan 3, Kultur.
- ¹³ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Bestand OMBY, Verfilmungen der Akten der Amerikanischen Militärregierung in Bayern, Office of Military Government for Bavaria.

Anmerkungen zum Kapitel: Hans Ludwig Held

- ¹ NLH III, A-B, Photos einiger Blätter dieses Buches, darunter Zueignungen von Ricarda Huch, Hugo von Hofmannsthal, Thomas Mann und Karl Wolfskehl.
- ² *Hugo Lang* (OSB), Hans Ludwig Held und die religiöse Volksbildung, in: Festschrift Karl Wittalm, Erwachsenenbildung heute und morgen, München 1962, S. 142.
- ³ *Wolfgang Petzet*, Theater – die Münchner Kammerspiele, München 1973, S.483.
- ⁴ *Hans Ludwig Held* (Hrsg.), Angelus Silesius. Sämtliche Werke in 3 Bänden, München 1913, 3. Auflage München 1949/50; *ders.* (Hrsg.), Angelus Silesius. Der cherubinische Wandersmann, München 1921; *ders.*, Das Gespenst des Golem. Eine Studie aus der hebräischen Mystik, München 1927; *ders.*, Buddha. Sein Evangelium und seine Auslegung, München 1912-1914; *ders.*, Buddhistische Bibliographie, München 1916.
- ⁵ *Lang*, Hans Ludwig Held, S. 143.
- ⁶ Zu Helds Wirksamkeit für die Städtischen Bibliotheken Münchens *Ludwig Krafft*, Das Münchner Büchereiwesen 1871-1954, in: Das Münchner Büchereiwesen 1871-1954, hg. von der *Direktion der Städtischen Bibliotheken*, München 1954; *Alfons Ott*, Die Städtischen Bibliotheken Münchens, in: Stadtbibliothek und Regionalbibliographie, Festschrift für Hans Moritz Meyer, Berlin 1975, S. 165ff.; *Hans Engl*, Zur Geschichte der Münchner Stadtbibliothek, in: Festschrift für Hans Ludwig Held, München 1950, S.49ff.; *Lothar Thalmann* (Hrsg.), 100 Jahre Stadtbüchereien, 70 Jahre Musikbibliothek, München 1972/73. Ausserdem dazu HAH 525 (2). Zu Helds Tätigkeit als Volksbildner u.a. NLH II/1; seine Volkshochschultätigkeit lässt sich im Archiv der Münchner Volkshochschule nachvollziehen. Zu den Anfängen der Volksbildungsarbeit in München *Bernhard Schossig*, Die Akademischen Arbeiter-Unterrichtskurse in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in München, Diss. masch. München 1984; ausserdem *Wolfgang Zorn*, Geschichte und Entwicklung der Erwachsenenbildung in Bayern, Beilage zu Heft 3 der Zeitschrift Das Forum, Jg.2, 1962, S. 10 ff.
- ⁷ Dazu s.u.
- ⁸ *Annie Francé-Harrar*, So wars um Neunzehnhundert, München, Wien 1961, S.45.
- ⁹ *Effi Horn*, Anekdoten um Held, in: Münchner Stadtzeitung Nr. 31, 1954.
- ¹⁰ NLH 1/15, Bemerkungen zu Mitarbeitern.
- ¹¹ NLH I, In Memoriam Dr. h.c. Hans Ludwig Held, Worte des Gedenkens von Professor Dr. Walther Gerlach, 12.12.1954.
- ¹² *Bosls Bayerische Biographie*. 8'000 Persönlichkeiten aus 15 Jahrhunderten, hg. von *Karl Bosl*, Regensburg 1983. Merkwürdigerweise ist hier jedoch der Verweis auf die Monacensia-Sammlung der Stadtbibliothek München angeführt, in der sich der gesamte Nachlass, die Handakten sowie eine Unzahl biographischer Hinweise befinden.
- ¹³ *Ludwig Krafft*, Hans Ludwig Held, in: Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Handschriften-Sammlung Hans Ludwig Held zum Gedächtnis, hg. von der *Stadtbibliothek München*, Redaktion Richard Lemp, München 1974, S. 31. «Haluhe» ergab sich aus den Anfangsbuchstaben seines Namens und wurde von Held in seiner Schwabinger Zeit auch als Pseudonym benutzt.
- ¹⁴ NLH 1/1, Biographischer Abriss. Helds Mutter starb am 29.5.1916, sein Vater am 2.2.1923. Dazu Schreiben aus dem Vorzimmer Helds an Herrn Reiser vom 17.10.1949. Ausserdem dazu *Peter Steinborn*, Grundlagen und Grundzüge Münchner Kommunalpolitik in den Jahren der Weimarer Republik, München 1968, S. 192 ff., der sich auf den von ihm eingesehenen Personalakt Helds beruft.
- ¹⁵ Berichtet nach *Alfons Ott*, Musikalisches Portrait, in: Festschrift für Hans Ludwig Held, München 1950, S.28f.
- ¹⁶ NLH 1/1, Fragebogen für «Köpfe der Politik, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft, Verlag Johann Wilhelm Neumann-Augsburg», unterzeichnet von Held am 26.11.1949.
- ¹⁷ NLH 1/1, Gerlach, In Memoriam Hans Ludwig Held, S. 2.
- ¹⁸ NLH 1/1, Krankheitsgeschichte Hans Ludwig Helds bis 1951; ausserdem *Krafft*, Hans Ludwig Held, S. 31.
- ¹⁹ NLH 1/1, Gerlach, In Memoriam Hans Ludwig Held, S. 2.
- ²⁰ *Ursula von Mangoldt*, Auf der Schwelle zwischen Gestern und Morgen. Begegnungen und Erleb-

- nisse, Weilheim/Obb. 1963, S. 164f.
- ²¹ NLH III, Brief W. Siegfried Förtners an Otto (Hariander), einen anderen Klassenkameraden Helds, vom 25.11.1947
- ²² *Oskar Gluth*, Buch meiner Jugend, München 1949, S. 181.
- ²³ *Krafft*, Hans Ludwig Held, S. 32 und NLH 1/1, Kurze Biographie Prof. Dr. h.c. Hans Ludwig Held, 26.11.1949. Ausserdem *Steinborn*, Grundlagen, S. 192.
- ²⁴ *Francé-Harrar*, So wars, S. 42. Eine vergleichbare Beschreibung liefert *Gluth*, Buch, S. 182f.
- ²⁵ *Hans Ludwig Held*, Dämmerstunden, Dresden 1906.
- ²⁶ *Lang*, Hans Ludwig Held, S. 142. 1907 hatte er «Jakobus. Aus dem Leben eines jungen Priesters» sowie das Mysterium «Salome» veröffentlicht (beide München), 1910 den Holvedauer Roman «Maria Fried» und 1912 die Tragödie «Tamar» (beide München, Leipzig).
- ²⁷ *Krafft*, Hans Ludwig Held, S. 33; ausserdem *Hans Ludwig Held* (Hrsg.), Die Hetärengespräche des Lukian und der Dialog vom Tanze, München, Leipzig 1912, sowie *Steinborn*, Grundlagen, S.193.
- ²⁸ Janus, Halbmonatsschrift, Nr. 1 am 1.9.1911. Dazu auch *Krafft*, Hans Ludwig Held, S. 33.
- ²⁹ NLH 1/3, Brief Ernst Wagners an Held vom 29.10.1950. Held hatte Wagner offenbar um Erinnerungen an gemeinsame Stunden gebeten, da er an seinen Memoiren arbeitete.
- ³⁰ NLH I, Gerlach, In Memoriam Hans Ludwig Held, S. 1.
- ³¹ NLH 1/3, Brief Ernst Wagners vom 29.10.1950.
- ³² NLH 1/1 Held, Hans Ludwig. Biographie.
- ³³ Dazu *Krafft*, Hans Ludwig Held, S. 31 ff.; NLH 1/1, Held, Hans Ludwig. Biographie: Held gab «Janus» zwischen 1911 und 1913 heraus, «Die religiöse Kultur» zwischen 1913 und 1915 und «Die Kritische Rundschau» von 1914 bis 1915, alle in München. Die drei weiteren genannten Werke erschienen 1912 in München, ebenso die «Kurze Relation von der Jesuiten geheimsten Sachen» von Cambilhon, in die sich die Kritik heftig verbiss. Zu weiteren Werken vgl. den Katalog der Monacensia-Sammlung der Stadtbibliothek München. Seine Schriften zum Buddhismus fanden auch die Anerkennung Hermann Oldenbergs, einer Weltautorität auf diesem Gebiet. Ausserdem dazu NLH 1/1, sechsseitiger Bericht Helds über seine Tätigkeiten.
- ³⁴ Zitiert nach: *Krafft*, Hans Ludwig Held, S.34f.
- ³⁵ NLH II/1 und *Lang*, Hans Ludwig Held, S. 145; *Hans Brandenburg*, Held von Schwabing gesehen, in: Festschrift für Hans Ludwig Held, München 1950, S. 15.
- ³⁶ *Steinborn*, Grundlagen, S. 193 f.
- ³⁷ *Oskar Maria Graf*, Wir sind Gefangene, München, Wien 1965, S.418f.
- ³⁸ NLH 1/1, sechsseitiger Bericht Helds, S. 1f. Zu einer weiteren Darstellung dieser Vorgänge NLH 1/8, Niederschrift vom 11.9.1933 in Sachen «Vollzug des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums; hier: Entlassung des Direktors der Stadtbibliothek Hans Ludwig Held.» Ausserdem *Steinborn*, Grundlagen, S. 194.
- ³⁹ NLH 1/1, sechsseitiger Bericht, S. 2.
- ⁴⁰ Ebd. sowie NLH 1/1, Kurze Biographie Prof. Dr. h.c. Hans Ludwig Held vom 26.11.1949. Ausserdem NLH II/1, Manuskript Helds über «Die Bedeutung der Schlange in Afrika».
- ⁴¹ NLH 1/1, sechsseitiger Bericht; *Krafft*, Hans Ludwig Held, S. 37 sowie *ders.*, Büchereiwesen. S.7.
- ⁴² HAH 525 (2), Manuskript «25 Jahre Stadtbibliothek München», nicht gezeichnet.
- ⁴³ NLH 1/1, «Dienstanweisung für den Stadtbibliothekar» von 1920.
- ⁴⁴ Alle diese Angaben finden sich in HAH 525 (2), Manuskript «25 Jahre Stadtbibliothek». Zur Geschichte der Stadtbibliothek vgl. auch *Walther Baedeker*, Kulturpflege der Stadt München 1870 bis 1932. Gezeigt an der Geschichte des Stadtarchivs, des Historischen Stadtmuseums, der Städtischen Bibliotheken und der städtischen Galerie, Diss. München 1951, hg. vom Stadtarchiv München 1953. Ausserdem dazu s.u., das Kapitel «Stadtbibliothek».
- ⁴⁵ *Krafft*, Bibliothekswesen, S.9f.
- ⁴⁶ *Brandenburg*, Held, S. 15.
- ⁴⁷ Zur Geschichte und Entwicklung der Handschriften-Abteilung *Richard Lemp*, die Handschriften-Sammlung der Stadtbibliothek München, in: Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Handschriften-Sammlung, S. 5 ff.

- ⁴⁸ NLH 1/1, «Daten aus meiner öffentlichen Tätigkeit», zusammengestellt von Hans Ludwig Held. «Volk und Heimat» war das offizielle Organ des «Landesverbandes für freie Volksbildung in Bayern».
- ⁴⁹ Zitiert nach: *Alois Fink*, Nachruf für Professor Held, Sendung des Bayerischen Rundfunks am 3. August 1954, S. 3.
- ⁵⁰ Neben den bereits erwähnten sind hier anzuführen u.a. Studien zu einer «Bibliothek des Arbeiters» (1928), zur «Frauen- und Haushaltsbibliothek» (1928) sowie zu «Kinderlesestuben» (1928), die sich in NLH II/1 finden, ebenso weitere Manuskripte wie «Das Wesen der Volksbildung» oder «Aphoristisches zur Bildung, Volksbildung und Kultur.»
- ⁵¹ *Krafft*, Hans Ludwig Held, S. 41 schreibt dazu: «Dieser für einen normalen Leser unübersteigbare Berg von Material zu diesem Thema bringt Held die Anerkennung eines der bedeutendsten jüdischen Forscher, Hugo Bergmann, ein: ‚Man darf wohl Held zu den wenigen Nichtjuden rechnen, die eine wirkliche Intuition von den Inhalten der jüdischen Religion haben und darf sagen, dass er – wie etwa vor ihm der grosse Kabbala-Forscher Molitor – das Menschenmögliche erreicht hat an positivem Sichversenken in die Inhalte der jüdischen Tradition. Sein Tiefblick geht über das Verständnis hinaus, das wir auch bei manchen Vertretern des Judentums finden‘»
- ⁵² *Oskar Maria Graf*, Gelächter von Aussen, München, Wien 1966, S. 390.
- ⁵³ NLH 1/3, Schreiben mit «Erinnerungsbruchstücken» Ernst Wagners an Held vom 29.10.1950.
- ⁵⁴ NLH 1/1, Kurze, zweiseitige Biographie, ohne Titel, wohl eine Beilage zu Helds Rechtfertigungsschreiben von 1933.
- ⁵⁵ In diesem Beirat, der auf eine Anregung Helds zurückging, war u.a. auch Thomas Mann vertreten. Dazu NLH III, Schreiben Manns an Held vom 28.11.27.
- ⁵⁶ Dazu z.B. NLH III, Brief des Held damals noch nicht so eng verbundenen Hans Brandenburg vom 12. Dezember 1928; Brandenburg fühlte sich bei der Preisvergabe benachteiligt und schrieb: «Ich bewerbe mich heute nicht mehr um München, sondern München kann sich höchstens noch um mich bewerben... Da ich also jede Selbstbewerbung um den Dank Münchens für meiner unwürdig halte, habe ich mich selbstverständlich bei keinem Mitglied der Dichterpreiskommission jemals für den Dichterpreis empfohlen, wohl aber habe ich im Stillen geglaubt, dass man nach Gerechtigkeit und Verdienst richten wird und dass man mich nicht umgehen kann. Wenn Hans Carossa den Preis als erster davontrug, so war mir das eine Freude... Doch unter diesen anderen Dichtern, soweit sie in München leben, ist niemand, ... der im Übrigen den Preis des zweiten Jahres so verdient wie ich...»
- ⁵⁷ NLH 1/5, Brief Thomas Manns an Held vom 2.1.1931.
- ⁵⁸ Dieses Goethespiel befindet sich in NLH II/2; Held setzte es aus den wichtigsten Szenen Goethe'scher Werke zusammen.
- ⁵⁹ NLH 1/1, Biographische Abrisse Hans Ludwig Helds.
- ⁶⁰ NLH 1/1, sechsseitiger Bericht Helds.
- ⁶¹ Ebd.
- ⁶² NLH III, Schreiben Spenglers vom 1.8.33, in dem er Held eine «streng nationale Gesinnung» bestätigt; ausserdem NLH 1/8, wo die Entlastungsschreiben gesammelt sind.
- ⁶³ NLH 1/8, Schreiben Buttmanns vom 15.9.1933. Auch die Adresse der Mitglieder des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller vom 21.8.1933 an den Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz bestätigt Held, er habe «jede politische Tendenz» in seiner volksbildnerischen Arbeit stets vermieden und sich immer gegen alles «Falsche, Widerwärtige und Undeutsche» eingesetzt.
- ⁶⁴ NLH 1/1, sechsseitiger Bericht, S. 4.
- ⁶⁵ NLH 1/8, Niederschrift vom 11.9.1933 «in Sachen: Vollzug des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums; hier: Entlassung des Direktors der Stadtbibliothek, Hans Ludwig Held».
- ⁶⁶ NLH 1/8, Schreiben des Personalreferats der Stadt München vom 26.10.33 und Beschluss des Staatsministeriums des Inneren vom 19.10.1933.
- ⁶⁷ *Hans Brandenburg*, Im Feuer unserer Liebe. Erlebtes Schicksal einer Stadt, München 1956, S.399.

- 68 NLH 1/1, Biographischer Abriss und NLH III, Briefwechsel mit Wilhelm Hausenstein.
- 69 NLH I, Gerlach, In Memoriam Hans Ludwig Held, S. 3.
- 70 Ebd. und NLH 1/1, sechsseitiger Bericht, S. 5.
- 71 Ebd. und *Max Stefl*, Von Büchern und Büchermenschen, in: Festschrift Hans Ludwig Held, München 1950, S. 21 ff.
- 72 NLH I, Gerlach, In Memoriam Hans Ludwig Held, S.3.
- 73 NLH 1/8, Schreiben des Präsidenten der Reichsschrifttumskammer vom 26.8.1938, in dem Held wegen mangelnder «Zuverlässigkeit und Eignung» weitere schriftstellerische Arbeit untersagt wird.
- 74 NLH II/2, Gartenbuch.
- 75 NLH II/2.
- 76 NLH 1/1, sechsseitiger Bericht, S. 5.
- 77 NLH 1/1, Krankheitsgeschichte Hans Ludwig Helds.
- 78 *Hans Carossa*, Aufzeichnungen aus Italien, in: *Hans Carossa*. Sämtliche Werke, Frankfurt a.M. 1962, Bd.I, S. 919.
- 79 NLH I, Gerlach, In Memoriam Hans Ludwig Held, S. 3.
- 80 NLH I, Gerlach, In Memoriam Hans Ludwig Held, S. 3 f.
- 81 *Gluth*, Buch S. 184.
- 82 NLH 1/9, Auszug aus einem Schreiben Helds. Ausserdem dazu NLH 1/1, sechsseitiger Bericht Helds, S. 5. Held spricht hier die Vermutung aus, dass es sich dabei um «rachsüchtige politische Individuen» gehandelt habe; dies sage auch «die Volksstimme» seines Wohnortes.
- 83 NLH I, Gerlach, in Memoriam Hans Ludwig Held, S. 3.
- 84 *Krafft*, Hans Ludwig Held, S. 31.
- 85 Alle diese Daten in NLH 1/1, Schreiben Helds an das Direktorium B vom 27.2.1953, in dem er diese Daten für seinen Personalakt nachliefert.
- 86 *Krafft*, Hans Ludwig Held, S. 44. Ausserdem s.u. in der vorliegenden Arbeit.
- 87 NLH III, Brief Hans Ludwig Helds an den ehemaligen Kultusminister Fendt vom 30.12.48.
- 88 NLH III. Der Briefwechsel ist mit hinreissenden Zeichnungen illustriert.
- 89 NLH III, Geburtstagsschreiben Eugen Roths 1945.
- 90 NLH IV.
- 91 Die meisten dieser Notizen finden sich in NLH 1/10 und 1/15, so auch die im Folgenden aufgeführten; leider sind sie nicht immer für die Wiedergabe in einer offiziellen Festschrift geeignet. ..
- 92 Zu seiner Tätigkeit als Kulturbeauftragter s.u.
- 93 NLH I, Gerlach, In Memoriam Hans Ludwig Held, S. 4.
- 94 NLH III, Briefe z.B. von Jella Lepman, Wilhelm Furtwängler.
- 95 NLH I, Gerlach, In Memoriam Hans Ludwig Held, S. 4.

Anmerkungen zum Kapitel: Münchner städtische Kulturpolitik

- ¹ *Max Spindler*, Dreimal München – König Ludwig I. als Bauherr, 2 Vorträge zur Geschichte Münchens, München 1958.
- ² *Thomas Mann*, *Gladus Dei* (1902), in: *Thomas Mann*, Sämtliche Erzählungen, Frankfurt a.M. 1963, S. 155.
- ³ Eine ausführliche, wenn auch etwas einseitige Darstellung der darum geführten Diskussion mit allen bibliographischen Angaben ist nachzulesen bei *Winfried Nerdinger*, Die «Kunststadt» München, in: *Christoph Stölzl* (Hrsg.), *Die zwanziger Jahre in München*, Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum, München 1979, S.93ff. Ausserdem finden sich hier noch weitere, für die geistige Situation Münchens in den zwanziger Jahren wichtige Aufsätze, so z.B. der von

- Friedrich Prinz, Münchens geistiges Leben in den zwanziger Jahren, S. 19ff., *Gabriele Whetten-Indra*, Literarisches Leben in München 1918-1933, S.37ff. und andere mehr.
- ⁴ Ein Grossteil der Diskussionen der unmittelbaren Nachkriegsjahre um dieses Thema wurde in Zeitungen und Zeitschriften ausgetragen, so z.B. im «Münchener Tagebuch», in «Echo der Woche» oder der «Süddeutschen Zeitung», dem «Münchener Merkur» und der «Neuen Zeitung».
- ⁵ Dazu z.B. *Armin Zweite*, Das Volk ist nicht «tümlich» – Beobachtungen zu Gemälden Joseph Scharls, in: *Aloys Greiter, Armin Zweite* (Hrsg.), Joseph Scharl 1896-1954, München 1982, S.9ff. und *Christine Hoh-Slodzyk*, Kunststadt und Künstlervilla, in: *Joachim Poetter* (Hrsg.), Franz von Stuck 1863-1928, München 1982, S. 16 ff. Zu der Art, in der diese Debatte geführt wird, jedoch vor allem *Nerdinger*, «Kunststadt» München, S.93ff.
- ⁶ *Deutscher Städtetag* (Hrsg.), Vergleichende Städtestatistik 1946-1954, Köln 1946-1954 und *ders.* (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 1949-1954. Ausserdem B.u.R. 1887, Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 12.2.1952, Vortrag des Referenten Fischer, S. 10ff. Hier ist für 1946 ein Wanderungsgewinn (= Zuzüge – Abzüge) von 60541 Personen, für 1950 von 44389 Personen und für 1951 von 32624 Personen angegeben.
- ⁷ Als Beispiel dafür seien genannt die Rundreiseprogramme des «Europabus» für 1982. Beschrieben wird die Stadt München dabei so: «... weltbekannt durch ihre Kunstsammlungen, Museen, eleganten Geschäfte und die Urwüchsigkeit ihrer Bewohner».
- ⁸ *Nerdinger*, Die «Kunststadt» München, S. 96; *Thomas Mann* (Hrsg.), Kampf um München als Kulturzentrum; Sechs Vorträge von Thomas Mann, Heinrich Mann, Leo Weissmantel, Willi Geiger, Walter Courvoisier und Paul Renner, mit einem Vorwort von Thomas Mann, München 1926, S. 9 und *Wilhelm Hausenstein*, München Gestern, Heute, Morgen, Vortrag, am 27. Juli 1947 im Theater im Brunnenhof gehalten, München 1947, S. 29.
- ⁹ *Wolfgang Petzet*, Theater – die Münchner Kammerspiele, München 1973.
- ¹⁰ *Wilhelm Hausenstein*, Licht unter dem Horizont, Tagebücher 1942-1946, München 1967.
- ¹¹ *Werner Egk*, Die Zeit wartet nicht. Künstlerisches, Zeitgeschichtliches, Persönliches aus meinem Leben, München 1981.
- ¹² Neben Petzets Werk über die Kammerspiele ist dabei vor allem zu nennen die Arbeit von *Bettina Meier*, Die Münchner Kammerspiele unter der Intendanz Erich Engels, Phil. Diss. (masch. Manuskript), München 1982.
- ¹³ Dafür seien als Beispiele genannt die Arbeiten von *Wigand Lange*, Theater in Deutschland nach 1945. Zur Theaterpolitik der amerikanischen Besatzungsbehörden, Frankfurt a.M. 1980; von *Jutta Held*, Kunst und Kunstpolitik in Deutschland 1945-1949, Berlin (West) 1981 und von *Barbara Mettler*, Demokratisierung und Kalter Krieg. Zur amerikanischen Informations- und Rundfunkpolitik in Westdeutschland 1945-1949, Berlin (West) 1975.
- ¹⁴ Als Beispiele für eine relativ unideologische Beschäftigung mit der Nachkriegszeit seien genannt das von *Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte* verfasste Buch Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik, München 1976 und *Hansjörg Gehring*, Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945-1953, Stuttgart 1976 oder *Volker Ch. Wehdeking*, Der Nullpunkt. Über die Konstituierung der deutschen Nachkriegsliteratur (1945-1948) in den amerikanischen Kriegsgefangenenlagern. Stuttgart 1971. Für weitere Spezialliteratur s.u. bei den jeweiligen Spezialkapiteln.
- ¹⁵ Eine ausführliche Zusammenstellung dieser Konzeptionen, die meist in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag in Köln erstellt wurden, findet sich in dem Jubiläumsband des Deutschen Städtetags: *Deutscher Städtetag* (Hrsg.), Im Dienst deutscher Städte 1905-1980. Ein kommunales Sachbuch zum 75jährigen Jubiläum, Köln 1980. Als zusammenfassende Darstellung der Situation des Jahres 1980 kann auch gewertet werden die Staatsarbeit von *Heidemarie Tressler*, Einige Aufgaben und Bestrebungen kommunaler Kulturpolitik, Universität Bonn 1980 (masch. Manuskript) in der ebenfalls weiterführende Literatur zur kulturpolitischen Diskussion angegeben ist. Darüber hinaus s.u., das Literaturverzeichnis der vorliegenden Arbeit, in das die wichtigsten Arbeiten zu diesem Thema aufgenommen wurden.
- ¹⁶ *Tressler*, Aufgaben, S. 14; demnach war der Staat in diese ursprünglich kirchliche Domäne ein

gedrungen zu einem Zeitpunkt da diese, durch die Säkularisation geschwächt, ihren Aufgaben wirtschaftlich nicht mehr nachkommen konnte.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ *Rüdiger Robert Beer*, Schwerpunkte kommunaler Kulturpolitik, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1968, S. 13. Beer war selbst lange Jahre im Deutschen Städtetag bzw. im Council for Cultural Cooperation des Europarates tätig.

¹⁹ Ebd., S. 13 f.; das Erbe der Arbeiterbildungsbewegung bestand vor allem darin, dass erst die Revolutionen der benachteiligten Stände und die dabei erhobene Forderung nach verstärktem Zugang zu den Bildungseinrichtungen der Gemeinde Aufgaben neben den fürstlichen Kulturbemühungen zuwachsen liessen.

²⁰ B.u.R. 2068, Rundschreiben Nr. 16/50 des Bayerischen Städteverbands vom 14.2.1950, Betreff: Gemeindliches Kulturwesen.

²¹ Leitsätze zur kommunalen Kulturarbeit (Stuttgarter Richtlinien), Nach Billigung durch Präsidium und Hauptausschuss abschliessend festgelegt in der 15. Sitzung des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages in Stuttgart am 18./19.1.1952, in: Städtische Kulturpolitik, Empfehlungen, Richtlinien und Hinweise des Deutschen Städtetages zur Praxis städtischer Kulturpolitik 1946 bis 1970, Köln 1971, S. 104 ff.

²² Ebd.

²³ B.u.R. 2068, Rundschreiben Nr. 16/50 des Bayerischen Städteverbands vom 14.2.50.

²⁴ Dazu z.B. dtv-Lexikon zur Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts, hg. von *Carola Stern, Thilo Vogelsang, Erhard Kloss, Albert Graff*, München 1974, Bd.2, S.457ff.

²⁵ *Alfons Spielhoff*, Kulturpolitik am Wendepunkt, Ein Vortrag gehalten am 16. Oktober 1973 in Dortmund, in: Dortmunder Vorträge, Heft 111/112, S. 3.

²⁶ Ebd.; ausserdem *Hilmar Hoffmann* (Hrsg.), Kultur für alle, Frankfurt 1973 und *Tressler*, Aufgaben, S.42ff.

²⁷ *Alfons Spielhoff*, Möglichkeiten und Grenzen kulturpolitischer Alternativen, Vortrag, in: Dortmunder Vorträge, Heft 116, S.7f.

²⁸ Dazu z.B. *Hilmar Hoffmann* (Hrsg.), Perspektiven der kommunalen Kulturpolitik, Frankfurt a.M. 1974, darin vor allem die Aufsätze von *Dieter Sauberzweig*, Kulturpolitik und Stadtentwicklung (S. 37ff.) und von *H.-J. Heydorn*, Der Kulturauftrag der Kommunen (S. 15 ff.); *Peter Häberle*, Kulturpolitik in der Stadt-ein Verfassungsauftrag, Heidelberg, Hamburg, Karlsruhe 1979; *Gerald Kreissig, Heidemarie Tressler, Jochen von Uslar*, Kultur in den Städten. Eine Bestandsaufnahme 1979, in: Neue Beiträge des Deutschen Städtetags, Heft 37, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1979; *Olaf Schwencke, Klaus H. Revermann und Alfons Spielhoff* (Hrsg.), Plädoyers für eine neue Kulturpolitik, München 1974; ausserdem die verschiedenen Veröffentlichungen des Deutschen Städtetags, verzeichnet in *Deutscher Städtetag*, Im Dienst Deutscher Städte, S.271ff. Neben diesen sachbezogenen Veröffentlichungen findet sich noch eine Fülle parteipolitischer Literatur zu diesem Thema, die jedoch meist bei allgemeinen Stellungnahmen stehen bleibt. Als eines der neueren Beispiele dieser Art von kommunal-politischer Diskussion: *Arbeitskreis für «Kommunale Kulturpolitik» beim Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung*, Kommunale Kulturpolitik, Thesen, Sankt Augustin²1981. Oft sind in solchen Publikationen auch nur Reden verschiedener Politiker bei kulturellen Anlässen zusammengefasst; dazu zum Beispiel *Stigmund Widmer*, Zürich als Anlass, Beiträge zur Kulturpolitik einer Stadt, Zürich, München 1979. Die Grundsatzklärungen der Gewerkschaften zu diesem Thema klingen dabei nicht weniger schwammig als die der Parteien. Dazu z.B. Gewerkschaften und Kulturpolitik, hg. vom *Bundesvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft*, Essen 1954 oder Vorstellungen des DGB zur Kulturpolitik und Kulturarbeit, hg. vom *DGB-Bundesvorstand*, Düsseldorf 1981. Ausserdem zu dem Gesamtkomplex *Helge Gerndt*, Kultur als Forschungsfeld, München 1981.

²⁹ Dazu *Häberle*, Kulturpolitik; ausserdem *Ernst Pappermann*, Stellenwert und Finanzierung kommunaler Kulturarbeit, in: *Deutscher Städtetag*, Im Dienst deutscher Städte, S.78f. Die praktische Auswirkung der verfassungsmässigen Unsicherheit der Kulturaufgaben wurde in der ersten Nachkriegszeit, in der das Geld überaus knapp war, natürlich besonders wirksam.

³⁰ Zu Hans Ludwig Helds Biographie s.o., biographischer Abriss Hans Ludwig Helds.

- ³¹ Karl Scharnagl, geboren am 17.1.1881 in München, von Beruf Bäckermeister, seit 1919 ehrenamtlicher Stadtrat (als Mitglied der BVP), wurde 1924 ehrenamtlicher Münchner Oberbürgermeister. 1929 verlieh ihm die Ludwig-Maximilians-Universität den Ehrendoktor; 1933 wurde er aus seinem Amt entlassen, am 4.5.1945 beriefen ihn die Amerikaner wiederum zum Münchner Oberbürgermeister. Er gehörte nun als Gründungsmitglied der CSU an. Er starb am 6.4.1963. Dazu Ratskartei des Stadtarchivs München. Zu Scharnagls Aktivitäten in den ersten drei Nachkriegsjahren vgl. auch die Zusammenstellungen in der Chronik der Stadt München 1945-1948, bearbeitet von *Wolfram Selig* unter Mitwirkung von *Ludwig Morenz* und *Helmut Stahleder*, hg. von *Michael Schattenhofer*, Stadtarchiv München 1980 (zit. als: München-Chronik), Nachweise dort im Register S. 492.
- ³² HAH 411, Vorspruch von Hans Ludwig Held anlässlich des ersten Kammermusikabends bei Oberbürgermeister Dr. h.c. Karl Scharnagl am 23. März 1946.
- ³³ Dazu s.u.; ausserdem HAH 259, Geschäftsverteilung der Kulturverwaltung; nach dem Kriege war z.B. ein «Theater- und Musikamt» gebildet worden, das sich jedoch nicht bewährte.
- ³⁴ HAH 260, Rundschreiben Oberbürgermeister Scharnagls vom 18.4.47, Betrifft: Geschäftsverteilung; hier: Kulturwesen. Unter dem Stichwort «Theater» ist dort aufgeführt: «Allgemeines Theaterleben, also Staats- und Privattheater, Kabarett, künstlerische Tanzveranstaltungen, Matinées, usw. ... Marionettentheater, Puppenspiele, Laienspiele; Schauspielschulen, Institute für rhythmischen und gymnastischen Tanz».
- ³⁵ Ebd.; unter dem Stichwort «Musik» ist angeführt: «Künstlerische Musikveranstaltungen, musikalische Vorträge, Gastkonzerte, Musikfestspiele und dergl., ...; Musikverlagswesen, Notendruckerei; musikalische Jugendbetreuung, Förderung der Hausmusik, Chormusik, Musikschulen, Musikpreis».
- ³⁶ Ebd.; hierbei sind genannt: «Kunstaustellungen, Sicherstellung von Kunstgütern, Sammlungen, Kunstantiquariate, Kunsthandel, Restauratoren, Stipendien, Kunstpreise».
- ³⁷ Ebd.; unter «Schrifttum» wird hier aufgeführt: «Vortragswesen, Verlagswesen, Buchhandel, Graphische Kunstanstalten, Fremdsprachen-Druckereien, Buchantiquariate, Illustratoren, Dichtpreise, Veröffentlichungen der Stadtverwaltung (Druckschriften, Werbeschriften, Plakate), Reklame- und Werbewesen».
- ³⁸ Ebd.; hier werden genannt die Bereiche «Filmhersteller, Filmverleiher», zu denen Held handschriftlich noch das «Kulturfilmwesen» und die «Filmtheater» hinzufügte.
- ³⁹ Ebd.; hier sind genannt «Kunstgewerbliche Betriebe, Werkstätten für dekorative Kunst».
- ⁴⁰ Ebd.; vor allem um «Internationale Mode-Institute» und «Mode-Veranstaltungen» sollte sich die Abteilung demnach kümmern.
- ⁴¹ Ebd.
- ⁴² Ebd.; handschriftlich ist von Held noch hinzugefügt die Betreuung des Jugendkulturwerks und der Volkshochschule, die Wissenschaftspflege und «Hochschulfragen; Volkshochschulen und Volkshochschulheime».
- ⁴³ Die Standpunkte dieser Diskussion werden vor allem bei *Ner dinger*, «Kunststadt» München, aufgezeigt. *Nerdinger* versucht zu beweisen, dass die «Kunststadt» München nur eine Fiktion war – eine generalisierende Vorstellung, die auch für die Zeit nach 1945 nur eingeschränkt Gültigkeit haben kann.
- ⁴⁴ B.u.R. 2068, Rundschreiben Nr. 16/50 des Bayerischen Städteverbands an seine Mitglieder vom 14.2.50. Ausserdem dazu *Beer*, Schwerpunkte, S. 11; *Ernst Schwering*, Die Gemeinden und die Kultur, Vortrag vor dem XII. Internationalen Gemeindekongress in Rom am 28.9.1955, Stuttgart 1955, Sonderdruck aus der Zeitschrift «Der Städtetag» Heft 10/1955, S. 16 u.a.m.
- ⁴⁵ *Beer*, Schwerpunkte, S. 11.
- ⁴⁶ Ebd.
- ⁴⁷ Dazu vor allem s.u., das Kapitel Literaturförderung, in dem dies exemplarisch am Beispiel der Literaturszene dargestellt ist.
- ⁴⁸ Ebd.; Held und Scharnagl trafen mit ihren Empfehlungen und Bemühungen bei dieser Stelle meist auf taube Ohren und passiven Widerstand.
- ⁴⁹ HAH 227-231, besonders aber 230; hier sind detailliert alle kulturellen Zuzüge der Jahre 1948,

1949 und 1950 aufgeführt.

- ⁵⁰ Dazu s.u., das Kapitel Literaturförderung und HAH 231.
- ⁵¹ Dazu z.B. HAH 2 und HAH 231.
- ⁵² Dazu s.u., das Kapitel «Das Theater und die Finanzen».
- ⁵³ Ebd.
- ⁵⁴ HAH 231.
- ⁵⁵ HAH 2, Schreiben des Schriftstellers Stefan Andres an Wilhelm Hausenstein vom 1.11.49, Abschrift (Auszug).
- ⁵⁶ HAH 231, Schreiben der Bezirksplanungsbehörde von Oberbayern an den Münchner Stadtrat vom 27.11.48, bezüglich der Ansiedlung von Droemer-Knauer; ebd., Schreiben des Verlegers Languth an Held vom 16.8.48 und B.u.R. 2158, Vormerkung Dr. Keims für Oberbürgermeister Scharnagl und Hans Ludwig Held vom 5.11.46 bezüglich der Wünsche von Reclam.
- ⁵⁷ *Mann*, Kampf um München. Neben den programmatischen Vorträgen, die in diesem Zyklus gehalten wurden, fanden noch eine umfangreiche Pressediskussion und auch etliche Debatten des Stadtrates um dieses Thema statt. Dazu z.B. Kulturamt 10 und die Zeitungsausschnittsammlung des Stadtarchivs München.
- ⁵⁸ *Erich Kästner*, Notabene '45. Ein Tagebuch, Frankfurt a.M. 1965, S. 154.
- ⁵⁹ Ebd., S. 153.
- ⁶⁰ *Hausenstein*, München Gestern, Heute, Morgen, S. 29.
- ⁶¹ B.u.R. 1887, Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 12.2.52, Vortrag des Referenten Fischer, S. 11.
- ⁶² Ebd.
- ⁶³ Ebd., S. Iff.; es handelte sich um den Dringlichkeitsantrag Nr. 1003 der Bayernpartei vom 7.1.52. Die Bayernpartei argumentierte vor allem damit, München sei wesentlich mehr als vor dem Krieg Zuzugsziel und leide dadurch unter extremer Wohnungsnot; dies sprengte die Möglichkeiten der Stadtverwaltung in Bezug auf Versorgung u.ä. Dies wurde von Stadtrat Fischer Zug um Zug widerlegt.
- ⁶⁴ Ebd., S.7.
- ⁶⁵ Dazu s.u. das Kapitel über die städtische Ausstellungspolitik und HAH 427, Schreiben eines Stadtsekretärs an Held vom 4.12.47.
- ⁶⁶ *Hausenstein*, München Gestern, Heute, Morgen, S. 28.
- ⁶⁷ B.u.R. 1887, Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 12.2.1952, Vortrag des Referenten Fischer, S. 24.
- ⁶⁸ Ebd., S.22f.
- ⁶⁹ B.u.R. 1887, Brief Oberbürgermeister Scharnagls an den Staatsminister Dr. Schlögl, Bayerisches Staatsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, vom 6.6.48.
- ⁷⁰ *Hausenstein*, München Gestern, Heute, Morgen, S. 32.
- ⁷¹ Dazu s.u. das Kapitel «Die Volksmusikpflege».
- ⁷² Dazu HAH 287, Rede Hans Schweikarts vor dem Kulturausschuss, o.J.
- ⁷³ *Hausenstein*, München Gestern, Heute, Morgen, S. 30.
- ⁷⁴ Ebd., S. 32.
- ⁷⁵ *Mann*, Kampf um München, S. 12.
- ⁷⁶ Ebd., S. 11.
- ⁷⁷ *Hausenstein*, München Gestern, Heute, Morgen, S.35.
- ⁷⁸ *Mann*, Kampf um München, S. 12.
- ⁷⁹ B.u.R. 2094/2, Schreiben Gerard van Loons an Oberbürgermeister Scharnagl vom 1.4.1946. Van Loon beklagte sich darin über das Verhalten des für Kunstdinge zuständigen 3. Bürgermeisters Lacherbauer.
- ⁸⁰ NLH III, Brief Eugene Kellers an Held vom 30.3.1949.
- ⁸¹ HAH 311, Schreiben Oberbürgermeister Scharnagls an Staatssekretär Dieter Sattler vom 26.3.1947.
- ⁸² HAH 525(2), Rede zur Eröffnung der juristischen Abteilung der Stadtbibliothek München, gehalten von Hans Ludwig Held am 3.1.1946.

- ⁸³ Als Beispiel sei hier Helds Bemühung um das Büchereiwesen genannt. Dazu HAH 529, Volksbüchereibesprechung vom 18.10.1945; hier betont Held, 1932 habe das Münchner Büchereiwesen endlich sich gegenüber den «entsprechenden Zentren» in Deutschland durchsetzen können. Dies müsse man nun wieder anstreben.
- ⁸⁴ HAH 411, Vorspruch Helds zu Scharnagls erster Hausmusikrunde, S. 5.
- ⁸⁵ B.u.R. 2089, Schreiben Roggers an Held vom 4.1.50.
- ⁸⁶ Hierbei sind vor allem das Volksbüchereiwesen, aber auch die Volkshochschule zu nennen.
- ⁸⁷ Dazu s.u. das Kapitel «Die Münchner Besucherorganisationen».
- ⁸⁸ S.u. das Kapitel «Künstlerorganisation und -verbände».
- ⁸⁹ Darauf ist auch die grosse Anzahl von Porträts zurückzuführen, die von Held angefertigt wurden. Nicht zu Unrecht nannte ihn daher *Wolfgang Petzet* in seiner Kritik der «Grossen Münchner Kunstausstellung 1952» «unseren vielgemalten Professor Held». MM vom 5./6.1952, S. 4.
- ⁹⁰ HAH 427, Schreiben Helds an einen Maler vom 3.2.1953.
- ⁹¹ Dazu z.B. *Krafft*, Hans Ludwig Held, S. 31 ff.
- ⁹² Dazu s.u. das Kapitel Literaturförderung.
- ⁹³ *Petzet*, Kammerspiele, S.483.
- ⁹⁴ Franz Stadelmayer, geboren 12.1.1891, gestorben 17.5.1971 (parteilos) von den Amerikanern trotz des offenen Eingeständnisses seiner NS-Parteizugehörigkeit als kommissarischer Oberbürgermeister, nach Scharnagls Ernennung dann als 2. Bürgermeister eingesetzt, schied im Spätherbst 1945 aus seinem Amt. Er wurde später Oberbürgermeister von Würzburg. Dazu Ratskartei des Stadtarchivs München.
- ⁹⁵ Carljörg Lacherbauer, geboren 23.6.1902, gestorben 30.3.1967 (CSU) am 1.12.45 als Nachfolger des wegen seiner NS-Vergangenheit aus dem Amt geschiedenen Josef Ochs zum Leiter des Bezirkspolizeireferats und zum 3. Bürgermeister berufen, wurde nach seiner Wahl zum Landtagsabgeordneten im Juli 1947 Staatssekretär im Justizministerium. Dazu München-Chronik 1945-1948, S. 105, 229, 277 und Ratskartei des Stadtarchivs München.
- ⁹⁶ Dr. Walther von Miller, geboren 17.2.1894, gestorben 16.9.1978 (CSU), Sohn des Gründers des Deutschen Museums, war bereits seit Sommer 1945 Stadtrat, vom 5.5.49 bis 2.5.1956 2. Bürgermeister, ab 1953 alleiniger Kulturreferent. Am 30.6.72 schied er aus dem Stadtrat aus. Dazu Ratskartei des Stadtarchivs München.
- ⁹⁷ Dazu vor allem *Baedecker*, Kulturpflege, S. 183 ff.
- ⁹⁸ HAH 259, Bericht ohne Autor, Die Struktur des ehemaligen Kulturamtes. Zur Entwicklung der städtischen Kulturpolitik in den ersten Jahren der NS-Zeit, *Hanko*, Kommunalpolitik, S.329ff.
- ⁹⁹ HAH 259, Rundschreiben Stadelmayers vom 22.11.45.
- ¹⁰⁰ Ebd. Ausserdem dazu Weekly Report Nr. 12, 20.7.-27.7.45, Confidential, OGM, Mon. 3034.
- ¹⁰¹ Dies geht aus dem Schreiben des Theateroffiziers van Loon in B.u.R. 2094/2 vom 1.4.46 an Oberbürgermeister Scharnagl hervor.
- ¹⁰² Dazu *Hanko*, Thomas Wimmer, vor allem S. 170 f.
- ¹⁰³ B.u.R. 2094/2, Brief van Loons an Oberbürgermeister Scharnagl vom 1.4.46.
- ¹⁰⁴ B.u.R. 1746, Rundschreiben vom 24.10.1946, Betreff: Geschäftsverteilung, gezeichnet von Oberbürgermeister Scharnagl.
- ¹⁰⁵ HAH 259, Betrifft: Bearbeitung der kulturellen Angelegenheiten in der Münchner Stadtverwaltung, Rundschreiben Stadelmayers vom 22.11.1945.
- ¹⁰⁶ Dazu s.u. das Kapitel «Dirigent und Stadtverwaltung».
- ¹⁰⁷ HAH 260, Rundschreiben Oberbürgermeister Scharnagls, Betrifft: Geschäftsverteilung; hier: Kulturwesen vom 18.4.47.
- ¹⁰⁸ B.u.R. 1747, 1748, 1749, Geschäftsverteilungspläne der Stadt München.
- ¹⁰⁹ Held schied am 1.9.53 aus seinem Amt aus.
- ¹¹⁰ HAH 260, Rundschreiben Scharnagls vom 18.4.47.
- ¹¹¹ Dies konstatiert er auch selber im Zusammenhang mit den «Säuberungen» von NS-Schrifttum, die er in der Stadtbibliothek und den Volksbüchereien durchführte. Dazu s.u. das Kapitel über das städtische Bibliothekswesen.

- ¹¹² Rudolf Bössl, geboren 9.6.1898, gestorben 16.10.1971 (SPD), nahm als langjähriges SPD-Mitglied noch im März 1933 einen Sitz im Stadtrat ein. Durch die Nationalsozialisten erlebte er dann seine Entlassung aus den städtischen Diensten, Arbeitslosigkeit und Schutzhaft im KZ Dachau. Nach Wehrdienst und Kriegsgefangenschaft wurde er 1946 wieder Stadtdirektor und Stadtrat. 1966 schied er aus der aktiven Politik aus. Dazu Ratskartei des Stadtarchivs München.
- ¹¹³ Diese Position vertrat er z.B. im Zusammenhang mit den Diskussionen um den Erhalt der Münchner Philharmoniker oder um die Ausgaben der Münchner Kammermusik. Er verwies dabei jeweils darauf, man könne so hohe Kulturausgaben nicht verantworten, solange die Münchner Bürger noch unter Lebensmittelknappheit und Wohnungsmangel zu leiden hätten.
- ¹¹⁴ SZ vom 31.12.53, Artikel «Theater-Landschaft» von *K.H. Ruppel*.
- ¹¹⁵ Dazu s.u. das Kapitel «Der Büchererwerb in den ersten Nachkriegsjahren».
- ¹¹⁶ Neben Hanfstaengl «profilierter» sich hierbei auch Oberbürgermeister Scharnagl.
- ¹¹⁷ Zu Wimmers Auffassung von Kommunalpolitik vor allem *Hanko*, Thomas Wimmer, S. 111 ff., S. 115 und S. 133 ff. Thomas Wimmer (SPD), 7.1.1887-18.1.1964, von Beruf Schreiner, gehörte 1925-33 dem Münchner Stadtrat an, war in der NS-Zeit inhaftiert; 1946 wurde er 2. Bürgermeister, 1948 Oberbürgermeister. 1960 zog er sich aus der aktiven Politik zurück. Dazu Ratskartei des Stadtarchivs München.
- ¹¹⁸ HAH 261, Zusammenstellung der Ausschüsse vom 4.3.1947; zu diesem Zeitpunkt setzte sich der Kulturausschuss zusammen aus den Stadträten Hanfstaengl, Holzer, von Miller, Wieninger (CSU) und Branz, Brandhuber, Breitenbach (SPD). Am 26.8.49 hingegen sind genannt Branz, Breitenbach, Weiss (SPD), Stahl, Hieber (BP), Hanfstaengl, Holzer (CSU) und Neumann (KPD).
- ¹¹⁹ Dazu HAH 390.
- ¹²⁰ Dazu s.u. das Kapitel «Dirigent und Stadtverwaltung».
- ¹²¹ B.u.R. 2132, Vertrag zwischen der Stadtverwaltung München, vertreten durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Karl Scharnagl, und Generalmusikdirektor Hans Rosbaud vom 29.11.45.
- ¹²² Dazu z.B. HAH 261, Liste der Mitglieder der städtischen Kulturbeiräte; ausserdem B.u.R. 2093, Schreiben des Bayerischen Kultusministeriums an die Stadt vom 20.5.46, in dem für einen städtisch-staatlichen Koordinierungsausschuss u.a. Generalintendant Erich Engel genannt ist.
- ¹²³ Dazu s.u. das Kapitel «Dirigent und Stadtverwaltung».
- ¹²⁴ Ebd.; durch eigenmächtiges Handeln hatte der Orchestervorstand den von der Stadt favorisierten Eugen Jochum so vergrämt, dass keine weiteren Verhandlungen möglich waren.
- ¹²⁵ Dazu z.B. HAH 454 oder HAH 545.
- ¹²⁶ HAH 426.
- ¹²⁷ Dazu HAH 259, Geschäftsverteilung; hier: Arbeitsbereich Hanns Vogel.
- ¹²⁸ Dazu *Stadtbibliothek München*, Festschrift Held, Geleitwort Alfons Ott, S.3f. Hinzu kommt noch Richard Lemp, der spätere Leiter der Handschriften-Abteilung der Stadtbibliothek München sowie der Sohn Franz Stadelmayers, Peter Stadelmayer.
- ¹²⁹ Dazu auch *Krafft*, Hans Ludwig Held, S. 43. Ausserdem zeigt ein Blick auf die weitere Laufbahn dieser engsten Mitarbeiter Helds, dass hier auch Weichen für die Besetzung von Posten des Bibliotheksbereichs bis in die achtziger Jahre gestellt wurden. Das Beispiels Hans Engls beweist jedoch auch die Nachteile dieser «Königsnähe» der Bibliotheksbeamten: Die Engl unterstellten Kinderbibliothekarinnen beschwerten sich bitter, dass Engl für seine eigentliche Tätigkeit keine Zeit mehr aufbringe und alles daher liegenbleibe. Dazu s.u. das Kapitel über die Internationale Jugendbibliothek.
- ¹³⁰ Dazu vor allem HAH 261, Liste der Mitglieder des Literatur-, des Kunst- und des Musikbeirates der Stadt München.
- ¹³¹ Ebd.
- ¹³² Dazu s.u. das Beispiel der Literaturpreisvergabe oder das Beispiel der Ausstellungs- und vor allem der Ankaufpolitik der Stadt.
- ¹³³ *Spielhoff*, Alternativen, S. 8.
- ¹³⁴ Josef Rogger, geboren am 14.5.1911, war von 1930 bis 1976 in der Stadtverwaltung tätig.

- ¹³⁵ B.u.R. 1746-1749, Geschäftsverteilungspläne der Stadt München.
- ¹³⁶ Dazu s.u. das Kapitel über die Berufung Fritz Riegers; Beschlüsse des Stadtrats wurden daher in Personalfragen nur «vorbehaltlich der Genehmigung des Personalreferats» gefasst.
- ¹³⁷ Dazu z.B. das Kapitel «Das Theater und die Finanzen». Sowohl bei Erlass oder Ermässigung der Vergnügungssteuer für Theater, wie bei Zuschussfragen, kam dem Stadtkämmerer eine wichtige Stimme zu. Entscheidungen des Stadtrates in Finanzfragen wurden ebenfalls vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtkämmerei getroffen. Sperrte die Stadtkämmerei Gelder, wie dies nach der Währungsreform erst einmal geschah, so konnte nichts ausbezahlt werden.
- ¹³⁸ Dazu s.o. und s.u. das Kapitel Literaturförderung.
- ¹³⁹ Dazu ebd.
- ¹⁴⁰ B.u.R. 2109, Schreiben des Polizeipräsidioms, Polizeidirektor Dr. Brandl an den Münchner Oberbürgermeister vom 9.2.1946.
- ¹⁴¹ HAH 260, Schreiben Scharnagls an das Polizeipräsidium vom 4.2.1946.
- ¹⁴² B.u.R. 2109, «Urteil» Hanns Vogels vom 25.2.46.
- ¹⁴³ HAH 350, Schreiben des Landespräses Roman Friesinger an Herrn Mostar, den geistigen Leiter der «Hinterbliebenen» vom 11.7.47 und an Held vom 12.7.47.
- ¹⁴⁴ HAH 350, Aktennotiz Helds vom 2.7.47.
- ¹⁴⁵ HAH 350, Schreiben des Polizeipräsidioms, Dr. Weitmann, an das Bayerische Staatsministerium des Inneren vom 9.7.47.
- ¹⁴⁶ HAH 261, Vormerkung Oberrechtsrats Keim, Betrifft: Kulturausschusssitzung vom 3.10.1946, vom 5.10.1946.
- ¹⁴⁷ Ebd.; der «Versittlichung» stimmten jedoch alle Anwesenden zu, einschliesslich der SPD-Vertreter.
- ¹⁴⁸ HAH 261, Vormerkung Keims vom 11.10.1946, Betrifft: Kulturausschusssitzung vom 9.10.46.
- ¹⁴⁹ B.u.R. 2109, Schreiben der Polizeidirektion an den Münchner Oberbürgermeister vom 8.2.1946, S. 2.
- ¹⁵⁰ Dazu s.u. das Kapitel «Die Münchner Kammerspiele».
- ¹⁵¹ HAH 272, Soziales Kulturprogramm.
- ¹⁵² Dazu s.u. das Kapitel «Die Münchner Besucherorganisationen».
- ¹⁵³ HAH 272, Bericht über die Besprechung vom 22. Mai 1951, Betreff: Soziales Kulturprogramm.
- ¹⁵⁴ Ebd.
- ¹⁵⁵ Dazu s.u. das Kapitel über das Städtische Bibliotheks- und Büchereiwesen.
- ¹⁵⁶ AZ vom 8.8.1951, «Kultur für alle – bitte nicht zu leise weitersagen!», Artikel von «Hiss».
- ¹⁵⁷ *Spielhoff*, Alternativen, S. 1 ff.
- ¹⁵⁸ *Mann*, Kampf um München, S.9f.
- ¹⁵⁹ München-Chronik, S. 87.
- ¹⁶⁰ Dazu Amt der Militärregierung für Bayern, APO 170/AG 350-MGBAE, Anweisung für die Verfügung über beschlagnahmtes Material nationalsozialistischen und militärischen Charakters vom 10.8.1946, in: Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Jg. 1, Nr. 9, München 12.9.1946, S. 134 ff.
- ¹⁶¹ Dazu u.a. *John Gimbel*, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945-1949, Frankfurt 1971. Für die Münchner Situation ist heranzuziehen die Zulassungsarbeit von *Claus-Dieter Schwab*, Amerikanische Kulturpolitik in Deutschland, Fallbeispiel München, 1945-1947, Staatsarbeit München 1982. Das Problem der Entnazifizierung wird abgehandelt bei *Lutz Niethammer*, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt a.M. 1972.
- ¹⁶² HAH 260, Vormerkung Helds für Oberbürgermeister Scharnagl vom 20.3.1946.
- ¹⁶³ Dazu s.u. das Kapitel «Amerikahaus».
- ¹⁶⁴ Ebd.
- ¹⁶⁵ Dazu z.B. *Lia Härtel*, Der Länderrat der amerikanischen Besatzungs-Zone, Stuttgart, Köln 1951.
- ¹⁶⁶ Dazu s.u. das Kapitel «Münchner Philharmoniker».

- ¹⁶⁷ Dazu s.u. das Kapitel «Der Rundfunk».
- ¹⁶⁸ Dazu s.u. das Kapitel über die «materielle Basis» der Theaterschaffenden.
- ¹⁶⁹ Dazu s.u. das Kapitel «Die Vergnügungssteuer».
- ¹⁷⁰ Dazu s.u. «Der Büchererwerb in den ersten Nachkriegsjahren».
- ¹⁷¹ Dazu s.u. das Kapitel über die städtische Ausstellungs- und Ankaufpolitik.
- ¹⁷² Dazu z.B. ebd., die Diskussionen um die «Münchner grosse Kunstausstellung» oder die Diskussion um das Bürgertheater im Zusammenhang mit Zuschussfragen.
- ¹⁷³ Dazu z.B. die Verhandlungen um die Staatstheater-Zuschüsse, s.u. das Kapitel «Zuschussfragen».
- ¹⁷⁴ *Otto Benecke*, Gemeinnützige und private Kunstpflege, in: *Kulturarbeit. Monatsschrift für Kultur- und Heimatpflege*, Nr. 1/1949. B.u.R. 2077.
- ¹⁷⁵ Ebd.
- ¹⁷⁶ HAH 260, Rundschreiben Oberbürgermeister Scharnagls vom 18.4.47, Betrifft: Geschäftsverteilung; hier: Kulturwesen.
- ¹⁷⁷ *Münchner Stadtanzeiger* Nr. 38 vom 25.9.53, Die Kulturaufgabe der Stadt, Rede Bürgermeister von Millers, gehalten vor der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Hamburg.
- ¹⁷⁸ Dazu HAH 377, HAH 303 und HAH 640.
- ¹⁷⁹ *Mann*, Kampf um München, S. 10 ff.
- ¹⁸⁰ Dazu s.u. das Kapitel Literaturförderung.
- ¹⁸¹ HAH 459-463 und 472, B.u.R. 2152-2157; zu dem Wiederaufbau Geiselgasteigs vor allem B.u.R. 2156. Bei der städtischen Filmförderung, die finanziell von Seiten der Kulturverwaltung nicht zu Buche schlug, finden sich neben den Gedanken der Darstellung Münchens im Film vor allem wirtschaftliche Überlegungen. So wurde auch das ehrenamtlich von der Pächterin des Luitpoldkinos, Lonny van Laak, geführte «Filmamt» am 23.11.45 dem Gewerbeamt, nicht der Kulturverwaltung unterstellt und wird hier daher nicht ausführlicher behandelt. Dazu B.u.R. 2152.
- ¹⁸² Dazu z.B. *Gunter Groll* in der *SZ* vom 31.12.53, der München als durchaus anspruchsvolle «Filmstadt» bezeichnet.
- ¹⁸³ HAH 269, «Kultur und Wirtschaft», 2. Fassung eines Berichtes vom 27.12.1949. Die 2. Fassung wurde von der Städtischen Musikbibliothek, wahrscheinlich also Dr. Ott, erstellt.
- ¹⁸⁴ Ebd., 3. Fassung, «Wirtschaft und Kultur», ohne Verfasser, o.J.
- ¹⁸⁵ *Nerdinger*, «Kunststadt» München, S. 108.
- ¹⁸⁶ HAH 269, 3. Fassung «Wirtschaft und Kultur».
- ¹⁸⁷ Ebd.; eine weitere Fassung vom 24.2.50 trägt den Vermerk: «Unter Verwendung des Entwurfes Dr. Bock gefertigt von Rogger». Somit war hier also die Verwaltung im engeren Sinne tätig geworden, keineswegs nur der Kulturbeauftragte.
- ¹⁸⁸ HAH 269, Entwurf «Kultur und Wirtschaft» von Dr. Ott vom 27.12.1949.
- ¹⁸⁹ *Mann*, Kampf um München, S. 10.
- ¹⁹⁰ Dazu z.B. B.u.R. 2535/1 bis 2535/50, HAH 410, 411, 261 u.a.m.
- ¹⁹¹ HAH 278-282, die in den Akten enthaltenen Presseartikel über die Kunstwochen. Die auswärtige Presse war dabei insgesamt viel freundlicher als die Münchner.
- ¹⁹² Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1946-1956, Unterabschnitt 320; die ausgegebenen Summen schwankten zwischen 56'000,- RM für 1947 und fast 70'000,- DM für 1954. Die Jahre 1948 und 1949 fielen dabei jedoch äusserst mager aus (weniger als 10'000,- RM/DM wurden ausgegeben), und erst 1952 pendelten sich die ursprünglichen Zuschüsse wieder ein.
- ¹⁹³ HAH 279 und *Münchner Mittag* vom 4.8.1947, Nr. 67, «Der grosse Ausverkauf in Kunst» von *Dr. Hohenemser*.
- ¹⁹⁴ Ebd.; ausserdem *Echo der Woche* vom 14.6.1947, Nr. 10 «Münchner Sommer 1947». Von anderer Seite unterstellte man Held hier allerdings auch persönliche Eitelkeit. Dazu OMBY ID 10/110-3/27.
- ¹⁹⁵ *Süddeutsche Zeitung* vom 14.6.1947, Nr. 52, «Münchner Sommer 1947», ein Artikel von *K. Köbelin*.
- ¹⁹⁶ HAH 279 und *Münchner Mittag*, 4.8.47, «Der grosse Ausverkauf der Kunst».

- ¹⁹⁷ HAH 279-282. Die hier gesammelten Zeitungsausschnitte zeigen, dass man den Ereignissen sowohl im bayerischen Umland wie auch z.B. in Frankfurt (Artikel der Frankfurter Rundschau) durchaus positiver gegenüberstand.
- ¹⁹⁸ HAH 279 und Süddeutsche Zeitung vom 5.8.1947, Nr. 67 «Kleine Kunstwochenbilanz» von *Alfred Dahlmann*.
- ¹⁹⁹ *Ernst Thiele* (Bearbeiter), Deutsche Kunstpreise 1946-1961. Eine Dokumentarische Übersicht, hg. vom *Deutschen Kunstrat*, Stuttgart ²1962, S. 73.
- ²⁰⁰ Ebd., S. 5
- ²⁰¹ Ebd., S. 73 und HAH 261, Richtlinien für die Vergebung des Literaturpreises der Stadt München vom 14.6.1947.
- ²⁰² Zu den Literaturpreisträgern s.u. das Kapitel «Die städtische Hilfe für einzelne Schriftsteller», wo auch das Verfahren der Zuerkennung solcher Preise näher beschrieben wird. Für Malerei und Graphik erhielten den städtischen Preis 1947 Maria Caspar-Filser, 1948 Oskar Coester, 1949 Josef Achmann, 1950 Willi Geiger, 1951 Hugo Troendle, 1952 Ludwig Bock und Karl Arnold, 1953 Adolf Hartmann und 1954 Carl Otto Müller. Für Plastik und Architektur wurden 1947 Toni Stadler, 1948 Heinrich Knappe, 1949 Heinrich Kirchner, 1950 Hans Wimmer, 1951 Richard Riemerschmid, 1953 Joseph Wackerle und 1954 Anton Hiller geehrt. Den Musikpreis erhielt 1947 Carl Orff. Dazu *Deutscher Kunstrat*, Kunstpreise, S. 73 und *Ludwig Hollweck*, Unser München, ein Lesebuch zur Geschichte der Stadt im 20. Jahrhundert, München 1980, S. 404 ff.
- ²⁰³ HAH 251, Richtlinien für die Vergebung des Literaturpreises der Stadt München vom 14.6.1947.
- ²⁰⁴ Dazu vor allem HAH 261, aber auch B.u.R. 2091 und 2093; hierin sind die Mitglieder des «Vorläufigen Komitees» und des «Arbeitsausschusses für die statischen Künste» (bildende Kunst, Architektur, Kunsthandwerk) vom 20.9.45 sowie die Mitglieder eines Koordinierungsausschusses zwischen Staat, Stadt und Öffentlichkeit vom 20.5.46 genannt.
- ²⁰⁵ HAH 261, Richtlinien für die Vergebung des Literaturpreises der Stadt München vom 14.6.1947.
- ²⁰⁶ Um diese beiden Zentren sammelten sich die verschiedensten Elemente: Amerikanische Kulturoffiziere und Journalisten, deutsche Widerständler oder in amerikanischen Speziallagern geschulte und nach Deutschland entlassene Kriegsgefangene, Schriftsteller und Künstler jeder Couleur. Erich Kästner, der das Feuilleton der «Neuen Zeitung» betreute und das Vertrauen beider Seiten besass, eignete sich daher gut als Bezugsperson und Kontaktmann.
- ²⁰⁷ Die 1949 gegründete Gruppe «ZEN» beispielsweise umfasste Künstler, die für die weitere Entwicklung der bildenden Kunst in Deutschland wichtig wurden. Franz Roh war Gründungsmitglied dieser Gruppe und legte auch in anderen Fällen immer wieder ein gutes Wort für die Moderne ein. Dazu auch s.u. die Kapitel über die städtische Ausstellungspolitik und die Betreuung der Kunstverbände und -Organisationen.
- ²⁰⁸ Dazu z.B. HAH 410, 411, 234 und B.u.R. 2535/1-40.
- ²⁰⁹ HAH 621; die Vereinigung wurde am 6.5.1946 ins Leben gerufen, um «die kulturellen Ziele und Arbeiten der Bayerischen Landeshauptstadt tatkräftig zu fördern und am geistigen Neuaufbau mitzuhelfen». Oberbürgermeister Scharnagl war Ehrenpräsident, Hans Ludwig Held Beirat der Gesellschaft.
- ²¹⁰ HAH 620.
- ²¹¹ Dazu s.u. das Kapitel «Die Förderung des Münchner Musiklebens».
- ²¹² Dazu s.u. das Kapitel «Literaturförderung».
- ²¹³ HAH 410 und 411, Einladungslisten zu Scharnagls Hausmusikabenden; die hier aufgeführten etwa 600 Namen von Persönlichkeiten aus den Bereichen Wirtschaft, Politik und Kultur geben einen repräsentativen Querschnitt der «Oberen Zehntausend» der Stadt München in den Jahren 1945-1948.
- ²¹⁴ *Ernst Schering*, Die Gemeinden und die Kultur, Vortrag vor dem XII. Internationalen Gemeindegkongress in Rom, 28.9.1955, Stuttgart 1955, Sonderdruck aus der Zeitschrift «Der Städtetag» Heft 10/1955, S. 16.
- ²¹⁵ HAH 391/2, «Philharmoniker – eine ‚Etatfrage‘?», o. Autor, o.J.

Anmerkungen zum Kapitel: Die städtisch «verwaltete Musik»

- ¹ «Leitsätze zur kommunalen Kulturarbeit» (Stuttgarter Richtlinien); festgelegt in der 15. Sitzung des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages in Stuttgart am 18./19.1.1952.
- ² Kommunale Korrespondenz, Pressedienst des Deutschen Städtetages Köln, Nr. 26 vom 22.2.52, B.u.R. 2068. Auch diese Richtlinien scheinen noch reichlich vage. Dies war den Verantwortlichen im Deutschen Städtetag auch bewusst: «Es kann bei solcher Betrachtung der Dinge nicht Absicht des Deutschen Städtetags sein, die – glücklicherweise – in der Kulturpflege fehlende staatliche Reglementierung durch eine Art von Selbstverwaltungscentralismus zu ersetzen...» (ebd.).
- ³ Zur Entwicklung des Musiklebens und der Musikpflege in München u.a. *Hans Schmid*, Musik; in: *Max Spindler*, Handbuch der bayerischen Geschichte, München²1979, Bd.IV/2, S. 1212 ff.
- ⁴ Ebd., S. 1224; besonders zu nennen ist hier der Domchor unter Ludwig Berberich und die evangelische Kirchenmusik.
- ⁵ Ebd.; ausserdem dazu s.u. das Kapitel «Die Förderung des Münchner Musiklebens».
- ⁶ Kulturamt 735, «Der Stadtrat München hat... einen Musikbeirat gebildet, der die Aufgabe hat, den Stadtrat in Angelegenheiten der Musikpflege in München zu beraten. Besonders hinsichtlich der Verwendung der Mittel, die der Stadtrat für die Musikpflege aufwendet, obliegt dem Beirat eine bedeutungsvolle Aufgabe...» Brief Oberbürgermeister Scharnagls an Univ. Prof. Dr. R. von Ficker vom 4.1.32.
- ⁷ Ebd., aus der Tagesordnung der Sitzung vom 28.11.29. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde der Musikbeirat gleich um einige Parteiangehörige erweitert und bereits in der Sitzung vom 17. Oktober 1933 traten zukünftige Argumentationslinien auf: «Dr. Hörburger teilt mit, dass der Engländer Sidney Beer, ein Jude, ihn ersucht hat, hier ein Konzert gegen Bezahlung dirigieren zu lassen. Mit den Berliner Symphonikern gibt er ein Konzert. Er ist offenbar ein reicher Mann, der sich eben ein Konzert leistet... Referent schlägt vor, zunächst abzuwarten, wie das Berliner Konzert ausfällt. STR. Reinhard hat schwerste Bedenken. Beer ist ein Engländer und ein Jude. Wenn Berlin ihn aufnimmt, so spielt das keine Rolle; im Kulturzentrum sei das nicht möglich. Es soll ihm abgeschrieben werden» (ebd., Sitzungsprotokoll).
- ⁸ Obwohl in der öffentlichen Bekanntmachung von dem «Wunsch des Orchesters» die Rede ist, liest sich die Vormerkung für Oberbürgermeister Fiehler, betreffend die Mitgliederversammlung vom 8.12.42 (Kulturamt 477), etwas anders. Es wurden zwei Versammlungen einberufen. Um zu verhindern, dass die Versammlung nicht beschlussfähig wäre, weil niemand erschiene, wurde die zweite schon im vorneherein für beschlussfähig erklärt. Um darüber hinaus «etwaigen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, dass überhaupt kein einziges Mitglied erscheint, sind zu dieser zweiten Versammlung 3 Mitglieder, die über den Zweck der Versammlung instruiert wurden, eingeladen». In dieser zweiten Versammlung wurde dann der Auflösungsbeschluss durchgeführt.
- ⁹ HAH 388, Städt. Theater- und Musikamt. Betr.: Einkommensverhältnisse der Münchner Philharmoniker, 6.11.46, unterzeichnet: Königsdorfer. Zu Clemens Krauss Münchner Zeit auch *Oskar von Pander*, Clemens Krauss in München, München 1955.
- ¹⁰ Kulturamt 477, Niederschrift über die am 4.9.44 nachmittags im Reichspropagandaamt stattgefundene Besprechung. Auch hier tauchte bei den Mitgliedern der Philharmoniker die Angst auf, das Staatsorchester könnte diese «Teilüberführung» dazu nutzen, die Philharmoniker ganz zu schlucken. So bat der Verwaltungschef des Orchesters, Dr. Mayer, um die ausdrückliche Versicherung, dass «solche Mitglieder der Münchner Philharmoniker, die nun im Verbände des Staatsorchesters weiterbeschäftigt werden sollen, nur für die Dauer der Stilllegung unseres Orchesters dem Staatsorchester angehören und nach wie vor Angestellte der Stadt München bleiben». Er wies ausserdem «auf die schlechten Erfahrungen während des ersten Weltkrieges hin, die dadurch entstanden, dass das Konzertvereinsorchester durch Einberufungen nicht mehr spielfähig war und von Seiten des Staatsorchesters vor allem hochqualifizierte Kräfte wie erste Bläser während des Krieges für dauernd an das Staatsorchester hinübergezogen und fest verpflichtet wurden». Ob es von Dr. Mayer sehr klug war, die sich hier auch für Kräfte der Philharmoniker erge-

bende Möglichkeit einer U.K.-Stellung («Unabkömmlichkeit») in den Wind zu schlagen, mag dahingestellt bleiben.

- ¹¹ Kulturamt 393, Reichsverband für das Konzertwesen, Fachgruppe Ernste Musik, Rundschreiben Nr. 3 vom 1.9.1934. Im Rahmen des «Führerprinzips» hatte dies natürlich seinen Stellenwert gehabt, mit einer demokratischen Ordnung allerdings liess es sich nur noch schwer vereinbaren. Wozu in der NS-Zeit der Musikbeauftragte gebraucht wurde, wird aus einem anderen Rundschreiben des Amtes für Konzertwesen vom 1. März 1938 ersichtlich: «... werden die Städtischen Musikbeauftragten ersucht, sich einzuschalten bei der Entscheidung über die künftige Organisationsform bisher freier Konzertgesellschaften. Der Deutsche Gemeindetag und die NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude‘ haben im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Reichsmusikkammer die noch bestehenden selbständigen Konzertgesellschaften aufgefordert, sich als Konzertringe in die NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude‘ einzugliedern ... werden die Städtischen Musikbeauftragten um besonders sorgfältige Behandlung dieser Frage gebeten». Dazu Kulturamt 393, Rundschreiben Nr. 2/1938, S. 3. Der Musikbeauftragte sollte also die Gleichschaltung vortreiben. Zu weiteren Problemen der Musikpolitik im 3. Reich *Josef Wulf*, Musik im 3. Reich, Gütersloh 1963 sowie vor allem *Fred K. Prieberg*, Musik im NS-Staat, Frankfurt a.M. 1982.
- ¹² HAH 259, 21.11.1945, Erlass mit dem Betreff «Bearbeitung der kulturellen Angelegenheiten in der Münchner Stadtverwaltung». 1947 schlug Hans Rosbaud, der damalige künstlerische Leiter der Philharmoniker, dem diese Konstruktion ein Dorn im Auge war, eine Auflösung vor: «Die Stärke der städtischen Musikpflege und der philharmonischen Arbeit hat bisher darin bestanden, dass diese Arbeit in einem geschlossenen Kreis und in voller Harmonie geleistet werden konnte... Diese... muss wiederhergestellt werden. Neben den notwendigen personellen Veränderungen scheint mir die sicherste Gewähr dafür der folgende Vorschlag... zu sein: 1. Das Städt. Musikamt wird ganz aufgelöst. 2. Die Verwaltung der Philharmonie wird ... bei Prof. Held konzentriert...» Dazu HAH 359, Schreiben Prof. Hans Rosbauds vom 16.2.47.
- ¹³ Dazu s.u. die Kapitel über die Münchner Philharmoniker.
- ¹⁴ Haushaltssatzung der Stadt München für das Jahr 1946; der Ansatz von Förderungsmitteln für 1946 beträgt 600,- RM, 1944 und 1945 waren keine Mittel ausgegeben worden. Auch in den folgenden Jahren bewegten sich die Förderungen bei Beträgen um die 600,- RM bzw. DM (Haushaltssatzungen der Stadt München 1945-1956). Erst 1954 wurden sie auf 1'000,- DM erhöht.
- ¹⁵ Ebd. Der Ansatz 1946 betrug 3'000,- RM, der für 1945 ebenfalls. 1944 wurden 2'727,- RM dafür aufgewendet. Diese Haushaltsstelle weist merkwürdige Schwankungen zwischen Ansatz und Rechnung auf. Erst ab 1949 wurden die Zahlungen einigermaßen regelmässig.
- ¹⁶ Ebd. Die Staatstheaterförderung betrug laut Rechnung 1944 999'247,- RM, in den Jahren 1945 und 1946 sind keine Summen eingesetzt. Der Staatstheaterzuschuss wurde später noch ein wichtiger Diskussionspunkt zwischen Staat und Stadt. Dazu auch s.u. das Kapitel «Zuschussfragen».
- ¹⁷ Haushaltssatzungen der Stadt München 1947-1956; die Förderung dieser Sommer-Kunstwoche belief sich die ersten Jahre auf ca. 50'000,- RM, im schwierigen Sommer 1949 in der Rechnung nur auf 9'895,- DM (Haushaltssatzung 1951), obwohl das Goethejahr 1949 durchaus zu einer Steigerung hätte führen können; in den darauffolgenden Jahren pendelte sie zwischen 60'000,- und 70'000,- DM.
- ¹⁸ Dazu HAH 278 und 279.
- ¹⁹ Die «Richard-Strauss-Stiftung» war erst 1949 aus Anlass des 85. Geburtstags von Richard Strauss ins Leben gerufen worden (Haushaltssatzung 1949); ihr Jahresetat betrug 1'500,- DM.
- ²⁰ Haushaltssatzung 1952; Forderungsbetrag: 6'000,- DM im Ansatz 1952, 1'000,- DM in der Rechnung (Haushaltssatzung 1954); in den Jahren 1953, 1954 (Haushaltssatzung 1953, 1954), sind auch im Ansatz nur DM 1'000,- bzw. 2'000,- zu finden. Dazu auch HAH 650.
- ²¹ Der «Kammerkonzerttrng München e.V.» wurde in den Jahren 1952-1954 (Haushaltssatzungen 1952, 1953, 1954) mit je 500,- DM im Jahr gefördert. Dazu auch HAH 405.
- ²² Die «Singgemeinschaft Rudolf Lamy» erhielt in den Jahren 1952-1954 3'000,-DM jährlich (Haushaltssatzungen 1952, 1953, 1954); der relativ hohe Zuschuss ist dadurch zu erklären, dass

- die Singgemeinschaft den halbprofessionellen Kern des «Philharmonischen Chors» bildete. Rudolf Lamy, der Leiter des Chors, hatte den Namen der «Singgemeinschaft» von seinem ehemaligen Berliner Chor mitgebracht. Dazu HAH 400 und 401.
- ²³ Der Sängerbund erhielt, obwohl im Ansatz 1952 für ihn 800,- DM eingeplant waren (Haushaltssatzung 1952), offenbar 1952 noch nichts (Haushaltssatzung 1954, Rechnung 1952: –), in den folgenden Jahren aber je 800,- DM (Haushaltssatzung 1954).
- ²⁴ Das «Studio für Neue Musik» taucht erstmalig in der Haushaltssatzung 1952 auf (Ansatz: 2'500,- DM), hat zwar offensichtlich 1950 (Rechnung: 1'800,- DM), nicht 1951 (Ansatz: 2'500,- DM, Rechnung-), wohl aber ab 1952 (Haushaltssatzung 1954: je 2'500,-DM) einen Zuschuss von der Stadt erhalten.
- ²⁵ Haushaltssatzung der Landeshauptstadt München, Einzelplan 3, Unterabschnitt 323 «Münchner Philharmoniker, Orchester der Landeshauptstadt München».
- ²⁶ Einige Beispiele seien angeführt: so wurde 1946, als alles noch darniederlag, für die gesamte Musikpflege 630,- RM, für die Münchner Philharmoniker 54'313,- RM und für alle Künstlerförderungen (einschliesslich der bildenden Künstler) 10'000,- RM ausgegeben. 1952 waren es 19'850,- DM für die Musikpflege, 843'433,- DM für die Philharmoniker und 26'180,- DM für alle Künstlerförderungen. Hinzu kommt ab 1948 wieder der Staatstheater-Zuschuss von 600'000,- RM/DM, der also auch an eine Institution bezahlt wurde sowie kleinere Stiftungsbeiträge, die möglicherweise auch Einzelkünstlern zufließen.
- ²⁷ Das «Orchester der Kgl. Bayerischen Hofoper» war bereits am 9.12.1811 zum ersten Mal als «Musikalische Akademie» öffentlich aufgetreten und damit aus dem Schatten des Opern-Orchestergrabens getreten. Es konnte also 1945 bereits auf eine mehr als 130jährige Tradition als Konzertorchester zurückblicken – die Philharmoniker hatten 1943 erst ihr 50jähriges Jubiläum feiern können. Es gab seit ihrer Gründung immer wieder Konflikte, vor allem da die Veranstaltungen der «Musikalischen Akademie» nur die Zusatzeinnahmen des Staatsorchesters bildeten, während sich die Philharmoniker als reines Konzertorchester erhalten mussten. Dazu auch die Festschrift zum 150jährigen Jubiläum der Musikalischen Akademie, München 1961.
- ²⁸ HAH 398, «Sechzig Jahre Münchner Philharmoniker», hg. 1953 von der *Stadt München*. Ausserdem «Die Münchner Philharmoniker 1893-1968», hg. von *Alfons Ott und Ernst Wolfgang Faehndrich*, München 1968 sowie *Karl Robert Danler*, *Musik in München*, München 1972. An dieser Stelle soll nur ein kurzer Überblick über die Geschichte des Orchesters gegeben werden.
- ²⁹ HAH 398, Sechzig Jahre Münchner Philharmoniker.
- ³⁰ HAH 385, Schreiben der Verwaltung der Münchner Philharmoniker, Amtmann Emil Waelde, an Prof. Held vom 15.12.48. Dieses Privatvermögen der Frau von Barlow belief sich immerhin auf 500'000,- Goldmark und warf einen Ertrag von 18'000,- Goldmark jährlich ab.
- ³¹ Sigmund von Hausegger wurde am 16.8.1872 in Graz geboren und starb am 10.10.1948 in München; er war der Sohn des für Wagners Ausdrucksmusik eintretenden Musikschriftstellers Friedrich von Hausegger, «schrieb in spätromantischem Stil grosse Orchesterwerke (Naturesymphonie), 2 Opern, Chöre und Lieder; auch theoret. Schriften (Betrachtungen zur Kunst, 1921)». Dazu *dtv-Lexikon*, München 1978, Bd.8, S. 211.
- ³² HAH 385, Schreiben Waeldes an Held vom 15.12.48.
- ³³ Ebd.
- ³⁴ Ebd.; diese Vereinbarung wurde insofern später relevant, als sich die Stadt fragte, ob bei einer Reprivatisierung des Orchesters das Kultusministerium auf einer Erhöhung des Opernzuschusses bestehen könnte – was rechtlich durchaus möglich gewesen wäre. Dazu auch HAH 385, Schreiben Waeldes an Held vom 4.1.49.
- ³⁵ *Ott*, *Die Münchner Philharmoniker*, S. 37 f.; Oswald Kabasta wurde am 29.12.1896 zu Mistelbach in Niederösterreich geboren. Von Kindheit an war er mit Klavier und Orgel und mehreren Orchesterinstrumenten vertraut, studierte dann an der Wiener Musikakademie. Nach dem ersten Weltkrieg wirkte er zunächst als Musiklehrer, wurde dann jedoch Dirigent, zunächst in der Wiener Neustadt und in Baden bei Wien, von 1926-1931 als Generalmusikdirektor in Graz, ab 1931 als musikalischer Leiter des Wiener Rundfunks und Dirigierlehrer an der Wiener Musikakademie, ab 1935 als ständiger Dirigent der Wiener Gesellschaft für Musikfreunde und der Wiener

- Symphoniker. 1938 wurde er nach München berufen, 1945 seines Amtes enthoben. Am 6.2.1946 beging er in Kufstein Selbstmord.
- ³⁶ Kulturamt 477.
- ³⁷ HAH 385, Schreiben Waeldes an Held vom 15.12.48.
- ³⁸ HAH 371. Anhand der Berichte lassen sich auch die Erfolge und Misserfolge des Orchesters in diesen Jahren nachvollziehen. Der Geschäftsführer selber war in «allen Fragen künstlerischer Art» dem künstlerischen Leiter weisungsgebunden, war aber in wirtschaftlichen Fragen nur dem Stadtrat verantwortlich. Dazu HAH 362, «Geschäftsanweisung des Orchesters der Landeshauptstadt München», Entwurf vom Juni 1948, § V.
- ³⁹ Sigmund von Hausegger war von 1920-1937 Leiter des «Konzertvereins-Orchesters e.V.» Ausserdem dazu HAH 359, Bericht vom 14.2.47.
- ⁴⁰ Der Orchestervorstand, gegenüber Rosbaud später durchaus kritisch eingestellt, äusserte sich über Kabasta fast euphorisch: «Mit grösster Befriedigung erlebten wir dann unter der Leitung Prof. Kabastas einen ungeahnten Aufschwung des Orchesters, der uns ebenbürtig an die Seite der grossen Kulturorchester stellte.» Dazu HAH 359, Bericht vom 14.2.47.
- ⁴¹ Ebd.
- ⁴² Zur Zeit der Verhandlungen hielt er sich allerdings in Stuttgart auf. Wie H.L. Held betonte, hatte der im Zuge der Entnazifizierung entlassene Bürgermeister Franz Stadlmayer an dieser Berufung den Hauptanteil. HAH 375, Brief Helds an Pringsheim vom 8.1.46.
- ⁴³ Hans Rosbaud, geboren am 22.7.1895 in Graz, studierte in Frankfurt a.M. Klavier und Komposition, wurde 1921 Direktor der Städt. Musikhochschule und Dirigent der städtischen Symphoniekonzerte in Mainz und war in den folgenden Jahren in Frankfurt, Münster und Strassburg beschäftigt. Nach seiner Münchner Tätigkeit ging er nach Baden-Baden, war jedoch gleichzeitig an der Züricher Tonhalle und am Züricher Stadttheater beschäftigt. Dazu Riemanns Musik-Lexikon, hg. von *Willibald Gurlitt*, Mainz 1961.
- ⁴⁴ HAH 359, Bericht vom 14.2.47.
- ⁴⁵ HAH 359, Vertrag zwischen Generalmusikdirektor Hans Rosbaud und dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, Karl Scharnagl, vom 29.11.45, §1 und 2. Ausserdem HAH 369, Schreiben vom 26.2.48: «Das Interesse der Orchestermitglieder als Gesamtheit muss schon deswegen bejaht werden, weil Orchester und Kapellmeister im Allgemeinen nicht immer miteinander verbunden sind und daher beide ein künstlerisches Eigenleben führen».
- ⁴⁶ Rosbaud wies in dieser Frage immer wieder darauf hin, dass das in seiner künstlerischen Kompetenz läge und weder Stadtrat noch Oberbürgermeister viel damit zu tun haben könnten. Dies stand aber im Widerspruch zu dem im Vertrag Rosbauds fixierten Vorschlagsrecht des Oberbürgermeisters in dieser Frage (HAH 359).
- ⁴⁷ Da in der NS-Zeit ein Grossteil der Institutionen nach diesem Prinzip organisiert worden waren, dauerte ihre Re-organisation noch einige Zeit. Hier lassen sich auch Kontinuitäten feststellen, die ein Licht auf die ersten Jahre nach Kriegsende werfen: Erst 47/48 begann im vorliegenden Fall die eigentliche Neugestaltung.
- ⁴⁸ Vormerkung vom 26.2.1948, Betreffs des Vertrags mit Prof. Hans Rosbaud, HAH 369. Die erwähnte «fiskalische Beziehung», die der Zeit nicht mehr gerecht werde, bezog sich auf «die von massgeblichen amerikanischen Stellen für die erste Hälfte dieses Jahres angekündigte Währungsreform». Das Personalreferat der Stadt wollte daher in den Vertrag Rosbauds eine «Währungsklausel» einfügen, die im Falle einer Währungsreform die finanzielle Beschränkung des Dirigentengehalts möglich machen sollte (ebd.).
- ⁴⁹ Der Orchestervorstand ist der Betriebsrat eines Orchesters. Seine wichtige Funktion wird z.B. daraus ersichtlich, dass nach dem Zusammenbruch 1945 der letzte Orchestervorstand der Philharmoniker, der Bratschist Hans Schmid und der Posaunist Karl Altmann, die eigentliche Reorganisation des Orchesters (in Zusammenarbeit mit dem damaligen Leiter des Theater- und Musikamtes, Dr. Michael Schattenhofer) in die Hand nahm und so massgeblich daran beteiligt war, dass das Orchester bereits im Juli 1945 wieder spielen konnte. Dazu HAH 359.
- ⁵⁰ Wichtig konnte dies dann werden, wenn der künstlerische Leiter eigenwillige Massnahmen ergriff, die weder im Interesse der Stadt, noch im Interesse des Orchesters lagen. Dies im einzelnen Fall zu beurteilen ist fast unmöglich, da oft sehr persönliche Empfindlichkeiten eine Rolle spiel-

- ten: Der Orchestervorstand behauptete 1947 beispielsweise, dass zwei Orchestermusiker den künstlerischen Anforderungen nicht mehr entsprächen, von Rosbaud aber «aus persönlichen Rücksichten» gehalten würden. Dazu HAH 359, Brief des Orchestervorstandes an Scharnagl und Held vom 14.2.47. Rosbaud hingegen bemerkte dazu, er sähe nicht ein, dass er «die persönliche Aversion Altmanns gegen einen jungen und brauchbaren Orchestermusiker» mitmachen solle, «gegen den Altmann vergeblich so etwas wie eine Orchester-Volksstimmung zu inszenieren suchte». Dazu HAH 359, Bericht Rosbauds vom 16.2.47.
- ⁵¹ HAH 359, Bericht des Orchestervorstandes der Münchner Philharmoniker an Prof. Held und Oberbürgermeister Scharnagl vom 14.2.47, in dem man Rosbaud zwar «unermüdlichen Fleiss» bestätigte, jedoch abtritt, dass er «das Orchester bis zur letzten Vollkommenheit» geführt habe. Ausserdem dazu HAH 372, Bericht Prof. Helds vom 26.3.47, über eine Vorsprache des Orchestervorstandes bei ihm, in der ähnliche Vorwürfe ventiliert wurden.
- ⁵² HAH 359, Bericht Rosbauds an Oberbürgermeister Scharnagl vom 16.2.47, S. 2.
- ⁵³ HAH 359, Brief von Hans Rosbaud an Oberbürgermeister Scharnagl vom 6.7.47.
- ⁵⁴ HAH 359, Bericht Rosbauds vom 16.2.47.
- ⁵⁵ HAH 372, 11.3.47, Vormerkung Oberbürgermeister Scharnagls an das Referat 3 (Personalreferat) und an Prof. Held. Scharnagl verfügte darin die sofortige Versetzung Königsdorfers an eine andere Dienststelle, wenn sich der mitgeteilte Verdacht bestätige, «dass Herr Königsdorfer vom Theater- und Musikamt gemeinsam mit Herrn Altmann, Orchestervorstand der Philharmoniker bei einer amerikanischen Dienststelle vorstellig geworden ist, dass Herr Generalmusikdirektor Rosbaud nachgeprüft werden solle, weil er mit nationalsozialistischen Methoden arbeite». Interessant ist dies besonders deshalb, weil das Theater- und Musikamt Ende März dann wirklich aufgelöst wurde.
- ⁵⁶ HAH 359, Bericht Rosbauds vom 16.2.47.
- ⁵⁷ Ebd.
- ⁵⁸ Ebd.
- ⁵⁹ HAH 359 und z.B. SZ vom 26.6.48, SZ vom 29.6.48, AZ vom 22.6.48 u.a.
- ⁶⁰ HAH 359, Bericht vom 16.2.47. Der Orchestervorstand sah das natürlich anders (HAH 359, Bericht vom 14.2.47) und betonte die Leistungsfähigkeit des Orchesters, die schon bei dem Konzert unter Eugen Jochum im Juli 1945 unter Beweis gestellt worden sei.
- ⁶¹ HAH 359, Bericht vom 16.2.47.
- ⁶² Rosbaud betonte, dass er – auf Anfrage allerdings – gerne Konzerten unter John Barbirolli (Nachfolger Toscaninis an der New Yorker Philharmonie) und Paul Sacher (Leiter des Basler Kammerorchesters) zugestimmt habe und gerne Furtwängler, den französischen Stardirigenten Charles Münch oder den Amerikaner Stokowsky einladen wolle – nur sei das allein seine künstlerische Kompetenz die ihm «nach Genehmigung durch den Herrn Oberbürgermeister» obliege. Dazu HAH 359, Bericht vom 16.2.47. Dazu auch der Bericht des Orchestervorstandes an Held und Scharnagl, HAH 359 vom 14.2.47.
- ⁶³ HAH 359, Bericht vom 16.2.47.
- ⁶⁴ Ebd.
- ⁶⁵ Ein Beispiel dafür findet sich in HAH 359, Artikel *Walter Panofskys* in «Melos – Zeitschrift für neue Musik» vom März 1949, S.87f. «Seit dem ominösen Tag X (wahrscheinlich der 20.6.48 – die Währungsreform; Anm. d. Verf.) ist München in puncto moderne Musik so zurückhaltend, wie – nun wie es eben nur München sein kann... Es ist traurig um die neue Musik in München bestellt. Das liegt nicht nur an der zweifellos schwächer gewordenen Geldkraft des Publikums allein ..., es liegt vielmehr an der ganzen Struktur des musikalischen Lebens in der Münchner Stadt, die so verfehlt, so von Grund auf restitutionsbedürftig ist wie kaum anderswo ... ,’s presiert net aso mit dera neimodischen Musi...’»
- ⁶⁶ HAH 371, monatliche Geschäftsberichte des Geschäftsführers der Philharmoniker, Emil Waelde, an das Direktorium B. Ausserdem HAH 375, Vormerkung von Oberrechtsrat Dr. Dr. Keim vom 3.10.46, der nach einer schlecht besuchten Uraufführung (die H.K. Schmid’sche Symphonie d-moll) «eine grundsätzliche Erziehungsarbeit des Konzertpublikums» anregte. «Man hat sonst das Gefühl, dass in München ein Künstler erst einmal gestorben sein muss, damit er mit einem Besuch und Anerkennung seiner Werke rechnen kann.»

- ⁶⁷ Das Standardprogramm erforderte keine mühseligen Neueinstudierungen.
- ⁶⁸ Vormerkung Waeldes für Prof. Held vom 16.11.52, HAH 390; darin wird die Aussage Riegers wiedergegeben, er «könne und wolle es sich nicht leisten, für ein Konzert in der Musicaviva-Reihe je acht Tage Proben zu machen».
- ⁶⁹ HAH 359, Artikel *Fritz Preussners* im Juni 1948: «Das Versagen aller Parteien nach dem Zusammenbruch liegt ja schliesslich darin begründet, dass man nicht, wie sie es wohl glaubten, einfach an 1932 wieder anknüpfen kann. Das war die schlimmste und dümmste ‚Reaktion‘. Aber genau dieses versucht man im Kulturleben.» Laut Preussner wurde die Musik durch Rosbaud davon ferngehalten und im Zuge der neuen Zeit betreut. Er fuhr fort: «Aber – ob und bis man so etwas begreift, zumal in Dienststellen? Man müsste ja umlernen, das Neue wenigstens ahnen! Und das in München, das von jeher die Grossen, die vorwärtsweisenden Geister nicht erkannt hat, das Richard Wagner ebenso wieder hinausekelte wie Max Reger, das weder für Mozart einen Platz fand, noch für Richard Strauss. Aber die Mittelmässigkeit, die wurde von Heyse bis heute gehätschelt und amtlich gepflegt... der Münchner Amtsschimmel reagiert nur auf das aufdringliche Peitschengeknall und das willkürliche Getöse der längst versunkenen Aufklärung.»
- ⁷⁰ Weiteres dazu in HAH 359, Stellungnahme des Orchestervorstands.
- ⁷¹ HAH 359, Bericht Rosbauds vom 16.2.47 und des Orchestervorstands vom 14.2.47.
- ⁷² HAH 260, Rundschreiben vom 18.4.47, unterfertigt von Oberbürgermeister Scharnagl. Betrifft: Geschäftsverteilung; hier: Kulturwesen. Unter der Rubrik «Musik» wird als Aufgabe der neuen «Abteilung für Kultur im Direktorium A» aufgeführt: Künstlerische Musikveranstaltungen, musikalische Vorträge, Gastkonzerte, Musikfestspiele und dergleichen, insbesondere auch bezüglich der Festsetzung der Vergnügungssteuerhöhe; Musikverlagswesen, Notendruckerei; musikalische Jugendbetreuung, Förderung der Hausmusik, Chormusik, Musikschulen, Musikpreis».
- ⁷³ HAH 407, Schreiben von Held an die genannten Orchester vom 24.4.1947. Wien, Leipzig, Köln, Stuttgart und auch Hamburg antworteten nicht oder ihre Antworten sind verlorengegangen. Über die Organisation in Hamburg existiert aber eine Vormerkung von Oberbürgermeister Scharnagl vom 13.2.47, die auf einem Gespräch mit Eugen Jochum beruhte, in HAH 359.
- ⁷⁴ HAH 359, Vormerkung vom 13.2.47. Die organisatorischen Fragen hatte Jochum einem Verwaltungsdirektor überlassen, die Engagements unterschrieb er allein. Von der Stadt aus existierte «kein Organ, Ausschuss oder dergleichen, das dem Generalmusikdirektor zur Seite stünde oder einen Einfluss auf ihn ausüben würde. Herr Generalmusikdirektor Jochum gibt zu, dass die ganze Entwicklung seit seiner 13jährigen Tätigkeit in Hamburg eine Folge des absoluten Vertrauens in seine Person sei».
- ⁷⁵ HAH 407, Antwortschreiben des Städtischen Musikdirektors Dr. Fritz Henn vom 7.6.47 (Briefkopf: Der städtische Musikdirektor und der Musikbeauftragte der Stadt Heidelberg). Henn hatte in Personalunion auch noch das Amt des musikalischen Oberleiters der Oper inne. Bühnen und Orchester waren in Heidelberg städtische Institutionen mit Etat und Verwaltungsapparat. Auch bei Neueinstellungen wirkte der Musikdirektor mit, neben dem Betriebsrat und den Sachverständigen.
- ⁷⁶ HAH 407, Antwortschreiben des Orchestervorstands des Städtischen Orchesters (Opernhaus- und Museums-Orchester), Walter Fischer, vom 7.7.47. «Das Orchester besteht augenblicklich aus 80 Herren. Nach der Besetzung war nur ein kümmerlicher Rest des alten Orchesters vorhanden und mussten die Organisatoren in mühevoller Arbeit durch Neuengagements den Orchesterkörper wieder auf obengenannte Stärke bringen».
- ⁷⁷ HAH 407, Antwortschreiben des Orchestervorstands der Berliner Philharmoniker vom 30.5.47. «Das Orchester hat sich einen Vorstand gewählt, die Herren Richard Wolff und Ernst Fuhr, die die Geschäftsführer-Tätigkeit ausüben in Gemeinschaft mit dem Kapellmeister Sergiu Celibidache... Vom Orchester sind ferner fünf Vertrauensleute gewählt, die gelegentlich bei Beratungen herangezogen werden. Die neuen Mitglieder werden vom Orchester gewählt. – Bei Probespielen ist stets der Dirigent zugegen.» Diese Konstruktion entsprach der Tradition des Orchesters.

- ⁷⁸ Ebd.
- ⁷⁹ HAH 402, Antwortschreiben der Geschäftsführerin der Bamberger Symphoniker vom 8.5.47; das Orchester erhielt 3'000,- RM jährlich.
- ⁸⁰ Ebd. Dieses demokratische Verfahren ist aus der Geschichte der Bamberger Symphoniker erklärlich, die sich als eine Art Selbsthilfe-Organisation nach dem Krieg zusammengefunden hatten. Ein Grossteil ihrer Mitglieder rekrutierte sich aus der ehemaligen «Deutschen Philharmonie» in Prag, deren Musiker sich als Vertriebene und Flüchtlinge in Bayern wieder zusammengefunden hatten. Dieser Zusammenschluss erfolgte aber nicht auf die Initiative eines Dirigenten hin, sondern aus freien Stücken; so war auch für den Dirigenten keine überragende Position vorgesehen.
- ⁸¹ Dazu das grosse Lexikon der Musik, hg. von *Marc Honegger* und *Günther Massenkeil*, Freiburg, Basel, Wien 1976, Bd. 1, S. 267.
- ⁸² HAH 369, Vormerkung vom 26.2.48. Vorsorglich war der Vertrag Rosbauds daher Ende Februar gekündigt worden. Andererseits kam schon hier auch Weiterreichendes zur Sprache: «Dabei darf aber keinesfalls die Tatsache in den Hintergrund gedrängt werden, dass die Münchner Philharmoniker ein städt. Orchester sind. Es ist daher dafür Sorge zu tragen, dass dem Stadtrat, dem Kulturausschuss und der Verwaltung massgeblicher Einfluss auf die entscheidenden Fragen des Orchesters vorbehalten bleibt... Diese ... Organisationsfragen finden am besten in einer dauerhaften Geschäftsordnung ihre Erledigung, um nicht über diese grundsätzlichen Fragen bei jedem Kapellmeisterwechsel in neue zeitraubende, schwierige und oft unerquickliche Verhandlungen eintreten zu müssen... Es wird daher vorgeschlagen, zunächst die beteiligten Stellen mit dem Entwurf einer Geschäftsordnung für die Münchner Philharmoniker zu beauftragen und erst nach Inkraftsetzung dieser Geschäftsordnung durch Stadtratsbeschluss mit Herrn Professor Rosbaud in Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Vertrages mit Wirkung ab 1.9.48 zu verhandeln.»
- ⁸³ HAH 362, Brief vom 27.1.48 des Orchestervorstandes der Münchner Philharmoniker an Hans Ludwig Held.
- ⁸⁴ Die endgültige Fassung der Geschäftsanweisung, die zur Grundlage des Dirigentenvertrages mit Fritz Rieger, Rosbauds Nachfolger, gemacht wurde, ist erst mit dem 10.2.49 datiert (HAH 362, Vertrag der Stadt mit Fritz Rieger), sie wurde aber Rosbaud bereits (als Entwurf) im Juni 1948 vorgelegt. Das hier federführende Personalreferat hatte von dem Brief des Orchestervorstandes offenbar auch Kenntnis, da Oberrechtsrat Kohl am 20.2.48 sagen konnte, «er hätte gehört, dass möglicherweise der Vertrag in einigen Punkten geändert werden solle» (HAH 362, Vormerkung Roggers vom 20.2.48). Es ist wahrscheinlich, dass auch Rosbaud ein Teil der Änderungsvorschläge bekannt geworden war, lange bevor sie ihm im Juni mitgeteilt wurden.
- ⁸⁵ HAH 362, Brief des Orchestervorstandes vom 27.1.48. Die anderen Änderungen betrafen die vom Orchestervorstand gewünschte Verpflichtung des künstlerischen Leiters, «von den grossen Abonnement-Konzerten mindestens die Hälfte selbst zu dirigieren» und ein nicht zugestandenes Mitspracherecht des Orchestervorstandes bei der Auswahl von Solisten und der Programmgestaltung.
- ⁸⁶ HAH 362, Vertrag der Stadt München mit Fritz Rieger.
- ⁸⁷ HAH 362, Geschäftsanweisung des Orchesters der Landeshauptstadt München «Die Münchner Philharmoniker», §111 und IV.
- ⁸⁸ Ebd.: «Der Künstlerische Oberleiter ist verpflichtet, den Stadtrat über die wesentlichsten Angelegenheiten der Münchner Philharmoniker von sich aus laufend in Kenntnis zu setzen und dessen berechtigten Wünschen Rechnung zu tragen... Der Künstlerische Oberleiter hat ... den Stadtrat über alle zu Verbindlichkeiten führen Planungen, Verhandlungen und Abschlüsse zwecks Würdigung ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkung rechtzeitig in Kenntnis zu setzen... Der Künstlerische Oberleiter ist verpflichtet, spätestens bis zum 1. März jeden Jahres dem Stadtrat einen umfassenden Konzertplan mit Einsetzung der vorgesehenen Termine für das am 1. September beginnende neue Konzertjahr vorzulegen.»
Alle diese dem Künstlerischen Leiter mit dieser Geschäftsordnung auferlegten Verpflichtungen hatten bisher in dem Verhältnis der Stadt zu Rosbaud den Konfliktstoff geliefert.
- ⁸⁹ HAH 362, Geschäftsanweisung, §V.

- ⁹⁰ Besonders die Pressekommentare legen dies nahe. So der Artikel von *Heinz Pringsheim* in der *SZ* vom 26.6.48: «... Wie bereits aus einer kurzen Notiz in der *Süddeutschen Zeitung* vom 15. Juni bekannt, hat Rosbaud den Vertrag als unannehmbar abgelehnt. Denn die offen gelassene Verhandlungsmöglichkeit über den einen oder anderen Punkt der Geschäftsanweisung, die zum Gegenstand des Vertrages gemacht wurde, hätte an der grundsätzlichen wesentlichen Verschlechterung der ihm eingeräumten Stellung nicht viel ändern können». Pringsheim stellte überdies die Unterschiede der grundsätzlichen Stellung des Generalmusikdirektors in den Vordergrund: «Herr Generalmusikdirektor Hans Rosbaud wird die Gestaltung und Weiterentwicklung des gesamten Musiklebens der Stadt München anvertraut, soweit die Stadtverwaltung darauf Einfluss nimmt», bzw. «Generalmusikdirektor Rosbaud wird zum alleinverantwortlichen künstlerischen Leiter des Städtischen Orchesters ... bestellt» gegenüber der neuen Formulierung: «Herr Prof. Hans Rosbaud wird zum 1. Kapellmeister ... bestellt». Pringsheim schloss die Frage an: «Wollte die Stadt den Mann los werden, weil sie einen Nachfolger für ihn parat hatte, oder wollte sie ihm nur die Flügel stutzen, weil sein reger und fortschrittlicher Geist ihr unbequem war? Und war sie wirklich töricht genug, zu glauben, dass er sich diese Sterilisierungsoperation gutwillig gefallen lassen würde?»
- ⁹¹ HAH 362, Brief Waeldes an Held vom 19.1.49: «In dieser Geschäftsanweisung sind Formulierungen enthalten, die darauf abzielen, gewissen diktatorischen Bestrebungen der Dirigenten einen Riegel vorzuschieben. Inwieweit die Geschäftsanweisung in dem vorliegenden Wortlaut auf jeden künftigen Dirigenten anzuwenden ist oder bei einem zugänglicheren Herrn einer gewissen Abänderung bedarf, wäre noch zu prüfen».
- ⁹² HAH 359, Vormerkung Helds für Oberbürgermeister Scharnagl vom 15.6.48: «Ich versäumte nicht, darauf hinzuweisen, dass ich berechtigt sei, für den Fall er gewisse Aussetzungen habe, mit ihm des weiten über den Vertrag zu verhandeln, da uns daran gelegen sei, ihn uns als Dirigenten zu erhalten.» Ausserdem dazu HAH 359, Auszug aus dem Bericht über die Sitzung des Kulturausschusses vom 25. Juni 1948, in der Scharnagl ebenfalls darauf hinwies, das auch Rosbaud von einem «Entwurf» gesprochen habe.
- ⁹³ HAH 359, Brief Rosbauds vom 15.6.48 an Prof. Held: «Die mir seinerzeit durch den ersten Vertrag gewährte Freizügigkeit in der Disposition und Durchführung meiner künstlerischen Pläne steht in einem bemerkenswerten Gegensatz zu den Bedingungen, die Sie mir heute vorlegen. ...»
- ⁹⁴ HAH 359, Vormerkung Helds für Oberbürgermeister Scharnagl vom 15.6.48.
- ⁹⁵ Ebd. In der Kulturausschusssitzung vom 25. Juni 48 präziserte Held dies noch. Dazu HAH 359, Auszug aus dem Bericht über die Sitzung: «Prof. Held erwähnte noch, es sei nicht ganz uninteressant, dass die im Hause Rosbaud beschäftigte Köchin bereits vor Wochen erzählt habe, sie denke nicht daran, mit Rosbauds nach Baden-Baden zu gehen; es sei also offensichtlich, dass Prof. Rosbaud mit Baden-Baden schon längst abgeschlossen habe.» War das wohl die von Held am 15.6. zitierte «Öffentlichkeit Münchens»? Dazu auch Vormerkung vom 15.6.48, Held für Oberbürgermeister Scharnagl, HAH 359.
- ⁹⁶ HAH 359, Brief Rosbaud an Held vom 15.6.48 über seine Arbeit: «... sie hat in den 3 vergangenen Jahren das Orchester der Münchner Philharmoniker zu einem der ersten Deutschlands gemacht, sie hat eine künstlerische und geistige Spannweite einziger Art erreicht und überdies ein finanzielles Fundament geschaffen, wie es in dieser günstigen Auswirkung in der ganzen Geschichte der Münchner Philharmoniker noch nie dagewesen war...» In der Kulturausschusssitzung vom 25.6. (HAH 359, Auszug aus dem Bericht über die Sitzung) glaubte Held, dies etwas korrigieren zu müssen: «Der Kulturbbeauftragte ... sah sich veranlasst, mit äusserstem Nachdruck darauf hinzuweisen, dass die ausserordentlich günstige Geschäftsbilanz der letzten Jahre ‚nicht nur‘ dem Genie Prof. Rosbauds zu verdanken sei, der dies in seinem letzten Brief an Prof. Held mit einiger Betontheit festgestellt hatte. Vielmehr hätten in den letzten Jahren infolge der ganz aussergewöhnlichen Zeitverhältnisse und des immensen Geldüberhangs ja alle Kulturinstitute die grössten Einnahmen erzielt.»
- ⁹⁷ HAH 359, Brief Rosbauds an Held vom 15.6.48.
- ⁹⁸ *SZ* vom 26.6.48 und vom 29.6.48; ausserdem dazu als Stellungnahme im Rundfunk B.u.R. 2132, Musikrundschaue vom 27.6.48. Auch hier wird die Kompetenzbescheidung durch die neue Ge-

- schäftsanweisung beklagt und zumindest angedeutet, hier habe «die Verwaltungsbürokratie einen Pyrrhussieg über die Kunst davongetragen», und «das Heldenstück der Münchner Stadtverwaltung» sei «der erste Sargnagel für das wiederaufgeblühte Musikleben der Stadt München». Auch eine weitere Beziehung wird dabei gesucht: «Wir zweifeln nicht, dass weitere geschmiedet werden können, die dann mit geschwungenem Hundhammer in die Bretter des Sarges getrieben werden». Hiermit wurde eine – aktenmässig aber nicht fassbare – Beteiligung des Kultusministers Hundhammer an diesem «Fall Rosbaud» angedeutet.
- ⁹⁹ AZ vom 22.6.48.
- ¹⁰⁰ So auch HAH 362 der bereits zitierte Abschnitt V der Geschäftsordnung, der die Entscheidung des Stadtrats bei der Frage, «ob künstlerische Belange berührt werden», ausdrücklich nur bei Meinungsverschiedenheiten festsetzte, und bei anderen Abschnitten eine «kann»- oder «sollte»-Formulierung verwendete.
- ¹⁰¹ So die rechtzeitige Festlegung von Solisten oder wichtigen Dirigenten, die notwendig war, um die Betroffenen noch verpflichten zu können, bevor ihr Konzertplan bereits feststand.
- ¹⁰² HAH 359, Artikel von *Fritz Preussner* vom Juni 1948.
- ¹⁰³ Zur ersten Kategorie zählten Karajan, Knappertsbusch, Furtwängler, Eugen Jochum, Karl Böhm, Hermann Scherchen, Joseph Keilberth. Dazu HAH 359, Auszug aus dem Bericht über die Kulturausschusssitzung vom 25.6.48. Die zweite Kategorie, zu der auch Rieger zählte, umfasste Künstler wie Mazerath, Moralt, Eugen Papst, Karl Elmendorff, Paul Sacher, Leitner, Rudolf Lamy, Schneider und G.E. Lessing (ebd.).
- ¹⁰⁴ HAH 371, Tätigkeitsbericht der Münchner Philharmoniker für den Monat Juli 1949, gleichzeitig zusammenfassender Bericht über das Konzertjahr 48/49 vom 17.8.49. Knappertsbusch dirigierte im Berichtszeitraum (September 1948 bis Juli 1949) zwölf Konzerte.
- ¹⁰⁵ Ebd. Wilhelm Furtwängler dirigierte acht Konzerte.
- ¹⁰⁶ Ebd. Eugen Jochum dirigierte am 14./15./16. September und am 5./6./7. Oktober 1948. Seine für Dezember geplanten Konzerte sagte er nach Schwierigkeiten mit dem Orchestervorstand der Philharmoniker ab. Dazu auch HAH 391.
- ¹⁰⁷ HAH 371, Bericht der Münchner Philharmoniker vom 17.8.49. Hermann Scherchen dirigierte drei Konzerte.
- ¹⁰⁸ Ebd.; Eugen Papst dirigierte acht Konzerte in München und leitete ausserdem die auswärtigen Konzerte in Garmisch und Oberammergau.
- ¹⁰⁹ Ebd. Fritz Rieger dirigierte am 3./10. Oktober und dem 8./9. Dezember 1948, darüber hinaus am 12./13. Januar und am 22./23. Juni. Der besonders in den Konzerten im Herbst 1948 von Rieger gewonnene Eindruck war vor allem in den Reihen der Philharmoniker selbst so gut, dass sie Rieger zu ihrem Favoriten kürten. Dazu HAH 391. Aber auch die Presse war begeistert. Dazu HAH 363.
- ¹¹⁰ Karl Elmendorff dirigierte zwei Konzerte. HAH 371, Bericht der Münchner Philharmoniker vom 17.8.49.
- ¹¹¹ Ebd.
- ¹¹² Ebd. Joseph Keilberth, zu diesem Zeitpunkt noch in Dresden tätig, dirigierte zweimal die Münchner Philharmoniker.
- ¹¹³ Ebd.
- ¹¹⁴ Ebd. Hindemiths Münchenbesuch (er dirigierte auch das Staatsorchester) fiel in den Februar 1949. Mit den Philharmonikern konzertierte er am 6.2.
- ¹¹⁵ Ebd. So in Garmisch der Beethoven-Zyklus mit Eugen Papst, in Rosenheim ein Beethoven-Konzert mit Adolf Mennerich – dem bei den Philharmonikern recht beliebten ehemaligen Dirigenten der Volkssymphonie-Konzerte, der die ersten zwei Jahre nach Kriegsende keine Dirigiererlaubnis hatte (Dazu: HAH 365, Kulturausschusssitzung vom 24.3.48) – das Richard-Wagner-Festkonzert in Bayreuth unter Hans Knappertsbusch und die Matthäus-Passion vor 4'000 Zuschauern in Oberammergau am 17. Juli 1949 unter Eugen Papst.
- ¹¹⁶ Ebd. So wirkte der Chor in 15 Aufführungen der Philharmoniker mit und veranstaltete selber ein volkstümliches Chorkonzert.
- ¹¹⁷ HAH 359, Auszug aus dem Bericht über die Sitzung des Kulturausschusses vom 25. Juni 1948. So meinte Held, «dass uns das Ausscheiden von Prof. Rosbaud kaum in Verlegenheit bringen werde.»

- ¹¹⁸ Ebd.: «Als erster Dirigent erscheine ihm Jochum als besonders geeignet, der, von süddeutscher Art, von äusserst höflichen und vornehmen Umgangsformen, beim Publikum und vor allem auch beim Orchester bereits heute die grössten Sympathien besitze. Er sei ein berühmter Bruckner-Dirigent und ein nicht minder hervorragender Mozart-Interpret, ein kluger, gescheiter und menschlich äusserst sympathischer Mann, daneben aber auch ein moderner Dirigent; hierin allerdings Hans Rosbaud zweifellos unterlegen, aber das sei keineswegs bedenklich. Denn die Überbetonung der Moderne hatte sich gerade inmitten des süddeutschen Bevölkerungskreises auf die Dauer als untragbar erwiesen, weil hier eben die meisten Menschen doch – Gott sei Dank! – in Schubert, Mozart, Beethoven usw. die höchsten und keiner Steigerung mehr fähigen Äusserungen musikalischer Begnadung erblickten.» Hier wird klar, wie der neue Dirigent aussehen sollte: entgegenkommend, nicht zu modern oder eigenwillig, wenn möglich bayerisch, ein Spezialist für die auch in München so beliebte klassisch-romantische Musik und dazu noch «zum Vorzeigen», ein Mann von Weltklasse.
- ¹¹⁹ HAH 391, 391/1 und 391/2; eine ausführliche Darstellung der Fusionsverhandlungen, die wichtige Aspekte der damaligen Schwierigkeiten in der Musikpflege aufzeigen, s.u. das Kapitel über den Rundfunk. An dieser Stelle soll nur der für die Dirigentenfrage wichtige Teil angeschnitten werden.
- ¹²⁰ So hatte der Rundfunk im Rechnungsjahr 1948/49 RM/DM 150'000,- aus der Kulturhilfe zur Verfügung gestellt. Dazu Haushaltssatzungen der Stadt München der Jahre 1948,1949,1950; auch die Rundfunkübertragungen brachten immerhin 80'000,- RM/DM ein. Da durch die Währungsreform ein starker Besucherrückgang zu befürchten war (HAH 375, Schreiben Emil Waelde an den Stadtrat vom 6.4.1948), konnte die Bedeutung des Rundfunks nur noch zunehmen. Mit Recht stellte ausserdem Staatssekretär Dieter Sattler in einer Sitzung im Rahmen der Fusionsverhandlungen fest: «Es sei schief, wenn von 2 Konkurrenten einer den anderen wirtschaftlich unterstützen müsse... Das gäbe eine Wiederholung der Konkurrenz Oper/ Stadt». HAH 391/1, Sitzung vom 30. März 1949, Betreff: Koordinierung Philharmoniker/ Rundfunk.
- ¹²¹ Ein solches Spitzenorchester aus den besten Kräften der Philharmoniker und den besten Musikern des alten Rundfunkorchesters hätte wirklich – unter einem Dirigenten von der Klasse und dem Ruf Jochums, unterstützt von den finanziellen Möglichkeiten des Rundfunks – eine starke Konkurrenz für die Berliner Philharmoniker werden können.
- ¹²² HAH 391, zusammenfassende Darstellung der seitherigen Verhandlungen über eine Fusion der «Münchener Philharmoniker» mit dem Münchner Rundfunk-Orchester vom 21. Dezember 1949, ausgefertigt vom städtischen Verwaltungsoberinspektor Rogger, Beilage 3.
- ¹²³ Ebd., Bericht und Beilage 4.
- ¹²⁴ HAH 391, Schreiben des Orchestervorstands an Jochum vom 14.10.48 und Schreiben des Orchestervorstands an Held vom 8.11.48, in dem diese Formulierung nochmals wiederholt wird: «Das Orchester hat nach zwei Rieger-Konzerten, denen ein Abonnements-Konzert des Herrn Jochum dazwischen lag, einstimmig erklärt, dass es in Herrn Rieger die stärkere künstlerische Persönlichkeit erblicken würde und bei einer Berufung nach München Herrn Rieger den Vorzug geben würde.» Für einen Dirigenten vom – international anerkannten – Rang Jochums musste das natürlich wie ein Schlag ins Gesicht wirken; es war wohl auch so gemeint.
- ¹²⁵ HAH 391, Schreiben Scharnagls an den Orchestervorstand vom 18.10.1948 und vom 21.10.48: «... kann ich unmöglich anerkennen, dass der Orchestervorstand berechtigt ist, in einer so wichtigen Angelegenheit, wie die Berufung des künstlerischen Leiters seine zwar bedeutsame, aber nicht ausschlaggebende Meinung und Stellungnahme im Zeitpunkt der Verhandlungen unmittelbar dem einen Verhandlungsteil vorzulegen. Selbstverständlich ist es Ihr Recht und Ihre Pflicht, Ihre Meinung zur Geltung zu bringen, aber doch nur bei dem Verhandlungsteil, der für Sie und für die Entscheidung in erster Linie zuständig ist.»
- ¹²⁶ Dazu HAH 391, Schreiben des Orchestervorstands an Scharnagl vom 19.10.48.
- ¹²⁷ HAH 391, Schreiben Scharnagls vom 21. und 25.10.48 an Jochum und Schreiben des Orchestervorstands an Jochum vom 21.10.48.
- ¹²⁸ HAH 391/2 Schreiben Jochums an den Orchestervorstand vom 18.10.48: «Ich entnehme dieser

‚Entscheidung‘ des Orchesters, dass Sie nunmehr meiner Hilfe nicht mehr bedürfen und habe daher meinerseits zunächst die für Sie vorgesehenen Dezemberdaten den Berliner Philharmonikern zugesagt.» Aus diesen Worten ist deutlich zu entnehmen, dass Jochum persönlich verletzt war – bei den deutlichen Worten des Orchestervorstands auch kein Wunder.

¹²⁹ HAH 391/2, Niederschrift der Sitzung vom 30.3.49.

¹³⁰ HAH 391, «Zusammenfassende Darstellung ...» Roggers vom 21.12.49, Beilage 13 und 14; die Bestätigung der Vollversammlung zur Berufung Riegers wurde am 5.4. gegeben «... mit der Massgabe, dass die Verhandlungen mit dem Bayerischen Rundfunk insbesondere mit dem Ziele einer Erhöhung der finanziellen Beihilfe weiterzuführen seien».

¹³¹ HAH 362, Vertrag zwischen «der Landeshauptstadt München, vertreten durch den Stadtrat, dieser vertreten durch Herrn Oberbürgermeister Thomas Wimmer, und Herrn Fritz Rieger» vom 7.4.1949, § 1.

¹³² Ebd. Die einzigen Unterschiede zu dem Hans Rosbaud vorgelegten Vertrag (HAH 359, Vertragsentwurf vom Juni 1948) liegen in dem mit Rieger vereinbarten Jahreshonorar von 22'000,- DM gegenüber dem Rosbaud zugestandenem Honorar von RM 27'000,-. Da in Rosbauds Vertrag aber die sog. Währungs Klausel eingebaut werden sollte, hätte sich wohl auch Rosbauds Honorar geändert. Der Stadtrat behielt sich jedoch das Recht vor, Wilhelm Furtwängler als Ehrenpräsidenten zu gewinnen: «Es erscheint dem Stadtrat für die Existenz der Münchner Philharmoniker wichtig, die geistige Mitbetreuung Furtwänglers zu gewinnen.» Dazu HAH 362, Vormerkung zum Vertragsentwurf Riegers.

¹³³ HAH 365, Schreiben Bruno Walters an Hans Ludwig Held vom 27.10.1952.

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Dazu vor allem die Akten HAH 365, 371 und 398.

¹³⁶ HAH 398, Niederschrift einer Besprechung am 20.6.50 zwischen Held, Rieger und Waelde; HAH 390, Brief Riegers an K. A. Hartmann über die Nicht-Beteiligung der Philharmoniker an der «Musica viva»; für Helds Einstellung: HAH 359, Auszug aus dem Bericht über die Sitzung des Kulturausschusses vom 25.6.48.

¹³⁷ HAH 398, Niederschrift der Besprechung vom 20.6.50 und Süddeutsche Zeitung, 16.6.50, der Artikel «Programmatisches», der die Unterbewertung der modernen Musik durch Rieger zum Inhalt hat. Die übrige Presse hatte aber, laut Waelde, das Konzertprogramm 1950/51 der Philharmoniker «überwiegend positiv» aufgenommen. Dazu HAH 371, Monatsbericht der Münchner Philharmoniker für Juni 1950.

¹³⁸ HAH 398, Brief Helds vom 30.6.49 an den Kulturausschuss, den Oberbürgermeister und den Bürgermeister, in dem «nach Kenntnisnahme der heute in München gegebenen musikalischen Situation» die Wahl Riegers «mit besonderer Genugtuung» begrüsst wird und HAH 365, Brief Helds an Rieger vom 6.7.51.

¹³⁹ HAH 391, Schreiben Oberbürgermeister Scharnagls an den Orchestervorstand vom 18. und vom 21. Oktober 1948; HAH 391/1, Sitzung vom 24.3.49, «Besprechung in Kulturangelegenheiten», Stellungnahme Stadtrat Dr. Besolds: «Es müsse aber festgestellt werden, dass Jochum als der neben Rieger in Betracht kommende Bewerber prestigemässig mehr oder minder durch die Vorentscheidung des Orchestervorstandes ausgeschaltet gewesen sei... Bei der anerkannten internationalen Qualität Jochums hätte die Stadt nicht nur intern den Orchestervorstand zurechtweisen, sondern auch nach aussen hin das Prestige Jochums wiederherstellen müssen... Man könne also schon sagen, dass die ganzen Verhandlungen wegen Besetzung des Dirigentenpostens sich durch die bekannten Vorgänge etwas einseitig gestaltet hätten» (S. 15 f.). Als Pressereaktion ist vor allem der Artikel *Panofskys* in der SZ vom 23. Oktober 48 zu nennen: «Gefahren einer missverständlichen Demokratie». «... die soziale Basis, die jeder kulturellen Institution zugrunde liegt, führte zwangsläufig auch zu einer Demokratisierung des Kunstwesens. Das aus Geschäftsbetrieben her bewährte System des Betriebsrates als eines Wortführers im allgemeinen Interesse beherrscht deshalb auch jedes Theater und jedes Orchester. .. Im Kulturellen liegt hierin eine unverkennbare Gefahr. Sie wird dann evident, wenn das Recht einer gewissen Mitbestimmung zu einem absoluten Selbstbestimmungsrecht umgedeutet wird».

¹⁴⁰ Ebd.

- ¹⁴¹ HAH 391, 391/1, 391/2. Besonders 391/2, Niederschrift über eine Besprechung beim Rundfunk vom 7.2.50.
- ¹⁴² HAH 359, Sitzung des Kulturausschusses vom 25.6.48, Äusserung Prof. Helds.
- ¹⁴³ Die Tonhalle fiel in der Nacht vom 24. auf den 25. April 1944 den Bomben zum Opfer; dazu *Ott, Faehndrich* (Hrsg.), *Die Münchner Philharmoniker* S. 39.
- ¹⁴⁴ Das Nationaltheater wurde im November 1942 zerstört.
- ¹⁴⁵ Das Odeon fiel am 25.4.44 den Bomben zum Opfer.
- ¹⁴⁶ München-Chronik, S.43; demnach waren 81'500 Wohnungen zerstört worden und 10 Millionen cbm Schutt bedeckten das Stadtgebiet.
- ¹⁴⁷ So machten sich die amerikanischen Musikoffiziere Evarts und Leonhardt sehr um den Neubeginn des Münchner Konzertlebens verdient; sie halfen nicht nur, die Lizenzierung der Orchester voranzutreiben, sondern stellten auch Benzin, Noten, Fahrzeuge und Ähnliches zur Verfügung.
- ¹⁴⁸ Der bekannteste Fall ist wohl der Bürgermeister Franz Stadlmayer. Dazu Bürgermeister Wimmer in einer Sitzung des Hauptausschusses vom 18. Juli 1946. B.u.R. 2066.
- ¹⁴⁹ Sowohl von Falckenberg, wie auch von Kabasta gibt es durchaus systemkritische Briefe, Stellungnahmen, Berichte. Falckenberg hatte jedoch während des Krieges finanzielle Unterstützungen von Hitler durch Oberbürgermeister Fiehler bezogen. Ausserdem galten die Kammerstücke als kulturelles Aushängeschild des Dritten Reiches. Kabasta seinerseits versuchte noch 1942/1943, sein Orchester vor dem allzu intensiven Zugriff von Staat und Stadt zu bewahren.
- ¹⁵⁰ Bericht darüber in HAH 375. Da die Tonhalle zerstört war, bereiteten schon die Proben Schwierigkeiten. Man wich in einen Saal in der Schornstrasse aus, später konnte dann die Tonhalle wenigstens für Proben wieder benützt werden.
- ¹⁵¹ Kulturamt 477 und 1095.
- ¹⁵² Dazu HAH 375. Nach Meinung des Orchestervorstandes war dies auf eine Intrige aus den Reihen des Staatsorchesters zurückzuführen, das, um die in seinen eigenen Reihen durch die Entlassung von Pg. 's entstehenden Lücken zu füllen, eine Fusion anstrebte und sich dabei der Besatzungsmacht bedienen wollte.
- ¹⁵³ Ebd. und HAH 359, Bericht vom 14.2.47. Das Konzert mit Eugen Jochum am 8.7.1945 mit Werken von Mendelssohn, Mozart, Tschaikowsky wurde von Radio München übertragen; in der Pause hielt Oberbürgermeister Scharnagl eine kurze Ansprache. Dazu auch München-Chronik, S.62.
- ¹⁵⁴ Haushaltssatzung der Stadt München 1946 und 1947: In der Spielzeit 46/47 von 221'894 RM um 167'581 RM auf 54'313 RM, 1947/48 von 358'067,- RM auf 204'760,- RM, also um 153'307,- RM. Ausserdem HAH 374, «Zuschussbedarf der Philharmoniker in den Rechnungsjahren 1946 und 1947».
- ¹⁵⁵ HAH 375, Verwaltung der Münchner Philharmoniker an Hans Ludwig Held, vom 6. April 1948. Als zutreffend erwiesen sich auch Waeldes weitere Prognosen: «Der Haushalt der Münchner Philharmoniker wird nach der Währungsreform ganz anders aussehen. Die Eintrittspreise müssen durchwegs um 50% gesenkt werden. Hierzu kommt ein Besucherrückgang, der mit 25% eher zu niedrig als zu hoch geschätzt wird. Auf der Ausgabe Seite werden aber die Einsparungen vermutlich nicht die gleiche Höhe erreichen.» Als Heilmittel schlug Waelde ein engeres Vertragsverhältnis zum Rundfunk vor.
- ¹⁵⁶ Ohne dabei die sozio-ökonomische Bedeutung der Währungsreform leugnen zu wollen oder ihre psychologische Wirkung für den Kulturbereich zu unterschätzen, muss ihre handfeste Rolle doch in jedem Bereich neu hinterfragt werden.
- ¹⁵⁷ In den Haushaltssatzungen tauchen jedenfalls nur Minimalbeträge auf. Übrigens waren die Philharmoniker mit Schulden in Höhe von 122'580,- RM in das Rechnungsjahr 1945 gegangen, die bis zum Ende des Rechnungsjahres 1947 erst auf 117'989,- RM reduziert werden konnten.
- ¹⁵⁸ Ebd.
- ¹⁵⁹ «Haushaltsplan der Münchner Philharmoniker im Rechnungsjahr 1948/49», HAH 374. Besonders die Ferienmonate und die Zeit unmittelbar nach der Währungsreform schlugen dabei zu Buche (Juli: 36'703,- DM Mindereinnahmen; August: 39'840,- DM).

- ¹⁶⁰ «Beschluss des vereinigten Finanz- und Kulturausschusses vom 14.12.1949», HAH 374, «Betrifft: Münchner Philharmoniker; Nachtragshaushalt».
- ¹⁶¹ Ebd., S. 2 des Protokolls.
- ¹⁶² Ebd., Protokoll S. 2. An dieser Stelle wurden aber auch bereits die Aufgabenbereiche genannt, die die Philharmoniker später retten sollten: Die sozialpädagogischen Konzerte vor Schülern, Studenten oder in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften; «weiterhin aber, und das ist ein wesentlicher Punkt, steht das Orchester der Stadt München jederzeit grossen repräsentativen Veranstaltungen unentgeltlich zur Verfügung».
- ¹⁶³ B.u.R. 2129, Gutachten des E.E. Moraht vom 19. Mai 1953 und die Antwort der Philharmoniker vom 6.7.53.
- ¹⁶⁴ HAH 374, Sitzung des Kultur- und Finanzausschusses vom 14.12.1949, Protokoll, S. 3. Hier wird wieder einmal mit dem historischen Argument gehandelt und die Tradition beschworen: München hatte etwas zu verlieren, als dessen Gralshüter die Kulturverwalter sich betrachteten. «Ich glaube kaum», argumentierte von Miller, «dass man hier zu einem ablehnenden Beschluss kommen kann, da ja die Stadt München ihre seit je hoch gehaltene Verpflichtung, ein eigenes wertvolles Orchester zu halten, nicht gut preisgeben kann.»
- ¹⁶⁵ Dazu gehören die Berufung Riegers zum neuen ständigen Leiter des Orchesters am 5.4.49, mit der sich die Stadt zumindest auf ein weiteres Jahr festlegte, und die Ergebnisse der Fusionsverhandlungen mit dem Bayerischen Rundfunk aus den Jahren 1949 und 1950. Hier versuchte man immer wieder, durch Abwarten vielleicht doch noch eine tragbare Lösung zu finden – eine Taktik, die sich letztendlich ja auch bewährte. HAH 362, HAH 391, HAH 391/1, HAH 391/2, B.u.R. 2123.
- ¹⁶⁶ B.u.R. 2132.
- ¹⁶⁷ Besonders die Rundfunkorchester hatten die Möglichkeit der Abwerbung, da sie mehr Geld und mehr Sicherheit bieten konnten. Aber auch das Staatsorchester, das ebenfalls höher besoldete, geriet ins Kreuzfeuer städtischer Kritik (HAH 403). Aufschlussreich ist auch, dass nach dem Weggang Rosbauds nach Baden-Baden Prof. Held die Abwanderung einiger Spitzenkräfte an das SWF-Orchester gerade noch verhindern konnte, diese aber 1950 an das Bayerische Rundfunkorchester gingen. Dazu HAH 370, Brief Waeldes an Held vom 23.5.50.
- ¹⁶⁸ B.u.R. 2130, Antrag Otto Gritschneders vom 20.11.49.
- ¹⁶⁹ Auch diese 150'000,- DM waren aber von den jährlichen Haushaltsverhandlungen des Rundfunks abhängig und wurden keineswegs selbstverständlich bezahlt. Dazu auch s.u. das Kapitel «Der Rundfunk».
- ¹⁷⁰ So jedenfalls die Aussage Waeldes in den monatlichen Verwaltungsberichten, HAH 371.
- ¹⁷¹ Haushaltssatzungen der Stadt München für die Jahre 1945-1956.
- ¹⁷² Ebd., es ist daraus zu ersehen, dass es offenbar dem künstlerischen Leiter Fritz Rieger nicht gelang, auch nur annähernd die Erfolge der Zeit vor der Währungsreform zu erreichen.
- ¹⁷³ Ebd.
- ¹⁷⁴ Das Orchester hatte sich vor seiner Übernahme als städtische Institution jeden Sommer zwischen dem 1.5. und dem 30.9. in Bad Kissingen als Kurorchester verdingt; dafür waren ihm vom Staat Garantiesummen zugesichert, die zum Erhalt des Orchesters notwendig waren. Das Trauma, als «Kurorchester» abgestempelt zu werden, behielten die Philharmoniker daher noch lange. Dazu Schmid, Musik; Handbuch der bayerischen Geschichte Bd. IV/2, S. 1225.
- ¹⁷⁵ Immerhin belief sich die Filmtätigkeit 1949 auf eine Summe von 106'344,- DM (im Ansatz sogar auf 130'000,- DM). Da es die meisten grösseren Orchester für unter ihrer Würde hielten, Filmmusik zu spielen, gab es einige Diskussionen über diesen Punkt. Dazu HAH 371, Vormerkung Scharnagls vom 22.12.48, S. 2.
- ¹⁷⁶ Ebd. In den Jahren 1947 und 1948 belief dies sich auf je 50'000,- RM. Im Ausserordentlichen Haushaltsplan 1948 finden sich 166'000,- RM für die «Behebung von Kriegsschäden am Anwesen Türkenstr. Nr. 5 (Tonhalle)», die aus Mitteln des Kulturfonds stammten. Dazu Haushaltssatzung 1948.
- ¹⁷⁷ HAH 374, Beschluss des vereinigten Finanz- und Kulturausschusses vom 14.12.1949: «So sind die Gehälter der Orchestermitglieder von 531'000,- RM im Jahre 1946 auf 743'000 DM im Jahre 1949 ... gestiegen.» Ausserdem dazu: Haushaltssatzungen der Stadt München 1945-1956.

- ¹⁷⁸ HAH 366, «Betr.: Einkommensverhältnisse der Münchner Philharmoniker», 6.11.46, unterzeichnet Königsdorfer; HAH 366, Der Orchestervorstand der Münchner Philharmoniker an Bürgermeister Dr. Stadelmayer, 24.8.45; HAH 366, «Personalfragen des Philharmonischen Orchesters».
- ¹⁷⁹ HAH 366, Einkommensverhältnisse der Münchner Philharmoniker, 6.11.46: «1927 war zwischen Herrn Oberbürgermeister Dr. Scharnagl und der Generalintendanz der Bayer. Staatstheater Einigung erzielt worden, dass aus künstlerischen Gründen die Besoldungsverhältnisse beider Orchester gleichmässig geregelt, die bayerische Besoldungsordnung eingeführt und damit ein Abwandern aus finanziellen Gründen ausgeschlossen wurde.»
- ¹⁸⁰ Kulturamt 396: «Auf Grund des § 18 Abs. 2 des Gesetzes zur Ordnung der Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben vom 23. März 1934 (RGBl. I, S. 220) erlasse ich ... folgende Tarifordnung für die deutschen Kulturorchester...». Ausserdem HAH 366, Einkommensverhältnisse der Münchner Philharmoniker: Hier wird das Datum 1938 genannt und HAH 370, Schreiben des 1. Geigers der Philharmoniker vom 8.2.52. Dieser nennt den 1.5.1938 als Geltungsbeginn der TO.K.
- ¹⁸¹ Kulturamt 396, TO.K, Vergütungsordnung. So wurden in der Sonderklasse Gehälter zwischen 4'200,- und 7'000,- RM bezahlt, in der Klasse I zwischen 3'650,- RM und 5'850,- RM, in der Klasse II zwischen 3'200,- RM und 5'400,- RM, in der Klasse V zwischen 2'400,- RM und 4'300,- RM. Die Gehälter der Sonderklasse lagen also insgesamt fast doppelt so hoch wie die der Klasse V.
- ¹⁸² HAH 366, Einkommensverhältnisse der Münchner Philharmoniker, 6.11.46.
- ¹⁸³ Ebd.
- ¹⁸⁴ B.u.R. 2120, Verwaltung der Münchner Philharmoniker an den Beauftragten für Kultur vom 19.9.49.
- ¹⁸⁵ B.u.R. 2129, Gutachten des Ernst Eberhardt Moraht vom 19.5.53.
- ¹⁸⁶ B.u.R. 2120, Schreiben der Verwaltung der Münchner Philharmoniker an Hans Ludwig Held vom 19.9.49, «Betrifft: Lage d. Kulturinstitute nach der Geldneuordnung».
- ¹⁸⁷ B.u.R. 2129, Brief des Orchestervorstands der Münchner Philharmoniker an Bürgermeister Stadelmayer vom 24.8.45. «... erst später gelang es Clemens Krauss, das Bayerische Staatsorchester in die Sonderklasse zu bringen. Von Seiten der Stadtverwaltung München wurde daraufhin in Berlin der gleiche Antrag gestellt, welcher bis zum Kriegsende noch nicht endgültig entschieden war. Um bei Neuengagements gleichwertige Kräfte bekommen zu können, mussten deshalb diese bei den Münchner Philharmonikern auch ohne endgültige Genehmigung von Seiten des Propagandaministeriums bereits nach Sonderklasse eingestuft werden».
- ¹⁸⁸ Dazu HAH 370, Schreiben des 1. Geigers der Philharmoniker. «Gesuch um die Wiederherstellung meiner alten Vertragsrechte» vom 8.2.52: «Bei meinem Dienstantritt 1937 gab es noch keine TO.K, so dass ich noch im alten Vertragsverhältnis angestellt wurde. Noch bevor ich meinen Vertrag in Händen hatte bekam ich als Jahrgang 1915 meine Einberufung zum aktiven Wehrdienst... Es dürfte ... keinen Zweifel darüber geben, dass ich durch meinen am 1.9.1937 erfolgten Dienstantritt einen Vertrag nach den Grundsätzen der alten Staatl. Bayer. Besoldungsordnung erhalten hätte, wenn ich z.B. vom Wehrdienst befreit gewesen wäre.» Ausserdem HAH 371, Schreiben Emil Waeldes an Held vom 23.5.50, Betrifft: Abwanderung von Orchestermitgliedern; besonders der Weggang des 1. Klarinetisten der Philharmoniker stand hier zur Diskussion: «Es steht auch ausser Zweifel, dass Herr G., dies hat er auch selbst betont, das Orchester nie verlassen würde, wenn er z.B. einen alten Vertrag besässe. Es ist bedauerlich, dass Herr G., der seinem Lebensalter nach leicht einen alten Vertrag haben könnte, erst nach der Einführung der TO.K zum Orchester kam.»
- ¹⁸⁹ HAH 371, Vormerkung des Direktorium B, Dr. Scharnagl vom 22.12.48, S. 5.
- ¹⁹⁰ Ebd.
- ¹⁹¹ HAH 366 Schreiben Oberbürgermeister Scharnagls vom 4.5.48, in dem auch die Pensionswünsche der Musiker wieder zu Wort kommen.
- ¹⁹² HAH 371, Vormerkung des Direktorium B, Dr. Scharnagl, vom 22.12.48, S.5: «In München käme nach Meinung von Dr. Sattler das Rundfunk- und das staatliche Orchester in Frage (für

die Bezahlung nach Sonderklasse, Anm. d. Verf.). Eine solche Regelung, die die Stadt München in eine Zwangslage setzen würde, wäre für München unannehmbar. Auch diese Absicht spricht dafür, dass lediglich 2 erste Orchester in München erstrebt werden sollen.»

- ¹⁹³ Haushaltssatzung der Stadt München von 1948, S. 104/105 und Sammelnachweis 1, S. 336/337: 978'830,- RM von 1'232'715,- RM.
- ¹⁹⁴ Ebd.
- ¹⁹⁵ Ebd., 1949 waren es schon 1'045'245,- DM, 1950 1'090'825,- DM, 1951 1'255'112,- DM, 1952 1'364'062,-DM.
- ¹⁹⁶ Haushaltssatzungen der Stadt München 1945-1956: Rechnung 1946: 102'704,- RM; Rechnung 1949: 156'055,-DM; 1954: 287'040,-DM. Ausserdem dazu jeweils Sammelnachweis 1.
- ¹⁹⁷ Als Beispiel dafür Haushaltssatzung der Stadt München 1946; S. 113. Von den 1946 angesetzten 188'200,- RM entfielen 12'000,- RM auf Gastdirigenten-, 50'000,- RM auf Solisten- und 100'000,- RM auf Aushilfsmusikergagen.
- ¹⁹⁸ Haushaltssatzungen 1948-1956, jeweils die Abteilung «Persönliche Zwecksausgaben», Haushaltsstelle «sonstige Vergütungen»; 1948: 130'440,-, 1949: 105'720,-, 1950: 70'360,-, 1951: 75'300,-.
- ¹⁹⁹ Haushaltssatzungen 1946-1956. So erhielten die Aushilfsmusiker 1946 100'000,-RM, 1947 63'000,-RM, 1948 45'000,-RM/DM, 1949 15'000,-DM, 1950 10'000,-DM, 1951 10'000,- DM, 1952 und 1953 wurden dafür überhaupt keine Mehrgelder aufgewendet, 1954 wiederum 13'000,-DM. Schon 1946 wurde in einer Philharmonikersitzung vom 11.4.46 von den Vertrauensräten der Philharmoniker angefragt, ob man die 16 ausgestellten Musiker nicht wieder einstellen könne (B.u.R. 2129, Niederschrift über die Sitzung); ausserdem HAH 368, Verzeichnis der Mitglieder des Philharmonischen Orchesters. Demnach wurden als «ständige Aushilfen verwendet (aus politischen Gründen entlassen, noch nicht formell wieder eingestellt!)» fünf Musiker; hinzu kommen zumindest zwei weitere ehemalige Parteigenossen, die ohne Vertrag spielten.
- ²⁰⁰ HAH 368, Verzeichnis der Mitglieder des Philharmonischen Orchesters: Demnach befanden sich noch drei Musiker in Kriegsgefangenschaft, acht hatten kurzfristige Verträge (darunter einige Vertriebene), fünf spielten ohne Vertrag, fünf als ständige Aushilfen, einer hatte einen Sondervertrag, 42 waren nach der Besoldungsordnung, 33 nach der TO.K eingestuft.
- ²⁰¹ Haushaltssatzungen 1948-1956: 1948 noch 1'440,-RM/DM, 1949 720,-DM, 1950 360,- DM, 1951 nichts, 1952 und 1953 je 200,-DM, 1954 300,-DM. Ausserdem fielen die stundenintensiven Filmaufnahmen wieder weg. Dazu auch HAH 371, Vormerkung Scharnagls vom 22.12.48.
- ²⁰² HAH 371, Tätigkeitsberichte der Verwaltung der Münchner Philharmoniker der Jahre 1946-1954. Jochum konzertierte nach 1949 nicht mehr mit den Münchner Philharmonikern; im Oktober 1948 hatte er jedoch noch mit drei fast ausverkauften Konzerten (100%, 100%, 75% Saalausnutzung) 12'148,- DM eingespielt und sich in seinen Honorarforderungen – eventuell im Hinblick auf eine mögliche Anstellung bei den Philharmonikern oder auch aus Rücksicht auf ihre finanziell sehr schlechte Lage – trotz seiner Forderung von ursprünglich 6'000,- DM (Furtwänglers Satz) auf 3'000,- DM beschränkt (Tätigkeitsbericht vom Oktober 1948).
- ²⁰³ Ebd.; ausserdem dazu: HAH 364,365,370,380. In diesen Akten geht es jeweils um die Gesuche von Solisten oder Dirigenten, die mit den Philharmonikern konzertieren wollten, teilweise nur um wieder einmal einen öffentlichen Auftritt zu haben und ins Gespräch zu kommen.
- ²⁰⁴ HAH 371, Tätigkeitsberichte; in der sehr guten Zeit wurden allerdings auch hier höhere Summen bezahlt: So z.B. im März 1947; hier beliefen sich die meisten Honorare für Solisten auf 1'200,- bzw. 1'500,- RM, die sonst meist unter 1'000,- RM blieben. Sogar einer der Lieblinge des Münchner Publikums, die Pianistin Rosl Schmid, erhielt häufig nur 500,- RM/DM für einen Auftritt.
- ²⁰⁵ Ebd., Tätigkeitsbericht für den Monat März 1949; die Gesamteinnahmen im März betragen 46'634,- DM aus Eintrittsgeldern, 12'762,- DM aus Umlandkonzerten und 10'000,- DM für Radioübertragungen.
- ²⁰⁶ Ebd.

- ²⁰⁷ HAH 371, Tätigkeitsbericht vom April 1947; Knappertsbuschs Honorar betrug 3'000,- RM, er spielte 48'351,- RM ein. Die Gesamteinnahmen der Philharmoniker betrugen in diesem Monat 81'257,60 RM, die Einnahmen aus Eintrittskarten 70'322,80 RM.
- ²⁰⁸ Ebd.; Eichhorns Sonderkonzert war auch nur zu 36% besucht, er erhielt für zwei Konzerte (eines war ein Rundfunkkonzert) 1'000,- RM Honorar.
- ²⁰⁹ HAH 371, Tätigkeitsberichte September 1946 – Juni 1948; mit Rosbaud hatte die Stadt bestimmt kein schlechtes Geschäft gemacht: Er bestritt das Konzertleben fast allein (zumindest bis 1947) vor meist ausverkauften Häusern und spielte dabei Summen ein, die mancher Gastdirigent nicht erreichen konnte.
- ²¹⁰ HAH 371, Tätigkeitsbericht für den Monat November 1950. Die sonstigen Honorare für die im gleichen Monat konzertierenden Solisten lagen alle unter 500,- DM.
- ²¹¹ HAH 371, Tätigkeitsbericht vom Dezember 1951; als Standardwerke wird hier verwiesen auf die Aufführungen der vorangegangenen Zeit: «Es sei hier erinnert an das Verdi-Requiem, an das Knappertsbusch-Sonderkonzert, an die 9. Symphonie an den beiden Weihnachtstagen, an das Sonderkonzert mit de Barbieri und der 6. Tschaikowsky. Ferner stehen noch in Aussicht die ‚missa solennis‘ von Beethoven ...».
- ²¹² HAH 371, Tätigkeitsbericht vom Dezember 1951.
- ²¹³ Ebd.
- ²¹⁴ Ebd., Tätigkeitsbericht vom September 1951. Im Konzertjahr 1952/53 hatten sich 1373 Abonnenten eingetragen, die durchschnittliche Abonnementsquote lag bei 54% der Plätze. Dazu B.u.R. 2129, Gutachten E.E. Morahts über die Münchner Philharmoniker S. 20. Diese Quote wurde von Moraht als «nicht zu hoch, aber keineswegs ungünstig» klassifiziert.
- ²¹⁵ Ebd., Tätigkeitsbericht für Juli und August 1951.
- ²¹⁶ Als Beispiel dazu der Artikel «Programmatisches» in der SZ vom 16.6.50.
- ²¹⁷ HAH 371, Tätigkeitsberichte, z.B. der vom November 1951: Rieger erreichte bei seinen vier Philharmonischen Konzerten zweimal 90%, einmal 93% und einmal 100% Saalausnutzung; im März 1952 bei den Philharmonischen Konzerten immerhin 86%, 80%, 73%, 68%. Ausserdem B.u.R. 2129, Gutachten E.E. Morahts; der durchschnittliche Konzertbesuch betrug 80%, was als sehr gut bezeichnet wurde.
- ²¹⁸ B.u.R. 2129, Gutachten E.E. Morahts vom 19.5.53, S. 16ff. Die Eintrittspreise lagen 1953 zwischen 2,50 und 6,- DM, die Abonnenten erhielten noch dazu eine 40%ige Ermässigung. In Hamburg lagen zur gleichen Zeit diese Ermässigungen nur bei 20%, bzw. bei 15%.
- ²¹⁹ Ebd., S. 17: «Es ist durchaus denkbar, dass die Münchner Preisregelung die richtigere ist. Entscheidend kommt es wohl auf die Zahl der billigeren Plätze an, d.h. in welchem Umfang breite Schichten der Bevölkerung in der Lage sind, am Konzertwesen teilzunehmen.»
- ²²⁰ Ebd., S. 18 f. Verbilligte Karten oder gar Gratisvorstellungen erhielten vor allem Schüler, Studenten, Kriegsversehrte etc., aber auch die grossen Besucherorganisationen, der Verband Münchner Tonkünstler u.a.; ausserdem dazu HAH 272 und 273.
- ²²¹ Dies reichte von einer 20%igen Ermässigung (wie für den Tonkünstlerverband) bis zu kostenlosem Besuch. Dazu auch B.u.R. 2133/1, «Einnahmeausfälle bei der Durchführung von sozialpädagogischen Konzerten».
- ²²² Dazu B.u.R. 2129 und HAH 383; die Vergabe von Freikarten oder verbilligten Kaufkarten für Ministerien, Presse sowie für städtische Beamte erbitterte vor allem diejenigen, die sich oft stundenlang vergeblich anstellen mussten.
- ²²³ B.u.R. 2133/1, Einnahmemöglichkeiten im Kongresssaal des Deutschen Museums.
- ²²⁴ HAH 387, Schreiben Waeldes an die städtische Branddirektion vom 24.8.48; eigentlich hätte die Anpassung an die neue Regelung schon 1948 stattfinden sollen, wurde dann jedoch auf 1949 verschoben, da eine erneute Änderung des Abonnements die Folge gewesen wäre und über 700 Abonnenten hätten vertrieben werden müssen.
- ²²⁵ HAH 387, Vormerkung Waeldes, Beilage zu dem Schreiben vom 24.8.48. Bei 10 Abonnementkonzerten und 10 weiteren Konzerten rechneten die Philharmoniker mit einer Mindereinnahme durch diese Regelung in Höhe von DM 50'000,-.
- ²²⁶ HAH 382, Schreiben Waeldes an Scharnagl und Held vom 7.7.48.
- ²²⁷ Dazu HAH 371, Tätigkeitsberichte.

- ²²⁸ B.u.R. 2129, Schreiben Bürgermeister von Millers an den Deutschen Bühnenverein vom 24.5.53; ausgelöst wurde diese Anfrage nicht nur durch die steigenden Defizite, sondern auch durch einen Antrag der SPD, die Münchner Philharmoniker zu reprivatisieren. Dazu HAH 390, Antrag 1048, Stadtrat Bössls.
- ²²⁹ B.u.R. 2129, Gutachten über die Untersuchung vom 19. Mai 1953 von Ernst-Eberhardt Moraht.
- ²³⁰ B.u.R. 2129, Verwaltung der Münchner Philharmoniker zum Direktorium B vom 6. Juli 1953, unterzeichnet von Waelde: «Stellungnahme zu dem Gutachten des Beauftragten des Deutschen Bühnenvereins über die Münchner Philharmoniker».
- ²³¹ B.u.R. 2129, Schreiben des Deutschen Bühnenvereins vom 15.5.53.
- ²³² B.u.R. 2129, Gutachten E.E. Morahts, S. 1,1. «Auftrag».
- ²³³ Ebd. S. 3.
- ²³⁴ Die «Regieform» bedeutet (dtv-Lex., Bd. 15, S. 100): «Die Führung eines öffentlichen Unternehmens unmittelbar durch die öffentliche Körperschaft (Staat, Gemeinde) selbst»; zu dem konkreten Fall der Regieform eines Orchesters meinte der Gutachter (B.u.R. 2129, Gutachten Morahts), dass hierbei «der musikalische Oberleiter in der Regel allein die Künstlerische Leitung und Verantwortung hat. Die kaufmännische Leitung liegt in der Hand der Stadt bzw. in der Hand des von ihr beauftragten Beamten. Dieser wird die Haushaltsmittel in enger Zusammenarbeit mit dem künstlerischen Leiter stets zur Erzielung des höchstmöglichen künstlerischen Erfolges und nach klaren verwaltungsmässigen Grundsätzen verwenden. Das einzige Organ, dass sich ... (damit) befasst, ist das Stadtparlament.» Bei der Umwandlung in eine Privatrechtsform befürchtete der Gutachter eine Überlastung des künstlerischen Leiters, der dabei auch ein guter Kaufmann sein müsse. Ausserdem: «Solange die Stadt allein oder überwiegend die Mittel für das Orchester aufzubringen hat, sollte sie die wirtschaftliche Leitung des Orchesters auch in der Hand behalten... Die Entscheidung über das Ausmass der wirtschaftlichen Beweglichkeit liegt bei der Regieform ... einzig und allein beim Stadtparlament.» (Gutachten, S.25).
- ²³⁵ Ebd., Gutachten Moraht, S. 26.
- ²³⁶ Ebd., S. 11.
- ²³⁷ B.u.R. 2129, Stellungnahme vom 6.7.53, S. 1.
- ²³⁸ Ebd., Gutachten Moraht, S.22. «Das Orchester hat 94 Mitglieder. Nach dem Konzertprogramm 1952/53 wird diese grosse Besetzung für höchstens 6 Konzerte benötigt...» Daher schlug der Gutachter vor, «... die Orchesterstärke von 94 auf 86 Mitglieder zu verringern und bei grösseren Besetzungen Aushilfen heranzuziehen ...» (ebd. S. 27).
- ²³⁹ Ebd., Stellungnahme vom 6.7.53, S. 8.
- ²⁴⁰ Ebd., S.8f.
- ²⁴¹ Ebd., Stellungnahme vom 6.7.53, S. 14.
- ²⁴² Ebd., Gutachten Moraht, S.3.
- ²⁴³ Ebd., Gutachten Moraht, S. 5 und S. 25.
- ²⁴⁴ Ebd., S. 5.
- ²⁴⁵ Ebd., S.3f.
- ²⁴⁶ Ebd., S.24f.
- ²⁴⁷ Ebd., S. 16 und Stellungnahme vom 6.7.53, S.5: «Der Gutachter äussert sich über die Programme und Solisten durchaus positiv. Diese Tatsache könnte ein Beweis dafür sein, dass die Münchner Philharmoniker gegenüber der Programmgestaltung in anderen Städten nicht so sehr abfallen, wie das ein Teil der Münchner Presse immer wahrhaben will.»
- ²⁴⁸ B.u.R. 2129, Gutachten Moraht, S. 18 sowie Entgegnung der Philharmoniker vom 6.7.53.
- ²⁴⁹ B.u.R. 2129, Gutachten Moraht, S. 18.
- ²⁵⁰ B.u.R. 2129 Gutachten Moraht, S. 10 f.; der Gutachter meinte hier, dieser Zuschuss dürfe nicht «als Einnahmen im Sinne des Haushaltsrechts» aufgeführt werden. In ihrer Entgegnung vom 6.7.53, S. 4 hielten dem die Philharmoniker entgegen, die Vorteile dieser Regelung «dürften nicht so gross sein, um nunmehr einen Wandel eintreten zu lassen». Möglicherweise befürchteten sie, dass ihre Einnahmen dann in den Haushaltsplänen noch verheerender aussähen, das Ausmass der Subvention noch auffälliger wäre: schon unter Einrechnung der Kulturhilfe als echte

- Einnahmen kommt Moraht zu dem Schluss, dass 39,8% durch Einnahmen und 60,2% durch Subvention gedeckt seien (Gutachten, S. 12).
- ²⁵¹ So achtete man bei den Vorbereitungen des Spielplans sehr darauf, ob der Rundfunk wohl dieses Konzert übernehmen werde – das bedeutete immerhin oft eine Garantiesumme von DM 2'000,- bis DM 5'000,-!
- ²⁵² Zu dem gesamten Komplex des Neu- und Wiederaufbaus der deutschen Rundfunkanstalten: *Mettler*, Demokratisierung; *Ludwig Maassen*, Der Kampf um den Rundfunk in Bayern, Berlin 1979. *Horst O. Haiefeld*, vom Besatzungs- zum Parteienrundfunk, in: Studienkreis Rundfunk und Geschichte – Mitteilungen Heft 6, 1980. Es ging in diesen ersten Jahren nicht nur um eine interne Demokratisierung des Rundfunks; während des Krieges hatten nämlich die meisten Staaten ihre Sendestärken im Kampf gegen die deutschen Propagandasendungen stark ausgebaut. Nach Kriegsende nun sollte vor allem Deutschland auf Sendekapazität verzichten, während die Sowjetunion, Frankreich, Grossbritannien und andere ihre kriegserworbenen Privilegien erhalten wollten. Im Zuge der internationalen Rundfunk-Konferenz in Kopenhagen 1948 wollte man nun jeder Besatzungszone nur einen Sender zugestehen. Dies hätte vor allem die amerikanische Besatzungszone betroffen; die Amerikaner hatten dementsprechend auch ihre Unterschrift in Kopenhagen verweigert. Dazu HAH 446, Vorbereitungen des Rundfunkrats vom 21.10.48 und «Wellenbewegungen». Ein Artikel von *Walter Panofsky* in der SZ Nr. 65, vom 14.8.48.
- ²⁵³ Die amerikanische Position des privatwirtschaftlichen Betriebs fand in einigen Ländern der US-Zone keine Gegenliebe, da sie so ganz im Gegensatz zu deutscher Tradition stand. Staat, Kirchen, Gewerkschaften – alle wollten an der Neubildung des Rundfunks teilhaben. Dazu auch *Helga Montag*, Privater oder öffentlich-rechtlicher Rundfunk? Berlin 1978 sowie *Mettler*, Demokratisierung, S. 104 ff. Zur amerikanischen Rundfunkpolitik ausserdem *Hans Bausch*, Rundfunkpolitik nach 1945, München 1980; *Hans J. Schreiber*, Die geschichtliche Entwicklung des Rundfunks in Bayern 1923-1949. Diss. masch. München 1949.
- ²⁵⁴ Ebd., S. 107ff.
- ²⁵⁵ *Mettler*, Demokratisierung, S. 112. Ausserdem dazu «Gesetz über die Errichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts ‚Der Bayerische Rundfunk‘» vom 10.8.1948, GVBL. 135 und 1. Durchführungsverordnung vom 9.11.1948, GVBL. 249.
- ²⁵⁶ B.u.R. 1772, Brief Emil Waeldes an Oberbürgermeister und Kulturbeauftragten vom 24.3.48, in dem die Gebührenregelung erwähnt wird. Die Steuerfreiheit blieb lange umstritten, weil sowohl der Bund, als auch die Gemeinde mit Umsatzsteuer, Gewerbesteuer etc. zugreifen wollten. Der Rundfunk berief sich darauf, dass er dann natürlich keine weiteren kulturellen Förderungen ausschütten könne. Dazu z.B. HAH 391/2, Zusammenfassung der Besprechung des vom Rundfunkrat delegierten Orchestergremiums vom 23.1.1950, Aussage von Rundfunkrat Dr. Karl Weiler (Präsident der Landesärztekammer): «Wenn der Rundfunk Steuern bezahlen müsse, dann sei von einer Kulturhilfe keine Rede mehr. Der Rundfunk müsse an erster Stelle für sich selbst sorgen ...» und Intendant von Scholtz, der betont, «... wenn die Steuer wirklich käme, dann würde man auch nicht am Programm sparen, sondern an den Bauvorhaben u.ä.». Zu den Auswirkungen der Etatkürzungen vom Herbst 1949, HAH 391/2, Sitzung des Programmausschusses vom 16.11.49, Bemerkung des Vorsitzenden Weiler, «... dass der Rundfunk durch die Forderung der Umsatzsteuer in eine sehr prekäre Lage geraten sei...»; ausserdem HAH 389, Brief des Intendanten von Scholtz an Held vom 17.2.50: «Sollte durch die Belastung des Rundfunks mit der Körperschafts- und Gewerbesteuer die Auszahlung von Kulturhilfen unmöglich werden, so würde der Stadt voraussichtlich eine Gewerbesteuersumme von etwa DM 450'000,- bis DM 600'000,- zufließen.» Ausserdem HAH 398, Niederschrift der Besprechung beim Bayerischen Rundfunk vom 7.2.50 und HAH 388, Niederschrift über die 15. Sitzung des Bayerischen Rundfunkrats vom 3.6.49 und Rundfunkgesetz vom 10.8.1948.
- ²⁵⁷ Die D-Mark-Erstausrüstung der Kommunen reichte nicht aus, um die gestellten Aufgaben – vor allem den Wiederaufbau zerstörten Wohnraums – zu bewältigen. Der Rundfunk hingegen war durch die laufend in D-Mark eingehenden Gebühren sehr liquide.
- ²⁵⁸ Dazu z.B. HAH 389, Niederschrift über eine Besprechung am 3.2.1950 bei Staatssekretär Sattler, in der von Scholtz im Zusammenhang mit der geplanten Fusion von Philharmonikern und

- Rundfunkorchester betonte: «Kaufmännische Gesichtspunkte seien für ihn in der ganzen Frage nicht ausschlaggebend, für ihn handle es sich darum, die Sendungen der Münchner Station auf eine künstlerische Höhe zu bringen, die ein ausserpolitisches Bekenntnis darstellen und den Bayerischen Rundfunk zu einem kulturpolitischen Faktor über die Grenzen hin machen.» Aktenmässig gut abgesichert findet sich dieser Vorgang vor allem in B.u.R. 2122, aber auch in HAH 391/1-2.
- ²⁵⁹ B.u.R. 1772, Brief des Rundfunkratsvorsitzenden, Staatsintendant A. J. Lippi und des Rundfunkintendanten von Scholtz an den Stadtrat der Stadt München vom 4.5.49, in dem der Kulturhilfebeschluss des Rundfunks (Rundfunkratssitzungen vom 21.3.49 und vom 5.4.49) der Stadt mitgeteilt wird. Ausserdem HAH 389, Abschrift von Bericht und Antrag zur Kulturhilfe des Bayerischen Rundfunks. Anlage des Protokolls der Sitzungen des Rundfunkrats vom 31.3. und 11.4.49, in der die Bedingungen der Kulturhilfe nochmals genau geklärt wurden.
- ²⁶⁰ Das lässt sich gut anhand der Aktenvorgänge in HAH 391,1-2 und B.u.R. 1772 aufzeigen.
- ²⁶¹ Zu einigen biographischen Daten Der Grosse Herder, Freiburg i.Br.⁵1956, Bd.8, S. 380. Rudolf von Scholtz, geboren am 22.9.1890 in Wiesbaden, war bereits von 1926 bis 1933 beim Bayerischen Rundfunk beschäftigt gewesen. In der NS-Zeit lebte er von literarischer Tätigkeit, 1945 wurde er Oberbürgermeister von Passau, 1947 Intendant von Radio München, später des Bayerischen Rundfunks.
- ²⁶² HAH 389, Niederschrift der Besprechung vom 3.2.1950 bei Staatssekretär Sattler zwischen Sattler, Staatsintendant Lippi, Mitgliedern des Rundfunkrats, des Rundfunks und Vertretern der Stadt.
- ²⁶³ Haushaltssatzungen der Stadt München 1945 bis 1956: erst ab 1949 existiert die Haushaltsstelle 033, Rundfunkübertragungen, die eine genaue Kontrolle der tatsächlichen Einnahmen aus diesem Posten ermöglicht. Aus den Tätigkeitsberichten der Münchner Philharmoniker, HAH 374, lässt sich jedoch schliessen, dass in der Zeit der hohen Einkünfte aus Konzerttätigkeit die Rundfunkgelder nicht die gleiche Rolle spielten, wie in den darauffolgenden Jahren.
- ²⁶⁴ München-Chronik, S. 97. Ausserdem dazu Kulturamt 393, Schreiben des städtischen Musikbeauftragten vom 29.8.1936. Bereits zu diesem Zeitpunkt wird die «konzertierende Tätigkeit des Rundfunks» angegriffen. Hier betrifft es aber noch die Sendung von Konzerten durch den Rundfunk, nicht das öffentliche Auftreten.
- ²⁶⁵ HAH 391/2, Brief des Dirigenten Hans Altmann an den Betriebsrat des Bayerischen Rundfunks vom 22.11.49. Demnach bestand das Orchester 1946 aus etwa 35-40 Mann. Bis zum Herbst 1949 war es auf 95 Mann vergrössert worden.
- ²⁶⁶ In den ersten vier Jahren nach Kriegsende musste es zwar noch unter der Lizenznummer der Konzertagentur Winderstein in der Aula der Universität auftreten, aber sein Dirigent Georg Solti sorgte zusammen mit prominenten Gastdirigenten für einen guten Konzertbesuch. Dazu Festschrift der Musikalischen Akademie.
- ²⁶⁷ HAH 366, Kulturamt 396, B.u.R. 2129 und s.o. das Kapitel über die «Besoldung der Musiker», in dem auf das Problem der TO.K näher eingegangen wird.
- ²⁶⁸ HAH 391, Vormerkung Bürgermeister Scharnagls vom 22.11.48, S. 5 und HAH 391/2 Brief Staatssekretär Sattlers an Held vom 13.4.49.
- ²⁶⁹ HAH 375, die Verwaltung der Münchner Philharmoniker an den Kulturbeauftragten Hans Ludwig Held vom 6.4.48, Betrifft: Münchner Philharmoniker und Rundfunk.
- ²⁷⁰ Ebd.; «Wenn es gelingt, mit dem Rundfunk z.B. einen Vertrag über jährlich 30 bis 40 Konzerte abzuschliessen und eine bescheidene Beteiligung an den Subventionen zu sichern, dann könnte dies künftig das finanzielle Rückgrat der Philharmoniker werden...»
- ²⁷¹ HAH 391, HAH 391/2, HAH 390, 398, 388, B.u.R. 1772; als Beispiele seien hier genannt HAH 391/2, Bericht über die Besprechung am 12.8.48 bei Bürgermeister Scharnagl über die Münchner Philharmoniker, bei der teilnahmen Karl Scharnagl, H. L. Held, Staatssekretär Sattler, Rundfunkintendant v. Scholtz sowie Verwaltungsüberinspektor Rogger und HAH 391, Besprechung vom 20.12.48 zwischen Intendant v. Scholtz, Dr. Kannevischer und H. L. Held. Zu diesem Zeitpunkt war auch die Position des Rundfunks noch durchaus nicht so starr wie in den darauffolgenden Jahren – kenntlich z.B. daran, dass dort betont wurde, man könne von einem Abonnement absehen; ausserdem sei nur mit 6-8 öffentlichen Konzerten zu rechnen. Gerade diese beiden

- Punkte lieferten später immer wieder den Zündstoff für erbitterte Debatten.
- ²⁷² HAH 391, Roggers zusammenfassende Darstellung der Fusionsverhandlungen vom 21.12.49.
- ²⁷³ Dazu vor allem HAH 391, 391/1, 391/2.
- ²⁷⁴ Dazu die Haushaltssatzungen der Stadt München 1948-1956 und HAH 374, die monatlichen Rechenschaftsberichte der Philharmoniker. Ausserdem dazu HAH 390, Antrag des Stadtrats Bössl vom 1.4.52, der dieses Problem noch für 1951 aktualisierte.
- ²⁷⁵ HAH 391/2, Bericht über die Besprechung vom 12.8.48: «Von den Vertretern der Stadt wurde kein Hehl daraus gemacht, dass nur die finanzielle Notlage und die Sorge um die Zukunft der Münchner Philharmoniker den Stadtrat zwingen, diesen Weg zu beschreiten, dass aber der Stadt selbstverständlich unendlich viel daran liege, Namen und Tradition des Orchesters durch entsprechende Modification der geplanten Fusion weitgehend gewürdigt und gewahrt zu wissen.» Ausserdem die Stellungnahmen in HAH 391/2 und 391/1.
- ²⁷⁶ HAH 391/2, Besprechung vom 12.8.48.
- ²⁷⁷ Ebd.: In dieser Sitzung kamen die Vorschläge «Münchner Philharmoniker im Bayerischen Rundfunk» der von Staatssekretär Sattler ausging (von der Stadt gebilligt, von v. Scholtz abgelehnt), «Orchestergemeinschaft Bayer. Rundfunk – Münchner Philharmoniker», der von Scharnagl ins Gespräch gebracht wurde (Stadt dafür, Rundfunk dagegen), «Münchner Philharmonisches Rundfunkorchester», den der Rundfunkintendant dagegenstellte und der notgedrungen, aber widerwillig von der Stadt hingenommen wurde.
- ²⁷⁸ Ebd.: «Es wird gleichzeitig mit der Fusion der beiden Orchester eine «Münchner Philharmonische Gesellschaft begründet, der Einzelpersonen wie Verbände und Firmen beitreten können, an der jedoch auf jeden Fall Vertreter der Stadt mit 50% + 1 Stimme beteiligt sind. Diese Münchner Philharmonische Gesellschaft ist die Veranstalterin der öffentlichen Konzerte des Orchesters ...; gemeinsam mit dem Chefdirigenten entscheidet schliesslich die Gesellschaft über die Verpflichtung der Gastdirigenten und der Solisten ...»; ausserdem Sitzung des Kulturausschusses vom 13.8.48, Ergebnis der Sitzung und Bescheid an Staatssekretär Sattler: «Der Kulturausschuss ist grundsätzlich mit der Vereinigung der beiden Orchester einverstanden. Er schlägt jedoch in erster Linie vor, dass die beiden Partner – Stadt und Rundfunk – sich gleichmässig, also mit gleichen Lasten und gleichen Rechten, in das Orchester teilen würden. Ist dies nicht möglich, so soll wenigstens gesichert bleiben, dass die öffentlichen Saalkonzerte in München und auswärts nur unter dem Namen «Münchner Philharmonische Gesellschaft stattfinden.»
- ²⁷⁹ HAH 391, Besprechung vom 12.8.48 betr. «Münchner Philharmoniker», S. 4.
- ²⁸⁰ Ebd., S. 2: «Die beiden Vertreter der Stadt beriefen sich sehr nachdrücklich darauf, dass mit dem Namen und der grossen, jahrzehntelangen Tradition der Münchner Philharmoniker dem neuen Orchester ein ausserordentliches künstlerisches und moralisches Kapital übergeben würde, und dass die Stadt schon aus Prestige-Gründen, aber auch entsprechend dem unbezweifelbaren Wunsch der musikliebenden Bevölkerungskreise Münchens an einer auch nach aussen hin sichtbaren Wahrung der gewohnten Begriffe festhalten müsse.»
- ²⁸¹ HAH 391, Besprechung vom 12.8.48, S. 2.
- ²⁸² Ebd., S.4:
- ²⁸³ HAH 391, Brief von Bürgermeister Scharnagl an Intendant von Scholtz vom 19.9.48.
- ²⁸⁴ HAH 391, Briefe zwischen dem Orchestervorstand und Jochum, Scharnagl und Jochum sowie Scharnagl und dem Orchestervorstand aus den Monaten Oktober und November.
- ²⁸⁵ HAH 391, Roggers zusammenfassende Darstellung der Fusionsverhandlungen vom 21.12.49.
- ²⁸⁶ Ebd.: «Da ausserdem der Münchner Rundfunk immer noch in den Händen der Besatzungsmacht lag und die zuständigen amerikanischen Dienststellen einer Fusion der beiden Orchester ablehnend gegenüberstanden, stand der ganze Plan wochen- und monatelang auf totem Geleise.» Ausserdem HAH 391, Brief des Intendanten v. Scholtz an Scharnagl vom 16.10.48.
- ²⁸⁷ Ebd. Dazu auch HAH 391, Brief Helds an Stadtrat Seemüller vom 17.11.48; Held betont, dass die «dazu erschienenen Pressestimmen eindeutig für eine selbständige Haltung der Philharmoniker eintraten.»
- ²⁸⁸ Anerkennend wurde auch von Rogger dieser Artikel der SZ vom 4.11.48 erwähnt, der eine rela-

tiv objektive Darstellung der Situation zu geben versuchte. Pringsheims Argumente gegen eine Fusion beruhten auf der Aussage, dies bedeute nur, «aus zwei guten ein schlechtes Orchester» zu machen. «Der Name «Münchner Philharmoniker für viele Münchner ein teuer gewordener Begriff, für das Orchester ein Ehrentitel und ein blankes Firmenschild im In- und Ausland, ist aus der Liste der deutschen Kulturinstitute zu streichen – für die «Kunststadt München ein kaum erträglicher Prestige Verlust.» Ausserdem brauche es Jahre, bis eine «Vereinigung von Instrumentalisten» ein wirkliches Orchester würde: «Zwei Orchester, die einmütig dem Gedanken der Fusion vollkommen ablehnend gegenüberstehen, verkuppeln zu wollen, ist aus künstlerischen Gründen abzulehnen.»

- ²⁸⁹ Bei der Presse war der Wortführer vor allem *Heinz Pringsheim* (SZ vom 4.11.48), die Stellungnahme des Orchesters schlägt sich u.a. nieder in der Antwort auf den Revisionsbericht in HAH 368, Vormerkung vom 9.12.48, Helds Stellungnahmen finden sich u.a. ebd., Kommentar zu der Vormerkung der Philharmoniker vom 13.12.48, Roggers Diskussionsbeitrag «Wenn ich Stadtrat und Mitglied des Kulturausschusses wäre, würde ich in der nächsten Kulturausschuss-Sitzung um das Wort bitten und Folgendes ausführen:» vom 30.12.48 ist in HAH 398 enthalten. Beispiele für die Abonnentenmeinung finden sich in HAH 391/2.
- ²⁹⁰ NZ vom 18.10.48, «Auf Dirigentensuche».
- ²⁹¹ HAH 391/2, Bericht über die Besprechung vom 4.4.49. Aussage von Stadtrat Neumann (KPD). KPD und Bayernpartei hatten jedoch beide – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – Einwände gegen die Person Riegers.
- ²⁹² HAH 391, Vorschlag von Stadtrat Hieber vom 12.11.48 «den Philharmonikern sei es durch Bildung eines Vereins oder einer GmbH, eigene Rechtspersönlichkeit zu geben»; ausserdem HAH 391, Schreiben Helds an Stadtrat Seemüller vom 17.11.48 und Antwort Seemüllers vom 22.11.48.
- ²⁹³ HAH 391, Schreiben Seemüllers an Held vom 22.11.48.
- ²⁹⁴ Dazu besonders aufschlussreich ist das 1953 von E.E. Morahnt im Auftrag der Stadt erstellte Gutachten, das eben diese Frage der Rechtsform zum Anlass hatte. B.u.R. 2129, Gutachten vom 19.5.53.
- ²⁹⁵ HAH 391, Besprechung vom 20.12.48 zwischen Intendant von Scholtz, Dr. Kannevischer und Prof. Held. Von Scholtz bestand hier auf 6-8 öffentlichen Konzerten; obwohl diese Stellungnahme durchaus kühl und deutlich ist, nehmen sich die darin vorgebrachten Anschauungen eher harmlos aus gegenüber den bereits einige Monate später unter dem Einfluss Jochums durchgeführten 12 Doppel-Abonnementkonzerten mit einem weit über Sonderklasse der TO.K bezahlten Musikerstamm.
- ²⁹⁶ HAH 391, Roggers zusammenfassende Darstellung der Fusionsverhandlungen vom 21.12.49.
- ²⁹⁷ HAH 391, zusammenfassende Darstellung Roggers vom 21.12.49.
- ²⁹⁸ HAH 391, Vormerkung Scharnagls vom 22.12.48, in der er sich sehr ausführlich mit der Situation auseinandersetzte. Er beurteilte die Chancen einer Selbständigerhaltung der Philharmoniker darin eher skeptisch und meinte, eine Verzögerung der schliesslich doch notwendig werdenden Fusionsverhandlungen könne die Position der Stadt nur schwächen, da ein erstklassig gewordenes Rundfunkorchester zu keinen Zugeständnissen mehr bereit sein werde.
- ²⁹⁹ Ebd. Weiter glaubte man erwarten zu können, dass Hans Ludwig Held als Vertreter des Bayerischen Städteverbandes im Rundfunkrat dafür sorgen würde, «dass die Geldmacht des Rundfunks nicht die Einzelleistungen in den Städten zu Tode konkurrieren darf, sondern dass diese Geldmacht diese Einzelleistungen durch Heranziehung zur Rundfunkarbeit kräftigen und unterstützen muss». Dies ist das erste Mal, dass diese negative Möglichkeit so krass angesprochen wird.
- ³⁰⁰ HAH 391, Vormerkung Scharnagls vom 22.12.48. Ausserdem SZ vom 31.3.49. Artikel von *Walter Panofsky* «Mut zur Realität»: «Nirgendwo kommt im Augenblick die Problematik einer Gefühlspolitik, die etwas Überkommenes auf keinen Fall preisgeben möchte, gegenüber der Politik der Tatsachen so sehr zum Ausdruck, wie in der Zukunftsfrage der Philharmoniker ...».
- ³⁰¹ HAH 391, Roggers zusammenfassende Darstellung der Fusionsverhandlungen vom 21.12.49. Ausserdem wollten die Stadträte ebenso wenig wie Oberbürgermeister Wimmer, «als Mörder

- der Philharmoniker in die Geschichte eingehen». Dazu HAH 391/2, Besprechung vom 4.4.49.
- ³⁰² Zur Vertretung der Stadt im Rundfunkrat B.u.R. 1772, Schreiben an Oberbürgermeister und Kulturbbeauftragten vom 24.3.1948, in dem auf die auszugsweise Veröffentlichung des Bayerischen Rundfunkgesetzes in der Zeitschrift «Echo der Woche» hingewiesen wurde. Erst zu diesem Zeitpunkt fiel es auf, dass die Kommunen im Rundfunkrat völlig vergessen worden waren. Eine sofortige Beschwerde wurde empfohlen, «da alle Anzeichen dafür sprechen, dass der Staat sich, im Hinblick auf die kommende Währungsreform, seine Positionen bei Finanzierung der Kunstinstitute durch den Rundfunk sichert». Eine Initiative der Stadt brachte dann Hans L. Held als Vertreter des Bayerischen Städteverbands sowie des Volksbildungsverbandes und Direktor Ackermann vom Städtischen Nachrichtendienst in den Rundfunkrat. Ausserdem dazu B.u.R. 1772, Schreiben des Vorsitzenden des Bayerischen Städteverbandes, Scharnagl, an die Rundfunkräte vom 7.1.49: «Mit Aufnahme seiner Tätigkeit wird der Rundfunkrat zu einem ganz bedeutsamen Organ für die Gestaltung des kulturellen Lebens unserer bayer. Heimat werden. Eines der wichtigsten Aufgabengebiete des Rundfunks wird die Förderung des kulturellen Lebens unseres Volkes sein... Man könnte die Befürchtung hegen, dass der Rundfunk nur zu leicht der Gefahr unterliegen würde, seine ungeheure, fast uneinschränkbare Kraft zu einer Alleinbeherrschung von Gebieten auszunützen... Vor allem sind es die ... Städte, die sich die Pflege eines regen Kulturlebens seit jeher angelegensein lassen. Diese Tätigkeit der Gemeinden muss erhalten bleiben. Sie muss vom Rundfunk gestärkt und gefördert werden. Die reichen finanziellen Mittel des Rundfunks müssen eingesetzt werden, die vielseitigen und vielfachen kulturellen Bestrebungen dieser Körperschaften und vor allem auch der bayerischen Städte zu fördern und auszubauen...»
- ³⁰³ HAH 391/1, Schreiben H.L. Held an Generalmusikdirektor Rieger vom 23.3.49.
- ³⁰⁴ Ebd.
- ³⁰⁵ HAH 390, Kulturhilfe des Bayerischen Rundfunks, Bericht und Antrag, S. 2. Der Beschluss datiert mit dem 21.3.49. Ausserdem dazu «Bayerland» 1952/53, S. 187ff.
- ³⁰⁶ HAH 391/1, Antrag der WAV-Fraktion, Stadtrat Hollerer vom 15.3.49. Hollerer hatte vom Stadtrat offenbar den Auftrag erhalten, speziell die Philharmonikerfrage näher zu untersuchen. HAH 391/2, Sitzung vom 1.4.49 und HAH 391/1, Sitzung des Kulturausschusses vom 24.3.49.
- ³⁰⁷ HAH 391/2, Vormerkung vom 17.3.49.
- ³⁰⁸ HAH 391/2, Sitzung vom 30.3.49 mit Senatspräsident Singer, Staatssekretär Sattler, Staatsintendant Lippi, den Stadträten Hanfstaengl, von Miller, Besold, Branz, Neumann und Hollerer, mit Prof. Held und Stadtdirektor Hölzl.
- ³⁰⁹ HAH 391/2, Besprechung in Kulturangelegenheiten vom 24.3.49, Aussage Neumann (KPD); ausserdem Hanfstaengl (CSU): «Man riskiere bei einem Zusammengehen, dass man von Rundfunkseite eines schönen Tages erkläre: ‚Wer zahlt, der hat; Eure Tradition in Ehren, die ist passé, wir sind diejenigen, die Geld haben.‘... Es sei auch selbstverständlich, dass bei einem Zusammengehen mit dem Rundfunk dieser bestimme, wer dirigiere.»
- ³¹⁰ HAH 319/2, «Verhandlungsgrundlage für Besprechung mit der Stadtverwaltung» vom 31.3.49: «Verhandlungen mit der Stadt München über eine etwaige Zusammenfassung der Orchester können seitens des Rundfunks nur aufgenommen werden, wenn über die nachfolgenden Punkte von vornherein Einigkeit besteht: ... für die organisatorische Durchführung und die in Aussicht genommene Verwendung der Mitglieder ist allein der Chefdirigent des Bayerischen Rundfunks zuständig;... die Mitglieder des städt. Orchesters haben sich... einer politischen Überprüfung zu unterwerfen;... Das Orchester führt im Allgemeinen die Bezeichnung ‚Symphonieorchester des Bayer. Rundfunks‘;... als Trägerin der öffentlichen Konzerte kann eine philharmonische Gesellschaft... gebildet werden... Die Termine und Programme dieser Konzerte sind in gegenseitiger Übereinkunft festzulegen; die Entscheidung hat der Rundfunk...»
- ³¹¹ Dazu auch HAH 391/2, «Memorandum und Vorschlag zur Philharmonikerfrage» von Ende März 1949: «Die Vertreter des Rundfunks haben von vornherein folgenden Standpunkt klar zum Ausdruck gebracht: Der Rundfunk fühlt sich unter Berücksichtigung der Interessen der millionenfachen Hörerschaft der engeren und weiteren Heimat und des Auslandes verpflichtet, einen reprä-

sentativen, erstklassigen Klangkörper unter der Leitung eines erstklassigen Dirigenten zu schaffen. Die Aufgaben eines solchen Orchesters können nicht auf die Rundfunk­tätigkeit allein be­schränkt bleiben... Die Durchführung dieses Planes ist eine feststehende Tatsache.»

³¹² Dazu SZ vom 31.3.49, ein Artikel von *Walter Panofsky*, «Mut zur Realität».

³¹³ Dazu z.B. der Artikel von *Walter Panofsky* in der SZ vom 19.7.49 «Drei Orchester und achtzig Konzerte» und der Artikel in der Neuen Zeitung, gezeichnet mit H.H. vom 26.8.49, «Mäzen oder Konkurrent?»

³¹⁴ HAH 391/2, Sitzung der Vollversammlung vom 5.4.49.

³¹⁵ SZ vom 19.7.49, «Drei Orchester und achtzig Konzerte – grundsätzliche Betrachtungen zur Situation des Münchner Musiklebens» von *Walter Panofsky*: «Immer stärker hat sich der Rundfunk in das Kulturleben einzuschalten vermocht. Er hat heute schon Funktionen übernommen, die in diesem Ausmass bisher von anderen Institutionen ausgeübt worden sind. Er löst als Kulturträger vielfach jene Einrichtungen ab, die, seit den letzten drei Jahrzehnten von der öffentlichen Hand geführt, sich um kulturelle Pflege bemühen. Immer erfolgt von Zeit zu Zeit eine Weitergabe des Goldenen Balles...» Ausserdem dazu HAH 391/2, Schreiben der Städtischen Musikbibliothek an Held vom 13.12.49: «Dieses auf ausserkünstlerischen Faktoren beruhende Übergewicht eines einzigen Orchesters über die nach Vertiefung strebenden Institutionen in ein und derselben Stadt hat sich bereits als Kampf zwischen Quantität und Qualität, zwischen persönlichem Ehrgeiz und künstlerischer Leistung, zwischen Geld und traditionsverwachsener, organischer Ordnung ausgewirkt.»

³¹⁶ Eine dem vergleichbare Metapher wird in dem Artikel «Mäzen oder Konkurrent?» in der NZ vom 26.8.49 verwendet: «Handelt es sich nicht um eine gesunde, zumindest eine unvermeidliche Entwicklung? Soll das dem Tod Geweihte künstlich am Leben erhalten werden?» Gestand man also dem Rundfunk das Recht einer Art «Kunst-Euthanasie» zu? Von Seiten des Rundfunks sah man dies verständlicherweise nicht so problematisch; dazu HAH 390, 15. Sitzung des Rundfunkrates vom 3.6.1949, S. 3, Aussage des Intendanten von Scholtz.

³¹⁷ HAH 391/2, Brief H.L. Helds an den Gewerkschaftler Max Wöner vom 23.1.50, in dem Held auch auf den Zusammenhang zwischen der Gründung des Rundfunkorchesters und der Kulturhilfe eingeht. Er zitiert dabei erst den Beschluss des Rundfunkrates vom 15.2.49. «Dabei ist von der Intendanz unbedingt darauf zu achten, dass die Verwendung der übrigen Kulturorchester des Landes nicht gefährdet wird und die öffentlichen Konzerte des Rundfunkorchesters sich dementsprechend in massvollen Grenzen halten. Die Planung dieser öffentlichen Konzerte soll nur im Einvernehmen mit den örtlichen Kulturinstitutionen erfolgen.» Dann kommentiert er dazu: «Der seinerzeitige Beschluss war zweifellos mit der Massgabe festgelegt worden, dass durch das Funkorchester die Existenzen der übrigen bayrischen Kulturorchester nicht gefährdet werden. Kurz darauf fasste dann der Rundfunkrat den Beschluss, darüber hinaus durch die Gewährung einer Kulturhilfe die Kulturinstitute des Landes in ihren Leistungen zu fördern und in ihrem Existenzkampf weitgehend zu unterstützen. Die beiden Beschlüsse stehen zweifellos in enger Verbindung...»

³¹⁸ HAH 390, «Kulturhilfe des Bayerischen Rundfunks», Bericht und Antrag, Anlage des Protokolls der Sitzung des Rundfunkrates vom 31.3. und 11.4.49, Punkt 1.) der Grundsatz­erklärung.

³¹⁹ Ebd., Punkt 2.) Dieser Punkt entspricht sinngemäss den Punkten 5.) und 6.), die den Verwendungsnachweis für die Gelder fordern.

³²⁰ Ebd., Punkt 6.).

³²¹ HAH 390, Besprechung vom 3.2.50 bei Staatssekretär Sattler, Aussage des Rundfunkratsvorsitzenden Lippi. In späteren Jahren wurde nämlich vom Rundfunkrat darüber geklagt, die Institutionen hätten die «Kulturhilfe zur Etatdeckung missbraucht», und sich damit der erwiesenen Hilfestellung unwürdig erwiesen. So war dieser Punkt wahrscheinlich auch konzipiert: Er bot dem Rundfunkrat relativ freien Spielraum, Kulturhilfe auch wieder abzusetzen, die er nicht mehr bezahlen wollte. Dies mit künstlerischen Erwägungen zu begründen, war dafür wohl der gangbarste Weg.

³²² HAH 390, «Kulturhilfe des Bayerischen Rundfunks», Punkt 10.) der Grundsatz­erklärung; ausserdem Punkt 13.). «Die Zuwendungen an die Theater sind so bemessen, dass sie die im

- Staatshaushalt vorgenommenen Kürzungen, durch die ihre weitere Existenz gefährdet ist, etwas ausgleichen...». Zu diesen Problemen der Kulturhilfe vgl. auch die Zeitschrift «Bayerland» 1952/53, S. 187ff.; hier sind Verankerung und Möglichkeiten der Kulturhilfe ausführlich dargestellt und gleichzeitig ein Überblick über die bisherigen Förderungen gegeben.
- ³²³ Ebd., Punkt 12.): «Der Verwaltungsrat hat für die direkten Zuwendungen eine Summe von 6% der Gesamt-Einnahmen des Rundfunks bewilligt. Diese 6% wurden in der Sitzung am Samstag, den 9. April 1949, grundsätzlich auf 8% erhöht, wobei jedoch zunächst nur die zuerst angesetzten 6% zur Auszahlung kommen.» In diesem und auch in den folgenden Jahren wurden nur die angegebenen 75% ausbezahlt, obwohl von der Möglichkeit, auf 100% aufzustocken, öfter die Rede war. Ob die restlichen Gelder wirklich nicht ausbezahlt wurden, da der Rundfunk nicht die erwarteten Überschüsse hatte einnehmen können, oder ob die Gelder doch, wie es im Falle der Bamberger Symphoniker einmal geschah, als spontane Hilfemöglichkeit verwendet wurden, ist nicht mehr ganz klar ersichtlich. HAH 391/2 Zusammenfassung der Besprechungen vom 16.12.49 und 23.1.50. Eine Berechnung der in der Grundsatzklärung zur Kulturhilfe angegebenen Summen ergibt ein Gesamtergebnis von 2'300'000,- DM, die zu diesem Zweck genehmigt worden waren (8%). Dies lässt auf die erwartete jährliche Gesamteinnahme des Rundfunks von 28'750'000,- DM schliessen – fürwahr ein stattlicher Betrag für das Jahr 1949!
- ³²⁴ Ebd.: «Bei der Begründung der einzelnen Zuwendungen wurde einerseits die mittelbare Verbindung zum Rundfunk besonders unterstrichen, andererseits aber auch die Verteilung auf das gesamte Land im Auge behalten.» Folgende Institutionen sollten Hilfen erhalten: Münchner Philharmoniker (200'000,- DM), Bamberger Symphoniker (100'000,- DM), Regensburger Domspatzen (30'000,- DM), Bayerische Staatsoper (750'000,- DM), Bayerisches Staatsschauspiel (300'000,-DM), Städtische Bühnen München (150'000,-DM), Städtische Bühnen Nürnberg (250'000,-DM), Städtische Bühnen Augsburg (100'000,-DM), Städtische Bühnen Regensburg (70'000,- DM), Städtische Bühnen Würzburg (70'000,- DM), Reserve für noch näher zu bestimmende Theater (100'000,- DM), Studien-Stiftung des Deutschen Volkes, unter besonderer Zweckbestimmung der Ausbildung von Studierenden der Musik- und Schauspiel-Akademie (80'000,- DM), Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (100'000,- DM).
- ³²⁵ B.u.R. 1772, Liste der Mitglieder des Rundfunkrats vom Januar 1949, in der zumindest die Namen der Staatsintendanten Alois Joh. Lippi (Rundfunkratsvorsitzender) und Dr. Georg Hartmann neben Staatssekretär Sattler auffallen. Auch der umstrittene ehemalige Staatskommissar für die rassisch, religiös und politisch Verfolgten und spätere Generalanwalt für Wiedergutmachung, Dr. Philipp Auerbach, war Mitglied des Rundfunkrats, ebenso der Rektor der Technischen Hochschule, Piloty, Josef Haas als Präsident der (staatlichen) Hochschule für Musik und fünf Vertreter des Landtages. Für die Verschärfung dieses Problems im Jahre 1950: NZ vom 26.1.50, Artikel von Friedrich Märker (Mitglied des Rundfunkrates, Vertreter des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller), «Politisierung des Rundfunkrates?», der über den Beschluss des Rechts- und Verfassungsausschusses des Bayerischen Landtages berichtete, die Zahl der Landesvertreter im Rundfunkrat von 5 auf 9 zu erhöhen. Märker wies auch darauf hin, «... dass die Macht des Rundfunks nicht nur in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch das Wort liegt. Er ist auch eine Geldmacht... Einen grossen Überschuss kann er zur Unterstützung von Kulturinstituten verwenden. Er ist schon heute ... einer der mächtigsten Faktoren im Kulturleben, und er wird, wenn es so weitergeht, zum Diktator der Kultur werden.» Gerade in diesem Zusammenhang befürchtete Märker, dass eine verstärkte «Verstaatlichung» des Rundfunks auch zu über grossem Einfluss der Parteien und des Staates auf die Kultur führen könnte.
- ³²⁶ B.u.R. 1772, Schreiben des Rundfunkratsvorsitzenden Staatsintendant A.J. Lippi und des Rundfunkintendanten v. Scholtz vom 5.4.49.
- ³²⁷ Ebd.; etwas drastisch formuliert, läuft diese Auflage auf Erpressung der Stadt durch den Rundfunk hinaus: Die Stadt sollte sich dabei ausserdem zu einem unkorrekten Verhalten, nämlich zu Begünstigung, verpflichten. Wie anders wäre sonst «den Bedürfnissen des Rundfunks in Bezug auf Zuzug und Wohnungsbeschaffung» entgegenzukommen, als dass andere Zuzugswillige zu-

- gunsten von Rundfunkmitarbeitern zurückgestellt werden sollten?
- ³²⁸ B.u.R. 1772, Brief von Alois Johannes Lippi vom 27.6.49, in dem die «Besprechung im Rundfunkrat vom 27.6.49» als Auslöser der Rücknahme genannt wird. Aussagen dazu finden sich in B.u.R. 2122, Besprechung vom 18.5.49, in HAH 390, Besprechung des Rundfunkrates vom 23.6.49 und in HAH 390, Brief von H.L. Held an Stadtrat Wüstendörfer vom 9.8.49, in dem Held eine Zusammenfassung gibt. Held bezieht sich dabei ebenfalls auf die genannten Sitzungen und zitiert die Aussagen Lippis und v. Scholtz, «dass sie mit dem Begriff einer ‚Auflage‘ keinen Druck oder gar eine Erpressung ausüben wollten, es sei vielmehr für alle Anwesenden ein doch wohl verständlicher Wunsch gewesen, das Interesse des Stadtrates für gewisse Angelegenheiten des Rundfunks zu erbitten».
- ³²⁹ B.u.R. 1772, Schreiben Waeldes an Bürgermeister von Miller vom 18.2.1954. Waelde schlug vor, dieser Gefahr zu begegnen, indem der Rundfunk sich «doch in irgendeiner Form» vertraglich auf eine kleine Kulturhilfeeheerhöhung festlegte.
- ³³⁰ So z.B. B.u.R. 1772, Schreiben des Bayerischen Rundfunks vom 8.6.1954 an die Stadt, sowie Schreiben vom 10.6.54 und vom 6.6.54.
- ³³¹ HAH 391/2, Besprechung über Münchner Orchesterfragen im Kultusministerium vom 30.12.49, HAH 391/2, Zusammenfassung der Besprechungen vom 16.12.49 und 23.1.50 des Orchesterremiums des Rundfunkrats, das sich mit der Fusion beschäftigte, S. 4, HAH 391/2 Sitzung des Programmausschusses vom 16.11.49 und HAH 390, die Besprechung beim Bayerischen Rundfunk vom 7.2.50.
- ³³² HAH 390, Besprechung beim Bayerischen Rundfunk vom 7.2.50.
- ³³³ HAH 390, Besprechung bei Staatssekretär Sattler vom 3.2.50, Protokoll S. 6.
- ³³⁴ B.u.R. 2122, Besprechung im Rathaus zwischen Rudolf Schneider-Schelde, Stadtrat Hanfstängl, H.L. Held und Bürgermeister von Miller vom 5.8.49.
- ³³⁵ Ebd.
- ³³⁶ Dazu SZ vom 19.7.49, der Artikel von *Walter Panofsky* «Drei Orchester und achtzig Konzerte»: «Was in Bayern offensichtlich Selbstverständlichkeit ist, ist in anderen Ländern unmöglich. So hat, um nur ein Beispiel zu nennen, der Nordwestdeutsche Rundfunk ... während der letzten beiden Jahre kein einziges Konzert der Hamburger Philharmonie übertragen. In Berlin, Leipzig, Frankfurt gönnt der Rundfunk seinen finanziell schwächeren Konkurrenten kaum die geringste Chance ...»; ausserdem NZ vom 24.8.49, «Mäzen oder Konkurrent?» und HAH 391/2, Besprechung über Orchesterfragen im Kultusministerium vom 30.12.1949, S. 5 des Protokolls, wo von 50 öffentlichen Konzerten des Rias Berlin die Rede ist.
- ³³⁷ SZ vom 19.7.49, «Drei Orchester und achtzig Konzerte».
- ³³⁸ HAH 390, die beiden Verträge zwischen dem Bayerischen Rundfunk und der Stadt München von 1952 und 1954. Der Rundfunk bezahlte den Philharmonikern für jedes dieser Konzerte 1952 noch 6'660,- DM, 1954 nur noch 5'000,- DM für die vertraglich garantierten 12 und 3'000,- DM für die in Aussicht gestellten weiteren 6 Konzerte. Dieser Betrag bildete für die Philharmoniker in vielen Fällen die einzige reale Einnahme für Konzerte, denn oft blieb nach Abzug der Honorare für Solisten und Dirigenten fast nichts mehr übrig. Dazu auch die Tätigkeitsberichte der Philharmoniker in HAH 371.
- ³³⁹ Ebd.
- ³⁴⁰ Ebd.; die Aufführungsdauer der einzelnen Programme schwankte zwischen 50 und 90 Minuten, was gespielt wurde bestimmte der Rundfunk; alle Rechte dafür gingen ebenfalls an den Rundfunk über, bei kommerzieller Auswertung erhielten die Philharmoniker 1/3tel vom Reinerlös des Rundfunks.
- ³⁴¹ B.u.R. 2129, Gutachten E.E. Morahts vom 19.5.53, S. 12.
- ³⁴² Dazu SZ vom 19.7.49, der Artikel «Drei Orchester und achtzig Konzerte.»
- ³⁴³ HAH 391, Besprechung vom 20.12.48 zwischen v. Scholtz, Dr. Kannevischer (Musikabteilung des Bayerischen Rundfunks) und Prof. Held.
- ³⁴⁴ Dieses Thema findet sich in einem Grossteil der Besprechungen zwischen Stadt und Rundfunk, dokumentierbar anhand der Materialien in HAH 390, 391/1-2, B.u.R. 2122 u.a. Die Verhärtung der Positionen verstärkte sich zwar im Laufe der Jahre, die wichtigsten und am emotionalsten geführten Auseinandersetzungen finden sich aber in den Jahren 1949 und 1950, als Jochum noch

- heftig um seine 12 Abonnement-Doppelkonzerte kämpfen musste.
- ³⁴⁵ B.u.R. 2122, Besprechung vom 18.5.49.
- ³⁴⁶ B.u.R. 2122, Besprechung im Rathaus am 5.8.49.
- ³⁴⁷ HAH 391/2, Besprechung beim Bayerischen Rundfunk vom 7.2.50. Bürgermeister von Miller erklärte sich darin zu einer Verminderung der Konzerte der Philharmoniker um zwei im Rahmen einer beiderseitigen Konzertplanung bereit und schlug zehn öffentliche Konzerte des Rundfunks vor. Von Scholtz, der ursprünglich auf 12 Abonnementkonzerten bestanden hatte, nahm dies zurück, was Jochum dazu veranlasste, sich auf seinen Vertrag mit dem Rundfunk zu berufen, der ihm Abonnementkonzerte zusichere. Von Miller wies auf die dadurch entstehende Vertauschung der Rollen der Orchester hin: Ein umfangreich konzertierendes Rundfunkorchester und ein vor allem für den Rundfunk arbeitendes Konzertorchester.
- ³⁴⁸ Dazu HAH 390, Vertrag zwischen der Stadt München und dem Rundfunk vom 1.4.52, § 1, der sowohl den Philharmonikern wie dem Rundfunkorchester je 12 öffentliche Abonnement-Doppelkonzerte zugesteht. Bei den Philharmonikern kamen vertraglich noch zehn Sonderkonzerte hinzu, beim Rundfunk acht *Musica-viva*-Konzerte sowie die Kammerkonzerte der *Musica viva*.
- ³⁴⁹ B.u.R. 2122, Stadtdirektor Dr. Hölzl an Prof. Dr. Held, Betr.: Saalkonzerte des Rundfunks. Hölzl führte weiter aus, dass sich der Rundfunk wohl darauf berufen könne, es sei ihm nicht vorgeschrieben, alle Konzerte «unter Ausschluss der Öffentlichkeit nur vom Funkhaus aus zu verbreiten». Dagegen könne aber der Rundfunkrat mit seinem Etatbewilligungsrecht einschreiten und diese zusätzliche Festlegung erreichen.
- ³⁵⁰ Dazu HAH 390, Besprechung zwischen Rundfunk und Stadt über ein einheitliches Vorgehen bei der Abgabe von Karten für die Konzerte des Bayerischen Rundfunks und der Münchner Philharmoniker vom 25.7.52. Hier wurden die jahrelang schwelenden Konflikte endgültig zu einem Ende gebracht. Im Vertrag des Rundfunks mit den Philharmonikern vom 1.4.52 (HAH 390) wurde bereits festgelegt, dass der Rundfunk die Eintrittspreise der Philharmoniker nicht unterschreiten dürfe.
- ³⁵¹ Dazu die Diskussionen um den Weggang Rosbauds, s.o. das Kapitel «Dirigent und Stadtverwaltung». Ausserdem HAH 391/2, die gesammelten Presseauschnitte zu diesem Thema. Dort finden sich auch etliche Publikumsstimmen zum Erhalt der Philharmoniker, die das Interesse der Hörer an diesen Fragen dokumentieren.
- ³⁵² NZ vom 26.8.49, Artikel gezeichnet mit H.H. «Mäzen oder Konkurrent?». Der Verfasser entwickelt sein Modell weiter: «Sie vor allem anderen ist ja mäzenatischer Förderung bedürftig – dieser Verpflichtung entzieht sich ja auch kein Rundfunksender –, da bei der notorischen Abneigung des Publikums alle auf sich gestellten Orchester sich eine konsequente Pflege der Moderne nicht leisten können.»
- ³⁵³ HAH 446, «Fünf Jahre Musica Viva», mit Beiträgen von *Ernst Krenenk* und *K. A. Hartmann*, herausgegeben 1950, o.S.
- ³⁵⁴ HAH 390, Vormerkung von Waelde für H.L. Held vom 16.1.52.
- ³⁵⁵ *Harald Kaufmann*, Graz: Umschichtungen und Umwertungen im Musikleben am Beispiel Österreichs. In: *Rudolf Stephan* (Hrsg.): Über das Musikleben der Gegenwart. Berlin 1968, S. 61 ff. Kaufmann versucht in seinem Beitrag, die Probleme des österreichischen Musiklebens aufzuzeigen.
- ³⁵⁶ Ebd., S. 65.
- ³⁵⁷ Dazu der Artikel «Programmatisches» in der SZ vom 16.6.50. Ausserdem dazu HAH 398, Besprechung vom 20.6.50 zwischen Held, Waelde und Rieger, in der darauf hingewiesen wird, dass bei den Abonnementkonzerten zu viel zeitgenössische Musik die Abonnenten vergrault hätte, was sich die Philharmoniker nicht leisten könnten.
- ³⁵⁸ Artikel in der NZ vom 26.8.49, «Mäzen oder Konkurrent»: «Denn zu allem kommt noch hinzu, dass Jochum, derselbe Jochum, der in Hamburg in die Defensive gedrängt war – ein ausgesprochenes Konkurrenzprogramm mit den Standardwerken der Klassik und Romantik vorlegt (die Begründung, Neues einem jungen Orchester nicht zumuten zu können, kann nicht als stichhaltig angesehen werden). Von jedem der drei Orchester sind also in München die Neunte und die Matthäuspassion, womöglich in doppelter Ausfertigung^ zu erwarten!»

- ³⁵⁹ B.u.R. 2122, Schreiben von Waelde an H.L. Held vom 19.8.49, Betreff: Rundfunkkonzerte: «Mit Ausnahme eines einzigen Konzertes haben sämtliche Konzerte berühmte Solisten, die immer einen Erfolg garantieren. Es sind also 100%ig todsichere Sachen, die seinerzeit die Süddeutsche Zeitung Herrn Rieger zum Vorwurf machte...»
- ³⁶⁰ Dazu auch HAH 390, die Besprechung beim Rundfunk vom 7.2.50, in der auch von Scholtz das Argument gebrauchte, dass die Rundfunkkonzerte des ersten Jahres «immer voll gewesen seien und die Hälfte der Besucher als Stammpublikum angesprochen werden könne».
- ³⁶¹ Dazu AZ vom 28.1.50, Artikel von *D. Stolze* «Klärung der Fronten?»
- ³⁶² HAH 390, Vertrag zwischen dem Rundfunk und der Stadt München vom 1.4.50.
- ³⁶³ Den erneuten Fusionsabsichten und damit auch Sattlers Modell lag vor allem zugrunde, dass die Kulturhilfe nach einer möglichen Besteuerung des Rundfunks wegfallen würde. Daher plädierte Sattler im Februar 1950 für eine andere Lösung: «Die Philharmoniker werden en bloc als Orchester B (vom Rundfunk, Anm.d. Verf.) übernommen. Die Philharmonische Gesellschaft werde durch die Stadt und einen Freundeskreis ohne Rundfunk gegründet. Sie ist die Veranstalterin der öffentlichen Konzerte. Zu deren Durchführung mietet sie allein den Raum, den Dirigenten, die Solisten und das Orchester, welches in diesen Fällen als Philharmonisches Orchester auftritt. Die Zahl der Saalkonzerte sei auf 12 + 8 zu begrenzen ... Schwierigkeiten ergäben sich... auch bei Neuengagements, weil die besten Kräfte in das Orchester A engagiert würden. Sein Vertragsvorschlag sei auf 2 Jahre gedacht. Nach 2 Jahren könnte die Stadt die Philharmoniker wieder rückübernehmen.» Dazu HAH 390, Sitzung vom 3.2.1950 bei Staatssekretär Sattler. Ausserdem HAH 390, Brief Sattlers an v. Miller vom 4.2.50, in dem er nochmals sein Modell verteidigt.
- ³⁶⁴ Dazu z.B. HAH 390, Schreiben vom 10.6.50, Verwaltung der Münchner Philharmoniker, Waelde, an H. L. Held und Bürgermeister v. Miller, «Produktionen für den Rundfunk», Brief Waeldes an Dr. Goetze vom Bayerischen Rundfunk vom 3.4.51 und «Rechenschaftsbericht» Bürgermeister von Millers an Dr. Schmitt vom Bayerischen Rundfunk vom 5.9.51: «Dabei darf ich vorweg grundsätzlich feststellen, dass ich die Zusammenarbeit zwischen unserem Orchester und dem Bayer. Rundfunk als recht befriedigend empfunden habe...»
- ³⁶⁵ HAH 390, Antrag Stadtrat Bössls, Mitglied der SPD-Fraktion, vom 1.4.52.
- ³⁶⁶ B.u.R. 2129, «Denkschrift zur Philharmonikerfrage» des Orchestervorstands der Münchner Philharmoniker, Stellungnahme zu dem Gutachten des Beauftragten des Deutschen Bühnenvereins über die Münchner Philharmoniker und die Sitzung des Kulturausschusses vom 14.10.53, in der auch von dieser Seite das Gutachten, das eine Beibehaltung des Orchesters in städtischer Regie empfiehlt, diskutiert wird.
- ³⁶⁷ Ebd. und B.u.R. 2129, Gutachten vom 19.5.53, Betrifft: Münchner Philharmoniker, Orchester der Stadt München, erstellt von Ernst-Eberhardt Moraht, Hamburg.
- ³⁶⁸ B.u.R. 2133/1, Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 24.11.53, Betrifft: Betriebsform der Münchner Philharmoniker.
- ³⁶⁹ B.u.R. 2133/1, Brief des Bayerischen Rundfunks an die Münchner Philharmoniker und ebd., Brief Max Wönners an den Bayerischen Rundfunk und Antwort Riegers darauf. Ausserdem ebd., Vertrag des Rundfunks mit der Stadt München vom 1.4.54.
- ³⁷⁰ Diese Aufdröselung der Stellungen der verschiedenen Gruppen zur Philharmonikerfrage findet sich in einem Artikel von *D. Stolze*, «Klärung der Fronten», AZ vom 28.1.50.
- ³⁷¹ Ebd.
- ³⁷² Ebd.
- ³⁷³ HAH 390, Antrag Bössl (SPD-Fraktion) vom 1.4.52.
- ³⁷⁴ Ebd.
- ³⁷⁵ B.u.R. 2129, Gutachten E.E.Morahts vom 19.5.53, S. 22.
- ³⁷⁶ B.u.R. 2120, Schreiben des Deutschen Städtetags vom 21.2.51, in dem die Ergebnisse der Arbeit eines Unterausschusses des Städtetages bekannt gegeben werden.
- ³⁷⁷ Ebd.; so konstatiert der Unterausschuss des Städtetages 1951: «Die Kammermusikpflege liegt im Allgemeinen im Argen. Da regelmässige Konzertreihen fast überall fehlen, können in Einzelveranstaltungen nur sehr bekannte Künstler und Künstlervereinigungen verpflichtet werden. Daher haben die jüngeren und weniger bekannten Künstler und Künstlervereinigungen nicht die

- Möglichkeit, bekannt zu werden, und der Kreis der konzertierenden Künstler beschränkt sich immer mehr ...» (§111).
- ³⁷⁸ Dazu Kulturamt 396, Schreiben des Städtischen Musikbeauftragten Carl Ehrenberg an das städtische Kulturamt vom 6.6.42, das ein ebenso helles Licht auf die Gründe für den 1950 beklagten Verlust wirft, wie ein Rundschreiben des Deutschen Gemeindetages vom 23.3.1940. Ehrenberg schreibt zur Münchner Situation: «Die leistungsfähigsten Laienorchester in München, wie der ‚Neue Orchesterverein‘, die ‚Wilde Gungl‘, der akademische Orchesterverbands sind z.Zt. so dezimiert, dass sie nicht mehr spielfähig sind und kaum noch zu gelegentlichen Proben zusammenkommen – und dann auch mehr um den Zusammenhalt der Menschen nicht ganz verloren gehen zu lassen... Ob kleinere Vereine noch arbeiten können entzieht sich meiner Kenntnis...»
- ³⁷⁹ Kulturamt 396, Brief Ehrenbergs vom 6.6.42 an das städtische Kulturamt.
- ³⁸⁰ Vor allem in den Akten HAH 261, 364, 365, 368, 370, 380, 381, 398 und B.u.R. 2129 und 2132.
- ³⁸¹ Dazu z.B. HAH 261, Schreiben vom 29.9.50 und SZ vom 16.3.50 «Hamlet vor dem Arbeitsamt».
- ³⁸² Ein Beispiel dazu: HAH 261, Brief Helds an Herrn Kugler, den Leiter des Chors des Bayerischen Rundfunks vom 27.3.1951; Held bedankt sich darin für Kuglers Unterstützung für einen von Held empfohlenen Sänger: «Ihr Brief vom 20. März hat mich sehr gefreut, da er mir doch etwas Hoffnung für die künstlerischen Möglichkeiten des von mir empfohlenen Sängers ... gibt. Es ist ein Elend, wenn man nicht immer so helfen kann, wie man dies möchte.»
- ³⁸³ Dazu auch s.o. das Kapitel «Die finanziellen Gegebenheiten und ihre Auswirkungen auf das Orchester.» Der private Musikmarkt, der von dem Überfluss der vorangehenden Jahre auch profitiert hatte, war noch mehr beschränkt als der öffentlich subventionierte.
- ³⁸⁴ Zu nennen sind dabei folgende: Das «Süddeutsche Kammerorchester» (HAH 404), der «Kammerkonzert-Ring» (HAH 405), die «Münchner Festkapelle» (HAH 406), der «Sing- und Spielkreis für Barockmusik» (HAH 406/1), Der «Volksmusikverband» (HAH 649), der «Verband Münchner Tonkünstler» (HAH 650), Die «Musikantengilde» (HAH 652/1), die «Musikfreunde Solln» (HAH 652/2), der «Kreis für alte Musik» (HAH 653), der «Lehrergesangsverein» (HAH 654), Die Josef-Haas-Gesellschaft» (HAH 656), die «Pfitzner-Gesellschaft» (HAH 657), die «Richard-Strauss-Gesellschaft» (HAH 658), der «Richard-Wagner-Verband deutscher Frauen in München» (HAH 659), der «Deutsche Musikerverband im DGB» (HAH 700) und dann noch die verschiedenen Konzertdirektionen (HAH 416), die durch Künstlervermittlung eine wichtige Rolle spielten.
- ³⁸⁵ Die Förderung eines Einzelkünstlers, sei es durch Stipendium oder durch eine einmalige Unterstützung, ist für die öffentliche Hand nicht unproblematisch, da es dem Steuerzahler und dem Stadtrat gegenüber nur schwer zu verantworten ist, wenn hier Missbrauch getrieben wird. Vereine oder Institutionen wirken dagegen glaubwürdiger und transparenter.
- ³⁸⁶ Zur Geschichte des Philharmonischen Chores sei vor allem genannt der Artikel von *Anton Würz*, Chormusik bei den Münchner Philharmonikern, in dem Jubiläumsband «Die Münchner Philharmoniker, 1893-1968», hg. von *Ott* und *Faehndrich* S. 60-62. Demnach trat der Philharmonische Chor erst 1935 unter diesem Namen an die Öffentlichkeit, war aber bereits seit 1895 zuerst als «Kaimchor» und seit 1907, nach seiner Fusionierung mit dem anerkannten «Porges-Chor» und dem «Orchestervereinschor», als «Konzertgesellschaft für Chorgesang» in Zusammenarbeit mit den Philharmonikern aufgetreten und hatte grosse Erfolge erringen können. Zwischen 1940 und 1944 übernahm der «Lehrergesangsverein» die chorischen Aufgaben in den Aufführungen der Philharmoniker, da der «Philharmonische Chor» stillgelegt worden war. Am 26.2.1946 erfolgte die Neugründung unter Rudolf Lamy.
- ³⁸⁷ Ebd., S.62; es wurden in Zusammenarbeit mit dem Chor z.B. zur Aufführung gebracht die Neunte Symphonie von Beethoven (Mai/Juli/Oktober 1946), Liszts Faustsymphonie (13./14.3.46), Mahlers 2. Symphonie (22./23/25.4.46) und, in späteren Jahren auch Werke wie Strawinskys «Psalmensymphonie», Frank Martins «Golgatha», Josef Haas' «Heilige Elisabeth». Vgl. dazu auch Kulturamt 1099.
- ³⁸⁸ Zur Biographie Lamys Kulturamt 1095; ausserdem *Danler*, Musik in München S. 22. Lamy

- wurde 1905 in Sigmaringen geboren, als Geiger und Schulmusiker ausgebildet; 1936 legte er das Singschulleiterexamen in Augsburg ab. Nach dem Krieg übersiedelte er nach München; von 1946 bis zu seinem Tod 1962 leitete er den Philharmonischen Chor und die Singgemeinschaft Lamy.
- ³⁸⁹ Ebd.: Bereits 1934 hatte Lamy die «Singgemeinschaft Lamy» und die Singschule im Berliner Städtischen Konservatorium ins Leben gerufen, die er nach dem Krieg in München neubegründete.
- ³⁹⁰ Kulturamt 1100.
- ³⁹¹ Dazu auch Kulturamt 396, «Betrifft: Laienorchester», vom 5.6.42.
- ³⁹² Kulturamt 1100; hier ist ein Teil dieser Aktivitäten verzeichnet.
- ³⁹³ Kulturamt 1100, Mitgliederlisten von 1946 und 1947; 1946 sangen 120 Frauen (69 Sopran und 51 Alt) und 63 Männer (26 Tenor und 37 Bass), 1947 118 Frauen (71 Sopran und 47 Alt) und 79 Männer (29 Tenor und 50 Bass). Bis 1953 war der Chor dann auf 220 Mitglieder angewachsen.
- ³⁹⁴ Kulturamt 1103; im Zusammenhang mit einem Sühnebescheid wird der Fall eines Chormitgliedes aufgerollt. Dazu Schreiben Lamys vom 18.1.48:
 «... Neben seiner untergeordneten Tätigkeit als Fabrikarbeiter widmet sich Herr B. dem kulturellen Wiederaufbau Münchens im Rahmen des Philharmonischen Chores seit über 20 Monaten ehrenamtlich und mit einem Fleiss und Eifer, der als beispielgebend bezeichnet werden muss. Unter Hintansetzung jeder persönlichen Bequemlichkeit und unter Aufbringung grosser zeitlicher und pekuniärer Opfer leistet er seit einem Jahr eine organisatorische Kleinarbeit im Stillen ohne irgendwelche Vorteile zu erwarten, völlig ehrenamtlich, also aus reinem Idealismus, die die eines Angestellten weit übertrifft.» Dieser Fall zeigt aber auch die negativen Möglichkeiten einer auf Eigeninitiative und privatem Einsatz beruhenden Tätigkeit: Derselbe Mann zerstritt sich 1948 mit Lamy und versuchte ihn jahrelang bei der Stadtverwaltung anzuschwärzen (Kulturamt 1103). Ihm war offenbar mit seinem Ausschluss aus dem Chor sein Lebensinhalt entzogen worden. Ausserdem dazu HAH 400, Stellungnahme Lamys zu dem Fall vom 15.1.49.
- ³⁹⁵ Das war nicht in allen Chören so. Meist wurden wenigstens die Unkosten ersetzt.
- ³⁹⁶ B.u.R. 2129, Stellungnahme der Philharmoniker vom 6.7.53 zu dem Gutachten von E. E. Moraht.
- ³⁹⁷ Ebd.
- ³⁹⁸ B.u.R. 2129, Gutachten vom 19.5.53.
 «Bei den Personalausgaben fällt auf, dass erhebliche Leistungen für den Chor veranschlagt sind, und zwar DM 8'000,- für den Leiter des Chores und DM 5'000,- für den Chor selbst. Andere vergleichbare Städte haben selbstverständlich auch einen städtischen Chor, der im Rahmen des Konzertwesens mitwirkt. Die Mitglieder dieses Chores aber arbeiten ausschliesslich ehrenamtlich und der Leiter des Chores erhält in Hamburg bei gleicher Leistung z.B. nur die Hälfte der Bezüge des Chorleiters in München...» Ausserdem dazu HAH 400: Erst im Mai 1948 war Lamy als «freier Mitarbeiter» mit einer monatlichen Entlohnung von RM 400,- von der Stadt offiziell eingestellt worden (Schreiben Waeldes an Held vom 25.5.48).
- ³⁹⁹ B.u.R. 2129, Stellungnahme der Philharmoniker vom 6.7.53.
- ⁴⁰⁰ Ebd.
- ⁴⁰¹ B.u.R. 2129, Stellungnahme der Philharmoniker vom 6.7.53. Die Philharmoniker betonen ausserdem, dass vielen «Theater- und Rundfunkchören beste Sänger gegen teilweise hohe Bezahlung (bis zu 750,- DM monatlich) als Berufssänger zur Verfügung stehen»; ohne die Singgemeinschaft Lamy «... müssten die Philharmoniker für jedes Chorwerk 20 Sänger... aus Berufschören verpflichten, die wesentlich teurer wären.»
- ⁴⁰² Kulturamt 1100, Gesuch des Philharmonischen Chors vom 18.3.47 und Antwort Oberbürgermeister Scharnagls vom 22.4.47. Den Chormitgliedern wurden nicht für alle Konzerte Freikarten zugestanden, sondern nur zu Chor-Konzerten je eine Freikarte und «ausserdem für die nicht ausverkauften Sonntag-Nachmittag-Konzerte der Philharmoniker» je 20 Freikarten.
- ⁴⁰³ Dazu *Würz*, Chormusik bei den Philharmonikern, S. 62.
- ⁴⁰⁴ B.u.R. 2129, Stellungnahme der Philharmoniker vom 6.7.53. Lamy betreute den Grossen Phil-

- harmonischen Chor, die Singgemeinschaft Lamy und noch einen Kinderchor, den er auch für Aufführungen unentgeltlich zur Verfügung stellte. Sein Gehalt dafür (8'000,- DM im Jahr) entsprach «ungefähr dem Gehalt eines jüngeren Tuttimusikers» (ebd.).
- ⁴⁰⁵ Dazu z.B. HAH 391/1, Besprechung in Kulturangelegenheiten vom 24.3.49; Held weist hier darauf hin, «... dass insbesondere in den Dingen des Chors beim Rundfunk eine Entwicklung gekommen sei, die man nicht billigen könne. Es sei vom Rundfunk für die Chorpflege ein gewisser Kugler engagiert worden, der den Ehrgeiz habe, ein riesiges Chorgefüge aufzubauen.» Ausserdem HAH 391/2, Sitzung vom 1.4.49: «Inder Angelegenheit Lamy/Kugler verlas Prof. Held eine Erklärung aus der hervorging, dass auch auf dem Gebiete des Chorwesens diktatorische Absichten beim Bayerischen Rundfunk bestünden mit dem Ziele, alle freien Chorvereinigungen ohne Rücksicht auf künstlerische Leistungsfähigkeit und Verdienste zu zerschlagen.»
- ⁴⁰⁶ HAH 388, Brief der Verwaltung der Philharmoniker, Waelde, an Prof. Held.
- ⁴⁰⁷ Auch die Philharmoniker konzertierte zusammen mit den anderen grossen Münchner Chorvereinigungen.
- ⁴⁰⁸ Dazu z.B. HAH 401, Brief Lamys an Held vom 18.8.48, HAH 388, Brief Waeldes an Held vom 17.10.49 und HAH 375, Vormerkung Hans Rosbauds an Oberbürgermeister Scharnagl und H.L.Held vom 11.3.46.
- ⁴⁰⁹ Z.B. HAH 375, Vormerkung Rosbauds vom 11.3.46; «Die Staatsoper München ... hat in einer Besprechung ... ihr Bedauern darüber geäussert, dass die Philharmonie in diesem Jahr zu Ostern die Matthäuspassion von J. S. Bach aufführen will. Seit Bestehen der Akademie wäre eine österliche Aufführung der Matthäuspassion eine traditionelle Angelegenheit der Akademiekonzerte. Die Herren wollen bei der Stadt vorstellig werden und darum ersuchen, dass die Philharmonie aus dem erwähnten Grund eine Aufführung der Matthäuspassion an die Akademie abtreten wolle... Bei dieser letzten Äusserung konnte man fast den Eindruck gewinnen, als sollten sich die Philharmoniker in ihrer Programmgestaltung nach den Programmen der Akademie richten...»
- ⁴¹⁰ Dazu z.B. HAH 388, Brief Waeldes an Held vom 17.10.49: «Im vergangenen Jahr sind wir nach Oberammergau ausgewichen. Auch im kommenden Jahr müssen derartige grosse Aufführungen notgedrungen in die bayerische Landschaft verlegt werden, was zweifellos ein bedeutender und eindrucksvoller Rahmen ist, aber auf der anderen Seite mit ungeheuren Spesen verbunden ist.»
- ⁴¹¹ Ebd.
- ⁴¹² Dieser Zuschuss hatte auch nicht von Anfang an 13'000,- DM betragen. Dazu Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1945-1956: In den ersten Jahren blieb der Zuschuss unter 5'000,- RM.
- ⁴¹³ Kulturred 468, Betreff: Förderung Münchner Chorvereinigungen. Zusammenstellung der Chorvereinigungen, die um einen Zuschuss nachgesucht haben.
- ⁴¹⁴ Ebd.
- ⁴¹⁵ Kulturred 468, Betrifft: Verteilung der Mittel für Förderung Münchner Chorvereinigungen etc. von 1935, 1939 und 1940. Auch hier tauchen wieder der «Liederkranz Teutonia», der «Münchner Bachverein», der «Domchor» und die «Chorvereinigung für evangelische Kirchenmusik» auf, hinzu kommt aber z.B. der «Sängerbund der Münchner Strassenbahner» (der immerhin mit 500,- RM unterstützt wurde).
- ⁴¹⁶ Vortrag von *Walter Courvoisier*, in: *Mann*, «Kampf um München als Kulturzentrum».
- ⁴¹⁷ B.u.R. 2146, Unterlagen des Kirchenchores Grosshadern und der Rheinberger Chorvereinigung, ebenfalls aus Grosshadern.
- ⁴¹⁸ Dazu z.B. HAH 402.
- ⁴¹⁹ HAH 407, Liste der Empfänger von Ehrenkarten für das Konzert des Chores und für den Empfang vor dem Konzert am 20.8.52. Immerhin waren zu dem Empfang eingeladen Oberbürgermeister Wimmer, Bürgermeister v. Miller, Prof. Held, Weihbischof Neuhäusler und andere kirchliche Würdenträger, Landtagspräsident Hundhammer, etliche Stadträte sowie Pressevertreter; Kirchliches hatte in München eben immer noch eine besondere Bedeutung.
- ⁴²⁰ HAH 408 und B.u.R. 2146.

- ⁴²¹ HAH 408; der Liederkranz Milwaukee trat am 29.5.53 in München auf und brachte auch Oberbürgermeister Wimmer ein Ständchen (Schreiben Helds vom 4.3.53).
- ⁴²² Dazu B.u.R. 2146 und HAH 407. Als Beispiel sei hier genannt die Absage der Stadt an den Klagenfurter Männergesangsverein Koschatbund vom 5.3.53, der in München eine Kärntner Veranstaltung durchführen wollte. Ausserdem dazu Schreiben des Koschatbundes vom 16.3.53.
- ⁴²³ B.u.R. 2138, Schreiben Waeldes an Held und v. Miller vom 17.12.51.
- ⁴²⁴ B.u.R. 2120, Rundschreiben des Deutschen Städtetags vom 21.2.51, S. 3, §V/3.
- ⁴²⁵ Ebd., S.5, §XII.
- ⁴²⁶ Dazu HAH 402, z.B. der Briefwechsel um die Aufführung der Bach'schen h-Moll-Messe in München 1948 und um Konzerte der Jahre 1950 und 1952. Ausserdem das Manuskript einer Sendung im Bayerischen Rundfunk mit dem Titel «Die Bamberger Symphoniker», die in der Reihe «Arbeit schafft Heimat» am 23.6.54 ausgestrahlt wurde. Weitere Konkurrenz entstand zwischen den Orchestern im Zusammenhang mit der Kulturhilfe des Bayerischen Rundfunks und bei der Arbeit der beiden Orchester für den Rundfunk. Dazu B.u.R. 1772, die Verhandlungen um die Kulturhilfe und die anderen Verhandlungen mit dem Rundfunk, die sich vor allem in HAH 391/1-2 befinden; ausserdem dazu s.o. das Kapitel «Der Rundfunk».
- ⁴²⁷ HAH 402, Vormerkung Scharnagls vom 17.10.48 für H.L. Held.
- ⁴²⁸ Ebd., Vormerkung Helds für Scharnagl vom 20.10.48.
- ⁴²⁹ Ebd., Schreiben Scharnagls an Generalmusikdirektor Solti von der Bayerischen Staatsoper vom 31.10.48. Scharnagl gab den Grund dafür im nächsten Satz an: «Diese Forderung muss ich auch unter allen Umständen festhalten, sowohl der Tradition wegen, wie auch aus Gründen des Haushalts.»
- ⁴³⁰ B.u.R. 2137, Anfrage der Konzertdirektion «Concerto» Winderstein bei der Stadt vom 14.6.50; es muss allerdings hinzugefügt werden, dass das Concertogebow-Orchester sich auch bei der Stadt um eine Ausfall-Bürgschaft in der Höhe von ca. 7'000-8'000,- DM bemühte. Dazu Stellungnahme Riegers vom 22.6.50, B.u.R. 2137. Held schloss sich am 23.6.50 Riegers Stellungnahme an und meinte auch seinerseits: «Wir haben wirklich kein Interesse für fremde Konzertgeber hohe Ausfallgebühren vorzusehen» (ebd.).
- ⁴³¹ B.u.R. 2137, Vormerkung Riegers vom 22.6.50.
- ⁴³² B.u.R. 2137, Schreiben v. Millers an die «Gesellschaft junger Künstler» vom 4.8.51 als Antwort auf das Schreiben der Gesellschaft vom 30.7.51.
- ⁴³³ HAH 407, Befürwortung Helds vom 11.6.47 für ein Konzert der Berliner Philharmoniker am 12. und 13.7.47.
- ⁴³⁴ B.u.R. 2137, Brief von Millers vom 4.8.51 an die «Gesellschaft junger Künstler» in Zürich.
- ⁴³⁵ B.u.R. 2147; das Münchner Kammerorchester wurde im November 1950 auf Initiative des erst 23jährigen Dirigenten und Musikhochschulabsolventen Christoph Stepp gegründet und umfasste damals 20 junge Künstler. Seit Januar 1951 probten sie, im Mai 1951 folgte der erste Auftritt im Rahmen der «Tegernseer Schlosskonzerte». Am 28.7.51 trat das Orchester zum ersten Mal in München auf. Alles in: Schreiben Christoph Stepp vom 19.6.51. Ausserdem dazu *Danler*, Musik in München, S. 127. Demnach leitete Christoph Stepp das Orchester bis 1956 und übergab es dann an Hans Stadlmair. Die Hauptakzente des Orchesterprogramms liegen «auf der Pflege barocker und vor- oder frühklassischer Werke und auf dem Einsatz für die moderne Kammermusikliteratur», wie Danler schreibt. Ausserdem HAH 404: es existierte bis Ende der vierziger Jahre auch ein «Süddeutsches Kammerorchester», das vom BRK getragen wurde. Nach der Währungsreform hörte diese Unterstützung auf und das Orchester ging ein. Das «Münchner Kammerorchester» hatte damit nichts zu tun, obgleich das «Süddeutsche Kammerorchester» offensichtlich auch unter dem Namen «Münchner Kammerorchester» aufgetreten war.
- ⁴³⁶ HAH 405, Schreiben Hermann Frauschers an H.L. Held vom 10. Januar 1950. Der «Kammerkonzerttrupp e.V.» war Ende 1949 gegründet worden und zwar mit dem Programm, die Eintrittspreise zu senken und damit die Jugend zu den Konzerten und Liederabenden heranzuziehen um «die drohende Gefahr einer einseitigen Betätigung im Sport und in der Technik abzuwenden». Vor allem den guten Kontakten seiner Leiter, Hans und Franziska Messmer, hatte es dieses Or-

- chester zu verdanken, dass ihm ab 1952 ein städtischer Zuschuss von jährlich 500,- DM gewährt wurde (Haushaltssatzungen der Stadt München 1952-1956).
- ⁴³⁷ *Danler*, Musik in München, S. 127; Kurt Graunke, der am 20.9.1915 in Stettin geboren wurde und seine Laufbahn als Violinvirtuose begann, trat das erste Mal am 25.9.1945 in einer Wohltätigkeitsveranstaltung des Roten Kreuzes im Prinzregententheater vor die Öffentlichkeit. Seit dieser Zeit stand er an der Spitze seines Orchesters, das ebenso Operetten-Querschnitte, wie Symphonien oder Opern spielte.
- ⁴³⁸ Ebd., S. 145; der Orchesterverein «Wilde Gungl», der bereits 1864 gegründet worden war und in dem auch Richard Strauss gespielt hatte, fing erst im Oktober 1947 wieder an zu üben und trat im Dezember 1949 erstmals nach dem 2. Weltkrieg an die Öffentlichkeit. Städtische Förderung erhielt er nicht.
- ⁴³⁹ HAH 406 und B.u.R. 2139; hierbei handelte es sich vor allem um die «Festkapelle München», den «Festspielmannszug München», das «Kriegsversehrtenorchester des VdK» (Verband der Kriegsversehrten) und um einige private Vereinigungen.
- ⁴⁴⁰ Dazu z.B. HAH 370, Schreiben an die Berliner Philharmoniker vom 6.3.52, in dem sich die Münchner Philharmoniker über das Preisgebaren des Rundfunkorchesters beschwerten; Jochum konnte mit 36 Mann in Italien für das Konzert mit 250'000 Lire zufrieden sein; daher wollten die Italiener dem Stuttgarter Kammerorchester für 17 Mann pro Konzert nur 150'000 Lire bezahlen, obwohl dies die Unkosten in keiner Weise deckte.
- ⁴⁴¹ HAH 389, Besprechung beim Rundfunk vom 7.2.50; hier wird dies erwähnt.
- ⁴⁴² Z.B. HAH 261, Brief Helds an den Dortmunder Stadtrat Ewald Gröshop vom 2.8.51, in dem er sich für Kurt Graunke einsetzte. Graunke dankte Held dafür sehr herzlich am 12.8.51. Ausserdem HAH 405, die Unterstützung Helds für den «Kammerkonzert-Ring».
- ⁴⁴³ HAH 405, Brief des «Kammerkonzert-Rings» an Held vom 2.10.51. In diesem Brief erwähnen die Leiter des Vereins, dass das Kultusministerium ihnen im Jahr 1950 einen «kleinen Aufbaubeitrag als einmalige Aufbauhilfe» gewährt habe.
- ⁴⁴⁴ HAH 389, Besprechung beim Bayerischen Rundfunk vom 7.2.50, S. 4.
- ⁴⁴⁵ Ebd.
- ⁴⁴⁶ *Danler*, Musik in München, S. 127; ausserdem B.u.R. 2147, Schreiben von Carl Gabler an Oberbürgermeister Wimmer vom 20.4.54. Gabler wies daraufhin, dass dem Orchester überall, wo es «im In- und Ausland konzertierte» «herzlicher Beifall und hohe Anerkennung bei Publikum und Presse» zuteil wurde.
- ⁴⁴⁷ B.u.R. 2147, Bericht Stepps vom 19.6.51. Dazu auch B.u.R. 2120, Rundschreiben des Deutschen Städtetages vom 21.2.51, § 111.
- ⁴⁴⁸ Ebd.
- ⁴⁴⁹ B.u.R. 2147, Vormerkung von Millers für Held vom 23.7.51.
- ⁴⁵⁰ Ebd.; von Miller schlug vor, das Orchester vielleicht doch einmal einzusetzen. «Allerdings dürfte als Veranstalterin nicht die Stadt in Frage kommen...»
- ⁴⁵¹ B.u.R. 2147, Brief von Millers an Hausenstein vom 19.5.54.
- ⁴⁵² Der Gedanke der «Musikstadt München» geisterte bereits durch die «Kulturstadt-Debatte» der zwanziger Jahre. Dazu der Vortrag von *Walter Courvoisier*, veröffentlicht in dem von *Thomas Mann* herausgegebenen Bändchen «Kampf um München als Kulturzentrum». Als schmückendes Beiwort verwendet auch *Danler* den Begriff der «Musikmetropole München» (Musik in München, S. 9), bzw. der «Musikstadt München» (ebd. S. 12).
- ⁴⁵³ Dazu *Wulf*, Musik im Dritten Reich. Vor allem aufschlussreich ist darin das Kapitel «Arteigene Kunst», S.206ff., besonders die Dokumente zu den Themen Blasmusik (S.237ff.) und «Volkstümliche Musik» (S. 253 ff.): «Man hat erkannt, welches Volkskulturgut gerade in dieser Musik enthalten ist, wie gerade diese Musik zu den Herzen und der Masse des Volkes spricht. In ihr liegt deutsches Wesen, Kraft und Stärke. Zur Militärmusik kommen unsere jungen Musiker und verlassen sie, zu tüchtigen Musikern herangebildet...» (nach: Handbuch der gesamten Musikpraxis, hg. von Dr. Joseph Müller-Blattau, Potsdam 1938, Bd.4, S. 268; Artikel von Hermann Schmidt), *Wulf*S. 237. Ausserdem ebd., S. 238 (nach Wolfgang Stumme, Wie steht die Jugend zur Blasmusik; in: Völkische Musikerziehung, 1937, S. 218-223): «Staatliche Förderung hat dieses Kunstgebiet bisher kaum erfahren... So gilt es heute, eine Aufgabe anzupacken, die die Ju-

- gend gern übernehmen will...: einen Neuaufbau der deutschen Blasmusik. ...»
- ⁴⁵⁴ HAH 406, Vormerkung Roggers vom 14.12.51. Die Diskussionen um den Verein «Festkapelle München» und den «Münchner Festspielmannszug» zeigen, dass allen Vertretern der Stadt von Anfang an klar war, dass es sich hierbei um eine Angelegenheit nazistischen Charakters handelte. Dazu auch B.u.R. 2139, Vormerkung Stadtrat Wiegeles vom 16.5.50, in der deutlich wird, dass einer der daran beteiligten Kapellmeister sogar «der Kapellmeister des früheren uniformierten NS-Gauorchesters» gewesen war; dazu auch HAH 406, Protokoll der Vollversammlung des Vereins «Festkapelle München» vom 4.3.52: die Musiker hatten sich die vorangehenden Jahre durch Auftritte z.B. in der Schwemme des Hofbräuhauses über Wasser gehalten. Erst Ende 1951 traten sie mit ihren Anliegen wieder an die Öffentlichkeit. Immerhin erschienen bei der Gründungsversammlung der «Festkapelle München» laut Bericht am 22.1.52 (HAH 406) 56 Herren. Als Ziel des Vereins wurde genannt, München zu einer «passenden und jederzeit einsatzfähigen» Kapelle zu verhelfen.
- ⁴⁵⁵ HAH 406, Vormerkung Roggers vom 14.12.51. Dieser ehrenwerte Standpunkt zeigt, dass der Geist des Militarismus in der Stadtverwaltung durchaus nicht verbreitet war. Auch der Antrag der Bayernpartei von 1951, die Standkonzerte im Prunkhof des Rathauses wiedereinzuführen (B.u.R. 2139, Antrag vom 12.2.51) wurde von Stadtrat Wiegele zwar im Interesse des Fremdenverkehrs begrüsst, die Verwendung ehemaliger NS-Musiker dafür jedoch abgelehnt (ebd., Schreiben vom 16.5.50). Ausserdem dazu HAH 649, Brief des «Bund deutscher Volksmusikfreunde», die sich ihrerseits zur Abhaltung von Standkonzerten bereit erklärten (17.4.51) und Artikel im Münchner Stadtanzeiger Nr. 15 vom 13.4.1951, «Warum keine Standkonzerte», der sich mit dem erwähnten Antrag der Bayernpartei beschäftigte.
- ⁴⁵⁶ HAH 646, Brief des Bayerischen Fachverbands für Volksmusik vom 17.3.49 an Prof. Held. In diesem Schreiben gab der Verband an, er habe «... sich die Aufgabe gestellt, die bayerische Volksmusik aus dem Tiefstand, in den sie durch die einstigen Nazimethoden gedrückt wurde, wieder zu heben». Der Verband gab am 27.3.49 sein erstes grosses Werbekonzert; Besprechungen mit Held folgten. 1950 übernahm Held dann das Protektorat über den Verband. Dazu ebd., «Bericht über die Entwicklung des Bundes Deutscher Volksmusikfreunde im II. Vierteljahr 1950».
- ⁴⁵⁷ Ebd.
- ⁴⁵⁸ HAH 646, Schreiben Helds an Prugger vom 12.12.50.
- ⁴⁵⁹ HAH 646, Gutachten Helds vom 12.12.50.
- ⁴⁶⁰ *Wulf*, Musik im Dritten Reich, S.237f. und 254.
- ⁴⁶¹ HAH 646, Bericht über die Entwicklung des Landesverbandes Bayern im BDV von 1950, gefertigt von dem 1. Vorsitzenden Prof. Max Böhm. Böhm betonte auch, Bayern sei hier weit zurück gegenüber Baden und Württemberg, die bereits seit 1900 ihre Volksmusikorganisationen gehabt hätten, auf die man nun nur zurückgreifen müsse.
- ⁴⁶² HAH 646, Ablehnung Roggers vom 19.6.50, Mieterlass oder Ermässigung für den Verband zu genehmigen. Ausserdem Schreiben v. Millers vom 17.5.51; möglicherweise hing das auch damit zusammen, dass hier der Rundfunk bereits fördernd eingriff. Dazu *H. Schmid*, Musik; in: *Spindler* IV/2 S. 1278.
- ⁴⁶³ HAH 406/1; Brief Helds vom 14.1.53 an den Leiter des Kreises, Harald Geitner.
- ⁴⁶⁴ HAH 652/2; diese Vereinigung gab ab 1947 in Solln Privatkonzerte.
- ⁴⁶⁵ HAH 659; der Richard-Wagner Verband war 1909 gegründet worden und hatte die Aufgabe, die «Richard-Wagner-Stiftung Bayreuth» «laufend mit Geldmitteln zu versehen, um unbemittelten, aber würdigen jungen und auch älteren Menschen den Besuch der Festspiele in Bayreuth zu Studienzwecken zu ermöglichen. Zugleich ist es die Aufgabe jedes Ortsverbandes, eine kulturelle Pflegestätte im Sinne des Meisters zu bilden und durch künstlerische Veranstaltungen und Vorträge das Kulturgut und wahre Bild des Meisters zu vermitteln.» Dazu Schreiben des Verbandes vom 12.1.52. Dem Verband war es «den Zeitumständen entsprechend ... seit April 1945 nicht mehr möglich, seine Mitglieder zu einem Zusammenkommen aufzufordern» (Aufruf des Verbandes) – er war verboten. Er suchte dann am 12.6.1952 bei der Stadt wieder um Unterstützung nach.

- ⁴⁶⁶ HAH 656; diese Gesellschaft wurde am 19.3.49 gegründet; um «seinen Namen und sein Werk wach und lebendig» zu erhalten. Dazu Mitteilungsblatt Nr. 1 vom März 1950.
- ⁴⁶⁷ HAH 657; eine erste «Hans-Pfitzer-Gesellschaft» war am 22.6.1918 gegründet worden und während des Dritten Reiches erloschen. Im Sommer 1950 wurde ihre Neugründung beschlossen. Im vorbereitenden Gründungsgremium befanden sich H.L. Held, Josef Haas, Staatssekretär Sattler, Eugen Jochum, Fritz Rieger, Carl Orff und andere. Die Stadt entrichtete an sie einen jährlichen Mitgliedsbeitrag von 50,- DM. Dazu Haushaltssatzungen der Stadt München 1951ff.
- ⁴⁶⁸ HAH 658. Die Richard-Strauss-Gesellschaft hatte ihren Hauptsitz in Berlin. Ihr Münchner Arbeitskreis wurde von dem im Bayerischen Rundfunk tätigen Kurt Wilhelm geleitet.
- ⁴⁶⁹ HAH 657, Schreiben Dr. Otts von der Städtischen Musikbibliothek an Held vom 8.5.51, in dem Ott einen Bericht über die Generalversammlung der Hans Pfitzer-Gesellschaft vom 5.5.51 gibt.
- ⁴⁷⁰ Ebd. Von Heger wurden hier die Bruckner-Gesellschaft, die Rudolf-Alexander-Schröder-Gesellschaft, der Münchner Bach-Verein und der Verband Münchner Tonkünstler genannt. Für den Bach-Verein und die Rudolf-Alexander-Schröder-Gesellschaft konnte Ott daraufhin ausführen, «dass solche Pläne von Prof. Held bereits erwogen und einer Verwirklichung zugeführt werden».
- ⁴⁷¹ HAH 650. 1934 wurde der Münchner Tonkünstlerverein aufgelöst; am 30.3.46 fand die Neugründung im kleinen Sitzungssaal des Rathauses statt. 1. Vorsitzender wurde Hans Rosbaud, 2. Vorsitzender Prof. Heinrich Knappe (München-Chronik S. 152); das Ehrenpräsidium übernahm Josef Haas, der Präsident der Hochschule für Musik.
- ⁴⁷² HAH 650, «Vom Verband Münchner Tonkünstler» (1951). Wie sich diese Hilfen verteilten, geht aus HAH 650, Bericht einer ordentlichen Mitgliederversammlung des Vereins vom 9.8.51, hervor, der einen Rechenschaftsbericht über das Konzertjahr 1950/51 enthält: «Zur Durchführung des allgemeinen Programms wurden vom Kultusministerium ein Betrag von 1'500,- DM bereitgestellt, für die Woche neuer Chormusik seitens des Rundfunks 5'000,- DM gegen Übertragungen, vom Rundfunkrat (Kulturhilfe; Anm.d.Verf.) 2'700,- DM, von der Stadt München 1'800,- DM». Ausserdem HAH 650, Beschluss des Kulturausschusses vom 22.9.50: Der Verband hatte demnach 1949 Unterstützungen in Höhe von 1'000,- DM erhalten.
- ⁴⁷³ HAH 650, Selbstdarstellung des Verbandes von 1951, die Bürgermeister von Miller Direktor Ackermann vom Städtischen Informationsdienst zur Veröffentlichung im Münchner Stadtanzeiger zukommen liess. Dazu Schreiben von Millers vom 9.2.52. Auch als Ehrenmitglieder konnte der Verband auf gute Namen verweisen: Richard Strauss, Bruno Walter, Hans Ludwig Held, Monsignore Prof. Ludwig Berberich, Prof. Joseph Pembaur, Oberbürgermeister a.D. Scharnagl, und andere.
- ⁴⁷⁴ HAH 650, Protokoll der Mitgliederversammlung des Verbandes Münchner Tonkünstler e.V. vom 14.7.51; demnach kamen in diesen Veranstaltungen 94 Werke zur Aufführung, darunter 10 Uraufführungen, 12 Werke von Münchner Komponisten und 13 von 20jährigen Komponisten. Dieses «Studio für neue Musik» erhielt ab 1952 auch von der Stadt jährliche Unterstützungen in Höhe von 2'500,- DM; bereits 1950 hatte es einen Betrag von 1'800,- DM bekommen. Dazu Haushaltssatzungen der Stadt München 1950-1956. Das Anliegen dieses Studios bestand darin «Neue Kompositionen, erster Qualität, junge Talente, die erstrangig sein müssen, bedeutende auswärtige Künstler, deren Auftreten in München wünschenswert erscheint, Vorführungen neuartiger Instrumente, seltene ältere Musik» und Ähnliches zur Aufführung zu bringen. Dazu Brief des Verbandes an Held vom 16.8.47, in dem dieses Projekt beschrieben ist. Das «Studio für neue Musik» hielt seine Veranstaltungen im Amerikahaus München ab (Selbstdarstellung 1952).
- ⁴⁷⁵ HAH 650, Protokoll der Mitgliederversammlung des Verbandes vom 14.7.51. Der Hausmusikring unter der Leitung von Dr. Anton Würz war dem Tonkünstlerverband angeschlossen. Er umfasste im beschriebenen Haushaltsjahr 7 Zirkel (in der Bayerischen Versicherungskammer, dem Münchner Kunstverein, und bei Privatpersonen). Zu den genannten 49 Aufführungen kommen drei dieser Zirkel noch hinzu, nur vier wurden direkt vom Leiter des Hausmusikringes be-

- treut. In diesen vieren wirkten 99 Künstler mit.
- ⁴⁷⁶ Ebd. Diese Schülerkonzerte sollten vor allem der Präsentation von Musikschülern der in dem Verband organisierten Privatlehrer dienen.
- ⁴⁷⁷ HAH 650, Mitgliederversammlung vom 14.7.51; in dieser Reihe kamen im Rechnungsjahr 1950/51 z.B. Komponisten zu Gehör wie Josef Haas, Marc Lothar, Gustav Geierhaas, Alfred von Beckerath, Oscar von Pander, Hans Posegga u.a. Die Veranstaltungen dieser Konzertsreihe sollten dazu dienen, «Komponisten des Münchner Kreises» die öffentliche Präsentation ihrer Werke zu ermöglichen. Dazu auch Selbstdarstellung des Verbandes von 1952.
- ⁴⁷⁸ HAH 650, Verband Münchner Tonkünstler, «Mitteilungen an unsere Mitglieder» vom 21.9.50. Das Anfangskonzert brachte Werke von Josef Haas, August Schmid-Lindner und Gustav Geierhaas.
- ⁴⁷⁹ HAH 650, Protokoll der Mitgliederversammlung vom 1.7.53; demnach hatte der Stadtrat definitiv beschlossen, nur lebende Münchner Komponisten in dieser Reihe vorzustellen.
- ⁴⁸⁰ HAH 650, Mitteilungen vom 21.9.50; ausserdem Mitteilungen von 28.6.51 und HAH 270, Kulturbericht der Stadtverwaltung von 1951.
- ⁴⁸¹ HAH 650, Mitteilungen vom 24.6.1950.
- ⁴⁸² HAH 650, Schreiben des Verbands Münchner Tonkünstler an Held vom 29.4.48 und Antwort Helds vom 3.5.48, in der Held versichert, er übernehme gerne die gewünschte Bürgerschaft. Das beweist auch die Sonderrolle des Verbandes, bedenkt man, wie vorsichtig die Stadt sonst bei der Übernahme von Bürgerschaften oder Protektoraten war, die ihr angetragen wurden.
- ⁴⁸³ HAH 650, Generalversammlung des Verbandes vom 3.7.48; ausserdem die Berichte über die ordentlichen Mitgliederversammlungen vom 14.7.51; dem 28.6.52 und dem 1.7.53.
- ⁴⁸⁴ Ebd. Rosbaud war 1948 wegen seiner Übersiedelung nach Baden-Baden zurückgetreten, Heinrich Knappe wegen Arbeitsüberlastung. Wolfgang Jakobi war bereits seit 1946 im Vorstand des Vereins tätig. Vgl. auch *Danler*, Musik in München, S. 115.
- ⁴⁸⁵ HAH 650, Mitgliederversammlung vom 14.7.51.
- ⁴⁸⁶ HAH 650, Mitteilungen vom 24.6.50. Die Verteiler waren hier das US-Landeskommissariat für Bayern, das Amerikahaus und gelegentlich auch der Bayerische Rundfunk.
- ⁴⁸⁷ HAH 650, Mitteilungen vom 21.9.50. Ausserdem HAH 383, Beschluss des Kulturausschusses vom 9.12.49.
- ⁴⁸⁸ HAH 650, Mitteilungen z.B. vom 21.9.51.
- ⁴⁸⁹ Mit 1'000,- bis 2'000,- DM Jahreszuschuss für den Tonkünstlerverband und weiteren 2'500,- DM für das Studio für Neue Musik beteiligte sich die Stadt zwar an den Veranstaltungen, kann aber nicht als führend bezeichnet werden. Im Jahr 1952/53 betrugen die Gesamtzuschüsse von öffentlicher und privater Seite 19'000,- DM, 1951/52 sogar 30'500,-. Dazu HAH 650, Ordentliche Mitgliederversammlung des Verbands vom 20.6.53.
- ⁴⁹⁰ HAH 650, Beschluss des Kulturausschusses vom 22.9.1950.
- ⁴⁹¹ HAH 650, Selbstdarstellung von 1952.
- ⁴⁹² HAH 261, Schreiben einer Sopranistin vom 25.6.1950, die in einigen Rathauskonzerten (30.4.49 und 1.4.50) gesungen hatte und Schreiben von H. L. Held vom 27.6.1950. Ausserdem HAH 398, Schreiben des Kapellmeisters Curt Kretschmar vom 21.3.49, der bei der Gesangsmeisterin Dornberger, die ebenfalls im Tonkünstlerverband mitarbeitete, aufgetreten war.
- ⁴⁹³ HAH 398, Stellungnahme Dr. Zentners, des Schriftführers des Tonkünstlerverbandes zu der Bewerbung eines Dirigenten um Gastdirektion bei den Philharmonikern; Zentner lehnte den Bewerber wegen seiner NS-Vergangenheit und seiner mangelnden Qualität ab. Ausserdem HAH 381, Vormerkung Helds vom 2.4.52, einen Dirigenten und Komponisten betreffend, der sich ebenfalls um Einsatz bei den Philharmonikern beworben hatte.
- ⁴⁹⁴ Dazu z.B. HAH 398, Schreiben einer Altistin, die aus «rassischen Gründen» im Krieg nicht hatte auftreten können und die jetzt nicht mehr Fuss fassen konnte, u.a. auch, weil ihre früheren Freunde grösstenteils hatten emigrieren müssen. Ausserdem ebd., Schreiben eines Organisten und Dirigenten vom 26.3.49, den Furtwängler an Held empfohlen hatte. Dieser Mann war von seiner leitenden Stellung an der deutschen Musikhochschule in Prag abgesetzt und 14 Monate in Theresienstadt interniert worden. Als Flüchtling in Bayern konnte er dann wieder konzertieren. Ausserdem B.u.R. 2129, Schreiben eines nach Bamberg geflüchteten Sudetendeutschen, der die

die Stadt bittet, seinen noch in der CSR unter schlechtesten Bedingungen lebenden Schwager, der 1. Solobratschist an der Prager Deutschen Philharmonie gewesen war und nun bei Prag als Knecht auf dem Lande lebte, nach München zu berufen (Schreiben vom 5.12.45) und viele andere Gesuche mehr.

⁴⁹⁵ Dazu B.u.R. 2129, HAH 364 und 360.

⁴⁹⁶ HAH 380, Schreiben Helds vom 9.8.48.

⁴⁹⁷ Dazu z.B. auch HAH 261, Empfehlung Helds vom 27.3.51.

⁴⁹⁸ HAH 398, Schreiben Helds an Rieger vom 7.9.49.

⁴⁹⁹ HAH 370, Schreiben Waeldes an Held vom 31.3.49. Waelde erwähnt darin, dass täglich zwei bis drei Gesuche um Gastspiele bei ihm einträfen.

⁵⁰⁰ HAH 410 und 411.

⁵⁰¹ HAH 410, Vormerkung Scharnagls vom 26.4.47, Betreff: Hebung der Kultur. Demnach sollten die Hausmusikstunden so ablaufen, dass meistens erst ein Musikstück zum Vortrag kam, dann möglicherweise ein Kurzreferat über kulturelle Fragen, eine Dichterlesung und anschließende Diskussion. Die Hausstunden sollten alle 4-6 Wochen abgehalten werden und der Kreis der jeweils Teilnehmenden 60 Personen nicht überschreiten. «Bei der Bestimmung der Kreise der Gäste ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass einmal die für das öffentliche Leben verantwortlichen Personen, also Mitglieder des Stadtrates, von Regierungsstellen und von der Presse sowie von Gewerkschaften auf die Kulturaufgaben hingelenkt werden sollen und dass sie andererseits in persönlicher Vorbildung und in Gedankenaustausch mit den Trägern des Kulturlebens kommen sollen, also mit massgebenden Professoren der Hochschulen, Vertretern der höheren Schulen, des Verlagslebens und der Literatur.»

⁵⁰² HAH 411; hier traten z.B. auch Musiker auf, die bei der Stadt um Beschäftigung gebeten hatten (HAH 398). Dazu auch die Programme der Hausmusikstunden in HAH 410/411.

⁵⁰³ HAH 411, Vorspruch Helds zum ersten Hausmusikabend am 23.3.46.

⁵⁰⁴ HAH 411, Listen der stattgefundenen Hausmusikstunden von 1946, 1947 und 1948; 1946 fanden immerhin 13, 1947 19, 1948 etwa 10 Abende statt. 1947 wurden 3 Konzerte vom Verband Münchner Tonkünstler bestritten; aber auch die Kammermusikgruppierungen der Münchner Philharmoniker und der Staatsoper kamen zu Gehör, neben Einzelkünstlern wie Rosl Schmid (Pianistin) oder Herma Studeny (Violinistin).

⁵⁰⁵ HAH 410, 411 und B.u.R. 2140, Schreiben der Zu- und Absage; unter anderem auch eines von Ernst Wiechert, der bedauerte nicht kommen zu können, da er den Mühen der Bahnfahrt nicht gewachsen sei (Schreiben vom 29.10.46).

⁵⁰⁶ Ebd.; ausserdem HAH 653, Schreibendes «Kreis für alte Musik» an Held vom 11.1.49, in dem es sich um ein Konzert bei Bürgermeister von Miller handelt, offenbar eine «Geburtstagsmusik», die am 5.11.49 aufgeführt werden sollte. Dazu auch Schreiben Helds vom 29.10.49, ebd. Auch im Dezember 1951 führte von Miller ein Hauskonzert durch, das vom Fiedel-Trio bestritten wurde (HAH 653, Programm des Konzerts vom 15.12.51). Ausserdem erwähnt Alfons Ott in einem Schreiben an von Miller, in dem er auf einen Pianisten aufmerksam machte, dass dieser bereit sei «jederzeit bei einer der abendlichen Einladungen des Herrn Bürgermeisters als Pianist mitzuwirken». (HAH 398, Schreiben Otts vom 2.4.51).

Anmerkungen zum Kapitel: Die städtische Theaterarbeit

- ¹ «Leitsätze zur kommunalen Kulturarbeit» (Stuttgarter Richtlinien); vom 18./19.1.1952, Abschnitt IV. hg. vom Deutschen Städtetag.
- ² Ebd.
- ³ Zu den Stadtratsdiskussionen sind heranzuziehen die Sitzungsprotokolle in RP 719/10 bis 728/10.
- ⁴ Die Kriterien lauteten «gemeinnützig im Sinne der Kunstpflege» oder «der Volksbildung» (Steuerbefreiung), «künstlerisch hochstehend» (Ermässigung der Steuer auf 3%), «überwiegend künstlerisch (Ermässigung auf 5%)»; alle anderen hatten 10% Vergnügungssteuer zu entrichten. Dazu s.u. das Kapitel Vergnügungssteuer und *Andreas Fuchs*, die Vergnügungssteuer in Bayern, München 1958.
- ⁵ Besonders in den Jahren vor der Währungsreform, die auch der Blüte der kleinen Theater zugutekamen, wurden beträchtliche Umsätze erzielt. Dazu z.B. HAH 319, die Bitte um Ermässigung der Steuer des Münchner Lustspielhauses vom 24.4.48.
- ⁶ Es handelte sich dabei vor allem um die «Kleine Komödie» (HAH 315), das «Atelier-Theater» (HAH 316), das «Deutsche Theater» (HAH 317), das «Dramatische Theater» (HAH 318), das «Münchner Lustspielhaus» (HAH 319), das «Bürgertheater» (HAH 320 und 321), die «Fitz-Bühne» (HAH 322), das «Neue Haus» (HAH 323), um verschiedene Jugendtheater («Neues Theater der Jugend», «Theater der Jugend», «Junges Theater», HAH 324-326), um Studententheater (vor allem das Marionettentheater «Kleines Spiel», HAH 327), um verschiedene Marionetten- und Märchentheater (HAH 330-335), um die «Volksoper Pasing» bzw. ihren Vorgänger, das «Theater im Schloss Dachau» (HAH 314 und 337), um Spielgemeinschaften, Laienspiele, Mysterienspiele und katholisches Theater (HAH 336, 338, 339, 328).
- ⁷ Zu nennen sind hier die «Katakombe» (HAH 349), die «Schaubude» (HAH 350), und verschiedene andere Kleinkunstabühnen: «Annast», «Barberina», «Der bunte Würfel», «Kabarettiche», «Die kleine Freiheit», die «Künstlerkneipe Kathi Kobus», die «Münchner Lustspiel-Bühne», das «Platzl», «Der Regenbogen», die «Schwabinger Laterne», der «Simplizissimus», das «Wespennest», die «Künstlerklausen bei Kroll» (Bombonnière), «Die kleinen Fische», das «Ateliertheater Kulisse», die «Musenschaukel» (HAH 351 und 352).
- ⁸ HAH 311 und 312. Vor allem handelt es sich um Einladungen zu den Premieren oder um andere Ehrenkarten, um gemeinsame Aktionen im Rahmen des sozial-pädagogischen Kulturprogramms und um eine Vereinbarung über die Abonnement-Preise.
- ⁹ HAH 329; die «Uraufführungsbühne e.V.» war ein eingetragener Verein, der sich zum Ziel gesetzt hatte, «unbekannte Autoren, deren Aufführung an den grossen Bühnen aus naheliegenden wirtschaftlichen Gründen noch nicht vertreten werden kann, erstmals zur Diskussion zu stellen, jungen Dramatikern auf diese Weise den Weg in die Öffentlichkeit zu erleichtern und gleichzeitig dem deutschen Theater zu dienen, das ja seit Jahren unter dem Mangel an zeitgenössischer Bühnenliteratur leidet». Dazu Beschluss des Kulturausschusses vom 6.2.53, Vortrag des Referenten.
- ¹⁰ HAH 353 (Theatergemeinde) und HAH 354 (Kulturbund München, bzw. Volksbühne). Nach den Haushaltsplänen der Landeshauptstadt München erhielten diese Besucherorganisationen immerhin ab 1948 jährlich 60'000,- DM, davon jeweils 50'000,- DM für die Abgabe von ermässigten Eintrittskarten zu den Städtischen Bühnen und 10'000,- DM als reinen Werbezuschuss; dazu Haushaltssatzungen der Stadt München 1948 bis 1956.
- ¹¹ HAH 353, HAH 354; ausserdem die Diskussionen um Kartenangelegenheiten in B.u.R. 2119 und HAH 383.
- ¹² Durch ihre hohe Mitgliederzahl wurden die Besucherorganisationen ein nicht unbedeutender Faktor der städtischen Kulturpolitik: Leere Theater oder Konzertsäle konnte die Stadt sich nicht leisten. Allein die Theatergemeinde hatte jedoch bis zur Währungsreform ca. 5'000 Mitglieder, 1949 zwar nur noch 3'000, 1950 jedoch bereits ca. 10'000, 1953 18'000; so konnte man, wenn auch zu verbilligten Preisen, Theater und Konzertsäle füllen und gleichzeitig dem Auftrag der «Öffnung zum Volk» gerecht werden.

- ¹³ Zu den privaten Schauspielschulen zählten die «Deutsche Schauspielschule» Martin Hellbergs (HAH 346), die Schulen und «Studios» von Ruth von Zerboni, von Marietheres Gernot-Haendl, das Schauspielstudio des Prof. Gartschahoff und andere (HAH 347, 348). Vor allem jedoch die städtische Otto-Falckenberg-Schauspielschule sollte der Förderung des Bühnennachwuchses dienen; dazu B.u.R. 2066.
- ¹⁴ Die schwierige Ernährungslage, Wohnungsprobleme, Zuzugsmöglichkeiten, Gagenfragen und Pläne für Theaterneugründungen standen dabei neben inhaltlichen Fragen im Vordergrund (HAH 341, 356, 357, 550 und andere).
- ¹⁵ Haushaltssatzungen der Stadt München 1945 bis 1956: In den Jahren 1945-1947 wurden die angesetzten 2'000,- RM offensichtlich nicht verbraucht; auch nach der Währungsreform wurden nur sporadisch Summen ausgegeben (1948: 1'558,- RM/DM, 1949: –, 1950: 52,- DM, 1951: –, 1952: 1'000,-DM, 1953: –, der Ansatz betrug ab 1949 1'000,-DM).
- ¹⁶ Ebd.: 1947 wurde ein Zuschuss von 3'000,- RM, 1949 bis 1951 von 2'000,- DM, 1952 sogar 7'000,- DM gegeben. Der Ansatz der Jahre 1948 bis 1952 betrug 2'000,- RM/DM.
- ¹⁷ Ebd. Die Staatstheater-Förderung wurde bereits im Kapitel Musikförderung behandelt: Ab 1948 betrug der jährliche Zuschuss wiederum 600'000,- DM.
- ¹⁸ Dieses Marionettentheater war das einzige kleinere Theater, das umfangreich subventioniert wurde; es handelte sich dabei um eine Ergänzung der Städtischen Bühnen, die kein eigenes Marionettentheater unterhielten. 1945 bis 1948 findet sich ein Ansatz von 5'000,- RM (Rechnung 1945: 9'000,- RM, 1946: –, 1947 und 1948 je 5'000,- RM), der nach der Währungsreform jedoch auf 20'000,- DM in die Höhe schnellte (1949 setzte man noch 7'500,- DM an, die Rechnung zeigt jedoch bereits eine Summe von 12'500,- DM. 1950 wurde der Ansatz von nunmehr 20'000,- DM voll ausgeschöpft, 1951 sogar um 4'000,- DM überschritten. In den folgenden Jahren finden sich ebenfalls leichte Überschreitungen der angesetzten 20'000,- DM).
- ¹⁹ Ab 1950 wurde die Otto-Falckenberg-Schule in der Haushaltssatzung von den Städtischen Bühnen getrennt geführt. Die für sie aufgewendeten Zuschüsse betragen 1950 35'256,- DM, 1951 49'162,- DM, 1952 bereits 73'457,- DM. Die Stadt liess sich die Ausbildung des Bühnennachwuchses also durchaus etwas kosten.
- ²⁰ Die Kammerspiele im Schauspielhaus, zu denen bis 1948 das Volkstheater und bis 1950 die Städtische Schauspielschule gehörten, erzielten in den Jahren vor der Währungsreform grosse Überschüsse: 1946 waren es 371'595,- RM, 1947 74'917,- RM (hinzu kamen 11'000,- RM Überschuss des Volkstheaters). Ab 1948 mussten auch sie subventioniert werden, wobei sich – ähnlich den Münchner Philharmonikern – vor allem die Personalkosten bemerkbar machten: 1948 waren es 373'745,- RM/DM, 1949 567'763,- DM, 1950 484'749,- DM.
- ²¹ Das Volkstheater war bis 1948 ein Teil der Städtischen Bühnen, 1950 wurde es als «Volkstheater GmbH» von der Stadt noch unterstützt (108'730,- DM), dann jedoch aus Rentabilitätsgründen aufgegeben. 1951 findet sich zwar noch ein Mitgliedsbeitrag von 500,- DM zum «Verein Münchner Volkstheater e.V.», aber auch dieser verschwindet ab 1952.
- ²² Nur 1945 wurden die angesetzten 1'525,- RM (später RM 1'500,-) ausgeschöpft. Ab 1949 verschwindet dieser Ansatz aus dem Haushaltsplan. Zuschussgenehmigungen wurden meistens aus der Haushaltsstelle «Förderung des Schrifttums» gegeben.
- ²³ Dazu B.u.R. 2080-2085.
- ²⁴ Dazu s.o. das Kapitel Musikförderung.
- ²⁵ *Wolfgang Petzet*, *Kammerspiele*, S. 404.
- ²⁶ Dazu *Meier*, *Kammerspiele*, S. 49ff. und s.u. «Das Theater und die Finanzen». Ausserdem dazu B.u.R. 2094/2, Brief des Theateroffiziers van Loon an Oberbürgermeister Scharnagl vom 1.4.1946 und s.o. das Kapitel Musikförderung.
- ²⁷ S.u. das Kapitel «Das Theater und die Finanzen», den Konflikt zwischen Harry Buckwitz, dem Verwaltungsdirektor der Kammerspiele, und Stadtrat Bössl.
- ²⁸ *Meier*, *Kammerspiele*, S. 6.
- ²⁹ Das wichtigste Werk für die Geschichte der Kammerspiele dürfte *Petzet*, *Kammerspiele*, sein. Hier ist eine ebenso detaillierte wie umfassende Darstellung gegeben, da Petzet, langjähriger Mitarbeiter und Vertrauter Falckenbergs, grösstenteils aus eigenem Erleben und eigenen Materialien arbeitet. Als im engeren Sinne wissenschaftlich ist es jedoch nicht zu bezeichnen. Die-

sen Anspruch löst z.B. für die Zeit des Dritten Reiches eher ein: *Friedericke Euler*, Theater zwischen Anpassung und Widerstand, Die Münchner Kammerspiele im Dritten Reich, in: *Martin Broszat, Elke Fröhlich* (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. II, München, Wien 1979, S.91ff. oder für die ersten Nachkriegsjahre *Meier*, Kammerspiele. Die Arbeit von Meier beschränkt sich jedoch auf einen zu engen Zeitabschnitt; auch aus den umfänglich nacherzählten Theaterkritiken der Münchner Zeitungen (S. 77-160) werden keine brauchbaren Kriterien für die Rezeption von Theaterstücken gezogen. Die umfangreiche Verwendung von Interviews erscheint ebenfalls problematisch. Eine weitere Dissertation über die Kammerspiele entstand bereits 1953: *Konrad Falter*, Das literarische Gesicht der Münchner Kammerspiele, Phil. Diss. München 1953. Aufschlussreich auch *Werner Bergold* (Hrsg.), 50 Jahre Schauspielhaus, 25 Jahre Kammerspiele im Schauspielhaus, München 1951. Über die Theaterpolitik der Alliierten berichtet, wenn auch in sehr linkslastiger Form, *Wiegand Lange*, Theater in Deutschland nach 1945, Frankfurt a.M., Bern, Cirencester/U.K. 1980. Neben diesen Arbeiten gibt es noch eher allgemeine Darstellungen, z.B. von *Hans Daiber*, Deutsches Theater seit 1945, Stuttgart 1976, von *Volker D. Laturrell*, Theater und Jugend in München, eine Zusammenstellung aus 500 Jahren Münchner Theatergeschichte, München 1970 oder von Hans Ludwig Helds ehemaligem Sekretär, *Hans Wagner*, 200 Jahre Münchner Theaterchronik 1750-1950, München 1958.

³⁰ Hierzu vor allem *Petzet*, Kammerspiele.

³¹ Zu Otto Falckenberg vor allem ebd., S.77ff.; ausserdem *Wolfgang Petzet*, Otto Falckenberg. Mein Leben – mein Theater, München 1944 und *Friedericke Euler*, Der Regisseur und Schauspielpädagoge Otto Falckenberg, in: *Klaus Lazarowicz* (Hrsg.), Münchner Beiträge zur Theaterwissenschaft, München 1976; Falckenberg wurde am 5.10.1873 in Koblenz geboren und starb am 25.12.47 in München. Er kam spät zum Theater, da er sich auf Wunsch seiner Mutter im väterlichen Geschäft versuchte und erst auf dem Umweg über eine Berliner Musikalienhandlung nach München kam. Hier fand er dann endgültig zum Theater.

³² *Petzet*, Kammerspiele, S. 148ff.; vor allem die Entdeckung Brechts, der kurzfristig auch Dramaturg der Kammerspiele wurde, fällt in diese Zeit. Sein Stück «Trommeln in der Nacht» wurde hier 1922 uraufgeführt.

³³ *Petzet*, Kammerspiele, S. 145; vor allem 1926 und 1932 drohte der Ruin, der 1932 durch die zwei Jahre vorher erfolgte Fusion mit dem Volkstheater verursacht worden war. In beiden Fällen sprang die Stadt ein.

³⁴ *Meier*, Kammerspiele, S. 6.

³⁵ Stadtarchiv München, RP 719/8, S. 99, Sitzung des Finanzausschusses vom 11.10.46. Hier wurden die Zuwendungen aus «Mitteln des Oberbürgermeisters Fiehler» während des Dritten Reiches untersucht. Dieser etwa 300'000,- RM umfassende Fonds unterstand der persönlichen Weisung des Oberbürgermeisters, der damit grössere Summen, häufig auf Anordnung Hitlers, ohne Genehmigung des Stadtrats unmittelbar ausgeben konnte.

³⁶ Ebd.; die Zahlungen an Krohn-Waldeck erfolgten zwischen dem 23.3.1943 und dem 9.2.1945, Falckenberg erhielt sein Geld am 26.6.1940.

³⁷ Ebd.; die Zahlung an Falckenberg ist insofern weniger belastend als die an Krohn-Waldeck, weil es sich bei Falckenberg wirklich um die Beseitigung persönlicher Finanzprobleme handelte, nicht wie bei Krohn-Waldeck um die finanzielle Anerkennung politischer «Verdienste».

³⁸ Zu der Rolle der Kammerspiele im Dritten Reich vor allem *Euler*, Theater zwischen Anpassung und Widerstand, S. 91 ff. Das Ensemble der Kammerspiele erweiterte sich in diesen Jahren z.B. um Carl Wery, Axel von Ambesser, Horst Caspar, Friedrich Dornin, Heidemarie Hatheyer, Ferdinand Marian, Maria Nicklisch, Gundel Thormann und andere. Dazu auch *Petzet*, Kammerspiele, S. 328 ff.

³⁹ *Meier*, Kammerspiele, S. 19; der ehemalige Verwaltungsdirektor und stellvertretende Intendant Waldeck wurde von der amerikanischen Theaterkontrolle als Mitglied der NSDAP, der NSBO und der Reichstheaterkammer entlassen und auch Falckenberg durfte nicht weiterarbeiten. Zum kommissarischen Geschäftsführer ernannte man dann Hans Zimmermann, den technischen Oberleiter der Kammerspiele.

⁴⁰ Ebd., S.9f. Zuerst nahmen die Amerikaner das Theater als Kino in Anspruch, dann konnte mit

ihrer Hilfe für die Aufführung von Musicals und Revueen auch der beschädigte Bühnenboden repariert werden.

- ⁴¹ München-Chronik 1945-48, S. 90.
- ⁴² *Meier*, Kammerspiele, S. 19; zur Biographie Engels ebd., S. 191ff.: Engel wurde am 14.2.1891 in Hamburg geboren und erhielt dort nach Schauspielunterricht bei Leopold Jessner auch seine ersten Engagements. Nach seiner Tätigkeit in München und in Berlin unter Max Reinhardt zog er sich 1930 vorwiegend auf Filmtätigkeit zurück. 1945 wurde er Intendant der Kammerspiele, 1947 in Berlin Defa-Regisseur und Gastregisseur vor allem an Ostberliner Bühnen, seit 1957 im Bert Brecht-Ensemble. Engel starb am 10.5.1966.
- ⁴³ *Meier*, Kammerspiele, S.45ff. und s.u. das Kapitel «Das Theater und die Finanzen».
- ⁴⁴ Hans Schweikart wurde in Berlin am 1.10.1895 geboren und erhielt dort auch seine Schauspiel-ausbildung. Von 1923-29 spielte er an den Münchner Kammerspielen und war in den 30er und 40er Jahren dann hauptsächlich als Roman- und Filmautor tätig, zwischenzeitlich auch als Produktionschef der Bavaria-Filmkunst. Nach seiner Intendantenzeit an den Kammerspielen (1947-1963) lehrte er als Gastdozent an der Folkwang-Schule in Essen. Er starb am 1.12.1975 in München.
- ⁴⁵ Dazu HAH 292, Bericht Harry Buckwitz' vom 20.11.47; Buckwitz stellt darin einen Rückgang in der Besucherfrequenz von «95% im Jahr 1946 auf 80% im Herbst 1947» fest.
- ⁴⁶ HAH 288 und s.u. das Kapitel «Das Theater und die Finanzen».
- ⁴⁷ Zu den Aufführungen der Münchner Kammerspiele und deren Rezeption in der Presse finden sich gute Beispiele in der Zeitungsausschnittsammlung des Stadtarchivs München, ZA Münchner Kammerspiele.
- ⁴⁸ Für ausführliche Informationen über die Geschichte des Volkstheaters s.u.
- ⁴⁹ B.u.R. 2066, Sitzung des Hauptausschusses am 18.7.1946 und RP 719/10, Sitzung des Kultur-ausschusses vom 22.7.46 und des Stadtratsplenums am 23.7.46. Ausserdem zu der Gründung und den ersten Besprechungen *Meier*, Kammerspiele, S.42ff.
- ⁵⁰ Ebd.
- ⁵¹ Dies zeigt sich z.B. in der Hauptausschusssitzung vom 18.7.46, B.u.R. 2066, in der man vor allem die mangelnde finanzielle Basis dieser Neugründung beklagte.
- ⁵² München-Chronik, S. 344.
- ⁵³ Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1947 bis 1956, Einzelplan 3, Unterabschnitt 322 (bis 1949) bzw. Unterabschnitt 3221 (ab 1950).
- ⁵⁴ *Meier*, Kammerspiele, S.43 und München-Chronik, S. 199; demnach unterrichteten z.B. Inge Birkmann, Axel von Ambesser, Friedrich Dornin, Adolf Gondrell, Willem Holsboer, Maria Koppenhöfer, Maria Nicklisch, Wolfgang Petzet, Charles Regnier, Kurt Stieler und Pamela Wedekind.
- ⁵⁵ München-Chronik, S. 199; ausserdem B.u.R. 2066 und B.u.R. 2094/2.
- ⁵⁶ Möglicherweise beruhte dies darauf, dass man die Ausbildung selbst den Fachleuten überliess, die sich ihrerseits wichtige Positionen innerhalb der Schule aufbauen konnten. In diesem «rein künstlerischen Bereich» Einfluss geltend machen zu wollen hätte der Stadt daher wahrscheinlich heftige Kritik von Seiten der Theaterleute eingebracht.
- ⁵⁷ Goethes Gespräche mit Eckermann, Gespräch vom 1. Mai 1825. In: Goethes Gespräche mit Eckermann, hg. von *Franz Deibel*, Leipzig 1908, S. 226 ff.
- ⁵⁸ HAH 315, Schreiben Bürgermeister von Millers an den Kulturbeauftragten H.L. Held vom 2.8.51. Von Miller weist darin auf Diskussionen in den Tagungen des Deutschen Bühnenvereins hin, die das Verhältnis dieser beiden Theatergruppierungen zueinander betrafen. «Nicht mit Unrecht wurde seitens der Privat-Theatergruppe ... darauf hingewiesen, dass die Existenzbedingungen der Privattheater und der öffentlich-subventionierten Theater allmählich soweit auseinandergingen, dass der Ruin der Privat-Theater zu befürchten sei.»
- ⁵⁹ HAH 315, Brief Bürgermeister von Millers an Held vom 2.8.51.
- ⁶⁰ Neben den Zuschüssen zum städtischen Schulwesen, die ein Mehrfaches aller sonstigen Kultur-aufgaben ausmachen, beanspruchen sie den Löwenanteil der Ausgaben. Dazu *Rüdiger Robert Beer*, *Eberhard Laux*, die Gemeinde. Einführung in die Kommunalpolitik. München 1977, S.51, und *Beer*, Schwerpunkte kommunaler Kulturarbeit, S.58ff.

- ⁶¹ *Beer*, Schwerpunkte kommunaler Kulturarbeit, S. 59; Beispiele für die etwas fachblinde Auffassung, die Stadt solle nur brav ihre Zuschüsse geben, sich aber ansonsten aus dem Theater und seinem Betrieb möglichst fernhalten, finden sich in etlichen Stellungnahmen zum Theaterbetrieb. Sogar *Wolfgang Petzet* ist davon nicht frei, wenn er von «kameralistischer Sparwut» (S. 484) und von einem «stets latenten Konflikt zwischen dem notwendigerweise freien Disponieren des Intendanten ... mit den einzelnen Etatposten und den kameralistischen Denkschematismen einer städtischen und staatlichen Bürokratie» (S. 483) spricht. *Bettina Meier* übernimmt in ihrer Doktorarbeit diese Auffassung Petzets, obwohl auch sie zugeben muss, dass die Stadt ausser auf dem Papier, d.h. in der Vertragsabfassung mit dem Intendanten, nicht von ihren Eingriffsmöglichkeiten Gebrauch machte (S. 73).
- ⁶² Dazu z.B. HAH 314, Vortrag des Referenten von Miller im Kulturausschuss vom 21.5.49: Hier bat ein Privattheater den Stadtrat darum, ihm «den Betrag, den die Stadt pro Tag für ihre Städtischen Bühnen aufbringt, nämlich 3'000,- DM, als einen monatlichen Zuschuss zu leisten».
- ⁶³ Haushaltssatzungen der Stadt München 1945 bis 1951.
- ⁶⁴ HAH 303, Bericht Holzboers an Scharnagl, o.J., wahrscheinlich April/Mai 1948, mit Berichten zur Rentabilität und zum Spielplan des Volkstheaters. Hierin sind für die städtischen Bühnen Rücklagen in Höhe von ½ Million RM erwähnt. Zum Begriff des Repertoiretheaters: Das Repertoiretheater führt, im Gegensatz zum Ensuite-Theater, mehrere Stücke in abwechselnder Folge auf seinem Spielplan. Dies verlangt ein wesentlich grösseres fixes Ensemble, während im Ensuite-Theater die Schauspieler nur für die Laufzeit eines, eben des «ensuite» auf dem Theater gegebenen Stückes engagiert werden müssen. Vor allem die kleineren Theater spielen daher meist ensuite, während die Stadt- und Staats-Theater, die sich dem Bildungsauftrag stellen, mehrere Stücke auch des «klassischen» Theaters in ihrem Repertoire führen. Dazu *Beer*, Schwerpunkte kommunaler Kulturarbeit, S.61ff.
- ⁶⁵ HAH 287, Vortrag Hans Schweikarts vor dem Kulturausschuss, o.J.
- ⁶⁶ Ebd.
- ⁶⁷ HAH 287, Rede Hans Schweikarts vor dem Kulturausschuss, o.J.
- ⁶⁸ Dazu besonders HAH 288. In dem schwierigen Jahr 1949 entwickelte sich vor allem ein Streit zwischen Stadtrat Bössl von der SPD-Fraktion und dem technischen Direktor der Kammerspiele und des Volkstheaters, Harry Buckwitz. Dieser Konflikt nahm erschreckende Ausmasse an: Bössl forderte, Buckwitz sei zu entlassen «wegen Beleidigung des Stadtrates, versuchter Erpressung des Oberbürgermeisters und wegen Nichteignung als Leiter der Verwaltungsgeschäfte dieser Bühnen» (Antrag Nr. 183 vom 1.3.1949). In seiner Antragsbegründung konkretisiert Bössl seine Beschuldigungen; demnach waren die Kammerspiele nach dem von ihnen selbst aufgestellten Haushaltsplan und nicht nach dem vom Finanzausschuss gebilligten vorgegangen. Buckwitz «entschuldigte diese Tatsache damit, dass die Städtischen Bühnen von den Beschlüssen des Finanzausschusses und des Gesamtstadtrates verspätet unterrichtet wurden und inzwischen bei Abschluss der Verträge (Engagements von Schauspielern usw.) Bindungen eingegangen sind, die keine Bewegungsfreiheit mehr zulassen» (S. 3 des Antrags).
- ⁶⁹ Neben Bössl (SPD) trat auch Otto Gritschneider (CSU) mit einem ähnlichen Antrag vor den Stadtrat: Alle für die Städtischen Bühnen und die Philharmoniker Zuständigen seien wegen mangelhafter Geschäftsführung fristlos zu entlassen. B.u.R. 2130, Antrag vom 20.11.49.
- ⁷⁰ Zur Kritik daran vor allem *Petzet*, Kammerspiele, S.483f. und *Meier*, Kammerspiele, S.68ff.
- ⁷¹ *Beer*, Schwerpunkte kommunaler Kulturarbeit, S. 58 f.: «Das Theater hat zwar weitere Schichten gewonnen, doch gewiss nicht in dem Umfang, wie man sich das am Jahrhundertbeginn erträumt hat (das gilt für alle anderen Kultureinrichtungen, im besonderen die volksbildenden, auch). Es bleibt eine Veranstaltung für die Minderheit... So wird immer wieder die Frage gestellt, ob es gerechtfertigt sei, für eine Minderheit einen so hohen Anteil des im allgemeinen knappen Kulturetats aufzuwenden...»
- ⁷² HAH 287, Vertrag mit Schweikart vom 16.7.47, §6. Ausserdem *Meier*, Kammerspiele, S. 68 ff.
- ⁷³ Zu dem ganzen Fall HAH 288.
- ⁷⁴ *Petzet*, Kammerspiele, S. 483, Feilers Artikel im Münchner Merkur vom 19.1.1951. Auch an anderer Stelle greift Feiler das Vorgehen der Stadt an: «Das Feilschen um die Zuschüsse ist ein

ärgerliches Schauspiel, das uns der Stadtrat jährlich bietet... Mit der Zeit gewöhnt man sich allerdings daran, dieses banausische Hin und Her und die dabei ins Feld geführten, meist heillosen Argumente nicht mehr ganz ernst zu nehmen ... einem bitteren Impuls folgend, sagte Harry Buckwitz ..., als er die Kammerspiele verliess, und als Generalintendant nach Frankfurt übersiedelte: ‚Ich habe die Lust an München nur deshalb verloren, weil die Auseinandersetzungen mit dem Stadtrat des niedrigen Etats wegen so unfreundlich waren.‘ Und einem Gebot der praktischen Vernunft folgend, sagte unser Bürgermeister Dr. Walther von Miller: ‚Von einem bestimmten Punkt an müssen Sparmassnahmen zur Qualitätsminderung führen‘» (Feiler im Münchner Merkur vom 18.2.53).

- ⁷⁵ HAH 395, Bericht über die Lage der Bühnengehörigen der Stadt Berlin vom 24.9.1946 und Bericht Horst Caspars vom Mai 1947.
- ⁷⁶ HAH 295, Ernährungsdaten für Bremen sowie HAH 296, Vergleich der Gagen Münchens zu Berlin; ausserdem HAH 291, Aktennotiz des Assessors Przemek vom 11.9.1946, in der Przemek darauf hinweist, dass der Direktor des Hamburger Schauspielhauses Engel mit finanziellen Verbesserungen für Hamburg abwerben wollte und dass die Staatlichen Bühnen Berlin Engel ebenfalls eine Jahresgage von 70'000,- RM und die Zusicherung von jährlich drei Defa-Filmen à RM 20'000,- angeboten hätten.
- ⁷⁷ Dazu z.B. *Bernhard Mewes*, Theater und Orchester 1945 bis 1947, in: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, hg. vom *Deutschen Städtetag*, 37. Jg. 1949, S. 186ff., hier vor allem S. 204 ff. Demnach machte München 1946 einen Überschuss von 700,- RM, 1947 sogar von 860,- RM pro Kopf der Bevölkerung; Hamburg hingegen setzte 1'030,- RM 1946 und 360,- RM 1947 pro Kopf der Bevölkerung zu, Frankfurt a.M. 1946 sogar 2'290,- RM, 1947 2'900,- RM pro Kopf.
- ⁷⁸ In seinem Artikel im Münchner Merkur vom 18.2.53 erwähnte Max Christian Feiler dabei vor allem Axel von Ambesser, Wilfried Seyferth, Ernst Wilhelmi und Hans Christian Blech, die die Kammerspiele aus diesen Gründen verlassen hätten. Maria Nicklisch, Maria Wimmer, Friedrich Dornin, Peter Lühr, Therese Giehse und Gertrud Kückelmann blieben jedoch-trotz besserer Angebote, denn sie fanden «hier die ihnen zusagenden Arbeitsbedingungen», wie Feiler schrieb.
- ⁷⁹ Dafür sorgte auch der Staat selbst; so wollte beispielsweise Staatssekretär Sattler nichts davon hören, zugunsten der gefährdeten Philharmoniker die Staatstheaterzuschüsse der Stadt zu verringern. Dazu HAH 390, Besprechung vom 3.2.50 bei Staatssekretär Sattler und B.u.R. 2192, Vormerkung Bürgermeister von Millers vom 7.11.50. Ausserdem dazu HAH 385, Verwaltung der Münchner Philharmoniker, Waelde, an Held vom 15.12.48 und 4.1.49. Waelde's Nachforschungen in der Bezuschussungsfrage hatten ergeben, dass der Staat der Stadt 1925 zugestanden hatte, ihre Staatstheaterzuschüsse zugunsten der Zuschüsse zum «Kaimorchester» zu reduzieren. Eine Aufgabe des Orchesters könnte, so befürchtete Waelde, eine erneute Erhöhung der Staatstheaterzuschüsse zur Folge haben. Eine generelle Absage an den Staat in dieser Frage zog dabei niemand in Betracht.
- ⁸⁰ B.u.R. 2097, Brief Scharnagls an das Kultusministerium vom 25.2.47.
- ⁸¹ HAH 311, Schreiben Scharnagls vom 2.12.1945.
- ⁸² HAH 311, Vertrag vom 14.5.1948 zwischen Staat und Stadt.
- ⁸³ HAH 311, Sitzung des Stadtratsplenums vom 6.6.1950.
- ⁸⁴ B.u.R. 2097, z.B. Schreiben Soltis an Scharnagl vom 7.11.48; ausserdem die Kulturausschusssitzungen vom 2.11.48 und vom 22.12.48. In den Sitzungen wurde die vorübergehende Sperrung beschlossen. Wilhelm Diess von den Staatstheatern fragte am 10.12.48 bei Scharnagl an, ob das Geld jetzt wieder komme, Scharnagl antwortete am 22.12.48, die von den Staatstheatern ergriffenen Massnahmen reichten der Stadt noch nicht aus.
- ⁸⁵ HAH 311, Schreiben Scharnagls an das Kultusministerium vom 27.7.47.
- ⁸⁶ Ebd. Die Stadt stellte sich wiederholt auf den Standpunkt, dass die «Situation seit Steigerung der Luftangriffe auf München und durch den Zusammenbruch nach Kriegsende einen vollkommenen Umschwung der Vertragsgrundlagen mit sich gebracht hat, weil während dieser Zeit Theatervorstellungen nur in verschwindend geringer Zahl stattgefunden haben». Ausserdem zog sich Scharnagl auf den Rechtsstandpunkt zurück, dass «der Stadt für das Jahr 1945 ein Haus-

- haltsvoranschlag niemals mitgeteilt wurde, so dass sie nicht in der Lage war, einen Einspruch dagegen einzulegen...» Dieser Standpunkt wurde auch in den Kulturausschusssitzungen vom 11.7.47 und vom 23.8.47 vertreten. Held versuchte demgegenüber eine Haltung gegenseitigen Entgegenkommens von Staat und Stadt zu erreichen.
- ⁸⁷ HAH 311, Schreiben Scharnagls vom 3.12.45, das Scharnagl gleichzeitig als nachträglichen Einspruch gegen den Zuschuss 1945 verstanden wissen wollte (Schreiben an das Kultusministerium vom 27.7.47) und Schreiben Kultusminister Fendts vom 11.1.46. Fendt «würdigt» darin die von der Stadt angegebenen Gründe und hofft, «dass eine Beteiligung später wieder folgen wird».
- ⁸⁸ HAH 311, Vormerkung Roggers vom 12.7.47, der einen Bericht über die Kulturausschusssitzung vom 11.7.47 abgibt, in der dies zur Sprache kam. Die Stadt sah aber keine Möglichkeit, das Kultusministerium hier dem Finanzministerium gegenüber zu decken, da dieses bei einem Finanzabgleich ohnehin davon erfahren müsse.
- ⁸⁹ Ebd.; ausserdem HAH 311, Schreiben des Kultusministeriums vom 9.5.47 u.a.m.
- ⁹⁰ Eine Bedarfszuweisung aus staatlichen Mitteln bedeutete eine Deckung der Geldsummen, die die Stadt nicht bezahlen konnte.
- ⁹¹ HAH 311, Schreiben Scharnagls an das Kultusministerium vom 27.7.47 und Kulturausschusssitzung vom 23.8.47.
- ⁹² HAH 311, Vormerkung Hielschers vom 20.9.47, die einen Bericht über die am 19.9.47 im Finanzministerium stattgefundene Besprechung enthält.
- ⁹³ Ebd.; «hier ist die Anforderung einer Bedarfszuweisung von vornherein ausgeschlossen, nachdem der Haushaltsplan abgeglichen ist (es sei denn, dass sich die Lage bis zum Ende des Rechnungsjahres ernsthaft verschlechtern sollte)».
- ⁹⁴ HAH 311, Kulturausschusssitzung vom 23.8.47.
- ⁹⁵ HAH 311, Vormerkung Hielschers vom 1.9.47 und vom 20.9.47. Hielscher wies – ähnlich der von Held vertretenen Position – daraufhin, «dass es sich hier ja nicht um eine absolute Höchstziffer handle, sondern dass man, wenn die Beteiligung der Stadt über RM 600'000,- hinauszugehen drohe, dann gewiss mit gegenseitigem Einvernehmen klären könne, ob die Budgetlage, die ich allerdings für die Zeit nach der Währungsreform als vermutlich angespannt bezeichnete, es gestatten würde, über diese Grenzziffer hinauszugehen». In dem 1935 abgeschlossenen Vertrag hatte sich die Stadt zu einer Beteiligung an den Staatstheater-Kosten in Höhe von 30%, mit einer Höchstgrenze von RM 900'000,- verpflichtet.
- ⁹⁶ HAH 311, Vormerkung für die Kulturausschusssitzung vom 23.8.47.
- ⁹⁷ HAH 311, Sitzung im Kultusministerium vom 28.4.47; Hundhammer betonte des Weiteren, ein Erlass der nicht bezahlten Summe käme einem Geschenk an die Münchner Bevölkerung gleich, das dem übrigen Bayern gegenüber nicht zu verantworten sei.
- ⁹⁸ B.u.R. 2097, Schreiben Soltis an Scharnagl vom 7.11.48, in dem sich Solti von dem Verhalten der Stadt «merkwürdig» berührt zeigte.
- ⁹⁹ HAH 311, Sitzung im Kultusministerium vom 23.4.47.
- ¹⁰⁰ HAH 311, Vormerkung zur Kulturausschusssitzung vom 23.8.48. In der Sitzung selbst stiess dieser Standpunkt nicht auf die gleiche Gegenliebe wie Hielschers bauernschlauer Finanzstandpunkt. Rogger teilte jedoch Helds Meinung und bemerkte, «es sei wesentlich, dass sich die Stadt diesmal tatsächlich genügend Möglichkeiten sichere, in den Betrieb der Staatstheater ‚hineinzuschauen‘ und ‚hineinzureden‘».
- ¹⁰¹ HAH 311, Sitzung des Kulturausschusses vom 23.8.47.
- ¹⁰² B.u.R. 2097, Vertrag der Stadt München mit dem Bayerischen Staat vom 14.5.48. «Die Stadt übernimmt mit Wirkung vom 1.4.1948 an 30 v.H. des jährlichen Fehlbetrags der Staatsoper jedoch nicht über 600'000,- RM ... hinaus...» Ausserdem B.u.R. 2097, Beschluss des Hauptausschusses vom 20.5.48 und der Vollversammlung des Stadtrates vom 25.5.48, in der dem Vertrag endgültig zugestimmt wurde. Eine wichtige Rolle spielte bei der Zustimmung der Stadt zu der Nachzahlung für die Jahre 1946 und 1947 neben der Angst vor der Sperrung der Bedarfszuweisung auch die Furcht vor der Währungsreform: Eine weitere Verzögerung des Vertragsabschlusses hätte die Zahlung der fälligen Summen womöglich in die D-Mark-Zeit fallen lassen, was die Stadt unter allen Umständen zu verhindern versuchte. «Geldmässig gesehen ist auch die Stadt

- in der Lage, die nachträglichen Zuschüsse von 2 x 800'000,- RM zu bezahlen, sofern nur diese Zahlung vor der Währungsregelung auf Rechnung des Haushaltes 1947 erfolgen kann, was zur Zeit noch möglich ist», schrieb Stadtrat Berrenberg vom Finanzreferat am 30.4.1948 an Held (B.u.R., 2097).
- ¹⁰³ B.u.R. 2097, Vertrag zwischen der Stadt München und dem Bayerischen Staat vom 14.5.1948. Über die Möglichkeit, dieses Recht wirklich auszuschöpfen, gaben sich die Mitglieder des Kulturausschusses offensichtlich keinen Illusionen hin. Man hatte aber immerhin die formelle Berechtigung, die wohl schon durch ihre Existenz von Bedeutung war. Dazu auch B.u.R. 2097, Vormerkung Bürgermeister Scharnagls vom 13.2.49, in der auf die reale Ohnmacht der Stadt hingewiesen wird.
- ¹⁰⁴ Ebd.: «Im Fall der kommenden Währungsregelung kann die Stadt neue Verhandlungen über die Höhe ihres Zuschusses verlangen.»
- ¹⁰⁵ B.u.R. 2097, Vertrag zwischen der Stadt München und dem Bayerischen Staat vom 14.5.1948.
- ¹⁰⁶ Dies hatte Scharnagl noch 1947 gefordert. Dazu B.u.R. 2097, Brief Scharnagls an das Kultusministerium vom 25.2.1947.
- ¹⁰⁷ B.u.R. 2097, Vertrag vom 14.5.48. Ausserdem dazu HAH 311, Schreiben des Assessors Przemek vom 17.1.47 an Oberrechtsrat Beling vom Referat 9, und Schreiben Przemeks an Held vom 24.1.47, in dem bereits darauf hingewiesen wird, dass dies nicht unbestritten sei.
- ¹⁰⁸ HAH 311, Schreiben Stadtrat Berrenbergs vom Finanz- und Fiskalreferat an das Direktorium A vom 23.1.47: «Die Aufnahme einer Bestimmung über ausserordentliche Kündigung bei Nichteinhaltung der Vertragsbestimmungen halten wir im Hinblick auf allenfalls zu berücksichtigende Empfindlichkeiten nicht für zweckmässig und auch nicht für notwendig, da die Stadt bei dem vereinbarten Zahlungsmodus in der Lage wäre, bei Nichteinhaltung von Vertragsbestimmungen einfach ihre Zuschussleistungen einzustellen.»
- ¹⁰⁹ B.u.R. 2097, Vormerkung Stadtkämmerer Hielschers vom 22.9.48 über eine Besprechung im Kultusministerium vom gleichen Tage. Dort brachte die Stadt ihre Anliegen vor, die besonders mit Rücksicht auf die bei den Städtischen Bühnen vorgenommene Gehälterkürzung um 40% bei allen über 300,- DM liegenden Bezügen formuliert wurden. Dies war insofern plausibel, als die Stadt nicht eine Institution mitfinanzieren wollte, die eine ungemein starke Konkurrenz zu den eigenen Bühnen darstellte und die obendrein unvergleichlich höhere Gagen bezahlen konnte.
- ¹¹⁰ B.u.R. 2097, Sitzung des Kulturausschusses vom 2.11.48; Vormerkung Stadtkämmerer Hielschers vom 22.9.48 über die Sitzung im Kultusministerium vom gleichen Tag; Schreiben Scharnagls vom 26.11.48 an die Verwaltung der Bayerischen Staatstheater.
- ¹¹¹ B.u.R., Beschluss des Kulturausschusses vom 29.1.49; die Entscheidung über das erneute Zurückhalten des Zuschusses erfolgte gegen den Antrag des Referenten Bürgermeister Scharnagl, der zuerst bezahlen und dann weiter verhandeln wollte. Von Miller hatte für den umgekehrten Weg plädiert und war damit auf die Zustimmung des Kulturausschusses gestossen. Der für die Stadt wichtige Verhandlungspunkt war dabei die Beschränkung der Musikalischen Akademie auf höchstens acht Symphoniekonzerte.
- ¹¹² B.u.R. 2097, Antrag Nr. 158 vom 1.2.49 der KPD-Fraktion und Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates dazu.
- ¹¹³ B.u.R. 2097, Sitzung des Kulturausschusses vom 14.9.49; Vormerkung Scharnagls vom 13.2.49; HAH 311, Beschluss des vereinigten Kultur- und Finanzausschusses vom 4.3.50.
- ¹¹⁴ Ebd.
- ¹¹⁵ HAH 311, Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 14.3.50.
- ¹¹⁶ HAH 311, Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 6.6.1950.
- ¹¹⁷ Z.B. HAH 316, Sitzung des Kulturausschusses vom 27.1.50; hier wurde mit dieser Formulierung das Gesuch des «Atelier-Theaters» in der Elisabethstrasse abgelehnt.
- ¹¹⁸ HAH 330 und Haushaltssatzungen der Stadt München 1945 bis 1956. Das Theater konnte zu dieser Zeit bereits auf eine 90jährige Tradition zurückblicken; es gehörte zu den fest eingewurzelt «Institutionen» Münchens. Sein Leiter, Hilmar Binter, hatte sich die Stadt überdies mit der Zusicherung freundlich gestimmt, nach seinem Tod das Theater der Stadt zu vermachen.

Held konnte daher betonen, «dass das bei Binter investierte städtische Kapital der Stadt selbst eines Tages zugutekommen wird und dass deshalb immer mit einiger Vorsicht vorgegangen werden soll» (Schreiben Helds vom 31.7.46).

- ¹¹⁹ HAH 320; Das «Bürgertheater» erfreute sich Helds besonderer Unterstützung, füllte es doch die Lücke, die das Volkstheater hinterlassen hatte. Die Stadt bezahlte hier aber keine dauernde Unterstützung, sondern nur eine einmalige Überbrückungshilfe von 5'000,- DM; dazu die Sitzung des Kulturausschusses vom 20.7.1949.
- ¹²⁰ HAH 320, Schreiben Roggers vom 7.10.1949.
- ¹²¹ Diese Einstellung des Kulturreferenten und des Kulturbeauftragten rühmte sogar Wolfgang Petzet, der sonst, wie bereits gezeigt wurde, auf die Stadtverwaltung und den Stadtrat nicht gut zu sprechen war. Held wird von ihm besonders gelobt und Walther von Miller wird das Prädikat des «unermüdlichen, verständnisvollen Kämpfers für die Belange des Theaters» verliehen; dazu *Petzet*, *Kammerspiele*, S.483.
- ¹²² HAH 320, Vormerkung Helds vom 8.6.1949.
- ¹²³ Ebd.; auch an anderen Stellen findet sich die Formel des «kulturellen Interesses der Stadt München» neben «der Bereicherung des Münchner Theaterlebens» durch eine Bühne. So z.B. HAH 316, Beschluss des Kulturausschusses vom 27.1.50, betreffend das Atelier-Theater.
- ¹²⁴ Auch hier herrschte – wie im Bereich der Musikpflege – die Meinung vor, um konkurrenzfähig zu bleiben, müssten wenige mit viel Geld unterstützt werden.
- ¹²⁵ HAH 351, Schreiben Trude Kolmans vom 14.4.1953, die sich für Helds Bemühungen beim Rundfunk bedankt, die 2'000,- DM erbrachten.
- ¹²⁶ HAH 322, Schreiben Helds für Bürgermeister von Miller vom 31.10.50. Das Theater erhielt 6'000,-DM.
- ¹²⁷ HAH 329, Beschluss des Kulturausschusses vom 6.2.53; die Uraufführungsbühne hatte um einen städtischen Zuschuss gebeten, da bei städtischer Hilfe auch der Staat (neben der kostenlosen Überlassung des Theaters im Brunnenhof) einen Zuschuss von 5'000,- DM zusagte und der Rundfunk 3'000,- DM in Aussicht stellte.
- ¹²⁸ Als Beispiel dafür: HAH 329, Beschluss des Kulturausschusses als Senat vom 6.2.53.
- ¹²⁹ Dazu z.B. HAH 320, detaillierter Bericht des «Bürgertheaters» über seine Ausgaben und Einnahmen und HAH 330, Diskussion um die Einsicht in die Finanzen des Marionettentheaters.
- ¹³⁰ HAH 330, Schreiben Keims an Direktor Binter vom 6.8.46. Keim, damals noch städtischer Beamter, war später im Kultusministerium tätig.
- ¹³¹ HAH 320; Bayerische Landeszeitung vom 15.10.1949: «Vertrauen wurde missbraucht – das Münchner Bürgertheater auf Abwegen.» Dieser Artikel zeigt, dass ein Fehlgriff im Programm gleich zu grundsätzlichen Fragen Anlass gab: Spielte ein Theater Anspruchsvolles und erlitt finanzielle Verluste, konnte ihm die Stadt nicht helfen, da dafür keine Finanzmittel existierten. Musste ein kassenfüllendes, wenn auch weniger niveauvolles Stück die Finanzlücke schliessen, sprach die Presse von Qualitätsminderung.
- ¹³² Ebd.
- ¹³³ Ebd. und HAH 320, Beschluss des Kulturausschusses vom 20.7.49.
- ¹³⁴ HAH 320, Schreiben Helds an das Kultusministerium vom 7.12.48. Ausserdem HAH 320, Vormerkung Helds vom 5.1.1950 und Schreiben Markgrabers vom 14.7.49, auf dem sich auch eine Empfehlung Cronauers vom Kultusministerium befindet; ebenso Schreiben Markgrabers vom 24.5.1949, in dem er seinen Werdegang schildert.
- ¹³⁵ Der genaue Gesetzestext mit seinen Regelfällen und Ausnahmefällen ist abgedruckt im Reichsgesetzblatt Nr.62, 1933 vom 10.6.1933, S.35ff.
- ¹³⁶ Ebd.
- ¹³⁷ So die Verordnung vom 22.12.1933 (Reichsgesetzblatt 1934, S. 35), die sich auf die Filmvorführungen bezog, die Verordnung vom 6.4.1938, die die Verwaltungsgebühren für die Anerkennung oder Ablehnung von Vergnügungssteuerermässigungen betraf (RGL 1938/1, S. 371) und die Verordnung vom 17.10.1939 (Reichsgesetzblatt 1939/1,2, S. 2054), die sich wiederum mit der Vorführung von Filmen beschäftigte. Diese Verordnung ist insofern zeittypisch, als sie einen Hinweis auf die von den Nationalsozialisten praktizierte Einflussnahme durch Filme gibt:

- «Staatspolitisch wichtige» Filme erhielten eine Vergnügungssteuer-Ermässigung.
- ¹³⁸ Am 11.6.1958 wurde das neue Vergnügungssteuergesetz erlassen (Gesetz- und Verordnungsblatt 1958, S. 85). Es enthielt vor allem Vereinfachungen und umfangreichere Freistellungen: So waren beispielsweise Opern, ernste Chorwerke, Symphonie- und Solistenkonzerte, Kirchen- und Kammermusik neben Veranstaltungen ausschliesslich politischer, religiöser, erzieherischer, volkbildender oder wissenschaftlicher Art darin vergnügungssteuerfrei. Dazu auch *Fuchs*, Vergnügungssteuer.
- ¹³⁹ Vergnügungssteuergesetz vom 7.6.1933, §1.
- ¹⁴⁰ Ebd., §2.
- ¹⁴¹ Ebd., §22. Auch Zirkusveranstaltungen waren demnach etwas begünstigt: sie mussten nur mit 10% versteuert werden. In anderen Fällen lag die Vergnügungssteuer zwischen 15 und 25% der Roheinnahme (z.B. bei Tanzveranstaltungen). Eingezogen wurde die Steuer entweder als Kartensteuer oder als Pauschsteuer auf die Roheinnahme. Es gab jedoch auch eine Steuerart, die sich nach dem Vielfachen des Einzelpreises einer Karte, nach dem Wert der benutzten Geräte (z.B. Spielautomat, Orchestrion, etc.), nach der Zahl der Mitwirkenden oder nach der Grösse des benutzten Raumes berechnete (ebd.).
- ¹⁴² Ebd., §25: «Zur Vermeidung aussergewöhnlicher Härten kann die Gemeinde für bestimmte Arten von Veranstaltungen sowie in besonders gearteten Einzelfällen die Steuer ermässigen, erlassen oder erstatten.»
- ¹⁴³ Vergnügungssteuergesetz § 2, Art. 7, RGBL S. 352; hier ist auch die neuere Formulierung des Gesetzestextes wichtig: «Veranstaltungen ..., die ... im öffentlichen Interesse unternommen, unterhalten oder wesentlich unterstützt werden...» Obwohl es ohnehin als einleuchtend erscheint, dass z.B. die Stadt nicht von ihrem eigenen Unternehmen Vergnügungssteuer einziehen wollte, bedeutete es doch für das Theater selbst in jedem Falle eine grosse Hilfe: Hätte es die Steuer abführen müssen, wäre diese als Negativposten in ihrem Etat erschienen.
- ¹⁴⁴ HAH 330. Das Marionettentheater verstand sich nach dem Krieg nicht als ein «auf Gewinn abgezieltes Unternehmen», es wollte «einzig und allein im Dienste unserer Jugend stehen». Dazu Brief Binters an das Innenministerium vom 31.10.1946.
- ¹⁴⁵ HAH 330, Entschliessung des Innenministeriums vom 31.5.46 zur Eingabe Binters vom 24.3.46. Diese Anerkennung bezog sich aber «nicht auf Veranstaltungen, bei denen geraucht oder getanzt wird oder bei denen gleichzeitig Getränke oder Speisen gegen Entgelt verabfolgt werden». Sie wurde überdies als «jederzeit widerruflich» bezeichnet.
- ¹⁴⁶ HAH 330, Entschliessung des Innenministeriums vom 18. Oktober 1946. Diese neue Besteuerung sollte ab Januar 1947 in Kraft treten und bis Ende 1949 Gültigkeit behalten.
- ¹⁴⁷ HAH 330, Schreiben Binters an das Innenministerium vom 31.10.1946. In Zusammenarbeit mit dem Stadtschulamt waren Schülervorstellungen durchgeführt worden, bei denen die Schüler nur 20 Pfennig zu bezahlen hatten, bei Bedürftigkeit sogar freien Eintritt erhielten. Binter sah die Kriterien der Gemeinnützigkeit seit «25 Jahren in vollem Masse» als gegeben an.
- ¹⁴⁸ HAH 330, Schreiben Oberrechtsrat Dr. Dr. Keim an Held vom 15.11.1946.
- ¹⁴⁹ Darauf wies sowohl Binter in seinem Schreiben vom 31.10.1946 (HAH 330) hin, wie auch Held in seinem Schreiben vom 31.7.46 (HAH 330) und die Stadtratsfraktion Hollerer, die für eine Erhöhung des Zuschusses an das Marionettentheater mit diesem Argument plädierte (Schreiben vom 2.11.49, HAH 330). Diese Übernahme war auch der Hauptgrund für die dem Theater von der Stadt genehmigte Sonderbehandlung. Dazu s.o. die Behandlung der Zuschüsse.
- ¹⁵⁰ HAH 320, Beschluss des Kulturausschusses vom 20.7.49: Die Stadt bezahlte eine «einmalige Überbrückungshilfe» von 5'000,- DM, unter der Bedingung, dass davon die rückständigen Soziallasten übernommen würden.
- ¹⁵¹ HAH 320, Schreiben Hells vom 7.12.48 an das Kultusministerium.
- ¹⁵² HAH 320, Schreiben Markgrabers vom 2.6.1949 an Oberbürgermeister Wimmer. Das Bürgertheater verlangte demnach Preise zwischen 1,- DM und 3,50 DM.
- ¹⁵³ Ebd.: «Das Bürger-Theater ist derzeit das einzige volkstümliche Privattheater, das in München noch besteht. Die Schliessung dieses Theaters ... würde von weitesten Kreisen nicht verstanden und als Symptom weiteren Niedergangs des Theaterlebens in München gewertet werden...»

- Ausserdem HAH 320, Schreiben Helds an das Direktorium A vom 8.6.49 und Empfehlungsschreiben Helds an Professor Preetorius vom 12.5.48 (HAH 320).
- ¹⁵⁴ HAH 320, Schreiben Helds vom 8.6.1949. Held fährt hier fort: «Ich bin der Meinung, dass sich die beiden Spielpläne koordinieren liessen, so dass hier eine spürbare Konkurrenz, jedenfalls aus den beiden Spielplänen, für beide Theater nicht zu entstehen bräuchte.»
- ¹⁵⁵ HAH 320, vor allem das Schreiben vom 8.6.49 an das Direktorium A.
- ¹⁵⁶ HAH 330, z.B. die Vormerkung von Held betreffs der Vergnügungssteuer des Bürgertheaters. Ausserdem dazu auch Markgrabers Hinweis darauf in seinem Schreiben an Oberbürgermeister Wimmer vom 14.5.49, HAH 320, dass ihm «während des Dritten Reiches jegliche Berufsausübung infolge seiner politischen Einstellung verboten war, ebenso seiner Frau, die als Konzertpianistin an der Münchner Akademie der Tonkunst ihr Staatsexamen ablegte». «Darüber hinaus waren Emil Markgraber und seine Frau schlimmsten Verfolgungen, Drangsalierungen und Zwangsarbeit durch die Gestapo ausgesetzt.»
- ¹⁵⁷ So z.B. im Falle des «Münchner Lustspielhauses», dessen Antrag auf Ermässigung Held abgelehnt hatte. In einem Brief an das Kultusministerium in diesem Zusammenhang weist er darauf hin, er habe «in diesem Sinne immer daran festgehalten, dass bei der Frage einer Anerkennung als überwiegend künstlerisch' bzw. künstlerisch hochstehend' persönliche und auch wirtschaftliche Gesichtspunkte keineswegs den Ausschlag geben dürfen, sondern dass hier einzig der künstlerische Gehalt eines Werkes und das Niveau seiner Wiedergabe in Betracht zu ziehen sind und zwischen Kunst und Unterhaltung sauber zu unterscheiden ist.» HAH 319, Brief Helds an Staatssekretär Sattler vom 22.4.48.
- ¹⁵⁸ HAH 320, Schreiben von Millers vom 5.1.50. Das Theater befand sich offenbar immer auf der Zwischenstufe zwischen «künstlerisch hochstehend» und «überwiegend künstlerisch».
- ¹⁵⁹ Ebd.; ausserdem HAH 330, Schreiben Markgrabers an Held vom 28.1.49, in dem Markgraber erwähnt, die Stadt habe ihm ja die Steuer vom 27.12.48 bis 28.2.49 ganz erlassen und um Verlängerung bittet.
- ¹⁶⁰ HAH 315 und B.u.R. 2109; zur Geschichte der «Kleinen Komödie» z.B. die von *Gerhard Metzner* und *Isebil Sturm* herausgegebene Festschrift «Zehn Jahre Kleine Komödie», München 1956. Ausserdem *Kurt Riess*, Sie haben es noch einmal geschafft. Schicksale im Nachkriegsdeutschland, Berlin, Frankfurt a.M. 1955, S. 273ff. Metzner war demnach im Sommer 1945, auf der Suche nach einem Theatersaal, auf den Gartensaal des unzerstörten «Café Viktoria» am Max-II-Denkmal gestossen, den er relativ günstig mieten konnte. Nach mühsamen Instandsetzungsarbeiten, bei denen sich vor allem der junge Bühnenbildner Janni Loghi als unschätzbar erwies, konnte das Theater, das über 270 Plätze verfügte, am 2.2.1946 eröffnen. Bis zur Währungsreform spielte man vor ausverkauftem Haus u.a. Stücke von Spoerl, Wilde und Anouilh. Am 9. Juli 1948 musste das Theater erst einmal schliessen, konnte dann aber doch wieder eröffnen – am 30.9.48 mit Wildes «idealem Gatten». Man spielte wieder vor ausverkauftem Haus und erweiterte das Platzangebot auf 320 Sitzplätze. Der Rundfunk unterstützte das Theater zweimal mit je 5'000,- DM. Metzner konnte dank seiner hohen Gagen mit Schauspielern wie Paul Dahlke, Luise Ullrich, Heidemarie Hatheyer, Heinz Rühmann, Käthe Haack und Rudolf Forster arbeiten, die auch den Ruhm seines Theaters hoben.
- ¹⁶¹ HAH 315, Schreiben Helds vom 9.4.51 an das Stadtsteueramt. Demnach war diese Anerkennung 1948 ausgesprochen worden.
- ¹⁶² HAH 315. Metzner stellte sowohl 1949, als auch 1951 Anträge auf die Anerkennung als «gemeinnützig», die jedoch nicht auf allgemeine Zustimmung stiessen.
- ¹⁶³ HAH 315, Beschluss des Kulturausschusses vom 19.8.49, aus dem Vortrag des Referenten von Miller.
- ¹⁶⁴ Die Stadt sah bereits in der Vergnügungssteuerermässigung auf 3% ein sehr weitgehendes Zugeständnis; auch Metzner selber erkannte das an, sah sich aber nicht in der Lage, es damit bewenden zu lassen. Dazu Schreiben Metzners an Held vom 4.8.49.
- ¹⁶⁵ HAH 315, Schreiben Metzners an Held vom 4.8.49.
- ¹⁶⁶ HAH 315, Schreiben Stadtkämmerer Hielschers an die Regierung von Oberbayern vom Juli 1951.
- ¹⁶⁷ HAH 315, Schreiben Roggers an Held vom 13.12.49. Rogger meinte hier, «immer und immer

- wieder brillant aufgeführte Salonstücke und Gesellschaftskomödien mit prominenter Starbesetzung zu sehen, wäre vielleicht doch recht betrüblich und würde diejenigen nicht sättigen, die im Theater zuweilen auch die grosse und echte Kunst erleben wollen».
- ¹⁶⁸ HAH 315, Antrag Metzners vom 25.7.49 und Beschluss des Kulturausschusses vom 19.8.49, sowie Stellungnahme des Ref.4, Stadtrat Wiegele vom 5.12.49 und der Abteilung für Kultur, Rogger, vom 13.12.49. Der Kulturausschuss beschloss, Metzner die Vergnügungssteuer nicht zu erlassen, sondern nur für drei Monate zu stunden.
- ¹⁶⁹ HAH 315, Schreiben des Ref.4, Stadtrat Wiegele an die Stadtkämmerei vom 5.12.49. Wiegele geht darin davon aus, die erhöhten Einnahmen durch den Fremdenverkehr gleichen so den Ausfall an Vergnügungssteuer leicht aus.
- ¹⁷⁰ B.u.R. 2109, Schreiben des Stadtsteueramtes München vom 21.6.1949 als Beantwortung des Schreibens der Stadtkämmerei vom 10.6.49.
- ¹⁷¹ HAH 315, Schreiben Roggers an Held vom 13.12.1949.
- ¹⁷² B.u.R. 2109, Schreiben Stadtkämmerer Hielschers vom 30.7.1949 an die «Kleine Komödie». Hielscher betonte in seinem Schreiben, diese Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus werde auf jede Karte, also auch auf die der städtischen und staatlichen Theater, erhoben.
- ¹⁷³ B.u.R. 2109, Schreiben Metzners vom 9.6.1949 an die Stadt und ausführliche Antwort des Stadtsteueramtes vom 23.6.1949. Das Stadtsteueramt wies darin darauf hin, dass bei Tanzveranstaltungen 15, 20 oder gar 25% Vergnügungssteuer erhoben würden; Metzner mit seinen 3% Besteuerung könne daher sehr zufrieden sein.
- ¹⁷⁴ HAH 315, Stellungnahme Helds vom 9.4.1951 und Gutachten vom 4.8.1951.
- ¹⁷⁵ HAH 315, Stellungnahme Helds vom 9.4.1951. Held betonte dabei vor allem, er habe nichts gegen dieses Theater, könne jedoch den Stil der Stücke nicht «gemeinnützig» nennen: «In vielen Fällen ist es doch so, dass ein mehr oder weniger anspruchsloses Werkchen ganz reizend inszeniert und von den jeweiligen Star-Gästen brillant gespielt wird, so dass sich – zum Ruhm der ‚Kleinen Komödie‘ – im Laufe der Jahre die Erkenntnis durchgesetzt hat: ein Abend in der ‚Kleinen Komödie‘ ist immer ein nett und amüsant verbrachter Abend gehobener und kultivierter Unterhaltung... Das reicht aber – und hier scheiden sich vielleicht die Geister! – nicht hin.»
- ¹⁷⁶ Ebd.
- ¹⁷⁷ HAH 3; Rogger betont dies in einem Schreiben an Held vom 20.10.52 anlässlich eines Konzertes von Louis Armstrong in München.
- ¹⁷⁸ HAH 230, Held an den Regierungsbeauftragten für das Flüchtlingswesen für den Regierungsbezirk Oberbayern über den vorübergehenden Aufenthalt in gewerblichen Beherbergungsbetrieben der Stadt München, 18.6.48. Die Frage, die dieser Stellungnahme zugrunde lag, war nicht einfach: Der Kulturbeauftragte sollte sich äussern, welchen Theatern, Kabarets, Gastspiieldirektionen er die kulturelle Bedeutung zumesse, dass sie mit Neu-Engagements den «so überaus knappen Beherbergungsraum in der Landeshauptstadt München» belasten dürften. Denn, so der zuständige Wohnungsbeauftragte, es könne «nicht angehen, dass wir den Theatern, deren Wert wir im Einzelnen hier nicht untersuchen wollen, Rechte einräumen, die wir anderen Berufsreisenden versagen müssen» (HAH 230, Schreiben des Direktor Moosbrugger an Held vom 9.4.48). Held hatte also hier die Entscheidung für das ihm Wichtigste zu treffen. Dabei nannte er das «Junge Theater» an der Liebigstrasse, die «Kleine Komödie», das «Bürgertheater» an der Kirchenstrasse, das «Dramatische Theater» in der Hahnenstrasse und auch die «Schaubude»; mit einigem Abstand wollte er auch noch den «Simplizissimus» berücksichtigt wissen (Schreiben Helds vom 18.6.48).
- ¹⁷⁹ HAH 315, Schreiben Hielschers vom 28.6.1951 und Abschrift seines Schreibens an die Regierung von Oberbayern. Ausserdem HAH 315, Schreiben Bürgermeister von Millers vom 2.8.51, der darüber hinaus lobend erwähnt, die «Kleine Komödie» habe sich «streng an das von ihr bevorzugte Repertoire gehalten, was für die Kammerspiele durchaus begrüssenswert war. Denn es besteht keine Frage, dass die ‚Kleine Komödie‘ allenfalls auch mit Erfolg Stücke hätte bringen können, die wir in unserem Repertoire nicht missen wollten. Insofern liegt also gerade die begrenzte Aufgabe, die sich die ‚Kleine Komödie‘ mit ihrem Spielplan gestellt hat, im Interesse des städt. Theaters».

- ¹⁸⁰ HAH 315, Gutachten vom 4.8.51.
- ¹⁸¹ HAH 318, Schreiben des «Dramatischen Theaters» vom 15.12.48. Das «Dramatische Theater», dessen Direktion Martin Hellberg innehatte, verstand sich als avantgardistische Bühne. Dazu auch HAH 318, Brief Hellbergs an den «Kulturbund» München vom 25.12.48. Gunter Groll bewertete demnach die Aufführungen des Theaters als wichtig für das Münchner Theaterleben, dem es «einen neuen Ton und neue Farbe bringen» werde. Der ursprünglich sehr interessierte «Kulturbund» habe aber nur Karten für eher unverbindlich heitere Vorstellungen abgenommen (Lope de Vega, Dieses Wasser trink ich nicht; Sternheim, Wahlkandidat; Schönthan, Raub der Sabinerinnen). Hellbergs Spielplan für die zweite Hälfte der Saison 1948/49 enthielt jedoch Stücke wie Shakespeare, Mass für Mass, wie Goethe/Voltaire, Mahomet, wie Bernard Shaw, Frau Warrens Gewerbe und wie Luchaire, die Zwanzigjährigen.
- ¹⁸² HAH 341, Beschluss des Kulturausschusses vom 21.5.1949. Das wichtige Kriterium für den rückwirkenden Erlass war, «dass dieser Steuererlass für den Weiterbestand des genannten Theaters von wesentlicher Bedeutung ist» und möglicherweise dadurch «ein völliger Zusammenbruch vermieden wird».
- ¹⁸³ B.u.R. 2109, Schreiben Roggers an Stadtrechtsrat Gruber in Weiden vom 3.3.1952. Die Befürwortung der Stadt beruhte auf Gutachten des Musikreferenten der SZ, Graf von Kalckreuth und des Intendanten Geer, die beide dem Theaterverein intensives und im Ganzen doch erfolgreiches Bemühen um eine gewisse Aufführungsqualität bescheinigten.
- ¹⁸⁴ B.u.R. 2102. Brief des Deutschen Theaters an das Deutsche Museum vom 4.1.1949, dem diese Aufstellung beigelegt ist. 1947 waren die besten Monate offenbar August und September, 1948 noch der Februar. Nach der Währungsreform kamen tiefe Einbrüche vor allem im August und im Oktober 1948. Dennoch betrug die Steuer zwischen Juli und November 1948 immerhin noch DM 59660,52.
- ¹⁸⁵ Vergnügungssteuergesetz vom 7.6.33, RGBL 1933, S.356, §25: «Erlass und Erstattung der Steuer. Zur Vermeidung aussergewöhnlicher Härten kann die Gemeinde für bestimmte Arten von Veranstaltungen sowie in besonders gearteten Einzelfällen die Steuer ermässigen, erlassen oder erstatten.»
- ¹⁸⁶ Zur Geschichte der Schaubude vor allem: *Klaus Budzinski*, die Muse mit der scharfen Zunge, München 1961, S. 208ff. Am 15.8.1945 eröffnete die Schaubude unter der Direktion von Rudolf Schündler und Eberhardt R. Schmidt mit dem Programm «Der erste Schritt». Das zweite Programm der Schaubude schrieben bereits Erich Kästner, Axel von Ambesser und Herbert Witt, die Musik dazu stammte von dem Komponisten und Musikkritiker Edmund Nick. Fanden die ersten Aufführungen auch noch auf der Bühne der Kammerspiele statt, so wurde das zweite Programm bereits im eigenen Hause gegeben: Dem «Theater in der Reitmorstrasse», dem Theatersaal des katholischen Gesellenvereinshauses von St. Anna, «einem reizenden Theater für sechshundert Personen, dem im Moment nur noch der Fussboden, das Dach und die Bestuhlung fehlen. Aber das sind ja Kleinigkeiten!», wie es *Erich Kästner* in der ersten Nummer der «Neuen Zeitung» vom 18.10.1945 in seinem «Münchner Theaterbrief» beschreibt. Drei Jahre konnte sich das Kabarett halten, die Währungsreform brachte es dann jedoch zu Fall.
- ¹⁸⁷ HAH 350, Schreiben Helds vom 15.4.1947.
- ¹⁸⁸ B.u.R. 2104, Schreiben des Finanzreferats, Berrenberg, an die Abteilung für Kultur vom 26.9.45; demnach gingen der Stadt München durch Saalmiete pro Abend durch die Kammerspiele 1'000,- RM zu, bei ausverkauftem Haus durch die – niedrige – Steuer, immer noch 813,- RM an Vergnügungssteuer. Schreiben des Ref. 8, Abteilung für Kultur an das Finanzreferat vom 13.9.1945; B.u.R. 2104, Schreiben Schattenhofers an Stadlmayer vom 22.8.45.
- ¹⁸⁹ HAH 350, Schreiben des Stadtsteueramtes an das Direktorium A vom 24.10.1946.
- ¹⁹⁰ Ebd.
- ¹⁹¹ HAH 350, Schreiben der Schaubude an Dr. Dr. Keim vom 6.9.46. Mit Befürwortungen von Willi Cronauer vom Kultusministerium (Schreiben vom 9.9.1946), von dem amerikanischen Theateroffizier Walter Behr und einem Empfehlungsschreiben des Kammerspiel-Intendanten Erich Engel (Schreiben vom 17.9.1946) hatte sich das Kabarett eine gute Rückendeckung verschafft. Eberhardt R. Schmidt, der dieses Schreiben der Schaubude unterzeichnete, wollte die Einord-

- nung in die Sparte «Theater» wahrscheinlich deswegen erreichen, weil man dann eventuell auch eine Ermässigung auf 3% ins Auge fassen konnte. Als Begründung für einen Theaterbetrieb der Schaubude führte er an, die Schaubude unterhalte keinen Restaurationsbetrieb, habe ein festes Ensemble und einen Fundus wie ein Theater und müsse Tantiemen bezahlen, da die meisten Aufführungen Auftragsarbeit seien.
- ¹⁹² HAH 350, Schreiben des Stadtsteueramtes vom 24.10.46 und Schreiben des Finanzreferates vom 8.11.46.
- ¹⁹³ Ebd.
- ¹⁹⁴ Ebd.
- ¹⁹⁵ HAH 319. Am 1.4.1946 gründeten Frau Mira Holm und Herr Tissa-Vary das «Münchener Lustspielhaus», das am 26.7.46 seinen Betrieb aufnahm. Es konnte zwischen dem 26.7.46 und dem 8.6.47 immerhin mit 6 Stücken 354 Aufführungen bestreiten, die von 95 672 Personen besucht wurden. Dabei entstand ein Umsatz von 726408,71 RM; auch 1947/48 lief das Theater gut (bis April 1948 9 Aufführungen mit 288 Vorstellungen, 82175 Besuchern und 645 805,84 RM Umsatz). Gespielt wurden vor allem leichte Komödien, Lustspiele und Märchenaufführungen (Antrag des Lustspielhauses vom 24.4.48).
- ¹⁹⁶ HAH 319, Antrag des Lustspielhauses auf Anerkennung als «überwiegend künstlerisch» vom 24.4.1948. Weitere Stücke waren demnach «Angelika», «Parkstrasse 13», «Meine Schwester und Ich», «Bei Kerzenlicht», «Kolibri», «Marguerite:3», «Jean» und «Kukularius». Geplant waren noch «verliebt es Abenteuer» und «Simone und der Frieden».
- ¹⁹⁷ Ebd., S.4; im Text ist statt 1947 fälschlich das Jahr 1944 genannt.
- ¹⁹⁸ HAH 319, Schreiben des Finanzreferats, Berrenberg, vom 29.4.1948. «Peterchens Mondfahrt» hatte der Stadt demnach 14159,60 RM «Überzahlung» und «Die Nacht in Siebenbürgen» 15309,50 RM eingebracht.
- ¹⁹⁹ HAH 319, Schreiben des Finanzreferats vom 29.4.1948.
- ²⁰⁰ HAH 319, Schreiben Helds vom 12.3. und vom 22.4.1948; für «Peterchens Mondfahrt» hielt Held die Ermässigung für vertretbar, knüpfte aber die Bedingung einer Eintrittskarten-Ermässigung für Kinder an seine Befürwortung, 4,- RM pro Karte hielt er nicht für vertretbar.
- ²⁰¹ Ebd.
- ²⁰² HAH 319, Schreiben des Finanzreferats vom 29.4.1948. «Da ein von der zuständigen Stelle ausgegangener Anerkennungsbescheid vorliegt, muss dieser Bescheid steuerlich beachtet werden. Es besteht daher leider keine Möglichkeit, die vom Lustspielhaus bereits vorgenommenen und bis zum völligen Aufbrauch der Gesamtüberzahlung noch zu erwartenden Aufrechnungen zu verhindern.»
- ²⁰³ HAH 319, Schreiben Helds an Sattler vom 22.4.1948.
- ²⁰⁴ Ebd. Held fuhr pikiert fort, «sollte daher Ihr Referent in dieser Angelegenheit künftig vor Eingang meiner Stellungnahme oder entgegen meiner Auffassung entscheiden wollen, so würde ich es natürlich vorziehen, auf jede gutachtliche Äusserung zu den Anträgen auf Anerkennung gemäss §22 VStO in Zukunft zu verzichten.»
- ²⁰⁵ HAH 314 sowie B.u.R. 2105 und 2107. Ursprünglich hatte sich das Ensemble unter seinem Direktor Theo de Maal als «Theater im Schloss Dachau» etabliert. Ab dem Sommer 1946 bespielte das Theater auch an einigen Tagen in der Woche den «Postsaal Pasing», in dem ansonsten das Städtische Volkstheater auftrat. Es machte sich vor allem die Pflege der «Spieloper» und der «klassischen Operette» zur Aufgabe und erreichte damit ein anerkannt hohes Niveau. Ab dem Juli 1947 wurde das Dachauer Schloss renoviert, das Theater heimatlos. Dazu Schreiben des Pasingers Dr. Kammermeier an die Stadtverwaltung vom 25.2.1947. Kammermeier schlug vor, das Theater an die Städtischen Bühnen anzugliedern, was abgelehnt wurde. Sowohl Held wie Cronauer vom Kultusministerium setzten sich stark für das Theater ein (z.B. Schreiben Helds vom 6.5.47, HAH 314 und Cronauers vom 6.3.47, HAH 314). Das Publikum aus Pasing und den westlichen Vororten zeigte sein Interesse ebenso wie das Münchner durch regen Besuch – das Theater spielte meist vor ausverkauftem Haus (HAH 314, Schreiben Kammermeiers vom 25.2.47). Ob nun durch das Geschäftsgebaren des Direktors, wie verschiedentlich behauptet wurde (HAH 314, Schreiben des städtischen Oberamtmanns Töpfer an Held vom 26.5.48), oder durch andere Faktoren – das Theater entging jedenfalls mehrmals

- nur knapp dem Konkurs.
- ²⁰⁶ HAH 314, z.B. Schreiben Helds zum Direktorium A vom 10.6.49 und vor allem HAH 192, Schreiben von Elinor Warsitz an Held, o.J.
- ²⁰⁷ HAH 314, Schreiben Dr. Kammermeiers vom 25.2.47, Schreiben des Städt. Oberamtmanns Töpfer vom 5.3.47, Befürwortung Helds vom 26.9.47 und Schreiben Scharnagls an Mr. Hahn, Military Government, vom 7.5.48.
- ²⁰⁸ HAH 314. Da dem Direktor de Maal mehrfach von Seiten des Ensembles ein selbstherrliches, autokratisches und unkooperatives Verhalten auf Kosten der Schauspieler vorgeworfen wurde und man auch mehrmals den Versuch machte, den Holländer de Maal aus dem Theater zu entfernen, kann wohl von «guter Zusammenarbeit» nicht die Rede sein.
- ²⁰⁹ HAH 314, Schreiben Roggers vom 11.8.48.
- ²¹⁰ Ebd.
- ²¹¹ HAH 295, Harry Buckwitz an Held vom 18.9.46. Buckwitz schildert in seinem Schreiben, dass z.B. Berlin seinen Bühnenschaffenden mit umfangreichen Unterstützungen sowohl finanziell, wie auch mit Lebensmitteln zu Hilfe kam. Überdies wurden demnach in Berlin 35% der Schauspielergagen steuerfrei gelassen; in Österreich zog man nur 10% als Steuern ein.
- ²¹² HAH 229, Denkschrift Helds betreffend «Erfassung, Vermittlung und Sicherung von Wohnraum für kulturell schaffende Persönlichkeiten» vom Juni 1947.
- ²¹³ HAH 295, Schreiben Horst Caspars an Intendant Erich Engel vom 25.4.1947.
- ²¹⁴ Die amerikanischen Kontrolloffiziere untersuchten erst einmal die politische Vergangenheit des Antragstellers, bevor sie eine Lizenz ausgaben. Dazu auch HAH 561, Liste der von der Theater- und Musikkontrolle Lizenzierten im «Mitteilungsblatt der Theater- und Musikkontrolle», z.B. Juni 1946, November 1946, September 1947.
- ²¹⁵ So z.B. im Falle des «Neuen Hauses», HAH 323.
- ²¹⁶ Dazu vor allem HAH 229 und 230, aber auch 314, 323 und andere. Dem Kulturbeauftragten stand nur ein beschränktes Kontingent von Zuzugsscheinen für «kulturell Schaffende» zur Verfügung, das ohnehin zu einem Grossteil von den Bühnenschaffenden in Anspruch genommen wurde. So liessen z.B. zwischen dem 1. und dem 15. April allein 134 Theaterschaffende ihre Aufenthaltsgenehmigung verlängern; insgesamt gab es 368 Verlängerungen. Die Theater beanspruchten also mehr als ein Drittel der überhaupt in München ausgestellten Verlängerungen für sich. Dazu HAH 229, Schreiben des Münchner Wohnungsbeauftragten Irlbeck vom 27.4.48 und Schreiben Direktor Moosbruggers an Irlbeck vom 9.4.48.
- ²¹⁷ Dazu Schreiben Helds an Mr. Clark vom 10.11.47, HAH 333.
- ²¹⁸ HAH 295, Schreiben Buckwitz an Held vom 8.5.47.
- ²¹⁹ HAH 295, Schreiben Buckwitz an Held vom 5.4.48.
- ²²⁰ HAH 295, Schreiben Buckwitz an Held vom 8.5.47.
- ²²¹ Ebd.; Buckwitz berichtet dies von einer Schauspielerin.
- ²²² Ebd.; auch Friedrich Dornin erlitt 1948 «einen schweren physischen wie nervlichen Zusammenbruch, der ihn für mindestens 4 Wochen arbeitsunfähig» machte. Dazu Schreiben Buckwitz vom 5.4.48, HAH 295.
- ²²³ HAH 295, Schreiben Buckwitz an Held vom 28.4.48 und vom 5.4.48. In letzterem berichtet Buckwitz, dass bei dem Ausfall eines der Hauptdarsteller in «Des Teufels General» das Schauspielhaus geschlossen werden müsse, da kein anderes Stück mehr zur Verfügung stehe.
- ²²⁴ HAH 295, Schreiben Buckwitz an Held vom 8.5.47.
- ²²⁵ HAH 295, Schreiben Caspars an Engel vom 25.4.47; demnach erhielt er monatlich 4½ Pfund Butter, 4 Pfund Zucker, 30 Pfund weisses Mehl, 12 Pfund Vollmilchpulver, 2 Liter Öl, 5 Pfund Wurst und 12 Pfund Fleisch – dies alles zusätzlich zur Lebensmittelkarte I (Schwerarbeiter), die etwa 3'000 Kalorien umfasste und zusätzlich zu einem Monatsgehalt von 3'500,- RM, mit dem auf dem Schwarzen Markt vieles zu kaufen war. Dazu auch Schreiben Buckwitz an Held vom 8.5.47, HAH 295.
- ²²⁶ HAH 295, zweites Schreiben Buckwitz an Held vom 8.5.47. Buckwitz liess Held beide wichtigen Schreiben unter diesem Datum zukommen; in dem hier angeführten zweiten Schreiben ging es vor allem um Lebensmittelzulagen für Carl Wery und für Frau Cordes, die in Bremen gespielt hatte. Wery wollte sein weiteres Auftreten als Caliban im «Sturm» von Zulagen abhängig ma-

- chen (wöchentlich 200 gr. Fleisch, 250 gr. Butter, 1'000 gr. Nahrungsmittel, 6 Liter Vollmilch und 1 Ei – im Vergleich mit Caspar eher bescheidene Forderungen), wurde aber mit 1/4 Liter Vollmilch täglich und 250 gr. Nahrungsmitteln wöchentlich abgefunden. Ausserdem dazu HAH 295, Schreiben des Lokalverbands der Bühnengenossenschaft der städtischen Bühnen an Held vom 31.7.47; demnach erhielten Schauspieler in Bremen Schwerarbeiterzulagen.
- ²²⁷ HAH 295, Schreiben Buckwitz an Held vom 8.5.47 und vom 18.9.46; letzterem zufolge hatten die Berliner Bühnenschaffenden neben ihrer Einteilung als Schwerarbeiter (3'000 Kalorien) die Möglichkeit, in einem Künstlerlokal («Die Möwe») täglich ein markenfreies Essen für 7,50 RM einzunehmen, das als «erstklassig» beschrieben wurde und erhielten im russischen Sektor überdies monatlich ein Lebensmittelpaket, das in Nährwert und Qualität einem amerikanischen «Care-Paket» entsprach.
- ²²⁸ HAH 295, Schreiben Buckwitz an Held vom 8.5.47, Schreiben des Lokalverbandes der Bühnengenossenschaft vom 31.7.47, Schreiben Buckwitz an Held vom 28.4.48, Schreiben des Betriebsrats der Städtischen Bühnen an Buckwitz vom 9.3.48.
- ²²⁹ HAH 295, Schreiben Buckwitz an Held vom 28.4.48. Erkrankt waren demnach Frau Koppenhöfer, Frau Nicklisch, Frau Macheiner, Frau Noelle, Frau Rupp, Herr Dahlke, Herr Reiser und Herr Wery.
- ²³⁰ HAH 295, Schreiben Buckwitz an Held vom 28.4.48.
- ²³¹ HAH 296, Schreiben Schweikarts an Held vom 2.10.47. «Dieser physiologischen Sonderstellung, die als solche nicht zu bestreiten ist, wird auch in anderen deutschen Städten (Hamburg, Berlin, Düsseldorf usw.) durch Lebensmittelzulagen, welche *nur* (Unterstr. i. Orig., der Verf.) der Berufssparte der darstellenden Künstler zugutekommen, Rechnung getragen», fährt Schweikart fort.
- ²³² HAH 295, zweites Schreiben Buckwitz an Held vom 8.4.48.
- ²³³ HAH 295, Bericht des Max-Planck-Institutes für Arbeitsphysiologie in Dortmund vom 3.4.48, der sich mit der Ernährungslage und dem Energieverbrauch der Bühnenschaffenden auseinandersetzt. Besonders dazu die dort beiliegende Tabelle 2, in der der genaue Kalorienverbrauch aufgezeigt wird.
- ²³⁴ Z.B. HAH 314, Volksoper Pasing. Hier spielte das Ensemble wochenlang ohne Gage, nur um das Theater zu erhalten; entsprechend sah es dann mit der Ernährung aus. Nicht vergessen werden darf jedoch, dass es gerade bis zur Währungsreform auch finanzkräftige Privattheater gab, die sehr wohl auch gagemässig den grossen Bühnen Konkurrenz machen konnten. Dazu HAH 296, Vormerkung Helds vom 14.3.1946: «Desgleichen läuft von verschiedenen Variété-Unternehmen in München eine beachtliche Konkurrenz, da dort die Künstler für jedes Auftreten 200-300,- RM Gagen erhalten, das entspricht einem Monatsgehalt von über 6'000,- RM.» Held bedauert, dass mit Schauspielern in dieser Hinsicht schwer zu verhandeln sei, «da sie nur kurzfristig ihren Vorteil im Auge haben».
- ²³⁵ HAH 296, Schreiben Buckwitz an Stadtrat Branz, Korreferent der Städtischen Bühnen vom 14.6.49, «Betr. Gagenpolitik der bayerischen Staatstheater». Buckwitz betont dabei, er neide dies den Staatstheatern nicht, wünsche den Städtischen Bühnen aber die gleichen guten Bedingungen.
- ²³⁶ HAH 296, Vormerkung Helds vom 14.3.46.
- ²³⁷ Ebd. und HAH 296, Schreiben Buckwitz an Branz vom 14.6.49.
- ²³⁸ Ebd. und HAH 296, Schreiben Schweikarts vom 2.10.47.
- ²³⁹ HAH 295, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 27.8.1947, Nr. A/II 2 14 089/47 an den Oberbürgermeister der Stadt München, Karl Scharnagl.
- ²⁴⁰ HAH 351, Schreiben Assessor Przemeks an Held vom 22.10.1946.
- ²⁴¹ HAH 351, Schreiben Helds an Cronauer vom 22.10.46.
- ²⁴² HAH 351, Schreiben Cronauers an Held vom 14.11.46.
- ²⁴³ Ebd.
- ²⁴⁴ HAH 351, Schreiben Przemeks an Held vom 22.10.46; die Bühnen, die nicht in den Genuss der Unterstützung zur Beheizung kamen, mussten sich wohl vorwiegend auf dem Schwarzen Markt eindecken, was natürlich auch eine finanzielle Belastung darstellte.

- ²⁴⁵ B.u.R. 2103, Schreiben Przemeks vom 4.1.1946.
- ²⁴⁶ HAH 351, Schreiben Przemeks an Held vom 13.9.1946.
- ²⁴⁷ *Meier*, Kammerspiele, S. 16 f. So wurden den Kammerspielen für die Heizperiode 1945/46 immerhin 1'000 Zentner der angeforderten 3'200 Zentner Koks und 100 Zentner Würfelkohle zugeteilt.
- ²⁴⁸ Ebd., ausserdem HAH 295, Schreiben Buckwitz an Held vom 8.5.47. Ausserdem HAH 296, Vormerkung Helds vom 14.3.46; demnach hatte «Maria Koppenhöfer in einem völlig unzulänglichen Zimmer gewohnt, das weder heizbar noch trocken war. Sie hatte nach dem Theater nicht mehr die Möglichkeit, sich irgendeine warme Speise zu bereiten, so dass sie oft den ganzen Tag ohne warmes Essen blieb».
- ²⁴⁹ *Meier*, Kammerspiele, S. 15 f.
- ²⁵⁰ Z.B. HAH 323, Befürwortung Helds, Otto Osthoff bei dem Aufbau und der Ausstattung seines «Theaters im Völkerkundemuseum» weitestgehend entgegenzukommen, so z.B. auch bei der Zuteilung von Vorhangstoff (Schreiben Helds vom 15.7.48 an Oberrechtsrat Sauter vom Städtischen Wirtschaftsamt). Ausserdem HAH 320, Befürwortung Helds vom 14.11.49, dem «Opernstudio im Bürgertheater» entgegenzukommen, die jedoch am 18.10.48 von von Miller und am 7.10.49 von Rogger abgelehnt wurde. Auch im Falle des «Platzl» befürwortete Held die Unterstützung beim Umbau, um «damit München, seinen Bürgern und Besuchern diese Pflegestätte gesunder bayerisch-volkstümlicher Fröhlichkeit zu erhalten». Dazu Schreiben Helds vom 4.7.51, HAH 351.
- ²⁵¹ HAH 352, Bericht Königsdorfers an Held vom 5.10.1946.
- ²⁵² Dazu z.B. HAH 351, Schreiben Helds vom 4.7.51.
- ²⁵³ Z.B. B.u.R. 2103; auf die Anfrage des «Neuen Münchner Theaters», ob man nicht Räume zur Verfügung stellen könne, antwortete Stadtrat Lacherbauer ablehnend, es seien genügend Theater vorhanden, um das öffentliche Bedürfnis nach Theatern abzudecken. Daher sei es nicht geraten, Räume zur Verfügung zu stellen (Schreiben vom 15.4.46). Ausserdem HAH 349; die «Katakomben», eine wichtige Münchner Künstlervereinigung, die sich in den Kellern der Löwenbräu AG unter dem Stachus eingerichtet hatte, versuchte, von der Stadt die Erlaubnis zu erlangen, die Osttürme des Isartores herrichten und verwenden zu dürfen. Die Stadt stand dem grundsätzlich positiv gegenüber.
- ²⁵⁴ Dazu HAH 387.
- ²⁵⁵ HAH 326, Schreiben Helds vom 27.9.48 und Kulturausschusssitzung vom 20.9.48. Das «Junge Theater» war in Konkurs gegangen; um den geschädigten fast 70 Theaterleuten helfen zu können, gab die Stadt jedoch noch die Möglichkeit zu einigen Vorstellungen, die der Konkursmasse des Theaters aufhelfen sollten. Der Raum wurde dazu bestimmt, weiterhin für Schul-Theateraufführungen, für repräsentative Feiern der Stadt und für Proben des Lehrergesangsvereins zur Verfügung zu stehen. Ausserdem dazu Schreiben Helds vom 30.9.48 und Schreiben des Konkursverwalters, Dr. Heinz Meyer, vom 18.8.48.
- ²⁵⁶ HAH 316. Das künstlerisch anspruchsvolle Theaterchen, das mehrmals um einen städtischen Zuschuss nachgesucht hatte, konnte sich der Unterstützung namhafter «prominenter Persönlichkeiten», besonders aber Willi Cronauers sicher sein (Beschluss des Kulturausschusses vom 27.1.50 und vom 14.9.49). Dennoch verfügte die Brandpolizei eine Schliessung des Theaters zum 1.11.51, da das Theater nicht in der Lage war, eine Notbeleuchtung einzubauen.
- ²⁵⁷ B.u.R. 2066, Schreiben Kellys vom 19. September 1947 an Scharnagl, Wimmer und alle Stadträte.
- ²⁵⁸ *Meier*, Kammerspiele, S. 51 f.
- ²⁵⁹ *Petzet*, Kammerspiele, S.404; van Loon, Sohn eines bekannten holländischen Kunsthistorikers, war im Hauptberuf Tänzer und Choreograph, Walter Behr Schauspieler und Theatermanager.
- ²⁶⁰ Ein Beispiel dafür bildet der Fall des Studenten-Marionetten-Theaters «Kleines Spiel», an dessen Erhalt die Militärregierung und der Münchner Kulturbeauftragte gleichermaßen interessiert waren. Die zwei wichtigsten Personen der Theaterleitung hatten sich 1947 zerstritten und Held und Behr versuchten gemeinsam, sie wieder zur Vernunft zu bringen: Behr drohte ihnen mit Entzug der Lizenz, sollten sie sich nicht einigen und schrieb an Held: «Anbei sind die Kopien von zwei

- Briefen, die wir an Herrn Müller-Melbourne und Herrn Hofmeister geschickt haben und von denen wir uns einen wenigstens vorübergehenden Waffenstillstand erhoffen, der vielleicht auch Ihnen eine vorübergehende Entlastung, wenigstens in dieser Angelegenheit, bringen sollte.» (Schreiben vom 2.12.1947, HAH 331); Held bedankt sich dafür: «Ich glaube, die vorläufige Zurücknahme der beiden so sehr wichtigen Papiere wird die feindseligen Brüder vielleicht doch zu einer rascheren Raison bringen, als dies sonst zu erhoffen wäre. Sie sehen mich erfreut über die wahrhaft salomonische Tat.» (Schreiben Helds vom 11.12.47, HAH 331).
- ²⁶¹ BayHStA Bev. Stuttgart 152, Arbeitsunterlage BA ICCPH 15. und BayHStA MA 130262, Sitzung des Kulturausschusses für wissenschaftliche Bibliotheken beim Länderrat vom 20.8.48; hierin wird die Sitzung des Sachverständigen-Komitees der UNESCO in Paris vom 20.-22.7.48 erwähnt, bei der Dr. Hoffmann als westdeutscher Beobachter teilnahm.
- ²⁶² HAH 296, Schreiben Buckwitz an Branz vom 14.6.49 und HAH 296, Vormerkung Helds vom 14.3.1946; auch aus anderen Schreiben geht hervor, dass sich Held hier völlig auf die Seite der Kulturschaffenden stellte und sich von der Trägheit der Verwaltung die schlimmsten Folgen versprach. Dazu z.B. HAH 229, Denkschrift Helds vom Juni 47 zur Wohnungssituation.
- ²⁶³ HAH 296, Vormerkung für Oberbürgermeister Scharnagl vom 14.3.46, HAH 230, Eingabe an den Regierungsbeauftragten für das Flüchtlingswesen für den Reg. Bez. Obb., Abt. Zuzug nach München vom 18.6.48 und HAH 229, Denkschrift vom Juni 1947 «Betreff: Erfassung, Vermittlung und Sicherung von Wohnraum für kulturell schaffende Persönlichkeiten.» Ausserdem dazu besonders die Akten HAH 229 und 230, in denen auch Helds sonstige Aktivitäten auf diesem Gebiet deutlich werden und den entsprechenden Teil des Kapitels «Kulturpolitik» der vorliegenden Arbeit. Für die Wohnraumbeschaffung im Rahmen der Kammerspiele vgl. *Meier*, Kammerspiele, S.33f.
- ²⁶⁴ HAH 229, Denkschrift Helds vom Juni 1947. Die Definition des hierunter fallenden Personenkreises liefert Held ebenfalls: «Als kulturell Schaffende ... sind ausschliesslich Persönlichkeiten, Institute oder Firmen zu verstehen, an deren Schutz oder Gewinnung ein das Ansehen der Stadt berührendes Interesse besteht. Als solche kommen in Frage: Bedeutende Dirigenten oder Solisten, Sänger, Komponisten und Darsteller, bildende Künstler, Dramatiker, Regisseure, Schriftsteller, Geisteswissenschaftler und Forscher...»
- ²⁶⁵ Ebd.; Helds Warnungen kamen nicht von ungefähr: Bereits in den zwanziger Jahren hatte sich München den Ruf eingetragen, ein gespaltenes Verhältnis zu Kunst und Künstlern zu haben. Dazu vor allem *Nerdinger*, «Kunststadt» München, S.98ff.
- ²⁶⁶ HAH 229, Der Regierungskommissar für das Flüchtlingswesen für den Reg. Bez. Obb., Abt. Zuzug nach München, Irlbeck, an Held vom 1.8.47. Insgesamt wurden «im kulturellen Interesse der Stadt München» in diesem Zeitraum 12244 Anträge von 14687 Personen gestellt, darunter auch fast 10'000 von Studenten und Lehrern.
- ²⁶⁷ HAH 229 und HAH 230, hier z.B. das Schreiben des Direktors Moosbrugger an den Wohnungskommissar Irlbeck vom 9.4.48: «Wir ... geben Ihnen nachstehend einen Bericht über die Gruppe, die den so überaus knappen konzessionierten Beherbergungsraum in der Landeshauptstadt München in einer unhaltbaren Weise belastet, nämlich die Theater. Es besteht in München heute eine so grosse Zahl von Theatern, Kabarettts und Gastspielformen aller Schattierungen ... wie sie München nie gesehen hat ... diese Theater nehmen nicht die geringste Notiz von den ausserordentlichen Schwierigkeiten, mit denen die für die Unterbringung der Berufsreisenden zuständigen Stellen ... zu kämpfen haben... Wir weisen daraufhin, dass aus allen Berufsschichten, von Behördenvertretern, Industriekaufleuten, Fachkräften aller Art, Ärzten, Spezialarbeitern usf., die dringend in München gebraucht und auf ein oder mehrere Monate nach hier verpflichtet werden, Anträge um Aufenthaltsverlängerungen ... abgewiesen werden...»; oder HAH 229, Irlbeck an Held vom 27.4.48, der anfragt, «ob die Dringlichkeit von so vielen Künstlern, die die gewerblichen Beherbergungsbetriebe in Anspruch nehmen, gerechtfertigt erscheint».
- ²⁶⁸ Da die kleineren Theater nur in geringem Umfang mit ständigem Personal arbeiteten, waren sie auf Neuzuzüge meist angewiesen.
- ²⁶⁹ HAH 314, Schreiben de Maals an Held vom 1.7.47.

- ²⁷⁰ HAH 323, Otto Osthoff an Held vom 24.6.48; Osthoff versichert, dass er «bei jeder Verpflichtung immer wieder erwäge, ob sich dieser Zuzug auch wirklich verantworten lässt» und bittet um fünf Zuzüge.
- ²⁷¹ HAH 296, Buckwitz an Stadtrat Branz vom 14.6.49.
- ²⁷² Ebd.; so wurden z.B. Maria Wimmer und Herrn Znamenacek ebenso wie Wilfried Syfert solche Wohnungen angeboten. Dass die Kammerspiele nicht ähnliches offerieren konnten, wurde «als Desinteressement von Seiten der Stadtverwaltung» ausgelegt.
- ²⁷³ HAH 296, Buckwitz an Branz vom 14.6.49. Buckwitz begrüßte daher nachdrücklich Branz' Vorschlag «in das Sofortprogramm der städtischen Wohnungsbaugesellschaft auch einige Künstlerwohnungen einzuschalten» (ebd.).
- ²⁷⁴ HAH 296, Vormerkung Helds für Scharnagl vom 14.3.46. Held schlägt darin des Weiteren vor, einen Beamten des Direktariums damit zu beauftragen, diese Angelegenheiten beim Hauptwohnungsamt besonders zu betreiben.
- ²⁷⁵ Ähnlich ideologiehaltig liessen sich die Initiativen zu einem «Theater der Jugend» aufarbeiten. Da die Aktenbestände aber nicht sehr reichhaltig waren und überdies in Bezug auf das Volkstheater mehr städtisches Geld (also auch mehr Sprengstoff) auf dem Spiele stand, soll hier das «Theater für das Volk» behandelt werden.
- ²⁷⁶ Mit der von der Literaturwissenschaft meist vernachlässigten Frage des Volksstückes beschäftigt sich der von *Jürgen Hein* herausgegebene Sammelband: Theater und Gesellschaft. Das Volksstück im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1973. Für die hier wichtigen Fragen vor allem *Jürgen Hein*, Das Volksstück. Entwicklung und Tendenzen, ebd. S.9ff. und von *Roger Bauer*, das Wiener Volkstheater zu Beginn des 19. Jahrhunderts: Noch nicht und (oder) doch schon Literatur, S.29ff.
- ²⁷⁷ Ebd., vor allem *Hein*, das Volksstück, S.9ff.; ausserdem dazu Kulturamt 345, Plan zu einer künstlerischen und dramaturgischen Neugestaltung des Münchner Volkstheaters. Allgemeine und grundsätzliche Voraussetzungen, verfasst 1938. Hier wird detailliert die Entwicklung dieser Theatergattung geschildert.
- ²⁷⁸ Ebd.; für das Münchner Theater am Isartor ist überdies zu nennen *Georg Schaumberg*, Das königliche Theater an dem Isartore in München, Geschichte einer Volksbühne, in: Beiträge zur Literatur- und Theatergeschichte, Festgabe für L. Geiger, Berlin 1918, S. 258-272. Ausserdem dazu 100 Jahre Theater am Gärtnerplatz 1865-1965, hg. vom *Bayerischen Staatstheater am Gärtnerplatz*, München 1965 sowie zusammenfassend Eugen Weigl, Die Münchner Volkstheater im 19. Jahrhundert 1817-1900, München 1961. Neben Wien und München spielten noch Berlin, Frankfurt a.M. und Hamburg eine Rolle.
- ²⁷⁹ dtv-Lexikon, München 1979, Bd. 20: Die Uraufführung fand am 30.9.1791 im Theater an der Wieden in Wien statt.
- ²⁸⁰ *Gerhard Fricke*, *Mathias Schreiber*, Geschichte der deutschen Literatur, Paderborn 1974, S. 195 f. Raimund (eigentlich Reimann) lebte von 1790 bis 1836. Zu seinen Hauptwerken gehören «Der Diamant des Geisterkönigs» (1824), «Der Bauer als Millionär» (1826), «Alpenkönig und Menschenfeind» (1814) und «Der Verschwender» (1834).
- ²⁸¹ Ebd., S. 196. Johann Nestroy lebte von 1801 bis 1862. Auch er war dem Wiener Vorstadttheater verbunden, parodierte Raimund, Grillparzer und Hebbel. Unter seinen Werken haben sich «Der Böse Geist des Lumpaci-Vagabundus» (1855) und «Einen Jux will er sich machen» u.a. bis heute in den Spielplänen gehalten. Gesellschaftssatire findet sich vor allem auch in Stücken wie «Zu ebner Erde und im ersten Stock» (1838).
- ²⁸² dtv-Lexikon, Bd. 1. Ludwig Anzengruber lebte von 1839 bis 1889 in seiner Geburtsstadt Wien und schrieb realistische Bauerndramen und -komödien. Zu seinen Werken gehören u.a. «Der Pfarrer von Kirchfeld» (1870), «Der Meineidbauer» (1872), «Der G'wissenswurm» (1874) und «Der Fleck auf der Ehr'» (1890).
- ²⁸³ *Hein*, das Volksstück, S. 10 und Kulturamt 345, Plan zu einer künstlerischen und dramaturgischen Neugestaltung des Münchener Volkstheaters, S.2. Dies bedeutet selbstverständlich nicht, dass nicht davon unabhängige Entwicklungen vor allem in Berlin, in Frankfurt und im plattdeutschen Bereich stattgefunden haben. Für Berlin vgl. z.B. *Wischer*, *Erika*, Das Wallner-Theater in Berlin unter der Direktion von Franz Wallner (1855-1868). Das Berliner Lokalpossen-Theater

- des Nachmärz, Diss. FU Berlin 1966.
- ²⁸⁴ *Hein*, Das Volksstück, S. 9ff.; zur Entwicklung des Volksschauspiels aus kirchlichen Passions-
spielen vgl. auch *Friske/Schreiber*, Geschichte der deutschen Literatur, S.44ff.
- ²⁸⁵ So konnte das Münchner Volkstheater zeit seines Bestehens keinen grossen Kassenerfolg ver-
buchen und drohte aufgrund finanzieller Schwierigkeiten mehrfach einzugehen.
- ²⁸⁶ Kulturamt 345, «Plan zu einer künstlerischen und dramaturgischen Neugestaltung des Münchner
Volkstheaters». Zumindest sah sich München gerne in diesem Lichte. Richtig ist zweifellos, dass
die Spielfreude und Theaterfreudigkeit des Münchner Publikums es Wien in gewisser Weise
vergleichbar macht, wenn auch das grossstädtisch-selbstironische Moment des Wiener Publi-
kums der eher am bäuerlichen Umland orientierten Münchner Situation fehlt.
- ²⁸⁷ Dazu vor allem Kulturamt 812 und 825 und HAH 303 bis 308.
- ²⁸⁸ Zu der «Volksbühnen-Bewegung» sei vor allem genannt *Albrecht Schöne*, Genossenschaftsartige
Vereinigungen der Theaterbesucher, Göttingen 1960; *Marlene Gärtner*, Verband der deutschen
Volksbühnen-Vereine, Düsseldorf 1978 und *Cecil William Davies*, Theater for the People. The
story of the Volksbühne, Manchester 1977. Darüber hinaus sind vor allem die Schriften von
Julius Bab, *Siegfried Nestriepke* und *Walter G. O schilewski* wichtig sowie *Albert Brodbeck*, Hand-
buch der Volksbühnenbewegung, Berlin 1930.
- ²⁸⁹ Zu der Entwicklung der «Theatergemeinden» finden sich Informationen bei *Schöne*, Genossenschafts-
artige Vereinigungen, S.87ff. und bei *Davies*, Theater, S. 165 ff. Ausserdem dazu Wille
und Werk, Ein Handbuch des Bühnenvolksbundes, hg. von der *Arbeitsgemeinschaft in der Reichs-
geschäftsstelle des Bühnenvolksbundes* unter der Leitung von *Wilhelm Karl Gerst*, Berlin 1928 und
Ziel und Weg vom Bund der Theatergemeinden, Bonn 1958.
- ²⁹⁰ *Schöne*, Genossenschaftsartige Vereinigungen, S. 13 ff.: Diese Koordination fand in grösserem
Umfang erst nach dem 2. Weltkrieg statt, als vor allem die Volksbühnen-Bewegung viel von
ihrem sozialistischen Impetus verloren hatte. Ausserdem dazu HAH 301, 353, 354, 355 u.a.
- ²⁹¹ *Gärtner*, Volksbühnen-Vereine, S. 13ff., *Davies*, Theater, S. 1ff.
- ²⁹² *Davies*, Theater, S. 139 ff.
- ²⁹³ Ebd., S. 165 f.
- ²⁹⁴ Ebd., S. 166.
- ²⁹⁵ Ebd., S. 165 ff. 1951 wurde in einer Konferenz in Frankfurt a.M. die Dachorganisation neu ge-
gründet. Die einzelnen Vereine waren jedoch bereits vorher in Aktion getreten: In München seit
1947. Dazu *Schöne*, Genossenschaftsartige Vereinigungen, S.87ff. und S.93ff.
- ²⁹⁶ HAH 354, Darlegungen des vorläufigen Abschlusses der Münchner Volksbühne und der freien
Gewerkschaften, o.J., wahrscheinlich März 1947.
- ²⁹⁷ HAH 354, Schreiben von Theatergemeinde und Kulturbund vom Herbst 1948.
- ²⁹⁸ Ein Beispiel dafür bieten die im Folgenden ausführlich dargestellten Verhandlungen um das
Volkstheater. Das «Nein» der Besucherorganisationen (HAH 305, z.B. Schreiben Altstadtrates
Mauerer von der «Volksbühne» vom 17.11.49) kam einem Todesurteil für das Theater gleich,
während ihre Bemühungen, die Münchner Philharmoniker zu halten, auch zu dem gewünschten
Erfolg führten; dazu s.o. das Kapitel Musikförderung.
- ²⁹⁹ *Schöne*, Genossenschaftsartige Vereinigungen, S. 15 und *Verband der deutschen Volksbühnenver-
eine* (Hrsg.), der 16. Volksbühnentag in Stuttgart, Berlin 1954.
- ³⁰⁰ Die «Städtische Volksspielgemeinschaft» nahm aber nur 1948, 1950 und 1952 (1558,-DM; 52,-
DM; 1'000,- DM) städtische Zuschüsse in Anspruch, obwohl ihr im Ansatz bis 1948 jährlich
2'000,- RM, ab 1949 jährlich 1'000,- DM zustanden. Dazu Haushaltssatzung der Stadt München.
- ³⁰¹ HAH 320, Schreiben Hells an das Direktorium A vom 8.6.49 und vom 12.5.48.
- ³⁰² HAH 314.
- ³⁰³ Kulturamt 344 und 345. Ferdinand Dörfler hatte das Theater 1934 mit der Auflage übernommen,
er werde keinen städtischen Zuschuss anfordern; dies wurde deswegen wichtig, weil der ehema-
lige Intendant des Hauses an der Herzogspitalstrasse 10a die Stadt um einen Zuschuss gebeten
hatte, da er sonst schliessen müsse (Kulturamt 344, Schreiben vom 13.1.1934). Um ohne Zu-
schuss spielen zu können, nahm Dörfler dann auch Stücke wie «Bezauberndes Fräulein» in sein
Programm auf, die in den Nachkriegsjahren vom «Münchner Lustspielhaus» aufgeführt und z.B.

von Held zur Begründung für hohe Vergütungssteuer genommen wurden (HAH 319, Schreiben vom 22.4.48 an Staatssekretär Sattler). Die Erhöhung der Vergütungssteuer fand 1937 statt, nachdem Dörfler den «Etappenhas`» und den «Frontgockel» in sein Programm aufgenommen hatte. Kulturamt 345, Sitzung der VFB-Beiräte (Beiräte für Verwaltungs-Finanz- und Baufragen) vom 14.10.37.

³⁰⁴ HAH 345; obwohl NS-Parteigenosse, hatte Dörfler seit seiner Übernahme der Intendanz gegen den Kritiker des «Völkischen Beobachters», Heinz Frank, ankämpfen müssen. Auch aus einem Schreiben des NS-Schatzmeisters vom 1.3.39 geht hervor, dass sich Dörfler den Nationalsozialisten unlieb gemacht hatte (HAH 346); es ging dabei um nun wieder einsetzende Zuschüsse der NSDAP in Höhe von 10'000,- RM jährlich, die Dörfler gestrichen worden waren. Nach dem Kriege wurde diese Haltung anerkannt, Dörfler als entlastet eingestuft (Kulturamt 820). Die Vergütungssteuer sollte, wie in der Sitzung der VFB-Beiräte vom 14.10.37 (Kulturamt 345) *expressis verbis* betont wurde, als Druckmittel gegen Dörfler verwendet werden: 3% seien zu verlangen, 2% zu stunden; werde Dörfler unbotmässig, seien diese sofort einzuziehen.

³⁰⁵ Kulturamt 345, Stellungnahme Dörflers von 1935.

³⁰⁶ Kulturamt 347; am 23.1.39 wurde das Volkstheater von der «Hauptstadt der Bewegung» übernommen. Ausserdem Kulturamt 345. Laut Vertrag vom 28.7.38 übernahmen die Kammerspiele das Theater mit Namen und Fundus für 100'000,- RM, von denen Dörfler auch noch die Schulden begleichen musste. Dörfler hatte in den vier Jahren seiner Intendanz etliches mehr dafür ausgegeben: Allein der Erwerb hatte ihn 140'000,- RM gekostet, er hatte das Haus umgebaut und in den ersten Monaten über 15'000,- RM monatlich zugesetzt. Kulturamt 345, Stellungnahme Dörflers von 1935.

³⁰⁷ In ihrem «Plan zu einer künstlerischen und dramaturgischen Neugestaltung des Münchner Volkstheaters» (Kulturamt 345) legten die neuen Direktoren ihre Vorstellungen klar.

³⁰⁸ Kulturamt 345, Plan zu einer ... von 1938, S. 3 f.; «Das mundartliche Volksstück wird sich mit dem Singspiel, dem modernen Lustspiel, dem Schwank und der Lokalposse zu bunter, aber einheitlicher Fülle vereinigen», schreiben die Autoren. Neben einer «Reihe Sonderveranstaltungen in enger Verbindung mit den nationalsozialistischen Kulturorganisationen», sollte also doch vorwiegend die heitere Seite des Volksstückes gepflegt werden, obwohl auch die Lustspiele, entgegen der Verfahrensweise Dörflers, eher «volkstümlichen» Charakter tragen sollten. Ebd.

³⁰⁹ Ebd., S. 4f.; es ist von heute aus natürlich schwer nachzuvollziehen, bis zu welchem Grade solche

³¹⁰ Formulierungen nur als Pflichtformeln für die nationalsozialistische Führung gedacht waren, oder ob sie der wirklichen Überzeugung der Verfasser entsprachen. Aussagen wie die folgende lassen sich so oder so lesen: «Volkslied und Volkstanz sind als wichtige Bestandteile des Brauchtums eine viel zu ernste Sache, als dass man sie aus gewinnsüchtigen Gründen in den Gestaltungsplan eines Theaters einbeziehen dürfte. Das ist aber auch nicht die Absicht des neuen Volkstheaters...» Auch die Einrichtung einer «Versuchsbühne» innerhalb des Volkstheaters wird linientreu (oder geschickt?) begründet: In «enger Fühlung mit der Rundfunkspielschar der HJ» und als «Theater der Jugend» sollte man «jungen Autoren, soweit sie es verdienen» den Weg zum Theater offenhalten. Dies sei nicht gleichzusetzen mit «literarischem Experimentieren».

³¹¹ Kulturamt 348, als Beispiel ein Schreiben des Rats Herrn Reinhard an Holsboer bezüglich des Stückes «Die einfachste Sache der Welt» vom 2.8.41, in dem ganz klar Zensur ausgeübt wurde, Striche gefordert und deutliche Hinweise gegeben wurden. Ebenso deutlich war aber auch das Schreiben des NS-Schatzmeisters vom 1.3.39 (Kulturamt 346), der seine «ideelle und finanzielle Unterstützung» zusagte, die er Dörfler entzogen hatte.

³¹² Kulturamt 349, Bericht des Münchner Volkstheaters. Dies lag beträchtlich über den Einnahmen, die Ferdinand Dörfler erzielen können: 1935 275'816,69 RM, 1936 389'878,69 RM, 1937 337'492,84 RM (Kulturamt 345; die hier angegebenen Zahlen Dörflers beziehen sich auf die Kalenderjahre).

³¹³ Kulturamt 349.

³¹⁴ HAH 305, Schreiben Dr. Wilfrid Feldhütters, Geschäftsführer nach Holsboers Erkrankung 1949,

- an Held vom 2.2.50. Feldhütter gibt dabei einen «Auszug aus dem Spielplan des Münchner Volkstheaters während der Jahre 1938-1950.» Zwischen Stücken, die vor 1945 und solchen, die nach 1945 aufgeführt wurden, macht Feldhütter dort keinen Unterschied.
- ³¹⁵ Willem Holsboer, geboren am 3.8.1905, war Schweizer. Dies rettete ihn auch über die amerikanischen Entlassungen hinweg. Dazu auch Kulturamt 812: Im Januar 1938 hatte Holsboer das Volkstheater übernommen, nach der Spielzeit 1948/49 schied er aus städtischen Diensten aus und übernahm die Geschäftsführung der «Volkstheater G.m.b.H.» (Schreiben von Millers vom 15.9.1949). Im Herbst 1949 erkrankte er schwer und übergab die Geschäftsführung an Dr. Wilfrid Feldhütter und Carl Gabélick.
- ³¹⁶ Kulturamt 812, Vertrag Holsboers mit der Stadt vom 27.10.45 und Kulturamt 770, Vertrag Buckwitz mit der Stadt vom 21.10.45.
- ³¹⁷ Erst im Juli/August 1945 entschied sich die Stadt, die Städtischen Bühnen weiterzuführen. Dazu *Meier*, Kammerspiele, S.23f.
- ³¹⁸ *Meier*, Kammerspiele, S. 363 und S. 14; der «Hammelkomödie» folgte am 7.10.45 «Sturm im Wasserglas» von Bruno Frank, am 8.12.45 «Kasperl und die Königskinder» von Oskar Weber, am 20.12.45 «Das Versteckspiel» von Calderon, in der Bearbeitung von Fulda, 1946 dann «Der Hexer» von Edgar Wallace, «Das schwedische Zündholz» von Ludwig Hirschfeld, «Die verlorenen Schuhe», von Ernst Penzoldt, «Die Brautfahrt zu Petersburg» von Gogol/ Streicher, «Strassenmusik» von Paul Schurek, «Der Passagier ohne Gepäck» von Anouilh u.a.m. Bereits anhand dieses Programms lässt sich feststellen, dass das süddeutsche Volkstheater nicht den wichtigsten Raum innerhalb der Aufführungen einnahm. Möglicherweise befürchtete man, in den Geruch von Volkstümelei oder gar «Blut und Boden» zu kommen und sich so bei den Amerikanern unbeliebt zu machen.
- ³¹⁹ Kulturamt 2, Bericht Buckwitz an Oberbürgermeister Scharnagl vom 28.5.46.
- ³²⁰ *Meier*, Kammerspiele, S. 14.
- ³²¹ Ebd.; ausserdem Kulturamt 1164, Bericht Holsboers über das Münchner Volkstheater. Die Schornstrasse wäre insofern besonders günstig gewesen, als man dort nur die Bühne hätte umbauen müssen.
- ³²² Zu den Verhandlungen mit der Löwenbrauerei Kulturamt 815; hier ging es vor allem um die Höhe der Miete. Dazu Schreiben der Brauerei vom 10.12.45, Schreiben Przemeks vom 3.11.45 und Schreiben Rechtsrat Hornungs vom 20.11.45. Es erfolgte dann eine Einigung auf 2'000,- RM monatlich (3.1.46). Zur Eröffnung Kulturamt 815, Vormerkung und Antrag Oberbürgermeister Scharnagls vom 17.12.45, wo dieses Datum genannt ist.
- ³²³ Kulturamt 815, Vormerkung und Antrag Scharnagls vom 17.12.1945; dort ist als spätestes Eröffnungsdatum noch der 15.2.1946 genannt. Zur Eröffnung am 21.3.46: Kulturamt 2, Schreiben Buckwitz an Oberbürgermeister Scharnagl vom 26.5.1946.
- ³²⁴ Kulturamt 815, Vormerkung und Antrag Oberbürgermeister Scharnagls vom 17.12.45. Betrifft: Bereitstellung ausserplanmässiger Ausgabemittel beim UA. 326 «Münchner Volkstheater», Hhst. 190, «Umbaukosten für den Posthof in Pasing und für das Hotel Bayerischer Hof» für das Rjhr. 1945. Für den Postsaal waren dabei 17'200,- RM, für den Bayerischen Hof 59'400,- RM, neben einem Architektenhonorar von 9'000,- RM, veranschlagt worden.
- ³²⁵ Kulturamt 821, Wiederaufbauspenden für das Volkstheater: Neben grossen Versicherungen, Brauereien und Banken hatte auch die Pächterin des Luitpoldkinos, Lonny van Laak, beträchtliche Summen gesammelt.
- ³²⁶ Kulturamt 815, Schreiben von Harry Buckwitz an Oberbürgermeister Scharnagl vom 28.5.46: Immerhin waren am Volkstheater Ende 1945 wieder 57 Schauspieler, sechs Angestellte, 28 Arbeiter und acht Hilfsarbeiter beschäftigt; eine Zusammenlegung der Verwaltung versprach vernünftige Einsparungen.
- ³²⁷ Kulturamt 2, Entwurf Buckwitz «Entwurf für einen organisatorischen Neuaufbau» von 1946. Buckwitz ging darin davon aus, dass es unter der Ägide eines Leiters besser gelingen werde, Aufgaben und Spielpläne der beiden Theater zu koordinieren und jeder Bühne die für sie geeigneten Stücke zuzuteilen. Engel war jedoch gar nicht daran interessiert, in grösserem Umfange auf das Volkstheater einzuwirken; er überliess die künstlerische Leitung des Volkstheaters vollständig Holsboer. Das dürfte auf Engels mangelnde Beziehung vor allem zum süddeutschen

- Volksstück zurückgehen: Er hätte die «bodenständige Kunst» lieber andernorts gepflegt gesehen (Kulturamt 773, Spielplanskizze). Dazu auch *Meier*, *Kammerspiele*, S.66f.
- ³²⁸ Kulturamt 2, Fiskalische Ergänzung; Buckwitz errechnete darin mögliche Einsparungen von 255'000,- RM für Sachausgaben, Verwaltungspositionen und Ensemble-Doppelbesetzungen.
- ³²⁹ Kulturamt 1114, Schreiben Buckwitz an das Direktorium C über die Besprechungen mit van Loon und Behr vom 10.4.1946.
- ³³⁰ Kulturamt 1157, Brief Oberbürgermeister Scharnagls an Engel vom 6.5.1946.
- ³³¹ Kulturamt 812, Vertrag Holsboers mit der Stadt.
- ³³² So berichtete Buckwitz, dem Pasinger Publikum seien nur Lustspiele, Schwänke, Kriminalstücke und Bauernkomödien mit Erfolg anzubieten, literarisch Anspruchsvolleres sei zum Scheitern verurteilt (Kulturamt 815, Schreiben Buckwitz an Held vom 16.8.1946). Ausserdem dazu Kulturamt 824, Beschluss des vereinigten Finanz- und Kulturausschusses vom 14.12.1949
- ³³³ Kulturamt 815, Schreiben Buckwitz an Held vom 16.8.46.
- ³³⁴ Die kommerzielle Tätigkeit der Städtischen Bühnen wurde von den Gewerkschaften und der amerikanischen Theaterkontrolle nicht gerne gesehen (Kulturamt 815, Sitzung des Kulturausschusses vom 17.1.47). Gekündigt wurden 15 Bühnenkräfte und 5 technische Kräfte. Der Wegfall dieser Einnahmen aus der Vermietung musste vom Stadtrat gebilligt werden, der ihn ja später auszugleichen hatte. In der Sitzung vom 17.1.47 genehmigte man dies zwar, hoffte das Defizit aber durch bessere Platzausnutzung ausgleichen zu können.
- ³³⁵ HAH 306, Vormerkung und Schreiben der Stadt an die Gebrüder Volkhardt, Besitzer des Bayerischen Hofes, vom 29.3.49. Der Mietvertrag mit dem Bayerischen Hof vom 26.10.45 findet sich in B.u.R. 2094/2.
- ³³⁶ HAH 303, Schreiben Buckwitz an Held vom 5.4.1948; Betreff: Künstlerische Souveränität des Volkstheaters. In der ursprünglichen Auffassung der zuständigen Bühnenangehörigen, der Amerikaner und der Stadt war man nur von einer verwaltungsmässigen Verschmelzung ausgegangen. Die künstlerische Verschmelzung hatte sich dadurch ergeben, dass Schauspieler für einzelne Stücke von jeweils einem der beiden Theater angefordert wurden und daher die Spielpläne koordiniert werden mussten.
- ³³⁷ Ebd.
- ³³⁸ Dazu z.B. HAH 303, Bericht Holsboers an Oberbürgermeister Scharnagl, o.J., wahrscheinlich April/Mai 1946, über Rentabilität und Spielplan des Volkstheaters.
- ³³⁹ HAH 303, Schreiben Buckwitz vom 5.4.48. Die Bildung dieses «Kleinen Hauses» hätte allerdings auch nach Buckwitz' eigener Auffassung zum Verschwinden des Volkstheaters geführt.
- ³⁴⁰ HAH 303, Schreiben Holsboers über Rentabilität und Spielplan, o.J.; Schreiben Helds an den Oberbürgermeister vom 23.4.48 und Schreiben Scharnagls an die Fraktionen des Stadtrats vom 22. Mai 1948.
- ³⁴¹ Dazu vor allem HAH 294; Abwarten, Hinhalten und Verhandeln lag den meisten Aktionen in diesem halben Jahr zugrunde. Auch der Deutsche Städtetag und der Deutsche Bühnenverein mahnten zur Vorsicht (HAH 294, Deutscher Bühnenverein, 8.7.48, unterzeichnet von seinem Vizepräsidenten, Gustav Gründgens).
- ³⁴² HAH 294, z.B. Beschluss des Finanzausschusses vom 19.7.1948. Ausserdem Kulturamt 822, Schreiben Scharnagls an Held vom 31.1.49: Eine Aufgabe des Volkstheaters könnte der Stadt ermöglichen, ihre «finanziellen und moralischen Kräfte» ganz den Kammerspielen zu widmen.
- ³⁴³ HAH 294; einen Überblick über diese Situation gibt vor allem der «Bericht über die Mitgliederversammlung der Städt. Bühnen» vom 29.7.48.
- ³⁴⁴ Diese Beratungen finden sich vor allem in Kulturamt 824 und in HAH 305,306, 307 und 308. Die Vielzahl der zu diesem Thema abgehaltenen Sitzungen des Kultur- und des Finanzausschusses und der betroffenen Betriebsräte, sowie die umfangreichen Exposé und Stellungnahmen z.B. von Holsboer, Buckwitz, Hans Zimmermann, H.L. Held, Bürgermeister Scharnagl und Oberbürgermeister Wimmer weisen darauf hin, dass man sich die hier anfallenden Entschlüsse nicht leicht machte. Allgemein wurde die Notwendigkeit der Verselbständigung des Volkstheaters auch von Seiten der Stadt bedauert.
- ³⁴⁵ Kulturamt 824, Sitzung des Kulturausschusses vom 18.2.49; ausserdem dazu Brief von Bür-

- germeister Scharnagl an Holsboer vom 20.2.1949.
- ³⁴⁶ HAH 306, Vereinbarung zwischen Schündler und der Stadt vom 5.3.49; die Stadt mietete demnach die «Schaubude» vom katholischen Gesellenverein St. Anna und übernahm die Einrichtung und den Fundus von Schündler. Dafür übernahm die Stadt Verpflichtungen Schündlers in Höhe von 25'000,- DM.
- ³⁴⁷ HAH 305, Sitzung vom 25.4.49: Als Partner kamen dabei der Rundfunk, der Staat, eine Münchener Brauerei, die Besucherorganisationen, die Volkshochschule und die grossen Münchener Zeitungen in Frage.
- ³⁴⁸ HAH 305, Vertrag URNr. 1827 vom 27.7.1949; die Stadt brachte 20'000,-, der Verkehrsverein 5'000,- DM Grundkapital ein.
- ³⁴⁹ HAH 305, Schreiben Oberbürgermeister Wimmers vom 26.9.49 an das Volkstheater.
- ³⁵⁰ Ebd.: von den bis September ausgegebenen 57'000,- waren allerdings 20'000,-DM der städtischen Kapitaleinlage zugeflossen. Es hätte der Stadt überdies klar sein müssen, dass die Umbauten der ersten Zeit nicht mit den laufenden Mitteln zu bestreiten sein würden. Aus dem ersten Schreiben Wimmers geht daher hervor, dass es der Stadt so ernst vielleicht doch nicht mit dem Erhalt des Volkstheaters gewesen sein mag. In seinem Schreiben vom 25.10.49 bestätigt der Aufsichtsratsvorsitzende der Volkstheater G.m.b.H., Stadtrat Hanfstaengl, dem Volkstheater auch mit Recht, es habe ja eigentlich erst im Oktober, nach zwei Gastspielen, richtig zu Spielen angefangen und man müsse noch abwarten. Eine ähnliche Haltung vertrat dann der Kulturausschuss am 26.10.49, der dem Volkstheater allerdings nur noch einen Monat Bewährungsfrist einräumte (Kulturamt 824).
- ³⁵¹ Kulturamt 824: Der Referent, Bürgermeister von Miller, sprach in der Kulturausschusssitzung vom 26.10.49 von 43%iger Platzausnutzung.
- ³⁵² Kulturamt 823, Denkschrift des Betriebsrats des Volkstheaters vom 8.3.50, Brief Holsboers an Oberbürgermeister Wimmer vom 13.2.50, Brief Leopold Janottas, Vorsitzender im Theaterverein des neuen Münchener Volkstheaters vom 23.2.50 u.a.m.
- ³⁵³ Kulturamt 824, Beschluss der Vollversammlung vom 20.12.49 und des vereinigten Kultur- und Finanzausschusses vom 14.12.49. Es wurden über die angesetzten 111'110,- DM hinaus 233'815,60 DM genehmigt.
- ³⁵⁴ Kulturamt 818; ausserdem Abendzeitung vom 7.9.50. Zur «Unkündbarkeit» der betroffenen Bühnengehörigen vor allem Kulturamt 813, Beschluss des Kulturausschusses vom 26.10.49 und vom 20.7.49; besonders die Mitarbeiter mit mehr als 10jähriger Bühnenzugehörigkeit waren von diesem Schutz betroffen.
- ³⁵⁵ Dazu vor allem HAH 304, Kulturamt 823 und 825. Am 13.7.51 betrug das Restvermögen der Volkstheater G.m.b.H. noch 11'377,-DM.
- ³⁵⁶ Kulturamt 823, Satzungen der Münchener Volkstheater e.V. vom April 1950.
- ³⁵⁷ Kulturamt 818, «Volkstheater in zweierlei Gestalt», AZ vom 7.9.50.
- ³⁵⁸ Ebd. und Kulturamt 813, Vormerkung des Werk- und Fiskalreferats vom 22.2.1950.
- ³⁵⁹ Kulturamt 818, «Künstlerische Laufbahn von Ludwig Bender». Bender war 1908 in Freiburg (Baden) geboren und hatte neben seiner Tätigkeit in München (Staatsschauspiel, Staatsoperette, Deutsches Theater, Volkstheater) auch in Freiburg i.Br. und in Braunschweig gewirkt. Er hatte Erfahrung in Film und Funk und als Bühnenautor aufzuweisen.
- ³⁶⁰ Kulturamt 813, «Münchener-Volkstheater-Ensemble im Deutschen Theater (Silbersaal)» vom 5.7.50. In diesem Exposé legt das Theater auch seine Vorstellungen über Spielplan und Gestaltung vor.
- ³⁶¹ Kulturamt 818, Beschluss des Kulturausschusses vom 22.9.50. Diese «grundsätzlichen Erwägungen» bestanden vor allem darin, dass das Theater nach Wiederinbetriebnahme des Deutschen Theaters dort werde ausziehen müssen und dann möglicherweise mit der Bitte um höhere Zuschüsse an die Stadt herantreten werde, die dann schwer abzulehnen sei. Zum Beitritt der Stadt ebd.
- ³⁶² Kulturamt 818, Beschluss des Kulturausschusses vom 21.2.51 und Anträge des Volkstheaters vom 20.12.50 und vom 10.1.51. Einen Gewinn hatte das Theater, das sich sein Anfangskapital vor allem durch Beiträge der Mitglieder und durch Rundfunkspenden geschaffen hatte, nicht erwirtschaftet: Mit Stücken wie «Geliebter Lump» von Nestroy, «Es geht um die Wurst» von

- Hirmann, «Kasperl und die Mondlaterne» von Ludwig Schuster, «Protektion» von Gustav Davies, «Graf Schorschi» von Schwerla und «Birnbaum und Hollerstauden» von Josef Maria Lutz konnte es sich in den ersten Monaten aber immerhin über Wasser halten und ein Defizit vermeiden.
- ³⁶³ Kulturamt 818, Beschluss des Kulturausschusses vom 21.2.51 und Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 8.5.51.
- ³⁶⁴ Kulturamt 823, Niederschrift über die Gesellschafterversammlung der Münchner Volkstheater G.m.b.H. am Freitag, 13.7.51.
- ³⁶⁵ Dazu AZ vom 10.8.51, Nr. 183, «Volkstheater im Stich gelassen», Artikel von «His» und SZ vom 27.8.51, Nr. 223, «Der letzte Seufzer» von *Walter Panofsky*: «An den Folgen ungenügender Finanzierung und infolge einiger anderer unglücklicher Umstände verschied kürzlich auf dem Wege eines Vergleichsverfahrens in einem Anwesen an der Schwanthalerstrasse das ‚Münchner Volkstheater‘. Unter den trauernden Hinterbliebenen befinden sich Direktor und Kulissenschieber, Schauspieler und Programmverkäuferinnen, die Souffleuse und die Besucher, sowie eine erkleckliche Anzahl anderer Leidtragender...»
- ³⁶⁶ SZ vom 13.6.1958, Nr. 141, «Ein Volkstheater wandert durch München», AZ vom 4.9.1958, «Volkstheater spielt ‚Schusternazi‘» und MM vom 4.9.1958, Nr. 212, «Thomas ausgepichter Schusternazi» von *Kurt Preis*.
- ³⁶⁷ Münchner Stadtanzeiger vom 24.4.59, Nr. 17, «Neuer Anlauf zum Volkstheater».
- ³⁶⁸ Volkstheater im Sonnenhof, Spielzeit 1959/60, Programmhefte, H. 1, Vorspruch Loibners an das Publikum und MM vom 9.11.59, Nr. 268, «Auftakt im neuen Münchner Volkstheater» von *Walter Kiaulehn*.
- ³⁶⁹ Zu diesen Vorgängen z.B. AZ vom 15.10.64, Nr. 284, «Volkstheater in Nöten von *Karsten Peters*, SZ vom 20.10.64, Nr. 262, «Das Volkstheater verdient es» und Münchner Stadtanzeiger vom 20.11.64, Nr. 47, «Das Volkstheater in eigener Sache». Für 1969 z.B. SZ vom 20.6.69, Nr. 147, «Das Volkstheater spielt weiter», Münchner Stadtanzeiger vom 1.4.69, Nr. 26, «200'000 Mark jährlich für Privat Bühnen» und vom 20.5.69, Nr. 40, «Kann das Volkstheater mit 120'000 Mark auskommen?» Zum Ende von Loibners Volkstheater z.B. SZ vom 30.9./ 1.10.1972, Nr. 225, «Der letzte Vorhang im Volkstheater» von *Karl Schumann*.
- ³⁷⁰ Zu den Initiativen der siebziger Jahre z.B. SZ vom 28.7.1972, Nr. 171, «Ein Volkstheater als Wanderbühne?», AZ vom 25.4.1975, Nr. 95, «Ein subventionierter Misserfolg» von *Charlotte Nennecke*. Zur aktuellen Diskussion z.B. SZ vom 21./22.8.1982, «Jetzt zum Volkstheater stehen» von *Franz Freisieder* und Münchner Stadtanzeiger vom 17.9.82, «Entscheidung für das Volkstheater» und «Konzept des zukünftigen Intendanten», u.a.m.
- ³⁷¹ Zimmermanns Exposé findet sich in HAH 306; es datiert vom 22.12.48. Buckwitz' Exposé stammt vom 20.12.48 und findet sich in Kulturamt 822.
- ³⁷² Ebd.; besonders bei Buckwitz ist der Vorbildcharakter der Berliner «Volksbühne» deutlich zu erkennen.
- ³⁷³ Zimmermanns Exposé baut auf ähnlichen Voraussetzungen auf; daher soll hier in erster Linie von Buckwitz' Konzept ausgegangen werden. Auch Zimmermann strebte eine «Volksbühne» an; im Gegensatz zu Buckwitz meinte er jedoch, das Deutsche Theater in der Schwanthalerstrasse könne nur als Übergangslösung genützt werden. Er war für den Bau eines neuen Hauses mit 1'400-1'600 Plätzen; in München bestand Zimmermanns Meinung nach nicht ein Theater, «das als Idealtyp eines grossen Volks-Schau-Spiel-Hauses anzusprechen» wäre.
- ³⁷⁴ Kulturamt 822, Exposé Buckwitz vom 20.12.48.
- ³⁷⁵ Ebd.
- ³⁷⁶ Kulturamt 822, Konzept Buckwitz vom 20.12.48: Die Preisspanne sollte von 80 Pfennigen bis 3,80 DM reichen, breite Kontingente für die Besucherorganisationen hätten 1,50 DM gekostet.
- ³⁷⁷ Ebd.: «Das Erreichen einer solch hohen Besucherzahl ist nur möglich, wenn Kulturbund und Theatergemeinde dieses Theater als ihre grundsätzliche Stammbühne betrachten und den Spielplan ihren Erfordernissen entsprechend aufbauen».
- ³⁷⁸ Ebd.
- ³⁷⁹ Ebd.

- ³⁸⁰ Kulturamt 822, Konzept Buckwitz vom 20.12.48; auch die Räumlichkeiten sollten «volkstümlich» sein, da sich das Theater «ganz bewusst ausserhalb aller gesellschaftlichen Repräsentation stellen müsste.»
- ³⁸¹ Ebd.; ausserdem dazu u.a. *Gärtner*, Volksbühnenvereine, S.24ff. Das Theater war am 30.12.1914 eingeweiht worden und entwickelte sich zu einer hervorragenden Bühne unter Emil Lessing, Friedrich Kayssler, Fritz Holl (der Erwin Piscator als Spielleiter engagierte), Heinrich Neft, Karl-Heinz Martin und Heinz Hilpert. In der NS-Zeit, im Jahre 1937, wurde das Theater Reichsbesitz.
- ³⁸² *Verband der Volksbühnenvereine* (Hrsg.), 16. Volksbühnentag in Stuttgart. Berlin 1954; ausserdem dazu *Schöne*, genossenschaftliche Vereinigungen, S. 15.
- ³⁸³ HAH 306, Vormerkung Bürgermeister Scharnagls für Hans Ludwig Held vom 5.1.49. Scharnagl bezieht sich zwar auf ein «ausführliches Schreiben des Intendanten Holsboer vom 20.12.48», da dies jedoch in den Akten nicht zu finden ist und Scharnagl sich deutlich auf Buckwitz' Konzept vom 20.12.48 stützt, kann man eine Identität der Schreiben annehmen.
- ³⁸⁴ HAH 306, Vormerkung Bürgermeister Scharnagls vom 5.1.49.
- ³⁸⁵ Ebd.; zu Scharnagls Vorliebe für die Musik s.o. das Kapitel Musikförderung. In dem hier erwähnten «Musikhaus» hätte Scharnagl gerne die verschiedensten Arten von Musik gepflegt, «vom Solistenkonzert angefangen, zur Kammermusik und zum künstlerisch grösstmöglichen Raum für die grossen Konzerte.»
- ³⁸⁶ Ebd.
- ³⁸⁷ Ebd.; damit hätte die Stadt für die Musikpflege 1'100'000,- DM, für die Pflege der Sprechtheater 700'000,- und für die bildende Kunst 200'000,- DM aufgewendet. Wenn dies später auch nicht in vollem Umfang verwirklicht wurde, so spiegelt er doch die städtische Kulturarbeit in einer Art Zerrbild wieder: Viel Geld für Theater und Musik, wenig für bildende Kunst, Literatur, Film, Denkmalpflege.
- ³⁸⁸ HAH 306, Exposé Zimmermanns vom 22.12.48. Zimmermann bezeichnete dieses Vorgehen selbst als «Idealfall», durch dessen Schilderung er eine «fruchtbringende Diskussion» auslösen wollte.
- ³⁸⁹ HAH 306, «Gedanken zur Raumfrage des Münchner Volkstheaters», 28.1.1949, verfasst von Hans Zimmermann; diese «Gedanken» waren kombiniert mit einer ersten Besichtigung der Räume der «Schaubude», die er als Übergangslösung für das Volkstheater durchaus akzeptierte. Für das Theater erhoffte sich Zimmermann die «antike Form», da er hier «den Zusammenschluss zur Gemeinde» am besten verwirklicht sah. Für Konzerte hielt er eine «Hörsaalform» für ideal.
- ³⁹⁰ HAH 306, Sitzung des Kulturausschusses vom 8.1.49.
- ³⁹¹ Ebd.; Hanfstaengl ging dabei davon aus, dass der neue Staatstheaterintendant J.A. Lippi, selber «Heimatlidichter», einem städtischen Volkstheater spielplanmässig vieles wegnehmen werde, wenn erst einmal das Staatsschauspiel wieder voll einsatzfähig sei. Hieber sprach sich für einen Volkstheater-Neubau aus, der zusammen mit dem Staat in Angriff genommen werden solle. Beide waren sich aber darin einig, dass das bestehende Volkstheater nicht erhaltenswert sei.
- ³⁹² HAH 306, Sitzung des Kulturausschusses vom 8.1.49.
- ³⁹³ Ebd.; Zu Scharnagls Sinneswandel Kulturamt 822, Schreiben an Held vom 31.1.1949. Auch Scharnagl bezog sich darin auf Lippis Bühnenpläne und schlug vor, das Volkstheater mit der Staatsoperette im Gärtnerplatztheater zusammenzulegen.
- ³⁹⁴ HAH 306, Sitzung des Kulturausschusses vom 8.1.49; einzig Stadtrat Neumann stellte zur Diskussion, der Kulturausschuss könne durch Programmgestaltungsvorschläge dem Volkstheater Impulse geben. Daraus ist auch ersichtlich, dass man eigentlich an ein Volkstheater nicht mehr glaubte, bzw. dass dem Kulturausschuss dazu eben nichts einfiel. Dies ist wiederum ein deutliches Zeichen für die Ratlosigkeit, mit der man dem Problem gegenüberstand und die alle Debatten zu diesem Thema durchzieht. Man bezog sich dabei vor allem auf das traditionelle Volkstheater: für das Konzept eines «Theaters des Volkes» setzte sich aus sozialen Gründen wenigstens Stadtrat Seemüller ein.
- ³⁹⁵ HAH 306, Sitzung des Kulturausschusses vom 18.2.49; in seinem Bericht über die Räumlich-

- keiten in der Schaubude hatte Hans Zimmermann bereits am 28.1.49 darauf hingewiesen, dass etliche Umbauten vorgenommen werden müssten und die «Schaubude» nur als vorübergehende Lösung anzusehen sei. Ausserdem dazu HAH 306, Vormerkung Scharnagls vom 27.1.49.
- ³⁹⁶ HAH 306, Sitzung des Kulturausschusses vom 18.2.1949 und Kulturamt 824, Brief Scharnagls an Willem Holsboer vom 20.2.1949. Zu den Reaktionen Holsboers, Buckwitz' und der Mitglieder des Volkstheater-Ensembles auf diese Beschlüsse HAH 305 und 306.
- ³⁹⁷ HAH 305, Sitzung des Kulturausschusses betr. Gründung einer Volkstheater G.m.b.H. am 25.4.1949 und die Verhandlungsberichte Helds von April/Mai 1949. In der Sitzung vom 25.4.49 wurden ausführlich nochmals alle Möglichkeiten durchdiskutiert, die bereits im Januar zur Sprache gekommen waren. Stadtkämmerer Hielscher bestand darauf, den Zuschuss auf 190'000,-DM zu begrenzen und auch den Gesellschafteranteil der Stadt nicht über 50% gehen zu lassen.
- ³⁹⁸ HAH 305, Schreiben Staatssekretär Sattlers vom 15.2.49 an Bürgermeister Scharnagl «Betrifft: Stand der Theater in München». Sattler sah die Aufgabe des Staates in einer Pflege der Oper, der Operette und des Schauspiel, die der reinen Musikpflege, «d.h. die Erhaltung eines erstklassigen Kulturorchesters» weitgehend beim Rundfunk und den Erhalt einer weiteren Sprechbühne bei der Stadt. Er gestand also der Stadt bei Weitem nicht die Aufgaben zu, die sie selber für sich in Anspruch nahm und die sie auch finanziell abdeckte.
- ³⁹⁹ Ebd.
- ⁴⁰⁰ HAH 306, Vereinbarung zwischen Schündler und der Stadt vom 5.3.49.
- ⁴⁰¹ HAH 305, Vormerkung Helds über die Besprechung mit von Scholtz vom 27.4.49; von Scholtz vertrat in diesem Gespräch auch den Standpunkt, eine Bevorzugung des Volkstheaters müsse zur Benachteiligung des am Rundfunk tätigen «freien Ensembles» von 600 Mitgliedern führen. Damit schied der aussichtsreichste, weil finanzkräftigste Partner, auf den man viel Hoffnung gesetzt hatte, aus.
- ⁴⁰² HAH 305, Sitzung vom 25.4.49: Held hatte schon in der Sitzung zur Erheiterung seiner Kollegen darauf hingewiesen «Was Friedmann angehe, so werde er im ‚Streiflicht‘ sich positiv einstellen, beim Zahlen hingegen sehr negativ.» Zu den Verhandlungen Helds mit dem Münchner Merkur und der SZ HAH 305, Vormerkung Helds vom 16.5.49.
- ⁴⁰³ HAH 305, Vormerkung Helds vom 30.4.49 über das Gespräch mit Mauerer.
- ⁴⁰⁴ HAH 305, Vormerkung Helds vom 29.4.49 über das Gespräch mit der Theatergemeinde.
- ⁴⁰⁵ HAH 305, Schreiben der Theatergemeinde an den Stadtrat vom 17.5.49.
- ⁴⁰⁶ HAH 305, Schreiben der Theatergemeinde an den Stadtrat vom 17.5.49. Der Wiederaufbau der Tonhalle würde, nach Meinung der Theatergemeinde, «bestimmt nicht mehr Mittel erfordern als der gewagte Versuch der Belegung einer nach unserer Meinung verlorenen Sache.»
- ⁴⁰⁷ HAH 305, Sitzung vom 25.4.49; Lippi war ja gleichzeitig auch Vorsitzender des Rundfunkrates und hatte daher besondere Möglichkeiten.
- ⁴⁰⁸ Ebd., S.28.
- ⁴⁰⁹ Kulturamt 824, Sitzung vom 26.10.49.
- ⁴¹⁰ HAH 305, Schreiben Altstadtrat Georg Mauerers vom 17.11.49, der «als alter Münchner» seine Ablehnung besonders bedauerte.
- ⁴¹¹ Kulturamt 824, Sitzung vom 14.12.49, Aussage Bürgermeister von Millers. Ausserdem Kulturamt 818, Kulturausschusssitzung vom 22.9.50: Darin kommt zum Ausdruck, dass die Stadtkämmerei und auch der Ausschuss das Volkstheater vorerst aufgegeben hatten. Auch in der Sitzung vom 21.2.51 (Kulturamt 818) wird noch diese Meinung vertreten, wenn man auch anmerkte, der Stadtrat habe niemals eine «grundsätzlich negative Haltung» dazu eingenommen.
- ⁴¹² HAH 305, Schreiben Mauerers vom 17.11.49.
- ⁴¹³ Kulturamt 818, Exposé des «Münchner Volkstheater-Ensembles» vom 5.7.50. In seinem Schreiben vom 10.1.51 nahm Intendant Ludwig Bender nochmals Argumente auf, die Buckwitz vertreten hatte, stiess damit aber auch nicht auf grössere Begeisterung.
- ⁴¹⁴ HAH 305, Auszug aus dem Spielplan des Münchner Volkstheaters während der Jahre 1938-1950, Held übersandt am 2.2.50 von Dr. Wilfrid Feldhütter.
- ⁴¹⁵ HAH 306, «3 Jahre Deutsches Volkstheater». Unter der Bezeichnung «Deutsche Charakterkomödien» liefen «Moral» von Thoma, «Datterisch» von Niebergall, «Kater Lampe» von Rose-

- now, «Schneider Wibbel» von Schlösser, der «Biberpelz» von Hauptmann und der «G'wissenswurm» von Anzengruber.
- 416 Ebd.; hierunter fielen «Die zwei Tellos» von Lope de Vega, «die Verliebten» von Goldoni, «Verstand schafft Leiden» von Gribojedow, «der Politische Kannegiesser» von Holberg, «Tartuffe» von Molière, «Volpone» von Ben Johnson, «Die verhängnisvolle Faschingsnacht» von Nestroy, «Der Verschwender» von Raimund und «Preziosa» von Wolf/Weber.
- 417 Ebd.; «So war Mama Druten» von Zuckmayer, «Der veruntreute Himmel» von Werfel, «Der schwarze Hecht» von Arnheim Burckart und «Artisten» von I. Stein fielen unter diese Sparte.
- 418 Ebd., darunter fielen: «Pfungstorgel» (Lippi), «Birnbäum und Hollerstauden» (Lutz), «Tegernseer im Himmel» (Stempler), «Die letzte Hexe» (Schleich), «Schusternazi» (Thoma), «Paradiesgärtlein» (Ortner), «Hexe von Passau» (Billinger) und Stücke von Fitz, Schwerla, Lippi, Deininger, Artunger.
- 419 Ebd.; «Schwarzwaldmädel» (Jessel), «Sissy» (Kreissler), «Försterchristi» (Zeller), «Dubarry» (Millöcker), «Liselott v.d. Pfalz» (Kunnecke), «Der Korporal» (Millöcker) wurden hier aufgeführt.
- 420 HAH 305, «Besucherfrequenz», Aufstellung vom November 1949.
- 421 Kulturamt 818, Schreiben Benders vom 10.1.50: «Es geht um die Wurst» von Hirmann (25 mal), «Kasperl und die Mondlaterne» von Ludwig Schuster (25mal), «Protektion» von Gustav Davies. Es sollten im Februar noch folgen «Graf Schorschi» von Carl Borro Schwerla und «Birnbäum und Hollerstauden» von Josef Maria Lutz.
- 422 SZ vom 11./12.9.1982; darunter versteht Intendant Haas Raimund, Nestroy, Anzengruber, Thoma, Molnar, Ruederer, Horvath, Valentin u.a.
- 423 Ebd.: Sperr, Lohmeier, Kroetz, Kurt Wilhelm, Polt u.a.
- 424 Ebd.: Pagnol, Sean O'Casey, de Philippe u.a.
- 425 Ebd.: Dies soll umfassen Stücke von Aristophanes und Plautus bis zu Jewgebij Schwarz «in zeitgenössischer Bearbeitung».
- 426 Ebd.: Hierbei ist gedacht an Shakespeare, Molière, Goldoni usw.
- 427 Dazu s.o. das Kapitel «Das Theater und die Finanzen».
- 428 HAH 351, Schreiben des «Platzl» an Held vom 4.9.51 und Befürwortung Helds vom 4.7.51.
- 429 HAH 320, Schreiben Helds an Professor Preetorius vom 12.5.48.
- 430 HAH 320, Schreiben Markgrabers an den Stadtrat vom 24.5.49.
- 431 HAH 320, Schreiben Helds an das Direktorium A vom 8.6.49.
- 432 HAH 322, Schreiben Helds vom 31.10.1950.
- 433 Zu den Besucherorganisationen sind vor allem einschlägig die Akten HAH 353,354 und 355, des Weiteren die Kulturamtsakten 368 und 369; im Umfeld auch HAH 318 und 336.
- 434 Vor allem die «Theatergemeinde» machte von ihren Möglichkeiten als Lobby der Besucher Gebrauch. Dazu HAH 353, z.B. Schreiben der Theatergemeinde an Buckwitz vom 14.6.49. Die Theatergemeinde betonte darin, sie werde im «theaterschlechten Monat Juli» keine Karten abnehmen, wenn ihr nicht bessere Plätze – natürlich zu den verbilligten Preisen – zugewiesen würden.
- 435 HAH 353; «Aus der Arbeit und dem Wollen der Theatergemeinde München», o.J., wahrscheinlich Herbst 1949.
- 436 HAH 354, Satzung des «Kulturbundes München» und Schreiben seines Gründers Mauerer vom 11.4.47. Der Bund definierte sich als «eine Abteilung des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, Ortsstelle München».
- 437 HAH 353, Satzung der Theatergemeinde, §2.
- 438 Kulturamt 368, Denkschrift der Theatergemeinde München an den Bayerischen Landtag vom 10.2.1932. Betrifft: Etat des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, hier: Bayerische Staatstheater und Besuchergemeinschaften, S. 2. Vor allem der soziale Aspekt, der hierbei in den Vordergrund gestellt wird, ist den Intentionen der Volksbühne vergleichbar.
- 439 Ebd., Denkschrift S.5f.
- 440 Kulturamt 368, Denkschrift der Theatergemeinde vom 10.2.1932, S. 10.
- 441 HAH 354, Satzung des Kulturbundes vom 11.4.47.
- 442 HAH 353, Satzungsentwurf der Theatergemeinde vom Mai 1947.

- ⁴⁴³ HAH 354, Satzungsentwurf des Kulturbundes vom 11.4.47 und HAH 353, Satzungsentwurf der Theatergemeinde vom Mai 47.
- ⁴⁴⁴ Dazu vor allem HAH 353 und 354, die Diskussionen um Theaterplätze und -preise.
- ⁴⁴⁵ Vorbereitungen und Gründung hatten bereits vorher stattgefunden, die Verträge mit den Theatern liessen jedoch noch auf sich warten. Dazu HAH 354, Geschäftsbericht des Kulturbundes vom 28.2.48: Demnach hatte der Kulturbund seine erste Vorstellung am 22.6.46 veranstalten können. Bei der Theatergemeinde fand die Gründung erst am 3.6.47, die Lizenzierung am 1.12.47 statt; HAH 353, Schreiben des Geschäftsführers der Theatergemeinde, Jakob Baumann, an den Stadtrat vom 29.12.47. Vorläufer war die Initiative Ludwig Siemers gewesen, der, ähnlich Mauerer, bereits 1945 den Wiederaufbau der Gemeinde betrieben hatte, jedoch bald darauf starb. HAH 355.
- ⁴⁴⁶ HAH 354, Briefwechsel zwischen Held, Mauerer und Scharnagl von 1946 und 1947; ausserdem z.B. die Besprechung bei Scharnagl vom 7.10.46, in der sich beide sehr früh für die Sache einsetzten.
- ⁴⁴⁷ HAH 354, z.B. Aktenvormerkung aus der Sitzung vom 12.3.47 im Büro des Kulturbeauftragten.
- ⁴⁴⁸ HAH 354, Schreiben Mauerers an die Militärregierung vom 27.11.45, in dem Mauerer «um die Erteilung der Genehmigung für die Vorarbeiten zur Gründung einer ‚Münchener Volksbühnen nachsucht; Erhard Auer, bis 1933 Führer der Sozialdemokraten Bayerns, hatte sogar das Amt des 2. Vorsitzenden inne gehabt.
- ⁴⁴⁹ Ebd.; Mauerer nennt noch die Sozialdemokraten Baier (Stadtschuldirektor) und Alfred Einstein («Musikhistoriker, Jude, z.Zt. Univ. New York») und die Demokraten Benno Becker («Kunstmaler, Jude»), Rapp («Professor, Museumsdirektor, Jude»), Rosenthal («Rechtsanwalt, Jude») und den städtischen Rechtsrat Hörburger.
- ⁴⁵⁰ HAH 354, Schreiben Mauerers an Held vom 4.8.46, vom 4.11.46 und vom 14.11.46, Schreiben Helds an Mauerer vom 5.9.46, vom 14.11.46 und vom 16.11.46. In dem Schreiben vom 16.11.46 schildert Held nochmals genau den Weg bis zur Lizenzierung: Meldung im Polizeipräsidium, Antrag auf Genehmigung einer Gründungsversammlung, Einreichen der Fragebogen und amtlichen Bestätigungen für die Vorstandsmitglieder (deutsch und englisch), dann Lizenzerteilung durch das Gewerbeamt.
- ⁴⁵¹ HAH 354, Besprechung bei Oberbürgermeister Scharnagl vom 7.10.46, an der teilnahmen Oberbürgermeister Scharnagl, H.L. Held, die Stadträte Weiss, Hanfstaengl, und Wieninger, Oberrechtsrat Dr. Dr. Keim, Generalintendant Bauckner, Ministerialrat Willi Cronauer vom Kultusministerium, Dr. Lades, Altstadtrat Mauerer, Direktor Buckwitz und Vitus Königsdorfer vom städtischen Theater- und Musikamt. Von der zukünftigen Theatergemeinde war niemand eingeladen. Der Hoffnung auf einen Zusammenschluss wurde aber deutlich Ausdruck gegeben.
- ⁴⁵² B.u.R. 2117, Bericht Mauerers vom 2.1.1950 «Münchener Volksbühne – Kulturbund 1945-1950»; der Zusammenschluss erfolgte am 15.10.1947.
- ⁴⁵³ HAH 354, Brief der Arbeitsgemeinschaft Freier Münchener Gewerkschaften, Max Wönner, an die Volksbühne, o.J. Die Gewerkschaften hatten vorher nämlich selbst versucht, auf einem Regierungsgelände für ihre Mitglieder ein Theater aufzubauen, waren dabei aber gescheitert. Dazu B.u.R. 2093, Schreiben vom 21.3.46.
- ⁴⁵⁴ HAH 354; um die genauen Mitgliederzahlen wurde zwischen Theatergemeinde und Volksbühne gestritten, da Held diese der Kartenzuteilung zugrunde legen wollte. Da die Zahlen dauernd schwankten, kann man hier auch nur einen Richtwert angeben.
- ⁴⁵⁵ HAH 354, Schreiben der Arbeitsgemeinschaft Freier Münchener Gewerkschaften, Max Wönner an die Volksbühne, o.J. Die Zahl von 10'000 korporativ beigetretenen Mitgliedern dürfte stimmen, da sie sowohl von Wönner, wie auch von Mauerer mehrfach genannt wird. Dazu auch HAH 354, Schreiben Mauerers vom 19.8.48: Am 20.6.48, dem Tag der Währungsreform, besass der Verband 11'500 Einzelmitglieder und 10'000 korporative. Nach der Währungsreform waren 1'300 ausgetreten, 750 hatten ihre Mitgliedschaft ruhen lassen. Vom 1.1.48 bis zum 19.8.48 waren 54'150 Karten abgenommen worden.
- ⁴⁵⁶ HAH 354, Geschäftsbericht des Kulturbundes vom 28.2.48.

- ⁴⁵⁷ HAH 354; jede der Organisationen behauptete, durch eine hohe Mitgliederzahl das Anrecht auf Zuschüsse zu haben. Die Theatergemeinde ging überdies davon aus, ihre niedrigere Mitgliederzahl fordere umso mehr Werbezuschüsse, damit die Mitgliedszahl erhöht werden könne. Dazu auch HAH 353, Schreiben Helds an Bürgermeister von Miller vom 12.12.49. Zur Position des Kulturbundes HAH 354, z.B. Schreiben Mauerers an Oberbürgermeister Scharnagl vom 7.5.48, in dem sich Mauerer gegen die geplante Verteilung 5/9 für den Kulturbund, 4/9 für die Theatergemeinde zur Wehr setzt. Ausserdem Schreiben Helds vom 12.12.49, in dem er die Aufteilung 1:1 vorschlägt.
- ⁴⁵⁸ HAH 354, Schreiben Buckwitz vom 26.7.1948, vom 29.7.1948 und vom 31.7.1948 an Mauerer, und Schreiben Mauerers an Buckwitz vom 29.7.1948 und vom 30.7.1948.
- ⁴⁵⁹ HAH 354, Schreiben Buckwitz an Mauerer vom 1.9.48 und empörter Protest Mauerers vom 1.9.48; so betonte Buckwitz, es handle sich um eine Mehrbelastung von 80'000,-DM jährlich, die den Haushalt der Städtischen Bühnen befrachte.
- ⁴⁶⁰ Diese Argumentation der Besucherorganisationen machte sich auch Held zu eigen, wenn er in einer Vormerkung vom 27.8.48 betonte, «dass die Gesamtbilanz der Städtischen Bühnen und somit auch die Gesamtbilanz des Stadtsäckels überhaupt umso günstiger wird, je höher der den Theaterverbänden gewährte Zuschuss sein wird». B.u.R. 2117, Vormerkung für die Stadtkämmerei vom 27.8.48.
- ⁴⁶¹ HAH 354, Schreiben Buckwitz an Mauerer vom 29.7.48 und vom 31.7.48. Von sich selbst betonte Buckwitz, es täte ihm leid, dass er plötzlich im Verdacht stehe, «die Tendenzen und Wünsche des Kulturbundes nicht genügend zu verstehen, wo ich mir wohl mit einem gewissen Recht bisher immer einbildete, gerade zu den Münchner Theaterleitern zu gehören die zuallererst und mit ganz besonderem Verständnis Ihren Bemühungen und berechtigten Wünschen entgegengekommen sind». Er akzeptiere die «Ehrenpflicht» der Städtischen Bühnen, Karten für die minderbemittelten Kreise zur Verfügung zu stellen, müsse aber auch an sein Theater denken und deshalb den Vorverkauf abwarten.
- ⁴⁶² HAH 354, Schreiben Buckwitz an Mauerer vom 31.7.48.
- ⁴⁶³ Dazu HAH 354, Niederschrift über die Sitzung des Kulturbeirates vom 26.1.49 und Neue Zeitung vom 6.2.1951, Nr. 31.
- ⁴⁶⁴ HAH 354, Schreiben des Kulturbundes an Bürgermeister von Miller vom 15.3.1950; ein Hauptkontingent machten dabei die Karten für die Staatsoper aus, die allein 30350 Besucher des Kulturbundes anzog.
- ⁴⁶⁵ Zur Tätigkeit der Theatergemeinde vor dem 2. Weltkrieg sei neben Kulturamt 368 verwiesen auf die Broschüre «Almanach der Theatergemeinde München», der von der *Münchner Theatergemeinde 1952* herausgegeben worden ist. Demnach wurde die Münchner Theatergemeinde 1919 gegründet; sie konnte bis 1922 bereits 7'000 Mitglieder gewinnen, bis zur Inflation 25'000. Die Inflation brachte jedoch schwere Rückschläge: Bis 1933 schwankte die Mitgliederzahl zwischen 10'000 und 14'000. Neben dem Theater lag der Schwerpunkt der Gemeinde schon damals auf der Musikpflege, aber auch bei der bildenden Kunst und Kulturreisen.
- ⁴⁶⁶ HAH 355, Schreiben Ludwig Siemers an Oberbürgermeister Scharnagl vom 16.11.46. Auch schon in den zwanziger Jahren hatte sich die Theatergemeinde aufgeteilt in einen kleinen Kreis von Mitgliedern und die Masse der Teilnehmer; Kunstausschüsse übten beratende Tätigkeit aus.
- ⁴⁶⁷ HAH 355, Schreiben Siemers an Scharnagl vom 21.2.1946; Siemer berichtete in dem Schreiben, dass er am 24.11.45 mit dem Direktorium B, am 28.11.45 mit Assessor Przemek (von Siemer fälschlich als «Assessor Czernack» bezeichnet), am 28.11.45 auch mit Direktor Buckwitz bei den Städtischen Bühnen und am 30.11.45 mit Herrn Hofmüller, dem Chef des Betriebsbüros der Staatsoper Gespräche geführt habe. Mit Przemek sah er sich einig in dem Bestreben, den Werk-tätigen, die sich zeitraubendes Anstehen nicht leisten konnten, den Bezug von Karten zu ermöglichen. Dies akzeptierte auch Buckwitz, obwohl er den Zwang der Bühnen zu guten Einnahmen betonte. Interessiert war Buckwitz an den Organisationen im Zusammenhang mit geplanten Grossaufführungen von klassischen Werken auf Freilichtbühnen, im Zirkus oder in Konzertsälen, aber auch im Hinblick auf eine Währungsreform. Dazu auch HAH 355, ausführliche Denkschrift Siemers.

- ⁴⁶⁸ HAH 355, Schreiben Lotte Siemers an Scharnagl vom 9.5.46.
- ⁴⁶⁹ HAH 355, Schreiben Scharnagls an Lotte Siemer vom 18.5.1946; ausserdem dazu HAH 355, Vormerkung Dr. Dr. Keims vom 22.7.46 über einen Besuch Lotte Siemers vom 22.7.46.
- ⁴⁷⁰ HAH 355, Vormerkung Dr. Dr. Keims vom 5.4.1946.
- ⁴⁷¹ HAH 353, Schreiben der Theatergemeinde, Jakob Baumann, an den Stadtrat der Landeshauptstadt, Kulturausschuss, vom 29.12.47. Die erste Mitgliederversammlung hatte am 8.5.1947 im Rathaus stattgefunden. Dazu HAH 353, Schreiben der Katholischen Jungen Mannschaft, Lotte Siemer und Toni Böck, an Held vom 8.5.1947. In dem von der Theatergemeinde herausgegebenen «Almanach der Theatergemeinde München» wird zwar das Datum 3. Juli genannt, der 3.6. klingt aber wahrscheinlicher, da die erste Mitgliederversammlung bereits am 8.5.47 stattgefunden hatte. In anderen Schreiben wird ebenfalls der 3.6.47 genannt.
- ⁴⁷² HAH 353, Schreiben der Theatergemeinde, Jakob Baumann, vom 29.12.47. Ausserdem «Almanach der Theatergemeinde», S.20.
- ⁴⁷³ HAH 353, u.a. Schreiben Waeldes von der Verwaltung der Münchner Philharmoniker an Held vom 24.3.48, Schreiben Baumanns an Scharnagl vom 4.4.48 und von Wilhelm Diess vom 12.1.48.
- ⁴⁷⁴ HAH 353, Schreiben der Theatergemeinde an den Kunstausschuss der Landeshauptstadt München vom 4.2.48. Die Theatergemeinde sah aufgrund dieser abweichenden Aufgabenstellung auch keine Konkurrenzgefahr, obwohl sie selber ihren Interessentenkreis in erster Linie in «berufstätigen Kreisen des Arbeiter- und Angestelltenstandes», sowie in «Kreisen der reiferen Jugend» zu finden hoffte, was bestimmt zu Konkurrenz mit dem Kulturbund führen musste. «Es wäre falsch, die Theatergemeinde als einen Kreis von Leuten anzusehen, die ohne Weiteres in der Lage wären zu vollen Kassenpreisen in das Theater zu gehen und die nur die augenblickliche Mühe des Kartenbesorgens auf diese Weise umgehen wollen. Es ist aber wohl verständlich, dass Leute in kulturellen Dingen einer Besucherorganisation zustreben, in der sie nicht das Gefühl haben müssen, gleichzeitig einer anderen Pflicht, Bindung oder Bestrebung dienstbar gemacht zu werden, selbst dann, wenn diese Bindung wie im Falle der Gewerkschaften zu ihrem eigenen Wohle wäre», schreibt die Theatergemeinde.
- ⁴⁷⁵ HAH 353: Die Anregung war von Held ausgegangen (Schreiben vom 26.1.48), der auch am 9.2.48 Scharnagl bat, das Thema nochmals im Kulturausschuss zu behandeln. Die Kulturausschusssitzung führte dann zu einer Aufgabe des Plans; Scharnagl schlug Held jedoch am 2.3.48 vor, auf jeden Fall die Karten nach der Mitgliedszahl zuzuteilen und Preisunterschiede nach den sozialen Möglichkeiten der Teilnehmer zu verlangen. Er dachte dabei an eine Einteilung in zwei Kategorien, und zwar sowohl für den Kulturbund wie für die Theatergemeinde.
- ⁴⁷⁶ HAH 353; so hatte die Theatergemeinde z.B. trotz der Zustimmung des Kulturausschusses im April 1948 von den Städtischen Bühnen noch immer keine Karten zugeteilt bekommen. Dazu Schreiben der Theatergemeinde vom 4.4.48 an Scharnagl und von Stadtrat Ernst Holzer an Scharnagl vom 19.4.48.
- ⁴⁷⁷ HAH 353, Aufstellung der «an den Kulturbund und die Theatergemeinde in der letzten Spielzeit ausgegebenen Karten».
- ⁴⁷⁸ Dazu vor allem HAH 353 und B.u.R. 2117; da die Theatergemeinde die Bezuschussung nach Mitgliederzahlen als «unsachlich» abgelehnt hatte (Schreiben der Theatergemeinde an Held vom 28.8.48, HAH 353), teilte man die Zuschüsse gleichmässig auf; die Frage von möglichen Preiserhöhungen brachte beide Organisationen jedoch bald wieder auf den Plan. Je kritischer die Situation der Theater wurde, desto eher konnten die Besucherorganisationen den Theaterbedingungen stellen; dazu z.B. HAH 353, Beschluss des Kulturausschusses als Senat vom 21.2.51.
- ⁴⁷⁹ Dazu z.B. HAH 353, Niederschrift über die Besprechung am 30.6.52 bei Bürgermeister von Miller, Schreiben der Theatergemeinde vom 8.1.1952 u.a.; ausführlicher behandelt wurde diese Fragestellung bereits im Zusammenhang mit der Rolle des Rundfunks und der Zusammenarbeit zwischen Staat und Stadt in Theaterfragen.
- ⁴⁸⁰ Wie für das Verhältnis z.B. Buckwitz' zum Kulturbund bereits gezeigt wurde, vertraten beide in einigen Fällen entgegengesetzte Positionen. Der oft provozierende Ton der Theatergemeinde mag daran nicht ganz unbeteiligt gewesen sein. Dazu z.B. «Aus der Arbeit und dem Wollen der

Theatergemeinde e.V. München», o.J., wahrscheinlich 1949, HAH 353: «Selbstverständlich haben es Vertreter anderer Richtungen leichter, die sich wahllos auf den unbeengten Boden des rein theaternässigen in der Kunst stellen und auf Grundsätze einer Weltanschauung nicht zu achten haben. Dass für manchen Theaterleiter oder Theaterbürokraten, der gerne absoluter Herr im Hause sein möchte, die Theaterbesucherorganisation etwas Unerwünschtes ist und nur als wirtschaftlicher Notbehelf angesehen wird, ist klar...»

- ⁴⁸¹ B.u.R. 2117, Fragebogen des Deutschen Städtetages vom 21.10.1950 an die Mitgliedsstädte.
- ⁴⁸² B.u.R. 2117, Fragebogen des Deutschen Städtetages vom 21.10.1950. Etwas ungenau erscheint auch die Angabe, die Besucherorganisationen erhielten keine geschlossenen Vorstellungen, was zumindest für die Münchner Philharmoniker, die Staatsoper und auch für das Schauspielhaus nicht zutrif. Der Kulturbund lehnte geschlossene Vorstellungen eher ab, da er darin eine Diskriminierung bzw. Gettoisierung seiner Mitglieder sah, denen man dann oft nur die zweite Besetzung eines Stückes präsentierte.
- ⁴⁸³ HAH 353, «Bericht über die Tätigkeit der Theatergemeinde München zur 1. Generalversammlung» über die Zeit zwischen der Lizenzierung im Dezember 1947 und dem 31.8.48, o.J.
- ⁴⁸⁴ Ebd.; die abgelehnten Aufführungen werden nicht beim Namen genannt, jedoch dürfte es sich bei der abgelehnten Aufführung der Staatsoper um Werner Egks «Abraxas» gehandelt haben.
- ⁴⁸⁵ Ebd. Dies liegt schon deshalb nahe, weil es sich die Staatstheater z.B. sehr lange leisten konnten, keine Verträge mit den Besucherorganisationen abzuschliessen. So berichtet die Theatergemeinde: «Im Staatsschauspiel ist es Intendant Lippi, der trotz Zustimmung des Ministeriums einen von den Organisationen angebotenen und tragbaren Preis noch nicht akzeptiert hat.»
- ⁴⁸⁶ Zur Situation der Münchner Philharmoniker s.o. das Kapitel Musikpflege; rein zahlenmässig stellt sich die Kartenabnahme der Organisationen z.B. für das Jahr 1949 so dar: Für die Münchner Philharmoniker nahm die Theatergemeinde 26'984 Karten ab, der Kulturbund 3'300, für das Schauspielhaus die Theatergemeinde 11366, der Kulturbund 14940 Karten, hinzu kam das Volkstheater mit 5'343 bzw. 9'150 Karten; bei den Staatstheatern nahm die Theatergemeinde insgesamt 48'450, der Kulturbund 55'935 Karten ab, davon beide je ca. 30'000 Karten für die Oper. Diese Zahlen wurden entnommen HAH 353, Schreiben der Theatergemeinde an Bürgermeister von Miller vom 14.2.1950 und Schreiben des Kulturbundes an Bürgermeister von Miller vom 15.3.1950. In späteren Jahren steigerten sich die Abnahmen beträchtlich. Im Berichtsjahr 1951/52 (Rechnungsjahr) nahm die Theatergemeinde laut ihrem Geschäftsbericht vom 31.8.52 für Konzerte 36'411 Karten, in den Kammerspielen 30'128 und in den Staatstheatern 147'766 Karten ab, bei sonstigen «Theater- und Eigenveranstaltungen» wurden 36'411 Karten abgegeben. Für die Volksbühne liegen keine entsprechenden Zahlen vor.
- ⁴⁸⁷ HAH 353, «Bericht über die Tätigkeit der Theatergemeinde München zur ersten Generalversammlung» o.J., S.4.
- ⁴⁸⁸ Ebd., «die Aufführung ... wird durch starke Unterstützung durch Kartenabnahme möglichst lange auf dem Spielplan gehalten».
- ⁴⁸⁹ Ebd.
- ⁴⁹⁰ HAH 353, Geschäftsbericht der Theatergemeinde 1951/52 vom 31.8.52. Dazu auch Kulturamt 368, Denkschrift der Theatergemeinde München an den Bayerischen Landtag, Betrifft: Etat des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, hier: Bayerische Staatstheater und Besuchergemeinschaften vom 10.2.32: «Die Theatergemeinde und mit ihr der Bühnenvolksbund erwarten aus ihrer christlichen Einstellung heraus vom deutschen Kulturtheater eine unbedingte Wahrung christlichen Theatergutes, christlichen Kunstschaffens sowie christlicher Sitte und Moral... Da viele Teilnehmer die Theatergemeinde als eine Vertrauensstelle für die Sichtung des Spielplans betrachten, um nicht von Darbietungen überrascht zu werden, die ihrem geistigen und weltanschaulichen Empfinden widersprechen, ... und ein ernsthaftes Programm, besonders auf dem Gebiet des Schauspiels, ohne die Mitwirkung der Besucher-Organisationen undenkbar ist, hoffen wir, dass in Zukunft ... ein erweitertes Mitspracherecht bei der Spielplangestaltung zustanden wird.» An anderen Akzenten fallen vor allem nach 1945 verpönte Begriffe aus dem NS-Jargon auf, wie «volks- und staatsfremder Kulturbolschewismus», «theaterfreundliches Volks-

empfinden», «Literatur-Klüngel», die «kulturbildenden Kräfte deutschen Volkstums», die sich dann gehäuft in einem Zitat aus der Monatszeitschrift «die Theatergemeinde», Januarheft 1932, finden: «Das Theater verdankt seine Entstehung einem natürlichen Volksempfinden; deswegen hat es auch sein ‚grosses Ziel‘ darin zu suchen, das deutsche Volk wieder ‚deutsch‘ und ‚Volk‘ werden zu lassen... Aus den Bildern der Vergangenheit und der Jetztzeit soll das Theater zweckmässig und fasslich vor Augen führen, was unserem Volke in Bezug auf Volkstum, Ehre, Geltung, Kraft, Eigenart, Reinheit, Heldentum, Pflicht, Opferbereitschaft zu sagen ist...»

- ⁴⁹¹ Ebd.; ausserdem Brief der Theatergemeinde an den Theaterkritiker der SZ, Dr. Panofsky vom 20.6.52, der Bezug nimmt auf einen Artikel *Panofskys* in der SZ Nr. 137/1952 «Privilegierte Theaterbesucher». Die Theatergemeinde verteidigte in ihrem Schreiben zwar vorsichtiger, dennoch nicht weniger deutlich, das Recht der Theatergemeinde auf Einflussnahme als «Recht der Öffentlichkeit und des Publikums», verwahrte sich aber gegen Panofskys Wort der «stillschweigenden Verfemung» einzelner Stücke.
- ⁴⁹² Schreiben Scharnagls an den Kulturbund und die Theatergemeinde vom 31.1.49. Scharnagl fügte des Weiteren hinzu, er hoffe, «dass es gelingt, die Verständigung über einen Spielplan erzielen zu können, der sowohl der künstlerischen Höhe des Volkstheaters wie den berechtigten Wünschen Ihrer Mitglieder entspricht.»
- ⁴⁹³ Im Falle des Volkstheaters stützten die Organisationen, im Falle der Philharmoniker stützten sie.
- ⁴⁹⁴ Zu dem Fall Mennerich ist z.B. heranzuziehen HAH 353, Schreiben der Theatergemeinde an Bürgermeister Scharnagl vom 4.2.49, Schreiben Scharnagls an Held und die Münchner Philharmoniker vom 14.2.49, Schreiben der Theatergemeinde an Held vom 4.2.49, Anfrage Helds an die Münchner Philharmoniker vom 8.2.49 und Antwort Waeldes von den Münchner Philharmonikern vom 16.2.49. Mennerich hatte sich, weil er von den Münchner Philharmonikern nur aus Hilfsweise beschäftigt wurde, beim Arbeitsamt um eine weitere Stelle beworben und war als Klavierspieler in einer Jazzkapelle vermittelt worden. Dieses Schicksal wollte ihm die Theatergemeinde ersparen, besonders da er bei ihren Teilnehmern sehr beliebt war.
- ⁴⁹⁵ HAH 353, Offener Brief der Theatergemeinde an den Kulturausschuss der Landeshauptstadt München vom 4.11.49, Betrifft: Offener Brief an Herrn Stadtrat Seemüller.
- ⁴⁹⁶ Ebd. und AZ vom 28.10.49, die eine Kritik Seemüllers enthält.
- ⁴⁹⁷ HAH 353, Offener Brief der Theatergemeinde vom 4.11.49.
- ⁴⁹⁸ HAH 353, Programmzettel der Theatergemeinde vom April/Mai 1949.
- ⁴⁹⁹ HAH 731/2, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus Nr. VII 53975 an den Stadtrat der Landeshauptstadt München vom 2.8.1950. Der Magistrat von Gross-Berlin hatte sich an die Kultusminister gewandt, um Gastspiele des Ensembles im Westen zu verhindern, da es sich dabei «um eine ausgesprochene Einrichtung der SED handelt mit dem Ziel einer ostpolitischen Infiltration des Geisteslebens auf dem Umweg über das Theater». Das Brecht'sche Ensemble hatte offenbar auch Gastspiele angeboten (28.3.50 das eine, das andere wurde am 25.7.50 abgelehnt), die in Bayern nicht auf Gegenliebe gestossen waren. Dazu Schreiben Oberbürgermeister Wimmers an das Kultusministerium vom 21.8.50.
- ⁵⁰⁰ HAH 353, Offener Brief der Theatergemeinde an den Kulturausschuss vom 4.11.49.
- ⁵⁰¹ B.u.R. 2117, Vormerkung Bürgermeister von Millers vom 24.11.49, Betrifft: Offener Brief an Herrn Stadtrat Seemüller.
- ⁵⁰² HAH 353, Offener Brief an den Kulturausschuss vom 4.11.49.
- ⁵⁰³ HAH 353, Aus der Arbeit und dem Wollen der Theatergemeinde e.V. München, o.J. Der Bericht bezieht sich auf die Zeit seit der Lizenzierung am 1.12.47. Den Angaben nach dürfte er Mitte 1949 abgefasst sein. Die Umfrageergebnisse befinden sich im Anhang des genannten Berichts. Gestellt wurden Fragen wie «Waren Sie mit unseren Leistungen zufrieden?» «Welche Vorstellung gefiel Ihnen am besten?» «Welches Theater besuchen Sie am liebsten?» «Sind Sie mit unseren Konzerten zufrieden?» «Welchen Zyklus empfehlen Sie uns als nächsten?» «Welchen Dirigenten wünschen Sie?» «Wie können wir unsere Teilnehmerzahl steigern?»
- ⁵⁰⁴ HAH 353, Aus dem Wollen..., o.J., Blatt 3.

Anmerkungen zum Kapitel: Die städtische «Schrifttumspflege»

- ¹ Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1945-56, Einzelplan 3, Abschnitt 3.1. (Wissenschaftspflege) und 3.3., später 3.5., (Volksbildung).
- ² Ebd.; die Stadtbibliothek und das Stadtarchiv fielen unter den Abschnitt «Wissenschaftspflege», die Volksbüchereien in den Bereich der «Volksbildung».
- ³ Ebd.; die Förderung von wissenschaftlichen Vereinigungen, Museen oder Druckwerken behandelte man als Teil der Wissenschaftspflege, alle literarischen Zuschüsse wurden der «Volksbildung» zugerechnet. Die hier notwendigen Einzelförderungen gehörten zu den ungeliebtesten Massnahmen der städtischen Kulturpflege.
- ⁴ Leitsätze zur kommunalen Kulturarbeit vom 18./19.1.52; Abschnitt III und VII.
- ⁵ Dazu s.o. das Kapitel «Münchener städtische Kulturpolitik zwischen gestern und morgen».
- ⁶ S.u.; ein Beispiel dafür ist der Schriftsteller Kolbenheyer, dessen Werke von den Nationalsozialisten sehr gelobt wurden und dem auch Held noch 1945 eine «sehr bedeutende Rolle im deutschen Schrifttum zugestand. HAH 529, Besprechung Helds mit den Volksbibliothekaren am 6.8.45.
- ⁷ S.u. das Kapitel «Amerikanische Gründungen neuen Zuschnitts in München».
- ⁸ Dazu vor allem *Gehring*, Literaturpolitik, S.92ff.: «Literaturpolitik in der Ära MacCarthy».
- ⁹ Für die nationalsozialistische Haltung zu diesem Thema *Friedrich Prinzhorn*, die Aufgaben der Bibliotheken im NS-Deutschland, Leipzig 1934, S. 9 ff. Zur Haltung der Amerikaner *Gehring*, Literaturpolitik, S. 32 und HAH 529, Besprechung in der Volksbücherei Stadtmitte am 14.6.45.
- ¹⁰ Für die heutigen Benützerzahlen *Hilmar Hoffmann*, Bibliothek der Zukunft, in: *ders.* (Hrsg.), Perspektiven der kommunalen Kulturpolitik, Frankfurt a.M. 1974, S. 372 f. Für die Zahlen der Nachkriegsjahre s.u. das Kapitel über das städtische Bibliothekswesen. Zu der Überschätzung des Buches als Medium der Volksbeeinflussung durch die Amerikaner, *Gehring*, Literaturpolitik, S.35.
- ¹¹ Dazu s.o. die Kapitel Musikpflege und Theaterarbeit.
- ¹² Weder in den Handakten Helds noch in den Beständen des Stadtarchivs war mehr als das hier Verwendete zu finden.
- ¹³ Dazu u.a. *Gehring*, Literaturpolitik; *Gerhard Hay*, *H Rambaldo und J.W. Storck* (Hrsg.); «Als der Krieg zu Ende war». Literarisch-politische Publizistik 1945-1950, ein Katalog zu einer Ausstellung des Deutschen Literaturarchivs Marbach, Marbach a.N. 1973; *Bernhard Hüppauf* (Hrsg.), «Die Mühlen der Ebenen». Kontinuität und Wandel in der deutschen Literatur und Gesellschaft, Stuttgart 1981; *Thomas Koebner* (Hrsg.), Tendenzen der deutschen Literatur seit 1945, Stuttgart 1971; *Volker Wehdeking*, Der Nullpunkt. Über die Konstituierung der deutschen Nachkriegsliteratur 1945-1948 in den amerikanischen Kriegsgefangenenlagern, Stuttgart 1971; *Gerhard Hay* (Hrsg.), Zur literarischen Situation 1945-1949, München 1977; *Harold Hurwitz*, Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945-49, Köln 1972; *Nicolas Born und Jürgen Manthey* (Hrsg.), Literaturmagazin 7, Nachkriegsliteratur, Reinbek bei Hamburg 1977; *Hans Dieter Schäfer*, Zur Periodisierung der deutschen Literatur seit 1930, in: *Nicolas Born, Jürgen Manthey*, Literaturmagazin 7, Reinbek bei Hamburg 1977.
- ¹⁴ Zur Gruppe 47 z.B. *Herbert Lehnert*, Die Gruppe 47. Ihre Anfänge und ihre Gründungsmitglieder, in *Manfred Durzak* (Hrsg.), Deutsche Gegenwartsliteratur. Ausgangsposition und aktuelle Entwicklung, Stuttgart²1981; *Friedhelm Kröll*, Die Gruppe 47, Stuttgart 1977; *Heinz Ludwig Arnold* (Hrsg.), Die Gruppe 47. Text und Kritik Sonderband, München 1980; *Jérôme Vaillant*, les Etats Unis contre le nazisme, in: *ders.* (Hrsg.), Le dénazification par les vainqueurs, Lille 1981 und *ders.*, Der Ruf. Unabhängige Blätter der jungen Generation (1945-1949), München, New York, Paris 1978. Ausserdem *Reinhard Lettau* (Hrsg.), Die Gruppe 47, Neuwied/Berlin 1967 oder *Hans Werner Richter*, Hans Werner Richter und die Gruppe 47. München 1979 und *ders.* (Hrsg.), Almanach der Gruppe 47, 1947-62, Reinbek bei Hamburg 1962. Zu Alfred Andersch: *Volker Wehdeking*, Alfred Andersch, Stuttgart 1983.

- ¹⁵ So galt z.B. das Feuilleton als vorbildlich. Dazu *Harold Hurwitz*, *Die Stunde Null*, S.261ff., besonders S. 269.
- ¹⁶ S.u. das Kapitel «Literaturförderung».
- ¹⁷ Ein Beispiel dafür ist seine Stellungnahme gegenüber dem Angebot des Desch-Verlages, ihm junge förderungswerte Autoren zu nennen; HAH 250, Schreiben Helds an den Desch-Verlag vom 30.7.51.
- ¹⁸ Ebd.; ausserdem B.u.R. 2089, Schriftwechsel um den Kreis junger Autoren «Die Schublade», denen Held volle Unterstützung zugesagt hatte, von dem das Innenministerium jedoch behauptete, dies sei eine kommunistische Tarnorganisation (Schreiben des Innenministeriums vom 9.9.52).
- ¹⁹ HAH 231, Schreiben Helds an Herrn Irlbeck vom Zuzugsamt vom 25.11.47.
- ²⁰ HAH 197, Schreiben Weigands an Held vom 18.5.47.
- ²¹ Zu der Geschichte des Münchner Bibliothekswesens 1945-1948 liegt eine Magisterarbeit der Verfasserin vor, in der auch die wissenschaftlichen Bibliotheken, die Spezialbibliotheken und die Länderratsbesprechungen zu Fragen des Bibliothekswesens behandelt werden: *Marita Krauss*, *Beiträge zur Geschichte der Münchner Bibliotheken 1945-1948*, Magister-Arbeit masch., München 1981. Zu den konkreten Zahlen die Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1945-56, Einzelplan 3, Unterabschnitt 331 (35), Volksbüchereien; bis 1947 blieben die tatsächlich ausgegebenen Rechnungssummen meist unter den Ansätzen, ab 1948 lagen sie meist beträchtlich darüber. Dazu z.B. 1946, Ansatz: 206'381,- RM, Rechnung: 139'690,- RM oder 1950, Ansatz: 324'910,- DM, Rechnung: 381'154,-DM.
- ²² Ebd.; Einzelplan 3, Unterabschnitt 312, Stadtbibliothek; auch hier fällt ein Sprung im Jahre 1948 auf, der durch die erweiterten Bücherkauf-Möglichkeiten bedingt war. Bereits 1948 kam die Stadtbibliothek auf einen realen Zuschuss von 533'453,- RM/DM, den sie auch in den folgenden Jahren in etwa hielt.
- ²³ Dieses Problem hatte Held schon unmittelbar nach Kriegsende vorausgesehen. Dazu HAH 529, Volksbüchereibesprechungen zwischen Juni und November 1945.
- ²⁴ Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1950-56; die IJB konnte den städtischen Zuschuss von 1'500,- auf 5'000,- DM steigern.
- ²⁵ Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1951-1956; für 1951 genehmigte man nachträglich 5'000,- DM, 1952 verteilte die Stadt sogar 20'000,- DM als «Zuschüsse an verschiedene Bibliotheken», deren auch in den folgenden Jahren übliche Zuschusssummen (5'000,- DM für die Gewerkschaftsbibliothek, 35'000,- DM für den St. Michaelsbund und 1'500,- DM für den Gustav-Adolf-Verein), man 1952 verdoppelt hatte; ab 1953 flossen sie wieder normal.
- ²⁶ B.u.R. 2163, Schreiben des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, Max Wöner, an Oberbürgermeister Wimmer vom 25.2.49; ein Teil dieser Bücher war demnach über die Gestapo-Bibliothek von der Stadtbibliothek München sichergestellt worden. Held bestritt dies jedoch in einem Schreiben an Wimmer vom 22.3.49 und sprach von 1'000 Büchern, die die Stadt der Gewerkschaft freiwillig aus Gestapo-Beständen angeboten habe.
- ²⁷ HAH 254, Beschluss des Kulturausschusses vom 11.6.52.
- ²⁸ Zu diesem Themenkomplex s.o. das Kapitel über die städtische Theaterarbeit.
- ²⁹ Zur Geschichte der Stadtbibliothek vor allem HAH 525 (2), 25 Jahre Stadtbibliothek München, Zeittafel und Festschrift. Ausserdem dazu: *Alfons Ott*, *Die Städtischen Bibliotheken Münchens*, in: *Stadtbibliothek und Regionalbibliographie*, Festschrift für Hans Moritz Mayer, Berlin 1975, S. 166.
- ³⁰ *Ott*, *Städtische Bibliotheken*, S. 166.
- ³¹ Ebd.
- ³² Ebd. S. 167.
- ³³ *Klaus Dahme*, *Handbuch der Bayerischen Bibliotheken*, Wiesbaden 1966, S. 62.
- ³⁴ *Ludwig Hollweck*, *100 Jahre Münchner Stadtbüchereien*, in: *Bibliotheksforum Bayern*, hg. von der *Generaldirektion der Bayerischen Staatlichen Bibliotheken*, Pullach bei München, Jg. 1, 1973, S.25.
- ³⁵ *Dahme*, *Handbuch der Bayer. Bibliotheken*, S. 62; *Ott*, *Städtische Bibliotheken*, S. 167, weist dar-

- auf hin, dass sich die Entwicklung zur wissenschaftlichen Stadtbibliothek unter «ausdrücklicher Übereinstimmung mit der Kgl. Hof- und Staatsbibliothek» und deren damaligem Direktor Schnorr von Carolsfeld vollzogen habe. Ott erwähnt als weiteren Teil der ursprünglichen Sammelgebiete den Bereich Sozialhygiene, die aber bereits im 19. Jahrhundert noch auf Philosophie, Geschichte der Literatur, Kunst und Musik ausgedehnt wurden; ebd. S. 166.
- ³⁶ Ott, Städtische Bibliotheken, S. 167.
- ³⁷ Prinzhorn, Aufgaben, S.9ff. Prinzhorn hielt diesen später gedruckten Vortrag am 25. Mai 1934 auf einer öffentlichen Kundgebung des Vereins Deutscher Bibliothekare in Danzig. Er ist als sehr linientreu zu bezeichnen. Prinzhorn beschreibt darin ausführlich Aufgaben und Zielsetzung der zukünftigen Bibliotheksarbeit: Die wissenschaftlichen Bibliotheken sollten das ausgesonderte Schrifttum vor allem zur Dokumentation aufbewahren. Nur so sei die Grösse des nationalsozialistischen Kampfes für zukünftige Generationen zu ermesen.
- ³⁸ Ebd., S. 6ff.
- ³⁹ Georg Leyh, Die deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken nach dem Krieg, Tübingen 1947, S. 163: «Die Evakuierung der Stadtbibliothek wurde so rechtzeitig begonnen, dass die Spitzenwerke auf allen Gebieten in Sicherheit gebracht werden konnten... Es wurden etwa 1'300 Kisten, dazu das Mobiliar des Dichtergedächtniszimmers in Ausweichlagern untergebracht.» Hollweck, Stadtbüchereien, S. 26, nennt 18 Ausweichlager; in Mon, Akt 139, Fragebogen der Militärregierung für Deutsche Archive und Bibliotheken, sind 20 Ausweichlager genannt.
- ⁴⁰ Dahme, Handbuch der Bayer. Bibliotheken, S. 62. Das Gebäude an der Weinstrasse 13, in das die Bibliothek erst zwischen 1932 und 1934 eingezogen war, wurde 1944/45 durch Luftangriffe völlig zerstört; dazu auch Hollweck, Stadtbüchereien, S.27, der davon spricht, dass dabei 100'000 Bände unter den Trümmern begraben wurden.
- ⁴¹ Gustav Hofmann, Die Bayerischen Bibliotheken nach dem 2. Weltkrieg, in: ZBLG 15,2, München 1949, S.227.
- ⁴² Hollweck, Stadtbüchereien, S. 27
- ⁴³ Bayern in Zahlen, Veröff. des Bayer. Statistischen Landesamts, 2. Jg., H. 1/2, Jan./Febr. 1948, S.36f., Bericht von Dr. Lohbauer, die wissenschaftlichen Bibliotheken Bayerns; der frühere Bücherbestand wird hier mit 250'000 Bänden beziffert.
- ⁴⁴ Dahme, Handbuch der Bayer. Bibliotheken, S. 62.
- ⁴⁵ HAH 522, Brief Helds an Capt. Templeton vom 28.11.45.
- ⁴⁶ Leyh, wissenschaftl. Bibliotheken, S. 164.
- ⁴⁷ Annemarie Meiner, Mitteilungen des Landesverbands der Bayerischen Buchhändler (MLBB) vom 20.12.46, S. 22: Das Gebäude an der Weinstrasse war unbenutzbar.
- ⁴⁸ Ott, Städtische Bibliotheken, S. 168; Ott gibt an, dass diese Abteilung seit 1932 selbständig war. Dazu auch HAH 525 (2), 25 Jahre Stadtbibliothek. Dort finden sich die bei dieser Veröffentlichung gehaltenen Reden von Held und anderen.
- ⁴⁹ Hollweck, Stadtbüchereien, S. 27, gibt den 1. Juli 1946 als Eröffnungsdatum an. Meiner, MLBB vom 20.12.1946, nennt sie noch nicht wieder eröffnet, die Eröffnung sei aber in Bälde zu erwarten.
- ⁵⁰ Meiner, MLBB, S.22: Von 2'000 Platten wurden 1'000 vernichtet.
- ⁵¹ Ott, Städt. Bibliotheken, S. 171 beschreibt die Geschichte der Musikbibliothek: 1902 wurde sie mit den Beständen der Stiftung des Kulturpolitikers und Musikschriftstellers Paul Marsop gegründet, als eine der ersten Bibliotheken dieser Art in Deutschland. Von den ursprünglich 2'000 Musikbüchern und Musikalien des Gründungsjahres wuchs sie auf 50'000 Katalognummern 1933 an. Ausserdem dazu RP 720/1, S. 1153, die Rede von Prof. Held in der Sitzung des Stadtratsplenums vom 13. Mai 1947, der von der Musikbibliothek sagt, dass sie «in ihrer sozialpädagogischen Aufgabe die grösste Bibliothek ihrer Art in Europa darstellt».
- ⁵² Dazu Leyh, wissenschaftl. Bibliotheken, S. 163; ausserdem Ott, Städt. Bibliotheken, S. 168 f.: demnach wurde die Monacensia-Abteilung von Hans Ludwig Held bereits 1921 eingerichtet. Ihre Aufgabe ist es, alles Gedruckte über München zu erfassen; ausserdem sammelt sie die Arbeiten Münchner Dichter, Schriftsteller und Illustratoren, auch wenn sie sich nicht mit München befassen, Flugblätter, Photographien, Karten, Stadtpläne usw. Die erwähnte Privatvilla lag in der Mandlstrasse 5; dazu Meiner, MLBB vom 20.12.46, S. 22.

- ⁵³ *Leyh*, wissenschaftl. Bibliotheken, S. 163.
- ⁵⁴ *Dahme*, Handbuch der Bayer. Bibliotheken, S. 62.
- ⁵⁵ *Ott*, Städtische Bibliotheken, S. 166 und *Hollweck*, Stadtbüchereien, S. 27.
- ⁵⁶ RP 719/4, Sitzung des Hauptausschusses vom 7.11.46: Das Stadtarchiv hatte seine Räumlichkeiten für das Wohnungs- und Wohlfahrtsamt freigeben müssen; seine Bestände waren zu diesem Zeitpunkt «zum Teil im Nordbad, z.T. im Leihamt und z.T. auswärts untergebracht». Deshalb wurden Stadtbibliothek und Stadtarchiv in dem teilbeschädigten Gebäude einer ehemaligen Kaserne zusammengelegt; der Mietvertrag lief ursprünglich über fünf Jahre, wobei sich die Militärregierung das Verfügungsrecht vorbehielt. Ausserdem dazu *Leyh*, wissenschaftl. Bibliotheken, der von etwa 20 Räumen «in sehr ungeeigneter Lage» spricht.
- ⁵⁷ Dazu *Hollweck*, Stadtbüchereien, S.23.
- ⁵⁸ Ebd., S. 23 und S. 24; das am 6./7. Februar beschlossene «Statut für die Gründung von Volksbüchereien in München» legte deren Bestimmung fest: «Die Stadtgemeinde München gründet aus städtischen Mitteln Volksbibliotheken zu dem Zwecke, die zur geistigen und sittlichen Fortbildung geeigneten Bücher jedem Einwohner Münchens zugänglich zu machen... In jeder Volksbibliothek sollen alle hervorragenden Zweige des menschlichen Wissens und Könnens mit möglichster Vollständigkeit vertreten sein. Bei der Anschaffung von Büchern ist auf volkstümliche Darstellung vorzugsweise Rücksicht zu nehmen.»
- ⁵⁹ Dazu auch *Ott*, Städtische Bibliotheken, S. 172; ausserdem *F. Dünninger*, Öffentliche Kulturpflege seit 1918, Bibliotheken und Büchereien, in: *Max Spindler*, Handbuch der bayerischen Geschichte (Hrsg.), Bd. IV/2, München 1975, S. 1267f.
- ⁶⁰ *Hollweck*, Stadtbüchereien, S.24f.
- ⁶¹ Ebd.; zur ausführlicheren Darstellung der Geschichte der Volksbüchereien in diesem Zeitraum ebd., S.23ff.
- ⁶² Die Volksbüchereien lagen Held besonders am Herzen; *Hollweck*, Stadtbüchereien, S. 24 bezeichnet ihn als «Vater der Volksbibliotheken».
- ⁶³ *Ott*, Städt. Bibliotheken, S. 172.
- ⁶⁴ Ebd. und *Hollweck*, Stadtbüchereien, S. 27.
- ⁶⁵ Aus den 1933 abgegebenen Aussonderungslisten geht hervor, dass H.L. Held diese noch selber durchgeführt hat. Dazu Kulturamt 431, Abschlussbericht Helds vom 16.5.33 sowie Kulturamt 536, Aussonderungslisten. *Hollweck*, Stadtbüchereien, S. 27.
- ⁶⁶ *Prinzhorn*, Aufgaben, S. 7ff.; *Prinzhorn* betont in diesem Vortrag auch die Bedeutung der Jugendbüchereien für die Erziehung der NS-Jugend.
- ⁶⁷ Ebd. S. 8; bis zu welchem Grad das im Einzelfall auch durchgeführt wurde, geht aus diesem programmatischen Vortrag selbstverständlich nicht hervor. Bei Kriegsende wurden jedoch ca. 25% der Buchbestände ausgeschieden. Dazu HAH 529, Vorschlag über das Protokoll für die Sitzung der Volksbibliothekare am 13.8.45 in der Bücherei Stadtmitte, Aussage Helds.
- ⁶⁸ *Hollweck*, Stadtbüchereien, S. 27.
- ⁶⁹ HAH 529, Vorschlag für ein Protokoll des Besuches der städt. Volksbücherei Stadtmitte durch Capt. Templeton am 10.8.1945. Bei diesem Besuch wies man Mr. Templeton nach, dass ein «seit 8 Jahren viermal eingestelltes Buch insgesamt fünfmal, ein anderes, dreimal vorhandenes, überhaupt nur einmal entliehen worden war.»
- ⁷⁰ HAH 525 (2), 25 Jahre Stadtbibliothek, Zeittafel, Mon, Akt 139, «Fragebogen für Deutsche Archive und Bibliotheken, Zustand der Archiv- oder Bibliotheksgebäude» und RP 719/4, Sitzung des Hauptausschusses vom 15.12.1946, S. 1469f.
- ⁷¹ Mon, Akt 139, Anlagebogen III zum «Fragebogen für Deutsche Archive und Bibliotheken».
- ⁷² *Leyh*, wissenschaftl. Bibliotheken, gibt den Vorkriegsbestand der Münchner Büchereien so an: 7 Volksbüchereien, 13 Zweigbüchereien, die Wanderbücherei, 16 Kinderlesestuben, die Musikbücherei und 3 Zeitungslesehallen». 1947 sind es dann «9 Volksbüchereien (einschliesslich 2 neuer Volksbüchereien), die Wanderbücherei, die Musikbücherei, 1 Kinderlesestube und ein Zeitungslesesaal». Zum Vergleich sollen hier nun einige Zahlen für Berlin genannt werden: Berlin hatte Ende 1946 bereits wieder 86 Volksbüchereien zu verzeichnen, die im August 1945 mit einem Bestand von nur 39077 Bänden eröffnet hatten; bis Ende 1946 hatte sich die Buchzahl wieder auf 506 314 Bände erhöht. Diese Zahlen sind entnommen dem Börsenblatt für den Deutschen Buch-

- handel, Frankfurter Ausgabe, 1946, Nr. 22.
- ⁷³ *Meiner*, MLBB, 20.12.46, S. 23, spricht von 70'000 Bänden; *Hollweck*, Stadtbüchereien, von 60'000. In einem Bericht vom 3.10.45 nennt Held selbst die Zahl von 61'000 Bänden.
- ⁷⁴ Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1945-1956.
- ⁷⁵ Ebd. Bereits 1950 hatten die Volksbüchereien den gleichen Stand erreicht, 1952 die Stadtbibliothek sogar überflügelt.
- ⁷⁶ *Franz Xaver Böhm*, Ein neuer Zweig – die öffentlichen Büchereien, in: Bayerland, München 1964, S. 197ff.; Böhm meint, der Ausdruck «Volksbücherei» habe die öffentliche Bibliothek «in verdächtige Nachbarschaft zu anderen «Volks-Einrichtungen» gebracht, so «zur Volksküche, zum Volksbad und ähnlichem».
- ⁷⁷ Diese Zahlen nennt *Gustav Hofmann* in seinem Vorwort zu *Dahme*, Handbuch 1er Bayer. Bibliotheken, S.X; bei *Böhm*, Büchereiwesen, S. 197, liest sich das anders: Bei ihm steigt die Zahl der Büchereien von 1'032 (1955) auf 1'382 (1963) an, 228'000 Leser entliehen (1955) 900'000 Bände 2'900'000 mal, 1963 dagegen entliehen 453'127 Leser 2'372'991 Bände 7'680'000 mal. Diese Zahlen erscheinen als nicht ganz zureichend, wenn man sie mit den Zahlen allein für München bei *Hollweck*, Stadtbüchereien, S.28 vergleicht; vgl. dazu ausserdem *Karl Böck*, Bibliothekslandschaft Bayern, in: Bayerland, München 1966, S. 165, der für 1963 von «mehr als 4'000 gemeindlichen und kirchlichen Büchereien» spricht.
- ⁷⁸ *Hollweck*, Stadtbüchereien, Seite 27.
- ⁷⁹ Dazu *Heinrich Middendorf*, Die Bayerische Staatsbibliothek 1945-64, in: Festschrift für Gustav Hofmann, München 1964, S. 62; für 1964 sind 324'651 Benützigungen angegeben, dies bei einem Buchbestand von weit über 2,5 Millionen Bänden.
- ⁸⁰ HAH 529, Protokoll der Volksbibliothekarsbesprechung in der Bücherei Stadtmitte vom 6.7.45, Aussage Helds.
- ⁸¹ DIRECTIVE TO THE COMMANDER IN CHIEF OF THE U.S. FORCES OF OCCUPATION (JCS1067), Parti, 4c vom 17.10.1945, abgedruckt in *Department of State, Division of Publications, Office of Public Affairs* (Hrsg.): Germany 1947-1949, The Story in Documents, Washington 1950, S.22ff. Die Direktive JCS 1067 formulierte die Grundlagen der Besatzungspolitik der Amerikaner, vor allem auch in dem umstrittenen Paragraphen 1.4b: «Germany will not be occupied for the purpose of liberation but as a defeated enemy nation...»
- ⁸² Control of Publications, Radio Broadcasting, News Services, Films, Theaters, and Music: SHAEF Military Government Law No. 191, Amended (1), vom 21.5.1945, abgedruckt ebd., S. 594f. Auch in diesem Gesetz wurden bereits ausdrücklich solche Stellen ausgenommen, die von der Militärregierung zu ihrer Tätigkeit autorisiert worden waren. Zu dieser ersten Phase vgl. vor allem *Wolfgang Benz*, Amerikanische Literaturpolitik und Deutsche Interessen. Verlagswesen und Buchhandel 1945-1946, in: ZBLG 1979, Bl.42, H.3, S. 705 ff. und *Gehring*, Literaturpolitik, S. 36 ff.
- ⁸³ München-Chronik, S.59: Demnach fand die Ernennung am 23.6.45 statt; die erste Sitzung hielt Held am 14.6.1945 ab (HAH 529 Protokoll).
- ⁸⁴ HAH 529, Protokoll der Volksbüchereibibliothekarsitzung vom 6.7.45, Aussage Helds gegenüber dem amerikanischen Beauftragten für die Bibliotheken, Mr. Ueber.
- ⁸⁵ Dazu *Gehring*, Literaturpolitik, S. 20.
- ⁸⁶ HAH 529, Protokoll der Volksbibliothekarsitzung vom 6.7.45.
- ⁸⁷ *Edward C. Breitencamp*, The U.S. Information Control Division and its Effects on German Publishers and Writers 1945-1949, Grand Forks, N.D. 1953, S. 12. Breitencamp erwähnt diese Liste, die angeblich von der ICD zum Eigengebrauch publiziert worden sei, aber weder *Gehring*, Literaturpolitik, S.36 noch *Benz*, Buchhandel, S.710L, haben diese Liste in der Hand gehabt; beide berufen sich auf *Breitencamp*. *Benz* noch auf die Neue Zeitung vom 12.7.1946, in der diese «Liste der 1'000» erwähnt ist. Laut Breitencamp umfasste diese Liste 28 Seiten.
- ⁸⁸ *Breitencamp*, U.S. Information Control Division, S. 12.
- ⁸⁹ Liste unerwünschten Schrifttums, hg. i.A. des Kultusministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen von der *Arbeitsgemeinschaft Westdeutscher Büchereien*, Mühlheim (Ruhr), Düsseldorf 1947. Auch diese Liste war nur für den Dienstgebrauch bestimmt. Sie wurde vom Referat für Volksbüchereien

des erwähnten Ministeriums ausgegeben.

- ⁹⁰ Germany 1947-1949, S. 595 ff. «Confiscation of Literature and Material of a Nazi and Militarist Nature, Control Council Order No.4, Amended (1), vom 13.5.1946.
- ⁹¹ Liste der auszusondernden Literatur, hg. von der *Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone*, bearb. von der *Deutschen Bücherei Leipzig*, Berlin 1946.
- ⁹² Das erste Exemplar dokumentierte den Stand vom 1.4.1946, Nachträge folgten.
- ⁹³ HAH 529, Sitzung der Volksbibliothekare am 8.10.1945 in der Volksbücherei am Viktualienmarkt, Aussage Helds.
- ⁹⁴ Ebd.
- ⁹⁵ *Annemarie Meiner* (Hrsg.), *Mitteilungen des Arbeitsausschusses für den Bayerischen Buchhandel*, Nr. 1 vom 1.11.1945, Bericht über die Tätigkeit des Arbeitsausschusses für den bayerischen Buchhandel bis 30. September 1945, S. 3, Abs. 18: «Eine besondere Kommission hat umfangreiche Listen des unerwünschten NS-Schrifttums zusammengestellt. Diese Index-Listen werden als Broschüre herausgegeben. Es ist darin auch das Material der Münchner Bibliothekare verarbeitet, so dass aus dieser gemeinschaftlichen Arbeit eine Richtlinie für den ganzen bayerischen Buchhandel entsteht.» Ausserdem dazu *Benz*, *Buchhandel*, S.710f.
- ⁹⁶ HAH 529; in den Protokollen der Volksbibliothekarssitzungen wird bis in den September 1945 hinein dieses Thema wiederholt diskutiert.
- ⁹⁷ Dazu z.B. HAH 529, die Sitzungen vom 6.7. bis zum 18.9.1945. Bei einer Überprüfung finden sich ausser in einem Fall keine Übereinstimmungen zwischen den hier als «fragliche Bücher» zurückgestellten Werken und den in der «Liste unerwünschten Schrifttums» von Nordrhein-Westfalen enthaltenen. Auch mit den bei *Breitencamp*, U.S. Information Control Division, genannten Autoren, die auf der sowjetischen «Liste der auszusondernden Literatur» standen, finden sich keine Gemeinsamkeiten.
- ⁹⁸ *Benz*, *Buchhandlungen*, S. 711; *Benz* zitiert dabei den Cumulative Historical Report des Military Government for Land Bavaria vom 30.6.1946, S.205. Seiner Auffassung nach war den «Buchhändlern und Bibliothekaren ... entweder einigermaßen klar geworden, was politisch untragbar geworden war, oder aber die Bestände waren erschöpft». Eine dritte Möglichkeit wäre, dass die Schärfe der Kontrollen abgenommen hatte.
- ⁹⁹ Dies macht auch *Breitencamp*, U.S. Information Control Division, S. 12: «This book was widely distributed in Germany and generally consulted by the Germans; although Erich W. Isenstaed of Munich Information Control office denies in a letter to the writer that the Russian Zone list was ever recognized by the U.S. Military Government».
- ¹⁰⁰ *Breitencamp*, U.S. Information Control Division, S. 11, *Gehring*, *Literaturpolitik*, S. 36 und *Der Spiegel*, 1950, H. 46, S. 40. Es handelt sich dabei um den Stadtbibliothekar von Weissenburg, dem nachgesagt wird, er habe bei der Aussonderung 1933 die Bestände seiner Bibliothek von 10'000 auf 3'000 reduziert, bei der Anwendung der neuen Bestimmungen nach 1945 blieben dann nur noch ein paar hundert Bände übrig. «Die Liste der bei ihm unerwünschten Titel reichte vom Nibelungenlied und Walther von der Vogelweide über Lilienkrons Kriegsnovellen bis zu Fritz Steubens Kinderbuch ‚Der Fliegende Pfeile Auch moderne Schriftsteller gehörten dazu, von Alverdes bis Zillich, einschliesslich Ernst Jünger und Rudolf Binding.»
- ¹⁰¹ HAH 529, Protokoll der Sitzung der Volksbibliothekare vom 20.8.45. Held verwies für das gesamte Verfahren auf die persönliche Verantwortung des Einzelnen, der sich selber fragen müsse «ob z.B. Carossa noch weiterhin etwas drucken lassen kann».
- ¹⁰² HAH 529, Sitzung vom 20.8.45.
- ¹⁰³ HAH 529, Sitzung vom 20.8.45: «Die Zwischenfrage nach dem genauen Vorgang der Entstehung des Überkreuzungskatalogs ergab, dass die 1. Ausscheidung nach erhaltenem Auftrag von jeder Bücherei einzeln bearbeitet worden war und erst eine gemeinsame Besprechung die Synthese erbracht hat.»
- ¹⁰⁴ HAH 529, Sitzung der Volksbibliothekare vom 6.7.1945.
- ¹⁰⁵ HAH 529, Sitzung der Volksbibliothekare vom 18.9.1945.
- ¹⁰⁶ HAH 529, Sitzung der Volksbibliothekare vom 14.6.1945.
- ¹⁰⁷ Ebd. Vor allem dachte Held dabei an Klassikerausgaben, die er in dieser Zeit der Bücherknappheit nicht sinnlos aussondern wollte. Gekennzeichnet sollten aber alle NS-Verlagsprodukte werden,

- vor allem aus «statistischen Gründen».
- ¹⁰⁸ HAH 529, Sitzungen vom 14.6.1945 und vom 6.7.1945. Carossa wurde von Held mehrfach zur Debatte gestellt, so auch in der Sitzung vom 20.8.1945.
- ¹⁰⁹ HAH 529, Sitzung der Volksbibliothekare vom 14.6.1945.
- ¹¹⁰ HAH 529, Sitzung der Volksbibliothekare vom 6.7.45: «Es komme eben hier auch nur auf den Geist des einzelnen Buches an, wie ja auch nicht das Parteiabzeichen selber, sondern die eigentliche Gesinnung den Nationalsozialisten ausmache.»
- ¹¹¹ HAH 529, Sitzung vom 6.8.45.
- ¹¹² HAH 529, Sitzung der Volksbibliothekare vom 20.8.45. Dies sollte vorgenommen werden, da «die aussergewöhnlich geschickte NS-Propaganda es verstand, sich überall einzunisten».
- ¹¹³ HAH 529, Sitzungen vom 20.8.45 (Kochbücher und Reiseliteratur), vom 13.8.45 (Gesundheitsbücher: «Hierbei handle es sich meist um treffliche medizinische Literatur, die leider oft sehr viele NS-Gesichtspunkte aufweise»), vom 6.8.45 (Vor- und Nachwörter, z.B. bei Bismarck-Ausgaben).
- ¹¹⁴ HAH 529, Sitzungen vom 6.7.45 und 6.8.45.
- ¹¹⁵ HAH 529, Sitzung vom 6.7.45 und vom 6.8.45: Wegen seines V-I Artikels lehnte man ihn ab, anerkannte jedoch «seine sehr bedeutende Rolle im deutschen Schrifttum».
- ¹¹⁶ HAH 529, Sitzung vom 6.8.45: «Ludwig Finckhs Werk, das durch einseitiges und missverständliches Ausschlachten von Seiten der Partei kompromittiert wurde, solle gehalten werden.»
- ¹¹⁷ Ebd.: Grimm blieb in dieser Besprechung fraglich. In der «Liste unerwünschten Schrifttums» aus Nordrhein-Westfalen wurden drei seiner Werke zurückgestellt, eines ausgesondert. Griese wird dort nicht aufgeführt.
- ¹¹⁸ HAH 529, Sitzung vom 20.8.45. Die Diskussion um Bruno Brehm gab Held nochmal Gelegenheit zu einer grundsätzlichen Äusserung: «Mit betonter Überspitzung formulierte der Vorsitzende, dass manches tadelfreie Werk und mancher Autor ein ‚Opfer der politischen Phänomenologie‘ werden müsse». In der nordrhein-westfälischen Liste werden 5 Werke Brehms ausgesondert, die «Trilogie vom Weltkrieg» zurückgestellt.
- ¹¹⁹ Ebd. Karl Aloys Schenzingers naturwissenschaftliches Schaffen wollte Held bewahrt wissen. Seine drei Romane finden sich in der «Liste unerwünschten Schrifttums».
- ¹²⁰ HAH 529, Sitzung vom 13.8.45. August Winnings Werke kamen zu den problematischen, wie auch in der «Liste unerwünschten Schrifttums» («Zurückgestellt»).
- ¹²¹ HAH 529, Sitzung vom 6.8.45; Alexandra Rachmanowa, deren Bücher auch in der «Liste unerwünschten Schrifttums» ausgesondert wurden, erhielt von Held «das scharfe Prädikat einer Schmiererin. ‚Wer aus seinem Elend Millionen heraus schlägt, ist ein Tranfischer‘ – ‚Kitsch ist nichts anderes, als sich in den Dreck hineinknien und ihn weiter und weiter quellen lassen. Das hätte man gerade in München erkennen müssen‘». Deutliche Aussagen des Stadtbibliotheksleiters!
- ¹²² HAH 529, Sitzung vom 13.8.45; Isolde Kurz, von den Bibliothekarinnen verteidigt, wurde von einem Bibliothekar scharf angegriffen, der ihren «Kürassier-Standpunkt ... gegenüber der Zeit von 1914/18» beanstandete.
- ¹²³ HAH 529, Sitzung vom 14.6.45 und vom 6.8.45. Chamberlain, von dessen Werken in der «Liste unerwünschten Schrifttums» nur der «Seher des Dritten Reiches» ausgesondert wurde, fand mehrmalige Besprechung und blieb problematisch. Held wies darauf hin, dass vor allem Chamberlains Stellung zur Rassenfrage ihn den Amerikanern suspekt mache.
- ¹²⁴ HAH 529, Sitzung vom 13.8.45. Wagners antisemitische Schriften wurden in München zurückgestellt, die über ihn geschriebenen Biographien sorgfältig gesichtet, Chamberlains Wagner-Buch ausgeschieden. Keines von diesen Werken taucht in der «Liste unerwünschten Schrifttums» auf.
- ¹²⁵ HAH 529, Sitzung vom 20.8.1945.
- ¹²⁶ Ebd.
- ¹²⁷ Ebd. Neben den Büchern selbst hatten auch die dazugehörigen Karteikarten entfernt und teilweise verändert werden müssen.
- ¹²⁸ HAH 529, Sitzung vom 8.10.1945.

- ¹²⁹ HAH 529, Sitzung vom 6.8.45 und vom 10.8.45. So war eine Nazi-Tendenzschrift 28mal eingestellt worden, die nur zweimal einen Leser fand, ein anderes seit 8 Jahren viermal eingestelltes Buch war insgesamt fünfmal, ein dreimal vorhandenes nur einmal entliehen worden.
- ¹³⁰ HAH 529, Sitzung vom 6.7.1945.
- ¹³¹ HAH 529, Sitzung vom 13.8.45.
- ¹³² HAH 529, Sitzungen vom 6.8.45 und vom 10.8.45. So hatte das Personal auch die NS-Bücher wenig propagiert. Ironisch ist allerdings wohl Helds Aussage zu verstehen, «es schein, dass er in der Bücherei dem einzigen Amt der Stadtverwaltung vorstehe, in dem immer nur Demokraten gewesen seien». Die anwesenden Bibliothekarinnen betonten nämlich übereinstimmend, «NS-Stichflammenliteratur» sei «vom Personal bewusst nicht gerne ausgeliehen» worden.
- ¹³³ HAH 529, Sitzung vom 13.8.1945.
- ¹³⁴ Ebd.; «der Prozentsatz der ausgeschiedenen Bücher beträgt durchschnittlich an die 25 Prozent. Sie werden streng gesondert und verschlossen aufbewahrt.»
- ¹³⁵ HAH 529, Sitzung vom 1.10.1945.
- ¹³⁶ Die Volksbüchereien konnten sich vor Lesern kaum retten und mussten die Leserliste sogar zwischenzeitlich schliessen. Dazu *Meiner*, MLBB, Dezember 1946, S. 23.
- ¹³⁷ HAH 529, Sitzung vom 18.10.45. Hier antwortet eine Bibliothekarin auf Helds Frage, ob sich die «soziologische Struktur der Leser» geändert habe: «Leider nein!»
- ¹³⁸ HAH 529, Sitzung vom 27.8.45.
- ¹³⁹ Dies entspricht zumindest der Aussage in der Broschüre «Zehn Jahre Amerikahaus», die 1956 herausgegeben worden ist.
- ¹⁴⁰ HAH 529, Volksbüchereien, Sitzung vom 6.7.45 und andere. Hier betont Held, vor allem müsse man ohne Eigendünkel an die Ausleihe herangehen, denn dieser sei falsch und borniert. «Zu beachten seien u.ä. der Schwierigkeitsgrad des Stils, die gesellschaftliche, landschaftliche und wirtschaftliche Folie der dargestellten Handlung». Vgl. dazu auch den in HAH 529 enthaltenen ausführlichen, 46 Seiten langen Bericht einer Münchner Volksbibliothekarin «Welche Spitzenleistungen deutscher Romane, Novellen, Gedichte und Dramen würde ich an Amerikaner, Engländer, Franzosen ausleihen?», in dem trotz aller Bemühungen Vorurteile weiter bestehen: Der Amerikaner wird als naiv, erfolgsbestimmt, eher heiter, der Engländer als nationalbewusst, nüchtern, zurückhaltend, der Franzose als sinnlich und auf die eigene Geschichte fixiert beschrieben. Danach richtete sich auch die jeweils für geeignet gehaltene Literatur.
- ¹⁴¹ HAH 529, Sitzung vom 6.8.45.
- ¹⁴² HAH 529, Sitzung vom 20.8.45. Anlass zu dieser Aussage fand Held darin, dass ein von den Buchhändlern vorgelegter Aussonderungskatalog von den Amerikanern beanstandet worden war. Er neigte dabei offenbar in vielen Fällen auch selber dem amerikanischen Standpunkt zu.
- ¹⁴³ HAH 529, Sitzung vom 6.8.45.
- ¹⁴⁴ HAH 529, Sitzung vom 20.8.45.
- ¹⁴⁵ HAH 529, Sitzung vom 20.8.45. Diesem Appell war ein längerer Vortrag über den Begriff der Demokratie vorausgegangen, «der jetzt von so vielen gedankenlos gebraucht, aber von so wenigen gekannt, der von so vielen in der Theorie angewandt und verfochten und von so wenigen in der Praxis erkannt werde». In der Situation bei Kriegsende schrieb er dem Bibliothekarsposten «eine enorme politische Bedeutung» zu. Auch in der Sitzung vom 13.8.45 äusserte er sich ebenso eindringlich wie engagiert zu Fragen der Demokratie und des Friedens: «Immer bohrender spricht der Vorsitzende auf seine Zuhörer ein: Vielleicht sind wir alle Nationalsozialisten!?! Unterliegen wir etwa nicht einer hundertjährigen Erziehung des Stehlens und Plünderns? Erhielt nicht seit Generationen der Unteroffizier die Rechte eines unteren Beamten?. . .? Hier sei der Boden für die Herrschaft des banausischen Soldatentums geebnet...»
- ¹⁴⁶ HAH 529, Sitzung vom 6.7.45. Das weltbürgerliche Element sah Held dadurch gewahrt, dass man grosse, bereits vor 1933 angelegte Bestände amerikanischer, englischer, französischer und italienischer Literatur zur Verfügung habe.
- ¹⁴⁷ Ebd.
- ¹⁴⁸ HAH 529, Besuch der städtischen Volksbücherei Stadtmitte durch Capt. Templeton am 10.8. 1945.

- ¹⁴⁹ HAH 529, Tätigkeitsbericht der Stadtbibliothek 1949. Hierin werden genannt 84'000 Bände katalogisierte Bestände in Magazinen, 35'000 Bände unkatalogisierter Zugang in Magazinen, 12'000 Bände NS-Literatur «aus Volksbüchereien ausgeschieden und provisorisch katalogisiert (NS-Archiv)»; im Magazin aufgestellt 32'000 Bände NS-Literatur aus Volksbüchereien, Schul- und Amtsbibliotheken; im Magazin gestapelt 5'000 Bände aus Volksbüchereien ausgeschiedene Bestände, die sich als alt oder ungeeignet erwiesen hatten und 7'000 Bände aus Schenkungen und Ankäufen, z.B. aus der Schweizer Bücherspende, der Spende des Collecting Point und des amerikanischen Roten Kreuzes.
Was später mit diesen Büchern geschehen ist und warum man sie in dieser Menge glaubte einlagern zu müssen, wird aus den Akten nicht klar. Aufschluss könnte jedoch geben der Artikel «Nazi-Literatur in Bibliotheken» von *Katrin Behrend* in der Abendzeitung vom 31.1.1984. Demnach sind diese Bücher in der Stadtbibliothek inzwischen wieder ohne besondere Kennzeichnung zugänglich.
- ¹⁵⁰ Ebd. Die ehemalige Gestapobibliothek wurde nach ihrer Überführung in die Infanteriestrasse erst aufgestellt, um darin enthaltene fremde Besitztümer zurückgeben zu können. So erhielt z.B. auch die Gewerkschaftsbibliothek daraus Bände zugewiesen. Dazu HAH 533, Schreiben Max Wönlers vom Bayerischen Gewerkschaftsbund an Held vom 27.1.48.
- ¹⁵¹ HAH 529, Tätigkeitsbericht 1949, S. 5. Ob diese 5'600 Bände bereits in den 44'000 gelagerten NS-Beständen enthalten sind, geht aus dem Bericht nicht hervor.
- ¹⁵² Dazu z.B. *Prinzhorn*, Aufgaben der Bibliotheken im NS-Deutschland, S. 13ff.
- ¹⁵³ Amt der Militärregierung für Bayern, APO 170/AG 350-MGBAE, Anweisung für die Verfügung über beschlagnahmtes Material nationalsozialistischen und militaristischen Charakters» vom 10.8.1946, abgedruckt in: Amtsblatt des *Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus*, Jg. 1, Nr. 9, ausgegeben in München am 12.9.1946, hier S. 135 ff.
- ¹⁵⁴ «Sammelstellen für nationalsozialistisches und militaristisches Material», ebd., S. 134f. Dort waren 23 Sammelstellen angegeben, Papier-, Pappen-, Holzstoff- und Lederpappenfabriken.
- ¹⁵⁵ Amt der Militärregierung für Bayern, APO 170/MGBK, Anordnung betreff «Einziehung von Literatur und Material nationalsozialistischen und militaristischen Charakters» vom 22.7.1946, ebd. S. 133 f., Abschnitt 4: «Je 150 Stück der eingesammelten Bücher werden nach Möglichkeit für Zwecke der Militärregierung ausgesondert. Der Rest wird voraussichtlich eingestampft und das dabei gewonnene Papier für notwendige Veröffentlichungen, in erster Linie für Schulbücher, verwendet.» Auch Filme, Glasbilder, Portraits «und andere, zur Einstampfung nicht geeignete Dinge» sollten abgegeben werden, Brauchbares wurde von der Militärregierung ausgewählt; der Rest wurde unbrauchbar gemacht oder, unter der Leitung der Militärregierung, so umgeformt, «dass er zur Behebung ernstlichen Rohstoffmangels beiträgt». Diese Verfügung findet sich in der Anweisung vom 10.8.1945, Amtsblatt des Kultusministeriums, S.137.
- ¹⁵⁶ Dazu auch *Gehring*, Literaturpolitik, S. 36. Die dennoch vorhandene Parallele führte demnach auch in der amerikanischen Presse zu scharfen Diskussionen. Ausserdem dazu *Breitencamp*, U.S. Information Control Division, S. 35: Breitencamp sieht deutliche Parallelen zu den NS-Methoden, obwohl er der ICD durchaus guten Willen unterstellt. Die Ähnlichkeiten sieht er vor allem im Verhalten der Bevölkerung gegenüber der ICD, im übergrossen Entscheidungsspielraum einzelner ICD-Offiziere, in der Methode der gezielten Papierzuteilung und in dem Ziel einer Charakter-Umformung, die totalitärer Praxis entspreche.
- ¹⁵⁷ Anweisung vom 10.8.1945, Abschnitt 3c, Amtsblatt des Kultusministeriums vom 12.9.1946, S.137.
- ¹⁵⁸ München-Chronik 1945-48, S. 87.
- ¹⁵⁹ Erst am 28.8.1942 waren die «Richtlinien zur Durchführung des Luftschutzes in Bibliotheken» des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung erlassen worden, am 8.9.1942 folgten die bayerischen Ausführungsbestimmungen dazu mit einer Verfügung des Bayerischen Kultusministeriums. Dies geht jedenfalls aus den Aussagen von *Ladislav Buzás*, Geschichte der Universitätsbibliothek München, Wiesbaden 1972, S. 193, hervor.
- ¹⁶⁰ HAH 525 (3): unter dem Betreff: «Sicherung der Bestände der Stadtbibliothek» oder «Rückführung der ausgelagerten Bestände der Stadtbibliothek» berichtete Agnes von Krempelhuber über

- ihre Dienstreisen. Wie die Auslagerung vor sich ging, wird dort ebenfalls in einem Fall beschrieben, in dem Frau von Krempelhuber sich für die Bitte eines Pfarrers einsetzt: «Nachdem Herr Pfarrer Huber der Stadtbibliothek in so grosszügiger Weise Obdach gewährt hat zur Zeit des Bombenterrors – er hat mich zum Teil unangemeldet mit sechs Lastwägen voll wichtiger Monacensien, Katalogen und fast der ganzen juristischen Bücherei aus dem Münchner Rathaus aufgenommen, bei Eis und bei Schnee – kann ich nicht anders, als diese seine ganz grosse Sorge dem Vater der Stadt vorzulegen.» (Brief vom 12.10.1945 an den Oberbürgermeister)
- ¹⁶¹ HAH 525 (3). Die Berichte stammen aus dem Zeitraum Januar 1946 bis November 1947.
- ¹⁶² HAH 525 (3), Brief der Direktion der Städtischen Bibliotheken an die Staatsbibliothek München vom 14.6.1945, in dem um Aufklärung dieser Angelegenheit gebeten wird.
- ¹⁶³ HAH 525 (3), Schreiben Helds an die Militärregierung vom 6.9.1945.
- ¹⁶⁴ HAH 525 (3), Schreiben Helds an die Militärregierung vom 6.9.45. In keinem der davon betroffenen Lager hatte sich ein amerikanischer Sperrvermerk befunden.
- ¹⁶⁵ Ebd. Held sah seine Bestände vor allem durch Plünderungen und «andere zerstörende Einflüsse» bedroht.
- ¹⁶⁶ HAH 525 (3), Bericht Agnes von Krempelhubers vom 13.4.46. Unterzeichnet waren diese Anschläge von dem für den Landkreis zuständigen Militärregierungsbeamten.
- ¹⁶⁷ HAH 525 (3), Bericht Agnes von Krempelhubers vom 13.4.46.
- ¹⁶⁸ HAH 525 (3), Bericht über die Dienstreise vom 17. September 1946 mit 26. September 1946.
- ¹⁶⁹ HAH 525 (3), Bericht über die Dienstreisen vom 21.1.47. Wet dieser Mann gewesen war, liess sich nicht feststellen.
- ¹⁷⁰ Directive JCS 1067 vom April 1945; in: Part I, 15, Germany 1947-1949, S. 26.
- ¹⁷¹ HAH 525 (3), Bericht über die Dienstreise am 25. November 1946.
- ¹⁷² HAH 525 (3), Bericht über die Dienstreise vom 9. mit 18. Oktober 1946. Insgesamt war wohl die Militärregierung in München eher für solche Probleme zu interessieren als ihre Aussenstellen auf dem Land. Vor allem der Einfluss der Kulturoffiziere dürfte sich dabei bemerkbar gemacht haben.
- ¹⁷³ HAH 525 (3), Bericht über die Dienstreise am 4. bzw. 5.1.1946 «zum Zweck der Zurückholung eines Teils des Handapparates der Stadtbibliothek».
- ¹⁷⁴ Ebd.
- ¹⁷⁵ HAH 525 (3), Bericht über die Dienstreise am 12. Dezember 1946. Der Fahrer wurde zuerst «zur Wache an der Isarbrücke und anschliessend zum Rathaus beordert».
- ¹⁷⁶ HAH 525 (3), Bericht über die Dienstreise am 15. November 1946.
- ¹⁷⁷ HAH 525 (3), vor allem die Reise vom 17.9. mit 26.9.1946.
- ¹⁷⁸ HAH 525 (3), Bericht über die Reise vom 17.9.46 mit 26.9.46.
- ¹⁷⁹ HAH 525 (3). Nur in drei der geschilderten Fälle machte sich Frau von Krempelhuber mit dem Zug auf den Weg: Die Reisen vom 17.9.-26.9.46, die Reise vom 11. mit 15. September 1947 und diejenige vom 9. mit 18. Oktober 1946.
- ¹⁸⁰ HAH 525 (3), Reise vom 4. bzw. 5.1.1946; ausserdem die Reise vom 9. mit 18.10.1946 und die vom 6.12.1946.
- ¹⁸¹ HAH 525 (3), Bericht über die Reise vom 17.9.-26.9.46 und vom 9.-18.10.46. Auch in München war das Organisieren von Arbeitskräften durchaus nicht einfach, meist kamen weniger als versprochen waren. In einem Fall, der Reise vom 15.11.46, musste beim Ausladen sogar «mit Arbeitsverweigerung» gerechnet werden, «da es den Leuten bei der heutigen Ernährung unmöglich ist, 130 schwere Kisten in den 4. Stock zu tragen». Beim Einladen in Mittelfranken zeigten sich einige Arbeiter so geschickt, dass Frau von Krempelhuber gleich auf bessere Ernährungsverhältnisse schloss (Reise vom 11.-15.11.1947).
- ¹⁸² HAH 525 (3), Bericht über die Reise vom 9. mit 18.10.46.
- ¹⁸³ HAH 525 (3), z.B. Reise vom 4. bzw. 5.1.46: «Aufregend war die ständige Anwesenheit der im Pfarrhof einquartierten rund 40 Polen. Ich musste wiederholt diese Leute ganz energisch aus dem Zimmer weisen, was mir nur gelang mit dem Hinweis auf das Military Government, unter dessen Schutz das Bibliotheksgut stünde.» Ausserdem Reise vom 25.11.46; da man den ursprünglichen Lagerraum im Pfarrhof gebraucht hatte, waren die Kisten auf das ganze Haus verteilt worden.

- ¹⁸⁴ Vor allem die in Kellern gelagerten Bestände waren deshalb durch Schimmel gefährdet.
- ¹⁸⁵ HAH 525 (3), Reise vom 17.-26.9.1946.
- ¹⁸⁶ HAH 525 (3), ebd.; dieser Fall war der einzige, in dem sich Frau von Krempelhuber zu einer abfälligen Bemerkung hinreissen liess: Sie sprach von 35 «Pollacken», die dort einquartiert gewesen seien.
- ¹⁸⁷ HAH 525 (3), Reise vom 17.9. mit 26.9.46; wie eine ideale Lagerung aussehen sollte, zeigte ein Gutsbesitzer, den Frau von Krempelhuber selber um die Aufbewahrung der Bücherkisten gebeten hatte: Er hatte die Kisten zweimal umgelagert, da ihr ursprünglicher Unterbringungsort, die Schlosskapelle, gebraucht wurde und der Brauereikeller nicht trocken genug war. Auf dem Gerstenboden stellte sich dieses Problem dann nicht (Reise vom 12.12.46). Auch um einen anderen Auslagerungsort hatte sich eine der Bibliotheksangestellten verdient gemacht und auch hier funktionierte Lagerung und Abtransport reibungslos (Reise vom 11.-15.9. 1947).
- ¹⁸⁸ HAH 525 (3), Reise vom 15.11.46: «Die Fenster waren diesmal frei von Blumenstöcken. Auch die Luft im Raum war frischer; es ist also seit der letzten Kontrolle am 25. September besser gelüftet worden. Die Kisten zeigen an den Rändern Schimmelbildung.»
- ¹⁸⁹ HAH 525 (3), Reise vom 17.9. mit 26.9.1946.
- ¹⁹⁰ HAH 525 (3), Bericht über die Dienstreise am 29.10.1947.
- ¹⁹¹ HAH 525 (3), Liste der Auslagerungsorte. In der für die Militärregierung zusammengestellten Liste der ursprünglichen Auslagerungsorte, Mon, Akt 139 sind ebenfalls 21 Orte angegeben. In anderen, vorläufigen Listen finden sich nur 17 Orte (HAH 525 (3), «Statement concerning evacuated book»). Bei *Hollweck*, Stadtbüchereien, S. 27 sind ebenfalls nur 18 Auslagerungsorte angegeben.
- ¹⁹² HAH 525 (3), «Überblick über die heute noch verlagerten Bestände der Stadtbibliothek. 27. November 1946».
- ¹⁹³ HAH 525 (3), Liste der Auslagerungsorte. Hier sind auch die genauen Mengen und Räumlichkeiten angegeben.
- ¹⁹⁴ HAH 525 (3), Reise vom 29.10.1947.
- ¹⁹⁵ Dazu *Irmgard Bezzel*, Bayer. Staatsbibliothek München, Bibliotheksführer, München 1967, S. 16; *Leyh*, wissenschaftl. Bibliotheken, S. 10 und *Buzàs*, Universitätsbibliothek, S. 183 ff.
- ¹⁹⁶ In Frage kamen dabei vor allem die Bibliotheken und Büchereien der NS-Dienststellen, der NS-Institutionen, der NS-Ordensburgen und einzelner Parteiführer. Aber auch einfache Partei-Mitglieder oder sonstwie von den Entnazifizierungsaktionen Betroffene fürchteten um ihre Privatbibliotheken. Dazu vor allem HAH 522, 523, 529 und 525 (2), 541 und 542.
- ¹⁹⁷ Direktive JCS 1067 vom Oktober 1945, in: *Germany 1947-1949*, S. 24-26. In Part I, Abs. 15 steht ausdrücklich: «Subject to the provisions of paragraph 6 above, you will make all reasonable efforts to preserve ... libraries...» Paragraph 6 bezog sich auf die «Denazification»; wichtig hier vor allem die Punkte d bis f: «Property, real and personal, owned or controlled by the Nazi party, its formations, affiliated associations and supervised organisations ... will be taken under your control.. All archives, monuments and museums of Nazi inception ... will be taken under your control... You will make special efforts to preserve from destruction and take under your control records, plans, books...»
- ¹⁹⁸ Dazu vor allem HAH 522.
- ¹⁹⁹ HAH 529, Sitzung der Volksbibliothekare vom 27.8.45, Aussage Heldts: «Die Leihbüchereien ... bemühten sich schon, durch nicht ganz einwandfreie Manipulationen ehemaligen NS-Besitz in ihre Einrichtungen zu übernehmen.»
- ²⁰⁰ HAH 522, z.B. Schreiben Scharnagls an die Militärregierung vom 6.7.1945, Schreiben Heldts an Scharnagl vom 23.6.1945.
- ²⁰¹ HAH 522, z.B. Schreiben Heldts an Capt. Templetön von der Militärregierung vom 28.11.1945: «Selbstverständlich sind wir in der Lage, die uns zur Verfügung gestellten Bücher auch käuflich zu erwerben.»
- ²⁰² HAH 529, Sitzung der Volksbibliothekare vom 27.8.45. Held beschwerte sich hier erst über die Methoden der Leihbüchereien und fügte dann hinzu: «Diese Handlungsweise sei wohl nicht zu

- Unrecht als der Versuch eines sanktionierten Bücherdiebstahls zu bezeichnen.»
- ²⁰³ HAH 522, Schreiben Helds an Scharnagl vom 27.6.1945.
- ²⁰⁴ Ebd.; an diesen Büchereien war Held interessiert, da sie «teilweise der Öffentlichkeit nicht zugängliches Schulungsmaterial enthalten und für seinerzeitige historisch-politische Forschungsarbeiten von grosser Wichtigkeit wären. Es wäre begrüssenswert, diese Buchbestände zu erhalten und gesammelt und unter Verschluss in der Stadtbibliothek München aufzustellen.»
- ²⁰⁵ Ebd. und Bericht über die Bibliothek aus dem Haus des Deutschen Rechts von Elisabeth Blume, ohne Datum, wahrscheinlich 1945: Frau Blume, die die Bibliothek seit 1942 verwaltet und auch ihre Evakuierung nach Altötting überwacht hatte, gab in ihrem Schreiben eine ausführliche Schilderung der etwa 60'000 Bände umfassenden Bibliothek. Nach ihren Aussagen war «durch die amerikanische Militärregierung ... die Bayerische Staatsbibliothek auf die Bibliothek des Hauses des Deutschen Rechts aufmerksam geworden», sie betonte aber, bisher seien ihres Wissens «von der Staatsbibliothek noch keine Schritte zur Sicherstellung der Bibliothek unternommen worden.»
- ²⁰⁶ HAH 522, Schreiben Helds an Scharnagl vom 27.6.45; das Archiv Troosts sollte noch im Luftschutzkeller des Parteihauses an der Arcisstrasse liegen.
- ²⁰⁷ HAH 522, Schreiben Scharnagls an die Militärregierung vom 6. Juli 1945. Scharnagl begründet seinen Antrag so: «Es wäre notwendig, sie unter die Leitung unseres Direktors der städt. Büchereien zu nehmen, der ein anerkannter Gegner der Nazi ist, damit sie sichergestellt und für spätere wissenschaftliche und historische Forschungen ausgewählt werden können.»
- ²⁰⁸ HAH 522, Bericht Fingerles an das Direktorium A vom 18. Juli 1945.
- ²⁰⁹ HAH 522, Bericht Fingerles an das Direktorium A vom 18.7.1945.
- ²¹⁰ HAH 522, Schreiben Hans Bisles an Held vom 1.1.46, vom 25.2.46, vom 3.3.46 und vom 16.3.46. Bei der Bücherei handelte es sich um ca. 3'000 Werke; da das Stadtarchiv an demselben Auslagerungsort Bestände liegen hatte, kamen die Bücher durcheinander. Ganz glaubwürdig ist es jedoch nicht, dass auch die dort lagernde Tonfilmapparatur und Filme «zufällig» mitgenommen wurden, wie es Held in einem Schreiben an Dr. Keim darstellt.
- ²¹¹ HAH 522, Schreiben Helds an Capt. Templeton von der Militärregierung vom 28.11.45.
- ²¹² HAH 522. So z.B. die Bibliothek des ehemaligen «Reichsleiters» Bouhler in Nussdorf a. Inn, dessen Haus von der Militärregierung beschlagnahmt war, was Plünderungen der Bibliothek nicht hatte verhindern können. Der Gesamtbestand war von einem nicht Sachverständigen nach reinem Materialwert auf RM 3'000,- geschätzt worden und sollte nun verkauft werden; darunter befanden sich z.B. eine 98bändige Rotteck'sche Weltgeschichte, die man auf WORM geschätzt hatte, ein früh bebildeter, mehrbändiger Tacitus für 16,- RM, usw. Brief von Walter Schmidkunz an Held vom 26.3.1946.
- ²¹³ HAH 525 (2), Tätigkeitsbericht der Stadtbibliothek 1949.
- ²¹⁴ Ebd.
- ²¹⁵ HAH 533, Schreiben des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuss München, Max Wöner an Held vom 27.1.48. Wöner bezog sich auf das Rückerstattungsgesetz Nr. 59 der Militärregierung über die Rückerstattung feststellbarer Vermögenswerte vom 10.11.1947, Gesetz- und Verordnungsblatt 221. Er erinnerte an die Ansprüche des Gewerkschaftsbundes, zu dessen Gunsten der Landesausschuss der politisch Verfolgten in Bayern von Einzelansprüchen zurückgetreten war. Ein weiteres Schreiben Wöners vom 26.2.1948 an Held bittet um baldigste Erledigung: «Wir wären dankbar, wenn Sie unsere Geduld nicht restlos erschöpfen wollten», schreibt Wöner. Ausserdem dazu: B.u.R. 2163.
- ²¹⁶ HAH 525 (2), Tätigkeitsbericht 1949 der Stadtbibliothek.
- ²¹⁷ HAH 520, Schreiben Helds an die Militärregierung, DISCC 6870 – Publications Section, Lt. Hugoboom, vom 23.2.1946. Held hatte gehört, Bibliothek und Archiv des Verlages seien zum Verkauf an eine öffentliche Bibliothek freigegeben worden. Er glaubte die vor allem monacensischen Bestände des Verlages bei der Stadtbibliothek am besten aufgehoben. Zur Geschichte des Verlages Langen-Müller, der erst während des Krieges unter die Kontrolle des Eher-Verlages (des NS-Verlages) geraten war, aber dennoch nach dem Krieg nicht neu anfangen durfte, wohl weil dem andere Geschäftsinteressen entgegenstanden, vgl. *Breitencamp*, U.S. Information Control Division, S.66ff.

- ²¹⁸ HAH 541, Schreiben Helds an das Amt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung, Zweigstelle München vom 3.9.46, in dem er um die Freigabe eines solchen Bestandes bittet. Aus der Antwort des Amtes vom 21.5.47 geht hervor, dass es bereits zu spät war: Man hatte den größten Teil der ausgelagerten Bestände bereits geplündert. Ausserdem HAH 523, Begutachtung Helds vom 10.4.46 für eine andere Privatbibliothek in München. In einem weiteren Fall (HAH 520, Schreiben an Held vom 26.7.45 und vom 19.9.45) bat ein Gelehrter Held darum, seine in Alt-Aussee in Österreich ausgelagerte Fachbibliothek zurückführen zu lassen, die er dann der Stadtbibliothek verkaufen, für den Rest seines Lebens jedoch noch benützen wollte. Er verlangte dafür 100'000,- RM. Eine Reaktion Helds auf dieses Angebot ist in den Akten nicht enthalten.
- ²¹⁹ Dieser «Bibliotheksschutz», der im Rahmen des «Kulturschutzes» gewährt wurde, lässt sich völkerrechtlich auf die Haager Landkriegsordnung von 1899 bzw. ihre Nachfolgeregelungen wie die Haager Konvention von 1907 und spätere Entwürfe zurückführen, deren nationale Regelungen jeweils in den «Kriegsrechts-Handbüchern» niedergelegt wurden. Unter das demnach zu schützende öffentliche Eigentum zählte auch das Eigentum der Bibliotheken. Dazu *Karl Heinrich Buhse*, der Schutz von Kulturgut im Krieg, in: Veröffentlichungen des Instituts für Internationales Recht an der Universität Kiel, Hamburg 1959, der auch die genaueren Regelungen des Kulturschutzes während des 2. Weltkriegs und ihr weitgehendes Versagen gegenüber den Gegebenheiten des Bombenkrieges ausführt. Der bereits zitierte Abschn. 15, Part I der Direktive JCS 1067 entspricht daher nur einer Erinnerung an geltendes Völkerrecht.
- ²²⁰ HAH 523.
- ²²¹ HAH 541, Bestätigung Helds vom 18.3.1946.
- ²²² HAH 523, z.B. Schreiben Helds vom 7.6.46 und vom 9.1.47.
- ²²³ HAH 523, z.B. Schreiben Helds o.J., Antwort auf ein Schreiben Königsdorfers an Held vom 11.12.45.
- ²²⁴ HAH 523, Gutachten Helds vom 12.7.46.
- ²²⁵ HAH 523, Bestätigung Helds vom 3.5.46.
- ²²⁶ «Verordnung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnungen» vom 14.8.1942, Reichsgesetzblatt 1942, I, S.545 und «Verordnung zur Wohnraumlenkung» vom 27.2.43, Reichsgesetzblatt 1943, I, 127.
- ²²⁷ Alliierte Kontrollbehörde, Kontrollrat, Gesetz Nr. 18, Wohnungsgesetz. Amtsblatt des *Arbeitsministeriums* Nr. 3/1946, in Kraft getreten am 16.3.46. Für die Bayerischen Ausführungsbestimmungen: «Verordnung Nr. 115 zur Durchführung des Wohnungsgesetzes vom 6. Dezember 1946», Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 3/1947.
- ²²⁸ HAH 523, Schreiben Helds an das Bezirkswohnungsamt West vom 14.3.47.
- ²²⁹ Besonders bei Fragen des Zuzugs kulturell wichtiger Persönlichkeiten war das Wohnungsamt in keiner Weise zuvorkommend, sondern blockierte Zuzüge von Verlagen wie Reclam, Schriftstellern wie Stefan Andres und Wissenschaftlern wie Romano Guardini. Dazu z.B. HAH 227-231 sowie s.o. das Kapitel «Musikpflege» und s.u. das Kapitel «Literaturförderung».
- ²³⁰ HAH 523, Bitte an Held um Begutachtung einer Privatbibliothek vom 24.2.1947 und Bitte um Kulturschutz vom 25.10.45. In dem Schreiben vom 25.10.45 wird betont, der zuständige Wohnungsbeamte habe gesagt, «dass solche Kunst- und Kulturwerke gerettet werden müssten, da schon zu viel verloren gegangen sei». Am Ende seines Briefes, als Postskriptum seiner Bitte, fügt der Schreiber (Parteigenosse, Lichtbildwart und Kunstmaler) noch vorsorglich hinzu: «Es handelt sich natürlich vor allem um Schutz! Stiften kann ich dieses mein letztes Eigentum jetzt natürlich nicht...»
- ²³¹ HAH 523, Schreiben an Held vom 13.2.46 und positives Gutachten Helds vom 19.11.1946. Aber auch andere Betroffene fühlten sich schlecht behandelt. In einem Fall hatte Helds Befürwortung nur vorübergehend geholfen (Befürwortung vom 19.9.45). Als dennoch eine Beschlagnahme drohte, lagerte die Stadtbibliothek die wertvolle Sammlung von Goethe-, Schiller- und Romantiker Ausgaben bei sich ein, woraufhin der Betroffene Held, bzw. der Stadtbibliothek eine Goethe-Büste schenkte (Dankschreiben Helds vom 22.7.1946).

- ²³² Dazu *Gisela von Busse*, *West-German Library Development since 1945*, Washington 1962, S.50ff. und S.75ff.
- ²³³ Um 30'000,- RM auf 50'000,- RM. Dazu Haushaltssatzung der Landeshauptstadt München für 1947, S. 103. In der Rechnung wurden allerdings doch 85'790,- RM für die Anschaffung ausgegeben. Dazu Haushaltssatzung 1949, S. 81.
- ²³⁴ RP 720/7, Sitzung des Finanzausschusses vom 18.4.1947, S.300ff.; zu U.A. 312, Pos. 130 «Einkauf von Büchern».
- ²³⁵ Edgar Hanfstaengl, geboren am 8.7.1883, gestorben am 11.4.58, war Kunstverleger und ehrenamtlicher Stadtrat der CSU-Fraktion.
- ²³⁶ Haushaltssatzungen der Stadt München 1945-1956, Wissenschaftspflege-Stadtarchiv. Dort sind die genauen Zahlen aufgeschlüsselt. Ausserdem dazu das Kapitel «städtische Wissenschaftspflege» der vorliegenden Arbeit.
- ²³⁷ Vgl. dazu auch die Kapitel «Münchner Philharmoniker» und «Münchner Kammerspiele» der vorliegenden Arbeit. In beiden Fällen stellte sich vor allem das Problem der ständig steigenden Personalkosten. Dazu auch Haushaltssatzung 1951, S.XIX, wo dies explizite zum Ausdruck gebracht wird.
- ²³⁸ RP 720/7, Sitzung des Finanzausschusses vom 18.4.1947, S. 304.
- ²³⁹ Wahrscheinlich waren damit die durch die schwierige wirtschaftliche Situation unruhig gewordenen Bevölkerungskreise gemeint. Es wird hier das Buch jedenfalls als Tranquilizer angepriesen, egal ob für die Bevölkerung gegen die widrigen Lebensumstände oder für die Stadträte gegen die Bevölkerung. Die Sparkommission geht ausserdem bei ihren Überlegungen davon aus, dass vorgebaut werden müsse, obwohl «wir gemeinsam es wohl kaum mehr erleben werden, dass aus dem Schutt wieder das wird, was München einst war».
- ²⁴⁰ RP 720/7, Sitzung des Finanzausschusses vom 18.4.1947, S. 304.
- ²⁴¹ Zur Person Hensels: *Biographisches Lexikon zur Geschichte der böhmischen Länder*, hg. i. A. des *Collegium Carolinum*, Bd. I, Lieferung 8, München/Wien 1978, S. 598: Walther Hensel hiess demnach eigentlich Julius Janiczek und gehörte zu den Mitbegründern der österreichischen Wandervogelbewegung (1911). Als Volksliederspezialist war er auch in der NS-Zeit als Leiter von Singwochen und Herausgeber von Volksliedersammlungen wie «Klingende Saat» (1933 ff.), *Weg und Ziel* (1936) u.a. aktiv, was nach 1945 zu einer Zwangspause führte. Gesichtspunkte der Entnazifizierung kommen aber erstaunlicherweise in der Stadtratsdebatte über seine Einstellung überhaupt nicht zur Sprache.
- ²⁴² RP 719/5, S.488 ff., Sitzung des Personalausschusses vom 2.5.46. Ein Stadtrat meinte dazu: «Es ist ganz schön, Volkslieder zu sammeln, aber müssen diese Dinge jetzt sein... Ich glaube, dass die Stadt ausserordentlich viel für Kulturzwecke tut, aber man muss sich in der Grenze des Notwendigen halten.» Bürgermeister Wimmer war jedoch geneigt, für die Musikbücherei dieses Opfer zu bringen.
- ²⁴³ *Meiner*, MLBB, Jg. 1, Nr. 2/3, März 1947, S. 29.
- ²⁴⁴ Ebd. und RP 720/3, S. 164ff., Vortrag Oberbürgermeister Scharnagls bei der Sitzung des Hauptausschusses vom 6.2.1947.
- ²⁴⁵ Ebd.
- ²⁴⁶ Dieser Vorgang erinnert an die Probleme der Übernahme der ausgelagerten Bestände der Preussischen Staatsbibliothek, die in Marburg lagerten und als «Westdeutsche Bibliothek, ehemals Preussische Staatsbibliothek» dem deutschen Bibliotheken-Leihverkehr zugänglich gemacht wurden. Dazu Bay HSTA, MA 130262, Sitzung des Unterausschusses für wissenschaftliche Bibliotheken am 20.8.48 mit Anlagen. Ausserdem *Heinrich Middendorf*, Bericht von 2 Tagen in Bad Godesberg, 11.-13.4.49, in: *Nfwb* 1949, H.6, S. 99. Im Gegensatz zu der Marburger Bibliothek machte dieser auf der wirtschaftlichen, nicht auf der ideologischen Ebene vollzogene Übergang in westdeutsche Hände viel weniger Schwierigkeiten.
- ²⁴⁷ RP 720/3, S. 166 und 168.
- ²⁴⁸ Ebd. Das dabei entstehende Kapital dürfte zur Eintragung der Gesellschaft nötig gewesen sein. H.L. Held schätzte das Kapital der neuen Gesellschaft auf etwa 300'000,- RM. Weitere Gesellschafter waren die städtischen Volksbüchereistellen Köln, Mainz, Kassel, Fulda, Bayreuth, Augsburg, die städt. Bücherei Köln, die Kreisbüchereistelle Trier, etc.

- ²⁴⁹ Ebd.; Gesellschafter wurden ausschliesslich beliefert.
- ²⁵⁰ Bay HSTA, Bev. Stuttgart 152; Bay HSTA, MA 130261 und 130262; Sitzungen des «Unterausschusses für wissenschaftliche Bibliotheken» vom 11.12.46 bis 20.8.48. Nach dieser Sitzung wurde der Ausschuss aufgelöst, seine Aufgaben gingen teilweise auf die westdeutsche Rektorenkonferenz, teilweise auf die ständige Konferenz der Kultusminister über. Ausserdem dazu *Krauss*, Bibliothekswesen, S.8ff.
- ²⁵¹ Mon Akt 119, Schreiben Helds zum Fiskalreferat vom 19.1.49, in dem die Vorgeschichte dieser Buchaktion nochmals zusammengefasst wurde. Demnach gingen die Kontakte mit der Stockholmer Buchhandlung bereits auf den August 1946 zurück. Im August 1947 fand eine Buchtauschaktion statt, die auch ordnungsgemäss durchgeführt wurde. Bei der zweiten derartigen Lieferung gab es dann Schwierigkeiten.
- ²⁵² Anfragen, Anweisungen und Ratschläge finden sich in den Nachrichten für Wissenschaftliche Bibliotheken (NfWB), hier Jahrgang 1949-51.
- ²⁵³ Der «Art Collecting Point» war die amerikanische Sammelstelle für Kulturgut. Dazu auch HAH 525 (2), Tätigkeitsbericht 1949 der Stadtbibliothek München. Ausserdem RP 720/1, S. 1277 f., Plenumsitzung des Stadtrats vom 3.6.1947 für die Spende des «Art Collecting Point».
- ²⁵⁴ RP 720/1, S. 1277L, Plenumsitzung des Stadtrats vom 3.6.1947: «Ein grosser Teil der Bücher konnte auch in den Volksbüchereien eingestellt werden, deren Bestand durch die intensive politische Auskämmung stark gelitten hat.»
- ²⁵⁵ Dazu *Wilhelm Hoffmann*, die Schweizer Bücherspende, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie (ZBB), Jg. IV, H. 1, 1959, S. 2 ff. und *Ley*, wissenschaftliche Bibliotheken, S. 14.
- ²⁵⁶ Dazu *Olaf Klose*, Dänische Bücherspenden für Deutsche Bibliotheken, ZBB, Jg. IV, H. 1, 1955, S. 32 ff. und *Hildegard Bonde*, Schwedische Bücherhilfe, ebd. S. 34 f.
- ²⁵⁷ *Hermann Fuchs*, die Unterstützung der westdeutschen Wissenschaftlichen Bibliotheken durch die Französische Regierung, ZBB, Jg. IV, H. 1, 1955, S. 23 ff. und *Werner Krieg*, Englische Hilfsmassnahmen für die deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken, ebd. S. 26 ff.
- ²⁵⁸ Dazu *US-Informationdienst*, Festschrift zum 10jährigen Jubiläum. Das offizielle Eröffnungsdatum wird auch bei *Henry Pilgert*, The History of the Development of Information Services Through Information Centers and Documentary Films, Washington 1951, mit 1946 angegeben.
- ²⁵⁹ Die Jugendbibliothek wurde zwar erst 1949 als Institution gegründet, die erste Internationale Jugendbuchausstellung fand aber bereits im Juli 1946 statt.
- ²⁶⁰ Dazu *Annemarie Meiner*, Aus der Jugendzeit, aus der Jugendzeit ... in: MLBB vom 1.9.46, S. 6, die bereits zu diesem Zeitpunkt das Projekt einer Jugendbibliothek ankündigt, vor allem aber *Jella Lepman*, Die Kinderbuchbrücke, Frankfurt a.M. 1964.
- ²⁶¹ Beide Institutionen sind nach wie vor aktiv.
- ²⁶² *Gehring*, Literaturpolitik, S. 31.
- ²⁶³ *Manfred Knapp*, die Stimme Amerikas, Opladen 1972, S.20ff. und *Gehring*, Literaturpolitik, S.33f.
- ²⁶⁴ *Gehring*, Literaturpolitik, S. 33 f. und S. 46 f.; nach den Informationen einer der damaligen Bibliothekarinnen des Amerikahauses, Ida Kull, trug auch eine der ersten Vortragsreihen des Amerikahauses den Titel «The American Way of Life».
- ²⁶⁵ OMBY, Land Director, 13/143-3/11, Memorandum von C.S. Wright, Chief, Exhibition & Information Centers Branch and Director, Office of Military Government of Bavaria vom 24.6.1949.
- ²⁶⁶ Ebd.; ausserdem dazu die Broschüre «Zehn Jahre Amerikahaus München», die 1956 vom *US-Informationdienst* herausgegeben worden ist.
- ²⁶⁷ So z.B. s.u., die Ausquartierung der Bayerischen Staatsbibliothek zu Gunsten des Amerikahauses.
- ²⁶⁸ *Karl-Ernst Bungenstab*, Entstehung, Bedeutungs- und Funktionswandel der Amerikahäuser, in: JB für Amerikastudien, hg. von *U. Brumm* u.a., Heidelberg 1971, S. 195 und OMBY, Land Director, 13/143-3/11.
- ²⁶⁹ Dazu auch «Zehn Jahre Amerikahaus»; ausserdem *Bungenstab*, Amerikahäuser, S. 198 und *Pilgert*, History, S. 24: «Exhibition work has included displays on the Marshall Plan, American elections, farming in the US., new development in mechanics, American landscapes, atomic energy and its

peacefull application etc.»

- 270 Dazu «Zehn Jahre Amerikahaus»: So z.B. das Juillard-Streichquartett, Thornton Wilder, T.S. Eliot, William Faulkner.
- 271 *Pilgert, History, S. 7*: «Shortly after the end of hostilities in 1945, semiofficial and private attempts were made to counteract the decade of a censored press, bookburning and insidious propaganda. A private undertaking at the University of Marburg resulted in a «window to the West» library, while at Bad Homburg a reading room was opened for a restricted group of German readers as an experiment by Psychological Warfare Branch of the Armed Forces. *Gehring, Literaturpolitik, S. 32* gibt das Eröffnungsdatum des Bad Homburger «Reading Room» bereits mit dem 4.7.1945 an. Über ihre Bestände schreibt er «Am Ende ihres ersten Jahres enthielt sie 3'000 Bücher, 100 US-Zeitschriften und 10 amerikanische, britische und schweizerische Zeitungen.»
- 272 *Gehring, Literaturpolitik, S. 32* und *Pilgert, History, S. 76 ff.*; hier ist auch eine vollständige Liste der Eröffnungsdaten abgedruckt.
- 273 *Pilgert, History, S. 7 ff.*
- 274 *Gehring, Literaturpolitik, S. 32.*
- 275 Ebd., S. 31.
- 276 *Karl-Ernst Bungenstab, Umerziehung zur Demokratie? Re-education im Bildungswesen der US-Zone. Düsseldorf 1970, S. 64.* Ausserdem dazu *Knapp, Stimme Amerikas, S. 22ff.*: «Nach einer in den USA zur damaligen Zeit (und auch noch später) weitverbreiteten Auffassung war die ausserpolitische Propaganda in erster Linie als ein Kriegsinstrument anzusehen, das nach der Kapitulation der Kriegsgegner nicht mehr länger erforderlich zu sein schien.» Zur Re-education-Politik ausserdem *James F. Tent, Amerikanische Bildungspolitik 1944 bis 1949*, in: *Umerziehung und Wiederaufbau*, hg. von *Manfred Heinemann, Stuttgart 1981* sowie *ders., Mission on the Rhine. Re-education and Denazification in American-occupied Germany, Chicago, London 1982.*
- 277 *Bungenstab, Umerziehung, S. 65.*
- 278 *Bungenstab, Amerikahäuser, S. 191.*
- 279 *Pilgert, History, S. 32.*
- 280 *Gehring, Literaturpolitik, S. 32 f.*
- 281 Ebd.; *Gehring* erwähnt auch, dass diese Hilfsbereitschaft oft etwas zu weit ging: «So glaubte beispielsweise eine Frauenvereinigung aus Connecticut, Deutschland sei bar jeglicher Bücher und schaffe in einer Räumaktion alles, was sie an Druckerzeugnissen in ihren Rumpelkammern finden konnten, nach Deutschland-einschliesslich ‚Tarzan on the Apes‘.»
- 282 Bay HSTA, MA 130262, Brief des Vorsitzenden des Regional Government Coordinating Office, Charles D. Winning, an Generalsekretär Rossmann vom Länderrat vom 9.1.48, der auch die Verteilung von 400 Tonnen wissenschaftlicher Bücher anspricht; ausserdem *Gehring, Literaturpolitik, S. 33, Anm. 61*: «Within the past year several million books have been contributed to the reeducation program in Germany by various groups and organisations... It is impossible to give an accurate figure because of some were listed by package, others by the ton. «
- 283 Ebd.
- 284 *Pilgert, History, S. 32 f.*
- 285 Ebd., S. 33. Aus diesem Grund nahmen englische Sprachkurse im Programm der «Information Centers» einen immer grösseren Raum ein. Dazu *Pilgert, History, S. 80*, der das «Representative weekly program of an Information Center» für das Frankfurter Amerikahaus 1951 abdruckt. Bei «English Courses» findet sich die lapidare Auskunft «Since all courses are overcrowded, it is not possible to accept new participants.»
- 286 *Pilgert, History, S. 33.*
- 287 *Bungenstab, Amerikahäuser, S. 196.*
- 288 Ebd.: Verstärktes Interesse an der Benutzung dieser neuen Informationsquelle wurde aus «German academic and journalistic circles», z.B. in Frankfurt und München, gemeldet.
- 289 Dazu *Bungenstab, Amerikahäuser, S. 197f.* und *Gehring, Literaturpolitik, S.33*; ihren ursprünglichen Auftrag einer unpolitischen Kulturarbeit konnten die Amerikahäuser durch die einschneidenden Veränderungen der amerikanischen Aussenpolitik im Kalten Krieg nicht aufrecht erhalten. Gerade im Rahmen der «Operation backtalk», mit der ab Mitte 1947 die amerikanische Mi-

- litärregierung auf sowjetische Angriffe reagierte, kam es darauf an, «... die Werte der westlichen, der amerikanischen und britischen Demokratie als Gegenbild der sowjetischen Gewaltherrschaft zu präsentieren» (*Bungenstab*, Amerikahäuser, S. 197).
- ²⁹⁰ Dazu *Knapp*, Stimme Amerikas, S. 23, der die Rolle der Auslandspropaganda in der ersten Nachkriegszeit als eher marginal bezeichnet. Dies entsprach offenbar auch der Einschätzung durch die deutsche Bevölkerung: eine Umfrage über die amerikanische Informationspolitik ergab, dass zwar vier von zehn Befragten über das Angebot der Amerikahäuser Bescheid wussten, dass aber nur vier Prozent jemals in einem gewesen waren, und dies meistens nur die besser Ausgebildeten, besonders «community and opinion leaders»; so nachzulesen bei *Anna und Richard Merritt*, Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys 1945-49, Urbana, Chicago, London 1970, S. 15.
- ²⁹¹ *Bungenstab*, Amerikahäuser, S. 198 und die Liste der Häuser und ihrer Eröffnungsdaten bei *Pilgert*, History, S. 76 ff.: Es handelt sich dabei um die Amerikahäuser Bamberg, Nürnberg, Würzburg, Wiesbaden, Darmstadt, Giessen, Marburg.
- ²⁹² *Bungenstab*, Amerikahäuser, S. 198.
- ²⁹³ Ebd.
- ²⁹⁴ Ebd. S. 197.
- ²⁹⁵ Ebd., S. 192f.
- ²⁹⁶ *Knapp*, Stimme Amerikas, S. 27; die Ziele dieses Gesetzes, das den offiziellen Titel «United States Information and Educational Exchange Act of 1948» trägt, werden so formuliert: «to enable the Government of the United States to promote a better understanding of the United States in other countries, and to increase mutual understanding between the people of the United States and the people of other countries.» Als Mittel zur Erreichung dieses Ziels werden der «Information Service» und der «Exchange Service» angegeben. Damit legalisierte man die Beteiligung der Regierung an kulturellen Austauschprogrammen, was in den USA bis zu diesem Zeitpunkt nicht üblich war. Dazu ebd., S. 29.
- ²⁹⁷ JCS 1067, in: Germany 1947-49, S. 21ff. Die gesamte amerikanische Deutschlandpolitik der ersten Jahre war hier festgeschrieben. In der neuen Direktive wurde Wert auf Zusammenarbeit, Kooperation und Austausch gelegt. Sie ist abgedruckt in Germany 1947-49, S.33ff. Der Kulturbereich findet in Abschnitt IV besondere Erwähnung. Dazu ausserdem *Bungenstab*, Amerikahäuser, S. 194.
- ²⁹⁸ *Knapp*, Stimme Amerikas, S.29ff.
- ²⁹⁹ Ebd. S.31f.
- ³⁰⁰ Ebd. S. 30.
- ³⁰¹ Ebd. S.33ff.
- ³⁰² *Gehring*, Literaturpolitik, S. 32; dazu auch *Pilgert*, History, S. 76, der die Eröffnung in München auf den Januar 1946 legt.
- ³⁰³ *Pilgert*, History, S. 76 gibt das Eröffnungsdatum als Amerikahaus mit dem 15.7.1949 an.
- ³⁰⁴ So z.B. in der Broschüre «Zehn Jahre Amerikahaus».
- ³⁰⁵ *Meiner*, MLBB, Jg. 1, Nr.2/3 vom 20.12.1946, S.21.
- ³⁰⁶ Zur Geschichte des Münchner Amerikahauses ausserdem: Zehn Jahre Amerikahaus, das Kapitel «Amerika-Haus-Bibliothek».
- ³⁰⁷ Die medizinische Lesehalle der Universität konnte deshalb nicht wieder eröffnen, obwohl ihr Gebäude fast unzerstört geblieben war. Dazu *Buzás*, Universitätsbibliothek, S.225f. und Nachrichten für wissenschaftliche Bibliotheken, hg. i.A. des *Vereins Deutscher Bibliothekare*, Jg. II, H.3 vom März 1949, S.46f.
- ³⁰⁸ Die wissenschaftlichen Bibliotheken verlangten zumindest die Portogebühren bei Zusendung; dazu Bay HSTA, MA 130262, Sitzung vom 20.8.1948 und *Leyh*, wiss. Bibliotheken, S. 29; die gewerblichen Leihbüchereien forderten ohnehin Lesegebühren. Dazu Bay HSTA, MWI 20206, Lesebedingungen des Fachverbandes der Bayer. Sortimenten vom Oktober 1947.
- ³⁰⁹ Dazu *Amerika Haus München* (Hrsg.), Liste der Zeitschriften, 1950; dort sind für 1950 bereits 565 laufende Zeitschriften angegeben, die im Amerikahaus verfügbar waren.
- ³¹⁰ Es handelte sich dabei nicht um die Internationale Jugendbibliothek, sondern um eine eigene Einrichtung.

- ³¹¹ Dazu die Zeitschriftenliste des Amerikahauses, S. 21: Es sind allein 165 medizinische Zeitschriften angeführt.
- ³¹² *Gehring*, Literaturpolitik, S. 32.
- ³¹³ Dazu *Buzas*, Universitätsbibliothek, S.225f.
- ³¹⁴ *Gisela von Busse*, Struktur und Organisation des wissenschaftlichen Bibliothekswesens in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1977, S. 422. Hier ist eine Zerstörung von 86% des Gebäudes angegeben. Von den rund 2,2 Millionen Bänden wurden etwa 500'000 vernichtet. Dazu *Mehner/Schulte*, Deutschlandjahrbuch 1948, S. 387.
- ³¹⁵ *Hofmann*, die bayerischen Bibliotheken, S. 228f.; NfwB, Jg. I, H. 3 vom Dezember 1948, S. 43 und *Dahme*, Handbuch der Bayerischen Bibliotheken, S. 50.
- ³¹⁶ *Middendorf*, die Bayerische Staatsbibliothek, S. 9.
- ³¹⁷ Ebd. S. 10 und *Hofmann*, die Bayerischen Bibliotheken, S. 229.
- ³¹⁸ *Middendorf*, Bayerische Staatsbibliothek, S. 10 spricht im Gegensatz zu den NfwB, Jg. I, H. 3, S. 43 davon, dass für das Publikum eine Zeitschriftenauslage mit wenigen Leseplätzen geöffnet blieb. Ausserdem dazu: *Hofmann*, die Bayerischen Bibliotheken, S. 229.
- ³¹⁹ OMGBY, Land Director, 13/143-3/11, Memorandum von C.S. Wright, Chief, Exhibition & Information Centers Branch an Director, Office of Military Government for Bavaria, vom 24. Juni 1949: «It is almost a year ago since currency reform created a most embarrassing position for the Information Centers Program for this land. Personnel went as much as 8 or 9 months without pay. Some creditors went as much as 8 or 9 months without having their accounts paid. It is only through the complete cooperation of the various branches and divisions in this headquarter affected that the good will of the Bavarian population was maintained.»
- ³²⁰ OMGBY, Land Director, 13/110-1/10, Information for Military Governor's Conference, von C.S. Wright an den Land Director, vom 21.9.1948; in einer «Information for Army Commanders Conference» vom gleichen Tag weist Mr. Wright nochmal auf die unhaltbare finanzielle Situation seit der Währungsreform hin.
- ³²¹ OMGBY, Land Director, 13/143-3/11, Memorandum von C.S. Wright vom 24.6.1949.
- ³²² Ebd.
- ³²³ OMGBY, Land Director, 13/143-3/11, Memorandum vom 22.4.1949, das der Executive Officer der Exhibitions and Information Centers Branch, James A. Person an den Director, OMGB, gerichtet hat. Ausserdem ebd., Special Report vom 28.3.1949, verfasst von C.S. Wright, Chief, Exhibitions and Information Centers Branch.
- ³²⁴ Ebd.; C.S. Wright gibt in seinem Bericht auch noch die Vergleichszahlen detailliert für 1948 an: «Of interest is the comparison to March 1948 when 48'056 readers visited the installations and 10'793 persons took part in other reorientation activities for the total of 58'849 visitors to the Amerika Haeuser in this land.» Ausserdem Report of Progress vom 26. Januar 1949, von C.S. Wright an den Land Direktor: Die Benutzerzahlen für gesamt Bayern vom 1.-12.1.1949 sind dabei mit 291'999 angegeben. Dies wird als Wachstum von 18'238 gegenüber dem Vormonat bezeichnet, in dem «nur» 273'761 Besucher gezählt wurden.
- ³²⁵ OMGBY, Land Director, 13/143-3/11, Report of Progress vom 26.1.1949.
- ³²⁶ Mon Akt 133, Stadtrat der Landeshauptstadt München, Direktion der Städtischen Bibliotheken, an OMGB, APO 407, Monatsbericht Januar 1949 vom 3.2.1949.
- ³²⁷ Ebd.; diese Zahl dürfte hoch gegriffen sein, da schwer zwischen «Benutzern» und «Entleihern» zu unterscheiden ist, die hier aufgeführt werden. Ein Lesesaalbenutzer kann aber durchaus auch Bücher nach Haus entliehen haben; dann ist er jedoch doppelt gezählt. Zur Errechnung der hier angegebenen Summen wurden nämlich alle aufgeführten Zahlen addiert.
- ³²⁸ Der Begriff des «aktiven Lesers» umfasst diejenigen Leser, die innerhalb eines Jahres mindestens einmal ein Buch entliehen haben. Die Zahl entstammt der «Vergleichenden Städtestatistik», hg. vom *Deutschen Städtetag*, Bd. 1949/50, hier: Tabelle 6, Städtische Volks- und Einheitsbüchereien, Stand 31.3.1949 bzw. Rechnungsjahr 1948, S. 15. Auf 100 Einwohner kamen dabei 10,3 Bücher, jeder Band wurde 4,2mal entliehen.
Eine vergleichbare Zahl, wenn auch wohl ebenfalls ungenau, zeigt die Addition der in den Monatsberichten der Städtischen Bibliotheken genannten Besucher- bzw. Benutzerzahlen: Für 1948 ergibt dies eine Summe von 219582 Personen. Akt Mon 133, Berichte der Städtischen Bibliotheken

- ken an OMGB vom Januar-Dezember 1948. Der Berechnungsmodus des Amerikahauses dürfte ähnlich gewesen sein.
- ³²⁹ Diese Zahl nennt C.S. Wright in OMGBY, Land Director, 13/110-1/10, Report for Commanders Conference in seinem Schreiben vom 19.11.1948.
- ³³⁰ Das bestätigt sich auch bei einem anderen Report vom August 1948; OMGBY, Land Director, 13/110-1/10, Monthly Report of the Munich Amerika Haus vom 13.9.1948, den Lambertus Wartena, der damalige Chef des Amerikahauses, erstellt hat. Es geht dabei um den Monat vom 12.8.1948 bis zum 11.9.1948, bei dem die «Library monthly attendance» mit 44'971, die der «Special Events» mit 18'973 angegeben wird; für die normalerweise besucherschwächste Zeit August/September eine sehr ansehnliche Zahl. An dieser Stelle ist auch eine im März 1947 in der «Neuen Zeitung» veröffentlichte «Statistik des US Information Centers» interessant, nach der die Studenten gut die Hälfte der Leserschaft in den Amerikanischen Bibliotheken in Bayern ausmachten. 31% aller Leser waren Frauen. Hinsichtlich des Alters standen die 19-21jährigen an der Spitze, dann folgten die 23-30jährigen und die 17-18jährigen. 33% der Leser bevorzugten Belletristik, während 21% historische und biographische Bücher verlangten. Nur 16% der Leser lasen wissenschaftliche Werke. Ausserdem dazu *Meiner*, MLBB, Jg. 1, Nr.5, 15.5.1947, S.75.
- ³³¹ Ebd., Monthly Report of the Munich Amerika Haus, OMGB, Information Services Division vom 13.9.48, unterzeichnet von Mr. Wartena.
- ³³² OMGBY, Land Director, 13/110-1/10, Report for Commanders Conference, S.3. Gehalten wurde dieser Vortrag am 24.8.48 von Mr. Karl Glades, Forest Products Chief for Bavaria; Besucherzahl: 92.
- ³³³ Ebd., gehalten von Prof. A.R. Boehm; Teilnehmerzahl 360.
- ³³⁴ Ebd.; er sprach vor 84 Zuhörern am 23.8.1948 über «The American Radio Program».
- ³³⁵ Ebd.; Mr. Dukes sprach am 30.8.48 vor 120 Zuhörern über «The British Theater».
- ³³⁶ Ebd.; Mr. Clark sprach am 1.9.48 bei reger Anteilnahme von 250 Gästen über das heute noch erregende Thema «Do the Americans speak English».
- ³³⁷ Ebd. «This Program is conducted under severe difficulties: a. Financial difficulties: 1) No funds are provided for conducting a program of this magnitude. 2) All construction of much needed additional space, such as the theater room, equipment of other rooms, has come to a complete standstill. 3) The employees are not promptly paid. 4) The employees (several of them work more than 50 hours a week) do not receive the cigarette rations as other indigenous personnel does. 5) The number of books is inadequate. 6) The lack of American films is deplorable. 7) In addition a cut in personnel has been ordered which will cripple the entire program. .. 8) Bills dating back as far as March 1948 have not been paid as yet. The resultant adverse publicity reflects upon American integrity. 9) The decision of putting the Amerika Haus on occupation costs will ultimately ruin its program.»
- ³³⁸ *Bungenstab*, Amerikahäuser, S. 195: Die Reading Rooms wurden in der US-Zone zuerst von 136 auf 120, dann auf 90 und schliesslich auf 35 reduziert. Dafür setzte man 20 Autobüchereien ein, die den Verhältnissen auf dem Land gerecht werden konnten. Ausserdem dazu *Pilgert*, History, S. 29.
- ³³⁹ OMGBY, Land Director, 13/143-3/11, Special Report on Amerika Haus Week in Bavaria, OMGB, Information Services Division, Exhibitions and Information Centers Branch, C.S. Wright an den Land Director vom 12. Mai 49. Es sind darin vertreten Berichte über die Woche in Augsburg, Erlangen, München, Nürnberg, Regensburg.
- ³⁴⁰ Ebd.; diese Ausstellung wurde gleich am ersten Tag eröffnet und zwei Tage später fand über dieses Thema noch ein Vortrag von dem Theaterofficer Mr. Hermann Hahn statt.
- ³⁴¹ Ebd. S. 3.
- ³⁴² Ebd.; diesen Vortrag hielt der «Public Relations Officer for Negro Troops in Germany», Major Baxter Seruggs; es waren immerhin 300 englischsprechende Zuhörer anwesend. Den folgenden hielt Werner Friedmann, Herausgeber der SZ am 3.5.49.
- ³⁴³ Ebd.: Ein Klavierkonzert vor 500 Besuchern von dem deutschen Pianisten Fritz Hübsch und ein Konzert des «International Symphonie Orchestra, composed of Displaced Persons from each of the three western zones», vor 1'500 Zuhörern. «Although the orchestra may not have played

American music and may not have been a group of Americans presenting the music, it is felt that a great deal has been accomplished by this concert toward the understanding for the people of other nations». Man musste offenbar gegenüber der vorgesetzten Behörde erklären, warum man nicht rein amerikanisch geblieben war.

344 Ebd.

345 Ebd.

346 Ebd. Schreiben vom 7. Juli 49, vom 19. Juli 49 und ablehnendes Schreiben vom 2. August 1949.
347 Von dem Amerikahaus hatte sich eine kleinere Schwesterorganisation abgespalten, in der die Umerziehungsaktivitäten konzentriert wurden. Dieses «Education Service Center» wurde 1952 von Deutschen übernommen, nämlich von der «Gesellschaft zur Förderung der Pädagogischen Arbeitsstätte München e.V.». Dazu *Dahme*, Handbuch der Bayer. Bibliotheken, S.84f.

348 *Knapp*, Stimme Amerikas, S. 29ff.; vor allem wollte man keine aggressive Kulturpropaganda in Deutschland mehr betreiben.

349 Zehn Jahre Amerikahaus, o.S.

350 Zehn Jahre Amerikahaus, o.S. So z.B. auch Pfarrer Gerhard Hildmann von der Evangelischen Akademie Tutzing, Dr. Hans Höffgen von der Bayerischen Landesgewerbeanstalt in Nürnberg, die Professoren Dr. Georg Joos, Dr. Alfred Marchionini und andere.

351 HAH 731 (8), Brief Bürgermeister von Millers an Hildegard Brücher vom 21.1.1953 und AZ vom 21.1.53, der Artikel «Eine Blamage für München». Frau Brücher erklärte demnach der Abendzeitung, die Stadtverwaltung empfangen sonst «alle möglichen Gäste» und es «müsse ... befremden, dass ausgerechnet ein so berühmter Dichter wie Wilder übergegangen wurde». Von Miller bedauerte dies und erklärte, sonst sei es üblich, dass bestimmte Vereinigungen und Kreise mit solchen Wünschen an die Stadtverwaltung heranträten.

352 Neben der AZ vom 21.1.53 nahmen sich auch *Rolf Flügel* im Münchner Merkur vom 31.1.53 und das «Volks-Echo» vom 23.1.53 des Falles genüsslich an. An Spott für Oberbürgermeister Wimmer und die Stadtverwaltung liessen es die Journalisten nicht fehlen. So betonte Rolf Flügel, Wilder läge «immerhin die halbe Welt – mit Ausnahme der Münchner Stadtverwaltung – zu Füßen» und merkte indirekt an, die Bildung der Stadträte höre bei Ganghofer und Axel Munthe auf. Das «Volks-Echo» vermutete gar, Wimmer sei ein Fehler unterlaufen, «den ihm die Amerikaner nie verzeihen werden».

353 HAH 737 (8), Brief von Millers an Hildegard Brücher vom 21.2.53, Schreiben Helds an von Miller vom 21.1.53 und vom 22.1.53. Held war damit beauftragt worden, Wilder zu einem Empfang der Stadtverwaltung einzuladen.

354 Ebd. Mrs. Taylor war Held gegenüber ziemlich unhöflich, wohingegen Wilder sich sehr freundlich gab.

355 So gab es von deutscher Seite z.B. den «Bayerischen Landesjugendausschuss» (HAH 565), den «Bayerischen Landesjugendverband» (HAH 566), den «Bayerischen Jugendring» (HAH 567), das Münchner «Jugendkomitee» (HAH 569), mehrere Jugendbuchstellen (HAH 573 und 574) und ein «Haus der Jugend» (HAH 575).

356 IFZFG 21, «Youth initiatives», HAH 572,324-327 und OMGBY, ERA (Education and Religions Affaires Branch) ab 1948 ECR (Education and Cultural Relation Division), «Youth Activities» oder G YA (German Youth Administration).

357 Zur Biographie Jella Lepmans vor allem *Klaus Doderer* (Hrsg.), Lexikon der Kinder- und Jugendliteratur, Weinheim und Basel 1977, S. 343 und *ders.*, eine Frau baut eine Jugendbuchbrücke nach Deutschland, in: Das gute Jugendbuch, 15. Jg., H.2, Düsseldorf 1965. Übereinstimmend dazu *J. Lepmans* autobiographische Bemerkungen in Dank an Jella Lepman, hg. von der *erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt a.M.*, 1969, S.9ff., auch zit. als: *Institut f. Jugendbuchforschung* (Hrsg.). Jella Lepman wurde am 15.5.1891 in Stuttgart geboren. In der Weimarer Zeit, nach dem Tod ihres Mannes, war sie Redakteurin am «Stuttgarter Neuen Tagblatt», zeitweilig Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei Württembergs und Reichstagskandidatin zusammen mit Theodor Heuss. Während des Dritten Reiches musste sie aufgrund ihrer jüdischen Abstammung 1936 mit Sohn und Tochter nach London emigrieren, wo

- sie erst beim Foreign Office und der BBC, ab 1941 bei der «American Broadcasting Station in Europe» beschäftigt war. Nach dem Zweiten Weltkrieg warben sie dann die Amerikaner als «adviser» für Jugend- und Frauenfragen in der amerikanischen Zone an. Durch sie kamen die erste Internationale Jugendbuchausstellung und die Internationale Jugendbibliothek zustande, deren Direktorin sie bis 1957 blieb. Bis zu ihrem Tode 1970 war sie weiterhin auf diesem Gebiet organisatorisch und publizistisch tätig, vor allem in Zusammenarbeit mit der UNESCO. Sie gab mehrere Kinderbücher heraus; das Land Hessen verlieh ihr die Goethe-Medaille und das Internationale Kuratorium für das Jugendbuch 1956 die Hans-Christian-Andersen-Medaille für «International understanding through childrens books».
- ³⁵⁸ Lepman, Kinderbuchbrücke, S.34ff.: «Die meisten Verleger schlugen vor, mit Robinson, Gullivers Reisen, Onkel Tom's Hütte zu beginnen... Hier ging es offensichtlich weniger um klassische Kinderliteratur als um die Literatur der Besatzungsmacht, der man auf diese Weise seine Weltoffenheit und seinen Anti-Nazigeist zeigen konnte... Man musste eine Möglichkeit schaffen, die Verleger über die Kinder- und Jugendliteratur anderer Nationen zu unterrichten.»³⁵⁹ Ebd. S.47; dazu auch Elisabeth Schütte, Struwelpeter und Micky Maus, SZ vom 2.7.46, die den Termin der Genehmigung durch die Information Control Division in Berlin mit Dezember 1945 angibt; Meiner, Aus der Jugendzeit, aus der Jugendzeit ..., MLBB, 1946, spricht von diesem Zeitpunkt für die Aufnahme von Kontakten mit ausländischen Kinderbuchverlegern.
- ³⁶⁰ Lepman, Kinderbuchbrücke, S.49ff., Haase, Sister Ingrid, The International Youth Library, o.J., o.O., S. 5, und Winnifred Moffett Crossley, House of a Hundred Windows, in: Horn Book Magazine, Dezember 1972, S. 617.
- ³⁶¹ Lepman, Kinderbuchbrücke, S. 61 ff. und Haase, IYL, S. 5, die dabei die Zahl von erst 19 von 20 Zusagen der angeschriebenen Länder nennen, die sich dann (Belgien hatte sich ausgeschlossen) doch noch auf 20 von 20 Zusagen habe steigern lassen. Bei Schütte, Struwelpeter, deren Artikel zur Ausstellungseröffnung erschien, Meiner, Jugendzeit, deren Artikel nur zwei Monate nach der Eröffnung geschrieben wurde und auch in Universität Frankfurt, Dank, S. 23, ist für die Ausstellung von Sendungen aus 14 Ländern mit etwa 4'000 Büchern, Broschüren und Zeitungen die Rede. Deshalb liegt die Vermutung nahe, dass nur aus 14 Ländern Sendungen eintrafen, was J. Lepman in ihrem Buch nicht erwähnen wollte, um den Gesamteindruck allgemeiner begeisterter Kooperation nicht zu vermindern. Das würde sich auch mit den Aussagen des ehemaligen Direktors der IJB, Walter Scherf, vom 25.11.80 decken, der diese Tendenz dem ganzen Buch «Die Kinderbuchbrücke» unterstellt.
- ³⁶² Lepman, Kinderbuchbrücke, S.64; ausserdem Crossley, house, S.617: «it had already been commanded for the officers mess of the US-Army and was also being need as a social center for the American community».
- ³⁶³ Dazu OMBY, Land Director, 13/110-1/2, Dezember 1946; hier werden Überlegungen angestellt über die weitere Verwendung des «Hauses der Kunst», so z.B.: «use of Haus der Kunst as exhibition area for an export show, plans to change it in a shopping center for Americans in Munich».
- ³⁶⁴ Lepman, Kinderbuchbrücke, S. 64; das Haus der Deutschen Kunst hatte in der NS-Zeit der Darstellung des NS-Kulturschaffens gedient.
- ³⁶⁵ NZ 5.7.46, S.5, Erich Kästner, «Von Rubezahl bis Micky Maus».
- ³⁶⁶ Meiner, Jugendzeit, S. 6.
- ³⁶⁷ Universität Frankfurt, Dank, S. 23.
- ³⁶⁸ Lepman, Kinderbuchbrücke, S. 79 und Meiner, Jugendzeit, S. 6.
- ³⁶⁹ Kästner, Von Rubezahl bis Micky Maus.
- ³⁷⁰ Lepman, Kinderbuchbrücke, S.73ff. und Meiner, Jugendzeit, S.6f.
- ³⁷¹ Lepman, Kinderbuchbrücke, S.48ff., Schütte, Struwelpeter und Meiner, Jugendzeit, S.6. Für die Stadt München hatte Hans Ludwig Held die offizielle Leitung der Ausstellung inne. Die französische Produktion wurde nach Schütte, Struwelpeter, vor München in einer Vorschau im französischen Hauptquartier in Baden-Baden gezeigt.
- ³⁷² Lepman, Kinderbuchbrücke, S.84ff., Crossley, House, S.618 und Universität Frankfurt, Dank, S.23ff. Eine Selbstdarstellung der IJB von 1951 (masch. Manuskript, IJB) nennt unter der Über-

- schrift «Ausstellungen der Internationalen Jugendbibliothek» auf S. 23 für 1946 nur die Städte München, Stuttgart, Berlin. Frankfurt wird erst zusammen mit Hamburg und Hannover für 1947 angeführt.
- 373 IJB Selbstdarstellung von 1951. Die Veranstaltungen der französischen Zone werden hier nicht genannt, obwohl sie bei *Lepman*, Kinderbuchbrücke, S. 144, angegeben sind.
- 374 Ebd., S.90 und S. 92; ausserdem dazu: Börsenblatt des Deutschen Buchhandels, Leipziger Ausgabe, 5/1947, S. 62, Artikel von Dr. *Johann Schlemminger*, Querschnitt durch aktuelle Buchschauen.
- 375 Auch bei *Schütte*, Struwelpeter, ist nur von den Westzonen die Rede.
- 376 HAH 574, Bericht über die Internationale Jugendbuch-Ausstellung 1.-25. Oktober 1946 im Städelschen Kunstinstitut in Frankfurt a.M., 8. Oktober 1946. Der Berichterstatter merkt extra an, der Bericht sei vertraulich und nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Er war der damalige Leiter des Jugendbuchausschusses der Lehrgewerkschaft in Frankfurt a.M.
- 377 HAH 574, Frankfurter Bericht vom 8.10.46. Der Kinderbuchspezialist beklagt, die Bestände seien unsystematisch und unübersichtlich vor allem nach ihrer optischen Wirkung aufgestellt worden. Einen wirklichen Nutzen könne der verwirrte Besucher daher aus der Fülle von Büchern nicht ziehen, vor allem nicht der kleine Leser, dem fremdsprachige Bücher nicht zugänglich seien.
- 378 IJB, 12 Fragen – 12 Antworten, S. 6 und *Lepman*, Kinderbuchbrücke, S.61f. Im Ausland wandte sich Jella Lepman zwar zunächst an die zuständigen Ministerien, diese jedoch wiederum an die Verleger.
- 379 HAH 574, Frankfurter Bericht vom 8.10.46.
- 380 Ebd.
- 381 Ebd.
- 382 *Lepman*, Kinderbuchbrücke, S. 118 ff. und *Schütte*, Struwelpeter. «... Diese Ausstellung soll ... der Grundstein zu einer internationalen Jugendbibliothek in Deutschland werden.»
- 383 *Universität Frankfurt*, Dank, S. 18, der Bericht von *Hildegard Hamm-Brücher* über diese Zeit und die Verwirklichung einer Jugendbibliothek: «Eine irrealere Idee konnte man damals-vor der Währungsreform – kaum haben. Weder gab es Bücher- und Kinderbücher schon gar nicht – noch gab es geeignete Räume oder Geld, mit dem man irgendetwas hätte kaufen können. Und auf internationale Freundschaft und Verständigung wagte niemand zu hoffen – geschweige denn, Projekte aufzubauen.»
- 384 Dieses Memorandum vom 31.5.47 ist zitiert bei *Lepman*, Kinderbuchbrücke, S. 118ff.
- 385 *Lepman*, Kinderbuchbrücke, S. 123 sowie Abschlussbericht über diese Reise, Mission for the Children. Winning Friends for the International Youth Library in U.S.A., S.3.
- 386 *Lepman*, Kinderbuchbrücke, S. 125 bzw. *Lepman*, Winning Friends, S.2.
- 387 *Lepman*, Kinderbuchbrücke, S. 146.
- 388 RP 720/6, S. 1152L, Sitzung des Stadtratsplenums vom 13. Mai 1947.
- 389 OMGBY, Land Director, 13/143-3/11, Memorandum von C.S. Wright vom 24.6.49. Demnach blieben alle amerikanischen Zivilangestellten die ersten 8-9 Monate nach der Währungsreform ohne Bezahlung.
- 390 *Crossley*, House, S. 618.
- 391 *Lepman*, Kinderbuchbrücke, S. 138ff.
- 392 Dazu *Universität Frankfurt*, Dank. Ausserdem *Lepman*, Kinderbuchbrücke, S. 143; Mitglieder dieses Kreises wurden frei gewählt, nicht als Vertreter einer Interessengemeinschaft.
- 393 Ebd.
- 394 Ebd., ausserdem der Jahresbericht der IJB von 1950, gegeben anlässlich einer Mitgliederversammlung am 14.7.50 von Mrs. Jella Lepman, Director, S. 14. In der dort abgedruckten Mitgliederliste tauchen Namen auf wie Erich Kästner; der Verleger Oldenbourg; Luise Rinser; Staatssekretär Dieter Sattler; der Programmdirektor des Bayerischen Rundfunks, Rudolf Schneider-Schelde; der Direktor der Bayerischen Staatsbibliothek, Dr. Gustav Hofmann; Prof. Dr. h.c. Hans Ludwig Held; Stadtschulrat Dr. Anton Fingerle; Buchhändler Josef Söhnngen und einige Mitglieder der Militärregierung bzw. des Kultusministeriums.
- 395 *Dahme*, Handbuch der Bayer. Bibliotheken, S.86f.

- ³⁹⁶ *Dahme*, Handbuch der Bayer. Bibliotheken, S. 86f.: Unterhaltsträger im Jahre 1966 waren die Bundesrepublik Deutschland, der Freistaat Bayern und die Stadt München. Über das konkrete Gründungsdatum besteht Uneinigkeit; dazu *Walter Scherf*, an adress given at the commemorative meeting of IBBY (Internationales Kuratorium für das Jugendbuch) and IYL on February, 26th, 1971 in Munich, S. 2 (masch. Manuskript, IJB), der den 15. Dezember 1948 nennt; auch bei *Doderer*, Lexikon, Bd. III, S. 19, ist das Jahr 1948 als Gründungsjahr genannt. *Dahme*, Handbuch der Bayer. Bibliotheken, S. 86, nennt allerdings das Jahr 1949, ebenso wie die Broschüre *Universität Frankfurt*, Dank, S. 26. *Stephen M. Churchward*, Twenty Years of the International Youth Library, Library Association Record, November 1968, feiert das zwanzigjährige Bestehen der Bibliothek 1968 (das würde auf das Gründungsjahr 1948 hinweisen), während *Kat op der Strepn* (= *Dr. Ingeborg Ramsegger*) im Börsenblatt, Frankfurter Ausgabe, Nr. 26 vom 2.4.1974, S. 463 unter dem Titel «Kinderliteratur in 70 Sprachen – die Internationale Jugendbibliothek wird 25 Jahre alt», 1949 feiert, die Gründung aber auf den 12.12.1948 legt.
- ³⁹⁷ *Lepman*, Kinderbuchbrücke, S. 146 und *Crossley*, House, S.619f.
- ³⁹⁸ Bay HSTA,MA 130262, Sitzung des Unterausschusses für wissenschaftliche Bibliotheken im Länderrat vom 12.4.48, S. 2 des Protokolls.
- ³⁹⁹ *Lepman*, Kinderbuchbrücke, S. 125.
- ⁴⁰⁰ IJB, 12 Fragen – 12 Antworten, S. 6.
- ⁴⁰¹ *Lepman*, Kinderbuchbrücke, S. 148; ausserdem dazu *Erich Kästner*, ein Brief an alle Kinder, Münchner Merkur, September 1949: «... vom 14. September 1949 an gehört euch in München, und zwar in dem alten, berühmten Stadtteil Schwabing, das Haus Kaulbachstrasse 11a. Es gehört euch, das heisst: allen Kindern. Nicht nur den Schwabinger Kindern, nicht nur den Münchner Kindern, nicht nur den bayerischen, deutschen und europäischen Kindern, nein allen. ...» und *Eleanor Roosevelt* in New York World Telegram, Sept. 1949: «There is great satisfaction when someone who has worked very hard succeeded in accomplishing an objective that will be of value to young people. I heard that the International Youth Library was opened September 14...» beides zitiert nach: Stimmen des In- und Auslandes zur Internationalen Jugendbibliothek. München (IJB) 1951 (masch. Manuskript), S. 1.
- ⁴⁰² IJB, Jahresbericht 1950, S. 4.
- ⁴⁰³ *Scherf*, 25 Jahre IJB.
- ⁴⁰⁴ *Lepman*, Kinderbuchbrücke, S. 149 ff.
- ⁴⁰⁵ IJB, Jahresbericht 1950, S. 4, wo als besonders wichtige Aufgabe des Bibliotheksbetriebes die «Beratung der jungen Besucher der Bibliothek, für die eine Freihandbibliothek unserer Art ein vollkommenes Novum ist» genannt wird. So wird erst im «Kulturbericht der Stadtverwaltung München für 1951» die Einführung eines «Mustertyps einer modernen Freihandbücherei mit eigener Jugendabteilung» im Oktober 1951 erwähnt. Bis dahin war diese in München nicht üblich gewesen (HAH 270).
- ⁴⁰⁶ Ebd., S.6f. Ausserdem dazu IJB, Stimmen zur IJB, S. 6. Dort sind 8 Sendungen des Bayerischen Rundfunks in den Jahren 1950/51 über diese Buchbesprechungen verzeichnet.
- ⁴⁰⁷ *Lepman*, Kinderbuchbrücke, S. 175 ff.
- ⁴⁰⁸ HAH 536, Tätigkeitsbericht über die städtischen Kinderlesestuben vom 16.7.1951: «Vor 1933 besuchten Fachleute aus Amerika, England, Holland, Schweden, Jugoslawien, Japan und Indien die Münchner Kinderlesestuben und informierten sich über diese in Deutschland einmalige Art des organisatorischen Unterbaus der Volksbüchereien. Heute urteilt Willi Türk, Vorsitzender des Jugendschriftenprüfungsausschusses des Bayerischen Lehrerverbands. ... Wir sind in München in der glücklichen Lage, Lesestuben, geführt von bestausgebildeten Bibliothekaren, zu besitzen – wir haben die Internationale Bücherei in der Kaulbachstrasse!»
- ⁴⁰⁹ Ebd.; die Anzahl der Kinderlesestuben stieg in dieser Zeit von einer auf vier, die Leserschaft von 3457 auf 14332. Vor dem Krieg hatte es 13 Kinderlesestuben in München gegeben.
- ⁴¹⁰ HAH 537, Vorschläge der Kinderbibliothekarinnen zur zukünftigen Gestaltung der Kinderlesestuben vom Oktober 1950. Darin kommt dies deutlich zum Ausdruck.
- ⁴¹¹ HAH 536, Tätigkeitsbericht der Kinderlesestuben vom 16.7.51. Für das Jahr 1950 betrogen dem-

nach die Einnahmen der – unentgeltlich zu besuchenden – Jugendbibliothek 66'000,- DM, die Ausgaben 72'000,- DM; der Zuschussbedarf 1951 war mit 84'000,- DM angesetzt. Ausserdem dazu Jahresbericht der IJB von 1950, S. 12 und *Dahme*, Handbuch der Bayerischen Bibliotheken, S.86 sowie Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1950-1956: 1948 genehmigte die Stadt nachträglich 1'500,- DM, in den Jahren 1949 und 1950 erhielt die Jugendbibliothek je 3'000,- DM, 1951 bis 1954 5'000,- DM jährlichen Zuschuss von der Stadt.⁴¹² Hier sei vor allem der Fall des Volkstheaters ins Gedächtnis gerufen, dessen Liquidation 1949/ 50 viel Aufsehen erregte. Dazu s.o. das Kapitel «Das ‚Münchner Volkstheater‘». Ausserdem dazu HAH 536, Tätigkeitsbericht über die städtischen Kinderlesestuben vom 16.7.51 und HAH 270, Kulturbericht der Stadtverwaltung von 1951, S. 11.

⁴¹³ HAH 537, Brief einer Bibliothekarin vom 28.10.1950.

⁴¹⁴ HAH 537, Brief einer Bibliothekarin vom 29.10.1950. Hier ist noch anzufügen, dass diese Bibliothekarin einen solchen Abend dann auch tatsächlich durchführte, damit jedoch wenig Erfolg hatte. Dazu auch HAH 330, Schreiben Helds vom 5.1.53.

⁴¹⁵ HAH 537, Briefe der Bibliothekarinnen vom 26.10.50, dem 28.10.50 und dem 29.10.50. Die Einführung der Ausleihe, die aufgrund dieser Vorschläge 1951 zustande kam, brachte eine Steigerung der «Aktiven Leser», d.h. der Leser, die mindestens einmal im Jahr ein Buch entliehen, um 33,6 Prozent, eine Steigerung der Entleiher, bzw. Leser um 60,6 Prozent und eine Steigerung der Bücherbenutzung um 89,9 Prozent. Dazu HAH 270, Kulturbericht der Stadtverwaltung von 1951, S. 12.

⁴¹⁶ HAH 536, Brief einer Kinderbibliothekarin vom 11.3.50.

⁴¹⁷ HAH 537, Tätigkeitsbericht über die Kinderlesestuben vom 16.7.51, S. 3. Diese Zahlen gelten für das «Lesejahr 1950/51», das mit dem Rechnungsjahr gleichzusetzen ist. Ausserdem dazu HAH 537, die Vorschläge der Kinderbibliothekarinnen vom 26., 28. und 29. Oktober 1950, in denen über die einzelnen Lesestuben Bericht gegeben wird. Demnach bedeutete die Benutzung der Büchereien in den Schulen vor allem der Arbeiterviertel oft eine Art «Kinderhort» für die meist berufstätigen Mütter.

⁴¹⁸ HAH 537, Vorschläge der Volksbibliothekarinnen vom 26., 28. und 29.10.1950; vor allem der Bericht vom 26.10.50 vertritt diese Meinung.

Die Pestalozzischule, 1926/27 in der «Alten Heide» in Freimann an der Fröttmaninger Strasse gebaut, war das einzige Schulprojekt, das in der Zeit zwischen 1919 und 1933 verwirklicht wurde. Die Namensgebung deutet, ebenso wie die Einrichtung einer Kinderlesestube, auf die volkspädagogischen Absichten der Stadt in diesem Arbeiterviertel hin.

⁴¹⁹ Diese Zahlen entstammen einem Informationsgespräch mit der in der IJB zuständigen Referentin vom Dezember 1980. Für 1968 gibt Dr. F.G. Kaltwasser von der Bayerischen Staatsbibliothek in seinem Gutachten vom 7.7.1969, S. 3, den Bestand mit 100'000 Bänden an (IJB), *Doderer*, Lexikon, Bd. III, S. 19, nennt für 1976 Zahlen von 250'000 Bänden aus etwa 80 Ländern.

⁴²⁰ Dazu das Gutachten von Kaltwasser, S. 3, *Gisela von Busse*, Bibliothekswesen, S. 117 f. und IJB München 1964, Was hat die IJB für die Literaturversorgung fremdsprachiger Gruppen anzubieten? München 1964.

⁴²¹ Dazu Kaltwasser, Gutachten, S.2f. und S. 5.

⁴²² «Leitsätze zur kommunalen Kulturarbeit» (Stuttgarter Richtlinien) vom 18./19.1.1952, Abschnitt VIII, Nr. 47 hg. vom *Deutschen Städtetag*.

⁴²³ Verfassung des Freistaates Bayern, in Kraft getreten am 8.12.1946. Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 23, Abschnitt 2, Artikel 138: «Die Errichtung und Verwaltung der Hochschulen ist Sache des Staates. Eine Ausnahme bilden die kirchlichen Hochschulen... Weitere Ausnahmen bedürfen der Genehmigung.»

⁴²⁴ Ebd., Abschnitt 2, Artikel 140. Bedingung für derartige Fördermassnahmen sollte der «Nachweis ernster künstlerischer oder kultureller Tätigkeit» sein.

⁴²⁵ Dazu auch HAH 260, Rundschreiben Oberbürgermeister Scharnagls vom 18.4.47, «Betrifft: Geschäftsverteilung; hier: Kulturwesen». Als eine der «Geschäftsaufgaben der Abteilung für Kultur» wird darin die «Förderung Münchens als Kunst- und Kulturstadt» genannt, die u.a. durch «Gewinnung, Förderung und Unterstützung von kulturell bedeutsamen Persönlichkeiten» er-

- reicht werden sollte. Dies entspricht der Formel vom «kulturellen Interesse der Stadt München».
- ⁴²⁶ Z.B. HAH 504, Schreiben Helds an Stadtrat Wüstendörfer vom 20.4.49 und B.u.R. 2159, Briefwechsel zwischen Scharnagl, Held und dem Kloster Scheyern, alles über den «Thesaurus Linguae Latinae» und dessen Rückholung nach München. Ausserdem HAH 509, Vormerkung des städtischen Oberrechtsrats Dr.Dr. Keim vom 21.11.46 über die Gewinnung des «Zentralinstituts für Kunstgeschichte» und HAH 260, Vormerkung Helds für Scharnagl vom 15.12.47.
- ⁴²⁷ Beispielhaft hierfür die Argumentationen in HAH 509 und HAH 504.
- ⁴²⁸ S.o. das Kapitel über die Stadtbibliothek.
- ⁴²⁹ Zur Geschichte des Stadtarchivs bis zum Jahr 1932 wurde verwendet die Dissertation von *Baedecker*, Kulturpflege S. 16 ff. Baedecker hat in seiner Arbeit sowohl Aktenmaterial wie gedruckte Quellen herangezogen. Die wichtigste gedruckte Quelle dürfte dazu sein *Ernst von Destouches*, Münchens Stadtarchiv und Stadtchronik, München 1908.*
- ⁴³⁰ *Baedecker*, Kulturpflege, S. 16.
- ⁴³¹ Ebd., S. 18; es handelte sich um den späteren Bürgermeister und Oberrichter Karl Anton von Barth.
- ⁴³² Ebd., S. 55: Ernst von Destouches wurde am 4.1.1843 in München geboren. Er stand seit 1863 in den Diensten der Stadt, wurde neben seiner Stelle als Leiter des Archivs auch noch mit der Leitung des Stadtmuseums und der Maillinger-Sammlung betraut. Er starb 1916.
- ⁴³³ Ebd., S. 25f.
- ⁴³⁴ Ebd., S.27 ff. und S.37f.
- ⁴³⁵ Ebd., S. 51 f.: Von früher 700 Mark im Jahr 1913 auf 28'000,- Mark im Jahr 1928.
- ⁴³⁶ Ebd., S. 53; Baedecker schreibt dazu: «Die geschichtliche Würdigung, die früher München immer nur als Residenzstadt erhalten hatte, wurde nach dem Kriege durch eigene Untersuchungen der Stadt auf ihre bürgerliche Vergangenheit hin ergänzt. Hierher gehört auch, dass 1925 die Zunfturkunden und Bücher, die 1868 von den Kollegien leihweise dem Nationalmuseum überwiesen worden waren, wieder zurückgeholt wurden, da sie ‚richtiger dem Stadtarchiv einverleibt werden‘. So wurde dieses jetzt einer der ersten Plätze stadtrechtlicher Forschung.»
- ⁴³⁷ Ebd., S. 46. Diese Unterbringung im Gebäude des Wehramts wurde jedoch als provisorisch empfunden: Das Gebäude lag zu sehr an der Peripherie. Einen besseren Platz glaubte man im ehemaligen Feuerhaus am St. Jakobsplatz gefunden zu haben, wohin man das Archiv zusammen mit der Stadtbibliothek verlegen wollte. Geldmangel verhinderte jedoch die Ausführung dieser Pläne. Das Gebäude Winzererstrasse 68 bietet dem Stadtarchiv bis heute Unterkunft, inzwischen jedoch ganz, nicht mehr wie bei der Eröffnung nur in zwei Etagen.
- ⁴³⁸ RP 719/4, Sitzung des Hauptausschusses vom 7.11.46.
- ⁴³⁹ Ebd. Sogar über dieses Ausweichquartier behielt sich die amerikanische Militärregierung das Verfügungsrecht vor, wahrscheinlich um die Kaserne für weitere Truppeneinquartierungen notfalls bereit zu haben. Auch die geretteten historischen Möbel wurden von einquartierten Ämtern in Besitz genommen. Dies geht aus einem Schreiben Direktor Schaffers vom 10.5.47 (HAH 493) hervor.
- ⁴⁴⁰ München-Chronik, S. 262.
- ⁴⁴¹ Haushaltssatzungen der Stadt München 1945-1956: Bis zur Währungsreform blieben die verausgabten Mittel unter 150'000,- RM jährlich (1945: 127'770,- RM, 1946: 122'721,- RM, 1947: 127'554,- RM, 1948: 156'757,- RM), wobei die tatsächlichen Ausgaben meist unter den veranschlagten lagen. Erst ab 1949 stiegen die Zuschüsse langsam an, bis auf 237'192,- DM im Jahr 1954.
- ⁴⁴² RP 720/6, S. 1151, Sitzung des Stadtratsplenums vom 13.5.47, die Direktor Dr. Schaffer in seinem Schreiben vom 10.5.47 (HAH 403) als «Staatsempfang» bezeichnete.
- ⁴⁴³ HAH 493, Schreiben Scharnagls an den Rektor der Universität München, Prof. Dr. Aloys Wenzl vom 21.10.47. Unterzeichnet hatten die Professoren Dr. Schnabel, Dr. Spindler, Dr. Seppelt, Dr. Spörl und Dr. Steinberger, die ihre Mitarbeit für die geplante 800-Jahr-Feier der Stadt 1958 von einer Besserstellung des Archivs abhängig machten.
- ⁴⁴⁴ Ebd.; ohne die 800-Jahr-Feier, der die Stadt grosse Bedeutung beimass, hätte Scharnagl sich möglicherweise nicht zu einer so ausführlichen Antwort genötigt gesehen.

- ⁴⁴⁵ So dient das Archiv ja vor allem als Ort der Geschichtsbewahrung und Geschichtsschreibung der Stadt sowie als Träger ihrer Vergangenheit. Die Stadtbibliothek bildet von ihrer Entstehung her eine wesentlich jüngere städtische Institution.
- ⁴⁴⁶ S.o. die Kapitel über die Finanzierung der Münchner Philharmoniker sowie der Kammerspiele.
- ⁴⁴⁷ Haushaltssatzung der Stadt München, Einzelplan 3, Unterabschnitt 311.
- ⁴⁴⁸ Ebd., die «sächlichen Zweckausgaben» des Unterabschnitts 311, Hhst. Mitgliedsbeiträge.
- ⁴⁴⁹ Haushaltssatzungen der Stadt München 1945-1956. 1947 wurden RM 10,- aufgewendet, 1949 betrug die Summe der Mitgliedsbeiträge bereits 660,- DM, 1950 im Ansatz 660,- DM, in der Rechnung aber schon 1'372,- DM. Ab 1953 war dann bereits im Ansatz eine Summe von 1'500,- DM vorgesehen.
- ⁴⁵⁰ Ebd.; einige dieser Gesellschaften kamen dabei erst im Laufe der Jahre hinzu, so z.B. die «Gesellschaft für Auslandskunde» und die «Freunde der Akademie der Wissenschaften» 1951.
- ⁴⁵¹ Ebd.; die 10,-DM hatte 1949 die «Geographische Gesellschaft» erhalten, die höchste Summe von 500,- DM erhielt das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg ab 1953.
- ⁴⁵² Ebd.; in einigen Fällen waren die Zuschüsse in den ersten Jahren unter einer eigenen Haushaltsstelle bezahlt worden, so z.B. bei dem Germanischen Nationalmuseum Nürnberg und der Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität.
- ⁴⁵³ Haushaltssatzungen der Stadt München 1945-56; die «Hochschule für politische Wissenschaften» erhielt 1951 und 1952 je 10'000,-DM, 1953 und 1954 je 15'000,-DM.
- ⁴⁵⁴ Ebd.; der Gesamtzuschuss für die «Abwicklungsgeschäfte der früheren Handelshochschule München» stieg ungleichmässig an: betrug er 1945 noch 19'329,-RM, so erreichte er 1947 bereits 42'518,- RM, 1949 wieder 28'443,- DM, 1953 47'270,- DM und 1954 41'109,- DM. Die Stadt trug davon die Hälfte, die andere Hälfte erhielt sie von der Wirtschaftskammer und dem Handelsverein. Zu der Geschichte der Handelshochschule München auch Stadtarchiv München, Bestand Schulamt 1408, 1409-1421, vor allem jedoch 1420, Vertrag der Stadt mit der Handelskammer und dem Münchner Handelsverein vom 30.4.1910, in dem die proportionale Bezuschussung geregelt wurde.
- ⁴⁵⁵ Ebd.; das Händelkonservatorium erhielt ab 1950 regelmässige Zuschüsse, die an diese Formel gebunden waren: 1950 15'000,-DM, 1951 13'000,-DM, 1952 20'000,-DM, 1953 13'595,- DM. Von welchen Stellen die Stadt dabei Zuschüsse erwartete, geht aus der ab 1954 auftauchenden Haushaltsstelle «Trapp'sches Konservatorium» hervor, in der der Bayerische Rundfunk und der Staat genannt werden.
- ⁴⁵⁶ Ebd. Das «Studentenwerk» erhielt ab 1950 4'000,- DM jährlich, jedoch aus dem Etat für Volksbildung, nicht aus der «Wissenschaftspflege».
- ⁴⁵⁷ Ebd.; die Studienstiftung wurde auch aus dem Etat «Volksbildung» mit 8'000,- DM jährlich ab 1950 bedacht.
- ⁴⁵⁸ Ebd.; diese erhielt regelmässig 12'000,- RM/DM jährlich, 1949 jedoch nur 9'000,- DM.
- ⁴⁵⁹ Ebd.; dieses erhielt 1950-52 je 7'000,- DM Zuschuss von der Stadt.
- ⁴⁶⁰ Ebd.; 1952 und 1953 bezahlte die Stadt je 2'500,- DM an das Institut.
- ⁴⁶¹ Ebd.; das Institut für Wirtschaftsforschung erhielt anfänglich (1949 und 1950) 5'000,-DM, ab 1951 jedoch 10'000,- DM jährlich.
- ⁴⁶² Ebd.; die Stadt bezahlte hier ab 1948 je 5'000,- RM/DM. Dazu auch HAH 604.
- ⁴⁶³ Ebd.; der «Internationale Ferienkurs», eine Art Sommerakademie der Universität, erhielt ab 1950 je 1'500,- DM Zuschuss.
- ⁴⁶⁴ Ebd.; diese Stiftung wurde von der Stadt 1952 und 1953 mit je 3'500,- DM bedacht.
- ⁴⁶⁵ Ebd.; diese Gesellschaft erhielt 1948 500,- RM/DM, in den Jahren 1949-1951 je 1'500,- DM, ab 1952 wurde der Zuschuss nicht mehr in Anspruch genommen.
- ⁴⁶⁶ Ebd.; ab 1949 bezahlte die Stadt jährlich 500,- DM.
- ⁴⁶⁷ Ebd.; seit 1949 erhielt das «Alpine Museum» steigende Zuschüsse: 1949 noch 1214,-DM, 1952 bereits 9'850,- DM, 1953 wiederum 5'000,- DM.
- ⁴⁶⁸ Ebd.; 1945/46 schöpfte das Museum den angesetzten Betrag nicht voll aus, ab 1949 jedoch stiegen die Zuschüsse stetig an; 1953 wurde sogar ein Betrag von 400'000,- DM gewährt.
- ⁴⁶⁹ Ebd., Erläuterungen zur Haushaltsstelle «Deutsches Museum».

- ⁴⁷⁰ Ein Beispiel von 1949 illustriert den Gesamtrahmen, in dem der Zuschuss der Stadt stand: Die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen bezahlten dem Museum 700'000,- DM, die Stadt München 150'000,- DM; hinzu kamen Mieteinnahmen, Eintrittsgelder und Mitgliedsbeiträge in Höhe von 1'050'000,- DM. Bei den «Sächlichen Verwaltungsausgaben» schlugen die städtischen Gebühren für Gas, Wasser und Strom wiederum mit 100'000,- DM zu Buche; der Barzuschuss der Stadt betrug also 50'000,- DM. Dazu HAH 424, Niederschrift über die Sitzung am 7. Mai 1948 im Deutschen Museum mit Abschlussbericht, Haushaltsplan 1949 und Vorstandswahl.
- ⁴⁷¹ HAH 424, z.B. Vormerkung des Leiters des Städtischen Theater- und Musikamtes, Königsdorfer, vom 30.1.47 für Oberbürgermeister Scharnagl und Hans Ludwig Held, in der die Verhandlungen und ihre Probleme ausführlich dargestellt werden.
- ⁴⁷² Ebd. Von Seiten der Stadt waren im Vorstand Oberbürgermeister Dr. Karl Scharnagl und Bürgermeister Walther von Miller vertreten, als Ausschussmitglieder auch Stadtschulrat Dr. Anton Fingerle, Stadtbaurat H. Leitenstorfer, Polizeipräsident Pitzer und Bürgermeister Thomas Wimmer. In dem Wahlausschuss für den Vorstandsrat befanden sich für die Stadt die Stadträte Helmut Fischer (Wiederaufbaureferat), Hermann Enzensberger von den Münchner Elektrizitätswerken, Hans Ludwig Held und Stadtrat Richard Pflaum. Von insgesamt 20 «Wahlmännern» stellte die Stadt also 4, was auch in etwa dem Verhältnis des Zuschusses der Stadt zu dem Gesamtzuschuss entsprach.
- ⁴⁷³ HAH 424, Schreiben Helds an Geheimrat Zenneck vom 27.6.51; Held bedankt sich darin für seine Wahl und betont, er «sehe in der Entwicklung des Deutschen Museums ein freundliches Symbol für den Zusammenklang Deutschlands mit der ganzen Welt».
- ⁴⁷⁴ Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1945-56. Dieser Etatposten taucht erstmals 1948 auf, in einer Höhe von 3'000,- DM; der Ansatz stieg in den folgenden Jahren von 1'000,- DM (1949, 1950) auf 1'500,- DM (1951), bzw. 2'000,- DM (1952), 3'000,- DM (1953) und 5'000,- DM (1954). Diese Ansätze wurden jedoch in den Jahren 1952-1954 häufig deutlich überschritten, 1952 sogar um mehr als das Doppelte (es wurden 4'700,- DM verausgabt). Dieser Betrag machte jedoch z.B. 1952 nur einen Bruchteil der Gesamtfördersumme aus: 426'197,- DM wurden für die Hochschulen und die sonstige Wissenschaftspflege ausgegeben, zählt man die Wissenschaftliche Stadtbibliothek und das Archiv noch hinzu, dann sind es sogar 1'104'143,- DM. Die 2'000,- DM für freie Förderung nehmen sich dagegen sehr spärlich aus.
- ⁴⁷⁵ So z.B. im Zusammenhang mit der «Hochschule für darstellende Künste» (HAH 485), mit der «Frauenhochschule» (HAH 487), mit dem «Sprachen- und Dolmetscherinstitut» (HAH 508) oder mit dem «Salzburger Mozarteum» (HAH 519).
- ⁴⁷⁶ Z.B. dazu HAH 498, um die Lehr- und Forschungsstätte «Die Hohlwelt», deren Leiter Held gerne zu Vorträgen in der Volkshochschule verpflichten wollte oder HAH 502, um die «Pädagogische Arbeitsstätte München», die Münchner Lehrern und Erziehern Unterrichtshilfen, Zusatzkurse, Bücher etc. anbot. Weitere städtische Aktivitäten finden sich im Zusammenhang mit Wohnungsproblemen, z.B. in HAH 228, in der Korrespondenz mit dem akademischen Wohnungsdienst, der sich um die Beschaffung von Professorenwohnungen bemühte, oder in HAH 504, dem Briefwechsel zwischen Held, dem Wohnungsamt und Prof. Dr. Georg Dittmann, dem Leiter des «Thesaurus Linguae Latinae» aus dem Jahr 1949. Dittmann konnte in München keine Wohnung finden, obwohl der «Thesaurus» Ende Dezember 1948 endlich eine Unterbringungsmöglichkeit erhalten hatte. Dazu z.B. Schreiben Dittmanns an Held vom 7.5.49 und vom 12.6.49 und Schreiben Helds an Stadtrat Wüstendörfer vom Wohnungsreferat vom 20.4.49.
- ⁴⁷⁷ HAH 487; hier findet sich in den Akten vor allem ein umfänglicher Entwurf über die Ziele dieser Institution, die sich um die Bildung und Ausbildung der Frauen für Beruf und Haushalt kümmern wollte.
- ⁴⁷⁸ Die Ukrainische Universität (HAH 489) war eine Gründung der UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration), die sich vor allem um die Universitätsausbildung von DP's und Flüchtlingen kümmerte.
- ⁴⁷⁹ Dazu z.B. HAH 513, Schreiben Helds an Dr. Eugen Hintermann vom Studentenwerk der Uni-

- versität vom 13.1.50, betreffend die «Blocherer-Schule»; Held kannte Karl Blocherer schon lange und setzte sich für eine weitere Zugehörigkeit dieser Schule, deren «Ruf vor 1933 als international bezeichnet werden konnte», zum Studentenwerk und seinen Ermässigungen ein.
- 480 HAH 484, z.B. Schreiben Helds an den Rektor der Universität vom 22.11.48, in dem er sich für einen durch mehrere Krankheitsfälle in Not geratenen Professor einsetzt oder auch Schreiben Helds an den Rektor vom 11.10.48, in dem sich Held um die Immatrikulation des Sohnes eines berühmten Chemikers bemüht.
- 481 Hier vertreten z.B. durch seinen Einsatz für die «Volkssternwarte» (HAH 512), für den «Deutschen Buchring» (HAH 511) und für die diversen Frauenschulen, z.B. HAH 487 (Frauenhochschule), und HAH 507 (Soziale Frauenschule).
- 482 Z.B. die «Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung» (HAH 486, HAH 494 und HAH 495), die eng mit den Namen von Thomas Mann und Leo Weissmantel verknüpft ist, oder das «Istituto Italiano di Studi Filosofici» (HAH 500), dessen Vorträge Held auch häufig besuchte.
- 483 Hier vertreten z.B. durch die «Freie Forschungsgemeinschaft für Parapsychologie» (HAH 503), bei der Held auch selbst Mitglied war und unregelmässig Vorträge besuchte.
- 484 Dies wird hier neben den von ihm besuchten Vorträgen z.B. des «Istituto Italiano di Studi Filosofici» (HAH 500) durch sein Interesse an dem Indologischen Institut der Universität klar (HAH 484).
- 485 Dazu z.B. 505, Schreiben Helds an den Leiter der «Deutschen Gesellschaft für Erziehung e.V.» vom 20.3.53, in dem Held betont, er würde gerne mitarbeiten, sei aber so mit Vereinsmitgliedschaften überhäuft, dass er nur ausserordentliches Mitglied ohne Beitrag werden könne.
- 486 HAH 514; Held fand die «Blättersammlung sowie die ihr angeschlossene Bibliothek in ihrer Art ... einzigartig», da es sich dabei «um ein unerschöpfliches Reservoir der Modekultur» handele, die «in ihrem Bestand die ältesten Zeiten nicht weniger wie die neuesten berücksichtigt» (Gutachten für den Kulturausschuss des Bayer. Landtags vom 4.9.52). Die Damen Parish (Mutter und Tochter) hatten die Sammlung der Stadt zum Kauf angeboten (Angebot vom 27.9.50), unter der Bedingung, die Sammlung weiter betreuen zu können und verknüpft mit einer Leibrente für die Tochter Parish. In ausführlichen Vormerkungen befasste sich das Werk- und Fiskalreferat (am 8. und am 25.1.51) mit dieser Frage, ebenso die Kulturverwaltung, Verwaltungsoberspektor Rogger, am 13.10.50. In etwas makabrer Weise wurde dabei der «Risikofall» kalkuliert, die 49jährige könnte noch über 30 Jahre leben und damit den Erwerb unrentabel machen.
- 487 HAH 484, z.B. Bitte um Immatrikulationshilfe eines Amtsgerichtsrats für seinen Sohn (11.11.46), oder Bitte um Hilfe bei der «Dissertationsangelegenheit eines hier weilenden höheren pädagogischen Beamten der amerikanischen Militärregierung» (Schreiben an Prof. Dr. F. Schneider vom 30.5.50); bei letzterem handelte es sich um Mr. Meyer (Schreiben an Meyer vom 22.6.50), der offenbar Probleme mit dem Grossen Latein hatte.
- 488 Ebd., Befürwortung Helds für Wimmer vom 5.11.49.
- 489 HAH 228, Bericht Helds an Oberbürgermeister Scharnagl vom 15.12.1947.
- 490 Ebd.
- 491 Dazu z.B. HAH 504 bzw. B.u.R. 2159, der Fall des «Thesaurus Linguae Latinae» oder B.u.R. 2089, Schreiben des Leiters des Oldenbourg-Verlages und Vorsitzenden des «Landesverbands für den Bayerischen Buchhandel», Horst Kliemann an Scharnagl vom 20.7.45, der «die Heranziehung von wissenschaftlichen Instituten nach München» anregt, um München zu einem geistigen und kulturellen Mittelpunkt der US-Zone zu machen. Die Schwierigkeiten mit diesem Bereich hörten auch Anfang der 50er Jahre nicht auf; so scheiterte z.B. der Zuzug der «Forschungsstelle für Eiweiss und Leder in der Max-Planck-Gesellschaft», für die sich Bürgermeister von Miller sehr eingesetzt hatte, noch 1953 an dem Bauplatz für einen Neubau (B.u.R. 2089).
- 492 HAH 504 und B.u.R. 2159; so lagen z.B. positive Gutachten des Präsidenten der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Meissner (21.9.46) und des damaligen Kulturministers Fendt (25.9.46) vor, alle B.u.R. 2159; ausserdem Schreiben des Landesamts für Denkmalpflege, Dr. Georg Lill, des Dekanats der Philosophischen Fakultät der Universität und andere (alle HAH

- 504, Erwähnung in einem Brief Georg Dittmanns vom 18.9.49).
- ⁴⁹³ B.u.R. 2159, Schreiben Scharnagls vom 8.11.46, der die Beschlagnahme der in Aussicht genommenen Räumlichkeiten durch die Amerikaner ankündigt und umfangreicher Briefwechsel über die Unterbringungsschwierigkeiten ebd.
- ⁴⁹⁴ S.o. die Kapitel Musikpflege und Theaterarbeit.
- ⁴⁹⁵ Bis zur Währungsreform wurden hier keine nennenswerten Beträge ausgegeben, im Jahr 1949 finden sich insgesamt 9'345,- DM, 1952 dann bereits 24'546,- DM. Noch von diesen geringen Fördersummen floss ein Teil an den Adalbert-Stifter-Verein und das Freie Deutsche Hochstift, also nicht unmittelbar an Schriftsteller; dazu Haushaltssatzungen der Stadt München.
- ⁴⁹⁶ S.o. die entsprechenden Zahlen für die städtische Büchereipflege in dem Kapitel Bibliotheken.
- ⁴⁹⁷ *Deutscher Städtetag* (Hrsg.), Leitsätze zur kommunalen Kulturarbeit, Abschnitt III, 16.
- ⁴⁹⁸ Ebd., Abschnitt III, 23 und 24.
- ⁴⁹⁹ S.o. das Kapitel Musikförderung.
- ⁵⁰⁰ Dazu vor allem HAH 552, die Schreiben bezüglich des Sonderheftes der Zeitschrift «Bayerland» aus den Jahren 1952 und 1953.
- ⁵⁰¹ Z.B. HAH 555; der «Münchner Kulturspiegel» hatte Held am 2.2.51 um ein Geleitwort gebeten, das dieser auch lieferte; ausserdem z.B. HAH 556, Helds Zustimmung, an der Zeitschrift «Lebendige Erziehung» mitzuwirken.
- ⁵⁰² HAH 564, Schreiben Helds an Bürgermeister von Miller vom 9.1.53; ausserdem HAH 557, Ablehnung Helds für einen Druckkostenzuschuss zu dem «Informationsdienst Kirche und Theater» vom August 1953.
- ⁵⁰³ HAH 552; Stadtrat Erhärt rechnete damit (Schreiben vom 26.11.1953), dass die Stadt insgesamt 1'000 Doppelhefte abnehmen werde, mit einem Stückpreis von 2,50 bis 3,- DM.
- ⁵⁰⁴ HAH 544. Der Vorläufer der Buchwoche fand als «Tag des Buches» am 8.12.48 im Rathaus statt.
- ⁵⁰⁵ HAH 544, Veranstaltungskalender der Buchwoche 1952, in dem diese Namen genannt sind.
- ⁵⁰⁶ B.u.R. 2174, Aktennotiz für Oberbürgermeister Scharnagl vom 5.6.45, in der auf die vorbereitenden Gespräche Helds mit Capt. Roser Bezug genommen wird, in denen es um den Wiederaufbau des Bayerischen Buchhandels ging. Auch hier wird bereits die Heranziehung von Verlagen eng mit dem Schicksal des Buchhandels verknüpft.
- ⁵⁰⁷ HAH 663; der Präsident dieser Gesellschaft war Professor Emil Preetorius, unter den Mitgliedern befand sich z.B. der Schriftsteller Rudolf Bach. Die Gesellschaft veranstaltete Vorträge wie «Natur- und Kulturlandschaft der Insel Java» (gehalten von Prof. Dr. Friedrich Carl von Faber) oder «Weltbild und Geistesweg – Gesetze des Lebens in der Musik von heute» (gehalten von Wilhelm Furtwängler).
- ⁵⁰⁸ HAH 664; bei der Kant-Gesellschaft war Held selbst Mitglied, es ergingen sowohl an ihn wie an Oberbürgermeister Wimmer Vortragseinladungen z.B. für «Sein und Geist» am 7.7.53, gehalten von Dr. Josef Hansmeier, für «Idee und Ursprung», gehalten von Professor Uvo Hölscher u.ä.
- ⁵⁰⁹ HAH 665; diese Gesellschaft, bzw. ihr Vorsitzender Artur Müller, hatte es sich zur Aufgabe gemacht, das Werk Georg Kaisers zu sammeln.
- ⁵¹⁰ HAH 666; der Sitz der Shakespeare-Gesellschaft war Bochum. Obwohl sich Held interessiert zeigte und die Stadt mit jährlichen DM 100,- Mitgliedsbeitrag die Gesellschaft unterstützte (Haushaltssatzungen der Stadt München 1949-1956, Unterabschnitt 310, Haushaltsstelle «Mitgliederbeiträge»), hielt Held die Abordnung eines Vertreters der Stadt zu einer Veranstaltung nicht für nötig (HAH 666, Schreiben Helds vom 2.10.52).
- ⁵¹¹ HAH 667; der Vorsitzende dieser Gesellschaft versuchte 1947, zwei Räume seines Hauses für die Aufstellung der Sammlung freizubekommen und dafür seine Sammlung als Leihgabe zur Verfügung zu stellen.
- ⁵¹² HAH 670; an der Görres-Gesellschaft war das katholische München sehr interessiert: bei der Görres-Feier an Görres 100. Todestag hielten sowohl Oberbürgermeister Scharnagl wie der Rektor der Universität, Aloys Wenzel, Ansprachen und die Stadt übernahm den Druck der Plakate zu dieser Feier.

- ⁵¹³ HAH 679; das «Freie deutsche Hochstift» mit Sitz in Frankfurt a.M. bemühte sich um die Verwaltung des Goethe-Erbes. Ausserdem Haushaltssatzungen der Stadt München 1950-56 Die Stadt bezahlte einen jährlichen Beitrag von DM 50,-.
- ⁵¹⁴ HAH 682 und 683; der «Dante-Kreis» sah neben der Veranstaltung von Vorträgen und Italienisch-Kursen seine Hauptaufgabe in Veröffentlichungen; diese konnten Mitglieder mit 20prozentiger Ermässigung beziehen. Die Dante-Stiftung war 1949 in München gegründet worden und hatte es sich zur Aufgabe gestellt, «Werke der Wissenschaft, der Dichtung und der Kunst zu fördern, soweit sie in ihrer sozialpolitischen Verantwortung und bildungspolitischen Zielsetzung zur Überwindung der abendländischen Kulturkrise beizutragen vermögen». So jedenfalls berichtete es Dr. Ott von der Städtischen Musikbibliothek an Held am 18.7.50 (HAH 683). München war demnach als Sitz der Stiftung gewählt worden, da es «die Brücke zwischen Nord und Süd, zwischen den lateinischen Formkräften und der vielfältigen Dynamik des Nordens» bildete. Im Vorstand der Stiftung befanden sich Professoren aus Freiburg i.Br., Marburg/Lahn, Paderborn, Notre Dame/USA und aus München.
- ⁵¹⁵ HAH 668 (Adalbert Stifter-Verein), HAH 669 (Eichendorff-Gilde) und HAH 673 (Kulturvereinigung Gerhardt Hauptmann-Halle).
- ⁵¹⁶ Haushaltssatzungen der Stadt München 1950-1956. Der Verein bat mit Schreiben vom 18.8.49 und vom 12.9.50 um diesen Zuschuss, den Held durchsetzte. Dazu HAH 668, Verfügung des Oberbürgermeisters im Büroweg vom 13.10.49.
- ⁵¹⁷ Haushaltssatzungen der Stadt München 1952-1956. Darunter fielen dann wohl auch die Beiträge der Stadt zur «Eichendorff-Gilde», die ab 1952 mit jährlich 30,- DM unterstützt wurde (HAH 669, Schreiben Helds vom 26.5.53 an Wimmer) und der Beitrag zur «Adalbert Stifter-Gesellschaft» im Jahre 1952 in Höhe von DM 500,- (HAH 668, Beschluss des Kulturausschusses vom 11.6.52).
- ⁵¹⁸ Im Gegensatz zum Adalbert Stifter-Verein beschäftigte sich die Adalbert Stifter-Gesellschaft mit dem literarischen Werk Stifters. Dafür fühlte sich die Stadt nicht zuständig, sie förderte jedoch das «verdienstvolle, in Fachkreisen anerkannte literarische Wirken der Gesellschaft» durch einen Zuschuss von DM 500,- aus der Haushaltsstelle «kulturelle Veröffentlichungen und Förderungen». Dazu HAH 668, Beschluss des Kulturausschusses vom 11.6.52.
- ⁵¹⁹ HAH 668, Schreiben Helds an Bürgermeister von Miller vom 6.5.1952.
- ⁵²⁰ So z.B. den «Deutschen Germanistenverband» (HAH 675), den «Verband der Berufsjournalisten in Bayern» (HAH 687), die «Union für Buchreform», die sich als «Gesellschaft für Autorenschutz, Leserecht und Freiwert e.V.» bezeichnete und sich eher aggressiv-sozialistisch gab (HAH 677) sowie den «Verein der Bibliotheken» (HAH 676).
- ⁵²¹ HAH 698; Hans Ludwig Held hatte auch zu den Gründungsmitgliedern des «Schutzverbandes» im Jahre 1911 gehört, neben Thomas Mann, Frank Wedekind und anderen. So war sein Interesse an dem Verband nach 1945 auch aus diesem Grunde verständlich. Held bemühte sich z.B., einen Telephonanschluss für den Verband möglich zu machen (HAH 698, Bestätigung Helds vom 31.10.46 und vom 17.8.46), einen Raum im Rathaus zu erhalten (Schreiben des Schutzverbandes an Held vom 17.7.46), dies vor allem für Mitgliederversammlungen und Vorträge, die Zuteilung eines Kraftfahrzeugs für den Präsidenten des Verbandes, Rudolf Schneider-Schelde, zu erreichen (ablehnendes Schreiben des Strassenverkehrsamtes vom 17.6.47 und HAH 484, Schreiben Helds an Oberbürgermeister Scharnagl vom 14.10.47) und auch eine Büroeinrichtung zu beschaffen (HAH 698, Schreiben des Schutzverbandes vom 12.2.48 und Schreiben Helds an den Schutzverband vom 20.2.48 und an Stadtrat Anton Weiss unter dem gleichen Datum).
- ⁵²² HAH 698, Schreiben Helds an Scharnagl vom 3.5.1948, betrifft: Berufsverband Deutscher Komponisten; Schutzverband deutscher Schriftsteller. Dieses Schreiben war offenbar die Reaktion auf eine Ablehnung des entsprechenden Antrags des Schutzverbandes vom 16.4.48, die Stadtdirektor Hölzl am 23.4.48 Held mitgeteilt hatte.
- ⁵²³ Als Erfolg ist daher zu werten, dass die Stadt anlässlich einer Tagung der Föderation der deutschen Schriftstellerverbände die Kosten der Eröffnungsfeier und des Abendessens mit dem Schutzverband teilte (HAH 698, Beschluss des Kulturausschusses vom 11.5.49).
- ⁵²⁴ HAH 698, Mitteilungsblätter des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller e.V. München. Allge-

mein zu Fragen der Schriftstellerverbände nach dem Zweiten Weltkrieg: *Ulrike Buergel-Goodwin*, Die Reorganisation der westdeutschen Schriftstellerverbände 1945-1952, Magister-Arbeit masch., München 1975.

- ⁵²⁵ Ebd.; ausserdem HAH 250, Satzung des Vereins «Stiftung zur Förderung des Schrifttums e.V.». Dieser Verein wurde demnach am 20.7.1950 in das Vereinsregister eingetragen. Er war aus Initiativen des Präsidenten des SdS (Schutzverbands deutscher Schriftsteller), Friedrich Märker, hervorgegangen. Hier: §3 der Satzung des Vereins.
- ⁵²⁶ HAH 250, Satzung der Stiftung, §2, II.
- ⁵²⁷ Ebd., §8; demnach setzte sich dieses Kuratorium zusammen aus fünf Vertretern des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller, den sieben Mitgliedern des Präsidiums des Vereins, gewählten beitragspflichtigen Mitgliedern, gewählten Körperschaften oder Berufsverbänden, gewählten Ehrenmitgliedern und je einem Vertreter des Bayerischen Volksbildungsverbandes, der Vereinigung der Freunde Münchens, des Verbandes deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten, der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, des Bayerischen Rundfunks, der Werner Friedmann-Gesellschaft und der Rudolf Alexander Schröder-Gesellschaft. Dieses Kuratorium sollte mindestens 15 Mitglieder umfassen, um entscheidungsfähig zu sein.
- ⁵²⁸ HAH 250, Schreiben Helds an Dr. Witthalm von der Volkshochschule vom 27.11.50.
- ⁵²⁹ Auch hier vergab ein Kuratorium bzw. ein «Literaturbeirat» den Literaturpreis; eine Ausnahme bilden nur die ersten Jahre nach dem Krieg. 1949 hatte sich der Literaturbeirat bereits wieder etabliert; ihm gehörten an: Hans Ludwig Held, Hermann Uhde-Bernays, Otto von Taube, Peter Dörfler und Franz Josef Schöningh. Dazu RP 718-727, besonders jedoch HAH 261.
- ⁵³⁰ HAH 698, Mitteilungsblatt des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller 2/51. Demnach wurden 10 Preise zu 2'000,- DM, 11 Preise zu je 1'500,- DM, 10 Ehrengaben zu je 600,- DM, 10 zu je 300,- DM und 10 zu je 200,- DM vergeben. Der Stiftungsgrundstock hatte 60'000,- DM aus Geldern des Bayerischen Rundfunks und 1'000,- DM aus einer Firmenspende betragen. Der Rundfunk als Hauptgeldgeber hatte dabei bestimmt, dass nur in Bayern lebende Autoren bedacht werden durften. Später entstanden darüber Diskussionen, ob dieser Betrag zur Verteilung oder als Anlagevermögen gedacht gewesen war. Der Rundfunk vertrat plötzlich letztere Ansicht; deswegen blieb die Verteilung einer solcher Summe ein Einzelfall. Dazu auch HAH 250.
- ⁵³¹ HAH 250, Schreiben Helds an Karl Witthalm vom 27.11.50 und zum Vergleich mit Helds Meinung über die städtischen Möglichkeiten HAH 545.
- ⁵³² HAH 698, Mitteilungsblatt des SdS 2/51 und HAH 250, Satzung der Stiftung vom 20.7.50.
- ⁵³³ HAH 698, Mitteilungsblatt des SdS 2/51.
- ⁵³⁴ HAH 250, hektographiertes Schreiben des Präsidenten der Stiftung zur Förderung des Schrifttums, Märker, an die Mitglieder des Kuratoriums vom 20.10.50. Märker bat darin, auch weniger bekannte Autoren vorzuschlagen und diese kurz zu charakterisieren.
- ⁵³⁵ Ebd.; die Werke der vorgeschlagenen Autoren wurde an je zwei oder drei der gewählten Lektoren versandt. Vertreten waren hierunter z.B. auch Dr. Hermann Rinn, Dr. Kurt Pfister, Dr. Max Stefl, Friedrich Märker, Dr. Gustav Wieszner und W.E. Süsskind. Ausserdem dazu HAH 250, hektographiertes Schreiben Märkers vom 21.12.50. «Da ein Mitglied des Rundfunkrats Bedenken dagegen äusserte, dass Mitglieder des Kuratoriums auch als Lektoren tätig sein werden, wandte ich mich zunächst an Lektoren, die nicht dem Kuratorium angehören.» Wie die späteren Gutachten zeigen, blieben jedoch immer noch einige Kuratoriumsmitglieder übrig.
- ⁵³⁶ Ebd.; denjenigen, die unter dieser Bedingung nicht als Kuratoriumsmitglieder oder Lektoren mitarbeiten wollten, wurde der Rücktritt freigestellt.
- ⁵³⁷ HAH 250, Artikel im Münchner Merkur vom 7.6.51. Der Verfasser ging im Folgenden näher auf den sozialen Verteilungsmodus ein und auch auf Märkers Aussage, wenn Goethe oder Kleist für den Preis zur Debatte stünden, würde man, aufgrund der grösseren sozialen Bedürftigkeit, Kleist mit 2'000,- DM versehen, dem damit wohl sein Selbstmord erspart bliebe. Bissig meinte dazu der Kommentar: «Wer weiss ob Kleists Selbstmord nicht beschleunigt worden wäre, hätte er gehört, aus welchen Gründen er seinen Preis erhielt...»
- ⁵³⁸ Eine Liste der Preisträger findet sich u.a. in HAH 250, Mitteilungsblatt des Schutzverbandes

- deutscher Schriftsteller 2/51, und in einem Artikel der SZ vom 31.5.51. Die unwillige Reaktion der nicht bedachten Autoren bezog sich auch vorwiegend auf die Tätigkeit der Preisträger während der NS-Zeit. Dazu z.B. HAH 179, Schreiben eines Dramatikers an Held vom 4.6.51. Der Autor betont darin, er habe damals als verbotener Autor gehungert, während einer der Preisträger «als Nazibestseller reüssierte» und ein anderer «allwöchentlich immer feurigere Durchhalte-Leitartikel für die Münchner Neuesten schrieb».
- ⁵³⁹ Joseph Bernhart, geboren am 8.8.1881 zu Ursberg in Schwaben, studierte in München Theologie und wurde Privatgelehrter, Übersetzer und Herausgeber. Er verfasste Werke wie *Der Katholizismus und die deutsche Bildung* (1917), *Deutsche Theologie* (1920), *Geschichten aus der Fremde* (Erzählungen; 1924), *Die geschichtliche Entwicklung der Mystik* (1930f.). Dazu vor allem *Wilhelm Kosch* (Hrsg.), *Deutsches Literaturlexikon*, Bern ²1949ff., S. 152.
- ⁵⁴⁰ Ebd., S. 167; Richard Billinger wurde am 2.7.1893 in St. Marienkirchen in Oberösterreich als Sohn eines Bauern geboren. Er wurde Jesuitenzögling und war ursprünglich für den geistlichen Stand bestimmt; nach einem Studium der Philosophie liess er sich in München bzw. Starnberg als freier Schriftsteller nieder. Er starb 1965.
- ⁵⁴¹ Ebd., S.228L; Georg Britting, geboren am 17.2.1892 in Regensburg als Sohn eines städtischen Beamten, liess sich 1920 als Erzähler und Lyriker in München nieder. Er starb 1964.
- ⁵⁴² Hedwig Conrad-Martius, geboren in Berlin am 27.2.1888, gestorben in Starnberg 1966, war eine deutsche Philosophin der Husserl-Schule; sie gab «der Phänomenologie eine ‚realontologische‘ Wendung zur Naturphilosophie». Dazu dtv-Lexikon, Bd.3, S. 170.
- ⁵⁴³ Bernt von Heiseler, Sohn Henry von Heiselers, wurde am 14.6.1907 in Brannenburg/Obb. geboren. Er studierte in München und reiste u.a. viel nach England, Frankreich, Belgien, Holland und Italien, wurde dann Herausgeber der Zeitschrift «Corona» und verblieb in Brannenburg als Erzähler, Dramatiker und Essayist. *Kosch*, *Literaturlexikon*, S. 910.
- ⁵⁴⁴ Ebd., S. 1335; Kölwel wurde am 16.10.1889 in Beratzhausen/Bayern geboren, studierte in München und lebte später hier, bzw. in Gräfelfing bei München und Fischbachau als Lyriker, Epiker und Dramatiker. Er starb 1958. Seine Anfänge lagen im süddeutschen Expressionismus, später wurde er volkstümlicher Erzähler mit Werken wie *Der vertriebene Pan* (1930) und *Der tödliche Sommer* (1931). Er konnte während der NS-Zeit ungehindert publizieren, was seine Liste von 15 Publikationen in den Jahren 1933-1945 deutlich aufzeigt. Nach dem 2. Weltkrieg veröffentlichte er u.a. die «Münchner Elegien» (1946). Ausserdem dazu *Whetten-Indra*, *Literarisches Leben*, S. 41.
- ⁵⁴⁵ Ernst Penzoldt wurde am 14.6.1892 in Erlangen geboren, studierte an den Kunstakademien von Weimar und Kassel und liess sich als Bildhauer in München nieder; seit 1953 fungierte er auch als Berater des Residenztheaters, war sonst jedoch Lyriker, Erzähler und Dramatiker. *Kosch*, *Literatur-Lexikon*, S. 2010.
- ⁵⁴⁶ Ebd., S. 2318; Eugen Roth wurde am 24.1.1895 in München geboren, studierte dort auch, bereiste viele Länder und war bis 1933 Redakteur der *Münchner Neuesten Nachrichten*; er wirkte dann vorwiegend als freier Schriftsteller, Lyriker und Erzähler mit humoristischem Einschlag.
- ⁵⁴⁷ Ebd.; S.543; Leonhard Frank wurde am 4.9.1882 in Würzburg geboren. Er lebte als freier Schriftsteller bis 1933 in Charlottenburg, dann als Emigrant in Hollywood. Er trat vorwiegend als Erzähler mit pazifistischem Engagement hervor.
- ⁵⁴⁸ Ebd., S. 1949. Luise Rinser (Luise Orff) wurde am 30.4.1911 in Oberbayern geboren, war Lehrerin, arbeitete nach dem Krieg bei der *Neuen Zeitung*.
- ⁵⁴⁹ Kindlers *Literatur Lexikon* im dtv, München 1974.
- ⁵⁵⁰ Kindlers *Literatur Lexikon*, Band 25 (Register), S. 11139, S. 11145, S. 11179 und S. 11269.
- ⁵⁵¹ Ebd., S. 11177, Marieluise Fleisser und S. 11280, Hans Rehberg.
- ⁵⁵² HAH 250, *Mitteilungen des SdS* 2/51, Liste der Preisträger von Preisen à 1'500,- DM. Hinzu kam noch Alfons Teuber, ein schlesischer Dichter.
- ⁵⁵³ HAH 250, *Mitteilungen des SdS* 2/51.
- ⁵⁵⁴ HAH 250, Beilage zum Schreiben Märkers an die Mitglieder des Kuratoriums der Stiftung zur Förderung des Schrifttums vom 4.5.51. Gutachten über Walter Kolbenhoff und sein Hörspiel «Am Ende der Strasse». Da über die «Gruppe 47» bereits so viel geschrieben wurde, soll nicht

- ausführlicher auf sie eingegangen werden. Als Grundlage der hier getroffenen Aussagen dient hier das von *Lettau* herausgegebene Handbuch «Die Gruppe 47», in dem die Berichte über die ersten Tagungen abgedruckt sind.
- ⁵⁵⁵ *Lettau*, Gruppe 47, S. 24-57 für die Tagungen der «Gruppe 47» bis zum Herbst 1950, also bis zu der Tagung, die der Preisverteilung der Stiftung unmittelbar vorausging. Alle diese jungen Autoren wären für eine Preisverteilung durchaus in Frage gekommen und hatten sich meist bereits auf den Tagungen der Gruppe entsprechend profiliert.
- ⁵⁵⁶ Ebd., S. 49. Eine Begründung für die Preisverleihung an Luise Rinser mag wohl auch in ihrer bayerischen Herkunft gelegen haben, da ein Grossteil der Preisträger zwar in Bayern lebte, aber nicht hier geboren war. Sie gehörte überdies keineswegs zu der vorwärtsstürmenden Avantgarde und einige ihrer Kurzgeschichten aus den ersten Nachkriegsjahren lesen sich eher konventionell; dazu *Rinser, Luise*, Erste Liebe. München 1946. Ihr «Gefängnistagebuch», das ebenfalls 1946 in München erschien, brachte ihr mehr Beachtung ein, die jedoch wohl weniger den literarischen, als den moralischen Wert des Buches betraf.
- ⁵⁵⁷ HAH 250, Anlage zum Schreiben Märkers an die Kuratoriumsmitglieder vom 4.5.51.
- ⁵⁵⁸ Ebd.
- ⁵⁵⁹ Ebd., S.1 und S. 7.
- ⁵⁶⁰ *Lettau*, Gruppe 47, S. 21; Wolfgang Bächler gehörte auch zu den Gründungsmitgliedern der Gruppe und wurde mehrfach von den Berichterstattern der Tagungen stark hervorgehoben (S.22f., S. 53), Rudolf Krämer-Badoni sah sich auch starker Kritik gegenüber (S.54f.), Barbara Zaehle fand moderate Anerkennung (S.60f.). Allen war gemeinsam, dass sie um Anerkennung ringende Nachwuchsautoren waren; auch Bächler gehörte dazu, der das jüngste Mitglied der Gruppe war und als Lyriker besonders hart um seine wirtschaftliche Existenz zu kämpfen hatte.
- ⁵⁶¹ HAH 250, Anlage zu dem Schreiben Märkers vom 4.5.51.
- ⁵⁶² Ebd.; die Auswertung wurde von der Verf. nach den angegebenen Namen durch Vergleiche mit Kindlers Literatur Lexikon bzw. *Lettaus* Handbuch «Gruppe 47» und den dort aufgeführten Namen vorgenommen. Wichtig dabei vor allem wieder die Seiten 24-57.
- ⁵⁶³ Romano Guardini bezog als Hochschullehrer ein regelmässiges Einkommen. dtv-Lexikon, Bd.8, S.109.
- ⁵⁶⁴ Dazu *Josef Wulf*, Literatur und Dichtung im 3. Reich, Gütersloh 1963, S. 33. Carossa war bereits im Mai 1933 in die preussische Dichterakademie aufgenommen worden. Ausserdem dazu Hans Dieter Schäfer, Das gespaltene Bewusstsein, München, Wien 1981, S. 111. Hier wird Carossas Buch «Das Jahr der schönen Täuschungen» als Beispiel dafür genannt, wie es Schriftstellern gelang, «durch Zerstreung oder säkularisierte Erbauung den Leser vom Widerspruch zum Hitler-Staat frei zu halten.»
- ⁵⁶⁵ Dazu z.B. *Whetten-Indra*, Literarisches Leben, S. 41; Kölwel verwendete vor allem Motive aus Volkstum und Sage und war stark süddeutsch geprägt.
- ⁵⁶⁶ HAH 250, Anlage zu dem Schreiben Märkers vom 4.5.51, Gutachten über Kolbenhoff auf S.7; ausserdem *Lettau*, Gruppe 47, S.45, Abdruck eines Artikels der Kasseler Nachrichten vom 22.10.49 über die 6. Tagung der «Gruppe 47» in Utting am Ammersee: «Das auch ein so namhafter Schriftsteller wie Walter Kolbenhoff ‚auf dem Wege‘ ist, wurde deutlich an einem Kapitel seines entstehenden Schelmenromans...» Kolbenhoff wurde also nicht zu den erst noch zu entdeckenden Talenten gezählt. Im Gegensatz dazu steht die Tatsache, dass er weder in Kindlers Literatur Lexikon, noch in dem dtv-Lexikon (Brockhaus), noch in dem «Kritischen Lexikon der Gegenwartsliteratur», das von *Heinz Ludwig Arnold* in der edition text und kritik, München 1978 ff. herausgegeben wird, erwähnt ist. Er muss also unter die heute fast vergessenen Autoren gerechnet werden.
- ⁵⁶⁷ dtv-Lexikon, Bd.6, S. 218.
- ⁵⁶⁸ Dazu HAH 42.
- ⁵⁶⁹ Ausser den bereits genannten taucht keiner der übrigen vorgeschlagenen Autoren in Kindlers Literatur Lexikon auf. Da hier immerhin 44 Namen genannt wurden, die ja bereits eine Auswahl der bayerischen Schriftsteller darstellten, ist dies ein schlechtes Zeichen für die geförderte bayerische Literatur der Nachkriegszeit.

- ⁵⁷⁰ Dazu z.B. *Lettau*, Gruppe 47, S. 34, Bericht über die Tagung der «Gruppe 47» im April 1948 in Jugenheim a.d. Bergstrasse, in dem über einen Vortrag Mundts berichtet wird.
- ⁵⁷¹ HAH 250, Schreiben des Kurt Desch Verlages, H.J. Mundt, an Held vom 26.7.1951. Mundt fragte darin erst vorsichtig an, ob Held generell an einer Nennung Interesse habe.
- ⁵⁷² HAH 250, Schreiben Helds an Mundt vom 30.7.51.
- ⁵⁷³ HAH 250, Schreiben Helds an Märker vom 30.11.50 und Ergänzungsschreiben vom 4.12.50, in dem Held noch Marianne Langewiesche seiner Liste anfügte. Rechnet man aus, wie viele von Helds Vorschlägen am Schluss erfolgreich waren, kommt man auf die Zahl von fünf ersten Preisen, drei zweiten Preisen und einer Ehrengabe, die die von Held Vorgeschlagenen erhielten; bei 18 Vorschlägen eine stattliche Anzahl. Überdies befanden sich darunter immerhin vier Autoren, die auch in Kindlers Literatur Lexikon zu finden sind. Hans Rehberg schlug Held als einziger vor, konnte ihm jedoch einen zweiten Preis verschaffen.
- ⁵⁷⁴ HAH 250, Schreiben Mundts an Held vom 4.8.51. Mundt lieferte Held gleichzeitig kurze Beschreibungen der empfohlenen Autoren. Besondere Hinweise fanden dabei jeweils die soziale Lage und der Wohnort der besprochenen Autoren.
- ⁵⁷⁵ HAH 250, Schreiben Artur Müllers von Deschs Theaterabteilung an Held am 21.8.51. Frau Kaufmann hatte ihr Schauspiel «Liebe zwischen den Fronten» zwar verlegen, aber noch nicht aufführen können. Curt Langenbeck war da glücklicher gewesen: «Der Phantast» war 1948 am Württembergischen Staatstheater in Stuttgart uraufgeführt worden, das Stück «Heimkehr» jedoch auch noch nicht. Auch der heimatvertriebene Autor Hermann Rossmann hatte bereits zwei Uraufführungen vorzuweisen, lebte jedoch in Württemberg. Roland Ziersch hatte mit Aufführungen weniger Glück als Rüdiger Syberberg, Friedrich Forster oder Josef Maria Lutz, dessen «Brandner Kaspar» noch heute mit Erfolg gespielt wird.
- ⁵⁷⁶ HAH 250, Münchner Merkur vom 7.6.51. Wie bereits geschildert, hielt der Autor dieses Artikels die Vergabe eines Literaturpreises aus sozialen Gründen für diskriminierend. *Friedrich Märker* schrieb dazu eine Entgegnung in den Mitteilungen des SdS 2/51, in der er auf die Vielgestaltigkeit des Wahlkuratoriums und die Verschiedenheit literarischer Wertmassstäbe hinwies. Überdies betonte er, er habe mehr positive Freude als Ablehnung für die Preise erfahren, die also kaum als verletzend empfunden worden sein könnten.
- ⁵⁷⁷ HAH 250, Schreiben Helds an Müller vom 23.8.51 und Schreiben Müllers an Held vom 29.8.51.
- ⁵⁷⁸ HAH 250, hektographiertes Schreiben Märkers an die Kuratoriumsmitglieder vom 27.6.51, das sich auf die 64. Sitzung des Rundfunkrates bezieht mit ausführlicher Rechtfertigung für die Ausschüttung der Gelder, die mit vollem Wissen der Rundfunkverantwortlichen vor sich gegangen war, und Bestätigung Heimerans vom 26.6.51.
- ⁵⁷⁹ HAH 250, Schreiben Märkers vom 23.7.52.
- ⁵⁸⁰ HAH 250, hektographiertes Schreiben Märkers an die Kuratoriumsmitglieder vom 23.7.52. Märker führt darin zur Begründung an, die Mitglieder des Kuratoriums hätten «1951 bei der Verteilung von 47'500,- DM reichlich Gelegenheit» gehabt, «sich für die von ihnen besonders geschätzten Autoren einzusetzen»; überdies gäben die Namen der Preisträger «die Gewähr, dass sie keinem Unwürdigen einen Preis zuerkennen werden».
- ⁵⁸¹ HAH 250, hektographiertes Schreiben Märkers vom 1.11.52 mit der Bekanntgabe der Preisträger.
- ⁵⁸² In den ersten Nachkriegsjahren entschied der Kulturausschuss unter Absprache mit Held über die Preise, zum Fall Dörfler z.B. RP 718, Sitzung des Stadtratsplenums vom 13.12.45, in dem dieses Verfahren erwähnt wird.
- ⁵⁸³ *Hollweck*, Unser München, S. 404 ff.
- ⁵⁸⁴ Ebd., S.406L
- ⁵⁸⁵ HAH 698, Liste des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller e.V. vom 30.8.47.
- ⁵⁸⁶ Helds private Korrespondenz findet sich in seinem Nachlass, der von der Handschriftenabteilung der Stadtbibliothek München verwaltet wird. Ein Grossteil dieser Briefe hat aber eher privaten Charakter und betrifft Helds Interessen als Philosoph und Schriftsteller, Freund und Literaturkenner. Er ist daher für die Person Hans Ludwig Helds wichtig, weniger für die städtische Kulturpolitik unter seiner Ägide.

- ⁵⁸⁷ Diese finden sich unter den ersten 219 Nummern der Handakten Held, in denen die Korrespondenz mit Einzelpersonen alphabetisch gesammelt ist.
- ⁵⁸⁸ So z.B. in HAH 439, 546, 551, 663-683, 250.
- ⁵⁸⁹ HAH 546, Leseproben und Manuskripte.
- ⁵⁹⁰ Dieses Verbot beruhte auf dem Paragraphen 1,6 der Directive JCS 1067, Germany 1947-49, S.24. Demnach waren alle Parteimitglieder, aktiven NS-Symphathisanten und «all other persons hostile to Allied purposes» aus öffentlichen Ämtern, anderen wichtigen Positionen in Industrie und Handel wie aus Presse und Verlagswesen zu entfernen.
- ⁵⁹¹ Für den Bereich des Wohnungswesens wird dies ausdrücklich formuliert in der Verordnung Nr. 115 zur Durchführung des Wohnungsgesetzes vom 6.12.46, Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 8/1947, zu Artikel VII des Wohnungsgesetzes, veröffentlicht im Amtsblatt des Bayerischen Arbeitsministerium Nr. 3/1946, S. 61 ff., der die Erfassung des verfügbaren Wohnraums regelt: «Politisch belastete Personen sind tunlichst nach dem Grad ihrer Belastung zuerst heranzuziehen.»
- ⁵⁹² Zu der Konzeption der amerikanischen Literaturpolitik, hier vor allem in ihrer korrektiven Phase: *Gehring, Literaturpolitik*, S.35ff.
- ⁵⁹³ Hierzu z.B. HAH 242 oder HAH 182, ausführliches Schreiben eines evakuierten und aus seiner vorübergehenden Tätigkeit für die Stadt entlassenen Schriftstellers, dem Held empfohlen hatte, eine Eingabe zu machen, durch die er als nur vorübergehend Kriegsverpflichteter wieder als freier Mitarbeiter von der Stadt beschäftigt werden könne. Dieser Mann war Parteimitglied seit 1933 und konnte wenig erhoffen; Held kannte ihn jedoch von früher und wies ihn daher nicht ganz ab, obwohl er ihn auch nicht aktiv unterstützte.
- ⁵⁹⁴ Zur Biographie Roths s.o., Anmerkung 546.
- ⁵⁹⁵ Für diesen Fall HAH 242, Schreiben Roths an Oberbürgermeister Scharnagl vom 10.8.45, dem der fragliche Auszug aus Roths Buch «Die Münchnerin» beigelegt ist.
- ⁵⁹⁶ Ebd.; der fraglichen Stelle ging der Satz voraus: «Oder ist es nicht so, dass jeder, der in Münchens Mauern weilt, unmerklich sich verändert, dass der blosse Name dieser Stadt Erinnerungen wachruft und Vorstellungen erweckt, die einen Schimmer von Glück um sich haben?» Der darauf folgende Satz lautete: «Liegt nicht in diesem einzigen Wort, dem sich viele Worte höchsten Lobes anreihen – das Bekenntnis einer Erfüllung? Diese Zeit vor dem Kriege nennt der Führer die glücklichste und weitaus zufriedenste seines Lebens, und er rühmt den grossen Anteil, den die Stadt selber daran hatte...»
- ⁵⁹⁷ Ebd.; Roth betonte in seinem Brief, er habe nur Hitlers Aussage aus «Mein Kampf» angeführt, «wie er München im Jahre 1912, also vor dem Weltkrieg erlebt hat, nachdem er ‚endlich‘ hierhergekommen war. Sein Verhältnis zu München in seiner Eigenschaft als Führer des Dritten Reiches» sei hier also nicht zur Debatte gestanden. Die Bestätigung von Scharnagl erbat Roth, um nicht später mit «unangenehmen Gerüchten» und «unverhofften Schwierigkeiten» konfrontiert zu werden.
- ⁵⁹⁸ HAH 242, Schreiben Scharnagls an Roth vom 21.8.45.
- ⁵⁹⁹ Ebd.; Scharnagl schreibt an Roth: «Ich darf wohl annehmen, dass Sie wissen, wie schwer es ist, eine einmal bestehende Voreingenommenheit hinsichtlich der nationalsozialistischen Einstellung zu widerlegen.»
- ⁶⁰⁰ HAH 242, Brief Roths an Hans Ludwig Held, o.J. Darin gibt er zu: «Dass ich die Stelle besser unterdrückt oder anders ausgedrückt hätte, weiss ich heute auch. Ich erinnere mich aber auch, dass damals ebenso scharfe Augen auf mich geschaut haben, ob denn gar kein freundliches Wort von dem Verfasser der Faschingszeitungen zu haben wäre und wahrscheinlich bin ich froh gewesen, ein so unverbindliches (meinte ich Narr!) gefunden zu haben.»
- ⁶⁰¹ HAH 179, Brief Syberbergs an Held, vom 4.6.51. Syberberg war ein Onkel des heute so bekannten Filmemachers.
- ⁶⁰² HAH 196, Eidesstattliche Erklärung Helds vom 18.9.52. Die betroffene Schriftstellerin war aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen und mit Schreibverbot belegt worden.
- ⁶⁰³ HAH 242, Schreiben dieses Schriftstellers vom 12.11.45 an Held und Begutachtung Helds vom 4.11.45. In letzterer wird auf die langjährige Bekanntschaft hingewiesen.
- ⁶⁰⁴ HAH 242, Schreiben vom 12.11.45; dies geht jedenfalls aus der Selbstaussage des Betroffenen

- hervor, die durch Helds Charakterzeichnung Glaubwürdigkeit erhält.
- ⁶⁰⁵ HAH 242, Begutachtung Helds vom 4.11.45.
- ⁶⁰⁶ Z.B. HAH 731 (6), der Fall Kolbenheyer. Für Kolbenheyer setzen sich jedoch mehrere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ein, nachdem er aus seinem Haus in Solln ausquartiert worden war. Dazu Schreiben des Landesbischofs Meiser vom 14.3.46 und Schreiben des Theatermannes Franz Effer vom 17.6.46. Kolbenheyers positive Einstellung zur NS-Partei findet sich eindeutig ebenda, in den Schreiben an den NS-Oberbürgermeister Karl Fiehler vom 8.1.39, 6.3.40 und 1.1.44. Noch in letzterem schreibt er: «... gebe ich der Hoffnung Ausdruck, dass Ihnen als dem Führer der Hauptstadt der Bewegung die grösste Sorge, die heute so viele Lenker grösster Gemeinden trifft, die Terrorsorge, erspart bleiben möge. Möge dieser schwere Kummer von Ihnen ferne bleiben! Mit aufrichtigem Dank und Heil Hitler...» Ausserdem dazu *Wulf*, Literatur, S.33f. und S.92ff.
- ⁶⁰⁷ Dazu z.B. HAH 179, Schreiben an Held vom 4.6.51.
- ⁶⁰⁸ Hierzu z.B. HAH 9 und HAH 33. Die beiden hier aufgeführten Fälle mussten vom Kulturreferat dem Wohlfahrtsreferat übertragen werden.
- ⁶⁰⁹ Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1945-56, Einzelplan 3, Unterabschnitt «Allgemeine Volksbildung», Haushaltsstelle «Förderung des Schrifttums».
- ⁶¹⁰ Ebd., Haushaltsstelle «Durchführung von Dichterabenden».
- ⁶¹¹ Ebd.
- ⁶¹² Ebd.; die «Rudolf Alexander Schröder-Gesellschaft» erhielt 1949, 1950, 1952 und 1954 je 2'000,- DM von der Stadt. Ausserdem dazu B.u.R. 2535/2, Schreiben Helds vom 8.3.48: Im Ehrenpräsidium der Gesellschaft befanden sich neben H.L. Held Romano Guardini, Kultusminister Alois Hundhammer, Senatspräsident Kaisen, Landesbischof Meiser und Oberbürgermeister Scharnagl.
- ⁶¹³ Das kommt zumindest in den an Held gerichteten Dankschreiben zum Ausdruck. Dazu z.B. HAH 250, Schreiben vom 28.3.53, vom 25.3.52, vom 6.4.52, vom 21.3.53, vom 3.4.52, vom 18.3.52 u.a.m.
- ⁶¹⁴ Ebd.; Schreiben vom 25.3.52: «Neben der finanziellen Hilfe war es auch die Tatsache, dass meiner bescheidenen Kunst gedacht ward und dass ich noch nicht ganz vergessen wurde... Jeder Anschluss an hiesige kulturelle Kreise ist mir völlig abhandengekommen...» oder das Schreiben vom 21.3.53: «Sie werden ... ermessen können, wie sehr ich die mir widerfahrne ehrende Zuweisung nicht nur praktisch, sondern auch stimmungsmässig als Wohltat empfand» und das Schreiben vom 18.3.52: «Alle Kulturschaffenden, für die Sie wiederum gesorgt haben, werden nicht nur die ehrenvolle Gabe aus materiellen Gründen, so wichtig sie für den Künstler und Schriftsteller auch sind, dankbarst begrüssen, sie ist ihnen ein ideeller Ansporn, ihre Arbeit fortzusetzen und zu steigern.»
- ⁶¹⁵ Der Bereich der «Künstlernothilfe» kann aus Datenschutzgründen hier nicht eingehender erörtert werden. Vgl. dazu Kulturamt Nr. 1160 und 1165.
- ⁶¹⁶ HAH 33, Schreiben Helds an den Wohlfahrtsreferenten Hamm vom 20.1.50.
- ⁶¹⁷ HAH 33, Schreiben an Held vom 20.1.1950.
- ⁶¹⁸ HAH 33, Schreiben Hamms an Held vom 3.2.50.
- ⁶¹⁹ HAH 43, Schreiben eines Schriftstellers, Historikers und Naturwissenschaftlers an Held vom 15.11.45 und vom 19.7.46; ausserdem Schreiben Helds an Hamm vom 30.10.46.
- ⁶²⁰ HAH 42, Schreiben Werner Bergolds von den Kammerspielen an Held vom 4.2.53, der sich auf einen Brief Marie-Luise Fleissers vom 27.3.53 stützte; ausserdem Schreiben Helds an Frau Carvon, die ihn um Unterstützung für Frau Fleisser gebeten hatte, vom 17.3.53.
- ⁶²¹ HAH 182, Vorschlag eines Schriftstellers vom November 1950: «Die bestehenden Dichterpreise u.ä. Einrichtungen helfen den Autoren *nach* ihrem Erfolge. Es gibt aber auch Fälle, zumal in der gegenwärtigen Situation des Verlagsbuchhandels, wo ein schriftstellerisches Vorhaben der Beihilfe bedarf, um überhaupt erst zur Ausführung zu kommen... Wenn ein Autor, der durch sein bisheriges Schaffen die Gewähr dafür bietet, dass er einem bestimmten, von ihm genannten literarischen Vorhaben gewachsen ist, ein Thema auszuführen beabsichtigt, das geeignet wäre, erheblich zum Ansehen Münchens und Bayerns in Deutschland und aller Welt beizutragen, so sollte diesem Autor der Überbrückungskredit von Seiten der Stadt... gewährt werden.»

- ⁶²² HAH 182, Schreiben Roggers an Held vom 7.12.50.
- ⁶²³ Ebd.; so sollte man seiner Meinung nach den Gesamtzuschuss dieser Haushaltsstelle erhöhen und die Erhöhung als erwarteten Rückfluss bei den Einnahmen aus «Erlösen und Ersätzen» wieder auftauchen lassen.
- ⁶²⁴ HAH 182, Vorschlag vom November 1950.
- ⁶²⁵ HAH 545, 546 und 251; im Inhaltsverzeichnis von HAH 545 sind allein 48 Namen angegeben. Der Akt selbst enthält noch mehr.
- ⁶²⁶ HAH 545; normalerweise war Held verbindlich, aber deutlich. In diesem Falle zeigte er sich deutlich und meistens verbindlich. Als Beispiele dafür Schreiben Helds vom 17.3.52, vom 5.7.52, vom 3.9.49, vom 30.8.52 u.a.m.
- ⁶²⁷ Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1945-1953, Einzelplan 3, Unterabschnitt «Allgemeine Volksbildung», Haushaltsstelle «Kulturelle Veröffentlichungen und Förderungen». 1948: 2'000,-DM, 1949: 3'850,-DM, 1950: 3'245,-DM, 1951: 2'861,-DM. In all diesen Fällen lag der Ansatz über der Rechnung, nämlich zuerst bei 4'000,- DM, dann bei 5'000,- DM.
- ⁶²⁸ Haushaltssatzungen der Stadt München 1952-1956; 1952: 14'992,- DM, 1953: 16'992,- DM, 1954: 12'796,- DM. 1952 war bereits der Ansatz auf 15'000,- DM gestiegen, 1954 betrug dieser bereits 17'000,- DM.
- ⁶²⁹ HAH 545.
- ⁶³⁰ Ebd.; Hans Engl war Helds Atlas und Vertrauensmann für den bibliothekarischen Bereich, Siegfried Heldwein Lehrer. Engl hatte ausserdem die Verantwortung für die Kinderlesestuben; seine Betätigung in der unmittelbaren Nähe Helds hielt ihn von dieser Aufgabe jedoch so ab, dass sich die Bibliothekarinnen bereits beschwerten. Dazu auch HAH 537, Vorschläge der Kinderbibliothekarinnen zur zukünftigen Gestaltung der Kinderlesestuben vom Oktober 1950.
- ⁶³¹ HAH 545; so z.B. für ein dramatisches Manuskript Werner Bergold von den Kammerstücken (Schreiben Bergolds an Held vom 5.5.1951), für ein Musikmanuskript Dr. Alfons Ott, den Chef der städtischen Musikbücherei (Schreiben Otts an Held vom 11.12.52).
- ⁶³² HAH 545, z.B. Gutachten vom 31.8.51, vom 21.4.51, vom 15.11.46 oder vom 3.7.50; in letzterem finden sich z.B. Aussagen dieser Art: «Ein Mann, den es drängt zu reden und zu plaudern. Doch steckt dahinter weder Zwang noch Vermögen zu künstlerischem Gestalten. Er will sich die schwere wie die leichte Last des Lebens nur so von der Seele reimen. Das kann er ganz gut, aber nur für den Hausgebrauch... Die Reime gelingen dem Autor nur selten in reiner Manier. Er stolpert von Versmass zu Versmass, ohne ein bestimmtes zu beherrschen und ohne eines in Einklang mit dem Gehalt und dessen Bildern zu bringen...»
- ⁶³³ HAH 545, Schreiben eines Schriftstellers an Held vom 28.3.51 und auf dessen Manuskript bezogenes Gutachten vom 8.5.51, vom 4.6.51 und vom 5.6.51.
- ⁶³⁴ HAH 545; so z.B. ein Text, von dem der Gutachter am 30.6.50 bemerkt: «Irgendein künstlerischer oder auch andersgearteter, mit etwas Esprit zusammenhängender Standpunkt findet sich auch in den folgenden Gedichten nicht. Hier scheinen sich in der Gestaltung Verbitterung, Müdigkeit und sprachliche Impotenz den Rang ablaufen zu wollen: ‚Die Tante setzt uns unter Dampf, / der Onkel trainiert Klassenkampf. / Er strafft die Muskeln stählern-hart, / und dabei wächst der Klassenbart‘.» Ebenso ein Text, der am selben Tag begutachtet wurde: «Der ‚Wüstenlöwe‘ Rommel gast / durch die Marmarika und rast / die Küstenstrasse hin und her; / umsonst, der Nachschub ist zu schwer.» Oder, an anderer Stelle: «Das war der löbliche Verein, / dem Hitler haucht die Seele ein – / auch einer von den sieben Mann: / die NSDAP begann.» Wenig optimistisch stimmt es auch, wenn ein um Wissenschaftlichkeit bemühter Schriftsteller z.B. Adalbert Stifter als «Adolf von Stifter» aufführt. (Dazu Gutachten vom 11.12.52, geschrieben von Alfons Ott.)
- ⁶³⁵ HAH 251, Schreiben Helds an von Miller vom 10.12.52, betreffend die Druckkostenzuschüsse für drei eher wissenschaftliche Werke zur Münchner Stadt- und Kulturgeschichte.
- ⁶³⁶ HAH 545, Gutachten vom 1.8.52, unterzeichnet von Hans Engl; es ging bei dem begutachteten Text um ein Gedicht mit Komposition, das den anspruchsvollen Titel «Münchner Stadtmusik»

- für sich beanspruchte und auch im Dialekt erschreckend ungeschickt wirkt: «Auf geht's! S'Oktoberfest lässt grüssen, / kommt's Pfeicher und kommt's Leit. / Pfundig zieht d'Münchner Stadt auf d'Wiesen / zum ‚Fest der Bayern‘ heut. / Gar mancher hat, wo gar net mittoa mecht‘ / geküsst, gezecht und, s'g'schiacht eahm recht, geblecht, / bis ihm's gefiel so sehr / und er sang nur und ging nicht mehr. / Zwengs dene liaben Münchner Maderl / g'fällt mir mein liabes München guat /, die Zenerl, Lieseri, Reserl, Katherl, / die san halt so a zimpftiges Bluat. / Gibt's auch in andre Stadterl / schö' G'sichterl unter'm Huât, / a Herzeri wie mei Katherl, / so hullari und hullerei, / hat's amal halt net dabei: / so hullari und hullaridirei. / Münchner Herz, dir blei' ma treu!»
- ⁶³⁷ HAH 233 und HAH 731; die Anzahl der mit Glückwunschschreiben Bedachten ist beträchtlich. Es wurden hier selbstverständlich nicht nur Schriftsteller geehrt, sondern auch Maler, Bildhauer, Musiker oder Schauspieler.
- ⁶³⁸ Ebd.; manche erhielten neben Glückwünschen auch noch «Proben aus dem Ratskeller», also einige Flaschen Wein. Dazu z.B. HAH 731, Schreiben Oberbürgermeister Wimmers an Gottfried Kölwel vom 14.10.49.
- ⁶³⁹ HAH 234 und B.u.R. 2535/1-19.
- ⁶⁴⁰ Dazu s.o. das Kapitel «Literarische Gesellschaften, Vereine, Stiftungen».
- ⁶⁴¹ Dazu z.B. HAH 126, die Feier von Ernst Penzoldt am 21.5.52, bei der, die aufgeführten Ehefrauen mitgerechnet, 35 Gäste eingeladen waren oder HAH 130, Einladungsliste für den 70. Geburtstag von Reinhard Piper, auf der 28 Gäste aufgeführt sind.
- ⁶⁴² Dazu z.B. HAH 23, Einladungsliste zur Carossa-Feier am 8.12.48, die 414 Gäste aufführt oder HAH 180, Feier zum 75. Geburtstag von Otto von Taube am 22.6.49, zu der ca. 250 Gäste eingeladen waren.
- ⁶⁴³ Die Grenze zwischen der «jungen Generation» und den bereits etablierten Schriftstellern ist zweifellos fließend; das hier verwendete Unterscheidungskriterium ist die Art der literarischen Produktion eines Autors, seine Zugehörigkeit zu den Kreisen der «Gruppe 47» und der «Neuen Zeitung» oder aber sein Geburtsjahrgang.
- ⁶⁴⁴ HAH 126 und HAH 130, Feiern für Penzoldt und Piper.
- ⁶⁴⁵ HAH 23 und HAH 180, Feiern für Carossa und von Taube.
- ⁶⁴⁶ Holthusen war zu der Carossa-Feier (HAH 23), zu der Piper-Feier (HAH 130) und zu der Taube-Feier (HAH 180) eingeladen, Kästner zu den Feiern von Carossa und Penzoldt (HAH 126).
- ⁶⁴⁷ Ebd.; Hocke war nur bei der Carossa-Feier als Vertreter der NZ geladen, Groll und Werner auch bei der Otto von Taube-Feier. Groll gehörte aber noch eher zum Münchner «Establishment» als Hocke oder Werner; dazu HAH 410 und 411.
- ⁶⁴⁸ HAH 126, Einladungsliste zur Feier anlässlich des 60. Geburtstages von Ernst Penzoldt.
- ⁶⁴⁹ HAH 23 und HAH 180.
- ⁶⁵⁰ Ebd.
- ⁶⁵¹ Neben den Präsidenten der Hochschulen und den Rektoren von Universität und TU waren eingeladen etliche Mediziner, Natur- und Geisteswissenschaftler, darunter Romano Guardini, Arthur Kutscher, Karl Vossler, Aloys Wenzel, Wolfgang Clemen u.a.m.
- ⁶⁵² Ebd.; darunter befanden sich der Prior Magnus Beck O.S.B., Pater Hugo Lang O.S.B., Superior J. Dold S.J., Landesbischof Hans Meiser, Dekan Friedrich Langenfass, Kreisdekan Daumiller, Studentenpfarrer Greifenstein u.a.m.
- ⁶⁵³ Ebd.; so waren eingeladen u.a. Alfred Dahlmann (Süddeutsche Zeitung), Werner Friedmann (Süddeutsche Zeitung), Franz Schöningh (Süddeutsche Zeitung), Dr. Brust (Neue Zeitung), Gunter Groll und Bruno Werner (Neue Zeitung), Dr. Hohenemser (Münchner Merkur) und Vertreter der DENA, SÜDNA, des «Echo der Woche», des «Münchner Tagebuchs» u.a.m.
- ⁶⁵⁴ Ebd.; Bildhauer, Musiker, Maler und Vertreter der entsprechenden Vereine, Akademien etc. waren auch eingeladen.
- ⁶⁵⁵ HAH 410, 411 und s.o. das Kapitel Musikförderung.
- ⁶⁵⁶ Ebd. und HAH 23, HAH 180, HAH 126 und HAH 130. Bei den Feiern zu Ehren von Carossa, Otto von Taube und Penzoldt war kein Militärregierungsbeamter anwesend, bei Piper nur Mr. Con C. Travis, ICD, Publications Branch. In der Liste in HAH 410,411 finden sich hingegen

- mehrere Offiziere der Militärregierung.
- ⁶⁵⁷ HAH 250, Mitteilungsblatt des SdS 2/51 und Beilage zum Schreiben des Präsidenten der Stiftung, Märker, vom 4.5.51. Ausserdem dazu s.o. das Kapitel «Literarische Gesellschaften, Vereine, Stiftungen».
- ⁶⁵⁸ HAH 23 und 180; dazu auch s.o. und vor allem *Kosch*, Literaturlexikon, «München von A-Z» und Kürschners Literaturkalender, hg. von *Werner Schneider*, Berlin 1967; auswahlweise seien an dieser Stelle einige Biographien angeführt. Rudolf Bach (1901-1957) war Schriftsteller und Dramaturg. Waldemar Bonsels (geb. 1881), Sohn eines Arztes, humanistisch gebildet und vielgereist, schrieb naturmystische Erzählungen, Memoiren und Gedichte. Hans Brandenburg (geb. 1885), Sohn eines Kaufmanns, wohnte ebenfalls bereits seit dem Ersten Weltkrieg in München; er schrieb Erzählungen, Gedichte und Biographien. Peter Dörfler (geb. 1878) gehörte zu dem süddeutsch-katholischen Spektrum Münchens; er schrieb vorwiegend realistisch-bodenständige Erzählungen. Heinz Flügel hingegen (geb. 1907) gehörte zum evangelischen Kreis um die nach dem 2. Weltkrieg wiederherausgegebene Zeitschrift «Hochland». Hans Goltz (1907-1966), Buchhändler, übernahm bereits als Zwanzigjähriger von seinem Vater die Bücherstube am Dom und konnte diese in den zwanziger Jahren zu einem wichtigen Treffpunkt der Schriftsteller machen. Wilhelm Hausenstein (geb. 1882) war Kunst- und Kulturhistoriker, Erzähler, Essayist und Übersetzer; er wurde 1950 Deutscher Konsul in Paris, blieb seiner bayerischen Wahlheimat jedoch weiter verbunden. Josef Maria Lutz (geb. 1893), Erzähler, Dramatiker, Lyriker, Folklorist und Mundartdichter, wurde hauptsächlich durch sein Stück «Der Brandner Kaspar schaut ins Paradies» bekannt. Georg Schwarz (geb. 1902), Buchhändler, Lyriker, Erzähler, lebte in Solln bei München; Friedrich Seebass (geb. 1887) war Literaturhistoriker, Ina Seidel (geb. 1885) Lyrikerin und Erzählerin. W.E. Süsskind (geb. 1901) schrieb Romane, Novellen, Essays und war lange Jahre Leiter der politischen Redaktion der SZ. Regina Uhlmann (geb. 1884) stammte aus der Schweiz, lebte jedoch lange in München; sie war eine schwerblütige Lyrikerin und Erzählerin. Roland Ziersch (geb. 1904) schrieb vor allem Erzählungen.
- ⁶⁵⁹ Ebd.
- ⁶⁶⁰ *Lettau*, Gruppe 47, die Liste auf S. 527 ff. und S. 21 ff., die Berichte über die ersten Tagungen der «Gruppe 47».
- ⁶⁶¹ HAH 107; die Feier fand am 29.7.49 statt. Thomas Mann schrieb in einem Dankbrief vom 6.1.50: «Schwer zu sagen, woran es liegt, aber es war der gemütlichste meiner Aufenthalte in deutschen Städten.»
- ⁶⁶² Ebd.; Einladungsliste zu dem Abendessen zu Ehren von Thomas Mann.
- ⁶⁶³ HAH 731 (8), Brief Hans Schweikarts an Tilly Wedekind vom 23.7.1954, Brief der Tochter Wedekinds an Schweikart vom 28.7.54 und Zeitungsartikel, o.J. Die Unzulänglichkeit der geplanten Feier hatte dazu geführt, dass Wedekinds Witwe und zwei Töchter nicht an der Feier teilnehmen wollten.
- ⁶⁶⁴ Ebd., Brief der Tochter Wedekinds an Schweikart vom 28.7.54.
- ⁶⁶⁵ Ebd.; es war ein Abend mit Liedern, Reden und Rezitationen geplant, der verschoben wurde; die *Süddeutsche Zeitung* hatte den Geburtstag nicht einmal erwähnt.
- ⁶⁶⁶ Ebd., Brief Schweikarts an Tilly Wedekind vom 23.7.54; Schweikart betonte darin, er wolle lieber keine als eine schlechte Aufführung bringen und die Verschiebung sei darauf zurückzuführen.
- ⁶⁶⁷ HAH 197, Schreiben eines empörten Schriftstellers an Held vom 18.5.47. Man hatte diesen über 80jährigen Mann aus seiner Wohnung gesetzt: «Die Kulturstadt München bedarf meiner nicht. Sie wird nach wie vor die grosse ‚Kulturstadt‘ und die Stadt der verpassten Gelegenheiten bleiben, die sich selbst aus diesem Dauerzustand den schönsten Reklamerummel schaffen wird.»
- ⁶⁶⁸ *Whetten-Indra*, *Literarisches Leben*, S.37ff.
- ⁶⁶⁹ Beispielhaft für diese Situation sind die Schilderungen *Erich Kästners* in seinem Tagebuch «Notabene 45». Wie Kästner ging es vielen, die sich in München um die Kammerspiele oder um die «Neue Zeitung» sammelten.
- ⁶⁷⁰ HAH 228, Bericht Helds an Oberbürgermeister Scharnagl vom 15.12.47; ausserdem HAH 197,

der Fall eines Schriftstellers, Übersetzers und Münchner Dichterpreisträgers, der, trotz der Bemühungen Scharnagls und Helds, nicht zu einer Wohnung kam, da sich einige Beamte des Wohnungsamtes dagegenstellten.

- ⁶⁷¹ HAH 2, Lebenslauf Andres vom 21.12.47: «Stefan Andres, geb. 26.6.06 in Dhrönchen, Landkreis Trier. Wohnte in München 1935-März 1937. Emigrierte freiwillig nach Italien, da die Ehefrau Halbjüdin war, sie wichen dem starken antisemitischen Druck. Er war in Deutschland ohne Arbeitsmöglichkeit. Er hat 2 Kinder, eine Tochter ist gestorben in Italien. Er bewohnte 1935-37 eine Wohnung in der Feilitzschstrasse... Diese Wohnung ist von anderen Leuten jetzt besetzt, aber die Möbel der Wohnung, die Herrn Andres gehörten, sind noch vorhanden.»
- ⁶⁷² HAH 2, Schreiben des Piper-Verlages an Held vom 1.4.49.
- ⁶⁷³ Ebd.
- ⁶⁷⁴ HAH 2, Schreiben Hausensteins an Andres vom 21.2.49, an Held vom 21.2.49, an die Bayerische Akademie der Schönen Künste am 18.3.49.
- ⁶⁷⁵ HAH 2, Schreiben Andres an Hausenstein vom 11.1.49, Abschrift des Schreibens (Auszug).
- ⁶⁷⁶ HAH 2, Schreiben Hausensteins an Andres vom 21.2.49.
- ⁶⁷⁷ HAH 2, Schreiben Helds an Innenminister Ankermüller vom 4.4.49 und ein sehr formales Antwortschreiben des Landeszugsamtes vom 2.5.49, in dem der für Andres nötige Weg beschrieben wird. Demnach hing die Bewilligung des Zuzugs letztendlich an der Zuweisung von Wohnraum durch die Stadt München.
- ⁶⁷⁸ HAH 2, Beschluss des Kulturausschusses vom 11.5.49.
- ⁶⁷⁹ HAH 2, Schreiben des Referat 7 an Held vom 5.8.49.
- ⁶⁸⁰ HAH 197, Schreiben Helds an Max Gerstl vom 25.11.47; in dem vorliegenden Fall hatte es ein untergeordneter Beamter möglich gemacht, einen Beschluss des Hauptwohnungsamtes zu unterlaufen und seine eigene Meinung durchzusetzen. Dazu auch Schreiben des betroffenen Schriftstellers vom 18.5.47. Das besondere Interesse der Stadt an diesem Fall bestand dabei darin, dass der Betroffene eigentlich seine sehr wertvolle Bibliothek und seinen Flügel der Stadt vermacht hatte, die dieses Testament natürlich ungerne geändert sehen wollte.
- ⁶⁸¹ HAH 228, Bericht Helds an Scharnagl vom 15.12.47.
- ⁶⁸² HAH 230, Zuzugsgenehmigungen und Kontingentscheine vom 1.1.48 bis zum 31.12.49.
- ⁶⁸³ HAH 231; so z.B. die Verlage Bachem (Köln), Bondi (Bonn), Hans Carl (Nürnberg), der Berstadt-Verlag, die Droemer'sche Verlagsanstalt Th. Knaur Nachf. (Leipzig), der Verlag Hesse und Becker (Leipzig), Verlag und Antiquariat Hiersemann (Leipzig), der Deutsche Kunstverlag (Berlin), Gallus (Zürich), C. Langguth (Berlin, dann Ulm), der Lichtbildverlag «Orbis» Christoph Leonhardt (Dresden), Max Niemeyer (Halle/Saale), der Verlag Weinberger (ehemals Wien, dann London) etc., ausserdem waren Dependancen von Ullstein (inzwischen London) und dem Karl Rauch-Verlag (Jena) im Gespräch.
- ⁶⁸⁴ HAH 231, Schreiben des Geschäftsführers des Hiersemann-Verlages an Held vom 2.6.50.
- ⁶⁸⁵ HAH 231, Schreiben des Verlages Hans Carl an Held vom 17.9.1948.
- ⁶⁸⁶ B.u.R. 2158, Vormerkung Dr. Keims für Scharnagl und Held vom 5.11.46 bezüglich der Wünsche von Reclam; HAH 231, Schreiben der Bezirksplanungsbehörde von Oberbayern an den Stadtrat der Landeshauptstadt München, Referat 10 (Abt. Wirtschaft und Verkehr) vom 27.11.48 bezüglich der Ansiedlung von Droemer-Knauer; ebd., Schreiben des Verlegers Carl Langguth an Held vom 16.8.48.
- ⁶⁸⁷ HAH 231, Schreiben des Geschäftsführers des Verlages Hiersemann an Held vom 2.6.50 und Schreiben des Dr. Erwin Harsch als Beauftragtem des Max Niemeyer-Verlages an Held vom 20.2.47: «Wie Sie vielleicht der in der sowjetischen Zone erscheinenden Presse entnommen haben, hat mein Schwiegervater wider alles Erwarten nun doch ganz kürzlich die russische Lizenz bekommen. Gleichzeitig sind ihm für den Anfang 5 Tonnen Papier zugewiesen... Trotzdem wird abzuwarten bleiben, ob der Verlag in der russischen Zone lebensfähig wird. Ich persönlich hege starke Zweifel. Die Verhältnisse in der sowjetischen Zone sind undurchsichtig; der Russe ist überdies unberechenbar. Es ist möglich, dass er sich jetzt nur mit Rücksicht auf die Moskauer Verhandlungen ‚westlich‘ geriert, um später seiner ostischen Ideologie wieder alle Zügel schiessen zu lassen.» Man beachte die Ausdrucksweise – im Jahr 1947!

- ⁶⁸⁸ HAH 231, z.B. der Verlag Karl Rauch, Jena, Gallus in Zürich oder Ullstein in London.
- ⁶⁸⁹ Unter dem Schlagwort der «Arisierung» zog man jüdisches Eigentum während der NS-Zeit entweder für den Staat oder für «arische» Interessenten ein, die sich auf diese Weise in den Besitz grosser Werte bringen konnten.
- ⁶⁹⁰ HAH 231, Schreiben Helds von 1947 an die Interalliierte Militär-Kommission, in dem die Situation referiert und von Held mit einer warmen Befürwortung versehen wurde, dem Verlag den Zuzug nach München zu ermöglichen.
- ⁶⁹¹ HAH 231, Bestätigung Helds vom 14.2.47.
- ⁶⁹² HAH 231, Rechenschaftsbericht Helds von 1948, Beilage zu seinem Schreiben an die Mitglieder des Kulturausschusses vom 1.12.48. Hier ist ein Grossteil seiner Bemühungen zusammengefasst.
- ⁶⁹³ HAH 231, Meine Tätigkeit zur Heranziehung von Verlagen nach München, Bericht Helds vom November 1948; es sind dabei 14 Verlage genannt, für die sich Held einsetzte. Seine hier aufgeführten Bemühungen bezeichnet Held als «eine keineswegs lückenlose Aufstellung» seiner Aktivitäten.
- ⁶⁹⁴ Ebd.; von den hier aufgeführten 31 Befürwortungen, Stellungnahmen und Gutachten bezogen sich 24 auf Wohnung oder Zuzug. Hinzu kamen Schreiben an das Gewerbeamt «mit wärmster Befürwortung des Antrags auf Genehmigung zur Errichtung eines Zweiggeschäftes» z.B. für Hiersemann, Anträge auf Treibstoffzuteilung bzw. Wagenbereitstellung für den Verlag Müller und Kiepenheuer und Befürwortungen von Baustoffzuteilung an den Zwei-Türme-Verlag. Darüber hinaus kamen laut Held dazu «Berge von Briefen, die ich mit den Verlagen selbst gewechselt und mit denen ich versucht habe, ihnen wertvolle Ratschläge hinsichtlich der zu unternehmenden Schritte zu erteilen; zahllose persönliche Beratungen und Besprechungen mit den Verlegern, denen ich mich zu jeder Tages- und oft genug Nachtstunde in meinem Büro und in meiner Privatwohnung zur Verfügung stellte. Hunderte von fernmündlichen Vorstellungen, Befürwortungen und Reklamationen bei den einschlägigen Dienststellen, vor allem beim Referat 7, bei den einzelnen Wohnungsämtern, beim Zuzugsamt, bei der Abteilung Zweckentfremdung, bei Regierungskommissar Dr. Gernbeck, beim Stadtbauamt, beim Wiederaufbaureferat. «
- ⁶⁹⁵ Ebd.; Held wiederholte im Folgenden seine Stellungnahme aus dem Bericht an Oberbürgermeister Scharnagl vom 15.12.47, einige der Angestellten und Beamten seien wohl ihren Aufgaben nicht gewachsen und wies auf Fälle hin, in denen die Verhandlungen mit den Verlagen durch das Verhalten untergeordneter Beamter empfindlich gestört wurden, die sich arrogant und anmassend gezeigt hatten.
- ⁶⁹⁶ HAH 231, Schreiben Helds an Herrn Irlbeck vom 25.11.47; Held hatte sich also zwischen zwei Stühle gesetzt: Das Wohnungsamt warf ihm vor, er reite nur sein Steckenpferd, der Stadtrat hingegen beklagte, er tue zu wenig für die Verlage. Darüber hinaus beklagten sich bei ihm auch die zurückgesetzten Verlage. Eine beneidenswerte Position hatte er dabei sicher nicht inne.
- ⁶⁹⁷ HAH 231, z.B. Schreiben des Geschäftsführers des Hiersemann-Verlages vom 2.6.50, der von den Wohnungsbeamten in unmöglichem Ton angeredet worden war. Ausserdem Helds Bericht «Meine Tätigkeit zur Heranziehung von Verlagen» vom November 1948, in dem auch von den Verhandlungen mit dem Deutschen Kunstverlag Unerquickliches berichtet wird.
- ⁶⁹⁸ HAH 231, Schreiben des Verlages Hans Carl an Held vom 17.9.48.
- ⁶⁹⁹ HAH 231; in einigen der Berichte sind auch die Jahresumsatzzahlen der betreffenden Verlage erwähnt, die mit 500'000,- DM, 1'000'000,- DM, in einem Fall sogar mit 3'000'000,- DM angegeben sind.
- ⁷⁰⁰ HAH 231, Schreiben der Bezirksplanungsbehörde an das Referat 10 vom 27.11.48.
- ⁷⁰¹ HAH 231, «Meine Tätigkeit zur Heranziehung von Verlagen», Bericht Helds vom November 1948.
- ⁷⁰² HAH 228, Bericht Helds an Scharnagl vom 15.12.47; ausserdem HAH 231, Schreiben der Bezirksplanungsbehörde an das Referat 10 vom 27.11.48; B.u.R. 2158, Vormerkung Dr. Keims für Scharnagl und Held vom 5.11.46.
- ⁷⁰³ B.u.R. 2158, Vormerkung Dr. Keims für Scharnagl und Held vom 5.1.46.
- ⁷⁰⁴ HAH 231, Schreiben Helds an Regierungskommissar Dr. Gernbeck vom 1.10.1947. Held er-

wähnte hier des Weiteren, dass sich Wirtschaftsminister Zorn in besonderem Masse für die Ansiedlung grosser ausserbayerischer Firmen einsetze, zu denen vor allem Verlagsunternehmen, Druckereien, graphische Anstalten und Papiermühlen zählten.

⁷⁰⁵ HAH 231, Schreiben des Geschäftsführers des Hiersemann-Verlages an Held vom 2.6.50; dieser betonte, im Gegensatz zu den Schwierigkeiten in München habe er in Stuttgart auf die Vermittlung des Kulturreferenten hin «sofort 2 sehr grosse Zimmer mieten können».

⁷⁰⁶ HAH 231, Fall des Alexander-Koch-Verlages, der nach allen Schwierigkeiten nicht mehr nach München kommen wollte. Schreiben Helds an Stadtrat Fischer vom 20.2.48.

⁷⁰⁷ B.u.R. 2158, Vormerkung Dr. Keims für Scharnagl und Held vom 5.11.46, in der dieser über ein Gespräch mit Reclam berichtet.

⁷⁰⁸ B.u.R. 2158, Schreiben des Stuttgarter Wohnungsamtes an Stadtrat Max Gerstl, den Leiter des (Wohnungs)Referates 7 vom 2.12.46: «Es geht also z.Zt. eigentlich nur darum, innerhalb der engen gegebenen Grenzen das bestmögliche an Ausnutzung bei der Raumbewirtschaftung herauszuholen. Dass hier ein Spezialist mehr Erfolg haben wird, ist klar. Das ist der Grund, weshalb wir bei dem schwierigen Problem der Raumbeschaffung für Behörden und der Plazierung von Verlagen u.a. Spezialkräfte einsetzen.»

⁷⁰⁹ B.u.R. 2174, Schreiben Heinrich Reclams an Held vom 15.9.52, in dem Reclam Held bestätigt, er habe alles nur denkbare für die Firma getan, ein amerikanischer Kulturoffizier habe jedoch nicht zugestanden, dass der Verlag unter dem alten Namen «Reclam» wieder gegründet werde. In Stuttgart sei dies möglich gewesen.

Anmerkungen zum Kapitel: Die Stadt München und ihre bildenden Künstler

¹ Leitsätze zur kommunalen Kulturarbeit (Stuttgarter Richtlinien) vom 18./19.1.1952, Abschnitt VI. Der hier ebenfalls angeschnittene Bereich der Denkmalpflege und des Städtebaus soll im Rahmen dieser Arbeit nicht ausführlicher dargestellt werden. Das liegt vor allem darin begründet, dass diese Bereiche innerhalb der Stadtverwaltung nicht vom Kulturreferat betreut wurden, sondern dem Referat 12, dem Wiederaufbaureferat, unterstanden. Dazu B.u.R. 1745-1749, Geschäftsverteilungspläne der Stadt München. Überdies dazu *Nina A. Krieg*, Zum Wiederaufbau der Kulturdenkmäler am Beispiel Münchens nach dem 2. Weltkrieg, Magister-Arbeit masch., München 1984 sowie *Winfried Nerdinger*, Aufbauzeit. Planen und Bauen 1945-1950, München 1984. Auf nähere Analysen dieses Themas wird daher an dieser Stelle verzichtet.

² Zu der Diskussion um die «Kunststadt München» vor allem *Nerdinger*, Die «Kunststadt» München S.93ff. und s.o. das Kapitel Musikförderung.

³ HAH 226, Schreiben der Ausstellungsleitung München e. V., Haus der Kunst, unterzeichnet vom 1. Vorsitzenden Edgar Ende, dem Schriftführer Karl Th. Protzen und dem Schatzmeister Dr. Wolf Röhrich vom 7.10.1949, gerichtet an Stadtrat Dr. Anton Besold, weitergegeben an Stadtrat Hieber als Mitglied des Kulturausschusses von der Fraktion der Bayernpartei am 31.10.49. Die Ausstellungsleitung schlug darin überdies vor, auch eine Summe zum Ankauf von Kunstwerken auszuwerfen.

⁴ Dazu z.B. AZ vom 25.10.49, «Kunst ohne Mäzene», ohne Autorenangabe, in dem Staat und Stadt scharf angegriffen werden.

⁵ Dazu z.B. HAH 220, Schreiben eines Bildhauers an Held vom 2.11.1950, der auf diesen Missstand hinweist und betont, dass trotz der Verfügung, bei allen Neubauten, die Baukostenzuschuss oder Kredit vom Staat erhalten, 1-2 Prozent für künstlerischen Schmuck zu verwenden, an den Fassaden der Neubauten meist keine künstlerische Gestaltung vorgenommen werde. In einem Schreiben an Stadtbaurat Dr. Högg vom 4.12.50 weist Held darauf hin, dass er in dieser Sache öfter angesprochen werde.

- ⁶ Franz Roh, geboren am 21.2.1890 in Apolda, studierte Kunstgeschichte und trat bereits in den zwanziger Jahren mit wichtigen Veröffentlichungen an die Öffentlichkeit, darunter Werke über die Holländische Malerei (1921) und den Nachexpressionismus (1925). Nach dem Krieg wurde er unter anderem Lehrbeauftragter für Geschichte der neueren Malerei an der Universität München und Präsident der deutschen Sektion der «Association Internationale des Critiques d'Art». Neben seinen Rundfunkkritiken blieb er auch weiterhin publizistisch tätig. Dazu *Der Grosse Brockhaus*, Wiesbaden 1954, Bd. 16.
- ⁷ *Franz Roh*, Kommentare zur Kunst, München 1948.
- ⁸ HAH 389, Niederschrift einer Besprechung beim Rundfunk vom 7.2.50, S. 4, Aussage Schneider-Scheldes.
- ⁹ In München sind dabei vor allem zu nennen die «(Neue) Münchner Künstlergenossenschaft», die «Münchner Secession» und die «Neue Gruppe». Der «Berufsverband Bildender Künstler» und der «Schutzverband Bildender Künstler», der eine Unterabteilung der Gewerkschaft der geistig und kulturell Schaffenden bildete, konnten jedoch weitere, vor allem arbeitsrechtliche Probleme, Fragen der Lizenzierung etc. an sich ziehen. Dazu vor allem HAH 638-646 und B.u.R. 2091. Ausserdem dazu s.u.
- ¹⁰ Zu diesen Fragen s.o., die Kapitel Musikförderung und Theaterpflege.
- ¹¹ Neben dem Berufsverband bzw. dem Schutzverband, die als berufsständische Vertretungen gelten können, hatten sich die Künstlervereinigungen ursprünglich nicht aus arbeitsrechtlichen, sondern aus inhaltlich-künstlerischen Gründen gebildet. Dazu auch *Jutta Held*, Kunst und Kunstpolitik, S. 220.
- ¹² Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1945-1956, Einzelplan 3, Unterabschnitt 320 (341); für 1945 finden sich in der Rechnung 4'150,- RM, 1946 10'000,-RM, 1947 6'000,- RM, 1948 4'500,- RM. Erst ab 1949 erhöhten sich die Zuschüsse auf Summen zwischen 20'000,- und 40'000,- DM.
- ¹³ Ebd.; ausserdem dazu HAH 428, die Kulturausschussbeschlüsse aus den Jahren 1949 bis 1953 die die Grosse Kunstausstellung betreffen. In den Jahren 1949 bis 1952 wurden je 12'000,- DM für die Organisation der Ausstellung und je 9'000,- DM für Ankäufe ausgegeben, 1953 12'000,- für die Organisation und 12'000,- DM für Ankäufe. Die Summen für Ankäufe verteilten sich jeweils gleichmässig auf die drei ausstellenden Künstlergruppen. Dazu besonders die Kulturausschusssitzungen vom 20.7.49, vom 22.6.51 und vom 21.5.53.
- ¹⁴ Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1945-1956, Haushaltsstelle «Bayerischer Kunstgewerbe-Verein München e.V.» Im Jahre 1950 wurde der Zuschuss bereits auf 16'000,- DM erhöht, 1951 bis 1953 betrug er 20'000,- DM, 1954 dann 35'000,-.
- ¹⁵ Ebd.; diese Stiftung, die 1891 zur Förderung der bildenden Kunst errichtet worden war, erhielt von 1945 bis 1954 durchgehend einen Zuschuss von 7'500,- RM/DM.
- ¹⁶ Ebd.; diese Stiftung, errichtet am 6.5.1909 bzw. 30.4.1909 zum 100jährigen Gründungsjubiläum der Akademie der bildenden Künste, erhielt von 1947 bis 1952 je 1'600,- RM/DM jährlich, ab 1953 dann 3'000,- DM.
- ¹⁷ Ebd.; 1951-1956. Im Jahr 1951 erhielt der Verein 1'500,- DM, 1952 6'500,- DM, 1953 2'000,- DM und 1954 1'500,- DM. Ausserdem dazu HAH 639 und s.u.
- ¹⁸ Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1951-1956; diese Gesellschaft erhielt einen jährlichen Zuschuss von 2'000,- DM.
- ¹⁹ Ebd., 1949-1951; 1949 erhielt der Schutzverband 1'500,- Zuschuss, in den folgenden Jahren setzte man zwar noch Summen an, sie wurden jedoch nicht ausbezahlt. Ausserdem dazu HAH 699 und s.u.
- ²⁰ Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1952-1954; der Arbeitsring erhielt 1952 5'000,- DM.
- ²¹ Ebd., 1950-1956; die Beiträge der Stadt zu diesem Verein liefen unter der Haushaltsstelle «Mitgliedsbeiträge» und betragen je 500,- DM.
- ²² Ebd., 1945-1956. Ausserdem dazu HAH 420 und 421.
- ²³ Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1945-1956; 1947 standen 16'078,- RM für Vereine, Stiftungen und freie Förderung 131'227,- RM für die städtischen Sammlungen gegenüber, 1950 64'304,- DM schon 215'658,- DM, 1952 waren es 84'880,- DM zu 374'639,- DM,

1954 123'415.- DM gegenüber 298'797.- DM. (Berechnungen der Verf.)

- ²⁴ Nach dem Stadtratsbeschluss, das Lenbachhaus zu dessen 100. Geburtstag wiederaufzubauen, setzte man z.B. 1953 dafür über 400'000.- DM an. Dazu ebd., ausserdem s.u.
- ²⁵ S.o., die Kapitel Musik und Theater.
- ²⁶ *Baedecker*, Kulturpflege, S. 166 ff. Die Geschichte der Städtischen Galerie bis 1932 wird dort ausführlich dargelegt und soll deshalb hier nur kurz zusammengefasst werden.
- ²⁷ Ebd., S. 169.
- ²⁸ Ebd., S. 181 ff.; so wurde die Kulturverwaltung neu organisiert und durch Zentralisierung beim Direktorium B (zweiter Bürgermeister) handlungsfähiger gemacht. Der neue Direktor der Städtischen Sammlungen erhielt weitgehende Vollmachten und wurde als eine Art Beratungsstelle in künstlerischen Fragen etabliert. In Zusammenarbeit mit dem städtischen Kunstbeirat, der auch bei der Besetzung der Direktorenstelle massgeblich mitwirkte, sollte so Münchens Ansehen als Stadt der Künste wieder gehoben werden.
- ²⁹ Ebd., S. 191 ff.; ausserdem dazu *Rosel Golleck*, Städtische Galerie im Lenbachhaus, in: *Erich Steingraber*, Grosse Gemäldegalerien, München 1980, S.423.
- ³⁰ *Golleck*, Städtische Galerie, S.423.
- ³¹ *Nerdinger*, ‚Kunststadt‘ München, S. 101; Nerdinger hält im Gegensatz zu *Baedecker*, Kulturpflege, S. 194ff. das Bekenntnis der Stadt zur Pflege der lebenden Kunst nur für eine «verschämte» Forderung, der keine Taten gefolgt seien. *Baedecker* weist zwar auch auf die historisierende Sammlertätigkeit der Stadt hin, betont jedoch die – später ja auch realisierte – Auffassung der Stadt, auf Dauer würde ohnehin die Pflege der modernen Kunst in den Vordergrund treten.
- ³² *Josef Wulf*, Die bildenden Künste im Dritten Reich, Gütersloh 1963, S. 361 ff. Zur Geschichte der bildenden Kunst während der NS-Zeit ausserdem *Reinhard Müller-Mehlis*, Die Kunst im Dritten Reich, München 1976 sowie der Ausstellungskatalog «zwischen Widerstand und Anpassung. Kunst in Deutschland 1933-1945», Berlin 1978 und der Ausstellungskatalog «Westkunst. Zeitgenössische Kunst seit 1939», 1981.
- ³³ Stadtarchiv München, Stadtchronik.
- ³⁴ B.u.R. 2175, Liste der 11 Ausweichlager. Neben dem Forsthaus Kasten und zwei privaten Lagerräumen dienten 8 Schlösser zur Unterbringung der Gemälde, darunter Ringberg am Tegernsee, Gerzen bei Englkofen/Niederbayern, Schloss Thambach bei Haag in Oberbayern und Winhöring bei Neuötting. Ein Teil der Bestände lagerte nach Kriegsende dann im «Art Collecting Point» in der Arcisstrasse.
- ³⁵ Dazu *Dresslers* Kunsthandbuch, Berlin 1930: Arthur Rümman, geboren am 29.3.1888, hatte sich in den zwanziger Jahren durch Veröffentlichungen zu Daumier, Dore, Holbein und Rembrandt, sowie durch seine Herausgabe illustrierter deutscher Bücher des 18. und 19. Jahrhunderts einen Namen gemacht.
- ³⁶ B.u.R. 2177, Bericht Dr. Arthur Rümmanns an Bürgermeister Lacherbauer vom 13.12.45.
- ³⁷ München-Chronik, S. 132.
- ³⁸ B.u.R. 2176, Vormerkung vom 6.11.46; unter den Spendern befanden sich u.a. Kronprinz Rupprecht, C.Th. Graf von Törring, der Schriftsteller Wilhelm Hausenstein, der Verleger Reinhardt Piper u.a.m.
- ³⁹ Dazu B.u.R. 2175 und 2176, ausserdem HAH 418, Unterakt Instandsetzung der Lenbachgalerie. So erhielt die Galerie, nach einem langen Kampf um die amerikanische «first priority»-Bestätigung, zwar Bauarbeiter zugewiesen, diese erschienen jedoch einfach nicht; Baumaterialien wurden zwar zugeteilt, aber nicht zugewiesen; waren die Materialien da, fehlten wieder die Arbeiter. Als ein Beispiel sei hier verwiesen auf das Schreiben des Direktorium A, Assessor Przemek, an Staatssekretär Sattler vom 7.3.47.
- ⁴⁰ München-Chronik, S. 272 und B.u.R. 2175, Schreiben Rümmanns an die Regierung von Oberbayern vom 20.2.48.
- ⁴¹ B.u.R. 2176, Antrag Nr. 657 der Stadtratsfraktion der Bayernpartei an den Stadtrat der Landeshauptstadt München vom 17.10.1950.
- ⁴² Ebd.; der unterzeichnende Stadtrat Schott monierte des Weiteren: «Die Stadt München, die sich bei jeder Gelegenheit als Kunststadt vorstellt, schändet mit dem jetzigen Zustand des Lenbach‘

- schen Ateliergebäudes gerade den Namen, auf den sie sich am meisten zugute tut.»
- ⁴³ B.u.R. 2176, Stadtbaurat Högg an die Direktion der Städtischen Kunstsammlungen am 2.11.1951 und Kostenermittlung des Stadtbauamts vom 8.11.51.
- ⁴⁴ B.u.R. 2177, Stadtbauamt (Volbehr) an Bürgermeister von Miller am 28.10.52; unter den Arbeiten waren vor allem Dachstühle, Decken und Heizung wichtig.
- ⁴⁵ Ebd.
- ⁴⁶ B.u.R. 2177, Bericht Rümans an Bürgermeister Lacherbauer vom 31.12.45. Ausserdem dazu s.u.
- ⁴⁷ *Gollek*, Städtische Galerie, S.423.
- ⁴⁸ *Baedecker*, Kulturpflege, S.66ff. Baedecker schildert die Phasen des Stadtmuseums bis 1930 so ausführlich, dass sie an dieser Stelle nur kurz referiert werden sollen.
- ⁴⁹ Ebd., S. 68. Die Landwehr hatte ihre Waffen bereits in dem Gebäude öffentlich gezeigt und ihm so bereits Museumscharakter verliehen.
- ⁵⁰ Ebd., S. 74ff. Der Münchner Kunsthändler Josef Maillinger bot der Stadt 1876 seine graphische Sammlung von über 30'000 Kupferstichen, Lithos, Zeichnungen und Aquarellen zur Münchner Stadtgeschichte für 100'000 fl. an. Die Stadt lehnte den Ankauf jedoch aus finanziellen Gründen ab. Mit Hilfe einer Lotterie konnte der Ankauf jedoch vorgenommen werden. Im Jahr 1880 machte man die Sammlung der Öffentlichkeit zugänglich.
- ⁵¹ Ebd., S. 91.
- ⁵² Ebd., S.99ff.
- ⁵³ Ebd., S. 103: Rede des Zweiten Bürgermeisters Kufner am 29.4.1931.
- ⁵⁴ Bis in die 20er Jahre hinein hatte das monarchische München das bürgerliche München dominiert, da München nicht wie z.B. die freien Reichsstädte bürgerliche Tradition und bürgerliches Selbstverständnis hatte entwickeln können.
- ⁵⁵ B.u.R. 2175, Entwurf eines Schreibens von Arthur Rümans an die Regierung von Oberbayern vom 20.2.48. Für die Auslagerung der Bestände s.o.
- ⁵⁶ B.u.R. 2177, Berichte des Stadtbauamtes (Volbehr) an Bürgermeister von Miller vom 28.10.1952; ausserdem dazu HAH 420, Bericht über den «Ausbau des Stadtmuseums» von Konrad Schiessl an Held vom 14.2.1952.
- ⁵⁷ B.u.R. 2177, Bericht des Stadtbauamts an Bürgermeister von Miller vom 28.10.1952.
- ⁵⁸ B.u.R. 2177, Schreiben Arthur Rümans an das Personalreferat vom 1.8.1953. Ausserdem dazu HAH 243, Schreiben Schiessls an Held vom 22.9.45 und von Held an Schiessl vom 10.10.45. Held plädierte darin dafür, Schiessl in seiner Stellung zu belassen, obwohl er auch während der NS-Zeit des Stadtmuseum geleitet hatte.
- ⁵⁹ B.u.R. 2177, Schreiben Rümans an das Personalreferat vom 1.8.1953.
- ⁶⁰ *Hollweck*, Unser München, S.288L
- ⁶¹ HAH 426, 427, 428 und 639; ausserdem s.u.
- ⁶² S.o. Ausserdem dazu Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1945-1956, Unterabschnitt 321 (341), Haushaltsstelle «Ankauf von Kunstwerken»; für alle drei Städtischen Sammlungen (Städtische Galerie, Stadtmuseum, Puppentheatersammlung) wurden demnach für Ankauf und Instandsetzung 1946 40'800,- RM, 1947 58'322,- RM, 1948 nur 14'623,- RM/DM, 1949 39'767,- DM und ab 1950 zwischen 20'000,- und 30'000,- DM ausgegeben; erst 1954 stieg die hier verausgabte Summe wieder auf 35'000,- DM an. Etwa die Hälfte dieser Gelder wurde für die Städtische Galerie aufgewendet. Ein Vergleich mit der Haushaltsstelle «Behebung von Kriegsschäden» macht deutlich, dass die Sparsamkeit bei Ankäufen durchaus proportional zu den Ausgaben für Wiederaufbau war.
- ⁶³ B.u.R. 2175, Schreiben des Münchner Kulturbeauftragten an das Bayerische Kultusministerium vom 2.2.47; H.L. Held nennt hier für 1945 drei Ausstellungen: Eine Ausstellung Altmünchner Kunst im Oktober, eine Ausstellung «Lebende moderne Maler» im November und eine Leistungsschau des Bayerischen Kunstgewerbevereins im Dezember 1945. *Jutta Held*, Kunstpolitik, S. 347 hingegen weiss nur von zwei Ausstellungen der Galerie Baudenbach.
- ⁶⁴ Bei *Jutta Held*, Kunstpolitik, S. 347 sind 16 Ausstellungen verzeichnet, Hans Ludwig Held nennt in seiner Auszählung für das Kultusministerium jedoch 19. Bei beiden finden sich jedenfalls die Ausstellungen von Xaver Fuhr, von Ernst Wilhelm Nay, von Max Beckmann, von Lothar-Gün-

ther Buchheim, der Traunsteiner Künstlergruppe «Die roten Reiter» und der Maler und Bildhauer des Kulturkreises Chiemgau. Nicht erwähnt sind bei *Jutta Held*, Kunstpolitik, die Ausstellungen lettischer Künstler, der Münchner Secession, die Grosse Sommerausstellung lebender Künstler, die Gedächtnisausstellung von Franz Marc, zwei Ausstellungen Altmünchner Kunst, eine Ausstellung zeitgenössischer Maler und Graphiker, eine Kollektivausstellung Martha Sappel und Helmuth Bachrach-Barée und eine Ausstellung «Die Ausgestossenen» mit Werken von R. Grüne (Flensburg) und A. Heinzinger (München); hinzu kommen noch die Exportschau und eine Präsentation der Arbeiten der Meisterschule für Mode, die nicht zu den Kunstausstellungen zu rechnen sind.

⁶⁵ *Jutta Held*, Kunstpolitik, S.348; ausserdem dazu München-Chronik S. 272: Die Eröffnung fand am 19.6.1947 statt.

⁶⁶ *Jutta Held*, Kunstpolitik, S. 348.

⁶⁷ Ebd.; da im Gegensatz zu den Jahren 1945/1946 keine detaillierte Ausstellungsliste von städtischer Seite vorliegt, sind diese Angaben schwer zu überprüfen. Weder in dem Akt HAH 426, «Verschiedene Ausstellungen» noch in dem Akt HAH 427, «Ausstellungen Städtische Galerie» finden sich darüber genauere Angaben.

⁶⁸ B.u.R. 2177, Bericht Arthur Rümans an Bürgermeister Lacherbauer vom 13.12.1945.

⁶⁹ Ausstellungskatalog der Neuen Gruppe zur Ausstellung in der Städtischen Galerie vom 19.6.-27.7.1947.

⁷⁰ HAH 642, Schreibmaschinenskriptum, ohne Autorenangabe, zur «Ausstellung in der Städtischen Galerie 19. Juni-27. Juli 1947». Ausserdem dazu HAH 443, die Diskussion um die Übernahme der Ausstellung «Extreme Malerei» aus Augsburg. Von den dort Ausgestellten waren auch einige in München vertreten.

⁷¹ Ausstellungskatalog der Münchner Künstlergenossenschaft zur Ausstellung in der Städtischen Galerie vom August 1947 (HAH 427). Ausserdem dazu HAH 426, Artikel *Hans Ecksteins* in der SZ vom 30.8.47 über die Ausstellung: «Man durchwandert also die Ausstellung in der Städtischen Galerie an der Luisenstrasse auf ständiger Suche nach dem jungen, auf altem Holz knospenden Leben. Man findet aber vor allem Ehrgeiz, um jeden Preis sich auf einen möglichst jugendlichen Teint zu schminken: man malt nicht, was man kann, sondern wie man gerne können möchte und geräte mit einem von Natur und Akademie zugeteilten Graben in Konflikt. So aber machen es Dutzende: sie stellen ihr akademisches Licht unter den Scheffel und produzieren triste Bilder, deren Malart und Gegenstand man schon anderswo besser gesehen hat und für die sich als Käufer nur die Städtische Galerie zu interessieren scheint.» Dieser Artikel ist überdies ein gutes Beispiel für die Sicht der Presse zu Ausstellungen solcher Art. Rümans Klage in einem Brief an Held vom 23.10.47 (HAH 418) scheint daher nicht unberechtigt: «Das Münchner Echo kennen wir ja in seiner Negativität, denn bisher hat meine Arbeit auch nicht mit der leisesten Bemerkung von irgendwoher Anerkennung gefunden.»

⁷² Ausstellungskatalog der Münchner Secession zur Ausstellung in der Städtischen Galerie, zitiert in: Die Münchner Secession und ihre Galerie. Ausstellungskatalog des Münchner Stadtmuseums 1975.

⁷³ Solche Bitten finden sich vor allem in HAH 426 und 427.

⁷⁴ *Jutta Held*, Kunstpolitik, S. 129. Geiger war in Schönbrunn bei Landshut 1878 geboren worden und starb 1971 in München. Von seiner Malerei her war er keineswegs in die Gruppe problemloser Kunst einzuordnen, mit der München sonst häufig konfrontiert war. Dazu auch MM Nr. 38, 30.3.1949, Artikel von *Wolfgang Petzet* über die Ausstellung der fünf Siebzigjährigen in der Städtischen Galerie.

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ HAH 427, Schreiben Helds an Rümans vom 3.3.1953.

⁷⁷ HAH 427, Antwortschreiben Rümans vom 10.3.1953 und Schreiben Helds an Geiger vom 12.3.1953.

⁷⁸ HAH 427, Schreiben Scharnagls an von Miller vom 19.3.1952.

⁷⁹ HAH 427, Schreiben von Millers an Scharnagl vom 28.5.52.

⁸⁰ HAH 427, Schreiben Scharnagls an von Miller vom 4.6.52.

⁸¹ HAH 427, Schreiben an Oberbürgermeister Wimmer vom 10.9.52; ausserdem dazu Schreiben

- an die Ausstellungsleitung München e.V. im Haus der Kunst vom 9.9.1952, in dem derselbe Mann Rümänn angriff und von ihm forderte, sich «der alten Münchner Künstler, die früher Münchens Ruf mit erhalten halfen» anzunehmen.
- ⁸² HAH 427, Vormerkung Rümänn für Held vom 27.11.1952.
- ⁸³ HAH 427, Vormerkung Helds für Wimmer vom 12.1.53; dieser Standpunkt Helds fand auch Wimmers Zustimmung, der Held dies am 15.1.53 mitteilte.
- ⁸⁴ HAH 427, Schreiben Helds vom 22.1.1953. Held fügte hinzu, er sei «selbstverständlich mit Herrn Dr. Rümänn der Meinung, dass auch die konservative Kunst in ihren besten Vertretern immer wieder Ausstellungsmöglichkeiten bei uns finden wird».
- ⁸⁵ Dies zeigt sich in vielen Schreiben an Maler und Bildhauer, aber auch an Empfehlungsschreiben oder eigenen Ankäufen Helds.
- ⁸⁶ Dazu z.B. HAH 429, Schreiben Helds an die Galeristin Karin Hielscher vom 21.3.51, in dem er Frau Hielscher fragte: «Wird Ihnen nicht manchenmal Angst vor der Sturmflut des Abstrakten?»
- ⁸⁷ Dazu HAH 443; die Ausstellung zeigte im Februar 1947 im Schaetzler-Palais Werke von Max Ackermann, Willi Baumeister, Gerhard Fietz, Rupprecht Geiger, Ernst Geitlinger, Werner Gilles, Karl Kunz, Richard Ott, Georg Rohde, Josef Scharl, Jakob Spaeth, Günther Strupp, Conrad Westphal und Fritz Winter, also von einem Grossteil der Avantgarde.
- ⁸⁸ HAH 443, Schreiben Rohs an Held vom 11.2.47.
- ⁸⁹ HAH 443, Vormerkung für Scharnagl vom 17.2.47.
- ⁹⁰ HAH 443, Schreiben an Rümänn vom 3.3.1947.
- ⁹¹ Ebd.
- ⁹² Dies geht aus einem Vergleich des Ausstellungskatalogs der Augsburger Schau (HAH 443) mit den Daten in *Jutta Held*, Kunstpolitik, hervor. Innerhalb der Neuen Gruppe präsentierten Max Ackermann, Ernst Geitlinger, Karl Kunz, Richard Ott, Josef Scharl und Conrad Westphal ihre Werke.
- ⁹³ *Jutta Held*, Kunstpolitik, S. 298; diese Ausstellung war eine der frühesten deutschen Ausstellungen im Ausland nach Kriegsende.
- ⁹⁴ Ebd., S. 348.
- ⁹⁵ HAH 443, Schreiben Rohs and Held vom 11.2.47; Roh betonte in seinem Schreiben des Weiteren, diese Ausstellung sei «gar nicht extrem», ziehe «nur die entscheidenden Folgerungen aus der Weiterentwicklung der Künste»: «Noch niemals seit Kriegsende ist in Deutschland eine Ausstellung moderner Malerei von solchem Gewicht gezeigt worden, in welcher an einer Reihe entscheidender deutscher Meister ausgewiesen wird, wo die heutige Malerei steht.» Verhandlungen mit Frankfurt, Stuttgart, Mannheim, ja sogar mit Berlin und Paris erwiesen auch die internationale Bedeutung dieser Schau.
- ⁹⁶ Dazu *Hans Eckstein* in der SZ Nr. 105 vom 6.9.1949 in seinem Artikel «Entwurf einer neuen Welt/Der Blaue Reiter im Haus der Kunst».
- ⁹⁷ HAH 426, Schreiben Helds an das Referat 10 vom 1.10.48.
- ⁹⁸ HAH 427, Schreiben Rümänn an Bürgermeister von Miller vom 4.1.1950.
- ⁹⁹ HAH 427, Kulturausschusssitzung vom 19.8.1949, also bereits zwei Wochen vor der Ausstellungseröffnung; offenbar zeichnete sich zu diesem Zeitpunkt ein Erfolg bereits ab und die Erfahrungen mit dem Katalogverkauf in vorhergehenden Ausstellungen hatte sich auch als gut erwiesen. Deshalb wurde ein Vorschuss von 4'000,- DM für den Katalogdruck genehmigt.
- ¹⁰⁰ Haushaltssatzung der Landeshauptstadt München 1951, Rechnungsbetrag des Zuschusses von 1949, Unterabschnitt 3220.
- ¹⁰¹ HAH 427, Schreiben Rümänn an von Miller vom 4.1.50.
- ¹⁰² HAH 427, Schlussbericht über die Blaue-Reiter-Ausstellung mit einem Begleitschreiben von Dr. Grote, das mit dem 17.12.49 datiert ist.
- ¹⁰³ Ebd.; hier hätte sich die Stadt München als «Kunststadt» der Welt darstellen können und dabei mit wirklichem Stolz auf ihren Beitrag zur Moderne hinweisen können. So blieb sie dabei nur passiver Zuschauer, Objekt, aber nicht handelndes Subjekt der Veranstaltung, obwohl sie im Katalog neben der «Museums, Fine Arts and Cultural Materials Exchange Section, Cultural Affairs Branch, OMGB» und den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen als Mitveranstalter ge-

- nannt ist. Dazu der Ausstellungskatalog «Der Blaue Reiter» München und die Kunst des 20. Jahrhunderts, München 1949.
- ¹⁰⁴ Dazu Grote an Rümman: «Sie werden mit mir die Freude teilen, dass unsere gemeinsame Veranstaltung einen solch grossen Erfolg gehabt hat. Ich glaube kaum, dass die Stadt München ein in seinen Auswirkungen so grosses und zugleich kostenloses Werbemittel im In- und Auslande sonst gehabt hat» (HAH 427, Schlussbericht, 17.12.49).
- ¹⁰⁵ HAH 426, Schreiben Rümmanns an Held vom 6.5.1952; laut Rümman waren die Verhandlungen abgebrochen worden, da Frau Münters «Mentor» Dr. Eichner auf einer Einzelausstellung bestand. Rümman war verärgert darüber, dass Gabriele Münter nun dieselben Bedingungen im Collecting Point akzeptiert hatte, die sie für die Städtische Galerie ablehnte.
- ¹⁰⁶ HAH 426, Schreiben Gabriele Münters an Held vom 29.3.52.
- ¹⁰⁷ Ebd.; es handelte sich dabei um Max Pfeiffer-Watenphul, Mitglied der Neuen Rheinischen Sektion, der 1948 bereits im Braunschweiger Kunstverein hatte ausstellen können. Dazu auch *Jutta Held*, Kunstpolitik, S. 259 und S. 316.
- ¹⁰⁸ HAH 426, Schreiben Gabriele Münters an Held vom 29.3.52.
- ¹⁰⁹ HAH 426, Schreiben Rümmanns an Held vom 6.5.1952.
- ¹¹⁰ HAH 428, u.a. Beschluss des Kulturausschusses vom 20.7.49.
- ¹¹¹ *Jutta Held*, Kunstpolitik, S.348f. und s.o.
- ¹¹² HAH 428, Vormerkung von Bürgermeister Scharnagl vom 20.9.1948 für das Direktorium B.
- ¹¹³ Ebd.
- ¹¹⁴ HAH 428, Beschluss des Kulturausschusses vom 20.7.49. Die Stadtkämmerei befürwortete diesen Zuschuss bereits unter der obengenannten Bedingung und mit der Begründung, die Stadt habe bis 1931 die Münchner Kunstausstellungen mit 30'000,- RM, ab 1932 mit 20'000,- Mark bezuschusst und «werde sich daher ... beteiligen müssen».
- ¹¹⁵ HAH 428 und s.o.
- ¹¹⁶ HAH 428, Beschluss des Kulturausschusses vom 20.7.1949.
- ¹¹⁷ HAH 428 und s.u.
- ¹¹⁸ S.o., das Kapitel Musikförderung.
- ¹¹⁹ HAH 428; Anfrage Helds an Rogger vom 9.4.1952, Rogger an Bürgermeister von Miller vom 12.4.52, von Miller an Held vom 27.5.52 und ablehnendes Schreiben Helds an Herrn Ade von der Ausstellungsleitung des Hauses der Kunst am 5.6.52.
- ¹²⁰ HAH 428, Rogger an Bürgermeister von Miller vom 16.5.52; ausserdem dazu MM, 16.5.52, Aus dem Münchner Kunst- und Musikleben. Eröffnung der Wright-Ausstellung.
- ¹²¹ HAH 428, Vormerkung Helds für Rogger vom 9.4.52.
- ¹²² HAH 427, Schreiben an Held, Betrifft: Ausstellung der Sammlung Haubrich in der Städtischen Galerie, vom 4.12:47. Die Ausstellungen, die man der Sammlung Haubrich vorzog, waren u.a. eine Ausstellung des Kunstvereins München, eine Ausstellung Josef Weiss – Ruth Schaumann – Franz Reinhardt, eine Slevogt-Leo von König-Präsentation u.a.m.
- ¹²³ Ebd.
- ¹²⁴ Leitsätze zur kommunalen Kulturarbeit (Stuttgarter Richtlinien) des Deutschen Städtetags vom 18./19.1.1952, Abschnitt VI, Nr. 40.
- ¹²⁵ *Baedecker*, Kunstpflege, S. 205, Anm. 78. Baedecker zitiert hier die Denkschrift des Münchner 2. Bürgermeisters Kufner vom 12.11.1924, die den Erwerb der Lenbach-Anwesen und die Gründung einer Galerie betraf.
- ¹²⁶ Diese Art der Einzelförderung ging also auch nicht anders vor sich als im Bereich der Musik oder der Schrifttumspflege.
- ¹²⁷ HAH 418, Schreiben von Rümman an Held vom 16.7.51.
- ¹²⁸ HAH 418, Schreiben Rümmanns an Held vom 23.8.51, Betr.: Unterstützungsankäufe. Weiterer Briefwechsel über Angebote und Ankäufe von Bildern dieser Kategorie finden sich in HAH 418, HAH 220, HAH 225 und HAH 428. Als Beispiel sei hier noch angeführt der Briefwechsel über eine Künstlerin, HAH 418, die Held vom Berufsverband Bildender Künstler empfohlen worden war. Dazu Schreiben des BBK vom 11.10.50, vom 14.12.50, vom 22.12.50, vom 22.11.50 und vom 12.6.50 und Antwortschreiben Helds u.a. vom 20.11.50 und vom 15.12.50; Held kaufte zwei Friese der Künstlerin für das Waisenhaus an. Ausserdem HAH 225, der Fall einer Künstle-

- rin, für die sich der «German American Woman's Club» (11.12.51) u.a. einsetzte, oder HAH 225, die Ankäufe vom «Arbeitsring versehrter Künstler», von dem Held 1949 für 700,-DM Werke ankaufte. Dazu Schreiben Helds an Bürgermeister von Miller vom 20.12.49.
- ¹²⁹ HAH 226, Anlage zu einem Schreiben Rümans an Held vom 10.12.49. 1946/47 kaufte die Stadt Werke von Kirchner, Brenninger, Hiller, Röhrig, Lenbach und Oberländer an, 1947/48 solche von M. Dasio, Samberger, Diem-Tilp, Josef Weisz, A. Fischer, A. Münzer und weiteren acht Münchner Malern, 1948/1949 Werke von Lenbach, Samberger, Hermann und Wilhelm Kaulbach, Oberländer, Toni Stadler, Kellerhofen und Alb. Lang.
- ¹³⁰ Ebd.
- ¹³¹ HAH 225, Schreiben Rümans an Held vom 10.12.49.
- ¹³² HAH 226, Liste der Bestände an Bildern für Repräsentationszwecke, Direktorium A für Prof. Held, 17.11.52. Dort sind 40 Zeichnungen, Graphiken, Ölbilder, Aquarelle und Radierungen in einem Gesamtwert von 3'734,- DM aufgeführt, deren jeweiliger Wert zwischen 50,- und 400,- DM angesetzt ist.
- ¹³³ Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1945-1956, Unterabschnitt 321, Städtische Galerie, Ankäufe und HAH 225, Anlage zum Schreiben Rümans an Held vom 10.12.49. Nimmt man die dort aufgeführten Käufe als Richtschnur, so wird folgendes Ergebnis deutlich: Rechnungsjahr 1946/47: 40'080,- RM (Gesamtankäufe) – 38'500,- RM (Käufe für qualitativ bessere Stücke); Rechnungsjahr 1947/48: 58'322,- RM – 33'450,- RM; Rechnungsjahr 1948/49 (zum Zeitpunkt von Rümans Brief nicht abgeschlossen): 14'623,- RM/DM – 5'150,- RM/DM. Dies kann nur als Leitlinie gewertet werden, da nicht sicher ist, ob Rümans wirklich alle wichtigen Stücke aufgezählt hat. Aufgrund des Kontextes scheint dies jedoch wahrscheinlich.
- ¹³⁴ Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1945-1956, Unterabschnitt 320 (340); diese Haushaltsstelle konnte in den beobachteten Jahren immerhin von 3'040,- RM 1946 auf 42'000,- DM 1954 anwachsen.
- ¹³⁵ HAH 252, Bürgermeister von Miller für die Abteilung für Kultur, Betrifft: Verwendung der Mittel des UA.320, Hhst. 640, «Förderung von Künstlern und Kunstgewerblern» zur Bekanntgabe im Kulturausschuss vom 21.2.1951. Hier sind die Bewegungen dieser Haushaltsstelle zwischen dem 1.10. und dem 31.12.50 niedergelegt. Demnach wurden z.B. ausgeworfen DM 500,- für Ankäufe von der Sommerausstellung der Künstlervereinigung Dachau; DM 500,- an den Bayerischen Kunstgewerbeverein als Zuschuss zu dessen 100-Jahr-Feier; DM 450,- für zwei Ankäufe von dem Kunstmaler Adalbert Holzer; DM 152,40 für abgenommene Eintrittskarten zu einem Konzert blinder Künstler; DM 440,- für Ankäufe von der Ausstellung des Berufsverbandes Bildender Künstler u.a.m.
- ¹³⁶ HAH 418, Kulturausschusssitzung vom 8.2.49.
- ¹³⁷ Ebd.; ausserdem dazu Haushaltssatzung der Landeshauptstadt München, Unterabschnitt 321.
- ¹³⁸ HAH 226, Kulturausschusssitzung am 4.3.50.
- ¹³⁹ Dazu Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1945-56.
- ¹⁴⁰ HAH 428, Vormerkung Helds für Oberbürgermeister Thomas Wimmer vom 2.11.1951; ausserdem HAH 418 und HAH 226, Mitteilungen der Direktion der Städtischen Kunstsammlungen über die in der Grossen Münchner Kunstausstellung getätigten Ankäufe der Jahre 1950, 1951 und 1952: Pflichtgemäss nahm die Stadt für genau 3'000,-DM je Gruppe Kunstwerke ab.
- ¹⁴¹ HAH 225, Beschluss des Kulturausschusses vom 22.9.1950.
- ¹⁴² HAH 226; waren dies 1949 noch acht Vertreter der Künstlerschaft und vier Vertreter der Stadt, so hatte bis 1953 diese Kommission an Bedeutung für die Stadt gewonnen.
- ¹⁴³ HAH 226.
- ¹⁴⁴ HAH 226, Kulturausschusssitzung vom 26.10.49, in der es um die Genehmigung der Fördermittel für das Haus der Kunst ging.
- ¹⁴⁵ *Franz Roh*, ZEN 49, in: *Das Kunstwerk*, Jg. 9, 1955/56, H.2, S. 52.
- ¹⁴⁶ Dazu s.o., die Behandlung der Zuschuss- und Vergnügungssteuerfragen bei Theatern.
- ¹⁴⁷ Dies geht zumindest aus einem Gespräch mit dem Maler Günther Grassmann vom Mai 1982 hervor, der bei seiner Tätigkeit beim Berufsverband Bildender Künstler Held und von Miller

- als sehr «liberal» empfand, da sie sich nicht zu sehr in die Belange des Verbandes einmischten.
- ¹⁴⁸ HAH 429 (Galerie Karin Hielscher), HAH 430 (Galerie Günther Franke), HAH 431 (Galerie Gurlitt), HAH 432 (Galerie Baudenbach bzw. Schwabinger «Kleine» Kunstausstellung). Von diesen Galerien sind die Ausstellungseinladungen erhalten. Held besuchte jedoch offenbar bei Günther Franke und Gurlitt nur selten Ausstellungen, es finden sich meist Absageschreiben oder gar keine weiteren Notizen zu den Einladungen in den Akten. Die Galerie Hielscher und die Galerie Baudenbach erfreuten sich bei ihm höherer Wertschätzung.
- ¹⁴⁹ HAH 429, Schreiben Karin Hielschers an Held vom 30.6.50 und Antwort Helds vom 28.9.50.
- ¹⁵⁰ HAH 432, Schreiben Helds vom 28.10.46 und vom 15.10.46.
- ¹⁵¹ HAH 429, Schreiben Helds an Wimmer z.B. vom 22.2.52, 9.10.52 und 16.11.50.
- ¹⁵² HAH 429, Entwurf o.J., wahrscheinlich Oktober 1952, da zu diesem Zeitpunkt diese Frage akut war.
- ¹⁵³ Ebd. Obwohl dieser Entwurf offensichtlich von oder für Held geschrieben ist, fehlt seine Unterschrift; es ist also auch möglich, wenn auch nicht sicher, dass Frau Hielscher diesen Entwurf für Held aufgesetzt hat, um ihm den von ihr gewünschten Text nahezubringen. Es findet sich hier jedoch auch eine Bestätigung Helds vom 8.10.52, in der sinngemäss Ähnliches vermerkt ist: «Ich würde den Verlust der Galerie Karin Hielscher für München sehr bedauern, da sie seit ihrem Bestehen eine grundsätzliche Bereicherung der künstlerischen Aktivität Münchens nachweisen konnte. Ich empfehle sie deshalb jeder öffentlichen und privaten Hilfe.»
- ¹⁵⁴ *Jutta Held*, Kunstpolitik, S. 347 ff. und die Einladungen in HAH 429-432.
- ¹⁵⁵ Ebd.; diese Aufstellung kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, da weder die Arbeit von Jutta Held noch die Akten diese gewährleisten. Es soll hier daher nur ein ungefährer Überblick vermittelt werden.
- ¹⁵⁶ HAH 432 und *Jutta Held*, Kunstpolitik, S. 347 ff.
- ¹⁵⁷ *Jutta Held*, Kunstpolitik, S.347f.
- ¹⁵⁸ HAH 429; vor allem Maillol und Masereel.
- ¹⁵⁹ HAH 429, Einladung und Ausstellungskatalog. Die Eröffnung fand am 1.3.50 statt.
- ¹⁶⁰ HAH 429, ausführliche Schreiben Frau Hielschers an Held vor allem betreffend Maillol und Masereel vom 7.4.49, vom 13.5.49, vom 23.4.49, vom 1.5.49 und vom 27.4.50 bezüglich Masereel und z.B. vom 8.12.50 bezüglich Maillol.
- ¹⁶¹ HAH 429, ausführlicher Briefwechsel mit Karin Hielscher aus dem Jahre 1950, Abschriften des Briefwechsels Maeght-Hielscher und Fr. Marx (Angestellte von Maeght) – Hielscher. Ausserdem Privatdruck der Galerie Hielscher, «Um die Chagall-Ausstellung» vom September 1950, in dem Karin Hielscher den Hergang und die Schwierigkeiten um Chagall ausführlich darlegt; das Risiko bestand darin, dass von Seiten Maeghts gefordert wurde, von je zwei überlassenen Bildern Chagalls müsse eines gekauft werden, wozu sich Frau Hielscher nicht in der Lage sah. Das ablehnende Schreiben Helds stammt vom 28.9.50.
- ¹⁶² HAH 429, Schreiben Helds an Karin Hielscher vom 19.9.50 und Vormerkung Roggers für Held vom 4.7.1950.
- ¹⁶³ MM 7.6.1951, Frans Masereel und die studierende Jugend, von *Wolfgang Petzet*. Hier wird über diese Diskussion berichtet; Held fiel dabei offenbar die Aufgabe zu, immer wieder «den harten Boden zu lockern».
- ¹⁶⁴ HAH 429, Bericht Helds an Wimmer vom 22.2.1952: «Die Ausstellung ist zweifellos eine der besten Ausstellungen, die die Galerie Hielscher bis jetzt gebracht hat. Ich habe die Ausstellung im Übrigen, wie manche bedeutende Ausstellung, zweimal besucht und bei ihrem zweiten Besuch einen noch stärkeren Eindruck von dem künstlerischen Können Erwin von Kreibigs erhalten.» Ausserdem dazu Münchner Stadtanzeiger Nr. 8 vom 22.2.52, Wiedersehen mit Kreibig. Hier wird ein Überblick über Kreibigs Leben gegeben. Dieser war 1904 in München geboren, arbeitete im «Simplizissimus» und in der «Jugend» mit, schuf Plakate und Bühnenbilder. Bei einer Studienreise nach Paris 1932 wurde er stark vom Impressionismus geprägt. 1952 lebte er in Italien.
- ¹⁶⁵ HAH 432, Schreiben Helds an die Registrierstelle für Spielwaren in Nürnberg vom 17.10.46, in dem er sich sehr für Buchheims Spielzeug einsetzte, Schreiben Helds an Buchheim vom 15.10.46 und Buchheims an Held vom 21.11.46 und vom 26.12.46.

- ¹⁶⁶ HAH 432, Schreiben Helds an Rechtsanwalt Ritter vom 3.4.1947, in dem Held seine Sicht des Falles aufrollt, und Abschrift eines Schreibens von Baudenbach an Buchheim, in dem dieser Buchheim sehr deutlich seine Meinung schrieb: «Ausserdem haben Sie einen äusserst grossen moralischen Erfolg errungen, den Ihnen kein Künstler der Stadt München nur nachmachen kann. Sie haben es fertig gebracht mit einer Sache, die zwar für den Kindergarten äusserst reizvoll, im Grossen und Ganzen aber sehr einseitig und nicht von übergrossen künstlerischen Belangen spricht die ganze Prominenz der Stadt München auf die Beine zu bringen und die Veranstaltung zu erleben, die nur selten einem jungen Künstler Ihren Grades teilhaftig wird. Das haben Sie allerdings nur Ihrer übergrossen Überredungskunst und sonstigem Auftreten ... zu verdanken.»
- ¹⁶⁷ Dazu s.o. die entsprechenden Kapitel im Rahmen der Musikpflege und der Schrifttumsförderung.
- ¹⁶⁸ Zu einer Kurzcharakteristik der drei grossen Münchner Künstlerorganisationen s.o. das Kapitel über die Ausstellungen im Haus der Kunst. Die Kontakte der Stadt mit diesen drei Organisationen blieben überwiegend auf diese Ausstellungen beschränkt.
- ¹⁶⁹ *Jutta Held*, Kunstpolitik, S.348f.
- ¹⁷⁰ HAH 642, Schreiben Helds vom 26.9.49 an die Münchner Secession, an die Neue Gruppe (Prof. Adolf Hartmann), an die Münchner Künstlergenossenschaft (Eduard Aigner), an die Freunde der bildenden Künste Münchens, an die Deutsche Gesellschaft für Christliche Kunst e.V., an den Schutzverband Bildender Künstler (Gewerkschaft der geistig und kulturell Schaffenden), an den Berufsverband Bildender Künstler und an den Landesberufsverband Bildender Künstler (Edelthalhammer). Helds Schreiben nach wollte man eine Übersicht über die Künstlerorganisationen erstellen.
- ¹⁷¹ HAH 643, Schreiben des Schriftführers der Secession vom 7.10.49.
- ¹⁷² HAH 642, Schreiben Anton Lamprechts (Neue Gruppe) an Held vom 5.10.49 und Schreiben Helds an Lamprecht vom 7.10.49, aus dem Helds Interesse deutlich wird.
- ¹⁷³ HAH 642, Schreiben Lamprechts vom 5.10.49.
- ¹⁷⁴ HAH 644, Schreiben Aigners vom 1.11.49.
- ¹⁷⁵ *Jutta Held*, Kunstpolitik, S.282L
- ¹⁷⁶ Ebd.; ausserdem dazu HAH 642 und MM vom 2.8.1948, Nr. 62, Artikel von *Wolfgang Petzet* «Neue Gruppe: Die Kunst unserer Zeit», in dem diese geschichtliche Herkunft der Neuen Gruppe gewürdigt wurde. Da sich die Neue Gruppe als Nachfolgeorganisation verstand, ist eine Gleichsetzung mit den beiden anderen möglich.
- ¹⁷⁷ HAH 643, Satzungen des Vereins bildender Künstler Münchens «Secession» e.V., o.J.
- ¹⁷⁸ HAH 644, Schreiben Eduard Aigners an Held vom 22.3.52, in dem Aigner die Gründe für die Ablösung vorsichtig darlegt. Weniger vorsichtig wird dieser Konflikt in einem hektographierten «Aufklärungs»-Schreiben der «Gruppe Gerhardinger» geschildert. Demnach warf man sich gegenseitig NS-Belastung vor und versuchte sich auf diese Weise zu desavouieren. Vor allem die «Altmitglieder» fühlten sich bei der Neugründung der Genossenschaft im Jahre 1946 übergangen, da nur ein Teil von ihnen dazu eingeladen worden war. Ein gegen die Neugründung angestrebter Prozess hatte dann 1952 endgültig zu der Trennung geführt. Es waren also eher Künstlerstreit und politische Uneinigkeit als wirkliche inhaltliche Fragen, die diese Trennung bewirkt hatten.
- ¹⁷⁹ HAH 644, Beschluss des Kulturausschusses als Senat vom 2.10.52, der «Münchner Künstlergenossenschaft» zu ihrer Ausstellung im Haus der Kunst, die am 18.10.52 eröffnet werde, einen Zuschuss und Ankaufetat von insgesamt 4'000,- DM zu genehmigen, da die «3 anderen grossen Künstlergruppen anlässlich ihrer Sammelausstellung im Haus der Kunst» ebenfalls mit Zuschüssen in dieser Höhe bedacht worden seien. Dem wurde seitens des Kulturausschusses zugestimmt.
- ¹⁸⁰ Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1951-56, Unterabschnitt 320 (340).
- ¹⁸¹ Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1950-56, Unterabschnitt 320 (340), Hhst. Mitgliedsbeiträge. Die «Freunde der bildenden Künste» erhielten demnach 20,- DM Mitgliedsbeitrag im Jahr (seit 1950), die «Freunde junger Kunst» seit 1953 100,-jährlich.
- ¹⁸² HAH 646, Schreiben des 1. Vorsitzenden Wolf Bloem an Held vom 7.9.51 und vom 12.3.51,

- dem auch eine Beschreibung der Aktivitäten des Bundes vom 22.2.51 beigelegt ist. Ausserdem Schreiben Helds an Bloem vom 21.3.51, in dem Held sein wohlwollendes Interesse ausspricht.
- ¹⁸³ Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1950-56, Unterabschnitt 320 (340), Hhst. Mitgliedsbeiträge; ausserdem dazu HAH 641, Beschluss des Kulturausschusses vom 9.12.49, Antrag von Millers vor dem Ausschuss, diese 3'000,- DM «aus dem Rest des Haushaltsansatzes UA 320, Hhst. 134 «München Sommer 1949 (Goethejahr)» zu genehmigen; dem Antrag wurde entsprochen. Hier sieht man auch, wie mit den wenigen nicht völlig festgelegten Haushaltsstellen umgegangen wurde; die genehmigten Gelder wurden nach Bedarf für die verschiedensten Zwecke verwendet.
- ¹⁸⁴ Ebd.; die Genehmigung dieses Antrages zeigt, dass sich die Stadt der Not der bildenden Künstler durchaus bewusst war und offenbar die eigenen Unterstützungen auch als zu geringfügig empfand.
- ¹⁸⁵ HAH 641, Vormerkung Helds für von Miller vom 7.11.50 und Schreiben des Künstlerunterstützungsvereins bzw. seines 1. Vorsitzenden Daumiller an Stadtrat Fischer vom 12.9.1951 und von Held an Herrn Edenthalhammer vom 13.11.1951, in denen dieses Projekt Ainmillerstrasse 4 und 6 erwogen wird. Die Rückführung evakuierter Künstler beschäftigte auch den Berufsverband Bildender Künstler, der versuchte, zusammen mit der Stadt und den grossen Künstlergruppen die evakuierten Künstler erst einmal zu erfassen. Dazu HAH 217.
- ¹⁸⁶ HAH 641, Schreiben des Künstlerunterstützungsvereins, Adolf Daumiller, an Held vom 20.12.47 in dem die Geschichte dieses Hauses und sein Schicksal seit Kriegsende geschildert wird. Demnach hatte der Verein sowohl mit den Amerikanern, wie mit dem Roten Kreuz um den Erhalt dieser Räume für ihren ursprünglichen Zweck kämpfen müssen.
- ¹⁸⁷ HAH 539, Satzung, beschlossen durch die Mitgliederversammlung vom 19.4.1947, §2; dem Verein konnte «jede natürliche und jede juristische Person» beitreten (§3).
- ¹⁸⁸ HAH 639, Kurze Entwicklungsgeschichte des Kunstvereins München, o.J. Zur Geschichte des Kunstvereins inzwischen *York Langenstern*, Der Münchner Kunstverein im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Entwicklung des Kunstmarkts und des Ausstellungswesens, in: *Karl Bosl, Richard Bauer* (Hrsg.), Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München, Heft 122, München 1983.
- ¹⁸⁹ Ebd.; ausserdem HAH 639, Denkschrift Ludwig Bolgianos aus Anlass der Neukonstituierung des Kunstvereins. o.J., Beilage zu einem Antwortschreiben Oberbürgermeister Scharnagls vom 19.4.47.
- ¹⁹⁰ HAH 639, Beschluss des Kulturausschusses als Senat vom 2.10.52; die Stadt schoss aus dem Kulturfonds 5'000,- DM zu.
- ¹⁹¹ HAH 639, Einladungen zu diesen Veranstaltungen, die in der Possartstr. 24 stattfanden.
- ¹⁹² HAH 639, Denkschrift Ludwig Bolgianos zur Neukonstituierung des Kunstvereins, S. 5.
- ¹⁹³ HAH 639, Schreiben Scharnagls an Bolgiano vom 19.4.47, Würdigung Helds vom 26.1.51 für das Direktorium B und von Millers an Held vom 2.2.51.
- ¹⁹⁴ Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1950-56, Unterabschnitt 320 (340), Hhst. Mitgliedsbeiträge; der Verein erhielt jährlich 200,- RM/DM Mitgliedsbeitrag sowie 1'500,- Zuschuss. Ausserdem dazu HAH 639, Beschluss des Kulturausschusses als Senat vom 2.10.52.
- ¹⁹⁵ HAH 639, Held an das Direktorium B vom 26.1.51.
- ¹⁹⁶ HAH 639, Beschluss des Kulturausschusses als Senat vom 2.10.52, Zitat aus der Kulturausschusssitzung vom 14.12.51.
- ¹⁹⁷ HAH 639, Ausstellung des Kunstvereins vom 15.1. bis 1.3.50; zur Eröffnung las Ernst Penzoldt.
- ¹⁹⁸ HAH 640, Satzung des Bayerischen Kunstgewerbe-Vereins e.V. München, gegründet 1850, §1.
- ¹⁹⁹ HAH 640, Schreiben des 1. Vorsitzenden des Kunstgewerbevereins, Ministerialrat Robert Poverlein, an Oberbürgermeister Scharnagl vom 28.9.49, Schreiben Poverleins an Held vom 30.5.49, Vormerkung der Lokalbaukommission an das Direktorium A vom 11.6.50 u.a.m.
- ²⁰⁰ HAH 640, Schreiben Poverleins an Scharnagl vom 28.9.49 und an Held vom 30.5.49.

- ²⁰¹ HAH 640, Beschluss des Kulturausschusses vom 28.3.49.
- ²⁰² Ebd.
- ²⁰³ HAH 640, Beschluss des Kulturausschusses vom 12.3.49, Vortrag des Referenten.
- ²⁰⁴ Ebd.; ausserdem Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1945-1951, UA.320, Hhst. «Bayerischer Kunstgewerbeverein München e.V.». Der Verein erhielt 978,- RM/DM jährlich.
- ²⁰⁵ Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München 1949-1956, UA.320 (341), Hhst. Bayerischer Kunstgewerbeverein.
- ²⁰⁶ HAH 640, Beschluss des Kulturausschusses vom 12.3.49. Ausserdem dazu Schreiben Poverleins an Scharnagl vom 28.9.49. Hierin vermerkte Poverlein, vor 1944 hätte die Stadt dem Kunstgewerbeverein einen jährlichen Mieterlass von 36'000,- Mark und einen Barzuschuss von 6'000,- DM gewährt; der Mietzuschuss galt dem Vereinshaus, das auf städtischem Boden errichtet war.
- ²⁰⁷ HAH 640, Schreiben Poverleins an Held vom 22.11.49 und zustimmendes Schreiben von Held an Poverlein vom 25.11.1949.
- ²⁰⁸ HAH 640, Dankschreiben Poverleins an Held vom 26.7.50.
- ²⁰⁹ HAH 638, Aktennotiz über den Besuch der Herren Werner Knoth von der «Kunstrunde Hamburg» und Freiherrn von Rezniceks vom Sommer 1947.
- ²¹⁰ Ebd.
- ²¹¹ Ebd.; vor allem das Theater war in Hamburg durch den Dramaturgen des Staatlichen Schauspielhauses und die Direktorin der Kammerspiele, Ida Ehre, vertreten.
- ²¹² Ebd.; Herr Knotji betonte jedoch, der Galeriedirektor erhalte seine Weisungen von der Kunstrunde, nicht von Hertie.
- ²¹³ Genannt seien hier nur das Guggenheim-Museum und das Metropolitan Museum in New York, oder die Levi-Strauss-Foundation in San Francisco.
- ²¹⁴ HAH 638, Aktennotiz über den Besuch der Herren Knoth und Reznicek und Schreiben Scharnagls an Oberbürgermeister Pfinder, Köln, vom 1.7.47 mit der Bitte um die Vermittlung der Sammlung Haubrich an die Kunstrunde; ausserdem Schreiben Knoths und Rezniceks an Held vom 25.6.47 und vom 5.7.47.
- ²¹⁵ HAH 638, Aktennotiz über den Besuch der Herren Knoth und Reznicek.
- ²¹⁶ Ebd.
- ²¹⁷ HAH 638, Schreiben Hells an die Kunstrunde vom 15.10.47.
- ²¹⁸ Der «Berufsverband Bildender Künstler» wurde im Mai 1945 gegründet. Sein Präsident war Max Unold, zu den weiteren Gründungsmitgliedern gehörten Eduard Aigner, G. Edelthalhammer, T. v. Hötzendorff, A. Lamprecht und A. Pallas. 1947 schlossen sich die Berufsverbände von München, Bamberg, Bayreuth, Regensburg, Schwaben-Stüd und München zu einem Landesverband der Bildenden Künstler zusammen. Dazu *Jutta Held*, Kunstpolitik, S.284.
- ²¹⁹ Ebd., S. 285 f.; zunächst begründete sich die «Fachgruppe bildende Kunst in der Gewerkschaft der geistig und kulturell Schaffenden». Aus dieser entstand 1947 der «Schutzverband Bildender Künstler». Landesvorsitzender war Hannes König, Ortsvorsitzender in München A. Heinzinger.
- ²²⁰ B.u.R. 2091, Vormerkung des Berufsverbandes, Georg Edelthalhammer, vom 5.8.46.
- ²²¹ Parteien und Gewerkschaften waren auch als erste politische Organisationen wieder zugelassen worden.
- ²²² B.u.R. 2091, Oberrechtsrat Dr. Dr. Keim an Held vom 9.7.46.
- ²²³ B.u.R. 2091, Schreiben Stadelmayers (Bürgermeister) an das Landesarbeitsamt vom 19.9.45.
- ²²⁴ B.u.R. 2091, Schreiben des Landesarbeitsamtes an Stadelmayer vom 2.10.45.
- ²²⁵ B.u.R. 2091, Vormerkung Dr. Dr. Keims für Held vom 9.7.1946.
- ²²⁶ B.u.R. 2091, Vormerkung Keims für die Beteiligten (Scharnagl, Held und die beiden Verbände) vom 31.10.46.
- ²²⁷ Ebd.; ausserdem B.u.R. 2091, Vormerkung des Berufsverbandes (Edelthalhammer) vom 5.9.46.
- ²²⁸ HAH 699, Katalog der Ausstellung zeitgenössischer Künstler im Pavillon 1952, Text von Al-

bert Heinzinger.

²²⁹ B.u.R. 2091, Vormerkung Keims für die Beteiligten vom 31.10.46.

²³⁰ Ebd.

²³¹ B.u.R. 2091, Abschrift des Schreibens an die Berufsgenossenschaft vom 4.3.46; die Gewerkschaft wollte damit nach eigener Aussage den «Vorwurf, ein Konkurrenzunternehmen zu sein», ausräumen und betonte, es handle sich um «die Gründung einer grossen überparteilichen Arbeitsgemeinschaft mit ernststen kulturellen Zielen.» Das Programm klingt jedoch eher nach dem Versuch, das ganze Kunstleben unter gewerkschaftliche Kontrolle zu bekommen – ein Versuch, der gewiss nicht zum Vorteil der freischaffenden Künstler ausgegangen wäre.

²³² Dazu *Jutta Held*, *Kunstpoltik*, S. 214ff.; hier wird diese Entwicklung als sehr positiv geschildert, was den Standpunkt der Verfasserin deutlich macht. Ähnliches gilt bei Jutta Helds Beschreibung der Initiativen des Schutzverbandes, ebd. S.285L: Das Programm des Schutzverbandes wird als «fortschrittlich» und «weitreichend» bezeichnet.

²³³ HAH 226, Schreiben der Gewerkschaft vom 15.6.48 an die Stadtratsfraktionen von CSU, SPD, WAV und BP und Schreiben der KPD-Fraktion an Held vom 10.8.48.

²³⁴ HAH 226, Schreiben Hannes Königs an Held vom 21.10.47 und ebd., Mitglieder der städtischen Ankaufkommission. Heinzinger ist dort vertreten.

²³⁵ B.u.R. 2091, Vormerkung Keims vom 31.10.46 für die Betroffenen.

²³⁶ B.u.R. 2073, Schreiben des städtischen Oberrechtsrats Stockmayr an Held vom 24.8.48.

²³⁷ HAH 699, Schreiben Königs an Held vom 25.7.49 mit der Bitte um 2'000,- DM Zuschuss.

²³⁸ HAH 699, Schreiben Helds an König vom 6.7.51 und von König an Held vom 15.6.51.

²³⁹ HAH 699, Beschluss des Kulturausschusses vom 22.9.50, dem Schutzverband 800,- DM für einen Katalog zu genehmigen.

²⁴⁰ HAH 699, Schreiben Helds an Alfred Kubin vom 11.12.50.

²⁴¹ *Jutta Held*, *Kunstpoltik*, S. 347 ff.

Bibliographie

Ungedruckte Quellen

- Handakten Hans Ludwig Held (HAH), Handschriften-Abteilung der Stadtbibliothek München.
- Akten des Bestandes «Bürgermeister und Rat» (B.u.R. alt), Stadtarchiv München.
- Akten des Bestandes «Kulturamt», Stadtarchiv München.
- Ratsprotokolle der Landeshauptstadt München (RP), Stadtarchiv München.
- Haushaltssatzungen der Landeshauptstadt München, Bestand Stadtkämmerei des Stadtarchivs München und Monacensia-Abteilung der Stadtbibliothek München.
- Akten des Schulreferats der Landeshauptstadt München, Stadtarchiv München.
- Akten des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Abgabe 1979, Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (Bay HStA, MArb vorl. Nr.).
- Akten des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr, Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (Bay HStA, MWi).
- Akten des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren, Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (Bay HStA, MIInn).
- Akten der Bayerischen Staatskanzlei, Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (Bay HStA, MA bzw. Bay HStA, Bev. Stuttgart).
- Akten der Amerikanischen Militärregierung in Bayern, verfilmt, Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (OMGBY).
- Akten des Deutschen Städtetags, Abteilung 3 (Kultur), Registratur des Deutschen Städtetags in Köln.
- Nachlass Hans Ludwig Held, Handschriftenabteilung der Stadtbibliothek München (NLH).
- Materialien der Internationalen Jugendbibliothek München, Registratur der Internationalen Jugendbibliothek.
- Materialien des Instituts für Zeitgeschichte München.
- Ungeordnete Akten der Monacensia-Sammlung der Stadtbibliothek München (Mon).
- Ratskartei des Stadtarchivs München.
- Zeitungsausschnittsammlung des Stadtarchivs München.
- Amerikahaus München:** Liste der Zeitschriften, München 1950. (masch., vervielfältigt). Standort: Staatsbibliothek München.
- Haase, Sister Ingrid:** The International Youth Library. O.O., o.J. Standort: Internationale Jugendbibliothek.
- Internationale Jugendbibliothek:** Stimmen des In- und Auslandes zur Internationalen Jugendbibliothek, München 1951. (masch., vervielfältigt). Standort: IJB.
- Koenig, Helmut:** Beiträge zur Soziographie Münchens, hg. vom Wiederaufbaureferat der Stadt München, München 1950. (masch., vervielfältigt). Standort: Deutscher Städtetag

(DST), Köln.

Lepman, Jella: International Youth Library. ICD, OMGB. Mission for the Children; winning friends for the IYL in USA, München 1948 (masch., vervielfältigt). Standort: Staatsbibliothek München.

Gedruckte Quellen

Arbeitsgemeinschaft der westdeutschen Büchereien in Mühlheim (Ruhr):

Liste unerwünschten Schrifttums, Düsseldorf 1947.

Arbeitskreis «Kommunale Kulturpolitik» beim Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.: Kommunale Kulturpolitik. Thesen, Sankt Augustin ²1981.

Bauer, Richard: Ruinenjahre. Bilder aus dem zerstörten München 1945-1949, München 1983.

Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Bayern in Zahlen, München 1947ff.

ders. (Hrsg.): Das Bayerland und seine lebendigen Kräfte, München 1950ff.

ders. (Hrsg.): Statistisches Handbuch für Bayern, München 1946ff.

ders. (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für Bayern, München 1947ff.

Bayerische Verwaltungsschule (Hrsg.): Verzeichnis der von der Bayerischen Staatsregierung seit der Besetzung (Mai 1945) veröffentlichten Vorschriften einschliesslich der in bayerischen Amtsblättern erschienenen Vorschriften des Kontrollrats, der Militärregierung Bayerns, des Wirtschaftsrats und der Bundesregierung, München 1950.

Bergold, Werner (Hrsg.): 50 Jahre Schauspielhaus, 25 Jahre Kammerspiele im Schauspielhaus, München 1951.

Brandenburg, Hans: Im Feuer unserer Liebe. Erlebtes Schicksal einer Stadt, München 1956.

ders.: Held von Schwabing gesehen, in: Festschrift für Hans Ludwig Held, München 1950, S.15ff.

Carossa, Hans: Aufzeichnungen aus Italien, in: **Hans Carossa**, Sämtliche Werke, Frankfurt a.M. 1962, Bd.I.

Chamberlin, Brewster S.: Kultur auf Trümmern. Berliner Berichte der amerikanischen Control Section Juli-Dezember 1945, Stuttgart 1979.

Chronik der Stadt München 1945-1948, bearbeitet von **Wolfram Selig** unter Mitwirkung von **Ludwig Morenz** und **Helmuth Stahleder**, hg. von **Michael Schattenhofer**, München 1980 (zitiert als: München-Chronik).

Clay, Lucius D.: Entscheidung in Deutschland, Frankfurt a.M. 1950.

Deibel, Franz (Hrsg.): Goethes Gespräche mit Eckermann, Leipzig 1908.

Delp, Ludwig: Die Kulturabgabe, in: Buchwissenschaftliche Beiträge des Bucharchivs München, München 1950.

Desch-Verlag (Hrsg.): Aus der Romanstrasse. Ein Almanach. 5 Jahre Verlag Kurt Desch, München 1945-1950, München 1950.

Destouches, Ernst von: Münchner Stadtarchiv, München 1908.

Deutscher Bühnenverein (Hrsg.): Bühnen- und Musikrecht. Veröffentlichung für Mitglieder, Köln 1949.

- Deutscher Städtetag** (Hrsg.): Kulturstatistik des Deutschen Städtetags (Empfehlungen und Stellungnahmen von 1952 bis 1978), bearb. von **Jochen von Uslar**, in: DST-Beiträge zur Bildungspolitik, Reihe C, Heft 11, Köln 1979.
- ders.** (Hrsg.): Leitsätze zur kommunalen Kulturarbeit (Stuttgarter Richtlinien), beschlossen in der 15. Sitzung des Kulturausschusses des Deutschen Städtetags in Stuttgart am 18./19.1. 1952, Köln 1952.
- ders.** (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, Köln 1948ff.
- ders.** (Hrsg.): Städtische Kulturpolitik. Empfehlungen, Richtlinien und Hinweise des Deutschen Städtetags zur Praxis städtischer Kulturpolitik, 1946 bis 1970, Köln 1971.
- ders.** (Hrsg.): Vergleichende Städtestatistik, 1946 bis 1954, Köln 1946ff.
- Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der SBZ:** Liste der auszusondernden Literatur, Stand 1946.
- Dresslers Kunsthandbuch**, Berlin 1930.
- Eckstein Hans:** Maler und Bildhauer in München, München 1946.
- Egk, Werner:** Die Zeit wartet nicht. Künstlerisches, Zeitgeschichtliches, Privates aus meinem Leben, München 1981.
- Ehmke, F.H.:** Kulturpolitik. Ein Bekenntnis mit Programme zum Wiederaufbau deutscher Lebensform, Frankfurt a.M. 1947.
- Festschrift für Hans Ludwig Held.** Eine Gabe der Freundschaft und des Dankes, München 1950.
- Finck, Werner:** Alter Narr – was nun? Die Geschichte meiner Zeit, München 1980.
- Francé-Harrar, Annie:** So wars um Neunzehnhundert, München, Wien 1961.
- Gluth, Oskar:** Buch meiner Jugend, München 1949.
- Graf, Oskar Maria:** Gelächter von aussen, München, Wien 1966.
- ders.:** Wir sind Gefangene, München, Wien 1965.
- Habe, Hans:** Im Jahre Null. Bei Beitrag zur Geschichte der deutschen Presse, München 1966.
- Halm, Hans:** Die Schicksale der Bayerischen Staatsbibliothek während des Zweiten Weltkriegs. Nach amtlichen Berichten, persönlichen Aussagen und eigenen Erlebnissen, München 1949.
- Handbuch der Volksbühnenbewegung, hg. von **Albert Brodbeck**, 1930.
- Hartmann, Karl Amadeus:** 5 Jahre musica viva, München 1951.
- Hausenstein, Wilhelm:** München Gestern, Heute, Morgen. Ein Vortrag gehalten am 27.7. 1947 im Theater am Brunnenhof, München 1947.
- ders.:** Licht unter dem Horizont, Tagebücher 1942-1946, München 1967.
- Held, Hans Ludwig:** Buddha. Sein Evangelium und seine Auslegung, München 1912-1914.
- ders.:** Buddhistische Bibliographié, München 1916.
- ders.:** Dämmerstunden, Dresden 1906.
- ders.:** Das Gespenst des Golem. Eine Studie aus der hebräischen Mystik, München 1927.
- ders.:** Jakobus. Aus dem Leben eines jungen Priesters, München 1907.
- des.:** Maria Fried (Roman), München, Leipzig 1910.
- ders.:** Salome (Mysterium), München 1907.

- ders.:** Talmudlegenden, München 1912.
- ders.:** Tamar (Tragödie), München, Leipzig 1912.
- ders.** (Hrsg.): Angelus Silesius. Sämtliche Werke in 3 Bänden, München 1913, 3. Aufl. München 1949/50.
- ders.** (Hrsg.): Angelus Silesius. Der cherubinische Wandersmann, München 1921.
- ders.** (Hrsg.): Die Hetärengespräche des Lukian und der Dialog vom Tanze, München, Leipzig 1912.
- ders.** (Hrsg.): «Kurze Relation von der Jesuiten geheimsten Sachen» von Cambilhon, München 1912.
- ders.** (Hrsg.): Urkunden zur deutschen Reformationsgeschichte, München 1912.
- Hoffmann, Wilhelm:** Die Erwerbung ausländischer Literatur, in: NfwB, Jg. II, Heft 4, 1949.
- Hofmann, Gustav:** Die Bayerische Staatsbibliothek, ihre Aufgaben und Baupläne, in: ZBB, Jg. V, 1958, S.269ff.
- ders.:** Wiederaufbauprobleme der Bayerischen Staatsbibliothek München, in: NfwB, 1952, S.156f.
- Internationale Jugendbibliothek:** Jahresbericht 1950, München 1950.
- ders.:** 12 Fragen – 12 Antworten, München 1956.
- Kästner, Erich:** Notabene '45, Frankfurt a.M. 1961.
- ders.:** Der tägliche Kram 1947-48, Zürich 1949.
- Kolbenhoff, Walter:** Schellingstrasse 48, München 1984.
- Lepman, Jella:** Die Kinderbuchbrücke, Frankfurt a.M. 1964.
- Leyh, Georg:** Die deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken nach dem Krieg, Tübingen 1947.
- Lizenzen-Handbuch Deutscher Verlage,** Schriftleitung Wilhelm Seidel, Berlin 1949.
- Mangoldt, Ursula von:** Auf der Schwelle zwischen Gestern und Morgen. Begegnungen und Erlebnisse, Weilheim/Obb. 1963.
- Mann, Thomas:** Gladius Dei (1902), in: **Thomas Mann**, Sämtliche Erzählungen, Frankfurt a.M. 1963, S. 155 ff.
- Mann, Thomas** (Hrsg.): Kampf um München als Kulturzentrum, sechs Vorträge von Thomas Mann, Heinrich Mann, Leo Weissmantel, Willi Geiger, Walter Courvoisier und Paul Renner, mit einem Vorwort von Thomas Mann, München 1926.
- Mayer, Hans:** Ein Deutscher auf Widerruf. Erinnerungen I, Frankfurt a.M. 1982.
- Mehnert, Klaus und Schulte, Heinrich** (Hrsg.): Deutschland-Jahrbuch 1949, Essen 1949.
- Meiner, Annemarie:** Aus der Jugendzeit, aus der Jugendzeit ..., in: MLBB vom 1.9.46, S. 6.
- dies.:** über den Stand Münchner Spezialbibliotheken, in: MLBB vom 20.12.46, S.21ff.
- Metzner, Gerhard und Sturm, Isebil** (Bearb.): 10 Jahre Kleine Komödie, München 1955.
- Mewes, Bernhard:** Theater und Orchester 1945 bis 1947, in: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, hg. vom **Deutschen Städtetag**, 37. Jg., Köln 1949, S. 186ff.
- Miller, Walther von:** Aufgaben und Bedeutung städtischer Kulturpolitik, in: Die Stadt, Wesen und Aufgabe, Berlin 1954, S.65ff.

- Obermaier, Franz** und **Mauerer, Josef**: Aus Trümmern wächst das neue Leben, München 1949.
- Ott, Alfons**: Musikalisches Portrait, in: Festschrift für Hans Ludwig Held, München 1950, S.28L
- Pilgert, Henry P.:** The History of the Development of Information Service through Information Centers and Documentary Films. Office of the U.S. High Commissioner for Germany, o.O., 1951.
- ders.:** Press, Radio and Film in West Germany. Office of the U.S. High Commissioner for Germany, o.O., 1953.
- Prinzhorn, Friedrich**: Die Aufgaben der Bibliotheken im NS-Deutschland, Leipzig 1934. Report on Germany, Special Study Mission to Germany and Certain other Countries, Committee on Foreign Affairs, February 8, 1952, Washington D.C. 1952.
- Roh, Franz**: ZEN 49, in: Das Kunstwerk, Jg 2, 1955/56, H.2, S.52.
- Steffl, Max**: Von Büchern und Büchermenschen, in: Festschrift für Hans Ludwig Held, München 1950, S.2Iff.
- Theater für alle, Theater ohne Krise, Sonderdruck des Vortrages von **Harry Buckwitz**, aus: 16. Volksbühnentag, hg. vom Verband des Deutschen Volksbühnenvereine, Berlin 1953.
- 25 Jahre Theater in Berlin, Theaterpremierer 1945-1970, hg.i.A. des **Senats von Berlin**, bearbeitet durch **Hans J. Reichardt, Joachim Drogmann, Helmut Rosenthal, Hanns von Treutier**, Landesarchiv Berlin, Abt. Zeitgeschichte, Berlin 1972.
- Theatergemeinde München**: Denkschrift der Theatergemeinde München vom 20.2.1932 an den Bayerischen Landtag, München 1932.
- Die Theatergemeinde**: 10 Jahre Theatergemeinde München e.V. 1919-1929 (Festschrift), München, September 1929.
- Theaterprogrammhefte der Münchner Kammerspiele, hg. von den **Städtischen Bühnen München**, München 1948/49 ff.
- Theaterprogrammhefte des **Staatstheaters im Brunnenhof**, 1946-1948.
- Theaterprogrammhefte des Volkstheaters im Sonnenhof, hg. von **Eduard Loibner**, Spielzeit 1959/60.
- Um Schule und Staat, Eine Schriftenreihe der **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Gewerkschaften und Kulturpolitik, Essen 1954.
- U.S. Department of State**: Germany. The Story in Documents 1947-49, Department of State Publication 3556, Washington 1950.
- ders.:** Occupation of Germany – Policy and Progress 1945-46, Washington D.C. 1947.
- US-Informationsdienst** (Hrsg.), Zehn Jahre Amerikahaus München, Münche 1956.
- U.S. Senate Committee on Foreign Relations**: A Decade of American Foreign Policy. Basic Documents 1941-49, Washington D.C., Senate Documents No. 123, 1951.
- Verband der Volksbühnen vereine** (Hrsg.): 16. Volksbühnentag in Stuttgart, Berlin 1954.
- Verfassung des Freistaates Bayern, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, mit einer Einführung von Rudolf Hanauer, München ⁴⁴1971.
- Volksbücherei und Nationalsozialismus, Materialien zur Theorie und Politik des öffentlichen

- Bibliothekswesens in Deutschland 1933-45, zusammengestellt und mit einer Einleitung versehen von **Friedrich Andrae**, in: Beiträge zum Büchereiwesen, Reihe B, Heft 3, Wiesbaden 1970.
- Vorstellungen des **Deutschen Gewerkschaftsbundes** zur Kulturpolitik und Kulturarbeit, Düsseldorf 1981.
- Wille und Werk, Ein Handbuch des Bühnenvolksbundes, hg. von der **Arbeitsgemeinschaft in der Reichsgeschäftsstelle des Bühnenvolksbundes** unter der Leitung von **Wilhelm Karl Gerst**, Berlin 1928.

Zeitungen, Zeitschriften, Amtsblätter

- Die Abendzeitung (AZ)**, Unabhängiges Münchner Nachrichtenblatt, München 1948 ff.
- Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus**, München 1946ff.
- Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt**, hg. von der Bayerischen Staatskanzlei, München 1946 ff.
- Bayerischer Staatsanzeiger**, hg. vom Informations- und Presseamt der Bayerischen Staatsregierung, München 1946 ff.
- Bayerland**, Illustrierte Wochenschrift für Bayerische Geschichte und Landeskunde, München 1890 ff.
- Börsenblatt des deutschen Buchhandels**, Leipzig 1946ff.
- Börsenblatt für den deutschen Buchhandel**, Frankfurt a.M. 1946ff.
- Bundesgesetzblatt (BGBl)**, hg. von der Deutschen Bundesregierung, Bonn 1949ff.
- Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung**, Amtsblatt des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin 1935 ff.
- Echo der Woche**, Unabhängige Wochenzeitung, Berichte und Bilder aus allen Gebieten der Politik, der Kunst und der Unterhaltung, Chefredakteur Harry Schulze-Wilde, München 1946 ff.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung**, Frankfurt a.M. 1949ff.
- Janus**, eine Münchner Halbmonatsschrift, hg. von Hans Ludwig Held, München 1911ff.
- Kritische Rundschau**, hg. von Hans Ludwig Held, München 1913ff.
- Mitteilungen des Arbeitsausschusses für den Bayerischen Buchhandel**, hg. von Annemarie Meiner (MABB), München 1945/46.
- Mitteilungen des Landesverbandes der Bayerischen Buchhändler**, hg. von Annemarie Meiner (MLBB), München 1946ff.
- Münchner Merkur (MM)**, München 1946 ff.
- Münchner Tagebuch**, Kulturelle Wochenblätter mit Veranstaltungskalender, hg. von Hans Joachim Sperr, München 1945 ff.
- Nachrichten für wissenschaftliche Bibliotheken (NfwB)**, hg.i.A. des Vereins Deutscher Bibliothekare, Frankfurt a.M. 1948 ff.
- Die Neue Zeitung (NZ)**, eine amerikanische Zeitung für die deutsche Bevölkerung, hg. im Verlag der amerikanischen Armee, München/Berlin 1945 ff.

- Reichsgesetzblatt** (RGLB), hg. von der Reichsregierung, Berlin.
- Religiöse Kultur**, ein religionswissenschaftliches Archiv, hg. von Hans Ludwig Held, München 1913 ff.
- Der Ruf**, Unabhängige Blätter der jungen Generation, hg. von Alfred Andersch u.a., München 1946.
- Der Spiegel**, Illustrierte Wochenzeitschrift, Hannover 1947 ff.
- Süddeutsche Zeitung** (SZ), Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport, München 1945 ff.
- Volk und Heimat**, Das offizielle Organ des Landesverbandes für freie Volksbildung in Bayern hg. von Hans Ludwig Held, München 1925 ff.
- Volk und Kunst**, Zeitschrift des Kulturbundes/Volksbühne, München 1950ff.
- Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte** (ZBLG), hg. von der Kommission für Bayerische Landesgeschichte in Verbindung mit der Gesellschaft für fränkische Geschichte, München 1928 ff.
- Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie** (ZBB), Frankfurt a.M. 1951ff.
- Zentralblatt für das Bibliothekswesen** (ZfB), Leipzig 1947 ff.
- Einzelne Artikel vor allem der Süddeutschen Zeitung, der Abendzeitung, der Neuen Zeitung und des Münchner Merkur wurden hier nicht gesondert aufgeführt, sie sind dem Text zu entnehmen.

Verwendete und weiterführende Literatur

- Albert, Willi** und **Oehler, Christoph**: Die Kulturausgaben der Länder, des Bundes und der Gemeinden 1950-67, Weinheim 1972.
- Almanach der **Theatergemeinde München**, München 1952.
- Andritzky, Christoph**: Deutsche Kunstpreise 1946-1961, Köln 1962.
- Arnold, Heinz Ludwig** (Hrsg.): Die Gruppe 47. Text und Kritik Sonderband, München 1980. Ausstellungskataloge der **Städtischen Galerie**, vor allem 1947.
- Backer, John H.**: Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands. Amerikanische Deutschlandpolitik 1943-1948, München 1981.
- Baedecker, Walther**: Kulturpflege der Stadt München 1870 bis 1932. Gezeigt an der Geschichte des Stadtarchivs, des Historischen Stadtmuseums, der städtischen Bibliotheken und der städtischen Galerie, Diss. München 1951, in: Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München, hg. von **Reinhold Schaffer**, Bd.6, München 1953.
- Baer, Fritz**: Die Ministerpräsidenten Bayerns 1945-1962, in: ZBLG, Beiheft 3, Reihe B, München 1971.
- Bahn, Volker**: Das subventionierte Theater der Bundesrepublik Deutschland, Diss. masch. Berlin (West) 1972.
- Bauer, Roger**: Das Wiener Volkstheater zu Beginn des 19. Jahrhunderts: Noch nicht und (oder) doch schon Literatur, in: **Jürgen Hein** (Hrsg.), Theater und Gesellschaft, Das Volkstück im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1973, S.29ff.
- Bausch Hans**: Rundfunkpolitik nach 1945, München 1980.
- Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit** und **Weber, Jürgen**: 30 Jahre

- Bundesrepublik Deutschland, Bd. I und II, München 1978 f.
- Bayerisches Staatstheater am Gärtnerplatz** (Hrsg.): 100 Jahre Theater am Gärtnerplatz, München 1965.
- Bayerischer Städteverband** (Hrsg.): Handbuch des Bayerischen Städteverbands, München 1962.
- Beer, Rüdiger Robert und Laux, Eberhard:** Die Gemeinde – Eine Einführung in die Kommunalpolitik, München ²1977.
- ders.:** Schwerpunkte kommunaler Kulturpolitik. Europäische Vergleiche, in: Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V., Bd. 23, Stuttgart 1968.
- Benecke, Otto:** Gemeinnützige und private Kunstpflege, in: Kulturarbeit, Monatsschrift für Kultur- und Heimatpflege, Nr. 1 1949.
- Benzt, Wolfgang:** Amerikanische Kulturpolitik und deutsche Interessen. Verlagswesen und Buchhandel 1945-46, in: ZBLG, Bl. 42, Heft 3, München 1979.
- Bezzel, Irmgard von:** Bayerische Staatsbibliothek München. Geschichte und Bestände, München 1967.
- Der Blaue Reiter. München und die Kultur im 20. Jahrhundert, Ausstellungskatalog zu einer Ausstellung im Haus der Kunst, München 1949.
- Böck, Karl:** Bibliothekslandschaft Bayern, in: Bayerland, München 1966.
- Böhm, Franz Xaver:** Ein neuer Zweig – die öffentlichen Büchereien, in: Bayerland, München 1966.
- Böhringer, Georg:** Literarisch-politische Zeitschriften – eine kommentierte Bibliographie, Magister-Arbeit masch., München 1980.
- Bonde, Hildegard:** Schwedische Bücherhilfe, in: ZBB, Jg. IV, Heft 1, 1955, S.34ff.
- Born, Nicolas und Manthey, Jürgen** (Hrsg.): Nachkriegsliteratur, in: Literaturmagazin 7, Reinbek bei Hamburg 1977.
- Borsdorf, Ulrich und Niethammer, Lutz:** Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, Wuppertal 1976.
- Bosl, Karl** (Hrsg.): Bosls Bayerische Biographie. 8'000 Persönlichkeiten aus 15 Jahrhunderten, Regensburg 1983.
- Braunfels, Michael:** Die Krankheit der verwalteten Musik, Zürich 1975.
- Breitenkamp, Edward C.:** The U.S. Information Control Division and its Effects on German Publishers and Writers, University Station, Grand Forks, N.D. 1953.
- Der grosse **Brockhaus**, Wiesbaden 1954.
- Broszat, Martin; Fröhlich, Elke u.a.** (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit, VI Bände, München, Wien 1977ff.
- Budzinski, Klaus:** Die Muse mit der scharfen Zunge. Vom Cabaret zum Kabarett, München 1961.
- Buergel-Goodwin, Ulrike:** Die Reorganisation der westdeutschen Schriftstellerverbände 1945-1952, Magister-Arbeit masch., München 1975.
- Buhse, Karl Heinrich:** Der Schutz von Kulturgut im Krieg, Hamburg 1959.
- Bungenstab, Karl-Ernst:** Entstehung, Bedeutungs- und Funktionswandel der Amerikahäuser. Ein Beitrag zur Geschichte der amerikanischen Auslandsinformation nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Amerikastudien, 16, 1971.
- ders.:** Umerziehung zur Demokratie? Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone

- 1945-49, Düsseldorf 1970.
- Busse, Gisela von:** Amerikanische Bücherspenden, in: ZBB, Jg. IV, Heft 1, 1955, S.11ff.
- dies.:** Struktur und Organisation des wissenschaftlichen Bibliothekswesens in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1977.
- dies.:** West-german Library Development since 1945, Washington D.C. 1962.
- Buzas, Ladislaus:** Geschichte der Universitätsbibliothek München, Wiesbaden 1972.
- Churchward, Stephen:** Twenty Years of the IYB, in: Library Association Record, November 1968.
- Collegium Carolinum** (Hrsg.): Biographisches Lexikon zur Geschichte der böhmischen Länder, München, Wien 1978, Bd.I.
- Crossley, Winnifred Moffett:** House of a hundred windows: How it happened, in: The Horn Book Magazine, Jg. 48 1972, Nr. 4 und Nr. 6.
- Dahme, Klaus:** Handbuch der Bayerischen Bibliotheken, hg. i.A. der **Bayerischen Staatlichen Bibliotheken**, Wiesbaden 1966.
- Daiber, Hans:** Deutsches Theater seit 1945. BRD – DDR – Österreich – Schweiz, Stuttgart 1976.
- Danler, Karl Robert:** Musik in München. Neubeginn 1945 bis Olympische Spiele 1972, mit einer Einleitung von Alfons Ott, München 1971.
- Davies, Cecil William:** Theater for the People: The Story of the Volksbühne, Manchester 1977.
- Demetz, Peter:** Die süsse Anarchie, Berlin 1970.
- Deutscher Bühnenverein** (Hrsg.): Was spielen die Theater? Bilanz der Spielpläne in der Bundesrepublik Deutschland 1947-75, bearbeitet von **Dieter Hadamczik, Jochen Schmidt** und **Werner Schulze-Reimpehl**, Köln 1978.
- Deutscher Städtetag, Notgemeinschaft der Deutschen Kunst** (Hrsg.): Kulturhandbuch deutscher Städte, Köln 1951.
- ders.:** Deutscher Städtetag im Dienst deutscher Städte 1905-1980, ein kommunales Sachbuch zum 75jährigen Jubiläum, Köln 1980.
- Dibelius, Ulrich:** Moderne Musik 1945-1965, München 1966.
- Doderer, Klaus:** Eine Frau baut eine Jugendbuchbrücke nach Deutschland, in: das gute Jugendbuch, Jg. 15, 1965, Heft 2, S.25ff.
- ders.:** Jella Lepman zum Gedächtnis (1891-1970), in: Bulletin Jugend und Literatur 1970, Heft 10, S.38ff.
- ders.:** Lexikon der Kinder- und Jugendliteratur, Weinheim und Basel 1977. dtv-Konversationslexikon, München 1977 ff.
- Dünninger, Eberhard:** öffentliche Kulturpflege seit 1918, in: **Max Spindler** (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, München 1979, Bd. IV/2, S. 1236ff.
- Eggebrecht, Axel** (Hrsg.): Die zornigen alten Männer – Gedanken über Deutschland seit 1945, Reinbek bei Hamburg 1979.
- Engl, Hans:** Zur Geschichte der Münchner Stadtbibliothek, in: Festschrift für Hans Ludwig Held, München 1950, S.49ff.
- Euler Friederike:** Der Regisseur und Schauspielpädagoge Otto Falckenberg, in: **Klaus Lazarowicz** (Hrsg.), Münchner Beiträge zur Theaterwissenschaft, München 1976.
- dies.:** Theater zwischen Anpassung und Widerstand. Die Münchner Kammerspiele im Dritten

- Reich, in: **Martin Broszat, Elke Fröhlich** (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. II, München, Wien 1979, S.91ff.
- Falter, Konrad:** Das literarische Gesicht der Münchner Kammerspiele, Diss., München 1953.
- Fink, Alois:** Nachruf für Professor Held, Sendung des Bayerischen Rundfunks am 3. August 1954.
- Frankel, Charles:** The Neglected Aspekt of Foreign Affairs: American Educational and Cultural Policy Abroad, Washington D.C. 1966.
- Frenzel, H.A. und E:** Daten deutscher Dichtung. Chronologischer Abriss der deutschen Literaturgeschichte, Bd.II, Vom Biedermeier bis zur Gegenwart, München ¹⁷1980.
- Fricke, Gerhard und Schreiber, Mathias:** Geschichte der deutschen Literatur, Paderborn 1974.
- Fuchs, Andreas:** Die Vergnügungssteuer in Bayern, München 1958.
- Fuchs, Hermann:** Die Unterstützung der westdeutschen wissenschaftlichen Bibliotheken durch die französische Regierung, in: ZBB, Jg. V, Heft 6, 1959, S.23ff.
- Fuchs, Konrad; Raab, Heribert:** dtv-Wörterbuch zur Geschichte, München ³1977.
- Fürstenau, Theo:** Die Anfänge des deutschen Films nach 1945. Zu der Retrospektive «Deutscher Nachkriegsfilm» 1946-49, in: Die Information aus dem Deutschen Institut für Filmkunde 1-3, 1978.
- Galinsky, Hans:** Amerikanisch-deutsche Sprach- und Literaturbeziehungen. Übersicht und Forschungsbericht 1945-1970, Frankfurt a.M. 1972.
- Gärtner, Marlene:** Der Verband der deutschen Volksbühnenvereine, Düsseldorf 1978.
- Gebhardt** Handbuch der deutschen Geschichte, München im dtv 1973 ff.
- Gehring, Hansjörg:** Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945-53. Ein Aspekt des Re-education-Programms, Stuttgart 1976.
- Gerndt, Helge:** Kultur als Forschungsfeld, München 1981.
- Gimbel, John:** Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945-1949, Frankfurt a.M. 1971.
- ders.:** A German Community under American Occupation. Marburg 1945-52, Stanford 1961.
- Glaser, Hermann:** Urbanistik. Neue Aspekte der Stadtentwicklung, München 1974.
- Glozer, Laszlo:** Westkunst. Zeitgenössische Kunst seit 1939, Köln 1981.
- Golleck, Rosel:** Städtische Galerie im Lenbachhaus, in: **Erich Steingräber** (Hrsg.), Grosse Gemäldegalerien, München 1980.
- Greverus, Ina Maria:** Kultur und Alltagswelt, München 1978.
- Häberle, Peter:** Kulturpolitik in der Stadt – ein Verfassungsauftrag, Karlsruhe 1979.
- Hain, Sybille:** Vom Volkstheater zur politischen Massenveranstaltung. Eine Studie über die theatralischen Wirkungselemente in der sowjet-kommunistischen Publizistik, München 1948.
- Haiefeld, Horst O.:** Vom Besatzungs- zum Parteienrundfunk, in: Studienkreis Rundfunk und Geschichte, Mitteilungen Heft 6/1980.
- Hanko, Helmut M.:** Kommunalpolitik in München 1933-1935, in: **Martin Broszat, Elke Fröhlich** (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd.3, München, Wien 1981.

- ders.:** Thomas Wimmer 1887-1964. Entwicklung und Weg eines sozialdemokratischen Kommunalpolitikers, in: Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München, hg. von **Karl Bosl** und **Michael Schattenhofer**, Heft 73, München 1977.
- Härtel, Lia:** Der Länderrat der amerikanischen Besatzungszone, Stuttgart, Köln 1951.
- Karl Amadeus Hartmann und die Musica Viva, hg. von der **Bayerischen Staatsbibliothek** als Katalog zu der Ausstellung vom 19.6. bis 29.8.1980, München, Zürich 1980.
- Hay, Gerhard:** Wiederkehr und Aufbruch in der Literatur, in: Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945-1949, hg. von Mitarbeitern des **Instituts für Zeitgeschichte München**, München 1976, S. 135ff.
- ders.** (Hrsg.): Zur literarischen Situation 1945-49, Kronberg 1977.
- Hay, Gerhard; Rambaldo, Hartmut; Storck Joachim W.:** Als der Krieg zu Ende war. Ausstellungskatalog des Literaturarchivs Marbach, Marbach, Stuttgart 1973.
- Hein, Jürgen** (Hrsg.): Theater und Gesellschaft. Das Volksstück im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1973.
- Held, Jutta:** Kunst und Kunstpolitik in Deutschland 1945-49, Berlin (West) 1981.
- Der grosse **Herder**, Freiburg ⁵1956.
- Hermant, Jost; Peitsch, Helmut** und **Scherpe, Klaus R.** (Hrsg.): Nachkriegsliteratur in Westdeutschland 1945-49. Schreibweisen, Gattungen, Institutionen, Stuttgart 1982.
- Heydorn, Heinz-Joachim:** Der Kulturauftrag der Kommunen, in: **Hilmar Hoffmann** (Hrsg.), Perspektiven der kommunalen Kulturpolitik, Frankfurt a.M. 1974, S. 15 ff.
- Hoffmann, Hilmar:** Kultur für alle, Perspektiven und Modelle, Frankfurt a.M. 1979.
- ders.** (Hrsg.): Perspektiven kommunaler Kulturpolitik, Frankfurt a.M. 1974.
- Hoffmann, Wilhelm:** Die Schweizer Bücherhilfe, in: ZBB, Jg. VI, Heft 1 1959, S.2ff.
- Hofmann, Gustav:** Die bayerischen Bibliotheken nach dem Zweiten Weltkrieg, in: ZBLG 15, 2, München 1949.
- Hoh-Slodzyk, Christine:** Kunststadt und Künstlervilla, in: **Joachim Poetter** (Hrsg.), Franz von Stuck 1863-1928, München 1982, S. 16ff.
- Hollweck, Ludwig:** 100 Jahre Münchner Stadtbüchereien, in: Bibliotheksforum Bayern, hg. von der **Generaldirektion der Bayerischen Staatlichen Bibliotheken**, Pullach 1973.
- ders.** (Hrsg.): Unser München. Eine Lesebuch zur Geschichte der Stadt im 20. Jahrhundert, München 1980.
- Honnegger, Marc** und **Massenkeil, Günther** (Hrsg.): Das Grosse Lexikon der Musik, Freiburg, Basel, Wien 1976.
- Hupka:** Die Bamberger Symphoniker, Rundfunkmanuskript, München 1953.
- Hüppauf Bernhard** (Hrsg.): «Die Mühen der Ebenen». Kontinuität und Wandel in der deutschen Literatur und Gesellschaft, Stuttgart 1981.
- Hurwitz, Harold:** Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945-1949, Köln 1972.
- Hütze, Joachim:** Volkstümliche Elemente im modernen deutschen Drama. Ein Beitrag zur Theorie und Praxis des Volksstücks im 20. Jahrhundert in: Hessische Blätter für Volkskunde 61, 1970, S. 11 ff.
- Institut für angewandte Sozialwissenschaften** (Hrsg.): Meinungen über München, Bad Godesberg 1963.

- ders.:** Der Zuzug nach München, eine Untersuchung über die soziologischen und psychologischen Folgen des Wanderungsgewinns, Bad Godesberg 1961/62.
- Ischreyt, Heinz:** Deutsche Kulturpolitik, Informationen über ihre pluralistischen und totalitären Formen. Ein Leitfaden, Bremen 1964.
- Ismayr, Wolfgang:** Das politische Theater in Westdeutschland, Kronberg 1977.
- Jonas Lutz:** Die Finanzierung der öffentlichen Theater in der Bundesrepublik Deutschland, Diss. Mainz 1972.
- Jungmichel, Johannes:** Nationalsozialistische Literaturlenkung und bibliothekarische Buchbesprechung, Berlin 1974.
- Kaufmann, Harald:** Umschichtungen und Umwertungen im Musikleben am Beispiel Österreichs, in: **Rudolf Stephan** (Hrsg.): Über das Musikleben der Gegenwart, Berlin 1968, S.61ff.
- Keller, Horst** (Hrsg.): Kunst, Kultur, Köln. Notizen zu dreissig Jahren, Köln 1979.
- Kienle, Richard von:** Fremdwörterlexikon, München o.J.
- Kindlers Literatur Lexikon** im dtv., München 1974.
- King, Janet:** Literarische Zeitschriften 1945-70, Stuttgart 1974.
- Kirchner, Joachim** (Hrsg.): Lexikon des Buchwesens, Stuttgart 1953.
- Klose, Olaf:** Dänische Bücherspenden für deutsche Bibliotheken, in: ZBB, Jg. IV, Heft 1, 1955, S. 32 ff.
- Knapp, Manfred:** Die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach 1945, Frankfurt, New York 1975.
- ders.:** Die Stimme Amerikas. Auslandspropaganda der USA unter der Regierung John F. Kennedys, Opladen 1972.
- Kocka, Jürgen:** Restauration oder Neubeginn? Deutschland 1945-1949, in: L' 76,11, 1979.
- Koebner, Thomas** (Hrsg.): Tendenzen der deutschen Literatur seit 1945, Stuttgart 1971.
- Korn, Karl:** Die Kulturfabrik, Wiesbaden 1953.
- Kosch, Wilhelm:** Deutsches Literaturlexikon, Biographisches und Bibliographisches Handbuch, Bern ²1949 ff.
- Krafft, Ludwig:** Hans Ludwig Held, in: **Stadtbibliothek München** (Hrsg.), Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Handschriften-Sammlung, München 1973.
- ders.:** Das Münchner Büchereiwesen 1871-1954, in: Das Münchner Büchereiwesen 1871-1954, hg. von der **Direktion der Städtischen Bibliotheken**, München 1954.
- Krauss, Marita:** Beiträge zur Geschichte der Münchner Bibliotheken 1945-1948, Magister-Arbeit masch., München 1981.
- dies.:** Markenfreie Literatur? Bibliothekswesen und Buchhandel in den Nachkriegsjahren in: **Friedrich Prinz** (Hrsg.), Trümmerzeit in München, München 1984, S.235ff.
- dies.:** Provinzialität und Weltbürgertum – Münchner städtische Kulturpolitik 1945-1949, in: **Friedrich Prinz** (Hrsg.), Trümmerzeit in München, München 1984, S.21ff.
- Kreissig, Gerald; Tressler, Heidemarie; Uslar, Jochen von** (Hrsg.): Kultur in den Städten, in: neue Schriften des Deutschen Städtetags 37, Köln 1979.
- Krieg, Nina A.:** München, leuchtend und ausgebrannt... Denkmalpflege und Wiederaufbau

- in den Nachkriegsjahren, in: **Friedrich Prinz** (Hrsg.), Trümmerzeit in München, München 1984, S.69ff.
- dies.:** Zum Wiederaufbau der Kulturdenkmäler am Beispiel Münchens nach dem 2. Weltkrieg, Magister-Arbeit masch., München 1984.
- Krieg, Werner:** Englische Hilfsmassnahmen für deutsche wissenschaftliche Bibliotheken, in: ZBB, Jg. IV, Heft 1, 1955, S.26ff.
- Kritisches Lexikon zur deutschsprachigen Gegenwartsliteratur, hg. von **Heinz Ludwig Arnold**, München 1978 ff.
- Kröll, Friedhelm:** Die Gruppe 47. Soziale Lage und gesellschaftliches Bewusstsein literarischer Intelligenz in der BRD, Stuttgart 1977.
- dies.:** Literaturpreise nach 1945. Wegweiser in die Restauration, in: **Jost Hermand, Helmut Peitsch, Klaus R. Scherpe** (Hrsg.), Nachkriegsliteratur in Westdeutschland 1945-1949. Schreibweisen, Gattungen, Institutionen, Berlin 1982.
- Kürschners** Literaturkalender, Berlin 1945 bis 1980.
- Lang, Hugo (OSB):** Hans Ludwig Held und die religiöse Volksbildung, in: Festschrift Karl Witthalm, Erwachsenenbildung heute und morgen, München 1962, S. 142 ff.
- Lange, Wigand:** Theater in Deutschland nach 1945. Zur Theaterpolitik der amerikanischen Besatzungsbehörden, Frankfurt a.M., Bern, Cirencester/U.K. 1980.
- Lange-Quassowski, Jutta-B.:** Neuordnung oder Restauration. Das Demokratiekonzept der amerikanischen Besatzungsmacht und die politische Sozialisation der Westdeutschen. Wirtschaftsordnung – Schulstruktur – Politische Bildung, Opladen 1979.
- Langenstein, York:** Der Münchner Kunstverein im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Entwicklung des Kunstmarkts und des Ausstellungswesens, in: Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München, hg. von **Karl Bosl** und **Richard Bauer**, München 1983, Heft 122.
- Lattmann, Dieter:** Der Staat und die schwierigen Künstler. Künstlerpolitik der Bundesregierung, Bonn 1976.
- Laturell, Volker D.:** Theater und Jugend in München, eine Zusammenstellung aus 500 Jahren Theatergeschichte, München 1970.
- Lehnert, H.:** Die Gruppe 47. Ihre Anfänge und ihre Gründungsmitglieder, in: Deutsche Gegenwartsliteratur. Ausgangspositionen und aktuelle Entwicklung, hg. von **Manfred Durzak**, Stuttgart²1981.
- Lemp, Richard:** Die Handschriften-Sammlung der Stadtbibliothek München, in: Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Handschriften-Sammlung, München, hg. von **der Stadtbibliothek München**, München 1973, S. 5 ff.
- Lettau, Reinhard** (Hrsg.): Die Gruppe 47, Neuwied, Berlin 1967.
- Leyh, Georg:** Handbuch der Bibliothekswissenschaft, München 1955.
- Lieb, Norbert:** München. Lebensbild einer Stadtkultur, München 1952.
- Linke, Norbert:** Musik zwischen Konsum und Kult, Wiesbaden 1972.
- Maassen, Ludwig:** Der Kampf um den Rundfunk in Bayern, Berlin 1979.
- Matz, Elisabeth:** Die Zeitungen der US-Armee für die deutsche Bevölkerung (1944-46), Münster 1969.
- Meier, Bettina:** Die Münchner Kammerspiele während der Intendanz Erich Engels. Wiederaufbau und Neubeginn 1945-1947, Diss. masch. München 1982.
- Merritt, Anna** und **Richard:** Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS-Surveys

- 1945-49, Urbana, Chicago, London 1970.
- Mettler, Barbara:** Demokratisierung und Kalter Krieg. Zur amerikanischen Informations- und Rundfunkpolitik in Westdeutschland 1945-1949, Berlin 1975.
- Middendorf, Heinrich:** Die Bayerische Staatsbibliothek 1945-64, in: Festschrift für Gustav Hofmann, München 1964.
- Montag, Helga:** Privater oder öffentlich-rechtlicher Rundfunk? Berlin 1978.
- Moras, Joachim und Poeschke, Hans** (Hrsg.) unter Mitwirkung von **Wolfgang von Einsiedel:** Deutscher Geist zwischen Gestern und Morgen. Bilanz der kulturellen Entwicklung seit 1945, Stuttgart 1954.
- Müller, Gerd:** Das Volksstück von Raimund bis Kroetz, München 1979.
- Müller, Henning:** Theater im Zeichen des Kalten Krieges. Untersuchungen zur Theater- und Kulturpolitik in den Westsektoren Berlins 1945-53, Diss., Berlin (West) 1976.
- Müller-Mehlis, Reinhard:** Die Kunst im Dritten Reich, München 1976.
- München von A-Z, Stadtlexikon, hg. von **Walter Butry**, München 1966.
- Nerdinger, Winfried:** Aufbauzeit. Planen und Bauen 1945-1950, München 1984.
- ders.:** Die «Kunststadt» München, in: **Christoph Stölzl** (Hrsg.) Die zwanziger Jahre in München, Ausstellungskatalog des Münchner Stadtmuseums, München 1979, S.93ff.
- Nick, Edmund:** Münchner Musikberichte. Kritiken und Essays, Tutzing 1971.
- Nicolaus, Karlheinz:** ‚Restauration‘ oder Renaissance der Demokratie? Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, Berlin 1982.
- Niethammer, Lutz:** Amerikanische Besatzung und bayerische Politik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 15, H.2, Stuttgart 1967.
- ders.:** Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt a.M. 1972.
- Ott, Alfons** (Hrsg.): Die Münchner Philharmoniker 1893-1968. Ein Kapitel Kulturgeschichte, in Zusammenarbeit mit **E. W. Faehndrich**, München 1968.
- ders.:** Das städtische Bityotheks- und Büchereiwesen 1945-55, München 1955.
- ders.:** Die städtischen Bibliotheken Münchens, in: Festschrift für Hans Moritz Meyer, Berlin 1975.
- Pander, Oskar von:** Clemens Krauss in München, München 1955.
- Pappermann, Ernst:** Stellenwert und Finanzierung kommunaler Kulturarbeit, in: **Deutscher Städtetag** im Dienst Deutscher Städte, Köln 1980, S.73ff.
- Petzet, Wolfgang:** Otto Falckenberg, Mein Leben – mein Theater, München 1944.
- ders.:** Theater – die Münchner Kammerspiele, München 1973.
- Poeschke, Karl:** Das Theaterpublikum im Lichte der Soziologie und Psychologie, in: Die Schaubühne, hg. von **Carl Niessen** in Verbindung mit **Arthur Kutscher**, Bd.41, Emschetten (Westf.) 1951.
- Prieberg, Fred K.:** Musik im NS-Staat, Frankfurt a.M. 1982.
- Prinz, Friedrich:** Münchens geistiges Leben in den zwanziger Jahren, in: **Christoph Stölzl** (Hrsg.), Die zwanziger Jahre in München, München 1979, S. 19ff.
- ders.:** Münchner Kultur – Kultur in München 1945/49. Nature morte oder Musica Viva? in: **Friedrich Prinz**, Trümmerzeit in München, München 1984, S.9ff.
- ders.** (Hrsg.): Trümmerzeit in München. Kultur und Gesellschaft einer deutschen Grossstadt

- im Aufbruch 1945-1949, München 1984.
- Ramsegger, Ingeborg:** Jella Lepman und das internationale Kuratorium für das Jugendbuch, in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe, Jg. 26, 1970, Nr. 88.
- dies.:** Kinderliteratur in 70 Sprachen. Die IJB in München wird 25 Jahre alt, in: Börsenblatt, Frankfurter Ausgabe, Jg. 30, 1974, Nr. 26.
- Richter, Hans Werner:** Hans Werner Richter und die Gruppe 47, München 1979.
- ders.** (Hrsg.): Almanach der Gruppe 47 1947-62, Reinbek bei Hamburg 1962. **Riemanns** Musik Lexikon, hg. von **Willibald Gurlitt**, Mainz 1961.
- Riess, Kurt:** Schicksale im Nachkriegsdeutschland. Sie haben es noch einmal geschafft, Berlin, Frankfurt a.M. 1955, S. 273ff.
- Rischer, Walter:** Die nationalsozialistische Kulturpolitik in Düsseldorf 1933-1945, Düsseldorf 1972.
- Roh, Franz:** Kommentare zur Kunst, München 1948.
- Ruhl, Klaus Jörg:** Die Besatzer und die Deutschen. Amerikanische Zone 1945-1948, Düsseldorf 1980.
- Ruppel, Karl Heinrich:** Musik in Deutschland, München 1952.
- ders.:** Musica Viva, München 1959.
- Sauberzweig, Dieter:** Kulturpolitik und Stadtentwicklung, in: **Hilmar Hoffmann** (Hrsg.), Perspektiven der kommunalen Kulturpolitik, Frankfurt a.M. 1974, S. 37ff.
- ders.:** Städtische Kulturpolitik, in: Der Städtetag, Köln 1970, S. IIIff.
- Schäfer, Hans Dieter:** Das gespaltene Bewusstsein. Deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933-1945, München, Wien 1981.
- ders.:** Zur Periodisierung der Deutschen Literatur seit 1930, in: **Nicolas Born, Jürgen Manthey** (Hrsg.), Literaturmagazin 7, Reinbek bei Hamburg 1977.
- Scharioth, Joachim:** Kulturinstitutionen und ihre Besucher. Eine vergleichende Untersuchung bei ausgewählten Theatern, Museen und Konzerten im Ruhrgebiet, Diss., Essen 1974.
- Schaumberg, Georg:** Das Königliche Theater an dem Isartore in München, Geschichte einer Volksbühne, in: Beiträge zur Literatur- und Theatergeschichte, Festgabe für Ludwig Geiger, Berlin 1928, S. 258 ff.
- Scherf, Walter:** Die Internationale Jugendbibliothek in München, in: Librarium, Zeitschrift der **Schweizerischen Bibliophilen-Gesellschaft**, Jg. 16, Heft 3, Dezember 1973, S. 165 ff.
- Scherpe, Klaus R.:** In Deutschland unterwegs. Reportagen, Skizzen, Berichte 1945-48, Stuttgart 1982.
- Schmid, Hans:** Musik, in: **Max Spindler** (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/2, München 1979, S. 1212ff.
- Schmidt, Leopold:** Das deutsche Volksschauspiel, Ein Handbuch, Berlin 1962.
- Schöne, Albrecht:** Genossenschaftsartige Vereinigungen der Theaterbesucher, Göttingen 1960.
- Schossig, Bernhard:** Die Akademischen Arbeiter-Unterrichtskurse in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in München, Diss. masch., München 1984.
- ders.:** Volksbildung. Modernität aus Tradition, in: **Friedrich Prinz** (Hrsg.), Trümmerzeit in

- München, München 1984, S. 161 ff.
- Schreiber Hans J.:** Die geschichtliche Entwicklung des Rundfunks in Bayern 1923-1949, Diss. masch., München 1949.
- Schwab, Claus-Dieter:** Amerikanische Kulturpolitik in Deutschland, Fallbeispiel München, 1945-1947, Staatsarbeit masch., München 1982.
- ders.:** Kultur zwischen Kontrolle und Kleiner Freiheit – amerikanische Kulturpolitik in München am Beispiel der Information Control Division, in: **Friedrich Prinz** (Hrsg.), Trümmerzeit in München, München 1984, S.60ff.
- Schwencke, Olaf; Revermann, Klaus H.; Spielhoff, Alfons** (Hrsg.): Plädoyers für eine neue Kulturpolitik, München 1974.
- Schwering, Ernst:** Die Gemeinden und die Kultur, Vortrag vor dem XII. Internationalen Gemeindegkongress in Rom am 28.9.1955, Stuttgart 1955, Sonderdruck aus Der Städtetag, Heft 10/1955.
- Seeling, August:** Die Gemeinde und die Kulturpolitik, Hannover 1960.
- ders.:** 25 Jahre für die Kultur. August Seeling im Kulturausschuss des Deutschen Städtetages, Köln 1976.
- Silkenbaumer, Rainer:** Kulturarbeit – die Innenpolitik von morgen, Hannover 1980.
- Sorensen, Theodore C.:** The Word War. The Story of American Propaganda, New York 1968.
- Spielhoff, Alfons:** Kulturpolitik am Wendepunkt, ein Vortrag gehalten am 16.10.1973 in Dortmund, in: Dortmunder Vorträge, Heft 111/112, Dortmund 1973.
- ders.:** Möglichkeiten und Grenzen kulturpolitischer Alternativen, Vortrag, in: Dortmunder Vorträge, Heft 116, Dortmund 1974.
- Spindler, Max:** Dreimal München – König Ludwig I. als Bauherr, 2 Vorträge zur Geschichte Münchens, München 1958.
- ders.** (Hrsg.): Handbuch der bayerischen Geschichte, vor allem Bd.IV/1 und IV/2, München 1979.
- Stadtbibliothek München** (Hrsg.): Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Handschriften Sammlung, Hans Ludwig Held zum Gedenken, redaktionell betreut von **Richard Lemp**, München 1973.
- Steinborn, Peter:** Grundlagen und Grundzüge Münchner Kommunalpolitik in den Jahren der Weimarer Republik, München 1968.
- Steingräber, Erich** (Hrsg.): Grosse Gemäldegalerien, München 1980.
- Stern, Carola; Vogelsang, Thilo; Kloss, Erhard; Graff, Albert:** dtv-Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert, München 1974.
- Stölzl, Christoph** (Hrsg.): Die zwanziger Jahre in München, Katalog zu einer Ausstellung im Münchner Stadtmuseum, München 1979.
- Stuckenschmid, Hans Heinz:** Die Musik eines halben Jahrhunderts, München, Zürich 1976.
- Tent, James F.:** Amerikanische Bildungspolitik 1944 bis 1949, in: Umerziehung und Wiederaufbau, hg. von **Manfred Heinemann**, Stuttgart 1981.
- ders.:** Mission on the Rhine. Reeducation and Denazification in American-occupied Germany, Chicago, London 1982.
- Thalmann, Lothar** (Hrsg.): 100 Jahre Stadtbüchereien, 70 Jahre Musikbibliothek, München 1972/73.

- Thiele, Ernst** (Bearbeiter): Deutsche Kunstpreise 1946-1961. Eine Dokumentarische Übersicht, hg. vom **Deutschen Kunstrat**, Stuttgart²1962.
- ders.** (Hrsg.): Die Situation der bildenden Kunst in Deutschland, Stuttgart 1954.
- Thron, Hans-Joachim**: Schulreform im besiegten Deutschland: Die Bildungspolitik der amerikanischen Militärregierung nach dem Zweiten Weltkrieg, Diss., München 1972.
- Timmermann Johannes**: Schule und Jugend in der Trümmerzeit, in: **Friedrich Prinz** (Hrsg.), Trümmerzeit in München, München 1984, S. 168 ff.
- Tressler, Heidemarie**: Einige Aufgaben und Bestrebungen kommunaler Kulturpolitik, Staatsarbeit masch., Bonn 1980.
- Trommler, Frank**: Der «Nullpunkt 1945» und seine Verbindlichkeit für die Literaturgeschichte, in: Basis I, Jahrbuch deutscher Gegenwartsliteratur, hg. von **R. Grimm, J. Hermand**, Bad Homburg 1970.
- ders.**: Der zögernde Nachwuchs, in: Tendenzen der deutschen Literatur seit 1945, hg. von **Thomas Koebner**, Stuttgart 1971.
- Umlauff, Ernst**: Der Wiederaufbau des Buchhandels. Beiträge zur Geschichte des Buchhandels nach 1945, Frankfurt 1978.
- Universität Frankfurt**, erziehungswissenschaftliche Fakultät, **Institut für Jugendbuchforschung** (Hrsg.): Dank an Jella Lepman, Frankfurt a.M. 1969.
- Vaillant, Jerome**: Les Etats-Unis contre le nazisme, in: La denazification par les vainqueurs, hg. von **Jerome Vaillant**, Lille 1981.
- ders.**: Der Ruf. Unabhängige Blätter der jungen Generation (1945-1949), München, New York, Paris 1978.
- ders.** (Hrsg.): La denazification par les vainqueurs, Lille 1981.
- Verein Bildender Künstler e.V. «Secession»**: Die Münchner Secession und ihre Galerie, Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 10.7.-14.9.1975, München 1975.
- Vogt, Paul**: Malerei der Gegenwart von 1945 bis heute, München 1981.
- Wacker Hans**: Nachlass Verwaltung oder demokratische Erneuerung? Münchner Kommunalpolitik nach 1945, in: **Friedrich Prinz** (Hrsg.), Trümmerzeit in München, München 1984, S. 39ff.
- Wagner, Hans**: 200 Jahre Münchner Theaterchronik 1750-1950. Theatergründungen, Ur- und Erstaufführungen etc., München 1958.
- Weber, Birgit**: Die Kulturpolitik der Verlage nach dem 2. Weltkrieg 1945-50, Magister-Arbeit masch., München 1980.
- Wehdeking, Volker Christian**: Alfred Andersch, Stuttgart 1983.
- ders.**: Eine deutsche ‚Lost Generation‘ Die 47er zwischen Kriegsende und Währungsreform, in: **Nicolas Born** und **Jürgen Manthey**, Literaturmagazin 7, Nachkriegsliteratur, Reinbek bei Hamburg 1977.
- ders.**: Der Nullpunkt. Über die Konstituierung der deutschen Nachkriegsliteratur in den amerikanischen Kriegsgefangenenlagern 1945-1948, Stuttgart 1971.
- Weigl, Eugen**: Die Münchner Volkstheater im 19. Jahrhundert 1817-1900, in: Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München, hg. von **Michael Schattenhofer**, München 1961, Bd. 13.
- Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik, hg. von Mitarbeitern des **Instituts für Zeitgeschichte München**, München 1976.

- Whetten-Indra, Gabriele:** Literarisches Leben in München 1918 bis 1933, in: **Christoph Stölzl** (Hrsg.), Die zwanziger Jahre in München, München 1979, S.37ff.
- Widmer, Sigmund:** Zürich als Anlass, Zürich, München 1979.
- Wiedenhorn, Dagmar:** Gründung und Aufbau der «Süddeutschen Zeitung» von 1945 bis 1949, Magister-Arbeit masch., München 1982.
- Wischer, Erika:** Das Wallner-Theater in Berlin unter der Direktion von Franz Wallner (1855-1948). Das Berliner Lokalpossentheater des Nachmärz, Diss. Berlin (West) 1966.
- Wulf, Josef:** Die bildenden Künste im Dritten Reich, Gütersloh 1963.
- ders.:** Literatur und Dichtung im Dritten Reich, Gütersloh 1963.
- ders.:** Musik im Dritten Reich, Gütersloh 1963.
- Wiurz, Anton:** Chormusik bei den Münchner Philharmonikern, in: Die Münchner Philharmoniker 1893-1968, hg. von **Alfons Ott** unter Mitarbeit von **E.W. Faehndrich**, München 1968, S.60ff.
- Zentgraf, Christiane** (Red.), Zur Lage der Musiktheater in Europa, erstellt an dem Forschungsinstitut für Musiktheater der Universität Bayreuth, Thurnau 1979.
- Zorn, Wolfgang:** Geschichte und Entwicklung der Erwachsenenbildung in Bayern in: Das Forum, Jg. 2, Beilage zu Heft 3, 1962, S. 10ff.
- Zweite, Armin:** Das Volk ist nicht «tümlich» – Beobachtungen zu Gemälden Joseph Scharls, in: **Aloys Greither, Armin Zweite** (Hrsg.), Joseph Scharl 1896-1954, München 1982, S.9ff.
- ders.:** von der Künstlervilla zur städtischen Galerie, in: Museum – Lenbachhaus München, Braunschweig 1978, S. 12.
- Zwischen Widerstand und Anpassung. Kunst in Deutschland 1933-1945. Berlin 1978.
- Zürcher, Gustav:** Trümmerlyrik. Politische Lyrik 1945-1950. Kronberg/Ts. 1977.

Bildnachweis

- S. 2 Rudolf Schlichter: Hans Ludwig Held. «Der Simpl» 1947, Heft 11, S. 130.
- S. 24 Franziska Bilek: Hans Ludwig Held. Handschriften-Abteilung der Stadtbibliothek München, Nachlass Held, Brief F. Bileks an Held, undatiert.
- S. 27 Franziska Bilek: Hans Ludwig Held. Handschriften-Abteilung der Stadtbibliothek München, Nachlass Held, Brief F. Bileks an Held vom 9.3.1951.
- S. 35 Franziska Bilek: München, «Bayerland» 1953, Heft 1.
- S.42 Ernst-Maria Lang: Die Münchner Kulturverwaltung. «Bayerland» 1953, Heft 1.
- S.45 H. Beyer: Die Unentschädigten. «Der Simpl» 1946, Heft 11, S. 130.
- S. 46 H. Beyer: Die Unbeschädigten. «Der Simpl» 1946, Heft 11, S. 131.
- S. 56 Helmut Huth: Die Pfändung. «Der Simpl» 1948, Heft 17, S. 199.
- S. 61 Rolf Peter Bauer: Herbert von Karajan, Joseph Keilberth. Im Besitz der Städtischen Musikbibliothek München.
- S.62 Rolf Peter Bauer: Eugen Jochum, Karl Amadeus Hartmann. Im Besitz der Städtischen Musikbibliothek München.
- S.67 Rolf Peter Bauer: Fritz Rieger. Im Besitz der Städtischen Musikbibliothek München.
- S. 89 Nyary: Largo Lamentoso. «Der Simpl» 1947, Heft 2, S. 20.
- S. 115 Rolf Peter Bauer: Erich Kästner. Privatbesitz Herta Bauer.
- S. 119 Jörg Wisbeck: Wendung zum Besseren. «Der Simpl» 1946, Heft 2, S. 19.
- S. 121 Franziska Bilek: Und neues Leben blüht aus den Ruinen. «Der Simpl» 1947, Heft 1, S.3.
- S. 179 K.J. Blisch: Nachkriegs-Forschungsanstalt. «Der Simpl» 1950, Heft 2, S.22.
- S. 185 Eugen Croissant: Goethepreisträger gesucht. «Der Simpl» 1949, Heft 4, S. 46.
- S. 197 Eugen Croissant: Paragrafenreiter. «Der Simpl» 1949, Heft 18, S. 214.
- S. 207 Franziska Bilek: Müde wie Ausstellungsbesucher. «Der Simpl» 1948, Heft 10, S.115.
- S. 209 Eugen Croissant: Moderne Kunst. «Der Simpl» 1949, Heft 8, S. 90 und Heft 14, S. 166.
- S. 213 Max Radler: Münchner Künstlersorgen. «Der Simpl» 1946, Heft 1, S. 10.
- S. 225 Bill Nagel: Berufsverband Bildender Künstler. «Der Simpl» 1948, Heft 18, S.213.

Register

Personenregister

- Abendroth, Hermann 65
Achmann, Josef 244
Ackermann, Max 47, 266, 278, 360
Ade, Peter A. 214,361
Aichinger, Use 195
Aigner, Eduard 220, 364, 366
Altmann, Hans 263
Altmann, Karl 248 f.
Alverdes, Paul 182, 194, 319
Ambesser, Axel von 283 f., 286, 293
Andersch, Alfred 186, 195, 314
Andres, Stefan 35, 196f., 326, 353
Ankermüller, Willi 197, 353
Anzengruber, Ludwig 126, 129, 299, 308
Arnold, Karl 244
Auer, Erhard 140, 309
Auerbach, Philipp 268
- Bach, Johann Sebastian 274 f.
Bach, Rudolf 195, 223, 352
Bächler, Wolfgang 186, 195, 346
Bachrach-Barée, Helmut 359
Barlach, Ernst 101
Bauckner, Arthur 309
Baudenbach, Hermann 206, 218 f., 364
Baumann, Jacob 309, 311 f.
Baumeister, Willi 218,360
Beckerath, Alfred von 279
Beckmann, Max 218,358
Beethoven, Ludwig van 14, 67, 90f., 145 f.,
260, 272
Behr, Walter 49, 124, 170, 293, 297, 303
Bender, Ludwig 132, 137, 304, 307 f.
Bergner, Elisabeth 101
Bergold, Werner 349 f.
Bernhart, Josef 186, 345
Berrenberg, Paul 108, 288, 293 f.
Besold, Anton 201,255,266,355
Bilek, Franziska 26
Billinger, Richard 21, 133, 186f., 308, 345
Binter, Hilmar 100, 109-111,288-290
Birgel, Willy 140
Birkmann, Inge 284
- Blau, Otto 198
Bloch, Chaim 16
Blocherer, Karl 341
Bock, Ludwig 244
Bogliano, Ludwig 365
Böhm, Max 96, 277
Bonsels, Waldemar 187, 195, 352
Bössl, Rudolf 43, 86f., 102, 124, 163, 241,
261,264, 282, 285
Brahms, Johannes 91, 145
Brandenburg, Hans 17f., 21, 195, 234, 352
Brandhuber, Josef 241
Branz, Gottlieb 47, 103, 132, 135, 241, 266,
296, 298 f.
Braun, Hanns 188, 194
Brecht, Bertold 99, 101, 144, 283, 313
Brehm, Bruno 154, 320
Breitenbach, Paula 241
Brenner, Eduard 194
Brenninger, Georg 216, 362
Britting, Georg 21, 186, 194, 345
Bronnen, Arnold 101
Brücher, Hildegard 171,333
Bruckner, Anton 62, 145
Brust, Walter 351
Buchheim, Lothar-Günther 218f., 359, 363 f.
Buckwitz, Harry 41, 47, 102, 105, 118, 120
124L, 128-130, 132-138, 140f., 282, 285f.,
295-299, 302f., 305-311
Buttmann, Rudolf 21
- Calderon, Pedro 302
Carossa, Hans 23, 148, 154, 187, 194-196,
319f., 346, 351
Carstens, Lina 101
Caspar, Horst 118, 120, 283, 286, 295
Caspar, Karl 44, 222
Caspar-Filser, Maria 244
Celibidache, Sergiu 63, 250
Chagall, Marc 218,363
Chamberlain, Houston St. 154, 320
Clausewitz, Karl von 154

- Clemen, Wolfgang 351
 Coester, Oskar 218, 222, 244
 Conrad-Martius, Hedwig 186, 345
 Corinth, Lovis 203
 Cronauer, Willi 116, 122, 289, 293 f., 296 f., 309
 Czibulka, Alfons von 186
- Dahlke, Paul 291
 Dahlmann, Alfred 351
 Daumiller, Adolf 365
 Desch, Kurt 186-188, 223, 347
 Destouches, Ernst von 176, 205, 338
 Diess, Wilhelm 187, 195
 Dietl, Karl 205
 Dirr, Pius 177
 Dittmann, Georg 340, 342
 Dornin, Friedrich 118, 283 f., 286, 295
 Dornberger, Else 279
 Dörfler, Ferdinand 128, 300 f.
 Dörfler, Peter 44, 148, 184, 188, 195, 344, 347, 352
- Eckstein, Hans 44, 141, 210, 359f.
 Edelthalhammer, Georg 364-366
 Egk, Werner 30, 236, 312
 Ehrenberg, Carl 88, 272
 Ehrenwirth, Franz 195
 Eich, Günter 186 f., 195
 Eichhorn, Kurt 72, 145
 Eisner, Kurt 18
 Elmendorff, Karl 65, 253
 Ende, Edgar 355
 Enderle, Liselotte 195, 223
 Enderle, Lore 182
 Engel, Erich 35, 41, 47, 102, 120, 130, 236, 241, 284, 286, 293, 295, 302f.
 Engl, Hans 44, 193 f., 241, 350
 Enzensberger, Hermann 340
 Evarts, John 256
- Falckenberg, Otto 48, 69, 101 f., 256, 283
 Feiler, Max Christian 105, 144f., 285 f.
 Feldhütter, Wilfrid 301 f., 307
 Fendt, Franz 106, 171, 285, 341
 Feuchtwanger, Lion 188
 Fiehler, Karl 21, 59, 129, 245, 256, 349
 Fietz, Gerhard 360
 Finckh, Ludwig 154, 320
 Fingerle, Anton 41, 100, 103, 161, 171, 325, 335, 340
 Fischer, Helmut 36 f., 171, 200, 340, 365
 Fischer, Olf 132
- Fleisser, Marieluise 38, 126, 132, 186f., 193, 345, 349
 Flügel, Heinz 195, 352
 Foitzick, Walter 194
 Forster, Friedrich 188, 347
 Forster, Rudolf 291
 Forster-Larrinaga, Robert 101
 Francé-Harrar, Annie 15
 Frank, Bruno 16, 132, 302
 Frank, Leonhard 186, 194, 345
 Frank, Sepp 14
 Franke, Günther 206, 211, 218
 Friedmann, Werner 232, 307, 381
 Frobenius, Leo 18
 Fuhr, Xaver 218, 358
 Furtwängler, Wilhelm 59, 61, 65, 68, 71, 72, 145, 253, 255, 342
- Gabelick, Carl 302
 Gabler, Carl 376
 Geierhaas, Gustav 279
 Geigenberger, Otto 206
 Geiger, Rupprecht 360
 Geiger, Willi 44, 208, 244, 359
 Geitlinger, Ernst 360
 Gerlach, Walther 13f., 16, 22f., 28
 Gernot-Haindl, Marietheres 282
 Gerstl, Max 200, 353, 355
 Giehse, Therese 101, 286
 Gilles, Werner 218, 360
 Gluth, Oskar 15, 25
 Godin, Amelie von 184
 Goethe, Johann Wolfgang von 20, 23, 25 f., 103, 293, 344
 Goldoni, Carlo 132, 308
 Goldschagg, Edmund 141
 Goltz, Hans Joachim 195, 352
 Graf, Oskar Maria 16f., 19
 Graunke, Kurt 94, 276
 Griese, Friedrich 154
 Grimm, Hans 154, 320
 Gritschneider, Otto 257, 285
 Groll, Gunter 188, 194f., 243, 293, 351
 Grote, Ludwig 211 f., 360 f.
 Gründgens, Gustav 101
 Guardini, Romano 181, 187, 326, 346, 349, 351
 Guggenheimer, Walter Maria 186
 Günther, Paul 102f.
 Gutmuths, Willi 171
- Haak, Käthe 291
 Haas, Josef 44, 96, 143, 268, 272, 278 f.
 Hahn, Hermann 195, 295, 332

- Halbe, Max 21
Hamm, Erwin 192 f., 349
Hamm-Brücher s. Brücher
Händel, Georg Friedrich 145
Hanfstaengl, Eberhard 50, 203, 205
Hanfstaengl, Edgar 43, 45, 47, 79, 87, 103,
135, 163, 171, 241, 266, 269, 304, 306,
309, 327
Hanser, Carl 195
Hartmann, Adolf 223, 244
Hartmann, Franz 223
Hartmann, Georg 184, 286
Hartmann, Karl Amadeus 44, 62, 85, 195
Hasek, Jaroslav 126
Hasenclever, Walter 101
Hatheyer, Heidemarie 283,291
Hauffe, Hans Günther 195
Hausegger, Siegmund von 59, 247
Hausenstein, Wilhelm 22,30,36-38,44,95, 188,
195-197, 210, 276, 352f., 357
Haushofer, Karl 21
Haydn, Joseph 145
Heger, Robert 96
Heimeran, Ernst 187, 194, 223
Heinzinger, Albert 226, 359, 366 f.
Heiseler, Bernt von 186f., 195, 345
Heiss, Max 205
Held, Hans Ludwig 1-367
Held, Karoline u. Marcellus 14
Held, Margarethe 16, 28
Heldwein, Siegfried 193 f., 350
Hellberg, Martin 282, 293
Henkell, Karl 16
Hensel, Walther 164, 327
Herzog, Werner 188
Heuss, Theodor 214,229,333
Hieber, Adolf 79,132, 135, 241, 265, 306, 355
Hielscher, Erwin 70, 106-108, 113 f., 135,
218, 287 f., 291f., 307
Hielscher, Karin 218f., 360, 363
Hiersemann, Anton 198, 200
Hildmann, Gerhard 333
Hiller, Anton 216,244,362
Hindemith, Paul 65
Hintermann, Eugen 340
Hocke, Gustav René 194, 351
Hofer, Karl 218
Höffgen, Hans 333
Hofmann, Franz 203
Hofmann, Gustav 335
Hofmannsthal, Hugo von 16
Hofmeister, Ernst 298
Hohenemser, Herbert 351
Hohoff, Margarethe 195
Hollerer, Julius 87, 266
Holm, Mira 117,294
Holsboer, Willem 128-131,284,301, 302-304,
307
Holthusen, Hans Egon 186f., 194f., 351
Holzer, Ernst 47, 107, 241, 311
Hölzl, Josef 266, 270
Horvarth, Ödön von 126
Horwitz, Kurt 101
Hugoboom 325
Hundhammer, Alois 107, 253, 287, 349
Irlbeck, Willi 295,298,315,354
Jakobi, Wolfgang 97, 279
Jochum, Eugen 61, 63, 65-68, 72, 77-81, 84-
86, 145f., 253-256, 259, 265, 270, 278
Joos, Georg 333
Jutz, Adolf 206
Kabasta, Oswald 59, 69, 247f., 256
Kades, Hans 188
Kaim, Franz 58
Kannevischer, Georg 263, 265
Karajan, Herbert von 61, 93
Karlstadt, Liesl 127
Kästner, Erich 36, 44, 54, 141, 172, 182, 188,
194f., 223, 244, 293, 335 f., 35 lf.
Kaufmann, Charlotte 188
Keilberth, Joseph 61,65,253
Keim, Walter 110, 117, 171, 214, 249, 290,
293, 309, 311, 338, 354f., 366f.
Keller, Eugene 39f., 190, 239
Kelly, James H. 123 f., 195, 297
Kempf, Wilhelm 72
Kiefer, Josef 131
Kilényi 49, 59
Kirchner, Heinrich 244, 362
Kirst, Hans Helmut 188
Kleist, Heinrich von 154, 344
Kliemann, Horst 194,341
Knappe, Heinrich 97, 244, 278f.
Knappertsbusch, Hans 61, 65, 72, 145, 253,
260
Kolb, Annette 188
Kolbenheyer, Guido Erwin 154, 314, 349
Kolbenhoff, Walter 186-188, 195, 345f.
Kolman, Trude 289
Kölwel, Gottfried 21, 148, 186, 188, 195,
345f., 351
König, Hannes 366 f.
König, Leo von 216

- Königsdorfer, Vitus 43, 58, 60, 249, 297, 309, 326, 340
 Koppenhöfer, Maria 284, 297
 Körner, Hermine 101
 Krafft, Ludwig 15, 25, 44
 Krämer-Badoni, Rudolf 186, 346
 Krauss, Clemens 57, 71, 245, 258
 Kreibitz, Erwin von 219, 363
 Krempelhuber, Agnes von 157-160, 322-324
 Krings, Hermann 142
 Kristi, Wilhelm L. 132
 Krohn-Waldeck, Axel 101, 283
 Kröpelin, Carl 47
 Kubin, Alfred 224
 Kuby, Erich 195
 Kückelmann, Gertrud 286
 Kufner, Hans 203, 215, 358, 361
 Kugler, Josef 272, 274
 Kummer, Leopold 128
 Kunz, Karl 360
 Kurz, Isolde 154,320
 Kutscher, Arthur 351
- Laak, Lonny van 243, 302
 Lacherbauer, Carljörg 41, 203, 240, 297, 357-359
 Lades, Heinrich 174, 309
 Lamprecht, Anton 364, 366
 Lamy, Rudolf 65, 90f., 247, 272f.
 Lang, Hugo OSB 13,223,351
 Langenbeck, Curt 188
 Langenfass, Friedrich 351
 Langewiesche, Marianne 347
 LeFort, Gertrud 148, 188
 Leibl, Ferdinand 203
 Leitenstorfer, Hermann 340
 Lemp, Richard 241
 Lenbach, Franz von 203 f., 216, 362
 Lepman, Jella 172-176, 328, 333, 334-337
 Lessing, Gotthold Ephraim 65
 Lichnowsky, Mechthild 188
 Liessmann, Adelheid 132
 Lili, Georg 341
 Lingen, Theo 140
 Lippl, Alois Johannes 83, 136f., 184, 263, 266-269, 306, 308,312
 Liszt, Friedrich 272
 Loewe, Erich 222
 Loibner, Eduard 132, 304
 Loon, Gerard van 39, 41, 49, 124, 239 f., 297, 303
 Lothar, Marc 279
 Löwenstein, Karl 16
- Ludwig, Stefanie 16
 Lühr, Peter 286
 Luitpold, Herzog in Bayern 203
 Lutz, Josef Maria 38, 132, 188, 195, 305, 308, 347, 352
- Maal, Theo de 125, 294 f., 298
 MacMahon, Bernard B. 40
 Mader, Josef 222
 Mahler, Gustav 59, 272
 Maillol, Aristide 218, 363
 Maly, Wilhelm 206,216
 Mangoldt, Ursula von 14, 195
 Mann, Thomas 16, 19f., 29, 35, 38 f., 49, 52f., 140, 195, 232, 234, 236, 352
 Marc, Franz 216
 Marchionini, Alfred 333
 Mareks, Gerhard 218
 Märker, Friedrich 184, 194, 268, 344
 Markgraber, Alois Emil 109f., 112, 138, 289-291,308
 Martens, Kurt 16
 Masereel, Frans 218f., 363
 Matisse, Henry 218
 Mauerer, Georg 136f., 140f., 300,307-310
 McCarthy, Joseph R. 147
 McCloy, John 214
 Meiner, Annemarie 316, 319, 334
 Meister, Hans 349,351
 Meistermann, Georg 218
 Mennerich, Adolf 65, 144-146, 253, 313
 Messmer, Franziska u. Hans 275
 Metzner, Gerhard 112f., 291 f.
 Miller, Walther von 41, 43, 51, 83 f., 86, 93-95, 97f., 108f., 113f., 116, 124, 145, 171, 194, 205, 208,220f., 240f., 243, 261, 266, 269-271, 275f., 278, 280, 284-286, 288 f., 291 f., 297,302,304,307,310-313, 333, 340-342, 350, 358-362, 365
 Minssen, Friedrich 186
 Molnar, Franz 126, 132, 308
 Molo, Walter von 182,195
 Moosbrugger, Johann 292, 295, 298
 Moraht, Ernst-Eberhardt 74f., 87, 91, 260f., 271f.
 Montgelas, Emanuel Graf von 203
 Mostar, Herrmann 143
 Mottl, Felix 59
 Moy, Sofie Gräfin von 203
 Mozart, Wolfgang Amadeus 91, 126, 145
 Müller, Artur 188,347
 Müller, Carl Otto 244
 Müller, Gustav 102
 Müller-Melbourne, Atrade 298

- Mundt, Hans Josef 187 f., 195, 347
Münter, Gabriele 204, 211 f., 361
- Nadolny, Burkhard 188
Nay, Ernst Wilhelm 218,358
Nerud, Josef Karl 222
Nestroy, Johann Nepomuk 126, 129, 132,
137, 299, 304, 308
Netzer, Remigius 222
Neuhäusler, Johann 142
Neumann, Oskar 106,241,266,306
Nick, Edmund 293
Nicklisch, Maria 118, 283 f., 286
Nolde, Emil 218
- Oberländer, Theodor 216
Oesterle, Manfred 214
Orff, Carl 141,195,278
Osthoff, Otto 125, 297, 299
Ott, Alfons 26, 44, 97, 243, 278, 343, 350
Ott, Richard 360
- Pander, Oskar von 279
Panofsky, Walter 60,65,80f., 249,262,265,
267, 269, 305,313
Papst, Eugen 59, 65, 145, 253
Pechmann, Günther 223
Peinkofer, Max 186
Pembaur, Joseph 278
Penzoldt, Ernst 141, 182, 186-188, 194,
196, 302, 345,351,365
Peters-Pawlin, Helge 102
Petzet, Wolfgang 13,30,41,100,105,284 f.,
359, 363 f.
Pfister, Kurt 184,344
Pfitzner, Hans 59, 73, 96
Pflaum, Richard 141,340
Picasso, Pablo 218
Piper, Reinhard 194,351,357
Pitzer, Franz Xaver 340
Podewils, Clemens Graf von 195
Podewils, Dorothee von 187
Poeverlein, Robert 365 f.
Ponten, Josef 211
Preetorius, Emil 291, 308, 342
Pringsheim, Heinz 78, 80, 141, 248, 252, 265
Protzen, Karl Th. 355
Przemek, Alfons 45, 123, 286, 288, 296f.,
302,310,357
- Queri, Georg 132
- Rabenalt, Arthur Maria 36
Rachmanowa, Alja 154, 320
Raimund, Ferdinand 126,129,132,299,308
Reger, Max 73
Regnier, Charles 118,284
Rehberg, Hans 186f., 345, 347
Rehfisch, Hans José 132
Richter, Hans Werner 186, 188, 195, 314
Rieger, Fritz 44, 62, 65-68, 73, 78, 80, 83,
85f., 93, 98, 145f., 250f., 253-255, 266, 270,
275, 278
Riemerschmid, Richard 244
Rilke, Rainer Maria 17
Rinn, Hermann 184, 344
Rinser, Luise 182, 186f., 195, 335, 345f.
Roethel, Konrad 204
Rogger, Josef 40, 45, 95, 109, 113 f., 117,
193, 219, 241, 243, 251, 254, 264f., 277,
287, 291-293, 295, 297, 341, 350, 361, 363
Roh, Franz 44, 54, 201, 210, 223, 244, 356,
360
Rohde, Georg 360
Röhricht, Wolf 216, 355
Röhrig, Karl 216,362
Roosevelt, Eleanor 173, 336
Rosbaud, Hans 43f., 59-65, 68L, 72f., 85, 97,
145, 246, 248, 249-255, 257, 260, 274, 278
Rossmann, Hermann 188, 347
Roth, Eugen 26, 186-188, 190, 194, 345, 348
Rowohlt, Ernst 223
Ruederer, Josef 126
Rühmann, Heinz 101,291
Rümann, Arthur 41, 50, 163, 203 f., 206, 208-
212, 215-217, 223, 357-362
- Sappel, Martha 359
Sattler, Dieter 82, 86, 117, 136, 254, 258,
262-264, 268, 271, 278, 286, 291, 301, 307,
335,357
Sauter, Hermann 150
Schaefer, Oda 187
Schaffer, Reinhold 177, 337
Schallweg, Paul 132
Scharl, Josef 360
Scharnagl, Karl 11, 33, 37, 39-43, 45-48, 53,
55, 60f., 63 f., 66, 78, 93, 98, 103, 106, 123,
130, 134 f., 140f., 143, 161, 177-181, 190,
192, 195, 208, 210, 214, 216, 221, 224,
226, 231, 238, 244, 248-250, 254, 256,
258f., 263-266, 275, 278, 280, 285-288,
295 f., 297-299, 302f., 306f., 309-311, 313,

- 324f., 327, 337f., 340-343, 348f., 352-355, 359-361, 365 f.
- Schattenhofer, Michael 41, 58, 248, 293
- Schenzinger, Karl Aloys 154, 320
- Scher, Peter 186
- Scherchen, Hermann 59, 65, 72, 253
- Schiessl, Konrad 41, 205, 358
- Schiller, Friedrich 47
- Schlichter, Rudolf 222
- Schlögl, Alois 37
- Schmid, Hans 248
- Schmid, Rosi 259, 280
- Schmid-Wildy, Ludwig 132
- Schmidt, Eberhardt R. 293
- Schmitt-Sulzthal, Rudolf 195
- Schneider, Reinhold 195
- Schneider-Schelde, Rudolf 94, 202, 269, 335, 343, 356
- Schnitzler, Arthur 126
- Schölern, Gerson 16
- Scholtz, Rudolf von 77-79, 84, 136, 184, 195, 262, 263 f., 267-271, 307
- Scholz, Werner 218
- Schöningh, Franz-Josef 344,351
- Schröder, Rudolf Alexander 192, 194
- Schubert, Franz 14, 145
- Schumacher, Ida 127
- Schündler, Rudolf 36, 131, 136, 293, 304, 307
- Schwarz, Georg 187f., 195,352
- Schweikart, Hans 101 f., 104 f., 120, 196, 284f., 296, 352
- Schwenzen, Per 184
- Seebass, Friedrich 187
- Seebass, Karl 195
- Seemüller, Otto 79, 144, 264 f., 306, 313
- Seidel, Ina 195
- Shakespeare, William 132f., 146, 293, 308
- Shaw, Bernard 293
- Siemer, Ludwig 141 f., 319 f.
- Slevogt, Max 216
- Solti, Georg 107, 145, 263, 275, 286f.
- Spaeth, Jakob 360
- Spahn, Raymond 168
- Spangenberg, Berthold 195
- Spengler, Oswald 21
- Spielhoff, Alfons 32, 45, 48
- Spitzweg, Carl 203
- Stadelmann, Hans 208
- Stadelmayer, Franz 41, 174, 240, 293, 366
- Stadler, Toni 216,244,362
- Stahl, Hermann 186, 241
- Stefl, Max 184,344
- Stepp, Christoph 94 f., 275 f.
- Sternheim, Carl 101,293
- Strauss, Richard 58f., 72, 96, 146, 278
- Strindberg, August 101,144
- Studený, Herma 280
- Strupp, Günther 360
- Suhrkamp, Peter 194
- Süskind, Wilhelm Emanuel 184, 195, 344, 352
- Syberberg, Rüdiger 187f., 191, 347f.
- Taube, Otto von 44, 148, 184, 187 f., 194-196, 344, 351
- Taylor, Ellen 171,333
- Templeton, Payne 156, 316f., 321, 324f.
- Thiersch, Friedrich von 216
- Thoma, Hans 216
- Thoma, Ludwig 126, 132f., 307f.
- Tissa-Vary, Alexander 117,294
- Törring, Carl Th. Graf zu 203, 357
- Troendle, Hugo 244
- Tschaikowsky, Pjotr J. 145, 260
- Tücher, Hans Christoph von 214
- Ubber 153, 156,318
- Uhde-Bernays, Hermann 187, 194, 344
- Ullmann, Regina 195, 352
- Ullrich, Luise 223, 291
- Unold, Max 218,222,366
- Unruh, Fritz von 101
- Valentin, Karl 126 f., 308
- Vega, Lope de 132, 293, 308
- Verdi, Guiseppo 91, 260
- Vinz, Curt 195
- Vogel, Hanns 44, 47, 24 lf.
- Vossler, Karl 351
- Wackerle, Joseph 244
- Waelde, Emil 45, 60, 64, 69, 77, 247-249, 252,254-258,260-262,269-271,273 f., 280, 286,313
- Wagner, Richard 145 f., 154, 320
- Wagoner, Murray D. van 195
- Walter, Bruno 59, 68, 278
- Wartena, Lambertus 170, 332
- Wedekind, Frank 16, 101, 195 f., 352
- Weigand, Wilhelm 21, 148, 315
- Weiler, Karl 262
- Weismann, Willi 195
- Weiss, Anton 140,241,309,343
- Weiss, Ferdi 127
- Weiss, Franz 132

- Wenzl, Aloys 184,338,342,351
 Werner, Bruno E. 194, 223, 351
 Wery, Carl 118,283,295
 Westpfahl, Inge 186
 Westphal, Conrad 360
 Wiechert, Ernst 195, 280
 Wiegele, Adolf 113,277,292
 Wieninger, Karl 47, 241, 309
 Wieszner, Gustav 344
 Wilder, Thornton 171, 329, 333
 Wilhelm, Kurt 278, 308
 Wimmer, Hans 244
 Wimmer, Maria 299
 Wimmer, Thomas 11, 41, 43, 123, 135, 164,
 181, 194, 210, 231, 241, 256, 265, 276,
 291, 297, 303f., 313,315, 327, 333, 340f.,
 342f.,351,359f.,362f.
 Winning, August 154, 320
 Winter, Fritz 218, 360
 Witt, Herbert 293
- Witthalm, Karl 168,344
 Wolfskehl, Karl 16f.,38
 Wönner, Max 86, 267, 271, 309, 315, 325
 Woods, Sam E. 195
 Wright, C.S. 328, 33 lf., 335
 Wright, Frank Lloyd 214
 Wüstendörfer, Walther 197, 269, 338, 340
- Zaehle, Barbara 186, 346
 Zentner, Wilhelm 184, 279
 Zerboni, Ruth von 282
 Ziersch, Roland 188, 195, 347, 352
 Zimmermann, Hans 130, 133-135,283,
 303, 305-307
 Znamenacek, Wolfgang 299
 Zöberlein, Hans 154
 Zoff, Otto 101
 Zuckmayer, Carl 101, 133, 308
 Zurlinden, Margarethe s. Held, Margarethe
 Zweig, Stefan 13

Sachregister

- Abendzeitung (AZ) 65, 242, 249, 253, 271,
 304f., 322, 333, 355
 Adalbert-Stifter-Gesellschaft 343 Adalbert-
 Stifter-Verein 183, 342 f.
 Akademie der Schönen Künste 25, 195,
 197,353
 Akademischer Wohnungsdienst 181
 Alexander-Koch-Verlag 355
 Alpines Museum München 178, 339
 Amerikahaus 49f., 147, 165-171, 176, 212,
 278f., 328-333
 Amerikanische Militärregierung 11 f., 3 9 f.,
 48-50,60, 63,68,76,78,102,118,123f., 130,
 140, 142, 144, 147, 152f., 155-158, 160f.,
 164-166, 168-173, 181, 189-191, 195 f.,
 200, 220, 228, 231, 242, 249, 279, 294, 297,
 303, 309, 317 f., 322-325, 330, 334f., 338,
 341, 351f.
 s. auch Amerikahaus, Art Collecting Point,
 Information Control Division, JCS 1067,
 Kalter Krieg, Kulturoffiziere, Lizenzierung,
 McCarthy-Ära, Reading Room, Reeduca-
 tion
 Amsterdamer Konzertgebouw-Orchester 93
- Annast 281
 Arbeitslosigkeit s. Künstlerschicksale, Wohl-
 fahrtswesen
 Arbeitsring versehrter Künstler 202, 356, 362
 Arisierung 198, 354
 Art Collecting Point 50, 165, 212, 322, 328,
 357, 360f.
 Ateliertheater 123, 281, 288f., 297
 Augsburg 38, 107, 168f., 177, 210f., 268, 359
 f.
 Aula der Universität 69, 73 f., 263
 Ausstellungen 25f., 32, 37, 44, 50-54, 139,
 166, 172-174, 201, 203f., 206-223, 226,
 228,332,334, 358-364
 s. auch Bayerische Kunst der Gegenwart,
 Blauer Reiter, Exportschau, Extreme Kunst,
 Grosse Münchner Kunstausstellung, Inter-
 nationale Jugendbuchausstellung
- Bach-Verein 20, 25, 92, 274, 288
 Bachem-Verlag 199, 353
 Baden-Baden 85, 120, 257, 334
 Bamberg 63, 93, 168, 330

- Bamberger Symphoniker 63, 93, 251, 268, 275
 Barberina 281
 Basel 210,212
 Bauwesen 36f., 123, 204, 354f., 357 f.
 Bayerische Akademien s. Akademien
 Bayerische Kunst der Gegenwart 210
 Bayerische Landeszeitung 110
 Bayerische Staatsbibliothek s. Staatsbibliothek
 Bayerischer Fachverband für Volksmusik e.V. 95 f., 272, 277
 Bayerischer Hof 129f., 302f.
 Bayerischer Jugendring 333
 Bayerischer Landesjugendausschuss 333
 Bayerischer Landesjugendverband 333
 Bayerischer Landesverband für freie Volksbildung 25, 94, 184, 266, 344
 Bayerischer Staat s. Staat
 Bayerischer Städteverband 31 f., 237 f., 265 f.
 Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus s. Kultusministerium
 Bayernbühne 115
 Bayernpartei (BP) 36f., 86, 204, 239, 265, 277, 355,357,367
 Bedarfszuweisung 50, 106f., 108,287
 Berlin 11, 34 f., 37, 63, 84 f., 87, 101 f., 105, 120, 122,127, 134, 173, 196, 198, 203, 223, 269, 286, 295 f., 299, 317, 335, 360
 Berliner Philharmoniker 63, 70, 94, 250, 255, 275 f.
 Berstadt-Verlag 353
 Berufsverband Bildender Künstler 217, 223-226, 361 f., 364-366
 Berufsverband deutscher Komponisten 183, 343,356
 Besatzungspolitik s. Amerikanische Militärregierung
 Besucherorganisationen 48, 57, 99f., 106, 108, 127 f., 131, 133, 136 f., 138-146, 260,300,304, 308,311-313
 Bildende Kunst 30-33, 38-40, 50, 54f., 90, 139, 195, 201-226, 228, 238, 355-367
 Blauer Reiter 204, 211 f., 360f.
 Blindenbibliothek 170
 Blocherer-Schule 341
 Bondi-Verlag 353
 Bremen 105, 120, 286, 295 f.
 Bruckner-Gesellschaft 20, 278
 Buchhandel 147, 152-154, 162, 182, 198, 318f., 321, 328,335,342
 Buchwoche 342
 Bund deutscher Volksmusikfreunde 95, 277
 Der bunte Würfel 281
 Bürgerliches Kulturverständnis 31, 33, 40, 43, 47f., 99, 114, 134, 139, 142, 144, 227, 229, 312 f.
 Bürgertheater 38, 109 f., 112, 117, 128, 137f., 281, 289-292
 CARE (Cooperative for American Remittances to Europe) 164, 296
 Chormusik 57f., 88, 90-92, 272-274, 290 s. auch Kirchenchor Grosshadern, Konzertgesellschaft für Chorgesang, Lehrergesangsverein, Liederkranz Milwaukee, Liederkranz Teutonia, Münchner Domchor, Münchner Sängerbund im deutschen allgemeinen Sängerbund, Philharmonischer Chor, Regensburger Domspatzen, Rheinberger Chorvereinigung, Sängerbund der Münchner Strassenbahner, Singgemeinschaft Rudolf Lamy
 Chorvereinigung für evangelische Kirchenmusik 92, 274
 Christlich-Abendländische Kulturgesinnung s. Bürgerliches Kulturverständnis
 Christlich-Soziale Union (CSU) 43, 46, 87, 327, 367
 Christoph Leonhardt-Verlag 353
 Dante-Kreis 183, 343
 Dante-Stiftung 183, 343
 Denkmalpflege 12,31,231,355
 Desch-Verlag 186-188,315,347
 Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung 341, 344
 Deutsche Bühne im Haus der Volksoper Pasing s. Volksoper Pasing
 Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie 178
 Deutsche Gesellschaft für Christliche Kunst 202, 220, 356, 364
 Deutsche Gesellschaft für moderne Lehrmittel 178
 Deutsche Schauspielschule 282
 Deutsche Shakespeare-Gesellschaft 178, 183
 Deutscher Buchring 341
 Deutscher Bühnenverein 100, 103,261, 284, 303
 Deutscher Germanistenverband 343
 Deutscher Kunstverlag 353 f.
 Deutscher Musikerverband im DGB 272
 Deutscher Städtetag 12, 31, 51, 57, 86, 88, 93, 99,142,147,176,182,201,215,236 f., 245, 271,276, 286,303,312

- Deutsches Museum 20, 171, 178, 180, 293, 339 f.
- Deutsches Theater 114L, 132, 137, 281, 293, 304f.
- Dramatisches Theater 115, 146, 281, 292f.
- Dresden 198
- Droemersch Verlaganstalt Th. Knaur
Nachfolge 35, 198, 353
- Düsseldorf 120, 296
- Echo der Woche 236, 243, 266, 351
- Eichendorffgilde 183, 343
- Emigration 168, 172, 186, 191, 196f., 345, 353
- Ensuite-Theater 133 f., 285
- Entnazifizierung 49f., 59, 72, 100, 147, 150, 152-158, 189-192, 242, 259, 318-322, 324, 327f., 348 f.
- Entomologische Gesellschaft München 178
- Erlangen 168, 170
- Ernährung 34, 36, 104 f., 118, 120, 122, 164, 189, 282, 295 f., 323
- Erwachsenenbildung s. Volksbildung
- Evakuierung 38, 159, 181, 196, 221, 316, 325, 365
- Exportschau 359
- Extreme Malerei 210f., 359, 360
- Festkapelle München 272, 276, 277
- Festspielmannszug München 95, 276 f.
- Feuerpolizei 73, 99, 123, 260
- Film 32f., 44, 52, 70, 72, 91, 111, 133, 135 f., 140, 152, 166, 170, 174, 238, 243, 257, 284, 290
- Finanzausschuss 70, 105, 163, 257, 283, 285, 288, 303 f., 327
- Finanzierungsfragen 44f., 50, 59, 68-70, 75-79, 95, 99, 101f., 103f., 109, 117, 136, 143, 211, 227, 266, 289, 305
- Finanzministerium 106, 111, 116, 287
- Finanzreferat 45, 108, 116, 217, 288, 293 f., 304, 328, 341
- Fitz-Bühne 138, 281
- Flüchtlinge 93, 112, 117, 125, 159, 183, 251, 279, 340
s. auch Adalbert-Stifter-Verein, Eichendorffgilde, Kulturvereinigung Gerhardt Hauptmann-Halle
- Förderungen s. Zuschussfragen
- Frankfurt a. Main 35, 63, 85, 102, 105, 128, 173, 199, 250, 269, 286, 299, 329, 335, 360
- Frauen 54, 58, 90, 172, 273, 332, 340f.
s. auch Personenregister, z.B. Bilek, Breitenbach, Brücher, Caspar-Filser, Conrad-Martius, Dornberger, Enderle, Fleisser, Hielscher, Krempelhuber, Laak, Lepman, Liessmann, Meiner, Rinser, Schmid
- Frauenhochschule 180, 340 f.
- Freie Demokratische Partei (FDP) 79, 86
- Freie Forschungsgemeinschaft für Parapsychologie 341
- Freies deutsches Hochstift 183, 342f.
- Freihandssystem 155, 165, 174f., 336
- Freiheitsaktion Bayern (FAB) 161
- Fremdenverkehr 37f., 52f., 113, 138, 178, 222, 277, 292
- Freunde der Akademie der Wissenschaften 178, 339
- Freunde der bildenden Künste München 220, 364
- Freunde des Deutschen Museums 180
- Freunde junger Kunst 220, 364
- Galerie Baudenbach 206, 218f., 358, 363
- Galerie Freitag 218
- Galerie Günther Franke 206, 211, 218, 363
- Galerie Gurlitt 363
- Galerie Karin Hielscher 218 f., 363
- Galerie Wimmer 218
- Gallus-Verlag 353 f.
- Geographische Gesellschaft 178, 339
- Georg-Kaiser-Gesellschaft 183, 342
- German American Women's Club 362
- Germanisches Nationalmuseum Nürnberg 178, 339
- Gesellschaft für Auslandskunde 178, 339
- Gesellschaft für Autorenschutz, Leserecht und Freiwert e.V. 343
- Gesellschaft junger Künstler 93, 275
- Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität 178, 181, 339
- Gesellschaft zur Förderung der Pädagogischen Arbeitsstätte München e.V. 333
- Gewerkschaften 40, 86, 100, 127, 139f., 149, 161f., 223 f., 226, 228, 257, 262, 280, 300, 303, 308f., 311, 315, 322, 325, 366f.
- Grosse Münchner Kunstausstellung 202, 206, 212-214, 217, 356, 359, 362
- Gruppe 47 148, 186f., 194f., 314, 345 f., 351f.
- Gustav-Adolf-Verein 149, 315
- Hamburg 63, 71, 74, 77, 84f., 87, 105, 120, 122, 173, 223, 250, 260, 269, 273, 286, 296, 299, 335, 366
- Händelkonservatorium 178, 339

- Handelshochschule München 178, 339
 Handschriften-Abteilung der Stadtbibliothek
 München 13, 19, 232, 233
 Hannover 173, 335
 Hans Carl-Verlag 353 f.
 Hans-Pfützer-Gesellschaft 96, 272, 278
 Haus der Kunst 25, 172, 201, 212-214, 220, 222,
 334, 355, 360-364
 Haus des Deutschen Rechts 161
 Hausmusikring 278 f.
 Hausmusikstunden des Oberbürgermeisters
 33, 40, 55, 98, 195, 244, 280
 Heidelberg 63, 250
 Herder-Gesellschaft 183, 342
 Hesse- und Becker-Verlag 353
 Hiersemann-Verlag 35, 198, 353-355
 Die Hinterbliebenen 47
 Hochschulen 32, 37, 280, 337, 340
 Hochschule für bildende Kunst 208
 Hochschule für darstellende Künste 340
 Hochschule für politische Wissenschaften
 178, 339
- Information Control Division (ICD) 153, 166,
 168, 173, 195, 231, 318f., 322, 334, 351
 Innenministerium 111, 116, 197, 290, 315,
 353
 Institut für Bayerische Geschichte an der Uni-
 versität München 178
 Institut für Mode, Fachtechnik und Betriebs-
 wirtschaft 178
 Institut für Wirtschaftsforschung 178, 339
 Institutionalisierung 58 f., 95, 227
 Institutionsförderung 40-44, 75, 80-84, 101-
 105, 135, 149, 176-182, 202, 247, 267f.,
 272, 306, 339f., 356f.
 Internationale Jugendbibliothek 50, 147, 149,
 165, 171-175, 315, 328, 333-337
 Internationale Jugendbuchausstellung 172-
 174, 334f.
 Internationaler Ferienkurs der Universität 178,
 339
 Istituto Italiano di Studi Filosofici 341
- JCS (Joint Chiefs of Staff) 1067 152 f., 159,
 167, 318, 323 f., 326, 330, 348
 Josef-Görres-Gesellschaft 183, 342
 Josef-Haas-Gesellschaft 272
 Jubiläumsstipendienstiftung der Akademie der
 bildenden Künste 202, 356
 Jugend 31, 33, 47, 57, 75, 99f., 133, 138, 171-
 175, 231, 238, 290, 333
 Junge Generation 187, 194f., 351
- Das Junge Theater 123, 142, 145 f., 281, 292,
 297
 Die Juryfreien 220
- Kabarett 36, 47, 99, 102, 111, 115f., 281, 292
 s. auch Annast, Barberina, Der bunte Wür-
 fel, Die Hinterbliebenen, Kabarettiche, Kata-
 takombe, Die kleinen Fische, Die kleine
 Freiheit, Kulisse, Künstlerklausur bei Kroll,
 Künstlerkneipe Kathi Kobus, Musenschau-
 kel, Platzl, Die Schaubude, Schwabinger
 Laterne, Simplizissimus, Wespennest
 Kabarettiche 281
 Kalter Krieg 49, 76, 144, 165, 329f.
 Kammerkonzerttrng München e.V. (im Baye-
 rischen Volksbildungsverband) 58, 94, 246,
 272, 275 f.
 Kammermusik 14, 53, 94, 115, 271, 290
 Kammerspiele im Schauspielhaus 30, 35, 38,
 40, 43 f., 47, 51, 70, 74, 100, 101f., 104f.,
 113, 116, 118, 120f., 123-125, 128-132, 134
 f., 145f., 177, 195f., 226-228, 231 f., 256,
 282-284, 286, 292f., 297, 299, 301, 312, 350,
 352
 Kant-Gesellschaft 183, 342
 Karl Rauch-Verlag 354
 Katakombe 281, 297
 Kinderlesestuben 18, 21, 44, 150, 174 f., 317,
 336f., 350
 Kirche 31 f., 38, 47, 57, 92, 145, 149, 158-160,
 171, 183, 195, 231, 262, 351
 Kirchenchor Grosshadern 92, 274
 Die kleinen Fische 281
 Die kleine Freiheit 110, 281
 Kleine Komödie 46f., 110, 112-114, 291f.
 Kleinkunsthöfen s. Kabarett Köln 35, 85
 Komische Oper München 115
 Kommission für Bayerische Geschichte an der
 Akademie der Wissenschaften 178
 Kommunismus 21, 41, 49, 144, 147 f., 167,
 191, 315
 Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)
 79, 86, 106, 108, 265 f., 288, 367
 Kongressaal des Deutschen Museums 73 f.,
 180, 260
 Königlich privilegierte Münchner Künstlerge-
 nossenschaft von 1868 220
 Konservatismus 29f., 39, 41, 45, 48, 79, 148,
 188, 207, 210, 217, 228, 360
 Konzertdirektion Winderstein 93, 263, 275
 Konzertgesellschaft für Chorgesang 92

- Kreis für alte Musik 98, 272, 280
 Kriegsversehrtenorchester des VDK 276
 Kulisse 281
 Kultur für alle 32, 48, 73, 100, 112, 127, 133, 139, 229, 237, 242, 257, 260, 281
 Kulturamt 41, 69, 74, 97, 240, 245 f., 272, 300
 Kulturausschuss 32, 43, 66, 70, 79f., 87, 105-110, 116, 131, 135-138, 142, 149, 188, 193, 197, 211, 214, 216f., 220f., 239, 241, 242, 251-253, 255-257, 264-266, 271, 278f., 281, 284-293, 297, 303-307, 311, 313, 315, 343, 347, 353-356, 360-362, 364-367
 Kulturbund s. Volksbühne
 Kulturhilfe des Rundfunks 66, 70, 75, 77, 80, 82f., 84-86, 110, 202, 254, 261-263, 266-269, 275, 278
 Kulturkreis Chiemgau 359
 Kulturoffiziere 39, 41, 49, 54, 59, 100, 124, 153, 156, 170, 195, 240, 244, 256, 282, 293, 295, 297, 303, 323, 332, 355
 Kulturschutz 326
 Kulturvereinigung Gerhardt Hauptmann-Halle 183,343
 Kulturverwaltung 34, 40, 41-43, 44-51, 53-55, 59, 74, 79, 88, 97, 109, 180, 200, 203, 219, 238, 243, 257, 289, 341, 349, 357
 Kultusministerium 41, 59, 71, 80, 94, 106 f., 111f., 116f., 122, 138, 153, 171, 173 f., 194, 206, 211, 241, 247, 269, 276, 278, 286-291, 293f., 308, 312f., 322, 335, 358
 Kunstbeiräte 20, 44f., 57, 203, 241, 245, 310, 344, 357
 Kunstgewerbe 205,222,231
 Kunstgewerbeverein 51,202,220-222,356, 358,362, 365 f.
 Künstlerbund «Isar» 220
 Künstlerklausur bei Kroll 281
 Künstlerkneipe Kathi Kobus 281
 Künstlerorganisationen 202, 206, 214, 217, 219-226, 228, 356, 364
 s. auch Arbeitsring versehrter Künstler, Berufsverband Bildender Künstler, Berufsverband deutscher Komponisten, Deutscher Musikerverband im DGB, Die Juryfreien, Königlich privilegierte Münchner Künstlergenossenschaft von 1868, Kulturkreis Chiemgau, Künstlerbund «Isar», Künstlervereinigung Dachau, Kunstrunde München, Kunstverein München e.V., Münchner Künstlergenossenschaft, Münchner Secession, Neue Gruppe, Neue Münchner Künstlergenossenschaft, Neue Secession, Die Roten Reiter, Schutzverband Bildender Künstler, Schutzverband deutscher Schriftsteller, Verband deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten
 Künstlerschicksale 88f.,97, 184, 189-194, 215,258, 273,279,313, 348f.
 Künstlerunterstützungsverein 202, 220 f., 356, 365
 Künstlervereinigung Dachau 362
 Kunstpreise 20,51,53f., 57,183 f., 186-189, 194f., 226, 229, 234, 244, 344-347
 Kunstrunde München 222 f., 366
 Kunststadtdiskussion 11, 29, 33, 35, 39, 51-56, 75, 109, 181 L, 196, 201, 218, 235 f., 298, 337,357, 360
 Kunstverein München e.V. 202, 206, 220-222, 278, 356, 361, 365
 Kunstwochen s. Münchner Kunstwochen
 Laienkultur 55, 57, 88, 90, 96, 99, 126, 221, 272f.,281
 s. auch Chormusik, Hausmusikring, Volksmusik, Volkstheater
 Langen-Müller-Verlag 162, 325
 Langguth-Verlag 35, 198, 353
 Lebensmittelversorgung s. Ernährung Lehrer-
 gesangsverein 91,272,297
 Leihbüchereien 153, 155, 160, 183, 324, 330
 Leipzig 34, 52, 148, 164, 198, 208, 269
 Lichtbildverlag Orbis Christoph Leonhard 353
 Liederkranz Milwaukee 92, 275
 Liederkranz Teutonia 274
 Literatur 31-33, 38, 50, 54f., 90, 126, 140, 147-200, 228, 236, 238, 280, 314-355
 Literaturbeirat s. Kunstbeiräte
 Lizenzierung 36, 50, 63, 102, 118, 129 f., 140, 142, 162, 220, 224, 256, 295, 309, 312f., 353, 356
 Marionettentheater 111
 Marionettentheater Hilmar Binter 100, 109-112, 175, 282, 288-290
 Marionettentheater Kleines Spiel 281, 297
 Max Niemeyer-Verlag 35,353
 Max-Planck-Gesellschaft 178 McCarthy-Ära 147, 167,314
 Medien s. Film, Presse, Rundfunk, Zeitschriften, Zeitungen
 Moderne 30, 39, 43, 48, 62, 64, 68, 72f., 85, 104, 148, 186, 194f., 206f., 210f., 215, 217,

- 221, 249f., 254f., 270, 351, 357, 359f.
 Modenschule Parish 181,341
 Monacensia-Sammlung 13, 150, 316
 Müller- und Kiepenheuer-Verlag 354
 Münchner Domchor 92, 274
 Münchner Jugendkomitee 333
 Münchner Kammerorchester 94, 275
 Münchner Künstlergenossenschaft 206 f.,
 219f., 359, 364
 Münchner Kunstverein s. Kunstverein Mün-
 chen
 Münchner Kunstwochen 53, 58, 110, 204,
 243, 246
 Münchner Lustspielbühne 281
 Münchner Lustspielhaus 116-118,281,291,
 294, 300
 Münchner Merkur (MM) 136, 236, 240, 286,
 305, 307, 333, 336, 344, 347, 351, 359,
 361, 363 f.
 Münchner Mittag 243
 Münchner Philharmoniker 43-45, 50f., 55, 58-
 87, 90-95, 97, 99, 101, 134f., 143f., 177,
 180, 226f., 245 f., 249-274, 276, 279f., 285,
 311-313
 Münchner Sängerbund im Deutschen Allge-
 meinen Sängerbund 58, 247
 Münchner Secession 206f., 215, 219 f., 356,
 359, 364
 Münchner Stadtanzeiger 243, 277, 305, 363
 Münchner Tagebuch 236, 351
 Münchner Uraufführungsbühne 100, 110,
 281, 289
 Münchner Volksspielgemeinschaft 128
 Museen 31f., 51, 314
 s. auch Alpines Museum München, Deut-
 sches Museum, Nationalmuseum, Die Neue
 Sammlung, Puppentheatersammlung,
 Staatsgemäldesammlung, Städtische Gale-
 rie im Lenbachhaus, Stadtmuseum, Thea-
 termuseum der Clara-Ziegler-Stiftung
 Musenschaukel 281
 Musica viva 44, 62, 85, 91, 250, 255, 270
 Musik 14, 16, 31, 33, 39f., 43f., 50, 53-55, 57-
 99,135,139, 146,152, 166,170, 195, 201f.,
 227, 229, 238
 Musikalische Akademie s. Staatsorchester
 Musikantengilde 272
 Musikbeirat s. Kunstbeiräte
 Musikbibliothek 13, 18, 21, 44, 52, 97, 150f.,
 164, 170, 232, 267, 316f., 327, 350
 Musikfreunde Solln 96, 272
 Nachwuchsförderung 57, 94 f., 98, 102f., 117,
 193, 201, 204, 268, 279, 281f., 284
 Nationalmuseum 205 f., 211
 Nationalsozialismus 11, 20-25, 33, 41, 46-50,
 57f., 60, 69, 72, 88, 92, 95, 100, 112, 117f.,
 125, 128f., 144, 147-157, 160-163, 168,
 171f., 186f., 190f., 196, 203, 205, 208,
 220f., 227f., 234, 245 f., 248f., 272, 276f.,
 279, 283, 289, 291, 301,312,314,316 f.,
 319-322,324f., 334, 345, 348f., 354,357t
 Nationaltheater 68, 106, 256
 Neue Gruppe 204, 206, 208, 210, 219f.,
 356, 359f., 364
 Das Neue Haus 125, 281, 295
 Neue Münchner Künstlergenossenschaft
 220, 356, 364
 Das Neue Münchner Theater 123, 297
 Die Neue Sammlung 206
 Neue Secession 220
 Neue Zeitung (NZ) 54, 79 f., 85, 148, 172,
 194 f., 236, 244, 265, 267, 269 f., 293,
 310,318, 334, 345,351t
 Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft
 268
 Nürnberg 168-170, 177, 268, 330
 Oberammergau 91, 253, 274
 Odeon 68, 256
 Office of Military Government, Bavaria
 (OMGB) s. Amerikanische Militärregierung
 Office of Military Government for Germany,
 United States (OMGUS) s. Amerikanische
 Militärregierung
 Oldenbourg-Verlag 335,341
 Orchester 51,57,59-87,93-95
 s. auch Amsterdamer Konzertgebow-Or-
 chester, Bamberger Symphoniker, Berliner
 Philharmoniker, Münchner Kammerorche-
 ster, Münchner Philharmoniker, Orchester-
 verein «Wilde Gungl», Süddeutsches Kam-
 merorchester, Symphonieorchester des
 Bayerischen Rundfunks, Symphonieorche-
 ster Kurt Graunke, Wiener Symphoniker
 Orchesterverein «Wilde Gungl» 94, 272, 276
 Orchestervorstand 44,59-69,78,248-251, 254-
 256, 258, 264, 271
 Papierbewirtschaftung 50, 189, 322, 353
 Parteien 43, 48, 79, 86f., 214, 268
 s. auch Bayernpartei, Christlich-Soziale

- Union, Freie Demokratische Partei, Kommunistische Partei Deutschlands, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Wirtschaftliche Aufbauvereinigung
- Pasinger Postsaal 129 f., 294, 302
 Personalaussschuss 327
 Personalkosten 70-72, 87, 91, 104, 108, 163, 227, 258f., 273,282, 327
 Personalreferat 45, 59f., 64, 234, 242, 248, 251,358
 Pestalozzi-Schule 175, 337
 Pettenkofer-Stiftung 178
 Philatelistische Bibliothek 150, 170
 Philharmonischer Chor 60, 63-65, 75, 90, 92, 247, 272, 274
 Piper-Verlag 196, 353
 Platzl 38, 128, 137f., 281, 297, 308
 Polizei 46-49, 242
 Presse 32, 49, 53, 55, 61 f., 65-68, 73, 78-80, 85f., 131, 136,171,175, 184,201, 208, 210, 243, 253, 255, 260f., 264f., 267, 270, 274, 280, 284, 289, 305, 314, 333, 344-348,351,359
 Preussische Staatsbibliothek 327
 Prinzregent-Luitpold-Stiftung 202, 221, 356
 Prinzregententheater 145
 Privattheater 103, 109-118, 122 f., 128, 284 f., 290s. auch Theater
 Programmgestaltung 46-48, 60, 62, 64, 72 f., 75 f., 82, 85 f., 91 f., 101, 104, 107, 112-114, 116, 129, 132f., 137, 142-146, 251, 256, 260f., 270f., 274, 291, 293f., 300-305, 307f.
 Publikum 30, 32, 48f., 62, 66-69, 73 f., 79, 85 f., 88, 93, 99, 117, 126 f., 131, 133 f., 137f., 144-146,166,170, 210,212,222f., 265, 270, 300, 313, 331 f.
 Puppentheatersammlung 44, 202, 358
- Rathauskonzerte 97, 279
 Reading Room 155, 165 f., 168-170,329, 332
 Reclam-Verlag 20, 35, 198f., 200, 353
 Re-education 49, 147, 166f., 329, 332f.
 Der Regenbogen 281
 Regensburg 268
 Regensburger Domspatzen 92, 268
 Regieform 74, 261
 Repräsentation 51-56, 75, 81, 97, 134,176, 194-196, 200, 211, 216, 257, 297, 362
- Reprivatisierung 72, 74, 79, 81, 86f., 102, 131,247, 261
 Rheinberger Chorvereinigung 92, 274
 Richard-Strauss-Gesellschaft 272, 278
 Richard-Strauss-Stiftung 58, 246
 Richard-Wagner-Verband Deutscher Frauen in München e.V. 58,96,272,277
 Rockefeller Foundation 166, 173 f.
 Römischer Kirchen-Chor 92
 Die Roten Reiter 359
 Rückführung 23, 147, 150, 157-160, 177, 203, 322-324
 Rudolf-Alexander-Schröder-Gesellschaft 25, 192, 278, 344, 349
 Der Ruf 54, 148
 Rundfunk 32, 49f., 62, 66f., 68, 70-72, 75-98, 110f., 131, 136, 142, 155, 171, 174 f., 183 f., 188, 195, 201 f., 227, 229, 236, 254-258, 262-272, 274-279, 289, 291, 304, 307, 335 f., 339, 344, 356
 Rundfunkorchester s. Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks
 Rundfunkrat 80-83, 131, 262f., 266-270, 278, 307, 344, 347
- Salzburger Mozarteum 340
 Sammlung Haubrich 37,214f., 223,361,366
 Sängerbund der Münchner Strassenbahner 274
 Die Schaubude 36,47, 102, 115f., 131, 135 f., 281, 292, 293f., 304, 307
 Schauspielschulen 100, 102
 Schlosstheater Dachau s. Volksoper Pasing
 Die Schublade 41,315
 Schulwesen 12, 14 f., 32, 41, 50, 87, 161, 172, 231,284, 297
 s. auch Nachwuchsförderung, Pestalozzi-Schule, Städtische Schauspielschule, Volksbildung, Volkshochschule
 Schutzverband Bildender Künstler 40, 202, 217, 223-226, 356, 364, 366f.
 Schutzverband deutscher Schriftsteller 16, 21, 54, 183, 189, 194, 234, 268, 343-347
 Schwabinger Laterne 281
 Shakespeare-Gesellschaft 342
 Simplizissimus 281,292
 Sing- und Spielkreis für Barockmusik 96,272
 Singgemeinschaft Rudolf Lamy 58, 90 f., 246, 273 f.
 Sittlichkeitsfragen 43, 46-48, 242, 312
 Sozialamt s. Wohlfahrts wesen
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 21, 43, 48, 87, 261, 271, 285, 367
 Soziale Frauenschule 341

- Sozialpädagogisches Kulturprogramm s. Kultur für alle
- Sparmassnahmen 32, 69, 74f., 91, 105, 108, 129, 163 f., 327
- Sprachen- und Dolmetscherinstitut 340
- Staat 31f., 37, 39, 44, 50, 54, 57, 76, 82, 86, 88, 95-97, 99, 103f., 106-108, 116, 118, 122 f., 125, 127, 135-137, 143, 151, 171, 176, 183f., 195, 201, 211, 214, 217f., 223f., 226, 262, 266, 268, 286-289, 335, 337, 359 s. auch Bedarfszuweisung, Finanzministerium, Hochschulen, Innenministerium, Kultusministerium, Nationalmuseum, Nationaltheater, Die Neue Sammlung, Theater im Brunnenhof
- Staatsbibliothek 21, 50, 157, 160, 168 f., 318, 325, 331, 335
- Staatsgemäldesammlung 215, 360
- Staatskommissariat für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte 117 f.
- Staatsoper 32, 53, 57-59, 99, 106-108, 135, 142, 201, 268, 274, 280, 287, 310, 312
- Staatsorchester 50, 57-59, 69-71, 77 f., 91, 94, 108, 245, 247, 256-258, 263, 278, 288
- Staatsschauspiel 106, 113, 122, 132, 136, 268, 312
- Staatstheater 50, 70, 82, 99, 100, 106 f., 111, 122, 125, 136, 142, 195, 245f., 282, 287f., 296, 306, 312
- Staatstheater am Gärtnerplatz 57, 126, 129, 145, 299, 306
- Stadttarchiv München 147, 150, 161, 163, 176f., 205, 233, 314, 317, 325, 338
- Stadtbibliothek München 13, 18-23, 40f., 50, 147, 149f., 151-154, 156-162, 164 f., 169f., 176f., 232f., 314-328, 331
- Städtevergleich 63, 105, 296
s. auch Augsburg, Baden-Baden, Bamberg, Basel, Berlin, Bremen, Dresden, Düsseldorf, Erlangen, Frankfurt a.M., Hamburg, Hannover, Heidelberg, Köln, Leipzig, Nürnberg, Regensburg, Stuttgart, Wiesbaden, Würzburg
- Städtische Bühnen 47, 70, 99 f., 102, 104 f., 107-109, Ulf., 120, 122f., 128-131, 140f., 143, 211, 268, 281 f., 285, 288, 294, 296, 302 f., 310 f.
- Städtische Galerie im Lenbachhaus 41, 202, 203f., 205f., 208, 210-214, 217, 219f., 226, 233, 357-359, 361
- Städtische Sammlungen 41, 44, 163, 203, 205, 212, 214, 216, 356, 358, 362
- Städtische Schauspielschule 100, 282
- Städtische Volksspielgemeinschaft 100, 300
- Stadtkämmerei 45, 70, 106, 113 f., 116, 135, 231, 242, 287f., 291f., 307, 310, 361
- Stadtmuseum 41, 202, 204f., 233, 338, 358
- Stadtrat, Stadträte 17f., 20, 36, 41-44, 46-48, 59f., 63-65, 69f., 79f., 83, 86f., 99f., 103-108, 110, 113, 123 f., 127, 134f., 140f., 144, 149-151, 163f., 171, 173 f., 177 f., 190, 192 f., 197 f., 200 f., 204f., 211, 217, 227, 239-242, 245, 248, 251, 253-255, 261, 263-266, 269, 271f., 274, 277, 279-283, 285-290, 292, 296f., 303-307, 309, 311, 313, 327f., 331, 333, 335, 338, 340, 347, 353-355, 357, 365
- Stadtsteueramt 113, 115, 117, 291-294
- Stadtverwaltung 37, 39-51, 57, 59f., 65, 68, 74, 80, 98, 100, 102, 105, 107, 124f., 136, 138-140, 147, 149, 171, 177, 181, 201, 205, 227f., 239-241, 246, 251, 253, 266, 277, 279, 289, 294, 298 f., 333, 336 f., 355
- Stiftung zur Förderung des Schrifttums 183 188f., 195, 344-347
- St. Michaelsbund 149, 315
- Studentenwerk München 178, 339f.
- Studienstiftung des Deutschen Volkes 178, 268, 339
- Studio für Neue Musik 58, 97, 247, 278 f.
- Stuttgart 35, 85, 173, 1991, 335, 355, 360
- Subventionierung s. Zuschussfragen
- Süddeutsche Zeitung (SZ) 49, 60, 80, 136, 157, 236, 241, 2431, 249, 252, 255, 260, 262, 264f., 267, 269-272, 293, 305, 307, 313, 332, 334, 345, 351f., 359t
- Süddeutsches Kammerorchester 272
- Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks 69-71, 76, 78-87, 94, 263, 2661, 270, 276
- Symphonieorchester Kurt Graunke 94, 276
- Technische Hochschule 178, 351
- Theater 31-33, 38f., 41, 45-48, 50f., 53, 551, 741, 77, 99-146, 149, 152, 166, 170, 201f., 217, 227-229, 236, 238, 267f., 292
s. auch Atelietheater, Bayernbühne, Bürgertheater, Deutsches Theater, Dramatisches Theater, Fitz-Bühne, Das junge Theater, Kammerspiele im Schauspielhaus, Kleine Komödie, Komische Oper München, Marionettentheater Hilmar Binter, Marionettentheater Kleines Spiel, Münch-

- ner Lustspielbühne, Münchner Lustspielhaus, Münchner Uraufführungsbühne, Münchner Volksspielgemeinschaft, Nationaltheater, Das Neue Haus, Das Neue Münchner Theater, Prinzregententheater, Staatstheater (Staatsoper, Staatsoperette, Staatsschauspiel), Städtische Volksspielgemeinschaft, Theater im Brunnenhof, Theater der Jugend, Theater im Schloss Dachau, Theater in der Schornstrasse, Volksoper Pasing, Volkstheater
- Theater im Brunnenhof 100, 145, 289
- Theater der Jugend (Junges Theater) 281, 299, 301
- Theater im Schloss Dachau s. Volksoper Pasing
- Theater in der Schornstrasse 129
- Theater- und Musikamt 41, 43, 47, 58, 60f., 63, 245 f., 248f., 309, 340
- Theatergemeinde 48, 72, 75, 100, 127, 136, 138-146, 281, 300, 305, 307-313
- Theatermuseum der Clara-Ziegler-Stiftung 100
- Thesaurus Linguae Latinae 181, 338, 340f.
- Tonhalle 58, 68, 70, 123, 136, 256f., 307
- Tradition, traditionell 29-31, 33, 36, 38, 40, 51-54, 70, 75, 95, 125-127, 131, 139, 186-188, 194f., 206-210, 214f., 221f., 257, 264f.
- Turmmusik 58, 246
- Ukrainische Universität 180, 340
- Ullstein-Verlag 198, 353 f.
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 17f., 21, 40
- Union für Buchreform 343
- United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) 340
- Universität 13, 25, 160f., 168, 171, 177, 180f., 198, 330, 338, 341f., 351
- Verband der Berufsjournalisten in Bayern 343
- Verband deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten 344
- Verband Münchner Tonkünstler 25, 53 f., 58, 90, 96-98, 184, 246, 260, 272, 278-280
- Verein der Bibliotheken 343
- Vereinigung der Freunde Münchens 531, 244, 344
- Vereinigung der Freunde der Residenz 40, 53 f.
- Vergnügenssteuer 50, 99, 111-118, 128, 138, 242, 281, 289-295, 301
- Verkehrsverein 131, 304
- Verlagswesen 35, 52, 147 f., 152, 154, 162, 181f., 189, 198-200, 239, 280, 348, 353-355 s. auch Alexander-Koch-Verlag, Bachem-Verlag, Berstadt-Verlag, Bondi-Verlag, Desch-Verlag, Deutscher Kunstverlag, Droemersch Verlag, Droemersch Verlagsanstalt Th. Knauer Nachfolge, Gallus-Verlag, Hans Carl-Verlag, Hesse- und Becker-Verlag, Hiersemann-Verlag, Karl Rauch-Verlag, Langen-Müller-Verlag, Langguth-Verlag, Lichtbildverlag Orbis Christoph Leonhardt, Max Niemeyer-Verlag, Müller- und Kiepenheuer-Verlag, Oldenbourg-Verlag, Piper-Verlag, Reclam-Verlag, Ullstein-Verlag, Weinberger Theater- und Musikverlag
- Verleger 34, 172, 174, 196, 198f., 3341
- Vertriebene s. Flüchtlinge
- Verwaltung 15, 33 f., 36, 39-51, 56, 59, 61, 63, 95, 99, 105, 108, 124, 147, 149, 169, 171, 193, 200, 211
- s. auch Kulturverwaltung, Stadtverwaltung
- Volksbildung 13 f., 18 f., 25, 31, 40, 43, 49, 111, 144, 147, 151, 180, 231, 234, 290, 314 s. auch Bayerischer Landesverband für freie Volksbildung
- Volksbüchereien 13, 18, 20, 31, 147-157, 164f., 169f., 228, 314-328, 336
- Volksbühne 40, 48, 100, 127 f., 133-146, 281, 293, 300, 306-313
- Volkshochschule 12 f., 25, 51, 136, 171, 232, 238, 304
- Volksmusik 38, 90, 94-96 s. auch Bayerischer Fachverband für Volksmusik, Bund deutscher Volksmusikfreunde, Festkapelle München, Festspielsmannszug München
- Volksoper Pasing 117, 125, 128, 130, 137, 281, 294 t
- Volkssternwarte 341
- Volkstheater 99f., 102, 110, 112, 126-146, 227f., 282, 285, 289, 294, 299-313
- Volkstümlichkeit 14, 38, 112, 131, 228, 276, 290, 297, 301 f.
- Währungsreform 12, 66, 69-71, 73, 76f., 81, 89, 97f., 100f., 104f., 107-109, 113, 116, 123, 127, 131, 140, 142f., 149, 163f., 169, 173, 178, 206, 211, 219, 222, 229, 248 f.,

- 255-257, 266, 281f., 2871, 291, 293, 296, 309f., 331, 335, 342
- Wanderbücherei 18f., 21, 28, 151f., 317
- Werner Friedmann-Gesellschaft 344
- Wespennest 281
- Weinberger Theater- und Musikverlag 198, 353
- Wiederaufbau 11, 33, 40, 47, 49, 68, 100, 112, 123 f., 135, 162, 190, 202, 204f., 221 f., 224, 231, 262, 302, 307, 354L, 357 f.
- Wien 34, 77, 122, 126 f., 198, 299 f.
- Wiener Symphoniker 93
- Wiesbaden 199, 330
- Wilhelm-Raabe-Gesellschaft 183
- Wirtschaft 35, 51f., 113f., 129, 199, 222f., 243
- Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV) 87, 266, 290, 367
- Wirtschaftswissenschaftliches Institut für Fremdenverkehr 178
- Wissenschaftsförderung 32, 148, 162-164, 176-181, 194 f., 238, 314, 340
- Wohlfahrtswesen 88, 97f., 177, 189, 192f., 215, 221, 349
- Wohnungsamt 34, 36f., 45 f., 124, 162f., 177, 181, 200, 231, 354
- Wohnungswesen 33 f., 36f., 50, 83, 87, 89, 113, 118, 122-125, 148, 180-182, 189, 192, 196f., 199f., 221, 228, 256, 268, 282, 292, 295, 298f., 326, 340, 348, 352-355
- Würzburg 168, 330
- Zeitschriften 16-19, 22, 147, 155, 167 f., 182, 236, 342 s. auch Echo der Woche, Münchener Tagebuch, Der Regenbogen, Der Ruf Zeitungen 147 f., 167f., 182, 184, 195, 236, 304 s. auch Abendzeitung, Bayerische Landeszeitung, Münchner Merkur, Neue Zeitung, Süddeutsche Zeitung
- ZEN 49 217, 244
- Zensur 47, 129
- Zentralinstitut für Kunstgeschichte 338
- Zirkus 111, 114, 290, 310
- Zoologische Sammlung des Bayerischen Staates 178
- Zuschussfragen 34, 50, 52f., 55, 57-59, 69f., 75-77, 79, 81-83, 85, 87, 90, 92-100, 102-113, 117f., 125, 128, 131-133, 138, 140, 149, 152, 169, 174, 176-184, 188f., 192-194, 201f., 204, 206, 208, 211f., 214, 216f., 220-222, 226-229, 242f., 246f., 256, 261-263, 268, 274, 276, 279, 281f., 284-286, 288-300, 304-307, 310f., 315, 337-343, 349f., 356, 358, 360-362, 364
- s. auch Bedarfszuweisung, Finanzierungsfragen
- Zuzug 34-37, 39, 45 f., 52, 83, 104, 118, 124f., 148, 180f., 189, 196-200, 238, 268, 282, 295, 298f., 326, 353-355
- Zwei-Türme-Verlag 354